Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

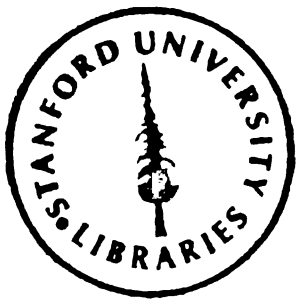
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



Digitized by Google

Digitized by Google

STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES
Stacks
SEP 8 - 1978

D1
D42
v.6
pt.2
July-Dec 1921

Digitized by Google

6. Jahrgang * 2. Juli 1921 * Heft 27

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Auf der Reichskonferenz des britischen Imperiums hat Lloyd George den Dominions bestätigt, daß ihre Kriegsteilnahme vor dem Eintreffen der Amerikaner die wahrscheinliche Niederlage der Westmächte verhindert hat. Dies Eingreifen der englischen Dominions ist in der Tat für England die wertvollste Frucht seiner klugen Politik gewesen, jenen kolonialen Staatsgebilden ein Maximum von eigener Freiheit zu lassen; jene konnten nicht an die Yser heranbefohlen werden, aber sie kamen, weil die innenpolitische Bindung des elastischen Systems stärker war als die Welt, als vor allem die Deutschen vorher geglaubt. Nun aber beginnt erst für das britische Reich, daß aus diesen Tatsachen Folgerungen gezogen werden wollen. Während bisher das Unterhaus pro forma, wenn auch tatsächlich nur sein Kabinett, die großen Linien der Politik bestimmt, melden die Außenwerke der Macht ihren Anspruch auf Mitbestimmung. Der Krieg hat nicht bloß die Verselbständigung der Dominions in dem Sinne gebracht, daß sie sich für ihre Staatslegende einen eigenen europäischen Kriegsruhm angeschafft haben, sondern daß sie von hier aus die Souveränität Londons eingrenzen wollen. Sie haben bestimmte politische, sie haben vor allem auch militärische Meinungen. Das könnte für die Beweglichkeit der englischen Geschäftsführung bedenklich werden, wenn die Dominions eine Einheit in ihren Interessen darstellten. Das tun sie aber ganz und gar nicht. So bleibt dem Kabinett immerhin der Weg, seine Autorität in Ausgleich und Gegenspiel zu behaupten.

*

Es sei eine „Entspannung" eingetreten zwischen Paris und Berlin, seit die Kombination den Namen Wirth trägt. In der Tat haben Herr Rathenau und Herr Loucheur sich unterhalten, und man hat einen französischen Jahrgang wieder demobilisiert. Aber die Sanktionen bleiben

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutschland von draußen.

Von Dr. Paul Rohrbach

Lissabon, den 13. Juni 1921.

Den Lesern der „Deutschen Politik" sollen diese Zeilen keinen Abschiedsgruß bringen, denn ich hoffe, auch in den nächsten Monaten dauernd mit ihnen verbunden zu bleiben, sondern nur die Mitteilung, daß ich für etwa ein halbes Jahr nach Süd- und Mittelamerika gehe, um dort auf die Einladung verschiedener deutscher Vereinigungen über Deutschland und die Weltlage zu berichten. Es versteht sich von selbst, daß diese Reise zugleich eine Studienreise für mich selbst, für die „Deutsche Politik" und für unsere deutsche Sache ist. Alles, was ich sehe und höre, wird sich natürlich nicht erzählen lassen. Wir Deutsche müssen jetzt auch schweigen lernen, wo es klüger ist, aber darum wird die Menge des Mitteilbaren nicht klein sein.

Das Schiff, auf dem ich reise, ist ein Dampfer des „Königlichen Holländischen Lloyd", die „Gelvia". Schiff und Führung liefern den Beweis, daß auch eine nichtdeutsche, und speziell diese holländische Gesellschaft imstande ist, den höchsten Ansprüchen der Passagiere zu genügen. Im Unterschied zu englischen oder französischen Schiffen, die ich vor dem Kriege auch kennen gelernt habe, können sich diese holländischen Passagierdampfer offenbar in allen Stücken mit unseren einstigen deutschen Schiffen messen. Trotzdem ist es natürlich für einen Deutschen ein schmerzliches Gefühl, nicht mehr unter der eigenen Flagge reisen zu können. Vor acht Jahren fuhr ich mit der „Sierra Ventana" des Norddeutschen Lloyd von Buenos Aires nach Europa. Es war ein wunderbares Schiff und eine wunderbare Reise. Heute ist der Dampfer den Franzosen ausgeliefert. Er heißt noch ebenso und fährt zwischen Bordeaux und dem La Plata. Gestern, als wir in Vigo an der Nordwestküste von Spanien ankerten, hörte ich erzählen, die „Sierra Ventana" sei auch vor einiger Zeit dagewesen, verschmutzt und verkommen, mit ungeputzten Messingteilen, deren blankes Leuchten sonst der Stolz jedes rechten Schiffes ist. Auch der Spanier sieht den Unterschied zwischen deutsch und französisch auf diesem Gebiet, und er kann sich nicht vorstellen, daß Frankreich auf die Dauer über Deutschland triumphieren soll.

Es ist gut, einmal Deutschland von außen zu sehen. Ich will mit etwas anfangen, das — hoffentlich — jetzt schon der Vergangenheit angehört. Als der Krieg zu Ende war, herrschte auch in Spanien großer Hunger nach Waren, vor allen Dingen nach deutschen. Bald kamen Angebote aus Deutschland — z. B. in Geschirrware. Die Hersteller verlangten Vorausbezahlung. Dem spanischen Importeur war das unge-

Digitized by Google

wohnt, aber er schob es auf die Kriegsfolgen und ging darauf ein. Was kam an und was packte er aus? Schund, mit abgestoßenen Kanten, schlechter Glasur usw. Erstaunen, Enttäuschung, Aerger: ist das jetzt Deutschland? Dasselbe in anderen Artikeln, Metallwaren, Papierwaren, Spielzeug. Es ist jetzt wieder besser geworden, sagt der Spanier, aber man ist immer noch nicht *sicher*, aus Deutschland so ehrlich und gut bedient zu werden, wie früher. Ich wurde gefragt: Ist die *alte* deutsche Industrie im ganzen moralisch heruntergekommen, oder sind es neue Kräfte, die der Krieg in die Höhe gespielt hat, die so unehrlich sind?

Trotzdem: ob man mit Spaniern, mit Holländern, mit Südamerikanern spricht, es glaubt *einfach niemand* daran, daß Deutschland am Boden liegen bleiben wird. Auch die Portugiesen glauben es nicht, obwohl man bei ihnen, im Gegensatz zu den anderen, die Unfreundlichkeit merkt. *Alle* aber fragen: Wie wird es mit dem *alten* und dem *neuen* Deutschland sein? *Kein Mensch* hält die deutschen Verhältnisse für fest und fertig. Die Meinung dabei ist meistens so: Das alte Deutschland war etwas Kolossales, Gefährliches — es wollte doch die Weltherrschaft und hat darum den Krieg gemacht! Es war aber ganz und gar unfähig, die Verhältnisse von der psychologischen Seite her richtig zu beurteilen. Es hat alle Welt brutal und töricht vor den Kopf gestoßen, und *darum* hat es den Krieg verloren. Es hätte ihn gar nicht zu verlieren gebraucht, aber so wie es war, konnte es ihn gar nicht gewinnen. Was wird nun sein? Ist das alte Deutschland tot? Leben die Leute nicht noch, die den Krieg gemacht haben, die an seinem Verlust schuld sind, die aber doch nicht vergessen werden, daß sie Deutschland regiert haben? Was ist die neue deutsche Regierung wert? Sind es Menschen von Erfahrung? Wissen sie mit ihren englischen, französischen, amerikanischen Partnern umzugehen? Haben sie Autorität im Innern? Wo kommen sie her? Haben sie Autorität beim Volke? Kennen sie die Welt?

Soviel Fragen, soviel Skepsis beim Ausländer. Nur in einer Sache, sagt er, die deutsche Regierung hat richtig gehandelt: daß sie das letzte Diktat der Alliierten annahm. Warum? Deutschland hat den Krieg gemacht, und es hat keinen Zweck, daß die Deutschen sich dagegen sträuben, daß ihnen die Quittung für ihre Tat geschrieben wird. Ihre Tat war der Angriffs- und Eroberungskrieg gegen alle Welt. Der eine nennt das mehr eine Dummheit, der andere mehr ein Verbrechen, aber daß Deutschland den Krieg angefangen hat, weil es die Weltherrschaft wollte, das ist ein absolut fester Satz. Ich gab einem neutralen Ausländer an Bord der „Helvia" meine kleine Schrift über die Verantwortlichkeit der Entente am Ausbruch des Weltkrieges (Stuttgart, Engelhorn) zu lesen. Er tat es mit Interesse und sagte mir darnach: Diese Tatsachen, die Sie dafür anführen, daß auch die Entente für den Krieg verantwortlich

Digitized by Google

ist und den Krieg gewollt hat, kennt kein Mensch außerhalb Deutschlands! Wenn sie richtig sind, und wenn sie in der Welt bekannt werden, so wird sich davon mit der Zeit Deutschlands ganze Stellung ändern. Dann die kopfschüttelnde Frage: Warum sorgt man denn bei Ihnen nicht mehr dafür, daß diese Dinge bekannt werden? Sie haben doch keine bessere Waffe für Ihre Wiederherstellung!

Der Ausländer hat einfach den Verdacht, daß in Wahrheit Deutschlands Sache doch schlimme Flecke haben muß, die aufzudecken man Angst hat, und daß darum der Schulddebatte deutscherseits aus dem Wege gegangen wird. Meistens wissen die Leute von den Einzelheiten gar nichts, und wenn sie etwas zu wissen glauben, — so ist es dies: Kautsky hat ein für alle Male bewiesen, daß die alte deutsche Regierung planmäßig und vorherbedacht den Weltkrieg angefangen hat. Die Randbemerkungen des Kaisers schließen jeden Zweifel aus! Wenn man antwortet, die Randbemerkungen bewiesen das Gegenteil und Kautsky habe seinen Vorwurf, was Böswilligkeit und Planmäßigkeit betrifft, zurückgenommen, und habe zugegeben, daß die deutsche Regierung sich um die Erhaltung des Friedens bemüht hat, so wird man bestenfalls mit Zweifel und höflichem Mißtrauen angesehen. Der Eindruck ist überwältigend, daß von der feindlichen Seite immer noch eine enorme Arbeit geleistet wird, um das Schuldurteil über Deutschland aufrecht zu erhalten!

Wenn das nicht wahr ist, so hat ja der Friede gar keine Berechtigung! Das ist es, was man hier draußen zu hören bekommt. Es fehlt auch so gut wie völlig an einer Vorstellung davon, wie groß die Lasten sind, die man Deutschland jetzt auferlegt hat, und daß sie Deutschlands Tragfähigkeit übersteigen. Man zweifelt, ob es sehr lange bei dem bleiben wird, was Deutschland zahlen soll, man meint namentlich, daß England schon bald sich genötigt sehen werde, Deutschland positiv gegen Frankreich zu helfen, aber die Lage und die Leistungsmöglichkeiten in Deutschland werden auf ganz kenntnis- und gedankenlose Weise ins Blaue überschätzt. Was Oberschlesien für Deutschland bedeutet, weiß kaum jemand. Viel größer als für all diese deutschen Lebensnotwendigkeiten ist das Interesse für die Frage, ob Kaiser Wilhelm oder Ludendorff (beiser unterrichtete Ausländer lassen den Kaiser aus dem Spiel) wieder ans Ruder kommen und mit Republik, Sozialismus, Demokratie usw. ein Ende machen werden. Danach wird man gefragt, nicht nach den 232 Milliarden oder Oberschlesien und Rheinland. Der Eindruck überwiegt, daß die neue deutsche Regierung erstens für tatsächlich schwach gehalten wird, und zweitens, daß man glaubt, auch die Mehrheit im deutschen Volk nehme sie nicht für voll. Die Regierung versteht es nicht, sich respekt zu verschaffen,

Digitized by Google

sie weiß nicht, wie sie die Sache Deutschlands führen soll", glaubt im deutschen Sinn der Ausländer über die neue deutsche Regierung urteilen zu sollen. Es ist schwer, ihm die wirkliche Lage in Deutschland klarzumachen, und der politisch gebildete Deutsche erhält außerhalb der deutschen Grenzen, wie es scheint, nur zu leicht den Eindruck, daß man sich in Deutschland in der Tat wenig darum kümmert, wie man „draußen" dasteht.

Die Entwicklung in Indien

von Albert Bencke, München

England steht in Indien jetzt mitten in dem, wie es scheint, notwendigen, aber dennoch äußerst gefährlichen Versuch, die Stoßkraft der revolutionären Bewegung Indiens durch ein geschickt in die Verwaltung eingebautes Ventil sich leer laufen zu lassen. Wie sich einer der einflußreichsten indischen Parteigänger der englischen Regierung, der zum Lord und Gouverneur der Provinz Behar und Orissa gemachte S. Sinha ausdrückte: „Die Bewegung muß an sich selbst ersticken, sie muß sich selber töten." Damit das aber geschehe, füttert man nun die Inder mit Reformen, die auf dem Papier ein sehr gutes Aussehen haben und von denen man hofft, daß sie die politische Spannung und Unrast, die jetzt in Indien herrscht, als gut wirkendes Ventil ausgleichen und den immer zahlreicher auftretenden Agitatoren den Wind aus den Segeln nehmen werden. Ist Aussicht auf Erfüllung dieser Hoffnung vorhanden oder wird England gezwungen sein, mit den Mitteln der Gewalt vorzugehen, von denen der blutige Tag von Amritsar ein von den Indern nicht leicht zu vergessendes Vorspiel war? Wird aber England gezwungen, zur Gewalt zu greifen, dann ist damit der Weg beschritten, der zur Katastrophe führen muß, da heute Indien nicht mehr, wie zur Zeit des Sepoy-Aufstandes, als ein isoliertes Kampfgebiet betrachtet werden kann.

England hat, wie aus den Tagesblättern ja allgemein bekannt sein dürfte, dem Drucke nachgebend, nun eine Art parlamentarischer Verfassung eingeführt, hat aber neben dieser Verfassung das alte autokratische System, das ihm die alleinige Verfügung über Rechtspflege, Armee und Finanzen gibt, beibehalten. Diese Dinge werden nach wie vor vom ernannten, aus englischen Beamten unter Zuziehung von Indern bestehenden, meist 3 oder 4 Köpfe zählenden Exekutivrat unter Vorsitz des Gouverneurs in den Provinzen, des Vizekönigs in der Zentralregierung erledigt, welch letzterer auch die gesamten Steuereingänge des Landes, über deren Verwendung sie frei bestimmt, zufließen. So besteht also heute in Indien eine eigenartige Dyarchie, eine Vereinigung von autokratischer und kon-

Digitized by Google

stitutionell parlamentarischer Herrschaft, der die sogenannten „übertragenen" Angelegenheiten, wie Lokalverwaltung, Sanitätswesen, Schule, Ackerbau zugewiesen sind, während das alte autokratische Regiment in den oben erwähnten „reservierten" Angelegenheiten beibehalten ist. Vom Standpunkt der englischen Regierung gesehen, ist diese Vereinigung der beiden Regierungsprinzipien das Aeußerste, aber auch das Notwendige, das z. Zt. am indischen Regierungsmechanismus vorzunehmen ist, damit sich, wie es heißt, das indische Volk langsam an das parlamentarische System gewöhne, und in dieser Gedankenrichtung steckt auch zweifellos ein richtiger Kern. Leider aber scheinen die Verhältnisse in Indien heute schon so weit gediehen, daß ein großer Teil jener Inder, die heute in der geistigen revolutionären Bewegung stehen, auf diesem langsamen Wege der Reformen — selbst wenn man die Absicht ihrer Weiterführung annehmen wollte — nicht mehr mitgehen. Die ungleich größere Gefahr beruht aber eben in der Unmöglichkeit jener Dyarchie in ihren heutigen Formen, da sie zwar die indische gewählte Legislative in den Provinzen über die „übertragenen" Angelegenheiten Beschlüsse fassen läßt, ihr aber nicht die Mittel in die Hand gibt, deren Durchführung herbeizuführen; denn sie hat kein Verfügungsrecht über die Steuerquellen des Landes. Selbst von seiten der gemäßigteren Reformer wird also die ganze Aufmachung mit Provinzialparlament und Ministern für die „übertragenen" Angelegenheit solange als eine leere Spiegelfechterei betrachtet, als nicht die Provinzen Finanzhoheit erlangen, solange sie wie heute ihre gesamten Steuereingänge der Zentralregierung überweisen müssen und über Finanzfragen überhaupt nichts zu reden haben. Sie weisen darauf hin, daß die englische Regierung das Volksschulwesen mit Absicht im argen läßt, damit das Volk nicht lesen lerne. Kann doch infolge des Mangels an Schulen in einer Bevölkerung von 315 Millionen Menschen nur etwa jeder 18. bis 20. eine Schule besuchen und notdürftig lesen lernen; was sich leicht erklärt, wenn man weiß, daß heute in Indien nicht mehr als etwa 12 Pfennig (alte Währung) pro Kopf für Unterrichtszwecke ausgegeben werden. Dieselbe Regierung, die mit Schulen spart, um ihren Beamten enorme Gehälter zu zahlen und eine kostspielige Armee zu erhalten, erdrosselt andererseits die Revenuen des Landes durch eine einseitig, auf den Vorteil der englischen Industrie zugeschnittene Industriepolitik. Die ehemals blühende Textilindustrie Indiens seufzt unter der Last der Ausfuhrzölle, und während die übrigen Steuereinnahmen kaum wachsen, zum Teil zurückgehen, sind die Ziffern der Ausfuhrzölle, der Besitzwechsel- und Prozeßsteuern in stetiger, beständiger Zunahme, ebenso die Erträge der Erbschaftssteuern. Die indische Industrie will arbeiten, aber sie wird geknebelt; der Inder aus dem Volk möchte lesen lernen, an den geistigen Schätzen seiner Nation teilnehmen können, aber es ist kein Geld für Schulen

Digitized by Google

vorhanden, und die „Colleges“, welche die Regierung als Erweis für ihre erzieherische Fürsorge hie und da errichtet, vermögen natürlich diesen Mangel nicht wettzumachen; gerade aus ihnen gehen aber die Kräfte hervor, die an erster Stelle als Rufer im Streite gegen England stehen.

Aus solchen Gesichtspunkten ist die Parole der „Nichtbeteiligung“, die „Non Cooperation“, oder besser gesagt, die Boykottbewegung entstanden, der England heute in Indien als einem schweren Problem gegenübersteht. Sie umfaßt heute einen großen Teil des geistigen Indiens und besagt nichts anderes als ein Nichtmitmachenwollen, ein Nichtbeteiligen an all diesen schönen Dingen, die England bietet. Dieser politische Boykott hat sich bereits bei den Wahlen in manchmal recht drastischer Weise gezeigt, wie etwa in Lahore, wo von 6000 stimmberechtigten Wählern (unter einer Bevölkerung von rund 250 000 Menschen) nur ganze 444 Wähler zur Urne kamen, um ihrem neu gewonnenen Bürgerrecht zu genügen. Das könnte die englische Regierung mit der Motivierung, daß der erste Versuch, die Wähler an die Urne zu bringen, nicht ganz geglückt sei, zur Not ertragen, aber die Boykottbewegung greift tiefer; sie will den Inder abhalten, in die lokale Polizei, in die Armee, ja in irgendeinen Dienst der englischen Regierung einzutreten; sie versucht, die ungeheuer träge Masse des Volkes, die politischen Dingen bisher gleichgültig gegenüberstand, solange Leben und Erwerb gesichert war, zu erfassen, und es deuten viele Anzeichen darauf hin, daß die Bewegung, die bisher nur die fünf bis sechs Millionen „Intellektuelle“ in Indien zum Teil ergriffen hatte, hier Boden gewinnt. Ist das aber der Fall, dann wächst sich diese Boykottbewegung in Indien für England zu einer riesengroßen Gefahr aus, denn die Kraft der indischen Regierung beruhte bisher auf dem Gehorsam und der willigen Unterordnung der einheimischen Beamten, Polizisten und Soldaten unter das Geheiß der Regierung. Das sind Dinge, die ängstlicheren Naturen zu denken geben, und ihnen ist es zuzuschreiben, wenn heute viele englische Beamte Indiens ihre Familien in die Heimat senden oder sie in die indischen suzeränen Staaten zu befreundeten Familien schicken. Die Leute ahnen kommende Dinge und suchen sich zu sichern; im Notfalle sind die Eingeborenen-Regimenter den Fürsten ein besserer Schutz für Frauen und Kinder als der indische Soldat, der seinem englischen Vorgesetzten nicht mehr gehorcht.

England kann sich sicherlich heute noch in Indien auf eine große Anzahl von Gemäßigten stützen, die es als ein Unglück für das Land ansehen, wenn man es in eine Revolution stürzte; sie sind bereit, den Weg der langsamen Reformen mitzumachen, und auf das Denken dieser Leute ist das heutige Reformprogramm Englands zugeschnitten. Ihnen zuliebe läßt England Agitatoren wie den Hindu Gandhi, Mohammedaner wie die beiden Brüder Ali ihre oft recht unheimlichen Reden halten, ohne einzu-

Digitized by Google

schreiten, nach dem Grundsatz: Die Bewegung muß sich selber töten. So konnten die Alis vor kurzem noch bei einer großen Versammlung in Delhi, die Hindu und Mohammedaner vereinigte, offenen Aufruhr predigen. Kampf und Boykott waren ihre Parole, denn „Gott und der Teufel (womit die Engländer gemeint sind) können nicht miteinander verhandeln". Gandhi durcheilt mit dem Rufe „Nieder mit der Sklaverei!", dem er anläßlich des Nagpurkongresses im Januar dieses Jahres, wo die mohammedanische Liga und die Vertreter des Hindutums ein gemeinsames Vorgehen gegen England beschlossen, einen besonders kräftigen Ausdruck verlieh.

Wenn man nun in Betracht zieht, daß der asiatische Bolschewismus an Indiens Tore klopft, der anderer Art ist als der europäische und der, wenn auch von diesem erzeugt, nun selbständig lebt, auch wenn der europäische längst in das weltkapitalistische Fahrwasser eingeschwenkt ist und sich gemausert hat; wenn man ferner die Entwicklung der Inderfrage in Ostafrika, die Gegensätze zwischen dem kalifentreuen Mohammedanismus Indiens und Englands Zwang, das Arabertum gegen das Türkentum auszuspielen in Rechnung stellt, dann ergibt sich im Zusammenhang mit der durch den Einbau des Verfassungsventils nicht behobenen, sondern eher verstärkten Gärung in Indien ein Gesamtbild der Lage, demgemäß wir uns die Antwort auf die eingangs gestellte Frage, ob die sanften Mittel Englands in Indien hinreichen werden, um die Zukunft zu sichern, leicht beantworten können.

England hat während des Krieges aus dem Punjab allein an 400 000 Soldaten zur Bekämpfung der Zentralmächte gezogen, es hat sein indisches Kolonialreich in vollstem Maße für seinen Sieg ausnützen können. Nun zeigt sich die Rückwirkung in der Eröffnung von Perspektiven, die nicht nur den Sieg an einem Lebenspunkte Englands von schweren Gefahren begleitet erscheinen lassen, sondern die Früchte des Krieges überhaupt in Frage stellen.

Die äußere Politik der südamerikanischen ABC-Staaten

Von Dr. Albert Haas, Buenos Aires

Die äußere Politik der amerikanischen Staaten beginnt mit ihrer Unabhängigkeitserklärung. In ihr erhoben sich diese jungen Völker gegen die damalige europäische Kolonialpolitik, welche den neu eroberten und besiedelten Landstrichen der neuen Welt lediglich die Rolle eines Anhängsels der alten Mutterländer einräumen wollte. Sowohl in England wie auch in Spanien galt damals der Grundsatz, daß die Kolonien der

Digitized by Google

politischen Botmäßigkeit der Heimat unterstehen, daß sie von Europäern verwaltet werden und daß sie volkswirtschaftlich nur für die Vermehrung des Volksvermögens des kolonisierenden Landes ausgenutzt werden durften.

Diese Gemeinsamkeit des Ursprunges hat die amerikanischen Staaten sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik gebieterisch auf dieselben Wege gewiesen. Trotz aller Unterschiede des Klimas, der Rasse, des Temperamentes, der kulturellen, religiösen und politischen Ueberlieferungen zeigen deshalb noch heute alle amerikanischen Völker einen unverkennbaren Zug der Verwandtschaft. Sie machen alle ohne irgendwelche Ausnahme dieselbe Stufenleiter der politischen und der wirtschaftlichen Entwicklung durch. Und die Unterschiede, welche zwischen den einzelnen amerikanischen Ländern heute noch bestehen, lassen sich wesentlich aus dem Umstande erklären, daß ein jedes auf dem gemeinsamen Wege verschieden weit vorgeschritten ist.

In Deutschland ist nur die Geschichte der nordamerikanischen Union weiteren Kreisen in ihren allgemeinen Umrissen bekannt. Aus diesem Grunde wird eine Darstellung der politischen Verhältnisse in anderen amerikanischen Ländern dem deutschen Leser dann am leichtesten verständlich sein, wenn sie vor allem auf die Analogien in der Geschichte aller amerikanischen Staaten hinweist. Genau so nämlich, wie in Nordamerika die Unabhängigkeit in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts durch langwierigen und blutigen Krieg errungen wurde, genau so wie der heutige Nordamerikaner in jener Zeit eine heroische Periode seines Vaterlandes erblickt, genau so wie zunächst die nordamerikanische Politik sodann durch die bedingungslose Abneigung gegen das besiegte Mutterland bestimmt wurde, genau so wie in jenen Jahren der ideologische Einfluß Frankreichs und seiner Revolution für die nordamerikanische Denkweise entscheidend war, genau so, nur zu verschiedenen Zeiten und mit verschiedenen Graden der Heftigkeit, hat sich der Freiheitskampf der Länder spanischer sowie letzten Endes auch portugiesischer Zunge in Amerika vollzogen. Wenn George Washington und die „Väter der Republik" in Nordamerika als Nationalheilige verehrt werden, so gilt dasselbe in den übrigen Teilen Amerikas von den Generalen Belgrano und San Martin sowie von Simon Bolivar. Und die grundsätzliche Abneigung gegen das einstige Mutterland ist ein Gefühl, welches erst jetzt in den spanisch-amerikanischen Rupubliken zu verschwinden beginnt.

Auf die Zeit der Freiheitskriege folgte, sowohl in Nordamerika wie in den anderen amerikanischen Staaten, ein Abschnitt, welcher mit Kämpfen um die innere Konsolidierung des Landes und um die Feststellung seiner Grenzen angefüllt ist. Bei der Ungebundenheit und der Raschheit des Handelns, welche allen kolonialen Menschen ausnahmslos eigen ist, war es unvermeidlich, daß ein großer Teil dieser Konflikte mit Waffengewalt

Digitized by Google

ausgetragen werden mußte. Zwar hatte die nordamerikanische Union von dem englischen Mutterlande eine große politische Besonnenheit und eine bemerkenswerte abwägende Kühle als Erbteil erhalten. Trotzdem konnte dieses Land seine verfassungsmäßige Entwicklung nur durch den großen Bürgerkrieg abschließen, durch dessen Ausgang die Fragen des Partikularismus und der Zentralisierung endgültig gelöst wurden. Zwar hatten die Nordamerikaner infolge ihrer besonderen politischen Veranlagung vom Beginn ihrer äußeren Politik an mit Vorliebe ihr Staatsgebiet durch internationale Verträge ohne Blutvergießen auszudehnen gesucht. Aber dennoch konnten sie wichtige Teile ihres jetzigen Territoriums dem mexikanischen Nachbar nur durch kriegerische Siege abgewinnen. Ebenso aber haben sich die Verhältnisse in den übrigen amerikanischen Ländern gestaltet. Was die inneren Kämpfe anlangt, so ist es nicht nötig, darauf hinzuweisen, welche Rolle die Revolutionen und die Bürgerkriege in ihrer Geschichte gespielt haben. Daneben aber und zum Teil im Zusammenhange mit diesen inneren Verwicklungen haben alle mittel- und südamerikanischen Staaten zum Teil sehr blutige Kriege gegen ihre Nachbarn geführt, bei denen es sich stets um reine Grenzstreitigkeiten handelte. An dieser Stelle sei nur an die Kämpfe zwischen Chile einerseits und Peru sowie Bolivien anderseits erinnert, welche den noch jetzt schwebenden Streit um die Provinzen von Tacna und Arica herbeigeführt haben. Argentinien hat anderseits von 1827 bis 1828 gegen Brasilien einen Krieg geführt, welcher im Frieden von Rio de Janeiro mit der Schaffung der República Oriental de Uruguay als eine Art Pufferstaat zwischen den beiden Ländern endigte.

War diese zweite Epoche der amerikanischen Politik durch eine Beschränkung des Gesichtskreises auf innere Fragen und auf die Streitigkeiten mit den unmittelbaren Grenznachbarn gekennzeichnet, so erweitert sich der Umkreis der amerikanischen Politik in der dritten Epoche, in welche die Vereinigten Staaten als übermächtiges Mitglied der Weltwirtschaft und der Weltpolitik bereits eingetreten sind und an deren Schwelle unter den anderen amerikanischen Ländern insbesondere die sogenannten ABC-Staaten, das heißt Argentinien, Brasilien und Chile, jetzt stehen. In diesem Zeitabschnitt treiben die amerikanischen Länder eine Weltpolitik, deren europäische Ziele nicht mehr durch die einstige, geschichtlich-sentimentale Abneigung gegen das Mutterland gebunden ist, sondern die frei in der Vertretung der politischen sowie wirtschaftlichen Interessen eines zum Bewußtsein seiner Weltbedeutung gelangten Landes betätigt wird. Zwar sind die amerikanischen Länder auch in dieser Epoche noch geneigt, zwischen europäischen und amerikanischen Angelegenheiten einen trennenden Strich zu ziehen. Aber sie tun es nicht mehr in der Absicht, sich gegen Versuche europäischer Kolonisation oder Unterjochung zur Wehr zu setzen. Vielmehr ist diese panamerikanische Politik

Digitized by Google

jetzt aus der Defensive in die Offensive getreten. Um bei ihrer Einmischung in europäische Verhältnisse völlig freie Hand zu behalten, bestehen die amerikanischen Staaten darauf, daß kein europäisches Land sich an der Lösung der Fragen, welche auf amerikanischem Boden bestehen, jemals beteiligen darf.

Was diese neue amerikanische Politik für die Vereinigten Staaten bedeutet, weiß jeder Deutsche aus Erfahrung, ebenso wie er am eigenen Leibe die Folgen dieser neuen, auf tatsächlicher Kraft beruhenden Politik gespürt hat. Für Latein-Amerika dagegen liegen bei seinem Eintritte in diesen dritten Abschnitt der äußeren Politik die Verhältnisse nicht ganz so einfach wie für die nordamerikanische Union. Die Nordamerikaner entwickelten sich als erstes unter den amerikanischen Völkern zu Mitgliedern der Weltpolitik und der Weltwirtschaft. Sie brauchten sich deshalb zunächst nur mit den Europäern auseinanderzusetzen, was sie ja zur Zeit in äußerst gründlicher Weise tun. Auf die übrigen amerikanischen Staaten dagegen mußten sie nur insofern Rücksicht nehmen, als sie sich auf jeden Fall gegen deren Widerspruch sichern und, wenn möglich, sich deren Unterstützung erwerben mußten. Im Gegensatze hierzu mußte Latein-Amerika, sobald als es seinen Blick über die Grenzen des eigenen Landes und der Nachbarstaaten hinauslenkte, zunächst einmal sein Verhältnis zur nordamerikanischen Union festlegen. Dieser Tatsache verdankt denn auch die im Namen der A B C-Staaten ausgedrückte Entente südamerikanischer Staaten ihren Ursprung.

Im Jahre 1914 hatte der mexikanische Präsident Huerta während einer jener Revolutionen, deren Schauplatz dieses blühende Land leider noch immer ist, eine Anzahl nordamerikanischer Matrosen festsetzen lassen. Nordamerika bestand auf deren sofortiger Freilassung. Als diesem Verlangen nicht stattgegeben wurde, besetzte es am 22. April die Hafenstadt Veracruz. Huerta, der namentlich infolge des Kampfes gegen den Oberpräsidenten Villa sich nicht zur Wehr setzen konnte, wandte sich hilfeflehend an das Solidaritätsgefühl der lateinamerikanischen Völker. In dieser Lage boten die Staaten Argentinien, Brasilien und Chile als die fortgeschrittensten und selbstbewußtesten Mitglieder der angerufenen Völkerfamilie dem Präsidenten Huerta an, für ihn und sein Land in Washington zu vermitteln. Huerta nahm an. Aber der mexikanische Konflikt mit Nordamerika wurde dann in anderer Weise beigelegt.

Die so geschaffene Entente der A B C-Staaten, welche niemals die feste Form eines Bündnisses angenommen hat, zerfiel dann im Weltkriege sehr schnell. Auch bei dieser Politik, welche die genannten Länder ebenso wie die anderen lateinamerikanischen Staaten während des großen Kampfes verfolgt haben, spielte ihr Verhältnis zu der nordamerika-

Digitized by Google

nischen Union eine wichtige Rolle, wozu dann die gefühlsmäßigen Beziehungen dieser Länder zu Europa, insbesondere zu Frankreich traten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß Brasilien aus einer unbegrenzten und aufrichtig bewundernden Liebe für Frankreich als unser Feind in den Weltkrieg eingetreten ist. Die Brasilianer sind nicht nur ein sehr intelligentes, sondern vor allem auch ein sehr intellektuelles Volk. Sie sind stets geneigt, sich in politischen Fragen von künstlerisch-literarischen Erwägungen beeinflussen, ja leiten zu lassen. Für die Brasilianer war durch den Krieg Frankreich und damit die Zivilisation der Welt bedroht. Sie hielten sich deshalb für moralisch verpflichtet, auch ihrerseits zur Rettung von Paris, als der geistigen Hauptstadt des Erdballes, beizutragen. Mit dieser Tatsache, so sehr man auch ihre Berechtigung bestreiten mag, muß man bei jeder Betrachtung des brasilianischen Geisteslebens und der brasilianischen Politik rechnen. In jahrzehntelanger, zäher, unermüdlicher Arbeit haben die französische Regierung und die französische Geisteswelt sich die Herzen der Brasilianer erobert, während Deutschland in derselben Zeit an allen Fragen kultureller und geistiger Wechselwirkung mit dem Auslande achtlos vorüberging. In Brasilien aber mußte diese von allen Franzosen ausnahmslos unterstützte Propaganda deutschen Einflüssen gegenüber um so leichter das Feld behaupten, als sie dem oratorisch-emotionellen Wesen der brasilianischen Geistesart sehr weit entgegenkam. Deutschland galt als Land der Technik, des Spezialistentums, des harten Sinnes für das Tatsächliche und der Seelenlosigkeit, während die stilvollen Vorträge der französischen Wanderredner und das französische Buch die Herzen der Brasilianer eroberten.

In dieser Auffassung fühlten sich die Brasilianer dann weiter durch die Haltung Nordamerikas bestärkt. Sie hatten das Gefühl einer gewissen Gleichberechtigung mit dem großen Bruder im Norden, als sie, seinen Spuren folgend, gleichfalls in den Krieg gegen Deutschland eintraten. Auf der anderen Seite aber konnte das auch am Kriege gegen Deutschland beteiligte Portugal für die Brasilianer kein abschreckendes Beispiel bieten, da gerade in diesem Lande der Gegensatz gegen das alte Mutterland niemals stark gewesen war und die Loslösung der Kolonie von der Heimat sich deshalb erst sehr spät und fast ganz schmerzlos vollzogen hatte.

Wesentlich anders waren die Voraussetzungen für die Haltung der aus härterem Holze geschnitzten argentinischen Republik. Auch in Argentinien spielt zwar die oratisch-emotionelle Form der Kultur eine wichtige Rolle. Auch in Argentinien haben sich die Träger dieser Geistesart mit Haut und Haaren dem französischen Einfluß verschrieben. Aber neben dieser Denkweise stehen in Argentinien vollständig anders geartete kulturelle Strömungen. Zunächst einmal ist der Argentinier überhaupt trockener, härter, tatsächlicher als sein brasilianischer Nachbar. Ein bedeutender brasilianischer Schriftsteller

Digitized by Google

hat erst vor kurzem erklärt, daß für ihn das argentinische Geistesleben sich durch seine „Natürlichkeit und Einfachheit des Stiles" auszeichnet. Das mag dem Deutschen sonderbar erscheinen, dessen Denken fast ausschließlich von der Sache und von ihrer technischen Bedeutung beherrscht wird und der stilistische Erwägungen, leider, nicht mehr zu kennen scheint. Aber selbst diese verhältnismäßige Schlichtheit des argentinischen Wesens ist vielen seiner Denker und Politiker bezeichnenderweise noch zu emphatisch. Sie verlangen, daß alle Emphase völlig der Sachlichkeit weichen und daß das, was sie „civilisación verbal", eine Kultur der Worte, nennen, durch schärfste geistige Disziplin ersetzt werde. Sie wollen das geistige Denken ihres Volkes keineswegs durch ein technisches Denken ersetzen. Aber sie verlangen, daß diese Geistigkeit niemals den festen Boden unter den Füßen verliere.

Dieser geistigen Strömung in Argentinien ist es zu verdanken, wenn trotz der Gleichgültigkeit, welche das offizielle Deutschland diesem Volke gegenüber bewiesen hatte, in ihm weite Kreise vom kulturellen Werte Deutschlands unterrichtet und überzeugt waren. An erster Stelle aber unter ihnen sind die Militärs, die Aerzte und die Schulmänner der argentinischen Republik hier zu nennen.

Die argentinischen Offiziere, welche ihre militärwissenschaftliche Ausbildung unter enger Anlehnung an Deutschland genossen haben, müssen vor allen Dingen als hervorragende Mitglieder des geistigen Lebens in ihrem Vaterlande aufgefaßt werden. Sie haben nicht nur die strategischen deutschen Werke genau studiert und sich deren Gedankengänge zu eigen gemacht, sondern sie sind samt und sonders Bewunderer und, soweit sie ihre Studien in Deutschland haben treiben können, Kenner unseres Geisteslebens. Der Verfasser dieser Zeilen erinnert sich daran, daß er mit einem argentinischen General, dessen Tischnachbar er bei einem Festessen war, sich mehr als eine Stunde lang über die freien Rythmen in Goethes Lyrik und darüber unterhielt, wie diese Neuerung während des 19. Jahrhunderts in die französische Dichtung überging, um sodann von einigen Südamerikanern als französisches Geistesprodukt aufgegriffen zu werden. Ein anderer General war in der Lage, bei einer ähnlichen Gelegenheit gleichsam eine kritische Bibliographie aller Uebersetzungen der Werke Heinrich Heines in die spanische Sprache zu geben. Alle argentinischen Offiziere aber sind genau darüber unterrichtet, daß die frühere Bedeutung Deutschlands nicht nur auf der Tüchtigkeit der Rekruten, Offiziere und der Maschinenbauer beruhte, sondern noch viel mehr auf dem geistigen Werte seiner militärischen Denker, seiner Verwaltungswissenschaftler, seiner Philosophen, seiner Gelehrten und seiner Dichter.

Genau so waren und sind die Aerzte und die Schulmänner Argentiniens von dem Werte und der Weltbedeutung Deutschlands überzeugt. Sie sind allerdings gezwungen, bei ihrer eigenen Ausbildung und beim Unter-

Digitized by Google

richt weit mehr französische als deutsche Textbücher zu verwenden. Aber die Schuld hieran darf nicht ihnen beigemessen werden, da die deutschen Gelehrten bisher auf die geistigen Bedürfnisse des südamerikanischen Studenten und Schülers keine Rücksicht nahmen, während in Frankreich besondere Werke zu diesem Zwecke geschrieben und in besonderen französisch-südamerikanischen Verlagshäusern veröffentlicht wurden.

Vor allen Dingen aber kam zu diesen geistigen, naturgemäß nur auf einen zahlenmäßig geringen Kreis beschränkten Strömungen noch ein außerordentlich wichtiger politischer Umstand. Ursprünglich war die argentinische Republik, genau so wie alle anderen lateinamerikanischen Länder, sowohl wirtschaftlich wie politisch ein Feudalstaat gewesen. Da weder die Spanier noch die Portugiesen die indianischen Ureinwohner der eroberten Gebiete ausgerottet hatten, standen diese Länder etwa vor fünfzig Jahren noch samt und sonders im Zeichen uneingeschränkter Latifundienwirtschaft. Der Weiße war Besitzer des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und zugleich Träger einer durchaus französisch gefärbten, gesellschaftlichen und literarisch-ideologischen Kultur. Auf den Feldern aber wurde die Arbeit in lässiger Weise von einer teils verträumten, teils durch den Zwang einer faktischen Leibeigenschaft niedergehaltenen Mischlingsrasse verrichtet. Argentinien ist nun das erste lateinamerikanische Land, welches mit dieser Kulturform gebrochen hat. Durch die Tüchtigkeit seiner weißen Bewohner und unterstützt von einer sehr starken Einwanderung, hat es einen selbständigen Mittelstand weißer Rasse ausgebildet, welcher zunächst sich gegen die Latifundienbesitzer und die „Gauchos" durchgesetzt und sodann die Zügel der Regierung übernommen hat. Argentinien ist bereits seit einigen Jahrzehnten durchaus ein Land der weißen Rasse, und es wird seit der Durchführung des geheimen und gleichen Wahlrechtes und dem dadurch veranlaßten Siege der radikalen Partei vom Mittelstand regiert. Dieser Mittelstand, der im Kampfe gegen das Patriziat hochgekommen war, lehnte mit dessen politischen auch dessen literarisch-kulturelle Gedankenkreise, das heißt kurz gesagt, die Franzosenfreundlichkeit, strikt ab. Während in Brasilien infolge der zahlreichen Negerbevölkerung die Entwicklung des Mittelstandes nur langsam vor sich geht und deshalb das intellektuelle Patriziat zusammen mit seiner Gefolgschaft in einem von Frankreich beeinflußten Sinne herrscht, denkt die überwiegende Mehrzahl der Argentinier rein amerikanisch. Sie sind bereit, jeder europäischen Kultur das zu entnehmen, was für ihre eigenen Bedürfnisse ihnen geeignet erscheint. Aber sie lehnen dabei jede Einseitigkeit und jede Parteinahme ab. Und dieses argentinische Selbstbewußtsein, dieser Amerikanismus, dieses Gefühl der Eigenart und der Sonderinteressen führte den Argentinier auch dazu, während des Weltkrieges sich den Nordamerikanern nicht durch Gleichheit, sondern durch Eigenart des Handelns als gleichberechtigt an die

Digitized by Google

Seite zu stellen. Alle diese argentinischen und amerikanischen Gefühle aber fanden in dem argentinischen Bundespräsidenten Dr. Hipólito Irigoyen einen sehr klar denkenden und sehr weit blickenden Vertreter. Dr. Irigoyen ist natürlich in der Politik seines Heimatlandes heute noch eine stark umstrittene Persönlichkeit. Viele der Vorwürfe, welche seine Gegner gegen ihn und namentlich gegen die Mängel seiner Verwaltung erheben, sind wahrscheinlich voll berechtigt. Trotzdem wird er in der Geschichte seines Vaterlandes unvergängliche Spuren hinterlassen, weil er in den inneren Fragen durch die Erzwingung der geheimen Wahl und in den äußeren Fragen durch Anbahnung einer argentinischen und damit allgemein spanisch-amerikanischen, wenn nicht überhaupt lateinamerikanischen Politik bahnbrechend gewirkt hat.

Ganz ähnlich der Bedeutung des argentinischen Präsidenten ist die des Dr. Alessandri, welcher gegenwärtig das höchste Amt in der Republik Chile bekleidet. Er vertritt genau dieselben Kreise der Bevölkerung, welche in Argentinien als radikale Partei wohl endgültig in den Besitz der politischen Macht gekommen sind. Und ebenso sind die Ziele seiner äußeren Politik dadurch bestimmt, daß er ohne irgendwelche europäische Einflüsse oder Vorlieben nationale Interesse in rein amerikanistischer Auffassung vertritt.

Die Entente, welche diese drei Länder vor dem Weltkriege in zwangloser, formloser Weise abgeschlossen hatten, ist im Sturm der letzten Jahre untergegangen. Es fragt sich nunmehr, ob an ihrer Stelle eine neue Vereinigung zwischen ihnen denkbar ist. Dabei werden drei Faktoren wahrscheinlich eine entscheidende Rolle spielen: die Liquidation des Weltkrieges, das Gemeinschaftsgefühl aller lateinamerikanischen Länder und das Verhältnis zu Nordamerika, welches sich wiederum aus diesen beiden Umständen ergibt.

Was zunächst die Liquidation des Weltkrieges anlangt, so leiden alle amerikanischen Länder zur Zeit schwer darunter, daß ihre Unzulänglichkeiten eine allgemeine, sowohl politische wie auch wirtschaftliche Krise über die ganze Welt heraufbeschworen haben. Hand in Hand mit dem hierdurch verursachten Unbehagen geht ein sehr tiefes, sehr ernstes Gefühl der Enttäuschung Frankreich und seiner jetzigen Politik gegenüber. Insbesondere ist Brasilien, welches ja als einziger der ABC-Staaten gegen uns in den Krieg eingetreten ist, durch die Haltung Frankreichs in der Frage der „beschlagnahmten" deutschen Schiffe noch ganz besonders schwer verstimmt. Südamerika hat zwar noch nicht aufgehört, die französische Literatur und Sprache als die ersten der Welt anzusehen. Aber es macht einen Unterschied zwischen diesem intellektuellen und dem offiziellen Frankreich. Es zieht Anatole France, welcher der kommunistischen Partei angehört, Henri Barbusse, welcher das Feuilleton der Humanité

Digitized by Google

leitet, und Romain Rolland ganz entschieden dem Marschall Foch vor. Daran wird auch die fieberhafte Propagandatätigkeit nichts ändern, welche die Franzosen zur Zeit in ganz Süd-, Mittel- und Nordamerika aus diesem Grunde entfalten. Eine Propaganda kann wohl die ihr günstigen Tatsachen übertreiben, einseitig ausbeuten und wirkungsvoll umgestalten, aber sie kann keine unbequemen Tatsachen beseitigen oder durch Erzeugnisse der Phantasie ersetzen.

Wenn also durch diese politische Loslösung von Frankreich der amerikanistische Zug in der lateinamerikanischen Politik verstärkt werden muß, so wird das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten vollständig davon abhängen, welche Politik diese gegenüber den „kleineren Brüdern" verfolgen. Während des Weltkrieges haben die Nordamerikaner eine geradezu uferlose Propaganda in Lateinamerika begonnen. Sie haben sich mit der ihnen eigenen stürmischen Begeisterung nicht nur an die wirtschaftliche Durchdringung dieser Länder gemacht, sondern sie sind insbesondere auch auf die ideologische Seite des lateinamerikanischen Temperamentes mit großer Liebe eingegangen. Nirgends in der Welt wird die Geistesgeschichte dieser jungen Länder eifriger und entgegenkommender gepflegt als in Nordamerika. Dabei haben die Nordamerikaner, welche weder Mühe noch Geld noch Liebenswürdigkeiten gespart haben, sehr beträchtliche Erfolge errungen. Auf der anderen Seite aber darf nicht übersehen werden, daß das Wesen des Nordamerikaners dem des Südamerikaners um so fremder werden muß, je mehr die beiden ihre ursprünglichen kolonialen Züge verlieren. Der Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus, oder besser gesagt Puritanismus, zwischen kaltblütiger Berechnung und künstlerisch-ideologischer Schwärmerei, zwischen wohlüberlegter Willenskraft und unwiderstehlichem Impuls ist in diesen beiden Hälften der panamerikanischen Bevölkerung geradezu verkörpert. Es ist also damit zu rechnen, daß alle Berührungen zwischen scharfkantigen, rauhen Nordamerikanern und enthusiastischen Lateinamerikanern nicht nur zu Interessengemeinschaften, sondern auch zu ernsten Reibungen führen. Der Südamerikaner hat das Gefühl, daß er bei einer Zusammenarbeit mit dem härteren Nordamerikaner auf die Dauer den Kürzeren zieht. Er hält sich deshalb meistens scheu von ihm zurück und besteht darauf, seinen eigenen, unbequemeren, längeren, aber durch die Gebiete unbeschränkter Freiheit führenden Weg zu gehen. Das hat sich vor allem auch in der besonderen Haltung Argentiniens sowie Nordamerikas auf der Genfer Tagung des Völkerbundes gezeigt. Nordamerika blieb fern, in Verteidigung seiner klar erkannten wirtschaftlichen Interessen. Argentinien entfernte sich aus der Versammlung in dem Augenblicke, in dem seine ideologischen Interessen, sein Selbstbewußtsein und seine Selbstachtung verletzt werden.

Digitized by Google

Mit dem Amtsantritte des nordamerikanischen Präsidenten Harding dürfte man in der Politik seines Heimatlandes unter Umständen ein neuer Zeitabschnitt begonnen haben. Unter Woodrow Wilson hatte sich das Interesse der nordamerikanischen Union in bis dahin ungewohnter Weise auf Europa gerichtet. Das hatte auch die übrigen amerikanischen Staaten zu ähnlicher Haltung gezwungen. Nachdem aber Woodrow Wilson bei der letzten Präsidentschaftswahl von den Bürgern seines Landes geradezu desavouiert worden ist, wird aller Wahrscheinlichkeit nach vor allem in dieser Hinsicht ein Wandel eintreten. Harding hat in den Reden, welche er vor der Wahl gehalten hat, bereits darauf hingewiesen. Zugleich ist in den ersten Wochen seiner Amtszeit der Konflikt zwischen Panama und Costa Rica ausgebrochen, welcher sich zu einer grundsätzlichen Entscheidung über das Verhältnis des „Völkerbundes" zur Monroedoktrin auswachsen zu wollen scheint, wobei naturgemäß der traditionelle Grundsatz der nordamerikanischen Außenpolitik das Feld behaupten wird.

Zugleich aber beginnt die öffentliche Meinung in den lateinamerikanischen Ländern sich zu regen, indem sie sowohl den Völkerbund ablehnt wie auch darauf besteht, in den Beziehungen zu Nordamerika für sich volle Gleichberechtigung zu verlangen. Es verlautet bereits, daß der neue Präsident der Republik Chile eine Reise nach Buenos Aires und Rio de Janeiro unternehmen wird, um dort für die Wiederaufnahme der ABC-Politik einzutreten. Die Haltung, welche Chile sowohl der europäischen wie der nordamerikanischen Politik gegenüber stets eingenommen hat, ist durchaus amerikanistisch und zugleich selbstbewußt gewesen. Sie hat sowohl die Einmischung der Europäer in amerikanische wie die der Nordamerikaner in südamerikanische Fragen abgelehnt. Und so könnte es denn sehr wohl sein, daß die äußere Politik der lateinamerikanischen Länder, insbesondere die der ABC-Staaten, augenblicklich an der Schwelle einer kräftigen, selbständigen und neuen Entwicklung steht.

15. März 1921

Deutschland und Elsaß-Lothringen

Von Dr. Robert Ernst

Dr. Haegy, der frühere elsässische Reichstagsabgeordnete, jetzige Député in der französischen Kammer, hat einmal im Reichstag das Wort gesprochen: „Das Deutsche Reich werde an dem verfluchten kleinen Kerl in der Südwestecke wenig Freude erleben." Die November-Ereignisse 1918 in Elsaß-Lothringen haben Dr. Haegy in einem Maße recht gegeben, wie er selbst nicht vorausgesehen hatte. Die Enttäuschungen, die das deutsche Volk während

Digitized by Google

der Tage des Zusammenbruchs auf elsaß-lothringischem Boden erleben mußte, sind so furchtbar gewesen, daß es wohl zu verstehen ist, wenn heute weite Kreise unseres Volkes eine innere Beziehung zwischen Deutschland und Elsaß-Lothringen verneinen. Aber Verbitterung wird niemals ein guter Ratgeber sein, sie widerstrebt der Vernunft. Nicht Bitterkeit, sondern Erkenntnis muß uns aus den schweren Erlebnissen der Novembertage 1918 in Elsaß-Lothringen erwachsen. Aus den Mißerfolgen wollen wir die Lehren ziehen, um den Weg zum Erfolg zu finden.

Wenn wir bis 1918 immer wieder betonten: „Die Elsaß-Lothringer sind Deutsche, ja, mit die besten Deutschen", so müßten wir ein halbes Jahrhundert wissentlich Lügen verbreitet haben, wenn uns Geschehnisse inmitten der furchtbarsten Katastrophen deutscher Geschichte von dem vollen Gegenteil unserer früheren Ansichten überzeugen könnten. In der Tat gibt es heute Deutsche, die von diesem Gegenteil überzeugt sind. Unkenntnis, Verbitterung, Bequemlichkeit und nicht zuletzt eine falsche, oder doch zu enge Auffassung des Begriffes „Deutschtum" sind die Ursachen.

Gegen diese Einstellung, die für die Zukunft des deutschen Volkstums in Elsaß-Lothringen eine schwere Gefahr bedeutet, muß jeder Deutsche, und in erster Linie jeder Elsaß-Lothringer im Reich, Stellung nehmen.

Die Elsaß-Lothringer haben den Kampf um ihr deutsches Volkstum gegen die Romanisierungspolitik der Franzosen aufgenommen. So muß das deutsche Volk das Bestehen einer „elsaß-lothringischen Frage" anerkennen und an ihrer Lösung mitarbeiten. Klarheit über den Inhalt des Problems ist die Voraussetzung zu solcher Arbeit. Zu dieser Klarheit muß uns eine kurze Betrachtung der elsaß-lothringischen Entwicklung sowie das Erkennen der inneren Gründe unserer Mißerfolge von 1871 bis 1914 führen.

Bis 1918 erkannte Deutschland das Bestehen einer „elsaß-lothringischen Frage" nicht an. Frankreich aber machte sie zum Mittelpunkt seiner gesamten Politik des Inhalts, daß der Frankfurter Frieden als Gewaltfrieden und Raubfrieden die Bezeichnung „Friede" nicht beanspruchen könne, weil durch ihn Teile französischer Erde, ein bewußtes Glied der französischen Nation vom französischen Volkskörper losgerissen worden sei, und Frankreich es seiner Ehre und seinen in deutscher Knechtschaft lebenden Volksgenossen schuldig sei, auf eine Umstoßung dieses Friedens mit jedem Mittel hinzuarbeiten. Gestützt auf den Protest der elsaß-lothringischen Abgeordneten in der Nationalversammlung in Bordeaux gegen ihre Lostrennung vom französischen Mutterlande betrieben die Franzosen eine stets sich steigernde Revanchepolitik.

Die äußeren Umstände, so vor allem der Protest von Bordeaux, scheinen Frankreichs Haltung zu rechtfertigen. Und doch kommt man bei genauerem Studium der elsaß-lothringischn Verhältnisse zu dem Urteil, daß Deutsch-

Digitized by Google

land 1871 berechtigt und verpflichtet war, Elsaß-Lothringen Frankreich zu entreißen und seinem neuen Staatswesen einzuverleiben.

Elsaß-Lothringen, bewohnt von Alemannen und Franken, ist alter deutscher Kulturboden. Die Vorfahren der Protestler von Bordeaux waren die Träger eines Stückes glänzender deutscher Entwicklung, sie waren die Vorkämpfer deutschen Geistes gegen Westen, bewußt deutsch, stolz auf ihr Deutschtum, erbitterte Feinde der Welschen. Mehrfach lag der Schwerpunkt der deutschen Geschichte im Elsaß. Es sei nur erinnert an die Zeit der Hohenstaufen, an die Entwicklung der Reichsstädte, an die führenden Geister wie: Ottfried von Weißenburg, Gottfried von Straßburg, Geiler von Kayserberg, Wimpheling und Sturm.

Der 30jährige Krieg, das traurigste Kapitel in der Geschichte der Uneinigkeit, des Bruderzwistes der Deutschen, verurteilte das deutsche Volk zur Ohnmacht. Der Welsche konnte ungestraft seine Hand nach deutschen Landen ausstrecken, Elsaß-Lothringen wurde ein Opfer französischer Ausdehnungssucht. 1681 kam die deutsche Reichsstadt Straßburg als Krönung dieser Annexionspolitik Ludwigs XIV. unter französische Oberhoheit. Proteste der deutschgesinnten Bevölkerung konnten nichts fruchten. Es stand keine Macht hinter ihnen. 1871 erstand unter der kraftvollen Führung Bismarcks aus dem Bündel sich bekämpfender deutscher Stämme ein großes Ganzes, das Deutsche Reich unter Führung der Hohenzollern. Eine Schuld galt es nun wiedergutzumachen, die Deutschen zwischen Rhein und Wasgau, die man vor zwei Jahrhunderten nicht vor welscher Habgier schützen konnte, aus der welschen Umklammerung zu befreien.

Freilich, die zwei Jahrhunderte gemeinsamer Geschichte mit Frankreich, mit dem Frankreich der Revolution und Napoleons, konnten nicht ohne Einfluß an der Bevölkerung Elsaß-Lothringens vorbeigerauscht sein. Die Elsaß-Lothringer von 1870 waren zwar noch deutsch in ihrer Kultur, jedoch französisch in ihrer staatlich-nationalen Einstellung. Ja auch kulturell war infolge dieser national-französischen Orientierung eine Anpassung nach Frankreich hin zu spüren. Und gerade aus solchem Gesichtspunkt mußte das neuerstehende Deutsche Reich die Deutschen zwischen Rhein und Wasgau dem welschen Gegner entreißen. Eine Nation sollte der 70er Krieg, dieses große gemeinsame Erlebnis, aus dem Vielerlei deutscher Stämme entstehen lassen, eine kraftvolle Zusammenfassung allen deutschen Wesens. Ein solcher junger Körper deutschen Volkstums mußte das Glied, das der Verkümmerung und völligen Erdrosselung ausgesetzt war, frei und stark werden lassen, befreit von jeder Fessel. Hier liegt die Berechtigung des deutschen Volkes zu der Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich. Es galt, Elsaß-Lothringen dem französischen Einfluß zu entziehen, um es wieder seinem wahren innerstdeutschen Wesen zuzuführen.

Digitized by Google

Wir wissen heute, daß es Deutschland nicht gelungen ist, in den 48 Jahren der Vereinigung Elsaß-Lothringens mit dem Reiche die Elsaß-Lothringer dem deutschen Volke von innen her voll und ganz zu verbinden. Kopfschüttelnd stehen viele von uns vor dieser Tatsache. Und doch müssen wir uns mit ihr abfinden und sie zu verstehen suchen, wenn wir in der Zukunft noch auf elsaß-lothringischem Boden arbeiten und wirken wollen.

Als Zusammenfassung der deutschen Kultur, als Verkörperung der deutschen Sonderart hatte das junge Deutsche Reich nicht nur die Berechtigung, sondern auch die Pflicht, das gefährdete deutsche Volkstum Elsaß-Lothringens zu sich zurückzuführen! Aber das junge Deutsche Reich war nicht diese Verkörperung deutscher Kultur, es war nur ein machtpolitischer Bau, in dem ein Teil der deutschen Stämme seine Wohnung fand, seine Arbeitsstätte, aber es war nicht ein Bau, emporgewachsen aus der deutschen Seele jedes einzelnen Deutschen. Genial war der Mann, der diesen Bau über einem Teil der Deutschen errichtete. Nichts Verkleinerndes soll über sein Werk gesagt werden; es mag wohl sein, daß ein Teil der Deutschen erst einmal in solchen gemeinsamen Bau zusammengeführt werden mußte, um zu dem Gefühl der Volksgemeinschaft zu kommen. Es mag sein, daß dieser Bismarcksche Staat eine nötige Stufe auf dem Weg zur Volkswerdung unseres deutschen Volkes war, aber er war nicht der Ausdruck der empfundenen Volksgemeinschaft jedes Deutschen! Ausdruck des Staatsgedankens als eines machtpolitischen Faktors, nicht Ausdruck des Volksgedankens als eines kulturpolitischen Faktors war Bismarcks Deutsches Reich. Und das war verhängnisvoll für die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit diesem jungen Staat. Die Basis der gemeinsamen Kultur, auf der sich die Elsaß-Lothringer mit den andern deutschen Stämmen hätten zusammenfinden können, wurde nicht herausgearbeitet. In die Erscheinung trat der deutsche Staatsgedanke, und diesem standen die Elsaß-Lothringer fern. Ueber den Volksgedanken führte der Weg zum Staatsgedanken. Dieser Weg wurde nicht beschritten, nicht allein zum Schaden für das Verhältnis der Elsaß-Lothringer zum Reich, sondern auch vieler anderer Deutschen im Verhältnis zum deutschen Staat.

Dies alles wird nicht gesagt, um Kritik zu üben, sondern um Verständnis dafür zu wecken, wie es möglich war, daß die Elsaß-Lothringer, die Alemannen und Franken mit ihrer deutschen Kultur im November 1918 zu einem großen Teil die Vereinigung mit Frankreich begrüßten oder doch die Trennung von Deutschland nicht schmerzlich empfanden. Und darüber hinaus erwächst aus diesen Tatsachen heraus zur weiteren Entwicklung unseres deutschen Volkes der brennende Wunsch, das deutsche Volk möge sich seines Volkstums bewußt werden und zur Volksgemeinschaft werden. Denn nur so ist die Möglichkeit einer Unterstützung der

Digitized by Google

Elsaß-Lothringer in ihrem heutigen Kampf um ihr deutsches Volkstum von seiten des deutschen Volkes gegeben.

Ein häßlicher kleinlicher Kampf wird heute in den Reihen unseres Volkes darum ausgefochten, ob Monarchie, ob Republik; ob Demokratie, ob Monokratie. Gehen wir nicht unter in diesem Kampfe um die Staatsform, sondern fassen wir unsere Kraft zusammen zur Erneuerung unserer Staatsauffassung, zur Erfüllung unseres Staates mit Volksgemeinschaft! Der deutsche Staat sei der Mittelpunkt eines neuen Deutschland, der deutschen Kulturgemeinschaft. Wo deutsches Lied erklingt, da ist Deutschland. Wie die Siebenbürger-Sachsen, wie die Deutschen im Banat, wie die Deutsch-Schweizer, so sind auch die Elsaß-Lothringer Deutsche. So müssen wir Binnendeutsche empfinden, dann werden auch die Deutschen jenseits unserer Grenzen, trotz der Zugehörigkeit zu fremden Staaten volksdeutsch fühlen. Wozu ein solches Volksgemeinschaftsgefühl führen wird, danach wollen wir nicht fragen. Sollte aus dieser Kulturgemeinschaft ein Staatsvolk entstehen, es wäre die Krönung des Ganzen.

Das ist die elsaß-lothringische Frage, wie sie sich heute für das deutsche Volk darstellt! Pflege einer wahren Volksgemeinschaft.

Das deutsche Volk muß wissen, daß der deutsche Staatsgedanke in Elsaß-Lothringen heute nicht mehr lebenskräftig ist. Wir wollen uns keine Märchen erzählen von einem elsaß-lothringischen Volke, das sich zum Reiche zurücksehnt. Aber wir wollen unserem Volke Verständnis dafür abringen, daß die Elsäßer und die deutschen Lothringer trotz dieses mangelnden Staatsgefühls unsere Volksgenossen sind, mit deutscher Sprache, deutschem Fühlen und deutscher Art. Wir wollen das deutsche Volksgefühl stärken helfen, um auf solche Weise Brücken zu schlagen zwischen Reichsdeutschland und Alldeutschland.

Viel Mißtrauen wird zu überwinden sein. Die Kraft muß aus der Erkenntnis erwachsen, daß das deutsche Volkstum zwischen Rhein und Wasgau absterben wird, wenn es nicht gelingt, auf dem Wege über die Volkskulturgemeinschaft Elsaß-Lothringen mit dem deutschen Volksganzen zu verbinden.

In diesem Zusammenhang muß noch auf eine weitere Bedeutung der elsaß-lothringischen Frage hingewiesen werden, in welcher die Frage nicht ein Besonderes für sich, sondern einen Teil eines größeren Problems, der wichtigsten Streitfrage der Jetztzeit, einen Teil der Kriegsschuldfrage bildet. Aus der Behauptung von Deutschlands Alleinschuld am Kriege leiten unsere Feinde die Berechtigung zu ihren ungeheuerlichen Forderungen ab. Mit der Aufrechterhaltung dieser Lüge steht und fällt der Versailler „Friedensvertrag". In rastloser Arbeit, mit nie ermüdender Zähigkeit gilt es diese Lügen, die die Feindpropaganda in glänzender Weise zum Allgemeingut der uns feindlichen Völker zu machen verstand,

Digitized by Google

als Lügen bloßzustellen. Elsaß-Lothringen war der Brennpunkt der französischen Revanchepolitik von 1871 bis 1914. Systematisch hat Frankreich auch in Elsaß-Lothringen zum Kriege gehetzt, unter Führung des offiziellen Frankreich. Aus diesem Wissen heraus gilt es mitzuarbeiten an der Kriegsschuldfrage.

Die wichtigste Mitarbeit an der elsaß-lothringischen Frage bleibt jedoch diese, mitzuhelfen an dem inneren und äußeren Wiederaufbau Deutschlands. Nur dann, wenn Deutschland magnetisch wird, wie es öfters ausgedrückt wird, kann eine günstige Lösung der elsaß-lothringischen Frage erhofft werden.

Volksgemeinschaft! Darin muß die magnetische Kraft liegen.

Notiz

Das Abwehrbündnis. Ein Freund unseres Blattes sendet uns diese Anmerkung: Die Zeitungen schreiben viel von dem Wunsche Frankreichs, einen Vertrag mit England und den Vereinigten Staaten abzuschließen, worin diese sich verpflichten sollen, Frankreich gegen einen ungerechtfertigten Angriff Deutschlands zu verteidigen. Ein solcher Vertrag würde Frankreich beruhigen uud zu einer friedlichen Politik gegen Deutschland veranlassen. Mir scheint, daß vom deutschen Standpunkt gegen einen Vertrag mit diesem Inhalt und dieser Begrenzung nichts einzuwenden ist, da uns ein ungerechtfertigter Angriff gegen Frankreich durchaus fernliegt und ein wirklicher Friedenszustand sehr erwünscht wäre. Nur müßte der Gedanke logisch zu Ende gedacht werden und demgemäß England und die Vereinigten Staaten zu gleicher Zeit mit Deutschland einen Vertrag schließen, in dem sie ihm für den Fall eines ungerechtfertigten französischen Angriffs ihre Hilfe zusagen. Die Franzosen, die sich gerne ihres logischen Denkens rühmen, werden gewiß zugeben, daß damit erst ihre Absicht der Befriedung Europas folgerichtig durchgeführt wäre, und sie werden gern erklären, daß ein ungerechtfertigter Angriff auf Deutschland nicht in ihrer Absicht liegt. Ans Werk also, meine Herren Diplomaten!

Neuerscheinungen

Ferdinand Lassalle. „Nachgelassene Briefe und Schriften", herausgegeben von Gustav Mayer. I. Band. Briefe von und an Lassalle bis 1848. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart-Berlin, Julius Springer, Berlin. 357 S.

Habent sua fata libelli! Als Lassalle 1864 gestorben war, erhob sich um seinen schriftlichen Nachlaß ein ziemlich übler Streit, da sich die Erben und Testamentsvollstrecker über die Auslegung der letztwilligen Verfügung nicht einig wurden. Schließlich ging, soweit sie nicht damals auseinandergerissen wurde, die gesamte Hinterlassenschaft in den Besitz der Gräfin Hatzfeld, und da sich noch in den siebziger Jahren die Eisenacher und Lassalleaner feindselig genug gegenüberstanden, schien die Hebung dieses Materials auch bei den Sozialdemokraten, die doch sonst um ihre eigene Geschichte so fleißig bemüht waren, an Interesse verloren zu haben. So legte

Digitized by Google

sich die Legende der Verschollenheit über den reichen Stoff — man wußte, daß noch viel Handschriftliches des großen Agitators vorhanden sei, aber nicht recht, wo, in welchem Zustand. Bis sich der Enkel der Gräfin durch Dr. Gustav Mayer, den Biographen Schweitzers und Engels', von der historischen Bedeutung des Nachlasses überzeugen ließ und nun, nach Jahrzehnten verstaubten Winkeldaseins, sich Kisten mit Papieren auf einem Schloß am Niederrhein öffneten. Der Herausgeber schildert mit lebendiger Anschaulichkeit die Schicksale dieser „verlorenen Handschrift"; er hat im übrigen mit seiner Personen und Probleme knapp charakterisierenden Einleitung und mit seinen aufschlußreichen Hinweisen eine Meisterleistung vollbracht.

Lassalles ungewöhnliche geistige und zeitgeschichtliche Erscheinung hat von je einen außerordentlichen Reiz auf biographische Naturen ausgeübt. Auch G. Mayer trug sich seit Jahren mit dem Plan, Lassalle eine zusammenhängende Würdigung zu widmen, und der große Stoff, der ihm nun erschlossen wurde, mochte den frühen Plan neu wecken. Aber mit einer sympathischen Erklärung tritt er von ihm zurück; Hermann Onckens Werk (in neuer Bearbeitung bei der deutschen Verlagsanstalt erschienen) läßt ihm solches Beginnen überflüssig erscheinen. In der Tat scheint es für die Feinfühligkeit und Haltung dieses schönen Buches zu sprechen, daß auch die Fülle des Neuen keine entscheidenden Züge frisch hinzufügt.

Der Band Briefe, den Mayer jetzt ausgewählt als den ersten von fünf geplanten vorlegt, bietet ja nun eine vielfach erstaunliche Lektüre. Das Interesse spaltet sich: es ist einmal völlig durch den Sachinhalt der Darlegungen des jungen Lassalle gefangen, da er sich in seitenlangen Briefen mit den Problemen der Philosophie, der Gesellschaft, des Staates, der Religion auseinandersetzt, das anderemal hat es wesentlich anekdotisch-psychologischen Charakter: Lassalle, der leidenschaftliche Liebesbriefe ins Konzept schreibt und seine Empfindungen nach den Rezepten Hegelscher Dialektik niederlegt, Lassalle, der als Pennäler mit dem Kultusministerium sich herumschlägt und als Student Geschäftsverträge über die Gasbeleuchtung von Prag entwirft, Lebemann und Philosoph, geistiger Revolutionär und schmeichlerischer Taktiker am Grenzgebiet der großen Welt. Das mischt sich: Beiträge zur Frühgeschichte sozialistischen Denkens und amüsante Kapitel aus einem mondänen Roman. Man wird nicht sagen können, daß diese Briefe immer ein sehr „sympathisches" Bild geben; sie spiegeln eine Bewußtheit und Eitelkeit, die in ihrer Exzentrik schon wieder naiv wird. Die Sprache, die Lassalle mit dem Vater, mit den Freunden führt, hat gelegentlich fast peinliche Züge; aber aus den Schreiben, die an ihn gerichtet sind, spricht dann auch wieder sehr überzeugend der schlechthin beherrschende Einfluß, den er mit zwanzig Jahren schon ausgeübt hat. Frühreif wäre ein falsches Wort für ihn — denn danach kommt meist nicht sehr viel mehr; mit jener Begabung des Gedächtnisses und der Schärfe der Logik vereint sich ein außerordentlicher Fleiß, eine Gründlichkeit, der Probleme Herr zu werden, die um so erstaunlicher wirken müssen, da offenbar die sorgsamen Kisten auch allerhand Dokumente bewahrt haben, Rechnungen und dergl., die nicht auf ein bloß der Betrachtung gewidmetes Anachoretendasein schließen lassen. Der Briefwechsel endet im ersten Band mitten in den ersten Hatzfeldschen Wirren; menschlich ist das Material wichtig genug. Die späteren Bände werden Briefe von Marx und Rodbertus enthalten und dann wohl intime Aufschlüsse aus der Frühzeit sozialistischer Theorie und Taktik enthalten.

Theodor Heuß.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M
Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 9. Juli 1921 * Heft 28

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Rosen ist äußerlich ebensowenig ein erfolgreicher Parlamentsredner, wie Simons, wenn auch seine sachliche Schlichtheit angenehm von dem verklausulierten Juristendeutsch seines Vorgängers abstach. Anfänglich schien es, als ob Rosens Protest gegen Frankreichs Aufrechterhaltung der Sanktionen in der Pariser Presse eine große Erregung hervorgerufen hätte. Um so überraschender wirkte es dann, daß tags darauf Briands Leibblatt erklärte, daß nachdem die Abrüstung erfolgt sei und auch der gute Wille der Regierung Wirth feststehe, die Zahlungen zu leisten, „niemand mehr die Aufrechterhaltung der Sanktionen vertreten könne". Was ist inzwischen geschehen? Dieser Umschwung ist zu überraschend, um dahinter nicht ein neues englisch-französisches Geschäft zu vermuten, die bisher noch stets auf Deutschlands Kosten abgeschlossen worden sind.. Die Freigabe der uns zeitweilig besetzten Rheinhäfen gegen den dauernden Verlust oberschlesischer Gebiete, würde aber die Grundlage der Existenz des Wirthschen Kabinetts glatt zertrümmern.

*

Wenn man die Parlamentsberichte liest und am zweiten Tag der Sanktionsdebatte verzeichnet findet, daß der Besuch der Parlamente ein äußerst schwacher war, so wird man das bittere Gefühl nicht los, unsere Herren Volksvertreter besitzen nicht das nötige Maß von Verantwortungsgefühl, ohne das das parlamentarische System nicht haltbar ist. Wochenlang hat die Presse aller Parteien darüber gemurrt, daß die Oberschlesische Anfrage von der Regierung verschleppt werde. Als dann endlich der ersehnte Tag anbricht, bleiben sie in Scharen zu Hause. Glaubt man wirklich, daß eine Debatte vor leeren Bänken auf die Entente Eindruck machen wird? Wenn aber die Abgeordneten der Ansicht sind, daß es gleichgültig sei, was die Parlamentarier

Digitized by Google

in der Debatte zu sagen hätten, nachdem der Vertreter der Regierung gesprochen, so sollte der alte Zopf, daß in jeder Frage jede Partei ihr Sprüchlein hergesagt, abgeschnitten werden. Proteste gegen die ruchlose Brutalität der Sanktionen vor leeren Bänken einzulegen, ist und bleibt eine politische Geschmacklosigkeit, die nicht wieder vorkommen darf.

*

Der Jagow-Skandal fängt groteske Dimensionen anzunehmen. Faßt jetzt das Kabinett nicht energisch zu, so bekommt nicht nur die Justizverwaltung einen Dreckspritzer auf ihr reines Schild, sondern auch das Ansehen der Republik bekäme einen argen Stoß. Wenn dem „gesunden" Jagow jetzt nicht bald der Prozeß gemacht wird, kann sich das Wort Klassenjustiz zu einer Wahlparole von suggestiver Kraft auswachsen. Caveant consules. . . . .

*

„Kemal ante portas" — in diese Worte läßt sich die Rede des Vertreters der englischen Regierung im Unterhause zusammenfassen, woran er die Befürchtung knüpfte, daß durch den Vorstoß der türkischen Nationalisten die englischen Interessen stark in Gefahr gebracht würden. Im Gegensatz hierzu dürften die Einwohner Konstantinopels Kemal Paschas Anrücken weniger für eine Bedrohung, als für eine Befreiung ansehen.

*

Am Anfang des Weltkrieges stand das Attentat von Serajewo, am Abschluß der Attentatsversuch auf den Prinzregenten von Südslawien. Dazwischen liegt der Zerfall Oesterreichs und die Entstehung des südslawischen Staates, der durch Annexionen viel fremdes Blut aufgenommen hat. Die Bombe, die jetzt auf den Prinzregenten geschleudert wurde, scheint zwar in einem kommunistischen Laboratorium gefertigt zu sein, die Hand aber die sie geworfen, gehörte einem Vertreter eines von den Serben unterworfenen Volke an.

*

Giolitti hat es abgelehnt Sforza, gegen den sich allein die Opposition der italienischen Kammer richtete, auszuschiffen. Er hat es vorgezogen, selbst zurückzutreten. Die Vermutung erhält dadurch neue Nahrung, daß Giolitti selbst sich seinerzeit bei seinem Pariser Besuch stark in der Rhein- und Oberschlesischen Frage für Frankreichs Interesse hat engagieren lassen.

*

Digitized by Google

Um die Sanktionen

Von Dr. Theodor Heuß 1. Juli 1921

Der Krieg war ein Sprachschöpfer in einer seltsamen Verschränkung von plastischer Deutlichkeit und bürokratischer Pedanterie; die Kriegsfolgezeit ist der Ausklang davon, künstlich, papieren und schal mit einem Geschmack von trockener Bitterkeit. „Wiedergutmachung — ein entsetzliches Wortgetüm und „Sanktionen" — ein Hohn auf Verträge und Genehmigungen, umgeben von der Atmosphäre der Gewalt und des Mißtrauens.

Seit der Londoner Konferenz ist das Wort in den Sprachgebrauch des politischen Streites gekommen. Vorher war es noch nicht vorhanden; aber nun hat es bereits eine ziemlich feste, sprachliche Verdichtung erfahren. Es umfaßt das Instruktionsbuch des französischen Polizeigeistes, der „Strafmaßnahmen" verfügt, mit allerhand freundschaftlichen Genehmigungen. Sanktionen nennt man die Interpretationen, die Erweiterungen, die Verschweigungen, die Verletzungen des Versailler Vertrages. Sanktionen ist das Schlüsselwort für die französische Rheinlandspolitik geworden, die nicht aufhört, vom Pufferstaat zu träumen, und da, wenn nicht die wirtschaftliche, so doch die politische Zielsetzung des traditionalistischen Frankreichs auf die Sprengung der deutschen Einheit hinleitet, so werden die paar Buchstaben zu einer Schicksalsformel Deutschlands.

Als vor einigen Monaten die Franzosen die paar rechtsrheinischen Städte besetzten und eine Zollgrenze einzurichten begannen, herrschte Unsicherheit über die Durchführung, die Durchführbarkeit der wirtschaftspolitischen Isolierung. Die Verletzung des Versailler Friedens erstaunte niemanden, aber doch mußte man sich darüber klar sein, wie sehr gerade auch die linksrheinischen Gewerbe getroffen würden. Nun ist die Durchführung ja technisch keineswegs glänzend; Systemlosigkeit und Unfähigkeit konkurrieren mit der [illegible] der Absichten; aber doch blieb aus diesem ganzen Zustand der Verwirrung eine ungeheure Gefahr. Das Rheinland wird zum Feld des Schiebertums gemacht, [illegible] nicht nur wieder neue [illegible] an den Beamtenkörper sich [illegible], sondern auch die [illegible] um eine Stabilisierung der [illegible] werden. Französische [illegible] Uniform [illegible] mit den [illegible] französischen [illegible] zu [illegible].

[illegible] die Sanktionen. [illegible] die Beratung [illegible] über die Frage einer [illegible] [illegible] hinausgewachsen. [illegible] Versailler [illegible]

(wenn auch ganz dessen Geist und Planung entsprechend), sind sie jetzt stärker mit Mannschaften belegt und der Streit geht neben Oberschlesien wesentlich um diese Position. Die Frage nach der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit ist überhöht von dem Prinzip des politischen Prestiges. Durch die letzten Pariser Kammerverhandlungen ist das ganz deutlich geworden. Die nationalistische Opposition will von dieser Seite her Briands Position anrennen und Briand weicht aus, indem er die Forderung der Opposition aufnimmt; die Sanktionen werden nicht abgebaut! Daß sie fallen mußten, längst, geht nicht nur aus dem Wortlaut des Londoner Abkommens hervor, aus den Mitteilungen der englischen und italienischen Staatsmänner, sondern aus der Natur der Fragestellungen: Der Inhalt des Ultimatums war kein Amendement zu den Sanktionen, sondern eine, wenn auch erzwungene Interpretation des Versailler Textes, mit dem jene Sanktionen nichts zu tun haben.

Es sieht fast so aus, als ob man in der Kammer Briand soweit verdrängen wolle durch die Annahme eigener Entschließungen, durch das Provozieren entsprechender Erklärungen, daß die Aufrechterhaltung der Sanktionen eine Kernfrage der Weiterdauer seines Kabinetts sein wird. Das geschieht nicht nur, um seiner Brutalität gegen Deutschland Eisen ins Blut zu geben, sondern um ihn für die ewig verschobene Zwiesprache mit England fest und hart zu machen. Sieht man die Fragen der Nähe und Ferne, von denen London im Augenblick bewegt wird, Reichskonferenz mit japanischen und amerikanischen Perspektiven, Kemal und Konstantin, Irland, so erscheint die Sorge nicht eben drängend im englischen Sinn, wie es mit der Freigabe der Düsseldorfer Schulen, mit der Behandlung des Transitverkehrs in den Rheinhäfen gehalten werden soll. Und sicher sieht und lauert Frankreich, das ja auch einige fragwürdige und umstrittene Außenposten im Orient hat, nach der Möglichkeit von Kompensationen. Englands griechische Orientpolitik schwankt.

Nun aber hat der Fortbestand der Sanktionen auch seine Auswirkung auf die innerpolitische Lage Deutschlands. Denn die „Politik der Erfüllung", von der Dr. Wirth spricht, hat sachlich, aber auch seelisch zur Voraussetzung, daß die Möglichkeiten zu ihr nicht verdorben werden. Herr Briand hat neulich in Frankreich davon gesprochen, daß er die Sanktionen erhalten wolle, um dadurch das Kabinett des Dr. Wirth zu stützen. Will er das ernsthaft, dann sollte er an sich mit diesen peinlichen Erklärungen über die wahrscheinlichen Tugenden des gegenwärtigen Kanzlers aufhören, die ganz notwendig außerhalb der bieder gutgläubigen Sozialdemokratie zerstörend wirken; was Briand über die Sanktionen und ihre Bedeutung für Deutschland sagte, war nichts als eine danebengeglückte Advokatenbemerkung, die eine leere Stelle auszufüllen hatte.

Digitized by Google

Die deutsche Regierung ging an die öffentliche Erörterung der Sanktionen ungern heran. Denn sie hatte vor zwei Monaten die Hoffnung gehabt, daß die Annahme des Ultimatums auch ein paar positive Wirkungen haben werde. Diese sind bis jetzt ausgeblieben, Schlimmeres wurde verhütet, aber es ist natürlich ein wenig unangenehm, wenn das Lob der eigenen Leistung sagen muß: wir haben erfüllt, alles, pünktlich, Waffen zerstört, Wehren aufgelöst, Schuldscheine geschrieben — so tüchtig sind wir! Das allein trägt nicht aus. Hier droht für die innerdeutsche Politik eine schleichende Gefahr, zumal wenn die Westsorge mit der oberschlesischen verkoppelt erscheint.

Sollen wir wieder den Gerechtigkeitssinn der Welt anrufen? Man ist etwas unsicher geworden, ob es ein solches Organ überhaupt gibt, ob es nicht in den sieben Jahren zu lebhaft strapaziert wurde, ob es noch eine Aufnahmevorrichtung für Deutsch hat? Sicher ist sein Echo verstimmt. Es empfiehlt sich, darauf zu verzichten. Wenn aber unsere Kontinentalpolitiker etwas aus all diesen Vorgängen lernen wollten, wäre das ein bescheidener Gewinn; denn ihre Publizistik hat viele Menschen zu dem Glauben an die Gutwilligkeit französischer Politik herangeführt, die nun enttäuscht und erschrocken die ungebrochene Herrschaft des Gewaltsinns vor sich schauen.

Revolution oder Zusammenbruch?

Von Axel Schmidt

Räterußland ist, das unterliegt keinem Zweifel, in eine schwere Wirtschaftskrise geraten. Politisch hatte das Rätewahlsystem schon lange einem starren Zentralismus weichen müssen, der immer mehr zarische Formen annahm. Wenn die russische Emigrantenpresse von „Zar Lenin" zu sprechen liebt, so hat das mehr wie symbolische Bedeutung. Ist es doch bereits wieder so weit gekommen, daß dem Emir von Buchara aus dem Kreml Bilder in goldenem, brillantgeschmücktem Rahmen übersandt werden. Boshafte Zungen behaupten, es handele sich um alte zarische Prachtstücke, die sich nur einen Bildertausch haben gefallen lassen müssen. Wo früher Nikolai II. aus dem Rahmen schaute, tun es jetzt Lenin und Trotzki. Es wäre aber höchst töricht, hierbei an das Wort zu denken: „Wie er sich räuspert, wie er spukt, hat man ihm glücklich abgeguckt". Wie man sich auch zu diesen beiden Männern stellen mag, als Willens- und Tatmenschen sind sie große Kaliber, wenn auch mit negativen Vorzeichen. Nur diejenigen, die sie als ethisch verankerte Persönlichkeiten anschwärmen, sind auf falschem Wege. Irgendwelche moralische Bedenken kennen beide nicht. Dazu ist Lenin ein viel zu großer Menschenverächter und Trotzki

Digitized by Google

ein zu großer Fanatiker der Theorie. Beide sind zwar von der Idee des Kommunismus besessen, aber ihr unleugbar großes taktisches Geschick hat sie doch stets davor bewahrt, den Boden der Wirklichkeit unter ihren Füßen zu verlieren. Dabei sind beide von einem heißen Willen an der Macht zu bleiben, beseelt, was ihnen durch den passiven Charakter des Russen sehr erleichtert wird, der sich schnell duckt, wenn er die Faust eines starken Willens im Nacken fühlt.

Ich habe mehrfach bereits (cf. meine Artikel „Denikins Ende" und „Emigrantenpolitik") darauf hingewiesen, daß es völlig gleichgültig ist, was für Pläne und Absichten die groß-russische Emigration hegt, weil sie unter keinen Umständen entscheidend in die russische Entwicklung eingreifen dürfte. Auch an diesen Heimatslosen erfüllt sich das tragische Geschick, in kurzer Zeit politisch wurzellocker zu werden. Nicht nur verstehen sie bald nicht mehr die politische Fortentwickelung in der Heimat, sondern sie beginnen unbewußt in politischen Dingen mehr mit den Kräften des Landes zu rechnen, in dem sie ihre Zuflucht gefunden haben, als mit denen ihrer alten Heimat. Noch kürzlich las ich in einer russischen Zeitung einen zornerfüllten Brief eines in Räterußland verbliebenen Gelehrten, der sich über die endlosen Streitigkeiten der Emigranten bitter beklagte und hinzufügte, daß nur die ein Recht hätten, das zukünftige Rußland aufzubauen, die im Lande geblieben wären und dort den Kampf durchgefochten hätten. Dieser Mann hatte nur zu recht. Denn die russischen Flüchtlinge in Polen unter Führung von Savenkow sind fanatische Polenfreunde geworden; die Russen in Paris mit Miljukow an der Spitze denken ententistisch; die Russen in Deutschland planen mitteleuropäisch und die Russen in der Tschechei und in Südslawien sind panslawistisch und reaktionär.

Aber zurück zu Lenin und Trotzki. In Räterußland werden augenblicklich alle politischen Fragen durch die wirtschaftliche Not beschattet. Das Zerstören des kunstvoll aufgebauten Wirtschaftskörpers eines Weltstaates mit seinen Verzweigungen in alle Weltteile hinein, um ein soziales Experiment zu versuchen, ist nicht straflos verlaufen. Lenin und Trotzkis soziale Phantasien haben Millionen von Russen das Leben gekostet, weil nicht allgemeines Glück, sondern Hunger und Kälte in den zerstörten russischen Staatsbau einzogen. Auch Lenin hat allmählich die Wahrheit des Bebelschen Ausspruches erkennen müssen, daß „ohne Profit kein Schornstein raucht". Für Rußland bedeutet das, daß der Bauer ohne Aussicht auf Gewinn nur soviel von seinem Acker bestellt, als er selbst zu seinem Leben nötig hat. Man mag noch soviel auf Mangel an guter Saat und an Kunstdünger, auf Fehlen von Ackergeräten und auf Mißwachs schieben, die Hauptsache bleibt

Digitized by Google

doch, daß infolge des Rückganges an Saatfläche Millionen russischer Menschen Hungers sterben, während dieses Land vor dem Kriege halb Europa mit seinem Ueberschuß an Getreide versorgte. Nachdem die als Heilmittel erfundenen militärischen Strafexpeditionen dem Uebel nicht abhelfen konnten, hat Lenin sich in höchster Not dazu entschlossen, einen Pflock des kommunistischen Programms nach dem andern zurückzustecken. Zuerst wurde die Produktionslust der Bauern dadurch angestachelt, daß sie den Ueberschuß ihres Anbaues nach Ablieferung einer Naturalabgabe zu freiem Verkauf behalten sollten und jetzt ist Lenin drauf und dran, auch die Nationalisierung der Industrie rückgängig zu machen. Er und seine beiden Hauptmitarbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet, Rykow und Miljutin, haben es offen auf den letzten Wirtschaftsberatungen erklärt, daß das Industrieprogramm der Kommunisten restlos zusammengebrochen sei, als die letzten Vorräte aus vorbolschewistischer Zeit aufgebraucht waren. Sie vertraten daher offen die Rückkehr zum kapitalistischem System und geben die Fabriken ihren alten Besitzern in Pacht zurück, um überhaupt wieder Waren zu erhalten. Damit ist der Plan, in Rußland einen gewaltigen kommunistischen Neubau zu errichten, endgültig zusammengebrochen. Geblieben freilich ist zweierlei: Die so gut wie restlose Vernichtung der sowieso schon sehr dünnen russischen Bildungsschicht, wodurch natürlich jeglicher Versuch, wieder zu geordneten wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen zu kommen, sehr erschwert wird, und die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Letztere wird zweifelsohne die einzig bleibende Errungenschaft der bolschewistischen Revolution sein, aber sie hat natürlich nichts mit Kommunismus gemein. Im Gegenteil, sie bildet die stärkste Verankerung des Kapitalismus, die man sich denken kann, weil sehr gegen den Wunsch von Lenin und Trotzki die Bauern von der Nationalisierung des Grund und Bodens nichts wissen wollten, sondern die Güter unter sich zu persönlichem Eigentum aufteilten.

Lenins Politik geht nun deutlich dahin, sich durch Konzessionen nach rechts, unter Preisgabe der reinen kommunistischen Lehre, am Ruder zu erhalten. Trotzki dagegen will von Konzessionen nichts wissen, sondern hofft noch immer durch den Hereinbruch der Weltrevolution den Bolschewismus an der Macht erhalten zu können. Man braucht nicht gleich all die dramatischen Szenen zwischen Trotzki und Lenin im Kreml zu glauben, über die [illegible] zu erkennen, daß diese beiden Männer deren Namen [illegible] derlich zusammen genannt wurden, in einen [illegible] sind. Es ist doch höchst [illegible] der dritten [illegible]

auf den Tagungen der Wirtschaftspolitiker und auch der kommunistischen Partei die führende Rolle zu spielen pflegt. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, daß es bereits so weit gekommen ist, daß sich beide Männer ihre Organisationen schaffen, um für alle Fälle gerüstet zu sein. Fürs erste ist jedenfalls Lenin in den russischen Massen der populärere, aber Trotzki beherrscht das rote Heer. Und Lenins Gegenpartei, die vor allem vom fanatischen Bucharin geführt wird, hat es offensichtlich darauf abgesehen, Lenin seiner besten Mitarbeiter zu berauben. Anders ist kaum ein Vorgang auf dem Wirtschaftskongreß zu erklären. Während nämlich Lenins „neues Programm" eine Mehrheit fand, wurden seine Hauptmitarbeiter, Miljutin und Rykow, nicht nur nicht wiedergewählt, sondern an ihre Stelle traten deren schärfste Gegner. Noch symptomatischer wäre es, wenn sich die Nachricht bestätigen sollte, daß an Stelle von Lenins altem Freunde Sinowjew, der freilich in letzter Zeit Lenins neues Programm bekämpft, Lenins schärfster Gegner, Bucharin zum Vorsitzenden der dritten Internationale gewählt worden wäre.

Wie man sieht, scheint sich im Bolschewismus ein Gegensatz herauszubilden, der möglicher-, aber nicht notwendigerweise zum Konflikt ausreifen wird. Damit ist jedoch die Situation im Räterußland noch nicht genügend gekennzeichnet. Es ist nämlich noch sehr die Frage, ob es Lenin, selbst wenn er gegenüber der radikalen Richtung unter Trotzki und Bucharin die Oberhand behalten sollte, möglich sein wird, seine neuen Pläne durchzuführen. Das heißt, ob es ihm gelingen wird, Räterußland auf dem Wege der Evolution wieder Anschluß an das kapitalistische Europa zu verschaffen. Entweder wird dann das Pendel der russischen Politik stark nach rechts ausschlagen, zumal die Bauern — wie ich stets betont habe — nichts von dem Bolschewismus gemein haben, nachdem ihnen die Revolution das Land geschenkt hat, oder der Versuch Lenins erweist sich als zu spät in Angriff genommen und Räterußland rutscht endgültig in die Arme der Anarchie hinein. Welche Entwicklung aber Räterußland auch durchmachen sollte, völlig abwegig ist es, diesen Staat bald wieder als Aktivposten in die europäische Rechnung einstellen zu wollen, wie das deutscherseits immer noch gern geschieht. Bei uns wird noch viel zu wenig die Tatsache erkannt, daß der Bolschewismus aus Kernrußland eine Brandstätte gemacht hat, wo nicht so bald wieder neues Leben aufsprießen wird. Ein Beispiel für viele: Seit Monaten wurde in der bolschewistischen Presse auf die großen Flachsvorräte in Räterußland aufmerksam gemacht, die als bestes Zahlungsmittel für die nötigen Importe hingestellt wurden. Jetzt sind diese Vorräte in Riga eingetroffen. Sie haben sich aber als völlig verfault und unbrauchbar

Digitized by Google

erwiesen, weil der Flachs aus dem Jahre 1914 herstammte. Wie sagte doch Miljutin auf dem letzten Wirtschaftskongreß? — „Wir haben so lange leben können, als wir von den Vorräten der vorbolschewistischen Zeit zehrten“.

Lansings Verteidigung

Von Dr. Margarete Rothbarth

Daß eine tiefgehende Verstimmung zwischen Wilson und Robert Lansing bestand, erfuhr man nicht erst aus der Art und Weise, wie der Präsident der Vereinigten Staaten im Februar 1920 in unzweideutiger Weise seinem Staatssekretär zu verstehen gab, daß eine weitere Zusammenarbeit unmöglich sei. Wer die Geschichte der Friedensverhandlungen in Paris aufmerksam verfolgt hatte, dem war der Riß innerhalb der amerikanischen Delegation schon lange bekannt gewesen. Wilson stand im Gegensatz zu General Bliß, Henry White und Lansing, auf seiner Seite befand sich nur Oberst House. Man hat sich darüber den Kopf zerbrochen, was wohl der Grund für diesen Zwiespalt sein könnte, ob sachliche oder persönliche Gegensätze ein Zusammenarbeiten verhinderten. Wohl war bekannt, daß Lansing und seine Freunde verschiedene Punkte des Friedensvertrages mißbilligten; wohl wußte man, daß Wilson im persönlichen Umgang sehr schwierig war und Widerspruch stets sehr ungnädig aufnahm. Ueber die Einzelheiten aber war bisher nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Kurz vor der Präsidentenwahl im vorigen November ging durch die Zeitungen das Gerücht, daß Lansing seine Erinnerungen an Paris niederschreibe, daß er mit Rücksicht auf Wilson aber seine Arbeit dem Publikum noch vorenthalte, bis die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten im Wahlkampf der republikanischen oder demokratischen Politik ihr Plazet gegeben hätte.

Dieses Buch ist im Frühjahr 1921 nun erschienen und wenn das Gerücht wahr war, daß es schon im Oktober 1920 druckfertig vorlag, so würde das durchaus zu dem Bild des Mannes passen, das zwischen den Zeilen hervorsieht. Genau so wie Lansing im letzten Moment, als die Welt ihr Urteil schon gesprochen hatte, noch den Präsidenten schonen zu müssen glaubte, ebenso hat er sich während der Friedensverhandlungen und das Jahr darauf verhalten. Er mißbilligte zwar eine ganze Anzahl der wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages; aber er setzte doch schließlich seinen Namen darunter, obwohl er sich sagen mußte, daß er vor der Weltgeschichte sich dadurch mitverantwortlich mache. Er ist gegen den [illegible] der amerikanischen [illegible] schrift. Er [illegible] die [illegible] mit der [illegible]

kommenen Ratschläge von sich schiebt oder geradezu überhört. Aber trotz tiefster Gekränktheit zieht er nicht die selbstverständliche und am nächsten liegende Konsequenz. Und auch nach dem Friedensschluß, als seine Situation durch das Verhör vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Staates und Bullitts Enthüllungen noch schiefer geworden ist, bleibt er auf seinem Posten. Man kann es deswegen wohl verstehen, daß schließlich Wilson in gereizter Ungeduld ihm den Rat gibt, von seinem Amt zurückzutreten. Die Demütigung, die Lansing dadurch widerfahren ist, hat er sich selbst zuzuschreiben, seiner Entschlußlosigkeit, seinem Lavieren zwischen zwei politischen Richtungen, von denen er erkennen mußte, daß sie von vornherein unvereinbar waren.

Alles in allem ist also, wenn man den Maßstab des Menschlichen anlegt, Lansings Buch über die Friedensverhandlungen unerfreulich. (The Peace Negociations, A Personal Narrative, erschienen bei Houghton Mifflin Company, Boston and New York.) Und wenn man Lansings Gegenspieler, Wilson, zum Vergleiche heranzieht, so sinkt trotz dessen unleugbaren Schwächen und Fehlern die Wagschale zu seinen Gunsten. Wilson ist doch von einem ganz anderen Format als der Mann, der zwar mit klarem Blick den Irrweg erkannte, auf dem die amerikanische Politik geraten war, der sich aber durch kleine Bedenklichkeiten und Unentschlossenheiten immer davon abhalten ließ, der Erkenntnis die Tat folgen zu lassen. Auf diese Weise wirkt diese ganze „Flucht in die Oeffentlichkeit", dieser Drang sich zu rechtfertigen, aus dem das Buch entstanden ist, etwas peinlich. Denn wenn auch die reinen Absichten Lansings und sein klares politisches Denken dadurch offenbar werden, so fällt andererseits auch der Schleier von seinen Schwächen, und man muß feststellen, daß er im Grunde doch das Gegenteil von dem erreicht, was er eigentlich beabsichtigt: nämlich seine Haltung auf der Pariser Konferenz, die zu scharfer Kritik Anlaß gab, zu rechtfertigen. Statt dessen aber liefert er neues Anklagematerial für die Entstehung des Friedens von Versailles.

Noch entzieht sich vieles, was hinter den geschlossenen Türen der Beratungszimmer geschehen ist, der Beurteilung. Lansing, der im Rat der Zehn einen Sitz hatte, weiß vieles, was dem Außenstehenden verborgen blieb. Auf der anderen Seite freilich sind eine ganze Anzahl Nachrichten, die sich in Paris schon die Spatzen von den Dächern zugepfiffen hatten, erst nachträglich zu den Ohren der amerikanischen Delegierten gedrungen, da Wilson oft genug es für gut befand, seine ihm unbequemen Ratgeber erst möglichst spät ins Vertrauen zu ziehen oder sie gar schon vor eine vollendete Tatsache zu stellen, an der sie nichts mehr ändern konnten.

Lansing zählt sieben Punkte auf, in denen er von der Meinung des Präsidenten und der endgültigen Fassung des Friedensvertrages abwich: er war nicht einverstanden mit der Anwesenheit Wilsons in Paris während

Digitized by Google

der Friedensverhandlungen und seiner Mitarbeit als erster Delegierter; die Grundgedanken der Völkerbundakte, wie Wilson sie vertrat, schienen ihm verfehlt, ebenso wie die Verkettung von Bündnis und Friedensvertrag; er beklagt den Mangel eines Programmes, das die amerikanischen Bevollmächtigten in den Friedensverhandlungen hätten befolgen können, und wendet sich gegen die privaten Interviews und vertraulichen Abmachungen, eine Praxis, die den Vorwurf der Geheimdiplomatie zu berechtigen schien. Vor allem aber war er außerordentlich unzufrieden mit dem französisch-amerikanischen Defensivvertrag und der Ueberlassung von Schantung an die Japaner.

Jedenfalls ist Lansing kein guter Psychologe. Sonst hätte er wohl schon früher als erst in den Novembertagen 1918 gespürt, daß auf die Dauer er mit Wilson nicht zusammenarbeiten konnte. Damals hatte er mit Wilson seine erste ernsthafte Differenz, als er ihm die Nachteile auseinandersetzte, die seine Anwesenheit bei den Friedensverhandlungen in Europa zur Folge haben könnten. Er erklärte ihm offen, daß er diesen Plan für wenig weise, ja sogar für falsch halte; darauf gab Wilson keine Antwort und lenkte das Gespräch sofort auf ein anderes Gebiet. Er fand es nun für gut, überhaupt nicht mehr gegenüber Lansing dieses heikle Thema zu berühren und teilte ihm seinen endgültigen Entschluß erst dann mit, als er ihn schon an die Presse zur Veröffentlichung gegeben hatte. Lansing fühlte sich insofern in einer sehr unangenehmen Lage, da er fürchtete, der Präsident könne ihm persönliche Motive unterschieben, wenn er von seinem Vorhaben, in Paris die Rolle des ersten amerikanischen Delegierten zu übernehmen, ihn abzubringen suche. Wäre nämlich Wilson nicht in dieser Eigenschaft nach Europa gefahren, so hätte Lansing den ersten Platz in der amerikanischen Friedensdelegation innegehabt. Im weiteren Verlauf ihrer gemeinsamen Arbeit wurde Lansing immer klarer, daß Wilsons Empfindlichkeit ihm diese Opposition besonders übelgenommen hatte und daß darin eine wichtige Quelle seiner Verstimmung gegen ihn lag. Ferner glaubt er, daß seine Eigenschaft als Jurist ihn Wilson unsympathisch gemacht habe. Jedenfalls erwähnt er mehrere Male, daß Wilson ausdrücklich gesagt habe, er sei dagegen, daß die Völkerbundakte von einem Juristen entworfen werde. Und da Lansing der einzige Jurist in der amerikanischen Friedensdelegation war, konnte er nicht umhin, diese unfreundliche Abwehr als argumentum ad hominem auf sich zu beziehen.

Die Folge davon war, daß er sich sehr bald dazu entschloß, bei der Völkerbundakte sich jeder Mitarbeit zu enthalten. Wilsons erster Entwurf wurde ihm erst auf der Ueberfahrt bekannt, obwohl er schon vor der Abreise fertiggestellt war. Lansing hat daraufhin sofort nach der Ankunft einen Gegenentwurf gemacht, „a skeletin treaty", der in kurzer Zusammenfassung die

Digitized by Google

wichtigsten Grundsätze, die er vertrat, enthielt. Vor allen Dingen war er unzufrieden mit dem Primat, das die fünf Großmächte durch ihre Stellung im Rat gegenüber den anderen Nationen besaßen. Auch der völlige Mangel eines internationalen Gerichtshofes schien ihm von grundsätzlicher Bedeutung. Auf seinen als „geheim und dringend" bezeichneten Entwurf hat Lansing niemals eine Antwort erhalten. Als am 10. Januar die amerikanische Kommission zusammentrat und Wilson seine spitzen Bemerkungen gegen die Juristen noch einmal vorbrachte, da hat Lansing sich entschlossen, sich nicht bei der Abfassung der Völkerbundakte die Finger zu verbrennen, sondern lieber sich passiv zu verhalten.

Vielleicht fiel Lansing diese Zurückhaltung deshalb nicht so sehr schwer, weil er zeitweilig noch die Hoffnung hegte, daß in Paris der Vertrag gar nicht fertiggestellt, sondern daß man sich mit einer Entschließung begenügen werde, die eine Reihe Erklärungen über Wesen und Ziele des Völkerbundes enthalten sollte, und die endgültige Abfassung einem Weltkongreß überließe, in dem alle Nationen, die neutralen sowohl als die kriegführenden, vertreten sein sollten. Ueberhaupt gehört Lansing zu denjenigen, die dafür waren, daß erst einmal ein Vorfriede geschlossen werden müsse, damit normale Verhältnisse so bald als möglich wieder geschaffen und nicht durch langwierige Friedensverhandlungen noch der Friedenszustand hinausgezögert wurde. Beiden Gedankengängen stand Wilson feindlich gegenüber. Sein Lieblingsplan, für den er bereit war, wichtige andere Grundsätze zu opfern, bestand darin, Völkerbundakte und Friedensvertrag miteinander zu verketten. Er hat dieses Ziel ja auch schließlich erreicht — unter sehr großen Opfern, unter Preisgabe der Mehrzahl der vierzehn Punkte, die er zur Grundlage des Weltfriedens machen wollte. Es rächte sich schließlich doch, daß er sich selbst untreu geworden war, denn der enge Zusammenhang zwischen Völkerbundakte und Friedensvertrag wurde im weiteren Verlauf ja die Hauptursache, weswegen die republikanischen Senatoren sich weigerten, die Ratifikation vorzunehmen, war ferner ihr Losungswort im Wahlfeldzug, der mit der völligen Niederlage Wilsons und der von ihm vertretenen Politik endigte. Wenn man jetzt nachträglich erfährt, daß die republikanischen Senatoren schon von vornherein öffentlich sich darauf festgelegt hatten, keinen Friedensvertrag zu ratifizieren, der im Zusammenhang mit der Völkerbundakte stände, so staunt man doch wieder, wie sehr Wilson sich in seine Lieblingsidee verkapselt hatte, daß er nicht einmal spürte, wie stark die Opposition gegen ihn war und wie sehr sein Werk schon damals vom Untergang bedroht wurde.

Heftigen Unwillen erregte bei Lansing auch die Regelung der Mandatsfrage. Nach seiner Ansicht hat man diesen Ausweg vor allem deshalb betreten, um die Deutschland abgenommenen Kolonien nicht in der Re-

Digitized by Google

parationssumme mit verrechnen zu brauchen; das hätte nämlich geschehen müssen, wenn man an eine tatsächliche Abtretung gedacht hätte. Außerdem tadelt Lansing, daß die Großmächte zwar sich eifrig darum bemühten, ein Mandat über Gebiete mit großem Reichtum an Rohstoffen zu erhalten, daß ihnen aber wenig daran gelegen war, das ehrenvolle Amt einer Mandatsmacht da auszüben, wo sie selbst dadurch eine finanzielle Last auf sich nahmen. Dies war besonders der Fall bei Konstantinopel und Armenien. Nach Lansings Ansicht hat man eine Propaganda, daß die Vereinigten Staaten hier das Mandat übernehmen sollten, deswegen ins Werk gesetzt, weil man die Selbstlosigkeit des amerikanischen Volkes kannte. Freilich rechnete man nicht mit dem Festhalten der Amerikaner an der Monroe-Doctrin, die sie auf keine Weise durchbrechen wollten. Lansing war so durchdrungen von seiner Verpflichtung, Wilson trotz dessen offenkundiger Ablehnung noch einmal warnen zu müssen, daß er sich an Oberst House wandte, damit dieser dem Präsidenten die Augen öffne. Er hat niemals erfahren, ob seine Warnung Wilson erreichte und wie dieser sie aufnahm. An dem Ergebnis freilich hat sein Eingreifen nicht das geringste geändert.

General Bliß, Henry White und Lansing haben vergebens versucht, dem rollenden Rad in die Speichen zu greifen. In den wichtigsten Punkten stimmten diese drei Männer überein, vor allen Dingen auch darin, daß der französisch-amerikanische Defensivvertrag den Völkerbund illusorisch mache. Sie sahen auch die Unlogik, die darin bestand, daß Frankreich nur um den Preis dieses Vertrages die Völkerbundakte in der von Wilson vorgeschlagenen Form unterstützte. Im Gegensatz zu Tardieu, der die Sache so darstellt, als ob das Sonderbündnis Frankreich von seiten seiner Alliierten freiwillig angeboten worden sei, behauptet Lansing, daß Clémenceau hartnäckig auf diesem Vertrag bestanden habe, als Belohnung für Frankreichs Verzicht auf das linke Rheinufer und auf das militärische Exekutivorgan des Völkerbundes. Lansing sucht sich zu rechtfertigen, daß er trotz seiner Mißbilligung auch unter dieses Dokument seine Unterschrift gesetzt habe. Er glaubt, Widerspruch hätte wenig genützt, Wilson hätte doch nach seinem Gutdünken gehandelt, höchstens hätte sich die Fertigstellung des Friedensvertrages hinausgezögert. Freilich gibt er zu, daß ihm nachträglich doch Bedenken gekommen seien, ob er richtig gehandelt habe.

Es ist interessant zu erfahren, daß Wilson zuerst auch an einen Präliminarfrieden gedacht hatte, freilich an einen solchen, der eine ausgearbeitete Völkerbundakte enthielt. Wenn Lansing in diesem Falle wirklich einmal mit ihm einverstanden war, so waren doch ihre Motive völlig verschieden. Der Staatssekretär befürwortete einen Vorfrieden, weil er hoffte, daß dadurch nach den langen Kriegsjahren schneller wieder Ruhe und

Digitized by Google

normale Lebensbedingungen kommen könnten, und daß damit der Gefahr einer Bolschewisierung Europas Schach geboten werde. Der Präsident dagegen glaubte, daß ein Präliminarfriede auch ohne die Zustimmung des Senats für das amerikanische Volk verpflichtend sei. Auf diese Weise hoffte er, den Völkerbund in die Vereinigten Staaten einzuschmuggeln, ohne ihn vorher der unbequemen Kritik der Volksvertretung auszusetzen. Lansing machte sich wieder sehr unbeliebt, indem er dem Präsidenten bewies, daß ein Präliminarfriede ein Vertrag sei wie jeder andere, und daß er deshalb dem Senat unter allen Umständen vorgelegt werden müsse. Der Uebergang vom Krieg zum Frieden könne nur durch einen ratifizierten Vertrag geschehen, der die Billigung des Kongresses voraussetze. Diese Darlegung ging Wilson so sehr gegen den Strich, daß er erst noch andere Sachverständige fragte, ob wirklich diese Argumentation zu Recht bestehe. Und als er einsehen mußte, daß Lansings Urteil zutreffend war, hat er den ganzen Plan eines Präliminarfriedens fallen lassen.

Einen heftigen Vorstoß unternimmt Lansing auch gegen die Geheimdiplomatie, die nach dem ursprünglichen Programm von der Pariser Tagung hätte verbannt sein müssen. Den Grund dafür, daß diese Methode allen Versprechungen zum Trotz doch angewandt wurde, sieht Lansing in dem Charakter Wilsons begründet. Von jeher habe dieser private Unterhaltungen von Mensch zu Mensch offiziellen Verhandlungen vorgezogen, habe auch in Washington während seiner Amtsführung so sehr er konnte allgemeine Sitzungen vermieden. Nach Natur und Neigung war Wilson für Geheimniskrämmerei und in Paris, unter den sehr schwierigen Verhältnissen, deren er Herr zu werden suchte, verstärkte sich diese seine Anlage. Die vielen persönlichen Interviews, die er gab, haben Lansing veranlaßt, ihm geradeheraus zu sagen — wie er selbst zugibt, vielleicht zu gröblich, um diplomatisch richtig zu handeln —, daß diese Besprechungen mit den europäischen Staatsmännern unter Ausschluß irgendwelcher Zeugen sehr ungeschickt seien und überall schlechten Eindruck machten. Die Antwort des Präsidenten war dieselbe wie in all den Fällen, wo Lansing die undankbare Rolle des getreuen Eckart übernahm: er schwieg und ließ sich durch keine Mahnung, in seiner Art zu arbeiten und zu verhandeln, beirren. In der Anwendung der Geheimdiplomatie sieht Lansing die wichtigste Ursache für den Fiume-Konflikt und für die Einbuße an Prestige, die dadurch die Vereinigten Staaten in Italien erlitten haben.

Auch die Regelung des Schantung-Abkommens wäre ohne die Geheimdiplomatie kaum erfolgt, denn die öffentliche Meinung Amerikas hätte sich vermutlich bei der ersten Nachricht so heftig dagegen gewandt, wie sie es dann bei der Veröffentlichung des Versailler Vertrages tat. In dem Kampf um die Ratifizierung hat die ungerechte und dem ameri-

Digitized by Google

kanischen Empfinden anstößige Art, wie chinesisches Gebiet Japan zugesprochen wurde, eine große Rolle gespielt. Die vierzehn Vorbehalte liefern dafür den dokumentarischen Beweis. Vergebens hat General Bliß im Einverständnis mit Lansing in letzter Stunde gewarnt. Warum hat Wilson Japan eine so außerordentliche Konzession gemacht? Auch hierfür gibt Lansing die Erklärung: Wilson hat den enttäuschten Chinesen bestellen lassen, daß es ihm selbst außerordentlich leid täte, nicht mehr für China tun zu können, aber er sei gezwungen gewesen, Japans Forderungen nachzugeben, „um den Völkerbund zu retten". Die Japaner hatten gedroht, nicht in den Völkerbund einzutreten, wenn die einzige territoriale Forderung, die sie stellten, unerfüllt blieb. Sie haben genau gewußt, an welcher Stelle Wilson am stärksten verwundbar war, und haben geschickt ihre Trümpfe ausgespielt.

Durch die Zeitungen geht das Gerücht, daß Wilson seine Muße dazu benutze, um nun seinerseits seine Stellung während der Friedensverhandlungen der Oeffentlichkeit dazulegen, um Angriffe zu parieren und bisher Unbekanntes zu enthüllen. Das Buch Lansings, das einen direkten Angriff gegen ihn und sein Werk darstellt, wird er freilich doch nicht ganz widerlegen können. Zu sehr hat die Entwicklung Lansing recht gegeben, haben die späteren Ereignisse bewiesen, daß Wilson wohl gehandelt hätte, wenn er den Warnungen seines Staatssekretärs williger Gehör geschenkt hätte. Lansing hat sachlich recht behalten, hat aber seinen Kampf mit unzureichenden Mitteln geführt, und sein Name wird immer das Odium tragen, daß er seine Unterschrift unter zwei weltgeschichtliche Dokumente von größter Bedeutung gesetzt hat, die er aufs heftigste verurteilte und denen er doch zu Leben und Geltung zu verhelfen suchte.

Die christliche Legende hat in schönem Gleichnis das Schicksal der Engel geschildert, die im Kampf zwischen Gott und dem Satan sich für keine Partei entscheiden konnten. Dante sieht die „sittlich Lauen", die Entschlußlosen, in der Hölle zu besonderen Strafen verdammt. Auch Lansing war „feig durch Entsagen" und trägt dadurch sein Teil Schuld an der Not von heute und den Verwicklungen der Zukunft.

Die Gefahren der Arbeitsschule

Von E. Ries (Frankfurt a. M.)

In Nummer 21 hat Prof. P. Oestreich seine Gedanken über die „Produktionsschule" entwickelt. Zu seinem Gedankengang gibt E. Ries kritische Gegenbemerkungen.

Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts kam der Däne Clausen Kaas nach Deutschland mit der Heilsbotschaft, daß dem Handwerk und der Industrie aufgeholfen werden müsse durch Einführung des Slöjd, des Handfertigkeitsunterrichts, in die Jugenderziehung, und zwar am besten durch Einführung in den Schulunterricht selbst. Deutschland

Digitized by Google

stand gerade unter dem erschütternden Eindruck seines gänzlichen Mißerfolges auf der Weltausstellung zu Philadelphia. Die Engländer und Amerikaner hatten für unsere Industrie das Wort geprägt „cheap and nasty", und der deutsche Reichskommissar Reuleaux hatte den Geschmack gehabt, es in verstärkter Form mit „billig und schlecht" zu übersetzen und in die Welt hinauszurufen. Unter diesen Umständen fand Clausen Kaas begierig lauschende und bald gläubig und froh zustimmende Zuhörer. Slöjd ward die Hoffnung unseres industriellen Aufschwungs. Superintendenten, Geheimräte, Landesdirektoren, kurz Männer hoher wissenschaftlicher Bildung und in den angesehensten Stellungen, traten an die Spitze der Bewegung und halfen Vereine und Handfertigkeitsschulen gründen zur Bekämpfung des sozialen Elends, zur Hebung der Industrie usw. Gleichwohl stiegen schon damals manchen Anhängern des Slöjd mancherlei Bedenken auf. Ein Schulinspektor schreibt im Eingang eines Berichts: „Schulbildung ist an sich schon Erziehung zur gewerblichen Arbeit; ein Kind kommt mit ihr der Regel nach immer noch weiter, als wenn es ein Handwerk gelernt hat, aber nicht lesen und schreiben kann. Es gibt kaum eine Beschäftigung, in welcher letzteres nicht von Nutzen wäre; in den meisten ist es unentbehrlich, wenn man es über die untersten Stufen der Muskelarbeit hinausbringen will." Aber trotz dieser Erkenntnis — so mächtig ist der Einfluß einer Massenbewegung! — empfiehlt derselbe Herr dann für die Knaben Spatenarbeit, Schuhmachen, Schneidern, Backen, Umgehen mit der Dampfmaschine usw.

Indes die größten Triumphe feierte der Handfertigkeitsunterricht in Frankreich. Unter dem Ministerium Jules Ferry wurde er 1880 in alle französischen Volksschulen (écoles primaires) eingeführt. In der Rede, die der Minister bei der Beratung des diesbezüglichen Gesetzentwurfs hielt, finden sich alle Hoffnungen und Illusionen, die Herr Paul Oestreich in seinem Artikel in Heft 21 dieser Zeitschrift vor uns aufsteigen läßt; sie sind stereotyp in allen Publikationen der Anhänger der Arbeitsschule.

Dieser Erfolg des Slöjdgedankens in Frankreich hatte natürlich seine anspornende Rückwirkung in Deutschland. Es wurde eine feste Organisation geschaffen, der „Knabenhandfertigkeitsverein", unter der Führung des überaus rührigen Landtagsabgeordneten v. Schenckendorf. Gleichzeitig wurde in Leipzig ein Handfertigkeitsseminar zur Ausbildung von Handarbeitslehrern gegründet. Damit ging eine innere Wandlung vor sich. Der eigentliche Handwerksunterricht wurde abgelehnt; als pädagogisches Erziehungs- und Bildungsmittel sollte die Handarbeit dem Unterricht zur Seite treten. Aber da trat eine Spaltung ein. Die eine Partei betonte: wenn keine technische, vom Leichten zum Schweren fortschreitende Methode eingehalten wird, so führt alles Arbeiten zur Pfuscherei; die andere: auf technisch möglichst vollkommene Herstellung der Dinge kommt es nicht an, die Handarbeit

Digitized by Google

soll hauptsächlich der Veranschaulichung dienen und mit dem Unterricht Hand in Hand gehen. Trotz dieser inneren Zwiespältigkeit erweiterten die Anhänger der Handarbeit ihre Ansprüche nach außen hin immer energischer. Mit der Einführung in Knabenhorte und der Gründung von Kursen neben der Schule war man nicht mehr zufrieden: die Handarbeit sollte obligatorisches Unterrichtsfach werden. Mitte der neunziger Jahre schien der Erfolg nahe, besonders durch Herrn v. Schenkendorfs rührige Agitation im Landtag.

Da kam die Nachricht, der Handwerksunterricht (l'enseignement manuel) habe in Frankreich zu entschiedenen Mißerfolgen geführt und sei zusammengebrochen oder dem Zusammenbruch nahe. Ich wandte mich mit der Bitte um Auskunft an einen in vorderster Reihe des Pariser Schulwesens stehenden Stadtrat, und an den Rektor eines großen Schulsystems im Süden Frankreichs. Beide Herren gaben in liebenswürdiger und völlig ausreichender Weise Antwort[1]). Der Kernsatz des Stadtrats ist: „Die Kinder hatten keinerlei Gewinn davon, und der Eingriff dieser Arbeit in den regelmäßigen Klassenunterricht verminderte den Wert des pädagogischen Unterrichts in ganz auffallender Weise. Die entschiedensten Anhänger der Handarbeit waren wohl oder übel genötigt, die immer schärfer hervortretende Unzulänglichkeit des allgemeinen Unterrichts anzuerkennen."

Der Rektor schließt seine Mitteilungen (nach kurzer Skizzierung des Programms): „Die Handarbeit findet in unseren Schulen immer weniger Anklang, wo man sie fast nicht mehr betreibt. Sie hat nicht die Resultate ergeben, die man von ihr erwartete. In den Schulen, wo man sie noch betreibt, beschränkt sie sich auf Weben, Flechten, Ausschneiden von Papier und Pappdeckel zur Konstruktion von geometrischen Figuren, Würfeln, Pyramiden, verschiedener mathematischer Körper. In einigen Schulen treibt man von Zeit zu Zeit Modellieren, und das ist alles ... Die Schüler finden meist keinen Geschmack an diesen Uebungen, die zu häufig der Mannigfaltigkeit ermangeln oder schlecht geleitet werden. Die Handarbeit in den Schulen ist wie die militärischen Uebungen, fast ganz aufgegeben. Die Familien schätzen sie meist gering, besonders auf dem Lande."

Angesichts der immer dreister auftretenden Agitation des Herrn von Schenckendorf zur obligatorischen Einführung des Arbeitsunterrichts in die Schule setzte der deutsche Lehrerverein im Jahre 1900 das Thema: „Die Bedeutung des Handfertigkeitunterrichts und die Einführung desselben in den Lehrplan der Knaben-

[1]) Die Originale der Briefe finden sich in der 1898 von mir im Auftrag des Vorstandes des Frankfurter Lehrervereins herausgegebenen Schrift: Gegen den Knaben Handarbeitsunterricht. Gesammelte Aufsätze der Frankfurter Schulzeitung, Frankfurt a. M., Kesselringsche Hofbuchhandlung. 55 Seiten.

Digitized by Google

schulen" auf die Tagesordnung seiner Pfingstversammlung, auf welcher nach Referat und Gegenreferat und langer Debatte mit großer Mehrheit der Antrag angenommen wurde: „Die Versammlung spricht sich aus den von dem ersten Referenten (Ries) angeführten Gründen mit aller Entschiedenheit gegen die Aufnahme des Knabenhandfertigkeitsunterrichts in den Lehrplan der Volksschule aus."

So war also durch die größte Organisation der deutschen Lehrerschaft der Handarbeitsunterricht fast zornig abgelehnt. Aber es blieb der Knabenhandarbeitsverein, es blieb das Leipziger Handarbeitsseminar und die unermüdliche Agitation des Herrn von Schenckendorf. Mancherlei Zeitströmungen kamen hinzu, um die Bewegung trotzdem wach zu halten. Die alte Erfahrung, daß alles, was von irgendwelchen noch so verschiedenen Gesichtspunkten her zu dem Bestehenden in Opposition steht, sich schließlich in dem gemeinsamen Bestreben, das Bestehende zu erschüttern, zusammenfindet, wiederholte sich auch hier. Die Bestrebungen, den Zwang des strengen Lehrplans zu brechen, die fachliche Gliederung des Unterrichts in eine Art, „Gesamtunterricht" à la Berthold Otto überzuleiten und nicht zuletzt die Begeisterung für die Einheitsschule schlossen sich den Anhängern der Arbeitsschule an, und heraus wuchs eine immer größere Feindschaft gegen unsere Schulorganisation überhaupt. Was Jahrzehntelang die Bewunderung und den Neid des Auslandes erregt hatte, unser Schulwesen, wurde herabgewürdigt, was der Stolz der Schulen gewesen war, daß die Schüler in ihr etwas „lernten", wurde verhöhnt, einer „Lernschule" zu dienen, an ihr festzuhalten, sollte ein moderner Lehrer sich schämen. Triumphierend hielt man ihr die „Arbeitsschule" entgegen, von der man alle die Segnungen erwartete, die man in dem Oestreichischen Artikel in Nr. 21 dieser Zeitschrift nachlesen kannn.

Wie gewaltsam es hierbei zuging, wie man offenkundigen Tatsachen ins Gesicht schlagen mußte, um alle diese „Reformen" plausibel zu machen, will ich mit einigen Worten an der Agitation für die Einheitsschule zeigen.

Um sie als möglich und segensreich, um das Verschiedene als gleich erscheinen zu lassen, erfand man das Einheitskind und den Einheitslehrer. Das Einheitskind. Da es keines Sterblichen Auge je erschaut, keines Weisen Verstand je erkannt hat, so will ich es — Kant hat es mir lächelnd gestattet — das intelligibele Kind und das andere, das in Fleisch und Blut voraussteht, das man seit Jahrtausenden kennt, das empirische Kind nennen.

Das intelligibele Kind weiß von keinem Standes- und Klassenunterschied; in seinen zarten Kinderärmchen schon pulsiert das Verlangen „seid umschlungen Millionen." Das empirische Kind trägt den Stempel seiner Geburt und seiner Familienkultur von Anfang an in sich, und die Ab-

Digitized by Google

stoßungstendenz ist oben wie unten gleich stark.[2]) Aufgabe einer langen, auf dem Boden edler Humanität stehenden Erziehung ist es, das Menschen Verbindende und Einende in der Herausarbeitung gemeinsamer Ideale schauen und lieben zu lehren. Nicht auf dem Wege des Zwanges und der, intellektuellen Vergewaltigung, sondern in Anlehnung an das Gegebende und im Hinblick auf die zukünftigen Lebensaufgaben.

Das intelligibele Kind will „beobachten", will handeln, werkeln, nicht in der Stube hinter Büchern sitzen; das empirische Kind will nicht „beobachten", weil es das nicht kann, weil dazu eine geistige Zieleinstellung gehört, die es nicht hat und zu der es erst in einem langen, erst gehaltenen Schulleben erzogen werden muß. Seine Wißbegier ist im Grunde Neugier. Das empirische, normal entwickelte Kind ist mit sechs Jahren nicht bloß unterrichtsfähig, sondern unterrichtsbedürftig. In den Willkürlichkeiten und Ungebundenheiten seines seitherigen Kinderlebens fühlt es sich immer unbehaglicher, es wird unartig, langweilt sich, die erwachenden höheren Geisteskräfte verlangen geregelte Beschäftigung. Und nun — man versetze sich in seine Lage! — wenn es zum erstenmal sein Schulränzchen auf dem Rücken genommen und mit Schauern der Ehrfurcht die Schule betreten hat, um in die Geisteswelt der Erwachsenen, seiner sichtbaren Götter, eingeführt zu werden, findet es eine künstlich zurechtgemachte kindische Welt, die sich mit „Malen", Stäbchenlegen, Flechten usw. die Zeit vertreibt. Ich muß abbrechen, der traurige Kontrast zwischen dem intelligibelen Einheitskind und dem empirischen mit tausend verschiedenen geistigen und körperlichen Anlagen und Kräften ausgestatteten ließe sich an zahlreichen Beispielen weiter aufzeigen.

Und nun der Einheitslehrer! Seine Geburt straft den alten Satz „a potiori fit denominatio" Lüge. Nach dem vorwaltenden Merkmal und Zweck die Dinge zu benennen und zu gestalten, hier wird diese uralte Weisheit zuschanden. Da mehr als neun Zehntel aller unserer Schulen Volksschulen, mehr als neun Zehntel aller Lehrer Volksschullehrer sind, so müßte der Einheitslehrer den Volksschultyp annehmen, und man müßte es dem zehnten Zehntel überlassen, sich zu den Anforderungen der anderen Schularten geschickt zu machen. Aber das Gegenteil ist die Forderung des Tages. Der Oberlehrertyp, die Universitätsbildung soll Maß und Norm sein[3]). Und da nun hierdurch das „Lehrersein Hauptrekrutierungsgebiet, das Land, abgeschnitten wird, so wird ein ungeheurer Lehrermangel die Folge sein. Man wird Tausende von Ein-

[2]) Näheres hierüber in meinem Ende 1919 erschienen kl. Schrift „Der Götze Einheitsschule", Frankfurt a. M., Kesselringsche Hofbuchhandlung. 56 Seiten.

[3]) Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: ich bin stets für die unbeschränkte Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium eingetreten. Für Seminarlehrer, Schulinspektoren usw. habe ich ein mehrjähriges Universitätsstudium unbedingt gefordert (im Gegensatz zu Prof. Dr. Paulsen; (vergl. Septemberheft der „Deutschen Schule" 1904).

Digitized by Google

heitslehrern sehen, die „nicht da sind.“ Und dadurch wird natürlich die Volksbildung und die Volksschule ungeheuer gehoben. Die alte Arbeitsschule auf dem Land wird wieder entstehen: Die uralte in Feld und Garten, auf Viehweiden usw.; dieselbe, gegen die wir solange gekämpft haben. Gegen die neue, von Herrn Oestreich so anschaulich geschilderte, sträubt sich das Land ohnehin. Auf der Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins zu Pfingsten dieses Jahres machten sich bereits Stimmen geltend, man möge die Landschulen mit dem Arbeitsunterricht verschonen.

Die Versuche, in den Schulen geistige und körperliche Arbeit gleichzeitig zu leisten, sind uralt. Gibbon in seiner History of the decline and the fall of the Roman Empire erzählt in einem seiner religionsgeschichtlichen Exkurse, daß die Aegypter mehr als 1000 Jahre vor Christi Geburt Mönche in die Wüste geschickt hätten, dort in der Einsamkeit Klöster zu bauen, gemeinsam Acker- und Gartenbau zu treiben und daneben der Religionswissenschaft und der Sternkunde obzuliegen. Sofort nahm jede dieser Tätigkeiten ihren Mann ganz in Anspruch, und es gab dienende, arbeitende und studierende Brüder. Dieselbe Erfahrung machte man in den christlichen Klöstern. Der größte unserer modernen Pädagogen, Pestalozzi, ist mit seinen wiederholten Versuchen gleicher Art kläglich gescheitert. Alle, die seitdem das gleiche versuchten, erfuhren dasselbe Los.

Warum sind alle diese Versuche gescheitert? Warum mußten sie scheitern?

Der Mensch hat nicht zwei Energiequellen, eine für körperliche und eine für geistige Arbeit, so daß man die eine ausschöpfen könnte, während die andere sich füllt, so daß man nun abwechselnd zu dieser greifen könnte. Alle Arbeit wird aus einer und derselben Energiequelle, aus dem Fonds der Nervenkraft, gespeist. Gleichzeitig betriebene, nebeneinander fortlaufende, ernst gemeinte körperliche und geistige Arbeit führt zur Erschöpfung oder zu Pfuscherei auf beiden Gebieten. Der gewöhnliche Fall ist, daß eine Seite das Uebergewicht gewinnt und die andere zur Bedeutungslosigkeit, zur Spielerei herabsinkt, womit dann auch das interesse für sie erlischt. In freier Betätigung mag eine Tätigkeit nach Lust und Geschmack neben der anderen hergehen; aber wo beide mit gleich ernsten Forderungen an einen Menschen, besonders an Kinder, herantreten, führt es zum Zusammenbruch, oder beide Arbeiten liefern gleich klägliche Resultate. Will man also an der Forderung der Arbeitsschule durchaus festhalten, so werden wir vor die Frage gestellt, ob wir die beiderseitige Pfuscherei pflegen, oder eine Betätigung zur Spielerei herabsinken lassen wollen, und welche.

Der erste Fall wird von Freunden und Feinden der Arbeitsschule gleich energisch abgelehnt. Es ist also nur die Frage zu beantworten, welche Arbeit der Spielerei verfallen, also im Grunde genommen als schulunwürdig abgewiesen werden soll.

Digitized by Google

Der glänzende technische und industrielle Aufstieg Deutschlands nach den Siegesjahren 1870/71 bis zum Weltkrieg zeigt, was eine gute Schulbildung der unteren Volksklassen für die wirtschaftliche Entwicklung eines Volkes bedeutet. Hätte nach den großen Siegen ein Analphabetenvolk dagestanden, so wäre trotz aller militärischen Erfolge ein so rascher Aufschwung nicht möglich gewesen. Ein vor Jahren von der russischen Regierung zum Studium unseres Fortbildungsschulwesens entsandter Ingenieur führte nach dem Besuch unserer Schulen eine Unterredung, eine Art Konferenz, mit den Direktoren und Rektoren herbei und sagte da u. a. „Ihr Deutschen wißt gar nicht, was Ihr an Euren guten Schulen für ein unschätzbares Gut besitzt. Was nutzen uns in Rußland denn die besten und feinsten Maschinen! Die Arbeiter können und wollen sie nicht bedienen, sie hassen sie, sie wollen sich deren Arbeitstempo nicht aufdrängen, sich nicht durch die Maschine gleichsam bevormunden lassen. Sie sind auch nicht im Beobachten und Aufmerken geübt. Ein Mensch, der lesen, schreiben und rechnen kann, hat ja ganz andere Augen im Kopf als ein Analphabet. Und welche geistige Zucht und Schulung liegt in der jahrelang fortgesetzten Schularbeit! Die weiterschauenden unserer Großindustriellen fangen deshalb an, neben ihren Fabriken Schuleinrichtungen zu schaffen, um ihre Arbeiter noch nachträglich lesen und schreiben zu lehren und ihnen einige geistige Kultur beizubringen!“

Und nun erleben wir es, daß man unsern Kindern ihre geistige Ausbildung verkümmern will, daß man Handarbeit und Handwerk in die Schulen einführen will! Und nicht allein, um die Hand auszubilden und technisch geschickt zu machen, sondern auch um praktisch brauchbare und marktgängige Dinge herzustellen. Die Schule (und nun gar noch die Zwangsgrundschule, euphemistisch Einheitsschule genannt, die noch so bitter um ihre Existenz zu ringen und ihr Daseinsrecht erst noch zu beweisen hat) soll Produktionsschule werden! Es ist, als wenn ein Landwirt, dessen Milchwirtschaft in Verfall geraten ist, seinen Knechten und Mägden zuriefe: „Laßt uns die Kälber melken!“

Und nicht einmal für das Leben wertvolle Handgeschicklichkeit kann in diesen Produktions- und Arbeitsschulen erzielt werden. Denn es gibt keine Handfertigkeit allgemeiner Art, wie es eine allgemeine Geisterbildung gibt. Es gibt Handfertigkeiten der allerverschiedensten Art, aber keine sozusagen abstrakte. Jede ist eine Spezialität und hat Wert und Bedeutung nur für das Gebiet, auf dem sie entstanden und für das sie zugeschnitten ist. Und keine ist übertragbar, nicht einmal in den gewöhnlichen Handwerken. Die Handfertigkeit des Schlossers nutzt dem Schneider nichts usw., weshalb denn auch Berufswechsel bei Handwerkern und gelernten Arbeitern selten vorkommen. Das weiß man in allen Kultur-

Digitized by Google

ländern seit Jahrtausenden und deshalb hat man für jeden Beruf besondere Lehr- und Ausbildungszeiten festgesetzt. Niemals hat es irgendwo Lehrjahre allgemeiner Art gegeben als Sattel für alle Pferde. Durch keine Arbeitsschule wird einem Kind seine spätere Lehrzeit erspart oder auch nur verkürzt. Aber mehr noch: Kopf und Hand stehen im Verhältnis wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Arbeitgeber ist der Kopf, Arbeitnehmer die Hand, und zwar ein ganz unselbständiger, ohne jede eigene Initiative. Keinen Griff, keine Bewegung führt sie aus ohne „Befehl von oben". Alles was sie tut, war vorher im Kopf. Bei der Ausführung dieser Befehle nun stößt sie oft auf Schwierigkeiten, die sie nicht überwinden kann und meldet dies gehorsamst nach oben. Aber wie diese Schwierigkeiten zu überwinden sind, darüber zerbricht sie sich den Kopf nicht, weil sie keinen hat.

An der Ausbildung der Hand als Greif- und Tastorgan hat der Geist ein Interesse, damit sie geschickt und fähig werde, seine Befehle auszuführen. Aber dazu bedarf es keiner besonderen Veranstaltungen. Ebensowenig wie zur Ausprägung eines intelligenten Gesichtsausdrucks bei einem wirklich Intelligenten und Gebildeten. Jede Intelligenz hat die Tendenz nach außen zu schlagen und ihren körperlichen Dienern ihren Stempel aufzudrücken. Die ganze Schul- und Erziehungsarbeit durchgeistig die Hand, verfeinert sie als Greif- und Tastorgan. Aber ihre Ausbildung als Arbeitsorgan ist nicht Aufgabe der Schule, die ja ohnehin den tausend verschiedenen praktischen Lebensanforderungen gar nicht genügen könnte. Sie müßte sich ganz einseitig auf wenige Betätigungen beschränken. Die Schule hat nicht die Aufgabe, alles zu lehren. Was das spätere Leben selbst zur rechten Zeit und am rechten Ort besser und vollkommener lehrt, als die Schule jemals lehren könnte, muß dem späteren Leben vorbehalten bleiben.

Nun eröffnen uns aber die Verfechter der Produktions- und Arbeiterschule noch eine ganz neue, weit ausschauende Perspektive: Die Arbeit soll vermenschlicht, soll versittlicht werden, eine ganz neue Wertung derselben soll stattfinden. Ja, wo soll diese Neuorientierung denn beginnen, wo ihre ersten Wurzeln schlagen? Doch wohl in dem Arbeiter selbst. Er selbst muß einer tieferen, sittlichen Auffassung der Arbeit fähig sein, und dazu gehört nicht eine größere Geschicklichkeit der Hände, die er ja in der Arbeitsschule nicht einmal erwirbt; dazu gehört eine erweiterte, vertiefte Geistes- und Herzensbildung. Was die Volksschule leistet, genügt nicht, sonst hätten wir die allgemeinen Fortbildungsschulen nicht nötig, die leider einen großen Teil ihrer Zeit und Kraft noch der Förderung in Deutsch und Rechnen widmen müssen. Was unsern Volksschülern nottut, ist eine Erweiterung ihres geistigen Horizonts, eine Bereicherung ihres

Digitized by Google

Wissens und Könnens. Es ist eine schwere Versündigung gerade an der Arbeiterjugend, um einer ganz illusorischen, für das praktische Leben wertlosen Handgeschicklichkeit willen ihnen ihre geistige Ausbildung zu verkümmern. Gerade sie müssen und sollen in der Schule sitzen als Kinder, als wirkliche Kinder, die ihrer Menschwerdung entgegenreifen, nicht als künftige Tischler, Bürstenbinder, Buchbinder, Schlosser u. dgl. Ihnen, die doch in ihrer ungeheuren Mehrzahl später Werkzeuge und Maschinen nicht mehr aus den harten Händen legen können, sollte man sie nicht schon in die zarten Kinderhände drücken. Einmal im Leben laßt sie doch Mensch sein, Mensch ohne banausische Nebenabsichten; laßt sie in ihrer Jugend doch wenigstens einiges hören von dem, was Menschen Großes und Edles geschaffen und getan, was Gott in Größe und Herrlichkeit in der Natur vor sie und uns alle hingestellt hat.

Es ist erschütternd, in dem Oestreichischen Artikel zu lesen, was diese schulpflichtigen Kinder leisten sollen. Nicht nur marktgängige Gebrauchsgegenstände sollen sie herstellen und gewinnbringend verwerten, sie sollen auch dem Kunstgewerbe neue Wege weisen und Kitsch und Schund bekämpfen helfen! Und das zu derselben Zeit, wo sie so schwer mit ihrer Muttersprache zu ringen haben, wo es so unendlich schwer fällt, sie auch nur einen Brief einfachen, schlichten Inhalts schreiben zu lehren, sie in der Bruchlehre und den einfachsten bürgerlichen Rechnungsarten sattelfest zu machen. Vor meinen Augen steigt das Bild empor, das der Verein für Knabenhandarbeit jahrelang seinen Publikationen beifügte: ein in gekrümmter Schreinerstellung an einer Hobelbank stehender, etwa 13 Jahre alter Knabe, dem eine Haarlocke in das schweißige Kindergesicht herabfällt, hinter dem ein Leimtopf mit Pinsel steht, ihm zur Seite allerlei Bretter und Handwerkszeuge. Und das sollte werbende Kraft ausüben, sollte für „die gute Sache" begeistern! Ein bejammernswerter Anblick. Aber was die Produktions- und die Arbeitsschule fordert, ist schlimmer, weil weitergreifend nach Alter und Arbeitsumfang und weil die Zeitbeute dem Schulunterricht entrissen wird.

Es liegt mir fern, jemand das heilige Menschenrecht verkümmern zu wollen, sich an allerlei Illusionen und Phantastereien zu ergötzen. Aber es ist ein Maß in den Dingen, sunt certi denique fines. Und hier, wo das Maß sichtlich überschritten wird, wo praktische Konsequenzen von größter Tragweite angestrebt werden, ist es doch nötig, leichtgläubigen Laien die Augen zu öffnen und dem hereinbrechenden Verderben zu wehren.

Etwa 40 Jahre sind verflossen, seit Clausen Kaas mit seiner Heilsbotschaft nach Deutschland kam. Mancherlei Wandlungen hat die von ihm geschaffene Bewegung durchgemacht, und nun stehen wir im Kern der Sache wieder am Anfang. Die praktischen Forderungen sind die gleichen,

Digitized by Google

nur die Ideologie, von der sie getragen werden, hat sich geändert. Und hierin liegt die Schuld. Denn die gewaltige Sprache, die die Zeit unseres glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs zu uns redet, wird absichtlich überhört. Die Sprache, die uns kündet: der Geist hat die Hände geschickt gemacht, die Geisteskultur hat Licht und Wohlstand auch in die Hütten gebracht, hat Fesseln gelöst und Geister frei gemacht. An der Handfertigkeitstheorie läßt sich modeln, die Praxis wird immer und überall im wesentlichen dieselbe bleiben und, in die Schulen eingeführt, zur geistigen Verarmung führen.

„. . . . .
. . . . .!
Bist alsobald und fort und fort gediehen
Nach dem Gesetz, wonach Du angetreten."

Geschäftliche Mitteilungen.

Diesem Hefte ist ein Prospekt des Verlages Felix Meiner in Leipzig beigefügt, den wir zur Beachtung empfehlen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag
Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 16. Juli 1921 * Heft 29

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Zwischenfall in Beuthen wird natürlich von der französischen Presse weitlich ausgenutzt, um die Aufrechterhaltung der Sanktionen als Notwendigkeit hinzustellen. Deutscherseits kann nicht scharf genug dagegen protestiert werden, weil in Oberschlesien einzig und allein die Entente für Ruhe und Ordnung verantwortlich ist. Selbst englischerseits wird die Schuld auf die Franzosen geschoben. So schreibt z. B. die „Westminster Gazette," das Parteiblatt der englischen Opposition. Die bedenkliche Lage habe sich nur dadurch entwickelt, daß auf Wunsch der Franzosen die polnischen Insurgenten sich zurückziehen können, ohne gleichzeitig die Waffen abzugeben. Die englischen Truppen würden zusammen mit den französischen gegen die Deutschen verwendet, und die Polen schienen daraus den Schluß zu ziehen, daß die Interalliierte Kommission auf ihrer Seite sei, zumal die neue Verteilung der interalliierten Truppen nach einer Besprechung mit Korfanty beschlossen worden sei. Für die Schwierigkeiten würden immer nur die deutschen Einwohner verantwortlich gemacht. Die deutsche Bevölkerung zeige dabei eine Geduld, die eine der bewunderungswürdigsten Erscheinungen der Geschichte sei. Aber Arbeitslosigkeit und Hunger könnten auch die Deutschen in Oberschlesien schließlich zur Verzweiflung treiben. Sogar die „Times" stellen fest, daß die Polen alle Waffen und Munition mit über die Grenze genommen hätten, zusammen mit einer gewaltigen Beute an Automobilen, Möbeln und dergl. Unter anderem hätten sie 130 Stück der besten Pferde aus dem Gestüt des Fürsten Henckel von Donnersmark über die Grenze gebracht.

*

Von den polnischen Insurgenten in Oberschlesien wird ihr Rückzug ganz offen nur als „Atempause" bezeichnet. So schreibt z. B. der „Postaniec," das Organ des obersten Kommandos der Insur-

Digitized by Google

gentengruppen: „Wir gehen auf Urlaub, um den Beschluß der Koalition abzuwarten und unserer Regierung die diplomatischen Beziehungen mit den Alliierten zu ermöglichen. Es wird dies nur ein Urlaub sein. Mit dieser Tatsache müssen die Alliierten rechnen, und wenn sie uns benachteiligen oder den Versailler Vertrag verunstalten wollen, dann wird unser Urlaub zu Ende sein, und es wird keine Verhandlungen mehr geben."

*

Die Zurückziehung der französischen Vertreter bei den Leipziger Prozessen zeigt wieder, daß es sich dabei für Frankreich nicht um Recht, sondern um Politik handelt. Es war ein Fehler, daß seinerzeit die Frage nur gestellt wurde: Deutscher und Entente-Gerichtshof. Vielmehr hätte man sich für einen neutralen Gerichtshof entscheiden sollen. Jetzt können die Deutschen noch so juristisch einwandfreie Urteile fällen, Frankreich wird stets erklären, die Richter sind befangen. Die erhoffte Wirkung, die Haß und Verläumdungsgeschwängerte Athmosphäre zu reinigen, dürfte leider nicht erreicht werden.

*

Allmählich beginnt man auch in Frankreich zu erkennen, welch verhängnisvolle Rolle Poincaré bei Ausbruch des Krieges gespielt hat. Ernest Renauld gibt jetzt eine „histoire populaire de la guerre" heraus, worin wir lesen: Im August 1915 war der frühere französische Minister Cruppi beim Zaren, der ihm mit besonderem Nachdruck sagte: „Ich habe immer im Geiste die so feste Sprache vor mir, welche der Präsident der Republik vor mir geführt hat, als er am 22. Juli Rußland verließ." Renauld schließt daraus, daß Poincaré Frankreich verpflichtet (engagé) hat, bevor die Stunde der diplomatischen Spannung eingetreten war und bevor er wußte, wozu er Frankreich verpflichtete.

*

Die Verselbständigung der Dominions innerhalb des britischen Weltreiches macht immer weitere Fortschritte. Jetzt ist auf der Reichskonferenz vom Chef der englischen Flotte vorgeschlagen, daß jede der Kolonien ihre eigene Flotte besitzen soll. Selbstverständlich wird dadurch die Bedeutung der Dominions gegenüber dem englischen Mutterlande sehr gehoben. Andererseits aber wird dadurch England die Möglichkeit geboten, ohne eigene Mehrkosten die Gesamtstärke der britischen Flotte zu vermehren, was gegenüber den amerikanischen und japanischen Rüstungen einen großen Gewinn darstellt.

*

Digitized by Google

Das Ende des Kriegszustandes mit Amerika

Von S. Miles Bouton

Der Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der seit November 1918 nicht mehr existierenden Kaiserlichen deutschen Regierung hat aufgehört. Der Friede ist, wenigstens formell, wieder da. Ob dessen Herstellung noch einer formellen Erklärung deutscherseits bedarf, ist nicht ganz klar, da Deutschland niemals eine Kriegserklärung gegen Amerika erließ.

Mit der Annahme der Friedensresolution durch den amerikanischen Kongreß ist eines der von Harding während seines Wahlfeldzuges gemachten Versprechen endlich eingelöst. Man kann nicht behaupten, daß er es sehr eilig gehabt hat, denn vier Monate sind verstrichen, seit er Präsident wurde. Zum Teil ist die lange Verzögerung auf die allgemeine Stimmung des Landes zurückzuführen, zum Teil auf die Angst, sich irgendwelcher vom Versailler Vertrage hergeleiteten Rechte zu begeben. Auch gab es unter der breiten Masse des Volkes kein deutlich vernehmbares Verlangen nach einem Friedensschluß, nicht weil das Volk eine Fortdauer des Kriegszustandes wünschte, sondern vielmehr weil es sich gar nicht um Deutschland kümmert. Das einzige starke Verlangen nach der Annahme der Friedensresolution kam von den wenigen amerikanischen Liberalen und von denjenigen Kreisen, die zu Deutschland Handelsbeziehungen hatten oder zu haben wünschten. Selbst die letzteren aber konnten und können sich wenig von dem neuen Status erhoffen, denn eine wesentliche amerikanische Ausfuhr nach Deutschland ist kaum zu erwarten bei dem hohen und leider immer höher werdenden Stande des Dollars, während auf der anderen Seite die neuen amerikanischen Einfuhrzölle nicht nur an und für sich, sondern auch wegen ihrer Auslegungsbestimmungen, die allerlei Willkür Tür und Tor öffnen, die Einfuhr sehr erschweren müssen. Also dürften die Folgen der Annahme der Friedensresolution hauptsächlich sentimentaler Art sein.

Die praktischen Folgen werden in erster Linie darin bestehen, daß der Friedenszustand es der amerikanischen Regierung ermöglicht, ihren mit Deutschland Handel treibenden Bürgern eine unmittelbare Unterstützung in Kredit- und anderen Unternehmungen zu gewähren. Eine weitere Bedeutung des Friedensschlusses wird möglicherweise sein, daß er dazu beisteuert, die Paßschwierigkeiten — man möchte fast Paßschikanen schreiben — beider Länder etwas zu lindern oder eventuell abzuschaffen, was vom Standpunkte aller Reisenden und Geschäftsmänner keine Kleinigkeit sein würde.

Digitized by Google

Bekanntlich waren es fast ausschließlich parteipolitische Rücksichten, welche die Vereinigten Staaten bis zu Hardings Amtseintritt verhinderten, den Frieden zu schließen. Wilsons allzu erfolgreiche Bemühungen, die Völkerbundsklauseln zu einem untrennbaren Bestandteile des Friedensvertrages zu machen, gaben seinen Gegnern in Amerika eine sehr willkommene und wirkungsvolle Waffe und machten die Ratifizierung unmöglich. Das republikanische Wahlprogramm aber verpflichtete die Partei, den Frieden baldigst wiederherzustellen. Daß man vier Monate darauf warten mußte, beruht zum Teil auf den schon genannten Gründen, wurde jedoch zum noch größeren Teil bestimmt durch die von Big Business empfundene Notwendigkeit, die organisierte Arbeiterschaft zuerst zahm und hilflos zu machen. Die Begeisterung für den Krieg in Amerika ermöglichte es dem Kongreß, verschiedene Gesetze anzunehmen, welche die Rechte der arbeitenden Bevölkerung, besonders mit Bezug auf das Streikrecht, stark beschnitten. Diese Gesetze sollten „für die Dauer des Kriegs" gelten. Bevor man an ihre Abschaffung denken konnte, mußten die organisierten Arbeiter in eine Lage gebracht werden, wo sie praktisch hilflos sein würden. Das war nicht schwer, denn die Arbeiterbewegung in Amerika ist, der Zahl nach sowie in der Qualität der Führerschaft, äußerst schwach. Gibt es doch in Amerika, mit seinen rund hundert Millionen Einwohnern, kaum vier Millionen organisierte Arbeiter, während Deutschland, mit sechzig Millionen Einwohnern, rund zwölf Millionen Mitglieder der verschiedenen Arbeiterverbände zählt, also eines für je fünf Einwohner, gegen eines für je fünfundzwanzig in den Vereinigten Staaten.

Geholfen wurde Big Business in seinem Bestreben durch die sehr schlechte Konjunktur in Amerika, welche eine große Anzahl Arbeitsloser und eine allgemeine Lohnherabsetzung gebracht hat. Wohin die Reise geht, wurde kürzlich durch die unbestrittene Wiederwahl des Präsidenten Gompers von der American Federation of Labor bewiesen, denn vor zwei Jahren, als Hochkonjunktur war und die Industrie vergebens nach mehr Arbeitern verlangte, gab es eine im Anfang begriffene, aber schon sehr starke Opposition gegen ihn im Kongreß der A. F. of L. Daß diese Opposition nunmehr verschwunden ist, bezeugt die Schwächung der Arbeiterbewegung in den letzten Monaten. Gompers ist bekanntlich kein Arbeiterführer im europäischen Sinne; von ihm hat Big Business wenig zu fürchten. Jetzt also konnte die Kriegsgesetzgebung ohne große Gefahr außer Kraft gesetzt werden durch Annahme der Friedensresolution.

Parteipolitische Rücksichten haben auch seit dem 4. März eine Rolle gespielt, aber eine anscheinend sich bildende Kluft in der republikanischen Partei ist noch nicht so weit oder tief geworden, daß man zwischen den zwei werdenden Richtungen genau unterscheiden kann. Führer der re-

Digitized by Google

volttierenden Richtung scheint der Staatssekretär (Minister des Aeußern) Hughes zu sein, ein viel stärkerer, begabterer und gebildeterer Mann als Harding, wenn auch sehr einseitig und eigensinnig. Soweit es sich von hier aus beurteilen läßt, wollte Hughes ursprünglich den Versailler Vertrag mindestens zum Teil retten, mußte aber einlenken. Alle aus dem Vertrage herrührenden Rechte und Privilegien wurden durch die Resolution Porter-Knox gewahrt.

Was Harding geleistet und gewollt hat bei dem Zustandekommen des Friedens, ist nicht klar. Was ich früher an dieser Stelle ausführte, stimmt immer noch: Eine klare, bewußte, zielsichere Politik scheint er nicht zu haben. Seine ganze Haltung wimmelt von Gegensätzen und Inkonsequenzen. Er bittet den Kongreß z. B. sich zugunsten einer Entwaffnungsbewegung auszusprechen, widersetzt sich jedoch gleichzeitig einer Herabminderung des Heeresbestandes. In jeder Rede benutzt er allerlei pazifistische Formeln, erlaubt aber Hughes eine Politik Mexiko gegenüber zu führen, die stark nach rohem Petroleum und Unrecht riecht.

Der Zusammenschlußgedanke in Deutschland und Deutsch-Oesterreich

Von Dr. Berthold Widmann

Ottokar Czernin hat sich vor kurzem in der „Neuen Freien Presse" als Sprecher der bürgerlichen Arbeitspartei über den Zusammenschluß Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs geäußert. Schon vor längerer Zeit hatte er bekanntgegeben, daß er seinen Glauben an die Verwirklichungsmöglichkeit einer Donauföderation aufgegeben hat, hatte sich damals schon anschlußfreundlich gezeigt. Jetzt tritt er, indem er sich in nervöser Sensibilität das Gefühlsmäßige in der Anschlußbewegung absichtlich ferne hält und dementsprechend Kritik an der Abstimmungsbewegung übt, mit der Forderung praktischer Maßnahmen für den Zusammenschluß auf. Czernin sieht eine österreichische Massenbewegung für den Abschluß vor sich und weist angesichts dessen darauf hin, daß einem wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Staaten im Gegensatz zum staatlichen Zusammenschluß kein Ententeveto im Wege steht. Er redet der sofortigen Verwirklichung das Wort. Dabei ist er sich bewußt, daß das Schreiten in dieser Richtung keinen geebneten Weg vorfindet, sondern ein Schreiten im Neuland voll Hindernisse und Hemmungen bedeutet. Die außerpolitischen Schwierigkeiten solcher Maßnahmen bespricht er nur leichthin; bezüglich der internen Schwierigkeiten können an Stelle der in

Digitized by Google

diesem Punkte wenig umfassenden und nicht zentral treffenden Ausführungen Ezernins klare und weiterreichende Berechnungen aufgestellt werden. Ezernin nimmt mit seinen Aeußerungen eine gewisse Sonderstellung unter den Anschlußfreunden Deutsch-Oesterreichs ein, die in zwei Gruppen geschieden werden können: Die stürmischen Freier und die vorsichtigen Heiratskandidaten. Erstere wollen ihre Liebe sofort und „trotz alledem", d. h. trotz aller außenpolitischen Schwierigkeiten in die Ehe, in den staatlichen Zusammenschluß mit dem Reiche überführen. Die letzteren wollen, der außerpolitischen Situation, vor allem den gegenwärtig schwebenden Kreditverhandlungen mit der Entente Rechnung tragend, langsam vorgehen. Ezernin hält sich mit seiner Betonung des sofortigen wirtschaftlichen Zusammenschlusses in der Mitte zwischen beiden Gruppen. Er trifft sich darin geistig mit Gedanken, die von reichsdeutscher Stelle gleichfalls vorgebracht werden; der Deutsche Schutzbund, dessen Tätigkeit der Interessenverwebung zwischen Inland-Deutschtum einerseits und Grenzland- sowie Auslandbeutschtum andererseits gilt, hat gelegentlich seiner diesjährigen, besonders auf Oesterreich abgestellten, in Klagenfurt abgehaltenen Tagung die nämlichen Wünsche geäußert, außerdem aber noch das Programm der Angleichungsarbeit in beiden Staaten aufgestellt. Kulturelle Angleichung, Bildungsangleichung von den Volks- bis zu den Hochschulen, wobei natürlich nicht in schematischer Weise, sondern unter Wahrung der wertvollen örtlichen Färbung vorgegangen werden wird, Rechtsangleichung mit dem Endziel der wörtlichen Gesetzes-Uebereinstimmung, diese Arbeiten können heute schon unbehindert in Angriff genommen werden. Beide oben genannten Gruppen können dabei mitwirken, denn notwendig sind diese Arbeiten, ob der Zusammenschluß morgen kommt oder im Jahre Neunzehnhundertund . . . . . ?

Nicht Not-, wohl aber Liebesheirat sei der Zusammenschluß, dabei aber auch Vernunftehe. Der staatliche Zusammenschluß erhärte den gefühlsmäßigen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschluß.

In dem mit Anschlußfreundlichkeit bezeichneten psychischen Komplex treffen auf österreichischer Seite zusammen: Die mystische, letzte Hoffnung der in Verzweiflung Zusammengebrochenen, die Gefühle der Ablehnung gegenüber den Habsburgern — ihnen ist durch die Abstimmungszahlen ein deutlicher Grenzstein gesetzt worden — die Berechnung zahlreicher, leistungsfähiger Wirtschaftler, die Initiative und Umsicht der für das Deutschtum Kämpfenden. Es kann hier nicht im einzelnen davon gesprochen werden.

Welches Leben führt aber der Anschlußgedanke gegenwärtig in Reichsdeutschland? Es gibt bei uns nicht wenige Köpfe und Herzen, in denen er lebt und die für ihn leben. Aber sicher ist auch, daß, wenn in dieser Hinsicht die beiderseitigen Allgemeinheiten miteinander verglichen werden,

Digitized by Google

die österreichische mit einem Vorsprung als die relativ größere und absolut wärmere abschneidet. Es muß hier genügen, den größten Teil der wenig vertieften Argumentierungen, die bei uns gegen den Anschluß umlaufen, mit dem doppelten Zahlenhinweis zu umschreiben, daß die reichsdeutsche Bevölkerung rund sechzig Millionen, die deutsch-österreichische sieben Millionen beträgt, daß der Kurs der Mark in der Schweiz auf zehn Franken, derjenige der Krone auf 1½ Franken steht. Die betreffenden Argumentierungen schließen dann, wenn es kraß ausgedrückt werden darf, mit dem Satz: Große Pleite plus ganz große Pleite würde größere Pleite geben. Daß diese Rechnung nicht zutreffend ist, daß in ihr der wichtige Faktor der Bevölkerungsgröße eines Staates nicht richtig beurteilt wird, das läßt sich mit Hilfe eines extrem konstruierten Falles nachweisen. Angenommen sämtliche Erdstaaten hätten an einem unentschieden verlaufenen Weltkriege teilgenommen, so wäre die Folge, daß bei allen Inflation vorliegen würde. Wir wollen weiter annehmen, daß die verschiedenen Inflationen mit dem Maßstab ihrer jeweiligen Staatsvermögen gemessen zwar von sehr verschiedener Größe, in ihrer absoluten Größe aber untereinander verglichen ungefähr gleich sein mögen, was noch nicht einmal die willkürlichste unserer Annahmen ist. Wenn nun noch die dritte Annahme einbezogen wird, daß nämlich die sämtlichen Einzelindividuen sämtlicher Staaten die gleiche Energie und alle Staaten, abgesehen von den Geldverhältnissen, die nämlichen wirtschaftlichen Bedingungen besitzen würden, welcher Staat würde dann am ehesten wieder bei normalen Verhältnissen anlangen? Antwort: Der größte und bevölkerungsreichste, weil innerhalb seiner Grenzen die größte Summe von realen Werten zur Ausfüllung der Inflationsleere produziert würde. Auf die Anschlußfrage angewendet, zeigt dies, daß eine Bevölkerungszunahme des deutschen Staates um sieben Millionen unter gleichzeitiger Erweiterung seiner Staatsgrenzen im ferneren Verlauf der Zeiten das Gegenteil des oben zitierten Pleiteschlusses ergeben würde.

Eine Befürchtung aber kann nicht unausgesprochen bleiben, daß nämlich bei dem genannten Vergleich der beiderseitigen Allgemeinheiten Deutschland gar nicht deshalb schlechter abschneidet, weil bei uns klare politische und wirtschaftliche Kalkulationen ablehnenden Resultates umlaufen würden, sondern lediglich deshalb, weil eine Trägheit des Herzens, eine Gewöhnung an das deutsche Staatsbild, wie es vor dem Kriege bestanden hat, eine politische Phantasielosigkeit also dieses Problem noch gar nicht zu einem Problem hat werden lassen.

Denjenigen, die nicht zu diesen Leuten gerechnet werden wollen, — in Parenthese sei hier bemerkt, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht zu diesen gehört, die deutschen Gewerkschaften arbeiten eng mit den österreichischen zusammen — ihnen darf ein Exkurs dringend genannt und eine etwas philosophische Betrachtung vorgelegt werden.

Digitized by Google

Der Sachverständige, der in Wirtschaftsfragen immer und so auch hier beigezogen wird, ist Herr Stinnes. Herr Stinnes hat in Deutsch-Oesterreich bedeutende Objekte aufgekauft. Er hat damit seinen Standpunkt in der Frage der wirtschaftlichen Kalkulationen über Deutsch-Oesterreich ausgedrückt.

Die philosophische Betrachtung aber lautet:

Bei einer gewissen Größe des Objektes kommt allen sich mit ihm befassenden Kalkulationen nur ein sehr beschränkter Annäherungswert zu. Selbst wenn das Objekt für alle Zeit in absoluter Ruhe verharren und sich nicht dauernd verändern würde, was natürlich nicht der Fall ist, vermögen auch die besten Kalkulationen es nicht mehr restlos zu erfassen. So fundamental wichtig diese Kalkulationen in dem auf Wirtschaft basierten Teil der Politik auch sein mögen, wir stehen hier vor den Grenzen der menschlichen Erkenntnis.

Einen der deutlichsten derartigen Fälle haben wir vor kurzem erlebt. Der deutsche Reichstag hat die Londoner Bestimmungen angenommen. Bei vollständigster Aufrichtigkeit werden auch die Sachverständigsten sagen, wir wissen nicht, ob diese Bestimmungen ausgeführt werden können oder nicht. Daher das tagelange Schwanken zwischen Ja und Nein, zwischen Menschenopfer und Geldopfer. Daß in diesem Zweifelskampfe die Mehrheit sich noch immerhin lieber zum Geldopfer, in der vagen Hoffnung, daß es doch geleistet werden kann, entschlossen hat, mußte unbedingt auch von denen gewürdigt werden, die mit Nein gestimmt haben, wenn darin der Ausdruck des Glaubens an die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des deutschen Volkes erkannt wurde.

Auch die kleinere Frage des Zusammenschlusses von Deutschland und Deutsch-Oesterreich gehört schon zu den politischen Problemen der genannten Größenordnung. Dieses Problem kann in wirtschaftlicher Beziehung nicht vorweg zu Ende ausgerechnet werden. Der Glaube an uns selbst und an die Deutsch-Oesterreicher wird auch in der Entschließung über diese Frage den Ausschlag geben müssen.

Frankreich und der Wiederaufbau

In der französischen Wochenschrift „Le Progrès Civique", Journal de critique, politique et perfectionnement social vom 4. Juni 1921, Seite 13 fg. lesen wir:

Loucheur hat kein Glück! — Jetzt greifen seine besten Freunde ihn an. Unlängst hat er ankündigen lassen, daß in Durchführung des von Berlin angenommenen Ultimatums die Wiederherstellung eines Teils der zerstörten Gebiete ausschließlich deutschen Unternehmern überlassen

Digitized by Google

werden solle. Sofort erhob sich in der Geschäftswelt ein wahrer Sturm von Entrüstung.

Ich traf gestern einen großen Unternehmer aus dem Norden, den ich um seine Meinung fragte. „Das wird nicht geschehen", sagte er in sehr bestimmten Tone.

Das könnte ihnen so passen; man wird ihnen einen Strich der „Roten Zone" geben, damit sie sich dort gemeinerweise anstaffeln können.

Ah, Sie kennen diese Halunken nicht! Sie sind so gut organisiert, daß Sie ihnen den von den Granaten am schlimmsten zugerichteten, von Schützengräben durchquerten und Ruinen bedeckten Teil geben können — Sie werden sehen, daß in kurzer Zeit wahre Modelle von Dörfern wie hingesät erscheinen werden.

„Ja, und darum muß man ihnen um jeden Preis ein bestimmtes Gebiet verweigern."

„Uebrigens beschäftigt sich unsere Syndikatkammer für Bauten und öffentliche Arbeiten damit. Herr Boucomont, unser Präsident vom Hauptbüro der Unternehmer des Nordens, hat soeben einen Bericht verfaßt, der eine wahre Anklage gegen das Regierungsprojekt ist. Hören Sie."

Mit diesen Worten entfaltete er vor mir „La Journée Industrielle" vom 28. Mai:

Hier ist der offizielle Text, sagte er:

„Wiederaufbau eines Teils der zerstörten Gebiete ausschließlich von Deutschen."

„Die Deutschen versuchen bei Unterzeichnung des Friedensvertrages die Zustimmung hierzu zu erlangen."

— Sehen Sie mal an! Loucheur hat uns gesagt, daß sie niemals bestimmte Vorschläge gemacht hätten! —

„Dieses ist im allgemeinen Interesse gefährlich und unzulässig. Die Deutschen wollen vor allem, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete ihren Industriellen, ihren Arbeitern und der Lieferung ihrer [illegible] zugute kommt. Wenn sie einen bestimmten Teil bekommen, so werden sie ihre ganzen finanziellen [illegible] konzentrieren. Die Strecke, die sie bekommen sollen, wird [illegible] in der „Roten Zone" gewählt. Durch die Zusammenstellung aller Kräfte werden die Deutschen diese Strecke sehr schnell und gründlich wiederherstellen."

— Um so besser! [illegible]

— Hören Sie weiter:

„[illegible] zur Verfügung [illegible] [illegible]"

— Hören Sie weiter. —

„. . . Sie werden in Frankreich wenig oder gar keine [illegible] Gegen alle unsere [illegible] ihren errichteten Bauten [illegible]

Digitized by Google

— Selbstverständlich. Wir werden nicht von ihnen verlangen, die Bauten, die sie auf ihre Kosten in natura errichtet haben, in bar zu bezahlen. Aber glauben Sie, daß man es ihnen überlassen wird, in ihrer Zone soviel Geld, wie sie wollen, auszugeben? Das wäre zu bequem. Meines Erachtens muß man sie mit dem Betrage der für das Gebiet anerkannten nachgewiesenen Schäden abfinden.

Aber mein Bekannter war im Zuge, er setzte seine Lektüre fort:

„In einem Zeitraum von höchstens zwei Jahren werden sie ihr Werk vollendet haben. . . ."

— Bravo! —

„Sie werden die durch den deutschen Organisationsgeist erzielten Resultate der Verwahrlosung, die infolge Geldmangels in den anderen zerstörten Gebieten weiter herrschen wird, gegenüberstellen. Die Geschädigten selbst werden die Wiederherstellung durch die Deutschen wünschen. Der seit 1919 verfolgte Zweck wird erreicht werden. Man wird den Deutschen weitere Gebiete übertragen und sie werden ihre Kolonisationsarbeit auf die ganzen zerstörten Gebiete erstrecken."

Sehen Sie die Gefahr, schrie der Unternehmer. Wenn man die Deutschen heranzieht, so werden sie alle Aufträge erhalten und was soll dann aus uns werden?

Also, meinte ich, muß den Deutschen die Zone verweigert werden, weil sie schnell und gut aufbauen würden? Aber warum können denn nicht die französischen Unternehmer in derselben Weise arbeiten?

Der Bericht wird es Ihnen erklären:

„Ist es notwendig, zu erklären, daß die französischen Unternehmer, wenn sie über unbegrenzte Mittel für die Wiederherstellung eines Teiles der Front*) verfügen würden, ihn eben sogut und besser als die Deutschen in einer ebenso kurzen Zeit herstellen würden. Seit zwei Jahren arbeiten sie ohne jedes Programm. Im Juni 1921 kennen sie, trotz der Bestimmung des Gesetzes vom 31. Dezember 1921 noch nicht die Summe, über die jedes Dedartement und weiter jede Gemeinde im Laufe des schon zur Hälfte verflossenen Jahres verfügen kann. Die Regierung hat noch nicht den Mut gehabt, die brockenweise Ausgabe der Kredite aufzugeben und verhindert dadurch die Vollendung jeder begonnenen Arbeit."

— Vorsicht, rief ich, Sie greifen Herrn Loucheur an.

Aber meinem Bekannten lag daran, seine Lektüre zu beenden.

„Wenn die Deutschen die Möglichkeit haben, ihre ganzen Mittel auf einen einzigen Flecken konzentrieren, so werden alle anderen Geschädigten dadurch benachteiligt."

— Sie wollen sagen, alle anderen Unternehmer! —

„Und nur die deutschen Unternehmer werden erfolgreich und vernünftig arbeiten können."

*) Haben Sie bemerkt, mit welcher Beflissenheit der Bericht der Syndikatskammer für Bauten den Glauben hervorrufen möchten, daß die Deutschen in ihrer Zone soviel Geld ausgeben werden, wie sie wollen, trotzdem es klar ist, daß die Pläne und Kostenanschläge der französischen Regierung zur Genehmigung vorgelegt werden müssen und die Reparationskommission in das deutsche Credit nur die vorher für die Wiederherstellung des Gebiets vereinbarte Pauschalsumme tragen wird.

Digitized by Google

Sehen Sie, sagte er, indem er die Zeitung zusammenfaltete, das ist es, was wir um jeden Preis verhindern wollen.

— Sie wollen also nicht zugeben, daß sich die Deutschen am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. —

Das will ich nicht gesagt haben. Sehen Sie, vor dem Kriege befanden sich in den Dörfern eine Menge elender Hütten im Werte von 1000 bis 1200 Franken, für die die Geschädigten 5000 bis 8000 Franken erhalten. Sie werden begreifen, daß kein französischer Unternehmer sich damit befassen möchte; es ist zu wenig Verdienst dabei.

Unsere Syndikatskammer schlägt vor, daß man diese den „Boches" überläßt. Da sie ein wenig überall zu finden waren, so können die Deutschen dabei nicht ihren berühmten Organisationsgeist entwickeln. Daher ihnen vor allem keine bestimmte Zone, ja keine Zone.

Das lasse ich mir gefallen, sagte ich. Alle Häuser über 8000 Franken werden der französischen Industrie überlassen. Aber da, wie Sie sagen, die Regierung weder ein technisches noch ein finanzielles Programm hat, so können die Geschädigten unter Umständen 5 bis 10 Jahre warten.

Mein Herr, die Geschädigten sind gute Patrioten. Ehe sie ihre Häuser (oder wenigstens die Häuser über 8000 Frank Wert) von Deutschen aufbauen lassen, werden sie vorziehen, wie jemand sich ausdrückte, in der „Majestät ihrer Ruinen" zu verbleiben. Uebrigens ist der Bericht unserer Syndikatskammer soeben allen Parlamentariern zugestellt worden und wir rechnen darauf, daß unsere Abgeordneten, die auch Patrioten sind, verhindern werden, daß die Deutschen dem Publikum zeigen, daß die französischen Unternehmer sich nicht zu organisieren verstehen.

Nach Ihrer Ansicht, meinte ich, wird also die deutsche Entschädigung nicht für die Geschädigten, sondern für die Unternehmer geleistet.

Mein Bekannter lachte: Sprechen Sie das aber nicht in den Zeitungen aus.

— Unbesorgt! —

Die innere Kolonisation in früherer Zeit, eine Mahnung für uns

Von Kuno Waltemath

In einer Beziehung im Reiche der Volkswirtschaft und Politik sind wir Epigonen gegenüber dem siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert, und zwar auf dem Gebiete der inneren Kolonisation und der ländlichen Siedelung. Noch jetzt müssen wir staunend stillstehen, wenn wir sehen, was unsere Vorväter in jenen Zeiten hier erreicht haben, was die preußischen Staatsmänner und Fürsten hier bewirkt, was in kleinerem Maßstabe in Niedersachsen erzielt ward. Der Große Kurfürst

Digitized by Google

und seine Ratgeber waren es, die die preußische innere Kolonisation einleiteten. Nicht weniger als 375000 Refugiés wurde eine Heimstätte in den preußischen Landen gewährt, außerdem vielen Friesen, Holländern, Waldensern, Sozianern, deren Zahl wir nicht genau kennen. Das war ein bewundernswertes Tun, wenn wir die Geldarmut jener Tage in Anschlag bringen, auch nur wegen der Einfachheit der Sitten und Lebensweise möglich. Die Ansprüche, die man an das Dasein, an die Behausung stellte, waren gering. Ein Bauerndorf zu gründen, kostete bei weitem nicht soviel wie jetzt; Haus, Stall, Viehstand, Viehwartung, Ackerwerkzeuge, alles war unsagbar ärmlich, mit unserer Zeit verglichen. Friedrich I. und Friedrich Wilhelm I. setzten das Werk fort, 2000 Refugiés, 7000 Pfälzer und Wallonen, 6000 Schweizer, 2000 Böhmen und 20000 Salzburger wurden angesiedelt, ferner Bauern aus Anhalt, Holland, Sachsen und Schwaben. Das durch die Pest verödete Litauen spürte den Segen der unermüdlichen Siedelungsfürsorge des Staates, ein ganz neuer Menschenschlag kam in das Land, der sich mit dem eingeborenen litauisch-niederdeutschen Stamm mischte und so den heutigen Ostpreußen schuf.

Noch größere Erfolge trugen die kolonisatorischen Taten Friedrichs II. davon. Mehr als 300000 Siedler aus den meisten Teilen Deutschlands fanden unter ihm eine neue Heimat im preußischen Staate. Unter ihnen nahmen die Rheinländer, sowohl vom niederen, wie vom oberen Rhein eine besonders hervorragende Stellung ein. Sie, die gewöhnlich unter dem Namen der Pfälzer gingen, wanderten in die Marken in so großer Zahl ein, daß sie die Zusammensetzung der brandenburgischen Bevölkerung sehr veränderten. Diese war bis dahin niederdeutscher Mundart gewesen, selbst Berlin sprach bis zu den Zeiten des alten Fritz plattdeutsch. Nun bildete sich allmählich aus der Vermengung der alten niedersächsischen Märker mit den zuströmenden Franken der Brandenburger unserer Zeit heraus. In den Städten kam dazu noch das Blut der Refugiés. Es wanderten unter der Regierung des Königs ein:

in	Landleute	Städter	in neu gegründeten Orten (Zahl d. Orte)
Schlesien	44089	17563	241
Kurmark	50000	50000	260
Neumark	24000	12000	152
Pommern	26500	13000	182
Ostpreußen	12510	2817	—
Westpreußen	6400	4635	50
Magdeburg	9685	10365	20
Cleve-Mark Geldern	24700	12000	—
Zusammen	197834	122380	

Digitized by Google

Der Große Kurfürst und seine beiden ersten Nachfolger setzten auf dem Lande nur Bauern in vollen Stellen ein, Friedrich II. dagegen auch viele Büdner, Gärtner und Landarbeiter in kleinen Stellen, die 5 bis 25 Morgen groß waren. Er gründete auch Büdner- und Arbeiterkolonien. Der Alte Fritz brachte die ganze innere Kolonisation in Stadt und Land in ein festes System, das bis in die Einzelheiten genau ausgearbeitet ward. Eine vollkommene Behördenorganisation entstand, mit Beamten, die in allen Zweigen der Kolonisation bewandert waren und dafür ausgebildet. Nach einem bestimmten Programm wurde vorgegangen. Wir besitzen noch die Instruktionen, die über die vorzunehmende Kolonisation an die Beamten ergingen, sowie die Lehrbücher, die zur Ausbildung der Beamten dienten.

Nach dem Tode des Alten Fritzen wurde man allmählich lauer. Unter Friedrich Wilhelm III, wurden nur noch 6000 Leute angesiedelt, auch ging die Siedelungstätigkeit mehr auf den Gründen vom sogenannten Krongeßpolen vor sich, war also für das Deutschtum, nach der Uebergabe dieses Landes an Rußland, verloren. Später geriet das ganze Siedelungswesen in Vergessenheit. Als man 1886 wieder in größerem Maßstabe zu kolonisieren begann, mußte man ganz von vorn anfangen, neue Wege suchen. Gewiß, was von 1886 bis 1914 der Staat schuf, war groß, und wäre noch größer gewesen, wenn nicht so viele Gegner sich der Kolonisation entgegengestemmt hätten. Aber die Tätigkeit beschränkte sich nur auf die Ostmark ließ deren deutschen Teile dabei auch noch außer acht. Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Länder, die doch so viele dankbare Objekte für die bäuerliche Kolonisation sind, wurden nur spärlich bedacht.

Nach dem Kriege hat die Teuerung unheilvoll die Kolonisation beeinflußt. Wegen der Teuerung ist auch das Siedelungsgesetz nicht genügend zur Wirkung gekommen, wenn es auch immerhin geholfen hat, daß die Siedelung nicht ganz gestockt hat. Landzuweisungen an kleinere Leute, wie Arbeiter, Kleinbauern sind erfolgt. Das Maß hatte bedeutender sein können, besonders hätte die Anliegersiedelung großzügiger gestaltet werden können, d. h. kleine bäuerliche Stellen hätten in reichlicherer Weise, als es geschehen, mit Land ausgestattet werden sollen, um leistungsfähige Ackernehrungen zu bilden. Die Gegnerschaften gegen diese Gedanken sind bislang nicht besiegt worden. Ob das überhaupt möglich ist, steht dahin.

So wäre also damit zu rechnen, daß das Siedelungsgesetz vorläufig auf dem Papiere steht, daß die innere Kolonisation ein schöner Traum bleibt. Es gibt ein Mittel, das zu verhindern, und das ist, indem wir in einem Punkte zu der alten preußischen Kolonisation des 18. Jahrhunderts zurückkehren. Wir müssen auf die einfache und doch zweck-

Digitized by Google

entsprechende Bauweise zurückkommen, die damals von oben gepflegt ward, wenn immer neue Siedelungen, neue Koloniedörfer geschaffen wurden. Daß man in jenen Zeiten dabei auf jeden Luxus verzichtet nur an die Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse dachte, das hat es eben ermöglicht, daß das arme Preußen des 17. und 18. Jahrhunderts so gewaltig zu kolonisieren vermochte.

Unsere so beliebte Verwöhnung müssen wir von uns lassen. Kein Mensch muß müssen, sagte Lessing. Aber in dieser Frage müssen wir. Wenn wir durch das Elend der Zukunft hindurchgelangen wollen, haben wir zum mindesten den Abfluß des Landvolkes nach der Stadt und der Industrie zu dämmen. Ich sage, „zummindesten", denn eigentlich müßten wir nicht nur den Abfluß nach der Stadt verstopfen, sondern auch einen Abfluß von dieser nach dem Dorfe bewerkstelligen. Aber aus allerlei Gründen wird das ein frommer Wunsch bleiben, nur in Ausnahmefällen werden wir eine Rückwanderung von der Stadt nach dem Lande erleben. Wir können nicht darauf bauen, daß unsere Industrie so bald die Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Aus zwingenden Gründen demnach müssen wir es uns angelegen sein lassen, neue Siedelungen zu begründen, Koloniedörfer zu bauen und zwar auf so sparsame Weise wie möglich.

In Ostpreußen ist man mutig vorangegangen. Man hat auf den Geländen großer landwirtschaftlicher Betriebe, deren Gebäude im Kriege zerstört worden waren, weshalb diese Betriebe in Kolonistenstellen aufgeteilt wurden, weil die Erbauung neuer Baulichkeiten zu teuer ausgefallen wäre, Bauerndörfer errichtet, deren Häuser von unendlicher Einfachheit sind. Streng genommen handelt es sich nur um Hütten, die an die Ställe angeklebt sind. Von der Not getrieben hat man im südlichen Ostpreußen, nach der Verjagung der Russen, dort, wo die Wohnungen und Ställe zerstört waren, zuerst notdürftige Unterkünfte geschaffen. Als man zu bauen anfing, dachte man zuerst daran, die Ställe zu errichten. Die Menschen behalfen sich mit den kümmerlichsten Unterkünften. Weil das Bauen bald so teuer wurde, es auch an Baumaterialien mangelte, wurden diese Unterkünfte bald Dauerwohnungen und Vorbilder den neuen Siedlern auf den aufgeteilten Großgütern und Domänen.

Ebenso wie wir in unserer ganzen Lebenshaltung gezwungen sein werden, der kärglichen Art unserer wackeren Ahnen zu folgen, wenn wir anders bestehen wollen, ebenso sind wir verpflichtet, es in der Bauweise zu tun. Auch hier müssen wir so genügsam wie unsere Altvorderen werden. Nichts hindert uns, dann ebenso glücklich wie sie zu werden, nach dem Wort von Goethe: Das wahre Glück ist die Genügsamkeit, und die Genügsamkeit hat überall ge-

Digitized by Google

nug. Ja, es ist sogar nationales Gebot, diesem Worte gemäß zu handeln. Die Wenigsten machen sich leider klar, was es bedeutet, wenn wir, unfähig, unserer gewohnten, splendiden Lebensführung zu entsagen, in der inneren Kolonisation Schiffbruch erleiden, die gegenwärtige Stockung in ihr zu einer dauernden gestalten. Man kann sagen: Die Versuche, die überschüssigen städtischen und industriellen Arbeiter auf das platte Land, besonders dorthin zu lenken, wo die menschenarmen Großbetriebe sich erstrecken, sind im großen und ganzen gescheitert. Nur in geringem Umfange sind solche Arbeiter dahin abgeströmt. Die Arbeiternot ist dort aufs höchste gestiegen. Der Ruf nach slawischen Arbeitern will nicht aufhören. Vor dem Kriege wurde bekanntlich ein großer Teil der Aecker auf den großen Betrieben mit Hilfe von polnischen und kleinrussischen Arbeitern bestellt. Wer im Sommer die Gelände der großen Güter durchstreifte, während die Arbeiter auf den Feldern wirkten, konnte damals auf den Gedanken kommen, er wäre bereits im slawischen Sprachgebiet, so fast ausschließlich klangen die slawischen Laute an sein Ohr. Daß die Bevölkerung der Gutsbezirke nicht mehr oder weniger sich slawisierte, wurde lediglich durch die Politik der Regierung verhindert. Diese ging darauf hinaus, die reichsfremden slawischen Arbeiter während des Winters nach Hause zu schicken, damit sie sich nicht ansässig machen konnten. Dennoch war die Zahl der ständigen Bewohner slawischer Zunge auf den Gütern in raschem Wachstum begriffen. Ausnahmen von dem Gesetze, das die Polen mit Winters Anfang in die Heimat sandte, um sie im Frühling mit den Zugvögeln zurückkehren zu lassen, sind häufig gemacht worden, unter dem Einflusse der agrarischen Wünsche, denen jenes Gesetz ein Dorn im Auge war. 1910 zählte man nicht weniger als 20,2 Prozent polnisch sprechender Einwohner in den Gutsbezirken im nördlichen Teile der Provinz Sachsen, im Merseburger Regierungsbezirk 15 Prozent, im Liegnitzer Bezirk 21 Prozent, im Potsdamer 12 Prozent! Kein Patriot wird ohne Grauen eine Entwicklung betrachtet haben, die solche Gefahren in sich birgt. Eine 1910 vorgenommene Umfrage der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen ergab, daß nicht weniger als 49,6 Prozent aller auf den Großbetrieben arbeitenden Kräfte ausländische Wanderarbeiter waren, auf manchen Betrieben 80 Prozent und mehr. Mit Recht sagte dazu Erich Keup: „Ob und wieweit man solchen Boden noch als deutsches Land bezeichnen kann, bleibt dem Belieben des einzelnen Beurteilers überlassen".

Die Gefahr droht, daß der Strom der polnischen Arbeiter, wenn er erst einmal wieder zum Fließen gebracht ist, nicht zu dämmen sein wird, daß er sich im deutschen Lande festsetzt, der Osten verpolt wird. Ob die Regierung die Macht zeigen kann, dies zu verhindern, ist mehr

Digitized by Google

als zweifelhaft im Angesichte der ungünstigen Grenzen. Brauchte früher ein starkes polnisches Element nicht direkt beunruhigend zu wirken, so würde es jetzt bedeuten, daß der Landesfeind in den Besitz starker Positionen gekommen ist. Daß es so weit nicht kommt, das kann nur durch die Ansetzung neuer Bauern auf den Geländen des leutearmen Großbesitzes vermieden werden. Nur so vermag es erreicht zu werden, daß deutsche Hände die ostdeutschen Aecker bestellen und von ihnen die Ernten hereinholen. Zurück zur alten preußischen Kolonisationstätigkeit, zur alten preußischen kargen Lebensweise, muß die Parole sein. Sie allein kann uns frommen.

Aus der Werkstatt der Entente vor dem Kriege

Von Gustav Roloff

Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre. Herausgeg. von B. v. Siebert ehemaliger Sekretär der K. Russ. Botschaft in London. Berlin und Leipzig 1921. Vereinigung wissenschaftlicher Verleger, 827 S.

Je strenger die Ententeregierungen im Bewußtsein, das öffentliche Urteil über ihre Politik vor dem Kriege scheuen zu müssen, mit ihren intimen Aktenstücken im Gegensatz zu Deutschland zurückhalten, desto mehr sind Veröffentlichungen von anderer Seite zu begrüßen. Allerdings haben bereits — abgesehen von den Bolschewisten — namhafte Politiker wie Paléologue, der letzte Botschafter Frankreichs in Petersburg, und der Kriegspräsident Poincaré das Schweigen gebrochen, aber ihre Mitteilungen sind das Gegenteil objektiver Berichterstattung, sie verstecken und verschleiern, anstatt zu enthüllen. Solche unlauteren Zwecke liegen der vorliegenden Publikation gänzlich fern: hier sprechen in mehreren hundert Aktenstücken zahlreiche der vor dem Kriege in den Ententestaaten maßgebenden Persönlichkeiten unmittelbar oder mittelbar zu uns; der Herausgeber hat sogar darauf verzichtet, durch eine zusammenfassende Darstellung oder Erläuterung den Leser zu beeinflussen; auf seine Rechnung kommt nur die Uebersetzung der in Berlin deponierten Originale und ein dankenswertes ausführliches Inhaltsverzeichnis. Allerdings behandeln die Akten die eigentliche Krisis nicht. Sie beginnen mit der englisch-russischen Konvention vom Jahre 1907 und schließen mit dem Juli 1914. Der Mord von Serajewo wird nur nebenbei einmal erwähnt. Im übrigen ist der Inhalt außerordentlich reichhaltig: Die Bagdadbahn, Marokko, Persien, der Balkan, der Gegensatz zwischen Oesterreich und Serbien,

Digitized by Google

die Stellung Italiens im Dreibunde, Ostasien, die Marineverhandlungen zwischen England und Rußland, kurz, ungefähr alle Fragen, die Europa seit dem Jahre 1907 beschäftigt haben, ziehen an uns vorüber. Die Akten entstammen zum größten Teil der Korrespondenz zwischen dem russischen auswärtigen Amt und Graf Benckendorff, dem Botschafter in London, daneben kommen die Vertreter Rußlands in Paris, Berlin, Konstantinopel, Belgrad usw. zum Wort. Daß die vorliegenden Aktenstücke die erwähnten Fragen nicht erschöpfen, braucht nicht erst betont zu werden: es ist ja nur einseitig russisches Material, das hier geboten wird, und auch das ist keineswegs vollständig. Wir erhalten wertvolle Ausschnitte, die über vieles belehren, manches ahnen lassen, aber noch viele dunkle Stellen lassen.

An einigen Beispielen wollen wir die Bedeutung des Buches illustrieren.

Die eigentliche Einkreisung Deutschlands beginnt mit dem Jahre 1907, nachdem England durch den Vertrag über Persien, Tibet und Afghanistan Rußland auf seine Seite gezogen hatte. Daß der Vertrag von Anfang an antideutschen Zwecken dient, bezeugt uns Lord Curzon in einem Gespräch mit Benckendorf aus dem Jahre 1909: Die Bedingungen der Konvention, sagt er, seien England ungünstig und deshalb sei er dagegen gewesen: „prinzipiell jedoch befürwortete er so sehr eine Entente zwischen England und Rußland, daß er sich mit diesen Fehlern gern aussöhnen wolle, wenn es gelänge, die Entente während der schwierigen ersten Jahre aufrecht zu erhalten." Mehrere Berichte bezeugen, daß es nicht immer leicht war, die schiedlich-friedliche Teilung Persiens zwischen den beiden Mächten, die den Hauptinhalt der Konvention bildete, durchzuführen, aber die gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland führte sie immer wieder zusammen. „England", schreibt Benckendorff am 17. August 1910, „hat weniger Interesse daran, was in Persien vor sich geht, als daran, daß es jede andere Macht außer Rußland und England daran verhindern will, in Persien eine Rolle zu spielen. Dies bezieht sich vor allem auf Deutschland und die Türkei — natürlich aus politischen Gründen." Und zwei Jahre später (Okt. 1912) stellt Sasonow mit Befriedigung fest, daß Rußland und England gemeinsam strebten, „Deutschland aus der neutralen Zone (Persiens) zu verdrängen", so daß keine einzige für die Deutschen irgendwie verlockende Konzession übrigbleiben würde." Noch deutlicher ist vielleicht Benckendorffs Bemerkung (26. Februar 1911), unstreitig habe die englisch-russische Konvention den Zweck gehabt, „Deutschland zu verhindern, in Persien Fuß zu fassen. Deutschland sollte sich dort nicht Interessen schaffen, die politischen Charakter annehmen könnten.

Digitized by Google

Dies Einvernehmen ist bald auf die ganze Frage der Bagdadbahn ausgedehnt worden".

Der Kampf gegen die deutschen orientalischen Unternehmungen erforderte selbstverständlich auch ein Einvernehmen über die Politik gegen die Pforte. Hier lag der russischen Regierung zunächst daran, daß die Türken sich militärisch nicht kräftigten: mit Argusaugen überwachte sie daher die Bemühungen der Türkei, ihre schwache Flotte durch Käufe in Deutschland und England zu vergrößern, und gegen eine in Paris geplante größere türkische Anleihe protestierte sie mit dem deutlichen Hinweis, daß Rußland, falls die Pforte ihre Armee mit Hilfe der französischen Gelder verbessere, seine Truppen im Kaukasusgebiet verstärken, also die an der Westgrenze schwächen müßte. Man glaubt dem russischen Botschafter gern, daß diese Erklärung „auf Pichon einen starken Eindruck gemacht habe". (Juli 1910). Pichon hatte zwar — anscheinend unter ausdrücklicher Zustimmung Englands — die Absicht, mit Hilfe der Anleihe „die türkische Politik unabhängig von Deutschland zu machen und die immer noch bestehenden Beziehungen zwischen Konstantinopel und Berlin hinsichtlich militärischer Instrukteure, Munitionslieferungen und Eisenbahnbauten so weit wie möglich zu lockern", aber der Plan kam nicht zur Ausführung, da die Pforte die französischen Erpressungen ablehnte und ihr Geldbedürfnis in Deutschland und Oesterreich deckte. Diese Feindschaft gegen die Kräftigung der Türkei trat wie erinnerlich, besonders kraß zutage, als die Pforte sich den deutschen General Liman von Sanders zum Reorganisator ihrer Armee erbeten hatte: es überrascht nicht, daß Grey mit der russischen Regierung nach Mitteln suchte, das russische „Hauptziel — die Deutschen aus Konstantinopel zu entfernen" zu erreichen.

Ein besonderes Kapitel in der Vorbereitung der russischen Herrschaft über Konstantinopel bildete bekanntlich das Verlangen nach der freien Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch Bosporus und Dardanellen: unermüdlich arbeiteten Iswolsky und nach ihm Sasonow daran, diese Frage unter günstigen Umständen aufzuwerfen. Frankreichs und Englands grundsätzliche Zustimmung hatte Rußland bereits 1908 gewonnen, die Italiens erwarb es durch seine Einwilligung in die Annexion von Tripolis: Italien möge nicht vergessen, mahnte der russische Botschafter den italienischen Minister Tittoni bei Beginn der Expedition, „die übernommene parallele Verpflichtung hinsichtlich unserer Rechte auf die türkischen Meerengen einzulösen." Aber ungleich wichtiger als Italien war England, und dieses rückte, je länger die Entente dauerte, desto näher an Rußland heran. Grey meinte, schrieb der russische Botschafter aus Anlaß des Balkankrieges (4. November 1912), daß die Meerengenfrage

Digitized by Google

„eine für Rußland günstige Lösung finden müsse, sobald wir es für nötig finden, diese Frage zur Diskussion zu stellen." Aus dieser und mancher anderen Aeußerung wußte die russische Regierung also genau, daß sie England hinter sich haben werde, als sie Anfang 1914 beschloß, die Meerengenfrage aufzuwerfen und sie selbst um den Preis eines europäischen Krieges zur Lösung zu bringen.

Trotz der wiederholten Solidaritätserklärungen mit Rußland in dieser Angelegenheit scheute sich Grey doch nicht, dem deutschen Botschafter zu versichern (Juni 1914), daß seit „fünf Jahren die Frage der Meerengen zwischen England und Rußland nicht erörtert worden" sei: eine schreiende Unwahrheit, die sich würdig einer Beteuerung Greys im Unterhause (März 1909) anreiht, daß während seiner Ministerschaft nie eine Einkreisung gegen Deutschland versucht worden sei. Nach dieser Probe der Greyschen Aufrichtigkeit mag man ermessen, was man von seinen mit großer Emphase verkündeten Vermittlungs- und Versöhnungsversuchen in den entscheidenden Julitagen zu halten hat. Der Verleugnung der Einkreisungspolitik wird man übrigens um so weniger Glauben schenken wollen, wenn man hier erfährt, daß kurz nach jener Versicherung König Eduard sich bemüht hat, Italien dem Dreibunde zu entfremden. Er hat, schreibt der russische Geschäftsträger in Rom (22. Juni 1909), zwei Unterredungen mit Viktor Emanuel und Tittoni gehabt „und hierbei jedesmal über dasselbe Thema gesprochen, nämlich über das Gleichgewicht in der Adria und über die Haltung Italiens im Falle eines englisch-deutschen Krieges." Auf beide habe die Unterredung „augenscheinlich einen großen Eindruck gemacht". Tittoni sei vor allem erstaunt gewesen, daß König Eduard von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Konfliktes zwischen England und Deutschland gesprochen habe, einer Wahrscheinlichkeit, die Tittoni bis jetzt als eine rein theoretische Frage betrachtet habe und die ihm plötzlich als unmittelbar bevorstehend erschienen sei." Man kann sich danach vorstellen, welches schwere diplomatische Geschütz Eduard VII. aufgefahren hat, um der italienischen Regierung die Treue zum Dreibund zu verleiden.

Ueber die eigentliche Kriegsursache, die Balkanfragen, erhalten wir eine Fülle von Nachrichten. So erfahren wir als Ergänzung der von den Bolschewisten veröffentlichten Mitteilungen, wie sehr die Entente bemüht war, den serbisch-österreichischen Gegensatz nicht zur Ruhe kommen zu lassen, nachdem man die Annexion Bosniens hatte geschehen lassen müssen. Serbien müsse sich jetzt fügen und auf territoriale Kompensationen verzichten, ließ Iswolsky in Belgrad vorstellen (Febr. 1909), aber die bosnisch-herzegowinische Frage sei damit nicht gelöst und werde auch in der nächsten Zukunft nicht gelöst werden, denn Rußland bleibe

Digitized by Google

auf seinem Standpunkt, daß Oesterreich eine einseitige Aenderung des Berliner Kongresses nicht vornehmen dürfe". „Die Annexion wird formell nicht sanktioniert werden; Pasitschs Wunsch wird erfüllt werden." Wenn so Serbien auf die Zukunft vertröstet und eine neue Verwicklung vorausgesehen wird, so war England nicht weniger bemüht, Serbien für die Zukunft günstige Chancen zu schaffen. Grey suchte die Belgrader Politiker zu bestimmen, die Anerkennung der Annexion Bosniens durch Oesterreich zu vermeiden, und er war sehr unzufrieden, daß sie die Situation nicht geschickt genug ausnutzten und sich zu dem bekannten Versprechen, sich künftig einer freundnachbarlichen Haltung gegen die Doppelmonarchie befleißigen zu wollen, drängen ließen. (März 1909.)

Diesem Geist der englischen und russischen Politik entspricht es, daß beide Mächte, wie wir schon von den Bolschewisten erfahren haben, einen Bund der slawischen Balkanstaaten zu stiften suchten, um Oesterreich eine feindliche Macht an die Seite zu setzen: immer wieder drängt Rußland auf Einigung Serbiens und Bulgariens im Interesse der „nationalen und slawischen" Sache, und die Krönung seiner Bemühungen war das geheime bulgarisch-serbische Offensivbündnis gegen die Pforte (März 1912), von dem sogleich den Engländern und Franzosen im strengsten Vertrauen Kenntnis gegeben wurde. Aber so sehr die englische Regierung durch Stärkung der slawischen Balkanstaaten den Mittelmächten die orientalische Expansion zu verbauen wünschte, so hegte sie doch große Bedenken, dem landhungrigen Bulgarien und Serbien freie Hand gegen die Pforte zu lassen: „Alle Handlungen Englands", berichtet Sasonow dem Zaren (Oktober 1912), sind gegenwärtig von einer wichtigsten Sorge beherrscht, nämlich sich nicht den Unwillen der muselmanischen Welt zuzuziehen, um zur notwendigen Sicherung der englischen Herrschaft in Indien sich dort auf den mohammedanischen Teil der Bevölkerung stützen zu können. Daher resultiert die scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der unter der Botmäßigkeit der Türken befindlichen Christen". Es gelang zwar, die englischen Bedenken zurückzudrängen und Grey zu einer mehr „proslawischen" oder „prochristlichen" Politik zu bestimmen, aber jene Rücksicht auf Indien verschwand nicht. Sie erklärt zum Teil die vermittelnde Haltung, die England im Balkankriege (1912) an der Seite Deutschlands gewählt hat. Die russische Politik trieb damals schon zum Konflikt, aber England versagte sich, denn es wollte, wie Benckendorff aus Greys Aeußerungen schloß, nur unter zwei Bedingungen Krieg führen: „erstens, daß durch ein aktives Eingreifen Frankreichs dieser Krieg zu einem allgemeinen wird, zweitens ist es durchaus notwendig, daß die Verantwortung für den Angriff auf unsere Gegner falle." Die erste Bedingung war 1912 erfüllt, denn Frankreich war bereit, Rußland sofort zur Seite zu treten, die zweite

Digitized by Google

dagegen nicht, denn Rußland war offenkundig der Angreifer, Oesterreich der Verteidiger. Und überdies stand das Schicksal der Türkei zur Entscheidung: jene englischen Bedenken mußten sich also nachdrücklich geltend machen. 1914 war die Situation viel günstiger für England. Frankreich war abermals gern bereit, den Krieg zu einem allgemeinen zu machen, der Schein des Angriffs fiel dank der geschickten Ententeregie nicht auf Rußland, sondern auf die Mittelmächte, und nicht das türkische, sondern das serbisch-österreichische Problem stand im Vordergrunde. Nimmt man dazu die veränderte Haltung Italiens, das sich 1912 Albaniens wegen zu seinen mitteleuropäischen Bundesgenossen hielt, 1914 aber nach der Regelung dieser Frage engen Anschluß an Rußland suchte, „besonders im Falle eines Krieges" (Februar, Juli 1914), so wird deutlich, daß alle Momente, die die englische Politik 1912 gehemmt hatten, weggefallen waren. Grey konnte somit den Entschluß fassen, den Mittelmächten, aus Anlaß des serbischen Zwischenfalles, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin Zügel in ihrer orientalischen Politik anzulegen und ihre Weltstellung überhaupt zu verkleinern.

Bei diesem grundsätzlichen Willen zur Beschränkung Deutschlands, ja zum Konflikt, in England wie in Rußland könnte man erstaunt sein, daß der Krieg erst sieben Jahre nach dem Abschluß der russisch-englischen Entente ausgebrochen ist, wenn man nicht wüßte, daß die durch die japanische Niederlage und die Revolution zerrüttete russische Armee mehrere Jahre lang zu einem großen Kriege nicht fähig war. Diese Rücksicht hat sowohl in der bosnischen wie in der marokkanischen Frage eine friedliche Lösung erzwungen. An England lag es gewiß nicht, daß die Marokkokrisis nicht zum Kriege geführt hat, denn England hat Frankreich nicht zum Nachgeben geraten und sich sogar die Entscheidung vorbehalten, ob nicht etwaige Konzessionen Frankreichs in Marokko die englischen Interessen verletzten. Auch von einer Vermittlung Oesterreichs wollte Grey nichts hören, aber da mahnte Benckendorff zur Vorsicht. Man dürfe nicht vergessen, sagte er Grey (8. September 1911), daß Rußlands Stellung in dieser Krise eine ganz besonders schwere sei. „Einerseits sei Rußland durch einen Bündnisvertrag gebunden, dem es sich natürlich nicht zu entziehen gedenke; andererseits würde Rußland durch einen Krieg mitten in seiner friedlichen Arbeit überrascht werden, und es müßte aus einem Grunde zu den Waffen greifen, der seine Interessen kaum berühre; . . . Infolgedessen müßte Rußland in diesem Falle mehr als in allen anderen alle möglichen Vorschläge in Erwägung ziehen und nichts unterlassen, um die Erhaltung eines gerechten Friedens zu ermöglichen."

Ein Jahr später waren die russischen Rüstungen hinreichend gefördert, sofort wird die Lösung des Balkanproblems in Angriff genommen und die Tage des Friedens waren seitdem gezählt.

Digitized by Google

Literaturgeschichte als politische Wissenschaft

Von Dr. Werner Mahrholz

Eine Zeit, deren eigentliches Wesen Gestaltung und Umgestaltung der Polis — als Staat und Gesellschaftsform gefaßt — ist, wirkt bei der neuerlich immer stärker erkennbaren Einheit und Einheitlichkeit alles geistigen Lebens und Werdens — es offenbare sich nun als Dichtung oder als Philosophie, als Politik oder als wirtschaftliche Organisation — naturgemäß auch auf solche Wissenschaftsgebiete mit neuem Antrieb und neuer Aufgabenstellung ein, die abseits des allgemeinen Flusses der Dinge ein gelehrt-idyllisches Dasein zu führen scheinen. Diese Einwirkung ist dann besonders nachhaltig und fruchtbar, wenn im Schoße dieser Wissenschaften selber eine kritische Situation besteht, die zu neuer Besinnung und Rechtfertigung drängt.

Es ist kein Zufall, daß das Jahr 1921 zwei Werke aus zwei Disziplinen der Geisteswissenschaft gebracht hat, die man als politische ansprechen muß: Die Romanistik verzeichnet das Erscheinen des neuen Buches von Ernst Robert Curtius „Maurice Barès und die geistigen Grundlagen des französischen Nationalismus"*), die Germanistik, das des Werkes von Josef Nadler „Berliner Romantik", (1800—1814)**). Bei beiden Werken ist das Entscheidende und Neue, daß das Problem von Ideologie und Wirklichkeit aus der Perspektive der literarhistorischen Forschung gesichtet wird, daß ideengeschichtliche Tendenzen als Mitträger politischer Wirklichkeitsveränderungen gedeutet werden. Curtius versucht das Problem und die Grundlage des französischen Nationalismus am literarischen Werk eines seiner Hauptvertreter, des Annexionisten Barrès, aufzuzeigen; Nadler, weniger aktualistisch, aber ebenso aktuell gestimmt, umreißt an der literarischen Bewegung der Berliner Romantik das Problem der deutschen Uneinheitlichkeit von Stammland und Kolonialland, von Deutschland und Preußen.

Es kommt uns in diesen Betrachtungen nicht auf das gelehrte Ergebnis, nicht auf die Neubelebung des Methodischen, nicht auf die originale Deutung welthistorisch-wichtiger Zusammenhänge an, es kommt uns darauf an, das Augenmerk auf die politische Bedeutsamkeit literarhistorischer Forschungsarbeit zu lenken und damit zugleich Wert und Würde dieser angefeindeten, als Luxuswissenschaften verschrienen Wissenschaftszweige gerade und vor allem in nationalpolitischem Betracht zu zeigen. Nirgends vielleicht zeigt sich das politisch Werdende in so reiner Form wie im dichterischen Schrifttum, nirgends auch läßt sich das politisch Zuständliche

*) Verlag von Friedrich Cohen, Bonn 1921.
**) Verlag von Erich Reiß, Berlin 1921.

Digitized by Google

so klar erkennen. Dichter und Literaten haben die feinsten und sensibelsten sind: so sind die Seismographen des politischen Zustandes und seiner Veränderungstendenzen. Sollte hier nicht ein Hilfsmittel moderner Politik Nerven für die Dinge und Ereignisse, die sich vorbereiten oder die da mit ihrer doch und vor allem individual- und massenpsychologischen Einstellung zu finden sein und dürfte nicht eine wissenschaftliche Aufgabe von größter Bedeutung für die Literaturgeschichte sich in der Bewußtmachung dieser Zustände und Tendenzen finden? Es soll hier keiner utilitarischen Auffassung und mißbräuchlichen Benutzung der Geisteswissenschaften zu politischen Zwecken das Wort gesprochen sein, es soll hier nur ein Weg zur Hebung der Krisis in der Literaturwissenschaft selber gewiesen und eine Möglichkeit ihrer Rückwirkung auf das geistig-politische Leben der Nation gezeigt werden.

Literaturgeschichte und Literaturwissenschaft sind über ihren reinen Wissenschaftscharakter hinaus mit einer gesellschaftlichen Funktion als Aufgabe belastet: einheitliches Kulturbewußtsein zu schaffen und zu festigen, Einheit des Kulturbesitzes aufzuzeigen, soweit sie in Werken der dichterischen Sprache Gestalt, Form und Wirkungsquelle geworden ist. Niemand hat diese Aufgabe der Literaturgeschichte klarer erkannt als die Reihe der großen französischen Literarhistoriker von St. Boeuf und Taine bis auf Faguet, Brunetière und Barrès, und nichts ist vielleicht für die politische Unerfahrenheit und Unerzogenheit der Deutschen im Reich kennzeichnender als die Aschenbrödelrolle, welche die Literaturgeschichte und bis vor kurzem auch die deutsche Kunstgeschichte gespielt haben. Curtius und Nadler sind beide Grenzdeutsche, der eine aus dem deutschen Westen, aus Straßburg, der andere aus dem deutschen Osten, aus Böhmen, beide haben ein deutliches Gefühl für die politische Mission ihrer Wissenschaft; Curtius als Romanist empfindet sich als Mittler und Warner, Nadler als Germanist — schon der Titel seines Hauptwerkes ist bezeichnenderweise „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“*) — weiß sich als Rufer zur Einheit und als Aufzeiger der verschiedenen Möglichkeiten im deutschen Volkscharakter.

Die literaturgeschichtliche Forschung hat aber noch einen ganz anderen Bezug auf Gestaltung der politischen Wirklichkeit — und das ganz besonders in Deutschland und in dieser Zeit. Wir haben heute eine große Diaspora, Millionen von Deutschen sind vom Mutterlande abgesprengt. Soll sie nicht die Trost- und Hoffnungslosigkeit der Vereinsamung überkommen, so ist es notwendig, den lebendigen Zusammenhang des geistigen Lebens mit ihnen aufrechtzuhalten, ja ihn zu verstärken. Wenn man die Geschichte des Werdens einer Nation — man denke etwa an die Ukrainer, an die Serben, an die Norweger — durchgeht, so ist fast immer das erste

*) 3 Bände. Verlag Habel, Regensburg 1912 ff.

Digitized by Google

und wichtigste die Entstehung einer nationalen Dichtung und einer nationalen Literaturgeschichte. Als kulturpolitische Waffe im Kampf um die Erhaltung und Festigung des Deutschtums ist von allen Wissenschaften die deutsche Literatur- und Kunstgeschichte am wenigsten zu entbehren; hier liegen Aufgaben und Möglichkeiten für diese Wissenschaften, die, eben um des Dranges und Zwanges zur Synthese willen, belebend auf ihren methodischen Betrieb wirken werden. Auch in diesem Betracht sind die Arbeiten von Curtius und Nadler bahnbrechend und wegweisend. Es steht nur zu hoffen, daß eine ganze junge Generation von germanistischen, anglistischen, und romanistischen Forschern die politische Aufgabe ihrer Wissenschaften begreift und im Sinne dieser immanenten Tendenz der Zeit zu arbeiten beginnt. Die Wissenschaften selber würden dadurch zu dem Ausgangspunkt ihrer selbst zurückgeführt werden: zu der Entstehung der Literaturwissenschaften aus dem Geiste der Romantik, welcher die letzte und größte Zusammenfassung und Darstellung deutschen Geistes war.

Berichtigung.

Der Aufsatz von Axel Schmidt in der vorigen Nummer hieß: „Evolution (nicht Revolution) oder Zusammenbruch."

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich. Für den redaktionellen Teil Dr Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 23. Juli 1921 * Heft 30

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Es hat den Anschein, als ob Italien wieder Anschluß an England sucht, um im östlichen Mittelmeer nicht ganz zur Seite geschoben zu werden; vor allem befürchtet es wohl sonst, daß Südslawien und Griechenland sich allzu ungeniert gegen Albanien benehmen werden. Auf diesem Umwege findet die italienische Presse wieder einige freundliche Worte für Deutschlands Recht auf Oberschlesien. So erklärt z. B. General Boncivenga in einer Besprechung der Abrüstungskonferenz im „Paese": Die Unsicherheit der europäischen Lage und die Kriegsgefahr seien dadurch entstanden, weil starke Staaten verkrüppelt und schwache unnatürlich vergrößert worden sind. Polen und Griechenland bildeten die Gefahr einer neuen Katastrophe. Wenn Oberschlesien an Polen falle, so sei ein baldiger Krieg sicher. Auch müsse man die Verträge revidieren und das Gleichgewicht herstellen, dann könne man von der Entwaffnung reden.

*

Japans Antwort auf Hardings Aufforderung, die nur die Abrüstungsfrage erwähnt, die viel wichtigere eines Abkommens über den Stillen Ozean diplomatisch verschweigt, hat in Amerika wie ein Wermuthstropfen in den Freudenbecher gewirkt. Man kann gespannt sein, wie sich England zu dieser halben Ablehnung der japanischen Bundesgenossen stellen wird.

*

In diesen Tagen wird es sich entscheiden, ob Lloyd George in der Geschichte Englands nur als Besieger Deutschlands fortleben wird, oder ob er auch als Bezwinger des irischen Problems Unsterblichkeit erlangt. Kommt es jetzt zu einer Regelung der irischen Frage, indem Irland den Dominions gleichgestellt wird, so ist Lloyd

Digitized by Google

George der große Staatsmann, der endlich eine Lösung dieser jahrhundertealten Streitfrage gefunden hat. Ein gut Teil des Ruhmes müßte aber die Geschichte auf Smuts Rechnung buchen, der allem Anscheine nach bei den entscheidenden Besprechungen Lloyd Georges und de Valeras gute Vorarbeit geleistet hat.

*

Zum ersten Mal ist in Amerika von nichtsozialistischer Seite die Behauptung aufgestellt worden, daß Amerika in den Krieg hineingezogen sei durch eine gemeinsame Propaganda Englands und der amerikanischen Hochfinanz. Durch diesen Angriff des republikanischen Abgeordneten Michelson-Chicago gerieten die Demokraten sehr in Erregung. Man kann gespannt sein, ob diese Bemerkung ein Echo in der amerikanischen Presse finden wird.

*

Die Sache der Flamen marschiert. Jetzt hat der belgische Senat mit 57 gegen 29 Stimmen das neue Sprachgesetz angenommen. Damit ist die Teilung Belgiens in zwei Sprachgebiete vollendet. Oder mit anderen Worten: die Gleichberechtigung der Flamen ist anerkannt worden. Die Verflamung der Genter Hochschule wird jetzt zur notwendigen Konsequenz des Gesetzes. Da für die höhere Beamtenschaft Doppelsprachigkeit gefordert wird, dürften die Flamen stark in Vorteil kommen, weil sie meistenteils französisch sprechen, während die Wallonen viel zu hochmütig waren, um die flämische „Bauernsprache" zu erlernen.

*

Die Leipziger Prozesse sind durch Briands Angriffe in eine sehr bedauerliche Atmosphäre von Haßpolitik eingehüllt worden. Schiffer hat zur Verteidigung der deutschen Justiz manch gutes Wort gefunden, wenn auch eine Erinnerung an die Dreyfuß-Affäre nicht geschadet hätte, um die Franzosen etwas bescheidener zu machen. Freilich darf man nie vergessen, daß all diese Sachen von Briand aufgebauscht werden, um Vorwände zu finden, die Sanktionen nicht abbauen zu müssen.

*

Digitized by Google

Washington und Genf

Von Dr. Hans Wehberg

Trotz seines anderthalbjährigen Bestehens ist der Völkerbund auf dem Wege der Abrüstung bisher zu keinen nennenswerten praktischen Resultaten gelangt. Es sind allerdings vom Rate bereits zwei spezielle Kommissionen für die Abrüstung eingesetzt worden: Die eine wurde auf Grund der Satzung ernannt, ist ständig gedacht und besteht nur aus Militärs. Die andere geht auf eine Resolution der ersten Bundesversammlung zurück, soll nicht ständig tagen und setzt sich vor allem aus Sachverständigen auf dem Gebiete der Nationalökonomie, der Soziologie usw. zusammen. Die ständige Rüstungskommission hat bisher allerlei Gutachten entworfen, z. B. über die Frage der Rüstungen der neu in den Völkerbund aufzunehmenden Staaten und über die Verwendung giftiger Gase im Kriege. Auch hat sie einen Fragebogen entworfen, der an dem Tage benutzt werden soll, wo sich die Staaten über einen Informationsaustausch einigen werden. Dagegen hat sie einen Bericht über die Frage der allgemeinen Beschränkung der Rüstungen der Mitglieder des Völkerbundes bisher noch nicht ausgearbeitet. Der Wunsch der ersten Bundesversammlung, daß sich die Staaten für ein Jahr verpflichten sollten, ihre Rüstungsbudgets nicht zu vergrößern, hat zu einem Notenwechsel zwischen dem Generalsekretär und den Mitgliedern des Völkerbundes geführt, ohne daß aber dabei ein praktisches Resultat erzielt wurde. Daher wandte sich seit längerer Zeit die Hauptaufmerksamkeit der Anhänger des Völkerbundes der zeitweiligen Kommission des Völkerbundes zu, die am 16. Juli 1921 unter dem Vorsitze Vivianis zusammengetreten ist. Unter dem Eindruck der Nachricht von der Einberufung der [illegible] nach Washington hat diese Kommission ihre Sitzungen begonnen. Mehr als je hat gerade in diesem Augenblick der Völkerbund die Aufgabe, die baldige Lösung der Abrüstungsfrage durch [illegible] Arbeit vorzubereiten, und es darf nicht [illegible] [illegible] die [illegible] Gegner der Abrüstung [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] um das [illegible] der [illegible] zu [illegible].

[illegible]

[illegible]

voraussehen kann, zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnisse führen, so wird die mangelnde Initiative des Völkerbundes in dieser Frage noch deutlicher bloßgestellt sein, und der Völkerbund wird auf anderem Gebiete um so wertvollere Resultate hervorbringen müssen, um diese Scharte auszuwetzen. Denn daß etwa die Hardingsche Konferenz den Völkerbund dauernd beiseite schieben wird, halte ich für gänzlich ausgeschlossen, wie man denn überhaupt trotz aller Fehler des in Genf bestehenden Völkerbundes nicht verkennen sollte, daß er letzten Endes tiefer und gründlicher angelegt ist, als der spielerische, nur den Gedanken der Gerichtsbarkeit betonende Völkerbund Hardings, der die ungeheure Bedeutung des organisatorischen Elementes ganz offenbar verkennt. Ein Völkerbund läßt sich nicht lediglich mit Normen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitigkeiten begründen. Das war die Methode des Haager Werkes, die doch in dieser Gestalt heute überwunden sein sollte. Der Völkerbund gebraucht Organe; er muß gegen rechtsbrüchige Staaten mit Waffengewalt einschreiten; er muß den Mitgliedern ihre Unabhängigkeit garantieren. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß ein tieferes Nachdenken über das Abrüstungsproblem Harding selbst davon überzeugen wird, wie sehr die Lösung der Abrüstungsfrage mit den anderen Problemen der Organisation des Bundes verknüpft ist. Die Staaten werden nur abrüsten wollen, wenn ihnen die Sicherheit ihrer Grenzen, die sie bisher durch ihre eigenen Truppen schützen zu können glaubten, durch den Völkerbund garantiert wird. Das führt zu der Idee der internationalen Exekution, der gegenüber sich ja Harding bisher ablehnend verhalten hat, obwohl gerade in den Vereinigten Staaten von Amerika dieser Plan von der Liga zur Erzwingung des Friedens stark vertreten wurde. Die internationale Exekution ist aber nur ausführbar, wenn ein Exekutiv-Organ des Völkerbundes besteht und wenn weiterhin Richtlinien dafür aufgestellt werden, in welchem Falle die Exekution eintreten soll. Daß Harding ja selbst die Schwierigkeiten erkennt, das Abrüstungsproblem isoliert zu betrachten, ergibt sich daraus, daß er nach den bisherigen Meldungen mit dieser Frage die Erörterung des asiatischen Problems verbinden will, ähnlich wie das in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhundert Napoleon der Dritte erstrebt hat.

Wie aber Harding auf der Washingtoner Konferenz erkennen wird, daß das Abrüstungsproblem nur ein Teilproblem des Völkerbundes ist, so werden sich auch auf der anderen Seite die Mitglieder des Völkerbundes, insbesondere ihre führenden Mächte, der Einsicht nicht verschließen können, daß das Versagen der Abrüstungsfrage innerhalb des Pariser Völkerbundes nicht ohne Zusammenhang mit seinem ganzen System erfolgt ist, daß der Völkerbund dieser Färbung, der ja sicher viel besser ist, als seine Gegner behaupten, durch ein Entgegenkommen an bestimmte Wünsche,

Digitized by Google

wie sie in den Kreisen aller wahren Pazifisten der Welt vertreten werden, nur gewinnen kann. Der Völkerbund muß sich noch stärker aus der ganzen Kriegsatmosphäre befreien, als er es bisher getan hat: Er muß sich vor allem mehr bemühen, den Anschein zu vermeiden, als messe er Sieger und Besiegte nicht mit gleichem Maße. Eine Aussprache der Völkerbunddiplomaten aller Länder wird vielleicht in der Umgebung von Washington zu einer besseren Einigung führen, als damals in Paris. Es ist also sehr wohl möglich, daß bei günstigem Verlaufe der Abrüstungskonferenz gleichzeitig die Grundlagen für das Zusammenarbeiten der Amerikaner mit den Mitgliedern des heute bestehenden Völkerbundes im Rahmen dieses Bundes geschaffen werden. Die Tatsache, daß der ständige internationale Gerichtshof, dessen begeisterter Vorkämpfer ja Amerika stets gewesen ist, bald ins Leben tritt, wird eine weitere Gelegenheit bieten, daß beide Gruppen sich einander nähern. Dann wird man erkennen, daß man in den Einzelheiten gar nicht so sehr voneinander abweicht, als man es bisher glaubte, daß sich auch die Amerikaner den Völkerbund nicht ohne bestimmte Organe (abgesehen von dem Internationalen Gerichtshof), und die anderen im jetzigen Völkerbund vereinigten Mächte den wahren Völkerbund nicht ohne den amerikanischen Idealismus denken können. Freilich ist der Weg zu diesem Ziele nicht leicht. Es wird daher alles davon abhängen, daß man die besten und edelsten Köpfe nach Washington entsendet und daß keine bedeutende Macht die Konferenz so sabotiert, wie das z. B. auf den Haager Friedenskonferenzen von seiten des Deutschen Reiches geschehen ist.

Vor der Lösung des irischen Problems

Von Univ.-Prof. Dr. Julius Polorny (Berlin)

Ein furchtbares Jahr liegt hinter dem irischen Volke. Nachdem die Wahlen im Juni 1920 abermals unzweideutig zugunsten einer irischen Republik ausgefallen waren und die republikanische Organisation nahezu sämtlicher Lokalbehörden das Land auch tatsächlich jenem Ideal schon sehr nahe gebracht hatte, beschloß das britische Kabinett, diese neugeschaffene Staatsform mit Hilfe neuer terroristischer Formationen, die eigens zu diesem Zwecke aufgestellt wurden, zu vernichten.

Als Vorläufer dieser Maßnahmen kann eine Order vom Juni 1920 gelten, die die Polizei ermächtigte, bei vollständiger Immunität jedermann ohne vorherige Warnung niederzuschießen. Zuerst richtete man heftige Angriffe gegen die Sinn-Fein-Gerichtshöfe, deren Teilnehmer zu schweren Kerkerstrafen verurteilt, ja in einigen Fällen sogar ermordet wurden. Aber das Volk wollte von der britischen Gerichtsbarkeit nichts mehr wissen,

Digitized by Google

und die Gerichtssitzungen wurden, so gut es ging, heimlich weiter abgehalten.

Der nächste Schritt war der Versuch, die republikanische Herrschaft über die Lokalverwaltung zu zerstören, doch obgleich zahlreiche Bürgermeister und Ratsherren ermordet, Dutzende aus ihrem Heim vertrieben und viele Hunderte ins Gefängnis geworfen wurden, ließen die öffentlichen Körperschaften nicht ab, der Republik ihre Treue zu versichern, und behielten die Zügel der Regierung fest in der Hand. Das Schicksal des Bürgermeisters von Cork, der zum Protest gegen seine ungerechte Verhaftung in den Hungerstreik getreten war und Ende Oktober 1920 nach 73tägigem übermenschlichen Martyrium starb, rief in der ganzen Welt, vor allem aber in Amerika, gewaltige Sympathiekundgebungen für Irland hervor. Doch die britische Regierung ließ sich dadurch von ihrem Ziele, die irische Nationalität gänzlich zu vernichten, nicht abbringen.

Alle Symbole der Nationalität, wie das Sprechen oder Lehren der irischen Sprache, das literarische und historische Kulturwerk der gälischen Liga und andere nationale Vereinigungen wurden verboten und als aufrührerisch gebrandmarkt. Irische Sprachlehrer und hervorragende Mitglieder nationaler Organisationen wurden öffentlich insultiert, mißhandelt, ohne Verhör eingekerkert und vielfach in ihren Betten ermordet. Selbst die Kirche und ihre Diener schonte man nicht: drei Priester wurden ermordet und mehrere schwer mißhandelt. Mit Vorliebe pflegte man die Andächtigen, die aus der Messe kamen oder einem Leichenzuge folgten, zu überfallen. Die Werkzeuge des Terrors waren junge, undisziplinierte Freiwillige, die man in England zur Unterstützung der irischen Polizeitruppe angeworben hatte, nach ihren Uniformen im Volksmunde „Black and Tans" genannt, und die unter Zusicherung völliger Straflosigkeit auf das irische Volk losgelassen wurden.

Durch derartigen Terror zur tätigen Abwehr gezwungen, organisierten sich begeisterte, national gesinnte Freiwillige als „irische republikanische Armee" und nahmen den Guerillakrieg gegen ihre Peiniger auf. Auf ihre Erfolge antwortete die britische Regierung mit den fürchterlichsten Repressalien.

Der Beginn des verstärkten Terrors kann vom 20. Juli an gerechnet werden, als das Rathaus und zahlreiche Häuser der Stadt Tuam durch Polizisten zerstört und niedergebrannt wurden. Es war kaum ein Zufall, daß am gleichen Tage ein organisierter Mob betrunkener Orangisten in Belfast vor den Augen der britischen Soldaten einen Pogrom gegen ihre katholischen und national gesinnten Mitbürger entfesselten, durch den 9000 Arbeiter aus ihren Arbeitsstätten vertrieben und gegen 30 000 Personen heimatlos gemacht wurden. Kaum war der erste Pogrom vorüber, als die britische Regierung aus den Reihen seiner Anstifter eine besondere Polizeitruppe bildete — ein Vorgang, der wohl einzig in der zivilisierten

Digitized by Google

Welt dasteht — und auf diese Weise die katholische Minorität in Nordost-Ulster wehrlos ihrem Terror überlieferte.

Auf die Zerstörung von Tuam folgte eine unendliche Reihe barbarischer Repressalien gegen Städte, Dörfer und einzelne Bauernhäuser. Die Angriffe geschahen meist im Dunkel der Nacht, indem betrunkene Soldaten in Regierungsautos die Straßen durchsausten und dabei volle Salven nach rechts und links feuerten. Wenn dann die geängstigten Einwohner in halbbekleidetem Zustande auf die Straßen flohen, wurden ihre Häuser geplündert, mit eigens mitgeführtem Petroleum übergossen und angezündet. So sicher fühlte sich die Soldateska ihrer Straflosigkeit, daß sie das geraubte Gut in ihren Dienstautos in die eigenen Kasernen brachte.

Im August begann dann die Tortur und das Auspeitschen Gefangener, die bald zu einer ständigen Einrichtung wurden. Während zwischen Januar und Juni 1920 nur 18 unbewaffnete Zivilisten ermordet und 172 verwundet wurden, wurden bis Dezember 1920 nicht weniger als 185 Zivilpersonen ermordet und 417 verwundet. Von Juli bis Dezember wurden ferner 545 Privathäuser, 102 öffentliche Gebäude, 26 Fabriken, 171 Bauernhäuser, 150 landwirtschaftliche Gebäude, 39 Molkereien, 810 Geschäftshäuser und in 299 Fällen die Ernte zerstört und beschädigt. Gleichzeitig fanden 32 980 bewaffnete Hausdurchsuchungen, 4830 politische Verhaftungen, 1020 Angriffe auf unbewaffnete Personen, 376 Deportationen, 524 Verurteilungen aus politischen Gründen und 595 kriegsgerichtliche Verurteilungen von Zivilisten statt.

Das Jahr 1921 brachte eine Verstärkung des Guerillakrieges und damit auch der militärischen Maßnahmen Englands. Am 10. Dezember 1920, einen Tag, bevor britische Truppen die Stadt Cork zum Teil niederbrannten, wurde für vier Grafschaften Munsters das Kriegsrecht verkündet und am 3. Januar 1921 auf ganz Südirland ausgedehnt. Der Besitz von Waffen und das „Beherbergen von Rebellen" wurden als todeswürdige Verbrechen erklärt und Eltern wurden mit der Todesstrafe bedroht, falls sie ihren Söhnen Obdach gewährten. Im Kampf gefangene irische Soldaten wurden gemartert und hingerichtet, obwohl die Irländer ihrerseits ihre Gefangenen meist unbeschädigt zu entlassen pflegten. Und all dies, obgleich General Mac Ready, der Kommandant der britischen Streitkräfte, um seine Zwangsmaßnahmen zu rechtfertigen, am 11. Februar vom britischen obersten Gericht eine Erklärung gefordert und erhalten hatte, daß in Irland Kriegszustand bestände und daß die republikanische Armee ein völlig organisiertes Heer mit Generalstab und Oberkommando darstelle. Trotzdem wurden alle Grundsätze der Haager Konvention, ja sogar die Vorschriften des britischen Kriegshandbuches andauernd von den britischen Truppen mißachtet.

Digitized by Google

Die Zerstörung irischen Privateigentums nahm verstärkt ihren Fortgang, und ihre neue Phase wurde durch einen Befehl General Stricklands eingeleitet, der am 1. Januar in Middleton, Co. Cork, sechs Häuser offiziell zerstören ließ, da deren Bewohner es versäumt hätten, die Truppen vor einem bevorstehenden Ueberfall, von dem sie Kenntnis haben „mußten", zu warnen. Damit begannen die amtlich sanktionierten Repressalien, die sogar aus dem Vorwande, daß gewisse Leute „die Sache der Rebellen moralisch gestärkt hätten", erfolgten. Daneben dauerten aber die unoffiziellen Mordbrennereien fort; während bis dahin nur 36 % der angegriffenen Gebäude völlig zerstört worden waren, stieg dieser Prozentsatz nunmehr auf 55.

Zwischen 1. Januar und 28. Mai 1921 wurden 233 Privathäuser, 28 öffentliche Gebäude, 5 Fabriken, 155 Bauernhäuser, 32 landwirtschaftliche Gebäude, 7 Molkereien, 417 Geschäftshäuser und in 72 Fällen die Ernte zerstört und beschädigt. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen nahmen einen derartigen Umfang an, daß genaue Daten nicht gegeben werden können. Die Zahl der Internierten betrug etwa 3200, gegen 1500 wurden zu Kerkerstrafen verurteilt und weitere 1000 befanden sich in vorläufiger Haft.

Die Mordtaten an unbewaffneten Zivilisten erreichten in diesen Monaten ihren Höhepunkt. Zwischen 1. Januar und 18. Juni 1921 wurden durch wahlloses Feuern 60 Männer, 5 Frauen und 17 Kinder getötet und 144 Männer, 35 Frauen und 23 Kinder verwundet. Gleichzeitig wurden 131 Männer in ihrem Heim oder in der Gefangenschaft ermordet und 24 irische Kriegsgefangene hingerichtet. Die meisten der Ermordeten waren Mitglieder erwählter öffentlicher Körperschaften, wie die beiden Bürgermeister von Limerick, u. a. m.

Der einzige Erfolg des Terrors war der, daß das irische Volk immer einiger und entschlossener in dessen Abwehr wurde. Während 1919 kaum ein Dutzend Angriffe gegen britische Truppen stattgefunden hatten, kam es in der ersten Hälfte 1920 zu 91 Angriffen, durch die 32 Soldaten getötet und 58 verwundet wurden. Im Laufe der letzten zwölf Monate erweiterte sich jener Widerstand zu einem nationalen Verteidigungskriege. Trotzdem sie dem Feinde an Ausrüstung und Kriegsmaterial weitaus unterlegen war, hörte die republikanische Armee mit ihren Angriffen nicht auf. In der erwähnten Zeit fanden 1108 Angriffe gegen englische Truppen statt, die dabei 448 Tote und 595 Verwundete zu verzeichnen hatten. Im letzten Halbjahr machten die Irländer 850 Gefangene, die sämtlich unbeschädigt entlassen wurden. Daß eine solche nationale Armee überhaupt bestehen und ihren Wirkungskreis immerzu vergrößern konnte, ist natürlich ohne werktätige Unterstützung des gesammten Volkes nicht denkbar, und der Mut der Irländer verdient um so höhere Anerkennung,

Digitized by Google

als ja jedes Mitglied der republikanischen Armee schon durch das Bestehen der Mitgliedschaft als solcher dauernd sein Leben aufs Spiel setzte.

Der letzte Beweis des unerschütterlichen Willens des irischen Volkes, frei zu sein, wurde durch die Wahlen vom 13. Mai 1921 erbracht. Das seitens Englands im Dezember 1920 erlassene Home-Rule-Gesetz wurde zwar von der gesamten Nation ignoriert, und selbst von den Unionisten in 26 Grafschaften aufs heftigste bekämpft, aber es gab abermals dem Volke Gelegenheit zu einem nationalen Plebiszit. Der Erfolg war, daß von den 26 Grafschaften des sogenannten „südlichen" Parlaments 98% der Wählerschaft einstimmig Sinn-Fein-Kandidaten wählten, die sich alle verpflichtet hatten, den Kampf um die Unabhängigkeit des Landes bis zum Aeußersten zu führen. Elf Tage später fanden die Wahlen zum Ulster Parlament statt, und das Gesamtergebnis in allen 32 Grafschaften stellte sich auf 80% republikanische Stimmen.

Zwar antwortete die britische Regierung auf diese neue, deutliche Kundgebung des Volkswillens mit Androhung noch ärgeren militärischen Terrors — man wollte 200 000 Mann nach Irland schicken und das ganze Land in ein großes Internierungslager verwandeln — und die Friedensschalmei des englischen Königs anläßlich der Eröffnung des Ulster Parlaments mußte dem gemarterten Volke wie eine Verhöhnung klingen, aber dennoch machten sich im britischen Weltreich immer stärkere Strömungen gegen die schändlichen Exzesse des Militarismus in Irland geltend, die auf die Dauer nicht ignoriert werden konnten.

Schon Ende 1920 hatte die Londoner „Nation" geschrieben: „Die Tötung von Polizisten in Irland ging nicht der Zwangsherrschaft voraus, sondern folgte erst auf dieselbe. Die Männer, die durch die Kriegsgerichte zu Zwangsarbeit verurteilt wurden, sind nicht wegen Teilnahme an Morden verurteilt worden, sondern weil sie erklärten, republikanische Institutionen der britischen Herrschaft vorzuziehen. . . . Kaum eine Woche vergeht, ohne daß eine irische Stadt geplündert wird. Nach unseren neuesten Heldentaten in Irland erscheint uns Zabern als eine überaus milde und sanfte Erinnerung. Die Regierung hat jene Ausschreitungen nicht bestraft, obwohl man annehmen müßte, daß ein Soldat, der Kirchen und Läden anzündet, ein weitaus geeigneteres Objekt für ein Kriegsgericht sein sollte, als ein irisches Parlamentsmitglied, das sich als begeisterten Anhänger der Selbstbestimmung bekennt." Am 3. Februar 1921 erklärte Asquith: „Die Zustände in Irland sind ein unaussprechlicher, einzig dastehender Schandfleck auf dem guten Ruf und der Staatsklugheit Großbritanniens." Aehnlich äußerten sich andere hervorragende Engländer, und die wiederholten, erschütternden Aufrufe der irischen Bischöfe, die bis vor kurzem immer eine Stütze der englischen Regierung gewesen waren, sowie die Enthüllungen der englischen Ar-

Digitized by Google

beiterpartei und der amerikanischen Untersuchungskommission für Irland rissen der Regierung die Maske vom Gesicht.

Schließlich scheint sie denn doch eingesehen zu haben, daß der anhaltende Terror es nicht vermochte, den Widerstand des irischen Volkes zu zermürben und den Freiheitsdrang zu ersticken. Dazu kam das große Interesse der übrigen Dominions, vor allem das Wirken des General Smuts, der in Südafrika eine erfolgreiche Lösung des Nationalitätenproblems vor Augen hatte und sich persönlich für die Herstellung des Friedens in London einsetzte.

So geschah denn endlich Ende Juni 1921, was schon längst hätte geschehen müssen: Lloyd George lud den Präsidenten de Valera und die Führer der Unionisten zu einer gemeinsamen Konferenz in London ein. De Valera traute jedoch dem Frieden, der gleichzeitig mit heftigen militärischen Drohungen Hand in Hand ging, nicht recht, und berief vorerst eine Versammlung nach Dublin ein, an der sich die Führer der unionistischen Minorität mit Ausnahme von Sir James Craig beteiligten und in der die gesamte innere Lage derart geklärt wurde, daß die Führer nunmehr als Vertreter eines einigen Irland nach London gehen können. Es ist bezeichnend, daß sogar General Macready, der Kommandant der englischen Truppen, der am 8. Juli unbewaffnet und ohne Begleitung die Konferenz im Dubliner Rathause besuchte, nicht nur völlig unbehelligt blieb, sondern sogar von der Menge mit freudigen Zurufen begrüßt wurde. Das wichtigste Ereignis aber ist, daß zwischen den Führern der irischen republikanischen und der englischen Truppen ein offizieller Waffenstillstandsvertrag zustande kam, der am 11. Juni in Kraft trat.

Zwar hatte die Soldateska die Zeit vom Friedensangebot Lloyd Georges an bis zum Waffenstillstand, dessen Eintreten sie täglich befürchten mußte, noch zum letztenmal zu fürchterlichen Schandtaten ausgenützt und zwischen 25. Juni und 6. Juli 23 Irländer, darunter 2 Kinder verwundet, aber dennoch herrscht in irischen und englischen Kreisen großer Optimismus vor, und wenn es gelingt, eine Lösung zu finden, die das berechtigte Mißtrauen Irlands und die Befürchtungen Englands wegen einer Verletzung der irischen Neutralität in gleicher Weise beseitigt, darf man einer befriedigenden Lösung dieses Jahrhundert währenden, von englischer Seite ganz ungewöhnlich rücksichtslos geführten Kampfes im Interesse beider Länder entgegensehen.

Digitized by Google

Geschäftstüchtige Politik

Von Dr. Walter Treuherz

Als Frankreich 1870/71 einen Krieg verloren hatte und schneller als jemals in Deutschland erwartet worden war, seine Kriegsschuld von 5 Milliarden abgetragen hatte, setzte es seinen zuweilen unheimlich aktiven Patriotismus ein, um den verlorenen politischen Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet wiederzugewinnen.

Die französische Wirtschaftspolitik war lange vorher bereits schutzzöllnerisch orientiert gewesen. Merkantilistische Neigungen waren seit den Tagen Colberts immer lebendig. In der französischen Wirtschaftsliteratur ist zuweilen sogar der etwas gewagte Satz geprägt worden, daß allein dieser Merkantilismus dem eingeborenen Charakter entspräche und aus diesem Grunde besonderer Förderung wert sei. Der grandiose Gedanke, das gesamte französische Kolonialreich zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet zu organisieren, es nach außen für die Einfuhr fremder Waren zu sperren, den Verkehr der einzelnen Glieder untereinander und den Handel mit dem Mutterlande durch Zollbegünstigungen zu fördern, stammte aus diesem Ideenkreis und nahm nunmehr Formen an, die in dem Schlagwort „Assimilationsgesetzgebung" zusammengefaßt werden können.

Die Assimilationsgesetzgebung hätte gewiß auch zu Erfolgen geführt, wenn sie nicht trotz ihres schönen Namens gegen die Interessen der Kolonien gewesen wäre und das Mutterland hinter der anspruchsvollen Maske des Kulturträgers in ungebührlicher Weise die Kolonien als Ausbeutungsobjekt benutzt hätte. Die sogenannte Assimilationsgesetzgebung ist aber überdies auch inkonsequent durchgeführt worden, da sich das Mutterland zu wirklich weitgehenden Konzessionen an die Kolonien nicht entschließen mochte und allzu engherzig sein Augenmerk mehr auf den französischen Nutzen als das Heil des gesamten französischen Imperiums gerichtet hielt.

Da die kontinentale französische Nationalwirtschaft trotz überspannter Hochschutzzollpolitik nicht den erhofften Aufschwung nahm, mußte der ganze Plan schließlich in sich selbst zusammenfallen. Auf die Dauer war es eben unmöglich, den Bedarf der Kolonien von Frankreich aus zu decken, das zäh an seiner agrarischen Grundlage festhielt und industriell nur auf die Erzeugung teurer Luxusartikel eingestellt war, die von den Kolonien mit Fug und Recht niemals als lebensnotwendig anerkannt wurden.

Den Weltkrieg hat Frankreich zwar unzweifelhaft gewonnen. Seine Wirtschaft indessen befand sich 1918 in einem wesentlich verzweifelteren Zustande als dies nach dem verlorenen deutsch-französischen Kriege der

Digitized by Google

Fall war. Grundsätzlich geändert hat sich nur eines: durch den Wiedergewinn Elsaß-Lothringens mit seiner hoch entwickelten Montan- und Kali-Industrie, sowie mit der Möglichkeit, das Saargebiet ungestört 15 Jahre ausbeuten zu können, und endlich dem Anspruch auf deutsche Reparationskohle war die Rohstoffbasis der französischen Wirtschaft bedeutend erweitert, sodaß nunmehr die Möglichkeit, den ersehnten industriellen Ueberbau zu schaffen, principiell wohl gegeben war.

Restlos glücklich ist Frankreich durch die Besitzergreifung der wieder befreiten Provinzen und den erhöhten Einfluß im Saarrevier freilich nicht geworden. Da chauvinistische Gefühle zunächst noch nüchterne ökonomische Ueberlegungen verdunkelten, begann man mit einem schweren Fehler und glaubte die Nationalisierung Elsaß-Lothringens damit beginnen zu sollen, daß man die eingearbeitete deutsche Beamtenschaft verärgerte, und wenn sie sich den überspannten Forderungen der Sieger nicht fügen wollte, versagte. Die Folge war, daß die zu höchster technischer Leistungsfähigkeit deutscherseits entwickelte Montanindustrie beeinträchtigt wurde und daß im Elsaß der vielfach noch notwendige Ausbau und die Inbetriebsetzung der Kalischächte Störungen erlitt.

Mittlerweile sind diese Hemmungen wenigstens teilweise beseitigt. Das französische Unternehmertum, das während des Krieges ungewöhnliche Energie und auch einen gewissen Wagemut entwickelt hatte, stürzte sich sofort auf die in den befreiten Provinzen sich bietenden wirtschaftlichen Möglichkeiten und man kann nicht bezweifeln, daß es ihm gelungen ist, mannigfaltige Fäden nach Alt-Frankreich zu spinnen und die neu erworbene Industrie in Beziehungen zu dem Gesamtorganismus der französischen Wirtschaft zu setzen.

Eines nur, freilich das Wichtigste, fehlt noch: die Möglichkeit nämlich, das Erzeugte auch abzusetzen. Die entscheidende Frage für die französische Wirtschaftspolitik lautet daher schlechthin: wie kann hinter hochgetürmten Schutzzollmauern das Land industrialisiert werden, während gleichzeitig die Weltmärkte für die nationale Produktion zu gewinnen sind.

Der deutsch-französische Gegensatz in der Reparationsfrage findet hier seine Erklärung. Für jeden Laien, auch in Frankreich, kann bei nüchterner Betrachtung der Situation kaum in Zweifel stehen, daß die restlose Begleichung der deutschen Schuld in Gold- oder Devisenzahlungen praktisch unmöglich ist. Diese Lösung läge auch keineswegs im Interesse der Entente. Da Deutschland Devisen nur durch forcierten Export beschaffen kann, wäre es gezwungen, den weitaus größten Teil seiner Produktion unter äußerster Einschränkung seines Einfuhrbedarfes auf den Weltmärkten um jeden Preis unterzubringen und somit, gleichsam auf Befehl der Entente, dieser an der ihr un-

Digitized by Google

bequemsten Stelle den Wirtschaftskrieg zu erklären. Man muß also nolens volens gestatten, daß mindestens ein Teil der deutschen Schuld in Sachleistungen beglichen werde. Da Frankreich aber mit Rücksicht auf die zerstörten Gebiete der größte Teil Sachleistungen zufällt — sein Anteil an der Gesamtsumme der deutschen Schuld beträgt bekanntlich 52% — müßte es wählen: Ware oder Barzahlung. Letztere wieder müßte ihm mit Rücksicht auf die innere Finanzlage und die äußere Schuld notwendig und willkommen sein.

Der Weg zum Kompromiß war durch diese Ueberlegungen immerhin geebnet und die Besprechungen Loucheurs mit Walter Rathenau in Wiesbaden beweisen, daß eine Einigung mindestens möglich ist und vielleicht sogar schon in Aussicht steht. Es ist bekannt, daß Loucheur seine Politik der mittleren Linie in der Wiedergutmachungsfrage nur gegen starke Widerstände der äußersten Rechten und Linken durchzusetzen vermag. Tatsächlich gibt es für Frankreich aber gar keinen anderen Ausweg als die Einigung mit Deutschland hinsichtlich der Entgegennahme größerer Sachleistungen, wenn die zerstörten Gebiete überhaupt je wieder aufgebaut werden sollen. Theoretisch bestände zwar die Möglichkeit, daß Frankreich die gesammelte Kraft seiner eigenen Industrie einsetzt, um die verwüsteten Provinzen wieder leistungsfähig zu machen. Uebernähme die französische Wirtschaft diese Aufgabe, dann wäre sie auf Jahre hinaus gewiß gut beschäftigt, aber auch *gebunden*, und es bestände, vom französischen Standpunkt gesehen, die natürlich stark übertriebene Gefahr, daß Deutschland mit seiner viel entwickelteren Industrie auf den Weltmärkten wieder heimisch werden und vielleicht die Vorherrschaft erlangen könnte.

Wie die Dinge einmal liegen, ist aber die *Wiederherstellung der entwerteten Valuta* erste und wichtigste Aufgabe der französischen Wirtschaft. *Sie kann nur durch forcierte Ausfuhr gelöst werden.* Frankreich wird sich also entschließen müssen, den Wiederaufbau der nördlichen Provinzen, wenigstens zum Teil den Gegnern zu überlassen, *um diese zu binden.* Damit gewinnt es die Freiheit, seinen wirtschaftsimperialistischen Zielen nachzujagen.

In England beobachtet man diese Entwicklung nur mit sehr gemischten Empfindungen. In britischem Interesse wäre weit eher gelegen, wenn Frankreich sich mehr auf Binnen- als Weltwirtschaft einstellt. Man fühlt auch bereits jetzt den wachsenden französischen Wettbewerb recht unangenehm und ist sich durchaus klar darüber, daß die schwere Wirtschaftskrise nicht zum geringsten auf die Verdrängung britischer Waren von den französischen Märkten zurückzuführen ist.

Ein Vergleich zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung beider Alliierten nach Ausgang des Krieges drängt sich an dieser Stelle von selbst auf. Er fällt, im Augenblick wenigstens, unzweifelhaft zu Gunsten Frankreichs aus, dessen gesellschaftliche Verhältnisse überdies viel geordneter als in

Digitized by Google

Großbritannien sind. Schwierigkeiten gibt es natürlich auch in Frankreich mehr als reichlich und der Zusammenbruch der Banque Industrielle de Chine, den auch ehrgeizigster Patriotismus nicht verhindern konnte, kann als Signal dafür gelten, daß die im Augenblick günstigere Gestaltung der französischen Wirtschaftslage durchaus nicht aus solider, festgefügter Grundlage erwachsen ist und von Dauer sein wird. Man bedenke: in dem Augenblick, da in China die Deutsch-Asiatische Bank im Begriff steht, ihre Tätigkeit wiederaufzunehmen, bricht ein großes französisches Institut, das mit erheblichen chinesischen Spareinlagen gearbeitet hat, und ein wichtiger Exponent wirtschaftspolitischer Beeinflussung gewesen ist, zusammen. Bekanntlich haben sowohl die Regierung als auch einige französische Großbanken versucht, das Unglück aufzuhalten, Vergebens. Gerade die Unmöglichkeit trotz aller Mühen ein für die französische Ostasienpolitik so wichtiges Instrument wie die Banque de Chine zu halten, läßt ungünstige Rückschlüsse auf die Verhältnisse des übrigen französischen Wirtschaftskörpers zu.

Ueberblickt man die Bestrebungen französischer Wirtschaftskreise, schnell und energisch das Land zu einer ersten Industriemacht zu entwickeln, so gewinnt man allgemein den Eindruck, daß Frankreich sich seiner gefahrvollen weltwirtschaftlichen Lage nicht voll bewußt ist und große Ziele zu erreichen strebt, ohne vorher für gediegene Untermauerung gesorgt zu haben. Alles soll schnell gehen. Auf sorgfältige wissenschaftliche Durcharbeitung und organischen Aufbau wird verzichtet, weil man der Meinung ist, das überhastete Tempo werde durch die Entwicklung der alten Industriestaaten diktiert. Das ist kurzsichtige und letzten Endes auch schädliche Politik.

Mancherlei Anzeichen freilich scheinen für die Gesundung der französischen Wirtschaft zu sprechen. Die Außenhandelsstatistik für die ersten fünf Monate dieses Jahres erweist z. B., daß die Handelsbilanz seit vielen Jahren zum ersten Mal wieder aktiv geworden ist. Gegenüber 1920, in dem noch ein Einfuhrüberschuß von ca. acht Millionen Francs zu verzeichnen war, ist in den ersten fünf Monaten 1921 bereits die Ausfuhr um ca. 1,2 Milliarden größer als die Einfuhr. Untersucht man die Zahlen indessen näher, so ergibt sich, daß Frankreich zwar auf bestem Wege ist, seine Auslandsschulden durch Exporterlöse zu begleichen; man erkennt aber auch, daß die günstige Gestaltung der Handelsbilanz nicht von Dauer sein kann, weil der in Frankreich ebenso wie in anderen Ländern spürbare Krisendruck zur Einschränkung der industriellen Leistungsfähigkeit geführt hat. Infolgedessen sind Rohstoffe aus dem Auslande in diesem Jahr nur noch in geringem Umfange eingeführt worden. Die Aktivität der Handelsbilanz erklärt sich also im Wesentlichen aus dem Raubbau an früher aufgespeicherten

Digitized by Google

Rohstoffvorräten, die seit Monaten nicht mehr ergänzt wurden. Wird diese Praxis lange geübt, so muß in absehbarer Zeit notwendig auch der Export wieder eine Verringerung erfahren, oder die Einfuhr wird ungebührlich anschwellen. Das Pendel schlägt zurück — und der französische Francs wird getreu wie ein Uhrwerk anzeigen, was die Stunde geschlagen hat.

Auch die Montanindustrie ist keineswegs aller Sorgen ledig. Der Krise soll wie überall, wo nicht an die Wurzeln der schlechten Konjunktur gerührt wird, durch organisatorische Maßnahmen zu Leibe gegangen werden. Dabei wird sklawisch das deutsche Vorbild nachgeahmt, ohne daß gleichzeitig auch die Voraussetzungen miteinander verglichen werden. Im Schutze seiner hochgespannten Zölle glaubt Frankreich die Schwerindustrie leistungsfähiger zu machen, wenn es sie in die Form allmächtiger Trusts zusammenschweißt. Darüber hinaus werden vielfach recht hochfliegende Pläne erwogen. Sehr kühne Wirtschaftspolitiker träumen sogar davon, in großzügiger Weise die ganze französische Montanindustrie in vertikaler Richtung aufzubauen, also eine Zusammenfassung vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zu schaffen und dann gemeinsam mit amerikanischen Produzenten den Kampf mit der technisch doch immer noch hochstehenden und leistungsfähigen deutschen und britischen Montanindustrie aufzunehmen. Ein etwas gewagtes Unterfangen. Die Werke sind ja bereits jetzt kaum imstande, ihre Erzeugung abzusetzen; sie würden dazu auch durch ein Bündnis mit den amerikanischen Stahlindustriellen kaum befähigt werden.

Die wirtschaftspolitische Machtstellung Frankreichs in Europa ist allein durch die Tatsache, daß es über den größten Erzreichtum auf dem Kontinent und durch die Ausbeutung des Saarreviers, sowie die deutschen Lieferungen an Reparationskohle auch über die genügende Kohlenbasis verfügt, unzweifelhaft, mindestens theoretisch außerordentlich stark geworden. Mangel bestand bisher stets nur an geeignetem Koks für den Verhüttungsprozeß. Die Sehnsucht nach dem Ruhrrevier war bekanntlich nicht unwesentlich durch diesen Mangel motiviert. Nun soll aber, wenn man den allerdings ziemlich eingehenden Pressemeldungen Glauben schenken darf, der französischen Technik die Verkokung der Saarkohle in einer Weise gelungen sein, daß der erzeugte Koks wesentlich tragfähiger als der Ruhrkoks ist. Stimmt das, so würde das französische Kapital sich wahrscheinlich in noch stärkerem Umfange als bisher auf die Industrie des Saarreviers stürzen und bemüht sein, sie in feste unlösbare Beziehungen zu den Werken der nordfranzösischen Provinzen zu setzen. Vom deutschen Standpunkt wäre diese Entwicklung gewiß sehr bedauerlich, da unser Vorsprung gegenüber der französischen Montanindustrie verringert würde

Digitized by Google

und die Befreiung des deutschen Saarlandes sich immer schwieriger gestalten müßte. Aber eine günstige Wirkung könnte von dieser Erfindung doch vielleicht ausgehen: der französische Ehrgeiz wäre vom Ruhrrevier abgelenkt.

Wirklich? . . . .

Paris ist sich wohl heute schon voll bewußt, daß es politisch im Ruhrrevier eine harte Nuß zu knacken hätte. Die eigentlich produktiven, vorwärts weisenden Ideen aber stammen in Frankreich seit einiger Zeit garnicht mehr aus den Kreisen der politischen Leitung; wie früher hinter den Kulissen, doch zäh und zielbewußt, das Bank- und Börsenkapital (stärker als in England und schließlich auch in Deutschland) seinen Einfluß geltend zu machen wußte, so ist es heute, da „Wirtschaft" allenthalben die Losung des Tages ist, das zu neuem Wagemut erwachte Unternehmertum, von dem die stärksten Anregungen kommen. Von Politik versteht es wie überall nur gerade soviel, als sein Interessenkreis berührt wird. Der Wille „Geschäfte zu machen" ist führend. Das Ruhrrevier aber ist Konkurrent. Also läßt man die politische Leitung gegen den unbequem starken Wettbewerber anrennen und stimmt gern ein, wenn im Stil der im Kriege geübten Hetzphraseologie das Stichwort auch für Abenteuer geliefert wird.

„Kontinentalpolitik" ist eine französische Erfindung, wenn man die Erreichung wirtschaftlicher Ziele als ihren Zweck betrachtet. Das unfreie Deutschland mit seinen Bürden, dem Friedensvertrag, den inneren und äußeren Schulden, Frankreich im Westen, Polen im Osten, England an allen Toren zum freien Meer, kann Europa zu Vernunft und Einigung jetzt nicht bekehren, so es nicht zum Propheten werden will, der den Traum schöner Zukunft von wütendem Hunger geplagten Mägen als Zehrung des Tages anbietet. Für Frankreich aber ist Kontinentalpolitik ein Geschäft, weil es die Führung hätte und seiner absatzhungrigen Industrie Märkte schüfe.

Warum werden die Sanktionen nicht aufgehoben? Gibt es in Deutschland auch „Kontinentalpolitiker", die nach aller Mühe des Einfühlens einen moralischen Beweggrund für die Politik des Kabinetts Briand in dieser Frage ermitteln könnten? Ich kenne Keinen, der es vermocht hätte. Aber da ist eine sehr einfache geschäftliche Ueberlegung, die als Schlüssel zu dienen vermag: Frankreich legt bekanntlich im besetzten Gebiet nicht unbeträchtliche Warenlager verschiedenster Gattung an; meist Dinge, die sonst nicht nach Deutschland eingeführt werden konnten, weil sie hier als Luxuswaren betrachtet werden. Werden die Sanktionen aufgehoben, dann müssen wir diese Parasiten, gegen die anzukämpfen wichtigste Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik ist, abnehmen. Schlechte Erbschaft. Wir könnten indessen vielleicht sogar die Sanktionen loswerden,

Digitized by Google

wenn wir einen Handelsvertrag mit Frankreich schließen wollten, der all diese Waren begünstigte oder gar frei hereinließe. Um der Ausführung des Friedensvertrages willen darf das aber nicht sein. Und so bleiben denn, sancta simplicitas, die Sanktionen bestehen. Nicht besser kann die Kurzsichtigkeit französischer Wirtschaftspolitik gekennzeichnet werden.

Karl Kautskys Gewissensbisse

Von Hans Delbrück

Deutschland hat den Weltkrieg weder, wie das Versailler Friedensinstrument behauptet, gewollt, noch auch ihn nur durch Fahrlässigkeit herbeigeführt, aber es ist darum keineswegs unschuldig, und es sind viele, die auf die Anklagebank gehören, wenn wir untersuchen, wer für das Elend, unter dem wir heute seufzen, verantwortlich ist. Nicht zum wenigsten gehört zu ihnen auch Karl Kautsky. Unsere Feinde und auch die neutralen Völker sind sich wohl bewußt, daß die Sklaverei, zu der man uns verdammt hat, über alles Maß, dessen hinausgeht, was in neuer Zeit zivilisierte Völker über besiegte Feinde verhängt haben. Sie rechtfertigen es aber vor ihrem Gewissen mit der Vorstellung, daß auch das Verbrechen, das Deutschland durch die frivole Anstiftung des Weltkrieges auf sich geladen, nicht seinesgleichen finde in der Weltgeschichte. Weder diese Friedensbedingungen noch die sogenannten Sanktionen noch das letzte Londoner Ultimatum hätten uns auferlegt werden können, noch die barbarische Mißhandlung der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens durch die polnischen Banden würde von der gesitteten öffentlichen Meinung Europas geduldet werden, wenn nicht immer die Vorstellung über allem schwebte, daß die Deutschen ein Verbrechervolk seien, für das keine Härte zu hart sei.

Zu denjenigen Deutschen, oder sagen wir besser, in deutscher Sprache schreibenden Schriftstellern, die das ihrige dazu beigetragen haben, diese Vorstellung zu befestigen, gehört auch Herr Kautsky. Befangen in dem Argwohn, daß die deutsche Regierung den Weltkrieg tatsächlich gewollt habe, ließ er sich von der ersten republikanischen Regierung den Auftrag geben, die Akten daraufhin durchzusehen und hoffte darin die Beweise für seine Meinung zu finden. Zu seinem Erstaunen fand er das Gegenteil. Was tat er mit dieser seiner Erkenntnis? Er schrieb, noch ehe die amtliche Publikation der von ihm zusammengestellten Akten erschienen war, eine Schrift; „Wie der Weltkrieg entstand," in der die neue Auffassung, die er gewonnen, zwar enthalten war, aber so versteckt unter einer Flut von Verdächtigungen und Beschimpfungen, daß nur ein sehr sorgfältiger, kritischer Leser sie herausfinden konnte. Im ganzen Auslande wirkte die Schrift nicht als eine Entlastung, sondern

Digitized by Google

als eine neue, wie es schien, urkundenmäßig belegte Belastung Deutschlands. Als nun in Deutschland die kritischen Nachprüfungen erschienen, bequemte Kautsky sich in einer zweiten, wesentlich gegen mich[1]) gerichteten Schrift „Delbrück und Wilhelm II" zu schreiben: „Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung Unrecht tat." „Ich war sehr überrascht, als ich Einblick in die Akten getan. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht."

Hätte Kautsky diese offene und ehrliche Erklärung gleich seiner ersten Schrift eingefügt, so wäre der überaus verderbliche Einfluß, den diese auf die Weltmeinung ausgeübt hat, in das Gegenteil verkehrt worden. Es scheint fast, als ob Kautsky selber jetzt etwas wie Gewissensbisse empfinde, da er sieht, wie das deutsche Volk mit unter den Folgen seines Tuns zu leiden hat, und nun sucht er nach Ausreden und Entschuldigungsgründen, die das Uebel vielleicht noch ärger machen.

Wenn man sich darauf beruft, daß selbst er ja seine Meinung geändert habe, so erklärt er stolz, daß er kein Wort zurücknehme von dem, was in seinem Kriegsbuch stehe — ganz recht: der Meinungswechsel lag schon vorher; er hat es in seinem Kriegsbuch aber so wenig merken lassen, daß die Leute das Gegenteil herausgelesen haben.

Wenn man darauf hinweist, daß die ungeheuerliche Geldforderung der Entente begründet werde mit der deutschen Kriegsschuld, so erwidert er und belegt es mit dem gelehrten Aufputz historischer Beispiele, daß den Krieg bezahle nicht der, der ihn verschuldet, sondern der, der ihn verloren habe. „Für die Frage der Wiedergutmachung ist daher die Schuldfrage belanglos." („Der Sozialist" Nr. 25, S. 572.) Wirklich? Dann hätte Herr Kautsky mit seinem Kriegsbuch kein Wässerchen getrübt. Ganz gewiß ist es richtig, daß für die feindlichen Staatsmänner die Behauptung der deutschen Kriegsschuld nur ein Mäntelchen ist, das sie ihren Bosheiten umhängen. Aber existieren für Herrn Kautsky nicht auch die Völker? Ist es wirklich für das Verhalten der Völker, ob und wie weit sie hinter ihren Staatsmännern stehen, so gleichgültig, ob sie an das deutsche Verbrechen glauben oder nicht?

Herr Kautsky geht aber noch weiter. Er muß ja zugestehen, daß die Grundbehauptung des Versailler Friedens unwahr ist, aber „es findet sich doch ein recht großes Stück Wahrheit darin." „Niemand, der die deutsche Rüstungspolitik in den zwei letzten Jahrzehnten vor dem Kriege

[1]) Ursprünglich Aufsätze in den Preußischen Jahrbüchern habe ich meine Schrift auch als Broschüre „Kautsky und Harden" (Berlin, Karl Curtius) erscheinen lassen. Als weiteren Beitrag zur Schuldfrage lasse ich jetzt erscheinen: Deutsch-englische Kriegsschuld-Diskussion zwischen Hans Delbrück, Prof. in Berlin und J. W. Headlam Morley, Prof. in London. Verlag f. Politik u. Wirtschaft W 35, Potsdamer Straße 45.

Digitized by Google

verfolgt hat, wird leugnen können, daß sie auf Erringung der Vorherrschaft in Europa gerichtet war." (Freiheit vom 3. Juli.)

Niemand wird leugnen können? Welch ungeheuerliche Behauptung! Wenn es sich nicht bloß um eine rhetorische Floskel handelte, würde man sagen müssen „wider besseres Wissen" — denn Herr Kautsky weiß sehr gut, wieviele recht beachtliche Leute das durchaus leugnen und die Rüstungen mit guten urkundlichen Belegen völlig anders erklären.

Kautsky schwächt denn auch seine Behauptung dahin ab:

„Ob diese Rüstungen dem klar erfaßten Plan der Gewinnung der Weltherrschaft dienten, vermag ich nicht zu sagen. Aber sie mußten diesen Eindruck erwecken und erweckten ihn, nicht bloß im Ausland, sondern in Deutschland selbst, wo die Anschauung sehr verbreitet war, daß am deutschen Wesen die Welt genesen sollte.

„Und welches immer der Plan sein mochte, das Resultat des deutschen Rüstens wäre, wenn Deutschland sich behauptete, sicher die Weltherrschaft gewesen. Ohne das Eingreifen Amerikas hätte Deutschland im Weltkrieg wohl gesiegt und damit mindestens die ganze alte Welt zu seinen Füßen gesehen."

Ob wirklich ohne das Eingreifen Amerikas Deutschland gesiegt haben würde, ist mir doch einigermaßen zweifelhaft, im übrigen aber hat Kautsky mit dieser letzten Wendung einigermaßen recht. Wenn wir in dem Sinne unserer Alldeutschen gesiegt und Belgien mit der flandrischen Küste in dieser oder jener Form in der Gewalt behalten hätten, so hätten wir damit die ganze alte Welt zu unseren Füßen gesehen. Eben aus diesem Grunde haben ja so viele gute Deutsche während des Krieges solche Ziele mit aller Entschiedenheit abgewiesen und bekämpft. Diese Kriegsziele waren wahnwitzig, ebensowohl weil sie für Deutschland selbst und für die Freiheit und Kultur der Welt verderblich, wie auch, weil sie [illegible] undurchführbar waren. Eine solche Beherrschung hat sich die Welt nicht einmal von Napoleon gefallen lassen, der [illegible] mächtiger war als Wilhelm II., und selbst bei momentanem Gelingen hätte sich [illegible] alles gegen uns [illegible]. [illegible] von fern eine solche Möglichkeit [illegible] den Plan, [illegible] Amerikas Eintreten [illegible] die das deutsche Volk an der [illegible] bloßen Duldung der Aufstellung [illegible] ist groß und schwer — aber [illegible]

[1] Dem [illegible] im [illegible] aufgenommen in die Sammlung [illegible]

[2] [illegible]

zu tun? So verbrecherisch die Aufstellung jener Kriegsziele war, so ist sie doch einigermaßen entschuldigt durch die Kriegspsychose, und Kautsky selber gibt ja zu, daß an den entscheidenden Stellen in Deutschland ein Wille zum Kriege nicht bestanden hat. Man kann ja, wenn man das Wort nicht in technischem Sinne nimmt, geradezu sagen, daß die drei maßgebenden Männer, der Kaiser, der Reichskanzler und der Chef des Generalstabes, im Grunde ihres Herzens Pazifisten waren. Vom Kaiser gibt es Kautsky in der Form einiger Scheltworte zu, von den beiden anderen schweigt er, um statt dessen in allgemeinen Wendungen zu reden von einer starken Kriegspartei, die in der Umgebung des Kaisers ihr Unwesen getrieben habe. Ich glaube wohl, daß solche Leute existierten; aber ist es loyal, eine so allgemeine Anklage zu erheben, ohne bestimmt zu sagen, wo und welchen Einfluß sie geübt haben? In dem Verhalten der deutschen Regierung im Juli 1914 ist er nicht zu spüren.

Ueber die Torheit, die wir mit unseren Dreadnought-Bauten begingen, ist kein Wort mehr zu verlieren, aber daß Kautsky noch heute die Fabel wiederholt, Deutschland sei die stärkste Landmacht in der Welt gewesen, gereicht ihm nicht zum Ruhme. Unter der „stärksten Landmacht" versteht man doch wohl die numerisch stärkste. In dieser Beziehung aber wurde Deutschland von Rußland um etwa das Doppelte übertroffen. Kautsky selber hat dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß angehört, der diese Verhältnisse zu prüfen hatte, und wenn er auch ausgeschieden ist und sich durch einen Gesinnungsgenossen hat vertreten lassen, so wird er doch wohl die Drucksachen gelesen haben. Hier aber kann man die unter Mitwirkung und Kontrolle der Sozialdemokraten festgestellte Tatsache finden (Z. Vorgesch. d. Weltkrieges Heft 1 S. 100; Heft 2 S. 60), daß im Sommer 1914 Rußland fast doppelt soviel Soldaten hatte wie Deutschland, 1445000 gegen 761000 und sogar Frankreich hatte erheblich mehr als Deutschland, 843000 (ohne die 86000 Mann farbiger Truppen) gegen 761000. Das ist die Friedensstärke. Die Kriegsstärke aber betrug (Truppen I. und II. Linie) bei Rußland 3420000, Frankreich 1650000, Deutschland 2020000 nach der ursprünglichen deutschen Berechnung. Nach französischer Berechnung aber hatte Frankreich noch zehn Divisionen mehr, so daß der General Buat zu dem Schluß kommen konnte, daß „auf dem westlichen Kriegsschauplatz Frankreich für sich allein zu Kriegsbeginn an Zahl der großen Einheiten mindestens gleich stark, wenn nicht stärker war, als sein gewaltiger Gegner."

Rußland hatte 1,09% seiner Bevölkerung im Frieden unter Waffen, Deutschland 1,17%, Frankreich 2%.

Rußland hatte militärisch ausgebildete Leute in wehrpflichtigem Alter 5,70 Millionen, Deutschland 4,87 Millionen, Frankreich 4,98 Millionen.

Weshalb ignoriert Kautsky diese aktenmäßig festgestellten Zahlen? Weshalb zieht er die Kriegsziele hinein in die Frage des Kriegsausbruchs?

Digitized by Google

Ich kann es mir nicht anders denken, als daß es das böse Gewissen ist. Er fühlt, wie viel er selber beigetragen hat, die Rachegefühle der Feinde gegen das deutsche Volk aufzureizen und zieht nun andere Sünden des deutschen Volkes heran, um die Bedeutung seiner falschen Denunziation abzuschwächen.

Aber ich habe ja gar nicht das deutsche Volk angeklagt, ruft Kautsky aus, sondern die wilhelminische Regierung, und bitte immer von neuem die Entente, nicht das Volk entgelten zu lassen, was die ehemalige Regierung verbrochen hat! Welche Narrheit! Es ist richtig, daß diese Unterscheidung zuweilen gemacht worden ist, z. B. bei der Absetzung Napoleons I. Aber man macht eine solche Unterscheidung immer nur, wenn man etwas dabei gewinnt, und nicht, wenn man dabei etwas zusetzt. Nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker werden sich niemals darauf einlassen, ein Volk mit einem vom allgemeinen Stimmrecht gewählten Reichstag und einer kaum eingeschränkten Preßfreiheit von der Mitverantwortung für die Taten seiner Regierung oder seiner verschiedenen Regierungen freizusprechen. Alle Welt weiß doch, wie gut das deutsche Volk, im Grunde sogar die Oppositionsparteien, mit der wilhelminischen Regierung standen. Das ableugnen und hier eine Unterscheidung machen zu wollen, ist in den Augen der Völker nichts als eine leere Ausrede, ein feiger Versuch, sich der Verantwortung zu entziehen.

An anderen Stellen scheint in Kautsky selber eine Ahnung aufzudämmern, daß er mit dieser Unterscheidung zwischen dem Volk und seiner Regierung nicht durchdringen werde. Da gibt er zu, daß er dem Feindbund gegenüber die deutsche Politik durch seine Publikationen und seine Untersuchungen tatsächlich entlastet habe und will nur die Sünden und die Verantwortung des wilhelminischen Regiments vor dem eigenen Volke feststellen. Die Regierung habe den Weltkrieg allerdings nicht gewollt, aber sie habe überhaupt nicht gewußt, was sie wollte, sei haltlos hin- und hergefahren und habe dadurch Deutschland ins Unglück gestürzt. Nun, daran ist auch nach meiner Auffassung etwas Wahres. Unser Marokko-Feldzug z. B. wurde gewiß höchst unglücklich geführt und unsere [illegible] war gedankenlos. Aber gerade der [illegible] hat, kann man wider ein [illegible] bringt den Schein der [illegible] das wirkliche Ziel und die [illegible] flissentlich unterdrückt. [illegible] wie jedes Verhalten im bürgerlichen [illegible] will deshalb hier noch einmal in [illegible] Kaiser und nach [illegible] v. Bethmann [illegible] Handlungen [illegible]

Sie wollten, da Deutschland für den Erwerb von Kolonialgebieten so gut wie zu spät gekommen war, für die überströmende Kraft unseres Volkes in den Ländern uralter Kultur Vorderasiens ein Betätigungsfeld schaffen. Dieser Zweck war erreichbar ohne Verletzung des bestehenden Rechts, ohne Krieg und ohne Blutvergießen, indem Deutschland dem Sultan seine Hilfe lieh, sein Reich zu reformieren, zu verjüngen und zu europäisieren. Ein großes, edles Kulturwerk. Als Rückendeckung aber gehörte dazu eine militärische Macht. Denn andere Mächte, insbesondere Rußland, wollten die Türkei nicht verjüngen, sondern aufteilen, und Rußland wollte außerdem die vier kleinen slawischen Nationen, die Bulgaren, Serben, Tschechen und Polen mit Mütterchen Rußland zu einem großen, slawischen Bunde vereinigen und zu diesem Zweck den österreich-ungarischen Staat auflösen. Deutschland mußte sich diesem Plan entweder widersetzen oder sich an ihm beteiligen. Rußland hätte uns gern Deutschösterreich gelassen, aber über den neugegründeten Tschechenstaat wäre sofort der Streit ausgebrochen, und Deutschland beschloß deshalb, die Bismarcksche Politik fortzusetzen und Oesterreich zu stützen. Oesterreich-Ungarn handelte zwar im Einvernehmen mit dem Deutschen Reich, trieb aber doch seine eigene Politik und war viel zu selbstbewußt und eifersüchtig, um sich etwa von Deutschland gängeln und in seinen einzelnen Schritten bestimmen zu lassen. Die deutsche Diplomatie mußte deshalb sehr zurückhaltend verfahren, gab den Oesterreichern wohl einen prinzipiellen Rückhalt, ließ sie aber ihre eigene Politik machen und wahrte sich dadurch die Möglichkeit, im entscheidenden Augenblick als Vermittler aufzutreten. Nicht aus Wankelmut also, sondern mit guter innerer Logik trieb man Oesterreich zu energischem, schnellem Handeln, als die Ermordung des Thronfolgers die Gelegenheit gab, den serbischen Größenwahn mit europäischer Billigung zu dämpfen, und riet zur Mäßigung, als dieser Zweck erreicht schien. Diese Politik war ganz nahe daran, ihren Zweck zu erreichen; unermeßliches Unheil wäre verhütet, reicher Segen über die Völker ausgegossen worden, wenn sie glückte. Die Ideale der Panslawisten und Neoslawisten aber wären gebrochen gewesen. Da erhob sich diese Partei in wildem Grimm, zückte das Schwert gegen Deutschland, Deutschland wehrte sich, und voller Furcht, daß Deutschland siegen und dann der ganzen Welt ein Joch auferlegen könne, trat die Welt auf die Seite des Panslawismus.

Das russische Ideal, der Besitz Konstantinopels, das französische Ideal, Rückgewinnung Elsaß-Lothringens, waren niemals zu erreichen ohne Krieg. Deutschland hatte ein solches, blutumflossenes Ideal nicht, und wenn es das Ideal einer Weltherrschaft gehabt hätte, wie hätte es auf den Gedanken verfallen sollen, deshalb einen Weltkrieg zu entfachen, da ihm ja eine überragende Stellung in der Welt von selber zuwuchs? „Deutsch-

Digitized by Google

land, schrieb im Jahre 1912 der belgische Gesandte, Baron Beyens, braucht nur Geduld zu haben, nur im Frieden die unaufhörliche Entwicklung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Macht weiter zu verfolgen, nur die Ergebnisse seines Geburtenzuwachses abzuwarten, um unbestritten und ohne Kampf in ganz Mitteleuropa zu herrschen."

Der Weltkrieg entstand, weil die anderen Mächte das Werden einer solchen Macht fürchteten.

Deutschland forderte die anderen Mächte heraus durch sein Dasein, aber in der diplomatischen Aktion, die zum Weltkriege führte, handelte es weder böswillig, noch unlogisch. Wer anders urteilt, hat sich den Zusammenhang nicht klargemacht, und wer, ohne den Zusammenhang verstanden zu haben, verdammt, handelt nicht nur ungerecht, sondern schürt weiter das Feuer der Zwietracht, das alle Kultur auf dem Erdball zu vernichten droht.

Zu diesen Friedensstörern und Weltverderbern gehört auch der Schriftsteller Karl Kautsky.

Wenn Herr Kautsky in etwas die ungeheure Schädigung, die er dem deutschen Volke und damit auch der deutschen Arbeiterschaft zugefügt hat, wiedergutzumachen wünscht, so ist ihm dafür zweierlei anzuraten. Erstens möge er in seinen Schriften bekennen, wie so manches, was er mit Emphase behauptet, z. B. der schwere Fehler, den Deutschland mit dem übertriebenen Flottenbau beging, auch schon von der Versailler Vierer-Kommission ausgesprochen und getadelt worden ist. Zweitens möge er sich denjenigen anschließen, die, ebenfalls nach dem Vorgang der Vierer-Kommission, vor der Welt immer von neuem die Forderung erheben, daß die Archive unserer Gegner in derselben Weise geöffnet werden, wie die unsrigen, und ein neutraler Gerichtshof das Problem untersuche und beurteile.

Brief an die „Deutsche Politik"

Römertum und Germanentum

Von Otto Grautoff

Unter diesem Titel hat Professor Dr. Hans Delbrück hier kürzlich ein Buch angezeigt. Für denjenigen, der das romanische Schrifttum verfolgt, hat dieser Titel etwas fanfarenhaft Aktuelles. Der ehrwürdige deutsche Gelehrte geht an der französischen Auffassung dieses Problems vorbei und schreibt seine Gedanken in jener ruhigen und überlegenen Art nieder, die von jeher die hervorragendste Eigenschaft der deutschen Wissenschaft war. Ich bin weder gewillt noch berufen, Herrn Professor Delbrücks Ausführungen zu ergänzen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur mit einigen Worten die Aufmerksamkeit breiterer Kreise auf die französische Auffassung dieses Problems lenken, da erst dadurch die Kraft des französischen Nationalismus verständlich wird.

Digitized by Google

Hans Delbrück schrieb, es sei Gemeingut der historischen Wissenschaft, daß die Antike mit mancherlei Kräften, ganz besonders mit der Kirche, aber auch vielfach sonst das ganze Mittelalter hindurch und auch heute noch fortlebt. Ich glaube, ein Franzose würde diesen Satz etwas anders fassen. Er würde mit größerer Entschiedenheit etwa folgendermaßen sprechen: Die höchste Bedeutung Roms liegt darin, daß der Statthalter Christi in der Hauptstadt der antiken Kultur seinen Thron aufschlug, um von Rom aus die Herrschaft über die gebildete Welt (wozu die germanischen Länder natürlich nicht gehören) anzutreten und in Besitz zu halten. Diesen Triumph Roms hat bereits Dante im zweiten Gesang der Hölle verherrlicht. Der zeitgenössische französische Denker Frankreichs, Charles Peguy schreibt: „Erst gab es Präfekten, der Statthalter Christi machte sie zu Bischöfen". Er folgert dann ungefähr weiter: Der römische Christ übernahm das Erbe des heidnischen Bauern Italiens. Der heidnische Bauer Frankreichs war auch Bürger des Imperium Romanum. Nachdem Rom zur Stätte der zeitlichen Herrschaft Gottes geworden war, wurde auch das im antiken Geist erzogene Volk Frankreichs zu der neurömischen Kultur geführt, in der das Christliche als die unmittelbare und notwendige Folge des Antiken anzusehen ist. Auf französischem Boden ist die Verschmelzung des Antiken mit dem Christlichen am vollendetsten vollzogen. Wir sind die wahren Erben des antiken Roms und des christlichen Mittelalters. Charles Peguy betrachtete das Zeitalter Ludwigs XIV. als eine Verirrung. Er rief das französische Volk zu einer Erneuerung des Ewigen im Zeitlichen auf, wollte alle Ueberlieferungen Frankreichs zusammenfassen und strebte in einem neuen Sinne nach der Verschmelzung des antiken Erbes mit dem Geist des Cristentums. Frankreich sei allein dazu berufen.

Diese Gedankenführungen sind in und nach dem Kriege von Propagandisten des französischen Kulturgedankens in zahlreichen Abwandlungen wiederholt worden. Aus der Auffassung, daß Frankreich das einzige Land sei, das das klassische Erbe Roms verstanden und weitergeführt habe, daß Frankreich das einzige Land eines wahren Klassizismus sei, erklärt sich der Kampf, der in Frankreich seit Jahren zwischen Klassizismus und Romantik tobt. Romantik bedeutet in diesem Kampf soviel wie Individualismus, Protestlertum, Lutherischer Geist, Germanentum und auch Bolschewismus. Ueber den Klassizismus schrieb André Gide kürzlich: „Seit dem Altertum kenne ich keine anderen Klassizismen als diejenigen Frankreichs. (Immerhin nehme ich denjenigen Goethes aus, obwohl er nur durch Nachahmung des Alten klassizistisch wurde). In diesem Sinne erscheint mir der Klassizismus eine französische Erfindung, so daß ich fast die Worte klassisch und französisch als identisch empfinde. In anderen Völkern bleibt das Streben zum Klassizismus künstlich wie z. B. bei Pope".

Die vielen hundert Beweisführungen dieser Art geben dem französischen Nationalgefühl eine so bedeutende Kraft.

Es sollte in diesen Zeilen nur ein Bericht gegeben werden, um verständlich zu machen, daß der französische Nationalismus nicht nur aus der übermütigen Stimmung eines zufälligen Siegers abzuleiten ist, sondern aus dem Stolz einer kulturellen Vergangenheit, wie Peguy sie formuliert hat. Es würde mir wertvoll erscheinen, wenn einmal von deutscher Seite diese Auffassung von Römertum und Germanentum diskutiert würde; ich glaube, Deutsche werden mancherlei dazu zu sagen haben zum Nutzen für Gegenwart und Zukunft.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 30. Juli 1921 * Heft 31

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

In den Kämpfen zwischen Griechenland und der Türkei in Klein-Asien beginnt sich die Wagschale wieder zugunsten König Konstantins zu neigen. Die Kemalisten haben nicht nur ihren Vormarsch einstellen müssen, sondern auch eine Schlappe erlitten. Damit ist auch England für den Augenblick von der Sorge befreit, Konstantinopel vor einem Angriff der Kemalisten schützen zu müssen. Darüber hinaus ist aber der Sieg der Griechen eine Niederlage Frankreichs, das in letzter Zeit den Protektor Kemal Paschas spielte. Zweck dieser Uebung war, ein Kompensationsobjekt in die Hand zu bekommen, um das polnische Spiel in Oberschlesien vor einem englischen Einspruch zu bewahren. Jetzt, wo Griechenland englische Siege erficht, erweist sich ein solch gewinnbringendes Geschäft in Oberschlesien für Frankreich nicht mehr so leicht ausführbar.

*

Englands Drängen, die oberschlesische Frage rasch zu entscheiden, hat Briand mit der Entsendung einer französischen Division nach Oberschlesien beantwortet. An sich wäre eine Verstärkung der Militärmacht nur freudig zu begrüßen; leider bedeutet aber die Ankunft von Franzosen keine Beruhigung, sondern eine Aufmunterung an die Polen, da die französischen Flinten nur gegen die Boches loszugehen pflegen. Selbst in einem französischen Blatt, dem „Petit Parisien", ist die Ansicht verlautbart, daß ein weiteres Hinausschieben der Entscheidung über Oberschlesien verkehrt wäre: „Man wäre eher geneigt zu schließen, daß man sich beeilen müsse. Einige Verstärkungen werden dem Aufstande ein Ende machen." Noch deutlicher wird der „Daily Chronicle", das Sprachrohr Lloyd Georges, der die Entsendung französischer Truppen nach Oberschlesien als nicht geeignet ansieht, die Situation zu klären: „Man ist im Gegenteil der Meinung, daß dadurch die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen provoziert würden." Von größter Bedeutung ist unter solchen Umständen die Haltung Italiens.

Digitized by Google

Die Presse hofft allgemein, daß das neue Kabinett wieder mehr Anschluß an England suchen möge. Aber die Regierung Bonomi hat mit soviel inneren Schwierigkeiten zu kämpfen, daß es schwerlich eine zielbewußte auswärtige Politik zu treiben in der Lage sein wird.

*

Die Hungersnot in Rußland muß alles bisher Dagewesene übersteigen, sonst würde die Räteregierung nicht gestatten, daß Maxim Gorki und der Patriarch von Moskau die ganze Welt um Hilfe anflehen. In der bolschewistischen Presse in Räterußland werden erschütternde Bilder von dem Elend in den Mißerntegebieten entworfen. Fast alle Getreideüberschußgebiete sind vom Mißwachs erfaßt, so daß nicht nur die Millionen der dortigen Einwohner vor dem Hungertode stehen, sondern auch alle nördlichen russischen Gebiete, die sonst von den reichen Wolgagegenden ernährt wurden. Nur das Berliner Organ der Bolschewisten sorgt für Stimmung, indem es erklärt, daß trotz des Mißwachses in einigen Gegenden die diesjährigen Getreidevorräte um 50 Millionen Pud höher geschätzt werden können als die vorjährigen. Wäre diese Nachricht richtig, so wäre natürlich der Appell an Europa und Amerika sinnlos, da es viel schneller und zweckmäßiger wäre, dieses Plus an Getreide in die Hungergebiete zu senden, als Hilfe von West-Europa und Amerika abzuwarten. Wie verzweifelt es steht, zeigt die Meldung, daß die Räteregierung bestrebt ist, unter Leistung von Pönzahlungen alle Bestellungen rückgängig zu machen, um die Goldmittel für den Lebensmittelankauf freizubekommen. Die Drohungen der Räteregierung an Bayern, alle Bestellungen dort zu annullieren, wenn die Ausweisung der beiden Bolschewistenkommissare nicht zurückgenommen werde, ist also nichts weiter als ein echt russischer Bluff, worin die Bolschewisten eben solche Meister sind wie die zarische Regierung.

*

Zwar ist die Meldung von den Rücktrittsabsichten Wirths dementiert worden, aber seine Lage — das hat er auch in einem Interview nach Amerika klipp und klar ausgedrückt — würde unhaltbar werden, wenn nicht bis zum Zusammentritt des Parlaments die Frage der Sanktionen und Oberschlesiens in für Deutschland günstigem Sinne entschieden sind. Gerade weil er das Programm der Erfüllung des Ultimatums so ernst nimmt, steht und fällt er mit der Lösung dieser Fragen. War doch sein Versuch, die riesigen Geld- und Sachleistungen zu beschaffen, nur möglich unter der Voraussetzung, daß Deutschland wenigstens eine Atempause erhält. Selbst der „Petit Parisien" hat das kürzlich eingesehen, indem er schrieb, daß, „wenn Deutschland bezahlen soll, wir ihm die Hände freigeben müssen". Fürs erste aber hat es nicht den Anschein, als ob Briand daran denkt, solch vernünftigem Gedanken Gehör zu schenken.

Digitized by Google

Die große Reaktion

Von Alexander Kulischer

Herr Alexander Kulischer, Privatdozent aus Petersburg, war so liebenswürdig, uns seine hochinteressante Untersuchung über das Wesen des Bolschewismus zur Verfügung zu stellen. Wir sind ihm dafür um so dankbarer, als er in der Beurteilung des russischen Problems anders steht, wie die Schriftleitung der „Deutschen Politik". In kurzer Zeit wird im Verlag für Politik und Wirtschaft ein Buch aus der Feder des Herrn Kulischer über den Bolschewismus erscheinen, auf das wir jetzt schon nicht verfehlen wollen, hinzuweisen.

Ein Wintermorgen in Petersburg. Der Straßenbahnwagen nähert sich dem Warschauer Bahnhof. Furchtbar überfüllt wie immer. Leute hängen an den Trittbrettern, an den Puffern. Plötzlich, anstatt vor dem Bahnhof haltzumachen, biegt der Wagen in eine Seitenstraße ein, dann saust er mit verdoppelter Geschwindigkeit unter eine Art Gewölbe und bleibt endlich in einem engen Korridor zwischen hohen Mauern stehen. Natürlich entsteht eine Panik. Alles drängt sich dem Ausgange zu ..... Da erscheinen Bewaffnete. „Alles aussteigen!" Dann: „Vorwärts, marsch!" — „Gott, was ist denn das?" — „Schweigen, marsch!" Eine zornige Stimme: „Na, mich lassen Sie doch wohl durch! Ich bin Kommunist!" — „Bitte, Ihren Parteiausweis! So, bitte, Genosse!" Man ließ noch einen Militärarzt passieren, auch mich als Universitätsprofessor. Die andern wurden abgeführt unter dem Wehklagen der Weiber. Zehn Straßenbahnwagen mit ihren Insassen wurden an diesem Tage (es war im Februar 1920) in dieser Mäusefalle gekapert. Am Abend erfuhr ich (natürlich stand in der Zeitung nichts davon) die Erklärung. Es gab nämlich Schneefall auf der Eisenbahnlinie. Und in dieser „beschleunigten" Weise verschaffte sich die Eisenbahnbehörde „im Einvernehmen mit der Tschereshwytschaika" (außerordentliche politische Polizei- und Justizbehörde), die für die Reinigung der Linie nötigen Arbeitskräfte.

Unter den „zur Arbeitspflicht Herangezogenen" befand sich eine mir bekannte Dame. Der Mann hatte sie in Verzweiflung den ganzen Tag gesucht, bis er von mir über den Vorfall am Bahnhof hörte. Nach zwei Tagen gelang es mit Hilfe eines hochstehenden Kommunisten, sie zu befreien. Nach einem Tagemarsch über den Schnee war sie zusammengebrochen und lag ganz allein in einer ungeheizten Hütte. Höflich entschuldigten sich die bolschewistischen Beamten: „Irrtümer sind immer möglich!" Worin bestand aber der Irrtum? Die Dame, welche nicht einmal eine „Sowjetangestellte" war, hatte kein Recht auf Ausnahme. Aber man mußte sich entschuldigen, wenn man die Bekannte eines

Digitized by Google

kommunistischen Würdenträgers behandelt hatte wie irgendeine Kanaille aus dem Volk!

— Ja, seht doch, wozu das wahnwitzige kommunistische Experiment geführt hat!

— Ach, das sind ja nur vorübergehende Erscheinungen! Der Arbeitszwang (er braucht ja nicht immer in solchen barbarischen Formen durchgeführt zu werden) ist, wie Trotzki dargelegt hat, eine Notwendigkeit in der Übergangsperiode der proletarischen Diktatur. Dann, wenn das große Experiment zu Ende und der vollkommene Sozialismus hergestellt sein wird, wird ja jeder Zwang überhaupt fortfallen.

Das Experiment?

Ja, ist denn das etwas Neues? Die Arbeitspflicht, anders genannt, die Fronpflicht der Masse, der „canaille taillable et corvéable à merci", wie man im alten Frankreich sagte, die Ausnahme zugunsten einer privilegierten Minderheit, das ist zwar nicht der moderne „kapitalistische Klassenstaat", aber — der alte ständische Staat.

Eine Rückbildung! Das erklärt alles.

Das ganze Absurdum dieses „sozialistischen Experiments", dessen Ausgang in Not und Elend, in blutigstem Despotismus die schlimmsten Prophezeiungen noch weit übertroffen hat und das dennoch nach vier Jahren noch immer „fortgesetzt" wird, dieser „Diktatur des Proletariats", die im industriell zurückgebliebenen Lande, noch dazu im Augenblick des völligen Zusammenbruchs der Industrie, überhaupt nie möglich war und die gegenwärtig sich weiter hält gegen den erklärten Willen, ja, die bewaffnete Revolte dieser selben Arbeiterschaft, soweit solche noch existiert, dieses ganze Rätsel wird damit gelöst, daß beides — der Sozialismus und die Arbeiterherrschaft — einfach Fabeln sind, höchstens eine trügerische „Ideologie", auf die das Schlimmste zutrifft, was der Marxismus (der sich in diesem Falle mit tragischer Ironie an sich selbst gerechtfertigt hat) von diesen Ideologien zu sagen hat. Der wirtschaftliche und soziale Prozeß, der sich vollzieht unter dem Schall von ein paar Phrasen, die eine Bande recht gewandter Abenteurer aus dem Wortschatz der Sozialdemokratie erborgt hat, ist aber das Gegenteil von einer sozialistischen Revolution: die fürchterlichste wirtschaftliche und soziale Reaktion in moderner Zeit. Als solche ist sie aber auch vollkommen geschichtlich begründet.

Überall hat ja der Weltkrieg die Grundlagen der modernen wirtschaftlichen Organisation aufs tiefste erschüttert, vor allem, indem er eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen, die Arbeitsteilung zwischen räumlich weit entlegenen Gebieten, teilweise vernichtete. In Rußland aber, wo der wirtschaftliche ebenso wie der politische Organismus weniger widerstandsfähig war, kam es zum vollständigen Zusammenbruch

Digitized by Google

der modernen Wirtschaftsformen. Der Krieg selbst und dann seine Folgen — die Empörung der Armee und die wüste Soldatenherrschaft — legten den Verkehr lahm und führten zur tötlichen Krise der Industrie. Das Zentrum und der Norden des Reiches, die sich nur ernährt hatten mit Hilfe von Getreide, welches aus dem Süden und Osten im Austausch gegen industrielle Produkte importiert wurde, waren ihrer Existenzmöglichkeit beraubt. Die notwendige Folge war der Bürgerkrieg, d. i. der Raubkrieg von Zentralrußland gegen den Süden und Osten. So hat der Krieg in Rußland sich selbst verewigt. Mit anderen Worten, man ist wieder auf jene Wirtschaftsstufe gesunken, wo der Krieg eine beständige Notwendigkeit und der normale Zustand der Staaten war.

Die Bolschewisten, die der aufrührerischen Soldatenmasse das gaben, was sie wünschte: — den sofortigen Friedensschluß mit Deutschland und die Freiheit der Plünderung unter „sozialistischen" Schlagworten —, waren dadurch zur Herrschaft gelangt. Zunächst nur zu einer ganz nominellen. Von der Oktoberrevolution 1917 bis zur Mitte 1918 war das Land tatsächlich in der Hand einer Unmenge bewaffneter Banden, die es unter allen möglichen Parolen verheerten; auch die „roten" Banden dachten nicht daran, den Dekreten der Zentralregierung zu gehorchen. Erst mit dem Ausbruch des regelrechten Bürgerkrieges und der Schaffung einer disziplinierten roten Armee wurden die Moskauer Bolschewistenführer zu einer wirklichen Regierung. Aber nun konnten sie überhaupt nicht daran denken, in irgendwelcher Weise zu „experimentieren". Es galt, den Krieg zu organisieren, die Armee zu ernähren und zu bewaffnen; den Eisenbahnbetrieb, wenn auch notdürftig, aufrechtzuerhalten. Beim Zusammenbruch des Handelsverkehrs, ja, der Geldwirtschaft überhaupt (nach dem Staatsbankrott und der Plünderung der Banken, wo die Soldaten und Matrosen das „Geld" der Kapitalisten zu finden hofften) war aber das nur möglich, indem man sich die nötigen Lebensmittel, Kleider, Brennmaterial, Rohstoffe usw. einfach mit Gewalt verschaffte. Um aber die sich immer mehr erschöpfenden Vorräte erfassen zu können, mußte der Verbrauch für andere Zwecke bis aufs äußerste beschränkt werden. Schrankenlose Requisitionen, rücksichtsloses Handelsverbot! Dafür Naturalverpflegung der für den Krieg „notwendigsten" Volkselemente! Die ideale „Kriegswirtschaft"! Aber was dabei herauskam, war nicht irgendein „Sozialismus", sondern die Rückkehr zur (im weiteren Sinne) feudalen Zwangswirtschaft.

Das bolschewistische Wirtschaftssystem (wie es zur Zeit der Hochblüte des „Kommunismus", 1919—1920, bestand) ist vollkommen unverständlich, wenn man von der gewöhnlichen Voraussetzung ausgeht, daß es die kommunistische Gleichheit bezwecke. Die elende Verteilung von Lebensmitteln unter

Digitized by Google

der Bevölkerung (in Petersburg, im Winter 1919–20 ein Achtel Pfund Brot und ein Teller Kohlsuppe pro Tag!) deren Schöpfer die Bolschewisten nicht einmal waren, da sie nach deutschem Muster bereits unter der bürgerlichen provisorischen Regierung eingeführt war, besteht überhaupt nur in den großrussischen Städten und bezieht sich nur auf eine beschränkte Anzahl „normierter" Produkte. Aber die „nichtnormierten" Lebensmittel (z. B. das Fleisch), sind ebenso „sozialisiert", d. h. sie werden ebenso bei den Bauern requiriert und bei den Städtern konfisziert wie die „normierten". Der Bauer, der das Hauptobjekt der Requisitionen bildet, bekommt absolut gar nichts von der Regierung[1]). In der Ukraine, wo überhaupt gar keine Verteilung unter der Bevölkerung, weder von Lebensmitteln noch von irgend etwas anderem stattfindet, sind die Requisitionen auf dem Lande und die Konfiskationen „des überflüssigen Besitzes der Bourgeoisie" in den Städten noch wütender als im Norden. Dagegen wird alles verständlich, wenn man die Spezialrationen der Privilegierten in Betracht zieht, von der bescheidenen Ration des einfachen Soldaten, Eisenbahn- oder Munitionsarbeiters bis zu den „Individualrationen", den Rebhühnern und dem Wein der regierenden Oligarchie mit ihren Familien und Geliebten, der „Narcomtes" und „Narcomtesses"[2]) im Kreml. Ebenso haben die Schikanierungen des Handels, durch die der Großhandel wirklich endgültig ruiniert worden ist, während der Kleinhandel in den primitivsten Formen weiterbesteht (an eine vollständige Abschaffung des Handels hat nie jemand im Ernste gedacht; das beweist schon die Weiterzahlung der Geldlöhne an die Arbeiter und Beamten) offenbar nur den Zweck, den Verbrauch der Bevölkerungsmasse als solchen zu verringern, um den für die Privilegierten bestimmten Requisitionsfonds zu vergrößern. Ein System des Unterhalts des Heeres und der regierenden Klasse durch direkte Beraubung des Volkes[3]). Zugleich ein System der Ausraubung der eroberten Gebiete, bei der

[1]) Nach einem Interview Lenins mit einer spanischen Sozialistendelegation im letzten Herbst sollte das für den Bauer vollständig wertlose Papiergeld, welches für die requirierten Produkte gezahlt wurde, eine „Anweisung" darstellen, die „etwa in vierzig Jahren" in Waren eingelöst werden soll. Bald nachher hatte man sich aber vom unbesiegbaren Skeptizismus der Bauern in Bezug auf diese „Verheißungen" überzeugt und nun soll die Freiheit des Getreideverkaufs nach Ablieferung der requirierten Menge als Ansporn für den Getreidebau dienen, wobei die Requisition endlich den richtigen Namen bekommen hat: Naturalsteuer!

[2]) Wortspiel mit „Narkom", verkürzte Benennung für Volkskommissar. — Auch die im Februar 1921, infolge äußersten Lebensmittelmangels angeordnete Verminderung aller Rationen und Abschaffung der in einzelnen Ressorts bestehenden erhöhten Rationen traf tatsächlich nur die Arbeiter und Unterbeamten. Für die „besonders verantwortlichen", d. h. die höheren Beamten, wurde die Spezialration beibehalten.

[3]) Die nächste geschichtliche Analogie findet sich in der Staatsnaturalwirtschaft des römischen Reiches seit dem III. Jahrh. n. Chr., die ja auch die Folge einer wirtschaftlichen Rückbildung: des Zusammenbruches der Geldwirtschaft war.

Digitized by Google

die Armee und die Machthaber wieder den Löwenteil bekommen, während die verhungerte, in elendem Parasitismus als „Sowjetangestellte" dahinsiechende Stadtbevölkerung des Nordens mit ein paar Krumen vom Tisch der Herrschenden abgespeist wird.

Auch die Nationalisierung der Industrie (die in größerem Maßstab erst in der zweiten Hälfte 1918, also erst nach Beginn des Bürgerkrieges einsetzte: vorher war es die unsinnige „Arbeiterkontrolle"!), konnte eigentlich nur den Zweck haben, die Rohstoffe und Maschinen, vor allem aber alles vorhandene Brennmaterial für die Eisenbahnen, die Munitionswerke und die absolut notwendigen Hilfsindustrien auszunützen. Daß damit neun Zehnteln der russischen Großindustrie endgültig der Garaus gemacht wurde, war also nicht eine Folge des „mißglückten sozialistischen Experiments", sondern lag schon im Wesen dieser Nationalisierung. Dagegen blieb die Kleinindustrie (Betriebe unter 20 Arbeitern) von der Nationalisierung frei. Auch hier die reine Rückbildung!

Immer weiter geht der wirtschaftliche Rückgang, ungeheuer verschärft durch die Zwangswirtschaft selbst. Immer weiter muß infolgedessen die Zwangswirtschaft ausgebaut werden. Der Mangel an Arbeitskräften und die geringe Produktivität der verhungerten Arbeiter in den Städten, während der Bauer, der vollständig zur primitiven Naturalwirtschaft zurückkehrt, die Anbaufläche verringert und dadurch die Hungersnot ins Unendliche steigert, trieben 1920 zur „Militarisierung" der Arbeiter und zur Einführung des Zwangsanbaues für die Bauern: die Hörigkeit ist wieder da!

Gleichzeitig die Bildung der neuen Herrenklasse: die immer strengere Abschließung der „kommunistischen Partei", welche zu einer geschlossenen Korporation mit allen charakteristischen Privilegien des alten Adels geworden ist. Das Privileg des Offizierstandes, der höchsten Zivilposten, die Befreiung von der physischen Arbeitspflicht, vom gewöhnlichen Soldatendienst (dafür besondere „Mobilisationen" für die leitenden Stellen, wie sie ja auch beim Adel mancher Länder üblich waren!) Wie ehemals eine Frau aus dem Volke streng bestraft wurde, wenn sie sich unterstand, Edelsteine, das Kennzeichen der Edlen, zu tragen, so glänzen die den gewöhnlichen Bürgern unter Todesstrafe verpönten Diamanten (soweit sie nicht für kommunistische Propaganda im Auslande bestimmt sind) am Hals und an den Armen der Gemahlinnen und Geliebten dieser Befreier des Menschengeschlechts in ihren kommunistischen Abendgesellschaften.

Immer weiter zurück in die finsterste Barbarei! Aber doch muß dieser Staat in einer Umgebung leben, die von der modernen Zivilisation geschaffen ist. Im feudalen Staat gab es keine Eisenbahnen und Hochöfen und sind sie unmöglich. Aber der bolschewistische Staat braucht

Digitized by Google

sie doch, wenn auch nur, um Krieg führen zu können. Daher die ewigen „Krisen", aus denen er nicht herauskommt. Daher der verzweifelte Ruf nach Wiederherstellung der Industrie. Daher der schließliche Zusammenbruch des Systems, die teilweise Freisetzung des Getreidehandels, um der Hungersnot, die schon zum bewaffneten Aufstand in Petersburg geführt hatte, etwas abzuhelfen (die aber inzwischen infolge der Mißernte auch das platte Land ergriffen hat), — dann aber auch alles anderen Handels und Gewerbes, da ja der Bauer seine Produkte nicht für das „Geld", d. h. für nichts hergeben will. So daß schließlich vom ganzen „Kommunismus" nichts übrigbleibt, außer einer polizeilichen Willkürherrschaft. Und dann der letzte Ausweg des bankrotten Absolutismus: der Ausverkauf des Landes an das ausländische Kapital. Natürlich kann von einem Wiedereintritt Rußlands in die Weltwirtschaft unter normalen Bedingungen nicht die Rede sein, solange der erlogene „Sozialismus", d. h. die wirkliche Rechtlosigkeit besteht, die im Wesen des Sowjetstaates liegt. Wohl aber ist möglich die monopolistische Ausbeutung der natürlichen Reichtümer und Arbeitskräfte des Landes durch einzelne Kapitalistengruppen, die den Profit mit der herrschenden Klasse teilen werden. Es ist der Anfang des längst bekannten Weges: die Türkei, China, Marokko! Konzessionen — und dann politische Privilegien — und dann der Kampf um die Einflußsphären. . . . Und dann der Krieg!

Aber auch abgesehen davon: nie wird es Frieden in der Welt geben, solange Rußland von der bolschewistischen Kaste beherrscht wird. Aus dem Krieg ist sie geboren, sie ist der verkörperte Krieg! Sie lebt vom Kriege und sie muß ewig Kriege führen schon deshalb, weil der Kriegsraub, der die eroberten Länder verwüstet, sein eigenes Objekt zerstört und immer neue Eroberungen notwendig macht. Nachdem man um des lieben Friedens willen die Blokade aufgehoben und Rußland seinem Schicksal überlassen hatte, war die einzige Folge davon — endlose Eroberungszüge der Bolschewisten in Kaukasien und Vorderasien.

Und nicht die „soziale Revolution" ist der Zweck der ewigen Wühlerei gegen den Völkerfrieden und die innere Ordnung in allen Staaten. Sondern die Unordnung und der Unfrieden als solcher, um im Trüben fischen zu können, um das Einvernehmen unter den Völkern unmöglich zu machen, welches tötlich wäre für das gemeingefährliche Staatswesen. Deutsche Kommunisten und türkische Nationalisten gelten da gleich. Und die III. Internationale — die höchstgelungene politische Nasführung — ist ein sehr zweckdienliches Mittel dazu.

Will man dem abhelfen, so muß man vor allem ein Ende machen dem sinnlosen Gerede über „kommunistische Bedrohung" und „Ansteckungsgefahr". Es gibt nichts im bolschewistischen Rußland, was die europäischen Ar-

Digitized by Google

beiter anstecken könnte — außer Typhus und Cholera! Wohl aber müßte man den aufrichtigen „Kommunisten" und auch den anderen, welche „die Methoden des Bolschewismus verurteilen", aber doch den „irrenden Brüdern" die Sympathie nicht vorenthalten können, — ihnen allen müßte es klar gemacht werden, daß sie ebenso gut die „Methoden" des Zarismus oder irgendeines Negerkönigs billigen oder verurteilen könnten. Das Schauspiel einer von Sklavenhaltern und Henkern in Szene gesetzten „Arbeiteragitation" ist denn doch eine zu starke Komödie der Weltgeschichte!

Der Schlußstein der südslawischen Einigung

Von Hermann Wendel

Am 28. Juni als dem historischen Gedenktage des Südslawentums: 1389 Schlacht auf dem Amselfelde! hat die konstituierende Nationalversammlung zu Belgrad die Verfassung des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates angenommen und damit den Schlußstein in den Bau der südslawischen Einheit eingefügt.

Ein Ereignis von geschichtlicher Bedeutung, das ein wichtiges Stück südosteuropäischer Entwicklung auch staatsrechtlich abschließt, aber in Deutschland waren wir so gewöhnt, an dem unglückseligen Nationalitätenstaat Oesterreich-Ungarn immer nur den Staat und nie die Nationalitäten zu sehen, daß der Zustand jetzt, da die Dinge vom Kopf auf die Füße gestellt wurden und die Völker die alte Hülle gesprengt und neue Formen nationalen Seins geschaffen haben, den Anbetern des Ewiggestrigen als Verkehrtheit und Verstoß gegen den göttlichen Schöpfungsplan erscheint. Immer noch wird ja auch ein großer Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands in geradezu bejammernswürdiger Weise über die Verhältnisse im Südosten unseres Erdteils unterrichtet, ganz so, als müßten wir die k. und k. Brille mit den beiden maßlos verzerrenden Gläsern Wien und Budapest auch noch auf unserer republikanischen Nase tragen. Ein Beispiel, beliebig aus erschreckend vielen herausgegriffen, ist die Abhandlung „Jugoslawien" im Juliheft 1921 der „Deutschen Revue", deren Verfasser nicht nur des Blicks für das Wesentliche, sondern auch der Kenntnis der Tatsachen entbehrt. Er spricht über „die von Serbien neugewonnenen Gebiete", wobei er außerdem die Wojwodina wegläßt, mit demselben Recht, wie man Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und den Rest nach 1871 „die von Preußen neugewonnenen Gebiete" hätte nennen können. Er meint, daß sich das Königreich der Schwarzen Berge mit dem größeren Bruder zusammenschließen werde, während in Wirklichkeit Montenegro durch den Beschluß

Digitized by Google

der großen Skupschtina von Podgoritza am 13. November 1918 diese Angliederung längst vollzogen hat. Er schreibt dem neuen Staat etwa 15 Millionen Einwohner zu, während er in der Tat nur wenig über 12 Millionen umfaßt. Er weiß von „fremden, nichtslawischen Volksteilen in nennenswerter Zahl" nichts, während der Kroate Lakatosch in seinem „Jugoslavija u svjetlu statistike" 22,3 v. H., das ist über ein Fünftel der Bevölkerung als Deutsche, Magyaren, Rumänen und Italiener aufführt und der Kroate Dr. Schenoa in seinem zuverlässigeren „Geografija Jugoslavije" 524 000 Magyaren, 512 000 Deutsche und 123 000 Rumänen und außerdem 441 000 Türken und Arnauten oder 14 v. H. Nichtslawen angibt. Er rühmt die „großartige Kulturarbeit der österreichischen Regierung" in Dalmatien, während tatsächlich weder für die Austrocknung von Sümpfen, noch für die Ausnutzung der Wasserkräfte, noch für die Herstellung von Eisenbahnverbindungen, noch für die Förderung des Unterrichtswesens auch nur Zureichendes geschah. Er behauptet, daß man vor dem Weltkrieg in Serbien dem Deutschtum „bewußt feindselig" gegenübergestanden habe, während in Wahrheit der Serbe deutsche Wissenschaft, Kunst und Dichtung verehrte und eifrigst aus den Quellen deutscher Kultur schöpfte. Das sind einige, nur einige Kostproben aus einer Darstellung, die, anscheinend in gutem Glauben geschrieben, den Lesern einer angesehenen deutschen Zeitschrift einen Begriff von dem neuen, zukunftsreichen und für uns wichtigen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen verschaffen soll. Kein Wunder, daß in der Tagespresse das Unkraut oft noch üppiger wuchert und daß immer wieder ein paar alte Weiber aus dem Kaffeesatz der Tassen, die nach der üblichen hitzigen politischen Erörterung auf einem Agramer oder Laibacher Wirtshaustisch stehen geblieben sind, den nahen Untergang des Südslawenreichs wahrsagen.

Aber es bedarf nicht einmal eines historisch besonders geschärften Blickes, um in den unerbaulichen Erscheinungen der jungen südslawischen Staatlichkeit ganz natürliche Geburtswehen und Säuglingskrankheiten zu erkennen. Ein Volk, durch den Gang der Geschichte unter dreierlei Herrschaft, türkische, magyarische und deutsche geraten, in drei Glaubensbekenntnisse, das katholische, das orthodoxe und das islamische gespalten, in zwei Schriftsprachen, die serbokroatische und die slowenische getrennt, drei großen Kulturströmungen, der germanischen, der lateinischen und der byzantinischen erschlossen, von den Habsburgern planmäßig in jede Art von Absonderung und Vereinzelung hineingezwängt und von Stamm zu Stamm, von Religion zu Religion verhetzt, dazu wirtschaftlich noch im Hintertreffen, des belebenden Pulsschlags regen Handelsverkehrs entbehrend, in den Massen meist schriftunkundig, darum auch nur in der Bildungsschicht vom Einigungsgedanken wirklich auf-

Digitized by Google

gerüttelt — ein überirdisches Wunder wäre es, wenn bei einem solchen Volke der nationale Zusammenschluß ohne Reibungen und Erschütterungen wie die Minerva aus Jupiters Stirn in die Wirklichkeit spränge! Auch Italien hatte, um aus der Nähe ein Beispiel heranzuholen, sich nach seiner tatsächlichen Einigung noch lange mit tausend inneren Schwierigkeiten herumzuschlagen. Auch in Italien war das gebildete Bürgertum Träger des Einigungsdranges und eine Dynastie sein Exponent, auch in Italien standen die Massen, Analphabeten in ihrer Mehrheit, dem Einheits- und Staatsgedanken fern, auch in Italien mußte ein halbes Dutzend Staatsgebilde mit ganz verschiedener Gesetzgebung und Verwaltung verschmolzen werden, auch in Italien klammerten sich alte, stolze Städte an ihre Vorrechte und ihre Autonomie, auch in Italien entbrannte bei der Staatsgestaltung der Kampf zwischen Zentralisation und Dezentralisation, auch in Italien plante ein Staatsmann ein Regionalsystem mit sich selbst verwaltenden Provinzen möglichst innerhalb der übernommenen Grenzen, auch in Italien entschied man sich, um die von partikularistischem Geist bedrohte Einheit zu festigen, für die zentralistische Einrichtung nach französischem Muster, und wenn in Montenegro noch bis heute versprengte Anhänger des Exkönigs Nikola in Banden unter politischer Maske dem Räuberhandwerk obliegen, so mußte, um die Aehnlichkeit auch bis zum I durchzuführen, auch das italienische Heer mehrere Jahre einen regelrechten Krieg gegen die Parteigänger des letzten Königs von Neapel in Sizilien, Calabrien und Apulien führen.

Wie jedoch Italien seine Einheit [illegible] hat, so fehlen auch in Südslawien die [illegible] Voraussetzungen dazu keineswegs. Bei dem Kampf um die Verfassung [illegible] zwar die größte kroatische Partei, die [illegible] Bauernpartei Stefan Raditschs, die Belgrader [illegible] und forderte eine [illegible] zwischen Serbien und [illegible] als [illegible] Vereinbarung zwischen Gleichen, [illegible] der Frankpartei mit den [illegible] ge- [illegible] meinden, [illegible] Selbst- verwaltung mit einem [illegible] etwa den [illegible] der [illegible] Selbstverwaltungskörper [illegible] [illegible]

zu protestieren, die Kommunisten, und ein Nein gaben Landwirtebündler, Sozialdemokraten und Republikaner ab, so daß mit der die Verfassung beschließenden Mehrheit, 223 von 419 Abgeordneten, allzuviel Staat nicht zu machen ist. Aber ob die Ansichten über die innere Einrichtung des eigenen Hauses noch weit auseinandergehen, in der Abneigung gegen einen fremden Hausherrn, in der Anerkennung der nationalen Einheit an sich sind alle Parteien einig, und mag jetzt die buntgesprenkelte Opposition die Verfassung vom 28. Juni 1921 noch so sehr in Grund und Boden verdonnern und mag sich berechtigter oder unberechtigter Partikularismus bei Kroaten und Slowenen noch so heftig gegen die vollzogene Tatsache sträuben, wenn erst mit Erstarkung des Wirtschaftslebens die ökonomischen Verknüpfungen zu wirken beginnen und das Blut gleichmäßig erwärmend durch alle Teile des Staatskörpers strömt, werden auch die heute grollenden und schmollenden Autonomisten und Föderalisten die geballte Faust aus der Tasche ziehen, um mitzuarbeiten.

Schon als vor bald hundertfünfzig Jahren als erster Fürsprech der nationalen Zusammengehörigkeit der Südslawen Dositej Obradowitsch den serbischen Bauern schilderte, wie er vor dem türkischen Aga gleich dem Lamme vor dem Wolfe zitterte, und als Karadjordj vor bald hundertzwanzig Jahren jene serbischen Bauern gegen diese türkischen Agas ins Feuer führte, enthüllte sich der tiefere, der soziale Sinn des Kampfes der Südslawen um Freiheit und Einheit: es ist die Auflehnung des gebundenen und geschundenen Grundholden gegen den Grundherrn fremden Stammes. Wo und wann denn der südslawische Freiheits- und Einheitsgedanke siegte, zerbrach allemal ein feudales Joch, und jetzt nach dem Endsieg war es die historische Aufgabe des Südslawentums, was als Erbschaft osmanischer Herrschaft in Makedonien und Altserbien und als Ueberbleibsel habsburgischer Zeit in Bosnien und Dalmatien an mittelalterlicher Besitz- und Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft noch vorhanden war, mit Stumpf und Stiel auszurotten; für den mazedonischen Tschiftschija, den bosnischen Kmeten und den dalmatinischen Kolonen mußte die Verfassung des Südslawenstaates die Magna Charta sein, die einen gedrückten Pachtbauern zum freien Eigentümer machte. In der Tat bedeutet die konstituierende Akte des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen einen gewaltigen Fortschritt nicht nur im Vergleich zu der seelen- und gewissenlosen Schlamperei, die in Bosnien die österreichisch-ungarischen Machthaber der Ausbeutung der christlichen Kmeten durch die mohammedanischen Begs gemütsruhig zuschauen ließ; sie verkündet Aufhebung der Feudalverhältnisse und erklärt Kmeten und Tschiftschijas „wie überhaupt Bauern, die den Boden in einem dem Kmetentum ähnlichen Verhältnis bearbeiten" zu freien,

Digitized by Google

einer Entschädigungspflicht ledigen Eigentümern der von ihnen beackerten Scholle; sie hebt die Fideikommisse auf und kündigt die Enteignung und Aufteilung des Großgrundbesitzes an. Aber da nach endgültiger Abschwenkung der autonamistisch gesinnten Parteien der Ministerpräsident Paschitsch an der Spitze seiner demokratisch-radikalen Regierungskoalition buchstäblich bis zur Stunde der Abstimmung über keine hieb- und stichfeste Mehrheit für die Verfassung verfügte, wog er, bis das Glockenzeichen ertönte, die Bedingungen sowohl des Landwirtebundes als auch der bosnischen und makedonischen Moslems auf der flachen Hand ab, von denen jede Gruppe zur Auffüllung der für die Durchbringung der Konstitution nötigen Abgeordnetenzahl genügte. Nach den Forderungen des Landwirtebundes sollten die Arbeitsbedingungen auf den Begluk genannten Besitzungen in Bosnien ausdrücklich als „dem Kmetentum ähnliche Verhältnisse" betrachtet und behandelt werden, während sich die Moslems, zuvor schon durch sechzig Millionen Dinar für das Erlöschen ihrer mittelalterlichen Vorrechte entschädigt, darauf versteiften, daß die Begluks gar kein Feudalbesitz seien und sich deshalb den Bestimmungen über die Abschaffung des Kmetentums entzögen; auch die Wünsche der Moslems aus Makedonien und Altserbien zielten auf eine herzhafte Durchlöcherung einer gründlichen Agrarreform ab. Ob nun Paschitsch, der immer würdevoller und konservativer geworden ist, innerlich überhaupt schwankte oder nicht, jedenfalls gab er den Moslems den Zuschlag, und obgleich durch die Gesetzgebung immer noch rechtschaffene Arbeit in der Agrarfrage gemacht werden kann, so bleibt es doch eine der bissigsten Ironien der Weltgeschichte, daß der Abschluß der großen Bauernbefreiung, als die sich das südslawische Einigungswerk darstellt, nur durch die Schicht staatsrechtlich zu Papier gebracht werden konnte, von deren Druck die Bauern befreit werden sollten.

Wenn die Demokraten, die stärkste Partei im Lande, im Wahlkampf die Losung: Durchgreifende Agrarreform! mit den dicksten Buchstaben an die Wände schrieben und jetzt dem Bündnis mit den Radikalen zuliebe mehr als einen Pflock zurückstecken, so haben sie, die geschworenen Verfechter des Begriffs Jugoslavija (Südslawien) bei der Taufe des jungen Staates sich schließlich auch mit dem ungefügen „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" abgefunden; in rechter Erkenntnis, daß ein solcher Name weder innerhalb der eigenen vier Wände noch in der Welt draußen jemals geläufig werden kann und eher gegen als für die Nationaleinheit des „dreinamigen Volkes" spricht, setzten sich denn fast alle anderen Parteien für „Jugoslavija" ein. Aber die Radikalen machten aus dem „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" nicht nur deshalb eine Kabinettsfrage, weil ihnen ein Schuß Großserbentum im Blut steckt, ähnlich jenem Großpreußentum der ostelbischen Junker, das 1848 sang:

Digitized by Google

Der Teufel hol das Treiben,
Das Deutschland fabriziert
Und Preußen ruiniert,

sondern mindestens ebenso sehr, um den Bulgaren einen Riegel vorzuschieben, die, gleichfalls Südslawen, in ein Südslawenreich nicht nur hineingehören, sondern auch hineinwollen und von den meisten kroatischen und slowenischen, aber auch von den fortschrittlichen serbischen Parteien eine Ablehnung nicht zu befürchten brauchen. Hier aber hakt Ursache und Wirkung ineinander; Gründe der inneren Politik spielen mit: die Einbeziehung der Bulgaren wird von Kroaten und Slowenen gewünscht, um das Uebergewicht der Serben zu schwächen, und von der radikalen Partei abgelehnt, um die zahlenmäßig und damit politisch stärkere Stellung des Serbentums zu erhalten.

Kurz vor der endgültigen Abstimmung verwarf Dr. Trumbitsch, einer der lautersten südslawischen Patrioten und ein Wegbereiter der nationalen Einheit seines Volkes, der im Sommer 1917 mit Paschitsch das Abkommen von Korfu schloß, später Mitglied der südslawischen Friedensabordnung in Paris war und in mehreren Kabinetten das Ministerium des Aeußern innehatte, die Verfassung als politisch reaktionär und stimmte auch am 28. Juni mit Nein. In der Tat trägt die Konstitution trotz ihres selbstverständlich demokratischen Grundzugs die Spuren einer Zeit deutlich an der Stirn, da die Staatsgewalt im Kampf gegen den Kommunismus die verbrieften bürgerlichen Freiheiten mehr denn einmal als lästig empfindet. Die Heilslehre Moskaus ist zwar in einem ausgesprochenen Kleinbauernlande wie Südslawien mehr noch als anderwärts nichts als eine Nachkriegskrankheit; daß bei den letzten Wahlen die Kommunisten unter den Analphabeten Makedoniens und Montenegros, die nie in ihrem Leben einen Fabrikschornstein gesehen haben, die meisten Anhänger musterten und bei der entwickelten Industriearbeiterschaft Sloweniens stark abfielen, sagt alles. Aber wie es auch mit der Bombe bestellt sein mag, die dem Prinzregenten Alexander am Tage der Eidesleistung auf die Verfassung vor die Füße flog, sie gibt der Regierung Grund oder Vorwand zu neuen Unterdrückungsmaßregeln und Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunisten, von deren Rückhalt bei den nationalen Minderheiten die offiziöse Presse sehr zu Unrecht fabelt.

Wenn diesen nationalen Minderheiten der Artikel 16 der Verfassung Schulunterricht in ihrer Muttersprache verbürgt, so sehen damit auch die weit über eine halbe Million Köpfe zählenden Deutschen, vornehmlich in der Wojwodina, aber auch in Kroatien-Slawonien, Bosnien und Südsteiermark freies Feld vor sich. Des harten Magyarenjoches ledig,

Digitized by Google

gewaltsamer Entnationalisierung nicht mehr ausgesetzt, großer Schicksalswende Hauch verspürend, beginnen sie sich dort, wo sie fast geschlossen siedeln, im früheren Südungarn, zu regen; mit der Gründung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes, der sie alle seit einem Jahr unter der Losung: Staatstreu und volkstreu! um sein Banner zu scharen sucht, hat die Frühglocke für sie angeschlagen; die wohl Familienüberlieferung und Stammesgefühl, aber nie Nationalbewußtsein gekannt haben, reiben sich gerade den Schlummer aus den Augen. Stehen sie erst einmal fest auf den Beinen und fällt ihr politisch Wörtlein in die Wagschale ihres neuen Vaterlandes, so scheinen sie berufen, der wichtigste Pfeiler der Brücke zu werden, die von dem deutschen Volke zu seinen, wie Goethe sie nannte, „südöstlichen Nachbarn" hinüberführt.

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten

Von Dr. F. Schönemann

Man kann nicht vom Sozialismus in den Vereinigten Staaten reden, ohne die amerikanische Arbeiterbewegung als das zu erkennen, was sie ist, nämlich eine im großen und ganzen wirtschaftliche Gewerkschaftsbewegung, „trade unionism" nach britischem Muster. Ohne Frage sind bei der Veramerikanisierung die meisten der britischen Schwächen mit übernommen und die wenigsten der britischen Vorzüge beibehalten worden, so daß heute die nordamerikanische Arbeiterschaft ohne politisches Rückgrat ziemlich kläglich dasteht und vorläufig wohl lange noch nicht dem Kampf mit dem politisch sicheren Unternehmertum gewachsen ist, noch dazu in der Luft der politischen Reaktion, die in unseren Tagen ganz Amerika erfüllt. Mit einer gründlichen Niederlage ernteten übrigens die amerikanischen Arbeiter gleich ihren britischen Vettern nur, was sie selber säten, als sie sich von Wilson und seinen Helfern und ihren eigenen törichten und teilweise niederträchtigen Führern in den Weltkrieg ziehen ließen. Indem sie Deutschland vernichten halfen, zerstörten sie nicht nur das sozialste Land der Welt, sondern zugleich auch ihre eigenen guten Aussichten. Aber auch sie werden allem Anschein nach gar nichts oder nur beschämend wenig aus ihren Fehlern und Sünden lernen.

Der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber bedeutete ihr wirtschaftlicher Kampf, ohne politische Ziele oder Zwecke, sehr oft eine große Stärke. Er ermöglichte u. a. beispiellose Zugeständnisse wirtschaftlicher Art ohne wesentliche Beunruhigung der öffentlichen Meinung. Es war auch dabei

Digitized by Google

ein gut Stück wirklicher politischer Klugheit, die sich nicht in politischer Prinzipienreiterei und dem gedankenlosen Nachlaufen zweifelhafter bloßer Schlagwörter gefallen mochte. Die amerikanischen Arbeiter versündigten sich nicht an ihrem Volk dadurch, daß sie ein neues Klassenbewußtsein schufen, sie verschärften auch nicht bestehende und zum Teil unvermeidliche Klassengegensätze und schwächten schließlich in keiner Weise die notwendig nationale Außenpolitik ihres Landes. Der deutsche Arbeiter hat sich politisch festgelegt, er steht und fällt mit dem Sozialismus oder einem sozialistisch auffrisierten Marxismus, während der amerikanische gleich dem englischen Arbeiter die Hände politisch frei behält. Freilich bleibt es eine offene Frage, ob die berechtigten Interessen der Handarbeiter tatsächlich allein wirtschaftlich und unpolitisch durchgesetzt werden können. Für die Vereinigten Staaten wird die nächste Zukunft der amerikanischen Arbeiterbewegung die Antwort geben.

Die hauptsächliche Vertretung der bisher organisierten amerikanischen Arbeiter, die „American Federation of Labor", ist noch einen Schritt weiter gegangen, um sich vor dem amerikanischen Volk als salonfähig und national einwandfrei darzustellen; und zwar hat sie sich als ganz unschuldig im Punkte Revolution bekannt. Der Hauptpriester solchen Glaubens ist der jingoistische Arbeiterführer Samuel Gompers. Er wies noch im Oktober v. J. im „American Federationist" jegliches Ansinnen auf Unterstützung der Bewegung des Weltproletariats scharf zurück und erklärte, was als sein Programm zu gelten hat, daß die A. F. of Labor keine revolutionäre Organisation sei, und dann wörtlich: „Die amerikanische Arbeiterschaft betrachtet die Regierung ihres eigenen Landes als im wesentlichen demokratisch, wenn sie auch die Notwendigkeit der Revolution gegenüber autokratischen Regierungen anerkennt." Selbst wenn einmal Sam Gompers nicht mehr regiert, wird sich doch der Zustand kaum ändern, weil er mit der allgemeinen innerpolitischen Lage zusammenhängt.

Zuletzt darf man auch nicht vergessen, daß das oftgebrauchte englische Wort „socialism" nicht dasselbe bezeichnet wie das deutsche Wort „Sozialismus". Ein Beispiel genügt. Fred. C. Howe, der frühere Einwanderungskommissar von New York, schrieb 1915 ein Buch des Titels „Socialized Germany", worin er nachwies, daß Deutschland schon vor dem Krieg allen anderen Staaten der Welt um eine ganze Generation mit sozialer Gesetzgebung und Fürsorge voraus war. Das „sozialisierte Deutschland" heißt hier im Sinne des englischen Sprachgebrauches nichts als das „verstaatlichte Deutschland". Deutsche Zeitungsschreiber sollten das einfürallemal einsehen und z. B. auch nicht davon reden, daß die britischen Bergarbeiter „die Sozialisierung der Gruben" forderten. Es handelt sich dabei nur um eine Verstaatlichung, die das fürchterlich

Digitized by Google

rückständige Preußen schon jahrzehntelang hat. Heute reden die Arbeiter in Großbritannien und den Vereinigten Staaten viel lieber vom „Nationalisieren", wobei sie noch den Schein erwecken, als handelte es sich um ihre eigene politische Erfindung; es ist aber nicht der einzige Fall von Vaterraub, der an uns verübt wird. Ohne Uebertreibung läßt sich nämlich feststellen, daß die Angelsachsen, die sich ihres politischen und wirtschaftlichen Individualismus seit Jahrhunderten rühmen, den Weltkrieg nur gewannen, weil sie klug und rasch genug zum deutschen Staatssozialismus übergingen. Freilich diente ihnen unser großer sozialer Friedensgedanke nur zum Gewinnen des Krieges. Mit dem Waffenstillstand war ihr Interesse daran erledigt, und sie bemühten sich, die gefährliche staatssozialistische „Nothilfe" umgehend zu beseitigen, was den Hauptteil ihrer sogenannten Rekonstruktion ausmacht.

Daß der amerikanische Boden für einen politischen Sozialismus zu steinig war, ist danach bereits klar. Aber selbst dort konnte so etwas wie eine Sozialistenpartei wachsen. Sie entstand zur Zeit des großen Pullman-Streiks von 1897 und nannte sich sogar „die Sozialdemokratie von Amerika", aber wie es bei den amerikanischen und den europäischen Radikalen geht, eine Spaltung und Wiedervereinigung nach der andern folgte, bis sich schließlich die „Socialist Party" und die „Socialist Labor Party" gegenüberstanden; nur diese, die viel kleinere Partei trieb bewußt Arbeiterklassenpolitik, während jene hauptsächlich die Verstaatlichung der Produktions-, Verteilungs- und Verkehrsmittel forderte. Die Präsidentenwahl von 1912 brachte jener beinahe 900 000 Stimmen für ihren Kandidaten (gegenüber 250 000 von 1908) und nährte damit große Hoffnungen auf die Zukunft. Die Wahl von 1916, die im Schatten der amerikanischen Kriegsbereitschaft stattfand, ließ wenig Raum für die sozialistische Sache, dagegen schien die von 1920 viel zu versprechen. Aber schon die verschiedenen Zwiste auf den „Nationalversammlungen" der zwei sozialistischen Parteien und endlich gar die Begründung einer neuen staatssozialistisch angehauchten „Farmer-Labor-Party" ließen die sozialistischen Aussichten bei der Wahl immer mehr zusammenschrumpfen. Das Ergebnis war denn auch allseitig ernüchternd. Der sozialistische Hauptkandidat Debs, der als Sträfling Nr. 2253 im Bundesgefängnis zu Canton, Ohio, saß und gerade deshalb der gegebene Mann für alle Unzufriedenen sein sollte, erhielt keine 20 000 Stimmen mehr als im Jahre 1916; und die anderen sozialistischen Parteien oder Gruppen konnten sich mit ihren verschiedenen 10 000 Stimmen noch weniger rühmen.

Je weniger die Sozialisten drüben an praktischen Erfolgen errangen, desto mehr befaßten sie sich in theoretischen Forderungen, hauptsächlich im Jahre des Heils 1920. So schloß sich die Sozialistenpartei begeistert

Digitized by Google

der dritten Internationale von Rußlands Gnaden an, mit der Bestimmung jedoch, daß „keine besondere Methode zur Erreichung des sozialistischen Staatswesens, wie z. B. „Die Diktatur des Proletariats", als Bedingung zur Aufnahme gemacht werden dürfe". Die Arbeiterpartei ihrerseits wandte sich deutlich gegen die „American Federation of Labor", sprach vom Versagen der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung, des „craft unionism" und empfahl sich der amerikanischen Arbeiterschaft als „revolutionärer politischer Verband". Die neue „Farmer-Labor Party" endlich versuchte eine gewisse Verschmelzung von staatssozialistischen und liberalen Gedanken, wobei sie betonte, daß eine politische Demokratie ohne industrielle Demokratie ein leeres Wort bliebe. Im übrigen wollte sie 100 Prozent Amerikanismus vertreten, womit sie natürlich weder die 100 Prozent Amerikaner noch die Massen der Farmer und Arbeiter verführte.

Es gibt nun verschiedene Gründe für den völligen Mißerfolg des Sozialismus in den Vereinigten Staaten; die einen liegen in der allgemeinen amerikanischen Volksart und der Volksstimmung, die anderen bei Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Weltkrieg und wieder andere in den Sozialisten selber.

Der Durchschnittsamerikaner ist ein selbstgenügsam beharrendes politisches Wesen. Er wählt in den meisten Fällen wie sein Vater und Großvater. Ueber die Zugehörigkeit zu einer Partei entscheidet jedenfalls die persönliche Gewöhnung oder die gesellschaftliche Stellung mehr als irgendetwas anderes, z. B. eigenes Denken. Allerdings erwacht ab und zu im Amerikaner ein Protest. Er sucht und findet gern den Teufel, irgendeinen Prügeljungen, mal den Kapitalisten, mal Mr. Hearst, Roosevelt und, wenn's paßt, „the Kaiser"; und da er groß im Verallgemeinern ist, bringt er auch schnell eine „Bewegung" auf die Beine. Und kommt zum moralpolitischen Protest gar das Selbstinteresse, so ist ein „gerechter" Krieg im Handumdrehen erklärt. Es ist alles menschlich einfach und erklärlich, nur darf man nicht viel von solchem „Radikalismus" erwarten. Wie das ein Aufsatz erläutern kann, der kurz vor der letzten Präsidentenwahl in der volkstümlichsten amerikanischen Wochenschrift, der „Saturday Evening Post" erschien. Es heißt da in verblüffender Selbsterkenntnis, daß der Amerikaner „ein ungeschickter Radikaler" sei. „Wenn er welche radikale Gedanken hat, bemäntelt er sie damit, daß er sagt, er sei „fortschrittlich" (a progressive), was ein Zustand ist, von dem er in jeder beliebigen Richtung wirken oder wählen kann und der es ihm ermöglicht, mit seinen Nachbarn auf gutem Fuße zu bleiben. Es zeigt eine geringe Kenntnis amerikanischer Politik und Politiker, wenn man annimmt, es werde ein Protest von einigen wenigen Millionen Stimmen aus einer Gesamtheit von 33 oder mehr Millionen

Digitized by Google

jene Politiker genügend ändern, um eine einzige Reform in ihrer Handlungsweise, ihrem Verfahren oder ihren politischen Rücksichten herbeizuführen".

Selbst wo der Wille drüben nicht schlecht ist, verbietet die Furcht vor den Nachbarn, vor der öffentlichen Meinung das Ausdenken jeglicher Kritik und erstickt viel sittlichen Mut. So will niemand „unpopulär" sein, was so viel wie gemeingefährlich bedeutet. Man geht den „Weg des geringsten Widerstandes". Selbst der amerikanische Richter ist im großen und ganzen, im guten und bösen ein Werkzeug der öffentlichen Meinung. Es ist leicht einzusehen, daß der Sozialismus im ganzen durchaus unbeliebt ist und es also zur Pflicht eines guten Amerikaners gehört, die sozialistischen Keime in sich und anderen auszurotten. Der Sozialismus ist nicht nur unbequem, er setzt auch ein Fragezeichen an so manche amerikanische Einrichtung, die in Schule und Presse als geheiligt hingestellt wird. Der Durchschnittsamerikaner kann auch nicht zugeben, daß die Wirtschaftsordnung falsch sein soll, die ihn doch wohlhabend oder reich und sein Land mächtig und einflußreich gemacht hat. Da Amerika nach seiner Entstehung und Geschichte und kraft des „Individualismus" von Gottes Gnaden „all right" ist, muß jeder Sozialismus verkehrt und schädlich sein. Hinzu kommt noch bei denkenden Amerikanern ein gewisser gesunder politischer Instinkt, der nicht zuläßt, daß man eine Wirtschaftstheorie an einem großen Volkskörper praktisch ausprobiert. Für das „alte" Europa mag der Sozialismus passen, da sind wirtschaftliche Versuche sogar interessant und erfreulich, bestenfalls sogar zu amerikanischem Nutzen, aber im „neuen" und „freien", „echtdemokratischen" Amerika, in „God's country" ist aller Sozialismus praktisch und grundsätzlich unangebracht. Sozialismus ist geradezu unamerikanisch. Das ist ein Glaubenssatz bei hoch und niedrig und findet sich in der gelbsten Presse wie auf den besten Universitäten des Landes. Und was für die Kultur und Politik gleich wichtig ist, es bezeichnet die innere Haltung der führenden amerikanischen Oberschicht, die wegen ihrer zähen englischen Ueberlieferung und französischen Liebedienerei kein Verständnis für deutsche Gedanken und Einrichtungen haben kann und deshalb die neue sozialistische Republik ebenso ablehnt wie vor und in dem Krieg den preußisch-deutschen Staatssozialismus.

In den Augen aller amerikanischen Patrioten — und welcher Amerikaner ist das nicht?! — hat sich der amerikanische Sozialist noch besonders verdächtig gemacht. Durch seinen Widerstand gegen den Weltkrieg und die zwangsweise militärische Aushebung wurde er zum „Verräter". Der Arbeiter mit seinen Lohnforderungen schreckte nicht, wohl aber der „Rote",

Digitized by Google

der sich nicht entblödete, im Weltkrieg „prodeutsch" zu sein. So wenigstens stellte man es hin. Im Grunde wollte der überzeugte Sozialist genau wie mancher überzeugungstreue Liberale, Pazifist, oder gar nur einfache Menschenfreund allein seinem Gewissen folgen, und nicht selten war er durchaus nicht deutschenfreundlich. Aber es war am bequemsten, ihn als prodeutsch und antiamerikanisch abzutun. Und wurde seine Kritik mal zu gefährlich vernünftig, so brutalisierte man ihn durch Ausnahmegesetze, wie das berüchtigte Spionagegesetz von 1918 und scheute sich auch durchaus nicht vor Rechtsbrüchen und Klassenjustiz.

Noch ein anderer Umstand ist zu erwähnen. Viele amerikanische Sozialisten sind Eingewanderte, Fremde, „foreigners" und entsprechend schlecht bei den eingeborenen, den „echten" Amerikanern englischer Färbung angeschrieben, die dann oft und öffentlich den Rat erteilten: Geht doch nach Europa zurück, wenn es euch hier nicht paßt! Freilich stimmte das schlecht zu dem anderen oft gegebenen Rat, der auch der krampfhaften Amerikanisierungsbewegung von heute zugrunde liegt: Wer in Amerika sein Brot verdient, muß auch amerikanischer Bürger werden! Schließlich ist der amerikanische Sozialist gleich dem „Hunnen" während der Kriegshetze für alle Bomben verantwortlich gemacht worden, die gerade zu der Zeit losgingen. Einige kleine radikale Gruppen, z. B. die „Industriearbeiter der Welt", die „I. W. W.", sind den Unternehmern gelegentlich mit Gewaltmaßregeln gekommen, besonders in Kalifornien und Pennsylvanien, aber selbst sie stehen natürlich nicht hinter jedem Bombenanschlag. Macht nichts, der Sozialist wird gehetzt!

Der Sozialismus in den Vereinigten Staaten hat m. E. so gut wie keine Zukunftsaussichten, nicht einmal, wenn er sich in der gemäßigten Form des alten preußisch-deutschen Staatssozialismus zeigt. Das schließt nicht aus, daß er gelegentlich örtliche Erfolge hat, z. B. bei Stadt- oder Staatswahlen, selbst wenn es darob wie bei den fünf Sozialisten der New-Yorker Staatslegislatur zu einem großen nationalen Skandal kommt. Auch seine Literatur wächst, mehr Bücher werden darüber geschrieben, und seine Zeitungen werden mehr gelesen. Vielleicht kommt sogar einmal vom Westen, der zum „Radikalismus" (amerikanischer Art) und zu politischen Versuchen neigt, ein neuer Anstoß. Und die Wirtschaftsentwickelungen der nächsten Jahrzehnte lassen sich natürlich nicht durch Prophezeiungen festlegen. Aber nach menschlichem Ermessen wird es drüben dem Sozialismus im allgemeinen so ergehen wie dem bisher interessantesten einzelnen staatssozialistischen Experiment innerhalb der Vereinigten Staaten, der „Non Partisan League" von North Dakota, die die öffentliche Meinung ein paar Jahre in Atem hielt, aber jetzt langsam verscheidet.

Digitized by Google

Sibirien als Kampfplatz der großen Politik

Von Dr. Richard Pohle, Privatdozent an der Universität Berlin

Man kann das russische Reich von 1914 mit einem Körper vergleichen, dessen Rumpf die europäischen, dessen Extremitäten die asiatischen Besitzungen bilden. Mit Ausdehnung Sibiriens bis an die äußerste mögliche Grenze im Osten setzte Rußland einen Fuß an den Pazifik. Doch dieser Fuß hatte seine Achillesferse: Wladiwostok.

Die Stadt mit dem natürlichen, eisfreien Hafen, mit Gold- und Edelerzvorkommen unmittelbar vor ihren Toren, mit ungemein reichen Kohlenlagern in nächster Nähe, ist geradezu geschaffen, einmal Welthafen erster Ordnung zu werden. Aber sie hatte kein Hinterland. Oder richtiger, Rußland besaß das Hinterland, die Mandschurei, nicht, welche als Korn- und Fleischkammer mit ihren Bodenschätzen Ziel heißester Sehnsucht war. Allerdings gelang es, dieses natürliche Einfluß- und Siedlungsgebiet des übervölkerten, landhungrigen China an den russischen Rumpf zu binden. Indessen war die bis zur Mitte Rußlands, rund 8700 Kilometer messende Bahnlinie nur als ein dünner Draht zu betrachten, weil sie auf lange Strecken durch öde, schwach bevölkerte Gebiete führt.

Damals war sich Rußland der ungeheuren politischen Tragweite seines Tappens im „Fernen Osten“ ganz gewiß nicht bewußt. Heute dagegen ist es klar, daß das Reißen jenes Drahtes im Jahre 1905 eine furchtbare moralische Niederlage bedeutet. Und zwar muß sie als der Anfang des Zusammenbruches von 1917 gelten. Denn sie offenbart den Russen die völlige Schwäche ihrer innerpolitischen Zustände, sie untergräbt damit das Selbstbewußtsein des Volkes. Wladiwostok aber bleibt die Achillesferse!

Nach dem Frieden von Portsmouth tauschten die Gegner ihre Rollen. Nun konnte Japan daran denken, sich in der Mandschurei einzurichten. Bald waren die Japaner günstiger daran als ihre Vorgänger. Die Einverleibung des traditionell beanspruchten Eroberungszieles Korea näherte Japan der Mandschurei bedeutend, obwohl die Koreaner bis auf den heutigen Tag ein [illegible] Volk blieben. [illegible] Japan auf Sachalin fest. Die [illegible] Insel ist reich an [illegible], von dem Amur- und Küstenland [illegible]. [illegible] vermochte die [illegible] ihre [illegible]plätze längs der [illegible] [illegible]. [illegible] im Jahre 1915 der russische Sibirienkenner [illegible] ausbricht, daß Japan [illegible]

das doch nichts anderes, als das Ostsibiriens Küsten, Kamtschatka mit eingeschlossen, japanisches Einflußgebiet geworden waren. . . . . Zu Anfang des Weltkrieges sitzt also Japan in mehr oder minder günstigen Stellungen fest am Gelben, am Japanischen und am Ochotskischen Meer. Und die japanischen Inselbögen haben in Gestalt von Kamtschatka beträchtliche Verlängerung erfahren. In ihrer Gesamtlänge können sie als Teil einer Kreislinie aufgefaßt werden, deren Mittelpunkt weit entfernt in Sibirien belegen ist.

Der Krieg bringt Japan zunächst eine Reihe vorteilhafter Geschäfte. In gutem Golde zahlt Rußland für Waffen und Munition (nach einer Unterbrechung im Jahre 1918 sogar noch 1919, während Admiral Koltschak über Sibirien gebietet). Rußland muß ferner den Japanern von Osten her bis nach Irkutsk Siedelungsfreiheit gewähren, muß neben anderen Konzessionen japanische Schiffahrt auf Amur und Sungari dulden. So bringt der Japaner ins sibirische Festland ein. Und andauernd entspringen aus Rußlands Kriegs- und Revolutionsverlegenheiten neue wirtschaftliche und politische Möglichkeiten, ergeben sich für Japan wichtige Resultate. Darunter eines, dessen Tragweite die anderen weit übertrifft: die japanische Schutzbesetzung der Stadt Wladiwostok im Frühjahr 1918. Ihr folgt dann weiteres Vorrücken japanischer Garnisonen bis in die Gegend des Baikalsees.

Um jene Zeit war das westbaikalische Sibirien zum ersten Male „sowjetisiert". Nur die im Hintergrunde drohende japanische Macht schützte Ostsibirien vor gleichem Schicksal. Was indessen nicht am Aufflammen bolschewistischer Putsche und Kämpfe hinderte, denen auch japanische Bürger zum Opfer fielen. Doch nicht nur ausländische Konsuln jenes im Krieg zu ungeahnter Bedeutung gelangten Stapelplatzes riefen Japans Hilfe an. Auch die ins Exil getriebenen monarchistischen und bürgerlichen Russen selbst suchten unter dem Sonnenbanner Schutz und Förderung ihrer antibolschewistischen Pläne. Gerade die Russen, und zwar Anhänger beider Lager, forderten somit Japans Politik zu größerer Aktivität heraus. . . .

Solange Japan sein Militär in Transbaikalien hielt, konnte der Burjäte Semenoff in Tschita residieren und seine Leute durch großmongolisch-burjätische Staatsgedanken blenden. Als hingegen die Japaner auf Betreiben der Mächte — ohne von England gestützt zu werden — ihre Truppen zurückziehen mußten, wich auch General Semenoff vor den Bolschewisten zurück. Uebrigens ein militärisch und staatsmännisch gleich un-

Digitized by Google

fähiger Mann, wohl nur als Werkzeug japanischer Politik zu betrachten, den diese gerade jetzt wieder vorschiebt. . . .

Im Jahre 1920 haben die Dinge sich aufs äußerste zugespitzt. Nun folgt die Entladung: Zusammenbruch der Regierung Koltschak, Vordringen der Bolschewisten nach Transbaikalien, Gründung einer „Republik des Fernen Ostens" als Filiale der Sowjetregierung, Bolschewisierung von Wladiwostok, dessen radikalere Elemente nur durch japanische Maschinengewehre in Schach gehalten werden. Den Gipfel aber bildet das Gemetzel in Nikolajewsk am Amur, dem alle 800 dort ansässigen Japaner — Männer, Frauen und Kinder — zum Opfer fallen. Japans prompte Antwort ist dann völlige Besitzergreifung von Sachalin, stärkere Festsetzung in Wladiwostok. Und den Schluß, den wir daraus ziehen? Zwischen Japanern und Russen waltet unversöhnlichster Haß, Kriegshandlungen sind zwischen beiden Nationen bereits seit Jahren im Gange.

Man möchte infolgedessen Lenins Lage nicht gerade als glänzend bezeichnen, zumal in Anbetracht der Aufstände im eigenen Lande. Von wo sollte ihm auch Hilfe kommen? China ist durch innere Wirren so geschwächt, daß die Mongolei sich kürzlich wieder einmal vom Reich der Mitte lösen konnte. Das geschah mit japanischer Hilfe durch antibolschewistische Kraft unter Ungern-Sternberg, einem Verwandten Semenoffs, der gleichfalls von Japan als Werkzeug benutzt wird. Hier sehen wir, wie das Inselreich sein Einflußgebiet auf Chinas Kosten vergrößert und gleichzeitig einen Keil zwischen diese Macht und Sowjetrußland treibt. Bliebe noch U. S. Amerika, der bedeutendste Feind jeglicher Auswirkung japanischer Machtpolitik am Pazifik. Der Yankee bekämpft den Japaner vor allem auf amerikanischem Boden. In Asien sucht er ihm wirtschaftlich den Wind aus den Segeln zu nehmen, die von Japan erlangten Konzessionen im wahren Sinn des Wortes zu neutralisieren. Man muß es den Amerikanern lassen, wirtschaftspolitisch hatten sie den Sieg in Sibirien bereits errungen! Auf jeder Station der Sibirischen Bahn arbeitete in den Jahren 1917—19 eine amerikanische Eisenbahnergruppe daran, Ordnung und Verkehr aufrechtzuerhalten. Erst 1920, nach vollständiger Bolschewisierung, zogen sie still und ohne Geräusch heimwärts. So rücksichtslos der Japaner auftritt, so geschickt und taktvoll arbeitet der Yankee für seine Zukunft. . . . Auch auf Lenins Lebensmittel der Konzessionierung Sibiriens fiel er nicht herein.

Digitized by Google

Denn ein konzessioniertes Kamtschatka würde wirken wie ein Knochen, der Japan zum Losfahren nötigte.

Trotzdem braucht man Lenin, der es meisterhaft versteht, seine Feinde durch Propaganda zu schwächen, nicht für hilflos zu halten. Kriegführen stärkt ihn in jedem Fall. Und der von den Bolschewisten selbst herbeigeführte wirtschaftliche Ruin erschwert seine Bekämpfung. Unter Umständen könnte sogar ein Krieg gegen Japan ähnlich populär werden, wie im vergangenen Jahr der Krieg gegen den russischen Erbfeind Polen.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 86a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17—18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstraße 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 6. August 1921 * Heft 32

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Japan hat die Einladung zu der Washingtoner Konferenz angenommen, nach längerem Zögern. Es muß vorher das Terrain abtasten, auf dem es stehen wird. Denn zweifellos ist seine Lage schwierig genug, weil Amerikas Position den europäischen Mächten gegenüber sehr stark ist und die englischen Dominions auf das Mutterland in antijapanischem Sinne drücken. Nun hat es aber freilich, bei allem Mißtrauen, ein Interesse daran, dabei zu sein, wenn wieder einmal von Abrüstung gesprochen wird. Das ist ja ein schönes Thema, bei dem sich vor allem in den maritimen Fragen niemand etwas Genaues denken kann. Es ist für Japan eine Lebensfrage, zu erfahren, ob nun doch vielleicht Herr Harding sich tatsächlich etwas denkt.

*

Der Friede von Trianon ist ratifiziert. In vier Wochen soll er ausgeführt sein, was seine territorialen Bestimmungen anlangt. D. h. Ungarn soll an Oesterreich das weit überwiegend deutsche Burgenland abtreten. Die Ungarn, die sich in den Verlust weiter slawischer und rumänischer Gebiete finden mußten, die an die reinen Nationalstaaten übergingen und ihnen auch verwaltungsmäßig längst eingegliedert sind, tun so, als ob das Weggeben deutschen Bauernlandes für sie die unerhörteste Kränkung bedeute. Oesterreich ist aber nun in der seltsamsten Lage. Wirtschaftlich hat es das größte Interesse, die Fläche, die Wiens Nahrungsnot in einigem erleichtern könnte, in den Staatsverband zu erhalten; politisch und militärische Kräfte aber, dieses Bedürfnis zu stützen, fehlen ihm und Ungarns Drohnoten schüchtern ein. Jetzt kommt die Entente wieder vor eine Kraftprobe ihrer Autorität und auch hier ist sie innerlich nicht geschlossen.

*

Digitized by Google

In dem griechisch-türkischen Krieg scheint im Augenblick der Sieg der griechischen Waffen fraglos geworden zu sein, denn Kemal Pascha verlegt sein politisches Hauptquartier nach rückwärts. Eine Nachricht will wissen, daß er die Entente um Vermittlung angegangen habe. Sicher ist die Bedrohung von Konstantinopel abgewendet. Ob damit für die militärische Lage in Kleinasien eine entscheidende Wendung eingetreten ist, die zu einem politischen Ausgleich führen kann, oder ob Kemal im Innern, falls die Griechen nachrücken, einen verzettelten Krieg fortsetzen wird, bleibt noch dahingestellt. So viel ist gewiß, daß Konstantins Erfolg innerhalb des Konzerns der Mächte auf das Guthaben Englands kommt, das ihn stützte, vorandrängte, als Waffe gegen den Islam verwandte, während Frankreich, teils aus Haß gegen den zurückgekehrten König, teils aus Konkurrenzgründen in der orientalischen Machtverteilung seine Sympathien, wenn auch nicht allzu deutlich, den Türken lieh. Haben die Griechen ernsthaft gesiegt, so hat Konstantin seinen Thron befestigt, die Engländer sind aber in einigem den französischen Druck losgeworden. Es ist interessant, daß der Oberste Rat auf seine nächste Konferenz die Orientdinge nicht setzen will.

*

Die Abstimmungen im deutschen Metallarbeiterverband werden mit Recht höher gewertet als sonstige Delegiertenwahlen bei Gewerkschaftsverbänden. Denn diese Fachgruppe ist am meisten politisiert und hat, etwa in der Figur Richard Müllers, die ersten Revolutionsführer gestellt. In ihr ist es auch zu jenen ersten großen Kämpfen gekommen, die mit dem Sturz des bisherigen „gemäßigten" Vorstands Schlicke endigten. Aber offenbar hat nun die rückwärtige Bewegung eingesetzt. Es ist an sich ja grotesk und traurig, daß die deutschen Gewerkschaftskämpfe unter der Parole: „Amsterdam" oder „Moskau" ausgefochten werden, daß eine andere Losung als die fragwürdiger Illusionen nicht gefunden ist; aber bemerkenswert bleibt, daß in den mächtigsten Industriezentren ein Rückschlag heute schon erfolgt ist. Dabei kann nicht übersehen werden, daß die „Unabhängigen" einmal mit den Mehrheitssozialisten, das andere Mal mit den Kommunisten ein Abkommen abgeschlossen haben. An diesem Mangel in ihrer Orientierung werden sie sich zerreiben.

*

Digitized by Google

Zwischen den Gewalten

Von Dr. Theodor Heuß

Die Stellungnahme von London und Paris in der oberschlesischen Frage ist nicht von einem Mehr oder Weniger an Wohlwollen, an Uebelwollen gegenüber Deutschland bestimmt. Daß sie sich so spiegelt, und daß dadurch Eindrücke entstehen, die nun mit mannigfachen Werturteilen umgeben werden, ist eine seelische Wirkung, die, je nach dem Standpunkt, auch politisch willkommen, vielleicht politisch beabsichtigt sein mag. Das amtliche London hat ein gewisses Interesse daran, daß man in Deutschland seinen Namen mit einem Untergefühl der Dankbarkeit, der Anerkennung ausspreche. Das fügt sich gut in das Bemühen, die englische Legende von der Großmut und Gerechtigkeit zu reparieren, die verschiedentlich schadhaft geworden. Das Verfahren ist, da die Deutschen anspruchslos, mit weiteren Unkosten nicht verknüpft; innerhalb dieser Gefühlswolke merkt man weiter nicht, wie eng, genau, kleinlich die britische Wirtschaftspraxis nach wie vor gegenüber Deutschland sich darstellt. Die hemmungslosen britischen Deutschhasser, die sich an dem Beifall der Pariser Boulevardpresse erlaben, treten im Augenblick etwas zurück. In Paris aber wechselt die Tönung in den führenden Blättern und rivalisierenden Gruppen: die einen tun so, als ob ihnen an einer gemeinsamen Arbeit mit Deutschland gelegen, die eben nur von Berliner oder — Londoner Intrigen gestört werde, die anderen verschleiern kaum, daß ihnen an einer Schürung der antifranzösischen populären Stimmung in Deutschland gelegen ist, und sie steuern ihre Beiträge reichlich bei. Denn deren Zeugnisse sind Stoff für ihren innerpolitischen Machtkampf. Aber all diese psychologischen Reflexe sind für die Erkenntnis der Lage nicht entscheidend.

Innerhalb der Entente ist Englands Stellung, mit durch die Entwicklung der orientalischen Dinge, stärker geworden als sie vor einem halben Jahr noch gewesen, und innerhalb Großbritanniens hat sich die Stellung des Kabinetts Lloyd George für den Augenblick unverkennbar gefestigt. Als die Regierung kürzlich, bei einem an sich unbedeutenden Anlaß, in der Minderheit blieb, verneinte der Sprechminister Chamberlain glattweg die Absicht, daraus irgendwelche, wenn auch nur formale Folgerung zu ziehen — man bedarf gegenwärtig keiner Vertrauenskundgebung. Denn die Erfolge liegen auf der Hand. Die ungeheuren ökonomischen Erschütterungen durch den Bergarbeiterstreik haben politisch die Regierung stark gesehen. Die Reichskonferenz hat, in der Erinnerung der gemeinsamen Leistung von Heimat und Dominions, dem Kabinett des Siegs moralisch genutzt, gleichviel, ob es Probleme mehr aufwarf als abschließend löste. Die Irenfrage ist, seit de Valera nach London kam, etwas aus dem Zustand des legitimen

Digitized by Google

Bürgerkrieges herausgehoben, und, wenn das englische Militär auf der Insel nicht provoziert, hat Lloyd George seine Situation, auch gegenüber den Reichsgenossen und den Amerikanern verbessert. Er kann es wagen, Lord Northcliffe und die „Times" sehr schlecht zu behandeln, weil diese mit Curzon übel umgesprungen, und ist doch selber, als er seiner Zeit Asquith warf, das Geschöpf dieser Gruppe gewesen. Er geht nach Schottland zur Erholung und denkt über Amerika, Japan und diese alten Geschichten von Flottenabrüstung nach, über die man sich ja schon einmal vor zehn Jahren unterhalten hat. Niemand stört ihn. Er wird im Augenblick durch keinerlei Scharren an der Türe beunruhigt. Die Engländer, gleichviel wie sie über sein inneres System urteilen, wollen offenbar, daß er mit seinen Leuten die Geschäfte mit Amerika ungestört in Ordnung bringt. Oberschlesien — das ist eine Frage zweiten Grades. Das allgemeine politische Interesse der Engländer will nur, daß Polen nicht zu stark werde; denn ein wirklich lebensfähiges Polen, seiner Tradition und Art nach Paris verbunden, würde Kräftezuwachs für Frankreich bedeuten. An solchem aber ist England sehr wenig gelegen, nachdem sich französisches Kraftbewußtsein allzu oft und manchmal recht unerwünscht, geltend gemacht hat.

Briand kann nicht so ruhig sein. Die fast unlösbaren Schwierigkeiten in der Reparationsfrage bewegen sich nur sehr umständlich vorwärts; was auch an ihrem Ende stehen wird, es muß die erregte Phantasie des Durchschnittsfranzosen unbefriedigt lassen und immer Gruppen schaffen, die sich durch eine Verständigung über deutsche Sachleistungen geschädigt fühlen und schimpfen. Er hat keine inneren Siege hinter sich. Das Problem des Staatshaushalts bleibt erdrückend genug. Er schafft sich Erfolge, indem er das Leipziger Reichsgericht verunglimpft — aber auch diese rüden Reden verfliegen, finden in England keinen Widerhall, rufen ein paar französische Publizisten auf, der eigenen Kriegspraxis die schlimmsten Vorwürfe zu machen. Und er muß damit rechnen, daß die „Räumung" Oberschlesiens durch die Insurgenten als ein Erfolg der englischen Auffassung betrachtet werde. Vor seiner Türe aber drängeln sich die Anwärter.

Die französische Politik ist in ihren letzten Zielen eindeutig: jede mögliche Stärkung soll Polen zuteil werden, damit Deutschland die dauernde Beruhigung im Osten habe und damit der Westen „entlastet" sei. Das taktische Verfahren ist aber nicht immer ganz durchsichtig. Man weiß in London wohl nicht recht Bescheid (oder zu gut), ob das Solidarverhältnis, das nach dem Versailler Vertrag die J. A. K. in Oberschlesien formal darstellt, nicht tatsächlich durch ein französisch-polnisches Geheimbündnis aufgehoben ist, das auch von Oberschlesien handelt. Und nicht nur von Oberschlesien, sondern vielleicht auch von Rußland. Paris dementiert etwas nervös Londoner Gerüchte, daß die beabsichtigten Truppensendungen mit

Digitized by Google

dem wieder einmal erwarteten russischen Umschwung in Verbindung ständen. Nein, die Franzosen haben, seitdem der Aufstand zu Ende, Furcht vor dem Frieden.

Der Fall ist ziemlich einfach. Das Vorhandensein von Truppen ist tatsächliches Gewicht; sie, ihre Kanonen und Maschinengewehre sind die wahren Sachverständigen für Machtverteilung. Solange Herr Le Rond neben sich nur ein paar Italiener in Oberschlesien hatte, wurde nur nach französischer Militärmusik politisiert; als ein paar englische Regimenter vorhanden waren, erfuhr diese Melodie eine kleine Störung. Den Briten ist es gar nicht eingefallen, um der Gerechtigkeit willen viel Blut auszuströmen; sie waren einfach da, und ihr Dasein verwandelte einige Gepflogenheiten und Zustände. Diese fast physikalische Notwendigkeit soll durch französische Massierungen wieder aufgehoben werden — das ist ganz logisch. Aber in London will man nicht mitmachen. Weil man schon einige Proben davon erlebt hat, was die französische Politik des fait accompli bedeutet.

Es war ganz selbstverständlich, daß Deutschland auf das französische Ansinnen, sich für Truppendurchzüge bereit zu halten, antwortete: mit wem haben wir es denn zu tun? Mit Paris oder mit dem Obersten Rat, der die Instanz für die Interpretation des Versailler Friedens ist. Es ist nicht bekannt geworden, wie unsere „Kontinentalpolitiker“ dieses Verfahren beurteilen; gewiß werden sie in ein paar Wochen feststellen, daß Deutschlands Anfrage eine englische Falle gewesen, und daß Berlin unbedingt diese Gelegenheit hatte aufnehmen müssen, um mit Frankreich sich über die Durchführung des Transportes zu verständigen, damit Frankreich einmal einen deutlichen Beweis unseres guten Willens erhalte . . . . statt dessen . . . .

In London und Paris wird an der Konkordien-Formel gearbeitet. Sie wird erreicht werden. Dann wird man in beiden Staaten zu den Völkern sagen: die Deutschen täuschen sich, wenn sie meinen, daß morgen die Entente zerbricht. (Was in Deutschland nur die [illegible] unduldigen Utopisten glauben.) Deutsche [illegible] werden [illegible], daß die falsche Politik der Regierung die beiden Gegner nur wieder zusammengebracht habe! [illegible]

So geht es [illegible] machen können [illegible] unterirdischen [illegible] Immerhin, diese [illegible] müssen [illegible] werden. [illegible] gierung [illegible] Ihre Lebensdauer hängt an [illegible] sie darf nicht das [illegible] nicht nur das [illegible]

Digitized by Google

Denn sonst ruiniert sie über ihre eigene Dauer hinaus den Willen und Glauben zur politischen Führung überhaupt. In dem wir sowieso bescheiden genug werden mußten.

Briand und seine Kammer

Von Dr. Eugen Quendt

Macht man sich einmal die Mühe, die großen Kammer- und Senatsreden, die der französische Ministerpräsident seit Januar gehalten hat, nicht nach den entstellenden telegraphischen Auszügen, sondern nach dem Stenogramm der Sitzungen selbst im Zusammenhang zu studieren und hinzuzunehmen, was man etwa sonst an Tatsächlichem über innerpolitische Vorgänge in Frankreich weiß, so gewahrt man, daß während der ganzen Zeit das Kabinett einen zähen und gefährlichen Kampf mit der Mehrheit zumindest der Kammer geführt hat, als dessen Ziel auf seiten der Regierung die Befreiung des Landes und seiner Vertreter von der Kriegspsychose bezeichnet werden muß. Diese Feststellung scheint paradox, ich hoffe jedoch ihre Richtigkeit dartun zu können und weise, um Mißverständnissen vorzubeugen, für jetzt nur darauf hin, daß es sich im folgenden weder um eine „Rettung" Briands handelt noch um die Verfechtung irgendwelcher Annäherungsthesen, sondern um den Versuch einer wissenschaftlichen Studie, die des knappen Raumes wegen allerdings nur an besonders markanten Stellen wörtliche Belege bringen kann, und aus der Folgerungen zu ziehen, jedem einzelnen überlassen bleiben soll. Es wird dabei durchaus angenommen, daß Briand als guter Patriot für das Gedeihen und die Größe seines Landes mit allen erdenklichen Mitteln eintritt und beispielsweise in der oberschlesischen Frage alle Verlegenheiten und Bedürfnisse Englands sorglich in Rechnung stellt, um ein für Frankreich-Polen möglichst günstiges und daher für Deutschland möglichst ungünstiges Ergebnis zu erkämpfen, daß er Deutschland überhaupt alles Böse wünscht, das ein französischer Regierungschef dem „Erbfeind" immer wünschen kann. Aber es darf auch keineswegs übersehen werden, daß Briand zu den Unentwegten um die „Action Française", die ihn täglich angreift, zu den Chauvinisten vom Schlage des früheren Kriegsministers Lefèvre oder Poincarés nicht gehört, sondern im Gegenteil bemüht gewesen ist, das Land von der Illusion des unbedingten Sieges, von der Fata Morgana, die die Clemenceau-Regierung vor ihm aufgebaut hatte, zu befreien.

Ein solches Unternehmen ist naturgemäß nicht einfach. Wenn sogar bei uns, als ob es weder eine Marneschlacht noch einen Fehlangriff auf Verdun, noch die in ihren Anfängen steckengebliebene und schließlich

Digitized by Google

mißglückte Westoffensive von 1918, noch das berühmte Waffenstillstandstelegramm der Obersten Heeresleitung gegeben hätte, in Kreisen von beträchtlicher Bedeutung ohne Gefahr, sich durch Lächerlichkeit zu vernichten, die Parole: Im Felde unbesiegt ausgegeben werden kann, so kann man sich leicht vorstellen, wie es in dieser Beziehung erst in Frankreich aussieht, wie schwierig und undankbar hier eine Reduzierung dieses Siegergefühls auf das Maß des Tatsächlichen sein muß. Schon Clemenceau hat Angriffen auf seinen Friedensvertrag gegenüber darauf hinweisen müssen, daß die diesem Siegergefühl zugrunde liegende These vom siegreichen Frankreich dahin korrigiert werden müsse, daß nicht Frankreich alleine, sondern die Entente Sieger gewesen ist. Briand ist die schwierigere Aufgabe zugefallen, diese Feststellung Clemenceaus nicht nur nachdrücklich wiederholen und bestätigen, sondern auch den Siegesbegriff selbst einschränken zu müssen. Ein Sieger, der mit zerbrochenem Schädel durchs Ziel läuft, kann nicht sogleich zu einem neuen Rennen starten. Das weiß die Regierung sehr wohl und sucht es dem Lande begreiflich zu machen.

„Ich glaube nicht", äußerte Briand in der Senatssitzung vom 30. Mai, „daß unser Land jetzt noch auf dem rein idealen Standpunkt steht, den es bei Kriegsende einnahm. Ich glaube nicht, daß es heute noch in solchem Maße zu jenen allgemeinen Formeln und absoluten Versicherungen hinneigt, die ihm damals gefielen. Es wünscht keineswegs mehr kategorische Behauptungen, wie: Deutschland wird bis zum letzten Centime zahlen. Es hat den Standpunkt, in Einfalt zu warten, daß alles Heil von Deutschland komme, aufgegeben". Und auf den Einwurf: „das Land sagt: Zuerst der Boche, dann wir", fuhr er fort: „Natürlich. Nur beginnt das Volk, sich die Schwierigkeiten klar zu machen". Es genüge nicht, immer wieder mit Versicherungen zu kommen, es müsse auch etwas dazu getan werden, diese Versicherungen zu realisieren.

Die Opposition aber, so sehr sie die Verletzungen des Siegers propagandistisch auszunutzen bereit ist, ist viel mehr geneigt, sich ausschließlich an den Begriff des Sieges selbst zu klammern. Das beruht nicht allein auf persönlichem Temperament, auf unrichtiger Beurteilung der inneren Kräfte des Landes, auf falscher Einschätzung der Möglichkeiten einer Gewaltpolitik, auf irregehenden Wünschen eines zur Siedeglut erhitzten Patriotismus oder auf Bedürfnissen persönlichen, mit demagogischen Mitteln arbeitenden Ehrgeizes, sondern auf den ganzen innerpolitischen Verhältnissen. Wird nicht mindestens die Fiktion des unbedingten Sieges aufrecht erhalten, so bekommt die ganze Clemenceau-Politik unrecht und die der sogenannten Defaitisten, wenigstens teilweise, recht, so fallen aber auch alle mit der Kriegspolitik Clemenceaus verbündeten Hoffnungen der Royalisten, Reaktionäre, Konservativen und Klerikalen zusammen. Aber auch, wer als einzelner heute die Ergebnisse dieser Politik skeptisch beurteilt, wird sich um seiner weiteren politischen Karriere willen nur schwer entschließen, allzu offen von jener Fiktion abzurücken. Schon jetzt schieben die Anhänger

Digitized by Google

Clemenceaus die Verantwortung für die mannigfachen aus der Liquidierung des Kriegszustandes Frankreich ganz unvermeidlicherweise erwachsenen Schwierigkeiten denen in die Schuhe, die abschwächende Interpretierungen des Friedensvertrages zugelassen hätten. Werden diese Schwierigkeiten größer oder gewinnt Deutschland wieder an innerer und äußerer Kraft, so werden die Opponenten diese Tatsachen innerlich vielleicht zähneknirschend anerkennen müssen, stets aber auch daraus furchtbare Waffen gegen diejenigen zu schmieden wissen, die diese Tatsachen scheinbar dadurch haben herbeiführen helfen, daß sie nicht an die unbedingte Siegerhaftigkeit haben glauben wollen. Aehnlich liegen die Verhältnisse z. B. bei der Aufhebung der Sanktionen. Auch wer die Rheinland-Politik der Barrès und Genossen nicht mitmacht, wird es nicht wagen, für die Aufhebung der Sanktionen einzutreten, um nicht später bei einem französischerseits in Deutschland erwarteten Rechtsumsturz wegen dieser, oberflächlich gesehen, unnützen und schädlichen Nachgiebigkeit getadelt zu werden.

Wenn Briand trotz der sich aus dieser Lage ergebenden Schwierigkeiten, trotzdem er wußte, daß eine starke Kammermehrheit seine Politik argwöhnisch überwachen und bei jeder Gelegenheit bereit sein würde, ihn zu stürzen, die Regierung übernahm, so gewann er den Mut dazu unter anderem wahrscheinlich aus der vor und bei dem Fall seines Vorgängers sich ergebenden Beobachtung, daß diese selbe kriegerische und mißtrauische Mehrheit, obwohl von der Linken in starken Ausdrücken dazu aufgefordert, es nicht über sich zu gewinnen vermochte, den Trennungsstrich nach links klar zu ziehen, und sich scheute, die Verantwortung für eine ausgesprochene Rechtspolitik, eine Politik der Chauvinisten und Klerikalen, die alsbald die Bildung einer festen Linksblock-Opposition begünstigt haben würde, zu übernehmen. Auf diese Beobachtung konnte er seinen taktischen Plan bauen. Er würde, bis er für seine Politik eine zuverlässige Mehrheit gefunden hätte, diese turbulente Menge bald mit Kraftworten und -Gesten zum Beifall hinreißen, bald durch Zuschiebung der Verantwortlichkeit schrecken und von Sitzung zu Sitzung und Fall zu Fall so manövrieren, daß man ihm entweder aus rasch entflammter Begeisterung oder aus Furcht vor Schlimmerem zustimmte.

Schon die Regierungserklärung, die, wie sich später ergab, durchaus nicht so unbestimmt war, wie sie vielleicht den Anschein hatte, ließ diese Taktik deutlich erkennen. Kraftworte neben nüchterner Ueberlegung, die geballte Faust, aber nur für den Notfall. Durchaus der Standpunkt der Rechten, aber so vertreten, daß auch die Linke nichts dagegen einzuwenden haben konnte. Entsprechend den Vorgängen während der letzten Lebenstage des Kabinetts Leygues stand die Notwendigkeit der Entwaffnung Deutschlands an erster Stelle. Wenn aber vom friedlichen und vernünftigen Frankreich gesprochen wurde, so war das, wie sich später herausgestellt

Digitized by Google

hat, nicht nur die alte Propagandaphrase aus der Kriegszeit, sondern zugleich eine vorsichtige Andeutung, wie sich die neue Regierung die Verwirklichung von Frankreichs Ansprüchen dachte.

„Wir haben die Macht, wir könnten Gebrauch von ihr machen und werden es zu tun wissen, wenn es nötig ist, die Achtung für unterschriebene Verpflichtungen zu erzwingen. Aber das republikanische (dieser Terminus wird fortan das Leitmotiv) Frankreich ist seinem Wesen nach friedlich und in Frieden will es Deutschland zur Ausführung der übernommenen Verpflichtungen bringen. Frankreich verlangt, was man ihm schuldet, alles was man ihm schuldet. Es ist vernünftig, es wird nicht das Unmögliche verlangen. Wichtig ist jedoch, daß sogleich alle Zahlungsmöglichkeiten in Geld, in natura, in Teilnahme aller Art zugunsten des Gläubigers ausgenutzt werde.

Darin lag unverkennbar ein Abrücken von dem Standpunkt der Klotz, Tardieu, Poincaré, und diese Richtung hat Briand seither, mit mehr oder weniger Erfolg, versteht sich, und trotz gelegentlicher aus taktischen Notwendigkeiten entspringenden Abweichungen, innegehalten. Um dies zu können, hat er allerdings manches scharfe Wort gegen Deutschland gebrauchen müssen, das durch die Erkenntnis dieser Notwendigkeit nicht minder verletzend wirkt. Aber es ist doch wichtig, festzustellen, daß diesen Worten nicht der einfache Wunsch zu schaden oder zu verletzen zugrunde lag, sondern innerpolitische Schwierigkeiten.

Briands wirkliche Politik Deutschland gegenüber ist naturgemäß keineswegs freundlich, sondern sucht, wie jede gute Politik, das irgend Erreichbare zu erreichen. Aber sichtlich wünscht er unter allen Umständen zu vermeiden, daß Dinge unternommen werden, die sich nicht lohnen oder ein zu starkes Risiko mit sich bringen würden. Dieses Risiko erblickt er in einer Isolierung Frankreichs und in einer Orientierung, die die Entente mit England gefährden würde. Auch hiermit ist die Rechte naturgemäß nicht einverstanden. Die ganze Schärfe dieses Gegensatzes tritt z. B. in der Senatssitzung vom 30. Mai zutage, in der Briand einen Zuruf Delahayes mit den Worten zurückwies: „Ihr Patriotismus, ich weiß, gefällt sich gern in einer schönen Isolierung. Behalten Sie ihn für sich," worauf prompt die Antwort kam: „Das ist besser, als ein Gefolgsmann Lloyd Georges zu sein." Ja, die berühmte Rede „mit der Hand am Kragen" in der Senatssitzung vom 5. April, die man in Deutschland sehr allgemein [illegible] hat, innerhalb einer Orientdebatte gehalten wurde, ist um [illegible] als eine, [illegible] doch nicht ganz gelungene, [illegible] scharfe Ausfälle auf England und die [illegible], zu verhüten. Aus diesem Grunde [illegible] Briand es [illegible] wie die Rechte wünschte [illegible] der Pariser [illegible] zu lösen, und da es zu einer [illegible] mußte die Kammer [illegible] verweigert hatte.

Naturgemäß rächte sie sich, und die Pariser Beschlüsse fanden erbitterte Kritiker. Aber Briand besaß die Geschicklichkeit, diese Kritiken nicht in den Ausschüssen, wo sie sich leicht zu gefährlichen Intrigen ausschwären konnten, herauszufordern, sondern sich im Gegensatz zu der verhaßten Clemenceauschen Geheimpolitik direkt und in voller Offenheit an die Kammer selbst zu wenden. Und wenn er bei seiner Verteidigung gegen Tardieu und den jungen noch unbesonnenen und unvorsichtigen, wenn auch talentvollen Forgeot in allem Tatsächlichem auch keinen ganz leichten Stand hatte, so hatte er auf der anderen Seite das Glück, daß Tardieu sich durch die Ueberschärfe seiner mit ewigen, aber wie die Ereignisse erwiesen hatten, wenig glaubhaften Versicherungen von der Vortrefflichkeit des Friedensvertrages verbrämten Angriffe unbeliebt machte, und daß Forgeots Ausführungen, soviel Richtiges sie haben mochten, ohne Willen oder Wissen des Redners in die bekannten Thesen des immer noch gefürchteten Caillaux einlenkten und den Gegensatz zum englischen Standpunkt so klar hervortreten ließen, daß nun Briand es verhältnismäßig leicht hatte, Tardieu zu erwidern, wenn man an der absoluten These festhalte, müsse man auch die Verantwortung des Bruches mit England übernehmen wollen und Forgeot die ganze Gefährlichkeit eines solchen Bruches anzudeuten. Immerhin war, wie das Abstimmungsergebnis beweist, der Kampf hart genug gewesen, und blieb die Kammer entschlossen, ihn, falls er sich in London neue Zugeständnisse abringen lassen würde, unter allen Umständen zu stürzen. In welchem Maße man damit ausschließlich unklare Prestigepolitik trieb, geht aus einem Hinweis des sehr gut orientierten „Cri de Paris" hervor, daß während der Londoner Konferenz auch die exaltiertesten Abgeordneten fest entschlossen gewesen seien, keine weiteren militärischen Opfer als die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 zu bewilligen. Man wollte den Zweck, scheute aber die Mittel. Dennoch hätte Briand den Sturm kaum bestanden, hätte er nicht der mächtigen Gruppe der Entente républicaine démocratique das Opfer gebracht, (das allerdings von seinem rein außenpolitisch orientierten Standpunkt aus keins war, wenn es auch die Linke mit Mißtrauen erfüllte), über den Kopf des Senats hinweg die von der Kammer schon im Spätherbst genehmigte Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zum Vatikan ins Werk zu setzen. Da die Rechte diesen Vorteil nicht wieder aus Händen lassen wollte, hatte er verhältnismäßig leichtes Spiel. Schon jetzt aber stellte er der Kammer mit aller Schärfe in Aussicht, daß nicht bei ihm, sondern letzten Endes bei ihr die Verantwortung für die außenpolitische Einstellung liegen würde, und daß er nicht gesonnen sei, sich wegen vollzogener Tatsachen stürzen zu lassen, sondern in allen Dingen die Kammer selbst entscheiden lassen würde. Fast auf jeder größeren Sitzung kehrt fortan der Refrain wieder: Die Möglichkeit einer Gewalt-

Digitized by Google

politik, wie viele hier sie fordern, ist von mir keineswegs verbaut, das Ruhrgebiet ist noch immer da, ich brauche nur Befehle zu erteilen, aber ich lege Wert darauf, daß alle derartigen Schritte im Einvernehmen mit den Alliierten geschehen. Wer dieses Einvernehmen entbehren, wer eine Politik der Isolierung einschlagen zu können glaubt, der sage es, er übernehme dann aber auch die Verantwortung dafür. — Bis jetzt hat sich niemand gefunden.

Zustatten kam Briand bei Verfolgung dieser Politik, daß Poincaré, der im Februar an die Spitze des Senatsausschusses für Auswärtiges gewissermaßen als Kontrolleur und Einpeitscher gewählt worden war, infolge seiner zweideutigen oder unentschiedenen Haltung in der Vatikanfrage das Vertrauen weiter Kreise der Rechten eingebüßt hatte. Daß er dennoch die Hoffnung auf die Ministerpräsidentschaft nicht aufgegeben hatte, beweist die gegen England ungewöhnlich nachsichtige Formulierung seiner Chronik in der „Revue des deux Mondes" vom 15. Mai. Aber gerade die hier so milde behandelte scharfe Unterhauspolemik Lloyd Georges in der Oberschlesienfrage trug doch wieder dazu bei, Briands Stellung in der eigenen Kammer zu festigen, obwohl er in der Sitzung vom 24. Mai die Alternative Ruhrpolitik oder Allianzpolitik deutlich hatte hervortreten lassen und die ruhige gemäßigte Festigkeit, die bisweilen den Anschein der Schwäche habe, einer prahlerischen und lärmenden Festigkeit, deren Kraft oft genug dazu dienen müsse, Schwächen zu verdecken, gegenübergestellt hatte. Ich hätte, rief er aus, als Triumphator heimkehren können. Ich hätte durch einen Fernruf für mindestens acht Tage der populärste Mann Frankreichs sein können, aber ich will nicht, daß Frankreich in die Lage von 1815 und 1870 komme.

Immer wieder weist er die Kammer auf ihre Verantwortlichkeit hin und auf die möglicherweise verhängnisvollen Folgen einer Gewaltpolitik. Noch am 11. Juli heißt es: „Wir haben 2000 Mann in Cilizien verloren durch die energische und kraftvolle Politik, wollen Sie, daß wir weitere 2000 Mann opfern!? Wenn nötig ja, wenn nicht nötig nein". Und wenn er es andererseits auch, um einen Vorwand zur Aufrechterhaltung der Sanktionen zu schaffen, für richtig gehalten hat, die Delegierten beim Leipziger Prozeß abzuberufen, so heißt es doch noch einmal in derselben Sitzung in voller Schärfe:

„Man kann noch besseres tun. Man kann den französischen Truppen den Befehl geben, vorzurücken. Es gibt Leute, die nur daran denken, militärische Operationen zu unternehmen. Ich verstehe das. Denn bei militärischen Operationen geht es in unserem Lande nicht ohne eine gewisse Fieberstimmung ab und oft genug sind sie das Vehikel einer gewissen Politik, die nicht immer mit der Vaterlandsliebe gemeinsame Ziele hat. Wenn Sie diese Politik wollen, so kann die Kammer, die ja die Meinung des Landes spiegelt, es noch immer kundgeben. Diese Politik ist nicht die meinige. Ich versuche nicht, Sie zu hintergehen, ich habe es oft genug gesagt. Wenn Sie

Digitized by Google

eine andere Politik zu machen wünschen, so genügt es, daß Sie Ihre Kollegen überzeugen, daß Sie mit ihnen eine Mehrheit bilden und eine andere Regierung unterstützen".

Aber selbstverständlich läßt sich eine solche Politik auf die Dauer nur unter vielen Gefahren treiben. So große Gewalt auch Briand im Augenblick über die Versammlung hat, wie gewandt er auch allen Parteien und Gruppen zu sagen weiß, was sie gerne hören, wie geschickt er auch Bedenklichkeiten durch patriotische Gesänge einzuschläfern weiß, sicher läßt sich mit einer solchen Kammer nicht regieren. Wie gefährlich die Lage noch kurz vor den Ferien war, zeigt ein Stimmungsbild des „Cri de Paris" vom 17. Juli, in dem es heißt:

„Briand hat eine, zwei, drei, vier Reden halten müssen, nach denen er eine beträchtliche Mehrheit erzielte. Die letzte Rede hat ihm wirklich enthusiastischen Beifall eingetragen und Abgeordnete erhoben sich von ihren Sitzen, um ihm zuzujubeln. Und nach dieser Ovation nahm man sich vor, ihn zu stürzen. Der Ministerpräsident hat es mit einer merkwürdigen Versammlung zu tun. Er braucht nur das Wort zu ergreifen, so applaudiert sie. Aber wenn seine Gegner sich damit vergnügen, ihn herunter zu machen oder seine Mitarbeiter anzugreifen, so applaudiert sie auch. Es sieht aus wie eine Kinderei. Die Rechte und das Zentrum werfen ihm etwas vor, aber sie können nicht genau sagen was. Man kann aber erraten, daß er ihnen zuviel Beifall von Links erhält. Man möchte, daß er mit den alten republikanischen Parteien ständig im Kampfe liegt, aber wenn er diese Haltung einnehmen würde, so ist es keineswegs sicher, daß man ihn nach der anderen Seite unterstützen würde, und er würde fallen, weil er seine Mehrheit zu sehr hätte befriedigen wollen. Wiederum sagen sich Zentrum und Rechte, wenn sie ihm von links soviel Beifall gespendet sehen, daß, wenn er stürzte, vielleicht jemand käme, der noch weiter links steht. Und um dies zu verhindern, stimmen Rechte und Zentrum schließlich doch für ein Ministerium, von dem sie fortwährend sagen, daß sie nichts mehr mit ihm zu tun haben wollen".

Es ist darum verständlich, daß Briand darauf hingearbeitet hat, sich eine stabile Mehrheit zu schaffen. Das Mittel dazu sollte die Bildung einer sogenannten Intergroupe sein. Eine solche Uebergruppe war, vornehmlich wirtschaftlich orientiert, bereits im Vorjahre unter dem Vorsitz von Jonnart zusammengetreten, ohne jedoch über die Anfänge einer Programmbildung hinauszukommen. Auch das Programm dieser Intergroupe lautete überaus vage und schien einen Augenblick erledigt zu sein als Arago, der Chef der Entente républicaine démocratique, die Teilnahme an dieser Gruppe ablehnte. Auf die durch diese Bildung angeregte starke Beunruhigung der Regierungsgegner hin gewann sie jedoch neues Prestige, so daß sie jetzt 221 Deputierte zählt, die sich aus folgenden Gruppen rekrutieren: Action républiccaine et sociale 41, Entente républicaine démocratique 74, Gauche républicaine démocratique 46, Républicains de Gauche 45, Radikale und Radikalsozialisten 10, republikanische Sozialisten 3 und 2 Wilde. Die Versuche, diese Gruppe ins Leben zu rufen, hätten Briand in den letzten Wochen, besonders da der Chinabank-Skandal erschwerend hinzutrat, fast das Leben gekostet, wenn er es nicht verstanden

Digitized by Google

hätte, sich wegen des neuen Gesetzes gegen die antimilitaristische Propaganda sehr scharf von den Sozialisten angreifen zu lassen, denen die Rechte zu folgen sich denn doch scheute. In welchem Maße immerhin der Bloc national sich zersetzt hat, lehrt ein Artikel des „Temps“ vom 22. Juli, der wider alle seine bisherigen Gepflogenheiten den Bloc national auf einmal schlankweg als Rechtsblock bezeichnet und es ausdrücklich unter Betonung seines eigenen rein republikanischen Charakters ablehnt, das Organ dieses Rechtsblockes zu sein. Wie sich die Kammer nach den Ferien zu Briands Politik einstellen wird, bleibt dennoch bei der allgemeinen Erregung und den vielfachen Sorgen des Landes schwer abzusehen.

Um Oberschlesiens Einheit

Ein neues Werk des Amerikaners Sidney Osborne

Von Dr. Hans Mannhart, (Stuttgart)

Um den englisch sprechenden Völkern eine sachliche Beurteilung der oberschlesischen Frage zu ermöglichen, hatte der Amerikaner Sidney Osborne bereits im Dezember 1920 sein hauptsächlich auf Geographie und Statistik beruhendes Buch „The Upper Silesian question and Germany's coal problem“ veröffentlicht. Wir haben seinen Inhalt in Heft 11 der „Deutschen Politik“ wiedergegeben („Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien“). Das Buch hat mit seinen nackten Zahlen und Daten viel dazu beigetragen, die von der polnischen und französischen Propaganda verbreitete Legende vom polnischen Charakter Oberschlesiens zu zerstören. Der Erfolg bewies, daß seine exakte Beweisführung einem Bedürfnis entsprach: Anfang 1921 konnte bereits die 2. Auflage bei Allen & Unwin in London erscheinen, und der Verlag Stilke in Berlin brachte noch rechtzeitig vor der Abstimmung eine deutsche Uebersetzung heraus[1]).

Nun tritt Osborne mit einem Sammelwerk an die Oeffentlichkeit: The problem of Upper Silesia. With five maps. London: Allen and Unwin (1921). Diesmal läßt Osborne als Herausgeber die verschiedenen Parteien zu Worte kommen: den Engländer J. H. Harley als Anwalt der polnischen Ansprüche, Dr. Schotte, den Herausgeber der Preußischen Jahrbücher, als Verteidiger Deutschlands, und den Oberschlesier Sachareczewski als Befürworter eines selbständigen Oberschlesiens, während man den Amerikaner Osborne mit seinen beiden Aufsätzen über die Kartenbeilagen des Werkes und das Gesamtproblem als Neutralen ansprechen darf. Wir begrüßen den Grundgedanken einer derartigen öffentlichen Diskussion, zumal die deutsche Stellung in der oberschlesischen Frage derart ist, daß sie nicht nur das helle

[1]) Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem. Herausgegeben von F. v. Holtzendorff. 2. Aufl. Berlin: Georg Stilke 192[illegible]

Licht des Tages verträgt, sondern durch eine ernsthafte Vertiefung in die oberschlesischen Verhältnisse nur verstärkt werden kann.

Osbornes Aufsatz „Die oberschlesische Frage", der vor der Abstimmung in der „Contemporary Review" erschien, kann hier übergangen werden, da er im wesentlichen den Gedankengang seines ersten Buches — Oberschlesien eine natürliche, geschichtliche, politische, kulturelle und wirtschaftliche Einheit und als solche aufs engste mit Gesamtdeutschland verbunden — wiederholt.

Harleys an derselben Stelle ebenfalls vor der Abstimmung erschienener Artikel „The case for Poland" verdient eine kurze Betrachtung, obgleich er durch die inzwischen eingetretenen Ereignisse, vor allem das Abstimmungsergebnis und die im Gefolge der polnischen Bandenherrschaft eingetretene Zerrüttung der oberschlesischen Wirtschaft, bereits widerlegt ist. Harleys Artikel ist ein reiner Propagandaaufsatz, und wendet sich darum mehr an das Gefühl als an den Verstand. Das zeigt schon die Art und Weise, wie Harley die geschichtliche Zugehörigkeit Oberschlesiens zu Deutschland bestreitet. Er möchte sie mit den Schlesischen Kriegen Friedrichs des Großen beginnen lassen. Als wenn Oberschlesien nicht bereits zu Beginn des 14. Jahrhunderts ein luxemburgisches Lehen gewesen und aufs engste mit dem Kurfürstentum Brandenburg, beide damals unter böhmischer Oberhoheit, verbunden gewesen wäre! Mit dem Königreich Böhmen fiel Schlesien dann 1526 an die Habsburger. Aber wenn es auch erst 1742 die österreichische mit der preußischen Oberhoheit vertauschte, so blieb es doch immer ein Teil des Römisch-Deutschen Kaiserreichs als der größeren, beide Staaten umfassenden Einheit! Harleys Argumente sind eben mehr von politischen Wünschen als von der Sachlage selbst diktiert. Sein zweiter Grund für die Auslieferung Oberschlesiens an Polen verrät unmittelbar seine französische Herkunft: die Eisen-, Koks- und Sprengstoffindustrie Oberschlesiens bedeute in deutschen Händen eine Gefahr für den Weltfrieden; darum müsse Deutschland, wenn es irgend mit dem Abstimmungsergebnis zu vereinbaren wäre, dieser Kraftquelle beraubt werden. Hier spricht die bekannte französische Furcht vor einer Wiederaufrichtung Deutschlands, die auch Briands letzte Drohnote durchzieht, das Bedürfnis, den möglichen politischen Gegner mit oder ohne Vertragshandhabe zu schädigen, wo man kann und wie man kann. Osborne erwidert auf dies Argument schlagend, daß Deutschland heute das unkriegerischste Land in Europa sei, während Polen noch am Rande des Staatsbankerotts das zweitgrößte Heer unterhalte und die Kriegslust seiner aufgepeitschten Bevölkerung sich jetzt wie von alters her die Eroberung fremder Gebiete zum Ziel setze. Sollte irgend eine Rüstungsindustrie in den Händen des neuen Großpolen etwa eine Bürgschaft des Friedens sein? Hartley meint eben nicht den Frieden schlechthin, sondern die pax gallica, den Frieden von Frankreichs Gnaden.

Digitized by Google

Harleys Auffassung der Nationalitätenfrage geht von der Annahme aus, daß die überwältigende Mehrheit der oberschlesischen Bevölkerung zu Polen neige. Diese Annahme war ja dank der polnischen Beeinflussung der Friedenskonferenz bis zur Abstimmung in Ententekreisen weit verbreitet; ohne sie hätten sich die Friedensmacher von Versailles, wie Sacharczewski auf S. 153 darlegt, gar nicht zur Abstimmung verstanden, sondern die glatte Abtretung wie beim Elsaß, Posen und Westpreußen verfügt. Harley spricht beständig von der Bergarbeiterbevölkerung als einer einheitlichen nach Polen orientierten Masse, die sich sehne, das Joch der deutschen Kapitalisten abzuwerfen, ohne die starke industrielle und gewerblich tätige Bevölkerung überhaupt zu erwähnen. Nachdem die Abstimmung sogar in den östlichen, stark mit Wasserpolen durchsetzten rein industriellen Kreisen Hindenburg, Kattowitz, Königshütte und Beuthen Mehrheiten für Deutschland ergeben hat, kann man sich die Widerlegung Harleys ersparen.

Seine wirtschaftliche Beweisführung, mit dem Ziel, die Abhängigkeit Oberschlesiens von Polen zu erweisen, wird von Dr. Schotte mit so genauen Zahlen über die Import- und Exportziffern Oberschlesiens, seinen Bedarf an Eisenerzen, Maschinenteilen, Chemikalien, Nahrungsmitteln und hochwertigen Industrieerzeugnissen, seine Ausfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten ad absurdum geführt; daß man sie gleichfalls übergehen kann. Dr. Schottes Darlegungen, die durch den Niedergang der oberschlesischen Wirtschaft unter der verhältnismäßig kurzen Herrschaft der Interalliierten Kommission die beste Bestätigung gefunden haben, sind durch die Preußischen Jahrbücher allgemein zugänglich geworden. Der Anwalt eines selbständigen Oberschlesien, Sacharczewski, der sich im Vorwort als polenfreundlichen Oberschlesier vorstellt, gibt die diplomatische Vorgeschichte der Abstimmung. Nach seiner Ansicht war die Fragestellung bei der Abstimmung bereits falsch. Höher als die Zugehörigkeit zu Deutschland oder zu Polen stehe dem Oberschlesier die Unteilbarkeit seiner Heimat; denn Oberschlesien stelle kulturell wie wirtschaftlich eine ganz ausgesprochene Wesenseinheit dar, die zu zerreißen unmöglich sei. Um sich wirtschaftlich frei entfalten zu können, bedürfe es im Gegensatz zur Vergangenheit des freien Güteraustausches mit allen seinen Nachbarn. Die Oberschlesier widerstrebten jedem Zentralismus, möge er seinen Sitz in Berlin, Posen oder Warschau haben. Sie wünschten nichts anderes, als selbst über ihre Bedürfnisse zu bestimmen und sie so zu befriedigen, wie es die natürlichen Verhältnisse Oberschlesiens erlaubten. Die Frage, ob ein verhältnismäßig so eng begrenztes Gebiet wie Oberschlesien seine Unabhängigkeit gegenüber einem recht gebietshungrigen Nachbar tatsächlich bewahren kann, läßt Sacharczewski offen. Nach den trüben Erfahrungen Danzigs und des Saargebiets möchte man sie verneinen.

Digitized by Google

Sacharczewski ist den Alliierten wenig dankbar für die Einsetzung der Abstimmung; er hält sie für ein Danaergeschenk, das den Arbeitsfrieden Oberschlesiens gestört und durch den Wahlkampf nationale Leidenschaften heraufbeschworen habe, die das Land vor der Uebergabe an die Interalliierte Kommission nicht gekannt habe. Da er die Unteilbarkeit Oberschlesiens als obersten Grundsatz aufstellt und der Friedensvertrag weder die Unabhängigkeit des Gebietes vorsieht noch nach dem Ergebnis der Abstimmung die Auslieferung an Polen erlaubt, läßt Sacharczewskis Aufsatz den Schluß zu, daß die Selbständigkeit Oberschlesiens im Rahmen Preußens am ehesten auch die oberschlesischen Autonomisten zufriedenstellen wird.

Bei unserer Besprechung von Osbornes erstem Werk hatten wir als einzigen Mangel das Fehlen auch der kleinsten Kartenskizze hervorgehoben. Dieser Fehler ist jetzt beseitigt. Das Sammelwerk enthält fünf wertvolle große Karten, die rascher als der beste Aufsatz über die wirtschaftsgeographischen Verhältnisse Oberschlesiens unterrichten. Eine Uebersichtskarte zeigt die Ausdehnung der Kohlenflöze in Oberschlesien und den fremden Nachbargebieten; sie läßt auf einen Blick erkennen, was J. M. Keynes (der darum von den Polen wütend befehdet wurde) bereits bewiesen hat, daß Polen der oberschlesischen Kohle gar nicht bedarf. Die vier anderen Karten zeigen in kleinem Maßstabe die Verteilung der Kohlen- und Erzbergwerke, der Schmelzhütten, Eisenbahnen, der elektrischen Energie- und der Wasserversorgung, ein unendlich kunstvoll gewobenes Netz. Man könnte genau so gut einen lebendigen Menschen durchschneiden, als durch dieses Gebiet eine nationale oder politische Grenze ziehen wollen. Es gibt keinen sachlicheren und unanfechtbaren Beweis für die Unteilbarkeit des oberschlesischen Industriegebietes, als diese vier Karten.

Sehr erwünscht wäre noch die Beifügung einer Uebersichtskarte gewesen, welche die Orientierung des gesamten Eisenbahn- und Wasserstraßensystems Oberschlesiens nach Westen, also nach Mittelschlesien, demonstriert, und einer Karte, die das Abstimmungsergebnis, kombiniert mit den Akten polnischer Wahlbeeinflussung, zur Darstellung gebracht hätte. Die Unterlagen für eine solche Arbeit, die das Abstimmungsergebnis in den Terrorbezirken erst als moralischen Erfolg Deutschlands recht würdigen läßt, sind in ausgezeichneter Weise in der Karte der Preußischen Landesaufnahme über das Ergebnis der oberschlesischen Abstimmung[2]) und der vom Pressedienst für Oberschlesien herausgegebenen Karte des Abstimmungsgebietes, auf der die polnischen Terrorakte eingetragen sind[3]), gegeben. Das gesamte Tatsachenmaterial enthält die Denkschrift des Auswärtigen Amtes „Polnische Wahlbeeinflussung in Oberschlesien", der ebenso wie der Urkundensammlung

[2]) Kartenvertriebsstelle der Preußischen Landesaufnahme. Berlin NW 40, Moltkestr. 5, ca. M 1.—

[3]) Gea-Verlag, Berlin W 35, Potsdamerstr. 110, ca. M 1.—

Digitized by Google

„Polnische Kulturtaten" gleicher Herkunft die weiteste Verbreitung im Auslande zu wünschen ist.

Die letztgenannte Karte hätte Osbornes Wertung des Abstimmungsergebnisses in dem Aufsatz „The accompanying maps" aufs wirksamste unterstützt. Osborne rechnet, daß die drei für Deutschland ungünstigen Umstände, die willkürliche Festsetzung der Westgrenze Oberschlesiens, das Wahlreglement und der polnische Terror, mindestens 200 000 Oberschlesier an der Stimmabgabe verhindert haben. Eine völlig unbeeinflußte Abstimmung unter gerechten Bedingungen hätte nach seiner Berechnung mindestens eine Mehrheit von 75 % für Deutschland ergeben. Dabei ist Osborne noch der Meinung, daß der polnische Terror hauptsächlich die Grenzkreise, die polnische Abstimmungsmehrheiten aufwiesen, betroffen habe, während die Terrorkarte zeigt, daß die polnischen Gewaltakte selbst in weit nach innen gelegenen Kreisen den polnischen Prozentsatz künstlich in die Höhe getrieben haben.

Osborne rechnet auch mit dem polnisch-französischen Propagandatrick ab, der für einzelne Kreise eine polnische Mehrheit nach abstimmenden Gemeinden konstruierte. Am Beispiel der fünf Kreise Pleß, Rybnik, Kattowitz-Stadt, Hindenburg und Beuthen-Stadt zeigt der Amerikaner, daß man die Gemeinden nicht nur zählen, sondern auch wägen muß. Es ergibt sich dann, daß den dünnbevölkerten, mehr ländlichen Gemeinden mit polnischer Mehrheit die weit dichter besiedelten städtischen Gemeinden mit deutscher Mehrheit gegenüberstehen. Die größere Seelenzahl durch die kleinere majorisieren zu lassen, wäre aber mit dem auf den Schild erhobenen demokratischen Prinzip der Selbstbestimmung, bei dem die zahlenmäßige Mehrheit entscheidet, unvereinbar.

Allerdings möchten die Polen jetzt das Selbstbestimmungsrecht so verstanden wissen, daß sie sich mindestens alle Gemeinden mit polnischer Mehrheit angliedern dürfen. Vor der Abstimmung las man's anders. Osborne zieht die Kundgebung des polnischen Premierministers Witos heran, der sich vor der Abstimmung damit einverstanden erklärte, das Abstimmungsergebnis über die Zugehörigkeit ganz Oberschlesiens entscheiden zu lassen. Das geschah in der sicheren Erwartung einer polnischen Mehrheit. Als die Polen sich in ihrer Hoffnung getäuscht sahen, paßten sie sich rasch der neuen Lage an und forderten nun Berücksichtigung des Abstimmungsergebnisses nach Gemeinden und damit die Teilung Oberschlesiens.

Daß eine Teilung möglich ist, ohne seine blühende Wirtschaft zu zerstören, daß die Oberschlesier, um deretwillen die Abstimmung angeblich in den Friedensvertrag aufgenommen wurde, durch sie ruiniert werden und der Wiederaufbau Deutschlands und damit Europas dadurch verzögert wird, ohne daß Polen, das gar nicht imstande ist, ein so kunstvolles Gebilde zu verwalten, einen Vorteil davon hat, geht aus Osbornes Kartenwerk klar

Digitized by Google

hervor. Seine Auffassung hat sich bei den neutralen und den angelsächsischen Völkern längst durchgesetzt, und wenn Oberschlesien den Frieden im Sinne der Mehrheit seiner Bevölkerung noch nicht wieder erhalten hat, so liegt das an den französischen Mächten, die in der Interalliierten Kommission herrschen und dem kurzsichtigen Glauben huldigen, daß es Frankreich umso besser gehe, je schlechter sein Nachbar daran sei.

Deutschland und die Südoststaaten

Von Dr. Gustav Erényi

Das Recht zur freien Orientierung ist der deutschen Außenpolitik derzeit nicht zuerkannt. Nach dem Westen ist die Fügsamkeit die Parole. Alle Versuche, nach dieser Richtung ein wirksames „Arrangement" zu treffen, schlagen seit Kriegsbeginn fehl. Der Osten fällt aus dem politischen Kalkul vom Tage weg; die an Deutschland grenzenden Oststaaten aber können erst im Einvernehmen mit einem wiedererstarkenden russischen Reiche in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung richtig eingeschätzt werden.

Nur die sich allmählich konsolidierende Staatenwelt des kontinentalen Südostens birgt für Deutschlands nächste Zukunft verheißungsvolle Keime. Dort vollzieht sich eine ökonomische Entwicklung, die einer tatkräftigen Ergänzung von seiten der deutschen Kultur und Produktion bedarf. In diesem Bereiche kann kein feindlicher Einspruch das deutsche Kulturbestreben für die Dauer daran hindern, an der stetigen Festigung jener Wechselbande zu wirken, die doch letzten Endes der Weltwirtschaft zugute kommen.

Frankreichs ursprünglicher Plan, ein festes Randstaatengefüge dankbarer Schützlinge zu errichten, das die Abschnürung Deutschlands vom Südosten lückenlos bewerkstelligt hätte, erwies sich alsbald als ein für den Stifter selbst nicht ungefährliches Phantom. Denn die Verständigung zwischen den bestimmenden Völkergruppen Südosteuropas muß im Sinne gemeinsamer Wirtschaftsinteressen zwangsläufig immer mehr dem westlichen Grenzwachtdiktate entgegenwirken. Eine solche Einsicht aber schien die Mächtigen der Pariser Politik noch rechtzeitig zu einem beherzten Systemwechsel bestimmt zu haben. In weiterer Folge sah man in einem Gegensatze zwischen Prager und Budapester, zwischen tschechisch-südslawischer und rumänisch-polnischer Politik das Heil, ließ das demokratische und das reaktionäre Prinzip gegeneinander anrennen, mobilisierte auf der einen Seite die Panslawisten und inszenierte auf der anderen ein habsburgisches Fastnachtstreiben. Zuguter Letzt aber siegt nun über westeuropäische Ränke doch der südosteuropäische Lebensinstinkt.

Digitized by Google

Neuerdings scheint sich auch der französische Chauvinismus vor der Einsicht unabweislicher Zusammenhänge zwischen deutscher und südöstlicher Wirtschaft nicht verschließen zu können. Der Abgeordnete Noblemaire gedachte unlängst in der Kammer solcher Beziehungen, ohne heftigeren Widerspruch zu erregen. Das Projekt „Mitteleuropa" – wie es Naumann vorgeschwebt hat – mag in seinen Einzelheiten noch so schlagend widerlegt sein, die Annahme einer mitteleuropäischen Schicksalsgemeinschaft erwies sich im Umwälzungschaos als stichhaltig und manifestiert sich in den Wirtschaftskrisen der einzelnen Südoststaaten nur noch offenkundiger.

In der Tschecho-Slowakei sieht sich Deutschland gegenwärtig noch vor die Wahl zwischen wirtschaftlichen und nationalen Erwägungen gestellt. Die Behandlung von 3½ Millionen Deutschen besten Schlages, zu denen außer dem zusammenhängenden Sudetendeutschtum auch die Sprachinseln Mährens, des früheren Nordwestungarns und der Zips gehören, trägt freilich wenig zur Spontaneität der deutschen Wirtschaftsbeteiligung bei. Indes wird der tschecho-slowakische Staat früher oder später gezwungen sein, seinen machtpolitischen Beherrschungsehrgeiz ökonomischen Gesichtspunkten unterzuordnen. Was heute noch in Prag und in deutschbevölkerten Gegenden an nationalistischer [illegible] und einer gewaltsamen Tschechisierung der Schulen [illegible], entspricht weniger dem Regierungs[illegible] als dem [illegible] der [illegible] Gruppe [illegible] und Kramar. Die [illegible]

In [illegible]

Bewegung, mit der die Prager Börse ihrer Erleichterung Ausdruck verlieh, als der Staat infolge der deutschen Annahme des Reparations-Ultimatums sich an den geplanten Sanktionen nicht beteiligen mußte, sprach deutlich von der Bedeutsamkeit der wirtschaftlichen Bindungen zwischen hüben und drüben.

Inniger als im völkischen Gewühl der Tschecho-Slowakei kommt das Moment der Zusammengehörigkeit in der staatlichen Struktur Jugoslawiens zum Ausdruck. Auch scheint der ökonomische Charakter dieses Staates durchsichtiger, mehr durch das Ueberragende des agrarischen Prinzips gekennzeichnet. Und doch sind die Unzulänglichkeiten der Verlötung auch in diesem dreigliedrigen Staate, der durch Bosniens und Montenegros Einverleibung an Buntheit noch gewinnt, nur zu augenfällig. Man gewöhnt sich nicht so leicht, Städte wie Marburg a. D. und Nisch in eine geographische und politische Einheit zu fassen. Der Verfassungsentwurf von 1918, der Serben, Kroaten und Slowenen auch der Form nach in ein Königreich zusammenschweißt, drang anläßlich der am 13. Mai erfolgten Abstimmung in der südslawischen Nationalversammlung mit 227 gegen 93 Stimmen durch. Doch fallen diese 93 Stimmen schwer in die Wagschale, da sie doch von der staatsregierenden Gesinnung eines beträchtlichen Prozentsatzes der Bevölkerung zeugen. Die kroatische Volkspartei unter Radics Führung gibt dem Belgrader Kabinett so manche bittere Pille zu schlucken. Noch besteht der Unterschied zwischen Agramer und Belgrader Geldwährung, und die Verwandtschaft zwischen den einzelnen Volksstämmen, auf die der Staatsideologe baut, ist noch nicht ins Volksbewußtsein gedrungen. Je mehr aber ein solch erstarkendes Gemeinschaftsgefühl zur straffen Zusammenfassung aller Wirtschaftsenergien drängt, desto dringlicher tut eine Abkehr von dem Pariser Kurse der klangvollen Schlagworte not, der einstweilen noch durch die regierende Gruppe Paschitsch vertreten ist. Auch Landwirtschaft und Transportwesen sind der Nachhilfe von seiten der deutschen Maschinenindustrie in hohem Maße bedürftig, während Deutschland als Exportgebiet für Getreide, Mais, Wein und Dörrpflaumen für Jugoslawien von nicht geringer Bedeutung ist.

Bulgarien fiel es gewiß nicht leicht, auf seine Vorzugsstellung auf dem Balkan verzichten und die Folgen des Friedensvertrages von Neuilly auf sich nehmen zu müssen. Nach sechsjähriger fast ununterbrochener Kriegsführung ist dieses Land mürbe geworden, und die expansiven Ziele von ehemals gelten nicht mehr. Nur der mazedonische Streit wirkt nach und führt zu fortgesetzten Kleinkämpfen mit der serbischen Grenzbewachung. Die zeitweilig lahmgelegten Kulturenergien des aufstrebenden bulgarischen Volkes aber müssen mit wiedereinsetzendem ökonomischem Schwung dem Nordwesten neue Quellen der Produktivität zu bescheren.

Digitized by Google

Von großer Wichtigkeit für die deutsche Zukunft ist die Gestaltung der deutsch-rumänischen Beziehungen. In Rumänien kämpfte schon seit längerer Zeit eine ententefreundliche Gefühlspolitik mit den mehr deutsch orientierten Wirtschaftsinteressen. Auch heute, nach den Umwälzungen des Krieges, bleibt dieser Gegensatz fortbestehen, mit dem Unterschiede allerdings, daß amtliches Gebaren infolge des Bündnisses mit dem freigebigen Westen vorläufig dem Pariser Kommando blind gehorcht. Aber abweichend vom Regierungssystem Jonescu-Majorescu gibt sich in immer breiteren Schichten und besonders in Kreisen der wirtschaftlichen Auslese die Geneigtheit zur engeren Anlehnung an die deutsche Unternehmungssphäre kund. Zwischen deutschem und rumänischem Kapital walten rege Wechselbeziehungen. Deutschland braucht das rumänische Erdöl im selben Maße, in dem Rumänien deutscher Industrieerzeugnisse bedarf. Ganz besonders liegt in Rumänien das Verkehrswesen im argen. Die Ausdehnung des Bahnnetzes hat sich durch den territorialen Zuwachs verdoppelt; der Bestand an betriebsfähigen Lokomotiven vermehrte sich trotz ergiebiger Requisitionen im besetzten Ungarn aus Mangel an Fabriken und Reparationswerkstätten nicht in genügendem Maße. Der rumänische Minister Valeanu, der unlängst eine Reise nach Wien, Pilsen und Berlin unternahm, um den von Rumänien bestellten Lokomotivpark zu besichtigen, machte anläßlich eines Interview aus diesem Hauptgebrechen der rumänischen Wirtschaft kein Hehl. Auch Rumänien konnte den neuen Gebietserwerb mit den Kulturbedingungen seines organischen Wachstums nicht in Einklang bringen, dies um so weniger, da die neu angegliederten, westlichen Randdistrikte den kulturellen Schwerpunkt des vergrößerten Reiches darstellen. Vernünftigerweise versucht man der Verlegenheit durch beherzten Zuzug intellektueller Fachkreise, namentlich Ingenieure, aus den westlichen Landesbezirken und dem Auslande Herr zu werden. Dem Siebenbürgener Deutschtum als dem fortgeschrittensten Stamme in ganz Rumänien fällt in diesem Belange eine besonders wichtige Mittlerrolle zu. Angehörige dieses Volksstammes sind derzeit am rührigsten um den Austausch deutsch-südosteuropäischer Wirtschaftsbeziehungen bemüht. Ihrer Initiative ist auch das Entstehen einer „Südosteuropäischen Handelsgesellschaft" in Berlin zu verdanken.

Die politischen Gärungen in Ungarn und der mangelnde Wille dieses Landes, sich den realpolitischen Notwendigkeiten anzupassen, setzten dem Organisationswillen des südöstlichen Kontinents den hartnäckigsten Widerstand entgegen. Aber das Regierungsprogramm des Grafen Bethlen läßt auch ungarischerseits ein zunehmendes Verständnis für innervölkische Gemeinschaftsprobleme erhoffen, das sich freilich dieses entmannte und entnervte Land nur schwer abringen kann. Mit fortschreitender wirt-

Digitized by Google

schaftlicher Rekonstruktion wird auch Kleinungarn, wie bereits aus den Brucker und Marienbader Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei hervorging, zu einem nicht unterschätzbaren Faktor für Südosteuropas Produktion. Auch dieses wiedergenesende Land wird die Kraftquellen der deutschen Wirtschaft nicht umgehen können. Bezeichnenderweise ist die latente Deutschenfeindschaft des einstigen Verbündeten gerade heute, da sich eine frankophile, politische Umorientierung von oben nur zu gründlich vollzogen hat, in breiteren Volksschichten nicht mehr zu verspüren. Als ein Zeichen keimender Wirtschaftsverständigung kann die vor Jahresfrist in Budapest errichtete und nun auch in Berlin entstehende deutsch-ungarische Handelskammer gelten.

In allen Staaten des Südostens scheinen somit die wirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen für eine allmähliche Annäherung an die reichsdeutsche Wirtschaft gegeben. Die Erwartungen, die von den Siegermächten an die Zahlungsfähigkeit des Deutschen Reiches geknüpft werden, lassen sich mit dem südöstlichen Schutzstaaten- und Schutzzollsystem nicht gut vereinbaren. Dies muß allen nicht ganz verblendeten Schuldvollstreckern des Westens unbedingt einleuchten. Nur einer größeren ökonomischen Bewegungsfreiheit kann ein gesteigerter Erzeugungsimpuls auf dem Fuße folgen. Doch sind Deutschland die politischen Propagierungsmöglichkeiten eines solchen wirtschaftlichen Raumgreifens verwehrt. Ohne die organisierte Mitwirkung offizieller Kreise muß der private Unternehmungsgeist von Etappe zu Etappe die jeweiligen Durchdringungschancen erfassen.

Es gibt jedoch abseits von der wirtschaftspolitischen Programmatik der Aemter einen gangbaren Weg zur systematischen Vorbereitung einer kulturökonomischen Gegenseitigkeit. Er kann beschritten werden, indem sich die Intellektuellen hüben und drüben, die von der gleichen Idee durchdrungen sind, zur Pflege und Förderung kultureller und wirtschaftlicher Wechselbeziehungen zusammenscharen.

Der Versuch soll gemacht werden! Wer macht mit?

Der deutsche Schadenersatz und die christliche Ethik

Ein englisches Wort.

Der Engländer Lupton hat folgenden Brief veröffentlicht, welchen er an den liberalen Politiker Sir Donald Maclean richtete:

Ich benutze den zweiten Ostertag, um die Debatte des Unterhauses über das Gesetz vom deutschen Schadenersatz zu lesen, welches davon ausgeht, einen Zoll von 50 % von allen eingeführten deutschen Waren zu erheben. Was mich am meisten

Digitized by Google

frappierte in der Diskussion, war die häufige Behauptung — worin die meisten Redner einig waren, besonders Asquith, Clynes und Sie — daß Deutschland so viel wie irgend möglich bezahlen muß. Der Wortlaut Ihrer Rede war nach dem offiziellen Referat: „Das englische Volk ist darin einig, daß Deutschland so viel bezahlen muß, wie es irgend kann.“ Ich meine hier nicht die Bestimmungen, welche Deutschland dazu bringen sollen zu bezahlen, Bestimmungen, mit welchen man das Gegenteil von dem Beabsichtigten erreichen wird. Ich will nur den Satz zergliedern „Deutschland soll so viel bezahlen wie es irgend kann“. Das scheint mir ein ganz fürchterlicher Standpunkt zu sein; von welchem angesehenen Manne er 2½ Jahre nach dem Kriege auch immer ausgehen mag. Ich für mein Teil bekenne mich nicht als Christ, denn nachdem ich ernstlich überlegte, was es heißt Christ zu sein, kam ich zu dem Resultat, daß ich die Opfer nicht bringen kann, die einer bringen muß, wenn er sich zum Christentum bekennt. Aber trotzdem meine ich, muß man doch Rücksicht nehmen auf die Ethik des Christentums, in dem Unterhause, in dem man jeden Tag seine Arbeit mit einem Gebet beginnt, wo der Name Jesu Christi genannt wird als der des großen Lehrers. Ich muß bekennen, daß die Bergpredigt immer einen großen Eindruck auf mich gemacht, ich habe nie beim Lesen irgend einer anderen Lehre eine Moral gefunden, welche die Bergpredigt an Höhe und Weisheit erreicht. Aber Ihre Behauptung, daß Deutschland so viel zahlen muß, wie es irgend kann, ist der christlichen Lehre entgegen. Die Christen, welche beten, beten immer die folgenden Worte: „Vergib uns unsere Schuld, wie wir vergeben unsern Schuldigern“. Deutschland dazu zu treiben, das äußerste zu bezahlen was es bezahlen kann, ist keine Vergebung, es ist die fürchterlichste Rache, eine Rache, welche nicht den Schuldigen, sondern den Unschuldigen trifft. Viele Deutsche leiden Hungerleiden an Krankheiten, hervorgerufen durch Unterernährung, und trotzdem sagen Sie, wenn Sie von Ihrem Platz im Parlament reden als einer der Führer der liberalen Partei, daß Sie von dem armen hungernden Volke die Bezahlung erzwingen wollen. Ich muß sagen, wenn ich auch Ihren Mut bewundere, so kann ich unmöglich die Unbefangenheit bewundern, die es möglich macht, daß Sie als Mann in Ihrer Stellung Christi Lehre verleugnen. Selbst würde ich die Vergeltung fürchten, daß gewiß über den kommt, der mit Wissen und Ueberlegung die höchsten Gesetze der Moral vernachlässigt. Ich hätte gedacht, daß ein Führer der liberalen Partei sich ein Beispiel nehmen würde an den Parlamenten, welche in den ersten 16 Jahren dieses Jahrhunderts versammelt waren. Unser Land hatte einen grausamen und blutigen Kampf gegen die Buren geführt, ihr Land verwüstet und Frieden geschlossen und gleich danach vergaben wir den Buren den Krieg, den sie gegen uns geführt hatten, so daß wir ihnen 50 000 000 Pfund Sterling schenkten, um ihnen zu helfen, den Schaden wieder gut zu machen. Wir gaben ihnen eine eigene Regierung, welche fast der Unabhängigkeit gleich kam. Sie nahmen selbst regen Anteil an diesen Versöhnungs- und Wiederaufbauhandlungen. Können Sie jetzt nicht in derselben Weise handeln und, statt von den Deutschen alles zu verlangen, ihnen ihre Schuld vergeben und ihnen in ihrer großen Not helfen? Verstehen Sie nicht, wenn nicht nur England sondern auch alle die andern Alliierten Deutschland die Schuld erließen, wenn wir Deutschland die Kolonien zurückgeben würden in Ost- und Westafrika, in der Südsee — welche wir ihnen gestohlen haben —, so würde Deutschland ohne Zwang mit Freuden dazu bereitgen, in Frankreich mit Belgien wieder aufgebauen und aufhören, uns mit Mißtrauen zu betrachten, mit Furcht und Haß; so könnten wir die neues Europa schaffen mit einer glücklicheren und [illegible] Zukunft. Natürlich wenn Sie der Ueberzeugung sind, daß Christi Lehre Unsinn ist, wäre es da nicht ehrlicher, mit dem Gebet im Unterhause aufzuhören, mit Gebeten, in denen Christi Name genannt wird?

Bis jetzt habe ich unter der Voraussetzung geschrieben — welche Sie natürlich haben —, daß die Mittelmächte die einzig Schuldigen sind und daß Rußland, Frankreich und England ganz unschuldig sind, nie geholfen haben, den Krieg hervorzurufen. Was aber, wenn in Zukunft die Historiker diese Illusion zerreißen und beweisen werden, daß alle fünf Großmächte in gleicher Weise zu tadeln sind? Wenn sie beweisen, daß die russischen Fürsten glaubten, ihre Chance, Konstantinopel zu erobern, würde nie wiederkommen, wenn Deutschland und Oesterreich sich auf dem Balkan festsetzten, und daß sie daher die Gelegenheit benutzen mußten, mit Hilfe der Alliance zwischen Frankreich und England die Zentralmächte zu zerstören und Konstantinopel zu erobern. Darum mobilisierten sie ihre Heere längs der deutschen Grenze, um den Krieg hervorzurufen. Wenn es bewiesen werden wird, daß die französischen Chauvinisten auch glaubten, daß Deutschlands rasches Emporblühen es in Zukunft unmöglich machen würde, Elsaß-Lothringen zurück zu erobern, wenn sie nicht sofort die englisch-russische Alliance benutzten, Deutschland zu zerstören. Wenn es bewiesen wird, daß das britische auswärtige Amt mit Bewußtsein Frankreich ermutigte — von 1906 an und weiter —, das Algeciras-Abkommen zu brechen selbst auf die Gefahr hin, daß es zu einem Krieg mit Deutschland führen konnte. Und wenn es bewiesen werden sollte, daß die englischen und französischen Generäle und Admiräle, als Folge davon, alle Vorbereitungen zu einem Krieg trafen, und es dann bewiesen wird, daß die britische Regierung, wann auch immer vorm 29 Juli 1914, hätte den Krieg verhindern können, indem sie einfach zum französischen Gesandten sagte: „Wir wollen keinen europäischen Krieg, unsere Flotte bleibt daheim." Ein solches Wort würde einen ähnlichen Bericht der französischen Regierung an den russischen Gesandten hervorgerufen haben und die Russen würden ihre Heere nicht mobilisiert haben. Aber weder die britische noch die französische Regierung taten irgend etwas, die russische Mobilisierung aufzuhalten.

Wenn die Historiker der Zukunft diese Sachen niederschreiben, und wenn der höchste und ewige Richter Rechenschaft halten wird mit den Menschen und findet, daß jede Regierung, welche im Krieg verwickelt war, sich schuldfrei fühlte und Rache übte am geschlagenen Feind, indem sie Deutschland einen Schadenersatz auf erlegten, welcher das fünffache von dem ausmachte, welches der Schaden war an Bauten, Fabriken, Maschinerien, Eisenbahnen, Brücken, Kanälen, Ländereien, Häfen Gruben, Schiffen, Waren und Eigentum; indem sie die Waffenstillstandsbedingungen, unter denen Deutschland die Waffen niederlegte, mit wenig Respekt behandelten — wie wird dann Ihre Stellung sein? —

Ich schreibe Ihnen, weil ich den Eindruck habe, daß Sie ein religiöser Mann sind und daß Sie vermutlich nicht leugnen würden, ein Christ zu sein, wenn Sie danach gefragt würden. Ich glaube auch, daß Sie ein sehr verständiger Mann sind, außerordentlich gut unterrichtet, und ich habe starken Grund, Sie mit all dem Respekt zu behandeln, mit dem man einem Mann entgegentritt, der unserem Lande große Dienste erweisen kann.

Ich lasse diesen Brief drucken und gedenke ihn an alle Mitglieder des Unterhauses zu schicken.

8. April 1921.

Ihr ergebener
Arnold Lupton.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Litag, Allgemeine Anzeigengesellsch. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 13. August 1921 * Heft 33

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Besprechungen des Obersten Rates sind in ihrem Gang im Augenblick, da dies geschrieben wird, noch gar nicht zu übersehen. Aber aus ihrem Vorspiel ist soviel deutlich geworden, daß England die diplomatisch günstige Situation, in die es durch Frankreichs Solo-Spiel gekommen ist, ausnutzen will und nun seinerseits Forderungen meldet. Man hat neben Oberschlesien nun doch noch ein paar Programmpunkte aufgestellt, die in der Hauptsache Deutschland betreffen, Sanktionen, Leipziger Prozesse, Entwaffnung. Das dient aber größtenteils dazu, daß man, an alte gemeinsame Beschlüsse gebunden, gegenseitig Prestige-Politik treiben will. Man hat den Eindruck, daß Frankreich wieder mit der Forderung der „Auslieferung der Kriegsverbrecher" kommen will. Dann wird es wieder die Situation vom Winter 1920 schaffen.

*

Dr. Wirth hat in seiner Bremer Rede auch über Macht und Recht philosophiert. Das sollte er lieber nicht tun; denn offenbar ist Philosophie nicht seine starke Seite. Wenn man das Kapitel durchbuchstabiert, ist Machtlosigkeit eigentlich gar nichts so Schlimmes, der rechte Boden für sittlich gute Gedanken von der Würde des Rechtes. Solche Reden hält man vorteilhafter, wenn man im Besitz der Macht ist — das ist wenigstens die britische Tradition. Hat man sie nicht, dann ist die Philosophie nur trostvolles Surrogat.

*

Poincaré hat anläßlich der Löwener Bibliotheksweihe davon gesprochen, daß die deutschen Offiziere gerne einen Feldzug nach Polen machen wollten, um ihr 1914 in Belgien geraubtes Mobiliar zu ver-

Digitized by Google

vollständigen. Bei uns muß man schon an die trübsten Blättchen der Rechts- oder Linksradikalen geraten, um mit verschiedener Pointierung auf ein solches Niveau an Gesinnung und Journalistik zu stoßen. Dieser peinliche Zeitgenosse hat eine Zeitlang die französische Nation repräsentiert. Alles Parvenütum der wilhelminischen Epoche wird gegenüber solchen Proleten fast zur geistigen Anmut.

*

In den deutschen Zeitungen stehen nebeneinander die pessimistischen Notizen über die Wirkungen der Dürre und die wohlmeinenden Erklärungen, daß man alles tun werde, um dem hungernden Rußland zu helfen. Die deutsche Hilfsbereitschaft ist ja etwas Schönes, aber wir sollten doch uns und der Welt nicht vormachen, daß es in unserer eigenen Not unsere Aufgabe und unsere Möglichkeit sei, den russischen Machthabern über die Wirkungen ihrer Mißwirtschaft wegzuhelfen. Freilich, an der Dürre ist Lenin nicht schuld, aber jener katastrophale Rückgang des Anbaus, jener Verfall des Verkehrs sind die Schlußzeichen einer Politik, die Wirtschaftlichkeit predigte und Gewalterhaltung übte. Uns drückt der Gedanke, daß wahrscheinlich gerade auch die Gegenden alter deutscher Kolonisation im Südosten dem Elend preisgegeben sind. Aber was sollen wir tun, solange der Weg zu unseren Brüdern durch die gewissenlose Nutznießertechnik des bolschewistischen System verbarrikadiert ist!

*

Die Engländer beschäftigen sich mit zweierlei: erstens mit einer diplomatisch-politischen Erwägung, wie es mit Hardings Abrüstungsplänen bestellt sei und durch sie die furchtbare Kriegsnot aus der Welt verbannt werden könne; zweitens mit einer Nachtragsforderung zum Flottenetat, der fast 12 Millionen Pfund (etwa 3,5 Milliarden Papiermark) verlangt, um die Schlachtflotte neuzubilden. Denn die bis heute stärksten Typen seien veraltet. Auf den Zwei-Mächte-Standard hat man verzichtet; nur mindestens gleich stark mit jeder anderen müsse die britische Flotte sein. Man spürt die Wirkung des Krieges: Entwertung von Macht durch die Technik.

*

Digitized by Google

Innerpolitische Wetterwolken

Von Dr. Friedrich Thimme

In seiner großen Bremer Rede, in der Reichskanzler Wirth die gesamte Situation vor dem Zusammentritt des Obersten Rats noch einmal zusammengefaßt hat, hat er von den schweren Wolken gesprochen, die über unser bedrängtes Vaterland heraufgezogen seien. Das war nicht nur außenpolitisch, sondern ebensosehr innerpolitisch gemeint, denn es ist klar, daß von der Entscheidung des Obersten Rats in beiden Richtungen nicht weniger wie alles für uns abhängt. Nicht zuletzt das Schicksal des Kabinetts Wirth selbst. Die Bremer Kanzlerrede hat ja mit gutem Grunde, um auch den Schein einer Drohung oder Erpressung zu vermeiden, die Kabinettsfrage nicht von neuem in die Wagschale geworfen; aber aus früheren Interviews und Reden Wirths und Schiffers ist schon mit hinreichender Deutlichkeit hervorgegangen, was ohnehin in der Natur der Sache liegt: Fällt die Entscheidung des Obersten Rats hinsichtlich Oberschlesiens und hinsichtlich der Sanktionen zu ungunsten Deutschlands, zu ungunsten der Gerechtigkeit und des demokratischen Selbstbestimmungsrechts aus, wird die Entscheidung auch nur verschleppt oder im Sinne eines vorläufigen faulen Kompromisses, etwa einer gemeinsamen deutsch-polnischen Wirtschaftsregierung in Oberschlesien unter der Aegide der Entente gesucht, so ist das Kabinett Wirth seines inneren Halts beraubt und bricht im Nu zusammen. Das bedeutet natürlich keine bloße Personenfrage; das Kabinett Wirth ist ja zugleich das einzig mögliche Kabinett der Erfüllung der Reparationspflichten, in ihm trägt sich der Gedanke der sozialen Demokratie, der freien deutschen Volksrepublik und darüber hinaus der Gedanke der „europäischen Solidarität unter dem Banner der sozialpolitischen Freiheit und der demokratischen Entwicklung für ganz Europa" aus. Fegt die Entschließung des Obersten Rats das Kabinett Wirth hinweg, so ist nicht etwa ein neues Kabinett der Erfüllung aus denselben Parteien, unter Hinzutritt etwa noch der Unabhängigen möglich, sondern es könnte sich, wenn überhaupt noch eine Regierung zustandekommt, entweder nur um ein rechtsradikales oder ein linksradikales Kabinett, oder um einen gemischtradikalen Wechselbalg handeln. Tragfähig wäre natürlich weder eine reine Rechts- noch eine reine Linksregierung, noch gar eine Mischung aus beiden. Die innerpolitische Entwicklung müßte naturnotwendig aus einem Extrem in das andere fallen, und das Ende könnte nur das Chaos, die Anarchie sein, die schwerlich auf Deutschland allein beschränkt bleiben würde.

Man wird einstweilen hoffen dürfen, daß auch der Oberste Rat sich die Konsequenzen nicht ganz verhehlen wird, die sich so oder so aus seiner Entscheidung für die Entwicklung der Dinge in Deutschland ergeben. Aus

Digitized by Google

Wirths Rede klang eine stark optimistische Note heraus, trotz der Drohungen, die immer wieder von französischer Seite gefallen sind, und wirklich sollte man glauben, daß endlich einmal Vernunft und ruhige Ueberlegung die Oberhand über blindwütigen Haß und starres Vorurteil gewinnen müßten. Mit einer klaren und glatten Lösung zugunsten Deutschlands wird am ehesten noch hinsichtlich der Aufhebung der Sanktionen zu rechnen sein; hier liegt ja das Recht so sonnenklar auf der deutschen Seite, daß Frankreich seinen isolierten Standpunkt schwerlich durchsetzen können wird. In der Oberschlesischen Frage, die natürlich die weitaus wichtigere ist, ist leider mit einer solchen klaren und glatten Lösung kaum zu rechnen; es bleibt aber doch ein gewaltiger Unterschied, ob uns nur die Kreise Pleß und Rybnik abgesprochen werden, oder ob auch das eigentliche Kohlen- und Industriegebiet Oberschlesiens, das eine unteilbare wirtschaftliche Einheit vorstellt, zerschnitten werden soll. Festzuhalten ist auf deutscher Seite unbedingt, daß eine Erfüllung der Reparationspflichten, die ohnehin schon an die Grenzen der Unmöglichkeit streift, wenn nicht darüber hinausgeht, durch eine Teilung auch des Industrieviertels zu einer bloßen Chimäre wird, und daß damit auch das Kabinett der Erfüllung seinen Daseinszweck verliert.

Ob das Kabinett Wirth seine Existenzmöglichkeit behält, wenn die Entscheidung des Obersten Rats in der Frage der Sanktionen ganz, in der Oberschlesischen Frage halbwegs zugunsten Deutschlands ausfällt, muß dahingestellt bleiben. So viel ist gewiß, daß der Gedanke der Erfüllung und der Versöhnung auf deutscher Seite nicht leicht fallen gelassen werden wird. Aber es muß doch wenigstens eine ganz entfernte Chance herausgerechnet werden können, daß wir, um mit Wirth zu reden, durch Opfer — ach, es sind nur zu schwere! — und durch Arbeit wieder zur Freiheit und zu neuer Wohlfahrt gelangen können. Sonst tritt das Wort in sein Recht, daß ein Ende mit Schrecken besser ist als ein Schrecken ohne Ende.

Auch wenn das Kabinett Wirth, mit anderen Worten die gegenwärtige Koalitionsregierung im Reich, aus der zu erwartenden Entscheidung des Obersten Rats die Möglichkeit entnehmen sollte, die Politik der Erfüllung fortzusetzen, ist es der politischen Gefahrenzone noch nicht entronnen. Die Politik der Erfüllung birgt ja, das wissen wir alle, Schwierigkeiten von einem Ausmaße in sich, wie sie vielleicht noch nie von einer Regierung zu bewältigen waren. Es ist charakteristisch für diese Situation, daß das Kabinett, obwohl es nun schon seit Monaten im Amte ist, erst jetzt sein Programm über die von der Reparation untrennbar verknüpften Steuerpläne vorzulegen vermochte. Auch dieses Programm mit seiner Ankündigung von 15 Steuervorlagen, die ohnehin erst noch das Fegefeuer des Reichsrats und des Reichswirtschaftsrats passieren sollen, ist ein sehr unfertiges und rohes; über die Hauptfrage, ob die Besteuerung des Besitzes als eine endgültige anzusehen ist, oder ob eine Beteiligung des Reiches an den

Digitized by Google

Sachwerten hinzutreten soll, ist sich das Kabinett nach allen weitläufigen Beratungen noch immer nicht schlüssig geworden. Inzwischen erhitzen sich in dieser schwülen Atmosphäre der Unsicherheit die Gemüter immer mehr über die Fragen der Besitz- und der indirekten Steuern. Die neueinsetzende Steigerung aller Preise, der notwendigsten Lebensmittel zumal, die daraus wieder resultierende Bewegung für eine Erhöhung der Gehälter und Löhne mit dem Ausblick auf Streiks und schwere wirtschaftspolitische Kämpfe trägt das Ihre dazu bei, um die Dinge einer Krise zuzutreiben, die aller Voraussicht nach im Herbst, zur Zeit der beginnenden parlamentarischen Steuerkämpfe, ausbrechen wird.

Die größte Gefahr dabei ist die, daß es schließlich doch zu der Front- und Kampfstellung „hie bürgerlich — hie sozialistisch" kommt, die bisher, dank vor allem der Demokratischen Partei, in allem Auf und Nieder seit der Revolution noch immer vermieden ist. Zwar hat die Sozialdemokratie wiederholt ihren guten Willen erklärt, sich, obwohl es sie hart ankommt, überhaupt zu einer Erhöhung der indirekten Lasten die Hand zu bieten, positiv an der Beratung des Steuerprogramms zu beteiligen; aber doch mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß in erster Linie die Vermögenssubstanz zur Deckung des ungeheuerlichen Steuersolls herhalten müsse. Auf Seiten der nichtsozialistischen Parteien, auch der Demokratischen, macht sich demgegenüber begreiflicherweise die Sorge geltend, daß durch eine zu weitgehende Heranziehung des Besitzes die Kapitalbildung in einem Maße unterbunden werden müsse, die zum wirtschaftlichen Gesamtruin führt. Ob es möglich sein wird, ein Auseinandergehen dieser beiden Grundauffassungen bis zur radikalen Trennung in ein gesamtbürgerliches und ein gesamtsozialistisches Lager zu vermeiden, that is the question. Zum Glück macht sich in den Kreisen der bürgerlichen Parteien, bis weit in die Reihen der Deutschen Volkspartei, die Auffassung geltend, daß eine bürgerliche Einheitsfront nur als ein äußerster Notbehelf angesehen werden könne und dürfe. Typisch dafür waren die vielbeachteten „Gesundungs"-Aufsätze, die der Volksparteiler Dr. von Campe in der „Täglichen Rundschau" veröffentlicht hat. Noch stärker ist der Gedanke der absoluten Notwendigkeit, das Auseinanderklaffen des Volkes in die zwei feindlichen Haufen des Klassenkampfes, hie Bürgertum, hie Proletariat, zu vermeiden, in den schönen „Bergbriefen" von Hugo Preuß zum Ausdruck gelangt, die mit Recht die Vereinigung bürgerlicher und sozialer Demokratie als die Grundidee unseres neuen demokratischen Nationalstaats preisen. Taktisch fehlt Preuß nur insofern, als er zu sehr die bürgerliche und soziale Demokratie mit der republikanischen Demokratie gleichsetzt. Daß aber die politische Gemeinschaftsidee der sozialen Demokratie nicht unbedingt mit der republikanischen Idee zusammenfallen muß, ergaben doch jene schon genannten Aufsätze des Volksparteilers von Campe, die ganz auf die demokratischen und sozialen

Digitized by Google

Empfindungen gestellt waren, ohne sich deswegen zur Republik zu bekennen. Uns scheint, der Grundgehalt der sozialen Demokratie sollte durchaus hinreichen als Ferment einer alle Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zu den Mehrheitssozialisten umfassenden bürgerlich-sozialistischen Arbeits- und Regierungskoalition, die nach wie vor als ein unbedingtes innerpolitisches Erfordernis anzusehen ist. Es müßte unbedingt versucht werden, gerade jetzt, wo der parlamentarische Tageskampf schweigt, in bewußter Abkehr von dem Gedanken der bürgerlichen Einheitsfront, der von rechts her immer wieder propagiert wird, die Basis für ein bürgerlich-mehrheitssozialistisches Zusammengehen herauszuarbeiten. Wie sagte doch Campe? „Wer die ehrliche Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt, lebt nicht in der neuen Zeit." Gut, dann aber sollte man nicht, wie es doch gerade von volksparteilicher Seite in Berlin geschieht, den „Bürgerblock" betreiben, und die parteipolitischen Spieße in erster Linie gegen die Mehrheitssozialisten richten. Auf diese Weise wird der „ehrlichen Mitarbeit" der Sozialisten gewiß nicht der Weg geebnet.

Man weiß, daß die Sozialdemokratie sich bisher stark gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gesträubt hat. Immerhin sind in ihren Reihen in letzter Zeit doch manche gewichtige Stimmen laut geworden, die einer anderen Orientierung der Partei das Wort reden. Beachtung verdient, daß in der Generalversammlung des mehrheitssozialistischen Ortsvereins in Hannover ein Antrag, demzufolge das Nichteintreten der preußischen Landtagsfraktion in die Regierung gebilligt werden sollte, auf Betreiben des Landtagspräsidenten Leinert, eines der verständigsten und wohlgesinntesten Führer der Partei, nahezu einstimmig abgelehnt wurde. Auch der sozialdemokratische Verein in Kottbus hat einen Antrag an den kommenden Parteitag in Görlitz beschlossen, der ausdrücklich auf die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik hinweist. In Görlitz wird mutmaßlich des Langen und Breiten über die Zulässigkeit des Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei gesprochen werden. Ob auch die Frage des künftigen Parteiprogramms auf dem Parteitage eine große Rolle spielen wird, steht dahin. Der Programmentwurf, der von einer Kommission von 11 Köpfen der Oeffentlichkeit vorgelegt worden ist, und der jetzt auch einen eigenen Kommentar gefunden hat, ist von allen Seiten derart zerpflückt worden, daß er kaum noch ernstlich für die definitive Beschlußfassung in Frage kommen wird. Was an dem Entwurf sympathisch berührte, war, daß viele alte Ladenhüter des alten überlebten Erfurter Programms, die Klassenkampftheorie, die Katastrophen- und Verelendungstheorie resolut beiseite gelegt waren. Es würde in der Tat von größter Bedeutung für die künftige bürgerlich-sozialistische Gemeinschaftsarbeit sein, wenn vor allem die Lehre vom Klassenkampf, die in dem freien und sozialen Volksstaat

Digitized by Google

keine Stätte mehr haben sollte, und der die letzte Berechtigung entschwinden würde, wenn die Arbeiterschaft durch den Ausbau des Mitbestimmungsrechts und der Gewinnbeteiligung in die Klasse der Unternehmer hineinrückte, aus dem sozialistischen Katechismus fortgelassen würde. Jedenfalls muß es sich auf dem Görlitzer Parteitage entscheiden, ob die Mehrheitssozialdemokratie die künftige Vereinigung mit den Unabhängigen, die namentlich von den Gewerkschaften betrieben wird, oder ob sie die weitere Zusammenarbeit mit den demokratischen bürgerlichen Parteien, einschließlich vielleicht der Deutschen Volkspartei, in erster Linie ins Auge faßt. Vorläufig hat es den Anschein, als ob das erstere der Fall sein würde; mancher sozialistische Führer scheint ja von einem Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien bei künftigen Neuwahlen, mit den Steuerfragen und der Lebensmittelteuerung im Hintergrunde, Wunderdinge zu erwarten. Aber die realpolitischen Köpfe der Partei werden sich sagen, daß der Ausgang einer Wahlschlacht, bei der der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien notgedrungen auch die bürgerlichen Parteien zu einer einheitlichen [illegible] zusammenballen würde, unter den heutigen Verhältnissen gar nicht abzusehen ist, und daß die geeinten Sozialisten auch eines Tages [illegible] werden können.

Wenn die innerpolitischen Gefahren aufgezählt werden, so wird man sich auch daran erinnern, daß am 1[illegible]. August [illegible] ihr Ende [illegible] innerhalb [illegible] [illegible]

[illegible]

ausübt, weiter herabzusetzen sein wird. In Süddeutschland scheint man ja, nach allem, was man von dort hört, dieses Uebergewicht immer noch als einen schwer erträglichen Druck zu empfinden, und es heißt, daß man dort auf einen Zusammenschluß der süddeutschen Staaten ausgehe, der seine Spitze gegen Preußen richten würde. Das würde ja auf eine Neubelebung der Mainlinie hinauslaufen und auch national-politisch eine Gefahr bedeuten, die man nicht sorgsam genug im Auge behalten kann; denn das kostbarste Gut, das wir aus dem Zusammenbruch gerettet haben, ist doch die deutsche Einheit. Und dieses Gut sollte unter gar keinen Umständen innerpolitisch gefährdet werden!

Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei

Kritische Studie von Dr. Alexander Schilling, Mährisch-Ostrau

Eine kritische Studie! Man wird vielleicht einwenden, weniger Kritik, mehr positive Arbeit. Recht so; aber für positive Arbeit muß erst das Feld gesäubert werden. Wie soll man pflügen, eggen, säen, wenn Dornengestrüpp über der Ackerflur wuchert, Dornengestrüpp, das nur durch das Feuer der Kritik, strenger, sachlicher Kritik, weggebrannt werden kann. Ein reichsdeutscher Journalist und Politiker rief uns Sudetendeutschen zu: „Mehr Selbstkritik!" Wir brauchen sie als Sporen in unsere Weichen, wollen wir nicht alle insgesamt im Moraste verkommen. Kritik, aber nicht Nörgelei! Kritik reinigt, einem Gewitter gleich, die Luft; Nörgelei verpestet nur noch mehr die Atmosphäre. Eine Kritik aber, die mehr sein soll als eine bloße Verstandesübung, muß neben dem Verstand als Vater, auch das Gemüt zur Mutter haben, muß durch die Liebe zu einer hohen Sache verklärt sein. Wir wollen nicht Kritik um der Kritik willen üben, sondern in ihr nur ein Mittel zum Zweck erblicken. „Wir befinden uns allesamt auf einem Holzwege." Dann aber ist es unsere heiligste Pflicht, zur Umkehr zu mahnen, ehe es kein Vorwärts und kein Zurück mehr gibt. Wir wollen daher nicht nur aufzeigen, daß der bisherige Weg falsch ist, wir wollen auch neue Wege weisen, von denen wir hoffen und annehmen, daß sie zum Ziele führen.

Quo vadis? Diese Frage, an das Sudeten-Deutschtum gestellt, ist nur zu berechtigt. Die sudetendeutsche Politik ist bis zur Stunde noch nicht *einen* Schritt weitergekommen. Unschlüssig steht sie vor einem Scheideweg. Die einen raten zu *diesem*, die anderen zu *jenem* Weg. Doch an Entschlußkraft mangelt es. Es wäre schon Erlösung, wenn man wenigstens *eine* Richtung einschlagen würde. Das fürchterlich Lähmende besteht darin, daß man auf demselben Punkte wie angewurzelt verharrt. *Der tote Punkt in der deutschen Politik der*

Digitized by Google

Tschechoslowakei. Kein Wunder, daß eine so beschaffene Politik reich ist an versäumten Gelegenheiten. Es fehlt unserem Volke innerhalb der blau-weiß-roten Grenzpfähle jene überragende Persönlichkeit, jenes Führertalent, das imstande wäre, unsere Politik über den toten Punkt hinauszureißen. Man liebt bei uns mehr die Taktik eines Fabius Cunctator als das kühne Zugreifen eines Hannibal. Nur vergißt man, daß, was einmal richtig sein mochte, nicht in jedem Falle richtig sein muß. Auf unsere Politik passen die Worte aus dem Hamlet:

„Der angeborenen Farbe der Entschließung
- War des Gedankens Blässe angekränkelt."

Im Reiche fragt man sich oft, wieso der sudetendeutschen Politik so gar kein Erfolg beschieden ist. Und was das Schlimmste ist, die Bevölkerung beginnt zu murren, wird ungeduldig, büßt das Vertrauen zur erwählten Führung ein, Mißtrauen wird von unberufener Seite gesät, die Atmosphäre immer mehr und mehr verpestet. Und das Ergebnis? Der eine Teil verfällt unheilvollster Lethargie, ein anderer sucht für sich zu retten was zu retten ist, ein Dritter begeht tollkühne Akte der Verzweiflung. Alles in Allem: das sudetendeutsche Volk gleicht keiner wohldisziplinierten Armee, sondern einem führerlosen Haufen. Niemanden schmerzt diese Feststellung mehr als mich. Daß man damit den Tschechen ein Stichwort gebe, ist unrichtig, denn diese wissen leider meist besser als wir selbst, wie es um uns steht. Es ist das Alpha und Omega jeder Politik: „Auszusprechen was ist". Ein 3¾-Millionenvolk könnte, wenn die Fehlerquellen nicht bei ihm selbst zu suchen wären, trotz der gewiß einzigartigen Brutalität der Tschechen nicht dermaßen an die Wand gedrückt werden, wie es tatsächlich der Fall ist, und siebzig deutsche Abgeordnete brauchten sich trotz der Geschäftsordnung dieses Parlamentes nicht zu einer quantité négligeable herabdrücken zu lassen. Die Lage, in der sich die Slowaken befinden, ist gegenüber der der Deutschen eine bedeutend traurigere und dennoch hat die slowakische Politik weitaus mehr erreicht als die deutsche. Woher kommt dies? Das deutsche Volk braucht seiner ganzen Veranlagung nach einen — Herzog, einen Führer, statt dessen bekam es 70 Führerlinge. Das moderne demokratische Wahlrecht bringt alles eher als eine Auslese der Tüchtigsten. Unsere Demokratie, — in Wirklichkeit keine Volksherrschaft, sondern eine Parteicliquenwirtschaft — spült nur Mittelmäßigkeiten (Ausnahmen bestätigen nur die Regel) an die Oberfläche. Ihr Befähigungsnachweis: Demagogie oder Parteialter oder Beziehungen. Das Listenwahlrecht ist das Grab für alle Individualitäten. Man muß bei Kandidatenaufstellungen gewesen sein, um zu wissen, wie „demokratisch" Kandidaten gemacht und dann geschoben werden.

Digitized by Google

Man wird nun wahrscheinlich die Frage an mich richten: „Und Lodgman?“ Ich will von allem Persönlichen absehen, muß aber natürlich bemerken, daß auch dieses mein Urteil, das ich über Lodgmans Politik fälle, *subjektiv* ist. Kein Mensch kann ein objektives Urteil in solchen Fragen fällen. Ein solches Urteil kann nur die Geschichte fällen, je nach dem Erfolg oder Mißerfolg. Die Politik Lodgmans ist ganz auf die Weltpolitik eingestellt. Die sudetendeutsche Frage ist für ihn nur ein Ausschnitt aus der gesamtdeutschen Frage im Rahmen der Weltlage; denn „die Lage des deutschen Volkes in der Tschechei ist unzertrennlich mit der gesamten europäischen Entwicklung verbunden, welch letztere allerdings noch im Flusse ist.“ Lodgman erhofft alles von „dem Wiedereintritt Rußlands in die europäische Politik und der Veränderung der europäischen Lage.“ *Diese von Lodgman inaugurierte Politik der Passivität und des fatalistischen Abwartens einer Veränderung der europäischen Lage halte ich nun für einen schweren Fehler in der deutschen Politik. Lodgman* hat schon einmal auf eine falsche Karte gesetzt. Statt in den Umsturztagen den militärischen Widerstand der Sudetendeutschen zu organisieren, und damals wäre er noch möglich gewesen, setzte Lodgman seine Hoffnungen auf den Völkerbund. Mit welchem Erfolge, zeigt die jüngste Geschichte. Er selbst mußte zugestehen, daß man es versäumt habe, an sein eigenes gutes Schwert statt an den Völkerbund zu apellieren. Lodgman, der in jeder Faser Demokrat ist, konnte nicht auf den Gedanken kommen, der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen. Er glaubt eben an absolute Wahrheiten, glaubt unerschütterlich an den Sieg des Rechtes. Aber in diesem schönen, Lodgman nur ehrenden Glauben liegt ein gut Stück Fatalismus. Durch die Hoffnungen auf den deus ex machina, den die Veränderung der europäischen Lage den Sudetendeutschen bescheren soll, wird die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, alle Hilfe von auswärts zu erhoffen, statt selbst aktiv in das Weltgetriebe einzugreifen, bedenklich gesteigert. Nichts ist für ein Volk gefährlicher, als wenn es die Hände in den Schoß legt. Selbst wenn die Hilfe von auswärts kommen, der weltgeschichtliche Augenblik eintreten würde, besteht die Gefahr, daß ein solches in Passivität erstarrtes Volk nicht einmal mehr in der Lage ist, diesen Augenblick bei der Stirnlocke zu fassen. Dazu kommt noch, daß der Wiedereintritt einer immerhin slawischen Macht wie Rußland in die europäische Politik sich auch in einer anderen Richtung als zugunsten der Sudetendeutschen äußern kann. Was aber, wenn diese, gewiß auch von uns heiß ersehnte, Kräfteumgruppierung in der Weltpolitik ausbleibt oder wenigstens auf sich warten läßt? Sollten wir uns dann wirklich in unser trauriges Geschick widerstandslos ergeben müssen? Keineswegs. Lodgman denkt nur an eine

Digitized by Google

durch Ereignisse von außen geschaffene Zwangslage für den tschechischen, Staat, als ob es nicht auch eine aus inneren Schwierigkeiten sich ergebende Zwangslage geben könnte, die die Sudetendeutschen schaffen oder, falls sie schon vorhanden ist, ausnützen und verschärfen könnten. Es war aber bisher einer der Fehler der deutschen Politik, daß sie die inneren Krisen des tschechischen Staates nicht nutzte; getreu dem Rezepte Lodgmans, man dürfe „die Krise nicht stören," statt diese Krise erst recht auf die Spitze zu treiben.

Nach Lodgman ist das Selbstbestimmungsrecht ein absoluter Begriff, „der keine Einschränkung" vertrüge. Das Streben nach Selbstverwaltung stelle aber eine solche Einschränkung dar, „weshalb die deutsche Nationalpartei die Autonomie für die deutschen Gebiete im Tschechenstaate als anzustrebendes Ziel nicht anerkennen könne." Diese Erklärung der deutschen Nationalpartei kam vollkommen überraschend und hat im deutschen Lager Bestürzung hervorgerufen; denn bisher galt wenigstens für alle politischen Parteien der Kampf um die nationale Selbstverwaltung als das einigende Ziel, wenn man auch hinsichtlich der Taktik noch so verschiedener Meinung war. Lodgmans Begründung ist überaus logisch, nur daß sich die Geschicke der Völker und Staaten nicht nach den Gesetzen der Logik vollziehen. Lodgman folgert: „Gewähren die Tschechen den Deutschen aus freien Stücken die Selbstverwaltung und sind die Deutschen damit zufrieden, so hätten sich die Deutschen damit selbst des Selbstbestimmungsrechtes begeben. Würden sich aber die Deutschen die Selbstverwaltung im Kampfe erobern, dann müßte sich der Staat offenbar in einem Zustande befinden, welcher ihn nicht mehr fähig erscheinen läßt, das volle Selbstbestimmungsrecht der deutschen Siedlungsgebiete aufzuhalten. Entscheidet sich dann das deutsche Volk trotzdem und aus freiem Entschlusse für das Verbleiben im tschechischen Staate bei Gewährung der Autonomie, dann wäre eben begrifflich sein Selbstbestimmungsrecht erfüllt und hätte sein Ziel erreicht." Gewiß überaus logisch! Ist es aber nicht denkbar, daß die Kraft der Deutschen zwar ausreicht, um sich innerhalb des tschechischen Staates die volle Selbstverwaltung zu erkämpfen, nicht aber, um den Staat in seine Bestandteile aufzulösen, da hierzu eben außenpolitische Voraussetzungen notwendig sind? Hat nicht die Geschichte wiederholt erwiesen, daß für so manches Volk die Selbstverwaltung die Etappe auf dem Wege zur Freiheit war? Kann man sich nicht die Selbstverwaltung erkämpfen, um dann von dieser günstigeren Position aus den Kampf um weitere Rechte fortzusetzen? In der Politik gibt es keine [illegible] hier ist eben alles im Fluß — alles [illegible]

Der augenblickliche Zustand ist nur die Komponente aus dem jeweiligen Kräfteparallelogramm.

Für die deutsche Politik in der Tschechei wäre es dringend geboten, daß man sich zunächst hinsichtlich des Zieles einige, dann erst könnte eine Vereinheitlichung in der Taktik erfolgen. Der bisherigen Zerfahrenheit in der deutschen Politik muß aber in Bälde ein Ende bereitet werden.

(Ein zweiter Artikel über die „Deutsche Politik" folgt.)

Probleme des Stillen Ozeans

Von G. Buetz

Politische Urteile sollten sich auf Tatsachen begründen! Wir treiben in Deutschland ziellos zwischen drei Strömen, suchen die Anker einmal an dieser, dann wieder an jener Küste auszuwerfen. Zähe bleiben Hoffnungen bestehen, die Wünsche sind, weil sie auf keinen Tatsachen beruhen. Die Hoffnung, die England haßt, erweist sich als unausrottbar. Man geht an der Tatsache vorüber, daß England keine europäische Macht mehr ist. Die Probleme Englands sind diejenigen des Stillen Ozeans und heißen nicht Europa. Das englische Mutterland umfaßt 318 000 qkm, seine Kolonien 33½ Millionen qkm. Die Kolonien und Besitzungen sind demnach 105 mal größer als das Mutterland. Außerhalb Englands bestanden vor dem Kriege bereits 50 Staaten mit eigenen Regierungen oder Verwaltungen; einer englischen Bevölkerung von 45¼ Millionen stehen 394 Millionen Kolonialbevölkerung gegenüber. Diese Auslandsbesitzungen Englands, die teilweise ungeheure Gebiete bilden — das Kaiserreich Indien hat 315 Millionen Einwohner — haben ihre ausgesprochenen eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen, die mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit und den wirtschaftlichen Forderungen Europas absolut nichts zu tun haben, ja diesen europäischen Forderungen und Notwendigkeiten zumeist völlig entgegenlaufen. England hat hierauf nicht nur Rücksichten zu nehmen, diese Rücksichten bilden Lebensinteressen Englands. Vor dem Kriege schon fanden 40 % aller Fabrikate Englands in seinen Kolonien Absatz und 30—36 % der Einfuhr Englands kamen aus seinen eigenen Besitzungen; dabei stehen die Gebiete erst in den Kinderschuhen ihrer Entwicklung. Der ganze Haushalt Englands beruht auf den Einnahmen, dem Mittragen der Lasten des Mutterlandes und der Mitarbeit der Kolonien. In dem militärischen Deutschland der Vorkriegszeit kamen 201,8 M. für Militärlasten auf den Kopf der Bevölkerung, in dem militärlosen England 304,7 M. In England empfand man diese hohe Militärlast nicht, weil die Kolonien sie trugen. Welch eine Kluft zwischen den

Digitized by Google

politischen Forderungen Indiens, Australiens, die sich nach Ostasien richten, denjenigen der afrikanischen Interessen, die das Mittelmeer und Vorderasien bedeuten, und den Notwendigkeiten Europas! Völlig fern stehen die Interessen einander gegenüber.

Wie für England das Problem des Stillen Ozeans im Vordergrunde steht, tritt bei den Verhandlungen der Sitzungen der Reichskonferenz hervor. Das englisch-japanische Bündnis, die Stellung zu den Vereinigten Staaten, steht völlig im Vordergrunde aller Verhandlungen. Es trifft absolut zu, was Smuts, der Premier von Südafrika, etwas zu offenherzig aussprach, nämlich, daß England eine Außenpolitik treiben müsse, die sich der Vorsicht und Zurückhaltung in allen kontinentalen Verpflichtungen zu befleißigen habe. Smuts vergleicht die schweren Probleme, die Europa in Atem halten, mit einem Topf, dessen Inhalt wohl noch gelegentlich auf lange Zeit hinaus überkoche, die Vorgänge auf der europäischen Bühne aber seien nicht von „erster Bedeutung" für England, denn der Schwerpunkt aller britischen Politik liege im fernen Osten und in der Südsee. Die Leiter der englischen Politik sind zu gut geschult, um sich einer solchen Offenheit schuldig zu machen, ihre Einstellung der Politik beweist indessen, daß auch sie den Worten Smuts volle Gefolgschaft leisten. Ihre Außenpolitik heißt Amerika und China. Mit Japan ein Vertrag gegen die Vereinigten Staaten, gegen Japan ein Eingreifen in China, gegen Japan und die Vereinigten Staaten der Versuch eines Zusammengehens mit Ostasiatisch-Rußland. Man sollte den Plänen in Asiatisch-Rußland, mit Hilfe britischer Kapitalien, eine Neubelebung der Industrie und des Handels zu bezwecken, so lesen, wie diese Tatsachen zu bewerten sind. Zwischen Rußland und Japan liegt die jetzt herrenlose Mandschurei. Einen Druck gegen China von dort aus hat Rußland schon mit Erfolg ausüben können. Das Gebiet von Amur ist Aufmarschgebiet gegen China, Japan und die Vereinigten Staaten. Die Auswahl bleibt! Auch die Möglichkeit, mit Japan, China, Rußland und England eine Ostentente gegen die Vereinigten Staaten zu bilden. Es ist allerdings eine falsche Politik, sich in Europa zu binden, wenn alle Werte Asien heißen. Und warum Asien? Weil alle Interessen hier zusammenlaufen. Die Stammgebiete britischer Weltmacht heißen Indien, Australien, Kanada. Auch die Interessen Nordafrikas sind diejenigen des Ostens, weil seine Wirtschaftsbeziehungen dorthin laufen. Südsee, Kanada und Indien sind ohne eine feste Position im fernen Osten nicht zu halten. England hat gegen Deutschland den Vernichtungskampf seit Jahren vorbereitet, weil es befürchtete, Deutschland würde von Europa aus die Hand nach dem Vorlande Indien schieben. England weiß, daß heut eine viel gefahrvollere Hand über den fernen Osten fort sich in britische Lebensgebiete schieben will.

Digitized by Google

Schiffahrtsvereinbarungen einst und jetzt

Von Dr. Friedrich Hasselmann, Syndikus der Hamburg—Amerika Linie.

Die großen Hochstraßen des Meeres, diese wichtigsten Verkehrsträger der Erde, sind nach uralt heiligem Menschenrecht von jeher Keines und Jedermanns Sache gewesen. Außerhalb der Hoheitsgewässer bietet das Meer Jedem, der Wind und Wellen sein ungewisses Schicksal anvertrauen will, seine tragenden, trennenden, Länder verbindenden Fluten dar. Zaghaft erst und schrittweise, weiterwagend dann und kühner, allumspannend zuletzt baute der Mensch seine schwimmenden Brücken von Hafen zu Hafen, von Land zu Land, von Erdteil zu Erdteil. Und wirr liefen die Linien durcheinander. Alle Nationen trafen sich auf dem Wasser, Güter bringend, Güter holend, und wo Ergiebigkeit lockte, ballte sich zum Knäuel der Wirrwarr. Aus Regellosigkeit Ordnung zu schaffen, war auch hier ein großes Werk, umso größer, als es bei der Schrankenlosigkeit der Meerfahrt galt, den wechselnden Bestand an Wettbewerbern aus aller Herren Länder zur Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns zu führen. Groß war die Aufgabe und groß der Erfolg, der auch hier aus kleinen Anfängen und schwachen Versuchen emporgewachsen ist. Emporgewachsen zu einer umfassenden Bedeutung, die auf einem Teilgebiet der Weltwirtschaft fast an die Grenze internationaler Arbeitsgemeinschaft und Arbeitsteilung heranreichte. Auch hier brachte der Weltkrieg eine fast völlige Zerstörung, der eine Wiederaufrichtung nur sehr langsam wird folgen können. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, das umrißartig zu kennzeichnen, was einst gewesen ist, und das in dämmernden Konturen zu zeigen, was wieder werden kann.

I. Entwicklung bis zum Weltkriege.

Nach einer Vorentwicklung, die im Wesentlichen nur noch geschichtliches Interesse hat, setzte die wirklich wirksame Bewegung zur Schaffung von Schiffahrtspools ein, sobald Albert Ballin zum ausschlaggebenden Faktor in der deutschen Reederei und bald zum Anreger, Förderer und Führer in der Weltschiffahrt wurde. Seiner Initiative, seiner Sach- und Fachkenntnis, seiner Art, Menschen zu behandeln, Dinge umzugestalten nach seinem Willen, verdankt das Zusammenschlußstreben der Reedereien seinen wirksamsten Anstoß, seine folgerichtigste Durchbildung. Darum mag füglich sein Name an die Spitze dieser Darstellung gesetzt werden.

Aber so sehr die Ausbildung des Schiffahrtspools auf persönliche Einwirkung einer genialen Führernatur sich gründet, ebenso sehr muß in Betracht gezogen werden, daß das Gebiet, auf dem die Seeschiffahrt tätig ist, wie wenig andere ein natürliches Gefälle hat zu solchen Vereinigungen und Verabredungen. Die wirtschaftliche Funktion, Verbindung zu schaffen

Digitized by Google

zwischen Nation und Nation, den Güteraustausch von Land zu Land zu vermitteln, drängt mit starkem Druck hin zu Konventionen mancherlei Art. Wie der Seefahrer überhaupt in seiner weltweiten, weltoffenen Gedankenrichtung Verständnis schafft zwischen den beiden Polen seiner Fahrt, so war das Gewerbe als Ganzes wie geschaffen für zusammenschließendes Bemühen. Etwas von dem freien Blick, den das Meer verleiht, ist hier erkennbar. Und wie dem rückschauenden Betrachter der Hansezeit gleichsam ein frischer Lufthauch einzudringen scheint in die Moderatmosphäre des „Heiligen römischen Reiches", so spürt man in den Tagen weltwirtschaftlichen Beginnens um die Wende unseres Jahrhunderts den Hauch einer neuen Zeit. Einer Zeit, die die Kräfte der Menschheit — vorerst auf einem Teilgebiet — zusammenfaßt zu gemeinsamem Wirken.

* * *

Sobald der Gründung der Hamburg-Amerika Linie die Schaffung des Norddeutschen Lloyd folgte, erwies es sich als unumgänglich notwendig, zu Abreden über Abfahrtszeiten und Preisgestaltung zu gelangen, und diese ersten Abmachungen zwischen den beiden großen deutschen Seehäfen sind der Vorklang zu dem späteren orchestralen Zusammenklingen mit seiner vielstimmigen Symphonie, die Vorstudie zu der großen internationalen Kontrapunktlehre, die immer weiter verfeinert und verallgemeinert wurde. So ist die Verbandsbildung in der nordatlantischen Fahrt die hohe Schule geworden und geblieben.

In gemeinsamer Betriebsvereinbarung beendeten im Jahre 1874 Hamburg-Amerika Linie und Norddeutscher Lloyd den schweren Kampf mit der Adler-Linie, durch Schaffung der ersten Konferenz aller kontinentalen Auswandererlinien schlug die Hamburg-Amerika Linie den drohenden, fast erdrosselnden Wettbewerb der Union-Linie und der Firmen Sloman und Carr und sicherte sich als kostbarsten Siegerpreis den jungen Passagemanager der letztgenannten: Albert Ballin.

Die „Kölner" Konferenzen über die Festsetzung von Mindestpreisen für die Auswandererbeförderung führten im Jahre 1892 zur Gründung des Nordatlantischen Dampferlinienverbandes zwischen folgenden Gesellschaften:

Hamburg-Amerika Linie, Hamburg,
Norddeutscher Lloyd, Bremen,
Sloman-Union-Linie, Hamburg,
Red-Star-Line, Antwerpen.
Holland-Amerika Linie, Rotterdam,

Neben der Beseitigung des gegenseitigen Wettbewerbs ward schon eine prozentuale Aufteilung des ausgehenden nordamerikanischen Verkehrs vorgenommen. Die Einnahmen, die über die besonderen Selbstkosten hinaus-

Digitized by Google

gehen, fließen in eine Gemeinschaftskasse, den Pool, und für die Ausschüttung des Gewinns ist maßgebend die festgesetzte Verkehrsverteilungsquote.

Ständig wiederholte Konferenzen und die gleichlaufende Richtung der Interessen sorgen mit ziemlich großer Stetigkeit für die Homogenität der Beschlüsse dieser Konferenzen.

Eine wesentliche Vorwärtsbewegung auf weltwirtschaftliche Orientierung hin trat ein, als im Jahre 1895 ein Poolvertrag mit den englischen Gesellschaften geschlossen wurde: die kontinentalen Reedereien verzichteten auf eine Anwerbung englischer und skandinavischer Auswanderer, wogegen die britischen Linien auf einen bestimmten Anteil am Kontinent-Auswandererverkehr beschränkt wurden. Dieser Gebietsabgrenzung folgte ein lockeres Preiskartell.

Im Anschluß an die Auswandererkonvention schlossen die festländischen Schiffahrtsgesellschaften im Jahre 1894 auch einen Pool für den ausgehenden Frachtverkehr. Bei der Struktur des deutsch-amerikanischen Güteraustausches eine besonders wichtige Schranke gegen wilde Preisschwankungen auf dieser tonnageübersättigten Route.

Im Kajütsgeschäft zu bindenden Abreden zu gelangen, ist bei der mannigfaltigen Unterschiedlichkeit des Passagierdampfermaterials überaus schwierig, daraus erklärt es sich auch, daß die „agreements" auf diesem Gebiet stets lockerer geblieben sind als im Zwischendecksverkehr. Im Jahre 1896 kam es zu einer ersten Vereinbarung der genannten kontinentalen Reedereien unter Hinzutritt der

Compagnie générale Transatlantique und der
American Line.

Diese lose Handhabung der Poolpraxis auf diesem Gebiet hatte aber die überaus wohltuende Wirkung, daß dem individuellen Vervollkommnungsdrange der einzelnen Schiffahrtsgesellschaften weitgehend Freiheit gelassen wurde. Schutz gegen vernichtende Preisunterbietung bei gleichzeitigem Anreiz zur höchst erreichbaren Leistung war das Ergebnis, das sich in der fortschreitenden Verbesserung der Passagierdampfertypen der Vorkriegszeit so überaus glanzvoll dokumentiert hat.

Während so in Deutschland der Poolgedanke von Jahr zu Jahr sich fortentwickelte, verhielt England sich wiederholten deutschen Anregungen gegenüber lange Zeit ablehnend. Erst im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege haben die englischen Linien sich mehr und mehr zu bindenden Abmachungen oder zum Anschluß an bereits bestehende Verbände bereitfinden lassen. So hat der Nordatlantische Dampferlinienverband 1908 eine Ergänzung in der Atlantic Conference erhalten, die außer den verbündeten Linien auch die englischen in der Passagierfahrt nach Nordamerika beschäftigten Gesell-

Digitized by Google

schaften umfaßte und sich auf ähnlichen Grundlagen aufbaute. Neben den Abmachungen über das Zwischendecksgeschäft kam es auch über die Fahrpreise im Kajütsverkehr zu Vereinbarungen zwischen den festländischen und den englischen Linien. Früher als der Engländer erkannte der praktische Amerikaner den Vorteil der straffen Kräftekonzentration und übertrug eigene Erfahrungen vom Gebiet der Eisenbahnen auf das des Ueberseeverkehrs. Morgan ward hier der Führer. Durch kluge Finanztransaktionen wurden allmählich folgende Linien unter seinen bestimmenden Einfluß gebracht:

American Line,
Red Star Line,
Atlantic Transport Line,
Leyland Line,
White Star Line,
Dominion Line.

Die adelsstolze Cunard Line ward von der englischen Regierung durch starke Schnelldampfersubventionen vor der Trustbildung bewahrt. Die vorgenannten sechs Reedereien wurden dann zusammengefaßt in der

International Mercantile Marine Company

mit einem Grundstock von 1 034 000 tons.

Schon aus den kurzen Andeutungen des bisher Gesagten ist ersichtlich, daß mancherlei Fäden hin- und herliefen zwischen den Mitgliedern des englisch-amerikanischen und des deutschen Verbandes. So kam es zwischen den beiden zu den grundlegenden Abkommen des Jahres 1902.

Gebietsabgrenzung und gemeinsame Abwehr von Angriffen Vertragsfremder, dazu gemeinsame Beratung neu zu eröffnender Dienste, bereiteten eine immer innigere sich entfaltende Interessengemeinschaft vor, die ihren konzentrierten Ausdruck fand in einer wechselseitigen Gewinnbeteiligung. 1904 im schweren Kampf gegen den wichtigsten Außenseiter, die Cunard Line, bewährte sich das Schutz- und Trutzbündnis vollends.

Eine kurze Uebersicht über die Verbandsbildung auf anderen Routen mag das Bild wenigstens skizzenartig vollenden:

Südamerika-Fahrt:

1900 Betriebsgemeinschaft Hamburg-Amerika Linie, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft. Poolverhältnis beider mit Norddeutschem Lloyd und Hansa. Preiskartell mit übrigen kontinentalen Reedereien. Gebietsabgrenzungen mit englischen Südamerika-Linien.

Westküsten-Fahrt:

1901 Betriebsgemeinschaft Hamburg-Amerika Linie Kosmos.
1904 Preiskartell mit anderen europäischen Reedereien.
1905 Ratenabkommen mit Roland Linie, Bremen.

Digitized by Google

Ostasien-Fahrt:

1899—1903 Gemeinsamer Postdampferdienst Hamburg-Amerika Linie/Norddeutscher Lloyd.

1903 Abkommen über Trennung des Dienstes.

Afrika-Dienst:

Betriebsgemeinschaft Woermann-Linie, Deutsche Ost-Afrika Linie, Hamburg-Amerika Linie (Afrikadienst), Hamburg-Bremer Afrika Linie.

* *
*

Mannigfaltig den einzelnen wirtschaftlichen Zwecksetzungen angepaßt sind die Formen maritimer Betriebsgemeinschaften, die im landläufigen Sprachgebrauch als Pools bezeichnet werden. Abgrenzung, Namengebung und Durchführung im einzelnen ist nicht Aufgabe dieser allgemein orientierenden Darstellung, muß der fachlichen Berichterstattung vorbehalten bleiben. Für uns ist wichtig, daß man im internationalen Zusammenwirken gelernt hatte, für jede Modalität des Verkehrs auch eine besondere Nuance vertraglicher Bindung und Verrechnung zu schaffen. Und wie die Weltverkehrskarten aus der Zeit vor dem Kriege ein weltumspannendes Liniennetz aufweisen, so war auch zwischen den Schiffahrtsgesellschaften der seefahrttreibenden Länder ein feinmaschiges, zweckvoll durchdachtes, planvoll ausgestaltetes Netz vertraglicher Bindungen geschaffen. Die Freiheit des Weltverkehrs war durch selbstgeschaffene Abgrenzung und Interessengemeinschaften aus einem chaotischen Durcheinander und Gegeneinander zu einem sinnvoll förderlichen Miteinander und Füreinander geworden.

II. Die Entwicklung seit Ausbruch des Weltkrieges.

Mit dem 1. August des Jahres 1914 war das ganze kunstvolle Gebilde schlagartig zerstört. Die Fäden, die hinüber und herüber liefen, zerrissen, die Gemeinsamkeit der Idee vergiftet, zwischen Land und Land eine Kluft errichtet, grauenvoll unübersteigbar. Nicht das war das Furchtbare, daß der geschäftliche Verkehr aufhörte, daß jede Möglichkeit des Zusammenwirkens blockiert war, sondern das, daß je länger desto mehr eine Atmosphäre des Hasses entstand, die nun über die Zeit der tatsächlichen Trennung hinaus auf Jahre und Jahrzehnte vergiftend wirken mußte und jede Wiederaufrichtung unabsehbar hinausschob. Die deutsche Flotte war von den Ozeanen vertrieben, der deutschen Tatkraft, der die Zusammenschlußbewegung ihre besten Anregungen verdankte, ward nicht die geringste Betätigungsmöglichkeit gegönnt. Zum Selbstzweck ward der Krieg, alles und jedes in seine Kreise ziehend, wertevernichtend, schöpferisch nur im Zerstören des Geschaffenen. Auch die Handelsschiffahrt der Welt trat in seinen Bann und seine Notwendigkeiten wurden zum obersten, bald alleinigen

Digitized by Google

Gebot. Kein Raum blieb für wirtschaftliches Denken, für kaufmännisches Handeln.

Und als die Waffen ruhten und die „Verhandlungen" begannen, da kam eine Zeit so überreich an internationalen Konferenzen wie kaum je zuvor und doch so gänzlich arm an praktischen Ergebnissen. Denn nicht mehr ward die Lösung gesucht im Ausgleich wirtschaftlicher Interessen gleichberechtigter Faktoren, sondern durch Machtdiktat gegen den Unterlegenen.

Wieder war es den deutschen Unterhändlern vorbehalten, die Anregung zu internationaler Zusammenarbeit nach dem Kriege zu geben. Bei den Verhandlungen in Trier und Versailles unterbreiteten die deutschen Sachverständigen unter Leitung von Cuno und Heineken den Vorschlag, den deutschen Schiffsraum in einem Weltpool mit den Flotten der anderen Mächte gemeinsam und nach einheitlichem Plane fahren zu lassen, um so zu erreichen, daß in der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung der Welt baldmöglichst Ordnung geschaffen würde.

Ungehört verhallte die deutsche Anregung. Und selten ist wohl aus einer verfehlten Maßnahme die sichtbare Folge derart unmittelbar hervorgegangen wie hier. Der deutsche Schiffsraum liegt seiner eigentlichen Zweckbestimmung entzogen unbeschäftigt in allen Häfen der Welt, drückt auf den Frachtenmarkt der eigenen Ersinner dieser verkehrsfeindlichen Maßnahmen; ihrer angestammten Besatzung beraubt, liegt die ex-deutsche Tonnage gleichsam dem Tode verfallen da, und während in Deutschland Tausende und Abertausende braver Seeleute mit der ganzen Inbrunst des zwangsweise seinem Beruf Entfremdeten auf das Wiedererwachen der Seefahrt warten, während die deutschen Reedereien ihren großen, komplizierten, durch und durch erprobten Organisationsapparat fast leer laufen lassen müssen, hält kurzsichtige Machtpolitik das dringend gebrauchte, nutzvoll zu verwendende Handwerkszeug fehlt. Welch erschütternde Tatsachen, die den schroffen Fall von einstmals stolzer Höhe internationaler Verkettung erkennen lassen.

Doch die Macht der Tatsachen ist stärker als der enghirnige, engstirnige Wille haßgebundener Politik. Was wir am Eingang kennzeichneten als naturgegebene Tendenz der Seeschiffahrt zu internationaler Vereinbarung und Arbeitsvereinigung, begann auch jetzt zu wirken. Und während in den sich häufenden Denkschriften der einzelnen Regierungen und an den langen Tischen der Nachkriegskonferenzen Worte, Worte, Worte sich zum System bereiteten, begann in den Kreisen der praktischen Arbeit die Tat. Und unter den unendlich erschwerenden Verhältnissen der geistigen Blockade wurden neuartige Abkommen getroffen, die wieder wie einst Raum gaben zur Einschaltung der Kräfte in den Gesamtstromkreis der Weltschiffahrt. Die Archive der großen deutschen Reedereien werden einer späteren Zeit überraschenden Aufschluß darüber gewähren, wie mannigfach aus allen Ländern, mit denen wir noch

Digitized by Google

eben im Krieg gestanden, mit denen wir jetzt um den wahren Frieden ringen, die Anregungen kamen zur Wiederaufnahme der Gemeinsamkeitsarbeit.

* * *

Das erste Abkommen wirklich internationaler Färbung war die Einrichtung des gemeinschaftlichen Dienstes zwischen Hamburg-Amerika Linie und United American Lines. Das Streben nach dem Aufbau einer eigenen Handelsflotte ließ den Amerikaner Ausschau halten nach einem Partner, der ihm, dem Neuling auf diesem Gebiet, hilfreich die Hand bot. Das Erbe Ballins wohl bewahrend, nahm die deutsche Reederei den Gedanken auf und gab der Idee mit rasch zupackender Energie die Verwirklichung. Und jetzt, wo mehr als ein Jahr seit Abschluß des Vertrages vergangen, läßt sich erkennen, daß diese an keine überkommene Form gebundene Vereinigung gleichverlaufender Interessen sich durchaus bewährt hat. Beide Kontrahenten boten sich gegenseitig wohlabgewogene Ergänzungsmöglichkeiten und fanden in der praktischen Durchführung ihre volle Befriedigung. „Gemeinsamer Dienst" heißt das Stichwort für diesen Vertragsabschluß, gemeinsam nicht nur insofern, als die Errichtung neuer Linien, die Besetzung bestehender, alle Einzelheiten der Schiffsausrüstung und des Schiffsbetriebs gemeinsam erwogen und verwirklicht werden, gemeinsam auch insofern, als jede Vertragsseite die Geschäfte der anderen Seite in dem Lande besorgt, in dem sie heimisch ist. Schon hierin liegt angesichts der immer noch bestehenden realen und ideellen Absperrung ein großer Vorteil. Und auch das andere hat sich gezeigt, daß das Schiffahrtsabkommen zur Brücke wurde für mancherlei Ideenaustausch, für manche Tat, die über den Rahmen maritimer Betätigung hinausging, eine Brücke für das wiedererwachende gegenseitige Verständnis zwischen den Nationen.

Dem Hapag-Harriman-Vertrag folgte bald das Abkommen zwischen Norddeutschem Lloyd und United States Mail Steamship Company. Uns interessiert hier nicht die recht erhebliche Verschiedenheit in der Struktur der beiden Abkommen, uns hat hier nur die gleichlaufende Richtung in der Vereinigung deutscher und amerikanischer Seeschiffahrtsinteressen zu beschäftigen. Wieder wie oft gingen die beiden größten deutschen Reedereien, wenn auch auf getrenntem Wege, demselben Ziele nach. Und die doppelt gespannte Brücke bürgt für starke Festigkeit.

Andere internationale Zusammenschlüsse folgten: der Lloyd übernahm die Vertretung der Nippon Yusen Kaisha, der wichtigsten japanischen Reederei, er und die Packetfahrt vereinigten sich mit der altangesehenen Reedereifirmen Ellerman und Holt, die Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft trat in Verbindung mit dem Rotterdamsche

Digitized by Google

Lloyd, der Nederland und der Oceaan, die Hansa-Linie mit der Svenska Ostasiatische Kompaniet und Norske Afrika og Australia Linie, die Hapag übernahm die Vertretung der Firma Williams Dimond & Co. für die Fahrt nach San Francisco. Und überall zeigte sich, daß die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit auch nach dem Kriege denen, die guten Willens sind, gegeben ist.

Noch ein Wort über die wiederbeginnenden Konferenzen im internationalen Schiffahrtsgeschäft.

Durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in die transozeanische Fahrt — der geschichtlich gesehen allerdings in gewisser Weise ein Wiedereintritt war — kam es im vergangenen Jahr zu einem äußerst hartnäckig geführten Frachtratenkrieg, der Anfang April d. Js. auf einer Konferenz der transatlantischen Schiffahrtslinien in New York beendet wurde durch eine sofort beginnende Erhöhung der east-bound-Raten um 200—300%.

Und in ähnlicher Weise sind im Gebiet des Pazifistischen Ozeans Anfang 1920 von japanischen und fremden Schiffahrtsgesellschaften neue Konventionen hinsichtlich der Frachtraten für die Hongkong Singapore- und Java-Linien abgeschlossen.

Zwei Beispiele dafür, daß das, was über die Zusammenschluß-Tendenz in der Vorkriegs-Schiffahrt gesagt wurde, auch jetzt nach der jahrelangen Völkerblockade wieder wirksam zu werden beginnt.

Praktisch bedeutungsvoller noch als diese an sich überaus interessanten Wiederanknüpfungen auf internationalem Gebiet sind die aus der Not der Zeit heraus geborenen innerdeutschen Konzentrationsbestrebungen auf dem Gebiet der Seeschiffahrt. Gemeinsam vor die Aufgabe völligen Neuaufbaues gestellt, gemeinsam geächtet und verfemt, gemeinsam durchdrungen von der ernsten Gewißheit: wir dürfen nicht erliegen — näherten sich die deutschen Reedereien einander und schufen sich durch Zusammenschluß neue Kräfte. Die organisatorische Rationierung des Geschäftsganges, die auf allen Gebieten deutscher Wirtschaftsführung in die Erscheinung tritt, mußte besonders lebhaft aufgegriffen werden von einem Gewerbe, das [illegible] getroffen war wie die Reederei. Und auch ein gut Teil [illegible] kommt darin zum Ausdruck. Um sich der [illegible] Bewegung, die wir schlagwortartig als [illegible] bezeichnen, entziehen zu können, mußte eine innere Erstarkung erzeugt werden. Denn die Reederei mit ihrem weltumspannenden Aufgabenkreis muß selbständig bleiben und sich Bindungen entziehen, die jede einseitige Eingliederung in einen größeren Verband notwendig mit sich bringt.

Um eine gewisse Uebersicht über die Zusammenschlußbewegungen in der deutschen Seeschiffahrt zu geben — soweit sie bisher in der Öffentlichkeit

erörtert sind — sei folgende Darstellung der Beziehungen der wichtigsten deutschen Reedereien untereinander gegeben:

1. Hamburg-Amerika Linie.

Uebernahme zu 100 % von Deutsche Levante-Linie.

Beteiligung an: Woermann-Linie A.G.; Deutsche Ost-Afrika Linie; Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft (Aktienaustausch); Schlesische Dampfer Co.—Berliner Lloyd A.G.; Bugsier-, Reederei- und Bergungs-A.G.

2. Norddeutscher Lloyd.

Beteiligung an: Woermann-Linie A.G.; Deutsche Ost-Afrika Linie; Hamburg-Bremer Afrika Linie; Roland-Linie; Deutsche Ozean Reederei G. m. b. H.

3. Hansa-Linie.

Beteiligung an: Neptun, Bremen.

4. Deutsch-Australische Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

Betriebsgemeinschaft mit: Kosmos-Linie.

5. Woermann-Linie A.G.

plant engeren Zusammenschluß mit Deutsche Ost-Afrika Linie.

Und ergänzend folge eine Liste der bisher wieder ins Leben gerufenen gemeinsamen Dienste deutscher Gesellschaften:

Woermann-Linie A.G., Deutsche Ost-Afrika-Linie, Hamburg-Amerika Linie (Afrika-Dienst) und Hamburg-Bremer Afrika-Linie:
Hamburg—West-, Süd- und Ostafrika.

Kosmos-Linie, Roland-Linie:
Hamburg—Westküste.

Hansa-Linie, Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffs-Reederei:
Hamburg—Portugal—Spanien.

Norddeutscher Lloyd, Hansa:
Hamburg, Bremen—La Plata.

So hat die Not des Krieges auch hier zusammenschweißend gewirkt und die gemeinsam geführten, überaus schwierigen Verhandlungen mit dem Reich über den Reederei-Abfindungsvertrag ließen die Vereinigung auf Gedeih und Verderb besonders klar erkennbar werden. „Schiff in Not", so heißt es heute gemeinsam von der gesamten deutschen Seefahrt — und da sollten nicht alle Beteiligten einmütig zusammen handeln? Es ist zu hoffen, daß der Wille zum gemeinsamen Tragen der Last der unausdenkbar großen Schwierigkeiten Herr wird.

Digitized by Google

Neuerscheinungen

Karl Friedrich Nowak: Der Sturz der Mittelmächte. 1.—10. Tausend. Verlag Georg D. W. Callwey, München. 435 S.

In seinem ersten Werke zur Kriegsgeschichte, „Der Weg zur Katastrophe", war Nowak der Apologet des Marschalls Conrad von Hötzendorf. Der spröde und strenge politische und militärische Denker sprach durch die raschen, beweglichen Worte eines Publizisten, der, kein Historiker vom Bau, weniger in der straffen Deduktion als in der schriftstellerisch lockeren Form seinem Stoff Reiz geben wollte. Der Einbruch des Literaten in diesen Kreis hat manchen verstimmt; denn der Schmiß des Vortrags machte wohl mißtrauisch, ob ein Mann, dessen Stil und Ausdruck den Journalisten nicht verbarg, diplomatische Noten, historische Zusammenhänge richtig zu lesen und zu würdigen verstände. Immerhin, von so bedeutender Seite autorisiert, ist jenes Buch durch Tatsachenübermittelung und Stellungnahme in seinem Gesamtwert zu einem wesentlichen Buch innerhalb der Nachkriegsliteratur geworden.

Durch die neue Arbeit sprechen ein paar Vordergrundsfiguren des Krieges, die bislang mit eigenen Memoiren nicht hervorgetreten sind. Natürlich gehören auch hier Anlage, Verteilung, Tempo durchaus dem Verfasser, aber sie weisen schon in der Wahl des Zeitpunkts, der Auflösung des Stoffes, daß es ihm nicht um eine systematische Darstellung des Ausganges des Weltkrieges zu tun ist als vielmehr um die Herausarbeitung solcher Partien, bei denen er in der Lage ist, neues Material, neue Belichtungen zu geben. Nowak sagt über das Zustandekommen der Arbeit in einer Vorbemerkung: „Ihr Aufbau ruht auf dem Studium von Geheimakten und Kronratsprotokollen und auf den wiederholten und ausführlichen intimen und authentischen Darlegungen nahezu sämtlicher führender Staatsmänner und Militärs, die auf der Seite der drei Mächte aktiv an allen dargestellten Ereignissen beteiligt waren und die Entscheidungen herbeigeführt haben. Ihnen hat, soweit dies wichtig erschien oder Material und Daten nicht ohnehin schriftlich gegeben wurden, der endgültige Text zur sachlichen und handschriftlichen Berichtigung vor der Uebergabe an den Druck vorgelegen." Eine spätere Arbeit, die angekündigt ist, soll im einzelnen den historischen Quellennachweis erbringen.

Das Buch ist nicht auf einer der primitiven Schuldthesen aufgebaut: daß aus diesem und nur aus diesem Grunde, wegen dieses Mannes, dieser Handlung oder Unterlassung der Krieg verlorengegangen sei. Es wechselt die Betrachtungsweise und weiß, daß bei der Verschlungenheit der Probleme sie nicht mit ein paar Formeln gebannt werden können. Nowak ist Oesterreicher, d. h. er arbeitet stärker heraus als die bei uns üblichen Betrachtungen die ganzen furchtbaren Nationalitätsprobleme der Habsburger Monarchie; er hat auch den Balkan nicht vergessen wie jene, die den „Dolchstoß von hinten" als einen innerpolitischen Vorgang beschreiben, und gibt darum der Bedeutung der mazedonischen Front und ihrer Auflösung die richtige Stelle. Diese Partien sind für die reichsdeutschen Leser vielleicht die wichtigsten, weil ihre Probleme den meisten fremd geblieben waren. Gewiß wird die innere Zerbröselung der Habsburger Monarchie noch ihre tiefere Sonderdarstellung finden (vielleicht führt J. Redlich sein Werk bis in diese letzte Epoche hinein), aber Nowaks Mitteilungen sind als Symptome wichtig genug, und als historisches Material heute schon sehr verdienstlich ist die ausführliche Darstellung der militärischen und politischen Situation in Bulgarien, die wohl bisher nie mit solcher Breite und Eindringlichkeit gegeben war

Digitized by Google

Was die führenden deutschen Persönlichkeiten anlangt, so ist Nowak das Sprachrohr der Auffassungen von Kühlmann und General Hoffmann, beidemal in der Pointierung gegen Ludendorff. Das Zerwürfnis zwischen den beiden Generalen, vor allem in der Beurteilung der Ostpolitik und der Bewertung der Grenzfrage, ist scharf herausgearbeitet; ausführlich ist, rückschauend, die englisch-deutsche Verständigungspolitik beschrieben, deren einer Exponent Kühlmann gewesen war, nachdem Paul Hatzfeld ähnlichen Gedanken schon vor Jahren vorgearbeitet hatte —, ein Kapitel, das über den Rahmen der Darlegungen hinausgreift, aber deutlich als Rechtfertigung der gesamtpolitischen Einstellung des Staatssekretärs zu dienen hat.

Th. H.

Neuer Humanismus. Aufsätze und Reden an die deutsche Jugend. Von Werner Mahrholz und Hans Röseler. 58 S. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin.

Die beiden Herausgeber der Monatsschrift „Die Hochschule" haben in diesem kleinen Buch eine Reihe von Aufsätzen gesammelt, die wesentlich an die akademische Jugend als Leser denken, darüber hinaus aber Beiträge zur Klärung der geistigen Lage und Haltung der Bildungsschicht bringen wollen. Ihr Schwerpunkt scheint mir weniger in der Erörterung der engeren Frage der Hochschulreform zu liegen und in dem Vorschlag der „Humanistischen Fakultät", in der der Charakter der universitas literarum gerettet werden sollte gegenüber der zwangsläufigen Spezialisierung rationalistisch gesonderter Berufsdiszipline. Vielmehr: Die Zwiespältigkeit der Zeit, die Not mit Phrasen verbrämt und Wortformulierungen verschenkt, wo ihr die entscheidenden Losungen fehlen, ist aufs schärfste empfunden, ausgesprochen, enthüllt, um von hier aus zu einigen festen, sachlichen Positionen der Erkenntnis vorzudringen. Man wird so beides finden: Aussagen über diese Zeit und Ansagen an jene, die kommen soll. In ihr soll wieder der Mensch gebildet werden, sich bilden, das Maß der Dinge sein, nicht in einer abstrakten Erfindung, sondern in seiner volksmäßig dichten Gebundenheit. Dieser „neue Humanismus", der sich gegen die mechanisierte Zweckhaftigkeit der Institutionen, gegen die bloße Technik der Methoden und Routinen, zur Wehr setzt, will aber einen ausgesprochen männlichen, tapferen Menschen, und ist frei von jener etwas weinerlichen Sentimentalität, die, indem sie vom neuen Menschen redet, bei utopischer Verblasenheit landet. Diese Gesinnung kommt wohl am stärksten in dem einführenden Brief zum Ausdruck, der als Widmung an den Kultusminister Becker gerichtet ist. Von den Beiträgen selber erscheinen mir politisch wichtig eine besonnene, fast möchte man sagen: pädagogisch saubere Gliederung von Begriff und Wirklichkeit des Nationalismus und Internationalismus (von Mahrholz) und einer Reichsgründungsrede im Berliner V. D. St. von Röseler. Diese Rede enthält einen Gegensatz in sich, indem sie mit gleicher Kraft sich für das „volksbürgerliche" Ideal einsetzt, das seelisch über das staatsbürgerliche hinausreicht, und für den historischen preußischen Staat, der eben gerade dies nicht besaß — gleichviel, diese Rede ist in ihrer sprachlichen Kraft und gedrängten Fülle der Gedanken meisterhaft, gleich eindrucksvoll als Bekenntnis wie als Anruf. Th. H.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46, Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 20. August 1921 * Heft 34

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die außerordentliche Autorität, die sich während des Weltkriegs um die Namen der militärischen Führer gesammelt hat, gibt auch jetzt noch ihren Worten zu politischen Tagesfragen ein stärkeres Echo, als sachlich gerechtfertigt erscheint. Das sah man an der Auseinandersetzung Ludendorff-Hoffmann oder an der überraschenden Einmengung Ludendorffs in die Beschlüsse des Erlanger Studententags. Nun ist auch der deutsche Flottenführer bei der Skagerakschlacht, Admiral Scheer, aus seiner politischen Reserve herausgetreten, und zwar in einem Augenblick, der an sich nicht zur Aeußerung drängt; offenbar war es ihm ein Bedürfnis, sachlich sein politisches Bekenntnis abzugrenzen. An seinen Bemerkungen, die das Ja zum Ultimatum des Feindbundes begründen und es ablehnen, eine solche Entscheidung von der Wirkung auf die Wählerschaft abhängig zu machen, ist von Gewicht die Wendung gegen Stresemann und die Deutsche Volkspartei, deren Taktik eine Erschwerung für die Lösung der schweren wirtschaftlichen Aufgaben darstelle. Der Ruf nach dem „starken Mann" erscheint ihm als eine rhetorische Banalität:

„Eine solche Politik ist für unsere Lage unmöglich. Diejenigen werden in Wirklichkeit die starken Männer sein, die den Mut haben, trotz der Tradition, die in ihrer Partei herrschen, ihren Wählern zu sagen: ‚Das ist das in weiter Ferne stehende Idealziel, wir aber müssen jetzt nach den Bedürfnissen der Gegenwart handeln, wenn wir auch dadurch in den Ruf geraten, unter den Gleichgesinnten als Abtrünnige zu gelten.'"

*

Die Steuerentwürfe der Reichsregierung sind in ihren Absichten bekanntgegeben. Sie begegnen dem Einwand, der seit einer ganzen Jahrzehnten alle Finanzpläne erwartet: daß sie nur Notbehelfe seien und keine zentral gedachte Neuordnung. Das ist richtig, die Neuordnung liegt bei uns in der Verwaltung, aber nicht im finanziellen System

Doch macht die Kritik fast durchweg den Fehler, daß sie selber fast ganz traditionalistisch ist. Das gilt vor allem für die meisten sozialdemokratischen Stimmen, denen die Gewichtsverteilung für direkte und indirekte Steuern fast als der entscheidende Maßstab erscheint. So wird man der Frage nicht gerecht. Auch nicht, wenn man die Erledigung dieser komplizierten Dinge von vornherein auf das Gleis des rein politischen Machtkampfes schiebt. Von dem werden sie an sich nicht ferngehalten werden können, aber es ist eine billige Flucht in die Nichtverantwortung, wenn man nur eben glaubt: das Partei-Mehrheitsproblem muß beantwortet sein, und dann ist alles gut.

*

In der Frage der Sanktionen hat sich der Oberste Rat auf ein Kompromiß geeinigt, das offenbar schon vorbereitet wurde, während die oberschlesische Streitfrage die Zeitungen füllte: vom 15. September ab werden die wirtschaftlichen Quälereien an der Rheingrenze unter bestimmten Voraussetzungen aufhören, die militärischen aber sollen, zunächst unbefristet, weiterdauern. Nichts kennzeichnet deutlicher die Pariser politische Psychologie, auf die Briand glaubt Rücksicht nehmen zu müssen. Daß Düsseldorf, Ruhrort, Duisburg weiter von fremden Truppen belegt sind, bleibt wichtig für die gloire der französischen Armee. Daß man im vergangenen Jahr die Regimenter aus Frankfurt zurückholen mußte, war die ärgste Belastung des gallischen Selbstgefühls. Diese will man, im Augenblick der oberschlesischen Enttäuschung, ihm nicht noch einmal zumuten.

*

In diesen Tagen jährt sich zum dreihundertsten Male die Gründung der deutschen Universität Straßburg. Schmerzlich-treues Gedenken hat an manchen unserer Hochschulen diese Erinnerung in das Bewußtsein der akademischen Jugend gestellt. Nicht nur die Blüte wissenschaftlichen Lebens, die nach der Reichsgründung von der erneuerten Bildungsstätte ausging, macht sie für unser Geschlecht zu einem unverlierbaren Besitz deutscher Geistesgeschichte; an der Straßburger Universität sind Herder und Goethe sich begegnet, und die Frucht dieser Begegnung hat der Entwicklung des deutschen Wesens vielfältigen Samen weitergegeben. Nie ist Straßburg für Frankreich eine Quelle des Lebens geworden, weder wissenschaftlich noch kulturell; wie sollte sie auch auf deutschem Boden gefaßt werden können?

Digitized by Google

Politik der Vertagung

Von Dr. Theodor Heuß

Für die oberschlesische Bevölkerung, für die beteiligten Nationen ist dieses nun fast schon nach Jahren rechnende Verfahren, die Entscheidung der Staatszugehörigkeit zu verschleppen, seelisch unerträglich; auf die Gestaltung der mitteleuropäischen Wirtschaft drückt die ewige Unsicherheit einer richtigen Bewertung der ökonomischen Kräfte; für die Entente ist es ein Bezirk, in dem sich die Spannungen der allgemeinen Prestige-Politik begegnen. Dies, und nicht die Zink- und Kohlenstatistik allein, gibt dem oberschlesischen Problem seinen europäischen Charakter; dies tönt auch den Verlauf der Besprechungen und Verhandlungen.

Lange genug war die Losung der französischen Politik einfach: Zeit gewinnen. Le Rond stützte die polnische Propaganda; die Beziehungen zwischen Warschau und Paris verfestigten sich. Freilich konnten sie nicht den maßlosen Verfall der polnischen Valuta aufhalten; die wirtschaftliche Entwickelung des polnischen Gemeinwesens war propagandistisch sehr wenig günstig. Als dann die Abstimmung kam, war die deutsche Mehrheit für die Beschützer Polens doch peinlich und erstaunlich. Man entsinnt sich, wie seitdem die Lehre von der „Unteilbarkeit" Oberschlesiens, die in Warschau ein selbstverständlicher Satz gewesen, langsam abgeschwächt wurde; die Franzosen ihrerseits waren bereit, die polnischen Ansprüche bis zum letzten zu vertreten.

Es kam zu dem Mai-Aufstand, zu der Hilflosigkeit der J. A. K., schließlich zur Wiederherstellung einer wenn auch begrenzten Autorität. Was aber nun? Frankreich war mit dem Schwebezustand zufrieden, aber die anderen Teilhaber der Entente, an militärischen Besetzungen nicht so interessiert, drängten auf eine Entscheidung. Und so griff man nach dem System der „Sachverständigen", die durch Feststellung der wirtschaftlichen und ethnischen Gruppierung eine sachliche und gerechte Lösung durch den Obersten Rat vorbereiten sollte.

Das Votum von „Sachverständigen", insbesondere wirtschaftlichen, ist heute ungemein beliebt, in allen Ländern; es leitet die Befreiung vom Schlagwort ein, sagt man. Freilich trifft es sich meistens so, daß die Meinungen der Sachverständigen untereinander abweichen, was eigentlich nicht sein dürfte; aber die Welt nimmt das nicht so genau, denn sie begrüßt in den brauchbaren Männern ein Instrument zur Ablastung von Verantwortung. Was die „Sachverständigen" der Entente nun darboten, war mehr oder weniger eine Posse, die vor gelangweilten, nervösen, naiv andächtigen Zuschauern aufgeführt wurde. Das jeweilige Sachverständnis war von Anbeginn in einen politischen Willen eingebunden, der in großen Zügen feststand, bevor die Sachaufnahme erfolgte.

Digitized by Google

Immerhin war es die politische Aufgabe der wirtschaftlichen Gutachter, den politischen Charakter der Entscheidung zu verschleiern. Dem entsprach der Versuch, das strittige Gebiet in sechzehn unbedingt zusammengehörige Wirtschafts- und Verwaltungsbezirke aufzulösen, die, jeder für sich unteilbar, doch einen Halt für die Grenzführung bei einer wahrscheinlichen Gesamtteilung bieten sollten. Damit sollte das Gesicht gewahrt werden; es bedarf aber natürlich keiner breiteren Darlegung, daß auf solche Weise niemals eine „gerechte" Lösung gefunden wird. Denn Oberschlesien ist keine Autarkie, die sich in deutsche und polnische Schachbrettfelder aufteilen läßt, sondern die Dynamik seines wirtschaftlichen Lebens weist über die Grenzen hinaus, oderabwärts, in den Bereich des großen deutschen Wirtschaftslebens, zu dem es hinausebbt, von dem die Flut zu ihm herandringt.

Dieser Zwischenakt wurde denn auch rasch, bei halber Belichtung, heruntergespielt. Er war die Krönung der Sachverständigenleistung, eine künstliche Mechanik; um was die Entscheidung rang, war die Grenzführung im Ganzen, hinter der drei politische Fragen standen: Soll Deutschland leben dürfen als Wirtschaftskörper? Kann England ein französisch-polnisches Geheimabkommen anerkennen, ohne zugleich vor der Pariser Führung der kontinentaleuropäischen Politik zu kapitulieren? Darf an dieser Frage die Entente einen deutlichen Bruch erfahren?

Frankreichs Antwort zum ersten war ein Nein und die Englands zum zweiten lautete ebenso; im dritten war man sich einig, daß die Zusammenkunft in Paris nicht ohne Ergebnis verlaufen dürfe. Wie nun? Alle Beteiligten waren gebunden: Briand durch ein Abkommen mit Warschau (dessen Einzelheiten nicht bekannt sind) und durch die Stimmung der Deputiertenkammer, Lloyd George durch den Beschluß der britischen Reichskonferenz, durch den er seine allgemeine Marschroute hatte bestätigen lassen. Also kamen sie nicht weiter, und Frankreich geriet in die Isolierung, da Japan und Italien der britischen Auffassung beitraten.

Hier bot sich der Völkerbundrat als taktischer Ausweg an. Der soll sein Gutachten geben. Alle Beteiligten waren für den Augenblick befreit; denn mit der Verbreiterung der Beteiligung wird vermieden, daß die Lösung, so oder so, zu einer eindeutigen Kraftprobe zwischen London und Paris werde; daran ist beiden gelegen. Seltsame Fügung: die Schiedsgerichtsparagraphen dieses unerprobten Instruments, das bisher bei allen einigermaßen gewichtigen Fragen, wie Wilna und Albanien, versagt hat, soll ernsthaft zum erstenmal in Funktion treten, wo es sich um seine beiden Vormächte handelt. Denn der Völkerbund entscheidet im letzten auch nicht, mit soviel Kulissen er sich umgeben mag, über die ethnisch-ökonomischen Zweckmäßigkeiten der Kohlenprovinz, sondern über das Prestige von England oder Frankreich.

Digitized by Google

Das heißt, seine Beratung wird das Kampffeld werden, auf das nun der innere Streit der beiden Mächte getragen wird. Auf ihm scheidet das Gewicht der Vereinigten Staaten völlig aus; das ist die wesentlichste Verschiebung, die eintritt. Aber die Kraftprobe selber muß noch einmal gemacht werden. Sollte Frankreich sich bereit finden, dem „Völkerbund" sich „zu unterwerfen", dann, weil es sich England gegenüber doch noch nicht stark genug fühlt; aufs Ganze gesehen, tritt der europäische Charakter des oberschlesischen Problems durch diese Wendung um so deutlicher hervor, weil an ihm, das so gerne als Einzelfall behandelt wurde, sich die allgemeine Mächtegruppierung nun andeuten muß.

Oberschlesien vor dem Völkerbundrat

Von Dr. Hans Simons

Der Beschluß des Obersten Rates, „vor einer Entscheidung über die Festsetzung der Grenze zwischen Deutschland und Polen dem Völkerbundrat die Schwierigkeiten zu unterbreiten, welche die Festsetzung der Grenze macht, und ihn um ein Gutachten zu ersuchen", hat alle überrascht, nicht nur die, für die der Völkerbund seit Hardings Antrittsbotschaft „tot" ist. So allgemein die Ueberraschung, so verschieden sind die Urteile über diesen vom Obersten Rat gewählten Umweg und vielleicht auch Ausweg. Sie sind bestimmt durch die Meinung über das Problem selbst und über den Völkerbund; und wie immer, mischen sich auch hier Vorurteil und Unkenntnis mit ein.

Die Aufgabe, die dem Völkerbundrat jetzt gestellt ist, bedeutet für ihn und für die ganze Völkerbundinstitution eine außerordentliche Belastungsprobe. Dafür kann man Briand als Zeugen anrufen, der demselben Völkerbund wegen seiner Schwäche die Ueberwachung der deutschen Luftschiffahrt nicht zutraut. Niemand kann wünschen, daß dem Rat seine Aufgabe durch andere als die in der Sache selbst liegenden Hindernisse und Gefahren noch erschwert wird. Daher heißt es, mit dem Vorurteil zurückzuhalten, dagegen für die Beurteilung der Art, wie der Völkerbundrat das Ersuchen des Obersten Rates erledigen wird, nüchtern die Grundlagen zu suchen. Sie sind in dem Wortlaut des Pariser Beschlusses und in der Bundessatzung gegeben.

Der Oberste Rat beruft sich in seiner vorsichtig abgefaßten Erklärung auf Artikel 88 des Friedensvertrages und auch Artikel 11 Absatz 2 der Völkerbundsatzung. Er hat den Völkerbundrat weder um seine Entscheidung gebeten, noch gar ihn als Schiedsinstanz zwischen der englisch-italienisch-japanischen und der französischen Auffassung angerufen, sondern ihn nur auf die Schwierigkeiten der Grenzfestsetzung aufmerksam gemacht — als

Digitized by Google

auf einen Umstand, „der den Frieden oder das gute Einvernehmen zwischen den Völkern, von dem der Friede abhängt, stören könnte."

An sich steht es dem Völkerbundrat völlig frei, in welcher Form er sich daraufhin mit der oberschlesischen Frage beschäftigen will. Das hat Lloyd George richtig festgestellt. Aus seiner Rede, ebenso wie aus der englischen Presse sieht man, daß die Völkerbundsatzung in England besser bekannt und verstanden ist, als anderswo. Aber der Oberste Rat hat dem Völkerbundrat nahegelegt, sich auf ein Gutachten zu beschränken. Es ist in den Pariser Reden zum Ausdruck gekommen, daß Frankreich und England das Ergebnis dieses Gutachtens zu ihrer eigenen Meinung machen werden. Die Entscheidung hat sich also der Oberste Rat als sein Recht und seine Pflicht gemäß Artikel 88 des Friedensvertrages vorbehalten. Aber tatsächlich liegt einstweilen die materielle Entscheidung beim Völkerbundrat.

Es ist nicht anzunehmen, daß der Völkerbundrat über die Art der Erledigung hinausgehen wird, um die der Oberste Rat ihn ersucht hat. Schon so wird die Aufgabe schwer genug für ihn sein. Weder die Aaland- noch die Wilna-, noch irgend eine andere Frage, mit der er sich bisher beschäftigt hat, reicht auch nur entfernt an die Bedeutung des oberschlesischen Problems heran. Demgemäß hat der Völkerbundrat hier auch die erste große Gelegenheit, aus einem die ganze Welt bewegenden Konflikt den Ausweg zu finden. Diese Gelegenheit ist bei allen Schwierigkeiten für ihn günstig, weil er formal keine endgültige Entscheidung zu fällen hat. Mit seinem Gutachten kann er unmöglich alle befriedigen; um so wichtiger ist, daß er das Rechtsgefühl der Mehrheit befriedigt und sich als Rechtsinstitution bewährt.

Die Art, in der sich die alliierten Hauptmächte die Entscheidung wichtigster Fragen selbstherrlich vorbehalten haben, hat sich in Paris wieder besonders kraß gezeigt, wo die eigentlichen Parteien Deutschland und Polen gar nicht vertreten waren; sie hat sich durch die Einschaltung des Völkerbundes und das Scheitern der Einigungsversuche zwischen den Alliierten nun auch ad absurdum geführt. Den Weg zu einer ihrer eigenen Willkür entrückten Lösung des Problems hätten die Ententemächte näher haben können!

Wenn auch Lloyd George ausdrücklich erklärt hat, daß der Völkerbundrat nicht an die Pariser Vorschläge gebunden ist, so werden doch die Vertreter der alliierten Hauptmächte im Völkerbundrat mehr oder weniger auf die Pariser Verhandlungsgrundlagen festgelegt sein. Trotzdem wird der Völkerbundrat als solcher sich ein eigenes Urteil zu bilden suchen müssen. Dafür muß er auf die eigentlichen Parteien zurückgreifen. Denn er soll gegenüber der erregten öffentlichen Meinung eine höhere Autorität haben, als sie der Oberste Rat nach seinen bisherigen Taten beanspruchen kann. Wenn es sich also für den Völkerbundrat auch noch nicht darum handelt, in einem Streit zu vermitteln, wie es bei der Aaland- und Wilnafrage

Digitized by Google

der Fall war, so wird er doch die für die Streitschlichtung geltenden Bestimmungen der Satzung und sein bisher geübtes Verfahren bei der Ausarbeitung seines Gutachtens analog anzuwenden haben. Daran hat offenbar auch der Oberste Rat gedacht, als er sich zwar auf Artikel 11 der Völkerbundsatzung berief, aber den Völkerbundrat doch um einen Bericht ersuchte, wie er sonst zur Streitschlichtung erstattet wird. Aber während sonst dieser Bericht, wenn er einstimmig gefaßt ist, für die Streitfälle verbindlich ist, wird das Gutachten des Völkerbundrates in der oberschlesischen Frage, mag es einstimmig erstattet werden oder nicht, keinerlei Rechtskraft haben. Um so notwendiger ist es, seine Bedeutung dadurch zu erhöhen, daß die Parteien gehört werden, Polen auf Grund seiner Mitgliedschaft, Deutschland in Fortsetzung des bisher vom Völkerbundrat angenommenen Verfahrens.

Die zweite Notwendigkeit ist, die Ausarbeitung des Gutachtens nach Möglichkeit zu beschleunigen. Denn der abermalige Aufschub ist bei dem Scheitern der Pariser Einigungsversuche das Schlimmste. An Vorarbeiten fehlt es nicht; außerdem wird es für den Völkerbundrat nicht darauf ankommen, neues Material und neue Gesichtspunkte zu suchen, sondern zu bewerten, was vorhanden ist. Also ist zu wünschen, daß weder die Einsetzung von Kommissionen, noch neue langwierige Untersuchungen beschlossen werden. In französischen und polnischen Kreisen tröstet man sich mit den Worten: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Diese Kreise werden sich hoffentlich nicht nur durch die Schnelligkeit, sondern auch durch den Inhalt des Völkerbundgutachtens enttäuscht sehen.

Der Völkerbundrat hätte allen Grund, inzwischen einen Appell, wie ihn der Oberste Rat an das deutsche und polnische Volk gerichtet hat, seinerseits dem Obersten Rat gegenüber zu wiederholen und ihn daran zu erinnern, daß auch die Interalliierte Kommission in Oberschlesien „Verantwortlichkeiten“ hat. Der Völkerbundrat kann das oberschlesische Problem nur sachlich behandeln, wenn die Grundlagen die gleichen bleiben und nicht wieder vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Bei alledem wird das Gutachten des Völkerbundrates kaum vor der zweiten Tagung der Völkerversammlung bekannt gegeben werden können. Für die deutsche Regierung erhebt sich damit die Frage, ob sie nicht Deutschlands Position in dem oberschlesischen Streit dadurch verbessern kann [illegible] will, daß sie ihm die [illegible] deren [illegible] sich zu seinem Vorteil zu erinnern hat. Auch dann würde nicht nur die [illegible] dieses Problems, sondern das ganze künftige Schicksal Deutschlands weiter vom Gutdünken der alliierten Hauptmächte [illegible]. Deutschland hätte [illegible] seinem Teil, dem Obersten Rat gegenüber das [illegible] zudrängen, als eine Entscheidung zu [illegible] eine einer [illegible]

England und die Orientprobleme

Von Max Grühl

Will man den Kern der britischen Orientpolitik auf eine Formel bringen, kann man etwa sagen: Einkreisung des Indischen Ozeans und strategische Sicherung desselben als englisch-koloniales Binnenmeer. So betrachtet, ist es vielleicht zweckmäßig, den ganzen Fragenkomplex der britischen Orientpolitik nach geographischen Interessengebieten zu gruppieren und von einer ägyptischen, mesopotamischen, persischen und indischen Frage zu sprechen. Jede hat, trotz prinzipieller Uebereinstimmung, doch ihre Besonderheiten, die aber insgesamt von den Engländern mit denselben Methoden behandelt werden. Die starke Gebundenheit der englischen Politik an den Orient ergibt sich daraus, daß gerade die Einzelfragen der genannten politischen Interessengebiete dadurch aus dem chronischen in ein akutes Stadium getreten sind, daß sie ihren entwicklungsgeschichtlichen Scheitelpunkt erreicht haben, einmal in der Solidarität aller Orientalen vom Nil bis zum Ganges und zum andern in der politischen Offensive des Sowjetreiches im Orient. Der aus dieser Koinzidenz sich ergebenden Macht gegenüber versagt die Methode brutaler Unterdrückung, und das Suchen nach neuen Methoden erzeugt jene Unsicherheit, die in ihrer Rückwirkung auf die europäische Politik Englands spürbar wird.

Welches sind nun die Einzelprobleme der englischen Gegenwartspolitik in den verschiedenen Interessengebieten des Orients?

Die Bedeutung Aegyptens im englischen Orientprogramm besteht einmal darin, daß das Land Torwart ist am Suezkanal, der direkten Zufuhrstraße zur indischen See und zur indischen Schatzkammer, und zum andern, daß von ihm die Brücke nach Südafrika geschlagen und damit das Ostgestade des Indischen Ozeans eingeklammert werden soll. Dazu kommt dann noch die wirtschaftlich-politische Absicht, das Land als Baumwollproduktionsgebiet als Kompensation gegenüber Amerika in die Weltwirtschaftswage werfen zu können. Aus diesen Erwägungen heraus ist England seinerzeit (1882!) zur Besetzung des Landes geschritten und hält es auch heute noch, trotz aller Zusicherungen auf Räumung, seine Hand fest auf ihm und auf dem Sudan, ohne den nun einmal Aegypten nicht lebensfähig ist. Das politische Problem besteht nun für die Engländer darin, eine Formel zu finden, die einerseits die ägyptischen Nationalisten, die Träger der Idee von der Unabhängigkeit des Landes, befriedigt und die anderseits doch dem britischen Programm eine tragfähige Stabilität gewährt. Eine Lösung dieses Problems ist heute, trotz Milner-Kommission,

Digitized by Google

trotz eines neuen Kompromißministeriums Adly-Pascha, weiter hinausgerückt wie je; hält doch die Nationalpartei, die heute in engster Interessengemeinschaft mit allen andern von England unterdrückten Orientalen steht, an folgender Forderung fest:

Unbeschränkte, völlige Freiheit für das gesamte Niltal.

1. England verpflichtet sich, im Gegensatz zu seinem bisherigen Verhalten, Aegypten gegenüber zur Gewährung vollkommenster Freiheit in dessen politischen und ökonomischen Beziehungen zu den übrigen Mächten.
2. England enthält sich künftighin jeder Einmischung in die Angelegenheiten finanzieller und geschichtlicher Art, soweit sie die fremden Kolonien in Aegypten betreffen, respektiert also den Zustand der ägyptischen Souveränität.
3. England enthält sich in Aegypten künftighin jeder Politik, welche auf eine Isolierung dieses Landes von den übrigen orientalischen Völkern abzielt. Aegyptens Interessen und Geschicke sind aufs engste mit denjenigen der letzteren verbunden, und England würde ein unverzeihliches Verbrechen an Aegypten begehen, wenn es dieses zur Unterstützung einer gegen diese orientalischen Völker gerichteten englischen Politik zwingen wollte. Denn Aegypten erachtet es als seine vornehmste moralische Pflicht, außer der selbstverständlichen Wahrung seiner eigenen Freiheit und Unabhängigkeit, auch diese Völker in ihrer Abwehr der Uebergriffe, Unterdrückungen und Begehrlichkeiten der Kolonialmächte und ihrer imperialistischen Bestrebungen zu unterstützen.

Die Bedeutung des Irak (Mesopotamien) für England besteht hauptsächlich darin, daß das Land Brücke ist für den Ueberlandverkehr nach Indien, daß sein Besitz die politische Kontrolle über die Araber der westlichen Oeden gewährleistet und daß es ein für allemal ein Glied der Zange ist, welche im Verein mit Indien Persien einklammert.

Unter der Parole, daß es durch seine Kämpfe gegen die Türken nur die Emanzipation der Araber erstrebe, vermochte England sich deren tiefste Sympathie zu erwerben und sie zum Kampf auf seiner Seite zu gewinnen. Wie mit Hilfe der Araber, besonders des mächtigen Emirs Faisal, die deutsch-türkischen Palästina- und Irakfronten zertrümmert wurden, ist allgemein bekannt. Dann kam der Frieden mit seinen Kongressen und seinen für die Araber ebenso negativen Resultaten wie für die Aegypter und für uns. Ueberall im Irak und auf der arabischen Halbinsel wurden Schreie nach Gerechtigkeit und Erfüllung der gegebenen Versprechungen laut, als es bekannt wurde, daß das Gebiet mit der heiligen Stadt Bagdad ein Mandat (d. h. Okkupationsgebiet!) Englands werden sollte. Einer der ersten, die gegen die Mandatsbestimmungen protestierten, war der Be-

Digitized by Google

wunderer Englands, der genannte Emir Faisal. Er betonte, daß der Vertrag von Versailles niemals vom Könige von Hedschas ratifiziert werden würde: die Mandatsverordnungen würden nie die Ziele, für welche die Araber an der Seite der Entente kämpften, verwirklichen und stünden nicht im Einklang mit den Versprechungen, welche die britische Regierung ihnen gegeben habe. Und weiter veröffentlichten die Zeitungen in Angora erst kürzlich eine Proklamation, unterzeichnet von den Führern der zwölf größten Araberstämme im Irak, worin gegen die imperialistischen Pläne der Entente in der mosleminischen Welt protestiert wurde. Sie predigen eine Allianz mit Mustafa Kemal, den sie als ihren Führer anerkennen. So hat auch im Irak die Methode Englands bis heute ihr Ziel nicht erreicht, ja fast dahin gewirkt, Teile des arabischen Volkstums einzuordnen in den Fluß der Bewegung, die heute den Orient durchzittert und vor der England zittert. Andererseits denken die Briten gar nicht daran, die soeben erworbene Position aufzugeben, sondern sie beabsichtigen, wenn nicht alles trügt, aus Mesopotamien ein zweites Aegypten zu machen. So stehen denn auch in jenem Gebiet neue Kämpfe bevor, deren Einleitung schon hier und da durch Attentate gekennzeichnet ist. So wurde gemeldet, daß der englische Polizeichef in Bagdad in einer Hauptstraße der alten Kalifenstadt von unbekannten Arabern ermordet worden sei.

In Persien hatte England schon vor dem Krieg Fuß zu fassen versucht und hierbei, in Anbetracht der zerrütteten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes, auch gewisse Erfolge zu verzeichnen gehabt, deren volle Auswertung nur darum unmöglich war, weil Rußland mit Argusaugen die Briten überwachte. Anders wurde die Situation dagegen, als Rußland zusammenbrach und auch die Flankenbedrohung durch die Mittelmächte und die Türken vom Irak her aufhörte. So zwang England im letzten Jahre Persien heimlich unter das Joch eines Vertrages der Versklavung, der aber bisher nicht ratifiziert wurde, weil eine neue Macht am persisch-britischen Horizont auftauchte und dem persischen Parlament den nötigen Rückhalt im Widerstand gab: der Bolschewismus. Die Tatsache, daß zwischen der Sowjet-Republik einerseits und dem erwachenden Persien anderseits ein Vertrag abgeschlossen wurde zum Zweck gegenseitiger Hilfeleistung, der beiderseitigen Anerkennung der Herrschaftsrechte und der Bekämpfung Groß-Britanniens, schuf eine ganz andere Situation, die England vor allen Dingen Anlaß gab, sich der Sowjet-Regierung zu nähern und auch in Persien die Methode seiner Politik von Grund aus zu ändern. Die Verhandlungen mit Rußland sind bekannt, und in Persien arbeitet der Sterling, um mit seiner Hilfe und durch illusorische Versprechungen doch noch den vorjährigen Vertrag ratifiziert zu erhalten. Ob es den Briten aber dadurch gelingen wird, Persien zu einem dritten Aegypten zu machen, muß bezweifelt werden. Interessant sind die Aus-

Digitized by Google

lassungen eines in Bagdad lebenden Engländers, der in einem Brief, welchen das „Hamburger Fremdenblatt" mitteilte, in bezug auf den Irak und Persien folgendes schrieb: „Ich sehe so wenig irgendein Anzeichen unserer Absicht, das Land zu räumen, daß vielmehr alles darauf hindeutet, daß wir bleiben werden, und da wir nicht in Mesopotamien bleiben können, ohne Persien militärisch zu kontrollieren, müssen wir auch in Persien bleiben."

Auch Indien, das eigentliche britische Machtzentrum, hat seine ewigen Spannungen heute erneut. Die innere Sicherung des Landes wurde bisher erreicht durch eine straffe despotische Organisation der Verwaltung, die besonders darum Erfolg hatte, weil sie auf eine Trennung der beiden hauptsächlichsten Bevölkerungselemente des Landes, der Hindus und Mohammedaner, hinwirkte. Jede Revolte wurde mit äußerster Strenge unterdrückt und war auch schon deshalb zum Mißlingen verurteilt, weil sie nicht vom ganzen Volke getragen wurde. Auch die Ausgestaltung des Verkehrswesens, für die England infolge des doppelten Nutzens für Handel und militärische Zwecke von jeher volles Verständnis hatte, trug wesentlich dazu bei, die Beherrschung der politisch völlig indolenten Völker Indiens zu erleichtern. So kam es, daß es trotz des despotischen Regimentes, besonders des Vizekönigs Lord Curzon, nicht zu einer einheitlichen nationalen Front in Indien kam, ganz abgesehen von den religiösen Hemmungen, die hierbei vorhanden waren. Die Nationalbewegung in Indien blieb beschränkt auf einige Intellektuelle, die ihre Kräfte zersplitterten in kleinen, weit zerstreuten Geheimbünden („Swadeschi" = „zum eigenen Land gehörig"), über die die Regierung mit Hilfe eines ausgebauten Spitzelwesens jederzeit eine Kontrolle ausüben konnte. Ganz anders wurde die Lage, als im Verlauf des Weltkrieges England zu einer Mobilisierung aller seiner Hilfsquellen schreiten mußte und sich die weitesten Kreise Indiens persönlich davon überzeugten, daß sie nur als Opfer des britischen Imperialismus zur Schlachtbank getrieben wurden. Jetzt kam es zu einer Einigung der Hindus und Moslim und dadurch zu einer machtvollen Entfaltung der Swadeschi-Bewegung, die der bisherigen englischen Politik die Grundlage zu entziehen droht, und die heute nur durch ganz drakonische Mittel eingedämmt werden kann oder dadurch, daß man die Ursache der Unzufriedenheit beseitigt und dem Lande „Swaraj" („Freiheit") gibt. Welcher Geist heute in den Massen Indiens lebt, das illustriert vielleicht der folgende Auszug aus einer Ansprache, die am 18. Oktober v. J. der Nationalist Gandhi in Lucknow vor einer Zuhörerschar von etwa 40 000 Personen (Hindus und Moslims) hielt:

„Die beiden Gemeinschaften, Hindus und Mohammedaner, haben darüber beratschlagt, wie sie sich von der Sklaverei befreien können. Es gibt zahlreiche

Digitized by Google

Hindus, denen es nicht verboten ist, das Schwert zu gebrauchen. Gegenwärtig können wir die Regierung noch nicht mit dem Schwert angreifen. Das ärgste, was sie uns angetan hat, ist, daß sie uns entwaffnete, um uns zu Feiglingen zu machen. Non-Cooperation ist unsere Religion, Gott und der Teufel können nicht zusammenarbeiten, und solange Teufeleien in der Regierung vorhanden sind, würden wir eine Sünde begehen, wenn wir mit ihr zusammenarbeiten würden ... Wer einen Soldaten rekrutiert, begeht eine Sünde ... Wenn wir das Schwert gebrauchen werden, werden wir die Europäer, Frauen und Kinder warnen."

Endlich möchte ich noch F. Sher zitieren:

„Was bedeuten die Agrarunruhen im Rai Bareli-Distrikt, die verschiedenen neuen Streiks und Unruhen in Bombay, Kalkutta und anderen Industriezentren? Wer glaubt daran, daß die Arbeiter in Bombay in den Streik traten, weil zwei englische Knaben einige heilige Tauben schossen? Was bedeutet weiter der Studentenstreik in Kalkutta und einer Reihe anderer Städte? Die englische Presse gibt dafür Erklärungen, die den Nichteingeweihten vielleicht befriedigen können, aber der tiefere Grund dieser auf nationalem Boden wachsenden Bewegung bleibt der breiten Oeffentlichkeit unklar. Die Wahrheit ist, daß all diese Streiks, Unruhen und Aufstände nur Episoden einer großen Bewegung sind, die sich über ganz Indien verbreitet hat, Episoden eines Kampfes um die politische Selbständigkeit, der schon seit langem geführt wurde, der jetzt aber zu einem wuchtigen Schlage ausholt." —

Diese Dinge kennt natürlich auch Frankreich und sucht sie je und je innerhalb der europäischen Fragestellungen auszunutzen. Ihr Gewicht ist mit ein wesentlicher Grund der vielfach unsicheren Politik Londons in den europäischen Dingen; die Schwankungen im Orient wirken sich aus, wenn die Entente über Europa zu sprechen hat.

Der Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs

Von Waldemar Quaiser

Die letzte Arbeit von Julius Patzelt, Wien, scheint mir in ihrer Art äußerst wertvoll, verbindet aber den Gedanken des Zusammenschlusses mit zu wenig tatsächlichen Aussichten, so daß der Arbeit Dr. Berthold Widmanns der Vorzug zu geben ist. Letzterer greift auf einen Aufsatz des Grafen Ottokar Czernin zurück, der in der „Neuen Freien Presse" publiziert war. Ich kenne diesen Aufsatz selbst nicht, doch genügt wohl die von Widmann gegebene Interpretation. Der Vorschlag Czernins geht also dahin, wirtschaftlich die Verbindung und Verschmelzung der beiden Staaten durchzuführen. Beides kostet Ueberwindung von gewissen Vorarbeiten, die inzwischen so gut als geleistet anzusehen sind. Es ist bekanntgeworden, daß eine Anzahl deutscher Banken nach Oesterreich gehen, womit der erste Schritt in praktischer Beziehung getan worden ist. Der Vollständigkeit wegen sei mitgeteilt, daß sich die deutschen Banken nicht unter eigener

Digitized by Google

Firma, sondern in Form der Kommandite festsetzen. Hierbei wirkt sich, meiner Ansicht nach, wiederum die verhängnisvolle Tatsache aus, daß die reichsdeutsche Finanz- und Wirtschaftswelt viel zu wenig völkisch orientiert ist. Aus welchen Gründen das „österreichische Geschäft" gemacht wird, ist meiner Meinung nach ziemlich offenbar. Mag dem aber auch wie immer sein: Man freut sich auch dann, wenn Reichsdeutschland nachgehinkt kommt, während ausländische Häuser in dieser oder jeder Form bereits sessitzen. — Bei der Gelegenheit kommt im übrigen auch zur Geltung, welche hervorragende Rolle Wien nach wie vor spielen wird. — —

Die Frage des Zusammenschlusses in politischer Beziehung, die nach Erkennen der allgemeinen Lage Europas heute unmöglich ist, wird in bezug auf ihre damit bedingte Konservierung durch das Verhalten weiter Kreise Oesterreichs stark gefährdet. Symptomatisch hierfür ist die in den letzten Monaten eingeleitete und zum Teil durchgeführte länderweise Abstimmung. Welche Wirkung diese Aktion innen- und außenpolitisch erzielt hat, ist nachgerade bekannt. Zwei psychologische Erscheinungen hebe ich aber heraus: „Wir dachten, wir würden zu Deutschland kommen!" ist jener Volksausdruck, den man allenthalben antrifft. Oder: Ehrliche Salzburgische Bauern gehen ohne Paß über die Grenze, werden natürlich aufgehalten: „Na, wir haben doch für Deutschland gestimmt! Wollt Ihr uns vielleicht nicht haben?" Weit gefehlt, liebe Freunde! — Ganz Deutschland wird Euch mit offenen Armen aufnehmen, sobald der Tag herangereift ist. Kein Mensch im Reiche, auf den es ankommt, ist Anschlußgegner! Es liegt aber im Wesen des Reichsdeutschen, sich selbstverständlich erst dann mit einer Sache intensiv zu befassen, wenn sie „geht". Nach „Stimmungen" darf man dabei heute überhaupt nicht messen. Brauchen wir zum gegebenen Tage auch in Deutschland „Anschlußstimmung", dann bin ich sicher, daß dieselbe in acht Tagen alle Herzen im Sturme erobert hat. — Anders liegt der Fall in Oesterreich selbst. Hier wurde eine ausgesprochene schlechte Politik betrieben. Erst in letzter Stunde drang ein vernünftiger politischer Sinn durch, der seine Orientierung etwas weiter holte als aus der österreichischen Provinz. Man ist versucht, immer wieder auf Bismarck zurückzugreifen: Politik ist die Kunst des Möglichen! Gegen eine Welt von Widerständen vorzugehen, noch dazu mit den ungeeignetsten Mitteln, ist letzten Endes zwecklos.

Die vorliegenden Widerstände können nur planmäßig überwunden werden, unter Berücksichtigung einer gewissen historischen Entwicklung. Voraussetzung ist dabei, daß Oesterreich in sich gefestigt ist. Es ist ja direkter Wahnsinn, wenn sich die Landeshauptleute einbilden sie könnten ohne Bundesregierung etwas erreichen. Solche Dinge sind allein organische Unmöglichkeiten und müssen im Auslande den Eindruck des Zerfalles erwecken. Was Wunder, wenn dann einzelne „loyale Nachbarn" eine freund-

Digitized by Google

schaftliche Teilung Oesterreich in Aussicht stellen. Wenn die große Not, die Oesterreich durchmacht, nicht den Zusammengehörigkeitsgedanken mit Macht fördert, wenn man sich nicht von der Thaya bis zur Drau auf Leben und Tod verbunden fühlt, dann ist das völkische Gefühl, das in Oesterreich besonders stark lebendig sein soll, einfach nicht vorhanden und allein in den Köpfen einiger Intellektueller zu finden. Ich weiß selbstverständlich die psychologischen Wirkungen abzuschätzen, die die parteipolitische Struktur des Bundesstaates hervorrufen kann. Partei darf aber niemals über Vaterland und Volk gehen, sonst geht es dem Abgrunde entgegen. Jedenfalls: Der in Oesterreich in letzter Zeit eingeschlagene Weg ist falsch, er muß umgekehrt gegangen werden, wenn tatsächlich Erfolg erzielt werden soll. Soll die Abstimmung durchgeführt werden, dann muß sie *durch die Bundesregierung* dekretiert und, die Sachlage liegt nun einmal so, von einer „höheren Instanz" genehmigt und damit in ihrem Ausgange anerkannt werden. Das Volk hat erst dann abzustimmen, darf dieser kurzen, aber erfrischenden Erregung erst dann ausgesetzt werden, wenn der Anschluß tatsächlich „gemacht" werden kann. Die letzthin eingeleitete Abstimmung kann, meiner Ansicht nach, nur Ermüdung bringen, möglicherweise sogar jenen gefährlichen Gleichmut, der in politischem Fatalismus ausartet.

Durch die Bundesregierung! Der Deutschösterreicher hat heute im allgemeinen weder Vertrauen zu sich, noch zu irgendwelchen Institutionen der Welt. Wie kann er daher Vertrauen zu seinem arg bedrängten Vaterlande haben? Er gleicht dem Menschen, dem der Glaskrug zu Boden fiel, indessen der Henkel in seiner Hand blieb. Auch den soll der Teufel holen! — Psychologisch vollkommen begreiflich! Ein großes Reich, in Herrlichkeit, Macht und Ansehen gebettet, zerstückelt, verraten, — sechs Millionen Menschen, Gebirge und das ausgehungerte, arme Wien allein geblieben. Treue Provinzen müssen den Tschechen geopfert werden, Südtirol dem Italiener und Süd-Steiermark den Serben. Grauenhaft für jeden Menschen! — —

„Ihr seid auch Männer, wisset eure Art
Zu führen, und dem Mutigen hilft Gott!"

Voran was Gertrud Stauffacher zuruft!

Soll es denn wirklich zuschanden werden, soll sich der Deutsch-Oesterreicher nicht zu einem positiven Staatsgefühl, zur Staatsbejahung aufschwingen können? Ist keine Besserung vorhanden? „Unser Staat ist lebensunmöglich, unsere Wirtschaft passiv!" Gewiß, es gelingt uns binnen einer Viertelstunde, uns und der Umwelt rationell zu beweisen, daß wir in dieser politischen Aufmachung, in der wirtschaftlichen Abschnürung als deutsches Volk, sowohl im Reiche als auch in Oesterreich, zum Untergehen verurteilt sind. Wenn aber die Zahlen noch so genau stimmen, in uns lebt ein ungebrochener Glaube: „Deutschland muß leben und wenn wir sterben

Digitized by Google

müssen!" Das, was Lersch zu Kriegsbeginn sang, gilt auch heute noch. Wir müssen durch! Die deutsche Frage, mag sie heute nun als reichsdeutsche, als sudetendeutsche oder als österreichische Sonderfrage auftreten, ist keine Machtfrage mehr, sondern Glaubenssache geworden.

Der Oesterreicher muß erst wieder Oesterreicher werden! Sein Aufstieg führt über die engere Heimat zum Staate, zu seinem armen Vaterlande, und von da allein zum großen deutschen Volke zurück. Das Reich erstand bezeichnenderweise nicht durch einen Mehrheitsbeschluß, sondern durch den Mut und das Wollen der Preußen, Bayern, Sachsen usw. Das neue Reich, das heutige ist immer noch unvollständig, wird allein durch ein frohes und selbstbewußtes Oesterreich, das auf irgendeinem Weg zu Deutschland stoßen wird, gebildet. „Angleichungsarbeit." Wir müssen uns darüber klar sein, daß allein die ökonomische Differenzierung zwischen dem heutigen Oesterreich und Deutschland eine gewaltige ist. Ein langer Weg liegt vor uns, der nur durch harte Arbeit abgekürzt werden kann. Ihn ohne tieferes Vorauskennen zu überbrücken, würde Tatsachen im Gefolge haben, die wir einfach nicht abzuschätzen vermögen. Das soll nicht heißen, daß ich selbst im jetzigen Augenblick gegen den Anschluß bin. Ich wünschte ihn herzlichst, wenn er möglich wäre und würde dabei auch mit voller Kraft helfen, die Klippen zu überwinden. Da er aber momentan unmöglich ist, müssen um so mehr die Reibungsflächen beseitigt werden, die die Geschichte zwischen den deutschen Stämmen aufgetürmt hat. In gewissem Sinne gilt: Wir müssen erst zu einem Volke zusammenwachsen! — — Damit muß Oesterreich, da es in der Anschlußfrage die erste Rolle zu spielen hat, rechnen, und darf vor allem das Wohl und Wehe des gesamten Deutschtums nicht übersehen, auch muß es sich auf die weltpolitische Lage einstellen. Oesterreich muß eine praktische Politik in der Weise führen, daß es die Welt zu überzeugen versteht, daß der Anschluß eine Notwendigkeit ist. Aber nicht in der Weise, daß dabei das eigene Haus in Gefahr gebracht wird. Vorschläge, die ins einzelne gehen, könnten dabei natürlich vorgebracht werden. Besser wäre es aber, sie kämen im Einvernehmen der maßgebenden Faktoren in Oesterreich zustande. Verhindert muß wohl aber unter allen Umständen werden, daß die Frage des Anschlusses in Oesterreich Stoff abgibt zu besonderen innerpolitischen Reibungen.

Der Kampf um Groß-Hamburg

Von Kuno Waltemath

Der Kampf um Groß-Hamburg fängt allmählich an, die deutsche Oeffentlichkeit zu beschäftigen. Freunde und Gegner regen sich. Bei der Gegnerschaft spielen teils materielle, teils politische, teils aus dem Gemüte entsprossene Beweggründe mit. Die in den preußischen Gemeinden

Digitized by Google

um Hamburg herum wohnenden Altpreußen, Hannoveraner und Schleswig-Holsteiner sträuben sich vielfach, in das Hamburger Staatswesen aufzugehen. Der Deutsche trägt nun einmal die Liebe zu seiner angeborenen Stammesart in sich und vergißt dabei zu leicht, was er der Gesamtheit schuldig ist. Gerne tun die Gegner eines Groß-Hamburg so, als ob es lediglich ein hamburgisches Interesse sei, das ein Groß-Hamburg begehre. Sie wiegen sich in dem Glauben, daß die in so starkem Maße propagierte und als notwendig hingestellte Vermehrung der Hafenanlagen, die Vergrößerung des Hamburger Hafens Zukunftsmusik darstelle, daß der Hafen durchaus genüge, um die Seeschiffahrt aufzunehmen, die doch keinen Vergleich mit der vor dem Kriege aushalte. Wesentlich komme bei dem Verlangen nach Lösung des Problems das hamburgische Expansionsbedürfnis in Betracht.

Nun, es ist zweifellos, daß ein solcher Drang nach Vergrößerung Hamburgs rege ist, er ist schon so lange rege, wie Hamburg eine blühende Handelsstadt ist. Stück für Stück wurden die Landschaften um Hamburg von den schlauen Hamburger Handelsherren erworben, Dörfer, Höfe, einzelne Hufen, ganze Wälder, der halbe Sachsenwald, der später wieder in andere Hände überging. Gewöhnlich warf man das begehrliche Auge auf ertragreiche Ortschaften und Fluren; Objekte, die keinen Vorteil zu bringen schienen, wurden unbeachtet gelassen, wie u. a. Altona. Es gibt sicherlich in Hamburg eine Partei, der das große Hamburg Hekuba ist, die nur an das denkt, was dem Handel und dem Ausbau des Hafens nützt. Diese Partei wäre völlig zufriedengestellt, wenn sie weiter nichts wie die Ufer des Köhlbrands und die Elbinseln in die Gewalt Hamburgs brächte. An dem Erwerb von Altona, Wandsbeck, Schiffbeck, Harburg usw. liegt ihr nichts. Das ist die typische Hamburger, auf Expansion hinzielende Richtung. Aber diese zum Siege gelangen zu lassen, das will eben die Durchführung des Problems Groß-Hamburg verhindern. Groß-Hamburg schaffen, heißt die Grundlagen eines den modernen Ansprüchen entsprechenden Städtegebildes bauen, heißt alle Glieder von Groß-Hamburg an den Vorteilen eines Groß-Hamburg teilnehmen zu lassen, heißt Hamburg neben dem Nutzen, den eine Vergrößerung des Hafens gewährt, auch die Nachteile auflegen, wie sie aus der Uebernahme steuerlich schwacher Gemeinwesen, wie Altona, Wandsbeck, Wilhelmsburg, Schiffbeck usw. erwachsen. Groß-Hamburg bedeutet auch die Häfen von Harburg und Altona in das Netz der Hafenbauten einzuziehen, sie zweckentsprechend zu gestalten und auszunutzen, ihnen einen sachgemäßen Platz im Groß-Hamburger Hafenverkehr zuzuweisen. Es bedeutet, daß derartige modern eingerichtete Häfen nicht mehr länger bescheidene Aufgaben erfüllen sollen, sondern Aufgaben, wie sie der Welthandel von Hamburg mit sich bringt. Groß-Hamburg bedeutet ferner — und das ist ein außerordentlich

Digitized by Google

wichtiger Gesichtspunkt, den besonders unsere Bodenreformer in ihr Herz schließen sollten —, die Hamburger Arbeiterschaft und die Schichten, die von ihr und vom Hafenverkehr leben, besser und gesünder als jetzt wohnen lassen. In einem Groß-Hamburg könnten sie im Süden der Häfen auf den Elbinseln in Häusern wohnen, die höchstens sechs Familien bergen, mit Hofplätzen und Kleingärten in der Nähe. Neuere Erfahrungen haben klargelegt, daß der Marschboden der Elbinseln sehr wohl, ohne kostspielige Untergrundsarbeiten und Einrammungen, zweistöckige Häuser tragen kann, daß sich auch die Sielbauten leicht herstellen lassen, ohne daß man nötig hätte, wie man vordem glaubte, unendlich teuere Aufhöhungen des tiefgelegenen Marschlandes zu machen. Die schönsten Vorbilder einer weitgezogenen Bauweise könnten nachgeahmt werden. Die fürchterlichen Mietskasernen, in denen es von Menschen wie von Ameisen krabbelt, die niemals das Heimatsgefühl aufkommen lassen, die auf die Dauer das Familienleben zerstören müssen und den Sinn für Häuslichkeit, würden uns erspart bleiben. Groß-Hamburg nicht durchzuführen, weiter nichts zu tun, als an Hamburg einige neue Gelände zu verkaufen, um Hafenbauten zu vollführen, vielleicht auch noch um Arbeiterwohnungen in der Nähe des Hafens zu errichten, heißt freie Bahn der vielstöckigen Mietskaserne zu geben. Jetzt bereits liebäugeln manche sehr einflußreiche Kreise in Hamburg, die an die Möglichkeit eines Groß-Hamburg nicht glauben, die voll Pessimismus dem Problem gegenüberstehen, mit dieser Kaserne als dem Normaltypus des hamburgischen Hauses der Zukunft. Sie meinen, man müsse mit dem vorhandenen Terrain auszukommen suchen, darauf sehen, daß man noch etwas Land für neue Hafenbauten und für Wohnungen der Hafenarbeiter hinzuerwerbe und im übrigen alles für Wohnzwecke in Betracht kommender Gelände mit vier- und noch höher stöckigen Mietskasernen besetzen, keinen Luxus bei Freiplätzen treiben, kleine Häuser durch große ersetzen und auch vor dem Wolkenkratzer nicht zurückschrecken.

Sehr windig ist der Trost, daß eine Vergrößerung des Hamburger Hafens ein Problem einer fernen Zukunft sei, das uns jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen brauche. Seit Beginn dieses Jahres beträgt die Tonnenzahl der eingelaufenen Schiffe monatlich 50—60 Prozent der Zahl von 1913. Hierbei darf nicht vergessen werden, daß der Kohlenverkehr ganz völlig brach liegt, daß die Kohlenschiffe also meistens leer, daß demnach die Schiffe, die Lebensmittel, Rohstoffe, Stückgut geladen haben, an Tonnenzahl die Hälfte der Zahl von 1913 ausmachen. Selbstverständlich sind die Schiffe auch schwächer beladen als früher, häufig nur zur Hälfte und weniger beladen, woraus sich erklärt, daß so viele Schiffe noch den Hamburger Hafen besuchen, obwohl der deutsche Außenhandel nur einen Bruchteil des Umfangs der Vorkriegszeit darstellt. Dazu kommt, daß jetzt die großen Schnelldampfer mangeln, die Stückgut führen. Die Schiffe, die die Häfen [illegible]

Digitized by Google

sind an Umfang wesentlich kleiner als 1913 oder 1914. Daher würden die Hafenbecken, die dem Kohlenhandel überlassenen ausgenommen, in unseren Tagen nur wenig schwächer besetzt sein als vor dem Kriege, wenn sonst die Verhältnisse sich nicht gewandelt hätten. Aber es ist eine starke Verlangsamung im Entleeren der Schiffe und der Kais eingetreten, wegen des Achtstundenarbeitstages, der intensiveren Benutzung der Eisenbahn, infolgedessen die für das Binnenland bestimmten Waren länger lagern als früher. Deswegen machte der Hafen zeitweilig den Eindruck der Verstopfung und Ueberfüllung. Die Anwendung neuer zeitsparender und raumsparender Methoden, das Wachstum der Arbeitslust haben die schlimmsten Widerwärtigkeiten schließlich überwunden. Aber wie eng der Hafen ist, erweist die Bewilligung von 51 Millionen Mark durch die Bürgerschaft, um das einzig noch unbebaute Land auf dem hamburgischen Teil der Elbinseln mit Hafenbauten zu belegen. Der Senat ließ hierbei erklären, daß nunmehr Hamburg weiteres Gebiet für Häfen nicht besitze. Die Entwickelung des Hamburger Hafens sei damit abgeschlossen.

Widerspruchslos, ohne Debatte nahm die Bürgerschaft die große Forderung an. Selbst die sonst so oppositionslustigen Kommunisten sagten nichts. Dieser Vorgang straft diejenigen Parteien und Männer Lügen, die Hamburg als den Roten verfallen in der Welt ausschreien und so vor Groß-Hamburg bange zu machen suchen. Bislang hat die Hamburger Bürgerschaft, das Staatsparlament, mit seiner sozialdemokratischen Mehrheit niemals versagt, wenn es galt, die Lebensnotwendigkeiten der Hansestadt zu erfüllen. Gewiß, es hat auch in Hamburg nach der Revolution wilde Zeiten gegeben, in denen es schien, als ob alles aus Rand und Band ginge. Aber sie wurden überwunden. Mit schicklicher und geschickter Hand hat die Hamburger Mehrheitssozialdemokratie sich mit den bürgerlichen Demokraten verbunden, um die Verwaltung zu führen. Dabei hat man sich nicht gesträubt, die Mitarbeit von Männern anzunehmen, von denen anzunehmen ist, daß sie eine gewisse Neigung nach rechts in sich tragen, wie des verdienten Finanzsenators Dr. Diestel, der Senatoren Dr. Schramm und Strandes. Niemals hat Hamburg zu Experimenten sich verleiten lassen, wie Berlin. Das Verkehrswesen, die Elektrizität sind nicht sozialisierten, sondern gemischtwirtschaftlichen Betrieben überantwortet geblieben. Der verständige Sinn der Hamburger hat sich immer wieder behauptet, jener kühl überlegende, aller Phantasie abholde niederdeutsche Geist, wie er seit Jahrhunderten Hamburg eigentümlich ist.

Ja, wird man fragen, läßt sich das Problem nicht lösen, indem Hamburg preußisch wird, worauf die um Hamburg gelegenen Gemeinden eingemeindet werden. Aber wird dadurch die Lösung erleichtert? Keineswegs. Wenn Groß-Hamburg als preußische Stadt eine Provinz, wie Groß-Berlin, würde, blieben die Widerstände in Schleswig-Holstein bestehen. Was

Digitized by Google

viele Schleswig-Holsteiner zu Gegnern macht, blieb unvermindert erhalten, nämlich der Verlust steuerkräftiger Gemeinden, deren Weggang ein böses Loch in den Provinzsäckel reißen müßte. Auch würde diese Provinz ebenso 300 000 Einwohner verlieren, als wenn man den Groß-Hamburger Staat schaffen wollte. Und Hamburg zu Schleswig-Holstein schlagen, müßte ihm eine derartige hervorragende Stellung in ihr verschaffen, daß man getrost die Provinz Schleswig-Holstein in die Provinz Hamburg umtaufen könnte. Auch das wird den holsteinischen Partikularisten nicht behagen. Von den hannoverschen Partikularisten auf den Elbinseln und in Harburg, die doch auch zu einem Groß-Hamburg gehören, das ohne sie ein Bruchstück bliebe, wollen wir gar nicht erst ausführlicher reden.

In Hamburg fragt man sich in banger Sorge: Wird der preußische Staat willens und imstande sein, den Handel und den Hafen so pfleglich zu behandeln, wie es diese Lebensadern der alten Hansestadt verlangen müssen? Hamburg ist ein Staat, „in dem alle anderen Tätigkeiten im Verhältnis zum Handel zu bloßen Nebenzweigen herabsinken", wie 1917 der Amerikaner Mac Elvee in seinem Werke „Wesen und Entwickelung der Hamburger Hafenbaupolitik" hervorhob. Daß in einem solchen Staate der Handel ganz anders gepflegt werden kann, wer wagt das zu bezweifeln? Selbst der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach sagte 1909 im preußischen Landtag:

„Man darf nicht Stettin mit Hamburg und Lübeck vergleichen. Die letzteren sind reine Handelsstädte, die ihr ganzes Interesse der Stärkung des Handels widmen können. Der preußische Staat hat viel größere Interessen und Verpflichtungen. Wir können nicht unser ungeteiltes Interesse einem einzigen Handelshafen zuwenden."

Man muß daher dem Verfasser der schon vor der Revolution herausgekommenen Schrift: „Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft", dem Geheimrat Prof. Dr.-Ing. Herbert Engels von der Technischen Hochschule in Hannover beistimmen, wenn er es ausspricht, daß Hamburg als preußischer Seehafen nicht die besondere Fürsorge und Bevorzugung vor den anderen zahlreichen preußischen Seestädten erlangen werde.

„Jede zu seinen Gunsten", so meint Engels, „beabsichtigte Sondermaßnahme würde — und dafür bietet Frankreich mit seinen zahlreichen Seehäfen ein lehrreiches und warnendes Beispiel — an dem Einspruche der anderen preußischen Seehäfen scheitern. Der Unternehmungsgeist, der Wagemut, mit dem der Stadtstaat Hamburg die großen finanziellen Lasten zur Hebung von Handel und Schiffahrt auf sich genommen hat, würden in einem preußischen Hamburg verkümmern, an die Stelle hanseatischen, unbehinderten, entschlossenen und sofortigen Handelns würde zum Nachteil eines preußischen Hamburgs eine langwierige und das Reich schädigende parlamentarische Kompromißwirtschaft treten."

Man scheut auch die Verpreußung Hamburgs deshalb, weil Hamburg alten Kredit genießt, den selbst der deutsche Niederbruch nicht hat erschüttern können, den man glaubt einzubüßen, wenn die Kunde durch

Digitized by Google

die überseeische Welt eilt: Hamburg hat seine alte Selbständigkeit verloren. Der Handel ist ultrakonservativ in seinen Gewohnheiten und Anschauungen. Eine Firma, die einen alten Ruf hat, kann lange von ihm zehren. Eine neue Firma, wie schwer hat sie es, sich ihn zu erringen. Hamburgs Staatsanleihen waren noch in Amerika unterzubringen, als die deutschen Reichsanleihen jeden Kurs verloren hatten. So riesenhaft die Schulden Hamburgs auch angewachsen sind, noch ist das Vertrauen zu ihm nicht erschüttert. Ein Blick auf die gewaltigen Hafenanlagen, die Milliarden an Wert repräsentieren, auf die umfangreichen Ländereien, die Hamburg eignet — das Land ist der größte Grundeigentümer im Staate —, auf die sonstigen Liegenschaften, auf die Steuerkraft der Bürger genügt, um zu erkennen, daß die Schulden eine gute Deckung haben, daß Bürgschaft für die Erfüllung der Verpflichtungen da ist.

Eines müßten die Hamburger allerdings sich überlegen, um die Gegner eines Groß-Hamburg besser zu entwaffnen, nämlich wie die bessernde Hand an der Hamburger Staatsverfassung anzulegen sei. Hamburg ist ein Stadtstaat, der Senat ist zugleich Magistrat und Staatsregierung, die Bürgerschaft zugleich Stadtverordnetenversammlung und Landtag. Die Zentralisation ist sehr weit getrieben, infolgedessen die Gemeinden, die neben Hamburg im Staate da sind, Bergedorf, Cuxhaven und die Landgemeinden, eine sehr unselbständige Stellung innehaben und sich wie Aschenbrödel und Stiefkinder vorkommen. Entweder muß der Hamburger Staat aufhören, Stadtstaat zu sein, staatsrechtlich und verfassungsgemäß die Hamburger Gemeinde vom Hamburger Staat scheiden, oder aber eine weitgehende Dezentralisation auf den Schild erheben. Oder wenn er das Problem dadurch lösen will, daß er die angrenzenden Gemeinden eingemeindet und ebenfalls Harburg und die Elbdörfer, muß er dezentralisieren, ungefähr so, wie es Berlin getan, wo die eingemeindeten Vororte und die altberliner Stadtteile Bezirke bilden, mit bestimmten Aufgaben, Bezirksobrigkeiten und Bezirksvertretungen.

Das Problem ist nicht schwer zu lösen, wie manche denken. Es gehört nur guter Wille dazu und jener reine Patriotismus, der nur auf das Ganze sieht. Hoffen wir, daß es an beiden Faktoren nicht mangelt.

Die Arbeitsschule

Von E. Heywang, Lehrer in Gochsheim (Unterfranken)

Mit diesen Anmerkungen eines im praktischen Volksschuldienst stehenden Landlehrers soll die Aussprache über die Schulorganisation geschlossen sein.

Die „Deutsche Politik" ist nicht der Ort, Fragen des Unterrichtsverfahrens auszufechten. Da nun aber einmal die Frage der Arbeitsschule an dieser Stelle in durchaus ablehnendem Sinne besprochen wurde

Digitized by Google

(Rieß, Die Gefahren der Arbeitsschule. Lfd. Jahrg., Heft 28), so entspricht es wohl einem Gebote der Gerechtigkeit, auch eine andere Auffassung zu Worte kommen zu lassen.

Auf die Geschichte der Arbeitsschule will ich näher nicht eingehen, obschon sie sich mir in einem etwas anderen Lichte zeigt als Herrn Rieß. Aber darauf sei verwiesen, daß es sich noch immer zeigte, wenn Deutschland etwas vom Ausland übernahm, daß es das Uebernommene in seiner eigenen Weise umgestaltete und ein Neues daraus machte, das dem Fremden oft kaum noch ähnelte. Dieser Vorgang hat sich an kaum einer Einfuhrsache so deutlich vollzogen wie an der Arbeitsschulfrage. Die Arbeitsschule, die die deutsche Lehrerschaft vertritt, mit der Frankreichs oder Amerikas gleichzusetzen, ist ein Unding, denn in der Hand der deutschen Lehrerschaft ist aus dem Arbeitsgedanken der Fremdländischen etwas ganz Neues, Verinnerlichtes geworden.

Hier liegt ein Irrtum und ein Fehler in den Ausführungen des Berichterstatters Rieß. Er läßt die Sache so erscheinen, als sei die deutsche Arbeitsschule das gleiche wie die französische Slöjdschule. Wenn jenem äußerlich aufgefaßten Verfahren in Deutschland etwas gleichgesetzt werden kann, so sind es allerhöchstens die Bestrebungen des „Vereins für Knabenhandarbeit". Aber dieser Verein ist im Verhältnis zur Gesamtlehrerschaft so klein, daß er nicht gezeichnet werden darf, als beherrsche er die deutsche Schule. Das Gegenteil ist wahr.

Und ganz ähnlich liegt auch die Berichterstattung über den Vertretertag des Deutschen Lehrervereins in Stuttgart. Es wird erzählt: „Auf der Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins zu Pfingsten dieses Jahres machten sich bereits Stimmen geltend, man möge die Landschulen mit dem Arbeitsunterricht verschonen." Diese Darstellung der Tatsache ist schlechthin falsch. Zunächst läßt sie die Meinung aufkommen, der Deutsche Lehrerverein sei bisher ziemlich geschlossen auf dem Boden des Arbeitsunterrichtes (= Werkunterrichtes oder noch näher: Werkstättenunterrichtes) gestanden, und nun dämmere es bei den Landlehrern, daß dies ein Mißgriff war. Dann ist es nicht wahr, daß diese Stimmen vom Lande gegen den Arbeitsunterricht an sich sprachen. Ich dürfte hierüber zuständig sein, da ich selbst einer der Redner vom Lande war. Und dann ist es nicht richtig, daß es einige Stimmen waren; die Abstimmung ergab, daß diese einigen Stimmen die Meinung der großen Mehrheit aussprachen. Diese Sache muß also klargestellt werden.

Bereits im Jahre 1912 wurde über die Frage der Arbeitsschule in Berlin verhandelt. Berichterstatter Dr. E. Weber-München (jetzt Bamberg) lehnte die Handarbeitsschule mit Werkstättenbetrieb ab und fand die Zustimmung der Versammlung. In der Zwischenzeit kam — unbegreiflicherweise — die Arbeitsschulforderung in die Verfassung. Diese spricht aus, daß sie als

Digitized by Google

Fach zu pflegen sei; also verlangt sie das, was wir Lehrer 1912 in Berlin in großer Mehrheit abgelehnt hatten. Die Verfassungsbestimmung (§ 148 3) nötigte uns zu erneuter Stellungnahme. Darum kam die Arbeitsschule erneut zur Besprechung. Und das Ergebnis war eigentlich die Ablehnung der Verfassung. Die deutsche Lehrerschaft kommt also nicht, wie es in der Berichterstattung Rieß' scheinen muß, aus einer Arbeitsschulberauschung heraus und fängt wieder an, nüchtern zu werden. Sie war gar noch nie drin.

Was aber bedeuteten „die Stimmen der Landlehrer"? Obschon der Berichterstatter des Tages sich von den Auswüchsen des Arbeitsschulgedankens fern hielt, stand doch in seiner vierten Satzung die Forderung nach Schulwerkstätten. Diese Werkstätten waren gedacht als Orte, wo die Hand geschickt gemacht wird zu der Betätigung, die der übrige Unterricht jeweils erfordert. Gegen diesen Satz traten wir Landlehrer auf und verlangten, daß es hier beim alten verbleibe. Nur in Großstädten, wo vielleicht — was wir Landlehrer nicht beurteilen können — die Hand nicht geschickt gemacht wird zu den allereinfachsten Griffen und Anfertigungen, kann der Weg für solche Betätigung offen gelassen werden.

Ich habe schon weiter oben angedeutet, daß in der Fachwissenschaft: Arbeitsschule, Handarbeitsunterricht, Werkstättenunterricht und Werkunterricht ein verschiedenes bedeutet. Ich muß dies ganz kurz klarlegen: Der Knabenhandarbeitsunterricht war eine gleichlaufende Forderung mit dem Handarbeitsunterricht der Mädchen, die wenig in die Tiefe ging, aber auch nicht in die Breite. Heute spielen im wesentlichen die drei anderen Begriffe eine Rolle. Ich nehme zunächst den Werkstättenunterricht. Er ist das, was Rieß eigentlich bekämpft, nach meiner Auffassung mit Recht, auch ich kämpfe dagegen. Es ist handwerklicher Fachunterricht, in der Werkstatt erteilt. Der Lehrer muß in erster Linie Facharbeiter sein. Da Rieß diese Verirrung bekämpft, so schenke ich mir jede weitere Ausführung.

Der Werkunterricht ist der, den dem Wortlaut nach wohl die Verfassung meint. Sie urteilt etwa so: Bei unserer Veranschaulichung haben wir bisher das Kind in viel zu hohem Maße untätig gelassen. Nur Auge und Ohr wirkten, der überaus wichtige Tastsinn war ausgeschaltet. Auch er hat ein Recht; es ist Pflicht der Schule, auch ihm gerecht zu werden, um so mehr, als die Seelenforschung ergeben hat, daß es Kinder gibt, die wesentlich durch den Tastsinn lernen. Wenn aber das Ausdruckswerkzeug Hand in Tätigkeit treten soll, so muß es geübt sein und die Arbeitsweisen, soweit sie in Frage kommen, einigermaßen geübt haben. Dazu sind Werkstätten nötig. So gut wie wir für das Zeichnen und das Schreiben — beides Ausdrucksmittel der Seele — besondere Stunden brauchen, benötigen wir auch solche für Papp-, Holz-, Blech-, Eisenarbeit. Die Vorbereitung zu diesen Arbeiten muß in besonderen Stunden betrieben werden.

Digitized by Google

Das ist die Forderung, die in Stuttgart neben der unseren zu Worte kam. Die erste von der „Produktionsschule", die marktfertige Ware erzeugen will, ist so schwach, daß sie auch nicht einen einzigen Wortführer in Stuttgart hatte. Aber auch diese zweite Form der „Arbeitsschule" wurde mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt. Wir sind nämlich überzeugt, daß die wenigen Handgriffe, die die Arbeitsschule unserer Auffassung benötigt, keiner Vorbereitung bedürfen, sondern durch die Kinder ohnehin ausgeführt werden können, während Griffe und Arbeitsverfahren, die einer Vorbereitung bedürfen, nicht in die Schule gehören.

So komme ich denn zu der Auffassung der Arbeitsschule, die in Stuttgart wie in Berlin den Sieg davontrug. Sie unterscheidet sich von den anderen Auffassungen grundsätzlich dadurch, daß die Handbetätigung niemals Selbstzweck wird, sondern immer Dienerin des Geistes bleibt. Schaffend ist der Geist, ausübend hie und da die Hand. Wie wir das meinen, sei an einem Beispiel gezeigt. Wir wissen ganz genau, daß Basteln, Flechten, Kneten, Zimmern, Schlossern noch lange kein Schaffen zu sein braucht. Sonst müßte ja der Steinklopfer oder Besenbinder dem Hochschullehrer ebenbürtig sein. Die Tat, die den Menschen fördert und hebt, muß aus seinem eigenen Innern hervorgewachsen sein. Die Hand muß ausführen, was der Geist fertig durchgedacht hat. Dann bedeutet der ganze Vorgang einen Kräftezuwachs.

Nehmen wir einen Stoff aus der Naturwissenschaft. Durch irgendein erlebtes Beispiel, einen Einzelfall wird die Aufmerksamkeit der Kinder auf den zu erklärenden Vorgang der Natur hingewiesen. Denken wir heute bei der Hitze etwa an die längergewordenen Leitungsdrähte. Woher kommt dies wohl? Vor diese Frage werden die Kinder gestellt. Und bald wird die Annahme zum Ausdruck gebracht werden, daß die Wärme schuld sein könne. Nun kommt die Frage: Wie können wir untersuchen, ob wirklich die Wärme die Leitungsdrähte verlängert? Und nun ist es Sache der Kinder, geistig Wege zu suchen, die solches dartun können. Das eine Merkmal des Versuches muß sein: ein Metall wird erhitzt, das zweite: die Ausdehnung wird sichtbar gemacht. Das wird aber den Kindern nicht gesagt, es wird von ihnen gesucht. Und nun sollen sie überlegen, wie man dies machen könnte. Die Kinder werden nun auf verschiedenartige Einfälle kommen. Bei mir kamen nicht weniger als neun Vorschläge. Alle wurden besprochen, die meisten zeichnerisch geklärt. Am Schlusse stellte ich den Kindern frei, nun gemeinsam einige der Apparate zu bauen, die die Ausdehnung beweisen könnten. Wohl wird man mir entgegenhalten, daß die Ausführung nicht mehr nötig sei. Ich halte dafür, daß sie geschehen muß, um den Kindern die Freude zu gewähren, daß sie ihre Auffassung auch durchgeführt und in Wirkung sehen. Jede klare innere Anschauung drängt ja zur Verwirklichung in der Welt der Sachen.

Digitized by Google

Die Ausführung wird nun in den meisten Fällen dem Hausfleiß überlassen. Das hat zwei Vorzüge. Es entlastet die Schule, und es läßt die Eltern teilhaben an der Schularbeit. Handgriffe, die das Kind nicht ausführen kann, macht der Vater oder der Nachbar. In der nächsten Stunde ist das Versuchswerkzeug fertig und betriebsfähig da. Und nun erfolgt die Prüfung.

Aehnlich wie es hier in Naturkunde gezeigt wird, kann man im Rechnen, ja auch in Erdkunde, sogar in Deutsch, in Geschichte vorgehen. Allerdings dort nur hie und da, in den Naturfächern und im Rechnen aber fast immer.

Kann diese Arbeitsschule — und nur diese Art bezeichnen wir Lehrer im Fach als Arbeitsschule schlechthin — wirklich eine Gefahr für die deutsche Schule bedeuten? Ist sie nicht vielmehr gegenüber der bloßen Schau- und Hörschule ein Fortschritt, eine Vertiefung? Ist das noch der Slöjdgedanke? Man darf also das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Nicht gegen die Arbeitsschule an sich wollen wir kämpfen, sondern gegen ihre falschen Auffassungen und Auslegungen.

Zum Schlusse muß ich auch noch auf die Ausfälle des Verfassers des ersten Aufsatzes gegen die Einheitsschule zu sprechen kommen. Ich gestehe, daß ich diese oberflächliche Art, einen ernsten Gedanken zu besprechen, bedauere. Die Einheitsschule ist eine so ernste Frage, daß man sie nicht mit dem Witz vom Einheitskind und Einheitslehrer abtun darf. Ist etwa das bisherige Kind der höheren Schulen ein Einheitskind? Oder will Rieß uns glauben machen, daß alle Kinder höherer Klassen gescheut, alle Kinder niederer Stände dumm sind? Nein, die Einheitsschule will ja gerade dies ermöglichen, daß die Auslese so gestaltet werden kann, daß wirklich die Tüchtigen in die höheren Schulen gelangen, nicht wie bisher die Reichen. Es würde zu weit führen, hier die Einheitsschule in aller Klarheit und Ausführlichkeit zu behandeln. Es sei dies einer späteren Nummer vorbehalten. Ich möchte hierdurch die Leser der „Deutschen Politik" nur bitten, sich über die Einheitsschule nicht an der Hand der Rießschen Ausführungen ein Urteil zu bilden. Es wäre ein unzulängliches Vorurteil.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Lidag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 27. August 1921 * Heft 35

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George hat im Unterhaus breit genug und deutlich genug über das oberschlesische Problem gesprochen, und Briand hat ihm nur mit einiger pikierter Verlegenheit zu antworten gewußt. George will natürlich den Bogen der Auseinandersetzung mit Paris nicht überspannen; aber er hofft, daß er, indem er die Isolierung Frankreichs noch einmal markiert, das dortige Prestige-Bedürfnis etwas in den Hintergrund zu drängen vermag. Ihm selber kann es nicht erwünscht sein, wenn Briand stürzt, aber er will sich auch nicht die Politik vorschreiben lassen, die in dem französisch-polnischen Geheimabkommen vorliegt. Der Oeffentlichkeit ist dessen Inhalt nicht bekannt, George scheint ihn aber zu wissen und als Waffe wie Druckmittel in der Hand zu haben.

•

Daß in Oberschlesien eine gemeinsame Aktion der deutschen und polnischen Parteien möglich wurde, ist überaus wertvoll. Es wäre Illusionär, daraus eine keimende Hinneigung offizieller polnischer Kreise zur deutschen Staatlichkeit ablesen zu wollen, aber es sieht so aus, als ob Korfanty im moralischen Ansehen abwärtssteigt, wenn eine Verständigung möglich wurde. Oberschlesien wird wieder auf Monate hinaus zu Gewalt und Ungewißheit verurteilt. Daß diese Zeit ohne eine Gewaltsprung verlaufe, ist ein europäisches Interesse. Die Oberschlesier verbinden ihr Schicksal mit dem ganzen Völker.

•

Der „Temps" hat einen Versuchsballon steigen lassen, an dem sich die Deutschen vergaffen sollen. Nämlich die militärischen Sanktionen am Rhein werden aufgehoben, wenn der deutsche Reichstag das Wirtschaftsgesetz

Steuerprogramm annimmt. Das nennt man dann wohl in Frankreich eine wohltätige Unterstützung der deutschen Regierung. Der Vorgang wäre nicht weiter beachtlich, wenn nicht, nach den Erfahrungen, die hinter uns liegen, diese Lesart plötzlich während der kommenden Steuerkämpfe von deutscher Seite als Pressionsmittel aufgenommen würde. Nun stehen ja unsere ganzen ungeheuren Finanzsorgen unter dem Gebot des Ententedrucks; ihre technische Lösung aber von außenpolitischen Einzelfragen abhängig zu machen, würde heißen, den Rest der Souveränität an die Fremde verkaufen. Es ist notwendig, daß man das den Franzosen frühzeitig und deutlich sagt.

*

Da im Reichskabinett sehr moralische Männer sitzen, die wohl alle schon die üblichen Reden gegen den Luxus und die Verschwendung gehalten haben, ist nicht anzunehmen, daß das Mitgefühl mit den Besuchern der Nachtlokale den Anlaß gab, die Bundesratsverordnung über die Polizeistunde aufzuheben. Hofft man, daß die Stammtische die rettenden Gedanken bringen? Zweifellos kann bis ½12 Uhr die soziale Frage noch nicht gelöst werden, weil man dazu, nach dem alten Satz, bis zum Morgen zusammenbleiben muß. Es war überflüssig, gerade in diesem Augenblick, da die Not besser als die Traktätchen zu predigen begann, eine der wenigen wohltätigen „Errungenschaften" des Krieges aufzuheben. Freilich, seitdem der Forstrat Escherich auseinandergesetzt hat, daß die Verschlechterung des Bieres einen wesentlichen Anteil an der sozusagen geistigen Vorbereitung der bayerischen Revolution hatte, kann der entsprechende Alkoholkonsum als staatserhaltend gelten.

*

In seiner jüngst erschienenen vortrefflichen Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika schreibt Friedrich Luckwald über den Sezessionskrieg (Bd. 2, S. 73):

„Der Krieg entwickelte einen Despotismus, der auch vor loyalen Bürgern keineswegs Halt machte. Das Militär konnte Verdächtige willkürlich gefangen setzen und Stanton, der als Kriegssekretär dies Recht in letzter Instanz übte, ließ tatsächlich tausende solcher willkürlichen Verhaftungen selbst von den angesehensten Männern, nicht selten auf falsche Anzeige Mißgünstiger hin, vornehmen. Ein Mitglied des Obersten Bundesgerichts, B. Curtis, protestierte 1862 gegen den Mißbrauch der „Ausübenden Gewalt", durch den der Präsident und seine Satrapen absolute Herren über Leben, Freiheit und Eigentum der Volksgenossen würden."

*

Digitized by Google

Die Reichsverfassung und der Föderalismus

Von Dr. Friedrich Thimme

Bei der Verfassungsfeier am 11. August hat Reichskanzler Wirth darauf hingewiesen, daß die Gliederung in Stämme und Staaten als Ergebnis einer reichen historischen Entwicklung das Verfassungsproblem in Deutschland immer vor größere Schwierigkeiten gestellt habe, als es in fremden Ländern der Fall gewesen sei. Das hat sich auch bei Entstehung der neuen Reichsverfassung selbst gezeigt. Wie heiß ist damals um das grundlegende organisatorische Prinzip, ob Einheitsstaat, ob Bundesstaat, gerungen worden. Der ursprüngliche Preuß'sche Entwurf zeigte bekanntlich einen ausgeprägten Zug vom Föderalismus der früheren deutschen Reichsverfassung zum Unitarismus; im Grunde wollte Preuß die Gliedstaaten, auch Preußen nicht, und dieses sogar am wenigsten, als Staaten in rechtlichem Sinne gelten lassen, sondern nur noch als höchstentwickelte autonome Selbstverwaltungskörper. Aber gegen diese unitarische Tendenz regte sich alsbald lebhafter Widerstand, namentlich bei den Landesregierungen, und der amtliche Entwurf der Reichsverfassung, der aus der Beratung von Vertretern der Reichsregierung mit solchen der einzelstaatlichen Regierungen hervorging, näherte sich wieder dem föderalistischen Prinzip. Der Verfassungsausschuß der Weimarer Nationalversammlung hat jedoch von neuem in den Entwurf eine starke Betonung des unitarischen Gedankens unter Zurückschneidung des förderalistisch-partikularistischen Rankenwerks hineingebracht. In den Vollversammlungen der Nationalversammlung ist dann noch bis zum Schluß heftig um die Gliederung des Reiches gestritten worden.

Das Schlußergebnis war ein Kompromiß zwischen dem unitarischen und dem förderalistischen Prinzip. Dieses Kompromiß kommt schon in seiner inneren Unfertigkeit in den berühmten Eingangsworten der Verfassung zur Geltung: Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen, und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuen und zu festigen . . . ., hat sich diese Verfassung gegeben. Die Reichsverfassung geht also von der stammesmäßigen Gliederung des deutschen Volkes aus, obwohl diese nur eine Fiktion war und ist. Die bisherigen 25 Bundesstaaten des Deutschen Reiches sind doch nichts weniger als identisch mit ebensoviel deutschen Stämmen. Es gibt keinen preußischen, keinen württembergischen, keinen sachsen-weimarischen oder gar einen hamburgischen Stamm. Aber allerdings spricht sich in der Präambel der Reichsverfassung ihre offensichtliche Tendenz, zu einer stammesmäßigen Gliederung zu gelangen, aus. Den Weg dazu soll der vielberufene

Digitized by Google

§ 18 der Verfassung eröffnen, der eine Gliederung des Reiches in Länder, nicht nach ihren historischen Entstehungsformen, sondern nach den Richtlinien wirtschaftlicher und kultureller Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung vorsieht und zu diesem Zweck auch die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches, wenn nötig auf dem Wege der Abstimmung der Bevölkerung, in Aussicht nimmt, gleichzeitig allerdings die Vornahme der Abstimmung an eine Sperrfrist von zwei Jahren knüpft. Die eigentliche Spitze des § 18 richtet sich unverkennbar gegen das ungeteilte Fortbestehen Preußens. In seiner bekannten Denkschrift vom 3. Januar 1919 hat Preuß, der als der geistige Vater auch des § 18 anzusehen ist, es geradezu ausgesprochen: „Der Fortbestand einer einheitlichen Republik von 40 Millionen Einwohnern innerhalb einer organisatorisch von ihr getrennten Republik von zusammen etwa 70 Millionen ist schlechthin eine staatsrechtliche, politische und wirtschaftliche Unmöglichkeit."

Wenn die neuliche Festrede des Reichskanzlers Wirth der Reichsverfassung, so, wie sie schließlich zustandegekommen ist, das Zeugnis ausstellt, daß es ihr sicherlich gelungen sei, wenn auch manch Wunsch unerfüllt geblieben sei und manches der künftigen Entwicklung überlassen bleiben müsse, den in Deutschland bestehenden tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen, so ist das nicht eben präzise ausgedrückt. Richtiger müßte es heißen: Indem die Verfassung zunächst den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung trage, habe sie einer wirklich organischen Gliederung des Reiches die Wege offen gehalten. Darin, daß dies geschehen ist, wird man in der Tat einen Vorzug der Reichsverfassung sehen dürfen. Denn auch wenn man sich den radikalen Preuß'schen Satz von der Unmöglichkeit des Fortbestehens Preußens in seiner bisherigen Ausdehnung keineswegs zu eigen macht, so wird man bei objektiv ruhiger Betrachtung doch anerkennen müssen, daß das preußisch-deutsche Problem, an dem unsere staatliche Entwicklung schon seit Menschenaltern krankt, unter allen Umständen baldmöglichst einer gedeihlichen Lösung entgegengeführt werden muß, und daß der Fortfall des staatsrechtlichen preußischen Uebergewichts durch die neue Berechnung der preußischen Stimmen im Reichsrat eine solche Lösung noch keineswegs vorstellt. Es braucht dabei die Gefahr des Zusammenschlusses der süddeutschen Staaten zu einem antipreußischen Block, von dem kürzlich wiederholt in der Presse die Rede war, noch gar nicht so hoch angeschlagen werden; seit der hessen-darmstädtische Minister von Brentano bei der Beratung der Reichsverfassung im Jahre 1919 auf die süddeutschen Blockbestrebungen ganz offen hinwies, scheinen sie noch keine erheblichen Fortschritte gemacht zu haben. Aber unvergessen sind doch die bitteren Klagen, mit denen der Reichsminister a. D. Koch

Digitized by Google

im Frühjahr sich wegen der mangelnden Uebereinstimmung zwischen der Legislative des Reiches und dem großen preußischen Verwaltungsapparat, der denn freilich auch wieder sein Gutes hat, an die Oeffentlichkeit geflüchtet hat. Jetzt ist Reichsminister Koch an Stelle von Graf Roedern mit dem Präsidium der beim Reichsministerium des Innern eingerichteten Zentralstelle für die Gliederung des Reiches betraut; vielleicht, daß es ihm gelingt, heute, nachdem die Sperrfrist ihr Ende erreicht hat, zu einer gedeihlichen Lösung der vielen praktischen Fragen des Artikels 18 zu gelangen. Unter allen Umständen war es ein Glück, daß diese Sperrfrist bestanden hat. Zu einer Zeit, wo durch die Friedensbedingungen noch die Außengrenzen des Reiches auf das ernsteste bedroht waren, wo Frankreich ganz offen auf rheinische Absplitterungen spekulierte, und wo schließlich auch im Innern des Reiches die Verhältnisse sich noch auf keine Weise konsolidiert hatten, war eine gedeihliche Lösung überhaupt ausgeschlossen. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Sperrfrist von vornherein etwas weiter auszudehnen. Auch im Sinne Preuß' erscheint die kurze Bemessung der Sperrfrist eigentlich als ein Fehler; denn wie er selbst sehr richtig in seiner Schrift über „Deutschlands Staatsumwälzung" ausführt, muß die territoriale Neugliederung der Länder an Schwierigkeit in dem Maße verlieren, wie sich die Entwicklung der von der neuen Verfassung erweiterten und vereinheitlichten Reichszuständigkeit geltend macht und damit den Scheidelinien der Landesgrenzen immer mehr von ihrer Bedeutung nimmt.

Jetzt, nach dem Ablauf der verfassungsmäßigen Sperrfrist, darf gesagt werden, daß sie, wie überhaupt der ganze § 18, den doppelten Zweck erfüllt hat, die Zusammenlegung der allzu kleinen Staatengebilde zu fördern und ein Sicherheitsventil gegen nationalpolitisch bedenkliche Loslösungsbestrebungen zu bilden. Allerdings führt der inzwischen erfolgte Anschluß Koburgs an Bayern, statt an den thüringischen Freistaat, eher von dem Stammesprinzip hinweg. Auch ist die Herausbildung eines einheitlichen thüringischen Stammesstaats dadurch wesentlich erschwert worden, daß die preußischen Enklaven, vor allem Erfurt, das die natürliche Hauptstadt Thüringens wäre, keinerlei Neigung zeigen, sich von dem preußischen Staatsverbande loszulösen, obwohl Preußen dem keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen erklärt hat. Ueberhaupt hat der preußische Staat bisher eine bemerkenswerte Kohärenz gezeigt. Im Rheinlande haben gerade die separatistischen Bestrebungen derer um Dorten, die anfänglich sehr deutlich nach einem neuen Rheinbunde unter französischem Protektorat schielten, zu einer gesunden Reaktion geführt. Aus ihr ging der bekannte Königswinterer Beschluß der rheinischen Parteien vom 9. Juni d. J. hervor, nach dem von einer Lostrennungsabstimmung so lange Abstand genommen werden soll, als noch ein Fuß breit rheinischen Landes vom

Digitized by Google

Feinde besetzt sei. Wie sich die Dinge in Oberschlesien gestalten werden, ist noch gar nicht abzusehen. Sollte die endgültige, nunmehr auf dem Gutachten des Völkerbundrates aufzubauende Entscheidung des Obersten Rates zu einer Zerreißung des Landes führen, so steht noch sehr dahin, ob der bei Deutschland verbleibende Teil von der Loslösung von Preußen, zu der der preußische Landtag im voraus seine Zustimmung gegeben hat, Gebrauch machen wird. Im Geiste der Reichsverfassung, die ja auf eine beschränkte Zahl genügend großer und in sich fundierter Stammesstaaten hinauswill, läge das sicherlich nicht. Es gibt nun einmal keinen oberschlesischen Stamm, und ein oberschlesischer Torso, losgelöst aus dem schlesischen Provinzialverband, ist eigentlich doch ein Unding.

Am reinsten klingt mit der Tendenz der Reichsverfassung auf die Herausbildung von Stammesstaaten die niedersächsische Bewegung zusammen. Hier haben wir es in der Tat mit einer wirklichen Stammesbewegung zu tun, was besonders in dem Hinstreben Braunschweigs, das sonst weit mehr zu Preußen gravitierte, nach Hannover zum Ausdruck kommt. Daß die „hannoversche Freiheitsbewegung", die den Kern der niedersächsischen Bewegung bildet, tiefere historische und volkspsychologische Gründe hat, ist hier schon neulich zum Ausdruck gebracht: die gewaltsame Annexion des Königreichs Hannover durch Preußen im Jahre 1866 hat doch dem stolzen Freiheits- und Selbständigkeitsdrang der bodenständigen Bevölkerung schmerzliche, noch heute nicht ganz vernarbte Wunden geschlagen, und die Los-von-Preußen-Bewegung ist hier seit dem Annexionsjahr nie zum Stillstand gekommen, im Gegensatz zum Rheinlande, wo die während des Kulturkampfes zum letzten Mal aufgeflackerten Loslösungsbestrebungen längst erloschen waren.

Wenn irgendwo, so hätte also im Hannoverschen, als dem Ausgangspunkt und dem Kernlande der niedersächsischen Bewegung die Durchführung des Artikels 18 Sinn und Zweck. Hier könnte ja auch ein direktes nationales Bedenken nicht obwalten, denn an dem deutschesten Sinn der niedersächsischen Bevölkerung ist gar nicht zu zweifeln, und es kann als völlig ausgeschlossen gelten, daß ein wiederhergestelltes Hannover etwa neue Beziehungen zu England suchen würde, mit dem es fünf Viertel Jahrhunderte hindurch dynastisch verbunden war. Ob freilich eine erfolgreiche Durchführung der Abstimmung im Hannoverschen, deren Ausgang übrigens angesichts der entschiedenen Stellungnahme der Mehrheitssozialisten, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und mindestens eines Teils der Demokraten gegen die Abtrennung sehr zweifelhaft erscheint, nicht von neuem eine Lostrennungsbewegung im Rheinlande in Fluß bringen würde, die vom nationalen Standpunkte als gefährlich betrachtet werden müßte, ist eine andere Frage. Es kann und darf nicht übersehen werden, daß die Vertrauensmänner der rheinischen Parteien eindringlich

Digitized by Google

gerade auch nach Hannover die Bitte gerichtet haben: „Nach wie vor erwarten und bitten wir Rheinländer, daß auch in anderen Landesteilen mit Rücksicht auf die Lage des besetzten Gebiets für die Dauer der Besetzung rheinischer Gebiete alle Abstimmungsbestrebungen ruhen, wenn nicht überhaupt die Sperrfrist auf gesetzlichem Wege verlängert wird."

Eine weitere Frage bleibt, ob nicht auch aus Rücksicht auf die gerade jetzt sich wieder zuspitzende innerpolitische Lage, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Entscheidungen über die Finanz- und Steuerfrage, von der doch die ganze Zukunft Deutschlands abhängt, die gesamten Abstimmungsfragen zweckmäßig noch für eine eng begrenzte Weile zurückgestellt werden sollten. Es wäre ja an sich wünschenswert, wenn die Abstimmungen in ruhigeren Zeiten vor sich gehen könnten, weil dann die Bevölkerung, die vor den sich seit der Revolution überstürzenden Ereignissen innerlich nicht zur Ruhe gekommen ist, und die in ihren breiten Massen sicherlich noch kein reifes Urteil über die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gewonnen hat, innerlich klarer und gefestigter, weniger durch die von allen Seiten angefachten Leidenschaften beirrt, zur Abstimmung schreiten würde. Aber freilich erhebt sich wieder die Frage: Ist eine solche Beruhigung überhaupt noch zu erwarten, nachdem die Leidenschaften mit dem Näherkommen der Abstimmungsmöglichkeit so hoch aufgepeitscht worden sind? Kann und wird nicht eine Beruhigung erst dann eintreten, wenn die einander so schroff gegenüberstehenden Parteien ihre Kräfte im Abstimmungskampf gemessen haben? Gegenwärtig reden ja selbst diejenigen Parteien, die sich mit aller Macht der Abtrennung widersetzen, der baldigen Herbeiführung der Abstimmung das Wort.

Alles in allem bleibt es u. E. doch dringend zu wünschen, daß die Abstimmung nicht bloß bis zur Entscheidung über die oberschlesische Frage zurückgestellt wird — dazu hat sich ja die Deutsch-hannoversche Partei schon am 14. Juli verstanden —, sondern auch bis dahin, daß die rheinischen Sanktionen völlig aufgehoben und bis die großen bevorstehenden Kämpfe über die Finanz- und Steuerfragen zum Austrag gebracht sind. Die Zurückstellung bis zur Aufhebung der Sanktionen würde das bittere Gefühl der Rheinländer, daß man auf ihre schwer bedrängte Lage nicht Rücksicht nehme, wenigstens in etwas mildern; und die Zurückstellung bis zur Entscheidung des Finanz- und Steuerproblems ist notwendig, weil dieses Problem und das preußisch-deutsche Problem, von denen jedes in seiner Art ein wahres Sisyphusproblem ist, ganz einfach nicht in einem Atem zu lösen sind. Hier gilt wirklich das: *ne numis.*

Es mag in diesem Zusammenhang erwähnt sein, daß ich als ein Hannoveraner, dessen Wort in der Heimat eine gewisse Geltung hat, zweimal (in der Zeitschrift „Der Getreue Eckart") einen starken Appell

Digitized by Google

an den Patriotismus und die Einsicht der Deutsch-hannoverschen Partei gerichtet habe: sie möge aus den auch hier dargelegten Gründen die Abstimmung, wenn nicht bis zur Aufhebung der Besetzung der Rheinlande, so doch mindestens bis zur Aufhebung der Sanktionen und bis zu der Entscheidung des Finanz- und Steuerproblems zurückstellen. Eben hat nun die Deutsch-hannoversche Partei eine Erklärung (vom 18. August) veröffentlicht, die ziemlich unumwunden die Fortsetzung der feindlichen Sanktionspolitik einen „zwingenden Grund für die Hinausschiebung der Abstimmung" nennt, und die weiterhin anerkennt, daß dem geliebten größeren, freieren deutschen Vaterland alles, aber auch alles unterzuordnen ist. Darin liegt immerhin ein Entgegenkommen, das von objektiver Betrachtung dankbar gewürdigt werden muß. Daß die Hinausschiebung nicht ausdrücklich auch auf die zuvorige Lösung des Finanzproblems ausgedehnt wird, besagt im Grunde nicht viel, da hier die Entscheidung kaum später fallen wird als in den beiden außenpolitischen Fragen. Angesichts des warmen hannoverschen Bekenntnisses zu dem Grundsatz: „Deutschland über alles", hinter dem man doch nicht bloß taktische Gründe suchen sollte, darf man, wie mir scheint, wirklich den Hannoveranern das Vertrauen schenken, daß sie „nach deutschem Gewissen den Augenblick erkennen, wo der erste Schritt zu der so notwendigen Neugestaltung des Reiches geschehen kann und muß." In jedem Fall aber sollte man die hannoversche sich deutsch bekennende und wirklich aus dem deutschen Gefühl der Stammeszugehörigkeit genährte und insoweit durchaus mit Geist und Buchstaben der Reichsverfassung im Einklang stehende Bewegung nur mit reinen und geistigen Waffen bekämpfen, nicht aber, um nur ein neuerliches Beispiel zu nennen, mit der Ausgrabung längst verjährter Briefe eines König Georg V. aus der Zeit nach 1866, die von der Wiederherstellung des Welfenthrones mit österreichischer und — französischer Hilfe träumen. Es war schon nichts weniger als schön, daß Bismarck, der bei aller seiner bewundernswerten Größe mitunter zu recht kleinlichen Mitteln griff, diese Briefe gelegentlich des bekannten preußischen Antrags beim Bundesrat vom Jahre 1885, der die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig als mit dem inneren Frieden und der Sicherheit des Reiches nicht verträglich bekämpfte, in den Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrats (Nr. 89) halbwegs öffentlich verwertete. Es ist aber noch weniger schön, die Briefe gegen die hannoversche Freiheitsbewegung auszuspielen, die damit doch schlechterdings nichts zu tun hat. Auch hätten es die Gegner der hannoverschen Bewegung wirklich nicht nötig, zu so vergifteten Waffen zu greifen, denn an sachlichen Gründen gegen einen weitgetriebenen Föderalismus, dem nur zu leicht der Schatten eines schädlichen Partikularismus über die Schultern schauen könnte, und gegen die Zerschlagung der preußischen Staatsklammer und der ad-

Digitized by Google

miniſtrativen Einheit Preußens fehlt es doch wahrlich nicht. Natürlich richtet ſich die Mahnung, ſich aller gehäſſigen Argumente zu enthalten, ebenſowohl an die Deutſch-Hannoveraner, die manchmal nur zu ſehr zu vergeſſen ſcheinen, daß ſchließlich auch diejenigen, die für Preußens Erhaltung eintreten, deutſche Brüder ſind und bleiben. Der Kampf um die Abſtimmung, der wohl auch nach der jüngſten Erklärung der Deutſch-hannoverſchen Partei fortgehen wird, ſollte unter allen Umſtänden von beiden Seiten als eine ideelle und zugleich ideale Auseinanderſetzung über das große Grundproblem der deutſchen Verfaſſung geführt werden. Nur wenn die beiden Seelen, die föderaliſtiſche und die unitariſche, die, ach, in der deutſchen Bruſt wohnen, ſich nach dem Goetheſchen Worte „frei vom Duft der Leidenſchaft zu den Gefilden hoher Ahnen“ erheben, kann eine wirkliche Geſundung unſeres deutſchen Staatsweſens eintreten.

Der Programmentwurf der SPD

Von Arthur Heichen

Vier Programme hat die deutſche Sozialdemokratie ſeit ihrer Gründung gehabt. Das vierte, das Erfurter Programm (Redaktor: Kautsky), brachte den Sieg des Marxismus. Wenn der neue Programmentwurf zum endgültigen Programm erhoben würde, ſo würde das die endgültige Niederlage des Marxismus und einen vollſtändigen Sieg des Revisionismus bedeuten. Der Programmkommiſſion haben Eduard Bernſtein, Adolf Braun, Cunow, Gradnauer, Keil, Molkenbuhr, Müller-Berlin und Frau Pfülf angehört. Die Liſte zeigt, daß der Revisionismus überwogen hat. Eigentlich nur Cunow iſt als Marxiſt anzuſprechen, und auch der iſt im Verein mit Karl Renner und Paul Lenſch auf den Abwegen des Neumarxismus. Wenn man fernerhin bedenkt, daß über 60 Parteigenoſſen und -Genoſſinnen aus faſt allen Teilen des Reiches, in den verſchiedenſten Lebensſtellungen, alle Richtungen in der Partei ſpiegelnd, an der Ausarbeitung des Programmes und ſeiner Teile mitgewirkt haben, ſo darf man ſich nicht wundern, wenn die Arbeit alle Vorzüge und Nachteile der Kollektivbemühung einer Partei zeigt. Der Entwurf geht in die Breite, nicht in die Tiefe: das iſt der hervorſtechendſte Zug!

In die Breite muß ein ſolcher Entwurf notwendigerweiſe aus den verſchiedenſten Gründen gehen. Die wenigen lapidaren politiſchen Forderungen, die das Erfurter Programm 1891 aufſtellte, ſind nicht nur reſtlos erfüllt, ſondern durch den herrſchenden Rechtszuſtand tatſächlich überholt. In einer Zeit, wo ſich die Partei — an praktiſcher Mitarbeit verhindert — auf Oppoſition beſchränken mußte, mochten einige wenige Leitſätze genügen,

Digitized by Google

um das politische Ziel zu kennzeichnen. Eine regierende und auf praktische Tagesarbeit bedachte Partei braucht aber Richtlinien und Verhaltungsmaßregeln für den Einzelfall. Gesetzgebung und Verwaltung sind ungleich komplizierter als ehedem. Eine größere Spezialisierung des Parteiprogramms ergibt sich damit von selbst. Der Katalog politischer Forderungen ist auf diese Weise recht umfangreich geworden. Die Abschnitte über das Finanzproblem (Wilhelm Keil), Verfassung und Verwaltung (Max Quarck), Kommunalpolitik (Paul Hirsch), Sozialpolitik (Hermann Müller), öffentliche Gesundheitspflege (Alfred Grotjahn), Wohnungswesen (Paul Hirsch), Rechtspflege (Gustav Radbruch), Kulturpolitik (Antonie Pfülf) bringen bis ins Einzelnste gehende Detailforderungen, die selbst wiederum ein Niederschlag langjähriger praktischer Kleinarbeit im öffentlichen Leben sind. Hierbei gebührt dem Revisionismus zweifellos das Hauptverdienst. Ueberdies hat gerade die allerjüngste Vergangenheit eine Menge neuer Probleme geschaffen, die Berücksichtigung erheischten. Krieg, Revolution und Friedensdiktat haben das Problem der Sozialisierung aktuell werden lassen, haben das Finanzproblem ein geradezu gigantisches Ausmaß annehmen lassen. So mußte der Katalog politischer Wünsche und Forderungen umfangreicher werden, als es sich mit der Uebersichtlichkeit eines Agitations- und Parteiprogramms verträgt.

Daß der Entwurf nicht auch in die Tiefe gehen konnte, erklärt sich ganz von selbst. Vielleicht könnte man sagen, daß die Denkungsart des Revisionismus einer theoretischen Durchdringung der spröden Materie abgeneigt ist. Sicherlich steht heutzutage die theoretische Obstruktionsfähigkeit des Marxismus im Gesamtgehäuse der Partei in keinem hohen Kurswert. Hat doch der Revisionismus selbst es trotz des Bernsteinschen Anlaufs, trotz der „Sozialistischen Monatshefte" bis zum Kriege nicht vermocht, so etwas zu schaffen, was man eine Theorie des Sozialismus nennen könnte. Was der Revisionismus getan hat, das war in der Hauptsache etwas Negatives: Kritik und Zersetzung der marxistischen Dogmen. An deren Stelle trat ein theoretisches Vakuum. Und unter dieser Signatur steht auch der Programmentwurf der S. P. D. Groß in Einzelheiten und Quisquilien, unzulänglich und unbefriedigend in bezug auf theoretische Durchdringung. Nichts von der lapidaren Einfachheit und Durchsichtigkeit des Erfurter Programms. Nichts von der packenden Soziologie des theoretischen Teils von 1891! Aber wie sollte man auch fein säuberlich in Fern- und Nahziele, in Zukunfts- und Gegenwartsforderungen gliedern, wenn sich alles im Fluß befindet? Ist denn heute einer von uns, die wir uns mitten im Fluß der Dinge befinden, imstande, zu sagen, welches die Entwicklungstendenzen der Gegenwart und Zukunft sind? Mitten aus einer Revolution heraus zu verkünden, daß das Rad der Geschichte in einer vorgezeichneten Weise abrollt, ist ein eitel Unterfangen. Der Programmentwurf zeigt aus diesen

Digitized by Google

objektiven Schwierigkeiten heraus, und sehr mit Recht, deutlich das Bestreben, die soziologische Prophetie, in der sich das Erfurter Programm erging, auf ein notwendiges Minimum zu beschränken. „Niemals war die Wirtschaft mehr im Flusse als jetzt. Der Staat ist etwas gründlich anderes als vor 30 Jahren (vgl. die neumarxistische Staatstheorie Karl Renners! Der Verf.); viele Probleme des öffentlichen Lebens von 1891 haben aufgehört, Probleme zu sein, oder haben ganz andere Gestalt angenommen, und daneben sind für die Arbeiterklasse ganz neue Probleme erwachsen", sagt Adolf Braun über die Notwendigkeit der Programmrevision. Die Programmkommission hat „weder theoretische Entwicklungsthesen und -Hypothesen noch ethische Grundprinzipien an die Spitze ihres Entwurfs gestellt, durch die sie die Berechtigung des Sozialismus zu beweisen sucht. Ebenso hat sie auf eine historische Begründung des Sozialismus verzichtet," schreibt Cunow in den Erläuterungen zum theoretischen Teil.

Dieser Teil des Programms kennzeichnet sich denn durch eine große — vielleicht übergroße — Vorsichtigkeit. Man beschränkt sich im wesentlichen darauf, die Tendenzen der Gegenwart — so die industrielle Konzentrationsbewegung — zu konstatieren. Der umstrittenen Verelendungstheorie des Erfurter Programms ist man aus dem Wege gegangen. Von einer Verwertung der Wirtschaftskrisentheorie — nach dem Erfurter Programm eine der Haupttriebkräfte zum Sozialismus — hat man bezeichnenderweise vollkommen Abstand genommen. Auch die Theorie von der zunehmenden Ausdehnung der Wirtschaftskrisen fehlt im neuen Programmentwurf. Dagegen wird die große, unter den Folgen des Krieges und der Geldentwertung eingetretene Klassenverschiebung besonders berücksichtigt. In der Einleitung bezeichnet sich die Sozialdemokratie als „die Partei des arbeitenden Volkes". Darin kommt der Versuch zum Ausdruck, den Rahmen einer reinen Klassenpartei des Industrieproletariats zu sprengen und andere Schichten des Volkes, Beamte, Kleinbürger, Kleinrentner, heranzuziehen. Da diese Schichten seit der Revolution in großem Umfang zum Heerhaufen der sozialistischen Industriearbeiter gestoßen sind, so macht der Programmentwurf damit den Versuch, den theoretischen Ausdruck für die sozialen Verschiebungen zu finden, die innerhalb des Parteigehäuses stattgefunden haben. Die theoretische Einleitung erwähnt auch das Versailler Diktat ausdrücklich. Die Lapidarforderungen, mit denen dieser Teil schließt, lauten: Sozialisierung der reifen Betriebe und Revision des Friedensvertrags. Der Entwurf weist auf diese Weise dem Friedensvertrag die Bedeutung zu, die er im Gesamtgefüge der deutschen Wirtschaft und Kultur zweifellos verdient. Adolf Braun bringt dies in besonders prononzierter Weise in den Erläuterungen zum Ausdruck:

Digitized by Google

„Auf viele Jahrzehnte hinaus werden die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages Deutschland einengen und auch die Forderungen, die wir innerhalb des Proletariats zu stellen haben, eingrenzen. Unsere programmatische Einstellung dürfte sich früher ändern, als die Kraft des Versailler Friedensvertrages erschöpt sein wird. Dieses Programm ist deshalb ein Programm im Zeitalter und in der Umgrenzung des Versailler Friedensvertrages. Auch in diesem Programm, das diesem folgen wird, wird einst der Satz eines bedeutenden Geschichtsschreibers vorschweben: Wir sollen nicht vergessen die Grundforderung aller Freiheit, frei vom ausländischen Druck zu leben".

Der Abschnitt über das Finanzproblem setzt den Friedensvertrag sogar an die Spitze. „Die Bedingungen und Auswirkungen des Versailler Friedensvertrages", so heißt es dort, „bestimmen in hohem Maße die finanzpolitischen Verpflichtungen des Deutschen Reiches und die Wege, die zur Aufbringung der Mittel für die Reparation eingeschlagen werden müssen. Nur ein schmaler Weg bleibt frei für eine selbständige Finanzpolitik des Reiches und damit für programmatische Forderungen der Partei." Unter diesem Gesichtspunkt ist die absolute Gegnerschaft des Erfurter Programms gegen indirekte Steuern zusammengeschrumpft in die Forderung nach einer „Belastung jedes verschwenderischen Verbrauchs". Daneben wird eine „Weiterbildung der Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuern wie ihre Anpassung an die Weiterveränderungen und an die Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals" erstrebt.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen sind sowohl in der Einleitung als in einem besonderen Abschnitte enthalten. Diese Forderungen sind sehr bescheiden und spiegeln die Erfahrungen wider, die die Partei in den Jahren seit Ausbruch der Revolution in der Sozialisierungsfrage gesammelt hat. Diese Erfahrungen haben zum Skeptizismus, zu höchster Vorsicht gestimmt. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel in die sozialistische Gemeinwirtschaft — schon die Terminologie ist beachtenswert! — wird nur mehr ausdrücklich für die „großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe — soweit sie bereits zu Privatmonopolen geworden sind oder eine das Wirtschaftsleben der Nationen beherrschende Machtstellung erlangt haben" — gefordert. Nichts mehr von einer Vollsozialisierung oder Sozialisierung schlechthin. Cunow erläutert im Kommentar, weshalb und aus welchen Gründen davon nicht die Rede sein könne. Daneben einige Komplimente an die Genossenschafts- und Konsumvereinsbewegung. Alle übrige Wirtschaftspolitik des Programms ist etwas radikale Sozialpolitik. Von der Schmollerschen Forderung nach einer staatlichen Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften (Kartelle, Syndikate, Trusts) angefangen, bis zur Preisregelung unter Kontrolle des Staates bzw. anderer öffentlicher Körperschaften durch Vertretungen der Berufsmitglieder der weiter verarbeitenden Gewerbezweige und der Verbraucher. Auch die Erfahrungen der Kriegswirtschaft hat man

Digitized by Google

sich zunutze gemacht. Deshalb fordert man „Bewegungsfreiheit für die geschäftliche Leitung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe unter Fernhaltung bureaukratischer Erschwerung".

Die agrarpolitischen Forderungen enthalten überhaupt nichts typisch Sozialistisches. Jede andere einer Bodenreform zuneigende Partei könnte dergleichen Forderungen erheben. Die Akkumulations- und Konzentrationstheorie, die sich im Erfurter Programm auch auf die Landwirtschaft erstreckte, hat man fallen gelassen. Sogar die „Freiheit" hat die Ueberlebtheit des Erfurter Programms in diesem Punkte zugegeben. Im wesentlichen hat man die neuen Forderungen auf Landarbeiter und Kleinbesitz abgestellt. Was diesen anlangt, so hätte man sich die Arbeit sparen können. Es ist vergebene Liebesmüh', wenn die Sozialdemokratie versucht, im Bauerntum Fuß zu fassen. Kaum gelingt es der bürgerlichen Demokratie, ihre Positionen gegenüber dem Ansturm der Reaktion auf dem Lande zu behaupten. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist heute viel zu groß. Aus diesem Grunde ist gerade der agrarpolitische Teil des Programms wenig aktuell. Deshalb sollte man nicht Energien auf eine Sache verwenden, die doch aussichtslos ist.

Was den Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale" und Hermann Müllers Kommentar dazu anlangt, so geht daraus hervor, daß man sich nunmehr einem vorbehaltslosen Pazifismus mit Haut und Haaren verschrieben hat. Marxistisch ist das kaum! Der Abrüstungsidee halber hat man m. E. sehr zur Unzeit das Milizideal von 1891 geopfert. Das ist bedauerlich, wenn auch aus den Zeitumständen erklärlich. Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn sich die Redaktoren dieses Abschnitts darauf besonnen hätten, daß das Rad der Geschichte vielleicht auch in Zukunft über die hinweggeht, die ihm in die Speichen fallen wollen, und daß die Abrüstungswelle der Gegenwart eine ephemere Erscheinung ist, der nur wenig gleiches in den Siegerländern gegenüberstehht. Im übrigen zeigt auch dieser Abschnitt die Lehren der Vergangenheit. Während im Erfurter Programm der Schlachtruf des Kommunistischen Manifestes: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" nachzitterte, während 1891 verkündet wurde, das internationale Klasseninteresse der Proletarier werde gewissermaßen die kapitalistische Welt aus den Angeln heben, heißt es jetzt sehr bescheiden und skeptisch: „Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationaleln Völkerrechts". Man hat inzwischen eben den Internationalismus des Erfurter Programms als Utopismus erkannt, hat erkannt, daß neben dem internationalen Klasseninteresse noch andere und wirksamere historische Kräfte (so das nationale Volksinteresse) am Werke sind.

Alles in allem hat die Sozialdemokratie mit diesem ihrem Programmentwurf viel Wasser in ihren revolutionären Wein fließen lassen. Daß dies

Digitized by Google

ausgerechnet knapp drei Jahre nach einer siegreichen Revolution, die die Arbeiterklasse auf den Höhepunkt ihrer politischen Macht führte, geschehen mußte, ist die Ironie der Weltgeschichte. Der Entwurf hat viele Kritiker im Lager der Sozialdemokratie gefunden. Auch wenn der vorliegende Entwurf vom Parteitag verworfen werden sollte, wird ein anderer Entwurf nicht viel anders lauten und besonders auf keinen anderen Geist gestimmt sein können. Dazu ist der Zwang der Dinge selber denn doch zu stark.

Die Wirtschaftslage Mitte 1921*)

Von Ernst Kahn

Selten war die Wirtschaft so voller Widersprüche wie heute. Selten war auch eine Prognose schwieriger; denn die Dinge sind ohne jede Präzedenz. Seit Ausbruch der Weltkatastrophe haben sich in der Weltwirtschaft die Grundlagen derart verschoben, daß jede Vorhersage zum Wagnis wird. Wer das etwa bezweifeln wollte, der rufe sich ins Gedächtnis zurück, was gerade die Urteilsfähigsten im Laufe der letzten Jahre prophezeiten und erwarteten. Im Kriege erwartete man für später bitteren Rohstoffmangel namentlich in Kohle, schärfste Schiffsraumnot, beispielloses Erstarken Amerikas, Uebergang der finanziellen Vorherrschaft von London an New York, Hochkonjunktur für den Sieger und selbstverständlich Elend und Arbeitslosigkeit für den Besiegten. Nach der Revolution konnte man bis zum Ueberdruß über Unmöglichkeit der Konkurrenz der angeblich faulen, nur acht Stunden arbeitenden deutschen gegenüber den angeblich so eifrigen ausländischen Arbeitern lesen. Allen Ernstes berechneten Sachverständige, binnen wie vieler Monate Werke wie Krupp usw. infolgedessen ihren Konkurs anmelden müßten. Dementsprechend stürzten damals auch die Börsenkurse. Wien wurde als sterbende Stadt betrauert; in und nach Spa bewiesen Autoritäten im besten Glauben einen Stillstand der deutschen Industrie als Folge einer unvermeidlichen Kohlenhungersnot.

Was aber ist in Wahrheit bis heute geworden? Wichtige Rohstoffe (Baumwolle, Metalle!) sind schwer anzubringen, Tausende von Dampfern warten vergeblich auf Fracht. Wallstreet hat nach kostspieligen dilettantenhaften Versuchen den Ehrgeiz aufgegeben, die Welt finanziell zu beherrschen. In den Siegerländern und bei den so beneideten Neutralen finden wir Wirtschaftskrisen an der Tagesordnung. In Deutschland dagegen ist die Beschäftigung verhältnismäßig befriedigend. Uns besuchende Ausländer bewundern den rastlosen Fleiß der deutschen Arbeiter. Die

*) Vorabdruck aus der demnächst erscheinenden 5. Auflage der „Indexzahlen der Frankfurter Zeitung". Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei.

Digitized by Google

Industrie ist vorerst keineswegs zugrunde gegangen; sie erntete, wenn auch nicht goldene, so doch Berge von papierenen Früchten. Die Börsenkurse in Berlin und Frankfurt sind höher als je. Wien scheint auf dem Wege zu sein, die Metropolis des Südostens zu werden. Ein Jahr nach Spa herrscht eher Kohlenüberfluß als Mangel usw.

Eine paradoxe Welt! Und die Lehre hieraus? Fürs erste: Prophezeien ist ein gefährliches Geschäft. Fürs zweite: Die Wirtschaft ist viel dehnbarer, als wir wußten. Man ist tatsächlich versucht, den Wirtschaftskörper mit dem menschlichen Organismus zu vergleichen, der ja durch seine Widerstandsfähigkeit immer wieder aufs neue überrascht. Wir kennen die wunderbare Einrichtung der weißen Blutkörperchen, die mit Blitzesschnelle dorthin eilen, wo der Körper, seiner schützenden Hülle beraubt, wehrlos allen Giften ausgesetzt wäre, wenn nicht diese kleinen Wächter eine Schutzmauer aufbauen würden. Ebenso hat uns die Wirtschaftsgeschichte der letzten Jahre gezeigt, wie geheimnisvolle Kräfte scheinbar unlösbare Schwierigkeiten überbrücken. Eine überraschende Dehnbarkeit konnten wir auf allen Gebieten der Kriegs- und Uebergangswirtschaft beobachten. Wäre die Kriegswirtschaft von den Dummheiten der Kurpfuscher verschont geblieben, so wäre der Heilungsprozeß schon viel weiter vorgeschritten. Man mag dabei an Versailles, an den Neo-Mercantilismus junger Staaten oder an unsere Devisenpolitik denken. So gefährlich fraglos ein laisser aller ist, so unbedingt man staatliche Maßnahmen braucht, so muß doch gesagt werden, daß keine staatliche Wirtschaftspolitik besser gewesen wäre, als dieses, was man sich unter dem anspruchsvollen Namen national und international in den letzten Jahren geleistet hat.

Wenn man somit vom Prophezeien lieber Abstand nimmt, so sollte man doch wenigstens versuchen, die Gegenwart zu analysieren. Auch das ist freilich nicht ganz leicht, da auch die [illegible] in dem allgemeinen Wirrwarr [illegible] hat. Um von der [illegible] zu sprechen, so beobachten wir gerade [illegible] in Amerika und in England, [illegible] keit, Unternehmungslust usw. Es ist von [illegible] keit, festzustellen, daß diese [illegible] Symptome in jetzt [illegible] sind, so [illegible] Kriegswirtschaft [illegible] Diese [illegible] das [illegible] sammenhang [illegible] leiten [illegible] — [illegible] für eine [illegible]

Heilungsprozeß, der im Wirtschaftskörper, ähnlich wie im menschlichen Organismus, unangenehme Begleiterscheinungen auslöst.

Betrachtet man demgegenüber die unterlegenen Staaten, und als deren hervorragendsten Vertreter Deutschland, so fallen dem oberflächlichen Betrachter fast nur günstige Erscheinungen in die Augen: Die Arbeitslosenarmee ist, verglichen mit dem Auslande, erträglich, die Unternehmer verzeichnen glänzende Gewinne, die Börse zeigt die höchsten jemals notierten Kurse. Nur der kritische Beobachter sieht demgegenüber Bedenkliches, um nicht zu sagen Katastrophales. Man denke an die ungeheure Preissteigerung, an den Stand der Valuta oder an die Entwickelung der Staatsfinanzen.

Mit anderen Worten: Deutschland zeigt zwar eine starke Belebung seiner Wirtschaft, die stark gesunkene Produktivität sucht in einzelnen Industrien dem Friedensstand wieder nahezukommen, der einzelne Unternehmer rechnet sich reich, manche Arbeiterkategorien verdienen leidliches Geld; allein diese Rechnung ist grundfalsch. Denn mit jeder Million, die der einzelne als Gewinn unter die Aktiva bucht, erscheint auf der Passivseite das Doppelte und Dreifache an neuen Staatsschulden. Ganz zu schweigen von der verheerenden Verarmung, ja Verelendung der Mittelschichten, die neben anderen schrecklichen Wirkungen eine Massenflucht aus dem Reiche der geistigen Arbeiter und der Staatsbeamten auslöst.

Kurzum, die Blüte Deutschlands, von der ausländische Besucher so viel erzählen, ist eine Scheinblüte, sie ist erkauft mit einer beispiellosen Inflation und staatsfinanziellen Mißwirtschaft, erkämpft auch mit einer Valutaentwertung, die allein Exportmöglichkeiten und Arbeit schafft. Man könnte dafür keinen besseren Beleg anführen als einen Vergleich zwischen Valuta und Arbeitsmarkt; die Dinge liegen heute derart, daß man fast mit Zittern an eine Besserung der Valuta denken müßte, so sehr diese doch allgemein anzustreben wäre.

Wohin führt der Weg? Prophezeien ist, wie gesagt, ein gefährliches Handwerk. Immerhin 2×2 ist 4 und muß es ewig bleiben. Damit soll gesagt sein, daß Deutschland heute seine Scheinblüte nur der ungezügelten Schuldenwirtschaft verdankt. Es durchlebt wie der Kranke eine Euphorie vor der Katastrophe. Diese aber droht ständig, wenn die Fälligkeiten präsentiert werden. Vorbeugend könnte nur wirken eine wirklich radikale Sparsamkeit, erzwungen durch ein kluges Steuersystem, und ein Einsehen auf der Seite unserer Gegner. Nur wenn diese durch Entgegenkommen helfen werden, wird es Deutschland vielleicht möglich sein, langsam zu gesunden.

Digitized by Google

Afrikanische Bewässerungspläne

Von Ferdinand Gessert

Im Parlament der südafrikanischen Union erklärte kürzlich auf eine Interpellation hin der Minister, daß die Unions-Regierung in Unterhandlung stehe mit Portugal wegen Ableitung des Kunene, des nördlichen Grenzflusses von Südwestafrika, nach Süden hin. Er erklärte ferner, daß Sachverständige die anderen Grenzflüsse der Kalahari-Steppe, namentlich Okavango, Chobe, auf ihre Verwendbarkeit zu Berieselungszwecken eingehend untersuchten. Hierbei handelt es sich besonders um genaue Niveauaufnahmen des überaus flachen Geländes. Es scheint hiermit eine neue Aera in der Wirtschaftsentwicklung Südafrikas eingeleitet zu werden. Auch in Kalifornien gab der Metallreichtum den ersten Anstoß zu schnellerer Besiedelung, bis man die Möglichkeiten des Ackerbaues voll erkannte und besonders auch die künstliche Bewässerung zur Vervielfachung der Wertproduktion beitrug.

Die südafrikanischen obengenannten Flüsse, ebenso wie auch der Zambesi, sind ganz besonders zu Berieselungszwecken geeignet, da sie, wie gesagt, im Mittellauf auf ebener Tenne fließen und teils in der Regenzeit südliche Bifurkationen zeigen. In der Praxis brauchen diese jetzt periodischen Abzweigungsstellen nur durch Dämme im Hauptlauf zum neuen Dauerbett gestaltet zu werden. Damit würden die Flüsse wieder den Lauf annehmen, den sie vor Jahrhunderten verfolgten, als vom atlantischen und indischen Ozean aus die Täler durch Erosion noch nicht so tief in den Kontinent eingefressen waren, durch die sich jetzt Kunene und Zambesi nutzlos ergießen und so Südafrika einem zunehmenden Austrocknungsprozeß überliefern.

Es ist ein alter deutscher Plan, den Kunene nach der Etosapfanne hinzuleiten durch das Amboland, und so der heimischen Industrie ein ausgedehntes Baumwollgebiet zu schaffen. Der Weltkrieg hat gegen uns entschieden, die Bewässerungspläne der Schutzgebietsregierung, besonders auch am Fischfluß, hat die Unionsregierung mit größtem Interesse aufgenommen. Die Deutschen, denen es vergönnt ist, im Schutzgebiet zurückzubleiben, können dem Andenken der segensreichen verflossenen Verwaltung, die in den großzügigen Bahnbauten ihr wirtschaftliches Können zeigte, nicht besser dienen, als daß sie die weit ausschauenden Bewässerungspläne mithelfen zur Ausführung zu bringen.

Die alten deutschen Pläne hat seit Jahren Professor Schwarz von der Universität Grahamstown im Kapland wieder aufgenommen. In zahlreichen Aufsätzen in der Tages- und Fachpresse zeigt er, wie nicht allein die Landwirtschaft Südafrikas durch Ableitung der Ströme ungeahnt ge-

Digitized by Google

heben werden würde, sondern daß auch das Klima Südafrikas durch die so geschaffenen weiten Verdunstungsflächen überaus günstig beeinflußt und besonders der Regenfall stark zunehmen werde. Zusammenfassend legte er seine Ansichten dar in dem Buche „Kalahari oder des Durstlandes Erlösung".

Vor einiger Zeit weilte er in England, um dort Propaganda für diese Pläne zu machen. Nicht als ob die südafrikanische Union nicht Mittel genug besäße, die relativ einfachen Ablenkungen der Flüsse Kunene, Okavango, Tauche, Zambesi zu bezahlen, so werden doch durch dieselben so weitgehende wirtschaftliche Folgeerscheinungen gezeitigt, bei der Entwicklung eines Gebietes von der mehrfachen Größe des Kulturlandes von Aegypten, für Bahnbauten, Beschaffung von Maschinen, Geräten und Arbeitskräften, und den nötigen Hafenbauten für die Riesenernten, daß sich zeitige Fühlungnahme mit einer Finanzmacht als notwendig erweist.

Sobald die Pläne zur Tat geworden sind, wird es Lancashire mit Freuden begrüßen, daß es von der amerikanischen Baumwolle unabhängig ist. Dann wird England ohne Schmerz der Tage gedenken, da es von Rußland Weizen, von Deutschland Zucker beziehen konnte. Es war stets Englands Bestreben gewesen, tunlichst alle seine Bedürfnisse in seinen Kolonien zu decken. In diesem Bemühen wird es durch die wasserwirtschaftliche Erschließung der Kalahari einen guten Schritt weiter tun. Denn nicht nur eine große Reihe von Ackerbauprodukten wird das Land liefern, die geschaffenen Fettweiden werden eine übergroße Fülle gemästeten Schlachtviehs auf den Markt liefern.

Den Hauptvorteil wird natürlich Südafrika selbst haben, nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch die junge Eisenindustrie wird aufblühen und mit der Heimat wetteifern, den neuen Ländern Eisenbahnmaterial und Maschinen zu liefern, unterstützt durch seinen großen Reichtum an Kohlen.

Parallel mit den Projekten zur Ausnutzung der Flüsse nördlich der Kalahari laufen die Pläne zur Dienstbarmachung des Oranje südlich der Steppe. Seit den neunziger Jahren sind mit der Bewässerung des überaus fruchtbaren Schwemmbodens bei Upington, Keimoes und Kakamas große Fortschritte gemacht worden. Die große Vaal-Sperre bei Vereenigung, die ihrer Vollendung naht und hauptsächlich den Wasserbedürfnissen des Randminenbezirkes Rechnung tragen soll, bedeutet den ersten Schritt eines planmäßigen Abbaues des Oranjefluß-Systems. Man plant nicht nur Bewässerung, sondern auch durch Talsperren kontinuierlich gestaltete Wasserkraftgewinnung, teils zur Elektrifizierung der Eisenbahnen, teils für Ueberlandzentralen zur Versorgung der Minen und der reichen Bewässerungsländereien, teils zur Stickstoffgewinnung aus der Luft. Da des Oranje Mittellauf über 1000 Meter hoch liegt und die Anghrabis-Fälle die mehrfache Fallhöhe der Victoria-Fälle besitzen, so hat Südafrika alle

Digitized by Google

Voraussetzungen für eine aufblühende Industrie, zumal es in den Eingeborenen billige Arbeitskräfte besitzt.

Die Bewässerungspläne der Südafrikaner dürften auch die Interessenten in Nordafrika zur Wiederaufnahme alter Projekte anfeuern, wenn auch größere Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Der Plan Roudaires, die tunesischen Schotts von der Syrte aus unter Wasser zu setzen, ist kaum empfehlenswert, da es sich um Salzwasser handelt. Die bezweckte Verkehrserleichterung und Klimaverbesserung sind zu problematischer Natur, um die Kosten des Unternehmens zu rechtfertigen.

Weit aussichtsreicher ist das englische Projekt, die Sahara vom Senegal, Niger, Kongo und Nil aus zu bewässern. Bekannt sind die Bestrebungen der Franzosen, das mittlere Nigertal oberhalb des Deboesees zu großartigen Baumwollkulturen auszunutzen. Diese Bewässerungskanäle wären nördlich fortzusetzen bis zur Senkung el Djuf, nötigenfalls mit Hilfe von Pumpwerken.

Der Hauptanteil der Bewässerung der Sahara würde dem Kongo zukommen, zunächst seinem Nebenfluß, dem Ubangi. Sein Wasser wäre über die niedrige Bodenschwelle in das Stromgebiet des Schari zu pumpen. Der Tsadsee würde wieder an Umfang zunehmen und der Bahr el-Ghasal nach Bodele hinströmen. Die verdunstenden Wassermassen würden sich am Tarsogebirge, Aun und Ahaggar zu Wolken zusammenballen und die Höhenländer reich bewässern. Es wäre nur eine Frage der Menge der aus den Tropenflüssen zu pumpenden Wassermengen, um den Igharghar wieder zu einem mächtigen Strome zu machen, der statt, wie Roudaire plante, mit Salzwasser, von Süden aus die tunesischen Schotts mit Süßwasser füllte und den Verkehrsweg nach der Syrte öffnete.

Man sage nicht, daß die Kosten zu groß seien. Man berücksichtige, daß Wüstenboden durch Bewässerung den mehrtausendfachen Ertrag liefert als vordem und entsprechend an Wert steigt. Im Kapland werden 3000 Goldmark und mehr für einen Hektar bewässerten Geländes gezahlt. Nehmen wir an, daß in der Sahara ein Hektar Kulturland, hinreichende Verkehrs-Erschließung vorausgesetzt, 1000 Goldmark wert sei, so würde sich für ein Pumpwerk von einem Kubikmeter Sekunden-Dauerleistung, bei Einschluß der kapitalisierten laufenden Kosten, ein Preis von 3 000 000 Goldmark rechtfertigen. Denn es vermöchte 3000 Hektar zu bewässern. Bei Massenlieferung derartiger Pumpen wäre ein weit niedrigerer Preis zu erzielen, um so mehr, als die erforderliche Kraft den Kongo- und Niger-Schnellen entnommen werden kann.

Man wird sich überzeugen, daß es wohlfeiler ist, die Wüsten zu bewässern als den Tropenwald zu roden, und ungleich rentabler um so mehr, als das Steppenklima dem Europäer weit mehr zusagt.

Digitized by Google

Ich will hier nicht eingehen auf die Wassermassen, die den einzelnen Flüssen für eine systematische Bewässerung der Sahara zu entnehmen wären. Jedenfalls ist das Problem für die moderne Technik lösbar.

Auch will ich hier nicht eingehen auf die klimatischen Folgeerscheinungen, welche eine dauernd feuchte Sahara auf Europa und Asien haben würde. Denn die Hebung der wüsten Verkehrsschranke und die wirtschaftliche Erschließung von sechs Millionen Quadratkilometern Landes rechtfertigen hinreichend die größten Anstrengungen.

„Der einzige Weg"

Der französische Schriftsteller Paul Reboux hat einen Roman „Les drapeaux" veröffentlicht, der unter dem Titel „Der einzige Weg" in deutscher Sprache im Verlage von Grethlein & Co, Zürich-Leipzig, erschienen ist. Das Buch gehört in die Linie der französischen dichterischen Äußerungen, die durch Barbusse's „Feuer" eingeleitet wurde, Ausdruck eines Kreises, der in der „Revue mondiale" sein Organ besitzt. Wir werden in der quantitativen Bewertung dieser Gesinnung, die sich von dem engen Chauvinismus lossagt, sehr vorsichtig sein müssen, aber doch die Tapferkeit und Klarheit anerkennen, die hier eine Überwindung der Kriegspsychose anstrebt. Der Roman, der in die französische Gesellschaft der Nachkriegszeit hineinführt, ist bis an den Rand gefüllt mit politischer Diskussion; er sucht, wenn er sich auch nicht ganz von den Klischee-Vorstellungen über das „Deutsche Wesen" frei machen kann, diesem gerecht zu werden, und insofern sind vielleicht gerade jene Stellen, die uns ungenügend erscheinen, für die Erkenntnis wertvoll; denn sie sind nicht durch törichte Befangenheit geprägt. Ohne Zweifel verdient das Werk bei uns ernste Betrachtung. Wir bringen im nachfolgenden einen an P. Reboux gerichteten Brief zum Abdruck, der weniger die eigentlich politische Fragestellung aufnimmt, als er sich mit einer, freilich der entscheidenden Sonderangelegenheit der deutsch-französischen Problematik auseinandersetzt.

Die Schriftleitung.

Ein Brief an Herrn Reboux

Von Ottilie Frey

Lieber Meister!

Irgend jemand hat einmal gesagt: Frauen lesen Gedichte immer nur als an sie selbst gerichtete Liebesbriefe. Es mag etwas Wahres daran sein. Nun, ich habe Ihren „Roman" (oder wie soll ich das Buch nennen?) unter der Illusion gelesen, ich sei die kluge, ehrliche, selbständig denkende und doch weiblich anpassungsfähige Privatsekretärin, die Sie darin schildern; — selbstverständlich, verehrter Meister, nur die Heldin der ersten Teile; — ich will ganz gewiß keine Liebeserklärungen machen oder hervorrufen!

Also lassen Sie mich plaudern und hören Sie mich an, nachdem ich Ihnen so lang und so gut zugehört habe.

Digitized by Google

Zunächst: ich bin Elsässerin. Mein Herz schlug schneller, als Ihr Held von den wiedergewonnenen Provinzen sprach, als er zu berichten versuchte von dem neuen Groll der Elsässer. Ich dachte, nun kommt der dritte Akt des Dramas: Ein erfolgreicher französischer Dichter erlebt in Nachkriegszeiten unter schweren seelischen Kämpfen einen Gesinnungswandel; vom naiven Patrioten wird er ein Zweifler, ein Kriegsgegner, Pacifist mit Herz und Seele und schließlich der Anwalt zukünftigen Bündnisses zwischen Frankreich und Deutschland; — aber freilich diese letzte Konsequenz zieht nur sein rechnender Verstand, sein Herz geht nicht mit.

Um zur Klarheit zu kommen reist er über die Schweiz nach Deutschland. Ach, lieber Meister, wären Sie doch ins Elsaß gefahren und hätten Sie mich als Führer mitgenommen! Dort ist die Wasserscheide, es fließen Ströme des geistigen Lebens von dort nach Osten und Westen, nach Deutschland und Frankreich. Aber Ihnen fehlte die Wünschelrute, die tief verborgene Quellen spürt, ja, es fehlte Ihnen der klare Ausblick auf oberirdisch strömende Wasserläufe. Sie begnügen sich in Ihrem Buch — in dieſem Buch — mit einem kurzen Gespräch, das Sie in Zürich mit einem elsässischen Fabrikanten führen. Und Sie hören nur das alleroberflächlichste Gerede: der Elsässer war unzufrieden, ist unzufrieden und bleibt unzufrieden. . . . . Ihr Drama bricht vor dem Höhepunkt ab. Das Exposé war gut. Ein zynischer Journalist hatte übertreibend dem innerlich noch schwankenden Dichter geschildert, wie gleichgültig es für ein Volk sei, ob der Feind das Land besetze: „Kein Einwohner hätte etwas anderes zu erleiden gehabt, als die Aenderung in der Uniform der Schutzleute. Ich versichere Ihnen, ein Besitzwechsel ist minder schlimm als eine Schlacht. Der Nationalstolz war gut für die Zeit der großen Federbüsche“ . . . . .

Verehrter Meister: das eben galt es nachzuprüfen. Dazu hätten Sie ins Elsaß fahren müssen. Sie hätten dort entdecken können, was es heißt, einen Stamm (welch wunderbare Bildkraft hat die Sprache!), einen Volksstamm wurzellocker zu machen. Gewiß, man kann Bäume verpflanzen, wenn man mit viel Vorsicht große Ballen Erdreich an der Wurzel beläßt. — Aber oft kann man das Experiment nicht machen! Feine, feinste Wurzelverästelungen werden zerrissen. Das Blut fließt aus tausend Wunden. Auf lange, lange hinaus wird der Baum unfruchtbar sein! — Einen Volksstamm aber soll man heute zu diesem, morgen zu jenem Staat schieben können, ohne daß etwas erhebliches vorgegangen sei?

Nur eine Frage: Was halten Sie von der Muttersprache und ihrer Einwirkung auf den Menschen? Wir erfassen sie wie den Saft, der von der Wurzel aufsteigend die Aeste und Zweige des Baumes durchzieht und Blätter und Blüten ernährt. Wir haben im Deutschen ein wunderliches Sprichwort: Blut ist dicker als Wasser. Muttersprache ist wie das mütterliche Blut, das dem Kinde neben vermittelt. Lassen Sie die Sprache unberührt

Digitized by Google

in einem annektierten Gebiet, so bleibt das Land ein Fremdkörper in der neuen Heimat. Aendern Sie durch Verwaltungsmaßnahmen die Sprache, so widersetzt sich das tiefste Gefühl eines Stammes, Haß und Trotz entstehen, auch wenn die Bevölkerung, hin- und hergerissen durch die wechselvolle Geschichte, kein bewußtes Nationalgefühl mehr hat. Es gibt unbewußte, tief wirksame Bindungen an das Vaterland, wie es unbewußte Bindungen an Vater und Mutter gibt. Jede Störung dieser Zusammenhänge führt zu seelischer Erkrankung. Mit der Vernunft allein ist das Problem der Nationalität nicht zu erfassen. Die unrationalen Mächte des Gemütes wirken hier.

In Ihrem Buche wehrt sich der Dichter kurz und seine kluge Mitarbeiterin lange gegen die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Bündnisses der bisher feindlichen Länder. Das Gefühl macht Einwände, die Vernunft widerlegt sie. Aber wie parador wird alles wohlmeinende Suchen nach Verständigung in dem Kapitel: „Die deutsche Seele". Welche Karrikatur von deutschem Stolz und Dünkel, „asiatischer Gleichgültigkeit gegen das Sterben, pünktlich registrierte Sinnlichkeit" — man könnte die Beispiele seitenlang häufen — finden sich hier. Ich lese sie lächelnd und denke nur: er wird wohl nicht deutsch sprechen; so sieht er Einrichtungen, äußere Formen des Lebens, aber er versteht sie nicht besser als einen Bienenstaat oder eine Ameisenrepublik. Eben die Seele ist ihm entgangen. . . . .

Auch von Frankreich und den Franzosen geben Sie kein geschmeicheltes Bild. Aus Reaktion gegen die „Selbstüberschätzung der Patrioten" versuchen Sie so lange objektiv zu sein, bis Sie auch hier, ohne es zu merken, zur fast trivialen Karrikatur kommen. Diese Gesellschaftsmenschen, kalt berechnend, dem Erfolge nachjagend, diese mondäne Frau, die, sobald ihr Mann nicht mehr seiner Karriere lebt, gleich zu Ehebrüchen bereit ist, — die leben doch im Grund auch nur in billigen, gelbgebundenen französischen Romanen. Sie geben uns nicht Menschen, sondern Ideen, — so wird Ihre Verteidigung lauten. Und Ihre Idee ist richtig, ist unzweifelhaft wahr: Der Krieg zerstört, er schädigt auch den Sieger, die Opfer sind zu groß für den Gewinn. Der Schaden eines Landes ist auch eine Hemmung für das andere. Die „Vereinigten Staaten von Europa" würden unseren Erdteil weiter bringen als alle vergangenen und zukünftigen Kriege.

Sie haben recht; das weiß heut jeder Vernünftige, aber Ihre guten Gründe werden nicht allzu viele Nationalisten zum Internationalismus bekehren. Denn nicht die Vernunft regiert die Welt, sondern „die Weisheit, der Schein und die Gewalt", wie der Goethe sagt, den Sie „unklar" nennen! Bauen Sie weiter an der Brücke zwischen den Völkern. Aber glauben Sie: die Pfeiler hüben und drüben müssen tief gegründet sein im festen Uferboden; — internationale Gesinnung ist kein tragfähiges Fundament. Nur wenn es einmal gelingen sollte, den nationalstolzen Franzosen und den

Digitized by Google

heimattreuen Deutschen zu einem Bund zu vereinigen, bei dem jeder seinem eigenen Land dient, dann erst entsteht die wahre „entente cordiale", die Sie vom internationalen Ideal erwarten.

Und nochmals zum Schluß: das können Sie am besten bei uns Elsässern lernen. Die Minderwertigen unter uns denken wohl wie Ihr Journalist: wo wir am wenigsten Steuern zahlen, da wollen wir bleiben. Die Besten aber litten nach 1871 und leiden heute schwer daran, daß sie verwaisen, wenn sie in der Heimat bleiben und in der Fremde oder bestenfalls zu Gast sind, wenn sie in Deutschland oder Frankreich leben. Viele haben sich freiwillig von der Heimat getrennt. Denn sie fühlten: jetzt gilt es ein Bekenntnis abzulegen. Treue zu seinem Volk ist kein leerer Wahn, keine kapitalistische Täuschung, keine Kriegspsychose, wie Sie uns glauben machen wollen. Manche meiner Landsleute antworten auf die Frage, warum sie das Elsaß verlassen haben und in Deutschland leben, mit der schlichten Antwort: „Ich kann mit meinen Kindern nicht französisch reden".

Wenn Sie wieder einmal die „deutsche Seele" suchen, dann besuchen Sie auch die Elsässer im deutschen Reich — vielleicht werden Sie sie hier finden!

Neuerscheinungen

Irenäus, „Aufsätze August Steins". Verlag der Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M. 195 S.

August Stein, der ein paar Jahrzehnte lang die „Frankfurter Zeitung" in Berlin vertreten hatte, war mehr politischer Journalist als politischer Schriftsteller, ein Mann, der mit Kenntnis und Takt die politischen Vorgänge des Tages kommentierte und beleuchtete, aber nicht den Ehrgeiz und die Wesensanlage besaß, aus Erfahrungen und Anschauungen, die er überreich besaß, eine geschlossene politische Vorstellung und Willenssphäre zu bilden. Seine Diskretion und sein menschlich-taktisches Geschick hob ihn dann doch wieder über die Stellung dessen hinaus, dem die Feder allein die Waffe ist; er war, der viel Politik und Menschlichkeit vor sich hatte vorbeifließen sehen, vieler Leute Freund und vieler Leute freundwilliger Berater. Aus der großen Zahl seiner Artikel hat man nun einige ausgewählt, die eine doppelte Aufgabe besitzen: zum einen als historisches und kulturelles Material in der Zeitchronik der wilhelminischen Epoche zu dienen, zum andern das literarische Portrait dieses Journalisten zu erhalten — ist es doch das Schicksal des Mannes der Zeitung, so groß Ansehen und Wirkung gewesen sein mag, vor Bewußtsein und Gedächtnis zu versinken, wenn die Wirkung des unmittelbaren Wortes vorüber. Diese Sammlung hat einen ausgesprochen liebenswürdigen Charakter. — Stein war ein guter Plauderer und ist ein Künstler, Menschen mit den zarten Strichen stiller Anekdoten zu zeichnen; er ist auch ein sehr guter Beobachter seelisch-sozialer Struktur, und so werden auch die Feuilletons zeitpsychologisch wertvoll (auf ein paar davon, die zu „liebenswürdig" sind, hätte man gerne verzichten können). Sie sind insgesamt anmutig und flott geschrieben.

Th. H.

Digitized by Google

Hohenzollern. Von Kurt Heinig. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1921, 184 S.

Das Buch hat den Untertitel „Wilhelm II. und sein Haus. Der Kampf um den Kronbesitz"; seine Aufgabe ist, den bisherigen Verlauf der Auseinandersetzung zwischen Krone und Staat zu beschreiben. Da ist nun eine etwas merkwürdige Mischung draus geworden. Historische Wissenschaft, für die Max Maurenbrechers „Hohenzollernlegende" das Material bot, neben historischem Material aus den Umsturzmonaten, Rechtsgeschichte und Rechtsphilosophie, die Lebensgewohnheiten, die Finanzpraxis, die Vermögensverhältnisse der Hohenzollern, Anekdoten von gestohlener Hoffräuleinsgarderobe und ungetreuen Hoflakaien, heroische und weniger heroische Revolutionssoldaten, Volksbeauftragte und Hausminister — sachliche Reportage, Protokollauszüge, pamphletistische Zwischenspiele, Leitartikel und Feuilleton, Lehrreiches und Oberflächliches, Referat und Streitschrift. Lehrreich für den Historiker wird das Material über die verschiedenen Kämpfe um das Alte Schloß sein, aber wahrscheinlich (oder hoffentlich) wird man später einmal merken, daß wir in dem Gesamtgeschehen diese Putschdetails und „Mißverständnisse" der jungen Revolution zu wichtig nehmen. Den Hohenzollern gegenüber wechselt der Ton zwischen Ironie und wohlwollender Bonhommie — gehaßt wird in dem Buch, das sicher nicht der Liebe dienen soll, eigentlich nur der Kollege des Verfassers im Finanzministerium, der sein ins Hausministerium bestellter Korreferent war. Das ist der heimliche Humor des Buches, daß es zwischen immerhin interessanten und nicht unwichtigen Dingen so alle paar Seiten nach etwas wie Privatrache aussieht. Ich weiß nicht, in welchem Verhältnis der Verfasser im Finanzministerium beamtet war oder noch ist; das Gefühl ist etwas peinlich, daß Amtsvorgänge, deren Formulierung noch kaum trocken ist, von Beteiligten in Bücher verwandelt werden.

Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Litbag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9064. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 3. September 1921 * Heft 36

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Mord an Erzberger ist das Ende einer politischen Spannung, die in diesem Mann den Verderber Deutschlands erkennen wollte und ausschrie. Es ist töricht, den politischen Charakter dieses feigen Attentats verwischen zu wollen. Die Mörder glaubten, dem Vaterland zu nützen, indem sie die Rückkehr des eifrigen und ehrgeizigen Mannes in die Politik, um den er kämpfte, radikal unmöglich machten. Wie weit sie darin nur Werkzeuge einer Stimmungsmache waren — wer mag es sagen? Als die Attentate von links nach rechts schössen, in den siebziger Jahren, machten die konservativen Blätter die Sozialdemokratie verantwortlich; sie sind entrüstet, wenn heute das gleiche Verfahren mit anderer Benennung wiederholt wird. Der politische Katholizismus verliert heute einen führenden Mann nach dem andern; freilich wird Erzberger fast noch leidenschaftlicher von den Sozialisten beklagt, die in ihm den Typus des antikapitalistischen Steuerpolitikers verehren, und sahen, daß seine fabelhafte Energie das Zentrum zu einer demokratisch gerichteten Politik zwang. Erzberger konnte in einer Zeit, die an großen Männern arm ist, groß erscheinen, weil er mutig und tätig war, und jeden Tag Verantwortungen zu übernehmen bereit war; er hatte Phantasie und Tatendrang, und das verwischte die subalternen Züge, die ihm anhafteten. Er war nicht schlecht, und die Charakterbilder, die von seinen Gegnern gemacht wurden, sind teils dumme, teils haßbestimmte Verzerrungen; aber es mangelte ihm an Takt und an den Hemmungen feinerer Empfindung. Und gerade in den Taten, die ihm die Feindseligkeit vorwirft, in der Waffenstillstandsfrage, war er nur das ausführende Organ von Gewalten, die heute nur zu sehr ihre historische Beteiligung verschleiern möchten. Freilich, vielen, denen der Haß gegen diesen Mann ein Ver-

Digitized by Google

gnügen ihrer Seele gewesen, bleibt die Freude über sein Ende im Halse stecken; denn der Eindruck der furchtbaren Tat wühlt die Empfindungen der Tiefe auf und erschüttert den Boden, auf dem Deutschland gemeinsam sein Schicksal wieder aufbauen soll.

*

Wer wagt sich im Völkerbund an die oberschlesische Frage heran? Keiner. Die Europäer sagen, sie seien zu nahe daran, die Vertreter der Ferne, sie seien zu weit weg — beide wollen nicht in der Spannung zwischen Frankreich und England die Gerechtigkeit suchen, denn sie fürchten, daß über dem Recht der Schatten der Macht liege. Spanien hat Angst davor, daß nicht nur äußere Trübungen seinem Gutachten folgen könnten, sondern daß die Lösung, so oder so, mit ein paar kompakten Formeln auf die innere Lage wirken könnte. Und dem will man ausweichen, denn der Ehrgeiz, im Konzert der Mächte ein deutlicheres Instrument zugewiesen zu erhalten, ist nicht eben groß. Man hat zu Madrid im Augenblick an auswärtiger Politik einen genügenden Vorrat in dem Kleinkrieg mit den Riff-Kabylen von Marokko zu verdauen. So bleibt die Frage bei dem Japaner, d. h. sie wird einen langsamen und vorsichtigen Weg nehmen, und wer weiß, ob nicht das oberschlesische Schicksal, das stark von dem griechisch-türkischen Krieg Einflüsse erfuhr, nicht auch noch mit den pazifischen Proplemen irgendwie verkoppelt erscheint!

*

Der Friedensschluß mit Amerika ist nicht den Weg des Diktats, sondern der Verhandlung gegangen; das ist sein formaler Vorzug vor dem Versailler Vertrag, den er im übrigen in allen wesentlichen Stücken bestätigt. Von politisch wichtigen Stücken ist die Auslieferungsforderung weggeblieben; natürlich fehlt auch das Statut des Völkerbunds, weil gegen diesen vor allem sich die Abneigung der Washingtoner Regierung richtet. Die „Schuldfrage" ist in den Besprechungen und in den Vertragsformulierungen nicht hervorgehoben worden, liegt aber in den Paragraphen, die Deutschland anerkennt. Der Vertrag bedarf noch der Ratifizierung durch die Parlamente; erst dann wird er effektive Wirkung haben. Sein gegenwärtiger Sinn ist, daß er einen grotesken Zustand beendigt und den Weg zu tatsächlicher Verhandlungsfreiheit öffnet. Er enthält die Formel, daß die beteiligten Regierungen die ehemaligen „freundschaftlichen Beziehungen wiederherstellen" wollen. Das ist sein Fortschritt über Versailles hinaus.

*

Digitized by Google

Kommunisten und Sozialisten

Von Dr. Theodor Heuß

Nimmt man den Parteitag der Kommunisten in Jena als einen isolierten politischen Vorgang, so ist er von einer fast erschütternden Unerheblichkeit, unerheblich in der geistigen Einstellung und erschütternd, wenn man die formalistischen Streitereien als die politische Nahrung deutscher Arbeitermassen betrachtet, für die Sozialismus einmal gedankliche Klärung, seelische Erwartung gewesen.

Bis zum Krieg war die proletarische Bewegung Deutschlands nicht nur als Massenkörper, sondern auch in der Spannung der theoretischen Kämpfe das bewunderte Vorbild des internationalen Sozialismus. Dann verfiel auch sie dem Haß und der Verleumdung, und sie hat dagegen nicht die genügende innere Widerstandskraft besessen; zugleich war ihre überlieferte theoretische Selbstkontrolle, mühselig an die Ausdeutung der marxschen Lehre angefesselt, den ungeheuren neuen Problemen nicht gewachsen. Mit der russischen Revolution rückte das Schwergewicht der sozialistischen Führung nach Osten; den neuen Männern und Lehren beugten sich am Anfang fast widerstandslos die sozialistischen Parteien Westeuropas, bis sie freilich ernüchtert begriffen, daß die neue Macht ihre bisherige Autonomie zu vernichten drohte. Dann begann der Abwehrkampf, dessen Verlauf den Inhalt der ersten deutschen Revolutionsmonate bedeutet.

Der gegenwärtige Zustand der sozialistischen Bewegung ist geradezu ein Hohn auf die Ansage der marxschen Doktrinen. Ueberall kann man lesen, daß der Kapitalismus in ungeheurem Anwachsen sei (und gewiß sind ihm bis jetzt die sozialistischen Reichswirtschaftsminister nicht schlechter bekommen als die volksparteiliche Episode des Herrn Dr. Scholz); parallel damit ging die Zersetzung der sozialistischen Selbstgewißheit, der geistigen und sachlichen Geschlossenheit. Der Klassenkampf wird gewiß noch (oder wieder) gepredigt; aber die große kämpferische Leidenschaft tobt sich innerhalb der sozialistischen Gruppen aus. In Resolutionen wird diese Tatsache wehleidig bedauert; aber es fällt niemanden ein, in dieser Tatsache eine offenbare psychologische Notwendigkeit anzuerkennen.

Die Revolution, indem sie die Sozialisten zum Siege führte, hat den Sozialismus kompromittiert. Die marxschen Formeln reichten nicht aus, um eine aus den Fugen gegangene Welt in sich zu fassen — daß die Folgen des Weltkriegs gar so schlimm seien, ist die etwas zu matte Entschuldigung einer Lehre, die ja eben doch die alte Welt aus den Fugen heben wollte. Damit soll man zuhause bleiben.

Rußland bot einen Ersatz an, indem Lenin seine Lehre von der „Diktatur des Proletariats" entwickelte (natürlich auch aus Marx, aus dem

Digitized by Google

immer die vieldeutigsten Folgerungen zu beweisen waren), und indem er sie mit einer politisch-wirtschaftlichen Produktions-Idee verschnörkelte. Deutschland, an Surrogate gewöhnt, nahm das an, der „Räte-Gedanke" blühte auf. Wie lange ist das eigentlich her, daß bei den Mehrheitssozialisten, den Unabhängigen, den Kommunisten mit dem größten Eifer Räte-Systeme erfunden wurden? Es ist das alles zu einer fast ehrwürdigen Erinnerung geworden, deren sprachliche Restbestände sich noch in den verzweifelt-erfolglosen Bemühungen des Reichswirtschaftsrats vorfinden, das Schema für eine „gerechte" Wirtschaftsvertretung zu zeichnen. In einer etwas schlickigen Untiefe der Weimarer Verfassung ist dies modische Revolutionsergebnis „verankert", bis jetzt von Stürmen verschont. Die Unabhängigen haben sich in Leipzig vor zwei Jahren auf die „Räte" verschworen — es ist still geworden. „Räte-Rußland" hat sich als ein auf Brotzuteilung und Maschinengewehren ruhendes oligarchisches Machtsystem enthüllt, das nur Herrschaft will und um diese das theoretische Gerede und Geschreibe vor drei Jahren mit kühler Geste preisgibt — was soll die deutschen Schüler veranlassen, die Melodie weiter zu blasen, die vor bald drei Jahren die Massen ergriff, ja begeisterte?

An die Stelle der Theorie des sozialistischen Aufbaus ist die Theorie der revolutionären Taktik getreten. Das ist die vielbeschrieene „Mentalität" der Militärs, die sich nur um das erfolgreiche Kriegführen, Schlachten schlagen, Feinde vernichten zu kümmern haben, aber nicht um das Nachher. So etwa sieht es heute in den Köpfen der Kommunisten aus, wenn sie sich um die „Offensiv-Theorie" streiten. Die Phantasie über das, was folgt, hat man aufgegeben; die Revolution ist wieder einmal Selbstzweck. Und hier spürt man, wie sehr der spezifisch russische Geist in diesem Sektor der deutschen Arbeiterbewegung eingedrungen ist. Die Technik der Revolution in knifflichem Spintisieren und endloser Dialektik zu betreiben, das ist seit Jahrzehnten die Eigentümlichkeit des russischen Revolutionärs. Dieser komplizierten Anstrengung gegenüber besaß die alte deutsche Revolutionsrede das helle und vergnügte Pathos einer Kindertrompete. Jetzt, wenn man die neuen spaltenlangen Aufrufe und Erklärungen der „Roten Fahne" durchwandert, Wanderungen durch ermüdenden Wortsand, dann ists, als ob man dem alten biederen russischen Studenten im Münchener Kaffeehaus zuhört. Ein junger Kommunist, demgegenüber ich mich neulich über die geistlose Langeweile dieser Elaborate beklagte mit ihren Wort- und Personenstreiten, gab mir halb recht; zehn Prozent der Kommunisten, freilich diejenigen, auf die es ankomme, meinte er, lesen sie zu Ende.

Jena hatte die Aufgabe, die V. K. P. D. von den Opportunisten zu reinigen und die Moskauer Meinungen über die deutsche Partei zu bestätigen. Man einigte sich darüber, daß die „März-Aktion", der

Digitized by Google

Aufruhr in Mitteldeutschland, zu gleicher Zeit ein Schritt nach vorwärts und eine Dummheit war. Daß er dies Letztere frühe und zur unerwünschten Zeit sagte, ist Paul Levi zum Verhängnis geworden; der ehemalige „Sozialpatriot" Düwell und der vorlaute Kurt Geyer sind seine Kollegen im Hinauswurf geworden, kurz und schmerzlos, weil sie in Levis Organ Aufsätze erscheinen ließen. Andere werden folgen. Da sie vermutlich ihr Reichstagsmandat behalten, wird sich aus dem Salon des réfusés demnächst eine vierte sozialistische Fraktion bilden.

Diese Personalgeschichten sind an sich von geringem Belang. Mit dem Tode von Rosa Luxemburg hatte die kommunistische Bewegung in Deutschland die einzige an Bildung und geistiger Selbständigkeit bedeutende Persönlichkeit verloren — der Rest war, neben einigen Idealisten, Betriebsmeiertum. Die geistige Verarmung in der Jenaer Debatte ist unverkennbar. Liegts bloß an den Menschen, liegts am System? Moscau locuta, causa finita! Die einzige Aufgabe der Zusammenkunft war die Stilisierung einer Resolution, die mühselig genug gelang und dann die Approbation durch den Vertreter der internationalen Exekution bekam.

Freilich, Jena hat für die revolutionäre Taktik eine neue, glänzende Formel gefunden: „Heran an die Massen"! Das wurde als entscheidende Parole begrüßt, gerade als ob man nicht schon bisher, und gelegentlich mit Erfolg, die Massen gesucht hätte. Man will nicht „Sekte" bleiben, sondern Massenpartei werden. Und hat vielleicht das dunkle Gefühl, daß man damit doch unrettbar in den Sumpf des „Opportunismus" hereingerät, von dem man sich frei halten will. Denn, wenn das Rezept dafür ein paarmal genannt wurde, daß die Kommunisten sich der kleinen Nöte der Arbeiterwelt praktisch annehmen müßten (Milchpreisfragen!) so führt das in die Bahnen, in denen auch die alte sozialistische Bewegung gegangen ist, mit einem Ergebnis, das die Kommunisten so abscheulich finden.

Offenbar spüren dabei die Führer, daß die Massen, die sie gewinnen wollen, etwas revolutionsmüde geworden sind. Wenn nicht der verzweifelte Unsinn mancher Rechtspolitiker neuen Sturm weckt, bleiben, mit politischer Zielrichtung, die Segel der Revolution schlaff hängen. Die wirtschaftliche Unruhe dagegen wird neue Krisen sehen, und ihre Auswirkung den Kommunisten abzufangen, darauf richten sich Unabhängige und Mehrheitssozialisten ein. Die Unabhängige Sozialdemokratie ist im Augenblick gänzlicher Verzicht auf „Prinzipien-Politik", ganz Taktik — aufzupassen, daß sie zwischen den beiden Nachbargruppen nicht vorzeitig zerrieben wird, nachdem der Nachweis der Existenzberechtigung so schwierig geworden.

Deshalb lärmt sie, die so heftig auf Annahme des Ultimatums gedrängt hat, am lautesten über die Folgen des Ultimatums: sie weiß die

Digitized by Google

Kommunisten für den Augenblick mit anderem beschäftigt und rechnet damit, daß die Teilhaberschaft an der Regierung die Mehrheitssozialdemokratie hindere, auf die Pläne dieser Regierung ebenso rückhaltlos zu schimpfen wie sie es vermag. Das trifft nun nicht ganz zu. Die Sozialdemokratie, und nicht nur ihre Presse, sondern auch ihre Fraktionsführer, richten sich gegenwärtig auf Opposition ein. Sie sehen die unabwendbare Welle der Gehaltsbewegungen kommen, die Inflation, die Steuernotwendigkeit, die Teuerung mit sich bringt, und legen sich jetzt, um für den geeigneten Augenblick eine Stütze zum Absprung zu besitzen, auf den allmählich mit Romantik umgebenen Begriff der „Goldwerte" fest. Diese Uebung, noch vor der parlamentarischen Behandlung sich anzubinden, hat die Sozialdemokratie schon ein paarmal gemacht, um den Druck auf die Nachbarparteien zu stärken (preußische Regierungsbildung); das ist eine Begleiterscheinung der mangelnden parlamentarischen Zucht der jungen Demokratie.

Nun ist dies aber noch ungewiß, ob die Mehrheitssozialdemokratie zu Neuwahlen drängt. Denkt sie an das Vaterland, dann muß sie in diesen Zeitläuften eine weitere Erschütterung vermieden wissen wollen. Denkt sie an die Partei, so mag sie hoffen, daß Sturm und Drang der Wahlbewegung die Vereinigung mit den Unabhängigen bringe, der heute im Wesentlichen nur die Rivalität der Führer, die Existenz der verschiedenen Parteiorgane entgegensteht. In der inneren Politik haben die Unabhängigen sich mehr oder weniger zur parlamentarischen Demokratie zurückgefunden, in der äußeren nähern sich H. Müller und Bernstein, etwa in Fragen der Kriegsschuld, gelegentlich dem Standpunkt, der lange als Reservat der Eisner-Gläubigen gelten konnte. Das wäre verfrüht, eine deutliche Prognose zu stellen. An grundsätzlicher Gegnerschaft würde eine solche Verschmelzung nicht scheitern; denn die Erkenntnis, was Sozialismus heiße, ist bei beiden Gruppen durchaus flüssig, und in dem revidierten Programm-Entwurf für Görlitz findet sich schon im zweiten Satz das mit Liebe umhegte Wort vom „Klassenkampf", nach dem die pietätvolle Gesinnung, vor ein paar Wochen, als der erste Vorschlag erschien, mit traurigem Herzen vergeblich gesucht hatte.

Die Forderung nach der Gegenliste

Von Dr. Berthold Widmann

Der Kampf zwischen einem großen Teil der Oeffentlichkeit und der Reichsregierung um die Gegenliste geht in Deutschland schon lange Zeit. Auch heute noch scheint sich die Regierung nicht bereitfinden zu lassen, eine offizielle Gegenliste zu veröffentlichen, bzw. den Feindstaaten

Digitized by Google

zu überreichen. Vor länger als einem halben Jahre hatte die Reichsregierung Fehrenbach erklärt, daß außenpolitische Gründe ihr ein solches Verhalten vorschreiben. Inzwischen ist eine Aeußerung von Regierungsseite meines Wissens nicht mehr gefallen, obgleich jüngstens die Zahl derjenigen, welche die Veröffentlichung fordern, erheblich gewachsen zu sein scheint. Ich glaube auch nicht, daß man richtig tut, eine solche Aeußerung zu erwarten, denn aus Leichtfertigkeit handelt die Reichsregierung bei ihrem Verhalten sicher nicht, vielmehr dürften es schwerwiegende Momente sein, die sie noch nicht von ihrer Stellungnahme abweichen lassen. Sich über diese Momente zu äußern, dürfte für die Regierung eine Unmöglichkeit sein. Wohl soll sich im neuen Staat das politische Spiel möglichst vor den Augen der Oeffentlichkeit abwickeln, soll die Oeffentlichkeit in jedem Stadium des Kampfes die Möglichkeit haben, einzugreifen, aber dieses wohlverstandene Recht hat in Fragen der Außenpolitik seine nicht festgelegten, noch festlegbaren, darum aber nicht minder unerschütterlichen Grenzen. Die Verlautbarungen der Reichsregierung vor der deutschen Oeffentlichkeit müssen eben immer dann unterbleiben, wenn sich von ihnen nicht ablösen lassen Enthüllungen über die eigenen Absichten und Erwartungen, die nicht für die Ohren des Gegners bestimmt sind. Der Fall ist in der Frage der Gegenliste gegeben. Ich weiß nicht, welches Verhalten die Reichsregierung im gegenwärtigen Stand beabsichtigt, doch erscheint es mir unwahrscheinlich, daß sie von ihrem bisherigen Standpunkt abrücken oder daß sie sich öffentlich über das Warum der Beibehaltung äußern wird. Die über das ganze Land verbreitete Bewegung für die Veröffentlichung der Gegenliste wird sich in Anbetracht eines solchen Schweigens der Regierung vielleicht nicht beruhigen, sondern im Gegenteil vielleicht noch verstärken. Es mag sogar so weit kommen, daß unter dieser Fahne ein nationaler, zum mindesten ein parteinationaler Sturm gegen die Regierung sich erheben wird. Sind ihre Gründe gut, so wird die Regierung jedes, auch dieses Risiko auf sich nehmen müssen, und bei ihrem Standpunkt bleiben.

Hat aber die Oeffentlichkeit das Recht, von der Regierung Aufklärung und die Möglichkeit der Anteilnahme an den politischen Entwicklungen zu verlangen, so hat die Regierung ihrerseits das Recht, vom Volke zu verlangen, daß es seine eigenen Forderungen, ehe es sie laut werden läßt, selbst kritisch prüft. Die Pflicht dazu ist dem Volke im nämlichen Augenblicke erwachsen, als es das genannte Recht der Anteilnahme bekommen hat.

Eine solche kritische Prüfung der Gegenlistenfrage soll im Folgenden kurz versucht werden, wobei vorausgeschickt werden muß, daß das dabei entworfene Bild nach wenigen Tagen durch eine Aenderung der außenpolitischen Situation veraltet und wertlos geworden sein kann. Meine

Digitized by Google

persönliche Ansicht geht dahin, daß eine solche Aenderung nicht rasch erfolgen wird.

Daß in der Oeffentlichkeit die Frage der Gegenliste eine so bedeutsame Rolle spielt, ist für sich genommen eine der wenigen erfreulichen politischen Erscheinungen unserer Tage, nicht nur weil es als das Zeichen einer Erstarkung des nationalen Gefühls anzusehen ist, sondern in einem noch weiter reichenden Sinn. Die Vaterlandsliebe bildet nur einen organischen Teil unseres gesamten Gefühlslebens. Ist dieses in seinen sämtlichen Gliedern gesund und stark, so ist es auch das Nationalgefühl. Ist irgendwo im Gefühlsleben eine kranke Stelle, so leidet nicht nur der betreffende Teil, sondern das Ganze. Die naheliegende physiologische Parallele in der Körperlichkeit ist bekannt. Im Psychischen vollzieht sich der Prozeß nur noch viel intensiver mit viel stärkerer und engerer Wechselwirkung. Deshalb erscheint in der politischen Bewegung für die Gegenliste nicht nur die Gesundung unseres Nationalgefühls ausgedrückt, das im Zusammenhang mit unserem ganzen Gefühlsleben infolge der erlebten Katastrophen: Krieg, Hunger, Revolution, seit Jahren krank darniedergelegen hat, sondern man kann sie als das Symptom der allgemeinen psychischen Gesundung ansprechen. Die Frage, um die es sich handelt, geht ja auch über nationale Interessen hinaus. Die Forderung an den Gegner auf Auslieferung von „Kriegsverbrecher", bzw. der Zwang, sie auf alle Fälle zu bestrafen, ohne daß man bei den eigenen Fällen mit den gleichen Maßnahmen vorgeht, widerspricht jedem, nicht nur dem nationalen Gerechtigkeitsgefühl und zeigt nicht nur eine niedrige Ethik, sondern ist prinzipiell amoralisch. Mit diesem reichen Gehalt an nationalen, rechtlichen und ethischen Momenten steht die Volksbewegung für die Gegenliste über den Fragen der Tagespolitik, und man darf sich, da ein gewaltiges Wahrzeichen über ihr schwebt, ihres Umfangs freuen.

Dennoch muß sie mit ihrer Forderung vor der Tagespolitik kapitulieren. Wie stellt sich deren Situation heute dar? Die Reichsgerichtsverhandlungen haben ein vorläufiges Ende gefunden. England hat durch Lloyd George, Curzon, und Pollock den Leipziger Sprüchen Anerkennung gezollt, Frankreich hat das Gefühl einer moralischen Niederlage, weil sich, außer im Falle Crusius, seine Beschuldigungen als unhaltbar erwiesen haben und beschimpft deshalb die deutsche Rechtsprechung. In dieser englisch-französischen Kontroverse — von den anderen Staaten braucht im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gesprochen zu werden — soll eine besondere Kommission den Ausweg suchen, soll befinden, ob „man" die Leipziger Urteile als gerecht hinnehmen kann. Von dem Spruch dieser Kommission hängt in erster Linie die weitere Entwicklung in der Frage der Kriegsbeschuldigten-Prozesse ab. In dieser Lage wäre es außenpolitisch ein glatter Fehler, die Spaltung, die sich zwischen England

Digitized by Google

und Frankreich gebildet hat, dadurch zu überbrücken und zu beseitigen, daß man beiden Regierungen in diesem Augenblick die Gegenliste überreicht, in der Angehörigen beider Staaten schwere Vergehen vorgeworfen werden. Die gemäßigtere Auffassung Englands hätte nicht nur keine Aussicht mehr, sich durchzusetzen, sondern würde von ihm angesichts einer solchen „boscherie" — so oder ähnlich würde die gemeinsame Ententebezeichnung dafür lauten — aufgegeben werden. Wir hätten wieder die geschlossene Ententefront gegen uns mit verstärktem Zwang.

Ich glaube auch, daß diejenigen, die durch die Ueberreichung der Gegenliste der „Welt" die Schuld des Gegners dartun wollen, daß heißt also, die Oeffentlichkeit in der Welt aufklären und damit die feindlichen Regierungen zwingen wollen, gegen ihre eigenen Schuldigen vorzugehen, einen Rechenfehler in ihrem politischen Voranschlag begehen, denn die Gegenliste, von Regierung zu Regierung überreicht, würde von den feindlichen Regierungen nicht ihrer Oeffentlichkeit, sondern ihrem Papierkorb übergeben werden.

Es gibt aber andere Mittel, um den deutschen Volkswunsch zu erfüllen. In internationaler Zusammenkunft will das Rote Kreuz sämtliche ihm von den einzelnen nationalen Landesverbänden namhaft gemachten Verstöße gegen die Genfer Bestimmungen untersuchen. Die Anregung hierzu ist „zur Entgiftung der öffentlichen Meinung" auf der X. Internationalen Konferenz des Roten Kreuzes im März 1921 von Kanada gegeben und ein entsprechender Beschluß gefaßt worden. Die Vorbereitungen sind im Gange. Die Protokolle der betreffenden Konferenzsitzungen vom März geben nicht die geringste Veranlassung, uns mißtrauisch gegenüber dieser Unternehmung auftreten zu lassen. Es ist zu wünschen, daß der Spruchhof bald in Aktion treten wird. Aber es wird dies, wohlbemerkt, nur ein Anfang sein. Was wir auf dem Herzen haben, betrifft nicht nur Verstöße gegen die Bestimmungen der Genfer Konvention.

Ferner gehört es nicht zu den Unmöglichkeiten, daß wir, ohne damit eine politische Plumpheit zu begehen, eines Tages in die Lage kommen können, einer neutralen Regierung unsere Gegenliste in aller Form zu übermitteln.

Drittens aber, und das ist das Wichtigste, müssen wir unterscheiden zwischen einer offiziellen Ueberreichung unserer Gegenliste und deren amtlicher oder nichtamtlicher Publikation. In die Oeffentlichkeit der feindlichen Länder und aller übrigen Staaten bringen die Fälle unserer Gegenliste unter den gegenwärtigen Umständen am besten dadurch, daß die deutsche Oeffentlichkeit, die Presse, die Verleger, Verbände usw., wie sie schon bisher getan haben, auch ferner nicht müde werden, immer wieder auf die Frevel unserer Gegner hinzuweisen. Diese von Volk zu Volk führenden Wege sind zur Zeit breiter und sicherer, als diejenigen von

Digitized by Google

Regierung zu Regierung, und je rühriger das deutsche Volk selbst in dieser Richtung arbeitet, umso entbehrlicher wird der von ihm gewünschte Regierungsschritt. Eine breite deutsche Oeffentlichkeit wünscht von der Regierung bezüglich der Gegenliste die Erfüllung einer Pflicht, mir scheint es nach dem Gesagten wichtiger, die Oeffentlichkeit auf ihre eigene Pflicht in dieser Sache hinzuweisen. Sie hilft mit ihrer eigenen Arbeit nicht nur sich selbst, sondern auch der Regierung.

Auf dem Wege nach Washington

Von Albert Bencke, München

Die Konferenz, die Präsident Harding für den Oktober nach Washington zur Anbahnung einer allgemeinen Weltabrüstung einberufen hat, und zu deren Beschickung sich Lloyd George anscheinend mit größter Bereitwilligkeit erklärt hat, ist ein staatsmännischer Zug Hardings, der weittragende Folgen nach sich ziehen muß; denn hier wird sich entscheiden, ob die imperialistische Bündnispolitik, welche die Allianz England—Japan hervorgebracht hat, im Gegensatz zu dem amerikanischen Lebensinteresse weiterbestehen bleibt. Es wird sich hier entscheiden, ob England bereit ist, die ungeheuren asiatischen Möglichkeiten, die es aus dem Ententesiege davongetragen, dem Weltfrieden, d. h. einem sonst in Zukunft unausbleiblichem Konflikt mit den Vereinigten Staaten, zum größten Teile zu opfern, oder ob es durch seine auch nur verdeckte Weigerung eine Aera neuen und noch ungeheuerlicheren Wettrüstens als das der Vergangenheit heraufbeschwören will, mit dem ein neues System imperialistischer Allianzen Hand in Hand gehen würde. Eine Abrüstung der Vereinigten Staaten sowohl als auch Englands ist solange nicht möglich, als nicht eine Auseinandersetzung über die Macht- und Wirtschaftsfragen im Großen Ozean stattgefunden hat, die heute noch durch das englisch-japanische Bündnis festgelegt sind, durch welches die Vereinigten Staaten gleichsam in die Mitte genommen und eingekreist werden. Dieses Bündnis verlangt von den Vereinigten Staaten eine beständige „Habt acht!"-Stellung, die in dem kürzlich vom amerikanischen Senat angenommenen Kriegsschiffbau-Gesetz, demgemäß die Vereinigten Staaten innerhalb sechs Jahren eine Summe von 99 000 000 £ für diesen Zweck ausgeben und damit zur ersten Seemacht der Welt aufrücken, zum Ausdruck kam. Die Vereinigten Staaten sind heute der geldkräftigste Staat der Welt, sie können sich diese Ausgabe ohne besonders spürbaren inneren Druck leisten, aber es ist sehr die Frage, ob England dazu imstande wäre, ohne seine Wirtschaft vor eine ernstliche Gefährdung zu stellen.

Daß die englische Politik des Mutterlandes und die der Dominions trotz der auf der eben beendeten Reichskonferenz zutage getretenen —

Digitized by Google

zum mindesten äußerlichen — Uebereinstimmung in der japanischen Bündnisfrage auseinandergehen, ist eine bekannte Tatsache, die sich einfach damit erklärt, daß die Dominions die Fragen des pazifischen Ozeans von einem engeren, sozusagen ihre Haut berührenden Standpunkte betrachten, während für England ein weltpolitischer Gesichtspunkt maßgebend ist, welcher das einzelne Kolonialinteresse hinter das Interesse des englischen Imperiums zurückstellt und gegebenenfalls zu opfern bereit ist. Nun sind aber die Dominions durch ihre Mitteilhaberschaft am Weltkriege in ein neues Verhältnis zum Mutterlande gerückt, in welchem es diesem einfach nicht mehr möglich ist, ein koloniales Interesse als Tauschobjekt für ein imperiales (das immer ein zugleich politisches und wirtschaftliches ist) auszuspielen, und der Weltkrieg, der dem Imperium so große Möglichkeiten brachte, hat ihm so am eigenen Körper — als Wirtschaftsimperium betrachtet — eine Wunde zugefügt, deren Auswirkungen sich erst in Zukunft zeigen werden.

Unter diesen Umständen ist Lloyd Georges Wunsch, die Washingtoner Abrüstungskonferenz, deren Ablehnung für England aus triftigen Gründen natürlich unmöglich war, durch Ausschaltung der japanischen Bündnisfrage und der Regelung der Fragen des pazifischen Ozeans harmlos zu machen, völlig mißglückt; denn Harding bestand auf der Einbeziehung dieser beiden Fragen, die ja gewissermaßen die Vorbedingung der Abrüstungsfrage sind. Ebenso mißglückt ist Lloyd Georges Verlangen, die Dominions auf der Konferenz durch England vertreten zu lassen; denn der gegenteilige Wille der Dominions fand natürlich hier die lebhafteste Unterstützung der Vereinigten Staaten, welche zum mindesten in der japanischen Bündnisfrage ja die besten Verbündeten in den Dominions hatten bzw. haben werden. — Das englisch-japanische Bündnis, wie es heute noch besteht, und das seitens Englands sowohl wie Japans gewissermaßen ohne Geräusch verlängert werden sollte, was nun durch den Schritt Amerikas und das Verhalten der Kolonien verhindert wird, ist die Machtstütze nicht nur für eine gemeinsame englisch-japanische Beherrschung der asiatischen Küstenländer und damit deren Hinterlandgebiete, sondern auch für Englands mittel- und vorderasiatische Politik. Die Ziele dieser Politik sind so weitausgreifend, daß koloniale Interessen vom imperialen Standpunkt aus dafür hatten hingegeben werden können, und auch Japan zog aus diesem Bündnis, hauptsächlich im Hinblick auf den amerikanischen Konkurrenten, so viele Vorteile, daß man hier von einem für beide Teile gleichsam idealen Zusammenklang der Interessen hätte sprechen können; denn wir müssen im Auge behalten, daß der Gegensatz Japan—Kolonien vielfach durch den Gegensatz Kolonien—Indien ausgeglichen wurde. Der zweite verstärkt sich von Jahr zu Jahr, während dem ersten, gerade durch das Bündnis mit England, seine schärfste Spitze genommen werden konnte und auch genommen wurde.

Digitized by Google

Ganz abgesehen von den politischen Machtfragen ist das englisch-japanische Bündnis als ein rein imperialistisches, gegen das offene Tor, gegen den freien Wettbewerb gerichtetes gewesen und würde es in Zukunft noch mehr sein. Es würde also gegen jenen Grundsatz der offenen Tür, für welchen die Vereinigten Staaten in ihrer asiatischen Politik von jeher eingetreten sind, widersprechen, und die Abrüstungskonferenz in Washington wird daher, wenn aus ihr die Auflösung dieses Bündnisses folgt, diese Frage der offenen Tür in einer Weise regeln, an der auch Deutschland nicht uninteressiert ist. Diese wirtschaftliche Seite ist aber nur das eine sichtbare Ziel des ganzen, auf der Konferenz zu behandelnden Fragenkomplexes, in welchem die Abrüstung selbst, um die sich ja allerdings scheinbar alles dreht, an die zweite Stelle rückt. Die Verminderung der englisch-japanisch-amerikanischen Rüstungen, das Einstellen des heutigen wahnsinnigen Wettrüstens kann und wird dann erfolgen, wenn die Vereinigten Staaten durch Beseitigung des englisch-japanischen Bündnisses ihrem Grundsatz der offenen Türe zum Siege zu verhelfen vermögen. Für die Vereinigten Staaten bedeutete dies einen gewaltigen Gewinn, für England und Japan aber das Aufgeben der imperialistischen Politik. Vorerst würde Japan die Folgen dieser Isolierung, die trotz der starken Strömungen, die sich in Japan gegen das englisch-japanische Bündnis zeigen (vielleicht um dadurch Japans Einwilligung nur um so wertvoller erscheinen zu machen), allgemeine Billigung fand, schwerer zu tragen haben als England, aber England würde damit in seiner pazifischen Politik dauernd gegenüber den Vereinigten Staaten abdanken, die durch ihr natürliches, politisches und wirtschaftliches Schwergewicht die herrschende Macht in Ostasien würde, was auch die westasiatischen Belange Englands in Mitleidenschaft ziehen müßte. Es handelt sich demnach bei diesem unter harmlosem Titel in die Welt gesetzten Gedanken Hardings, der aus weltpolitischen amerikanischen Notwendigkeiten erfolgt, um große Dinge, die für die Zukunftsgestaltung maßgebend sind.

Die deutsche Politik in der Tschechoslowakei

Kritische Studie von Dr. Alexander Schilling, Mährisch-Ostrau

II.

Schwere Ereignisse liegen hinter uns. Zwischen der Abfassung des ersten und zweiten Artikels liegen die Ereignisse von Flöhau, Postelberg, Aussig, die Verhaftungen in Schlesien. Wir stehen an drei offenen Gräbern. Weitere sechs Personen, schwerverwundet, ringen mit dem Leben, 50 wurden leicht verletzt. Und diese Sokolausflüge in das deutsche Sprachgebiet, der

Digitized by Google

offene Terror der tschechoslowakischen Legionäre, die Irredentariecherei der Behörden, in all dem liegt System. Die blutigen Ereignisse des 4. März mochten noch auf das Konto der Geburtswehen eines neuen Staates gesetzt werden, die Ereignisse von Teplitz, Eger, Asch, Prag angefangen bis zu Aussig, die alle in die letzte Parlamentssession fallen, haben diesen Entschuldigungsgrund nicht, denn die tschechoslowakische Republik soll nach Berühmung durch ihren Herrn Präsidenten ja „das konsolidierteste Staatswesen Mitteleuropas" sein. Und in der Tat, die letzten Ereignisse sind nur der Auftakt, das Präludium einer neuen Epoche in der tschechischen Politik, die durch den völligen Sieg des Geistes eines Kramarsch charakterisiert ist. Das Beamtenkabinett wird durch eine allnationale Regierung, von den tschechischen Nationaldemokraten bis zu den tschechischen Sozialdemokraten, ersetzt werden. Die tschechischen Sozialdemokraten haben alle ihre sozialistischen Forderungen auf dem Altare der nationalen Koalitionsregierung geopfert und eine entschiedene Schwenkung nach rechts gemacht. Ein geschlossener und zu allem entschlossener, unter dem Diktate Kramarsch' stehender Block, der alle tschechischen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, umfassen wird, wird im Herbste den Deutschen gegenüberstehen. Wir können uns daher auf eine neue Unterdrückungs- und Entnationalisierungswelle gefaßt machen. Man muß leider feststellen, daß im deutschen Lager nicht die entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen worden sind. Es fehlen uns sowohl die Einigung hinsichtlich des Zieles, als auch hinsichtlich der Taktik, als auch die entsprechenden Machtmittel. Es fehlt leider der deutschen Politik jegliche Konsequenz. Ihre Prinzipienlosigkeit ist darauf zurückzuführen, daß die Mehrzahl der deutschen Abgeordneten wie hypnotisiert auf den Willen der Wähler starrt. Wollen diese — sagen wir eine bestimmte Interessengruppe — ein Einvernehmen mit den Tschechen, flugs wird aktivistische Politik betrieben, wollen sie aber die radikale Phrase oder den Radau, flugs wird dann radikale Politik betrieben, und stolz erzählt dann der Abgeordnete, wieviel Ordnungsrufe er erhalten, wie oft er aus Sitzungen ausgeschlossen worden ist, und birst vor Neid, wenn ein Kollege seinen Rekord geschlagen hat. So mangelt der deutschen Politik der notwendige Ernst. Habe ich in meinem letzten Aufsatz die deutsche Politik in der Tschechei durch ein Hamletzitat charakterisiert, so kann ich sie diesmal durch ein Zitat aus Wallenstein in das richtige Licht rücken. — Von den Reden vieler unserer Abgeordneten gilt der Satz:

„Kühn war das Wort, weil es die Tat nicht war."

Und hierin liegt das Verhängnis für unser sudetendeutsches Volk. Die Reden unserer Abgeordneten ergehen sich vielfach nur im Superlativ des Radikalismus, da wird mit dem Browning nur so herumgefuchtelt, werden

Digitized by Google

Massen auf die Straßen geführt, die Rebellion gepredigt, die Methode der Sinnfeiner beschworen, wobei aber die primitivsten Voraussetzungen zur Durchführung all dieser schönen Worte fehlen. Leerer Theaterdonner, nichts weiter. Man täusche sich nicht und glaube, durch die radikale Geste den Feind einschüchtern zu können. Der erkennt nur zu bald diese Potemkinschen Dörfer der Macht, durchschaut den ganzen Mumpitz, lacht sich ins Fäustchen; nimmt aber die radikale Phrase zum Anlaß, seiner Brutalität das Mäntelchen der Gerechtigkeit, oder sagen wir der Notwehr umzuhängen. So werden die Deutschen für Dinge verantwortlich gemacht, die gar nicht bestehen, werden wie Irredentisten behandelt, obwohl sie im besten Falle Irredentisten des Wortes sind, von der Tat aber ebenso weit entfernt wie der staatstreueste Tscheche. Die radikale Phrase hat ja genügt, um den Beifall der Versammlung wachzukitzeln, den demagogischen Bedürfnissen des Herrn Abgeordneten zu genügen, der vor allem an seine Wiederwahl, aber an sonst nicht viel denkt. Führer wollen sie sein und lassen sich von der jeweiligen Stimmung ihrer Wähler tragen, schieben wollen sie und sind doch nur die Geschobenen der verschiedenen Interessentengruppen. Den deutschradikalen Namen haben sie abgestreift, den Ungeist dieser Politik aber behalten. Es fehlt ihnen die Geradheit, Zielsicherheit und der sittliche Ernst des Alten von Rosenau, der eben sein wachsames Auge für immer geschlossen hat. Gewiß, dieses harte, leider so harte Urteil trifft nicht auf alle zu. Einige wenige wissen wenigstens, was sie wollen, und gehen ihren Weg, unbeirrt um die augenblicklichen Stimmungen. Da ist zunächst der Prächtigste von allen, der bekannte sudetendeutsche Schriftsteller Senator Franz Jesser, ein Mann mit einem klaren Kopf und einem warmen Herzen. Er ist die Kassandra für uns Sudetendeutsche. Auf jede auftauchende Gefahr hat er uns zuerst aufmerksam gemacht, stets uns den richtigen Weg gewiesen. Und es erging ihm wie Kassandra, er wurde angegriffen, verdächtigt, verspottet, seine Vorschläge wurden als undiskutabel hingestellt, um leider zu spät zu erkennen, daß er recht gehabt hat. Dann der alte Vorkämpfer der Sudetendeutschen, der aus seinem bedrohten Dux, ein moderner Dunois, nicht weicht, ein Held von selten reinem Herzen, Hans Knirsch. Ich schreibe dies nicht, weil ich mit diesen beiden, von mir überaus verehrten Politikern in einer, der deutschen national-sozialistischen Partei, sitze; denn ich bin alles weniger als ein Parteifanatiker und stehe als freier Schriftsteller auch meiner eigenen Partei oft kritisch gegenüber, ich schreibe es nicht, um mich bei diesen Männern einzuschmeicheln; denn erstens habe ich es nicht notwendig, und zweitens werde ich von diesen nur zu bescheidenen Politikern dafür nur gescholten, ich schreibe es vielmehr aus einem sittlichen Imperativ heraus, weil ich tiefinnerst von der Ueberzeugung durchdrungen bin, daß unsere deutsche Politik genesen würde, wenn sie den Vorschlägen dieser

Digitized by Google

beiden Männer gehorchte. Ihre Idee besteht darin, den deutschen Widerstand zu mobilisieren, alle Energien, die im deutschen Volke schlummern, wachzurufen, das Schicksal der Sudetendeutschen auf die eigene Macht einzustellen. Die Aufklärung des Auslandes soll keineswegs unterlassen werden, doch soll sie erst in zweiter Linie in Betracht kommen. Das nächste Ziel ist die nationale Selbstverwaltung. Für dieses nächstliegende Ziel können alle gewonnen werden, da hier nicht das Fallbeil eines Hochverratsparagraphen winkt. Doch müssen die Machtmittel mit dem kühnen Ziel, der radikalen Taktik, im Einklang stehen. Ein hohes Ziel mit unzureichenden Mitteln anzustreben, würde der Vermessenheit eines Hinkenden gleichen, der eine schwere Spitze erklettern möchte. Er wird am Wege — vielleicht mit zerschmetterten Gliedern — liegen bleiben. Diese Machtmittel können nur durch eine Volksorganisation gewonnen werden. Jesser empfiehlt vor allem die „große Abstinenz". Alle Abgeordneten samt ihren Hintermännern müssen solange dem Parlamente fernbleiben, selbst die Mandate sich aberkennen lassen, bis die Tschechen nicht mehr die deutschen Abgeordneten als reine Komparserie für ihre Scheindemokratie, sonst aber wie Luft behandeln, vielmehr erkennen, daß der anfänglich so angenehme Zustand des „Endlich allein" schwere Gefahren für ihren Staat birgt. Jesser ist jedoch mit Recht ein entschiedener Gegner der gelegentlichen Abstinenz, bei der die deutschen Abgeordneten Wettermännchen gleichen, die einmal in das Haus ein-, einmal ausziehen, dabei die Diäten einstecken und die Zigarren fassen.

Auch Lodgman weiß, was er will. Ich halte zwar seine Politik, wie ich schon im letzten Artikel dargelegt habe, für falsch. Aber man kann ihr die Konsequenz nicht absprechen, und sie unterscheidet sich wohltuend von der Hin- und Herpendelpolitik der anderen. Lodgman legt das Schwergewicht auf das Ausland. Er glaubt felsenfest an eine baldige Aenderung der ganzen mitteleuropäischen Machtkonstellation. Deshalb will er auch von dem nächsten Ziele, der nationalen Selbstverwaltung, in der er eine Einschränkung des höheren Zieles, der freien Selbstbestimmung, erblicken zu können glaubt, nichts wissen, da bei einer Umwandlung des Antlitzes von Mitteleuropa es genügt, wenn die Sudetendeutschen nur ihren Anspruch auf Vereinigung mit dem Mutterlande anmelden. Um aber dann durchzubringen, gilt es heute schon, das Ausland, insbesondere den Völkerbund, für die Gerechtigkeit unserer Forderung einzunehmen. Sein Organ ist daher auch der „Völkerbund", Auslandspropaganda seine Taktik. Legen Jesser und Knirsch das Schwergewicht auf die Macht, so Lodgman, der größte Optimist, auf das Recht.

Beiden Gruppen gegenüber steht der Pessimist Kafka. Weder glaubt er an die eigene Macht, noch an einen Sieg des Rechtes. Er ist Realist,

Digitized by Google

will sich mit den gegebenen Tatsachen, so gut es geht, abfinden. Nie verläßt er den Boden der Wirklichkeit. Der Glaube an die Wendung im Leben der Völker kann Utopie sein, die Mobilisierung der Macht und Revolutionierung der deutschen Massen kann scheitern, versuchen wir daher herauszuschlagen, soviel man bei der gegebenen Sachlage eben herausschlagen kann. Kafka baut auf die Schlauheit, die Kunst der Diplomatie. Zuerst einen kleinen Finger. . . . . Ohne Zweifel hat auch diese Politik viel für sich, auch ihr mangelt nicht die Konsequenz, und sie ist sicherlich noch besser als eine Politik der radikalen Purzelbäume ohne die entsprechenden Machtmittel. Nur scheint sie mir zu wenig mit der „Mentalität" der Tschechen wie Deutschen zu rechnen. Das deutsche Volk ist anderer Rasse als Kafka, dem ich vollste Ehrlichkeit bei der Vertretung deutscher Interessen zubillige, seine Methode geht der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes gegen den Strich.

Soll also die deutsche Politik, trotz der Einigung im tschechischen Lager und der drohenden Verschärfung der bisherigen Unterdrückungspraxis, in drei Lager gespalten bleiben? Weniger deutscher Doktrinarismus, deutsche Halsstarrigkeit und Prinzipienreiterei! Alle drei Richtungen können — unter Ausschluß des blutigen, von mir geschilderten Dilettantismus — auf einer Mittellinie geeint werden, die ich folgendermaßen umzäunen möchte.

1. Für jedes Volk gilt der Grundsatz der Selbstbestimmung. Das deutsche Volk kann auf dieses Recht nirgendwo verzichten.
2. Als nächstes Ziel setzen sich die Sudetendeutschen die nationale Selbstverwaltung.
3. Solange die Tschechen in ihrer bisherigen Mentalität verharren, gibt es zur Erringung dieses Rechtes nur den Kampf. Doch betonen die Deutschen, daß sie jederzeit zu ehrlichen Verhandlungen bereit sind, während welcher eine Art treuga dei herrschen müßte.
4. Zur Mobilisierung der entsprechenden Machtmittel seien genannt:
   a) Die endliche Durchführung der Volksorganisation,
   b) schärfste planmäßige Obstruktion im Parlament, bis zur „großen Abstinenz" im Sinne Jessers,
   c) Auslandspropaganda.

Damit wäre jedem Standpunkt entgegengekommen, und wir hätten ein einheitliches Ziel, eine einheitliche Taktik und auch die hierzu notwendigen Machtmittel.

Digitized by Google

Das Deutschtum in Kongreßpolen

Von Dr. Fritz Wertheimer, Stuttgart

Das Ostdeutschtum in seinem Kampf um die Durchsetzung seiner völkischen, wirtschaftlichen und kulturellen Minderheitsrechte zu unterstützen, ist die heiligste Pflicht. Die Aufgabe beginnt weit früher, als etwa nur in einer geistigen oder materiellen Unterstützung der Schulen oder der Vereine dieses Deutschtums in den Ostländern selbst, sie hat schon in der Heimat einzusetzen. Was weiß man bei uns von den unterdrückten Brüdern im Osten, was kennt man von ihrer Jahrhunderte alten ruhmreichen Geschichte? Haben wir ein Recht, den Polen und Rumänen, den Ungarn und Russen vorzuwerfen, daß sie aus Unkenntnis dieser Leistungen das Deutschtum mißachten, wenn wir doch innerlich bezeugen müssen, daß unser eigenes deutsches Volk wenig oder nichts von diesen Dingen weiß? Aufzuklären ist also die Aufgabe jedes einzelnen und jeder Vereinigung, die sich mit der Pflege des Auslandsdeutschtums befaßt. In der mündlichen und gedruckten Aufklärung leistet das Deutsche Ausland-Institut Stuttgart eine dankenswerte Arbeit. In der Reihe seiner kulturhistorischen Arbeiten über das Auslandsdeutschtum erschien einst die erste zusammenfassende Geschichte der deutschen Kolonien an der Wolga von einem Sohn dieser Kolonien, von Dr. Gerhard Rommetsch, ein Werk, das gerade heute in den Zeiten höchster Bedrohung dieser deutschen Siedelungen vermehrte Teilnahme verdient. Ihm schließt sich jetzt ein Buch über das Deutschtum in Kongreßpolen (Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, A. Kulturhistorische Reihe, Band 4, Verlag Ausland und Heimat-Verlags-Aktiengesellschaft, Stuttgart, Neues Schloß, 160 Seiten, Preis 18 M.) an, das Adolf Eichler zum Verfasser hat, keinen gebürtigen Polen deutscher Nationalität, sondern einen reichsdeutschen Zugewanderten, einen, der als Kaufmann in Lodz fast ein Menschenalter gewirkt hat, und der wie kein anderer sich in das Deutschtum und seine Geschichte wie seine Leistungen vertieft hat. Bücher haben ihre Schicksale. Der Verfasser wurde 1918 in die „Landeskundliche Kommission beim Generalgouvernement Warschau" berufen, dieselbe, deren Eigentum und Besitz nach dem Kriege in die Verwaltung des Deutschen Ausland-Instituts übergegangen ist. Das Deutsche Ausland-Institut plante, noch ehe der Krieg zu Ende ging, eine Ausstellung des Deutschtums in Kongreß-Polen und hatte den Leiter jener Kommission, Herrn Dr. Wunderlich, gebeten, die Vorarbeiten zu übernehmen. Der Plan war entworfen, die Militärverwaltung war dafür gewonnen, gerade Adolf Eichler sollte einer der hervorragendsten Mitarbeiter werden, da kam der Zusammenbruch und warf alles über den Haufen. Eichler hatte

Digitized by Google

bereits Vorarbeiten geleistet, und es sollte in den Veröffentlichungen der Kommission ein Sammelwerk über das Deutschtum in Polen und seine Geschichte erscheinen. Das Manuskript war fertig, es sollte nur noch überarbeitet werden, da kamen die Haussuchungen der polnischen Polizei beim Verfasser, der als einer der wichtigsten „Spione" galt, zwei handschriftliche Manuskripte des Werkes gingen dabei verloren, anderes wurde zerstreut — die Arbeit war zerstört, die reichhaltige und einzigartige Bücherei des Autors mit den seltenen Schätzen über das Deutschtum in Polen ging den Weg, den bei Haussuchungen durch Polen so viel Dinge gegangen sind. Trotzdem verzagte Eichler nicht, er setzte sich in Deutschland hin und schrieb auf Grund seiner gelegentlichen Zeitungsaufsätze über geschichtliche Themen, die in der „Deutschen Post" in Lodz veröffentlicht worden waren, das Werk zum zweitenmal. Zwar fehlten nun die Quellen, es fand sich in Deutschland nur ein herzlich dürftiges Material (erst in neuester Zeit ist es dem Deutschen Ausland-Institut gelungen, ein reichhaltigeres Material an Büchern und Broschüren, an Vereinsdrucksachen und auch alten Zeitungen aus Kongreßpolen zu erwerben und nun in seiner Bücherei und seinem Vereinsarchiv zu vereinigen!). Aber trotzdem wurde das Werk vollendet. So bietet es nun eine unerschöpfliche Fundgrube für die Geschichte der Leistungen deutschen Geistes und deutscher Arbeitsfäuste in schwierigstem Gelände, so ist ein Werk erstanden, das in jede deutsche Hausbücherei, in jede Vereinsbibliothek und in jede deutsche Schule gehört, weil es in seiner Vielgestaltigkeit und übersichtlichen Art der Darstellung zur Geschichte des Deutschtums überhaupt wesentliches beiträgt.

Eichler geht zunächst auf die erste deutsche Einwanderung nach Polen ein, die enge mit den ersten Versuchen der Christianisierung der heidnischen Polen verbunden ist. Mieszkos, des ersten Piasten zweite Frau, eine Tochter des Markgrafen Dietrich, war eine Deutsche. Polens alter Adel stammt zum großen Teil von deutschen Fürstinnen und eingewanderten und rasch assimilierten Deutsch-Herren ab. In der Hartknochschen Chronik von 1648 wurden die polnischen Adelsnamen auf ihren deutschen Ursprung mit Belegen zurückgeführt. Den Missionaren und Rittern folgten dann die Kaufleute und Handwerker. Schon diesen ersten Sendboten aber stellte sich in Mieszkos Sohn, der seine Stiefmutter vertrieb, ein feindseliger polnischer Wille entgegen, der sich von Deutschland losriß und selbständig machte; freilich hatte auch dieser Sohn Boleslaw eine Deutsche zur Frau. Ein Stückchen von der Tragik des deutschen Blutes offenbart sich schon in diesen allerersten Zeiten der Geschichte des Deutschtums in Kongreßpolen. Immerhin war das Geschlecht der Piasten für deutschen Einfluß zugänglich. Alle drei Piastenherrscher hatten deutsche Frauen, die ihrerseits wieder deutsche Ritter und Geistliche ins Land zogen und zur Erschließung und Urbarmachung des Landes Erfolgreiches

Digitized by Google

leisteten. Eichler beschreibt im zweiten Kapitel die Art der Kolonisation, die Anlage eines deutschen Dorfes durch den Unternehmer, den Lokator, der die Dorfmark in „Hufe" zerlegte und so die „Straßendörfer" oder die „Haufendörfer", je nach der Art des Geländes, schuf. Der Lokator wurde Schulze und war als „leichter Reiter" zum Kriegsdienst verpflichtet, wofür er einige Hufe zinsfrei besaß.

Auch bei den Städtegründungen der Piasten, die infolge des guten Verkaufs der Grundstücke ein recht ordentliches Geschäft für die Fürsten wurde, kam viel Land an wagemutige und unternehmungslustige deutsche Bürger. So entstand der vielfach heute noch in polnischen Niederlassungen erkennbare deutsche „Ring", der Marktplatz in seiner viereckigen Form mit den rechtwinkelig sich kreuzenden Straßen darum. Deutsches Recht, Magdeburger oder Kulmer Stadtrecht, zog in diese Städte ein, Krakau und Warschau sind die hervorstechendsten Merkmale dieser Entwicklung. Allerdings wurden diese Städte später rasch polonisiert, als der deutsche Zuwachs aufhörte. Man hatte versäumt, Bauernsiedlungen rings um sie herum anzulegen, die ihnen frisches deutsches Blut hätten zuführen können. Die Entwicklung ist nicht unähnlich jener im Baltikum, wo man auch erst in den Jahren 1905 bis 1913, und dann zu spät, an die Stütze deutschen Adels und Bürgertums durch Bauernansiedlungen dachte. Bis ins 15. Jahrhundert wurden in der Warschauer Altstadt Ratsakten und Protokolle in deutscher Sprache geführt! Handel und Gewerbe lagen vollkommen in deutschen Händen. An den Namen der Familie Fugger, Korb und Gitz schildert Eichler die Bedeutung dieses deutschen Elements. Die Städtegründungen Kalisch und Slupca, Plock und Lukow, Sandomir und Lublin, um nur einige zu nennen, waren deutschen Ursprungs, ebenso wie die aus dem Kriege bekannten Städte Pultusk und Prasnysz. Der polnische Chronist Kramer, wie auch sein Lemberger Fachgenosse Zimorowicz erkennen die deutschen Leistungen voll und freudig an.

Dann kam der Verfall dieser stolzen Anfänge und die systematische Unterdrückung der Deutschen durch Kasimir dem Großen, die Unterstützung der deutschen Handwerkeransiedlung, aber die systematische Loslösung der Niederlassungen vom geistigen und wirtschaftlichen Zusammenhang mit der deutschen Urheimat. Die Macht des deutschen Ordens sank, der Adel, den man zu Kriegszwecken brauchte, erhielt Vorrechte zuungunsten der Städte und der Dörfer, die dann bald verarmten. Deutsche Wanderlust wandte sich überseeischen Gebieten zu, der Zufluß deutschen Blutes aus der Heimat kam ins Stocken. Die angesiedelten Deutschen assimilierten sich rasch und lernten mehr ungünstiges als günstiges von den Polen, doch große deutsche Künstler, wie Veit Stoß, wie sein Goldschmiedbruder Matthias und Albrecht Dürers Bruder Hans drückten auch noch späteren Epochen den Stempel deutschen Künstlertums auf.

Digitized by Google

Im Reformationszeitalter spielte das Deutschtum wiederum eine bedeutende Rolle, doch zeigte sich schon damals eine unheilvolle Zersplitterung unter dem Deutschtum selbst, und es floß viel Bruderblut. Aus Danzigs, Thorns und Posens Geschichte führt Eichler viel Beispiele an. Eichler schildert in einem weiteren Kapitel das deutsche Leben während der Verfolgungszeiten. Gerade aus dieser Zeit stehen ihm reiche Quellen zur Verfügung. Das „preußische System" erfährt eine gründliche Beleuchtung, und Friedrichs des Großen Leistungen in dem an ihn gefallenen Teil Polens werden liebevoll beschrieben. Auch damals fehlte es nicht an Einsicht bei manchen polnischen Herrschern, wie das Beispiel des Barons von Dangel beweist. Ihn traf als einen einfachen Handwerksgesellen der polnische König Stanislaus August, und war so zufrieden mit den klugen Antworten des Gesellen, daß er ihm Geld zum Bau einer Wagenfabrik gab und ihn später, als die Fabrik großen Aufschwung nahm und ihre Erzeugnisse Weltruf genossen, in den Adelsstand erhob. Und gerade diesem Polenkönig rettete Georg Heinrich Butzau, ein Deutscher, das Leben, indem er die zwei Kugeln der Mörder auffing, die dem König galten, und sein Leben für den König ließ. Was deutsche Aerzte und Buchhändler, Gelehrte und Handwerker auch in diesen Zeiten dem Polenstaate nützten, das sollten alle Polen von heute einmal nachlesen, und das sollten die wenigen deutschen Abgeordneten im polnischen Sejm von heute mit Nachdruck und des öfteren ihren sicherlich geschichtsunkundigen Kollegen vorerzählen!

Eichler gibt sodann ein Bild der letzten deutschen Bauernkolonisation bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts, wo an der Weichsel und im Innern des Landes hunderte deutscher Dörfer erstanden. Die deutschen „Hauländer", die die Wälder niederhieben, wurden zwar später zu „Holländern", aber es waren doch Deutsche, wenn auch einzelnen Dörfern später während des Krieges und der russischen Evakuierungswut ihre „Holländer"-Eigenschaft das Leben rettete und die Aussiedelung ihrer Bewohner verhütete. Aus der Lebensweise und von der Arbeit dieser Kolonisten erzählt uns der Autor manch interessanten Zug.

Eines der hervorragendsten Kapitel in der Geschichte der Deutschen in Kongreßpolen aber stellt die Industrialisierung von Lodz dar, zu der die deutsche Stadtgründung Czorkow eigentlich den Grund legte. Die Städte Zgierz und Pabianice und die Namen Schlösser und Scheibler charakterisieren diese Periode und die Weberdörfer Konstantinow und Alexandrow, Tomaschow usw. haben bis auf die Kriegstage ihren deutschen Charakter bewahrt. „Wollte man alle Industriestädte Polens verzeichnen, die von Deutschen angelegt wurden, so müßte man ein Adreßbuch der polnischen Industrie herausgeben," sagt Eichler richtig in diesem Kapitel seines Buches. Seit dem Zgierzer Vertrag vom 30. März 1821 entwickelte sich eigentlich erst Lodz zum Mittelpunkt dieser Industrialisierung. Dem

Digitized by Google

Lodzer Deutschtum, unter dem er so lange selbst geweilt, widmet Eichler geradezu spannende Kapitel seines Buches. Er zitiert dabei die Worte, die der damalige Statthalter Graf Berg bei der Eröffnung der Lodzer Fabrikbahn 1865 sprach, und die betonten, daß von den 40 000 Einwohnern von Lodz zwei Drittel Deutsche seien, daß Lodz die Metropole von über 100 000 deutschen industriellen Bewohnern sei, denen er einen guten Rat geben wolle, wenn er sie zur treuen Nachahmung der Tugenden ihrer Väter und zum beständigen Festhalten am Charakter ihrer Väter aufmuntere! Welche Worte! Welche Wandlung, wenn man die heutigen Zustände bedenkt!!

Eichler schildert den Kampf zwischen Lodz und Moskau, zwischen Polen und Rußland, wenn man so will, die Stärke der Lodzer, die in der persönlichen Tüchtigkeit der zumeist vom Arbeiterstand emporgestiegenen deutschen Unternehmer beruhte, und die vergiftete Waffe der Moskauer, die alsbald mit der Verhetzung zwischen Deutschen und Polen begannen und die Deutschen als Landesverräter kennzeichnen wollten. Die Deutschen wurden verängstigt und schwiegen, ihre aktive Förderung deutscher Kultur unterblieb, das Deutschtum erstarrte, die vergifteten Moskauer Pfeile begannen zu wirken. Die Revolution von 1905 brachte später eine deutsche Selbstbesinnung und völkisches Erwachen. Freilich wurden damals die Keime zur polnisch-deutschen Feindschaft gelegt, die sich später so entsetzlich auswirkte. Die Darstellung der neuen Geschichte des Deutschtums in Lodz und Warschau zeigt in ihren interessanten und lebendig geschriebenen Kapiteln die letzten Phasen dieses Kampfes und führt unmittelbar in die Gegensätze der heutigen Gegenwart hinüber. Das Kapitel „Im Krieg" schildert dann das russische Spitzelsystem, die Wirkung der Kalischer Ereignisse, das Auftauchen der Spionagemärchen, das Wirken der Angeber aus den eigenen Reihen, die verderbliche Tätigkeit der assimilierten evangelisch-„deutschen" Pastoren — alle diese entsetzlichen Tage leben in der Darstellung wieder auf. 140 000 Deutsche, nahezu ein Viertel aller deutschen Bewohner Polens, wurden von den Russen weggeführt und verschleppt, das deutsche Ansiedlertum in den Gebieten östlich der Weichsel war vernichtet. Eichler schildert aber auch den Wiederaufbau, der alsbald nach der deutschen Okkupation einsetzte, die Gründung der „Deutschen Lodzer Zeitung", an der auch der Schreiber dieses Artikels als Kriegsberichterstatter vertretungsweise einige Zeit mitarbeitete, die Schaffung deutscher Mehrheiten in den Stadtparlamenten von Lodz und in einigen anderen Städten, die Tätigkeit der deutschen Aktivisten, die Tätigkeit des deutschen prächtigen Militärpfarrers Willigmann, die Entstehung der „Deutschen Post", der Eichler selbst und Friedrich Flierl begeisterte Führer wurden, der Deutschen Abende — nur um einige Beispiele zu nennen. Höhepunkt war die Gründung des „Deutschen Vereins", Tiefpunkt war die Haltung der schwächlichen

Digitized by Google

deutschen Verwaltung, die durch die wankelmütige Berliner Polenpolitik verursacht war. Trotzdem bekam der Deutsche Verein 230 Ortsgruppen und über 30 000 Mitglieder. Volkskalender, Schulbücher, Jahrbücher entstanden in seiner Verlagsabteilung, eine Rechtsauskunftsstelle, eine Jugendabteilung, eine Stellenvermittelung, eine landwirtschaftliche Bezugs- und Absatz-Genossenschaftsabteilung wurden begründet, deutsche Schulen erstanden, aber immer wieder lähmten die Sorgen um die politische Gestaltung den Arbeitsdrang und das erwachende Selbstbewußtsein der Deutschen. Von der deutschen Verwaltung wurden sie eher gehemmt, als gefördert. Die Requisitionen und Beschlagnahmungen bildeten eine starke Belastungsprobe für die Deutschen. Diese, wie auch die Kirchen- und Schulfrage erfahren eine Darstellung, die durch die eigenen Erfahrungen, die der Verfasser an leitender Stelle als Vorsitzender des Deutschen Vereins sammeln konnte, Belebung und Würze erfährt.

Das letzte Kapitel ist überschrieben: „Im neuen Polen". Wir wissen, daß in diesem trüben Kapitel enthalten ist: Die Verhaftung der Führer, die Auflösung des Deutschen Vereins, die Haussuchungen, die Verfolgungen, die Unterdrückung der Minderheiten, die Glaubensverfolgungen. Wir sind mitten in der Geschichte unserer Tage angekommen. Eichler gibt ihr das Schlußwort und das Motto: „Nur das Volk ist verloren, das sich selbst aufgibt". Das ist ein Bekenntnis und ein Wegweiser. Das Deutschtum scheint sich jetzt in dieser Richtung zu festigen. Eichlers Geschichte gibt seiner Bewegung Halt und Stütze. Es ist nicht die Arbeit eines Forschers. Manches ist unsystematisch und zufällig nebeneinandergereiht, wie es der Mangel an Quellen eben werden und entstehen ließ. Aber es ist ein lebendiges und mit warmem Herzblut geschriebenes Buch, ein gut deutsches Buch, das man ehestens — ins Polnische übersetzen sollte!

Brief an die „Deutsche Politik"

Zu den Steuervorlagen

Von Friedrich Luther

Wir haben verschiedene unserer finanz- und wirtschaftspolitischen Mitarbeiter zu gutachtlichen Aeußerungen über die neuen Finanzvorlagen aufgefordert, um in unserer Wochenschrift eine freie Aussprache herbeizuführen. Einstweilen veröffentlichen wir, ohne jenen Gutachten vorzugreifen, die anregende Zuschrift eines Freundes unseres Blattes.

Die Schriftleitung.

Wieder stehen wir vor einer Steuerreform, man spricht sogar von einer Währungsreform, und wieder soll die Gelegenheit unbenutzt bleiben, den Kulturträgern zu helfen. Wer leidet denn vorzüglich unter den entsetzlichen

Digitized by Google

und wirren Währungsverhältnissen im Deutschen Reich? Der sogenannte gebildete Mittelstand und die Institute für kulturelle Zwecke, eben die kulturtragende Schicht, die zugleich die vorzügliche Inhaberin der alten Geldvermögen ist, die Schicht der Staatsgläubiger. Allerdings soll das Notopfer, das durch die zu späte Einführung und den weit verspäteten Stichtag sinnlos geworden war, „veredelt" werden, doch laufen die Vorschläge der Regierung auf nichts anderes als auf eine Legalisierung der Ausführungsmodalitäten hinaus. Was praktisch längst durchgegriffen hat, die Ratenzahlung des Notopfers, soll als Vermögenssteuer fortbestehen. Gerade das Wichtige an einer „Veredlung", der Verzicht gegenüber den durch die Inflation verminderten Geldvermögen, wird aber nicht ausgesprochen. Im Gegenteil; der Vorteil der Betriebsvermögen vor den Kapitalvermögen wird noch ungeheuer unterstrichen, indem jene mit Zuschlag zu höchstens 3¾ ‰, diese mit Zuschlag zu mindest 2 % laufend besteuert werden sollen, so daß die Zinsen des Privatmannes mit Kapitalertrags- und Vermögenssteuer nur noch zu 50 % in seine Hand gelangen. Die Regierungsvorlage ist ebenso interessant wie kompliziert, ausgezeichnet „fachmännisch"; aber sie paßt nur leider wie die ganze deutsche Finanzwirtschaft nicht auf die Wirklichkeit. Schön, man kann sagen: die Industrie und die Landwirtschaft sind vor allem zu schützen und zu stützen, denn sie sind die Pfeiler der deutschen Wirtschaft; die Kulturpolitik hat zu schweigen. Aber dann soll man nicht auf der anderen Seite eine Körperschaftssteuer von 30 % und eine Umsatzsteuer von 20 % einführen; denn diese Belastung muß jeder Unternehmerkorporation die Lust an der Sache nehmen. Eben: kompliziert, schwierig und völlig verfehlt.

Das Reich braucht Geld und muß deshalb sehr hohe Steuern erheben. Aber warum denn dies widerliche Belasten an allen Enden? Da tagen „sozialistische" und „bürgerliche" Sozialisierungskommissionen, da werden Reichskohlenrat und Reichskalirat gebildet; aber kommt dabei bisher irgend etwas anderes als die Gelegenheit zu neuen Beamtenposten heraus? Es gab doch lange gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, man erwog zur Zeit der Revolution Arbeiteraktien. Warum entschließt man sich denn nicht zu Reichszwangsaktien und gibt im übrigen den wirtschaftlichen Kräften freien Spielraum? Der gesunde Menschenverstand sagt sich schon, daß wenn A dem B hilft, im allgemeinen B mehr schaffen wird, als wenn A den B hindert. Die moderne Steuerweisheit stolpert aber immer wieder über das volkswirtschaftliche Abc und wirft jeder Arbeit, statt fiskalisch an ihr teilzunehmen, Knüppel in den Weg, bis sie einen Schlupfweg daneben findet oder stecken bleibt. Das Prinzip muß sein: Nicht Umsatz noch Gewinn belasten, sondern Umsatz und Gewinn fördern und am Gewinn teilnehmen.

Das muß, sinngemäß übertragen, auch das Prinzip der Finanzgebarung gegenüber den Kulturfragen sein. Das Deutsche Reich ist kein eigentliches Rohstoffland, sondern ein Arbeitsland, darum hat seine Kultur industrielle Bedeutung. Jeder Schaden, der an der deutschen Kultur hervorgerufen wird, wirkt auf die Industrie und Landwirtschaft zurück. Unsere verarmten wissenschaftlichen Institute haben ihren Wert für Industrie und Handel und Landwirtschaft; der Stand der Rentner, der die Wissenschaft finanzierte und Wissenschaftler hernbildete, wirkte fördernd auf dieselben. Die mittelstandsfeindliche Finanzpolitik, die sich nur dem allerdings allein mächtigen Druck von ganz oben und ganz unten nachgiebig zeigt, wird sich oben und unten furchtbar rächen. Da wird in der Regierungsvorlage von Erfassung der Goldwerte gesprochen. Da wird gesagt, daß die Warenwerte und Immobilienwerte anders herangezogen werden müssen. Welche Weltfremdheit! Das hätte vor drei Jahren geschehen können. Wir sind doch längst inflativ verseucht. Allerdings

Digitized by Google

haben die alten Besitzer von Immobilien und Waren unvergleichlich wenig gegenüber den Kapitalbesitzern eingebüßt, denn die Nominalpreise zogen mit der Inflation an, aber wer dürfte sich erkühnen, heute noch zwischen denen, die Altbesitzer sind, und denen, die ein Papierkapital geschickt festlegten, zu unterscheiden! Das ist alles Phantasterei. Will man an die heikle Goldwertfrage heran — und es ist seit 1914 mit diesem Versäumnis furchtbar gesündigt worden —, so muß man nicht destruktiv, sondern konstruktiv vorgehen, so muß man nicht willkürlich Nominalkapitalien und Warenkapitalien unterscheiden — fiskalische Klassengeometrie! —, sondern die einzelnen Forderungen auf ihren Goldanspruch untersuchen. Der Fiskus muß endlich wieder ehrlich werden und so alle deutschen Schuldner zwingen, gleichfalls wieder ehrlich zu werden. Die alten Goldmarkforderungen müssen als solche anerkannt und gegenüber der Papiervaluta verrechnet werden. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, diesen Gedanken genauer darzustellen. Doch dies sei gesagt: Wenn Staatsanleihen und Obligationen und Hypotheken unter gewisser Fixierung des Mark-Wertes in den Jahren seit 1914 ehrlich in Papiermark heutiger Valuta umgerechnet werden, erhält das Reich nicht nur ein ungeheures, international zu verwertendes Nominalkapital in seine Hand gelegt, sondern erzielt einen so unvergleichlich höheren Einkommensteuer-, Kapitalsteuer-, Notopferertrag, daß die Belastung des Reichsetats durch die höhere Nominalzinssumme aufgewogen wird. Insofern erwirkt dann der Fiskus seine Gewinnteilnahme auch hier nicht vor dem Effekt, also hemmend, sondern nach dem Effekt, nachdem er zuvor den Geldkapitalbesitzer gefördert hat. Aller wirtschaftlicher Nutzen ist wechselseitig und nicht ausschließend. Im übrigen ist dies der einzige Weg, der deutschen Mark in absehbarer Zeit und vor dem sonst unvermeidlichen Kultureinsturz auf dem Weltmarkt aufzuhelfen.

Gesunde Finanzpolitik ist auch gute Kulturpolitik. Unmittelbare Beteiligung des Reichs an allen Kollektivunternehmungen und ehrliche Berücksichtigung der Goldforderungen: Das sind die aufwärts führenden Prinzipien, denen die deutsche Regierung zu gehorchen hat. Friedrich Luther.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend, Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 10. September 1921 * Heft 37

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Der Mord an Erzberger hat im Parteileben die Wirkung gehabt, daß Mehrheitssozialisten und Unabhängige in gemeinsamer Protestkundgebung sich zur ersten gemeinsamen Aktion fanden; teilweise waren daran auch die Kommunisten beteiligt, während man in Berlin auf eine gewisse Scheidung Bedacht legte. Ob diese Fühlungnahme der „Massen" zu Weiterungen führen wird, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen — die Lesart, wenn die Verlegenheiten zu groß waren, hieß ja immer, daß die „Einigung" von unten her kommen müsse. Sehr interessant wird die Rückwirkung dieser Bewegung auf das Zentrum sein. Denn so sehr Erzberger in seinem parlamentarischen Auftreten dort zu einer umkämpften Figur geworden, so hatte sein gewaltsamer Tod doch die Verdienste im Gedächtnis erneuert, die er um die Katholische Sache in Deutschland unbestritten besitzt. Die Tatsache, daß er Zentrumsmann war, wird aber durch das gewaltige Echo seiner Ermordung etwas in den Hintergrund gedrängt und man ist sich deshalb in den katholischen Kreisen nicht klar darüber, ob man sich freuen darf, wie stark sich die Sozialisten moralisch mit dem Toten identifizieren. Daß in diesem Augenblick Professor Martin Spahn demonstrativ seinen Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei vollzieht, wird in diesen Kreisen Eindruck machen; denn damit ist, in der Absage, die Linksrichtung des Zentrums erneut markiert; denn Erzberger und seine Nachfolgerschaft werden als Exponenten der sozialistischen Gruppen gezeichnet. Auf Stegerwald und Brauns ist damit eine außerordentliche Last in der Führung gelegt; sie sind nicht „radikal" und müssen fürchten, daß Spahns Schritt eine Nachfolgerschaft aus intellektuellen Kreisen gewinnen werde, auf der anderen Seite sind sie aber staatsmännisch genug, um nicht durch eine taktische Rechtshaltung den christlichen Gewerkschaften ihren Kampf zu erschweren.

*

Digitized by Google

Das Ergebnis der Wiesbadener Besprechungen scheint nur formaler Natur zu sein, konnte wohl auch nicht mehr erzielen und erreichen: „So ist es zu machen, wenn ....." Dieses Wenn bleibt das ewige Fragezeichen. In Frankreich blickt man auf die Besprechungen mit einem Unglauben, wenn man erlebt, daß die internationale Finanzkommission die Rätsel des französischen Budgets ungelöst läßt. In London aber macht man mißtrauische Bemerkungen. Zwar hat man oft genug versichert, daß der „Wiederaufbau" in seiner technischen Durchführung eine Sonderfrage der unmittelbar beteiligten Staaten sei; aber führt er zu Abmachungen, die in das internationale Reparationsproblem eingreifen, so will man das Prestige wahren. Man hat den Franzosen verbieten wollen, sich mit Polen näher einzulassen, man gibt theoretisch auch den Anspruch nicht auf, in den deutsch-französischen Dingen unterrichtet und beteiligt zu sein. Die Franzosen ärgert das, denn die Engländer haben ihr Wirtschaftsabkommen mit Sowjet trotz der peinlichen Pariser Empfindungen abgeschlossen. Sie haben für die deutsche Handelsflotte niedrigste Preise bei der Uebernahme diktiert. Wollen sie jetzt die Franzosen auch unter der Wirtschaftskontrolle halten?

*

Herr Hergt hat auf dem deutschnationalen Parteitag mit Emphase verkündet, daß die Partei nie von ihrem „höchsten Ziele, der Wiedereinführung der Monarchie" sich abbringen lasse. Das hat natürlich einen ungeheuren Versammlungsbeifall gebracht; auch daß Weimar nur eine Episode sei. Nun ist gewiß die Weimarer Verfassung nicht der Weisheit letzter Schluß, sondern, im Guten wie im Ungenügenden, ein Kind ihrer Zeit, genau wie es die Bismarcksche gewesen ist. Aber kann es das höchste Ziel einer Partei sein, einer Staatsform anzuhängen? Dies Ziel müßte doch Rettung, Stärkung von Staat und Volk heißen. Herr Hergt, der durch seine töricht kurzsichtigen Reden als preußischer Staatsminister in einem anderen Volke wohl schwerlich als Staatsmann sich legitimiert hätte, müßte sich einmal hinsetzen und darüber nachdenken, wie heute eine deutsche Monarchie aussehen würde. Sie würde, mit den vorhandenen Prätendenten, keine Politik betreiben, die um ein Haar besser wäre als die republikanische; denn ihre Souveränität wäre, nach der Katastrophe, ebenso schwach und geknickt. Und daß sie in der Führerwahl sehr viel klüger gewesen als das Parlament, müssen ja wohl Hergt und Helfferich behaupten, da es sich um sie selber handelte; aber ihre heftigen Reden vermögen das Urteil, das die Geschichte bereits darüber gesprochen, nicht zu ändern.

*

Digitized by Google

Was geht in Indien vor?

Von G. Buetz

Aus Indien werden schwere Unruhen gemeldet und in Europa lebt wieder die tausendfach gestellte Frage auf, ob Indien seinen Freiheitskampf in für England gefahrvollen Formen erneut aufnehmen will, oder ob es sich nur um lokale Unruhen handelt.

Einen Versuch zu der Beantwortung dieser Frage vornehmen zu wollen, heißt zunächst eine Antwort darauf zu finden: „Aus welchen Gründen ist Indien revolutionär gesinnt?" In Indien bringen die wirtschaftlichen Zustände in Verbindung mit der nationalen Bewegung eine Mißstimmung hervor, die zu Erhebungen gegen England führen müssen. Zunächst einmal die wirtschaftliche Frage. England hatte geglaubt, den Dauerzustand einer Proletarisierung des indischen Volkes einführen zu sollen. Die Mittel hierzu waren die künstliche Erstickung aller Volksbildung. Indien hatte vor den englischen Eroberungen mehr Volksschulen als heute, da nach 150jähriger Herrschaft Englands 90% der Männer und 99% der Frauen Analphabeten sind — und hohe steuerliche Belastung. Die steuerliche Belastung hat zur Folge, daß etwa 30 bis 40 Millionen der Bevölkerung ohne ausreichende Nahrung leben müssen. Indien muß seinen Haushalt bestreiten, es muß die englischen Beamtengehälter für die in Indien angestellten und für die bei dem India [illegible] in London arbeitenden englischen Beamten bezahlen. Indien muß das englische Heer in Indien erhalten, die für Indien ausgeführten kriegerischen Unternehmungen finanzieren, es muß die Pensionen für alle in Indien einmal eingesetzten Beamten bezahlen. Da seine Mittel hierzu nicht ausreichen, sind Anleihen in England notwendig, die nur [illegible] erhältlich sind. Seine Einnahmen zu steigern ist Indien bisher [illegible] worden. Die Einnahmen Indiens bestehen in der Hauptsache [illegible]. Indien ist seit Jahren bemüht, seine [illegible] dadurch [illegible] zu steigern, daß man sich der billigen [illegible] Fabrikate [illegible]. England aber will seine Fabrikate in Indien absetzen und [illegible] Rohstoffe aus Indien [illegible] wird die Industrialisierung in Indien künstlich unterdrückt. Die Mittel [illegible] werden in erster Linie durch die Grundsteuer erlangt. Die Grundsteuer beträgt 40% [illegible] Ertrages. [illegible] der Verwaltung dieses Systems [illegible]. Die Folge [illegible] erhaltenen [illegible] ist eine Hungersnot [illegible] aber [illegible]

Erscheinung. Solange Indien ein Agrarstaat blieb, erwuchsen aus dieser künstlichen Niederhaltung der Massen keine Gefahren. Anders wurden die Verhältnisse in dem Augenblicke, da Indien ein industrielles Proletariat erhielt. Und dieser Zustand ist nunmehr eingetreten. Im Kriege hat England, der eigenen Not gehorchend, Indien zu der industriellen Arbeit heranziehen müssen, um eine Unterstützung der heimischen Kriegsherstellung zu erlangen. Von den Weltmächten teilweise abgeschlossen, von England nur noch zu Bruchteilen mit Waren versorgt, mußte Indien andererseits zur Deckung seines eigenen Bedarfes Industrien gründen. Daß es sich hierbei stets um große Anlagen handeln mußte, war bei einer 300-Millionen-Bevölkerung Bedingung. Indien hat im Kriege so zum Beispiele mangels Zufuhren an Auslandswaren über die Hälfte seines riesigen Bedarfes an Baumwollstoffen selbst eindecken müssen. So sind in Indien reine Industriestädte entstanden, die zu Herden revolutionärer Bewegungen werden. Indien kannte vor dem Kriege kaum zwei Millionen Industriearbeiter, heute sind es etwa zehn Millionen. Die Wirkung dieser Ziffer ist eine an sich noch größere. Wie in allen Gebieten junger Industriekultur, pflegen die Arbeiter nur zeitweilig beschäftigt zu sein, und hiermit setzt ein dauernder Rückstrom unter einem ständigen Zustrom von und zu dem Lande ein. Die zurückströmenden Arbeitslosen tragen ihre revolutionären Ideen auf das Land, wo sie unter den etwa 32 Millionen Landarbeitern Indiens eine schnelle Verbreitung finden, da die indischen Landarbeiter in der denkbar dürftigsten Weise leben. Ihnen schließen sich die bedrückten Bauern an. Damit ist die bisher stumpfe indische Masse in weitesten Schichten tief erregt worden; rechnet man doch auf etwa 50 Millionen indischer Kleinbauern, die sich stets im Notstande befinden.

Die revolutionäre Bewegung, die unter diesen Massen herrscht, ist eine absolut radikale, die zu ihrem Ziele die Vertreibung der englischen Herrschaft durch einen bewaffneten Volksaufstand hat. Geleitet wird diese Bewegung durch die Gruppe der nationalen Extremisten. Diese setzen sich aus den unbemittelten bürgerlichen Kreisen Indiens zusammen. Zu ihnen gehören die Studenten, die indischen Beamten, und die geistig Arbeitenden, denen nur ein karger Verdienst gesichert ist. Steht für diese Gruppe die Befreiung Indiens von der englischen Herrschaft auch im Vordergrunde, so unterstützen sie doch vollauf den an sich rein wirtschaftlichen Kampf des Proletariates, da sie aus der Unzufriedenheit dieser ausgenutzten und hungernden Masse sich ihre Waffe für den Volksaufstand schmieden wollen. Zeigt diese Darlegung nun auch, daß Indien der Gründe genug hat, um erneut ein gewaltsames Loslösen von England erstreben zu wollen, so sind hiermit doch auch nicht die geringsten Aussichten für einen Erfolg und für die notwendige Stärke der Be-

Digitized by Google

wegung gegeben. Wie steht es mit den Aussichten auf ein wenn auch nur beschränktes Gelingen der Unruhen?

Eine Antwort kann hierauf natürlich nicht gegeben werden, es kann nur auf eine Reihe Tatsachen hingewiesen werden, die zu einem mutmaßlich richtigen Urteile führen. — Zunächst steht einmal fest, daß England den Wünschen Indiens freiwillig niemals entgegenkommen kann. Das hieße von England verlangen, von sich aus den Besitz Indiens in Frage zu stellen. Da die ganze politische Herrschaft Englands, wie desgleichen die gesamte wirtschaftliche Macht und Stärke Englands auf Indien aufgebaut sind und somit das Dasein Englands mit Indien steht und fällt, ist es eine Selbstverständlichkeit, daß England bis zu seinem letzten Mittel alles tut, um Indien fest in seinen Händen zu behalten. Das Ergebnis hiervon ist, daß die Erhebungen in Indien mit ungeheuerer, der sogenannten elementaren, Gewalt erfolgen müssen, wenn sie zu Erfolgen führen sollen. Als Erfolg sei hierbei nicht die Abstreifung der englischen Herrschaft überhaupt, sondern nur eine freie Entwicklung Indiens lediglich unter englischer Oberhoheit angenommen. Eine dementsprechend gewaltsame Bewegung könnte in Indien nur dann erwirkt werden, wenn die Einheit der Handlung gesichert ist; das wird heute noch als unmöglich angesehen werden. Religion, Sprache und politische Gesinnung trennten Indien bisher. Indien kennt innerhalb seines Gebietes eine Reihe einander völlig wesensfremder Sprachen. Da eine Volksschulbildung nicht vorhanden ist, kann auch das Englisch nicht als Bindeglied der einzelnen fremdsprachigen Völkerschaften angenommen werden, denn große Teile der indischen Bevölkerung sind der englischen Sprache nicht mächtig. Ein einheitlich nationaler Wille kann aber unter verschiedensprachigen Völkerschaften schwer in die Tat umgesetzt werden. Das zweite Hinderungsglied, die Religion, ist in seiner hemmendsten Form zwar überwunden, dennoch ist die Bindung noch sehr jungen Datums, zu jung, um zum Allgemeingute der Bevölkerung geworden zu sein. Die Bewegung, die hier stattfand, ist die folgende: Unter den zahllosen Religionen Indiens besteht eine scharfe Trennung doch nur zwischen den Mohammedanern und den Hindus. Die Rajputhindus und Mohammedaner müssen ihrem religiösen Empfinden nach Feinde sein. Als man unter der begeisterten Arbeit des indischen Liberalen Hume 1885 den indischen Nationalkongreß schuf, zeigte sich, daß die Mohammedaner kaum vertreten waren; der Nationalkongreß war in Wirklichkeit Jahre hindurch nur ein Kongreß der Hindus. Die hier obwaltende Spaltung zeigte sich in krasser Weise bereits dadurch, daß der Mohammedanerführer Saphid Ahmed einen Sonderkongreß der Mohammedaner, die Mohammedan Educational Conference, in das Leben rief. Mit der Teilung Bengalens, die im Jahre 1911 stattfand, empfanden die Mohammedaner die ihnen von England drohende Gefahr stärker, und ihre

Digitized by Google

Führer bestrebten sich, einen Ausgleich zwischen den beiden Religionen herbeizuführen. Es erwachte neben der nationalistischen Bewegung der Hindugruppen eine Mohammedanerbewegung, die ihren Ausdruck in der Gründung der All India Moslem League fand, die 1906 in das Leben trat. Der Krieg verstärkte die Bewegung, die mit dem Programm von 1912 bereits eine Erweiterung gefunden hatte. Im Jahre 1915 tagten der Nationalkongreß und die Moslem League zusammen. Im Jahre 1919 empfahl die Moslem League, bei dem Bâhr-Id-Feste das Schlachten der Rinder zu unterlassen, um die religiösen Gefühle der Hindus nicht zu verletzen. Im Jahre 1920 trugen Hindus und Mohammedaner gemeinsam den Sarg des Nationalistenführers Bâl Gangâdhar zum Zeichen ihrer völligen Einigung zum Segen Indiens. Das weitgehende Nachgeben der Mohammedaner ist darauf zurückzuführen, daß England gegen ihre türkischen Brüder zum Kampfe zog und den Bestand Konstantinopels bedrohte.

Die politischen Grundsätze, die innerhalb der nationalistischen indischen Bewegung stattfinden, sind hochbedenklich. Man kann hier von einer Dreiteilung sprechen. Neben der in erster Linie rein wirtschaftlichen Bewegung der Massen und der radikalnationalistischen des Mittelstandes gesellt sich diejenige des besitzenden Mittelstandes. Ihr gehören die reichen indischen Kaufleute, die ebenfalls reichen Rechtsanwälte und die Aerzte wie die wohlhabenden Farmenbesitzer an. Diese Leute verdanken ihren Wohlstand der Kultur und der polizeilichen und militärischen Sicherung durch England. Sie erstreben keinerlei Loslösung von England, sondern einen Ausbau der Verwaltung, und dies auch nur insoweit, als man im bescheidenen Maßstabe die Stärkung des indischen Anteiles an der Verwaltung wünscht. Nun sind gerade diese Gruppen die geistig führenden, und sie allein sind finanzkräftig. Eine Vermittelung zwischen den Radikalen und den Gemäßigten gibt es nicht. Kann es auch aus folgenden Gründen nicht geben: Die Gemäßigten wissen, daß nur mit dem Verluste ihres augenblicklichen Reichtumes die Freiheit Indiens erkauft werden kann. Sie verlangen demnach eine größere Machtbefugnis, um in Indien eine stärkere Wirtschaftsentwickelung aus eigenen Mitteln in die Wege leiten zu können. Man glaubt, dann auf Grund seiner eigenen wirtschaftlichen Stärke England von selbst über den Kopf wachsen zu können. Mit der Wirtschaftsbewegung der Massen ist man auch nicht einverstanden; denn eine junge Industrie arbeitet sich am schnellsten bei billigen Löhnen und unorganisierten Arbeitern empor. Diese Gruppen sind zufrieden, wenn die Ende 1919 angenommene Montagu-Chelmsfordsche Reform von seiten Englands auch verwirklicht würde. Kurzum, an diesen Leuten hat man keine Stütze!

Demgegenüber steht allerdings, daß durch die Verwendung der Inder im Weltkriege die hohe Meinung der Inder von der weißen Rasse erheblich gelitten hat, so daß die colour bar, die Schranke zwischen Schwarzen und

Digitized by Google

Weißen, von seiten Englands in Indien nicht mehr mit dem bisherigen Erfolge durchgeführt werden kann. Es wirkt ferner die Teilung der Türkei dauernd stark erregend auf die Bevölkerung ein. Weiter ist ein ständiger Zündstoff durch die radikale Bestrafung der Revolutionäre durch England gegeben. Die Hinrichtungen oder schweren Bestrafungen erfolgen zumeist, ohne daß der Angeklagte von den geltenden Rechtsmitteln Gebrauch machen kann. Begreiflicherweise muß die revolutionäre Bewegung dadurch an Stärke gewinnen, daß die gesetzesmäßig festgelegten Reformen, die im Frühjahr 1921 zur Anwendung kommen sollten, nicht eingeführt wurden und zweifellos noch nicht eingeführt werden. Hinzu kommt letztlich, daß wie einst die griechischen und die italienischen Freiheitskämpfe mit Begeisterung in Indien aufgenommen wurden, so haben die bolschewistischen Ideen in der Form, wie sie von dem Mohammedanismus übernommen worden sind, zweifellos auch in Indien Zustimmung und Erregung ausgelöst. Wie weit das Ansehen Englands gelitten hat, erhellt daraus, daß man nicht wagt, der Non Cooperation-Bewegung entgegenzutreten. Es handelt sich hier um den idealen, nicht durchführbaren und doch hochgefährlichen Plan für England, durch einen allgemeinen Streik die Herrschaft Englands in Indien zu Fall zu bringen. Die Bauern sollen nicht anbauen, die indischen Händler nicht verkaufen, die Industriearbeiter nichts schaffen und die Beamten streiken. Der gewaltige Verwaltungsapparat Englands beruht in Indien, soweit es sich um die Unterbeamten handelt, auf Indiern. Es sind etwa 150 000 indische Unterbeamten eingestellt. Kein Indier soll englische Waren kaufen und kein Indier Waren nach England handeln. Der Prediger dieser Zerstörungsarbeit ist Gandhi, und die englischen Beamten wagen nicht, gegen ihren Feind vorzugehen.

Trotzdem bedenke man, daß einem Feinde, wie er England darstellt, ein national weder sprachlich, noch religiös, noch politisch einheitlich geschlossenes Indien gegenübersteht, ein Land, das wirtschaftlich seiner ersten Entwickelung entgegengeht, und das — waffenlos ist. Das infolge der obwaltenden Pressegesetze auch seiner öffentlichen Stimme beraubt ist. Und man vergesse nicht, daß England in Indien einen vorzüglichen Spionagedienst unterhält, und daß nach dem Militärdienste, wie er in Indien gehandhabt wird, kein Indier der Bedienung der artilleristischen Schußwaffe kundig ist. Diese Vorsicht übt Indien seit dem großen Aufstande vom Jahre 1857.

Unzweifelhaft ist Englands Lage in Indien keine günstige, und es ist anzunehmen, daß die seit dem Jahre 1911 ununterbrochen gärende Mißstimmung sich in der ernstesten Form Bahn brechen wird. Trotzdem sollte man den Fall Indien für Indien pessimistisch betrachten. Die besten Helfer haben zu viel an Indien verdient, um die melkende Kuh erschlagen zu wollen. Es wird schon als großer Erfolg zu bewerten sein, wenn die versprochenen Reformen zur Anwendung kommen.

Digitized by Google

Der politische Mord

Von Dr. Theodor Heuß

Sand erdolchte Kotzebue, 1819; der Mörder, ein unbedeutender Mensch, kam aus der Gedankenwelt des nationalen Republikanismus, wie ihn Karl Follen predigte. Metternich war rasch entschlossen, aus der Tat des, wie er zynisch meinte, „vortrefflichen" Jünglings „Parti zu ziehen". Die Karlsbader Beschlüsse folgten, die nicht nur die Burschenschaft vernichteten, sondern die politische Publizistik unter Zensur brachten.

Heute eine nachdenksame und nicht ungefährliche Erinnerung. Die damalige, politisch erregte Jugend stieß „Fürstendiener" nieder und die Monarchen zitterten ein wenig vor ihr; die heutige schießt auf „Volksmänner" und zittert nach Monarchen. Um Sands Name hat sich eine heroische Legende gebildet, obwohl seine Tat töricht und für die deutsche Geschichte verderblich war. Das Bild des Grafen Arco, der Eisner niederschoß, kann man in den kleinen Münchener Lädchen als Ansichtskarte kaufen. Die Mörder vom Schwarzwald erwarten vielleicht auch den Freispruch der Geschichte, doch wird diese Meuchelat immer von dem Schmutz gemeiner Feigheit besudelt bleiben.

Politische Attentäter pflegen ihrer Handlung keine historischen Studien voranzusenden; sie müßten aus der großen Geschichte lernen, daß der Beseitigung Cäsars der Sieg des Cäsarismus folgte, aus der kleinen, daß „Demagogenverfolgung" und Sozialistengesetz Festigungen der angegriffenen Autoritäten bedeuteten. Freilich: nur zeitlich begrenzte. Und hier beginnt die Wirkung politischer Morde, soweit sie die Gesellschaft und den Staat betreffen, verwickelter zu werden.

Denn der menschlichen Erschütterung, die solche Gewalttat bei dem normal Empfindenden hervorruft, folgt fast zwangsläufig das Pharisäertum. Heute stellt es sich so dar: daß Gruppen, die den individuellen Terror als ein Instrument der Geschichte anerkennen, sittlich aufs tiefste entrüstet sind, während, mit unvorsichtigen Ausnahmen, die hitzigsten Feinde Erzbergers ihm nachträglich ein langes, behagliches oder reuegequältes Leben gewünscht haben. Sie sind aufs äußerste empört, wenn jemand sagt, daß ihre Stellungnahme zu dem lebenden Erzberger eine Atmosphäre geschaffen habe, in der die schießwütigen Revolver junger Leute sich entladen.

Würde einmal, wovor das dem Vaterlande wahrlich genügend ungnädige Geschick uns bewahren möge, ein Anschlag gegen eine der prominenten Persönlichkeiten der deutschen Monarchisten unternommen werden, so könnte über die Pressewirkung kein Zweifel sein. Nachdem einmütig der Abscheu festgestellt wurde, erklären die Sozialisten, das sei die nach dem Voran-

Digitized by Google

gegangenen nicht mehr erstaunliche, wenn auch tadelnswerte Antwort auf die fortgesetzten Provokationen des Volksempfindens. Die Rechtspresse aber sagt, das sei die Folge einer seit Jahren gehenden schamlosen Hetze, der die Regierung mit verschränkten Armen, ja vielleicht mit wohlwollender Duldung oder heimlicher Förderung zugesehen habe. Eine Vorprobe davon gab neulich ein deutschnationales Blatt, das den unseligen Raubmord, dem die Gattin des Admirals Scheer zum Opfer fiel, auf das Konto der Sozialisten setzen wollte!

Sind also die politischen Mörder unbelehrbar und die Aeußerungen der politischen Gruppen, je nachdem, einigermaßen berechenbar, so liegt das eigentliche politische Problem bei den Regierungen. Es wird davon abhängen, ob ein Attentat in der Richtung läuft, in der sie selber steht, oder nicht. Juristisch und moralisch liegt natürlich kein Unterschied vor: Verbrechen bleibt Verbrechen, und jede Regierung, soweit sie auf die politische Moral des Volkes Einfluß nehmen kann (ihre Zwangsmittel sind gerade auf diesem Feld ziemlich beschränkt), muß sehen, die Luft von solchen Mikroben zu reinigen. Aber es liegt auf der Hand: hätte etwa in der Erregung des Kulturkampfs ein Katholikenhasser Windthorst bedroht, wäre einmal in der Sturmzeit der „Berliner Bewegung" Stöcker oder einer seiner liberalen Gegner das Ziel eines Anschlags geworden, so hätte Bismarck das wohl menschlich bedauert, es hätte ihn nachdenklich gemacht, aber er wäre nicht zu einem Ausnahmegesetz geschritten wie 1879, als politische Lage und Staatsräson, nach den Attentaten auf den alten Kaiser, ihm dies zweckmäßig erscheinen ließen.

Eine Staatsleitung hat die erste Pflicht, den Staat zu sichern. Das kann ihr niemand bestreiten. Der Wehruf über Vergewaltigung und Rechtlosigkeit, der jetzt die Rechtspresse erfüllt, hat nur taktische, keine grundsätzliche Berechtigung. Sie zitieren gerne Bismarck gegen die jetzige Regierung, sind aber sehr verschnupft, wenn seine Maxime auch gegen sie Anwendung findet: „Keine Regierung ist für das Landesinteresse so schädlich wie eine schwache. Eine Regierung muß vor allen Dingen fest und energisch sein, nötigenfalls sogar mit Härte vorgehen. Das ist zur Erhaltung des Staates nach außen wie nach innen nötig." Sie loben die Regierung des Herrn von Kahr in Bayern, dessen Gehilfe Pöhner im Presseverboten nicht müde wird. Daß die Kommunisten eine „starke Hand" des Staates zu spüren bekommen, damit sind sie ganz einverstanden; ja sie klagen darüber, daß der Staat, der sich seiner Freiheit rühme, sich durch Lässigkeit selber gefährde. Wendet sich die Aufmerksamkeit dieses Staates aber den Verfassungsgegnern von der anderen Seite zu, so kennt ihre Entrüstung keine Grenzen. Daß sich die Reichsregierung, wenn sie der Verhöhnung der Staatsgrundlagen entgegentritt, durch solche Larmoyance verblüffen lasse, ist wirklich nicht notwendig.

Digitized by Google

Aber sie hat von der Geschichte zu lernen. So tapfer und rücksichtslos ungeachtet des Hohnes und Spottes, sie ihre schwierige Position festigen muß, auch um die üblen außenpolitischen Wirkungen der Rechts- und Linkstreibereien gegen die Verfassungsfundamente abzufangen, so muß sie sich hüten, ein System aufzurichten, das Märtyrer schafft. Es ist ganz gut, daß sie sich mit der Verordnung über Presse und Versammlungen ein Werkzeug schuf, mit dem man hämmern kann; aber ohne Zweifel war die Art ihrer ersten Anwendung sehr zweifelhaft. Das massenmäßige Verbot von teilweise ganz untergeordneten Organen ist nicht nur Reklame für diese, sondern wird wirkungslos bleiben, weil es ein Schreckschuß ist. Die exemplarische Bestrafung der wüsten journalistischen Exzesse führt eher zum Ziel, so peinlich der ganze Zwang der Abwehr bleibt.

Die öffentliche Meinung kann und wird für einen politischen Mord moralische Verantwortlichkeiten konstruieren; der Staat darf das nicht. Er muß sich an das juristisch Faßbare halten. Das ist freilich dann seine Schwäche, wenn die Rechtsprechung nur ein kühles Verhältnis zu der Würde der staatlichen Autoritäten besitzt — bekanntlich werden die Verleumdungen republikanischer Präsidenten oder Minister nicht gerade erheblich bestraft. Aber dieser Zustand will ertragen sein, bis wir aus der Verwirrung des Anstands- und des Staatsgefühls herausgekommen sind, in die uns der Niederbruch des öffentlichen Lebens geworfen hat.

Freilich, ist dies erreicht, dann ist vielleicht auch der politische Mord zu einer trüben Erinnerung geworden, und die politischen Zeitungen werden wieder lesbar, weil sie nicht mehr blos Pathos und Bosheit, Hysterie und Selbstgerechtigkeit sind.

Reform des Strafrechts

Von Dr. Erich Eyck, Rechtsanwalt am Kammergericht

Ob unsere Zeit den Beruf zur Gesetzgebung hat, darüber kann man vielleicht streiten. Daß sie den Willen dazu hat, beweist sie alle Tage. Große Gesetzgebungswerke sind in Angriff genommen worden. Das Jahr 1920 brachte uns den Entwurf einer neuen Strafprozeßordnung, der freilich inzwischen nicht wesentlich weiter gekommen ist. Das laufende Jahr nun sah die Veröffentlichung der Entwürfe eines neuen Strafgesetzbuchs. Sie schließen eine lange Entwicklung vorläufig ab. Unser Strafgesetzbuch ist ein halbes Jahrhundert alt, aber seit Jahrzehnten schon sind die Bestrebungen lebhaft, die seine grundsätzliche Reform verlangen. In diesem Zusammenhang darf der Name von Franz von Liszt nie unerwähnt bleiben, der eine ungewöhnliche Summe von Ideen und Energie an diese Arbeit gewandt hat. Diese Bewegung führte

Digitized by Google

zu wiederholten amtlichen Beratungen, die in den Entwürfen von 1909 und 1913 ihren Niederschlag fanden. Der Krieg unterbrach die Arbeit, die aber 1918 wieder in Angriff genommen wurde. Auf Grund der früheren Entwürfe hat eine kleine Kommission im Reichsjustizministerium, an deren Spitze der jetzige Oberreichsanwalt Ebermayer stand, eine neue Vorlage ausgearbeitet, die mit einer umfassenden Denkschrift der — durch den hohen Preis allerdings recht beschränkten — Oeffentlichkeit unterbreitet worden ist. Sie ist noch keine amtliche Vorlage, es sollen vielmehr erst die Sachverständigen sich über sie äußern, ehe die Regierung selbst dazu Stellung nimmt.

Der Entwurf zeugt von dem großen Einfluß, den die moderne Strafrechtsschule mit ihrer Betonung des Zweckcharakters der Strafe sich errungen hat. Aber dieser Einfluß geht keineswegs so weit, daß der Vergeltungsgedanke, von dem die sogenannte klassische Schule ausging, gänzlich verwischt worden wäre. Es ist anzuerkennen, und wird auch von hervorragenden Vertretern der modernen Auffassung anerkannt, daß ein Strafgesetzbuch, das so weit ginge, in der Anschauung unseres Volkes keinen Boden fände. Wohl spricht die Denkschrift es aus, daß es notwendig sei, die Strafe weit mehr als bisher in Art und Maß der Eigenart des Verbrechers anzupassen. Aber der Entwurf denkt doch nicht daran, Art und Maß der Strafe allein dem Ermessen des Gerichts zu überlassen. Vielmehr bleibt er insofern beim Prinzip unsres Strafgesetzbuchs, daß er bestimmte Tatbestände möglichst genau formuliert und die Strafe festsetzt, die den, der sie verwirklicht, treffen soll.

Aber innerhalb dieses Rahmens soll dem freien richterlichen Ermessen ein weit größerer Spielraum eingeräumt werden als bisher und dies ist von größter, nicht nur theoretischer, sondern auch praktischer Bedeutung. Wie oft hat ein Urteil Anstoß erregt, weil es entweder zu milde oder zu hart erschien, während es einfach nicht anders ausfallen konnte, weil der Strafrahmen, den das Gesetz vorschrieb, eine Abweichung nach oben und nach unten nicht zuließ. Das wird jetzt anders. Zunächst schlägt der Entwurf vor, die Strafmindestmaße in weitem Umfange zu beseitigen. Schreibt z. B. das geltende Recht für „gefährliche Körperverletzung" Gefängnisstrafe nicht unter zwei Monaten vor, so begnügt sich der Entwurf damit, zu sagen, daß sie mit Gefängnis bestraft wird. Die Freiheit des Richters wird ferner dadurch ausgedehnt, daß die Zubilligung mildernder Umstände, die bisher nur bei denjenigen Tatbeständen zugelassen ist, bei denen das Gesetz es besonders vorschreibt, jetzt ganz allgemein möglich sein soll. Entschließt sich das Gericht zu ihr, so ist es in der Strafzumessung noch in höherem Maße frei.

Der Entwurf geht aber noch weiter. „Der Kunst der Gesetzgebung" heißt es in der Denkschrift, „sind, wie allem menschlichen Können, unüber-

Digitized by Google

steigliche Schranken gesetzt. Mögen die allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzes noch so vorsichtig abgewogen und die einzelnen Tatbestände noch so sorgfältig begrenzt sein, immer wird es Fälle geben, wo nach den Vorschriften des Gesetzes zwar Strafe, oft eine bestimmte Mindeststrafe verwirkt ist, und wo doch das Rechtsgefühl sich dagegen auflehnt, den Täter diese Strafe erleiden zu lassen". Für solche „besonders leichten Fälle" bei denen „der verbrecherische Wille des Täters gering und nach den Umständen entschuldbar und die Folgen der Tat unbedeutend sind", soll nun dem Richter das außerordentliche Recht gegeben sein, die Strafe allein nach seinem freien Ermessen festzusetzen, ja, es gibt Fälle, in denen er sie überhaupt wegfallen lassen kann. Den besonders leichten stehen die besonders schweren Fälle gegenüber. Hier kann man nun freilich dem Richter nicht allgemein das Recht geben, über die für den Regelfall gesetzte Strafe hinwegzugehen, denn das würde den Rechtsschutz, den das Strafgesetzbuch dem Verbrecher gewähren soll, illusorisch machen. Deshalb soll nur bei bestimmten Verbrechen, die das Gesetz vorschreibt, der Richter die Strafe in bestimmter Weise verschärfen können, wenn „der verbrecherische Wille ungewöhnlich stark und die Tat durch die besonderen Umstände ihrer Begehung oder durch ihre verschuldeten Folgen ungewöhnlich schwer sind."

Eine weitere wirksame Erweiterung der richterlichen Freiheit besteht darin, daß weit häufiger als bisher neben der Freiheitsstrafe auch Geldstrafe angedroht ist. Das hat freilich noch einen weiteren Grund. Alle Praktiker des Strafrechts stimmen darin überein, daß die kurzzeitige Freiheitsstrafe ein äußerst bedenkliches Mittel ist. Sie führte nur allzu häufig denjenigen, der einmal gestrauchelt ist, dauernd auf die Bahn des Verbrechens. So oft, wie möglich, soll deshalb an ihrer Stelle Geldstrafe gewählt werden. Diese bedarf dazu freilich der Ausgestaltung über den bisherigen Zustand hinaus. Der Entwurf macht dafür mehrere wichtige Vorschläge; der wichtigste ist der, daß dem Verurteilten gestattet werden kann, eine uneinbringliche Geldstrafe durch freie Arbeit zu tilgen. Das wird freilich nicht ganz leicht durchzuführen sein, bedeutet grundsätzlich aber einen sehr großen Fortschritt.

Zu alledem tritt nun das Recht des Richters, die Vollstreckung der von ihm erkannten Strafe für eine bestimmte Probezeit auszusetzen, um dem Verurteilten die Gelegenheit zu gewähren, sich durch gutes Verhalten des Erlasses der Strafe würdig zu zeigen. Diese „bedingte Strafaussetzung" wird seit langem von der Vertretung der modernen Richtung, der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung, gefordert, die sich dafür auf die Erfahrungen des Auslandes, namentlich der Vereinigten Staaten von Amerika stützen konnte.

Digitized by Google

Ueberblickt man alle diese Vorschriften, so sieht man, wieviel freier der Richter sich künftig wird bewegen können, um wieviel weniger er von der starren Vorschrift des Gesetzes abhängig ist. Seine Macht und seine Verantwortung ist außerordentlich gesteigert. Um so mehr kommt es darauf an, daß dies große und schwere Amt in den richtigen Händen ruht. Das Problem der Zusammensetzung der Gerichte erhält damit eine gesteigerte Bedeutung. Daß alle Gerichte, die nicht nur über Rechtsfragen zu entscheiden haben, künftig auch Laien als Mitglieder erhalten, ist heute schon sicher. Um so notwendiger ist es, daß auf ihre Auswahl politische Gesichtspunkte ohne jeden Einfluß sind. Den Kern des Gerichtes wird aber — abgesehen vom Schwurgericht — immer der gelehrte, in der Handhabung des Rechtes geschulte Richter bilden. Die unparteiische, von politischen Erwägungen unbeeinflußte Handhabung des Rechts durch unsere Richter ist deshalb eine der für den Wiederaufbau Deutschlands wichtigsten Aufgaben. Es ist nur zu wünschen, daß sie sich in dieser überaus schweren Zeit ihrer stets im gleichen Maße gewachsen zeigen, wie das Reichsgericht es in den Prozessen gegen die Kriegsbeschuldigten getan hat.

Derselbe Grundgedanke, der zur Erweiterung der richterlichen Freiheit geführt hat, das Verlangen nach stärkerer Berücksichtigung der Person des Uebeltäters, führt auch zur Einfügung der Besserungs- und Sicherungsmaßregeln in den Entwurf. Das ist eine der Forderungen, die die moderne Schule mit besonderem Nachdruck erhoben hat, um dem sozialen Charakter des Strafrechts gerecht zu werden. Als besonders geeignetes Objekt für Besserungsmittel stellte sich naturgemäß der jugendliche Verbrecher dar. Das Gericht kann in weitem Umfang Erziehungsmaßregeln anordnen, darunter auch die Stellung unter Schutzaufsicht. Im übrigen kommen als Maßregeln der Besserung in Betracht: Verwahrung Unzurechnungsfähiger oder vermindert Zurechnungsfähiger in einer öffentlichen Heil- oder Pflegeanstalt, Wirtshausverbot und Trinkerheilanstalt für Alkoholiker, Arbeitshaus für Liederliche und Arbeitsscheue. Im einzelnen ist hier manches bedenklich und streitig. Namentlich entsteht die Sorge, ob unsere traurige Finanzlage die Errichtung der für die Durchführung dieser Maßregeln notwendigen Anstalten zuläßt.

Dazu kommt nun eine Sicherungsmaßnahme von großer, grundsätzlicher Bedeutung: die Sicherungsverwahrung gefährlicher Gewohnheitsverbrecher. Es ist ja kein Zweifel, daß das gewohnheitsmäßige Verbrechertum heute eine ganz außerordentliche Gefahr für die Kulturwelt darstellt. Es ist auch einzusehen, daß es Individuen gibt, die man nicht nach Verbüßung ihrer Strafe wieder auf die Menschheit loslassen kann, weil man überzeugt ist, daß sie sofort wieder dort anfangen,

Digitized by Google

wo sie vor ihrer Einkerkerung aufgehört haben. Gegen sie soll deshalb der Richter, wenn er die durch ihre Tat verwirkte Strafe über sie ausspricht, zugleich auf „Verwahrung" erkennen. Diese Verwahrung hat also an sich nicht den Charakter der Strafe, sie ist nur ein Verteidigungsmittel der Gesellschaft, die sich dadurch vor weiteren Angriffen sichern will. Aber die Dauer der Verwahrung ist zeitlich nicht begrenzt. Sie kann also bis ans Lebensende währen. Nur insofern ist der „Verwahrte" geschützt, als nach drei Jahren das Gericht erneut über die Fortdauer der Haft beschließen muß. Es handelt sich also um eine ganz tief einschneidende Maßnahme.

Es kann selbstverständlich nicht der Zweck dieser Zeilen sein, die ganze Fülle der Fragen vorzuführen, die der Strafgesetzentwurf aufwirft. Sie können nur an einigen besonders wichtigen Problemen zeigen, wie bedeutsam diese Aufgabe der Gesetzgebung ist. Es ist zu wünschen, daß dem Reichstag die Zeit bleibt, sich bald und gründlich mit ihr zu beschäftigen, und daß das Werk, wenn es einmal vollendet ist, dazu beiträgt, das durch Krieg und Revolution so schwer zerrüttete Rechtsbewußtsein unseres Volkes wieder herzustellen.

Das Ende der Freizonen zwischen Frankreich und der Schweiz

Von Dr. jur. Otto Ebstein

Der Reisende, der in Vorkriegszeiten einen Ausflug von Genf nach Chamonix machte, wurde sich, wenn er nicht in der politischen Erdkunde gut beschlagen war, gar nicht bewußt, daß er französisches Gebiet betrat. Das dem gebildeten Europäer so unerläßlich für das Betreten eines anderen Staatsgebietes dünkende Kennzeichen einer Zollrevision fehlte nämlich an jener Stelle. Auch wer von Genf in das kleine französische Ländchen Gex reiste, hatte keinem Zöllner Rede und Antwort zu stehen. Erst wenn man weiter ins französische Innere vorstieß, etwa bis Aix-les-Bains oder Lyon, mußte man sich in Annecy oder in Bellegarde der zollamtlichen Durchsuchung unterwerfen. Bei jenen Stationen endigte nämlich der zollfreie Landgürtel, der Genf im Süden und Westen umgab, und der den Historikern und Diplomaten unter dem Namen „Zone" bekannt war. Nicht allen Diplomaten übrigens, denn, so scherzhaft es klingen mag, als Herr v. Kiderlen-Wächter, damals Staatssekretär des Auswärtigen, in Chamonix weilte, wurde er höchlichst überrascht durch einen in Galauniform zur Begrüßung erscheinenden Präfekten. Die Regierung der großen Republik machte den deutschen Diplomaten auf solche Art darauf aufmerksam, daß

Digitized by Google

er sich in französischem Staatsgebiet befinde. Herr v. Kiderlen-Wächter gestand lachend ein, er habe das nicht gewußt und Chamonix für ein Anhängsel der Schweiz gehalten.

Diese merkwürdigen Grenzverhältnisse, die wohl an keiner Stelle Europas ihresgleichen hatten, verdankten ihren Ursprung der eigentümlichen Lage der zwischen dem See und nahen Landgrenzen eingeklemmten Großstadt Genf, und sie bestanden — trotz manchen vorübergehenden Störungen — seit Jahrzehnten und Jahrhunderten zur Zufriedenheit der Bewohner auf beiden Seiten. Erst während der Pariser Friedenskonferenz im Jahre 1919 trat auf französischer Seite — hauptsächlich wohl infolge von schutzzöllnerischen Bestrebungen der französischen Handelskammern, aber auch aus Gründen des „Prestige" — das Verlangen hervor, die französische Zollgrenze überall mit der Landesgrenze in Einklang zu bringen. Man lud daher die Schweiz mit sanftem Zwange ein, durch ihren Bundespräsidenten Gustav Ador über die Aenderung der betreffenden Zustände zu unterhandeln. Das Resultat dieser Verhandlungen war zunächst, daß die Schweiz gegen Zusicherung der Anerkennung ihrer militärischen Neutralität für den Fall ihres Eintrittes in den Völkerbund auf gewisse militärische Rechte in Hochsavoyen, die ihr aus Verträgen von 1815 zustanden, Verzicht leistete. (Es handelte sich um das — nie ausgeübte — Besatzungsrecht in Hochsavoyen im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Sardinien bzw. Italien.)

Nicht so glatt erledigte sich die Frage der Zollfreiheit der Zonen. Die vertragschließenden Parteien von Versailles bezeichneten im Artikel 435 des Vertrages die Bestimmungen der Schlußakte des Wiener Kongresses und des Pariser Vertrags vom 20. November 1815 als „durch die Verhältnisse überholt"; sie nahmen Akt von der französisch-schweizerischen Vereinbarung, daß die Bestimmungen betreffend die neutralisierten Savoyergebiete aufgehoben seien. Bezüglich der zollfreien Zonen heißt es (Absatz 2 desselben Artikels):

„Ebenso erkennen die Hohen vertragschließenden Teile an, daß die Bestimmungen der Verträge von 1815 und der sonstigen Zusatzakte, betreffend die Freizonen Hochsavoyens und des Gebiets von Ger, durch die Verhältnisse überholt sind, und daß es Sache Frankreichs und der Schweiz ist, im Wege der Einigung untereinander die Rechtslage dieser Gebiete so zu regeln, wie beide Länder es für zweckmäßig erachten."

Auf diesen Artikel folgen als Anlagen eine schweizerische und eine französische Erklärung, die in bemerkenswerter Weise von einander abweichen und gleich den Standpunkt erkennen lassen.

In der Erklärung des schweizerischen Bundesrates heißt es:

„Nach Auffassung des Bundesrats kann es sich nicht darum handeln, das Zollsystem der Zonen, so wie es durch die oben erwähnten Verträge festgesetzt ist, abzuändern, sondern einzig darum, die Art und Weise des Güteraustausches zwischen den in Betracht kommenden Gegenden in einer den jetzigen wirtschaftlichen Bedingungen besser angepaßten Weise zu regeln."

Digitized by Google

Dagegen lautet die französische Gegenerklärung:

„Selbstverständlich darf dies in keiner Weise das Recht Frankreichs berühren, n dieser Gegend seine Zollinie mit seiner politischen Grenze zusammenfallen zu lassen."

Also in der Schweiz der Wunsch nach grundsätzlicher Erhaltung der bestehenden Verhältnisse mit zeitgemäßen Aenderungen; in Frankreich der Wille zur gründlichen Abschaffung der Zonenfreiheit.

* * *

Es ist bezeichnend, in welcher Art in Frankreich unter Nichtachtung und Nichtkenntnis der geschichtlichen Entwicklung der Freizonen aus der Aufhebung dieser Gebilde ein Ehrenpunkt gemacht wurde, ja, wie man die öffentliche Meinung dahin bearbeitete, im etwaigen Bestehenbleiben dieser Rechte eines anderen Staates eine Art von Schmach zu erblicken. Daß von diesen Dingen in Verträgen von 1815 die Rede war, genügte dem „Temps", um breitspurig zu entwickeln, es handle sich hier um Einschränkungen der französischen Souveränität, die Frankreich infolge der Niederlagen von Leipzig und Waterloo habe dulden müssen, die aber nun nach den Siegen des Marschalls Foch bis auf den letzten Strich ausgelöscht werden müßten. In ähnlicher unhistorischer Weise ging ein Artikel des „Correspondant" vom 25. Mai 1921 vor, der in der Schweiz besonders dadurch unliebsames Aufsehen erregte, daß er vom französischen Ministerium des Aeußern an schweizerische Parlamentarier, Professoren und andere öffentliche Persönlichkeiten versandt wurde. Der schweizerische Geschichtsschreiber Professor Borgeaud beschwerte sich im „Journal de Genève" vom 20. Juni 1921 über die Zudringlichkeit und Plumpheit dieser „Propaganda".

In Wirklichkeit hat die Entstehung der Zonen nichts mit den Niederlagen Frankreichs am Schluß des napoleonischen Zeitalters zu tun. Sie ist für die einzelnen Gebiete sehr verschieden. Zunächst die Zone von Gex. Heinrich IV. bewilligte den Genfern am 25. Mai 1602 die Zurückverlegung der Zölle an die Grenze des Gexer Landes aus Dankbarkeit für Dienste, welche Genf ihm und Frankreich erwiesen hatte. Als das alte Privileg im Laufe des 18. Jahrhunderts in Vergessenheit geraten war, hat kein anderer als der in Ferney am Genfer See wohnende Voltaire das Recht der Genfer und Gexer gegen die französischen Zollpächter siegreich verteidigt. Dieses Recht ist später in den Verhandlungen, die Genfs diplomatischer Vertreter Pictet de Rochemont 1815 in Paris führte, von Frankreich anerkannt worden. Die sogenannte „kleine sardische Zone", die den Südzipfel des Genfer Sees umfaßt, geht bis auf den Frieden von St. Julien zurück, den Genf im Jahre 1603 mit dem Herzog von Savoyen schloß. Auch sie wurde nur durch die Abmachungen von 1815, besonders aber noch durch den Turiner Vertrag

Digitized by Google

von 1816 bestätigt und etwas erweitert. Diese kleine Zone wurde von Sardinien nicht bloß anerkannt, sondern Genf hat an Sardinien sogar eine Abfindungssumme gezahlt, welche nötig war zur Errichtung der sardischen Zollinie. Am bekanntesten ist die Entstehungsweise der die beiden kleinen Zonen an Gebietsausdehnung um das zehnfache übertreffenden großen savoyischen Zone, innerhalb deren Chamonix liegt. Sie geht zurück auf den Frieden von Villafranca und die sich an diesen Friedensvertrag anschließende Volksabstimmung von 1860, in welcher die savoyische Bevölkerung zu erklären hatte, ob sie die Angliederung ihrer Provinz an das französische Kaiserreich Napoleons III. wünsche. Fast sämtliche Stimmzettel lauteten „Ja mit Zone" und die kaiserliche Regierung fügte sich dem Ausdruck des Volkswillens. Man räumte der Bevölkerung Savoyens das Recht zollfreien Verkehrs mit Genf ein. Das Kaiserreich von 1860 huldigte dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Die französische Republik von 1921 denkt anders darüber.

* * *

Trotzdem Frankreich mit der Schweiz nicht im Kriege gewesen ist, wurden die Zonenverhandlungen von seiner Seite im Anbeginn in einem Ton geführt, als spreche der Sieger zum Besiegten. Der schweizerische Standpunkt war: die Verträge von 1815 bestehen; sie regeln die Verhältnisse der Gexer und der sardischen Zone. Verträge bestehen so lange zu recht, bis eine neue Einigung der vertragschließenden Teile zustande gekommen ist. Wir müssen uns also über die neue Einigung mit Frankreich verständigen. Gelingt sie nicht, so bleibt der alte Zustand bestehen. In bezug auf die große savoyische Zone, die nicht auf zwischenstaatlichen Abmachungen, sondern auf inneren französischen Verhältnissen beruhte, war man in der Schweiz der Ansicht, es sei Sache der savoyischen Bevölkerung, dieses durch die Abstimmung von 1860 erworbene Recht zu behüten.

Ganz anders stellte man sich in Frankreich ein. Ein Recht auf Verhandlungen wollte man nicht anerkennen. Das alte Recht sollte nicht bestehen bleiben, bis ein neues geschaffen worden war. Man sah die Sache so an: Artikel 435 hat die Zonenfreiheit beseitigt. Frankreich hat das Recht, seine Zollinie unverzüglich an die Landesgrenze zu verlegen. Dann wird man mit der Schweiz über etwaige Linderungsmöglichkeiten für die Grenzbevölkerung sprechen. So wurde der kleine Staat sofort in den Zustand des Diktathörigen versetzt. Man entrüstete sich namentlich in Genf über diesen Ton. War man sich doch gerade in dieser Stadt bewußt, während des Krieges so viel für das edelmütige Frankreich getan zu haben, daß einem zu tun fast nichts mehr übrig blieb. Von Genf war die Hauptwerbung für den auf vielen und beträchtlichen Widerstand stoßenden Eintritt der Schweiz in den Völkerbund

Digitized by Google

ausgegangen. Genf war selbst Hauptstadt des Völkerbundes geworden — und nun verursachte Frankreich gerade dieser so überfranzösischen Stadt schwere wirtschaftliche Leiden. Wer Genfs Lage auf der Karte betrachtet, erkennt sofort, daß diese Stadt eines künstlichen wirtschaftlichen Hinterlandes bedarf, wie es ihr die Zonen eben geschaffen hatten und daß eine Verlegung der Zollgrenze unmittelbar vor die Tore der Stadt ihre wirtschaftliche Strangulierung bedeutet. Man schlug Frankreich vor, den Streitfall durch den Völkerbund entscheiden zu lassen, aber davon wollte Frankreich nichts wissen. Der Druck wurde stärker: die französische Regierung ließ sich durch einen Beschluß des Senats auffordern, die Verlegung der Zollinie sofort durchzuführen. Allerhand Anfänge dazu gab es schon. Die morgendliche Milchversorgung Genfs, die von savoyischen Dörfern her geschieht, stockte. Das war ein Pröbchen von dem, was kommen konnte, wenn man dem großen Nachbarn nicht gefügig wurde und ein Abkommen schloß, so wie er es haben wollte. Eine Zeitlang stockten die Verhandlungen. Eine Aeußerung, die das „Journal de Genève" am 21. August 1921 getan hat, läßt sehr deutlich erkennen, mit welchen Mitteln von französischer Seite gearbeitet oder gedroht worden ist. „Wir würden", schreibt das Genfer Blatt, „nichts daran ändern, daß eine Linie von Fiskalbeamten oder Gendarmen dieselben Unzuträglichkeiten haben kann wie eine Zollinie, und wenn Frankreich keine Zonen mehr will und danach trachtet, sie uns zu verekeln, so besitzt es die Möglichkeit, uns auf tausenderlei Art zu quälen, während es in den klaren Grenzen der Verträge bleibt."

Nun, es ist kein Vergnügen, sich von einem großen Nachbarn quälen zu lassen, wenn man sich nicht wehren kann. Die Schweiz hat daher ein Arrangement vorgezogen, durch welches wenigstens die dringendsten wirtschaftlichen Bedürfnisse der Stadt Genf befriedigt werden. Das Abkommen ist am 7. August abgeschlossen und bedeutet eine vollständige Durchsetzung des französischen Standpunktes. Die französische Zollgrenze fällt von jetzt ab mit der Landesgrenze zusammen. Jedoch sind dem Grenzverkehr eine Reihe von Erleichterungen in Form von zollfreien Kontingenten wichtiger Bedarfsartikel zuteil geworden. Insbesondere soll der wirtschaftliche Grenzverkehr und der lokale Vergnügungs- und Touristenverkehr nicht beeinträchtigt werden.

Dieses Arrangement ist in der Schweiz mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen worden. Vielleicht wird der materielle Schaden für Genf nicht so groß sein, wie man anfänglich gefürchtet hatte, namentlich wenn das Abkommen, wie man versprochen hat, in freundnachbarlichem Geist ausgeführt wird. Aber da hapert es eben, denn diesen freundnachbarlichen Geist hat man während der Verhandlungen von der französischen Seite her nicht gespürt. Gefühlt hat man aber den gewaltigen Druck

Digitized by Google

und bewahrt hat man die Empfindung des ohnmächtigen Unterlegenseins und einer moralischen Kränkung. In den Blättern werden Vorwürfe gegen Aber erhoben, weil er bei den Verhandlungen von 1919 die militärische Neutralität den Hochsavoyen geopfert habe, ohne dafür eine Kompensation zu erhalten, und so, daß diese Neutralität auch in den Zonenverhandlungen keine Verwendung mehr finden konnte. Diesen Vorwurf hat namentlich der durchaus entente-freundlich gesinnte Oberst Feyler erhoben.

Was aber die savoyische Zone betrifft, die seit 1860 durch den feierlich ausgedrückten und anerkannten Willen einer französischen Bevölkerung besanden hat, so hat man in Frankreich diese Bevölkerung nicht gefragt, als man ihr verbrieftes Recht abschaffte. Das in Hochsavoyen stark verbreitete Blatt „Le Messager de la Haute Savoie" schreibt: „Trotz wiederholten Versprechungen wurde das Volk von Hochsavoyen über die zukünftige Regelung der Zonenverhältnisse nicht befragt. Ueber Rechte, die uns eingeräumt worden sind, ging man hinweg, ohne uns zu fragen. Man hat uns das Recht genommen, ohne uns etwas dafür zu geben."

Und das savoyische Blatt schließt seine Darlegungen mit einem feierlichen Protest gegen den Gewaltakt, dessen Opfer die Savoyarden der Zone geworden seien!

Auslanddeutschtum und deutsche Hochschule

Von stud. hist. et germ. Arnold Petersenn-Jena, aus Riga

Wir Deutschen sind heute das einzige große Volk Europas, das national noch nicht geeint ist, und die Entwicklung unseres Volkstums hat es mit sich gebracht, daß, selbst bei peinlichster Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes, an eine staatliche Zusammenfassung aller Deutschen gar nicht zu denken ist. Es gibt wenige Parlamente in Europa, in denen keine deutschen Abgeordneten sitzen; knapp zwei Drittel aller Deutschen sind Reichsangehörige. Wohl hat der Versailler Friede durch erzwungene Abtretungen und durch Schaffung wirtschaftlicher Bedingungen, die viele Tausende von Volksgenossen zur Auswanderung zwingen, dieses Verhältnis weiter zuungunsten der staatlichen Einigung verschoben, doch waren immerhin auch vor dem Kriege schon fast 30 Millionen Deutscher jenseits der Reichsgrenzen beheimatet. Der weit überwiegende Teil der Auslanddeutschen hatte schon damals durch den stellenweise bereits Jahrhunderte währenden Kampf ums Deutschtum eine solche Zähigkeit in der Verteidigung seines Volkstums erlangt, wie sie den heute auswandernden Reichsdeutschen in den meisten Fällen abgeht.

Im Kriege wurde dann von den Gegnern Deutschlands kaum ein Unterschied zwischen Angehörigen des Deutschen Reiches und den Deutsch-

Digitized by Google

stämmigen anderer Staaten gemacht; die Lügenpropaganda gegen alles Deutsche, die zum Schaden der Welt noch heute fortwirkt, traf Deutschland und das Deutschtum des Auslandes in gleicher Weise. Gerade durch die Bedrückungen vielfacher Art wurde in den Auslanddeutschen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Brüdern im Reich aber immer mehr gestärkt. So stand das früher reiche Deutschtum des Auslandes bei Beendigung des Krieges wirtschaftlich wohl geschwächt, aber national ungebrochen und erfüllt von Wiederaufbaufreudigkeit da. Seine Lage ist heute meistenteils noch sehr schwierig, da es von allen Seiten angegriffen wird und sich die Grundlagen zur Existenz vielerorts in zäher Arbeit erst wiedererwerben muß. Nur in engstem Zusammengehen mit den Brüdern im Reich können Vorbedingungen geschaffen werden, die einen Erfolg im Abwehrkampf der Grenz- und Auslandpioniere versprechen.

Ein Beweis dafür, daß dieser Gedanke überall unter den Deutschen des Auslandes lebendig ist, ist der immer stärker werdende Zustrom von auslanddeutschen Studierenden an die Hochschulen des Reiches. Hier wollen sie sich zur geistigen Auseinandersetzung mit ihren anders-stämmigen Heimatgenossen rüsten und sich die Möglichkeit schaffen, im Konkurrenzkampf mit anderen Nationen den deutschen Namen hochzuhalten. Wo könnten sie das auch besser, als an den Stätten blühenden deutschen Geisteslebens, die einem, wenn man aus der Fremde kommt, immer als das Schönste erscheinen, was unserem armen Volke geblieben ist! Kurz nach dem Zusammenbruch, als junge Auslanddeutsche in immer größerer Zahl zum Studium nach Deutschland zu kommen begannen, mögen manche von ihnen wohl über das kurzsichtige, unpolitische Denken ihrer Brüder im Reich erschüttert gewesen sein; ihnen war ja durch die Kenntnis der Verhältnisse bei anderen Völkern die Möglichkeit des Vergleichens gegeben, — wie merkwürdig mußte es sie da anmuten, daß man trotz der sichtbaren Folgen der feindlichen Erdrückungspropaganda noch so wenig Sinn für die geistige Abwehr, für den Kampf um Wahrheit und Recht hatte. Geradezu niederschmetternd war es aber für diese in stetem Verteidigungsringen aufgewachsenen Pioniere deutscher Art, wenn sie auf vollkommene Verständnislosigkeit stießen. Leider hatte sich unser Volk, soweit es dem Reiche angehört, trotz der rührigen Arbeit mancher Organisationen auch nach dem Kriege noch von jenem berüchtigten Grenzpfahlpatriotismus nicht freigemacht, der auch in den deutschstämmigen Angehörigen eines fremden Staates nur den Ausländer sieht und ihn als lästigen Gast in der knappen Zeit fortwünscht. In vielen Kreisen wurden auch die nationalen Bestrebungen der Auslanddeutschen als „alldeutsch" abgelehnt, ohne daß dabei berücksichtigt wurde, daß gerade den Deutschen jenseits der Grenze jeder Chauvinismus abgeht. Wohl hat der dauernde Kampf mit Anders-

Digitized by Google

stämmigen in ihnen das Bewußtsein genährt, daß sie in ihrem Volkstum ihr höchstes Gut besitzen, doch betrachten sie das Nationalbewußtsein als einfache Selbstverständlichkeit und lehnen jeden übertriebenen Nationalismus, dessen Schädlichkeit und Unerträglichkeit ihnen ihre Gegner täglich vor Augen führen, ganz scharf ab.

Mißverstehen und Mißtrauen seitens vieler Volksgenossen im Reich konnte wohl betrüben, aber nicht zur Verzweiflung bringen. Die Einsicht, daß in unserem armen, zu allem übrigen sich noch selbst zerfleischenden Volk das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Gedanke der Verteidigungs- und zugleich Verständigungspolitik dem Auslande gegenüber durchaus noch nicht allgemein herrschend seien, führte zum Zusammenschluß und zur planvollen Wirksamkeit der Studenten aus dem Auslanddeutschtum auch hier im Reich. Im „Zentralverband auslanddeutscher Studierender" (Sitz Leipzig), der jetzt bereits etwa anderthalbtausend Mitglieder zählt, haben sie sich die notwendige Organisation geschaffen. Hier haben sich Volksgenossen aus Polen und den baltischen Ländern mit Deutschböhmen, Siebenbürger Sachsen, Banater Schwaben und anderen zusammengefunden. Der größte Teil von ihnen, fast 90%, kommt aus den östlichen und südöstlichen Ländern Europas. Im Vergleich dazu ist die Zahl der Ueberseedeutschen, die im Reiche studieren, gering. Der Erfolg dieses Verbandes hat zugleich den Beweis geliefert, daß Volksgenossen aller innenpolitischen Parteirichtungen und verschiedenster Weltanschauungen gemeinsam positive Arbeit leisten können, wenn ein hohes ethisches Ziel sie eint. Ihr Leitgedanke, ihnen immer lebendig, weil sie den Daseinskampf der Deutschen draußen gegen haßerfüllte andere Völker kennen, muß mit der Zeit Allgemeingut unseres ganzen Volkes werden: es ist die Idee der moralischen Abwehroffensive des Deutschtums mit dem Ziele, künstlich genährte Vorurteile jetzt endlich zu entwurzeln und Brücken der Verständigung zu schlagen. Einte uns Deutsche im Kriege der uns alle in gleicher Weise treffende Haß der Ententestaaten, so bilden wir jetzt, seiner denn je miteinander verbunden, die Gemeinde des Wiederaufbaus des wahren Friedens. An eine politische Zusammenfassung aller Deutschen auf der Welt hat das Auslanddeutschtum nie gedacht, weil das unmöglich und mit dem Selbstbestimmungsrecht nicht vereinbar ist. Was wir erstreben, ist das große Kulturdeutschland, das weit über die Grenzen des verstümmelten, blutenden Staates hinausreichen soll, soweit die deutsche Zunge klingt.

Gelingt es dem Deutschtum, mit Hilfe seiner Auslandsposten das von den Feinden im Kriege gewobene Lügennetz zu zerreißen, vermag es an die Stelle des trennenden Hasses ein Netz von Beziehungen wirtschaft-

Digitized by Google

licher, wissenschaftlicher, persönlicher Art zu setzen, dann könnte die jetzige Isolierungspolitik von den Gegnern nicht länger aufrechterhalten werden.

Obwohl so die Zweckmäßigkeit, ja die über allem Zweifel stehende Notwendigkeit derjenigen Arbeit allgemein einleuchten muß, der sich die im Reich studierenden Auslanddeutschen gewidmet haben, so wird ihr doch auch heute vielfach noch nicht mit genügendem Interesse begegnet. Als positiven Erfolg unserer Aufklärungsbestrebungen, die ja durch unser persönliches Dasein anschaulich wirkten, können wir immerhin die schneller als bisher durchdringende Erkenntnis buchen, daß Reichsgrenzen nicht Volksgrenzen sind. Für unsere weiteren Ziele fehlt allerdings noch das Verständnis. Wir leben ja heute auch im Zeitalter des Organisationsfiebers und der lautschallenden Phrasen; dadurch ist es vielleicht zu erklären, daß man unserer Bewegung, hinter der ja direkt auch nur einige tausend Studenten stehen, wenig Aufmerksamkeit schenkt. Zwei Punkte von entscheidender Bedeutung sind hierbei aber nicht berücksichtigt. Unter den Deutschen des Auslandes gilt der Akademiker viel mehr, als im Reich; er ist der maßgebende Führer, hinter dem in jedem Falle viele seiner Volksgenossen stehen. So ist es durchaus zu erwarten, daß, wenn einmal der akademische Nachwuchs für gewisse Ideen ganz gewonnen ist, diese Gedanken bald überall unter den Deutschen des Auslandes herrschend sein werden. Außerdem ist ja gerade der unter fremden Völkern siedelnde Deutsche, weil er deren Sprache und Verhältnisse kennt, wie kein anderer zum Brückenbauer geeignet. Im Zusammenleben mit anderen Nationen hat er den richtigen Weg nationalen Handelns gefunden: laxe Anschauungsweise ist ihm ebenso fremd, wie übertriebener Chauvinismus.

Wenn wir fürs erste mit unseren Gedanken noch nicht in weitere Kreise unseres Volkes gedrungen sind, so wird das den Mut zur Weiterarbeit nicht lähmen, besonders da wir Teilerfolge ja errungen haben. Vor zwei Jahren wurden die auslanddeutschen Studenten meistenteils noch als lästige Ausländer angesehen, das Studium wurde ihnen durch Ausnahmebestimmungen und Sondergebühren erschwert, ihre Pläne als extremnationalistisch abgelehnt. Heute haben, dem Vorgang Preußens folgend, die Kultusministerien Sachsens, Württembergs, Badens, Bayerns und Thüringens in der Gebührenfrage eine Gleichstellung mit den Reichsinländern herbeigeführt. Von allen diesen Stellen ist der „Zentralverband Auslanddeutscher Studierender" als berufene Auskunftsstelle über die völkische Zugehörigkeit ausländischer Studenten anerkannt worden. Die reichsdeutschen Studenten haben den Gedanken der Volksgemeinschaft von vornherein begeistert aufgegriffen und ihre auslanddeutschen Kommilitonen ohne jede Einschränkung der „Deutschen Studentenschaft" eingegliedert. Dieses Verständnis hat im Auslanddeutschtum ein freudiges Echo geweckt. Wie er-

Digitized by Google

[illegible]

[illegible] Regierungen ermöglichen, [illegible] nationalistischen [illegible] Deutsche

ihre Völker in einer ständigen Wut gegen alles Deutsche zu erhalten. Schon heute bietet sich uns hierzu manche hilfreiche Hand aus dem neutralen, selbst aus dem feindlichen Ausland. Größer wird der Erfolg der deutschen Brückenarbeit werden, wenn erst die Scharen

Digitized by Google

auslanddeutscher Akademiker in ihre Heimatländer zurückkehren, um durch ihre Tätigkeit auch dem Widerstrebendsten zu zeigen, was deutsches Wesen, deutsche Wissenschaft tatsächlich sind.

Das Auslanddeutschtum ist eine einzigartige Erscheinung im Völkerleben; jetzt erscheinen uns die kleinen deutschen Inseln noch schwach und fremden Angriffen wehrlos preisgegeben. Sieht man sie vom Standpunkt der deutschen Abwehrpropaganda an, dann erkennt man gerade in ihnen die Kraftzentralen, von denen aus der deutsche Gedanke der Verständigung freier Völker seinen Siegeslauf antreten wird, wenn erst alle besonderen Vorurteile gegen unser Volk aus dem Wege geräumt sind. In dieser Rettungsarbeit können alle Anlagen der Deutschen zur Auswirkung gelangen, da sich hier hohe nationale Pflichten mit einer ethischen allgemeinmenschlichen Aufgabe verbinden. Die auslanddeutschen Studierenden, welche jetzt an den Quellen deutschen Wissens trinken, sind berufen, hierbei eine hervorragende Rolle zu spielen. Sie werden die im Herzen des Volkstums reifenden Kräfte dem kampferprobten, verständigungsfreudigen Auslanddeutschtum übermitteln und so das erste Glied einer Brücke bilden, die über die Grenze unseres Volkes hinaus errichtet werden muß, soll die Welt wieder gesunden. Vielleicht bietet sich im Osten eben das beste Feld für unsere Bestrebungen. In den meisten Rand- und Nachfolgestaaten, aus denen ja auch die meisten von uns auslanddeutschen Studenten stammen, ist man sehr empfänglich für Erfolge der deutschen Industrie und Wissenschaft. Reale Machtmittel fehlen den Deutschen, aber gerade das wird uns vielerorts die Wege ebnen. Wir Auslanddeutschen sind keine verrannten Ideologen und wissen wohl, welche Bedeutung Flotten und Armeen im Völkerleben haben. Aber wir haben die Wirkung der feindlichen Propaganda am eigenen Leibe gespürt und unterschätzen daher den Wert der psychischen Kampfmittel nicht. Im Kampf um die Seele des einzelnen Mannes, der einzelnen Völker wird das Deutschtum Triumphe feiern, weil es die Wahrheit für sich hat. Brückenbauer, ans Werk! Soll Macht nicht vor Recht gehen, muß Recht Macht werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 17. September 1921 * Heft 38

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Reichsregierung hat vor dem Reichsrat eine Schlappe erfahren; die rückwirkende Kraft ihrer Ausnahmeverordnung wurde beanstandet, und sie sah sich veranlaßt, den größten Teil der Zeitungsverbote zurückzunehmen. Das ist nicht weiter erstaunlich; es wurde hier kürzlich schon zum Ausdruck gebracht, daß, so berechtigt die Verteidigungsaktion des Kabinetts gewesen war und bleibt, ihre Praxis juristisch unhaltbar sein mußte. An dem Nachspiel im Parlamente selber wird es nicht fehlen. Aber durch seine Erledigung im Reichsrat ist zum Ausdruck gekommen, daß neben der juristischen Beurteilung auch die staatspolitische Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern weitergeht: das Reich kämpft um die Ausdehnung seiner Macht, die Länder um die Behauptung ihrer Exekutive.

*

Die Spannung zwischen Bayern und dem Reich erlebte ihre erneute Verschärfung über den Streitpunkt: Ausnahmezustand. Im Frühjahr drehte es sich um die Entwaffnung; damals schien es fast zu einem außenpolitischen Konflikt zu kommen, bis Herr von Kahr nachgab, freilich weniger vor Wirth als vor Foch. Wahrscheinlich drückt es noch heute das bayrische Kabinett, daß es in jener Angelegenheit seine vielen hartnäckigen Kungebungen schließlich doch desavouiert hat, und um so „unbeugsamer" wollte es sich jetzt bewähren, da es sich nur um innerdeutsche, um staatsrechtliche Prestigefragen handelt. Denn das ist der springende Punkt. Das materielle Bedürfnis nach dem „Ausnahmezustand" ist heute, da das bayerische Landvolk die Revolutionspsychose längst hinter sich hat, gering genug geworden und die südbayerischen städtischen „Revolutionäre" sind völlig führerlos; wenn sich Bayern als „Ordnungszelle" feiern läßt, ist dann diese Ordnung nur ein künstliches Gewaltsystem? Das wollten sie doch wohl selber nicht wahrhaben, da von der Isar die deutsche

Digitized by Google

Erneuerung kommen soll. Das innerlich Unwahre des gegenwärtigen Konflikts ist dies, daß die wütendsten bayrischen Partikularisten zur Zeit, wenigstens in der Publizistik, weithin Nicht-Bayern sind, denen es nicht so sehr auf die „Rettung Bayerns" ankommt, als auf die Gegnerschaft gegen die Reichsleitung. Man täuscht sich in Bayern, wenn man glaubt, es dreht sich nur um einen Gegensatz München-Berlin; der nichtbayrische Süden und selbst das fränkische Bayernland steht hier gegen die bisherige Münchener Politik. Kahrs Demission hat das Problem nicht geschlossen!

*

Die wechselvolle Geschichte des deutschen Markkurses zeigt, daß ein Volk nicht nebeneinander Reparationszahlungen und politische Krisen vertragen kann. Der Rückfall der Mark gegen den Dollar verhöhnt heute schon die kommende Steuergesetzgebung, denn diese läuft mit versagendem Atem hinter der „Geldentwertung" her, erreicht sie nicht, geschweige, daß sie ihr zu Hilfe kommen würde, was sie wahrscheinlich gekonnt hätte, wenn durch einen weiterblickenden Helfferich während des Krieges ein Finanzsystem konstruiert worden wäre, mit dem der Inflation sofort hätte begegnet werden können. Jetzt ist es dazu zu spät; freilich, nicht zu spät zu Reden über das Verhängnis.

*

Die Entente, die Deutsch-Oesterreich verboten hatte, mit Truppenmacht das Burgenland zu besetzen, muß es jetzt erleben, daß Ungarn dort ebenso verfährt, wie Polen in Oberschlesien. Italien, das an dieser Frage in erster Linie interessiert ist, soll die verfahrene Sache in Ordnung bringen. Möglicherweise wird es sich aber als notwendig erweisen, daß der große Ententebruder den kleinen wird zu Hilfe rufen müssen. Das würde letzterer mehr wie gern tun, weil die Kleine Entente in scharfem Gegensatz zu Ungarn steht, das die an die Tschechei, Rumänien und Südslawien abgetretenen Gebiete nicht verschmerzen kann.

*

Erst jetzt wird es bekannt, daß das Staatsdepartement in Washington Lloyd Georges Vorschlag vom 18. August abgewiesen hat. Damit ist Englands Plan von einer Entente zwischen England, Japan und Amerika ins Wasser gefallen. In der Erklärung des Staatsdepartements an die amerikanischen Journalisten heißt es, daß Lloyd Georges Idee von der amerikanischen Regierung „mit äußerstem Mißfallen aufgenommen" worden ist, weil dadurch „Frankreich" und Italien (nebst China), die bisher gerade in der Frage der Völkerbundsmandate an einem Strang gezogen, während Japan und England die Gegenseite repräsentiert hätten, aus dieser exklusiven Gesellschaft „ausgeschlossen" werden würden.

Digitized by Google

Dante als Politiker

Von Professor Dr. Walter Goetz-Leipzig

Wenn Italien am 14. September die sechshundertjährige Erinnerung an Dantes Todestag feiert, wird die politische Note nicht fehlen. Denn die Vereinigung der einstmals „unerlösten" Gebiete mit dem italienischen Nationalstaate läßt den Geist Dantes wieder ebenso lebendig werden, wie er einst in der italienischen Freiheitsbewegung lebendig war, wo alle Parteien, ob monarchisch oder republikanisch, ob kirchlich oder freigeistig, sich auf Dante beriefen, um ihrer Sache den großen Schwung höchster nationaler Ueberlieferung zu geben. In vieler Hinsicht war diese Berufung auf Dante eine Vergewaltigung, denn mit den Zielen dieser modernen Parteien deckte er sich in keinerlei Hinsicht — nicht nur, weil seit Jahrhunderten den Ideen unserer Zeiten allzufern stand, sondern weil Dante grundsätzlich etwas ganz anderes wollte als das moderne Italien.

Wenn irgendeiner die mittelalterliche Ideenwelt verkörperte, so war es Dante. Für ihn gab es nur die gottgewollte christliche Welt mit ihrer Zweiteilung in Kirche und Staat, und diese beiden Mächte waren ihm auf Erden vertreten durch Papsttum und Kaisertum. Dante hat heftige Kritik an einzelnen Päpsten und sonstigen kirchlichen Würdenträgern geübt, aber das Papsttum selber galt ihm als unantastbar — er ist Katholik im vollsten kirchlichen Sinne des Wortes. Aber er ist freilich nicht unbedingter Parteigänger der in Rom herrschenden kirchlichen Anschauungen — schon über das Verhältnis von Staat und Kirche dachte Dante nicht in römischem Sinne, sondern mit streng paritätischer Deutung der vorausgesetzten göttlichen Offenbarung folgerte er, daß der Staat, also das Kaisertum, zu völlig gleichem Rechte neben der Kirche, also dem Papsttum, stehen sollte, jeder Teil wirksam in seiner nur ihm gebührenden Sphäre. Indem Dante aber an dieser Auffassung einer von Gott für immer bestimmten Weltordnung festhielt, wurde ihm das christliche Kaisertum mehr als Italien — dieses sein Heimatland ist ihm nur ein Teil des christlichen Weltreiches, und der Kaiser ist der natürliche und unantastbare Herrscher. Von diesem Weltkaiser erhofft er die Befreiung Italiens aus aller Not: vom Parteizwist in den Städten und vom Kampf der territorialen Machthaber untereinander; der Kaiser soll den allgemeinen Frieden in Italien herstellen und Hüter des Rechtes sein. Da das römische Kaisertum aber seit Karl dem Großen auf die Deutschen übergegangen ist, so nimmt er den deutschen König als den gesetzmäßigen Weltkaiser, und er häuft bittere Vorwürfe auf den letzten deutschen König, der seiner kaiserlichen Pflicht gegenüber Italien nicht genügt habe, auf Albrecht I. Er begrüßt mit

Digitized by Google

leidenschaftlicher Hingabe und Hoffnung Heinrich VII., und er fordert ganz Italien auf, dem Gesandten Gottes — denn das ist ihm der deutsche König — Gehorsam zu leisten. Auch das Scheitern Heinrichs VII. in Italien bekehrt ihn nicht von diesen Ueberzeugungen: die Göttliche Komödie, das Werk seiner letzten Jahre, ist ebensowohl der Ausdruck seines bitteren Schmerzes über den Zusammenbruch seiner Hoffnungen als auch das erneute ungebrochene Bekenntnis zu dieser göttlichen Weltordnung, ja, eine Apotheose des Kaisertumes wie des Christentumes. Und seine einzige rein politische Schrift, die Abhandlung über die Monarchie (De Monarchia), lehrt das gleiche.

Man sieht: von dem Gedanken eines italienischen Nationalstaates ist Dante weit entfernt. Wohl zeigt er ein gewisses italienisches Nationalgefühl, aber noch stärker ist seine Liebe zur florentinischen Heimat; Florenz wie Italien aber sind ihm nichts anderes als Teile des christlichen Imperiums und die Unterordnung unter den stammesfremden Kaiser ist ihm politische und religiöse Pflicht.

Kein Zweifel, daß Dante mit diesen Anschauungen wider alle geschichtliche Wirklichkeit und Entwicklung stand. Hatte es einstmals kurzfristige Möglichkeiten gegeben, ein solches Universalreich durchzuführen, so war doch schon durch den langen Kampf zwischen Papsttum und Kaisertum erwiesen worden, daß das Gleichgewicht der beiden obersten Mächte ein unerreichbares Ziel war. Seit der Mitte des 13. Jahrhunderts aber lag zudem so offen zutage, daß das Kaisertum sich weder den italienischen Mächten noch den erstarkenden Nationalstaaten Frankreich und England gegenüber als Obermacht zu behaupten vermochte, daß Dantes felsenfester Glaube an das römische Kaisertum deutscher Nation nicht als politische Weisheit, sondern nur als ein großer Traum genommen werden kann. Wieviel schärfer sahen die politischen Bekämpfer des Papsttums in jener Zeit, die Publizisten am französischen Hofe und dann die Parteigänger Ludwigs des Bayern, die neue politische Lage an, und wieviel klarer wußten sie neue Wege zu weisen! Sie sprengten die politische Gedankenwelt der Scholastik und des Mittelalters, während Dante sie in seiner Schrift über die Monarchie und in der Göttlichen Komödie idealisierte und als unantastbar verherrlichte! Zwar ist es richtig, daß Dante hier und da moderne Gedanken über den Staat ausgesprochen, daß er in etwas vom Rechtsstaat späterer Zeiten geahnt hat, aber diese Gedanken sind nicht das Zentrum seiner politischen Anschauungswelt, sondern sie liegen nur an ihrer Peripherie.

Wunderbar, daß Dante trotzdem auch den Nachruhm eines politischen Führers erhalten hat! Aber man erkennt sofort den tiefen Zusammenhang zwischen der Kultur eines Volkes und seiner politischen Entwicklung, wenn man die Ursachen dieses Nachruhms aufzuspüren strebt. Nicht mit

Digitized by Google

seinen politischen Ideen, sondern allein als geistige Persönlichkeit hat Dante auf die spätere italienische Politik bis in die Gegenwart hinein gewirkt. Denn Dante war der erste, der durch seine geistige Leistung, durch sein unsterbliches Gedicht und durch die Formung der italienischen Sprache ganz Italien gehörte und allen Italienern über ihre politischen Gegensätze hinaus das Gefühl einer sie alle umschlingenden Einheit gab. War diese Einheit zunächst auch nur eine geistige, so war sie doch die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, das sich früher oder später auch politisch gestalten mußte. Aus der Einheit der Kultur erwuchs die Forderung nach dem nationalen Staate, aus dem kulturellen Selbstbewußtsein der Drang nach gesicherter politischer Geltung.

Aber Dante stand nicht nur am Anfang dieser geistig-politischen Entwicklung, sondern über alle seine zeitlichen politischen Irrtümer hinweg blieb der Nachwelt der ungeheure Eindruck einer unbeugsamen politischen Persönlichkeit. Um seiner Anschauungen willen war Dante aus seiner Vaterstadt Florenz vertrieben worden, durch Parteihaß unschuldig verurteilt wie ein gemeiner Verbrecher, hatte er zwei Jahrzehnte lang als Verbannter gelebt, in Sehnsucht nach der über alles geliebten Heimat sich verzehrend, ruhelos und in äußerer Not umhergetrieben, bis er schließlich in den letzten sechs Jahren seines Lebens am Hofe der Polenta in Ravenna ein Asyl fand, vorher eine Weile noch von höchster Hoffnung belebt, als Heinrich VII. nach Italien kam, dann aber in jene zugleich bittere und große Stimmung zurückgeworfen, die von der Zukunft dennoch erhoffte, was die Gegenwart auf keine Weise zu geben vermochte. Unerschütterlich blieb dieser Geist seinen Idealen treu; ob er dafür auch für immer auf die Rückkehr in die Vaterstadt verzichten, ob er äußere Not und den Makel des Geächteten tragen mußte — er wappnete sich immer mehr mit dem Stolze seiner alma sdegnosa: der Seele, von der alles Gemeine abgleitet, und er gestaltete als Dichter das Weltbild, das dem Politiker unerreichbar geworden war. Von hier gingen wohl seine stärksten, von aller Zeit und ihrer vergänglichen Politik unabhängigen politischen Wirkungen aus: in dieser Hingabe an ein vergeistigtes Ziel, in dieser Verbindung von nationaler Kultur und politischer Persönlichkeit lag und liegt das unvergängliche Vorbild des politisch handelnden Menschen. Und es sei hinzugefügt: Indem das Nationale in Dante sich zum allgemein Menschlichen steigerte, indem er in der einzelnen Nation nur ein gehorsames Glied der christlichen Welt sah, erhob sich sein Wollen in eine universale Sphäre, die zwar durchaus unwirklich war, aber gerade deshalb allen Völkern und allen Zeiten etwas zu geben vermochte — aus jener Welt des Hoffens, die von allem Erdenleben untrennbar ist. Die Politik als Führerin zu einem höheren Dasein der Völker — das ist der letzte Inhalt der Lehren Dantes. Das Bildnis, das Raffael in der

Digitized by Google

sog. Disputa von Dante gegeben hat, ist kein Porträt, denn dafür fehlten die sicheren Vorlagen; wohl aber ist es die Wiedergabe alles dessen, was aus Dantes Schaffen widerstrahlte: die Persönlichkeit, wie der große Maler sie ahnend empfand. Ein Zug der Bitterkeit über gescheiterte Hoffnungen liegt in diesem Antlitz, aber weit stärker der Ausdruck einer Tatkraft, die Himmel und Hölle zu überwinden strebt. Die sittliche Pflicht beherrscht diesen Kopf, wie sie einst das Leben dieses Mannes geleitet hatte. Wie ihn Raffael kongenial zu deuten wußte, lebt er nun für alle Zeit weiter.

Man erkennt, was dieser Geist seiner Nation zu geben vermochte, als sie zu eigenem politischen Leben erwachte: er wurde ein Erzieher zur Tat wie zur Vertiefung aller Ziele, und man begreift, wie alle Parteien des neuen Italiens sich seines Beistandes zu versichern suchten. Es bleibt mir in lebendiger Erinnerung, was ein italienischer Politiker um 1900, in einer Zeit tiefer nationaler Depression, einmal sagte: „Ein Volk, das einen Dante gehabt hat, kann nicht zugrunde gehen!" So wird durch ihn die nationale Energie zu immer neuer Leistung angetrieben.

Eben deshalb feiern auch wir den großen Italiener an diesem Jahrhundert-Gedenktag. Er hat uns nicht nur als Dichter die reichsten Anregungen gegeben, wie die mehr als dreißig deutschen Uebersetzungen der Göttlichen Komödie beweisen, wie die reiche Dante-Wissenschaft, die wir in Deutschland seit hundert Jahren besitzen, zeigt, sondern auch auf uns wirkt das Beispiel dieser Persönlichkeit in ihrer Verbindung von politischem Wollen und geistiger Vertiefung, von nationaler Tatkraft und universaler Gesinnung. Um so mehr, als wir die Not seines persönlichen Schicksals heute in gleicher Bitterkeit mit unserem ganzen Volke zu erleben vermögen! Unbeugsame Kraft ströme auch zu uns von ihm herüber, aber auch zugleich jener Geist der Reinheit, der ihn noch größer sein ließ als sein Werk.

Rechts – links oder Mitte?

Von Dr. Friedrich Thimme

Immer mehr schiebt sich die Frage in den innerpolitischen Vordergrund, ob in Deutschland die Entscheidungsstunde zwischen rechts und links gekommen sei. Auf dem Deutsch-nationalen Parteitag, der vom 1. bis 3. September in München tagte, waren alle Redner mehr oder minder auf die entschiedene Bejahung dieser Frage gestellt. Insbesondere hat Professor Martin Spahn, einer der angesehensten Führer des katholischen Jung-Deutschland, seinen Uebertritt zur Deutsch-nationalen Partei damit begründet, daß es jetzt, wo der Entscheidungskampf zwischen rechts und links bevorstehe, Farbe zu bekennen heiße. Laut hat Spahn nach der großen deutschen Einheitspartei der Rechten gerufen,

Digitized by Google

deren Aufgabe es sei, den Kampf gegen alles Undeutsche aufzunehmen. Offenbar hofft Spahn, daß ihm nicht nur die katholische akademische Jugend, von der in der Tat schon ein guter Teil mit einem Fuß im Deutschnationalen Lager steht, folgen wird, sondern, daß auch die breiten Massen des Zentrums, obgleich dessen Weg unter dem Eindruck der Ermordung Erzbergers zunächst nach links zu führen schien, bei der Scheidung der Geister schließlich doch ihren naturgegebenen Platz in dieser großen Partei der Rechten finden werden. Ausdrücklich hat Spahn die Erwartung ausgesprochen, daß Heim, der Führer der dem Zentrum noch immer nahestehenden Bayerischen Volkspartei, und Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, einst mit der Rechten auf gemeinsamem Wege zusammentreffen würden.

Einen ähnlichen Lockruf hat Staatsminister a. D. Hergt, als Vorsitzender der Deutschnationalen Partei an die Deutsche Volkspartei gerichtet: wir müssen eine große Rechte bilden mit der Deutschen Volkspartei, die ja denselben Selbstbehauptungswillen hat wie wir, und von der uns nur taktische Unterschiede trennen.

Nie aber war solches Liebeswerben weniger angebracht, als in einer Zeit, wo das deutsche Volk bis in die Reihen der Deutschnationalen Partei selbst — Tausende von Austrittserklärungen beweisen es — unter dem Eindruck stand und steht, daß das Treiben rechtsradikaler Elemente, die von der Parteileitung zu weit aus den Fingern gelassen waren, wesentlich Schuld an der Vergiftung der politischen Atmosphäre trage, aus der eine Schandtat wie der Mord an Erzberger erwachsen konnte. Von allen Seiten haben denn auch die Deutschnationalen Körbe eingeheimst. Auf seiten der Deutschen Volkspartei hat es sich der Abgeordnete Kahl, einer der glühendsten Patrioten, in der Sitzung des „Ueberwachungsausschusses" vom 2. September ausdrücklich verbeten, daß seine Partei als eine Rechtspartei bezeichnet werde. Bei derselben Gelegenheit hat es Kahl noch einmal nachdrucksvoll unterstrichen, was schon aus den voraufgehenden programmatischen Artikeln des Abgeordneten Dr. v. Campe in der „Täglichen Rundschau" und der „Kölnischen Zeitung", des Abgeordneten Stresemann in der „Vossischen Zeitung" deutlich zutage getreten war: daß die Deutsche Volkspartei fest auf dem Boden der gegenwärtigen Verfassung steht und gewillt ist, diese gegen jeden gewaltsamen Angriff, komme er von links oder rechts, zu schützen. Den damit scharf und deutlich gegen die Deutschnationalen gezogenen Trennungsstrich haben diese ja wieder zu verwischen gesucht, indem sie am 6. September ihre Sprecher zu Reichskanzler Wirth mit der nachträglichen Erklärung schickten: auch sie ständen auf durchaus verfassungsmäßigem Boden und erkennten vollauf an, daß die bestehende Verfassung mit allen gesetzlichen Mitteln zu schützen sei. Aber, selbst wenn man diese Erklärung, die durch das tatsächliche

Digitized by Google

Verhalten der Deutschnationalen beim Kapp-Putsch in ein eigentümliches Licht gerückt wird, gelten lassen wollte, so bleibt doch als durchgreifender, nicht bloß taktischer Unterschied zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei bestehen, daß jene die Koalition der Mitte, also das Zusammengehen auch mit den Mehrheitssozialisten als „ein hemmendes Kompromiß, eine innere Unwahrheit, eine Quelle dauernder Reibungen" perhorresziert, während die Deutsche Volkspartei in klarer Erkenntnis, daß ein Regieren ohne und gegen den Sozialismus auf die Dauer nicht möglich ist, geradezu auf die Koalition der Mitte lossteuert. Man lese nur, was der Abgeordnete Dr. v. Campe, der unter den Verständigungspolitikern der Deutschen Volkspartei neuerdings den Reigen führt, in der „Kölnischen Zeitung" vom 22. und 23. August über die Möglichkeit und Notwendigkeit einer großzügigen Kompromißpolitik geschrieben hat. Campe läßt keinen Zweifel daran, daß er eine Orientierung „hier rechts, hier links" geradezu für ein Verhängnis ansehe, und daß seine Partei alles, aber auch alles bis zum letzten versuchen werde, um dieser Zuspitzung der Dinge zu entgehen.

Auf genau den gleichen Standpunkt hat sich auch Stegerwald in seiner dreifachen Eigenschaft als Führer der christlichen Gewerkschaften, als Vorstandsmitglied der Zentrumspartei und als preußischer Ministerpräsident gestellt. Mit voller Bestimmtheit hat Stegerwald erst vor wenigen Tagen auf die Anbiederungen der Deutschnationalen hin erklärt, daß nach seiner Anschauung die Entscheidungsstunde zwischen rechts und links noch nicht gekommen sei, daß er vielmehr für das nächste Jahrzehnt eine starke Mitte für eine deutsche Lebens- und Existenzfrage halte. Nur durch eine kompakte Mitte, einschließlich eines starken Arbeiterflügels (der auch nach Stegerwalds Ansicht durch die christlichnationalen Gewerkschaften allein noch nicht gebildet werden kann), sei Ruhe und Stetigkeit in die deutsche Politik zu bringen. Nach wie vor steht also Stegerwald, im Gegensatz zu den Rechten, die die Dinge auf die Orientierung hie bürgerlich hie sozialistisch hinaustreiben möchte, im Gegensatz aber auch zur Sozialdemokratie, die ganz offensichtlich auf eine Verstärkung der Linken durch die Unabhängigen lossteuert und deren bisherigen Widerstand gegen eine Koalition mit bürgerlichen Parteien halbwegs überwunden zu haben scheint, auf dem Boden einer gleichmäßigen Verbreiterung der Mitte nach rechts und links, zunächst in Preußen. Ausdrücklich heißt er es gut, daß Zentrum und Demokraten sich gegen die Zerreibung der Mitte einsetzen.

Die jüngsten Vorgänge bei dem Versuch der Regierungsumbildung in Preußen haben denn auch gezeigt, daß die beiden Parteien, auf die sich das Kabinett Stegerwald stützt, daß Zentrum und Demokraten trotz des Eindrucks der Ermordung Erzbergers keineswegs geneigt sind, sich von der Sozialdemokratie ins Schlepptau nehmen zu lassen. Haben sie sich

Digitized by Google

doch nicht einmal bereit finden lassen, vorläufig mit der Mehrheitssozialdemokratie eine Regierung der alten Koalition zu bilden, um nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über deren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Da die Mehrheitssozialisten ihrerseits den festen Standpunkt von Zentrum und Demokraten, daß die Neubildung der preußischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, d. h. unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei erfolgen könne, schroff ablehnten, so ist der Versuch, diese breite Koalition der Mitte vorerst in Preußen zu schaffen und sie dann aufs Reich zu übertragen, einstweilen als völlig gescheitert zu betrachten. Ob die Unnachgiebigkeit der Sozialdemokratie als eine endgültige anzusehen ist, werden die Verhandlungen des vor der Türe stehenden Görlitzer Parteitages lehren. Die Deutsche Volkspartei hat schon jetzt keinen Zweifel daran gelassen, daß sie auch weiterhin unter Zurückstellung parteipolitischer Bedenken bereit bleibe, mit der Sozialdemokratie in das Preußische Kabinett einzutreten und, soweit es an ihr liege, die unentwegt auf die Herstellung der breiten Koalition der Mitte gerichteten Pläne Stegerwalds verwirklichen zu helfen. Wenn also diese breite Koalition, d. h. der Zusammenschluß der Parteien von Stresemann bis Scheidemann auch nach Görlitz nicht zustande kommen sollte, so wird die Schuld in erster Linie die Sozialdemokratie treffen.

So müßig nun auch bei der Sprunghaftigkeit allen heutigen Geschehens jedes Prophezeien bleibt, so ist es doch wirklich nicht schwer, die Entwicklung der Dinge vorherzusehen. Die Gesamthaltung der Sozialdemokratie läßt kaum noch einen Zweifel daran, daß sie, trotz der Einsicht mancher ihrer Führer, nicht mehr auf die Herstellung einer Koalition der Mitte, sondern auf den Anschluß nach links, auf den Konflikt, auf Neuwahlen mit der Parole: hie Proletariat, hie Besitzer von Goldwerten lossteuert. Sie mag darauf rechnen, daß es ihr gelingen werde, bei der Scheidung der Geister in zwei große Heerlager auch aus der bürgerlichen Reihen Zuzug zu erhalten, hat doch kein geringerer als der Reichskanzler Wirth erklärt, daß er bei einer solchen Zuspitzung der Dinge auf seiten des Proletariats zu finden sein werde. Aber bei der Umbildung des preußischen Kabinetts hat sich ja schon gezeigt, daß Wirth in dem Streben, der gesamten Politik im Einklang mit den sozialistischen Parteien einen starken Ruck nach links zu geben, nicht auf die Gefolgschaft seiner eigenen Partei rechnen kann. Erst recht würde das nicht der Fall sein, wenn die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit, z. B. im Fall einer Wiederkehr des Ministeriums Kahr, dazu schritte, ihre dunklen Drohungen gegen Bayern zu verwirklichen, wohl gar, unter gröbster Verletzung der Weimarer Verfassung die Republik Franken zu proklamieren. Ein solches Vorgehen der Sozialdemokratie, das ihre Verfassungstreue in einem Moment, wo sie sich zum Hüter der Verfassung aufwirft, auf das schwerste kompromittieren

Digitized by Google

müßte, könnte nur eine scharfe Reaktion gerade im Zentrum, dem der Föderalismus, trotz des unitarischen Wirth, tief in den Knochen steckt, zur Folge haben. Auch die Steuerpolitik der Sozialdemokratie, die ganz einseitig auf die Beteiligung des Reiches an den Gold- und Sachwerten, d. h. auf Vermögenskonfiskation gestellt ist und insoweit wieder gegen einen Fundamentalsatz der Reichsverfassung — § 153, der das Eigentum gewährleistet —, verstößt, kann das Zentrum, das auf seinen agrarischen Flügel Rücksicht zu nehmen hat, nur von einem Hand-in-Hand-Gehen mit der Sozialdemokratie abschrecken, gar nicht zu gedenken, des grundlegenden Gegensatzes in allen Kultur- und Weltanschauungsfragen.

Also mit den Hoffnungen der Sozialdemokratie auf eine völlige Linksorientierung des Zentrums und der Demokraten und auf eine Frontstellung bei den nächsten Wahlen, wo die linksgerichteten Parteien einschließlich Zentrum und Demokraten gegen rechts kämpfen würden, ist es nichts. Ebensowenig allerdings mit einer einheitlichen Phalanx des Bürgertums gegen die sozialistischen Parteien, die angesichts des Verhaltens der Deutschnationalen unmöglich ist und so lange unmöglich bleiben wird, als diese nicht ihre verantwortungslose Desperadopolitik aufgeben werden. Kommt es zu Neuwahlen, so werden aller Voraussicht nach auf der einen Seite Mehrheitssozialisten und Unabhängige, auf der anderen Zentrum, Demokraten und Deutsche Volkspartei in einem engeren Konzern zusammen kämpfen, während Deutschnationale und Kommunisten isoliert für sich stehen werden. Wie dann die Wahlen ausfallen, ist natürlich nicht vorherzusagen. Schwerlich werden doch die sozialistischen Parteien aus der Teilung der bürgerlichen Parteien allzuviel Vorteil ziehen. Herr von Campe befürchtet für den Fall einer sozialistischen Niederlage den Bürgerkrieg. Vielleicht darf man mit ebensoviel Wahrscheinlichkeit auf einen sozialistischen Katzenjammer rechnen, der groß genug ist, um es doch noch, nach vielen Umwegen und falschen Anläufen zu jener Partei der Mitte kommen zu lassen, in der objektive Betrachtung auf absehbare Zeit hinaus der politischen Weisheit letzten Schluß sehen muß.

Neue Wege zur Lösung der oberschlesischen Frage

Von Wilhelm Meridies (Oppeln)

Seit Monaten hatte es nach außen hin den Anschein, als wäre dem Deutschen Reich jede Möglichkeit genommen, eigene aktive Politik in der oberschlesischen Frage zu treiben. Die Abstimmung hatte für uns entschieden, folglich mußte uns vom Obersten Rat das Land zugesprochen werden. Das war der Standpunkt und, wie zugegeben werden muß, der

Digitized by Google

Rechtsstandpunkt der deutschen Regierung. Aber es war ein einseitiger, besser vielleicht ein taktisch-unglücklicher Standpunkt, wie wir offen aussprechen wollen. Die deutsche Regierung glaubte sich also auf eine rein passive Protestpolitik beschränken zu müssen, die den Rechtsstandpunkt der Unteilbarkeit Oberschlesiens auf Grund des Friedensvertrags und der Abstimmung auswertete. Als dann während der Pariser Konferenz der Entschluß der englischen Politik, den deutschen Interessen gerecht zu werden, offensichtlich wurde, sah man in der Wilhelmstraße erst recht keinen Grund, aus seiner Passivität herauszutreten. Es muß einmal, so unerquicklich es ist, offen über dieses Kapitel: „Oberschlesien und die Reichsregierung" gesprochen werden. Es ist bis zu einem gewissen Grade verständlich, wenn man in Berlin oder auch im Reiche in den politischen Kreisen in völliger Verkennung der ganz eigenartigen oberschlesischen Verhältnisse auf dem Rechtsanspruch fußend bis vor ganz kurzer Zeit jeder Konzessions- oder Kompromißpolitik ablehnend gegenüberstand. Weniger zu verstehen ist es schon, daß in den leitenden Kreisen auch Verständigungsbestrebungen, die aus dem oberschlesischen Volk selbst hervorgingen, kein Entgegenkommen fanden. Auch andere Versuche zu einer Reinigung und Entspannung der nach beiden Seiten nationalistisch überspannten politischen Moralatmosphäre durch auf Verständigung und Ausgleich gestimmte Publizistik fanden, wie z. B. die Versöhnungsarbeit der politisch-kulturellen Wochenschrift „Der Oberschlesier" (Herausgeber Georg Wenzel), die ihre Spalten allen solchen Beiträgen öffnete, die geeignet waren, den Ausgleich der Gegensätze ernsthaft zu diskutieren, nicht nur keine Unterstützung im Reich, sondern es wurden ihr von gewissen Persönlichkeiten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Es lag dies wohl zum nicht geringen Teil an der Auswahl jener Verbandsleiter, die während und nach der Abstimmung gleichsam den amtlich ausgeschalteten innerpolitischen Organisationsapparat im Gang hielten. Es wurde da „Heimattreue" mit „Parteitreue" nur zu oft verwechselt und Oberschlesien als Ostmark angesehen, in der nach Ansicht jener Herren eigentlich auch heute, grade heute, wo Oberschlesien mehr Aussicht als je seit der Abstimmung auf Verbleib beim Deutschen Reich hat, das scharfe System der Ostmarkenpolitik am Platze wäre. In dieser einseitigen Atmosphäre war natürlich ein Aufkommen des Verständigungsgedankens fast völlig aussichtslos. Jeder tiefer denkende Oberschlesier, der Land und Leute kennt, in ihrem Wesen, in ihren Anschauungen von Kirche, Staat und Nationalität, weiß, daß durch gewaltsamen Druck in Oberschlesien aber auch gar nichts zu erreichen ist. Gerade jetzt, in dem Augenblick, da nach dem Beschluß der Pariser Konferenz der Völkerbund in Genf an die Arbeit geht, vielleicht doch eine befriedigende Lösung des Problems zu finden, in einem Augenblick, wo einerseits die Entscheidung über Oberschlesien mindestens wieder um Wochen hinausgeschoben ist,

Digitized by Google

andererseits, wie gleich ausgeführt werden soll, bei den oberschlesischen Polen größere Neigung als je vorhanden ist, einen Weg zur friedlichen Verständigung zu finden, in diesem Moment müßte die Regierung schleunigst mit einem großzügigen Verständigungs- und Aufbauprogramm herauskommen, etwa in dem Sinne, wie es jüngst Georg Wenzel, dieser Kenner Oberschlesiens, in einem Leitaufsatz in der „Germania" (Nr. 479) entworfen hat. Die deutsche Regierung müßte noch mehr tun; sie müßte weniger Programm- als geradezu aktive Politik treiben.

Das Ziel ist uns allen klar, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland. Die Frage: wie ist es möglich, das Höchstmaß von politischem Einfluß auf diese Entscheidung zu üben. Es handelt sich hier um ein eklatant realpolitisches Ziel; hier müssen Gefühlspolitiker von vornherein ausscheiden; es handelt sich um realpolitische Notwendigkeiten, die aus der Abstimmungsstatistik allein nicht ersichtlich werden können, weil Statistik etwas Totes, Volksseele aber etwas Lebendiges ist. Statistik plus Kenntnis der Volksseele erst ergibt den entscheidenden realpolitischen Blick für Notwendigkeiten. Wir haben in Oberschlesien — das muß zunächst einmal klar sein — kein Deutschtum, etwa wie in Brandenburg oder in Pommern. Wir haben auch kein Preußentum, wie auch das Rheinland keins hat. Wir haben Randstaatenphysiognomie, Uebergangsatmosphäre. Hier fluktuiert alles. Das Volk ist im Grunde anational, nur national übertüncht und obendrein jetzt verhetzt; und weil es eben in der Welt einmal Gesetze, Staaten und Ordnungen geben muß, fühlte man sich in Oberschlesien deutsch, weil man im deutschen Wohlstand, in deutscher Kultur lebte. Die Stunde des deutschen Zusammenbruchs erst war die Geburtsstunde des polnischen Oberschlesiers, als er sah, daß neben ihm ein neuer Staat entstand, wieder erstand, wie er bald zu hören bekam. Denn der Großpole kam ins Land, brachte Zeitungen mit, die auch heute noch der sogenannte oberschlesische Wasserpolack nur mühsam lesen kann, denn was in diesen Zeitungen stand, und was der großpolnische Agent sprach, das war ja ruß polnisch, wie es im Volksmunde hieß. Und dann kamen die Aufstände, und heute steht es so, daß man eine Grenzlinie in Oberschlesien nicht nur durch Städte und Dörfer, sondern durch die einzelnen Häuser und Stuben, ja wenn man ganz genau sein wollte, sogar durch manchen Oberschlesier selbst ziehen müßte. Denn bekanntlich steht in Tausenden von oberschlesischen Familien der eine Bruder auf der deutschen, der andere auf der polnischen Seite; die Kinder sind deutsch, die Eltern polnisch orientiert oder auch umgekehrt.

Der Völkerbund sieht sich vor einer ungemein schweren Aufgabe. Im deutschen Interesse läge es, ihm diese Aufgabe zu erleichtern, denn tatsächlich haben 40 % der oberschlesischen Bevölkerung polnisch gestimmt;

Digitized by Google

aus welchen Motiven, soll und muß uns im Augenblick gleich sein. Es heißt, diese 40 % für Deutschland zu gewinnen; nicht, daß sie sich nun auf einmal als gute deutsche Staatsbürger fühlen sollen, sondern, daß sie bereit sind, im deutschen Staatsverband leben zu wollen, darauf kommt es an. Mit diesen 40 % argumentierte Frankreich auf der Pariser Konferenz nicht ungeschickt, und wird es auf der Genfer nicht weniger nachdrücklich tun. Vergegenwärtigen wir uns einmal die politischen Ziele der oberschlesischen Polen. Ihr nächstes Ziel war von vornherein gar nicht so sehr der Anschluß an Warschau, sondern eine gewisse und größere Selbständigkeit, als sie sie im deutschen Staatsverbande zu erreichen hoffen konnten. Bei Warschau glaubten sie das Ziel einer eigenen Wojewodschaft und für diese Wojewodschaft eine eigene geistliche Behörde eher verwirklichen zu können. Die Abstimmung aber hat nun ein völlig unklares und auch für die oberschlesischen Polen unbefriedigendes Ergebnis gezeitigt, insofern, als sich gezeigt hat, daß eigentlich kein größerer Komplex Oberschlesiens rein polnischen Charakter aufweist. Das Verhältnis von 40 % Polen zu 60 % Deutschen hat obendrein dem Obersten Rat, wie sich in Paris gezeigt hat, die Möglichkeit zur Ziehung einer klaren Grenz- oder Teilungslinie genommen. Wäre das Verhältnis 75 % Polen zu 25 % Deutschen in Frage gekommen, so wäre ohne jede Frage Oberschlesien ganz polnisch mit dieser deutschen Minderheit geworden. Ein Teilungsplan konnte überhaupt erst durch dieses unklare Verhältnis von 40 zu 60 aufkommen. Die oberschlesischen Polen sehen jetzt aber durch die Haltung Englands, das nur Teile Oberschlesiens, im Höchstfalle Pleß und Rybnik, zu Polen schlagen will, ihre eigentlichen Wünsche auch nicht erfüllt, da diese losgetrennten Fetzen nie und nimmer zu einer eigenen Wojewodschaft von Warschau aus erhoben werden würden. Würde ihnen nun aber offen und ehrlich seitens der deutschen Regierung bei dem Deutschbleiben Oberschlesiens Parität in Verwaltung, Schule usw., ferner ein gesetzlich festgelegter Minoritätenschutz zugesichert, so ist es kaum fraglich, daß man mit den oberschlesischen Polen zu einer friedlichen Verständigung gelangen könnte, die namentlich England und Italien, wie versichert werden kann, gern sehen würden. Diese freiwillig gewährte Parität läßt sich nur durchführen durch Selbstverwaltung. Der Gedanke der Autonomie beruht auf der Parität oder umgekehrt. Man gebe die Landesautonomie im deutschen Staatsverband nicht erst, wie vorgesehen, nach der Entscheidung, sondern sofort, und zwar, ohne die Autonomie von einer Volksabstimmung abhängig zu machen.

In dem kürzlich in Kattowitz erfolgten Zusammenschluß der deutschen und polnischen Ausschüsse für Oberschlesien zur gemeinsamen Verständigung ist die Basis für ein Landesparlament gegeben. Der Minoritäten-

Digitized by Google

schutz, der in dem zu schaffenden Autonomiegesetz vor allen Dingen sichergestellt werden muß, gehört — was viel zu wenig beachtet wird — mit zu den wesentlichsten Bestimmungen des Versailler Vertrags. So werden darin sowohl Polen wie die Tschechoslowakei ausdrücklich verpflichtet, in einem mit der Entente zu schließenden Vertrage „die Vorschriften aufzunehmen, die die alliierten Mächte zum Schutze der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten für notwendig halten (vgl. Abschn. 7 Art. 86 und Abschn. 8 Art. 93). Der deutschen Regierung ist jetzt Gelegenheit geboten, für das Autonomiegesetz einen vorbildlichen Minoritätenschutz zu schaffen, der, fände er die Anerkennung des Völkerbundes, auch für diese beiden Staaten zum bindenden Muster erhoben werden könnte. Zwischen Polen und Frankreich besteht nach meiner Orientierung bereits ein Minoritätenschutzvertrag, jedoch nur auf dem Papier. Ein kraft Gesetz streng durchgeführter Minoritätenschutz von allgemeiner Gültigkeit, etwa unter der Aegide des Völkerbundes, wäre auch für die deutschen Minderheiten in Tschechen und Polen von größter Wichtigkeit. Ueberhaupt müssen wir uns klar sein, daß die Entscheidung über Oberschlesien in größtem Maße von der Haltung der deutschen Regierung der polnischen Minorität gegenüber abhängig ist. Um das Problem der fremdsprachlichen, nationalen Minderheiten kommt schließlich kein größerer Staat herum (vgl. England [Irland], Italien [Tirol], Frankreich [Teile des Elsaß]). Aber an diesem Problem hat auch jeder dieser Staaten zu erweisen, ob er krankt oder gesund ist. Oesterreich ging letzten Endes an dem Nationalitätenproblem zugrunde, weil es unfähig war, es zu lösen. Deutschland hat fraglos die geistige Führerkraft, um ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit der nationalen Minderheit in Oberschlesien leicht zu erreichen. Anerkennung, aber nicht Unterdrückung der Minderheit ist dazu unerläßliche Voraussetzung. Wie im einzelnen der oberschlesische Minoritätenschutz ausgebaut werden müßte, läßt sich hier nicht erschöpfend darlegen. Er hätte zu beruhen auf der gesellschaftlichen Gleichstellung des Polen mit dem Deutschen. Der polnische Beamte, Richter, Arzt, Kaufmann oder Arbeiter hätte die gleichen gesellschaftlichen Rechte zu genießen wie der deutsche. Bis heute ist das nämlich noch durchaus nicht der Fall. Es ist sehr zu begrüßen, daß sich die deutsche Regierung im letzten Moment entschlossen zu haben scheint, die Verständigungsbestrebungen in Oberschlesien zu fördern. Hier liegt die letzte Möglichkeit, Oberschlesien als Ganzes für Deutschland zu retten. —

Digitized by Google

Hoover und Nansen

Von Dr. Margarete Rothbarth

Als der russische Ruf um Hilfe durch die Welt gellte, als ohne Vorbereitung Europa und Amerika plötzlich vor die furchtbare Tatsache, daß Millionen dem Hungertode ausgeliefert seien, gestellt war, da wußten beide Erdteile sofort, in wessen Hände sie die riesengroße Aufgabe legen sollten, alle Kräfte zusammenfassen, um die Not der russischen Bevölkerung zu mildern. Europa beauftragte durch die internationale Organisation des Roten Kreuzes Nansen, mit den bolschewistischen Behörden zu verhandeln, und in gleicher Weise hat die American Relief Administration in Hoover, ihrem Vorsitzenden, den gegebenen Führer für dieses Unternehmen gefunden.

Beide Männer haben sich schon international einen Namen gemacht durch ihre Tätigkeit während des Krieges und danach. Hoover, der amerikanische Lebensmitteldiktator, der Leiter der belgischen Hilfsorganisation, hat sofort nach dem Waffenstillstand die Versorgung der von Nahrungsmitteln entblößten Gebiete des Kontinents auf sich genommen. Und Nansens Name wird immer in Verbindung genannt werden mit der Hilfe, die das Rote Kreuz in der Fürsorge und dem Rücktransport der Kriegsgefangenen geleistet hat.

Gerade in der russischen Frage aber haben beide Männer, die sonst gesondert arbeiteten, schon einmal eine gemeinsame Aktion unternommen, die freilich damals zum Scheitern verurteilt war. Die Verhandlungen, die sie im Jahre 1919 in Paris führten, sind schon beinahe wieder vergessen, teilweise freilich sind sie nicht einmal richtig in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Durch die Aussagen des Amerikaners William C. Bullitt, der im August 1919 vor dem auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senates als letzter in der Reihe von Delegierten und Staatsmännern, die während der Friedensverhandlungen in Paris weilten, verhört wurde, ist wichtiges Material über die Verhandlungen mit Rußland zum erstenmal über die Schwelle des geheimen Kabinetts gedrungen, in dem die führenden Staatsmänner der Alliierten das europäische Problem zu lösen versuchten.

Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das erste politische Problem, mit dem sich die Friedenskonferenz beschäftigte, Rußland ist. Schon am 16. Januar, also noch vor der offiziellen Eröffnung der Friedenskonferenz, die am 18. Januar stattfand, hat der Rat der Zehn sich mit der Frage befaßt, wie man sich zu Rußland stellen solle, jenem Land, das an der Seite der Alliierten in den Krieg gezogen war und dessen neue Regierung bisher noch kein Staat anerkannt hatte. Eine solche Anerkennung auszusprechen, scheute

Digitized by Google

man sich in Paris, wo die russischen Flüchtlinge, vor allem die Vertreter der letzten Regierungen, ihren Sitz hatten. Aber den Staatsmännern, die zur Schließung des Friedens nach Paris geeilt waren, war klar, daß sie ihre Aufgabe nur halb geleistet hätten, wenn sie nicht imstande seien, das russische Rätsel zu lösen. Nach sehr heftigen Diskussionen, in denen vor allen Dingen Lloyd George und Wilson gegen Franzosen und Italiener zu kämpfen hatten, gelang es, eine Entschließung zu fassen, nach der Vertreter aller Nachfolgestaaten des alten Rußlands zum 15. Februar zu einer Besprechung nach den Prinzeninseln eingeladen wurden.

Diesen Plan bekämpfte die rechtsstehende Presse in Paris heftig, weil sie darin eine Stärkung der bolschewistischen Regierung erblickte. Obwohl die Bolschewisten sich zu einer Besprechung bereit erklärten, unter der Voraussetzung, daß während der Verhandlungen alle Feindseligkeiten aufhörten, ist aus dieser Konferenz nichts geworden. Soweit man es heute beurteilen kann, lag die Schuld daran hauptsächlich an den Franzosen, die von vornherein von dieser Einladung sehr wenig entzückt waren. Das französische Auswärtige Amt soll die nicht sowjetistischen Nachfolgestaaten Rußlands geradezu ermuntert haben, der Einladung nicht Folge zu leisten, und der französische Nachrichtendienst gab die Funksprüche in dieser Angelegenheit nicht weiter. Das Unternehmen, von dem sich die Staatsmänner so viel versprochen hatten, kam nicht zustande.

Während Wilson im Monat Februar nach Amerika fuhr, hat die amerikanische Delegation in Paris die Angelegenheit selbständig in die Hand genommen. Und zwar hat sie eben jenen Bullitt, dessen Aussagen so wichtiges Material enthalten, beauftragt, nach Rußland zu fahren und sich dem Augenschein nach von den dortigen Zuständen zu überzeugen. Vor allen Dingen wollte man wissen, wie die Ernährungslage war, und ob die Bolschewisten in einen Waffenstillstand einwilligten. Die englische Delegation war durchaus mit diesem Schritt einverstanden, wogegen sonst niemand etwas davon erfuhr.

Bullitt gelang es, außer seinem Bericht über die Lage, Friedensbedingungen der Bolschewisten nach Paris zurückzubringen. Wenn die Bolschewisten bis zum 10. April darauf keine Antwort erhielten, erklärten sie ihre Vorschläge für erloschen. Obwohl Bullitts Berichte nicht nur von seinen amerikanischen Auftraggebern, sondern auch von Lloyd George mit größtem Interesse aufgenommen wurden, gerieten die Verhandlungen plötzlich doch auf einen toten Punkt. Bullitts Rückkehr traf gerade in jene kritischen Tage Ende März/Anfang April, wo das Saargebiet und die Besetzung des linken Rheinufers von den Franzosen in einer Weise verlangt wurden, daß es aussichtslos schien, mit ihnen zu einer Verständigung zu gelangen. Wilson war ganz von diesen Verhandlungen in Anspruch genommen, die die ganze Friedenskonferenz zu sprengen drohten, und konnte

Digitized by Google

nicht selbst etwas in der russischen Frage unternehmen, so daß es aussah, als ob man diese Frage vorläufig ganz beiseite schieben wollte.

Damals hatte nun Nansen einen Brief an Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando geschrieben, der folgendermaßen lautet:

Paris, den 8. April 1919

Herr Präsident!

Die jetzige Ernährungslage in Rußland, wo monatlich Hunderttausende durch Hunger und Krankheit sterben, gehört zu den Problemen, die am stärksten heute die Menschen beherrschen. Da es scheint, daß bisher in keiner Weise eine Lösung dieser Ernährungs- und Krankheitsfrage zustande gekommen ist, möchte ich von neutralem Standpunkt einen Vorschlag für die Linderung dieses furchtbaren Elends auf rein humanitärer Grundlage machen.

Ich halte es für möglich, eine rein humanitäre Kommission zu bilden zur Verproviantierung Rußlands. Die Lebensmittel und Medikamente wären vielleicht zu einem beträchtlichen Teil von Rußland selbst zu bezahlen, die Gerechtigkeit der Verteilung wäre durch diese Kommission garantiert, die Mitgliedschaft der Kommission wäre Norwegern, Schweden und vielleicht Holländern, Dänen und Schweizern zugänglich. Es hat nicht den Anschein, als ob die jetzige russische Regierung etwas einzuwenden hätte gegen eine solche Kommission ganz unpolitischer Art, die nur das humanitäre Ziel hätte, Leben zu retten. Wenn die Organisation ähnlich wie die belgische Relief Commission wäre, so würde sich gar nicht die Frage nach der politischen Anerkennung oder nach Verhandlungen zwischen den Alliierten und den jetzigen Regierungen in Rußland erheben.

Ich bin mir völlig klar über die großen politischen Fragen, die damit berührt werden und ich wäre dankbar, zu wissen, unter welchen Bedingungen Sie ein solches Unternehmen gutheißen würden und ob solch eine Kommission auf Unterstützung in Geld, Transportmitteln, Nahrungsmitteln und Medikamenten von der Regierung der Vereinigten Staaten rechnen könnte.

Der Gedanke, das russische Problem durch diesen Vorschlag zu lösen, stammte direkt von Hoover, in dessen Büro der Brief geschrieben wurde, und seinem Mitarbeiter Auchincloß. Hoover hatte gute Erfahrungen gemacht mit seiner Versorgung der notleidenden belgischen Zivilbevölkerung, während des Krieges — damals war es ihm gelungen, die miteinander kämpfenden Alliierten und Mittelmächte in gemeinsamer Förderung seiner Arbeit zu vereinigen. Die Alliierten unterstützten ihn mit Lebensmittel und Geld, während die Mittelmächte keinen Einwand erhoben gegen die Anwesenheit und die Tätigkeit von Hoovers Beauftragten im besetzten belgischen Gebiet, und auch dafür sorgten, daß jene Lebensmittel nur der Zivilbevölkerung zugute kamen.

Als Bullitt und Oberst House von jenem Brief Nansens hörten, sahen sie sofort hierin eine Möglichkeit, das ganze russische Problem auf diese Weise zu lösen. Bullitt entwarf eine Antwort an Nansen, in der die Friedensbedingungen der Bolschewisten, wie er sie mitgebracht hatte, ungefähr enthalten waren. „Eine Friedenskonferenz via Nansen" — so hoffte man damals das Ziel zu erreichen. Aber Bullitts Antwort gefiel nicht,

Digitized by Google

und so wurde jener Auchincloß, der gemeinsam mit Hoover einer der Väter des Planes war, beauftragt, ebenfalls eine Antwort an Nansen zu entwerfen. Mit diesem Entwurf war Bullitt recht wenig zufrieden. Er warf sogar in einem Brief Auchincloß vor, daß seine Antwort unfair sei, weil er verlangt hatte, daß die betreffende Kommission die Kontrolle aller russischen Verkehrsmittel in die Hand bekommen müsse. Er hat dann diese Antwort noch einmal umgearbeitet, und mit geringer Abweichung haben die vier Staatsmänner, die damals das Geschick der Welt in den Händen hatten und an die der Brief Nansens gerichtet war, seine Formulierung übernommen. Sie erklärten darin prinzipiell ihre Einwilligung mit Nansens Plan, wiesen aber auf die Schwierigkeiten, die sich der Ausführung entgegenstellten.

Dieser Brief ist datiert vom 17. April. Aber es gelang nun Nansen, dank der feindseligen Haltung des französischen Funkdienstes, erst am 4. Mai seine Vorschläge nach Moskau zu bringen. Die bolschewistische Regierung erklärte sofort ihr Einverständnis, wies noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß die Einstellung aller Feindseligkeiten wichtigste Vorbedingung sei, und lud Nansen ein, mit einem Sowjetvertreter in einem neutralen Lande zusammenzutreffen, um den ganzen Plan durchzusprechen.

Soweit läßt sich heute die Hoover-Nansensche Aktion vom Jahre 1919 verfolgen. Es ist vorläufig völlig unaufgeklärt, warum sie gescheitert ist. Man behauptet die alliierten Staatsmänner hätten im letzten Augenblick doch wieder Bedenken gehabt. Jedenfalls läßt sich Ende Mai eine deutliche Schwenkung ihrer Politik gegenüber Rußland feststellen. Sie haben zwar damals Koltschack trotz seiner Bemühungen nicht offiziell anerkannt, haben ihn aber mit Geld, Munition und Lebensmitteln unterstützt auf sein Versprechen hin, daß er im Falle seines Sieges über die Bolschewisten sofort eine Nationalversammlung einberufen werde. Nach Koltschacks Niederlage hörte dann jede Einmischung des Obersten Rates in die russischen Angelegenheiten auf.

Erst Gorkis Hilferuf vom Juli dieses Jahres hat den alten Plan wieder aufleben lassen. Und sofort haben die beiden Männer, denen schon damals klar war, daß nur tatkräftige Hilfe Rußland retten könne, die Führung in der Hilfsorganisation übernommen.

Man kann heute drei große Unternehmungen unterscheiden, die zur Bekämpfung der Hungersnot und der Seuchen in Rußland entstanden sind. Die American Relief Administration, an deren Spitze Hoover steht, gedenkt nur den Kindern Rußlands zu Hilfe zu kommen. Als Bevollmächtigter Hoovers hat Brown in Riga mit Litwinoff unterhandelt und hat erreicht, daß frei gewählte Kommissionen die gerechte Verteilung der Lebensmittel garantierten.

Ebenfalls in Riga hat Nansen im Auftrag des internationalen Roten Kreuzes in Genf, das am 15. August seine entscheidende Sitzung für die

Digitized by Google

russische Hilfsaktion gehalten hatte, unterhandelt. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, daß er den sowjetistischen Behörden zu große Konzessionen gemacht habe, so daß sie allein die Kontrolle über die zu verteilenden Lebensmittel hätten. Nansen hat dem widersprochen und erklärt, daß im großen ganzen seine Abmachung derjenigen Hoovers entspräche, daß er aber noch einige Zusätze habe machen müssen. Dadurch, daß die Arbeit des Roten Kreuzes der ganzen russischen Bevölkerung zugute kommen solle, sei sie viel umfänglicher als die Hoovers, der nur den Kindern helfen wolle, und daher sei sie auf die Mitarbeit der Russen selbst angewiesen. Nur aus diesem Grunde habe er in die Kommission, in der drei Vertreter der hilfeleistenden Staaten sitzen, auch zwei russische Kommissare aufgenommen.

Schließlich hat auch der Oberste Rat die Angelegenheit in die Hand genommen und hat eine Kommission gebildet, an deren Spitze der frühere französische Botschafter in Petersburg, Noullens, steht.

Diese hat als erste Aufgabe beschlossen, eine Studienkommission an Ort und Stelle zu entsenden, die sich über die Zustände dort unterrichten sollte. Auf dieses Vorhaben hin hat Tschitscherin einen rundweg abschlägigen Bescheid gesandt und vor allen Dingen erklärt, daß Noullens in Rußland so verhaßt sei, daß man eine von ihm beauftragte Kommission nicht hereinlassen werde. Es scheint, daß auf diese Antwort hin die Interalliierte Kommission nun aufgelöst werden wird.

In Rußland selbst haben sich zwei Organisationen gebildet, eine von der Sowjetregierung und ferner eine allrussische, in der Mitglieder aller Parteien vertreten sind. Diese ist von der Sowjetregierung kürzlich aufgelöst worden mit der Begründung, daß ihre Mitglieder sich nicht den Vorschriften des Zentralkomitees der Sowjets unterworfen hätte. Neben dieser offiziellen Fassung soll als wirklicher Grund die Befürchtung stehen, die allrussische Kommission könne ihre Befugnisse überschreiten und gegen die bolschewistische Regierung arbeiten.

Die verschiedenen Einzelunternehmungen wie die deutsche, die durch das Rote Kreuz ein Schiff mit Medikamenten und Pflegepersonal nach Rußland schicken will, wie die der Gewerkschafts-Internationale, die einen Aufruf an alle Arbeiter zu freiwilliger Hilfeleistung für Rußland gerichtet hat, und viele andere können nur einen Tropfen Hilfe spenden in das gewaltige Meer des Elends, in das das riesengroße russische Reich zu versinken droht. Die Not ist offenbar so furchtbar, daß es ungeheuerer Mittel und Kräfte bedarf, um Seuchen und Hungersnot erfolgreich zu bekämpfen. Dabei ist die größte Schwierigkeit die, das politische Problem von dem menschlichen zu trennen. Während die Anhänger der Bolschewisten in der ganzen Welt noch wenige sind, war trotzdem die Zahl der Hilfs- und Opferbereiten groß. Dabei macht die bolschewistische Regierung es ihnen nicht leicht, ihr Werk der Menschenliebe auszuführen. Sie fürchtet, wenn sie die chinesische

Digitized by Google

Mauer, die sie um sich gezogen hat, einmal durchbricht, daß dann ihre Stellung gefährdet werden könnte.

Bei der Verflechtung von Politik und Wirtschaft im modernen Staat ist es fast unmöglich, das russische Unterstützungsproblem isoliert zu betrachten und zu behandeln. Trotzdem liegt in dem Namen der beiden Männer, die am meisten dafür arbeiten, eine Gewähr, daß jenseits aller Parteiprobleme nur die Linderung der russischen Not gefördert werde. Hoovers belgisches Hilfswerk, seine Kinderspeisungen in ganz Osteuropa während des Waffenstillstandes und Nansens Kriegsgefangenenhilfe sind dabei vorzügliche Präzedenzfälle. Und während in der haßerfüllten Atmosphäre des Jahres 1919 ihr Aufruf, den sie an einige einflußreiche Männer sandten, verhallt ist, wird jetzt, wo die öffentliche Meinung der ganzen Welt hinter ihnen steht, und sie stützt, ihrer Arbeit hoffentlich Erfolg verliehen sein und das Volk Dostojewskis und Tolstois aus seiner furchtbaren Lage durch sie erlöst werden.

Volksdeutsche Politik

Von Waldemar Quaiser

Der Zweck volksdeutscher Politik kann nur der sein, das deutsche Volk im mitteleuropäischen geschlossenen Sprachgebiete zu einem Staate zusammenzuschließen. Der großdeutsche Volksstaat soll erstehen. Der Weg dahin muß von den gegebenen Verhältnissen aus angetreten werden, d. h. unter Berücksichtigung der bestehenden zwei deutschen Staatsgebilde Deutschland und Oesterreich. In weiterer Hinsicht muß selbstredend auf die großen deutschen Minderheiten, die beiden Staaten vorgelagert sind, Rücksicht genommen werden.

Der Weg zum großdeutschen Staat erfordert zunächst, daß organisatorische Vorarbeiten geleistet werden, die zum Ziele haben, die politische Anarchie zwischen Reich, Oesterreich und den Minderheiten zu beseitigen. Hält der jetzige Zustand in seiner grenzenlosen Verwirrung an, macht das Reich, Oesterreich und die vorgelagerten Minderheiten einzeln, ohne gegenseitige Fühlungnahme, Solopolitik, dann ist jede Mühe zwecklos. Die großdeutsche Zukunft beginnt sich bereits verzweifelnd zu verdüstern. Die prinzipienlose Politik wirft bereits auf das kulturelle und wirtschaftliche Gebiet ihre Schatten. Selbstverständlich kann kein starres Reglement in Frage kommen, das pünktlich in jeder Zeile zu erfüllen wäre. Verlangt muß aber werden, daß das bestehende politische Chaos innerhalb des Deutschtums in Europa verschwindet und durch geeignete, sozusagen zwischenstaatliche Maßnahmen aufgehoben wird. Da sich Oesterreich und das sich außerhalb des Reiches befindliche deutsche Volk als zu schwach zeigt, muß die Initiative vom Reich aus ausgehen. (Mit Reich soll hiermit der Sammelbegriff „reichsdeutsches Volk" schlecht-

Digitized by Google

weg getroffen werden.) Dabei dürfte der auch allein richtige Pfad eingeschlagen werden. Daß für eine solche Tätigkeit im Reiche noch nicht das richtige Verständnis vorliegt, läßt den Mißmut begreiflich erscheinen, der darüber in Oesterreich und bei den Minderheiten Ausdruck erhält. Da aber das Gros der Reichsdeutschen in staatlichen Dogmen erzogen worden ist, kann man nur langsam Besserung erwarten, dabei aber hoffen, daß sich Reichsdeutschland den von der Gegenwart erhaltenen Pflichten bald in vollem Ausmaße bewußt wird. Unsere Aufgabe liegt darin, diese Entwicklung zu beschleunigen, weil sonst eine andere Zukunft, als die großdeutsche, herbeigeführt werden könnte.

Wie immer man sich von österreichischer oder minderheitsdeutscher Seite äußern mag, die reichsdeutsche Politik war seit Zusammenbruch insofern konsequent und richtig, als sie

a) der Erhaltung des Reiches,
b) der inneren Harmonie und
c) dem wirtschaftlichen Wiederaufbau

gewidmet war. Schwierigkeiten begegneten dieser Tätigkeit, weil sie in jeder Beziehung am Friedensvertrage von Versailles und seinen Nachfolgern gebunden war. Der einzige Vorwurf, den man der inoffiziellen reichsdeutschen Politik machen kann, ist der, daß sie, wie bereits betont, keine Verbindung zum Minderheitsdeutschtum und zu Oesterreich gehalten hat. Ausnahmen, durch einzelne Parlamentarier herbeigeführt, bestätigen dies nur. Gute Reden anläßlich verschiedener Tagungen, Bücher und Broschüren usw., knüpfen noch lange nicht die wirrlaufenden Fäden zusammen. Das bestehende Uebel wird allein durch Organisation beseitigt. Notwendig wäre, daß zu diesem Zwecke die politischen Parteien, in Frage kommende Institute usw. zusammengebracht werden. Der Deutlichkeit wegen möchte ich die zweifellos zu schaffende Stelle das zwischenstaatliche, volksdeutsche Parlament nennen. Proletarische und bürgerliche Gesinnung oder sonstige Bewußtseinsinhalte einzelner Deutscher würden dabei natürlich keine Rolle spielen. Zweck der Zusammenarbeit wäre lediglich die zu überwindende und bereits bezeichnete Anarchie. Es wird erst nach Herausgabe dieser Zeilen möglich sein, zu erfahren, wie weit man im Reiche in den maßgebenden Kreisen volksdeutsche Anarchie sieht und diese Unzulänglichkeit als lästig empfindet. In Oesterreich und bei den Minderheiten wird sie nicht allein gesehen, tagtäglich gespürt, weit unerträglicher als im Reiche. Bislang ist ja das Reich durch österreichische oder minderheitsdeutsche Politik nicht gefährdet worden, ein Zustand, der allerdings schon morgen eintreten kann. Träfe das Reich eine so sich auswirkende politische Aktion im Stadium der heutigen Entwicklung, dann ginge viel, so dünkt mir, vom Glauben an den großdeutschen Volksstaat verloren. Es dürfte nicht unangebracht sein, hierbei an den seinerzeitigen Zwischenfall zu erinnern, der hervorgerufen wurde, als Steiermark vor der Abstimmung

Digitized by Google

stand und der Reichskanzler Wirth Worte gesprochen haben soll, die auf eine Rücksichtnahme des Reiches hinausliefen. Um jeder irrtümlichen Auslegung meiner Worte vorzubeugen betone ich grundsätzlich, daß die hier vorgetragenen Gedankengänge keine unmittelbare Staatspolitik sein können, vielmehr geistige Volkspolitik. Im übrigen wünsche ich rein dilatorisch verstanden zu werden.

Bezüglich Oesterreich: Unser ganzes Sinnen und Trachten muß darauf hinausgehen, Oesterreich lebensfähig zu machen. Nachdem das Burgenland angegliedert sein wird, 300 000 Einwohner mehr dem Bundesstaate angehören, die landwirtschaftliche Basis damit Vergrößerung fand, muß das Augenmerk auf Süd-Steiermark gerichtet sein. Süd-Steiermark muß unbedingt der unbeeinflußten Volksabstimmung zugeführt werden. Bevor sie nicht garantiert ist, ist Arbeit in erhöhtem Maße notwendig. Wir können Marburg an der Drau, Pettau, Cilli usw. niemals verloren geben. Süd-Steiermark stand immer im Zeichen deutscher Kultur und deutscher Staatlichkeit, und kann niemals durch das Husarenstücklein des Generals Majster endgültig von Oesterreich als abgesprengt betrachtet werden. Die Slowenen wissen im übrigen besser als wir, was Oesterreich für sie bedeutet. In ihrem Interesse ist es, wenn in Süd-Steiermark, genau wie in Kärnten, abgestimmt wird. Durch Minderheitsverträge sind ihre völkischen Belange und ihre kulturellen Rechte auch in Oesterreich sicher gewährleistet. Gleichzeitig damit müßte das Bestreben gehen, das Mieß- und Kanaltal Kärntens der Volksbefragung zuzuführen. Beide Täler wurden von Kärnten abgesprengt, ohne die Bewohner zu hören.

Bezüglich Liechtensteins wäre mit den zuständigen Volksvertretern zu verhandeln, ob nicht wiederum die Aufnahme in die österreichische Zoll- und Währungsgemeinschaft gewünscht wird.

Die nächste Aufgabe liegt in Deutsch-Südtirol. Hier handelt es sich darum, daß die Deutschen und Ladiner der bislang nicht stattgefundenen, unbeeinflußten Abstimmung zugeführt werden. Nirgends verläuft die Sprachgrenze auf hohen Bergkämmen so wie hier, so daß auch dabei die von Italien verlangten strategischen Rücksichten gewahrt werden. Wir wünschen selbstverständlich ein herzliches Verhältnis zu Italien. Die nach langen Kämpfen der nationalen Einigung zugeführten Italiener werden jedoch verstehen, daß zwischen ihnen und uns erst dann restlose Verständigung eintreten kann, wenn sowohl die Deutschen als auch die Ladiner der Volksabstimmung zugeführt würden. Wollen die Italiener die Freunde der Deutschen, nicht allein des Deutschen Reiches werden, dann wissen sie, welche Brücke zu schlagen ist. —

Ein lebensfähiges Oesterreich ist aber erst dann möglich, wenn die Provinzen von Deutschböhmen, Sudetenland, der Znaimer Kreis, der Böhmerwaldgau, die Sprachinsel von Olmütz,

Digitized by Google

Brünn und Iglau angegliedert werden. Das Machtdiktat von St. Germain kann niemals Anerkennung finden, der Wille des deutschen Volkes muß Geltung erhalten. Wir müssen aber verlangen, daß nicht allein für die eben genannten Gebiete, politisch nach dem Stande vom Oktober 1918, das unbeeinflußte Plebiszit stattfindet, darüber hinaus muß Preßburg und seine deutsche Umgebung befragt werden. Wir reklamieren selbstverständlich dieses deutsche Gebiet, ebenso die noch bei Ungarn verbliebenen deutschen Gemeinden, die zum Burgenlande gehören.

Die Einlösung dieses Mindestprogramms allein sichert die Lebensfähigkeit Oesterreichs. Das, was am 22. November 1918 in Wien beschlossen wurde, kann niemals eine Komödie sein, ist und bleibt für jeden Deutschen der noch immer offene Preis für die Niederlegung der Waffen auf Grund der Wilsonschen Grundsätze.

Damit wurde gleichzeitig die Schicksalsfrage der Deutschen in der heutigen Tschechoslowakei berührt. Ihr positiver politischer Wille kann wohl nur darin Ausdruck finden, daß sie sich erneut auf die Beschlüsse der von ihren Vertretern mitgebildeten deutschösterreichischen Nationalversammlung vom 22. November 1918 festlegen. Der Weg nach Deutschland ist ihnen durch die Furcht und Macht Frankreichs verstopft, der nach Oesterreich muß geöffnet werden. Erst dann, wenn dieses neue Oesterreich erstanden ist, sich konsolidiert hat, wäre es wohl zweckmäßig und politisch zweifellos richtig, auf die Frage des Zusammenschlusses mit Deutschland zurückzugreifen. Sie wäre die Krönung des Werkes, nachdem wir zur großdeutschen Staatsgemeinschaft herangewachsen sind bzw. uns durchgekämpft haben.

Dabei einige Worte über die tschechoslowakische Zukunft. Kein Deutscher will die Tschechen und Slowaken politisch, wirtschaftlich oder kulturell entmündigen. Die diesbezügliche Furcht der Tschechen, aus der heraus vieles zu erklären ist, ist vollkommen unbegründet. Der neue Staat, der durch den Wegfall der Deutschen entstehen würde, sollte aus einem tschechischen und slowakischen autonomen Gebiete, wie es der Pittsburger Vertrag vorsieht, gebildet werden, dessen staatliche Hoheit, wirtschaftliche und kulturelle Freiheit wir jederzeit respektieren würden. Beachtung müßten unter allen Umständen die deutlich erkennbaren ethnographischen Linien finden, deren Strittigkeit gegebenenfalls durch Volksbefragungen zu regeln wäre. Das Chaos von heute, das die Tschechen vor Aufgaben stellt, die sie nie und nimmer lösen können, ist für uns unannehmbar. Außerdem fordern wir für das ehemalige österreichische Ostschlesien eine autonome Verfassung und Neutralisation im Sinne der Eingabe der deutschösterreichischen Delegation an die Friedenskonferenz.

Parallel mit diesen Aufgaben deutscher Volkspolitik im Süden und Südosten wird das reichsdeutsche Streben gehen, für die gewaltsam an Polen abgetretenen deutschen Gebiete ebenfalls die Volksabstimmung zu erreichen.

Digitized by Google

Für ganz West-Polen, Danzig, ebenso das Memelland wird diese Forderung erhoben werden müssen. Desgleichen eine neuerliche, unbeeinflußte Abstimmung für Eupen-Malmedy. Daß die Auswirkung volksdeutscher Politik Besetzungszonen und Sanktionen, wirtschaftliche Ausnützung und hohnvolle Plebiszite wie im Saarlande verurteilt, braucht keiner weiteren Versicherung. Außerdem wird für ganz Elsaß-Lothringen, wie es 1918 von Frankreich gewaltsam besetzt wurde, ebenfalls die unbeeinflußte Abstimmung beantragt, die zur Durchführung gelangen muß. Erst dann kann von endgültiger Regelung gesprochen werden, die Anerkennung findet.

Für das Deutschtum außerhalb dieser Gebiete, insbesondere in Lettland, Litauen, Estland, Rußland, Polen, Ukraine, Südslawien, Groß-Rumänien und Ungarn fordern wir ausreichenden Minderheitsschutz, besonders kulturelle Autonomie. Die gleichen Rechte erhalten fremdvölkische Minderheiten im Reiche und in Oesterreich.

Für die Deutschen in der Schweiz und Luxemburg gilt volksdeutsche Politik insofern nicht, als sie in dieser Beziehung keinerlei Bedürfnisse entwickeln.

Indem wir auf diese Weise einen Umriß praktischer Volkspolitik gaben, mag gleichzeitig betont werden, wie notwendig es sowohl in grundsätzlicher als auch taktischer Beziehung ist, daß zunächst die maßgebenden parteipolitischen Kreise Deutschlands, Oesterreichs und der Minderheiten in engste Fühlung treten. Wenn die Parteien, hier wie dort, möglichst bald Veranstaltung zu einem Forum volksdeutscher politischer Betätigung treffen, wird am besten jener Weg geebnet, der mit unsere europäische Zukunft in völkischer Beziehung sicherstellt. Die reichsdeutschen Politiker bekommen, in Berührung gebracht mit den deutschen Führern von weiterher, den lebendigen Anschluß an die Pioniere unseres Volkes, die Vertreter Oesterreichs und der Minderheiten die Sicherheit, die ihnen not tut, um in ihrer Heimat Führerdienste leisten zu können, unter steter Berücksichtigung dessen, was Deutschland frommt. Klar muß wohl sein, daß sich Oesterreich sowohl als auch die Minderheiten grundsätzlich nach dem Reiche zu richten hätten. Bei all unseren politischen Auswirkungen würde es wohl zunächst darauf ankommen, daß wir berücksichtigen, was Friedrich List sagte: „Im Hintergrunde aller meiner Pläne liegt Deutschland." Von Deutschland ausgehend, Oesterreich und die Minderheiten befruchtend, bleibt uns die Hoffnung auf das neue, das größere Reich.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend, Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57, Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 24. September 1921 * Heft 39

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Sanktionen laufen weiter. Die Franzosen legen Wert darauf, daß wir uns nicht einfallen lassen, daß ein gegebenes Wort auch den Deutschen gegenüber Geltung habe. Wollten sie ernsthaft zu den Beschlüssen des Obersten Rates stehen, so würde die Verständigung rasch erreicht sein. Die Engländer schweigen.

*

Die Wahlen in Thüringen mit ihrer geringen Verschiebung der Machtverhältnisse sind nach zwei Seiten lehrreich: das Verhältniswahlsystem ist eine dauernd ungünstige Grundlage für parlamentarische Konstruktionen, denn es befördert die Parteienzersplitterung. In Thüringen sind diesmal gleich zwei neue Gruppen angetreten, die mandatsmäßig ohne Erfolg blieben. Darüber hinaus aber noch das andere: der Versuch, alle staatlichen Verwaltungsbezirke nach parlamentarischem Muster zu leiten, muß sich notwendig lahmlaufen. Er führt von Krise zu Krise und damit zur Schwächung der politischen Energien des Volkes.

*

Der Reichswirtschaftsrat hat über die Finanzlage debattiert, und dabei ein bemerkenswertes Niveau der Aussprache durchhalten können. Wenn es gelingen sollte, diese Abtönung auch auf das politische Parlament zu übertragen, wäre viel gewonnen, und die Wirtschaftsvertretung hätte ihre erste, in größerem Sinne verdienstliche Leistung vollbracht. Dazu ist freilich nötig, daß der Finanzkampf nicht zu eng mit dem Kabinettsschicksal verhängt werde. Man hat den Eindruck, als ob der Kanzler Wirth solchem vorbeugen wollte, indem er mit den führenden Wirtschaftskreisen über Devisenablieferung verhandelt. Nur darüber? Eine Nachricht will wissen, daß auch politische Probleme zur Besprechung kamen. Will die große Geschäftswelt, Schülerin der Gewerkschaften, auch ihre „Punkte" als Bedingung aufstellen?

Digitized by Google

Die ruhige Stellungnahme zu politischen Fragen, die Admiral Scheer in letzter Zeit mehrfach eingenommen hat, bekräftigt er durch folgende ausgezeichnete Ausführungen:

„Innere Umwälzungen können wir nicht vertragen; ob vielen die heutige Staatsform gefällt oder nicht, spielt daneben keine Rolle. Die Gefühlswerte, die in jedem Volke stecken, und ihm den idealen Schwung verleihen, müssen zwingenden Realitäten gegenüber, vor denen wir jetzt stehen, umgestellt werden. Wenn den meisten Deutschen vor dem Kriege dieser Gefühlswert sich in den Worten „Kaiser und Reich" darstellte, so müssen wir jetzt zugeben, daß der Kaiser fort, das Reich aber geblieben ist. So bleibt uns von der Vergangenheit jetzt nur übrig, mit Treue, Anhänglichkeit und festem Willen dem Vaterlande zu helfen, nicht aber auf den Umsturz unseres Staatswesens hinzuarbeiten und damit auch das letzte, was uns noch geblieben ist: das Reich, zu zerschlagen, denn nur aus seiner Gesundung können sich Verhältnisse entwickeln, die alle Bürger unseres Vaterlandes in gleicher Weise befriedigen."

*

In Polen gibt es wieder einmal eine Ministerkrise. Im Sturze des Kabinettes Witos waren sich so gut wie alle Parteien einig. Trotzdem will die Neubildung nicht gelingen, weil es sich zeigt, daß weder die Rechte (Nationaldemokraten) noch die Linke (Sozialisten) genügend Resonanz im Volke finden. Jetzt soll wieder ein Konzentrationskabinett zur Rettung des Vaterlandes gebildet werden, um das Finanzelend zu besiegen. Oder sollte es am Ende doch im Hinblick auf die sich zu Räterußland zuspitzende Lage für ratsam gehalten werden, die Streitaxt in der inneren Politik zu begraben? Wie schlecht, ja verzweifelt die Lage sein muß, geht auch daraus hervor, daß man Kandidaten nennt aus der Zahl der Aktivisten (d. h. der Polen, die zur Zeit der deutschen Okkupation für eine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten eintraten). Bisher wurden sie von jeder Mitarbeit möglichst ferngehalten, und jetzt soll sogar ein damaliger Minister die Zügel der Regierung übernehmen. Die Not muß in Warschau aufs Höchste gestiegen sein, wenn man zu solch einem verzweifelten Mittel greift.

*

Die Tätigkeit der Kemalisten ist bewunderungswürdig. Sie haben nicht nur den Griechen wieder Widerstand geleistet, sondern sie auch zum Rückzuge gezwungen. Dabei dürfte die Niederlage der Griechen nicht so klein sein, weil nach einer Athener Meldung drei Jahresklassen in Griechenland einberufen werden sollen. Die Kraftleistung ist um so höher zu veranschlagen, weil die Türken seit 1908 unausgesetzt Krieg geführt haben. Früher oder später muß diese Aufopferungsfähigkeit auch politische Früchte tragen.

Digitized by Google

Wirth und Kahr

Von Dr. Theodor Heuß

Verschiedene Fragen laufen nebeneinander her. — Die staatsrechtliche, wieweit einem Willen des Reichskabinetts die Exekutivorgane der Länder zur Verfügung stehen. Damit begann die Aussprache München—Berlin über die Ausnahmeverordnung gegen die Presse. Die Reichsregierung errang den Sieg, daß ihre staatsrechtliche Kompetenz anerkannt wurde, erlitt die Niederlage, wonach die erste praktische Benutzung zurückgenommen werden mußte.

Das politische Problem ist verwickelter: in welchem Ausmaße hat das Reich nicht nur das Recht, sondern auch die Möglichkeit, in die Politik eines Einzelstaates hineinzuregieren. Bayern hat, als Erbschaft der Regierung Hoffmann, den Ausnahmezustand aufrechterhalten, das Reich wünscht sein Ende. Für die Reichspolitik ist maßgebend das Bedürfnis, sozialdemokratische Forderungen zu berücksichtigen, und die Ueberzeugung, daß positive Notwendigkeiten in dem beruhigten Bayern nicht mehr vorliegen. In München teilt man diese Beurteilung nur unvollkommen; vor allem will man ein Hoheitsrecht nicht preisgeben. Den starrsten Widerstand leistete der Ministerpräsident v. Kahr; im Landtagsausschuß erfuhr er eine Schlappe, die er mit der Gesamtdemission seines Kabinetts quittierte. Aber das Vakuum läßt er mit dem Ruf erfüllen: „Kahr soll bleiben!" In Berlin aber hat man sie in eine ebenso feste Richtung eingespannt, die man mit angenehmen Worten über sanfte und versöhnliche Behandlung der bayerischen Seele umkleidet. Immerhin: auch der Reichsregierung muß an einem Ausgleich gelegen sein. Den Fall gesetzt, Bayern bleibe „fest" oder sei festgeblieben — was dann? Es nutzt dem Reichskabinett nicht sehr viel, Bayern moralisch und politisch isoliert zu haben. Denn eine „Reichsexekutive" gegen Bayern ist als Drohung gefährlich, als Versuch unmöglich. Wohl ist das Reich „stärker", wie man in dem vernünftigen Teil der Bayrischen Volkspartei argumentierte, aber was kann es mit seiner Stärke praktisch viel anfangen. Die Intransigenten in München wissen das natürlich auch, daß von den lebhaften Worten des Reichskanzlers Wirth zu Taten irgendwelcher Art ein Weg voll Zögern, Verantwortung und Unheimlichkeit ist.

Deshalb hat man in die strategische Lage eine „Diversion" eingeschaltet: der Angriff des preußischen Sicherheitskommissars Weismann gegen den bayrischen Justizminister Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Poehner. Der Vorwurf, den der Kanzler, indem er Weismanns Erklärungen vortrug, übernahm, war unerhört schwer und ernst; jedermann frug aber, warum diese Flucht an die Oeffentlichkeit nicht früher gewagt wurde.

Digitized by Google

Gewiß darf man das wenigste wörtlich nehmen, was jetzt in den Zeitungen über die bayrischen Zustände vorgetragen wird; man ist hoffentlich abgebrüht genug, um zu wissen, wie sehr eilfertiger Journalisteneifer Gerüchte aufbauscht, und die Erzählung von der auf Verteidigung eingerichteten „Kappistenburg" war eine Parodie auf Don Quichote. Das andere freilich hat weniger Romantik: daß in der großen bayrischen „Ordnungszelle" sehr wahrscheinlich sich Verschwörerzellen bilden konnten, die dann so unsinnigen und gefährlichen Taten wie die Ermordung Erzbergers zur Heimat wurden.

Die „Diversion" der Berliner Regierung, die so eine Art von moralischer „Offensive" sein sollte, ist vollkommen mißglückt; ihr Material war keine brauchbare Munition, wenn man so sagen darf, sondern schlechtes Feuerwerk, Radau und Rauch und dann stickige Luft. Der Eindruck auf die bayerischen Parteien war peinlich und nützte dem fast schon desavouierten Ministerpräsidenten. Es ist erstaunlich, welchen Grad von Begeisterung ein Mann wie Kahr wecken kann; denn so sehr ihn, über Bayerns Grenzen hinaus, die Blätter der Rechten als einen „Staatsmann" feiern, seine Reden und Taten haben eigentlich ziemlich kleines Format, und seine Politik der partikularistischen Halsstarrigkeit hat ihn doch fast nur zu Niederlagen hingeführt. Er hebt sich von der der Unfähigkeit seines sozialistischen Vorgängers Hoffmann ab; das macht einiges verständlich. Aber sehr weit darüber hinaus reicht auch er nicht. Ist es etwas wie Scham über die Eisner-Zeit, die die Bayern so krampfhaft an diesem Mann festhalten läßt?

Kahr ist sicherlich nicht der gegenrevolutionäre Gewaltmensch, der „deutsche Horthy", wie ihn die Linkspresse gerne malt; seine politische Eigenschaft scheint weniger Kühnheit als Eigensinn zu sein. Das Verhängnis aber, daß er fast nur bayrisch, wenig deutsch im staatsrechtlichen Sinn und sicher nicht weltpolitisch orientiert ist. Sonst müßte er im Gefühl haben, daß seine „Stärke" die „Schwäche" des Reiches nur deutlicher markiert.

Sicher hofft Wirth immer noch, aus der Sache mit einer Art von Erfolg herauszukommen. Hofft vielleicht auch, daß dieser ihn außerpolitisch stärken wird. Denn wenn alle Aufmerksamkeit jetzt auf solchen Fragen liegt, so darf nicht übersehen werden, daß in der äußeren Politik die Entwicklung der letzten Wochen ein böses Gesicht hat. Die Unerfüllbarkeit des Ultimatums brüllt aus den Börsensälen der Welt. Die Auszehrung, an der die Mark leidet, macht die Berechnungen für die Finanzreform zu einer Farce. Und wenn auch in Paris Ernüchterung einzukehren scheint, so fehlt doch der Mut gegenüber der Gasse, Folgerungen zu ziehen. Und die Sanktionen gehen weiter. Hier aber, und nicht im bayrischen Konflikt, liegt die Schicksalsfrage des Reichskabinetts.

Digitized by Google

Deutschland und die russische Hungersnot

Von Axel Schmidt

Immer wieder wird von kommunistischer Seite in Deutschland in kommunalen Institutionen der Antrag eingebracht, man solle Mittel zur Bekämpfung der russischen Hungersnot spenden. Gewiß ist es, daß die russische Tragödie nicht nur des Mitleides, sondern auch der Hilfe wert wäre. Die Frage ist nur: kann noch geholfen werden und wem soll geholfen werden?

Das Gebiet, in dem durch einen völligen Mißwachs Tausende und aber Tausende von Menschen verhungern oder der Cholera und anderen epidemischen Krankheiten zum Opfer fallen, weil ihre geschwächten Körper nicht mehr imstande sind, der Krankheit Widerstand zu leisten, ist vor allem Ostrußland, das von dem Wolgastrome durchflossen wird, das sonstige Haupternährungszentrum des russischen Reiches. Wir haben es ja schon oft hervorgehoben, daß das frühere russische Reich drei große Kornkammern besaß: die Wolgagegend, Sibirien und die Ukraine. Die erste versorgte durch den Wolgastrom den Norden Rußlands, der sich nur fünf Monate lang im Jahre selbst ernähren kann, mit Getreide; die Ukraine lieferte das Exportgetreide, das bequem und billig über das Schwarze Meer nach Westeuropa verschifft werden konnte; Sibirien, das erst in dem letzten Jahrzehnt sich zu einem richtigen Getreideanbaugebiet auswuchs, versorgte vor allem den Fernen Osten. Jetzt ist das Wolgagebiet als Getreidelieferant ausgefallen, weil es dort in diesem Jahre keinen Regen gegeben hat. Statt Getreide abgeben zu können, müssen dort etwa 40 Millionen Einwohner nicht nur versorgt, sondern es muß auch für Saatgetreide gesorgt werden. Sibirien und die Ukraine können nicht einspringen. Wohl ist die sibirische Ernte nicht schlecht gewesen, aber die Verkehrsverhältnisse sind unter den Bolschewisten so völlig zerrüttet, daß von dort kein Korn nach dem europäischen Rußland gelangen kann. In der Ukraine dagegen herrscht teilweise auch Mißwachs, zum anderen haben dort die sinnlosen bolschewistischen Wirtschaftsmethoden, wie auch im übrigen Rußland, die Saatfläche so eingeschränkt, daß dort kein Ueberfluß an Getreide herrscht. Die sichere Aussicht, daß der Ueberschuß an Getreide von den Bolschewisten für einen lächerlich geringen Preis requiriert wurde, veranlaßte bekanntlich die Bauern, nur für den eigenen Bedarf anzubauen. Wie groß der Rückgang der Saatfläche war, ist aus folgenden Daten zu entnehmen:

Professor Kulischer stellt in der „Rulj" nach bolschewistischen Quellen fest, daß im Jahre 1919 die Anbaufläche in der Wolgagegend im Verhältnis zum Jahre 1917 bereits um 12 bis 20 % abgenommen hatte, und seitdem ist der Rückgang noch bedeutender gewesen. Was der Ausfall der Ernte im Wolgagebiet für die bolschewistische Regierung bedeutet, zeigt die Tatsache, daß im Jahre 1919/20 von den von der Räteregierung gesammelten Getreide-

Digitized by Google

vorräten im Betrage von 212 Millionen Pud 165 Millionen Pud aus der Wolgagegend stammten. Trotzdem bereits im vorigen Jahre infolge der Dürre das Wolgagebiet eine sehr kümmerliche Ernte hatte, wurden dennoch für das Rote Heer allein aus den beiden Gouvernements Ssamara und Ssaratow 10 Millionen Pud für das Rote Heer herausgepumpt. Mit Recht konnte daher Professor Kulischer ein altes Sprichwort modernisieren, indem er erklärt, daß, wo der Bolschewist mit seinem Automobil hindurchgefahren ist, kein Gras mehr zu wachsen pflegt.

Dazu kam aber noch, daß Trotzkis Kriegspolitik gerade im vorigen Herbst zur Saatzeit große Mengen Pferde requirierte, was die Saatfläche weiter einschränkte. Daß der Bolschewismus ganz systematisch die russische Volkswirtschaft vernichtet hat, gibt jetzt Radek in einem Artikel der „Roten Fahne" zu. Es heißt dort wörtlich:

„Wir haben das Land ausgeplündert, um imstande zu sein, über die Weißen zu siegen, sagte Trotzki auf dem 9. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands im März des Jahres 1920. Und er hat die Wahrheit gesagt. Wir waren nicht imstande, das Leben von hunderttausenden von Arbeitern und Millionen von Bauern zu schonen. Wenn wir Rußland retten wollten vor der Wiederkehr der weißen Ausbeuter und Plünderer, durften wir nicht Halt machen vor der Zerrüttung der Volkswirtschaft. Sie war der Preis des Sieges."

Solange sich, wie im vorigen Jahr, die Mißernte nur auf kleinere Gebiete beschränkte, vor allem auf die der deutschen Kolonisten an der Wolga, machte man in Räterußland nicht viel Aufsehen, weil davon nur nichtkommunistische Elemente betroffen wurden. Das Fehlende konnte zudem durch brutale Raubzüge in die Ukraine ersetzt werden, die ja als „feindliches" Land, nicht wie die Gebiete des großrussischen Bauern, der den Rekruten für das rote Heer stellt, geschont zu werden braucht. Dieses Mal ist aber die Situation so verzweifelt, weil es nicht einmal gelingen will, die kommunistischen Kreise, vor allem das Heer, vor der Verelendung zu schützen. Im ersten Schrecken rief man die verhaßten „Burschuis" zu Hilfe. Man gründete ein allgemeines Notstandskomitee, das als Kulisse für die Verhandlungen mit der übrigen bürgerlichen Welt dienen sollte. Bald erkannten aber die radikalen Elemente um Trotzki, daß Lenins Konzessionspolitik die antibolschewistischen Strömungen im russischen Volke stärke. Die Tscheka war sofort mit der Aufdeckung einer bürgerlichen Verschwörung bei der Hand, und die Notstandsorganisation flog nicht nur auf, sondern Dutzende von angesehenen bürgerlichen Politikern und Gelehrten, die im Interesse des russischen Volkes die Arbeit übernommen hatten, wurden hingerichtet.

Anfänglich regte sich in Europa stark das Mitleid mit den Opfern dieser furchtbaren Hungerkatastrophe und des wirtschaftlichen Wahnsinns der Bolschewisten. Ueberall sammelten sich Kräfte, die helfen wollten. Die

Digitized by Google

Haltung der bolschewistischen Machthaber, die nicht nur bestimmen wollten, wie geholfen werden sollte, sondern in herrischem Tone einzelne Vertreter der Entente ablehnten, hat aber zusammen mit der Beseitigung des allgemeinen Notstandskomitees sehr abkühlend gewirkt. Das zeigte sich namentlich in der Aufnahme von Professor Nansens Abmachung mit der bolschewistischen Regierung in Rußland. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen, die Meldungen aus der Wolgagegend aufmerksam verfolgt, für den steht die Tatsache fest, daß die Tragödie schon ihrem Schlußpunkt zueilt, während in Europa noch beraten wird. Bei Deutschland, das selbst noch fremder Hilfe bedarf, um die furchtbaren Wunden der Hungerblockade vernarben zu lassen, kann es sich natürlich weder um Geld noch um Nahrungsmittel handeln. Einem Bettler steht es nicht an, mit der Geste des Reichen Almosen zu verteilen. Wohl aber sollte alles geschehen, um den deutschen Wolgakolonisten, soweit sie die Katastrophe überstanden haben werden, Hilfe zuteil werden zu lassen, sowohl für ihre Auswanderung als auch zum Wiederaufbau ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse. Wir sind zu arm, um den 40 Millionen hungernden Russen wirksame Hilfe leisten zu können, und unsere deutschen Brüder in Oesterreich haben dazu in erster Linie Anspruch auf diese Hilfe, aber an der halben Million Deutsche an der Wolga, die durch die wahnsinnigen Experimente der Bolschewisten am meisten gelitten haben, sollte das deutsche Volk nicht achtlos vorübergehen.

England und Polen

Von Erwin Ruge

Auf der Augusttagung des Obersten Rates entdeckte Lloyd George, daß das oberschlesische Abstimmungsgebiet nur ein Teil von Schlesien sei, daß dieses Schlesien aber seit sieben Jahrhunderten zu Deutschland gehöre und unter fünf Millionen Einwohnern noch nicht eine Million Polen habe; einer Lösung, die das nicht berücksichtige, könne das britische Reich niemals zustimmen. Die Polenfeindlichkeit, der antifranzösische und der scheinbar deutschfreundliche Zug fällt in dieser Stellungnahme des englischen Ministers auf. Wie kam er dazu, was bezweckt er damit, und haben wir Deutsche davon irgend etwas zu hoffen? Ein Rückblick auf die englische Polenpolitik wird uns Antwort geben.

Vor dem Kriege gab es für England eine „polnische Frage" nicht; ihr fehlte jeder realpolitische Untergrund. Erst mit dem Ausbruche des Krieges gewann sie für England Interesse. Der Einmarsch der Mittelmächte in Polen zwang die Entente zur Stellungnahme. Rußland sträubte sich hartnäckig, diese Frage zum Gegenstand internationaler Beratung zu machen; das geht aus dem Geheimtelegramm vom 9. März 1916 an Iswolski, da-

Digitized by Google

maligen Botschafter in Paris, hervor. Die polnischen Komitees in Paris und Lausanne suchten dagegen die Angelegenheit in die Oeffentlichkeit zu bringen, worin sie von England viel entschiedener unterstützt wurden als von Frankreich. Damals stand man jenseits des Kanals dem Programme Dmowskis, ein geeinigtes, unabhängiges Polen zu schaffen, geneigter gegenüber als den Plänen Lednitzkis, der sich mit einer Art austro-polnischer Lösung begnügen wollte. Hier konnte Rußland, der Verbündete, der ja im Grunde ein Gegner war, getroffen werden. Nicht nur das offizielle England, sondern die ganze öffentliche Meinung trat für das Selbstbestimmungsrecht der Polen ein; der neue Staat solle alle diejenigen, die ihm angegliedert zu werden wünschten, umfassen. Von den „historischen Grenzen", wie sie die Franzosen und weite Kreise der Polen selbst forderten, wollte England dagegen nichts wissen. Seine weitvorausschauende Politik war wirtschaftlich orientiert, sie richtete sich vor allem auf Danzig und etwaige andere polnische Zugänge zum Meere. Man billigte zwar diesen Punkt des Dmowskischen Programmes, wurde aber bald mißtrauisch gegenüber den anscheinend sehr weitgehenden wirtschaftlichen Plänen der Polen, die den uneingeschränkten Besitz Danzigs verlangten, wofür auch die Franzosen energisch eintraten. Neben der historischen Begründung wurde vor allem geltend gemacht, daß die Stadt noch heute von einer polnischen Mehrheit bewohnt würde, was allerdings nicht schwer zu widerlegen war für den, der, wie der Engländer, es nicht glauben wollte. Daß Polen Danzig zu seiner wirtschaftlichen Entwickelung brauche, wußte man in England natürlich sehr gut; man wollte den neuen Staat aber in wirtschaftlicher Abhängigkeit erhalten und ihm auch jede Möglichkeit nehmen, sich an der Weichselmündung eine Flottenstation anzulegen, wovon manche polnischen Politiker wohl träumten. Englisches Ziel war es also, die Stadt keinesfalls in polnische Hände fallen zu lassen; unter dem Schutz des Völkerbundes und seines Kommissars, wie ihn der Friedensvertrag (Art. 101) vorsieht, waren die englischen Interessen genügend gesichert, wenn dieses wichtige Amt den Engländern zufiel. Das geschah tatsächlich! Im Februar 1920 wurde es Sir R. Tower übertragen, einem Manne, der als weitblickender Kaufmann allgemein geschätzt wurde, übrigens ausgesprochen deutschfeindlich ist. Die Berufung eines Kaufmanns an diese Stelle läßt Englands Ziel erkennen: es galt, die Neuordnung der Dinge in Danzig vor allem wirtschaftlich auszuwerten; dazu bedurfte es weitgehender Befugnisse für den Kommissar. Sie sind zunächst im Friedensvertrage, sodann in einem am 15. November 1920 abgeschlossenen Vertrage zwischen Polen und Danzig genau festgelegt.[1]) Danach soll der Kommissar in erster Instanz über alle Streitigkeiten entscheiden, die sich über den Friedensvertrag oder die ergänzenden Abmachungen und Vereinbarungen zwischen Polen

[1]) Auslandsrecht 15. 1. 1921, Sp. 103 ff.

Digitized by Google

und der Freien Stadt ergeben (Fr.V. Art. 103); er kann die Angelegenheit, wenn er es für nötig hält, dem Rate des Völkerbundes unterbreiten (Novembervertrag Art. 39). Die Bestimmungen des Friedensvertrages, besonders aber der Novembervertrag, sind unter schweren Kämpfen zustande gekommen. England fand nicht nur in Polen, sondern auch in Frankreich einen hartnäckigen Widersacher. Das Ergebnis, wie es heute vorliegt, zeigt, daß Lloyd George sein Ziel so ziemlich erreicht hat.

Was nun die Grenzen Polens anbetrifft, so hatte England zunächst kein Interesse an der Festlegung einer bestimmten Linie; es vertrat vielmehr grundsätzlich den Standpunkt der Abstimmung, auch Deutschland gegenüber. Es ist sehr wahrscheinlich, daß auf der Pariser Konferenz bei der Behandlung des polnischen Problems erwogen worden ist, die polnisch-deutsche Grenze durch Befragung der Bevölkerung zu ermitteln; Engländer und Amerikaner, die ja historische Grenzen nicht anerkannten, neigten wenigstens sehr dazu. Nur der erbitterte Widerstand der vereinigten Polen und Franzosen verhinderte, daß England sich durchsetzte. Um offene Konflikte zu vermeiden, gab England schon im Februar 1919 nach und billigte die sogenannte Demarkationslinie[2]), durch die Deutschland Posen verlor und fast auch Oberschlesien eingebüßt hätte (worauf ich noch zurückkomme).[3]) Für weniger wichtige Gebiete, d. h. für einige Kreise Ost- und Westpreußens, gestanden Polen und Franzosen die Abstimmung zu (Art. 94 ff.), die Engländer und Amerikaner forderten. Daß die Deutschen im Juni 1919 die Abstimmung in Oberschlesien durchsetzten, ist wahrscheinlich Lloyd George zu verdanken. Freilich hatte er keinen Grund, sich wegen der polnischen Westgrenze mit Frankreich zu überwerfen und sich in den Verdacht der Deutschfreundlichkeit zu bringen. So gab er dem zielbewußten Streben Clemenceaus nach, wo es die englischen Interessen nur irgend erlaubten — und das war in der Hauptsache zum Schaden Deutschlands. Denn bei der Festsetzung der Grenzen gegen die Tschechoslowakei, die Ukraine, Rußland und Litauen konnte man nach englischer Auffassung die Wünsche der Bevölkerung nicht umgehen. Das war wohl auch die allgemeine Ansicht auf der Friedenskonferenz, wo das rücksichtslose und eigenmächtige Vorgehen der Polen gegen die Ukrainer wegen Galizien scharfe Mißbilligung fand. Auch in dem Streite um das Teschener Kohlengebiet nahmen in Paris besonders Engländer und Amerikaner Partei gegen die Polen, die ihr Ziel mit Gewalt zu erreichen versuchten. Die übrigen Grenzen festzusetzen, brachte solche Schwierigkeiten mit sich, daß man zunächst darauf verzichtete, wodurch der territoriale Appetit der Polen entschieden angeregt wurde. Als sie im Oktober v. J. ihren unerwarteten Einfall in das Wilnagebiet unternahmen und die Stadt, die sie noch

[2]) Drucksache 11 der „Wato", S. 22, 44 und Anlage 4.
[3]) Grenzboten 22. 5. d. J., S. 168 ff.

Digitized by Google

heute besetzt halten, in Besitz nahmen, taten sie, besonders in den Augen der Engländer, etwas völlig Unverständliches. Der Kursstand der polnischen Währung, gemessen an der deutschen Mark, war damals etwa 25 Pfennig, die Summe des umlaufenden Papiergeldes betrug über 40 Milliarden — wie konnte ein wirtschaftlich so wenig fundierter Staat, der noch dazu alles seinen Verbündeten verdankte[4]), gegen seine eigenen Schöpfer Politik treiben und seine Finanzen durch unsinnige militärische Abenteuer belasten, um nachher unter Hinweis auf seine miserable Wirtschaftslage Kredite in Anspruch zu nehmen? Lord Curzon sagte dem Fürsten Sapieha im Februar d. J. ganz offen, daß man den Polen kein Geld gebe, weil sie Kriegspolitik trieben. Man gab ihnen von London aus, und namentlich in der liberalen Presse, zu verstehen, daß sie aufbauende Politik treiben und ihre Kraft der Lösung der zahlreichen inneren Probleme widmen sollten; Polen wisse doch, daß es ohne Hilfe der Verbündeten nicht lebensfähig sei, und diese Hilfe würde ihnen bei weiterer Abenteuerpolitik entzogen! Keynes verächtliche Ansicht von dem jungen Staate (Wirtschaftl. Folgen S. 238) war schon zur Zeit der Pariser Konferenz nicht ganz vereinzelt und ist inzwischen so ziemlich Allgemeinansicht in England geworden. Selbst die „Times" ist heute entschieden antipolnisch. Die englische Entrüstung über Zeligowskis Vorstoß nach Wilna fand ihren klaren Ausdruck in dem Antrage Lord Robert Ceccils (auf der Völkerbundstagung in Genf am 23. November 1920), gegen Polen sofort mit allen Mitteln, die der Artikel 16 des Friedensvertrages vorsehe, vorzugehen, d. h. die Verbündeten sollten alle Handels- und Finanzbeziehungen zu Polen abbrechen. Das geschah nun zwar nicht, auch die Räumung Wilnas wurde von den Engländern nicht durchgesetzt, da Frankreich fest zu Polen stand. Aber die Abneigung zwischen Polen und Engländern wuchs sich gehörig aus und blieb nicht ohne Einwirkung auf das Verhältnis zu Frankreich. Der im Mai d. J. veranstaltete Kongreß in Brüssel zur Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes verschärfte die Gegensätze nur und brachte keine Lösung.

Es bleibt noch die oberschlesische Frage zu besprechen, zur Zeit die wichtigste Frage der europäischen Politik, die erst auf der Friedenskonferenz in ein akutes Stadium eingetreten ist. Vorher gab es eigentlich nur ein „polnisches Problem", erst mit Deutschlands hoffnungsloser Niederlage wurde Oberschlesien eine „Frage". Das neue Polen verlangte natürlicherweise dieses reiche Stückchen Erde und war im Februar 1919 nahe daran, es so nebenbei mitzuerhalten. Foch legte nämlich (bei der Erneuerung des

[4]) Lloyd George am 7. Mai d. J.: „ . . . Die Polen verdanken alles dem Vertrage von Versailles. Polens Freiheiten, seine Unabhängigkeit wurden von den Alliierten errungen. Wir sind berechtigt, von Polen zu verlangen, daß es sich in strikter und fairer Weise an den Vertrag hält, der die mit dem Blute von Engländern, Franzosen, Italienern und Amerikanern geschriebene Urkunde ihrer Freiheit ist."

Digitized by Google

Waffenstillstandes in der Sitzung vom 14. Februar) ein Abkommen vor, in dem es hieß, die Deutschen sollten unverzüglich alle Offensivbewegungen gegen die Polen in dem Gebiete von Posen oder in jedem anderen Gebiet aufgeben, sie sollten eine bestimmte Linie von ihren Truppen nicht überschreiten lassen[5]). Diese Linie trennte Oberschlesien von Deutschland ab und gab es dem Einmarsch polnischer Truppen preis. Um die wahren französisch-polnischen Absichten zu verdecken, war der Name Oberschlesien vermieden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Oberschlesien uns schon damals endgültig verloren gegangen wäre, falls Erzberger das vorgeschlagene Abkommen angenommen hätte. Er erreichte indessen eine Aenderung der „grünen Linie", so daß Oberschlesien zunächst bei Deutschland blieb. Wie weit England an diesem Ueberrumpelungsversuch beteiligt ist, entzieht sich heute noch unserer Kenntnis, es wäre aber durchaus möglich, daß hier ein eigenmächtiges Vorgehen Clemenceaus vorliegt, auf das der englische Delegierte (Admiral Browning) erst durch den deutschen Widerspruch aufmerksam wurde. Sicher ist, daß Mitte März 1919 bei den Beratungen des sogenannten Council of ten bei der endgültigen Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze die Engländer (und Amerikaner) den Franzosen scharfen Widerstand leisteten; Oberschlesien habe nie zu Polen gehört, es sei durchaus nicht von einer unzweifelhaft polnischen Bevölkerung bewohnt, darum müsse das Gebiet über sein Schicksal befragt werden. Clemenceau setzte sich aber schließlich durch. Die Friedensbedingungen, die den Deutschen am 7. Mai 1919 überreicht wurden, enthielten in Artikel 87 die sofortige Abtretung Oberschlesiens an Polen. Die Deutschen protestierten hiergegen in der sogenannten Mantelnote (vom 29. Mai) und wiesen in den „Bemerkungen" dazu nach, daß die „vorgesehene Abtrennung . . . einen durch nichts gerechtfertigten Einbruch in das geographische und wirtschaftliche Gefüge des Deutschen Reiches" darstelle[6]). Die Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte vom 16. Juni gestand die Abstimmung in Oberschlesien zu (Sektion VII). Daß das ein ungeheurer Erfolg der deutschen Delegation war, ist klar. Allem Anschein nach verdanken wir ihn den Engländern (Keynes, Folgen, S. [illegible], Anm.). Franzosen und Polen suchten aber später, als die Amerikaner sich aus dem Obersten Rate zurückgezogen hatten, die eindeutigen Vorschriften des Art. 88 und seiner Anlage zu umgehen; die deutschen Abstimmungsliste in West- und Ostpreußen hatten ihnen gezeigt, daß ihnen Oberschlesien keineswegs sicher sei, wenn die Abstimmung nach dem Wortlaut des Friedensvertrages vor sich ging. Sie erreichten, daß Lloyd George sich zu einer Note (vom 2. Dezember v. J.) an die Deutsche Regierung hergab, in der die Stimmabgabe der Nichteingesessenen an [illegible]

[5]) Grüne Linie der Anlage 4, [illegible]
[6]) Bemerkungen, zweiter Teil [illegible]

außerhalb des Abstimmungsgebietes vorgeschlagen wurde. Deutschland lehnte einmütig ab; es scheint, als ob das den Engländern nicht unangenehm war. Unverhohlen drückte man drüben seine Freude aus, als am 20. März auch viele Polen Oberschlesiens ihre Stimme für Deutschland abgaben, und daß die schweren Reparationsforderungen keinen entscheidenden Einfluß auf das Resultat der Abstimmung gehabt hatten. Vor allem machte man immer wieder geltend, daß ohne dieses Kohlengebiet Deutschland die Reparationen überhaupt nicht zahlen könne. Ferner war es aber offensichtlich gefährlich, die oberschlesische Kohle an Polen und damit an Frankreich kommen zu lassen, dessen Industriepolitik das Ziel zu haben schien, ein Eisen- und Kohlenmonopol für den europäischen Kontinent zu erlangen. Es galt also, die Entscheidung des Obersten Rates, der auf Grund der Abstimmung und eines „Vorschlages" der Interalliierten Kommission (Art. 88, Anl. § 5) die neue Grenze festzusetzen hatte, im englischen Sinne zu beeinflussen; es wurde versucht durch gemeinsames Vorgehen der Engländer und Italiener, die einen den eigenen Interessen entsprechenden, für Deutschland günstigen Grenzvorschlag einreichten. Auch ließ die englische öffentliche Meinung keinen Zweifel darüber, daß man ein selbständiges Oberschlesien einem polnischen entschieden vorziehe. Diese Stellungnahme Englands nach der vollzogenen Abstimmung veranlaßte die Polen, Anfang Mai in Oberschlesien einzufallen und den verhaßten Lloyd George vor ein „fait accompli" zu stellen, das Frankreich anzuerkennen bereit war, worüber es fast zu einem Bruche zwischen London und Paris kam. Die oben angeführten Aeußerungen des englischen Ministerpräsidenten auf der Augusttagung des Obersten Rates zeigen deutlich, welcher Lösung der oberschlesischen Frage die britische Politik heute zustrebt; es unterliegt aber gar keinem Zweifel, daß nicht die Abneigung gegen die Polen, nicht Meinungsverschiedenheiten mit den Franzosen, noch viel weniger freundschaftliche Gefühle für uns die Engländer bestimmen, sondern einzig und allein starke englische Interessen an dem Wiederaufbau des Kontinents, ohne den England nicht leben kann. Und das ist allerdings für Deutschland eine Hoffnung!

Aus Slowenien

Von Karl Lorenz

Durch den Zusammenbruch der Mittelmächte ist vor allem das Grenzdeutschtum schwer betroffen worden. Im Westen und Osten, im Norden und Süden sind deutsche Siedelungen dem Muttervolke entrissen und einem ungewissen Schicksal überlassen worden. Zwar wurde den neuen Herren der abgetrennten Provinzen auferlegt, gewisse Bestimmungen über

Digitized by Google

Minderheitsschutz zu beachten, allein diese sind bisher zumeist auf dem Papiere geblieben und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß sie in absehbarer Zeit wirksam werden. Von den Millionen deutscher Stammesgenossen, die durch den Friedensvertrag fremden Mächten überantwortet wurden, sind die 100 000 Deutschen in Slowenien — dem ehemaligen Kronland Krain und Südsteiermark — in der übelsten Lage. Dieses Gebiet stand über ein Jahrtausend mit den deutschen Nachbarländern in den engsten staatsrechtlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen. Die deutschen Siedler sind nur zwei Jahrhunderte nach den Slowenen ins Land gekommen und zahlreiche, noch heute nicht übersetzte — wenn auch slawisch frisierte — deutsche Ortsnamen, viele Bauten, sowie die Sitten und Gebräuche der Bevölkerung lassen den starken deutschen Einschlag erkennen, dessen Spuren nun gewaltsam weggefegt werden sollen, um die Fiktion herzustellen, daß die Deutschen nur ein künstlich durch die österreichische Regierung und deren Beamtenschaft ins Land verpflanztes Element seien. Dieses Ziel vor Augen, hat die slowenische Landesregierung seit dem Umsturze den Deutschen alles genommen, was man als Kulturbesitz zu bezeichnen pflegt. Sie unterdrückte die meisten deutschen Schulen, sperrte die deutschen Theater und erwürgte die deutschen Vereine, die in den deutschen Städten Untersteiermarks, in Laibach und in Gottschen, dem Hauptorte der Gottschener Sprachinsel, nach Hunderten zählten. Die slowenische Landesregierung in Laibach hat sie unter staatliche Vermögensaufsicht gestellt (sequestriert) und ihre Tätigkeit unterbunden, hierauf aber teils aufgelöst, teils auf andere Weise den Deutschen entrissen und in slowenischen Besitz gebracht. Der Auflösung verfielen nicht nur alle Ortsgruppen des Deutschen Schulvereins, der Südmark, des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und die Sektionen des deutschen und österreichischen Alpenvereins, was schließlich, da es sich um auswärtige Vereine handelt, begreiflich wäre, sondern auch fast alle deutschen inländischen Vereine von den Turnvereinen bis zu den Feuerwehren, deren deutsches Kommando als staatsgefährlich erklärt wurde. Selbst die wilde Schlaraffia, die in Laibach und Marburg ihre Burgen hatte, wurde auf die Proskriptionsliste gesetzt. Viele solche [illegible] Vereine wurden dadurch „erledigt", daß der von der Regierung bestellte Vereinsaufseher über den Kopf der [illegible] Vereinsleitung die Mitglieder aufnahm und dann eine Generalversammlung einberief, die einen slowenischen Vereinsausschuß ernannte. Der [illegible] gegen dieses Vorgehen [illegible] übrig, als die Satzungen [illegible] Zusammenarbeiten mit den [illegible] ist. Geradezu typisch [illegible] und des Radfahrvereins in Laibach [illegible]

Digitized by Google

Verfolgungswut zum Opfer gefallen sind. Die Philharmonische Gesellschaft, die ihre Gründung auf das Jahr 1702 zurückführt und als älteste deutsche Musikvereinigung angesehen werden kann, wurde über Betreiben des fanatischen slowenischen Richters und Komponisten Lajovic vor zwei Jahren unter staatliche Vermögensaufsicht gestellt und Lajovic zum Vermögensaufseher ernannt. Dieser ordnete die Schließung der gesellschaftlichen Musikschule an, erwirkte die behördliche Einstellung jeglicher Vereinstätigkeit, berief aber dessenungeachtet im Herbste 1919 eine ordentliche Mitgliederhauptversammlung ein, bei der 200 von ihm statutenwidrig als „Mitglieder" aufgenommene slowenische Parteigänger einen neuen Ausschuß wählten. Die deutschen Mitglieder, die sich an der Hauptversammlung nicht beteiligt hatten, brachten gegen die Eigenmächtigkeiten des Sequesters Beschwerden ein, die die Landesregierung zwei Jahre liegen ließ und vor kurzem mit dem Beifügen abwies, daß der Staatsaufseher ganz ordnungsmäßig vorgegangen sei! Mit der Philharmonischen Gesellschaft haben die Slowenen nebst einem reichen Inventar von Noten und Instrumenten und einem wertvollen Archiv mit Handschriften von Haydn und Beethoven ein auf mehrere Millionen geschätztes Vermögen übernommen, was sie nicht hindert, daß sie die Witwe des früheren Musikdirektors und den letzten, nahezu 50 Jahre im Dienste der Gesellschaft gestandenen Musikdirektor mit Bettelpensionen hungern lassen. Der gleiche Vorgang wurde gegen den Laibacher Kasinoverein angewendet. Der Verein ist ein harmloser Geselligkeitsklub, er hat sich jedoch die slowenische Abneigung dadurch zugezogen, daß er sein auf dem schönsten Platze der Stadt gelegenes Haus den deutschen Vereinen Laibachs zur Verfügung stellte. Aus diesem Grunde betrachteten die Slowenen das Kasino als deutsche Trutzburg und es ereignete sich unter der österreichischen Regierung nicht selten, daß diese Feste mit Steinhagel und Revolverschüssen berannt wurden. Nach dem Umsturz wurde das Gebäude sofort auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes zur Unterbringung eines Armeekommandos requiriert. Später wurde die Tätigkeit des Vereins eingestellt und für ihn ein staatlicher Vermögensaufseher ernannt, der vor kurzem den Auftrag erhielt, die Slowenisierung des Vereins einzuleiten. Die slowenische demokratische Partei, die im Belgrader Parlament nur drei Abgeordnete zählt, jedoch der Regierungsmehrheit angehört und daher auch die Laibacher Landesregierung beherrscht, wollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, sich allein in den Besitz des auf 10 Millionen Kronen bewerteten Kasinovermögens zu setzen. Da die übrigen slowenischen Parteien, die ein gleiches Recht auf das Kasino zu haben glauben, dieser Absicht nicht zustimmten, gestaltete sich der Raub des Kasinovereins zu einem öffentlichen Skandal. Der staatliche Vermögensaufseher, der auf Befehl 250 Demokraten Mitgliedsscheine ausgestellt hatte, berief

Digitized by Google

für den 20. Juni in einem Saal des Laibacher „Narodni dom“ eine ordentliche Mitgliederversammlung ein, zu der zwar keine deutschen Mitglieder, wohl aber außer den demokratischen Pseudomitgliedern mehrere hundert Anhänger der den Demokraten gegnerischen Parteien erschienen, die gleichfalls als Mitglieder aufgenommen zu werden wünschten. Da sich über die Aufnahme und über die Beteiligung dieser Aufnahmewerber im Ausschusse keine Einigung erzielen ließ, wurde die Versammlung gesprengt und vom Staatsaufseher für den 24. Juni neuerlich einberufen. Für diese Versammlung hatte die Regierung umfassende Vorbereitungen getroffen, denn es wurden drei Dutzend Wachleute aufgeboten, die nur die „amtlich“ anerkannten „Mitglieder“ in den Saal ließen, während sich die zahlreich erschienenen Anhänger der slowenischen Nationalsozialen, Sozialdemokraten und Klerikalen mit Stehplätzen auf den Gängen begnügen mußten. Unter dem Gejohle der Abgewiesenen kam dann die „Wahl“ des neuen Ausschusses glücklich zustande. Gegen die Eroberung des Kasinovereins durch die Demokraten, die von den Blättern als ein Ereignis allerersten Ranges besprochen wurde, beriefen die Unterlegenen eine große Protestversammlung ein, von der die Forderung erhoben wurde, daß der Kasinoverein behördlich aufgelöst und dessen Vermögen den Stadtarmen oder dem neugegründeten slowenischen Irredantaverein Jugoslovanska Matica zugewendet werden soll. Dem neuen slowenischen Ausschusse des Kasinovereins gehören nebst mehreren Advokaten der südslawische Minister a. D. D. Kramer und der Präsident der Laibacher Advokatenkammer Danilo Majoran an. Für die slowenische Denkweise ist es bezeichnend, daß niemand Anstoß daran nahm, sich in den Besitz des Kasinovereins zu setzen und daß dessen euphemistisch als „Nationalisierung“ bezeichnete Wegnahme allgemein in Ordnung befunden wurde. Mit der Kulturarbeit, die sich in der Vernichtung deutscher Vereine erschöpft, werden die Slowenen, die sich soviel auf die Befreiung von den deutschen Fesseln und ihre eigene Geistesarbeit zugute tun, wohl keinen besonderen Ruhm erwerben.

Assignatenwirtschaft

Von Dr. jur. Richard Prenzel

Der neueste Ausweis der Reichsbank vom 7. September verzeichnet an umlaufenden Reichsbanknoten 80,7 Milliarden Mark; der Betrag der Darlehnskassenscheine wird mit 7,8 Milliarden Mark beziffert. Unter Hinzurechnung der Reichskassenscheine und Privatbanknoten ergibt sich also ein Gesamtumlauf an Papiergeld von rund 89 Milliarden Mark. Berücksichtigt man, daß bereits der Ausweis zum Halbjahrestermin am

Digitized by Google

30. Juni ein wöchentliches Anschwellen allein der Reichsbanknoten um 3,3 Milliarden gemeldet hatte, dem sich inzwischen weitere 5,4 Milliarden zugesellten, bedenkt man ferner, daß Ende 1920 rund 81 Milliarden, Ende 1919 rund 50 Milliarden, am 7. November 1918 rund 27 und bei Kriegsausbruch rund 4 Milliarden Mark Papiergeld in Umlauf waren, so zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, welchen Umfang die Verwässerung unserer Währung bereits angenommen hat. Der Hauptgrund dieser Inflation, der durch Einnahmen nicht gedeckte Regierungsbedarf, welcher namentlich aus den Reparationsleistungen herrührt, wird auch in Zukunft infolge der schweren Lasten aus dem Ultimatum bestehen bleiben und auf unsere Währung unheilvoll wirken. Wohin es schließlich führen muß, wenn wir auf dieser Bahn fortschreiten, dürfte ein Betrachtung der Assignatenwirtschaft während der französischen Revolution lehren.

Die Staatsschuld Frankreichs war unter der Regierung Ludwigs XVI. gewaltig angeschwollen. Die verzweifelte Finanzlage machte die sofortige Beschaffung erheblicher Geldbeträge notwendig. Daher entschloß sich die französische Regierung, die in den konfiszierten Gütern ruhenden Werte zu mobilisieren. Durch Gesetz vom 21. Dezember 1789 erhielt die Regierung die Ermächtigung, im Betrage von 400 Millionen Livres (1 Livre = 20 Sous, also ungefähr = 1 Francs) Assignats auszugeben, die einen Zinsgenuß von 5% erbrachten und durch die Caisse de l'extraordinaire im Betrage von 120 Millionen im Jahre 1791, 100 Millionen im Jahre 1792, 80 Millionen im Jahre 1793, 80 Millionen im Jahre 1794 und 20 Millionen im Jahre 1795 eingelöst werden sollten*). Die Einlösungsbeträge sollten aus dem Verkauf der ehemals königlichen und geistlichen sowie der Staatsgüter aufgebracht werden. Diese Assignaten, die in Stücken von 1000, 300 und 200 Livres ausgegeben wurden, waren also zunächst Schatzwechsel (bons du trésor) mit besonderer hypothekarischer Sicherheit. Das Dekret vom 16. April 1790 gab ihnen Zwangskurs und reduzierte vom 15. April ab die Zinsen auf 3%. Nur kurze Zeit später fiel auch diese Schranke, die die Assignaten noch vom reinen Staatspapiergeld getrennt hatte. Vom 16. Oktober 1790 wurde jede Zinsvergütung eingestellt.

Da aber der Geldbedarf der Regierung weiter kräftig wuchs und die bereits einsetzende Inflation ihre Wirkungen auf die Steigerung der Warenpreise ausübte, sah sich die Regierung gezwungen, durch Gesetz vom 29. September 1790 weitere 400 Millionen zur Ausgabe zu bringen. Ständig steigende Ansprüche auch für die Kriegführung veranlaßten die dritte Emission durch Gesetz vom 19. Juni 1791, die vierte Emission

*) Vgl. Courtois, Histoire de la Banque de France usw. S. 78 ff. auch für die weiteren Angaben über Staatsdekrete.

Digitized by Google

durch Gesetz vom 29. September 1791**). Da das schlechte Geld stets das gute aus dem Verkehr drängt, also Silber- und Kupfermünzen verschwanden, entstand besondere Nachfrage nach kleineren Stücke; daher wurde der Betrag der niedrigsten Stücke dauernd herabgesetzt. Das Gesetz vom 23. Dezember 1791 bestimmte, daß 20-Sous-Stücke geschaffen wurden. Schließlich gab es Abschnitte von 10 Sous bis 10 000 Livres, von denen namentlich die höherwertigen Stücke alsbald mannigfachen Fälschungen ausgesetzt waren.

Während man anfänglich das Ausgabemaximum stets durch Dekrete erhöht hatte, ließ man nach dem Dekret vom 1. Februar 1793 jede Beschränkung fallen, um die Riesenbeträge der Oeffentlichkeit zu verheimlichen, und die Notenpresse Tag und Nacht rastlos arbeiten. An Versuchen, die Flut einzudämmen oder der steigenden Entwertung Einhalt zu gebieten, fehlte es nicht. Man erhöhte den Wert der Unterpfänder und schuf durch neue Konfiskationen von Gütern der Emigrierten oder der eigens zu diesem Zweck unter die Guillotine Gebrachten weitere Pfandobjekte. Ihre Gesamtsumme wurde April 1792 auf 2½ Milliarden, Februar 1793 auf 3,17 Milliarden veranschlagt bei einer Assignatenausgabe von 3,1 Milliarden Livres.

Man war noch immer in dem Irrtum befangen, daß das Papiergeld ohne jeden Schaden neben dem Metallgeld umlaufen könnte, solange sich der Umlaufsbetrag des Papiergeldes in vernünftigen Grenzen halte. Ein Dekret vom 12. bis 20. Mai 1791 schärfte den Verwaltungsbeamten ein, alle Mittel anzuwenden, um den Austausch mit Gold- und Silbermünzen zu erleichtern. Aber durch das Dekret vom 11. April 1793 mußte der Verkauf des Metallgeldes in ganz Frankreich und dem durch die französischen Truppen besetzten Gebiet wegen der durch das Agio hervorgerufenen Mißstände bei einer

**) Es befanden sich nach Courtois, S. 79, im Umlauf:

am 1. Juni 1791	912	Mill.	Livres	Assign.
1. Okt. 1791	1 152	„	„	„
22. Sept. 1792	1 972	„	„	„
1. Jan. 1793	2 826	„	„	„
1. Aug. 1793	3 776	„	„	„
1. Mai 1794	5 819	„	„	„
1. Juli 1794	6 082	„	„	„
1. Okt. 1794	6 618	„	„	„
1. Jan. 1795	7 229	„	„	„
1. April 1795	8 327	„	„	„
1. Juli 1795	12 338	„	„	„
1. Okt. 1795	17 879	„	„	„
1. Jan. 1796	27 596	„	„	„
1. April 1796	36 672	„	„	„
1. Juli 1796	34 509	„	„	„
7. Sept. 1796	45 579	„	„	„

Digitized by Google

Strafandrohung von 6 Jahren Gefängnis verboten werden. Nachdem schon ein Dekret vom 8. April angeordnet hatte, daß die Gehälter und sonstigen Zahlungen der Staatskassen in Assignaten zu geschehen hätten, wurde diese Zwangszahlung durch obiges Dekret vom 11. April auch für alle Privatpersonen eingeführt. Dadurch wurde aber noch nicht das Verhältnis der Assignaten zum Metallgeld berührt. Daher bestimmte ein Dekret vom 1. August 1793, daß jeder Bankier, der überführt wäre, die Annahme von Assignaten verweigert zu haben, sie mit einem Verlust in Zahlung genommen oder gegeben zu haben, beim ersten Uebertretungsfall mit einer Geldstrafe von 3000 Livres und 6 Monaten Festungshaft, im Wiederholungsfalle mit 6000 Livres und 20 Jahren Gefängnis bestraft werden würde. Ein Dekret vom 5. September 1793 ging noch weiter: Derjenige, welcher durch eine Aeußerung die Assignaten diskreditiere, sollte bestraft, und der Anzeiger sollte belohnt werden. Durch Dekret vom 10. Mai 1794 wurde für solche Vergehen die Todesstrafe verhängt.

Das Papiergeld und die Maßnahmen zu seiner Stützung machten nacheinander nötig die Festsetzung eines Maximums für lebenswichtige Artikel, gewaltsame Eingriffe bei dem Staatsschuldbuch[1]) schließlich die Zwangsanleihe von einer Milliarde im August 1793, die eine Herabsetzung der Umlaufsmenge herbeiführen sollte. Dies alles konnte den Niedergang des Papiergeldes nicht aufhalten. Die Kaufleute schlossen ihre Handelshäuser. Ein Stillstand des gesamten wirtschaftlichen Lebens war die Folge. Da kein Mensch wußte, was das Geld überhaupt wert war, ging niemand mehr Verträge ein. Mangel an Lebensmitteln und Hungersnot traten ein infolge des Widerstandes der Bauern gegen die Dekrete, welche sie zwingen sollten, ihre Erzeugnisse gegen Assignaten zum festen Satz abzugeben. In Paris mußte die Fleischrationierung eingeführt werden.

Infolge der unhaltbaren Zustände wurden die Gesetze über das Maximum und die Requisitionen am 24. Dezember 1794 abgeschafft. Am 3. Januar 1795 hob man die Beschlagnahme der Nationalgüter der mit Frankreich im Kriege liegenden Staaten auf. Schließlich gestattete man den freien Verkehr mit Metallgeld, der durch Dekret vom 11. April 1793 untersagt war, durch Gesetz vom 25. April 1795.

Nun gab es kein Halten mehr. Der Ausgabebetrag schwoll immer mehr an, das Disagio dem Louis d'or gegenüber wurde immer größer. Während das Papiergeld im Juli 1794 noch ein Drittel Wert hatte (Assignatenumlauf 6,1 Milliarden), war es schon zur Zeit der Freigabe des Metallgeldes (April 1795) auf 10 % gesunken (Umlauf 8,3 Milliarden). Mit Macht ging es weiter abwärts: Mai 6,5 %, Juni 3,4 %, Juli 3,1 % (Umlauf 12,3 Milliarden), August 2,7 %, September 2,1 %, Oktober 1,4 % (Umlauf 17,9 Milliarden), November 0,77 %, Dezember 0,52 %, Januar 1796 0,46 % (Um-

[1]) U. a. wurden die eingegangenen Erträge auf $^1/_3$ herabgesetzt.

Digitized by Google

lauf 27,6 Milliarden), Februar 0,35 %, März 0,36 % (Umlauf am 1. April 36,7 Milliarden, am 7. September 45,6 Milliarden).

Noch im März 1795 hatte man versucht, neue Mittel ausfindig zu machen, um den Umlauf der Assignaten einzuschränken. Man schlug eine Lotterie, eine Rente, eine Bodenkreditbank vor, schließlich, da man die Aussichtslosigkeit einsah, tat man zunächst nichts mehr.

Inzwischen war die Hungersnot, wie es nicht anders zu erwarten war, größer geworden; die Brotrationierung mußte eingeführt werden. Alle drakonischen Maßregeln erwiesen sich als wirkungslos.

Im Mai 1795 versuchte man noch einmal, dem Währungselend beizukommen. Ein Deputierter schlug vor, man solle die Nationalgüter gegen Assignaten verkaufen, und zwar ohne Versteigerung zu dem dreifachen Wert des Jahres 1790. Da zu dieser Zeit die Assignaten auf $^1/_{15}$ entwertet waren, stellte sich der Kaufpreis der Güter in Wirklichkeit auf $^1/_5$ ihres Wertes. Immerhin wäre der größte Teil der Assignaten absorbiert worden. Das hierüber erlassene Gesetz vom 3. Juni 1795 wurde aber bald vom Konvent wieder aufgehoben.

Um der aus der Entwertung sich ergebenden Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten bei der Leistung von geschuldeten Beträgen Herr zu werden, verordnete man, daß eine von der Umlaufsmenge der Assignaten abhängige Entwertungstabelle veröffentlicht werden sollte. Ausgehend von 2 Milliarden, sollte für jede weiter ausgegebenen 500 Millionen die Zahlungssumme in Assignaten um $^1/_4$ erhöht werden. Also bei 4 Milliarden auf das Doppelte. Hierdurch wurde aber naturgemäß die Umlaufsmenge nicht berührt. Man stellte sich durch diese Regelung lediglich auf den Boden der Tatsachen. Da die Einnahmen für den Staat in ihrem Wert immer geringer wurden, wurde die Grundsteuer im Jahre 1795 derart für zahlbar erklärt, daß die eine Hälfte in Assignaten und die andere in Getreide zu entrichten sei.[2])

Als das Direktorium die Regierungsgewalt übernommen hatte (am 26. Oktober 1795), schien jeder Versuch, die Assignatenwirtschaft zu einem guten Ende zu führen, vergeblich. Daher schritt man am 19. Februar 1796 zur öffentlichen Vernichtung der Assignatenplatten, zumal das Papiergeld lediglich als Verwendung für Tapezierungszwecke tauglich war.

Statt wieder auf das Metallgeld zurückzukommen, schuf die Regierung am 18. März 1796 für 2,4 Milliarden mandats territoriaux. Die mandats sollten in bevorzugter Weise durch die Nationalgüter gedeckt sein. Binnen drei Monaten konnten die Assignaten im Verhältnis von 30 zu 1 gegen

[2]) Illig, Das Geldwesen Frankreichs zur Zeit der ersten Revolution bis zum Ende der Papiergeldwährung, S. 49. — Zu beachten ist übrigens, daß bereits in letzter Zeit die Assignaten seitens der Regierung zu einem Minderwert ausgegeben wurden.

Digitized by Google

mandats eingetauscht werden, und wurden vom 18. Juli für ungültig erklärt.[3]) Da jede Art Papiergeld in völligen Mißkredit geraten war, teilten die mandats bald das Schicksal der Assignaten. Alle Versuche, ihren Wert zu halten oder zu steigern (durch Werbeschriften, Strafen für abfällige Aeußerungen, für verweigerte Annahme, Zwang zum Vertragsabschluß in mandats)[4]), schlugen fehl, so daß es vom 23. Juli 1796 ab jedem freigestellt wurde, Verträge in jeder beliebigen Geldart einzugehen und mandats zum jeweiligen Kurswert anzunehmen.[5]) Auch der Staat nahm hinfort die mandats nur zum Kurswert, der immer tiefer sank, in Zahlung, und ließ diesen alle fünf Tage durch die Trésorerie nationale festsetzen.

So hatte die Papiergeldwirtschaft das wirtschaftliche Leben in Frankreich nach und nach zum Erliegen gebracht; ein ganz unbedeutender Verkehr wurde noch mit Metallgeld aufrecht erhalten. Man lebte von der Hand in den Mund. Das allseits bestehende Bedürfnis nach Ruhe, nach allen Wirrnissen der Revolutionszeit, und die einsetzende Arbeitswilligkeit ließen allmählich das Wirtschaftsleben wieder etwas lebhafter pulsieren. Nach und nach kam das durch die Bauern und auch Bürger versteckte Gold- und Silbergeld, welches mancher sorgsame Hausvater zurückgehalten hatte, um aus dem Chaos etwas zu retten, dessen Wert konstant blieb, wieder mit dem wachsenden Vertrauen zur Regierung, deren Zügel zielbewußt Bonaparte[6]) in die Hand genommen hatte, hervor, gesellte sich zu den infolge der glücklichen Kriege hereinkommenden Kontributionen und dem mit den Emigranten zurückströmenden Metallgeld, und verhalf Frankreich zu vollwertigem Währungsmetall und Umlaufsgeld und bereitete den Weg zu neuem Gedeihen.

Sehr zustatten kam es, daß auch während der Zeit der Assignatenwirtschaft die Prägung von Metallgeld niemals ganz geruht hatte. Jedem Privaten, der Edelmetall zur Münze gebracht hatte, war ohne Abzug eines Schlagschatzes der Wert des eingelieferten Metalls in Münzen dieses Metalls ausbezahlt worden.[7]) Durch ein Dekret vom 13. November 1793 war alles Gold und Silber, überhaupt alle Schmucksachen, die man in Verstecken fand, vom Staat eingezogen und zu Münzen ausgeprägt worden.[8]) Wenngleich das hieraus und aus weiteren Edelmetallbeständen (z. B. durch Einschmelzen wertvoller Kunstschätze) gewonnene Münzgeld infolge des riesigen

[3]) Illig a. a. O, S. 54.
[4]) White, Fiat Money inflation in France, S. 71.
[5]) Illig, a. a. O., S. 54.
[6]) Bonaparte wurde in der ersten Kabinettssitzung gefragt, was er bei der Wirtschaftslage und den ungeheueren Summen ausstehender Löhnungen und Staatsschulden zu tun gedenke. Er antwortete: „Ich bezahle entweder in Metallgeld oder überhaupt nichts." (White, a. a. O, S. 8.)
[7]) Illig, a. a. O., S. 55.
[8]) Illig. a. a. O., S. 57.

Digitized by Google

Geldbedarfs und der Inflation während der Zeit der Revolutionswirren eine Besserung nicht bewirken konnte, da es dem Verkehr durch Hamsterei sofort entzogen wurde, trug sein Vorhandensein nach dem Zusammenbruch doch in nicht unbedeutendem Maße seinen Teil dazu bei, die Wirtschaftsmaschine wieder in Gang zu setzen.

Viele Ereignisse während der Herrschaft der Assignaten werden an unsere Gegenwart erinnert haben. Wem kommen nicht das Silberagio, das Aufgeld bei Zollzahlungen, der jetzt 19½fache Einlösungsbetrag für Goldstücke ins Gedächtnis? Für ein Herausarbeiten aus dem Währungs- und Wirtschaftselend ist das damalige Mittel erfolgreicher Kriege nicht anwendbar. Auch bei stärkster Intensivierung unserer Arbeitsleistung wird eine Gesundung nicht erwartet werden können, solange nicht der Feindbund von seinen unsinnigen Forderungen abläßt.

Die deutsche Dorfheimat

Von Max Grühl, Kirchheim-Teck

Man braucht gar nicht so sehr Schönseher zu sein, um nicht zu verkennen, daß der Krieg auch gute Seiten gehabt hat. Hierzu gehört ohne Zweifel die Tatsache, daß durch ihn die Vorteile des Landlebens wieder mehr zum Bewußtsein der Massen gekommen sind. Aber wird das in späterer Zukunft so bleiben? Ich glaube kaum. Je mehr wir in alte Gleise zurückkommen werden, je mehr der „Magenmaterialismus" auch in der Stadt wieder befriedigt werden kann, um so mehr wird auch die Landflucht wieder zunehmen; die Vergnügungen und Zerstreuungen der Stadt beginnen schon jetzt allgemach ihre Netze wieder um die Dorfheimat zu spinnen. Vor meinen Fenstern vorbei ziehen die Dörfler von ihrer Alb allsonntäglich zum städtischen Kino; bald wird es sie wieder in Scharen ganz zur Stadt ziehen. Der kluge Mann baut vor, und darum ist es jetzt Zeit, an die Bekämpfung der Landflucht zu denken. Warum war die Arbeit nach dieser Richtung früher so schwer und blieb so ohne nennenswerte Erfolge? Weil sie zu spät einsetzte, als das Kind schon im Brunnen lag, als die Bewegung zu einem verzehrenden Feuer geworden war. Darum auf, ihr alle, die ihr Liebe habt zur dörflichen Scholle und zum Volksganzen, es gilt eine gute Ernte zu bergen, deren Saat der Krieg mit Allgewalt gesät: den Hang zu jenen Plätzen, auf denen das kostbare Brot reift, die Liebe zur Mutter Erde! Aber eines ist zu bedenken: Nicht die kalte Erkenntnis des gewinnbringenden Vorteils, sondern das Verständnis des altrömischen Spruches: „Nichts besseres gibt es, was des freien Mannes würdiger wäre, als die Landwirtschaft", muß

Digitized by Google

wieder zum Allgemeingut werden und Kurs gewinnen in unserem Volk, dann wird es besser werden. Jedoch, „der Mensch lebt nicht vom Brot allein", sagt schon die Bibel, und darum muß das Leben der Landbewohner reicher ausgestattet und voller gestaltet werden. Es ist nicht genug, daß die Landleute, ob Bauer, ob Knecht oder Magd, sich ausreichend kleiden und ernähren, auch für ihren Geist, ihr Gemüt, ihren Schönheitssinn, die oft in wunderbaren Keimen schlummern, muß etwas getan werden. Gar oft liegen diese Gaben brach und niemand entwickelt und befruchtet sie recht. Und es ist doch eine köstliche Arbeit, die hier wirken kann, „das Schweißes der Edlen wert"; „Brünnlein der Tiefe" zu erschließen und zu befruchten ödes Land! Mit dem Hinweise auf die Versuchungen, die das Stadtleben mit sich bringt, mit der Versicherung, daß die Arbeit in der Stadt wohl höheren Lohn bringt, das Leben aber auch um so teurer ist, mit solchen Beschwichtigungen ist nichts getan und die Landflucht nicht einzudämmen. —

Es gilt, *dem Landleben mehr Inhalt zu geben*, dies scheint mir der rechte Weg zu sein, der betreten werden muß. In jeder Gemeinde kann, ohne daß ein neuer Verein gegründet wird, ein Ausschuß zur Förderung des geistigen Lebens aus den Vereinen gebildet werden, die schon am Platze vorhanden sind. Jeder von ihnen, er mag Ziele verfolgen, welche er will, hat in sich eine gewisse Bildungstendenz, und sie muß bewußt betont und zu zielbewußter Arbeit zusammengefaßt werden, zur geistigen Arbeitsgemeinschaft. Wo nur ein oder zwei Vereine bestehen, da treten freie Kräfte wacker in die Bresche: Pfarrer, Lehrer, Schultheißen, Landwirte, Gewerbetreibende, Arbeiter; denn *Bildungsarbeit ist Dienst am Volk* und kennt keine sozialen Unterschiede und keine Parteien! Es kommt auch gar nicht darauf an, daß die Ausschüsse so vielköpfig sind. Im Gegenteil, oft werden zwei oder drei Mann viel mehr leisten. Aber Willens- und Entschlußkraft müssen sie besitzen, Liebe zur Sache mitbringen und — Charaktere sein. Wenn sie dann noch eine „gute Nase" oder eine geistige „Wünschelrute" haben und die ausführenden Kräfte zu finden verstehen, dann wird der erste Schritt zum Erfolge getan sein. Und dann frisch ans Werk! Wirtssaal, Rathaus und Schulsaal sind überall vorhanden, und sie genügen fürs erste vollauf, um die „Bretter" zu werden, die für die Dorfheimat „die Welt bedeuten".

Was soll nun dort getrieben werden? Nicht hochtrabende Wissenschaft, sondern das, *was aus dem Born der Heimat fließt*; denn alle Bildungsarbeit muß bodenständig sein, wenn sie bodenständig wirken soll. Für Vorträge bietet zumeist die Geschichte der Heimat unendlich viel Stoff. Wieviel Geschichte schlummert doch in den Pfarr-, Gemeinde- und Schulakten! Viele Abende können mit ihr gefüllt werden, wenn man den Stoff richtig formt und ihn als Leitschnur für die Veranstaltung wählt, um die sich als Rankenwerk sonstige Darbietungen

Digitized by Google

herumschlingen: Liedervorträge oder Vorträge von Gedichten über Heimat und Vaterland, oder „Lebende Bilder" von einem Vorgang, der im Vortrag besonders betont war. Aus den Gesangvereinen, Kirchenchören usw. werden die notwendigen Kräfte sich wohl bilden lassen; „wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!" Auch ein Dorfpoet dürfte an manchen Orten zu finden sein, der von Vergangenheit und Gegenwart, von Ernstem und Heiterem zu „singen und sagen" weiß und das Herz der Zuhörer mit Heimatstolz erfüllt. Ist dieser Stolz geweckt, dann ist auch die Hingabe zur Heimat erwacht. Gar oft sind auf diese Weise schon wirkliche Begabungen „entdeckt" worden, die dann von ihrem reichen Innenleben an viele Volksgenossen in Dorf und Land abgeben. So lernt das Volk wieder singen und dichten, neue Weisen erfinden, und jene Schundmusik wird verschwinden, die den guten Volksgesang zum Verstummen bringt. Das Vaterland ist so reich an Schönheit und Schätzen innerer Art, daß man nur zu schöpfen braucht, um Freude, Heimatfreude zu finden auf Schritt und Tritt!

Aber solche Gemeindeabende genügen alleine nicht, um auf die Dauer wirksam zu sein. Dazu gehört noch mehr; so vor allem auch eine gute Bücherei. Wie heißt doch der alte Spruch? „Schaff' gute Bücher in dein Haus! Sie strömen Freud und Segen aus, und wirken als ein guter Hort auf Kinder noch und Enkel fort." In die Heimatbücherei gehören die Heimatwerke, die aus deutscher Geisteswerkstatt so reichlich und tief fließen, gehört auch ein Heimatbuch, in dem jeder lesen kann, wie die Heimat geworden, was sie durchlebt und durchlitten. Vor mir liegt ein solches Büchlein aus meiner Gegend: „Unter der Teck" heißt es und hat den hiesigen Lehrer Karl Meyer zum Verfasser. Ich bin überzeugt, daß dieses Büchlein in vielen Häusern an langen Winterabenden ein traulicher Geselle sein wird, aus dem Alt und Jung Heimatfreude, Heimatliebe schöpfen wird. Möchte es bald viele Artgenossen finden, landein, landab!

Zur Heimatpflege gehört endlich auch ein Heimathaus. Hier können die geweihten Stunden des dörflichen Lebens zugebracht werden bei Schätzen des deutschen Geistes, bei einem guten Vortrag, bei schönen Lichtbildern, bei Gesang. Es muß gewissermaßen das Oberstockwerk des dörflichen Lebens sein, von dem man weiter in die Welt hineinsieht, ein geistiger und gemütlicher Mittelpunkt für das ganze Dorfleben, wo der Dorfgenosse etwas von dem findet, um das er oft die Stadt beneidet, in dem ihm erzählt wird, was einst draußen vorging und jetzt noch vorgeht, vom Leben deutschen Geistes in deutscher Kunst und Dichtung, wo jeder Bücher haben kann, wo er mit seinen Dorfgenossen in gehobenen Stunden Fühlung bekommt, wo er das Gefühl hat: Das ist meine Dorfheimat, meine geistige Dorfheimat!

Digitized by Google

Wenn einmal auf dem Dorfe mit diesen Bestrebungen der Anfang gemacht ist, dann werden sich auch leicht Männer finden, die in die Fußtapfen der Gründer treten und das Werk weiter bauen. Der Lohn für die Hingabe an eine so schöne und wichtige Aufgabe ist zwar nicht klingende Münze, wohl aber das Bewußtsein der Erfüllung einer hohen Pflicht gegen Heimat und Vaterland. Mit einer solchen Ausstattung des einsamen Landlebens dürfte auch die Landflucht eingeschränkt werden. Aber Handeln heißt es, das Eisen schmieden, solange es warm ist. Darum: „Was du tun willst, das tue bald".

Buchbesprechung

Freiherr von Schoen: Erlebtes. Beiträge zur politischen Geschichte der neuesten Zeit. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 227 S.

Dies Buch ist dadurch sympathisch, daß der Verfasser nicht mehr prätendiert, als er zu sagen hat. So sehr es, nach dem Titel, „Erlebtes" enthält, d. h. wesentlich die Ausschnitte der politischen Geschichte betrachtet, bei denen Schoen irgendwie aktiv war, so wenig ist es egozentrisch gehalten, und das unterscheidet die Niederschrift günstig von manchem der vielen Memoirenwerke. Freilich, indem Freiherr von Schoen mehr als Betrachter, als Beurteiler, als Ausführender auftritt, umzeichnet er seine eigenen Grenzen. Er spricht das selber offen genug aus, daß seine Natur ihre Hemmungen hatte, und daß deshalb eine kräftigere Natur als er zur Ergänzung neben Bethmann Hollweg nötig gewesen, Kiderlen. Das Buch ist in seiner Haltung nüchtern und bringt Kleines neben den Fragen großer Entscheidung, es ist insofern kunstlos, als die Charakteristik der Mit- und Gegenspieler etwas farblos, allgemein, unplastisch bleibt, aber es ist ehrlich. Historisches Material enthält vor allem der Abschnitt über die Hintergründe des Novemberstturms von 1908 (Daily Telegraph und Bülow) und die Mitteilungen über die letzten Pariser Wochen vor Kriegsausbruch, da Schoen Botschafter in Paris war. Es wird einem, wenn man heute die altbekannten Geschichten liest, noch heiß im Kopf über die politische Tapsigkeit, mit der die militärische Stilisierung unserer entscheidenden Mitteilungen an Frankreich erfolgte. Im politischen Urteil ist Schoen zurückhaltend; bitter sind seine Klagen über die mangelhafte Orientierung des A. A. durch die Militärs. Warum aber ließen sich die Leute, die doch wußten, daß Heer und Flotte Schwergewichte politischer Entscheidungen sind, diesen Zustand gefallen? Th. H.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 44. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang * 1. Oktober 1921 * Heft 40

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Neubildung des bayerischen Kabinetts unter dem Grafen Lerchenfeld ist mit einer bemerkenswerten Regie vor sich gegangen. Die (deutschnationale) Mittelpartei votierte zur Demonstration nochmals für Herrn v. Kahr, glaubten aber, daß die alte Koalition, an der sie beteiligt waren, mit dem Justizminister Roth sich erhalten ließe. Lerchenfeld legte darauf offenbar keinen Wert, vor allem nicht auf die umkämpfte Figur, und um einen (leicht subalternen) Streit der Parteien um die Nachfolge in der Justiz zu verhindern, übernahm er selber, neben dem Präsidium, dieses Ressort, und ließ im Innern den bisherigen Staatssekretär, der aus der Beamtenlaufbahn stammt, aufrücken. Das erscheint als sehr sichere Lösung, den Krisenherd abzugrenzen. Und dann fährt Lerchenfeld selber nach Berlin — er war in Reichsdiensten und kann hoffen, daß er sich, mit „Vorgängen" nicht belastet, rascher zu einem modus vivendi durchfinden wird. Hoffentlich wird in Berlin die Frage nun auch ausschließlich staatsmännisch und nicht demagogisch angefaßt.

*

Professor Kahl und Dr. Stresemann haben zu den Görlitzer Beschlüssen der Sozialdemokratie Ja gesagt. Die Deutsche Volkspartei und mehr noch die Sozialdemokratie haben hinter den Preußenwahlen eine Politik des Eigensinns getrieben, die in die Sackgasse führte; noch vor wenigen Wochen war bei den Besprechungen in Preußen keine Lockerung zu spüren. Dieser Punkt ist überwunden. Aber damit ist nur eine Lösung von Vorurteilen erreicht, noch keine neue Bindung. Wird diese sich an Personenfragen verwickeln? Man mag an dem politischen und menschlichen Takt des Dr. Wirth manchmal verzweifeln, aber man sollte im Augenblick nicht aus dieser Personenfrage die ganze Situation überspannen. Das soll sich Stresemann, das sollen sich die Partner der Gegenseite sagen. Die Erklärungen,

Digitized by Google

die man sich in Reden und Aufsätzen zuwirft, um die politische Atmosphäre zu beeinflussen, sind umsonst und gleichgültig, wenn Personalranküne von vornherein sie begleitet.

*

Das wachsende Unbehagen der französischen Durchschnittspresse gegenüber England ist ein Symptom der relativen Ratlosigkeit, was werden wird. Man traut sich nicht recht zu, die Finanzfragen isoliert und kühl zu betrachten, denn sie sind unübersehbar; sie sind aber mit der Politik verkoppelt und diese Politik stimmt in einigen Punkten nicht mehr. Die wichtigste unter diesen ist immer noch die Weigerung des amerikanischen Senats, das von Wilson seinerzeit zugestandene amerikanisch-englisch-französische Bündnis einzugehen. Das ist endgültig hinfällig geworden. Und all das wurde der Ausgangspunkt der Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Betrachtung. Die Franzosen fühlen sich in einem wesentlichen Stück von ihren Bundesgenossen betrogen — eine Konvention mit Belgien, eine mit Polen mag als Ersatz dienen, aber doch nur unvollkommen. In Frankreich streiten sich die Väter des Friedens jetzt darüber, ob der Friede Frankreich an England ausgeliefert habe. Das hat er nicht, weder zum Guten noch zum Schlechten, aber er hat Frankreich in eine Wirrnis von Illusionen geführt, in denen es jetzt unsicher, wenn auch mit heftigen Bewegungen herumtappt.

*

„Die gesamte Linkspresse bringt Meldungen über die österreichisch-ungarischen Kämpfe um Westungarn. Die Tatsachen sind die, daß die Bewohner des Burgenlandes in ihrer Mehrheit keine Sehnsucht verspüren, von Wien aus regiert zu werden, während die Oesterreicher naturgemäß auf dem Rechte fußen, das ihnen der Friedensvertrag gegeben hat. Die ungarische Regierung hat nichts mit dem Widerstande der Burgenlandbewohner zu tun. Derselbe kommt aus der Bewohnerschaft Westungarns selbst . . . .“

Dieser Dolchstoß in den Rücken unserer deutschen Brüder in Oesterreich findet sich in der Deutschen Tageszeitung, dem Organ des deutschnationalen Abgeordneten Wulle, der gleich Oberst Bauer für das monarchische Ungarn bereitwilligst deutschvölkische Interessen preisgibt.

Digitized by Google

Görlitz

Von Erwin Barth

Der Görlitzer Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat mehr als je ein anderer vorher die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf sich gelenkt. Das Gefühl, daß das Ergebnis dieses Parteitages für die Sozialdemokratie und für unseren neuen Staat eine entscheidend wichtige Etappe markieren werde, war allgemein. Und es war richtig. In Görlitz ist ein deutlich vernehmbarer Strich unter die mit oppositioneller Tradition ausgefüllte Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie gemacht worden. Die staatspolitisch-verantwortliche Orientierung dieser stärksten Arbeiterpartei, die entschiedene Wendung vom kritisch-revolutionären zum positiv-reformistischen Willen ist jetzt deutlicher sichtbar. Innerlich hat sie sich seit der Novemberrevolution — eigentlich seit dem August 1914 — allmählich vollzogen. In Görlitz ist sie eindeutig bekundet worden.

Parteitage werden von langer Hand vorbereitet. Sie sind in ihrem Inhalt und in ihrem Geiste stark von den unabhängig von ihnen reifenden Situationen bestimmt. Sie sind darum nicht immer Marksteine und entscheidende Etappen. Wenn die Zeit keine Probleme aufwirft oder nicht genügend reift, so entsteht bisweilen eine gewisse Sauregurkenstimmung. Noch vor kurzer Zeit schien es, als ob der wichtigste Punkt der Tagesordnung von Görlitz, die Programmfrage, also eine mehr innerparteiliche Angelegenheit sein würde. Das Reparations- und das damit zusammenhängende Steuerproblem, das in seiner wuchtigen Größe sich erst in den letzten Tagen schwere und schwerverantwortliche Entscheidungen erzwingend in den Vordergrund schob und das sich aus der Fülle innerpolitischer Konflikte überragend hinausdrängte, warf seine Schatten über die Versammlung. Die Kräfte zu seiner Lösung oder wenigstens zum ernsthaften Versuch der Lösung mußten zusammengelegt werden. Die Frage, ob man demgegenüber in der agitationspolitisch bequemen Rolle gemildeter Verantwortlichkeiten oder gar der Opposition bleiben oder mit tiefstem Ernst alle Verantwortung unter allen Umständen und mit Hilfe jeder denkbaren und notwendigen Konstellation aufnehmen solle, mußte gelöst werden.

Für die Festigung des Reiches nach innen und außen ist eine breite sichere Regierungsbasis unbedingt notwendig. Die gegenwärtige Koalition ist nur beschränkt tragfähig. Eine gewisse Festigkeit hat sie durch die wohlwollende Neutralität der unabhängigen Sozialdemokratie gewonnen. Damit waren jedoch noch nicht die Kräfte gewonnen, die für die Lösung der gigantischen wirtschaftlichen Aufgaben erforderlich sind, die uns gestellt sind. Ohne die willige Mitarbeit der in der deutschen Volkspartei vertretenen

Digitized by Google

industriellen und kommerziellen Kreise oder gar gegen deren passiven Widerstand muß die Lösung dieser Aufgabe im Versuch steckenbleiben. Andererseits war die Mitarbeit und Verantwortungsfreudigkeit der breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ebenso unentbehrlich. Arbeiter und Wirtschaftsführer mußten zu einer weitabgesteckten staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeführt werden.

Die im Versailler Vertrag begründete Gefahr für die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des künftigen Deutschen Reiches ist größer als alle parteipolitischen und traditionellen Dogmen. Für die sozialdemokratische Arbeiterschaft jedenfalls weit größer als die Vertagung grundsätzlicher Auseinandersetzungen mit dem inneren Kapitalismus. Vom Klassenstandpunkt der sozialistischen Arbeiterschaft aus gesehen ist die Gefahr der dauernden Unterjochung des Volkes durch den imperialistischen Kapitalismus des Auslandes weit akuter, als die der Bedrückung der proletarischen Klasse durch den eigenen Kapitalismus. Die Freiheit der inneren Entwicklung Deutschland ist abhängig von der Freiheit nach außen. Das Höchste ist die Menschheit und neben ihr in gleicher Höhe das Vaterland. Dann erst kommt die Partei und das spezifische Klasseninteresse. Zur Rettung des Vaterlandes müssen alle Kräfte zusammengelegt werden, die dazu gewillt sind.

Für eine Partei, von der in früheren, langen Jahren zwangsmäßig oppositionellen Einstellung, wie die Sozialdemokratie, hat die plötzliche verantwortliche Staatsarbeit, die nach der Revolution unabwendbar geworden war, schwere Belastungen gebracht. Die radikalen Elemente trieben stark nach links ab. Parteipolitisch war die Stellung außerhalb der Regierung leichter und vorteilhafter. Darum hat die Sozialdemokratie nach den vorjährigen Reichstagswahlen sich völlig aus der alten Koalition zurückgezogen. Obwohl noch eine geringe Mehrheit vorhanden war. Ein Zusammengehen mit der deutschen Volkspartei wurde natürlich erst recht abgelehnt. Nicht wenige Stimmen rieten eindringlich, das agitatorische Interesse zurückzustellen und in der Regierung zu bleiben und sogar die deutsche Volkspartei zur Mitarbeit heranzuziehen. Erfolglos. Man fürchtete Verluste zugunsten der radikalen Linksparteien. Gegenüber dem Gedanken gemeinsamer Regierungsarbeit mit der deutschen Volkspartei wurde immer wieder das politisch überhaupt verhängnisvolle „Nie“ ausgesprochen. Auf dem Kasseler Parteitage wurde sogar eine Entschließung gefaßt, die einer Regierungskoalition mit der Volkspartei den Weg fest verrammeln sollte. Die Entwicklung der Verhältnisse in einzelnen Bundesstaaten zwang, sich darüber hinwegzusetzen. Man mußte sich damit abfinden. Auf dem Görlitzer Parteitag sind nun diese Hindernisse wieder beseitigt worden.

Die Sozialdemokratie ist bereit, „mit anderen Parteien im Reich und Ländern in der Regierung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien

Digitized by Google

eine Verständigung über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält:

Anerkennung der Verteidigung der Republik; Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes in Reich, Staat und Gemeinden; Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane; Sicherung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung; eine Politik der Völkerverständigung; loyale Ausführung des Friedensdiktates in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Aufbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes".

Es bedarf keines besonderen Hinweises, daß dieser Beschluß auf die gemeinsame Regierungsarbeit mit der deutschen Volkspartei hinzielt. Er ist mit überwältigender Mehrheit, mit 290 gegen 67 Stimmen, gefaßt worden. Die früheren Verfechter dieser nunmehrigen Haltung der Sozialdemokratie sind weit entfernt, darüber ein rechthaberisches Triumphgeheul anzustimmen. Sie sind ehrlich erfreut über eine so große Mehrheit für diesen guten Entschluß.

Die Mehrheit hatte alle namhaften Führer der Partei und die besten Argumente für sich. Mit der glänzenden Rede Scheidemanns war erkenntlich geworden, daß die Mehrheit sicher war. Was hatte die Minderheit dem entgegenzustellen? Kleinere Redner mit sehr schwachen Argumenten. Deren stärkstes war, daß durch die Annahme der vorgelegten Resolution die Einigung mit der unabhängigen Sozialdemokratie gefährdet werden würde. Die ist allerdings gefährdet. Das ist aber eine wahrhaft unbedeutende „Gefahr".

Die Sozialdemokratie hat jetzt volle Handlungsfreiheit. Sie wird sie nützen, je nachdem die besonderen Verhältnisse des Tages es erforderlich machen. Ueber einen Punkt jedoch wird sie jede Diskussion ablehnen. Das ist die Frage der Republik. Sie ist ein für allemal entschieden.

In wenigen Tagen werden auf Grund der durch den Görlitzer Beschluß gegebenen neuen Situation Verhandlungen über eine Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts stattfinden. Wenn die deutsche Volkspartei mit genügendem taktischen Gefühl für die Rücksichten, die die Sozialdemokratie auf die zweifellos sehr starke Minderheit nehmen muß, die im Lande gegen ein Zusammenarbeiten mit der Volkspartei vorhanden ist, zu Werke geht, ist der Erfolg gesichert. Die Lage fordert Zurückhaltung. Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Entschluß vieles geopfert. Sie betritt einen ganz neuen Weg. Wer sie jetzt durch Borniertheit und nationalistische Wildheiten verprellt, muß Prügel haben. Jetzt muß die deutsche Volkspartei zeigen, daß auch sie die Opfer bringen kann, die das Parteiinteresse dem Vaterlande bringen muß.

Digitized by Google

Gegenüber der Koalitionsbejahung stehen die übrigen Teile der Verhandlungen auf dem Görlitzer Parteitage stark zurück. Zwar ist die Schaffung eines neuen Programms an Stelle des schier dreißig Jahre alten und längst veralteten Erfurter Programms eine über die internen Parteiinteressen hinausreifende Angelegenheit, aber sie ist doch in erster Linie Parteisache. In der Regierung wird sich die auf dem Programm fußende Weltanschauung „nur in Prozenten" ausdrücken.

Dagegen wird die Sozialdemokratie auch in eine bereicherte Regierungskoalition zu vollen hundert Prozent die von Hermann Müller mit seinem Referat über die Wirkungen des Versailler Vertrages verknüpfte Entschließung einbringen. Darin wird gebieterisch die Revision des Versailler Vertrages, die Aufhebung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen, und eine schleunige Entscheidung der oberschlesischen Frage zugunsten Deutschlands gefordert. In diesen Forderungen — und das sind die lebenswichtigen Forderungen des deutschen Volkes — sind alle Parteien eines Sinnes. Hierin besteht eine nationale Einheitsfront.

Auf dem Görlitzer Parteitag ist der entschlossene Schritt der deutschen Sozialdemokratie zum positiven nationalen Staatsbewußtsein gemacht worden. Alle kleinen Bedenken sind abgestreift. Der ehemalige preußische Ministerpräsident Otto Braun hat diesen Schritt so begründet und formuliert: Wir müssen unsere Politik der reinen Agitation umstellen in eine regierungsfähige Politik der Verantwortung. Die feste Bejahung verantwortlicher Regierungsarbeit ist nie vorher so bestimmt ausgesprochen worden. Und das Bekenntnis, „in unserer Liebe zu unserem Vaterlande lassen wir uns von niemand übertreffen", fand starken Beifall auf allen Seiten. Darin drückt sich nicht allein die nationale Zuverlässigkeit aus (die sich übrigens mit dem internationalen Charakter der Sozialdemokratie verträgt); daraus spricht der Wille zur Mobilisierung aller Kräfte, um das Staatsgefühl und die Staatsbürgergesinnung in der sozialistischen Arbeiterschaft zu festigen und zu vertiefen. Die erfreuliche Folge davon wird eine Entgiftung der politischen Atmosphäre in Deutschland, eine Verfeinerung der politischen Kampfsitten, eine stärkere Betonung der gemeinsamen Volksinteressen, eine bessere soziale und politische Verständigung zwischen den verschiedenen Lagern, die Entstehung einer innigeren Staatsbürgergemeinschaft und breitgestellten politischen Arbeitsgemeinschaft sein.

Die Ungeduldigen sollen bedenken, daß diese Aussichten allmählich sich erfüllen, Großes wird nicht von heute auf morgen.

Aber der Anfang ist gemacht!

Digitized by Google

Der Streit um das Burgenland

Von Prof. Dr. Benno Imendörfer

Wien, 12. September.

Der Friede von Trianon, der zwischen Ungarn einer-, den Ententemächten und ihren Satelliten andererseits geschlossen worden ist, ist seit Monaten von allen beteiligten Staaten, einschließlich Ungarn, ratifiziert. Seiner Durchführung stand also formell und rechtlich nichts mehr im Wege. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen hat, dies soll anerkannt werden, in völlig loyaler Weise die Stadt Fünfkirchen (magy. Pécs) samt dem Komitate Baranya geräumt, und nur mehr die Uebergabe des „Burgenlandes", wie das Oesterreich zugesprochene Stück Deutsch-Westungarn künftig heißen sollte, aus ungarischer in österreichische Staatshoheit war noch ausständig. Mit einer kleinen Fristverlängerung sollte diese Uebergabe am 28. und 29. August d. J. vor sich gehen, und man schickte sich in Oesterreich an, die nötigen Maßregeln zu treffen. Da wurde plötzlich die Welt dadurch überrascht, daß bewaffnete magyarische Banden, die sich sehr bald als verkleidetes reguläres ungarisches Militär entpuppten, die wenigen österreichischen Gendarmen, die man zur Aufrechterhaltung der Ordnung hatte einmarschieren lassen, angriffen und vermöge ihrer Uebermacht auch sehr rasch zum Rückzug nötigten. Nicht genug an dem, gingen ungarische Truppen über die Grenze und besetzten ihrerseits den österreichischen Ort Kirchschlag. Bei diesen Vorgängen gab es, insbesondere auf österreichischer Seite, mehrere Tote, Verwundete und Gefangene, welch letztere überdies vollständig ausgeplündert wurden. Die Budapester Regierung aber hatte die Stirne, mittels Funkspruch in die Welt hinauszuschreien, österreichische bewaffnete Kommunisten seien in Ungarn eingefallen, obgleich diese kein Mensch gesehen hatte. Bezeichnenderweise flüchteten Tausende von Bewohnern nicht vor diesen gar nicht vorhandenen österreichischen Kommunisten, sondern vor den magyarischen Truppen nach Oesterreich.

Dies in aller Kürze die inzwischen allgemein bekanntgewordenen nackten Tatsachen. Es erhebt sich die Frage, was fernerhin zu geschehen habe. Oesterreich hat notgedrungen und auf Anordnung der westungarischen Ententekommission das ganze strittige Gebiet wieder, natürlich unter entsprechendem Vorbehalte, geräumt, und die magyarischen Behörden sind sämtlich wieder zurückgekehrt, als wäre nichts geschehen. Magyarische Truppen in großer Zahl halten das Burgenland besetzt und sind an dessen westlicher Grenze aufgestellt. So hat die ungarische Regierung einstweilen eine vollendete Tatsache geschaffen und beruft sich dabei in ihrer bekannten Unbefangenheit darauf, daß sie genötigt gewesen sei, so vorzugehen, um den Unruhen ein Ende zu machen. Mit einem Schlage ist so im Herzen

Digitized by Google

Mitteleuropas ein zweites Oberschlesien entstanden, nur daß dabei die Rollen vertauscht sind. Die Rechtsfrage ist hier freilich womöglich noch klarer als in Oberschlesien. Oesterreich hat das Burgenland auf Grund der Friedensbestimmungen de iure besetzt und mußte der Gewalt einer Macht weichen, die ihrerseits diese Friedensbestimmungen feierlich anerkannt hat. Von magyarischer Seite liegt also klipp und klar ein Rechtsbruch vor. Allerdings beteuert die ungarische Regierung immer wieder, daß sie bereit sei, nach Wiederherstellung der Ruhe das Burgenland zu räumen und es an Oesterreich zu übergeben, allein sein Verhalten straft diese Beteuerungen Lügen, schon deshalb, weil die Unruhen von ungarischer Seite veranlaßt worden sind. Oesterreich ist natürlich nicht in der Lage, Gewalt mit Gewalt zu erwidern. Einerseits gab die Entente die von der Wiener Regierung erbetene Zustimmung zum Einsatze der kleinen österreichischen Wehrmacht nicht, andererseits könnte man sich davon auch nicht viel versprechen. Alles kommt daher auf das Verhalten der Ententemächte selbst an. Aber die ganze Angelegenheit gewinnt dadurch an europäischer Bedeutung, daß sich allem Anscheine nach hinter dem Vorgehen Ungarns, das angeblich noch weitergehende Angriffspläne gegen Oesterreich hegt — man spricht von einer magyarischen Besetzung des Wiener-Neustädter Beckens, unmittelbar vor den Toren Wiens und der östlichen Steiermark — monarchistisch-karlistische Umtriebe verbergen. Dieser begründete Verdacht hat aber die Nachbarstaaten Ungarns, die die sogenannte kleine Entente bilden, kopfscheu gemacht, und sowohl der südslawische Staat, wie die Tschechoslowakei und Rumänien scheinen nicht übel Lust zu haben, in Ungarn mit Waffengewalt einzugreifen. Dem kann aber, wie man nicht bezweifeln darf, Italien nicht ruhig zusehen, und es würde in diesem Falle sicherlich auch miteingreifen, damit insbesondere Jugoslawien nicht freie Hand behält. Die völlige Balkanisierung der vormaligen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie wäre damit vollendet und die Möglichkeit eines blutigen Krieges gegeben, bei dem aller Voraussicht nach Ungarn die Zeche zu zahlen hätte, ja Gefahr liefe, überhaupt von der Landkarte zu verschwinden. Dies wäre aber weder im Interesse Oesterreichs, noch des Deutschen Reiches, ja nicht einmal der Entente, deren Autorität damit einen nicht wieder gutzumachenden Stoß erlitte. Offenbar ist man denn auch in nicht geringer Verlegenheit.

Alle diese Dinge wären zu vermeiden gewesen, wenn man sich seinerzeit in Paris und in Trianon bemüht hätte, ungarische Zustände und magyarische Gedankengänge genauer kennenzulernen. Ja selbst in Wien lebte man nach dieser Hinsicht bis zum 28. August in völlig falschen Vorstellungen. Ich habe als einer, der zwanzig Jahre in Ungarn gelebt und das herrschende Magyarentum sehr genau kennen gelernt hat, die Dinge kommen gesehen und diese Auffassung auch zu verschiedenen Malen ausdrücklich vertreten.

Digitized by Google

Es wurde mir aber erwidert, die Sache sei nicht so tragisch zu nehmen, die Magyaren seien Komödianten; sie würden sicherlich, unter lebhaftem Proteste allerdings, Westungarn klaglos räumen. Nun ist es so gekommen, wie es notwendig kommen mußte, und die völkerpsychologische Unwissenheit, die in den letzten drei Jahren schon soviel Unheil angerichtet hat, hat abermals die übelsten Folgen gezeitigt. Man vergaß oder wußte nicht, daß die abenteuerliche Selbstüberschätzung des magyarischen Volkes, die zu seinen hervorstechendsten Zügen gehört, unter Umständen alle Hemmungen der Vernunft und der Billigkeit aufzuheben vermag. Es ist nun aber mit aller Sicherheit darauf zu rechnen, daß man in Budapest so lange nicht daran gehen wird, mit der Räumung des Burgenlandes Ernst zu machen, solange nicht von seiten der Entente mit entsprechenden Zwangsmaßregeln Ernst gemacht wird. In Prag hat man dies allem Anscheine nach weit besser erfaßt, und die jüngste Note des tschechischen Ministers des Aeußeren, Dr. Benesch, an die Entente fordert mit aller Entschiedenheit ein gewaltsames Einschreiten gegen Ungarn. So ergab sich die sonderbare Erscheinung, daß slawische Mächte für deutsche Belange einzutreten genötigt sind, was sich allerdings bei näherer Betrachtung sehr einfach erklärt. Oesterreich ist für keinen seiner Nachbaren irgendwie bedrohlich, eine außenpolitische quantité negligeable. Ungarn dagegen hat schon so viele Beweise seiner Bereitwilligkeit gegeben, auch vor bewaffnetem Vorgehen nicht zurückzuschrecken, daß es seinen Anrainern, die freilich auch kein ganz gutes Gewissen haben, nachgerade unbequem zu werden beginnt, zumal sich mit den magyarischen nationalen Bestrebungen nach Wiederherstellung der „Integrität" seiner Grenzen habsburgisch-monarchistische Bestrebungen verquicken. Dazu kommt noch, daß der Gedanke des tschechisch-slawischen Korridors, der an der Ostgrenze des Burgenlandes dahinführen soll, wenn auch nur in Gestalt einer unmittelbar von den beteiligten Slawenstaaten beherrschten Eisenbahnlinie, keineswegs aufgegeben ist, aber doch nur nach Uebergabe des Burgenlandes an Oesterreich Aussicht auf Verwirklichung hat.

Die Haltung der unmittelbar an Ungarn angrenzenden Nachfolgestaaten ist also gegeben, sie kann einfach nicht Ungarn freundlich sein. Alles kommt daher darauf an, wie sich die große Entente entscheidet. Italiens Rolle kann nicht zweifelhaft sein, dagegen macht das Verhalten Frankreichs den Eindruck mindestens großer Unentschlossenheit, und es begreift sich, daß sogar der Verdacht auftreten konnte, daß es hinter den Kulissen Ungarns Vorgehen mit Wohlwollen begleite. Ob daran etwas Wahres ist oder nicht, muß aber dahingestellt bleiben und kann jedenfalls nicht bewiesen werden. Englands Presse steht völlig auf Oesterreichs Seite, aber seine Regierung hat es bislang an einer entschiedenen Aeußerung fehlen lassen. Oesterreich kann selbstverständlich nicht mehr tun, als es seit Wochen immer wieder tut, mehr oder weniger scharfen Protest gegen Ungarns Vorgehen einlegen und die Uebergabe des Burgenlandes fordern.

Digitized by Google

Neben den Gründen allgemein politischer Art, die für ein endliches tatkräftiges Eingreifen der gegenwärtigen Machthaber Europas zugunsten der zweifellosen Ansprüche Oesterreichs sprechen, kommt aber im Zeitalter des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker" noch eines hinzu, das nicht übersehen werden darf: die Bevölkerung Westungarns selbst will den Anschluß an Oesterreich. Wenn das allen Rechtsbegriffen Hohn sprechende Vorgehen Ungarns irgend etwas Gutes gezeitigt hat, so ist es dies, daß es eine deutliche Willenskundgebung der Einwohner des Burgenlandes bewirkt hat. Nicht umsonst wurden die österreichischen Behörden, ehe die magyarischen Banden auftauchten, überall mit Musik und Ehrenpforten empfangen, und nicht umsonst flüchteten die deutschen Bauern scharenweise vor diesen Banden nach Oesterreich. Westungarn jetzt bei den Magyaren zu belassen, bedeutete ein jahrzehntelanges unerträglich schmerzhaftes Martyrium der deutschen Bevölkerung, die der hemmungslosen Rachgier des Magyarentumes ausgeliefert wäre.

Bismarcks Sturz

Von Dr. Maximilian von Hagen

Seit dem Zusammenbruche Deutschlands ist der Schatten Bismarcks in immer gigantischerer Steigerung durch die Lande gegangen. Staunend vernahm die Welt Urteile und Prophezeiungen von unerhörter Schlagkraft aus dem dritten Bande der „Gedanken und Erinnerungen", der nun auch dem deutschen Volke erfreulicherweise nicht länger vorenthalten wird, worauf es in seinem tiefen Elend wahrhaftig dringlichen Anspruch erheben darf. Immer deutlicher ist es inzwischen geworden, daß mit dem Abgang des größten deutschen Staatsmannes eine Epoche ins Grab gesunken ist, die in dieser Form nur historisch ins Leben zurückgerufen werden kann, politisch aber unwiederbringlich verloren ist. Um so mehr richtet sich gerade heute unser Blick auf das große Drama, das sich hinter den Kulissen abspielte, als der junge Kaiser zur Macht kam und der alte Kanzler die Macht behaupten wollte.

Es ist darum kein Zufall, daß gerade die Zeit der Revolution für diese Frage neues Material von ungewöhnlicher Tragweite zutage gefördert hat. Der vielgeschmähte Mitarbeiter Bismarcks, Staatsminister von Bötticher, den Bismarck noch am 1. April 1886 mit den Worten umarmte: „Gott möge Sie mir noch lange erhalten", und den er dann bei dem Wettrennen um die kaiserliche Gunst am meisten gegen sich beteiligt glaubte, hat jetzt aus dem Grabe gesprochen und seine Unschuld mit zweifelsfreien Argumenten beteuert. Der Chef der Bismarckischen Reichskanzlei hat diese von G. v. Eppstein im Scherl-Verlage herausgegebenen, nachgelassenen Aufzeichnungen

Digitized by Google

Böttichers am gleichen Orte voll bestätigt. Es ergibt sich daraus, daß Böttticher aus dem schweren Konflikt der Pflicht gegenüber Kaiser und Kanzler ohne den Haß des letzten schwerlich herauskommen konnte. Der österreichische Historiker und Andrassy-Biograph, Eduard von Wertheimer, hat in den „Preußischen Jahrbüchern" der Frage des Bismarckischen Sturzes kürzlich eine besondere Studie gewidmet, die unter Anknüpfung an die Berichte der österreichisch-ungarischen Gesandten aus dem Wiener Staatsarchiv zu einer außerordentlich scharfen Verurteilung des jungen Kaisers gelangt. Diese neuerschlossenen Dokumente, die für den Geist der Zeit und die Beurteilung der beiden Parteien natürlich von Bedeutung bleiben, sind dagegen mit größter Vorsicht zu bewerten. Denn ihre Urheber standen unter dem gleichen atmosphärischen Druck des Bismarckischen Willens, der im Kampfe um seine politische Stellung in der Welt, vielgewandt wie er war, begreiflicherweise kein Mittel unterlassen durfte, um den kaiserlichen Gegner möglichst von vornherein ins Unrecht zu setzen.

Auch das vom Gesandten Freiherrn Lucius von Stoedten jetzt schon in 6. Auflage der Oeffentlichkeit vorgelegte, von Cotta vorzüglich ausgestattete Buch des Staatsministers Lucius von Ballhausen vermag den Sturz Bismarck von seinen frühesten Anfängen an mehr aus der Nähe des Kanzlers als der des Kaisers zu schildern. Der Verfasser hat sich aber in seinem für die ganze Bismarck-Wissenschaft schier unerschöpflichen Werke, das in feinsinnigster Weise den Gewaltigen an der Arbeit zeigt und in der ganzen Bismarckmemoiren-Literatur eine Sonderstellung einnimmt, weil es durch das Medium eines Diplomaten mit parlamentarischer Vergangenheit die g a n z e Reichspolitik des Reichsgründers von 1870 bis 1890 mit schärfster Beobachtungsgabe verfolgt, gerade wegen seiner intimen Kenntnis Bismarckischer Methoden und Taktiken eine bisher unerreichte Selbständigkeit gewahrt. Seine Einführung in Bismarcks Werkstatt wird darum für alle Bismarckbewunderer, die nicht auf den mißverstandenen Bismarck schwören, zu einer Quelle reinsten Genusses. In ihrer Vorurteilslosigkeit unterscheidet sie sich selbst von so liebevollen Beobachtern wie Keudell oder Tiedemann. Denn ihm gegenüber bleiben auch diese beiden schon darum im Nachteil, weil sie die Höhle des Löwen vorzeitig verließen, während Lucius in freierer Stellung bis zum Ende ausharren und so der Welt aus täglichen Aufzeichnungen ein grandioses Bild des Einzigartigen liefern konnte.

Ueber den Sturz Bismarcks erfahren wir hier denn auch zum ersten Male Authentischeres, als es das war, womit wir uns bisher begnügen mußten. Hier gibt es keinen Hofklatsch und keine „Geschichten" aus dem Vorzimmer des Kanzlers, wie sie Moritz Busch oder Poschinger oft aus soundsovielster Quelle einst emsig zusammengetragen haben. Hier entwickelt sich vielmehr, aus kleinen Anfängen zu immer größeren Konflikten anwachsend, ein

Digitized by Google

Schauspiel von unerhörtem Ausmaß, dessen Held, einer sagenhaften Gestalt vergleichbar, seine schon frühzeitig historisch gewordene Stellung nicht aufgeben will oder daran zugrunde zu gehen entschlossen scheint.

Unter der Regierung des alten Kaisers langsam aber sicher daran gewöhnt, allein zu entscheiden und allein in seinem Machtbereich zu herrschen, fühlt er schon frühzeitig, daß die Stunde der Aenderung nahen kann. Er versucht es zuerst, den jungen Prinzen Wilhelm auf seine Seite zu ziehen und ganz für sich einzunehmen. Aber der alte Menschenkenner sieht bald, daß hier ein eigener Wille auf der von Bismarck geschaffenen Grundlage emporsteigt. Es kommen die Tage, da der totkranke Kaiser Friedrich die Regierung übernimmt. Sofort beginnt auch hier der große Hexenmeister, die augenblickliche politische Front vorsichtig abzutasten und die Zukunft nach Möglichkeit sicherzustellen. Die Bedenken, die sich gegen die Regierungsübernahme durch den zu einer stummen Rolle verurteilten Monarchen erhoben, weist er sogleich zurück, denn: „Die Krone schlüpft durch das Schlüsselloch des Krankenzimmers". Als der zum Sterben verurteilte Herrscher trotzdem Aktivität zeigt und, seinen Versprechungen getreu, Proklamationen hinaussendet, die mit den innerpolitischen Tendenzen Bismarcks keineswegs identisch waren, da findet der Kanzler einen Einspruch überflüssig, ja „die Betonung der Gleichheit der Rechte der Fürsten und des Reichstages ganz richtig!" Auch in der Behandlung des kitzligen Wunsches Friedrichs III., durch seinen Sohn in vielen Geschäften entlastet zu werden, treibt Bismarck keineswegs eine geradlinige Politik: „Die Vorsicht, mit welcher er jetzt gegenüber Kaiser, Kronprinz, Kaiserin operiert", und wie er dabei „der überlegene Meister in allen Transaktionen" bleibt, ist in der Tat unübertrefflich. Nicht ganz unbedenklich findet auch Lucius dagegen schon Bismarcks Haltung in der Angelegenheit der kaiserlichen Eidesleistung, die er dem stummen Herrscher möglichst ersparen wollte; denn sie machte den Eindruck, „als sei er geneigt, sich darüber hinwegzusetzen oder sie als Formalie zu behandeln". Für den Betroffenen waren diese Methoden natürlich nicht erfreulich, und man sieht unwillkürlich das Gespenst von der „Dynastie Bismarck" vor Kaiser Friedrich auftauchen, wenn er einmal den nicht erwarteten Grafen Herbert bei einem Empfang „etwas befremdet" anschaut. Oder wenn er ein andermal ganz „atemlos" wird, weil er Bismarck in der Stellvertretungsfrage mit dem Prinzen Wilhelm eigenmächtig am Werke findet.

Dies ist das Vorspiel, dem die Tragödie, sobald der Vorhang über dem Sarge des kaiserlichen Dulders gefallen ist, unmittelbar nachfolgt. Schon zu Lebzeiten des alten Kaisers (Ende 1887) hat Prinz Wilhelm dem Finanzminister Scholz gegenüber die Absicht ausgesprochen, daß „man den Fürsten noch einige Jahre sehr dringend brauchen werde, daß seine Funktionen aber später geteilt werden und der Monarch selbst mehr davon übernehmen

Digitized by Google

müsse". Es rächten sich eben, wie Lucius treffend bemerkt, schon frühzeitig „manche Lehren, welche Bismarck dem jungen Herrn in früheren Jahren gegeben hat": Lehren, die darauf hinausgingen, vor allem die Souveränitätsrechte zu wahren und die größte Rücksichtslosigkeit gegen Beschlüsse und Wünsche von Ministerien und Parlamenten zu üben. Noch aber fühlte sich Bismarck sicher, denn er war gewarnt, hielt sich für unentbehrlich und glaubte sich einrichten zu können. Am 4. Juni 1888 ist er noch entschlossen, auch wenn man ihm den Abschied schicke, nicht zu gehen, und er hält dies für durchführbar, weil er diesen Abschied von seiner Gegenzeichnung abhängig glaubt. Bald aber greift er zu stärkeren Mitteln, sei es, daß er die Ministerien in Differenz mit Wilhelm II. zu bringen sucht, wobei er sich klüglich aus dem Spiele hält, sei es, daß er zum offenen Kampfe übergeht, indem er mit Hintzpeter aneinander gerät. Aber schon Rottenburg bemerkt, daß ihm die alte Kampfesfrische abhanden kommt. Hatte der Kanzler noch dem Kaiser Friedrich deutlich erklärt, er könne keine fremde sondern nur eine deutsche Politik treiben, so beginnt er Wilhelm II. gegenüber frühzeitig mit Konzessionen. Es ist in diesem Zusammenhang erschütternd, zu beobachten, wie der Mann, der sein Leben lang nicht um Gunst gebuhlt, und der das Sachliche hoch über das Persönliche zu stellen wußte, mißtrauisch vermerkt, wenn ihn der neue Kaiser nicht zu seinen Reisen auffordert, auf die der Kanzler auch in jüngeren Jahren sicherlich nur geringen Wert gelegt haben würde.

Die persönlichen und sachlichen Gegensätze, die oft untersucht, aber noch immer nicht zu einem allen Anforderungen genügenden Bilde gerundet worden sind, trieben zur Katastrophe. Nach Lucius ist es unzweifelhaft, daß die stärkere Energie und das zielbewußte Streben in diesem Kampfe auf der Seite des Kaisers stand. Die sachlichen Gegensätze sind unzweifelhaft vorhanden. Die persönlichen scheinen aber nach Lucius von ausschlaggebender Bedeutung. Denn in den sachlichen Gegensätzen gibt Bismarck Stück für Stück nach. Wo er es nicht tut, erscheinen sie nicht unüberbrückbar, wenn nicht die gegenseitige Abneigung dazu beitrüge. In der Frage der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, in der der Kaiser als der Freund der Arbeiter, der Kanzler als der erst heftig opponierende und dann brummend nachgebende Skeptiker auftritt, will sich Bismarck vom Kaiser den Wind nicht aus den Segeln nehmen lassen, so daß er schließlich sogar eine gewisse Freude an der Mitarbeit vorzutäuschen beginnt. Dem Kaiser bleibt zuletzt der Triumph über den Willen des allmächtigen Staatsmannes. Es wäre unlogisch, wenn bei einem Bismarck, bei dem der Heidelberger Psychologe Karl Groos — in seiner lehrreichen Cottaschen Verlagsschrift „Bismarck im eigenen Urteil" — einen besonders stark entwickelten Kampftrieb für den eigentlichen Erreger seiner politischen Taten angesehen wissen will, nicht ein unausrottbarer Stachel zurückgeblieben wäre.

Digitized by Google

Infolgedessen ging es hart auf hart und war — Bismarcks scheinbarem Entgegenkommen zum Trotz — eine Zusammenarbeit zwischen Kaiser und Kanzler auf dem Boden täglicher Konzessionen und Gegenkonzessionen bei den kontrahierenden Temperamenten auf die Dauer unmöglich. Bismarck mußte Bundesgenossen suchen, und es ist charakteristisch, daß er in diesem Kampfe auf Leben und Tod sogar seinem größten Gegner, Ludwig Windthorst, die Hand reichen wollte. Das aber hieß, mit dem Zentrum, den früheren „Reichsfeinden", die er einst die ungeheuerlichste Erscheinung unseres politischen Lebens zu nennen gewagt hatte, die kaiserlichen Pläne zu durchkreuzen suchen. Daß er gleichzeitig in erhöhtem Maße den Staatsstreichgedanken im Auge behielt, um seine Todfeinde, die Sozialdemokraten, auszuschalten, ist nach den Luciusschen Erinnerungen für alle, die lesen können und in Bismarckischen Gedankengängen zu Hause sind, ebenfalls gewiß.

Inzwischen war auch die Gegenseite nicht müßig, um die Situation unhaltbar zu machen. Der Großherzog von Baden sprach das böse Wort von der „Dynastie Bismarck", und alle Hofleute und Karrieremacher tuschelten es nach. Herbert Bismarck und seine Mutter aber taten in ihrer Vergötterung des einzigen Staatsmannes nichts anderes, als daß sie den Ergrimmten in seinem Zorne stärkten und immer wieder aufforderten, sich nur ja nichts gefallen zu lassen! Gewiß hat sich Bismarck, wie wir von verschiedenen Seiten wissen, durch diese häusliche Einmischung in seine eigenste Sphäre niemals entscheidend beeinflussen lassen. In der damaligen Lage aber wäre es übermenschlich, wenn diese Attacken auf ihn ohne Wirkung geblieben sein sollten. Die Folge mußte sein, daß er nach dem allgemeinen Kladderadatsch aussah, durch den allein er sein eigenstes Werk in seinem Geiste erhalten und fortführen zu können glaubte. Er hatte mit dem Konflikt die Regierung übernommen und das preußische Königtum auf einen rocher de bronce gestellt. Er dachte, mit einem Konflikt sein Reich und die von ihm aus der Taufe gehobene Kaiserkrone in seinem Sinne zu erneuern. Der jungwilhelminische Idealismus, der die Arbeiterschaft zu gewinnen suchte, deren politische Ziele dem Schöpfer der Sozialgesetzgebung unverständlich waren, mußte daher widerlegt werden.

Wenn in einem sachlichen Punkte, so ist es dieser, der zu einem schnellen Bruche führen mußte, weil der Kaiser sonst leicht ins Unrecht gesetzt werden konnte. Fest entschlossen, „seine ersten Regierungsjahre nicht mit dem Blute seiner Untertanen zu färben", betrieb denn auch der Kaiser, der für diese Auffassung zahlreiche Zeugen ins Feld führen kann, den Sturz Bismarcks mit Macht. Am 24. Januar 1890 kocht es in ihm, und der Bruch scheint irreparabel. Am 25. gibt es einen regelrechten Krach, nach dem sich Bismarck einige Zeit schwankend und versöhnungsbereit zeigt. Am 9. Februar ist der Kanzler gedrückt und förmlich „abgetakelt". Ein Appell

Digitized by Google

an die öffentliche Meinung findet ebenfalls keinen Widerhall; die Nationalzeitung läßt den Kanzler schon am 18. Februar fallen.

Zwischendurch arbeitete Bismarck mit allen möglichen und, man muß wirklich sagen, unmöglichen Vorschlägen, indem er einmal den Kanzlerposten, dann wieder den preußischen Ministerposten preiszugeben gewillt scheint, um plötzlich das Gegenteil vorzutäuschen, so daß niemand weiß, was der Riese plant, und die Maschine zu zittern beginnt. Es ist bekannt, daß schließlich die Konferenzen mit Windthorst den äußerlichen Anlaß für den definitiven Bruch vom 16. und die Entlassung vom 19. März gegeben haben. Bis ans Ende hat sich Bismarck dagegen gewehrt und noch am 23. Februar erklärt, daß er „nun erst recht nicht gehen wolle". Indessen stellte er in aller Form die Kabinettsfrage während dieser ganzen Kämpfe niemals, weil er den Boden wanken fühlte und dem Willen des Kaisers nicht entgegenkommen wollte.

Ein Vergleich mit den Höhepunkten seines politischen Lebens, die er fast immer mit diesem Mittel erzwungen hatte, beweist, daß ein neuer Höhepunkt nicht mehr erreichbar war und ein frühzeitigerer Abgang das „Wiederkommen", nach dem bei Bismarcks Abreise die Patrioten riefen, eher ermöglicht haben würde. So aber hatten beide Teile den Kelch bis zur Neige geleert, und eine nochmalige Versöhnung war nach der richtigen Erkenntnis des Kaisers kurz vor Bismarcks Sturz ganz gewiß „unmöglich". Das deutsche Volk darf bei dem Gedächtnis an jene schicksalsvollen Wochen darüber trauern, daß Bismarck einen sachlichen Konflikt nicht zum offenen Anlaß seines Rücktrittes nahm, daß er vielmehr wartete, bis das persönliche Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler bis zum äußersten vergiftet war. Denn wenn der Kanzler vielleicht auch nicht wieder zur Regierung berufen worden wäre, so wäre doch seine Pressepolitik in den Jahren der Friedrichsruher Muße dann ruhiger und erfolgreicher gewesen, als es der Polemik aus dem Sachsenwalde beschieden war. Nun aber war Bismarck eben nicht harmonisch, wie er dem Freunde Keyserling einmal lakonisch erwiderte. Es bleibt uns darum nur die Genugtuung, diesen so ungewöhnlich unharmonischen Bismarck aus neuen Quellen intimer kennenzulernen.

Der zweite deutsch-evangelische Kirchentag

Von Johannes Fischer

In den Tagen vom 11.—15. September fand in Stuttgart eine Tagung statt, an der man nicht achtlos vorübergehen kann. Die Vertreter der meisten evangelischen Religionsgemeinschaften des deutschen Reiches waren zu dem zweiten deutschen Kirchentag zusammengekommen, um nun endgültig in feste Form zu bringen, was vor zwei Jahren

Digitized by Google

in Dresden eingeleitet wurde. Es war die wichtigste Aufgabe dieser Versammlung, eine organisatorische Zusammenfassung der 28 evangelischen Landeskirchen in Deutschland zu schaffen, das heißt, die dafür geeignete Form zu finden. Die Frage, ob die einzelnen Landeskirchen und eventuell auch Freikirchen, wie etwa die Methodisten, sich dem Kirchenbund anschließen werden, kann naturgemäß nur von diesen selbst entschieden werden. Aber immerhin, daß wenigstens das Gefäß nun geschaffen wurde, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ob die festgesetzten Ordnungen im einzelnen den Anforderungen der Praxis durchaus genügen, das muß die Erfahrung zeigen. Man hat den Vertretungskörpern der einzelnen Landeskirchen — an sich mit Recht — einen sehr starken Einfluß auf die Zusammensetzung des sich wiederholenden Kirchentages, dem Organ des neugeschaffenen Kirchenbundes, eingeräumt. Aber diese Vertretungskörper haben nicht alle den gleichen Wert, denn sie sind keineswegs überall aus freien Wahlen der Kirchengenossen der Länder hervorgegangen. Ueberhaupt ist die Gefahr, daß der Kirchentag in der gewählten Form zu leicht ein kirchenpolitisches Machtinstrument werde, keineswegs leicht zu nehmen. Daß er ihr in Stuttgart nicht unterlag, hing zum Teil mit der vornehmen Persönlichkeit des Vorsitzenden, v. Pechmann, zusammen, zum anderen Teil aber wohl auch mit der ausgeglichenen Stimmung des kirchlichen Lebens in Württemberg, deren Eindruck sich die Teilnehmer nicht entziehen konnten. Um diese Fragen wurde im Verfassungsausschuß und nachher auch noch im Plenum ernstlich diskutiert. Man wollte vor allem den Vertretern der kirchlichen und sozialen Vereinstätigkeit eine stärkere Vertretung sichern, wollte die sogenannte Ausgleichsgruppe etwas zurückdrängen, auch den Einfluß der Kirchenregierungen etwas schmälern, drang aber mit nichts durch. Gerade die Ausgleichsgruppe scheint nicht ohne Bedenken zu sein. Dafür lieferte die Stuttgarter Tagung ein charakteristisches Beispiel in der Art, wie D. Traub, der als Mitglied dieser Ausgleichsgruppe dem Kirchentag angehörte, seine Stellung auffaßte und wie sie wirkte. Wir konnten uns wohl denken, daß D. Traub geradezu eine Mission des Ausgleichs hätte haben können, auf Grund seiner früheren religiös-kulturell-sozialen Tätigkeit als Pfarrer, Schriftsteller und Politiker. Aber das ist bei ihm heute völlig ausgelöscht; bei der Auseinandersetzung über die soziale Haltung des Kirchenbundes und der Kirchenchristen war nichts von ihm zu hören. So blieb der peinliche Eindruck, daß gerade die völlige Abkehr von seinen früheren Ideen und Bedenken maßgebend war für seine Berufung in die Ausgleichsgruppe. Denn darüber hat auch dieser Stuttgarter Kirchentag keinen Zweifel gelassen, die Gefahr, daß die evangelischen Kirchen in ihrer neueren Entwicklung zu Parteikirchen werden, ist keineswegs gering.

Trotzdem wollen wir das in Stuttgart geschaffene Werk nicht gering achten und ihm auch nicht ohne weiters mißtrauisch oder gar ablehnend

Digitized by Google

gegenüberstehen. Sowohl hinsichtlich der Persönlichkeiten, die da am Werke sind, wie auch im Blick auf die geistigen, religiösen, kulturellen Werte und Kräfte, die dabei am Werke sind, ist zu erwarten, daß dieser deutsche evangelische Kirchenbund, die von ihm periodisch berufenen Kirchentage und der von ihm eingesetzte Kirchenausschuß für das gesamte öffentliche Leben Deutschlands nicht ohne tiefe Wirkung sein werden. Daß dabei nicht alles von Anfang an die richtige Einstellung hat, den rechten Ton findet, ist nicht verwunderlich. Es ist auch auf dem Gebiet des kirchlichen Lebens offenbar manchem gelungen, sich einen einflußreichen Platz zu sichern, der seine persönliche Unbedeutendheit sehr unangenehm in Erscheinung treten läßt, wie etwa bei dem Wortführer der Rechten, Direktor Phillipps. Man wird sich auch darüber nicht zu sehr aufhalten dürfen, daß selbst auf einem Kirchentag die wahrhaft religiösen Persönlichkeiten nicht in der Mehrzahl sind, sondern daß auch hier viel Aeußerlichkeit, Berechnung, Organisation, Taktik mit am Werk ist. Um so dankbarer war man dann, und um so stärker wirkte es, wenn etwa eine Persönlichkeit wie Geheimrat Titius mit einer starken religiösen Unmittelbarkeit sein Bekenntnis zu den großen Fragen der Gegenwart ablegte. Da spürte man, daß evangelisch nicht einfach etwas konfessionelles ist im Gegensatz zum Katholizismus, sondern wirklich ein ganz neues geistiges und religiöses Erfassen aller Dinge und des Lebens selbst, eine Geisteskraft, die sich zutraut und zumutet, wirklich der Weg zu sein, um auch die Welt der drückendsten Widerwärtigkeiten zu überwinden.

Daß auch der eine und andere mit darunter war, der sich für die evangelische Kirche am liebsten an katholische Vorbilder angeschlossen hätte, ist für niemand verwunderlich, der weiß, daß Luthers Geistestrotz und Glaubensmut nicht all seinen Bekennern zu eigenem Besitz geworden ist. Es wäre uns auch lieber gewesen, daß manches agitatorische Wort nicht gefallen wäre, denn was soll man zu der Behauptung sagen, daß das Zentrum und der religionslose Staat sich verbunden haben zur Unterdrückung der protestantischen Kirche, oder daß das Zentrum die Gegenreformation in Deutschland organisieren wolle. Das sind Veräußerlichungen und Vergröberungen geistig-geschichtlicher Entwicklungen, die peinlich wirken müßten. Auch die Art, wie Geheimrat Kapsten einen religionslosen oder gar religionsfeindlichen Staat konstruierte, dem gegenüber das evangelische Kirchenvolk die geistige Kultur beschützen und pflegen müsse, war eine unglaubliche Uebertreibung. Schließlich sind es doch dieselben Menschen, die ihrer Zeit dienen als Glieder der politischen Ordnung des Staates, wie der religiösen Ordnung der Kirche. Es müßte unangenehm berühren, wenn man dann doch auf allen möglichen Gebieten an diesen selben Staat appellierte, daß er seine Macht und seine Einrichtungen zur Verfolgung sittlicher, ethischer, sozialer, das heißt, letzten Endes überzeitlicher ideeller Ziele zur Verfügung stellen und einsetzen solle. Aber es kamen doch

Digitized by Google

auch ganz andersartige Stimmen zu Wort. Selbst aus deutschnationalem und deutschvolksparteilichem Munde, D. Mumm und Everling, wurde diese rein politisch orientierte Verzeichnung des neuen Staates zurückgewiesen und der württembergische Kultusminister und Staatspräsident Dr. Hieber stellte mit seiner innerlichen Begrüßungsrede ein praktisches Beispiel dafür hin, wie die großen Lebensfragen der Kirche und des Staates in den lebendigen Menschen zusammenfließen und zusammenwirken. Und so war es letzten Endes eine große Stunde wertvollen Anschauungsunterrichtes für das ganze deutsche Volk, die hier über die Bühne ging und die ebenso für die Anhänger des reinen Staates, wie für die einseitig kirchlich orientierten Kreise fruchtbar werden mag.

Wertvoll und wir wollen wünschen auch fruchtbar — war die Arbeit des Kirchentages auf sozialethischem Gebiet. Man hat beschlossen, eine Ausbildungsmöglichkeit für evangelische Arbeitskräfte in dem weiten Gebiet sozialer Arbeit zu entrichten und will dazu die Türen so weit aufmachen, daß alle politischen und gewerkschaftlichen Richtungen Zugang haben. Hier müßte allerdings den Vertretern der christlichen Gewerkschaften entgegengetreten werden und es ist ein Verdienst des Arbeitersekretärs Springer-Stuttgart, wie des greisen Dr. Weber und Pfarrers Schneemelcher, daß hier ein versöhnender Ausweg gefunden wurde, der auch einem sozialistischen Arbeiter als Kirchentagsmitglied die Zustimmung ermöglichte. Zur Alkoholfrage, zur Pflege der Volkssittlichkeit sind ernste Warnungstafeln aufgerichtet worden, deren Beachtung auch von staatlichen Gesichtspunkten aus dringend zu wünschen ist. Auch was über den praktischen Aus- und Aufbau einer wirklichen Volkskirche gesagt und vorgeschlagen wurde, ist beachtenswert auch im Interesse eines staatlichen Wiederaufbaus. Man fühlt den Mangel an praktischer Demokratie, an gesellschaftlichen Hemmungen aller Art, an mangelnder verantwortlicher Mitarbeit im kirchlichen Leben ebenso wie im staatlich-politischen Leben und kann den einen nur überwinden, wenn man gleichzeitig auch Verständnis hat für dieselbe Aufgabe auf staatlichem Boden. Diese Konsequenz ist sicher noch längst nicht von allen gezogen worden, aber das Nachdenken darüber kann nur nützlich sein.

Das empfand man besonders stark bei einer Nebenveranstaltung des Kirchentages, die vom Weltbund für Freundschaftsarbeit der evangelischen Kirchen ausging. Es waren dort auch Vertreter protestantischer Kirchen des Auslandes, aus Spanien, Schweden, Ungarn, Tschechoslowakei usw. vertreten. Aber besonders eindrucksvoll war, was deutsche Redner, wie Geheimrat Deißmann, Dr. Springer, Dr. Schreiber u. a. zu sagen hatten. Zunächst in der Abwehr, in Verteidigung gegen Verdächtigung mangelnden deutschen Empfindens, dann aber auch, was sie aus Erfahrungen mit evangelischen Kreisen des neutralen und selbst des feindlichen Auslandes zu berichten wußten. Es war für deutsche Zuhörer nicht eben leicht, die

Digitized by Google

eigenen Stimmungen zum Schweigen zu bringen und vorurteilslos einmal diesen neuen Gedanken Raum zu geben und gerade die deutschen Vorkämpfer dieser Arbeit spürten selbst, welche Verirrungen, Einseitigkeiten, Uebertreibungen da auch bei uns am Werke sind, vor allem aber, daß hier auch von religiösen Gesichtspunkten aus andere Wege gegangen werden müssen, als sie heute noch die breite Oeffentlichkeit sieht und verfolgt. Wir lehnen es ab, diese Dinge nun parteipolitisch ausmünzen zu wollen, aber das begrüßen wir und davon erhoffen wir für unsere innere Volksentwicklung wertvolle Befruchtung, daß nun auch hier solche Ueberlegungen angestellt werden, die eine andere geistige Grundlage suchen für das Verhältnis der Völker — auch der bisher feindlichen — untereinander, die auch unserem Volke selbst zu einer anderen, geistigeren Erfassung und Beurteilung seiner volksmäßigen Angelegenheiten, auch aus der Zeit des Krieges, verhelfen müssen. Auf der Linie nationalistischer und antisemitischer Selbstgefälligkeit kann der Ausgleich der Konflikte zwischen christlicher und rein nationalpolitischer Einstellung, unter dem viele ernsthaften Menschen leiden, sicher nicht gefunden werden.

Wie weit aber der Kirchentag und der Kirchenbund überhaupt in der Lage ist, die Auswirkung des deutschen Protestantismus einheitlich zu gestalten, das muß erst die Zukunft zeigen. Das man nicht zwangsweise und zentralistisch vorgehen kann, ist den Führern offenbar voll bewußt gewesen, schon in der Form des Zusammenschlusses, man muß daran erst recht denken bei der Abgrenzung dessen, was man an Inhalt in die gemeinsame Arbeit gießen will. Herr Geheimrat Kaftan wollte der evangelischen Kirche das gesamte deutsche Kulturgut zur Pflege überweisen, mußte sich aber von Titius sagen lassen, daß es schon schwierig wäre, den ganzen Goethe dabei unterzubringen, erst recht bei Nietzsche, Darwin, Häckel, Schopenhauer usw. Und selbst in praktisch-sozialen Dingen traten sofort Differenzen auf. Vor allem aber verlangen die mancherlei Schattierungen evangelischer Frömmigkeit ihr Recht und ihre Bewegungsfreiheit und erschweren naturgemäß eine geschlossene Außenwirkung, wie sie dem Katholizismus eignet. So war es schon nicht einfach mit der Frage von Kirche und Schule, die diesem Kirchentag gestellt war, fertig zu werden. Man muß anerkennen, daß viel redlicher Wille auf allen Seiten bemüht war, einen Weg zu finden, den alle betreten konnten und es ist keine geringe Leistung, daß Leitsätze festgelegt wurden, die einstimmig vom ganzen Kirchentag angenommen worden sind. Es wäre auch unrecht, zu verkennen, daß man bereit und bemüht war, dem Standpunkt der evangelischen Lehrerschaft und den Anschauungen neuzeitlicher Pädagogen, sowie dem Gedanken der Staatsschule Verständnis und Entgegenkommen zu zeigen. Aber man hat sich doch grundsätzlich ganz bestimmt für die konfessionelle Schule ausgesprochen und nur ausnahmsweise noch der christlichen Simultanschule ein gewisses Recht eingeräumt.

Digitized by Google

Als Ziel der Schularbeit wurde „der fromme und sittliche Mensch im Geiste des Evangeliums“ dargestellt und es ist dagegen schwerlich viel zu sagen, zumal heute, wo alle Welt voll ist von dem Rufe nach geistiger und sittlicher Erneuerung und wo wir alle einen Mangel an sittlichen Hemmungen und Maßstäben allenthalben bitter empfinden. Aber darf irgendeine Kirche heute mit dem Anspruch auftreten, daß sie die Schlüsselverwalterin sei zu solchem Erziehungsziel? Darf irgendeine Kirche oder Schulform sich beklagen, wenn man solchen vollen Worten mit Skepsis gegenübertritt? Mehr an Konfessionalität des Schulwesens als in der zurückliegenden Zeit war doch kaum möglich und nun das Resultat. Zu solchem Selbstgefühl, zu solcher Selbstsicherheit, die nun einfach folgert, der sittliche und fromme Mensch ist nur auf dem Boden der konfessionellen Schule möglich, ist nach bisherigen Erfahrungen kein Grund vorhanden. Man täusche sich darum auch nicht, mit dieser Einigungsformel des Kirchentages ist für die Lösung der Schulfrage selbst noch wenig erreicht. Eine Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht wurde bestimmt abgelehnt und bei der Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes will man auf die Empfindungen und Bedenken der evangelischen Lehrer Rücksicht nehmen, indem besondere Organe, an denen die Lehrer beteiligt sein sollen, dafür gefordert werden. So ist von evangelischer Seite das Bestreben zwar unverkennbar, auf dem Boden der neuen Verhältnisse an der Erziehungsarbeit ernst und ehrlich mitzuarbeiten, und es mag von der Art und dem Geist, wie der Kirchentag die Schulfrage behandelte, vielleicht sogar eine gewisse Versöhnlichkeit hinausgehen in die Kreise des evangelischen Deutschland. Wir wünschen das dringend, auch wenn uns manches an dieser Stellungnahme nicht gefällt. Aber eines muß noch gesagt werden, daß die Kirchen beider Konfessionen mit dieser erneuten schroffen Beanspruchung der Schulen für sich eine ungeheure Verantwortlichkeit auch gegenüber dem deutschen Volk übernehmen. Präsident des Kirchentages v. Pechmann hat in seiner Schlußrede gesagt, die Parteien, die heute im Staate herrschen, rechnen das Wohl und Wehe der evangelischen Kirche nicht zu den Dingen, die ihnen besonders am Herzen liegen. Das ist als politische Parteien auch nicht ihre Aufgabe und sie haben darum den Kirchen auch ihre freie Entwicklungsmöglichkeit gegeben. Man kann aber vom modernen Staat aus sehr wohl die umgekehrte Fragestellung erheben, ja man muß sie mehr erheben, als es vielleicht dem einen oder anderen lieb ist, wenn die Kirchen einen so starken Einfluß auf die Geistes-, Gesinnungs- und Charakterbildung der künftigen Träger dieses Staates beanspruchen und wir wollen offen lassen, ob dann, zumal dem neuen Staat gegenüber und gerade auf evangelischer Seite ein soviel besseres Zeugnis herauskäme, als es v. Pechmann den politischen Parteien ausstellte.

Aber lassen wir das. Allem in allem war es eine fruchtbare und äußerst anregende Tagung, die auch zur geistigen Klärung unserer Zeit wesentlich

Digitized by Google

beigetragen hat. Man ging in allen Fragen von geistigen Gesichtspunkten aus und hatte geistige Maßstäbe. Dann und wann erlebte man es, daß auch unter unseren Zeitgenossen Menschen vorhanden sind, die, wie Baumgarten sagte: „im Ewigen einen Halt haben" und die wissen, wo sie für sich ihre Himmelsleiter anlegen können.

Für solche Stunden ist man heute besonders dankbar, und der Kirchentag gehörte zu ihnen.

Der Wille in der Geschichte

Von Dr. Rosa Kempf, (München)

Spinoza hat mit der Schärfe seines Geistes den Satz geformt: „Jeder hat so viel an Recht, als seine Macht vermag". Wir Deutschen, denen durch den Kriegsverlust die Macht genommen wurde, wissen die Wahrheit dieses Satzes aus den Erfahrungen unseres gegenwärtigen staatlichen Lebens. Wir wissen, daß es ein Recht der Deutschen nicht mehr gibt, seit sie als Volk und Staat der Macht, ihr eigenes Recht selbst zu schützen, verlustig gingen, daß wir als Volk und Staat darauf angewiesen sind, zu warten und zu hoffen, ob die Interessen anderer Völker und anderer Staaten, die Machtmittel besitzen, zufällig uns Gewinn oder vorübergehende Sicherheit gewähren.

Die Völkergemeinschaft ist aber nicht von gestern und heute; sie hat seit Jahrtausenden Schicksale gesehen, die dem gegenwärtigen Los Deutschlands gleichen; sie hat seit Jahrtausenden Aufstieg und Niedergang, Sieg oder Knechtschaft von Völkern erlebt, Auferlegung unerträglicher Bedrückung und Befreiung aus scheinbar unlöslich fest geschmiedeten Netzen der Knechtschaft.

Was ist's, das hinter all diesem Geschehen steht? Welche Kraft ist es, die den Völkern Macht verleiht?

Sobald wir an die Geschichte herantreten frei von dem Vorurteil, als sei Sinn und Zweck der früheren Menschheit darin beschlossen gewesen, das hochlöbliche Europäertum der Gegenwart und seine außereuropäischen Abkömmlinge heraufzuzüchten, wird uns die Vergangenheit lebendig und wir sehen, daß das deutsche Los zwar schon vielerlei Völkern beschieden war, daß es aber in ihrer Hand lag, ob sie aus dieser Lage zu Untergang oder zu Wiederkehr der Freiheit geschritten sind. Welches ist die Kraft, die im Unglück stark oder schwach macht?

Hier öffnet sich uns der Quell unseres Trostes und unserer Hoffnung, aber auch der Ursprung unserer heiligsten Verpflichtungen gegen Volk und Vaterland. Denn laut und deutlich lehrt die Geschichte: Es ist der Wille der Menschen, welcher die Welt gestaltet. Die Völker stiegen hinauf und hinab, in Untergang und zu Sieg durch die Macht ihres eigenen Willens. Einigkeit der maßgebenden Schichten eines Volkes, Zurücktreten der Sonderinteressen gegenüber dem Gemein-

Digitized by Google

samen, nationale Begeisterung, durch welche die politischen Ziele des Gesamtvolkes in den Willen der einflußreichen Massen aufgenommen werden, machen Völker stark, ja unüberwindlich.

Jahrhundertelang können dagegen auch begabte Völker in relativer Armut und geistiger Unbedeutendheit hindämmern — man erinnere sich nur an die Armut und geistige Unbedeutendheit Deutschlands vom Dreißigjährigen Krieg bis zu den Zeiten Schillers und Goethes —, wenn ihnen ein Willensziel fehlt. Faßt sie aber ein mächtiger Wille einer führenden Persönlichkeit straff zusammen oder ergreift gar ein in leidenschaftlicher Begeisterung erfaßtes gemeinsames Ziel die Gesamtheit des Volkes oder doch seine führenden Schichten, so tritt das bisher passive Volk wieder aktiv in die Weltgeschichte ein und gestaltet sich sein Schicksal. In der Erweckung aller seiner geistigen Kräfte wird es zum Träger einer eigenartigen Kultur; mit dem Erlöschen der nationalen Aktivität sinkt aber auch die schöpferische Begabung auf kulturellem Gebiete wieder in die verborgenen schlummernden Tiefen der Volksseele zurück, sobald innere Uneinigkeit oder auch nur Gleichgültigkeit gegenüber den gemeinsamen Zielen, Sonderbestrebungen der Landschaften oder Stände oder Klassen das Uebergewicht erlangen über die Begeisterung und Tatkraft der Zeit des nationalen Aufstiegs.

Diese Erkenntnis ist unser Urteil, insofern wir vor dem Kriege in einer Periode der kulturellen Unproduktivität, einer unschöpferischen Stumpfheit lebten, als notwendige Folge davon, daß kein einheitliches Willensziel unser ganzes Volk, ja nicht einmal unsere geistig führenden Schichten umspannte; sie ist unser Urteil, weil wir noch jetzt nicht vermögen, das Vaterland, die Nation, über die Sonderinteressen zu stellen; weil noch heute unter dem furchtbaren Druck der Feinde weiten Kreisen unseres Volkes bald das Glück des Proletariats, bald der Glanz der Monarchie wichtiger erscheinen als das Los Deutschlands. Diese Erkenntnis umschließt aber auch unsere trostvolle Zukunftsaufgabe, weil wir nicht aufhören dürfen zu hoffen, daß Deutschland sein gemeinsames Willensziel finde und weil jedem Deutschen die Aufrichtung dieser geistigen Einheit wichtigste Pflicht seines Lebens sein muß.

„Jeder hat so viel an Recht, als seine Macht vermag", und jedes Volk hat so viel an Macht, als sein Wille stark ist. Diese Tatsache ist uns verdunkelt worden unter den starken Einflüssen, welche die wirtschaftliche Entwicklung schuf, unter dem Eindruck der Gewalt, welche durch wirtschaftliche Waffen ausgeübt werden kann. Und dennoch sind diese wirtschaftlichen Kräfte nur sekundär, hervorgerufen und beseelt von dem Willen, der allein ihnen große Wirkungen sichert. Nutzlos zerflattern ihre Augenblickserfolge, wenn einer Menschengemeinschaft der starke einige Volkswille nach einem großen Ziele fehlt.

Digitized by Google

Dieses Uebergewicht des starken einigen Willens über die wirtschaftlichen Kräfte läßt sich durch die ganze Geschichte verfolgen: Als Rom Karthago bekämpfte, da waren Reichtum, wirtschaftliche Kraft und kulturelle Ueberlegenheit auf Seiten Karthagos. Der ausdauernde, zielbewußte Wille aber, der sich weder durch Niederlagen noch durch Opfer von dem geraden Ziele jedes Krieges, von dem Streben nach Sieg, abbringen ließ, lag auf Seiten Roms. — Als der Perserkönig Xerxes die Griechen bekämpfte, da war dieses kleine Volk weder an Reichtum und wirtschaftlicher Kraft noch an Menschenfülle dem größten und mächtigsten der damaligen Kulturvölker vergleichbar. Aber der zielklare, geeinte Wille eines ganzen um seine Freiheit kämpfenden Volkes rang mit dem in Gehorsam dienenden Untertanenheere des Groß-Königs. Einzig diesem einheitlichen begeisterten Willen verdankte Griechenland seinen Sieg. Als fast ein Jahrhundert später das Perserreich unter der Mißregierung des Artaxerxes innerlich geschwächt war, mußten sich trotzdem die Griechen dem schmählichen Frieden des Antalkides fügen, der ganz Kleinasien preisgab und selbst Sparta, die größte der damaligen Griechenmächte, zum Klienten der Perser machte. Denn das Griechenvolk hatte sein gemeinsames nationales Ziel verloren, die Stammesrivalität triumphierte, Griechenland harrte seines großen mazedonischen Eroberers, — ein Land, durch Uneinigkeit zur Knechtschaft reif.

Als einst die Araber Vorderasien eroberten, da siegte die einheitlich zusammengefaßte religiös-nationale Leidenschaft eines noch wenig gebildeten armen Volkes ohne jede eigene wirtschaftliche Kraft über die höhere Kultur, über ein wohlausgebildetes Wirtschaftssystem und die lange bewährte Kunst staatlicher Verwaltung der vorderasiatischen Völker, die im Gefühl ruhigen Besitzes die stramme Willenszusammenfassung zu bestimmten polemischen Zielen verloren hatten.

So haben sich auch um dieselbe Zeit in Gallien, in einem Teile von Germanien und Italien die Merowingischen Franken ein großes Reich geschaffen in konsequenter Verfolgung dieses einen Herrschaftszieles, das sie mit Lug und Trug, mit Heuchelei, Mord und Grausamkeit erstrebten. Ihnen fiel die Herrschaft zu, nicht den anderen weit edleren germanischen Stämmen, die in diesen Ländern seit der Völkerwanderung saßen, den Gothen, Burgundern oder Langobarden.

Stets ist es der Wille, der den Ausschlag gibt. Aber nicht die Güte des Willens, nicht die Gerechtigkeit des Willenszieles, sondern einzig und allein seine Zielsicherheit, seine Ausdauer und Stärke. Die Geschichte lehrt uns nicht die Verwirklichung des Guten in der Welt, sondern nur die Auswirkung des Willensstarken. Wo der starke, zielsichere Wille fehlt, da sind materieller Wohlstand und Kulturgüter eines Volkes als Beute für jenen bereit, der selbst

Digitized by Google

einen stärkeren Willen besitzt. In willensschwacher Umgebung bewahrt der Willensschwache für eine Weile seine Selbständigkeit. Die gegenseitigen Beziehungen des christlichen und islamitischen Spanien im Mittelalter liefern hierfür typische Belege. Aber plötzlich erscheint an ungeahnter Stelle ein starker Wille und knechtet die Unentschiedenen und Unentschlossenen, die schon lange zur Knechtschaft reif waren. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht über die Willensschwachen. Sie teilt ihre dauernde Herrschaft nur an jene zu, welche in ihrem Willen stark genug sind, die Herrschaft dauernd in Händen zu behalten. Die hohen menschlichen Ideale der Gerechtigkeit, der Liebe und Wahrhaftigkeit bestimmen wohl das Glück der Völker; aber ihr Geschick wird von anderen Mächten gelenkt. Denn die Fähigkeit des Herrschens ist unabhängig von der Tugendhaftigkeit; für die Kunst des Herrschens — und das Herrschen ist eine wenigen Einzelmenschen geschenkte Kunst, die keineswegs jedem von Volksmassen Gewählten von selbst zufällt — haben Schärfe des Verstandes und Stärke des Charakters weit größere Bedeutung als Menschenliebe und Gerechtigkeit. Dann sind die Völker am glücklichsten, wenn jene, welche herrschen können und wollen, einerlei, ob durch Geburt oder Volkswahl zur Herrschaft berufen, sich in ihrer Herrschaftsausübung von hohen Idealen leiten lassen. Aber das traurigste Los eines Volkes ist nicht die Knechtschaft unter schlechtem Herrscher, sondern der Zustand der Herrschaftslosigkeit, wenn innerhalb des Volkes die Herrschergabe verlustig geht, wenn beim Fehlen einer anerkannten Herrschaft innere Auflösung, innerer Zerfall über eine Nation hereinbrechen. Dies schreckliche Los traf das kulturell so hochstehende mittelalterliche Deutschland nach dem Untergang der Hohenstaufen; es traf das Römerreich vor der Zeit von Theoderich dem Großen, es traf die islamische Welt nach dem Zerfall der furchtbaren Mongolenknechtschaft.

Willensstärke leitet die Welt, nicht die äußere physische Stärke oder die wirtschaftliche Kraft eines Volkes. Darin liegt der Trost für die unterjochten, besiegten Völker. Denn jedes Volk kann seine Willensstärke, seine Willenseinheit und Willensklarheit wiedergewinnen, wenn es begeisterungsvolle Führer findet, die es nach solchem Ziele hinleiten. Darum wollen wir uns in unserer gegenwärtigen Not die prophetischen Worte Fichtes stets vor Augen halten, die er seinen Deutschen einprägte, während die Franzosen Berlin besetzt hielten: „Nicht die Gewalt der Arme noch die Tüchtigkeit der Waffen, sondern die Kraft des Gemüts ist es, welche Siege erkämpft."

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 16. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 55

Digitized by Google

6. Jahrgang * 8. Oktober 1921 * Heft 41

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Reichstagsverhandlungen über die innenpolitische Lage waren nicht mehr als Nachhall von Entscheidungen, deren Linie schon vorher deutlich geworden. Wenn es auch an persönlicher Heftigkeit nicht fehlte, so blieb das Bemühen spürbar, die Tonlage etwas tiefer zu nehmen. Ganz zweifellos liegt hier ein gewisses Verdienst des bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld vor, dessen so kluge als klare Aktion jene rechtsgerichteten Kreise enttäuschen müßte, die in München den Rückhalt einer Restaurationspolitik gewinnen wollten. Der deutschnationale Führer Hergt hat zwei Melodien, mit denen er seine Politik im großen bestreitet: vor der breiten Oeffentlichkeit die Elegie des Gekränkten, vor seinen eigenen Leuten das Marschtempo sieghafter Kämpfer. Es ist natürlich ganz richtig, wenn er sich dagegen wehrt, daß nicht alle Ausschreitungen rechtsradikaler Kreise auf das Konto seiner Partei gebucht werden; aber er darf dann auch nicht einer Regierung in den Rücken fallen wollen, wenn sie den Kampf um die Existenz des Staates gegen diese Elemente scharf und rücksichtslos führt. Stärke einer Regierung verlangen und zu weinen, wenn sie etwas Aehnliches zeigt, geht auf die Dauer nicht an. Daß in Wirths politischem September etwas reichlich viel Kraftrederei mit demagogischen Tönen gemischt war, ist manchem peinlich gewesen; aber Hergt darf darüber nicht klagen, wenn er vertrauliche politische Aussprachen als Unterlage parlamentarischer Angriffe benutzt. Das ist politisch schlechter Stil und das Ende aller Politik, die Ausgleich suchen will oder wenigstens so sagt.

*

Die neue Koalitionsbildung ist noch in der Schwebe. Daß sie im Reich und in Preußen gleichzeitig erfolgen soll, macht den Vorgang natürlich ziemlich verwickelt, um so mehr, als das unmittelbare Vorspiel mit den persönlichen Angriffen eher Hemmung als Förderung gewesen. Die Sozialdemokratie erlebt die Enttäuschung, daß ihre Berliner Funktionärversammlung den Görlitzer Beschluß nicht mitmacht; sie war, wegen der

Digitized by Google

kommenden Stadtverordnetenwahlen, auf nahe, aufsaugende Freundschaft zu den Unabhängigen eingestellt, und fürchtet, daß Görlitz unangenehm auf die Berliner örtliche Situation zurückwirke. Darunter leidet jetzt die klare Haltung der Sozialisten, und vom Partner auf der anderen Seite, der auch an inneren Hemmungen leidet, wird dies gesehen und benutzt.

*

Auf der Völkerbundtagung in Genf hat ein französischer Redner seine Sympathien für das republikanisch-friedliche Deutschland gegenüber dem junkerlich-militaristischen ausgesprochen. Nehmen wir an, das sei subjektiv ehrlich gewesen und nicht bloß einer der üblichen Sprüche, hinter denen sich Angst und schlechtes Gewissen verbergen. Dann ist zu sagen, daß sich das republikanische Deutschland für diese Sympathieerklärungen bedankt und bittet, von ihnen verschont zu werden. Denn nichts kann den unerhört schweren Kampf der neuen Staatsordnung so schädigen, als jene Gewohnheiten von Lob und sauersüßer Anerkennung, wenn gleichzeitig die Praxis der Politik völlig andere Vorzeichen besitzt. Bis jetzt hat noch kein Mensch in Deutschland gemerkt, daß die Umwandlung unserer staatlichen Verhältnisse auch nur ein wenig an außenpolitischer Entlastung gebracht hätte — derlei erwarteten auch nur ein paar Ideologen. Die deutsche Republik ist, nach dem militärischen Zusammenbruch, aus der inneren Dynamik der Kräfteverhältnisse entstanden, und aus ihr muß sie sich behaupten. Sie will keine Liebenswürdigkeiten hören. Sie verlangt das Recht des Lebens, nicht um der Staatsform, sondern um des Volkes willen, und sie sieht nur, daß ihr dies Recht beschnitten wird, eben um des Volkes willen. Die gegnerische Praxis verhöhnt ja täglich alle Worte der Einsicht und Vernunft, die man um der Weltpropaganda willen von Zeit zu Zeit in die Luft redet.

*

Das unsinnige Attentat auf Pilsudskis Begleiter, den Wojewoden von Ostgalizien, durch den Ukrainer Fedak hat die Aufmerksamkeit der Welt wieder einmal auf die ostgalizische Frage gelenkt. Die Verantwortung für diese Tat trägt aber nicht die ukrainische Nation, sondern die Entente, die dieses ukrainische Gebiet 25 Jahre lang der polnischen Willkür auslieferte, ehe die unglücklichen Bewohner ihr Selbstbestimmungsrecht werden ausüben dürfen. Es war klar, daß die Polen dieses fünfundzwanzigjährige Mandat ausnützen würden, um zur Brechung der ukrainischen Mehrheit brutal zu kolonisieren und polonisieren. Jetzt hat die Empörung über diese Gewalttätigkeit einem jungen Fanatiker die Pistole in die Hand gedrückt, und es wäre ein Segen, wenn die Entente die ganze Unnatur ihrer Entscheidung erkennen würde. Gelegenheit zur Korrektur bietet ihnen ein Antrag von Kanada an den Völkerbund, das ukrainische Problem einer Prüfung zu unterziehen.

Digitized by Google

Pathologie der deutsch-französischen Beziehungen

Von Hellmuth Wetzel

In unseren Beziehungen zu Frankreich haben seit dem Waffenstillstand Perioden optimistischer Erwartung mit niederschlagenden Ereignissen, hat aufklärendes Wetter mit Regen, Sturm und Hagelschlag gewechselt. Gegen die Depressionsperioden hat uns Gewöhnung abgestumpft; um so sensationeller und vielleicht über Verdienst und Bedeutung wurde naturgemäß jedes Stückchen blauen Himmels empfunden und gewertet. Deshalb ist es für uns von größtem Interesse, einigermaßen objektiv zu ergründen, was nun die endgültige Gestaltung des Wetters sein wird. Denn danach werden wir unseren Kurs einzurichten haben. Wie jede Prognose, wird auch diese keine mathematische Sicherheit beanspruchen dürfen, sie wird die unbekannte Größe in unserer politischen Rechnung bleiben. Aber das entbindet uns nicht davon, sie wenigstens annäherungsweise zu ergründen, statt auf jeden Versuch der Rechnung verzichtend, uns ganz und gar der Gunst des Glücks zu überlassen.

Zu einem solchen Versuch der Prognose über die Gestaltung der deutsch-französischen Beziehungen ließe sich eine dichte Reihe von Einzelsymptomen als Material zusammentragen, — von der Aufkündigung der Laufzeiten für die Besetzungsfrist im Rheinland über den Vorstoß auf Frankfurt, bis zur Weiteraufrechterhaltung der militärischen Sanktionen am rechten Rheinufer (um nur das Gröbste zu nennen!). Vielleicht ist es aber ersprießlicher, auf die allgemeinen Ursachen zurückzugehen. Die als bekannt vorausgesetzten Einzelsymptome werden sich dem damit erstellten Rahmen zwanglos einfügen.

Beginnen wir mit dem Versailler Vertrag, da er die Operationsbasis der französischen Politik ist. Die Frage, ob er erfüllbar ist oder nicht erfüllbar, hat uns so leidenschaftlich beschäftigt, daß eine andere Frage über Gebühr in den Hintergrund des Bewußtseins gedrängt ist: Ist der „Versailler Friedensvertrag" tatsächlich ein Vertrag?

Seinem Zustandekommen nach ist er es nicht! Seinem Wesen nach aber erst recht nicht!

Das wesentliche Charakteristikum, das Energiemoment eines jeden Vertrages ist seine innere Zweiseitigkeit: Do ut des! Entgegen dem Anschein ist sie auch einem Friedensvertrag immanent. Der Unterlegene erwirbt gegen Hingabe der Beute vom Sieger einen neuen Zustand der Rechtssicherheit. Auch der schlechteste Friedensvertrag bietet uns, vorausgesetzt, daß er gehalten wird, den nie zu unterschätzenden Vorteil, daß an

Digitized by Google

die Stelle unbegrenzter Ausbeutung der Kriegssituation ein fest umrissenes Verhältnis tritt, daß er die Maximalgrenze des uns Aufzuerlegenden ein für allemal festsetzt und den armseligen, jenseits dieser Grenze verbleibenden Rest unweigerlich sicherstellt. Und so betrachten wir auch, der Hypnose des Wortes „Friedensvertrag" unterliegend, das Versailler Instrument als etwas Absolutes, etwas, das von der französischen wie von der deutschen Seite gleich aussieht. Die Ungeheuerlichkeit seiner Forderungen und seiner Folgen verführt ganz naturgemäß dazu, ihn als Abschluß der Ententepolitik zu betrachten, als die unkorrigierbare Kodifikation der denkbar größten Ansprüche der Gegner. Aber ebenso könnte einer von ihnen den Vertrag nicht als Abschluß, sondern als Ausgangspunkt, nicht als Vereinbarung, sondern als politisches Werkzeug für die Verwirklichung noch weiter gesteckter Ziele betrachten.

Gegen Versuche, nicht nur einen Vertrag zu brechen, sondern auch ihn durch sanfte Ausweitung etwa absichtlich flüssig gehaltener Grenzen zu mißbrauchen, gibt es bei einem Privatvertrag Schutz entweder in Strafbestimmungen des Vertrages selbst oder in den Bestimmungen des gemeinen Rechts. Der Gehorsamszwang für beide Teile ist das zweite Energiezentrum eines Vertrages! In dem Versailler Instrument sind Strafbestimmungen nur gegen Deutschland enthalten. Gegen den Sieger dürften freilich die wenigsten Friedensverträge Strafbestimmungen enthalten. Aber bisher wurden sie wirksam ersetzt durch den Zwang der Verhältnisse, nämlich das Risiko, den nie ganz Besiegten zu letzter Kraftentfaltung zu treiben, und vor allem die Eifersucht der übrigen Mächte gegen sich zu bewaffnen: Die Gleichgewichtsidee hat bisher an Stelle des unmündigen und einer selbständigen Kraftäußerung nicht fähiger Völkerrechts einen gewissen praktischen Rechtsschutz geliefert!

Aber es ist das Bezeichnende des Versailler Vertrags, daß er gerade diese praktischen Garantiemöglichkeiten vernichtet hat. Er hat jede Verteidigungsmöglichkeit an sich sorgfältig ausgetilgt. Gleichzeitig haben seine militärischen Bestimmungen Deutschland mit der Vernichtung seiner Bündnisfähigkeit von der politischen Karte hinweggewischt, während Rußland kraft seiner besonderen Einstellung gegen die übrige Welt, wie neuerdings seiner inneren Ohnmachtserscheinungen, aus jeder Kombination ferngehalten wird, und die k. k. Monarchie nicht mehr existiert.

Für geraume Zeit haben sich also nur zwei Mächte, England und Frankreich, mit einander zu verständigen, und das geschah bisher sehr bequem nach der Formel: „Frankreich freie Hand auf dem Kontinent, England im Orient!" Sie erschöpft zwar nicht den ganzen Umkreis der gegenseitigen Beziehungen, aber sie ist doch im wesentlichen das Rezept, nach dem bisher die auftretenden Konflikte geregelt worden sind. Bei ihrer Bequemlichkeit, bei der außerordentlich reinlichen Abgrenzung, die sie enthält, dürfte ihr

Digitized by Google

auch noch eine Zukunft beschieden sein. Niemals haben die an sich zahlreichen Einsprüche Englands gegen französische Gewalttouren den Charakter des Episodischen verlassen und den einer prinzipiellen Politik angenommen. Und die Geschichte der obigen Formel ist die Geschichte der (fälschlich) sogenannten „Umfälle" Lloyd Georges. Englische Interessen auf dem Kontinent sind zwar vorhanden, entwickeln sich vielleicht noch im Ostseegebiet, haben aber kaum schon den Charakter der „Gelegenheitsgeschäfte" verlassen. Im wesentlichen liegt der englische Schwerpunkt immer noch außerhalb Europas. Und im Zusammenhang damit wird die Verteidigung deutscher Rechte gegen französische Vertragsauslegungen und deren Folgen niemals die Knochen eines britischen Grenadiers wert sein. Das ist aber das Entscheidende. Bei genügender Hartköpfigkeit (und genügender Liberalität in orientalischen Fragen) wird jeder französische Ministerpräsident auf dem Kontinent durchsetzen, was er will, — freilich auf Kosten einer gewissen Isolierung. Aber hat Frankreich — unter den gegebenen Machtverhältnissen und mit seinem System osteuropäischer Lehensstaaten — tatsächlich eine Isolation in dem Maße zu fürchten, wie es oft aus propagandistischer Absicht vorgibt?

Damit sind erst die passiven Seiten des Vertrages erschöpft. Er hat darüber hinaus noch eine sehr *aktive*: Er enthält für Frankreich die Anweisung auf die Hegemonie des Kontinents. Das machtpolitische Vakuum zwischen dem Rhein und Polen muß mit geradezu physikalischer Unerbittlichkeit auf die Begehrlichkeit der Nachbarländer ansaugend wirken. Es gehört ein Höchstmaß von Klugheit für den einzelnen Politiker dazu, den Verlockungen einer solchen Situation Widerstand zu leisten. Die Massen, mit denen man in Frankreich Politik macht, und von denen sie deshalb wieder abhängig ist, werden die innere Reife zu einem solchen Widerstand noch viel schwerer aufbringen.

Der französische Ministerpräsident dürfte also schwer zu finden sein, der freiwillig Chancen nicht ausnützt, wie sie vielleicht nur einmal in der neueren Geschichte sich anbieten. Niemals waren die Aussichten imperialistischer Politik so groß, niemals im Verhältnis dazu das Risiko nud die aufzuwendenden Machtmittel so gering! Wir in Deutschland haben es leicht, die Gegengründe aufzuzählen, aus denen es auch für Frankreich nützlicher wäre, die völlige Ausschöpfung der politischen Konjunktur zu unterlassen. Fast jeder deutsche Leitartikel bringt sie geläufig und richtig. Aber diese Artikel scheinen in Frankreich nicht überzeugend zu wirken. Trotz allem orientieren sich eben auch politische Entschlüsse nicht nach objektiven Gesichtspunkten, sondern nach subjektiven Wünschen! Man vergleiche einmal die nützlichen und sachgemäßen Ratschläge der Brüsseler Finanzkonferenz mit der Wirtschaftspolitik, die trotz dieser Ratschläge von den meisten Mächten getrieben wird, man betrachte die Art, wie Belgien sich

Digitized by Google

lange Zeit an Frankreichs Rockschöße hing, trotz der Nackenschläge, die ihm dessen Zollpolitik versetzte.

Daß wirtschaftliche Notwendigkeiten Frankreich in die Geleise praktischer Vernunft zwingen müssen (ein letzter schwacher Aufguß der Lehre, nach der nur wirtschaftliche Vorgänge letzten Endes die Geschichte machen), ist, trotz häufiger Wiederholung, keine These von genügender Erprobtheit, um sie zu einem Eckstein des Gebäudes unserer Politik zu machen!

Allzusehr entspricht es der historischen Tradition Frankreichs wie der psychischen Einstellung recht breiter Schichten, imperialistische Tendenzen auf dem Kontinent zu verfolgen. Die Expansionisten waren bei uns eine Sekte, in Frankreich bilden sie die Masse der Gläubigen, den Ausgleichspolitikern die Rolle der Sekte zuschiebend. Die Presse, die aus diesen Voraussetzungen erwachsen ist, hat sie durch ihre Tätigkeit (bei steter enger Fühlung mit ihrer Regierung!) ihrerseits noch verschärft.

Und nun noch eines: Vor dem Kriege hat Frankreich, dem Starren über den Rhein zuliebe, wie 1882 in Aegypten, so bei vielen anderen Gelegenheiten zukunftsreiche Aussichten und Ansprüche bewußt und reuelos geopfert. Und diese Politik, die nach dem Waffenstillstand sich bis heute fortgesetzt hat, war immer weitaus populärer als die kurzen Episoden eines praktischeren Kurses. Heute nun fügt das Bewußtsein, daß die gesamten Opfer und Verzichte schließlich „wohlverdiente" Zinsen tragen müssen, eine neue Kraft zu den übrigen.

Gegen alle diese sich gegenseitig steigernden Einflüsse müßte sich eine Kursänderung erst durchsetzen! Was auch immer ein Ministerpräsident von Frankreich an persönlichen Ueberzeugungen mitbringen oder an Erfahrungen sich erwerben mag — er wird nur die Politik machen, die ihm der Zwang der Tatsachen vorschreibt, oder er wird rasch keine Gelegenheit mehr haben, Politik zu machen. In der Tat ist denn auch die französische Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland von einer so verblüffenden Kontinuität, daß wir die vorgefallenen Ministerwechsel, wenn wir nichts von ihnen wüßten, niemals aus den Tatsachen ableiten müßten.

Trotzdem ist bei uns noch immer eine gewisse Ueberraschung zu bemerken, wenn wieder eine Ausgleichshoffnung an der französischen Haltung zerschellt.

Wir wiegen eben mit zu verschiedenem Gewicht! Wir Deutsche, was wir anbieten, mit unserer Sorge und Not, Frankreich, was es erhalten soll, mit dem Brennusschwert. Für Frankreich ist jedes Angebot immer nur ein Bruchteil dessen, was seinem Zugriff ausgesetzt ist. Niemand bezahlt aber gerne auch den wohlfeilsten Preis für Birnen, die er sich selbst nehmen kann. Wohl aber wird er im eigenen Interesse gerne etwas für die pflegliche Verwaltung des Vorrats aufwenden.

Digitized by Google

Und allein diese egozentrische, wirtschaftende Vorsicht der französischen Politik ermöglicht es der jeweiligen deutschen Regierung, sich mit der stückweisen Hingabe von Zugeständnissen je ein neues Vierteljahr der Ruhe zu erkaufen, die dann allzuleicht als endgültige Entspannung angepriesen wird, bis eine neue Note neue Ernüchterung bringt.

Aus den vorausgegangenen Betrachtungen über den Friedensvertrag ergibt sich, daß das Gebiet zwischen Rhein und Polen zwar *fiktiv* ein selbständiger Staat im vollen Genuß seiner Souveränität ist, *realiter* aber ist es infolge des Fehlens eines Schutzes durch eigene Kraft oder durch allgemeines Recht bis nahe an den Rand der fremden Interessensphäre hinabgedrückt. Vom gewohnten Typus der Interessensphäre unterscheidet sich diese allerdings durch das Vorhandensein einer ausgebauten Selbstverwaltung, einer staatlichen Form. Die gerade zu beseitigen, haben die interessierten Mächte allerdings keinen Grund. Arbeitet sie doch reibungsloser, als eine Okkupationsbehörde je hoffen kann! Dabei bleibt ihren Schultern die Verantwortlichkeit auferlegt für alle Zwangsmaßnahmen auf fremde Rechnung und alle aus ihnen fließenden katastrophalen Folgen. Ferner trägt das Land selbst die Kosten für die Verwaltung und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung, ohne daß der Strom der abfließenden Werte dadurch reduziert wird. Es leiht sogar die Organisation zur weiteren Sicherung des eingetretenen machtpolitischen Zustandes. Und schließlich übernimmt es später die Fürsorge für alle Gebiete, die nach Durchführung aller fremden Expansionswünsche als uninteressanter, erschöpfter und lästiger Rest übrigbleiben.

Der natürliche deutsche Wunsch auf Erhaltung der staatlichen und nationalen Selbständigkeit und der französische nach pfleglicher Verwaltung der nicht ohne weiteres realisierbaren Folgen des Sieges läuft also eine minimale Strecke Weges parallel. *Soweit*, aber nur soweit, geht das französische Interesse an der Lebenskraft jeder deutschen Regierung. Und innerhalb *dieses* Rahmens ist die französische Politik zu Entgegenkommen bereit. Sie muß allen Wert darauf legen, die eigene zielstrebige und kontinuierliche Entwicklung nicht bloßzulegen, sondern das geschaffene äußere Bild durch scheinbar gegenläufige Bewegungen zu verhüllen. Infolgedessen tritt jeweils in den Pausen zwischen großen politischen Vorstößen eine Epoche ein, die von Versicherungen des Wunsches nach Ausgleich der Gegensätze und wirtschaftlicher Zusammenarbeit erfüllt ist. Die Phasen entwickeln uns gegenüber in jähem Uebergang eine ungeahnte Objektivität. Niemals aber hat dieses Wohlwollen bestanden, wo es sich um mehr als Demonstrationen gehandelt hat. Es ist zwar ein französisches Interesse, aber *nur ein Nebeninteresse*, das lediglich mit bester Sachlichkeit pfleglich zu behandeln. Solange es sich [illegible] ordnet, wird es [illegible]

lichen Ausbeutung der Konjunktur in inneren Konflikt gerät, wird es geopfert, und die Harfenarpeggien löst drohendes Fanfarengeschmetter ab. Typisch für diese geschickte Einordnung scheinbar auch heterogenster Dinge in ein System ist auch die Behandlung der französischen Finanzlage (die wir als Bremsschuh ansehen) durch die Franzosen selbst. Betrachtungen über die Finanzlage werden drüben nie als Selbstzweck erstellt, sondern immer deutlich mit dem rein taktischen Ziel, einmal: die von Frankreich gegen Deutschland unternommenen Schritte gegenüber der Mitwelt sophistisch zu motivieren, und zweitens: dem französischen Publikum den Gedanken immer wieder vertraut zu machen, den Ausgleich des finanziellen Defizits in territorialer Expansion zu suchen.

Wir sind am Abschluß! Die Prognose ist keineswegs erfreulich ausgefallen. Vielleicht wird sie in Wirklichkeit durch die Laune des Schicksals zum Besseren korrigiert. Aber solange wir uns an die fest bestimmbaren Größen halten, können wir nur eines feststellen:

Niemals sind Opfer, die von deutscher Seite gebracht werden, in dem beabsichtigten Sinne produktiv, daß dadurch ein Abflauen des politischen Drucks auf unsere Landesgrenzen auf die Dauer herbeigeführt und sichergestellt werden könnte! Daß solche Opfer dennoch von Fall zu Fall à fonds perdu gegeben werden müssen, ist damit noch nicht bestritten, wie es unsere nationalistische Presse im Vollgenuß ihrer Unverantwortlichkeit leider gerne tut. Aber es ist noch ein weiter Weg von der Konzession des Notwendigen bis zu der blinden prinzipiellen Jagd nach einem unerreichbaren Einverständnis. Und diese Jagd kann geradezu gefährlich werden, in dem Augenblick, wo unsere Separatabmachungen mit Frankreich — (Wiesbaden!) — von den anderen Ententemächten mit wenig freundlichen Augen betrachtet werden! Uns muß daran liegen, mit allen Ententegliedern möglichst gleichförmige Beziehungen zu unterhalten. Keineswegs ist es unser Interesse, uns gerade bei demjenigen Teil der Entente unbeliebt zu machen, *den der Versailler Friede wirklich saturiert hat* und mit dem wir nunmehr *die geringsten Reibungsflächen* haben. Keineswegs ist es unser Interesse, statt dessen uns in den inneren Streitigkeiten der Bundesgenossen gerade von demjenigen als Figur im Spiel benutzen zu lassen, mit dem wir *die meisten Reibungsflächen* bereits haben, und der es sich angelegen sein läßt, neue zu schaffen. Es mag sein, daß der objektive, annoch offiziell unbekannte *Inhalt* der letzten Wiesbadener Abmachung nicht so bedeutungsschwer ist, aber *die nackte Tatsache* dieser Abmachungen ist erstens jenseits des Kanals unfreundlich empfunden worden und zweitens in Frankreich in wenig diskreter Weise als Trumpf in dem häuslichen Streit der Entente um die Verteilung der ersten Milliarde ausgespielt worden.

Digitized by Google

In unserer abhängigen Lage ist es selbstverständlich, daß wir jeden Tag dem französischen Ministerpräsidenten nach den Händen sehen, ob er heute Krieg oder Frieden für uns darin trägt. Aber um so vorsichtiger müssen wir sein, um nicht unter dem Einfluß der geschickten wechselweisen Handhabung von Zuckerbrot und Peitsche auch unsere innere Unabhängigkeit einzubüßen und uns das als erstrebenswert suggerieren zu lassen, was nicht uns, sondern anderen ausschließlich nützlich ist.

Gedankengänge der tschechischen Politik

Von Dr. Alexander Schilling, (Mährisch-Ostrau)

Ich habe in zwei Aufsätzen über die „Deutsche Politik" in der Tschechoslowakei geschrieben, heute will ich den Versuch machen, in die Mysterien der tschechischen Politik einzudringen. Soweit bei einem solchem Stoffe Objektivität möglich ist, will ich mich ihrer befleißigen. Ich halte es auch vom sudeten-deutschen Standpunkt aus für wichtig, sich in die Gedankengänge unserer Gegner hineinzuversetzen. So wertvoll die griechische Mahnung *Γνῶθί σε αὐτόν* ist, nicht weniger wertvoll ist es, den Gegner zu kennen, sei es, um ihn abzuwehren, sei es um sich mit ihm zu verständigen. Aber auch die reichsdeutschen Kreise müssen daran interessiert sein, denn deutsche und tschechische Politik zusammenbeherrschen vor allem das sudetenländische Problem, dieses ist aber mit dem Problem Mitteleuropa und Ostpolitik auf das innigste verwoben.

In der tschechischen Politik sind vor allem zwei Hauptrichtungen zu unterscheiden, die Anhänger der Unterdrückungspraxis und die der Verständigung. Ueberflüssig zu sagen, daß erstere die Mehrheit darstellen oder zum mindesten tonangebend sind. Falsch wäre es aber, zu meinen, daß es nicht auch tschechischerseits ehrliche Freunde einer Verständigung gibt, wenn sie auch heute nur sehr schüchtern zu Worte kommen, trotzdem der Präsident des Staates selbst ihnen zugezählt werden darf. In einem sind aber alle Tschechen sich einig, an dem Bestand ihres Staates in seinem heutigen Umfange dürfe nicht gerüttelt werden. Die „naše republica" ist für sie ein noli me tangere. Das gilt für die Nationaldemokraten ebenso wie für die tschechischen Kommunisten. Darüber, daß der tschechische Staat das Naturrecht ganzer Völker nach einem rein volklichen Zusammenschluß verletzt, daß er sich dem Grundsatze, jedes Volk ein Staat, hemmend in den Weg stellt, hat sich noch kein Tscheche den Kopf zerbrochen. Er nimmt seinen Staat als etwas Gegebenes, Gottgewolltes hin, als hätte er schon den Stürmen von Jahrhunderten getrotzt. Daß die Tschechen selbst wiederholt das Volk über den Staat gestellt haben, daß Masaryk das Volk als das Primäre, den Staat aber als das Sekundäre ansah, wohl ein Notrecht des Volkes gegen den

Digitized by Google

Staat, nicht aber des Staates gegen ein Volk kennen wollte, daß es nach ihm keinen Hochverrat gegen den Staat, sondern nur gegen sein Volk geben kann, daß sich die gefeierten tschechischen Legionäre bei dem Gewissenskonflikt, hie Staat, hie Volk, für letzteres entschieden haben, all dies ist aus dem Gedächtnisse der heute lebenden Tschechen wie ausgelöscht. Oder schlummert diese Erinnerung doch im Unterbewußtsein der Tschechen, und zittern sie davor, die Deutschen könnten im entscheidenden Augenblick ihr glorreiches Beispiel nachahmen? Was folgert daraus für die deutsche Politik? Wollen wir zu einer Verständigung mit den Tschechen in irgendeiner Form kommen, und das wollen die Deutschen ohne Ausnahme, dann dürfen wir die Frage der Grenzen dieses Staates nicht aufrollen. Hierzu wollen sich viele Deutsche nicht verstehen und glauben, sich dadurch irgendetwas zu vergeben. Sie wähnen sogar, dieser intransigente Standpunkt sei Radikalismus, und sind stolz darauf. Hier liegt aber ein schwerer Fehler der deutschen Politik. Augenblicklich besteht keinerlei Aussicht, daß diese Frage der Staatsgrenzen von innen oder außen nicht nur aufgerollt, sondern auch in unserem Sinne beantwortet werde. Wir schädigen unsere Stellung im Staate aber dadurch, daß wir den Tschechen den Vorwand geben, von dem Fehlen einer Verhandlungsbasis sprechen zu können. Rein theoretisch sei aber hier auch erwähnt, daß es noch keineswegs feststeht, ob die Zukunft dem National- oder dem übernationalen Staat gehört. Es sind nicht die schlechtesten Deutschen, die behaupten, die wirtschaftliche und geographische Verbundenheit des sudetendeutschen und tschechischen Stammes ist eine so innige, daß diese Völker nicht mehr auseinandergerissen werden können, und wir daher zu einer höheren Ordnung des Nebeneinanderlebens kommen müssen. Ein Gedanke, den der als radikal bekannte Schriftsteller, Politiker und Senator Franz Jesser verficht.

Haben wir also den tschechischen Staat anzuerkennen, uns auf den Boden dieses Staates loyal zu stellen, wie es die Tschechen von uns verlangen? Ehe ich darauf antworte, möchte ich doch vorher die Tschechen fragen, was sie von einer solchen Loyalitätserklärung hätten, auf die sie so großen Wert legen? Für den Augenblick ist diese Loyalitätserklärung überflüssig; denn kein Deutscher denkt daran, heute oder morgen den tschechischen Staat in die Luft zu sprengen, nicht, weil sie es nicht wollten, sondern weil sie es nicht könnten. Welcher deutsche Politiker könnte aber ein Volk durch eine solche Erklärung, selbst wenn sie kodifiziert werden würde, für alle Zukunft binden? Waren die Tschechen in ihrer Mehrheit nicht der Habsburger Monarchie gegenüber loyal gesinnt? Ließen sie es etwa an solchen Loyalitätsbezeugungen fehlen? Ich erinnere nur an den Führer der heutigen tschechischen Kommunisten, Smeral, erinnere an das Majestätsgesuch eines Karel Kramarsch, in dem die durchweg patriotische Haltung dieses Mannes unterstrichen wurde. Ich erinnere an die heiligen

Digitized by Google

Verträge, die Italien an den Dreibund knüpften. Was half dies alles! In dem Augenblick, wo der sacro egoismo eines Volkes, begünstigt durch die Verhältnisse des Augenblicks, erwacht, zersprengt er alle Ketten von Erklärungen, alle Gitterstäbe von Verträgen, und ist nur beherrscht von den eigenen Instinkten. Ein Volk, das frei sein kann und will, wird eben jene Politiker desavouieren, die ihm ewige Knechtschaft vertraglich zusicherten. Der Justamentstandpunkt in dieser Frage ist daher kindisch. Selbst wenn Lodgman, Krepek, Jung, Kaska, Böhr, Cech, sie alle, dem tschechischen Staat ewigen Bestand zusichern würden, er wäre deshalb noch immer auf Sand erbaut. Es gibt nur ein Mittel, die Deutschen mit dem tschechischen Staat auszusöhnen, und das lautet, ihnen das Leben so erträglich als möglich zu machen. Sobald den Deutschen in diesem Staate ihr volles Eigenleben gesichert wäre, sie in ihm Schutz im Innern wie nach außen fänden, die Lebensbedingungen möglichst günstige wären, würden von selbst, ganz automatisch, alle Voraussetzungen für eine Irredenta wegfallen. Eine Irredenta läßt sich nicht mit Bajonetten und Paragraphen auf die Dauer niederhalten, das Feuer glimmt nur unter der Asche weiter, sie läßt sich aber überwinden, wenn man dem Volke, das hiezu neigt, goldene Brücken baut. Die Tschechen mögen nicht vergessen, daß sie gerade durch ihre heutige Methode das Wasser auf die Mühlen der Irredentisten leiten, diese sich dabei ins Fäustchen lachen und die Stunden dieses Staates zählen. Die tschechische Politik begeht ebenfalls einen schlimmen Gedankenfehler, indem sie Ursache mit Wirkung verwechselt. Sie fordert zuerst die Loyalitätserklärung, dann will sie unsere Ketten lockern. Als ob es nicht auch geheuchelte Loyalitätserklärungen gäbe! Richtig müßte sie umgekehrt verfahren. Sie müßte zuerst den Deutschen das Leben in diesem Staate lebenswert machen, dann würde sich die Loyalität von selbst einstellen. Ich kehre nun zu meiner Fragestellung, ob die Deutschen diesen Staat anerkennen müßten, zurück. Als Faktum haben sie ihn ja bereits anerkannt, indem sie sich an den Wahlen beteiligten, ihre Abgeordneten den Eid auf die Verfassung ablegten u. a. mehr. Wenn vielfach verlangt wird, die Deutschen dürften diesen Staat nicht anerkennen, hätten sie folgerichtig eine reine Negationspolitik betreiben müssen. Sie hätten den Eid verweigern müssen, hätten sich an Wahlen nicht beteiligen dürfen, hätten in allem und jedem diesen Staat sabotieren müssen, hätten bei Streitigkeiten unter sich tschechische Gerichte nicht anrufen dürfen. Das ist nicht geschehen, damit haben sie aber den tschechischen Staat auch anerkannt. Es ist daher einfach unbegreiflich, was die Tschechen noch haben wollen. Eine andere Frage ist die, ob die Deutschen diesen Staat als für sie zufriedenstellend ansehen. Ich glaube, das kann selbst der verbohrteste Tscheche von ihnen nicht verlangen. Daß die Deutschen gegen Verfassungsgrundlagen, an deren Schaffung sie nicht mitwirken durften,

Digitized by Google

Sturm laufen, ist klar, doppelt klar, wenn diese den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Tod der Sudetendeutschen in sich schließen.

Die Deutschen beharren auf dem Selbstbestimmungsrecht. Dabei fand aber der von den deutschen Nationalsozialisten ausgehende Antrag auf Durchführung der Volksabstimmung in Deutschböhmen und Sudetenland nur noch die Unterschriften der Deutschmagyaren. Sicherlich auch kein besonders folgerichtiges Handeln! Die Tschechen erklären demgegenüber, „mit Rebellen wird nicht verhandelt". Sie haben allerdings von diesem starren Standpunkt schon gewaltig abweichen müssen. Vom Standpunkt der Tschechen aus finde ich es begreiflich, daß sie von den Deutschen den Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht verlangen, da sie fürchten müssen, bei Ausübung desselben könnten die Würfel gegen ihren Staat fallen. Wenn aber die Deutschen auf dieses von Wilson verkündete Recht, so imaginär es augenblicklich sein mag, verzichten sollen, so frägt sich, was bieten die Tschechen dafür. Bis heute nichts. Das ist aber der springende Punkt. Um kleiner Zugeständnisse willen wird uns Sudetendeutschen unser Erstgeburtsrecht nie feil sein. Wären aber die Tschechen gewillt, die Verfassungsgrundlagen ihres Staates einverständlich mit den Deutschen aufzubauen, ihnen die volle nationale Autonomie auf territorialer Grundlage zu geben, dann könnten die Deutschen erklären, sie wären befriedigt, und begrifflich wäre das Selbstbestimmungsrecht erfüllt. Schließt sich daran noch eine Umorientierung der tschechischen Außenpolitik, indem eine Bündnispolitik mit dem Deutschen Reiche gepflogen wird, dann kann man sagen, alle Konfliktsstoffe zwischen den in Frage kommenden Völkern sind tunlichst ausgeschaltet, und sie können nun friedlich nebeneinander leben, um sich gegenseitig harmonisch zu ergänzen. Wie schon erwähnt, können Zusicherungen für alle Zukunft nicht gegeben werden. Aber wie sollten Konflikte entstehen, wenn die Erreger restlos beseitigt sind?

Nun höre ich bereits den tschechischen Einwand. Wird die territoriale nationale Autonomie nicht den tschechischen, bisher zentralistisch organisierten Staat in einen Staatenbund zerlegen, wobei bei einer sich bietenden Gelegenheit sich dieser oder jener Bundesstaat selbständig machen könnte? Es sei nicht geleugnet, daß diese Gefahr besteht, dann besteht, wenn die zentrifugalen Kräfte die zentripetalen überwiegen. Es liegt aber ganz in der Hand der Tschechen, daß dem nicht so sei. Es kann allerdings die nationale Autonomie Etappe zur vollen Freiheit sein, und wird es dann sein, wenn sie nicht freiwillig gewährt, sondern in hartem Ringen abgetrotzt wird.

Es mehren sich die Anzeichen von zunehmender Erkenntnis im tschechischen Lager, daß nachgerade von einer Verständigung mit den

Digitized by Google

Deutschen die Existenz ihres eigenen Staates abhängt. So schreibt der Tscheche Dr. Fr. Joklik in einem mutigen, deshalb von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Büchlein „Jak se odrakouštíme" („Wie wir uns entösterreichern"): „Wir müssen uns mit den Deutschen bis zu einer bestimmten Zeit verständigen. Aber so viel glaube ich schon heute behaupten zu können, jeden Tag, um den wir den Ausgleich verschieben, erschweren wir unsere Lage und erleichtern sie den Deutschen. Wenn wir uns nicht bis zum letzten Termin mit den Deutschen verständigen werden, so wird die Republik ebenso zerfallen, wie Oesterreich-Ungarn zerfallen sind, weil sie es nicht verstanden haben, ihre Völker rechtzeitig zufrieden zu stellen."

(Ein zweiter Artikel über die Stellungnahme der verschiedenen tschechischen Parteien zum deutsch-tschechischen Problem wird folgen.)

Die ungarische Dauerkrise

Von Dr. Gustav Erényi

Nichts ist symptomatischer für Ungarns Innenlage als der kürzlich erfolgte Abschied des vor Jahresfrist mit vielem Sang und Klang installierten Finanzministers Hegedüs — und die Art, auf die er verabschiedet wurde. Seit dem Zusammenbruch von 1918 erschien für die Unterlegenen kein ähnlicher Stern der Verheißung am Horizont. Eine führende ungarische Bankkapazität, ein Liberaler alten Schlages, wurde er von den mehr oder minder reaktionär gefärbten Herren der Gegenwart hervorgezerrt und mit Machtmitteln aller Art reichlich ausgestattet, um zu retten, was noch zu retten ist. Mit einem schwunghaften Optimismus, der im Elend der letzten Jahre beispiellos dasteht, versprach Herr Hegedüs alles Schöne und Gute. Als ein „Sanierungsminister" par excellence, nicht verlegen um die mannigfachsten Versprechungen und Prophezeiungen, trat er im Spätherbst vorigen Jahres seinen Posten an. Als dann wenige Monate darauf die ungarische Krone in Zürich von 1.05 auf 2.80 emporstieg und eine wesentliche Verbilligung aller Artikel einsetzte, stand auch Finanzdiktator Hegedüs auf dem Zenith seines Ruhmes. Heute hat die ungarische Währung ihren größten Tiefstand erreicht, die Teuerung ist größer als je zuvor, und Hegedüs zieht sich, von zahllosen Mißgönnern schadenfroh betrachtet, unter das schützende Dach seiner Bank zurück.

Also wieder ein Beweis, daß für Mitteleuropas Wunden kein Wunderkraut gewachsen ist. Wohl vermag man in mühseligem Ringen tausend Risse zu verlöten und neue Wege einzuschlagen, die einem künftigen Werden zugute kommen. Die Weltkrise von einer Stelle aus durch irgendein Sonderverfahren im Fluge zu überwinden, vermag man nicht. Die Maß-

Digitized by Google

nahmen des Herrn Hegedüs begegneten bei den führenden Volkswirtschaftlern von allem Anfang an einer kritischen Skepsis. Es wurde ihm vor allem die schonende Behandlung des Großkapitals, das durch das Notopfer nur bis 20% mit fortgerissen werden sollte, und die leichtfertige Herabsetzung der Staatsobligationen vorgeworfen. Auch wurde mit vielem Recht darauf hingewiesen, daß der chronischen Wirtschaftskrise der Gegenwart durch finanztechnische Vorkehrungen allein nicht zu steuern sei. Die Einstellung der Notenpresse, von der Hegedüs alles Heil erhoffte, erwies sich in einem über und über verschuldeten, unproduktiven Lande als ein nutzloses Beginnen, und man erlebt nun das seltsame Schauspiel, wie sich Geldknappheit mit Teuerung paart.

Indes wäre vielleicht Hegedüs der Mann gewesen, um am eigenen Schaden allmählich klug zu werden. Allein er setzte sich die unmögliche Aufgabe zum Ziele, ordnender Dirigent des Chaos zu sein. Ein Heer der Widersacher kreuzte und hemmte seine Verfügungen, die vorgesehenen Sparmaßnahmen schienen durch den Eigensinn der Aemter und den Uebermut der diversen berüchtigten Militärdetachements immer wieder vereitelt; die Fehde der einzelnen royalistischen Gruppen, die Korruption des öffentlichen Lebens gestaltete all sein Tun und Planen wirkungslos. Hierzu kam noch die Verquickung der westungarischen Lage, die den Kredit des Landes weiter schmälerte, und eine Exportwut, die selbst durch ein energisches Ausfuhrverbot auf Lebensmittel und die Aufdeckung etlicher, bis an die höchsten Regierungsstellen heranreichender Ausfuhrskandale nicht einzudämmen war.

Und doch erscheint Hegedüs nicht als der einzige Sanierungsfrohe in der ungarischen Politik. Auch der Ministerpräsident Graf Bethlen ist ein solcher, wennschon mit wesentlich anderen Mitteln. Er stellte sich zweifellos das Programm, die Politik aus dem „christlich-nationalen" Unfug bei „christlich-nationaler" Parteistellung in die Machtsphäre einer gesunden Mitte, in die Hände der alten konservativ-liberalen Tisza-Garde zurückzulenken. Hierbei galt es freilich, sich durch so manche Klippen geschickt durchzuwinden und es allen zu Recht zu tun, da man in Wirklichkeit keinem zu genügen weiß. Die natürliche Folge solcher Lavierungskünste ist, daß Graf Bethlen nun den gemäßigteren Elementen als eingefleischter Reaktionär erscheint, während die abgesetzten Dunkelmänner von gestern und vorgestern die Macht wieder an sich zu reißen suchen, mit dem Hinweis, daß es unter der neuen, freizügigeren Leitung auch nicht besser gehe. So war es möglich, daß sich der Minister des Inneren der vorjährigen Regierung, Beniczky, unter dessen Regime sich die Greueltaten der verschiedenen Offiziersbanden häuften, straflos erlauben durfte, gegen den „weißen Terror" der Aera Bethlen einen parlamentarischen Gemütsfeldzug zu führen, daß nun Haller, der gewesene Unterrichtsminister im Zeichen

Digitized by Google

antisemitischer Verhetzungen, mit den Blutrünstigsten zusammen unter scheindemokratischen Losungen gegen das neue Regierungssystem anrennt, und daß der aus der Mordaffäre Tisza heil hervorgegangene Intrigantenchef Friedrich wieder an Einfluß gewinnt.

In der Tat ist die politische Physiognomie Ungarns mit Bethlens Antritt kaum leichter geworden. Aeußerlich hat sich stellenweise ein Prozeß der sogenannten „Konsolidierung" vollzogen, die sich durch das reinlichere Aussehen der Hauptstadt, durch einen geregelteren Verkehrsplan und vor allem durch eine langsame Festigung der Sicherheitszustände im Lande offenbart. Noch ergibt es sich zwar, daß der übel beleumundete Oberstleutnant Prónay einen Kaufmann, der Geschäfte für ihn nicht in seinem Sinne abwickelt, unflätig beschimpft und eigenmächtig einkerkert, hierfür bloß mit einigen Tagen Zimmerarrest geahndet wird, um gleich darauf wieder froh an der „westungarischen Front" zu hausen. Noch sickern trotz der gestrengen Pressezensur Nachrichten über politisch gefärbte Bluttaten in der Provinz durch. Aber solche „Atrozitäten" — wie sie amtlich heißen — sind nur noch ein episodenartiger Nachhall. Man kann heute in Ungarn mit den hierzu erforderlichen Mitteln wieder sehr sicher und üppig leben, und das, was sich an der Reaktion als dauerhaft erwies, erstreckt sich nicht mehr auf Straßen und Lokale.

Hingegen haben sich im Politischen und im Justizwesen die mit dem Niederringen des bolschewistischen Putsches von Béla Kun und Genossen begründeten reaktionären Methoden versteift. Die Regierung muß sich ihrer bedienen, denn sie sind der feste Punkt im Knäuel auseinanderstrebender Sonderinteressen. Sie erretten ebenso vom Chaos, wie sie nach innen verbitternd und nach außen isolierend wirken. Man braucht die Pressezensur mehr als Abwehr gegen die besonderen „christlich-nationalen" Gruppen und Grüppchen, als gegen die spärlichen Ueberreste der sozialistisch-kommunistischen Herrlichkeit. Der Prozeß Tisza entpuppt sich mit seinem fingierten Beweismaterial und seinem mutwillig herbeigezerrten Angeklagten als ein ins Kriminalistische verschobener Entscheidungskampf des Parteiflügels Friedrich und derer im Lager des Reichsverwesers Horthy, und fällt mit der Zurückziehung der Anklage gegen Friedrich in sich zusammen. Der geplante und gescheiterte Hochverratsprozeß gegen die Exponenten der Regierung Károlyi richtet sich gegen die Unbequemen der gegenwärtigen Politik — und solche Wahrnehmungen sind möglich in allen Kundgebungen der öffentlichen Gewalt. Das Denunzieren und Prozessieren unter dem Vorwand kommunistischer Delikte nimmt kein Ende und die Säuberungsaktion gegen die semitische Rasseneinwirkung dauert fort, — in Wirklichkeit aber handelt es sich bereits um ganz andere Energien, die sich hinter den Kulissen entladen. Der noch immer virulente „Legitimismus" — wie die Agitation der Karl-Anhänger sich nennt — tobt gegen

Digitized by Google

die Wortführer anderer Königskandidaten, gegen die sich zumeist aus kalvinistischen Kreisen rekrutierende Gruppe der freien Königswahl und gegen eine verborgene und verpönte Fraktion der Republikaner. In dieses Konzert mengt sich das Wehgeschrei wegen der neuen Teuerungswelle, der permanenten Wohnungsnot, verschärft durch den stetigen Zuzug von Flüchtlingen aus den besetzten Gebieten — den der Regierungseifer mit patriotischen Schlagwörtern erst guthieß und nun zurückzuhalten sucht — und die Lage des Kabinetts Bethlen wird in diesem Streit aller gegen alle tagtäglich prekärer, ohne daß Aussicht vorhanden wäre, der Verwirrung auf autoritativer Grundlage Herr zu werden.

Der Hauptgrund der innerpolitischen Dauerverwicklungen liegt in der Unmoral des Parteiwesens. Die zu den letzten Wahlen sozusagen allein zugelassenen beiden Hauptparteien sind beileibe nicht das, was sie vorzugeben versuchen. Die „christlich-nationale Einigung" wurde aus den heterogensten Elementen als ein konjunkturfester wirtschaftlicher Schutz- und Trutzverband gegründet. Nachdem nun die Mitglieder dieser Einigung den wirtschaftlichen Umschaltungsprozeß nach eigenem Rezept vollzogen und die Aemter unter sich aufgeteilt hatten, verschlug die Kampftaktik nach innen. Der Form nach noch immer als Einheitspartei bestehend, weist heute der „christlich-nationale Kurs" im eigenen Lager mehrere feindliche Interessentengruppen auf, und für die veränderten Zeiten ist nichts bezeichnender, als daß das führende Preßorgan der Christlich-Nationalen, der „Uj Nemzedék", der antisemitisch-antidemokratischen Parteiideologie der Gründungstage nun offen den Krieg erklärt. Die Partei der „Kleinagrarier" aber, ursprünglich mit einem ausgesprochen kleinagrarischen Programm und mit der Devise einer einschneidenden Bodenreform gebildet, ist ebenfalls zu einem teilweise großagrarischen, teilweise sogar reaktionären Zwittergebilde gediehen, in dem viel gehadert wird, derart, daß die Bodenreformfrage einmütig ad acta gelegt wurde. Die intensivsten Wellen der Korruption fluten aus den Reihen dieser Partei empor, und wenn der Privatsekretär des Ackerbauministers als das Haupt der Ausfuhrpanamisten verhaftet wurde, so spielt zwar hierbei der Eifer entlarvungsfroher Gesinnungsgenossen aus dem anderen Lager die Hauptrolle, aber auch auf die Machenschaften innerhalb der sogenannten „Bauernpartei" fällt ein grelles Licht.

Hinter solchen zweifelhaften Gruppierungskünsten steckt letzten Endes der Einfluß jener verschiedenen, oft gegeneinander wirkenden Ententegruppen, die in Budapest forscher als anderswo ihr Spielchen treiben. Der wirtschaftliche und politische Einfluß, den die Entente im Südosten um jeden Preis gewinnen will, und die widerspruchsvolle Art, auf die sie ihn anstrebt, hat zu jenen dauernden Widersprüchen in Ungarns innerer Politik geführt, und dies um so eher, da in Ungarn der Widerstand von seiten einer überparteilichen, nur-patriotischen Verlötungsschicht von allen unterlegenen

Digitized by Google

Staaten verhältnismäßig am geringsten fühlbar ist. Aufs schroffste tritt diese aufwühlende Einwirkung von außen in der westungarischen Frage zutage.

Ueber den rechtlichen Teil der westungarischen Gebietsentscheidung sind Meinungsverschiedenheiten erlaubt, und es darf nicht wundernehmen, wenn die Art der Lösung dieses Problems zwischen Deutschösterreichern und Ungarn einige Gemütsbrechen schlägt. Das allein Wesentliche im gegenwärtigen Moment ist jedoch, daß es sich um ein Siegerdiktat handelt, dem sich die Benachteiligten, wie sie es doch in jedem Belange getan haben, widerstandslos fügen müßten. Wozu also der bewaffnete Lärm im Oedenburger Rayon? Will Rumpfungarn der Kleinen und Großen Entente mit einem Male aus eigenen Kräften ein Schnippchen schlagen?

Es bedarf keines besonderen Scharfblicks, um wahrzunehmen, daß es partielle Ententeinteressen sind, die im Burgenland magyarische Banden gegen den „einmütigen Ententebeschluß" aufmarschieren lassen. Schon seit langem reut es den französischen Chauvinismus, das „anschlußbegierige" Deutschösterreich um diesen Gebietsstreifen bereichert zu haben. Und nun rückt an Ententeabgeordneten und -journalisten plötzlich so mancher, der im Dienste einer deutschfeindlichen Donaubundpolitik steht, in Ungarn ein. Führende französische Blätter entsenden ihre Berichterstatter nach Westungarn und lassen sich über Leiden und Heldentaten des „ritterlichen Magyarenvolkes" berichten. Lord Newton, der Befürworter von Ungarns Sache im englischen Parlament, hält just zur Zeit der größten westungarischen Verwicklung einen Triumphzug durch alle Gaue Ungarns. Und auf einmal steht auch der „Legitimismus" wieder höher im Kurs, die Terrortruppe der „erwachenden Magyaren" tut sich in Budapest — wie stets, wenn in der Außenpolitik etwas Entscheidendes vorgeht — mit neuen Affichen und Prügeleien hervor, die habsburgischen Propagandaoffiziere im Zeichen des arg aufgebauschten „weißen Terrors": Prónay, Héjjas und Ostenburg, wirken an der „westungarischen Front", und auch Exministerpräsident Stephan Friedrich soll dort weilen, der zwar für keinen Habsburgeranhänger gilt, dafür aber für einen „Deutschenfreund", wie sich der eroberungssüchtigste Teil der französischen Rechten keinen besseren wünschen kann.

Schon etliche Male betonte Friedrich in der ungarischen Nationalversammlung, daß sich Ungarn nur durch einen engeren Anschluß an das Deutsche Reich aus dem gegenwärtigen Chaos erretten könne. Wie dieser Anschluß aussehen mag, hiervon kann man sich ungefähr aus jenen Berichten ein Bild machen, die während der letzten Wochen in der ungarischen Presse über ein „bayerisch-österreichisch-ungarisches Zusammengehen" lanciert wurden, um erst jetzt, nach endgültiger Lösung der bayerischen Kabinettskrise, zum Stillstand zu kommen. Auch verdient das Gerücht Erwähnung, daß an Seite

Digitized by Google

der ungarischen Kämpfer „alldeutsche Offiziere" teilgenommen haben. Diese Verquickung von französischer, separatistischer und alldeutscher Politik im westungarischen Winkel gibt nun doch zu denken.

Wenn im Zustande höchster Versteifung nun just Herr Benesch intervenieren soll, so entbehrt dieser Umstand nicht eines ironischen Beigeschmacks. Von allen Feinden ist der Tscheche dem Ungarn am meisten verhaßt; den Wegfall der Slowakei empfindet ungarischer Nationalehrgeiz als die schreiendste Ungerechtigkeit. Und doch verstand es bisher die tschechische Diplomatie am meisten, wirtschaftlich und politisch die ungarischen Geschicke in ihr Schlepptau zu nehmen. Sie verstand es, während Ungarns Außenpolitiker nun schon geneigt wären, den alten Nationalitätenstaat in der Form einer „ungarischen Schweiz" wieder zu verwirklichen — ein Projekt, dessentwegen der Sozialreformer Jászi seinerzeit fast gesteinigt wurde —, und während die Idee einer rumänisch-ungarischen Personalunion immer wieder auftaucht, von der man sich Siebenbürgens Befreiung und Ungarns wirtschaftliche Aufrichtung erhofft. Solchen und ähnlichen Entwürfen gilt die talentierte Grenzwacht des Herrn Benesch: er gewinnt Rumänien der Kleinen Entente, trifft mit Ungarn wirtschaftliche Konventionen und läßt Prag in der Grenzstreitigkeit zwischen der Wiener und Budapester Regierung entscheiden.

Jona, der Prophet

Ein Schnörkel zur Bibelkritik. Von J. Hobrecht

Und der Herr sprach: Dich jammert des Baumes, daran Du nicht gearbeit hast und hast ihn nicht aufgezogen, der in einer Nacht ward und in einer Nacht verdarb. Und mich sollte nicht jammern Ninives, solcher großen Stadt, in der sind viele hunderttausend Menschen, auch solche, die nicht wissen Unterschied, was rechts oder links ist, dazu auch viele Tiere? (Jona 4, 10; 11)

Die Erlebnisse des Propheten Jona gehören zu dem bekanntesten Teile der Bibelerzählungen. Mancher, der seit Schulzeittagen im Drange der Alltagsgeschäfte nicht mehr Zeit oder Stimmung gefunden hat, die Heilige Schrift zur Hand zu nehmen, bewahrt gerade diesem „kleinen" Propheten ein freundliches Gedenken. Nicht etwa seiner Lehre wegen, denn Lehren haften schlecht im Gedächtnis, und zudem ist Jona ein Prophet, der selbst gar nichts lehrt, der nur dazu da ist, eine Lehre hinzunehmen. Aber bis es so weit kommt, erlebt er Abenteuer über Abenteuer, und diese Erlebnisse sind es, die ihm einen Platz im Schrein der Erinnerung sichern, wie er größeren Propheten nicht immer beschieden ist. Wer kennt nicht die amüsante Geschichte vom großen Fisch, der den von geängstigten Seeleuten über Bord geworfenen Jona verschluckt und ihn nach drei Tagen und Nächten

Digitized by Google

wohlbehalten ans Land speit? Wer hat nicht schon Scheffels feuchtfröhliches Lied gesungen, in dem das Meerungeheuer zum Wirtshausschild umgedeutet und das Ausspeien als der durch den Hausknecht aus Nubierland vollzogene Hinauswurf des zahlungsunfähigen Propheten travestiert wird? Kein Wunder, daß soviel Spaßhaftigkeit das Gedächtnis frisch erhält. Freilich nur das Gedächtnis an die spaßhaften Dinge selbst. Was es im übrigen mit Jona auf sich hat, wissen die meisten nicht mehr. Allenfalls erinnert sich der eine oder andere, der schon auf der Schulbank ein Skeptiker war, an das drollig-verlegene Gesicht seines Religionslehrers, mit dem dieser die phantastische Geschichte erläutert und gleichzeitig in den für Bibelkunde nun einmal unerläßlichen Ernst überzuleiten versucht hat. Er hat es zumeist wohl in der Weise versucht, daß er vorgetragen hat, es handele sich um sinnbildliche Vorgänge, die man in unserer Zeit vorgeschrittener Erkenntnis nicht mehr wörtlich zu nehmen brauche, die aber in den wundergläubigen Tagen der Entstehung der alten Schrift willig als Zeugnisse göttlicher Allmacht hingenommen worden seien.

Ich glaube, daß man dem Autor und auch den zeitgenössischen Lesern der Jona-Geschichte mit dieser Auffassung unrecht tut. Das Buch Jona ist, wie auch das Buch Ruth, entstanden zu der Zeit, als Esra und Nehemia die aus der babylonischen Gefangenschaft in die alte Heimat entlassenen Juden mit denen, die nach der Zerstörung Jerusalems dort zurückgeblieben waren, durch genossenschaftliche und priesterliche Strenge zur blutreinen nationalen Einheit zusammenzuschweißen versuchten. Beide Bücher sind Schriften der Auflehnung, des Protestes gegen den engherzigen „völkischen" Geist des Priesters und des Verwaltungsbeamten, gegen den Geist der Ueberhebung, der jeden anderen Stamm als minderwertig und unrein ansah, der fanatisch über reales Menschentum hinwegschritt, um zu dem Ideal der nationalen Geschlossenheit vorzudringen. Die wenigen Juden, die nach der gründlichen Zerstörungsarbeit Nebukadnezars im Lande geblieben waren, hatten Frauen aus den umwohnenden Stämmen genommen, hatten mit ihnen Kinder gezeugt. Die ersten Siedler, die nach des Kyros Befreiungswort aus Babylon zurückgekehrt waren, hatten das gleiche getan. Da sandten die Juden, die zwar selbst in Babylon zurückgeblieben waren, aber — gleich unseren „theoretischen" Zionisten — aus behaglicher Ferne sich für das harte Siedlungswerk lebhaft interessierten, ihnen zwei Männer, die in nationaler und religiöser Hinsicht zuverlässig genug erschienen, um „Ordnung zu schaffen". Esra und Nehemia rechtfertigten das in sie gesetzte Vertrauen. Mit eisernem Besen kehrten sie aus, was ihnen von ihrem jüdischvölkischen Standpunkt als Unrat und Schmach erschien. Und die Siedler beugten sich dem Spruch der überlegenen Organisatoren. Mitleidlos wurden die „fremden" Weiber davongejagt, wurden die Kinder und Enkel, die aus Mischehen hervorgegangen waren, aus der Gemeinschaft

Digitized by Google

ausgestoßen. Besondere Ausschüsse überwachten die strenge Durchführung der „im Nationalinteresse gebotenen" Maßregel. Die Durchführung gelang; das Vaterland war gerettet. Und die Zionisten in Babylon waren gewiß von der Tüchtigkeit ihrer Abgesandten durchaus befriedigt. In gehobener Stimmung betrieben sie weiter ihre einträglichen Geschäfte — in Babylon.

Aber nicht alle machten sich ohne Widerspruch den völkischen Wahn zu eigen, der in dem blutreinen Juden die Krone der Schöpfung und in den „Völkern" nur eine minderwertige Erscheinungsform der Gattung Mensch sah. Einzelne beherzte Männer erhoben ihre Stimmen zum Protest. Zwei solche Protestschriften sind uns überkommen, beide geschaffen von echten Dichtern, die wohl nicht geahnt haben, daß ihre Werke einmal in dem gleichen Lehrbuch neben den Taten Esras und Nehemias im Tempel aufbewahrt werden würden, übergoldet von dem gleichen Schimmer der Heiligkeit.

Der eine schuf eine einfache Dorfgeschichte, ein Idyll, dessen schlichte Schönheit uns noch heute das Wasser in die Augen treibt. Kein scharfes, polemisches Wort geißelt die Zeloten des Nationalgedankens. Nur eine Zeile des Ausklangs läßt ahnen, warum dieses Buch geschrieben ward, die Zeile, in der gezeigt wird, daß auch der gefeierte Nationalheld, daß auch König David der Abkömmling einer „Fremden" war, ein Urenkel der Moabitin Ruth, die durch ihre bescheidene Anmut das Herz des jüdischen Großbauern Boas gewann.

Der zweite Dichter geht schärfer ins Zeug. Auch er erzählt nur schlicht und ohne große Worte eine Geschichte. Aber seine Erzählung quillt über von boshafter Ironie, von ätzender Satire, von jener Art der Lustigkeit, die aus heiligem Zorn geboren ist. Und ich möchte wohl den Ausdruck seiner Züge sehen, wenn er vom Himmel herniederschaut und wahrnimmt, daß dies Werk seines phantastischen und bitteren Humors heute in der Bibel steht, dicht neben Esra und Nehemia. Ich möchte ihn mit verstehendem Lächeln grüßen, den närrischen und doch so ernsten Dichter des Buches von Jona, dem Propheten.

In der Tat, man tut dem Dichter unrecht, wenn man den Humor dieses Buches für unfreiwillig hält, wenn man meint, ihn mit der geistigen Rückständigkeit der Entstehungszeit erklären zu müssen. Der Mann, der dies geschrieben hat, wußte genau, was er schrieb, warum er es so und nicht anders schrieb. Jedes Wort ist aus wohlbedachter künstlerischer Absicht gewählt, jedes der komischen und unglaublichen Geschehnisse aus gutem Grunde erfunden. Und auch das Verständnis der zeitgenössischen Leser sollte man nicht unterschätzen. Sie saßen noch meist in dem hochkultivierten Babylon oder waren gerade erst von dort ausgewandert. Sollten wirklich, bei allem echten Glauben an die Allmacht ihres Gottes, viele von diesen Leuten es für

Digitized by Google

möglich gehalten haben, daß ein Mensch drei Tage und Nächte im Bauche eines Fisches mit Gebeten verbringen, daß ein schattenspendender Wunderbaum in einer Nacht aus dem Nichts heraus wachsen und durch den Stich eines Wurmes über Nacht wieder verdorren könne? Sie haben es nicht geglaubt und kein Mensch hat ihnen ernstlich zugemutet, es zu glauben, am wenigsten der Verfasser dieser abenteuerlichen Geschichte. Er wußte sehr wohl, was er tat, indem er aus dem unerschöpflichen Schatz orientalischer Wunder- und Seemannsmärchen ein paar besonders unglaubliche heraushob und mit dem Namen irgendeines verschollenen Propheten verknüpfte. Er wußte sehr wohl, daß er mit dieser bunten Phantastik die Aufmerksamkeit des Lesers besser fesselte, als mit einer trockenen Predigt, daß er nur auf diese Weise den Leser zum Mitgehen bringen und unmerklich dahin führen konnte, wohin er ihn haben wollte, zu der erschütternden Lehre des Ausklangs.

Das Buch Jona ist, rein künstlerisch betrachtet, ein Meisterwerk. Es ist mit staunenswerter Präzision und Geschlossenheit auf die Pointe hin gearbeitet, und diese Pointe wirkt gerade durch die bei aller Kürze des Ganzen umständliche und weit ausholende Einleitung um so schlagender. Wir modernen Leser denken unwillkürlich an manche in der künstlerischen Technik ganz ähnlichen Werke unserer Zeit, etwa an die Skizzen von Anatole France „Der Prokurator von Judäa". Daß unmittelbar nach der Pointe die Erzählung abbricht, daß auf die Pointe das „Tableau" folgt, ist der untrügliche Beweis dafür, daß die Absicht des Verfassers nur auf die Herausarbeitung dieser Pointe ging.

Aber nicht nur in der zielsicheren Geschlossenheit des Aufbaues liegt der künstlerische Reiz des Werkes. Auch die phantastische Einleitung ist in jeder Einzelheit bewunderungswert. Man betrachte nur die Hauptgestalt selbst, die mit verblüffender Lebenswahrheit gezeichnet wird. Ist er nicht köstlich, dieser kleine Prophet, dem sein großer Gott zu weichmütig, zu inkonsequent ist? Er steht zu dem Herrn wie ein übereifriger Untergebener, der, über seinen Auftrag hinausgehend, von Anfang an mit den schärfsten Maßregeln droht und dann tief beleidigt ist, wenn der überlegene Geist des Vorgesetzten die Dinge ruhiger ansieht. Ist nicht jeder von uns diesem Mann schon einmal in Amtszimmern und Kontoren, in einer Feldwebelschreibstube begegnet? Und haben wir dann nicht genau so gelächelt, wenn der aufgeregte Mensch sich irgendwo festgerannt hatte, wie wir lächeln, wenn Jona, der zornwütige Prophet, im Bauche des Fisches unbehagliche Tage verlebt oder wenn ihm unter dem entblätterten Wunderbaum die Sonne auf den Schädel brennt? Der Humor, der in diesen Erlebnissen des blamierten Propheten steckt, kommt um so wirksamer zur Geltung, je schlichter die grotesken Vorgänge erzählt sind, je selbstverständlicher uns das Unmögliche als Tatsache vorgetragen wird, je weniger aufdringlich der Stil der echten Propheten parodiert ist. Denn wenn wir genau hin-

Digitized by Google

schauen, erkennen wir, daß gerade diejenigen Sätze rein parodistisch sind, die noch heute von schriftfrommen Lesern häufig ganz ernst genommen werden, das schwülstige Gebet im Bauche des Fisches, die Hervorhebung der Langmut Gottes im Schlußkapitel, die ja in Jonas Munde kein Lob, sondern ein Vorwurf ist, und sogar der berühmte Satz: „Ein Hebräer bin ich und fürchte den Herrn, den Gott des Himmels, der das Meer und das Trockene geschaffen hat". Denn dieser hochtrabende Satz wird ja gesprochen von einem Manne, der soeben erst fahnenflüchtig geworden ist vor „dem Herrn, den er fürchtet", fahnenflüchtig, weil er seinem Gotte die Konsequenz nicht zutraut, wirklich so streng zu sein, wie er selbst, der Prophet, an Gottes Stelle es sein würde.

Und gerade, weil die einleitende Anekdote bis in jedes Wort hinein mit Humor und Ironie gewürzt ist, wirkt die Pointe um so stärker. Die Pointe, die ganz plötzlich und unerwartet nach allen spaßhaften Umschweifen den heiligen, bitteren Ernst hervorkehrt. Einem Scheinwerfer gleich bestrahlt sie mit grellstem Licht eine Seite der Dinge, die vorher unbeachtet im Dunklen lag, die der Leser niemals in solcher Klarheit hätte wahrnehmen können, wenn die Wirkung des Kontrastes nicht den Scheinwerfer eingeschaltet hätte. Die eifervolle, auf die Macht seines Nationalgottes pochende Eitelkeit des kleinen Propheten versinkt ins Dunkel. Und riesengroß, von blendendem Licht übergossen, tritt der Gott hervor. Der gewaltige Gott, der wahre Schöpfer des Meeres und des Trockenen, der sich seiner Güte nicht zu schämen braucht, der mit verstehender und verzeihender Liebe Menschen jeden Blutes umfaßt, der in aller seiner ehrfurchtgebietenden Größe selbst Ehrfurcht hat vor der lebensfreudigen Unschuld der Kinder und sogar vor dem dumpfen Lebenswillen der Tiere, der auch in dem Tiere sein eigenes Geschöpf, das von dem Schöpfer geliebte Gottesgeschöpf sieht, wie in dem Menschen, wie in dem reinblütigen Juden. Erschütternd hebt sich aus der phantastischen Schnurre das wahre Wesen der Gottheit empor, der Gottheit, die nichts weiß von völkischer Enge und blutstolzem Uebermut, der Gottheit, die gerade in der weichen Menschlichkeit ihres Empfindens erst das wird, was der kleine Prophet durch die Forderung unmenschlicher Härte aus ihr machen wollte, ein allmächtiger Geist, der die Welt in sich trägt und beherrscht.

Das Buch Jona ist ein Buch der Menschlichkeit. Einer Menschlichkeit, die weit hinausgreift über den beschränkten Stammesgeist der Entstehungszeit, die hinausgreift um ein halbes Jahrtausend in die Zeit, da wieder einmal ein einfacher Mensch den Versuch wagte, aus dem national-religiösen Formelwesen die Heilsbotschaft der Nächstenliebe herauszuschälen.

Wirkungslos verhallt ist das Wort des Propheten, nicht des kleinen Propheten Jona, sondern des großen Propheten, der die lächerliche und doch tiefernste Geschichte von Jona schrieb. Das Wort des anderen, der

Digitized by Google

nach ihm kam, ist über den Erdkreis erklungen, aber bald hat auch hier das Gestrüpp der Dogmatik den Keim der Liebe erstickt. Esra und Nehemia befehlen und eifern heute in Christi Namen, wie sie einstmals in Jahwes Namen eiferten und befahlen. Der Stamm, um dessen Blutreinheit einst die Menschlichkeit mit Füßen getreten wurde, wird heute selbst mit Füßen getreten um der Blutreinheit anderer Stämme willen. Aber das Buch von dem Propheten Jona steht in der Bibel, und die Schulkinder mit den Hakenkreuzen der „Deutschvölkischen" oder den Davidssternen der „Jüdischnationalen" im Knopfloch lernen noch heute den Spruch, daß Gott gnädig, barmherzig, langmütig und von großer Güte sei. „Und das ist der Humor davon."

Christen und Juden, Deutschvölkische und Jüdischnationale, lest das Buch von Jona, dem Propheten!

Neuerscheinungen

Dr. **Wilhelm Spickernagel:** Fürst Bülow. Alsterverlag Hamburg. 264 S. Dies Buch ist in seinem literar-historischen Charakter sehr uneinheitlich, da biographisches Darstellung mit pragmatischer Schilderung und unbearbeitetem Rohstoff etwas bunt wechseln. In der Tendenz ist es darauf abgestellt, Bülows auswärtige und innere Politik gegenüber Kritikern wie Haller und teilweise Hamann zu verteidigen; die Grundlinien zeigt der Fürst ja selber in seinem Werk über die „Deutsche Politik". Spickernagel gibt wesentlich seine Kommentierung. Zur Verfügung standen ihm an neuem Material Aufzeichnungen des verstorbenen Abgeordneten Bassermann und der Briefwechsel der beiden Männer; einige der Bülowschen Briefe sind durch ihr Urteil wichtig, während Bassermann nicht gerade sehr erheblich wirkt. Von größtem Interesse sind die Briefe des deutschen Militärattachés in Rom, v. Schweinitz, aus der kritischen Zeit in Rom, Herbst 1914 bis Frühsommer 1915; sie geben ein ebenso anschauliches als temperamentvoll geschriebenes Bild der Entwicklung der italienischen Politik, die zum Eintritt Roms in den Krieg führte. Th. H.

Matthias Gelzer: Cäsar, der Politiker und der Staatsmann. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart. 234 S. Geb. 32.— Mk.

Im Rahmen ihrer „Politischen Bibliothek" hatte die Deutsche Verlagsanstalt, neben den Denkwürdigkeiten und Sachdarstellungen, eine Reihe *politischer* Biographien geplant, d. h. Lebensbeschreibungen, in denen das bloße Material untergeordnet sein sollte der Herausarbeitung der spezifisch politischen Motive und Mittel. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Schriftenreihe höchst verdienstvoll sein könnte; in das rein Biographische würde ein bestimmtes Tempo eingeschaltet, die Problemstellung vereinfacht und verdeutlicht, die Gefahr dabei könnte werden, daß in die Wissenschaft eine besondere „Tendenz" sich einschleichen wollte. Ob der Plan in seiner ursprünglichen Anlage durchgeführt werden wird, wissen wir nicht; Onckens unübertroffenes Lassalle-Buch könnte in seiner neuen Bearbeitung als ein Stück der Reihe gelten. Es mußte nun reizvoll sein, nicht nur unsere Zeitläufte und Probleme zu umfassen, und in solchem Betracht ist die politische Biographie von Gajus Julius Cäsar zu begrüßen. Sie ist vielleicht in der Entfaltung der Zeitumstände, des staatsrechtlichen

Digitized by Google

Verfalls, in den Cäsars Wirken fällt, nicht durchsichtig genug; man muß sich die komplizierte Maschinerie des klassischen Republikanismus des alten Roms erst wieder anderwärts ins Gedächtnis rufen, um seine Dekadenz in der Ära des Sulla und Marius sich ganz zu vergegenwärtigen. Dann aber, sobald Cäsar selber als politischer Spieler auf den Schauplatz getreten ist, gruppieren sich die flüssigen Tendenzen der Zeit um seinen eindeutigen, ebenso kühnen als vorsichtigen, so tapferen als verschlagenen Machtwillen. Dieser Machtwille, der sich gegen die traditionelle Politik der Optimaten richtet und die Plebs als Bundesgenossen gegen die Koterien des Senats benutzt, ist zugleich instinktmäßiger Umformer der Stadtrepublik in das Weltreich. Das ist das Eindrucksvolle an Gelzers Darstellung, daß Cäsar, indem er mit Gewalt und Schmeichelei, mit Zähigkeit und Intrigue seine Machtposition sichert, erweitert, als der Vollstrecker einer außenpolitischen Notwendigkeit erscheint. Er zieht die politischen Konsequenzen eines Imperialismus, der wirtschaftlich entstanden und gedacht war. Es handelt sich nicht darum, festzustellen, wie das Staatsmännische und Militärische, das Demagogische und die überlegene Verwaltungstechnik sich in diesem Mann begegnen — sondern nur eben dies herauszuheben, wie der Motor des politischen Willens zur Macht alle Mittel unterwirft und lenkt. Und daß die Kühnheit des persönlichen Einsatzes ein Stück der politischen Genialität ist, wie bei Friedrich und Napoleon. Ob man von Cäsars Glück reden soll? Er hatte reichlich viel Unglück und schließlich war sein Ende auch keine Bekrönung — aber er hatte Mut und Glauben. Dies Buch zu lesen, das in einer lebhaften Sprache geschrieben ist, bringt mehr als Schulerinnerungen und archivarische Vergnügung. Th. H.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9954. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang * 15. Oktober 1921 * Heft 42

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik
Herausgeber:
Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Das „Billardspielen auf stürmischer See" ist offenbar eine Beschäftigung, von der die Schiffsgäste nach einiger Zeit Abstand nehmen. Lloyd George in seiner kühnen Sprachkraft vergleicht mit solchem Tun die Versuche der gegenwärtigen Staatsmänner. Das Auf und Ab, das Hin und Her, in dem das Schiff stampft und rollt, ist der unberechenbare Wogengang der europäischen Valuten. Während es in den Börsen brandet, ist die amerikanische und englische Wirtschaft von tiefer Ebbe bedroht, der Sieg rächt seinen Mißbrauch. Rächt ihn auch an Frankreich. Briand hat, ähnlich wie Lloyd George, illustriert, wie sich das deutsche Finanzproblem vor dem Wechsel der Valuten abhebt. Aber er zieht keine Folgerungen. Das, was er der Clemenceau-Gruppe zu sagen hat, heißt: Euer Vertrag ist Verbandsarbeit, durch ihn sind wir an den Verband gefesselt, der Verband muß erhalten werden, wir sind unfrei. Was aber würde er tun, wenn er frei wäre. Dies sagt er nicht. Währenddem zieht sich über Oberschlesien ein neues Unwetter zusammen — sollten sich die Andeutungen über die Zerreißung des Industriegebiets bewahrheiten, so gerät das so willig belobigte Kabinett Wirth in die schwerste Krise und das mühsame Werk von Wiesbaden fliegt in die Luft.

*

Die Deutschen, heißt es, besitzen kein Talent zur auswärtigen Politik. Aber sie haben offenbar Freude an deren Methoden, und um in der Technik sicher zu werden, üben sie diese im Inneren durch. Oder wie soll man sich sonst das Bild klarmachen, das gegenwärtig Abklang, Vorklang einer Regierungsumbildung zeigt? Es ist der regelrechte feierliche Notenwechsel zwischen befreundeten und gegnerischen Staaten, mit aller Würde, Schwerfälligkeit, mit den Fragen, auf die man die Antwort schon weiß: kurz mit allem, was dazu gehört. Gehört es aber auch dazu? Regierungen bestehen aus Männern und nicht aus Fallstricken, die mit

Digitized by Google

Buchstaben gewebt sind. Man mag nur hoffen, daß dies ganze, ein bißchen groteske Zwischenspiel der „Sicherungen" vorbei ist, wenn die Berliner Stadtverordnetenwahlen vorbei sind. Denn da liegt der Hund begraben, der rechts und links die Angst vor der eigenen Courage verursachte.

*

Dr. Rudolf Steiner, der nicht nur die gesamte Geisteswissenschaft auf einen neuen Boden stellt, sondern auch unfehlbar wirkende Rezepte für die Umbildung der sozialen Struktur in seinem Warenhaus für Menschheitserlösung A.G. anbietet, ist auf den Einfall gekommen, in die aktive Politik, in das deutsch-französische Verhältnis einzugreifen. Einem französischen Journalisten, dem Herrn Sauerwein, hat er aus den Erinnerungen des Generalfeldmarschalls Moltke Bruchstücke zum Besten gegeben, aber in einer Weise, die höchst verwirrend und verunklarend wirkt, indem Wahres mit Falschem gemischt ist. Wozu das Ganze? Und im gegenwärtigen Augenblick? Manche seiner Anhänger empfehlen ihn immerzu als den rettenden Mann — rächt er sich an der Geschichte, daß sie ihm Deutschlands Rettung nicht überantwortete? Will er Moltke „rechtfertigen", der niemanden heute beschäftigt, und dessen Gedächtnis mit der Veröffentlichung in Paris ein schlimmer Streich gespielt wurde? Soll der „deutsche Militarismus" belastet werden, oder was ist der Zweck der Uebung? Mitzuteilen, daß in einer der Westfront-Studien Schlieffens und seiner Schüler der Durchmarsch durch den holländischen Maastricht-Zipfel vorgesehen war? Hoffentlich hat Steiners Enthüllung nicht den Erfolg, die holländische Oeffentlichkeit zu erregen; diese strategische Studie ist schon bald zehn Jahre vor dem Krieg durch den Einspruch des Kanzlers als im Ernstfall indiskutabel völlig außer Betracht gekommen.

*

Hat denn der General Ludendorff gar keine Freunde mehr? Es ist doch sonst so munter bewegt in seiner Umgebung. Denn es ist Zeit, daß ihm einer sagt, daß diese ewigen Interviews an Entente-Journalisten, in denen er Deutschland als den Landsknecht gegen Rußland zur Verfügung stellt, nicht nur auf die Dauer peinlich und würdelos wirken, sondern auch dumm und gefährlich. Um den politischen Inlandskredit des Generals machen wir uns keine Sorge; den mag er selber verwalten. Aber eine mißtrauende Welt wird seine Romantik als die Sprache eines Teiles von Deutschland werten. Und davor möchten wir doch bewahrt bleiben. Wer sagt ihm, daß er auch sich selber einiges schuldig ist?

Digitized by Google

Bismarcks Vermächtnis

Betrachtungen zum dritten Band von Prof. Dr. Willy Andreas, (Rostock)

Nur mit tiefer Beklommenheit können die Söhne und Enkel, denen Bismarck seinen dritten Band zugeeignet hat, diese Widmung lesen. Die Schatten unseres Unglücks liegen auf ihr. Selbst Bismarcks eigenes Schicksal verblaßt manchmal vor der grauenvollen Wahrheit seiner Ahnungen. Unter seine bittersten Worte hat die Geschichte ihr ehernes Siegel gedrückt.

Das Buch ist bald nach der Entlassung in Friedrichsruh entstanden. Recht widerstrebend hat sich Bismarck zur Niederschrift seiner Gedanken und Erinnerungen bewegen lassen. Schon die beiden ersten Bände weisen mancherlei Sprünge und Nähte auf. Der dritte Band vollends, den Bismarck nicht im selben Maße mehr hat überprüfen und durchfeilen können, ist ein Torso geblieben. Mitten im Schlußkapitel über den Handelsvertrag mit Oesterreich bricht er ab, allerdings mit einigen besonders ausdrucksvollen, gewichtigen Sätzen. Der Aufbau ist ziemlich locker, die innere Geschlossenheit um so stärker. Denn alles kreist um die eine Frage, immer wieder und von allen Seiten beleuchtet Bismarck das eine Erlebnis, das die tiefste Erschütterung seines Daseins ausmacht, die Entlassung und die in alle Zeiten schmachwürdige Form, in der sie von dem jungen Kaiser vollzogen wurde.

Um diese innere Einheit gruppieren sich alle einzelnen Teile, die eigentliche, in gemessenem Ton gehaltene Geschichtserzählung und die geistsprühenden Nebenkapitel, die den Gegnern gewidmet sind. Als solche werden besonders behandelt der Staatssekretär von Boetticher, den Bismarck mit unversöhnlichem Haß, aber übers Ziel hinausschießendem Argwohn verfolgt, ferner der Minister von Herrfurth, dem man bisher nur wenig Beachtung schenkte, aber auch der Großherzog von Baden. Daß Bismarcks Urteil über ihn ungerecht ausgefallen ist, kann man wohl heute schon sagen. Die Verstimmung des Kanzlers gegen ihn war allerdings nicht allgemein bekannt. Man sah das Verhältnis der beiden Männer meist zu sehr im Lichte ihres harmonischen Zusammenarbeitens von Versailles. Ein tiefer Gegensatz war immer vorhanden gewesen, einmal zwischen den ungleichen Persönlichkeiten an sich, dem Preußen Bismarck und dem Süddeutschen Friedrich von Baden, dem konservativen und dem liberalen Staatsmann. Nur der nationale Schwung der Reichsgründungsjahre überbrückte ihn. Später führten die Wege des allmächtigen Kanzlers und des regierenden Herrn, der offenbar zuletzt eine Art Hausmeiertum Bismarcks und seines Sohnes für das verwandte Geschlecht der Hohenzollern fürchtete, auseinander. Eindringlicher als alle diese Angriffe und

Digitized by Google

die Abfertigung des Nachfolgers Caprivi, dessen befremdende Kommis-Auffassung von der Verantwortung seines Kanzleramtes mit überlegenem Spott gebrandmarkt wird, stärker als all diese Peitschenhiebe, womit Gegner wie Stöcker und Waldersee so nebenbei bedacht werden, wirkt die Auseinandersetzung mit dem Kaiser selber. Sie wird wirkungsvoll genug eingeleitet durch das Urteil Kaiser Friedrichs über die bedenklichen Eigenschaften seines Sohnes und dessen eigene unreife Kronprinzenergüsse, namentlich den berüchtigten Entwurf eines Erlasses an die deutschen Fürsten, den der Kanzler kurzerhand zu verbrennen riet. Den Höhepunkt des Buches bildet die zusammenfassende Charakteristik des Kaisers im zehnten Kapitel. Sie kleidet sich ein in eine vergleichende Erörterung über die Vererbung hohenzollernscher Familieneigenschaften, deren beste Wilhelm II. in durchaus ungerechtfertigtem Selbstgefühl glaubte für sich in Anspruch nehmen zu dürfen. Der zweite Band war in die warmherzigen, schönen Schilderungen des alten Kaisers und seines Sohnes Kaiser Friedrich ausgeklungen und hatte schon so stillschweigend zur Kritik des Nachfolgers aufgefordert. Diese Zurückhaltung ist nun vollkommen aufgegeben: die erbarmungslose Charakterzeichnung des dritten Trägers der Krone kommt einer Hinrichtung gleich. Das Schwerste, das über Wilhelm II. hereinbrechen konnte, ist für ihn persönlich nicht der unglückliche Ausgang des Weltkrieges, nicht der Verlust des Thrones, nicht die Abkehr seines Volkes von dem ins Ausland geflüchteten obersten Kriegsherrn, sondern diese *Stimme aus dem Grabe*. Der Historiker, der auch gegenüber der genialen Persönlichkeit Bismarcks das Recht und die Pflicht hat, das Allzumenschliche und die Trübungen der Leidenschaft aufzuzeigen, hat gleichwohl von der Herbheit dieses Urteils *nichts* abzustreichen.

Mehr noch als die beiden vorausgegangenen Bände, die sich zurückhaltender geben, ist dieser dritte Band allerpersönlichstes Bekenntnis. Leidenschaftlich hervorgestoßen, in abgerissenen Bruchstücken, in knirschenden Monologen und verhalten-empörtem Aufruf wendet es sich an das ganze unsichtbare Deutschland, das Bismarck um sich weiß, geteilt in Groll und Liebe. Er trägt Briefe und Protokolle zusammen, um zu beweisen und zu entkräften. Er zergliedert die Seele seiner Gegner, die er mit Spott, manchmal auch mit übertrieben ungerechtem Argwohn überhäuft, und spürt seinen eigenen Empfindungen nach. Er erzählt und grübelt. Da, wo sein Eigenstes durchdringt, ist auch der Stil ganz er selber. Seine Ausdrucksweise ist männlich, knapp, von gedrungener Sachlichkeit, dabei seelisch ganz durchglüht. Wenn er die innere Erregung unter höfisch beherrschten Formen und äußerer Ehrerbietung verbirgt, glaubt man seine hohe höfliche Stimme zu vernehmen. Kristallklar die Sprache! Bisweilen fließt sie in scheinbar unpersönlicher weltmännischer Glätte dahin, dann wieder funkelnd von Bosheit, schneidend und voll blutigem Sarkasmus. An den

Digitized by Google

Höhepunkten, wo der Staatsmann aus der Fülle seiner Erfahrung und Ueberlegenheit spricht, erhebt sie sich zu monumentaler Wucht.

Bismarck ruft in eigenster Sache das Urteil der Nachwelt an, aber er kann und will auch keine unbefangene, reine Geschichtserzählung geben. Er hat eine Streit- und Verteidigungsschrift hinterlassen, eine fortgesetzte große Anklage gegen den Kaiser und die Persönlichkeiten, die Bismarck für seine Entlassung mitverantwortlich macht. Das Buch ist mit Herzblut geschrieben, mit Zorn und Leidenschaft, das Werk eines gestürzten Titanen. Als solches erregt es auch in uns einen Sturm von Empfindungen. Denn letzten Grundes ist unser aller Schicksal in jene gewaltige Tragödie mitverflochten, die sich hier in dramatischer Wucht Akt für Akt vor uns abspielt. Noch aus dem Grabe heraus will der erste Kanzler auf Söhne und Enkel einwirken, will er seine Anschauung durchsetzen, seinen Willen den kommenden Geschlechtern aufprägen. Wie man auch zu diesem großen Genius unseres Volkes innerlich stehe, ein jeder Deutsche muß vor diesem erschütternden Versuch Ehrfurcht haben. Der Verfasser der Gedanken und Erinnerungen ist zugleich ihr Held. Es ist ganz der alte Bismarck, der trotzige Recke aus dem Sachsenwald, der schon zu seinen Lebzeiten von der Sage umwittert und zu einem Mythus seines Volkes geworden war. Ueberlebensgroß steht er da in seinem Grimm, in den vulkanischen Entladungen seiner Leidenschaft, in diesem verzweifelten Aufbäumen einer riesenhaften Kraft, die sich nicht mehr staatsmännisch auswirken kann. Keine Spur von Resignation, von Ergebenheit in sein Schicksal! Er täuscht sich, wenn er immer wieder versichert, nur Pflichtgefühl habe ihm die Beibehaltung der Kanzlerwürde oder zum mindesten die Weiterführung der auswärtigen Politik nahegelegt. Er hing an seinem Amt und wollte weiterherrschen. Das macht ihn nicht kleiner. Person und Sache sind in diesem Fall nicht zu trennen. Sie waren eins. Mit allen Fasern, einer Zähigkeit ohnegleichen, klammerte er sich an den Besitz der Macht, suchte er sie noch festzuhalten, als schon der Boden unter ihm zitterte. Dieser kühle Kenner jeder fürstlichen Laune, dieser harte Menschenverächter konnte mitten in der Krise noch glauben, einen Teil seiner Aemter zu retten. So inbrünstig wünschte er es. Auch in diesem Irrtum liegt etwas wie Größe. Denn ein Kleber war er nicht. In großartigem Selbstbewußtsein setzte er einfach sich und seine Behauptung mit dem Ganzen gleich. In ihm wurde auch sein Lebenswerk an der Wurzel getroffen. Er wußte es. Dieser Mensch war eine Naturgewalt, die sich nicht aus ihrer Bahn werfen lassen will. Sein Kampf um seine Gegenwart war zugleich ein Ringen um die Zukunft seines Volkes. Er bangte um das Reich, das er geschaffen. Noch auf dem Sterbebette betete er um seinen Bestand. Schnöde gestürzt, erhob er noch aus dem Abgrund, in den er geschleudert war, seine Stimme. Die Kraft seiner Ahnungen, die Tiefe seiner Erleuchtungen ist unerhört. Im düsteren Glanz

Digitized by Google

eines Propheten reckt er sich in diesem Buch auf, hält er seine furchtbare Zwiesprache mit dem Kaiser, der ihn entlassen. Der Sieger von damals ist der Besiegte von heute. Das Weltgericht hat gesprochen.

Wir sehen in diesem Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler klar. Ueber seine letzten Ursachen bleibt kaum ein Zweifel. Die ersten Verstimmungen nisteten sich schon in die Seele des Thronfolgers ein, als er seine unreifen Entwürfe von dem alten Kenner der Welt und der deutschen Verhältnisse nicht so eingeschätzt sah, wie es seine Eitelkeit und Empfindlichkeit wünschten. Dem zur Regierung gelangten Herrscher boten sich allmählich immer neue Reibungsflächen dar, woran sich seine Eifersucht, sein überhebliches Selbstgefühl und sein hochgesteigertes Herrscherbewußtsein stießen. An Ohrenbläsern, an Schmeichlern und Hofschranzen fehlte es auch nicht. Sachliche Gegensätze tauchten auf, zuletzt, aber nicht entscheidend, auch eine verschiedene Beurteilung Rußlands, endlich, anknüpfend an den Besuch Windhorsts beim Kanzler, der Streit über die Stellung des Ministerpräsidenten. Vor allem aber traten schon in den gewitterschwangeren Besprechungen und Sitzungen über die Sozialpolitik und das Maß des Entgegenkommens, das man den Arbeitern entgegenzubringen habe, schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und Kanzler auf. Sie erweiterten sich zur Kluft. Unter dem Einfluß berufener und unberufener Ratgeber schlug der Monarch andere Bahnen ein. Der Kanzler warnte, sie zu betreten, und sperrte sich gegen die Ausdehnung des Arbeiterschutzes. Dabei hatte doch gerade er dessen Entwicklung früher durch seine mächtige staatliche Gesetzgebung angebahnt. Nun wollte er es auf sich nehmen, die innere Politik auf Krieg zu stimmen. In dem Halt, das er dem jungen König entgegenrief, enthüllte sich die zeitgeschichtliche Bedingtheit des großen Mannes und vielleicht auch der Starrsinn des Alters. Bismarck wappnete sich, den Arbeitern und der feindlichen Mehrheit des Reichstages mit schroffem Widerstand zu begegnen. Es schien, als ob der alte Löwe in die gewaltsamen Anfänge seiner *ersten* Ministerzeit zurücklenken wolle. Er zeigte sich bereit, das deutsche Kaisertum durch einen Konflikt großen Stils hindurchzuführen wie einstmals das preußische Königtum, diesmal gegen einen unvergleichlich viel stärkeren Feind, dem höchstwahrscheinlich gefährliche Bundesgenossen wie das Zentrum und der ältere Freisinn beigesprungen wären. Am Ende dieses Weges standen als äußerste Möglichkeiten Staatsstreich und Umbildung der Reichsverfassung. Der junge Kaiser versagte sich. Er schreckte davor zurück, seine Regierung möglicherweise mit Blutvergießen zu eröffnen. Ob Bismarck die Dinge wirklich bis zum Aeußersten getrieben hätte, bleibt freilich offen. Denn er war unerschöpflich in Auskünften nud Mitteln. Schließlich bot auch die Partei Windhorsts in ihrer einzigaritgen Biegsamkeit noch die Möglichkeit unversuchter Verbindungen und neuer Lösungen. Man fühlt hier: Bismarck stand an einer Epochen-

Digitized by Google

wende, und es wäre ein zum mindesten äußerst gewagtes Spiel von höchst unsicherem Ausgang gewesen, die neue zukunftsreiche Bewegung der Arbeitermassen mit Unterdrückung und Gewalt meistern zu wollen. Die Gegensätze der Generation und die Umrisse einer neuen Zeit zeichnen sich ab in dieser Auseinandersetzung über die soziale Frage. Aber der Führer dieser neuen Zeit und ihrer Forderungen war der Kaiser nicht. Er konnte sie vorübergehend auf sein flackerndes Wesen wirken lassen. Er mochte sie gegen Bismarck, dessen Druck ihm unerträglich wurde, ausspielen, um sich beliebt zu machen. Der Mann der Arbeiter, der Mann eines Programms, der Mann einer Epoche war er nicht. Er war unehrlich gegen Bismarck und gegen sich selber. Er besaß als Mensch und Herrscher nur mittleres Format.

Der tiefste Grund des Zerwürfnisses lag in der Unvereinbarkeit der beiden Persönlichkeiten, im uralten Gegensatz zwischen regierendem Herrn und Minister, wie er immer wieder in der Geschichte erlebt wird. Nicht zwei Zeitalter, nicht Vergangenheit und Zukunft stießen aufeinander, sondern Talent und Genie. Das Ganze war ein Kampf um die Macht. Der den Namen des Regenten trug, wollte auch regieren. Der geborene Staatsmann stand dem geborenen Herrscher im Wege. Das falsche Licht des Gottesgnadentums wurde durch den echten Glanz des Genius überstrahlt. Bismarck hatte die Monarchie groß und stark gemacht. Jetzt strauchelte er über sie. Er scheiterte an seinem eigenen Werk. Das ist die tiefste Tragik seiner Entlassung. Er hatte die Krone an ihre Ueberlegenheit über die übrigen Kräfte in Staat und Gesellschaft gewöhnt. Jetzt kehrte sich ihr Träger gegen den treuesten Vorkämpfer und Diener der Monarchie, den allmächtig gewordenen Kanzler. Er wollte nicht im Schatten eines Hausmeiers stehen. Dank vom Hause Hohenzollern! In diesem Kampfe gegen das, was er populären Absolutismus nannte, fand Bismarck am Volk und seinen verfassungsmäßigen Vertretungen nicht den genügenden Halt, um sich im Sattel zu behaupten. Er hatte sie zu sehr im Halbdunkel gelassen, um jetzt Bundesgenossen an ihnen zu finden. Sie waren mehr als dienende Kräfte von ihm behandelt worden. Er betrachtete sie als Werkzeug seines Willens oder als Gegner, die er kämpfend in den Staub zwang. Das Staatsoberhaupt vollzog Bismarcks Entlassung als einen höchst persönlichen Akt. Das Volk sprach nicht mit, und die Bundesfürsten taten nichts, den Reichsgründer zu halten. So fiel er. Aber sein Sturz zog in seinen historischen Auswirkungen den Kaiser nach und warf das deutsche Volk nach dem Scheinglanz der wilhelminischen Herrschaft um ein Menschenalter zurück.

Digitized by Google

Oberschlesien und die internationale Rechtslage

Gründe und Gegengründe

Von Dr. Hans Simons jr.

Allerlei Andeutungen durchschwirren jetzt die Presse über die angeblich schon fertige oberschlesische Lösung. Sie sind nur zu geeignet, wegen des Ausganges der Genfer Geheimverhandlungen zwischen den vier Ratsmitgliedern, die Belgien, Brasilien, Japan und China vertreten, schwere Besorgnisse zu erregen. Aber noch werden alle diese Nachrichten mit Recht als verfrühte Kombinationen bezeichnet. Immerhin ist es Zeit, noch einmal alle Gründe für die Forderung, daß Oberschlesien bei Deutschland bleiben solle, sorgfältig zu erwägen und bereitzulegen.

Das ist freilich schwer, weil man von den Gründen der Leute, die jetzt in Genf Oberschlesien teilen wollen, durchaus nichts erfahren kann. Daher stehen unsere Argumente, so gut sie sind, insofern etwas in der Luft, weil sie nicht von vornherein als Gegenargumente auf die Entscheidungsgründe der Vierer-Kommission gestellt werden können. Auch das erschwert unsere Lage, daß die Denkschriften der Deutschen Regierung reichlich spät in Genf eingetroffen und in der Oeffentlichkeit nur in allgemeinen Umrissen bekannt geworden sind. Man wird auf das Material, das sie enthalten, immer wieder zurückgehen müssen, und es wäre gut, wenigstens jetzt noch für seine weite Verbreitung zu sorgen.

Die beste Grundlage gibt allen Einwänden gegen eine ungünstige Entscheidung der Friedensvertrag selbst. Aus dem Art. 88 und seiner Anlage ist überzeugend nachgewiesen worden, daß all die Erwägungen, welche schon in Paris eine große Rolle gespielt haben und in Genf zweifellos wieder angestellt worden sind, auf den Wortlaut dieser Vertragsbestimmungen keine Rücksichten genommen haben.[1]) Die Bedeutung der gemeindeweisen Abstimmung als eines lediglich technischen Verfahrens zur Ermittelung der Gesamtstimmenzahl, die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse als einer notwendigen Ergänzung zum Abstimmungsresultat, nicht als Gegengrund: das geht aus dem Friedensvertrag hervor und muß gegenüber jeder Entscheidung und ihrer Begründung geltend gemacht werden.

Daneben ist seit Monaten unermüdlich daran gearbeitet worden, die Menge von sachlichen Gründen zusammenzutragen und zu ordnen, die überzeugend die Unverletzlichkeit des Industriegebietes als einer wirtschaft-

[1]) Vergleiche den Artikel von Prof. Kraus im letzten Heft (19/20) der Deutschen Juristen-Zeitung.

Digitized by Google

lichen Einheit und die überragende Bedeutung seiner Belassung bei Deutschland zeigen können. Leider ist die Oeffentlichkeit durch allzu viele, manchmal nicht einwandfreie Drucksachen bei anderen Anlässen etwas abgestumpft; sonst hätte, was von den verschiedensten Stellen über die oberschlesische Frage erforscht oder bewiesen worden ist, auch in Deutschland einen noch viel größeren Eindruck machen müssen. Noch jetzt kann man nur wünschen, daß das reiche Material, das vorliegt, weiter verbreitet und benutzt wird, sei es zur Vorbereitung des Kampfes, sei es zur Verteidigung gegenüber späteren Ansprüchen.

Aber weil wir so viele und so gute rechtliche wie sachliche Argumente haben, darum scheint es gefährlich, in diesem Augenblick die Diskussion über Rechtsfragen zu beginnen, die an sich schwierig zu entscheiden, durch die politischen Tatsachen bereits erledigt sind und mit dem eigentlichen Problem erst in mittelbarem Zusammenhange stehen. Da sind es insbesondere fünf Gründe, die gegen die Behandlung der oberschlesischen Frage durch den Obersten Rat und Völkerbund angestellt worden sind (vgl. Kraus a. a. O.), und sich nicht gegen den materiellen Inhalt der Entscheidung, sondern gegen das formelle Verfahren richten. Es wird gesagt, der Oberste Rat könne ohne Beteiligung der Vereinigten Staaten von Amerika nicht tätig werden; er sei nicht berechtigt, sich mit der Entscheidung über die oberschlesische Grenze zu befassen, ehe ein Vorschlag der interalliierten Kommission vorliege (§ 5 der Anlage zu Art. 88 Fr.V.); er sei ebenfalls nicht in der Lage, ein Verfahren beim Völkerbundrat gemäß Art. 11, Abs. 2 der Satzung anzuregen, da dies nur ein Mitglied könne. Ferner sei der Völkerbund nicht in der Lage, eine verbindliche Empfehlung abzugeben; und schließlich sei der Oberste Rat nicht befugt, die oberschlesische Frage dem Völkerbundrat zur Entscheidung zu übertragen, was durch seinen Beschluß tatsächlich geschehen sei.

Diese Einwände lassen sich mit rechtlichen Argumenten allerdings stützen; als exercitium spirituale sind solche Erwägungen gut und nützlich. Aber nachdem Deutschland mit dem Obersten Rat seit dessen Bestehen gearbeitet, seit es den Sonderfrieden mit Amerika unterzeichnet und seit es besonders in der oberschlesischen Frage die Tätigkeit des Völkerbundes durch Ueberreichung von Denkschriften in den engen, ihm gezogenen Grenzen zu beeinflussen versucht hat, sind solche Einwände verspätet. Sie wirken psychologisch sehr ungünstig, weil sie als nachträgliche Tüftelei erscheinen, sie werden im Auslande, das die Dinge mehr politisch als völkerrechtlich sieht, nicht verstanden oder mißverstanden werden, und sie müssen dadurch die Kraft der guten Argumente aus dem Friedensvertrag und aus der Wirklichkeit der Lage in Oberschlesien abschwächen.

Wenn der Oberste Rat ohne die Beteiligung der Vereinigten Staaten nicht tätig werden könnte, so wäre alles, was er bisher in Ausführung

Digitized by Google

oder zur Ausführung der Friedensbedingungen getan hat, ebenso ungültig wie seine Betätigung in der oberschlesischen Frage. Es liegt auf der Hand, wie gefährlich es wäre, eine solche Behauptung ernstlich zu verfechten, da man ihre Wirkung natürlich nicht auf die oberschlesische Frage beschränken könnte. Ob sie aber rechtlich haltbar ist, erscheint zum mindesten zweifelhaft, wenn man bedenkt, daß Deutschland mit den Vereinigten Staaten einen Sonderfrieden abgeschlossen, also deren Nichtbeteiligung an dem Versailler Werk zugestimmt hat, und demnach unmöglich ein Verlangen auf Mitwirkung der Vereinigten Staaten im Obersten Rate stellen kann, das mit den Voraussetzungen, dem Inhalt und der Tatsache dieses Sonderfriedens unvereinbar wäre. Außerdem hat aber in einem Notenwechsel vor Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages die Frage der Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten eine solche Rolle gespielt, daß damals nicht geltend gemachte Einwendungen jetzt unmöglich erscheinen.

Gerade wenn man die Anlage zum Art. 88 nur als technische Anweisung betrachtet, kann man nicht so weit gehen, aus der Tatsache, daß die Interalliierte Kommission keinen einstimmigen Vorschlag hat machen können, den Schluß zu ziehen, der Oberste Rat könne nun überhaupt nicht in die Entscheidung der Grenzfrage eintreten. Das hieße, den Kampf um die Grenzführung ganz nach Oppeln zu verlegen, und ob das ein Vorteil wäre, mag dahingestellt bleiben. Die Einzelgutachten der verschiedenen Delegierten dieser Kommission ersetzen zweifellos den Gesamtvorschlag; sie haben tatsächlich den Beratungen des Obersten Rates zugrunde gelegen.

Ebenso bedenklich ist die überscharfe Interpretation des Art. 11, Abs. 2, wonach nur ein Bundesmitglied die Aufmerksamkeit des Völkerbundrates auf gewisse internationale Fragen bedrohlichen Charakters lenken könne. Wenn dieses Argument schwer genug wöge, hätte es der Oberste Rat, der den Schritt nach Genf sehr vorsichtig getan hat, leicht berücksichtigen können, indem er eines seiner Mitglieder als Völkerbundmitglied allein mit diesem Schritt betraut hätte. Die Prüfung, ob die Voraussetzungen des Art. 11, Abs. 2, erfüllt sind, kann zunächst nur der Völkerbundrat selber haben. Er ist auf den Wunsch des Obersten Rates eingegangen; damit ist die Sache in dieser Hinsicht erledigt. Nebenbei bleibt es zweifelhaft, ob der Völkerbundrat selbst zwischen dem Obersten Rat als der Gesamtvertretung der alliierten Hauptmächte und den alliierten Hauptmächten als Völkerbundmitgliedern — sie kommen ja in dieser Bezeichnung in der Satzung vor — überhaupt hätte unterscheiden können.

Was die Verbindlichkeit der Empfehlung anlangt, die der Völkerbundrat dem Obersten Rat geben will, so ist sie satzungsmäßig zweifellos den Völkerbundmitgliedern, erst recht den Nichtmitgliedern gegenüber, die Aeußerung des Völkerbundrates, so lange sie eben eine solche Empfehlung bleibt, völlig unverbindlich. Als Entscheidung der oberschlesischen Frage würde sie ver-

Digitized by Google

bindlich, nicht, weil der Völkerbundrat sie etwa seinen Mitgliedern so auferlegt, sondern weil die Mitglieder, welche sich in der Sache an den Rat gewandt haben, dessen Vorschlag freiwillig im voraus für verbindlich erklärt haben. Deutschland gegenüber spielt dieses Verhältnis zwischen Völkerbundrat und Völkerbundmitgliedern überhaupt keine Rolle. Denn Deutschland ist mit der Entscheidung über Oberschlesien rechtlich erst befaßt, wenn der Oberste Rat sie ihm als die seinige mitgeteilt hat. In der Tat hat ja auch die Mitteilung an den deutschen Geschäftsträger über die Verschiebung der Entscheidung seitens des Obersten Rates kein Wort vom Völkerbund enthalten.

Daraus ergibt sich endlich, daß der Oberste Rat durch die Erklärung seiner einzelnen Mitglieder, den Vorschlag des Völkerbundrates anzunehmen, keine Uebertragung der Willensentscheidung Deutschland gegenüber vorgenommen hat. Er hätte ebenso ein etwa zustande kommendes Projekt der interalliierten Kommission für verbindlich erklären können, welches auch die Grundlage seiner eigenen Entscheidung ist: er wird sie selbst und als seine eigene Deutschland gegenüber aussprechen müssen und können. Da der Oberste Rat kein Gerichtshof und leider an kein Verfahren unparteiischer Untersuchung und Entscheidung gebunden ist, so kann er sich durch einen Beschluß, wie er ihn bei seiner letzten Sitzung gefaßt hat, materiell völlig festlegen, ohne formell seine Entscheidungsfreiheit zu verletzen.

Was man dagegen mit aller Kraft bekämpfen muß, [illegible] Verfahren, welches der Völkerbundrat in [illegible] satzungsgemäß vollkommen frei; er könne auch [illegible] vorgehen können, er könne eine [illegible] Jedoch Einwendungen [illegible] Rechtsgründe [illegible] Wir haben auch [illegible] verzichten wir [illegible] halten würden.

Caillaux' Rechtfertigung

[illegible]

Die [illegible] nach einer [illegible] vielleicht nur [illegible] daß Caillaux [illegible] und der [illegible]

Digitized by Google

müssen jedoch jetzt das Verhalten Englands bei der Verteilung des — im Vergleich zu den Ansprüchen — wenigen Positiven, das man bisher von der ersehnten deutschen Reparationsleistung bekommen hat, sein Verhalten ferner in der oberschlesischen Frage und in Konstantinopel, endlich die Enthüllungen des „Matin" über das Clemenceausche Geheimabkommen einen Umschwung der französischen Gesamtstimmung herbeiführen, infolge welches die Politik der kriegslustigen Imperialisten im Unrecht, die Ideen Caillaux' im Recht zu sein scheinen. Grund genug auch für uns, diesen in Caillaux' Verteidigungsschrift „Mes prisons" (Paris, Editions de la Sirène) enthaltenen Ideen einige Beachtung zu schenken, um die weitere Entwicklung der französischen Politik besser verstehen zu können.

Auf das Hauptthema des Buches, den berühmten Prozeß und seine Anlässe einzugehen, ist hier nicht der Raum. Nur von Einleitung und Schluß kann hier gesprochen werden. Caillaux untersucht zunächst die Gründe des Hasses, den man gegen ihn hegt, und erblickt sie, seine eigenen unleugbaren, in seinem Temperament begründeten Unvorsichtigkeiten übergehend, vornehmlich in seiner Finanz- und Steuer-, dann in seiner Außenpolitik, die er eine Politik europäischer Verständigung nennt. Einem Wort Joseph Reinachs folgend, stellt er die Politik Dantons: nach innen eine gemäßigte, nach außen eine Politik der gerüsteten Verhandlung, eine Politik also, die nach innen wie nach außen hin im Interesse Frankreichs selbst Blut schonen und die er zu der seinen gemacht haben will, der Politik Robespierres: Politik der Tyrannei, des Schreckens, eines angriffslüsternen Patriotismus gegenüber. Diese Politik Dantons hätte, wenn man ihr freien Lauf gelassen hätte, zur Befestigung der Republik, zur Bildung freier Demokratien in ganz Westeuropa, die sich dem revolutionären Frankreich freiwillig angegliedert hätten, geführt, hätte den großen Traum Richelieus in veredelter Form verwirklicht und die Landesgrenze nicht allein bis zum Rhein vorgetragen, sondern Frankreich auch zum Vormund „der Deutschlands" im Westen gemacht und das alte Gallien in seinem vollen Gleichgewicht wieder hergestellt, indem es der alten lateinischen Bevölkerung ihr notwendiges, frei sich einzufügendes Gegengewicht germanischer Rasse an die Seite gestellt hätte.

Während des Krieges ist Caillaux zufolge der gleiche Gegensatz zwischen den beiden Politiken eingetreten. Einer dantonischen Demokratenpolitik stellte sich die Politik der Chauvinisten, der Imperialisten und Reaktionäre gegenüber. Statt nach der Marneschlacht, die Frankreich, dem damals einzigen Sieger, die moralische Hegemonie gegeben hätte, statt mindestens nach Verdun oder 1917 noch einen Frieden zu schließen, der Frankreich ungeheure Blutopfer erspart, das Anwachsen seiner Verschuldung an die Alliierten aufgehalten hätte, haben die intransigenten Patrioten es ledig-

Digitized by Google

lich dem englischen Imperialismus ermöglicht, auf den Trümmern Europas, provisorisch wenigstens, seinen seit Jahrhunderten mit bewundernswürdiger Hartnäckigkeit verfolgten Geschäftsplan zu verwirklichen. Caillaux will durchaus kein Feind Englands sein, er nennt sich im Gegenteil einen Vorkämpfer der Entente cordiale, aber er will Gleichberechtigung gegenüber England, keine finanzielle Abhängigkeit von ihm. Aber „weil die Politik des agressiven Patriotismus Clemenceaus und derer, die ihm zur Macht verholfen haben, der Nation oder den Nationen, die rivalisierende Marinen ausschalten und riesige Gebiete erobern wollten, nützte, deshalb stand sie im Widerspruch zu den Zielen, die Frankreich hätte verfolgen müssen." Denn „vor dem Kriege bemühte sich Frankreich nicht ohne Erfolg, die Großmächte, eine durch die andere, im Zaum zu halten. Frankreich mußte versuchen, die Entwicklung der großen Imperien, mit denen es in einer Reihe stand, eine Entwicklung, die sich nur auf seine Kosten vollziehen konnte, hintanzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen. Auch als die Katastrophe eingetreten war, hätte unser Land gegen die angelsächsische Macht, deren Kraft der Krieg notwendig verstärken mußte, ein Gegengewicht finden müssen." England allein hat den Sieg der Alliierten in seinen Sieg umzuwandeln gewußt. Frankreich hat nur die Brosamen bekommen, die von des Herren Tisch fielen. Nicht einmal die Schulden, die wir bei den Alliierten machen mußten, hat man Frankreich erlassen.

„Wir haben Blut im Ueberfluß für die gemeinsame Sache hingegeben. Eisen und Kohle mußten wir von den Verbündeten verlangen. Wir erhielten sie, aber man ließ sie uns bezahlen. Wenigstens für die Munition, mit der sie unsere Helden ausrüsteten, hätten die Alliierten keine Bezahlung verlangen dürfen. Doch davon ist auf der Friedenskonferenz keine Rede gewesen. Und hätte es sich nicht von selbst verstanden, daß man der Entschädigung für die Realverluste den Vorrang vor den Pensionen, wenn man diese schon hinzurechnen sollte, einräumte? Aber die Nationalisten hatten die Formel aufgebracht: Deutschland wird alles bezahlen." Mit dieser Politik ist Frankreich zum Vasall der Angelsachsen geworden.

Aber nicht nur die Politik Clemenceaus, auch die Politik des Versailler Vertrags unterzieht Caillaux einer heftigen Kritik:

Nach dem Kriege gab es nur ein Mittel, die Ordnung der Wirtschaft und der Finanzen sicherzustellen: Europa noch enger als vor dem Kriege zu solidarisieren und alle Völker zu gemeinsamer Arbeit zu berufen. Die Schulden Europas mußte man abbauen, mußte sie internationalisieren, sich nicht bei Phantasiezahlen aufhalten, sondern die Realität der jährlich abzutragenden Zinsen und Amortisationen zugrunde legen und die Gesamtlast, nachdem man sie so gleich wie möglich reduziert hatte, unter alle Völker gemäß ihrer Tragkraft und Verantwortlichkeit mittels gleichmäßiger Steuer aufteilen. . . . Dem Warenaustausch durfte man durch überhohe Zolltarife keine Hindernisse in den Weg legen. . . . Man durfte den von der Politik berufenen Völkern nicht gestatten, die bestehenden Bahnen des Handels und der Industrie zu stören. . . . Statt dessen hat man eine Verwirrung heraufbeschworen, die die Lebens-

Digitized by Google

quellen Europas eintrocknen läßt, die Wechselkurse erstickt, während Europas Vermögen zerstiebt und es, nachdem es die ganze Welt wirtschaftlich beherrscht hat, zusehen muß, wie drei große Länder sich seiner alten Märkte bemächtigen und seine früheren Kunden ihre Selbstversorgung organisieren. Wenn die Völker des alten Kontinents sich nicht einigen und zu gemeinsamer Arbeit organisieren können, werden sie Mühe haben, auch nur am Leben zu bleiben.

So weit Caillaux. In Frankreich aber beginnt man sich, gelegentlich der viel beachteten Debatte Poincaré—Tardieu über das Besatzungsrecht Frankreichs im Rheinland, bereits zu fragen, ob es richtig war, den von Delcassé zustande gebrachten Londoner Pakt vom 5. September 1914 über einen auf alle Fälle gemeinsam abzuschließenden Frieden, diesen Pakt, von dem alles Unheil ausgegangen zu sein scheint, da jede französische Regierung, der man Nachgiebigkeit vorwirft, erklärt, gebunden gewesen zu sein, den Eckstein des Sieges zu nennen. Gewiß ein Anzeichen, daß Möglichkeiten einer Caillaux-Politik in Frankreich vorhanden sind.

Die japanische Ueberraschung

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheint Japan in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 die Welt vor eine Ueberraschung stellen zu wollen. Wie es damals nach dem Sturze Rußlands durch das bekannte Ishiiabkommen Mittel und Wege gefunden hatte, die beiden ihm wenig wohlgesinnten angelsächsischen Vettern zu trennen und die Vereinigten Staaten gegen England auszuspielen, so wird es diesmal durch eine vorherige Verständigung mit Amerika dieses auf der Washingtoner Konferenz wieder auf seiner Seite haben und es gegen die englischen Dominien ausspielen. Immer wieder zwingt uns die japanische Politik eine gewisse Bewunderung ab, da sie trotz der vorhandenen Isolierung des Landes durch die weltpolitisch und weltwirtschaftlich bedingte grundsätzliche Gegnerschaft des Angelsachsentums doch immer wieder Möglichkeiten findet, sich im Augenblick durch die bestehenden Gefahren hindurchzuwinden. Immer wieder gelingt es den Japanern, infolge einer gesunden, aller Illusionen baren Realpolitik, der englischen Charybdis und der amerikanischen Skylla zu entgehen, mag es auch noch so oft den Anschein gehabt haben, als ob das japanische Staatsschiff diesen Gefahren nur mit einem tüchtigen Leck entkommen konnte.

So hatten denn auch diesmal die englischen Dominien gehofft, daß die Washingtoner Konferenz für Japan eine schwere Niederlage bringen würde. Sie begrüßten deshalb so lebhaft die von Amerika angeregte Konferenz, weil sie in ihr von vornherein eine günstige Gelegenheit sahen, das Angel-

Digitized by Google

sachsentum fester zusammenzuschließen und eine breite angelsächsische Front Japan gegenüber aufzurichten. Bei der sich bisher zeigenden innigen Uebereinstimmung mit Amerika in allen Fragen des Stillen Meeres hielten sie das für leicht möglich, und dem von ihnen und Amerika gemeinsam ausgeübten Druck hätte das englische Mutterland dann doch mehr oder weniger nachgeben und sich fügen müssen. Mit diesen oder ähnlichen Hoffnungen der englischen Dominien wird es nun wohl aus sein, da Japan in geschickter Weise seine Gegenminen zu legen verstanden hat.

Und zwar ist das nicht erst während der letzten Monate, also nach der britischen Reichskonferenz geschehen, sondern es lassen sich die Fäden noch bis in die letzte Zeit der Präsidentschaft Wilsons zurückverfolgen. Man hat in Tokio schon früh die Dinge vorausgesehen und war sich nicht im unklaren darüber, wie sie sich entwickeln würden, sobald man merkte, wie stark in den Dominien die antijapanische Strömung nach dem Weltkrieg geworden war. Man wußte auch, daß mit dem Einfluß dieser antijapanisch eingestellten Dominien in bezug auf die englische Reichspolitik jetzt ganz anders gerechnet werden mußte als früher. Sollte dieser Japan so gefährlichen Beeinflussung der britischen Politik durch die Dominien, die zudem aus dem bestehenden japanisch-amerikanischen Gegensatz für sich den größten Nutzen zog, die Spitze abgebrochen werden, dann war das nur auf zwei Wegen möglich. Entweder, es gelang trotz der Dominien das Bündnis mit England zu erneuern und sich hier einen verläßlichen Bundesgenossen zu sichern, oder man mußte eine Verständigung mit den Vereinigten Staaten suchen, um den Dominien so den Resonanzboden für ihren Sammel- und Schlachtruf zu entziehen. Japan hielt beide Eisen im Feuer, da ja die Bündnisfrage von Anfang an nicht allzu aussichtsreich erscheinen mußte, und deshalb können wir bereits schon vor der britischen Reichskonferenz ein eifriges Hinarbeiten auf Verständigungsmöglichkeiten mit Amerika feststellen. Denn auf der schon im Mai tagenden ersten japanischen Kolonialkonferenz wurde beschlossen, die früheren deutschen Südseeinseln nicht zu befestigen, die innere Kolonisation energischer in die Hand zu nehmen, um die Auswanderung, die ja immer besonderen Anlaß zu Zwistigkeiten mit Amerika gegeben hat, einzudämmen. Es wurde dort ferner beschlossen, Sibirien von japanischen Truppen zu räumen und auch Wladiwostok in Kürze freizugeben. In bezug auf China erklärte man sich zu einer Neuorientierung der Politik bereit, die sich bei aller Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Interessen Japans doch mehr auf freundschaftlichen Beziehungen zum Reich der Mitte aufbauen und dem von Amerika immer vertretenen Standpunkt der offenen Tür mehr nähern soll. Mit aller Deutlichkeit wurde ausgesprochen, daß Japan nicht beabsichtige, in China sich Monopole zu verschaffen. Wie weit das ernst gemeint ist, mag zwar dahingestellt bleiben, jedenfalls verdienen solche Aeußerungen der japanischen

Digitized by Google

Regierung in bezug auf ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten die allergrößte Beachtung.

Mit aller Entschiedenheit wandte man sich natürlich dann japanischerseits der Verständigung mit Amerika zu, nachdem die britische Reichskonferenz im Hinblick auf das englisch-japanische Bündnis nicht allzu günstig verlaufen war. Es erfolgte die Regelung der Yapfrage, und zwar in der Weise, daß Amerika das volle Recht der Kontrolle über das auf Yap endigende Kabelstück Guam—Yap zugesprochen wurde. Japan darf dort als Mandatar des Völkerbundes nur eine Zivilverwaltung einrichten. Damit ist der seit dem Versailler Diktatfrieden am meisten im Vordergrunde des japanisch-amerikanischen Gegensatzes stehende Streitfall aus der Welt geschafft. Auch der andere nicht minder wichtige Stein des Anstoßes für Amerika, für den das Versailler Diktat auch die Ursache war, nämlich die bisher ganz im japanischen Sinne erfolgte Regelung der Schantungfrage, scheint jetzt aus dem Wege geräumt werden zu sollen. Denn wenn man den letzten dahingehenden Nachrichten trauen darf, so hat Japan sich jetzt dahin entschlossen, die Halbinsel an China zurückzugeben und dort eine offene Tür für den Welthandel zu schaffen.

So fügen sich die Dinge zu einer lückenlosen Kette zusammen, und der Zweck ist ganz offenbar, daß Japan vor dem Zusammentreten der Washingtoner Konferenz alles beseitigt haben will, was in letzter Zeit freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Weltmächten des Stillen Ozeans ganz besonders hinderlich gewesen ist. Amerika kann von seinem Standpunkt auch mit dem Erreichten durchaus zufrieden sein, denn seine ihm im Augenblick am Herzen liegenden politischen Programmpunkte hat es durchzusetzen vermocht. Zu einer Gewaltpolitik liegen für die Vereinigten Staaten zunächst keine Gründe vor, und Japan wird daher auf der Konferenz nicht als ihr Gegner, sondern als ihr Freund erscheinen können. Nicht Amerika und die englischen Dominien werden auf der Konferenz gegen Japan stehen, sondern Amerika und Japan gegen die Dominien. Deshalb ist man auch zwischen Tokio und Washington dahin übereingekommen, die Rassenfrage nicht in die Erörterung hineinzubeziehen. Es soll an diesen alten Wunden nicht gerührt werden, um unliebsame Störungen zu vermeiden, die dadurch von seiten der Dominien hervorgerufen werden könnten und die eine schwere Gefährdung der mit so vieler Mühe und Kunst erreichten Verständigung bedeuten würden. Wenn also vor kurzem die japanische Zeitung Nomiuri, die immer als ein regierungsseitig gut orientiertes Blatt gegolten hat, in etwas orakelhaft klingendem Ton sich dahin äußerte, daß ein außenpolitisches Ereignis eintreten würde, dessen Bedeutung und Tragweite alles übertreffen würde, was sich seit der Restauration ereignet habe, so werden wir nicht fehlgehen, wenn wir dieses „außenpolitische Ereignis" mit dem Zusammenstehen Japans und Amerikas auf der Washingtoner Konferenz gleichsetzen.

Digitized by Google

Französische Kriegsvorbereitungen im Juli 1914

Von Graf Max Montgelas

In den letzten Monaten sind eine Reihe militärischer Maßnahmen bekannt geworden, die in Frankreich im Juli 1914 zur Vorbereitung und Einleitung der Mobilmachung getroffen wurden. Einen wesentlichen Beitrag dazu hat Herr Poincaré in seinen Vorträgen über den Ursprung des Krieges geliefert. Die nachstehende Uebersicht, die eine Ergänzung zu dem Aufsatz „Mobilmachungsdaten 1914" in Heft 9 vom 26. Februar 1921 bildet, bringt die Anordnungen in chronologischer Reihenfolge.

24. oder 25. Juli.

Befehl zur Zurückberufung von 36 Bataillonen = 3 Divisionen aus Marokko, obwohl nach dem Mobilmachungsplane für den Fall eines europäischen Krieges nur die Rückberufung von 4 Bataillonen vorgesehen war.

Beleg: Offener Brief des damaligen Unterstaatssekretärs im französischen Auswärtigen Amt Abel Ferry in der „Victoire" vom 23. März 1918.

Als ähnliche Maßnahme in Deutschland könnte nur der am 25. Juli an die in den norwegischen Gewässern befindliche Flotte erlassene Befehl „klarhalten zum Auslaufen" (Deutsche Dokumente Nr. 174) in Betracht kommen. Beurteilung der französischen Maßnahme siehe am Schluß unter 1. August.

28. Juli.

Militärische Besetzung der Bahnhöfe.

Schon bisher bekannt (Deutsches Weißbuch, Juni 1919, Seite 73); neuer Beleg: Poincaré in der „Revue de la Semaine" vom 18. März 1921, Seite 260.

Der entsprechende Befehl erging in Deutschland am Abend des folgenden Tages, am 29. Juli abends 11^{15}, 11^{30} und 11^{45} mit Nr. des Preußischen Kriegsministeriums 16 gg A 1.

29. Juli.

Der Präsident der Republik empfängt am Vormittag bei Landung in Dünkirchen Meldung, daß folgende Maßnahmen während seiner Abwesenheit getroffen waren (Poincaré in der „Revue de la Semaine" vom 11. März 1921, Seite 153/4):

a) Rückberufung der Urlauber.

Diese war schon am 26. verfügt worden (Schreiben des französischen Kriegsministers vom 16. Februar 1915 im II. belgischen Graubuch Nr. 118, Anlage 1). In Deutschland erging der entsprechende Befehl des Preußischen

Digitized by Google

Kriegsministeriums erst drei Tage später, am 29. Juli 10^{40} und 11^{30} abends mit Nr. 2786/14 und 19 gg A 1.

b) Rückkehr der Truppen in die Standorte.

Die Befehle hierfür waren schon am 27. erlassen worden (Deutsche Dokumente Nr. 341, Anm. 3). Das Preußische Kriegsministerium erließ den entsprechenden Befehl erst zwei Tage später, am 29. Juli zwischen 1^{00} und 1^{30} nachmittags mit Nr. 14 gg A 1.

c) Befehl an alle Beamten, auf ihrem Posten zu verbleiben.

Die Maßnahme war in diesem Umfang bisher nicht bekannt. Die Anordnung für die französischen Eisenbahnbeamten war erlassen am 27. Juli (Akten des Auswärtigen Amts).

Eine entsprechende allgemeine Anordnung des deutschen Reichskanzlers ist bisher nicht bekannt.

d) Ankauf von Proviant für Paris.

Entsprechende Maßnahmen für Deutschland sind nicht bekannt.

e) „Kurz, alle Maßnahmen für den Fall, daß eines Tages eine Mobilmachung nötig würde (bref, toutes les mesures avaient été prises pour le cas où une mobilisation deviendrait un jour nécessaire)."

Es ist begreiflich, daß bei diesem Vorsprunge Frankreichs der Chef der 2. Abteilung des französischen Generalstabes, Oberstleutnant Dupont, am 28. seine Verwunderung über die geringen Schutzmaßregeln Deutschlands ausgesprochen hatte (Deutsche Dokumente Nr. 372, Seite 93).

30. Juli.

Befehl zur Aufstellung des Grenzschutzes.

Die Maßnahme war schon bekannt. Neue Belege: Enthüllung Poincarés in der „Revue de la Semaine" vom 18. März 1921, Seite 260; Befehl Joffres an alle Armeebefehlshaber (Commandants d'Armée), mitgeteilt im „Journal Officiel" vom 1. Februar 1919, Beilage Seite 353, Spalte 1.

Der entsprechende Befehl in Deutschland „Zustand drohender Kriegsgefahr" erging einen Tag später, am 31. Juli 1^{0} nachmittags (Dokumente Nr. 479, Wolfftelegramm 8. Oktober 1917).

Im Gegensatz zu der französischen Maßnahme wurde am 30. Juli ein Antrag des Generalkommandos des XVI. Armeekorps (Metz), am folgenden 31. den Grenzschutz ausrücken zu lassen, vom Preußischen Kriegsministerium 6^{0} nachmittags mit Nr. 55 gg A 1 abgewiesen.

31. Juli.

a) Am Morgen Erlaß des Befehls zur Verhaftung der in der Liste B (carnet B) eingetragenen Personen, d. i. aller politisch Verdächtigen.

Digitized by Google

Beleg: „Journal Officiel" vom 23. Juli 1917; „Humanité" vom 12. September 1921.

Von ähnlichen Maßnahmen in Deutschland ist nichts bekannt.

b) Gleichfalls noch am Morgen Befehl zur Aufstellung der zweiten Linie des Grenzschutzes.

Beleg: Poincaré, „Revue de la Semaine", 18. März 1921, Seite 268.

Aehnliche Steigerung der Maßnahmen beim „Zustand drohender Kriegsgefahr" waren in Deutschland nicht vorgesehen.

c) Die „Arméenavale" ist in Toulon versammelt. Die französischen Schiffahrtsgesellschaften sind beauftragt, sich für Transporte aus Afrika bereitzuhalten.

Beleg: Meldung des Oesterreichisch-Ungarischen Militärattachés in Paris, mitgeteilt dem Großen Generalstab (Original der Mitteilung im Reichsarchiv in Potsdam).

Aehnliche Maßnahmen kamen für Deutschland nicht in Frage.

1. August.

In den Akten des Großen Generalstabes findet sich am Schluß der am 1. August 1914 eingegangenen Nachrichten die Bemerkung:

„Die Meldung von der Anwesenheit nordafrikanischer Truppen in Frankreich geht mehrfach ein. Hierin wäre eine ganz besonders weitgehende Maßnahme zu erblicken, die weit über einfache Sicherungsmaßnahmen während der politischen Spannung hinausgeht." (Original im Reichsarchiv.)

Hiernach ist der oben erwähnte Befehl vom 24. oder 25. Juli zu beurteilen.

Demokratie und Einheitsstaat

Von Prof. Dr. Manfred Eimer

Stresemann und Kahl haben sich zur Weimarer Verfassung bekannt. Für die Monarchie agitieren, sagte Kahl, heißt mit dem Feuer spielen. Kein vernünftiger Politiker dürfe heute an dem Bestehenden rütteln.

Das wußten wir längst. Und wir wissen auch, daß die Deutschnationalen, die Alldeutschen, die bayerische Königspartei und die bayerische Volkspartei niemals solche vernünftigen Politiker sein werden. Höchst bedenklich für den Kampf, den diese Gruppen gegen die Weimarer Verfassung und für den Föderalismus kämpfen, ist die Bundesgenossenschaft, die sie im Programm der vom badischen Staatspräsidenten Trunk aufgedeckten Geheimorganisation gefunden haben, welche die Weimarer Verfassung als „antinational" bezeichnet und die föderalistische Organisation des Reiches fördern will.

Digitized by Google

Die Basis dieser Schwärmerei für den Föderalismus des Dr. Heim und Dr. v. Kahr ist unpolitischer Sinn, der Zielen nachjagt, die in Deutschland hoffentlich überholt sind. Hoffentlich, — weil sie sich als schädlich für die nationale, innere Kraft, durch welche die äußere Kraft bedingt ist, erwiesen haben. Die Ziele der Rechtsradikalen — außer in Bayern — sind: Herstellung der preußischen Hegemonie im Reiche und Monarchie. Gerade im Punkte der preußischen Hegemonie fallen sie mit den bayerischen Weimarfeinden jedoch glatt auseinander, da diese nichts mehr verwerfen, als eine Herstellung der geschlossenen Macht des preußischen Staates. Diese Bayern wollen ja Preußen entrechten, dafür aber München zur Zentrale wenigstens des Südens und Südostens machen. Aber in dem anderen Ziele sind sich Dr. Heim, Graf Bothmer u. a. mit den Hakenkreuzmännern und ihren Freunden eins: sie wollen die Monarchie herstellen, und zwar nicht etwa im Sinne des Kaisertums, sondern wie und wo es geht. Und je mehr monarchische Zentren sich zurückerträumen lassen, um so besser für diese „Politiker". Daher fördern und fordern sie den Föderalismus, welcher Deutschland dereinst wieder in möglichst viele dynastische Zentren zerlegen soll. Der Partikularismus soll staatsrechtlich verewigt werden, obschon seine Schädlichkeit anerkannt ist.

Monarchischer Gedanke und Föderalismus bedingen sich also. Und da der erstere für die politische Unvernunft die Hauptsache ist, so nehmen die Nationalisten blindlings Partei für den Föderalismus, von dem schon jetzt jeder, dem es mit deutschem Gemeinsinn Ernst ist, genug haben könnte, nachdem es sich gezeigt hat, zu welch unerhörten Dingen zwischen Reich und Ländern er führt, wenn er mit Eifer gepflegt wird. Aber das ist den Freunden des Föderalismus ganz gleichgültig, und es ist ihnen auch einerlei, wenn die Wirkung desselben sich zu dauerndem und immer schärferem Gegensatz zwischen Nord und Süd, Berlin und München, Reich und einzelnen aufsässigen Ländern ausgestaltet, also zum Gegenteil von dem nationalen Erbe, welches Bismarck uns hinterlassen wollte, und von der nationalen Einheitsphrase, woran sich die Nationalisten gedankenlos so gern berauschen. Es ist den preußischen Deutschnationalen und den Alldeutschen ganz einerlei, wenn sie durch Propaganda für den Föderalismus die preußenfeindliche Strömung in Bayern fördern. Wenn durch den Föderalismus nur die Weimarer Verfassung zerbrochen werden kann, wenn durch ihn nur die Fürsten wiederkehren und das monarchische Prinzip mit etwa zwanzig Fürstenhöfen und ihrem Segen wieder erstarken und zum Siege kommen kann!

Für den Gedanken der inneren nationalen Einheit sind diese Fanatiker nicht zu haben. Und so mußte es zu einer Reaktion gegen diesen Gedanken kommen. Es ist schädlich für ihn, daß er von der Rechten als der Gedanke der Sozialdemokratie und ihr Streben

Digitized by Google

bekämpft werden kann. Nächstens wird jeder, der für den Einheitsstaat eintritt, als Sozialdemokrat gelten, auch wenn er noch so selbständig von der Notwendigkeit der Schaffung des Einheitsstaates durchdrungen ist.

Daran ist die Haltung der deutsch-demokratischen Partei in dieser wichtigen nationalen Frage schuld.

Vielleicht wird die grundsätzliche Wichtigkeit, welche diese Frage durch den bayerischen Konflikt und den weiterhin durch Bayern angekündigten Kampf gegen den Unitarismus bekommen hat, dazu führen, daß die Deutsche Demokratische Partei sich aufrafft, eindeutig Stellung in diesem Kampfe zu nehmen. Leider aber sind die Beobachtungen aus den letzten zwei Jahren — jedenfalls in den Mittelstaaten — nicht dazu angetan, große Erwartungen in dieser Hinsicht hegen zu dürfen.

Die Deutsche Demokratische Partei ist gerade in dieser großen Frage wohl auf Parteitagen, nicht aber in sich einig. Bei keiner Partei tritt das Hemmende der einzelnen Landesparteigruppen so deutlich hervor, wie in diesem Falle bei der Demokratie. Man umgeht das große nationale Problem, welches doch im Parteiprogramm steht, ängstlich. Man hütet sich, namentlich im Süden, die Bevölkerungen der Länder darauf hinzulenken. Seit dem Vorstoß in der Preußischen Landesversammlung vom Dezember 1919 ist in dieser Richtung nichts geschehen, und die bayerische Demokratie ist weit davon entfernt, Harakiri zu begehen und sich für den Einheitsstaat irgendwie einzusetzen. Ihre Redner sind zum Teil ausgesprochene Partikularisten.

Da aber, und zwar infolge der von Bayern offen angekündigten Agitation bei den anderen Gliedstaaten für den föderalistischen Gedanken, dieses Problem immer lebhafter in die Verfassungsfragen des Reiches hereinspielen und immer weiter von der Sicherung der Weimarer Verfassung wegführen könnte, ist es sehr bedenklich, wenn die Bürgerkreise der Demokratie sich mit dem Problem entweder gar nicht beschäftigen oder, anstatt dafür gewonnen zu werden, davon weggeleitet werden.

In Bayern hat sich die von mir schon oft in den Vordergrund gestellte Schädlichkeit des Einflusses der Landesregierungen und Landtage gegenüber dem größeren deutschen Gedanken leider in voller Wirkung gezeigt. Die Entwicklung bis zur Explosion war deutlich zu verfolgen. Soll das in anderen deutschen Ländern Nachahmer finden? Die Gefahr ist nicht gering. Was tut die Demokratie dagegen? Der Egoismus der einzelnen Landtage verhindert für sie ein kräftiges Eintreten für die Ziele der Weimarer Verfassung, eine Propaganda für ihren Geist, soweit er politisch nicht rein demokratisch ist.

Aber es wird nicht untersucht, ob nicht der unitarische Gedanke ebenfalls zu dem demokratischen Wesen der neuen Verfassung

Digitized by Google

gehört. Diejenigen, welche sie bekämpfen, tun es eben wegen der unitarischen Errungenschaften der Verfassung. Aber die Demokratie ist sich noch durchaus nicht klar darüber geworden, ob sie darin ein erstrebenswertes Besitztum für Deutschland erkennen will und soll, oder ob sie nicht auch dem föderalistischen Gedanken Raum verstatten soll.

Die Deutsche Demokratische Partei gerät damit in die Gefahr, ziellos und unsicher und in sich selbst nicht einheitlich, bei einem großen nationalen Problem gespalten zu werden, — zu einem ebenso unsicheren Faktor, wie es die zwischen Industrie und Agrariertum usw. gespaltene Nationalliberale Partei war. Die Deutsche Demokratische Partei wird zwischen den Sozialdemokraten und den Föderalisten zerrieben werden, Anhänger verlieren, kein Faktor der nationalen Kraft und Stärkung sein.

Es ist wohl klar, was, außer ererbtem Partikularismus der demokratischen Landboten, von demokratischer Seite aus für den Föderalismus sprechen könnte. Das ist das Recht der Selbstbestimmung und die Hoffnung auf seine Wirksamkeit namentlich innerhalb Preußens. Föderalismus und Selbstbestimmung reichen einander in dieser Hinsicht ja immerhin die Hand.

Es wird sich zeigen, ob die Deutsche Demokratische Partei deutsch genug ist, den Geist ihrer Anhänger dahin zu leiten, daß sie die großzügigere Selbstbestimmung wählen, mit dem reichsfeindlich wirkenden Föderalismus ein für allemal aufzuräumen, und das Volk zur Einsicht zu führen, daß Selbstbestimmung nicht Zersplitterung in einzelne Staaten bedeuten muß, sondern daß es auch Selbstbestimmung ist, wenn das deutsche Volk den Einheitsstaat fordert.

Abgesehen hiervon aber entspricht es doch keineswegs dem demokratischen Geist und seinen Zielen, etwas zu unterstützen, was die deutschen Fürstenthrone wieder aufrichten hilft. Daß die Monarchisten den Föderalismus begrüßen, dies müßte die Demokraten veranlassen, alles zu bekämpfen, was föderalistisch denkt und handelt.

Zu dieser Ueberlegung muß die Deutsche Demokratische Partei kommen. Sie muß entweder auf Teilnahme an den größten Fragen der Innenpolitik des Reiches verzichten oder tatkräftig, aber eindeutig, in die Arena treten. Der bayerische Konflikt hat bewiesen, daß es Zeit ist, daß die Gesamtpartei, eventuell ohne Rücksicht auf föderalistisch, d. h. partikularistisch gerichtete Landesgruppen, dem deutschen Volke den richtigen Weg weisen hilft, anstatt die große Frage der festeren Zusammenschließung des Reichs in eine Frage der Sozialdemokratie gegen die Monarchisten ausarten zu lassen.

Digitized by Google

Es heißt grundsätzlich mitarbeiten oder schwächlich versagen. Wir werden sehen, ob es die Führer über sich und andere vermögen, mitzuarbeiten; auch wenn sie es einmal riskieren müssen, aus den eigenen Reihen heraus nicht immer nur beklatscht zu werden, und sich der Mühe zu unterziehen, einmal den Weg zu beschreiten, die Bevölkerung von der Notwendigkeit des unitarischen Prinzips zu überzeugen. Da fehlt es!

Notiz

Wie ich W. Wilson zum Präsidenten machte. Unter diesem Titel ist von W. F. McCombs in Amerika ein Buch erschienen, das dort nicht wenig Aufsehen erregt hat. In diesem Titel liegt keine Uebertreibung. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Woodrow Wilson ohne die unermüdliche, zielbewußte Arbeit McCombs niemals Bewohner des Weißen Hauses geworden wäre. Dieser jugendliche Politiker war es, der zunächst verhütete, daß Wilson in Princeton mit schlichtem Abschied entlassen wurde, ihm dann den Weg freimachte, der nach dem New Jerseyer Gouverneurssessel führte, und endlich mit geradezu bewunderungswürdiger Zähigkeit der Erfüllung der Prophezeiung zustrebte, die er am Tage nach der Wahl Wilsons zum Gouverneur des Moskitostaates gemacht hatte — daß er der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein werde.

Der Charakter McCombs erscheint in diesem seltsamen Buche nicht immer im besten Lichte, aber es ist fraglich, ob ein amerikanischer Politiker jemals einen treueren Freund gehabt hat, als Woodrow Wilson ihn in der Person McCombs' gefunden hatte. Auch in dieser Freundschaft fehlt es nicht an seltsamen Zügen. Als McCombs seine ganze Arbeitskraft einsetzte, um Wilson den Weg nach dem Weißen Hause zu ebnen, da hatte er die schlechten Seiten Wilsons bereits erkannt. Trotzdem ließ er nicht locker. Als Wilson ihm nach dem ungünstigen Ausfall der Illinoiser Primärwahlen durch einen Vertrauten dringend ersuchen ließ, sich seinetwegen nicht mehr zu bemühen, da ließ McCombs den Boten in einer Weise abfallen, daß er das Wiederkommen vergaß. Und als McCombs während der Baltimorer Nationalkonvention von Wilson, den die Angst vor einer Niederlage nicht schlafen ließ, zweimal dringend ersucht wurde, seinen Namen von der Liste der Bewerber um die Präsidentschaftsnomination zurückzuziehen, da ignorierte er das und fuhr fort, Stimmen für Wilson zu schachern, bis er sein Ziel erreicht hatte.

Das zweite Ersuchen Wilsons wurde McCombs in der Konventionshalle schriftlich überreicht. Es war als Telephonbotschaft von einem Vertrauten aufgenommen worden. Hätte die Konvention eine Ahnung gehabt, was die Botschaft enthielt, dann wäre Wilsons Niederlage besiegelt gewesen, die Konvention wäre im Sturm zu Champ Clark übergegangen, der um diese Zeit bei den Abstimmungen noch die Führung hatte, und Woodrow Wilson wäre niemals Präsident der Vereinigten Staaten geworden. Champ Clark wäre ungewählt auch gewählt worden, der Weltkrieg hätte einen ehrlichen Mann im Weißen Hause gefunden, und der Gang der Ereignisse wäre ein wesentlich anderer geworden.

Wilson selbst fand in seinem ersten Telegramm an McCombs, das als Antwort auf des letzteren Glückwunsch kam, kein Wort des Dankes. Es war ganz im Wilsonschen Phrasenstil gehalten, das Wort Dank vermied er sorgfältig. Aber damit hatten die Ueberraschungen für McCombs erst begonnen. Am

Digitized by Google

Tage nach der Wahl begab er sich nach Princeton, um Wilson auch persönlich zu beglückwünschen. Ueber den Empfang, der ihm dort bereitet wurde, berichtet er folgendermaßen: „Ich begab mich zur Residenz des erwählten Präsidenten und war einigermaßen erstaunt, daß ich warten mußte, bis ich vorgelassen wurde. Für den Augenblick verzieh ich das, weil das Haus gedrängt voll war von jubelnden Männern und Frauen, die gekommen waren, ihre Glückwünsche darzubringen. Schließlich ließ der erwählte Präsident sich herab, mich zu bemerken. Er winkte mir zu, ihm in seine Bibliothek zu folgen. Dort angelangt, sagte ich: „Gouverneur, ich bin gekommen, Sie aufrichtig zu beglückwünschen zu Ihrer Wahl und die Hoffnung auszusprechen, daß Sie eine glückliche und erfolgreiche Administration haben mögen.“ McCombs fährt fort:

„Der erwählte Präsident nahm meine Hand in frostiger, mechanischer Weise. Seine Stenographistin schickte sich an, das Zimmer zu verlassen. Er sagte zu ihr: „Sie haben nicht nötig, zu gehen, ich werde mein Diktat fortsetzen.“ Ueberrascht fragte ich: „Was bedeutet das, Gouverneur?“ Der Gouverneur wurde ein bißchen nervös und sagte: „Das bedeutet, daß jedes Wort, das hier gesprochen wird, schwarz auf weiß verzeichnet werden soll.“ Nun wurde ich erbittert und verlangte eine Erklärung für den Affront, der mir nach meiner Ansicht mit Ueberlegung angetan worden war. Als ich protestierte, wandte sich der Präsident mit einer Herzlosigkeit, deren ich ihn bis dahin nicht für fähig gehalten hatte, zu mir und sagte in gemessenem Tone: „Bevor wir weitergehen, wünsche ich es klar verstanden zu haben, daß ich Ihnen keinen Dank schulde.“ In bescheidenem Tone wandte ich ein, daß ich glaubte, einige Anerkennung zu verdienen für das, was ich getan, um seine Nominierung und seine Erwählung herbeizuführen. Hochmütig erwiderte Wilson: „Ob Sie viel oder wenig getan haben, vergessen Sie nicht, daß ich von Gott zum Präsidenten der Vereinigten Staaten bestimmt war. Weder Sie noch irgend ein anderer Sterblicher oder andere Sterbliche hätten es verhindern können.“

Damit war das Band zwischen Wilson und dem Manne, dem er so unendlich viel zu danken hatte, endgültig zerrissen. Der Mohr hatte seine Schuldigkeit getan, der Mohr konnte gehen. Tägliche Cincinnatier Freie Presse.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt
Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M.
Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 44.
Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang * 22. Oktober 1921 * Heft 43

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Sozialdemokratie hat in Görlitz das Bekenntnis abgelegt, daß ihre preußische Führung im Frühsommer miserabel gewesen ist, aber von Erkenntnis zur Wandlung bedarf es noch mancher Schritte. Jene Angst vor der eigenen Courage, von der die große Partei in regelmäßigen Abständen befallen wird, sucht sich allemal einen Ausweg in hitzigem Agitationsgerede, das um so lebhafter wird, je unzeitgemäßer im allgemein politischen Sinn es ist. Der Mangel an Phantasie läßt dann immer wieder den preußischen Innenminister als die Person, das Ressort erscheinen, wo die großen Affären angebunden werden, und obwohl im Juli der Abgeordnete Heilmann von dem Minister Dominicus mit einem arg verbläuten Rücken heimgeschickt war, mußte im Oktober das Spiel wiederholt werden. Es ist den Herren offenbar peinlich, daß die Erbschaft, die hier mit einer tapferen Unbefangenheit verwaltet und geordnet werden soll, so stark gegen die Periode zeugt, da durch über zwei Jahre die preußische innere Verwaltung sozialistisch geleitet war; denn dies ist der peinliche Zustand, daß Mißtrauen und Ungenügen in den Staatskörper sich festgenistet haben. Nun soll wieder in Preußen Bresche für Herrn Severing geschlagen werden. Ob das dabei beliebte Verfahren alle Koalitionsmöglichkeiten gefährdet, ob es in die oberschlesische Situation hineinknallt — es gibt nichts, was diesen glorreichen Taktiker vor Taktlosigkeit zurückhalten könnte.

*

Preußen hat für die Neugliederung des Reiches seinen amtlichen Vertretern Instruktionen von vorbildlicher Prägnanz gegeben: rückhaltlos für jede denkbare Vergrößerung kämpfen, rückhaltlos gegen jede Verkleinerung sich wehren! Das stammt aus dem Jahre 1920. Und da klage jemand, der friderizianische Geist sei verschwunden, wenn die Genossen Braun und Severing ihn so treulich pflegen. Und das Reich? Ja nun.

Digitized by Google

man kann schlechterdings nicht behaupten, daß Friedrich um das Reich sich sehr viel kümmerte. Darf man es da von den Sachwaltern seines Erbes verlangen?

*

Der Dollar kostet 190 Mark. Das Schicksal von Oesterreich beginnt als drohende Wolke nun über ganz Mitteleuropa sich zu sammeln. Lloyd George übt weiter das Billardspiel auf der stürmischen See der Zeit, und Balfour schwärmt für die Gerechtigkeit der oberschlesischen Lösung. Wir nehmen an, daß die Iren von Oberschlesien lernen: daß sie die Souveränität ihrer Insel beanspruchen, aber nichts dagegen haben, wenn in Ulster und den industrialisierten Bezirken der Insel eine britische Wirtschaftsprovinz eingerichtet wird, in der englischer Fleiß sich für den irischen Staat bewähren darf.

*

Der bekannte Militärschriftsteller und frühere bulgarische Generalstäbler Wenedikow macht zu Ludendorffs scharfen Angriffen auf Bulgarien folgende Randbemerkung:

Seit dem Siege an den Masurischen Seen dachte Deutschland nur durch das Hirn von Hindenburg und Ludendorff. Ihre Unternehmen waren tatsächlich mit mathematischer Genauigkeit durchgeführt worden und hatten zum Siege geführt. In fünf Jahre wußten sie mehr Siege zu gewinnen als irgendein anderer Feldherr, und ihre Siege übertrafen an Vollendung die aller großen Führer der Menschheit. Aber jeder dieser großen Siege war nicht als Mittel gedacht, dem Blutvergießen ein Ende zu machen — bis dahin reichten die Fähigkeiten Ludendorffs nicht —, sondern als Selbstzweck. Wenn aber die Siege nicht genügen, um den Krieg zu gewinnen, so führen sie sicher schließlich den Untergang herbei.

Die Geschichte wird die Niederlage der Mittelmächte nur dadurch rechtfertigen, daß bei ihnen jeder militärische oder bürgerliche Gedanke durch die Allmacht des deutschen Generalstabs unterdrückt worden war. Nicht die Siege von Foch sind es, die den Zerfall des Vierbunds erzwungen haben, sondern die Siege von Ludendorff.

Digitized by Google

Die Lehre von Genf

Von Dr. Theodor Heuß

Es ist falsch und ungerecht, den Spruch von Genf zum Ausgangspunkt für ein Sturmlaufen gegen das Kabinett Wirth zu machen. Denn so peinlich man einige der dem Innern zugewandten Reden des führenden Politikers empfinden mußte, die Haltung gegenüber den auswärtigen Problemen war durch das Ultimatum im ganzen gegeben, und sie ist in der Verteidigung der deutschen Ansprüche auf Oberschlesien würdig und gradlinig gewesen.

Und doch ist seine Niederlage unzweifelhaft. Dr. Wirth hat geglaubt, die drohende Gefahr mit einem oft wiederholten moralischen Appell bekämpfen zu können. Man hat ihm allerhand Ratschläge erteilt, an dessen Stelle eine deutliche Orientierung der deutschen Zukunft zu setzen: den einen schien in solchem Betracht die Verhandlung von Wiesbaden ein glücklicher Anfang zum „kontinentalen" Denken, die andere, und bezeichnenderweise waren es nacheinander verschiedene führende Parlamentarier der Deutschen Volkspartei, propagierten einen entschiedenen Anschluß an die englische Führung. Das Kabinett umging solche einfachen „Lösungen" — denn es mußte spüren, daß Thesen, die auf dem Papier ein bieder logisches Gesicht haben, von den wirren und wechselnden Kräften des Tatsachenkampfes zerrieben werden. Alle Spekulation auf den französisch-englischen Gegensatz ist eine Illusion, solange Deutschland machtlos ist, und eben diese Machtlosigkeit ist ja die Ebene, auf der der Kampf zwischen London und Paris, der mehr eine Prestigefrage ist als ein materialer Gegensatz, immer wieder sich ausgleicht. Die deutsche Täuschung lag und liegt im Glauben an die Kraft moralischer Worte. Diese können in der inneren Politik eine formierende Wucht haben, weil sie irgendwie von den Menschen gleichen Blutes verstanden werden. Sie verhallen in der Welt, da man, auch moralisch, viele Sprachen und Dialekte spricht. Daß es vor sieben Jahren gelang, Deutschland moralisch zu isolieren, war nicht so sehr die Auswirkung der moralischen Propaganda, als im letzten die Suggestion der Macht oder doch der Machtschätzung.

Die Deutschen sind über den Spruch von Genf enttäuscht und erbittert. Denn wenn auch das Friedensdiktat an Gewalttätigkeiten überreichlich viel enthielt, so hatte es doch ein paar Stellen eingefügt, von denen aus eine moralische und späterhin eine sachliche Revision ausgehen könnte. Zu dutzenden Malen war der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes, der ein Fanal der Kriegsschlagworte gewesen, verschmiegen oder zertreten, aber dann doch an ein paar Punkten vorhanden. Daß er für Oberschlesien Geltung bekommen sollte, entgegen den ursprünglichen Plänen, war ja schließ-

Digitized by Google

lich in Versailles der einzige greifbare Erfolg des deutschen Memorandums gewesen. Die Oberschlesier sollten, anders als die Danziger, die Deutschböhmen, die Südtiroler, ein demokratisches Instrument ihrer Willensbekundung in die Hand bekommen. Sie haben davon Gebrauch gemacht, aber solchen, der in Paris und Warschau mißfiel. Und dafür sollen sie gestraft werden. Und die Welt muß erfahren (manche in ihr wußten das noch nicht), daß Bekenntnisse der Demokratie oder zur Demokratie als Bekenntnisse etwas ganz Schönes sind, daß aber die Prägung eines Volksschicksals durchaus Angelegenheit der Macht ist.

Vielleicht verwahren sich die Völkerbundleute in Genf dagegen, daß sie einen Machtspruch gefällt haben. Macht ist eindeutig, und was sie anbieten, ist ein Kompromiß. Sie anerkennen ja, was man ihnen immer gesagt, daß das oberschlesische Industriegebiet eine unzerreißbare wirtschaftliche Einheit darstelle und sie wollen dieser Wirtschaftsprovinz die sachlich einheitliche Leitung lassen; nur das bißchen politische Souveränität soll seine Grenzen zwischen den Industriewerken hindurchziehen. Würden sich die Herren etwas besser in der neuesten deutschen politischen Literatur auskennen, so würden sie auf der Linken wie auf der Rechten allerhand Zeugen dafür finden, daß eben dies: die Trennung von Politik und Wirtschaft, von Staatlichkeit und Wirtschaft der Weg der Zukunft sei. Zum Glück sind sie in der Kenntnis deutscher Literatenerfindungen gerade so ungebildet, wie sie sich leider in der Würdigung der realen Tatsachen erwiesen haben. Denn alle diese Konstruktionen sind sinnlos, weil sie die unendliche Verschlungenheit von Wirtschaft und Verwaltung, von Justiz und Währung, von nationaler Ideologie und politischer Lebendigkeit in reinliche Systeme aufschreiben wollen, während die Bewegung der Dinge alle künstlichen Paragraphen sprengen muß. Bei der psychologischen Situation in Oberschlesien und in Warschau steigert sich dieser Widersinn eines politischen Wechselbalges in ein politisches Verbrechen. Aber was tut's: schon manches Urteil im Mantel der Gerechtigkeit hat Tod und Verderben den Weg freigemacht.

Kein Zweifel: der Völkerbund hat bei denen, die in ihm die Stufe zu einer höheren „politischen Moral" ehrten und ihn trotz seiner Unvollkommenheit als einen Wegweiser zu neuen politischen Methoden begrüßten, tiefen Groll ausgelöst. Gerade die Möglichkeit, auf die er rechnen sollte, als Idee eine werbende Kraft zu entfalten, hat er sich (und wohl nicht nur bei uns, den Leidtragenden,) verschüttet. Er ist aber trotzdem vorhanden; bloß darf er nicht mit moralischen Augen angesehen werden, soviel lyrisch umspielte Sittlichkeit in seinen offiziellen Reden strömt, sondern muß als Politikum erkannt werden, als ein Bühnenraum, auf dem sich nach einem neuen Stil der Darstellungskunst, dessen Bewegungen und Beleuchtungen noch nicht gesichert sind, das alte Spiel um die Macht vollzieht. Die großen und

Digitized by Google

kleinen Dichter der Weltgeschichte schreiben keine anderen Stücke als solche, die von der Macht handeln, und wenn zwischendurch eine sentimentale oder feurige Oper gegeben wird, so hat das nur den Sinn der Unterhaltung, der Erhebung, der künstlichen Verschleierung. Wagalaweia! Die entscheidenden Aktionen, die schicksalvollen Stichworte geschehen dabei nicht — diese werden übrigens hinter der Bühne oder vom unsichtbaren Souffleur gegeben. Wie jetzt in der oberschlesischen Frage.

Oberschlesien ist die Tragödie eines Volkes und die Tragikomödie eines Kabinetts, das in London sitzt — dies Stück heißt Fair play. Lloyd George sagt: „Ich kann doch nicht wegen Oberschlesien Frankreich den Krieg erklären!" Es gibt noch andere Worte von ihm, die ihn als den heldenhaft vorkämpfenden Mann des deutschen Rechts zeichnen lassen. Damit fangen wir gar nichts an, und hoffentlich lassen sich auch jene nicht rühren, die ehemals „Gott strafe England" mit verbindlichem Händedruck wechselten und heute Gottes Segen mit dem Indossament London beziehen wollen. Der Tatbestand ist einfach der: England, das in der Zeit der griechischen Sommersiege und der Reichskonferenz sich stark fühlte, ist innerhalb der Großmächte-Situation seiner Sache nicht sicher und will den Gang nach Washington nicht mit einer neuen französischen Spannung belasten. Will auch den Amerikanern nicht das Bild geben, daß London den Völkerbund, der doch das Geschöpf seiner eigenen Patronage gewesen, preisgibt und sich selber damit vor Amerika bloßstellt.

Die innere Krise, die damit über Deutschland wieder ausbricht, ist für die Herren in Paris und London die geringste Sorge. Sie haben sich daran gewöhnt, diese nicht sehr ernst zu nehmen; denn sie dürfen damit rechnen, daß der Parteienkampf eines ungeschulten Parlamentarismus die notwendige Entschlußkraft lähmt. Wenn je die Verbreiterung der Koalition einen Sinn hatte, dann jetzt. Die Annahme des Ultimatums mit ihren Konsequenzen ist nicht mehr rückgängig zu machen; der Augenblick der heroischen Abstinenz ist verpaßt. Worauf es heute ankommt, ist nur dies, daß innerhalb der wirtschaftlich völlig unübersehbaren Folgen der neuen Situation die verbreiterte Regierung einigermaßen zur Garantie des innerstaatlichen Zusammenhalts und der Dämpfung verwüstender Parteileidenschaft werde.

Diese aufflammen zu lassen, muß jetzt das Reservat von Literaten bleiben, die den Mund nicht halten können; der Konsequenz der Stunde muß sich der Mut zur Verantwortung beugen.

Digitized by Google

Briands Rede

Von Axel Schmidt

Es mag überflüssig erscheinen, über den ersten Akt eines Dramas eine Spezialkritik zu schreiben, wenn inzwischen die weiteren Akte der Oeffentlichkeit bekannt geworden sind. Trotzdem wird es nötig sein, mit einigen Worten auf Briands letzte Rede zurückzukommen, weil sie nicht nur den Auftakt zum Schlußakt Oberschlesien bildet, sondern auch Aufschlüsse gibt über die zukünftige Haltung Briands, in dessen Hand nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas Schicksal liegt.

Briands Rede ist nur zu verstehen, wenn man sie mitten in das Räderwerk der französischen Politik hineinstellt. Die innerpolitische Lage läßt sich dahin zusammenfassen, daß auch die Regierung Briand nicht den Mut besitzt, der stark nationalistischen Kammer die Wahrheit zu sagen, daß die französische Finanznot nicht mit der deutschen Kontribution beseitigt werden kann. Er dreht und windet sich, um um dieses Geständnis herumzukommen. Freilich ist zuzugeben, daß seine Position in der Tat nicht ohne Schwierigkeiten ist, weil seine geschworenen Gegner, Clemenceau und Poincaré beide ihn mit dem Hebel des Nationalismus stürzen wollen. Die Tatsache, daß die Opposition nur von rechts kommt, ist für die französischen Verhältnisse höchst charakteristisch. Die Linke ist seit dem Tode Jaurès und des Eindringens des Kommunismus in die Sozialdemokratie noch mehr wie früher zur Untätigkeit verdammt. Für Briand bedeutet es noch ein Glück, daß sich Poincaré und Clemenceau gegenseitig nicht viel weniger hassen, als ihn selber. Die Ursache dafür liegt offen zutage. Clemenceau und sein publizistischer Adjutant Tardieu halten den Versailler Frieden für ein Meisterinstrument, das nur die unfähigen Nachfolger Clemenceaus nicht richtig zu handhaben verstehen; Poincaré dagegen ist der Ansicht, daß der Versailler Frieden eine stumpfe Waffe darstellt, vor allem weil der geplante französisch-amerikanisch-englische Bündnisvertrag nicht zustande gekommen ist. Um daher die deutsche Gefahr zu beseitigen, verlangt er immer wieder die Besetzung des rechten Rheinufers, welchen Gedanken Clemenceau freilich auch nicht ablehnt, da beider praktisches Allheilmittel die Politik der brutalen Gewalt ist. Die neue Kampagne gegen Briand begann mit der Rede Clemenceaus in der Vendee anläßig der Enthüllung seines eigenen Denkmals. Zwar haben seine Worte keine allzu günstige Aufnahme in der Pariser Presse gefunden, trotzdem wird man sie ebenso als Symptom werten müssen, wie manche Resolutionen der Generalräte; jedoch auch sonst, in politischen und auch wirtschaftlichen Kreisen regen sich Kräfte, um Briand bei der Eröffnung

Digitized by Google

der Session am 18. Oktober das Leben sauer zu machen. Poincaré hält sich demgegenüber augenblicklich ein wenig zurück. Einesteils will er, wie seine letzte Polemik mit Tardieu beweist, nicht für Clemenceau die Kastanien aus dem Feuer herausholen. Andererseits hat er selbst mit der Abwehr von Angriffen des Sozialisten Renauld zuviel zu tun, um jetzt aktiv in den Kampf gegen Briand einzugreifen. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß zum erstenmal in einer öffentlichen Diskussion über die Frage der Schuld am Kriege mit deutschem Material (belgische diplomatische Berichte) gearbeitet wird. Renauld schließt nämlich seine Angriffe mit den Worten:

„Ich habe gesagt und wiederhole es, daß Sie, Herr Poincaré, das Instrument der russischen und englischen Politik gewesen sind. Das Gleiche haben unsere Feinde und unsere Freunde gesagt: Oesterreich, Deutschland, England, Italien und das heldenhafte Belgien. Folgen Sie meinen Ausführungen und Sie werden wissen, welche Stellung Sie in der Geschichte einnehmen werden." Es folgen nun Auszüge aus Kautskys Buch und aus den Berichten belgischer Diplomaten, die bereits bekannt sind. Das italienische Gelbbuch wird ebenfalls als Beweismittel herangezogen. Es heißt dann weiter: „Das Geringste, was die Geschichte Ihnen vorwerfen kann, ist die Tatsache, daß, wenn Wilhelm II. den Krieg gewollt hat, Sie nichts dazu getan haben, ihn zu vermeiden. Auf die russische Anzeige vom 29. Juli 1914, daß die Mobilmachung beschlossen sei und auf die Anfrage, welche Haltung Frankreich einnehmen würde, hätten Sie antworten müssen: „Wir halten uns an die Bestimmungen der Allianz, aber wir sind nicht allein bei dieser Frage interessiert. England ist es im gleichen Maße. Wir werden uns nach seiner Haltung richten." Herr Renauld meint, daß durch eine solche Antwort England veranlaßt worden wäre, sich klar auszusprechen. In diesem Falle wäre der Krieg vermieden worden". . . . . „Sie, Herr Poincaré, sind auf diese Weise in fünf Jahren ein ungewöhnlich erfolgreicher Totengräber geworden. Sie haben mit Ihrer Politik von Belfort bis Roubaix einen Friedhof von 600 Kilometern Ausdehnung geschaffen, auf dem anderthalb Millionen Franzosen eingescharrt sind. Selbst Wilhelm II. hat nicht mit Ihnen wetteifern können. Denn trotz aller Lügen Ihrer Zensur sind an der Westfront viel weniger Deutsche als Franzosen gefallen. Sie, Herr Poincaré, sind also der erste Totengräber Europas."

Auf diese schweren Anklagen hat Poincaré nicht mehr geantwortet. Trotzdem bleibt er ein beachtenswerter Gegner des Kabinetts, schon weil ihm wohl nicht mit Unrecht gute Beziehungen zum Präsidenten [illegible] nachgesagt werden, der sich nicht wie seine Vorgänger nur auf die [illegible] Seite seines Amtes beschränkt.

Briand selbst scheint nicht ganz zuversichtlich [illegible] zuziehen, nicht zuletzt weil in seinem Kabinett keine völlige Einigkeit herrscht. Einesteils besteht von Anfang an eine leichte Spannung zwischen ihm und dem Kriegsminister Barthou und in letzter Zeit ist auch der Kriegsminister Maginot bestrebt, den Kriegsminister zu Fall zu bringen. Letzterer hat sich mit dem [illegible]

außerhalb des Kabinetts eine Stütze zu finden. Ein weiterer schwacher Punkt im Kabinett Briand, der schon mehrfach das Kabinett in seinen Sturz hineinzuziehen drohte, ist der Finanzminister Doumer. Diese wirtschaftliche Mittelmäßigkeit wird auch durch das Eingreifen Caillaux' in die Tagespolitik bedroht, das bereits so weite Kreise zieht, daß der „Eclair" es für richtiger hält, mit der bisherigen Politik des Totschweigens zu brechen, und sogar den Herausgeber vorschickt, um gegen Caillaux' Ansichten zu polemisieren.

Unter solchen Umständen ist es verständlich, daß Briand den Versuch zu machen scheint, die von der Opposition geplante große Debatte über die Politik des Kabinetts nicht gleich zu Beginn der Tagung aufzunehmen, sondern sie auf die Zeit nach seiner Rückkehr aus Amerika zu verschieben. Er hofft nämlich von dort mit außerpolitischen Lorbeeren zurückzukehren und aller Kritik mit dem Hinweis auf die Festigung der französisch-amerikanischen Freundschaft die Spitze abbrechen zu können. Mir scheinen die wichtigsten Sätze in Briands Rede nämlich die zu sein, in denen er erklärt, daß der Versailler Frieden nur so lange in Kraft verbleiben werde, als bis sich die guten Beziehungen zu den Mächten aufrechterhalten ließen. Diese Sätze dürfen sich meines Erachtens nicht so sehr auf England als auf Amerika beziehen, dessen Freundschaft zu Frankreich Briand bei der Washingtoner Konferenz stark zu festigen können hofft. Dann würde der Zustand verewigt werden, den die Times neulich in überraschender Offenheit zugestanden, als sie sich aus Paris die Meldung zukommen ließ, daß die Zeit des „stolzen Alleinseins" für England im Zeitale'r der weittragenden Kanonen vorüber sei und daß es sich daher für eine Politik des Zusammengehens mit Frankreich entscheiden müsse. Die Redaktion des englischen Blattes stimmte dieser Meldung aus Paris zu mit der Erklärung, daß ihr diese Ansicht richtig zu sein erscheine.

Ob Briand die Taktik des Aufschiebens gelingen wird, ist noch nicht allzu gewiß. Es bleibt nicht außerhalb der Möglichkeit, daß der brutale Nationalismus in der Kammer über die geschmeidige Politik Briands den Sieg davontragen wird. Dann käme es ohne Zweifel zu schweren Reibungen zwischen Frankreich und Deutschland, weil ersteres direkt Konflikte provozieren würde. Aber England und wohl auch Amerika würden schon aus wirtschaftlichen Gründen für eine solche Politik der Katastrophen kaum zu haben sein. Damit würde die Lebensdauer eines solchen französischen Draufgängerkabinetts beschränkt sein, und nach einem Sturz würde eher die Möglichkeit einer europäischen Verständigung erstehen, als mit einem Kabinett Briand, das im Grunde genommen Prestige-Politik nicht nur auf Kosten der wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands, sondern auch Frankreichs treibt. Daß eine Zusammenarbeit, wie sie das Wiesbadener

Digitized by Google

Abkommen plante, mit dem Kabinette Briand nicht recht möglich erscheint, beweist seine Haltung in der oberschlesischen Frage. Wohl hat Briand für das Kabinett Wirth einige freundliche Wendungen gefunden, in der Tat aber hat er sich als der eifrige Helfershelfer der Polen erwiesen, wie es Clemenceau, der Vater der Stacheldrahtzaunpolitik gegen Deutschland, nicht besser hätte machen können. Und das geschah zu einer Zeit, als die Tinte der Unterschrift unter dem Wiesbadener Abkommen noch nicht trocken geworden war, das Frankreich enorme wirtschaftliche Vorteile zukommen läßt. Wir sind die letzten, die einer Katastrophenpolitik das Wort reden, aber es ist zu bedenken, ob nicht gerade die Politik Briands Deutschland systematischer schaden wird, als ein nationalistisches Experiment, das sich doch bald totlaufen würde.

Das Wiesbadener Abkommen

Von Dr. Walter Treuherz

Zum erstenmal seit Ausgang des Krieges ist zwischen Deutschland und einem der früheren Gegner in freier Vereinbarung ein Abkommen geschlossen worden. Man wird diese Tatsache mit Befriedigung feststellen und sich dennoch nicht verhehlen, daß für die deutsch-französischen Beziehungen Entscheidendes damit noch keineswegs erreicht worden ist. Die Erfüllung des Wiesbadener Abkommens hängt von einer Anzahl Faktoren ab, die so irregulärer Natur sind, daß sie sich rechnerisch in eine schlüssige Gedankenkette nicht einordnen lassen. Maßgebend für die Bedeutung des von Rathenau und Loucheur unterzeichneten Vertrages wird daher sein, wie die Staatsmänner hüben und drüben die allgemeine Richtung ihrer Politik zu führen gedenken. Drängt man mit Aufbietung letzter Energie beiderseits zur Erfüllung des Abkommens und stellt dementsprechend seine grundsätzliche Haltung ein, so wird mannigfacher Nutzen für alle Kontrahenten dem Vertrag sicherlich entspringen. Aber nur dann . . . .

Um zu einer Beurteilung des Abkommens zu gelangen, wird der Einfachheit halber angebracht sein, zwischen seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung zu unterscheiden, obwohl beide Momente unzweifelhaft ineinander überfließen und eines das andere bedingen.

Fragen wir zunächst, welche Ueberlegungen Frankreich zum Abschluß des Wiesbadener Vertrages gedrängt haben.

Der französische Anteil an der deutschen Reparationsschuld von $3^1/_2$ Milliarden Goldmark pro Jahr beträgt 52%. Hiervon wären abzurechnen die jetzt schon zu liefernden Kohlenmengen, sowie die Farbstoff-

Digitized by Google

quantitäten. Da in dem Wiesbadener Abkommen festgesetzt ist, daß der Wert der auf Reparationskonto gutzubringenden deutschen Lieferungen 1 Milliarde Goldmark einschließlich der Kohlen- und Farbstofflieferungen nicht übersteigen darf, verbliebe für die Sachleistungen nur eine relativ geringe Menge, deren Höhe zur Zeit nicht genau abzumessen ist, da gleichzeitig auch eine Neuregelung der Kohlenlieferungen vereinbart wurde. Man wird annehmen können, daß bei den heutigen Kohlenpreisen der Wert der noch zu tätigenden Sachlieferungen wenig über $^1/_2$ Milliarde Goldmark betragen wird. Er würde also bei höheren Kohlenpreisen noch geringer sein.

Es ist auch zu berücksichtigen, daß Frankreich für die Kohlenlieferungen durch Deutschland im Wiesbadener Abkommen wesentliche Erleichterungen eingeräumt worden sind. Während bisher für die deutschen Sendungen über Rotterdam, Antwerpen und Gent der Weltmarktpreis maßgebend war, wird fortan für die Lieferungen an Frankreich der deutsche Inlandspreis zuzüglich Transportkosten in Anrechnung gebracht werden. Freilich sind die Transporte nach Frankreich auch bisher schon größtenteils auf dem Landwege vollzogen worden. Da der Wert der Kohlenlieferungen in den deutschen Sachleistungen von insgesamt 1 Milliarde Goldmark aber enthalten sein muß, wird künftig für die Bewertung des Wiesbadener Abkommens viel darauf ankommen, wie hoch sich die deutschen Inlandspreise nunmehr stellen werden. Steigen die Preise, so wird automatisch auch der Spielraum für die Sachleistungen bis 1 Milliarde Goldmark kleiner werden.

Das Abkommen sieht bekanntlich vor, daß nur 35—45% der Sachleistungen Deutschland auf Reparationskonto gutgebracht werden, während wir für alle darüber hinausgehenden Lieferungen als Bankier Frankreichs einspringen und die überschießenden Beträge zunächst erlegen müssen. Es liegt aber selbstverständlich in unserem Interesse, daß diese Summe, die nur mit 5% von seiten Frankreichs zu verzinsen ist, nicht allzu hoch anschwillt. Jedenfalls ist die Höchstgrenze dessen, was uns auf Reparationskonto gutgeschrieben werden muß, nach dem Vertrage fest begrenzt, während die Lieferungen für Wiederaufbauzwecke eine variable unlimitierte Größe darstellen.

Frankreich hat also, obwohl es grundsätzlich zustimmte, daß ein Teil unserer Verpflichtungen in Sachleistungen abgetragen wird, keineswegs darauf verzichtet, auch erhebliche Barleistungen zu empfangen. Nimmt man den Anteil Frankreichs an der deutschen Reparationsannuität von $3^1/_2$ Milliarden Goldmark mit 52% an, so hätte Frankreich ungefähr $1^3/_4$ Milliarde Goldmark zu beanspruchen. Wenn hiervon Sachleistungen in Höhe von 1 Milliarde Goldmark abgehen, hätte Frankreich immer noch einen Anspruch auf $^3/_4$ Milliarde Goldmark in bar. Es dürfte in unserem

Digitized by Google

Interesse liegen, auch diese Summe in Sachleistungen abzugelten. Die französische Regierung hat aber geglaubt, auf große Barleistungen nicht verzichten zu können, was begreiflich erscheint, wenn man das Defizit im ordentlichen Haushalt von nicht weniger als 3,3 Milliarden Francs beachtet.

Der Vorteil für die französische Regierung aus dem Wiesbadener Abkommen besteht vor allem darin, daß sie für Wiederaufbauleistungen künftig keine Beträge mehr auszuwerfen hat. Die Lieferungen zur Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete werden, wenn die Durchführung des Abkommens glückt, von Deutschland vollzogen. Daraus ergibt sich unmittelbar eine Entlastung des französischen Budgets. Ein Nachteil ist freilich vom französischen Standpunkte, daß die Lieferungen der nationalen Industrie entzogen werden. Es ist im Abkommen aber für einen Schutz der französischen Industrie gesorgt, da festgesetzt wurde, daß die deutschen Preise für ausgeführte Lieferungen nicht höher als die französischen Inlandspreise sein dürfen. Sollte die Differenz zwischen deutschem und französischem Preis 5% zu unseren Ungunsten überschreiten, so werden wir nicht gezwungen sein, zu liefern.

Rathenau soll versucht haben, in den Vertrag eine Klausel aufzunehmen, nach der deutsche Lieferanten das Recht zur Ablehnung jeder Lieferung gehabt hätten, falls der französische Normalpreis für diese Lieferung unter dem deutschen Normalpreis liege. Es ist ihm nicht gelungen, diese für die deutsche Wirtschaft günstigere Gestaltung des Vertrages durchzusetzen. Statt dessen ist als Schutzgrenze lediglich die erwähnte Preisdifferenz von 5% vereinbart worden.

Ein Vorteil aus dem Wiesbadener Abkommen für die französische Wirtschaft ist ferner auch darin zu suchen, daß die Wiederaufbauarbeiten ausschließlich von französischen Arbeitern geleistet werden. Dies wird zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Frankreich [illegible] beitragen. Andererseits [illegible] durch die Uebertragung der Wiederaufbaulieferungen an Deutschland [illegible] in dem ersehnten Umfange auf Exportleistungen [illegible] sie ihr [illegible] neben den [illegible] auf den [illegible] lebensnotwendige [illegible] geführte Umstellung der [illegible]

[illegible]

Stils zu machen, aber keineswegs aufgeben; sie hofft zuversichtlich durch gesteigerte Ausfuhrtätigkeit eine Besserung und Stabilisierung der Francsvaluta herbeizuführen, so daß indirekt auch auf diesem Umwege aus dem Wiesbadener Abkommen für das französische Budget erheblicher Nutzen sich ergeben könnte. Ob er erzielt wird, ist lediglich eine Frage französischer Energieentfaltung. Ueber ihre Aussichten und Erfolge kann man füglich verschiedener Meinung sein.

Langwierige und offenbar schwierige Verhandlungen sind zwischen den beiden Kontrahenten über die Frage geführt worden, ob die Erhebung der sehr hohen französischen Zölle auch für die Wiederaufbaulieferungen angebracht sei. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland danach streben mußte, dieses Hindernis auszuschalten. Die französische Regierung konnte jedoch, wahrscheinlich aus finanziellen Erwägungen, sich nicht entschließen, dieser deutschen Forderung nachzugeben. Die Zolleinnahmen bedeuten für den französischen Staatshaushalt einen außerordentlich wertvollen Aktivposten, zu dessen Steigerung Deutschland allerdings nicht mehr viel beigetragen hatte. Der Handel mit Frankreich ist infolge der politischen Spannung seit Ausgang des Krieges, die häufig in einen freiwillig von der Bevölkerung durchgeführten Boykott französischer Waren ausartete, sehr stark zurückgegangen. Die französische Wirtschaft wachte eifersüchtig darüber, daß die billigeren und häufig auch besseren Konkurrenzerzeugnisse Deutschlands von seinen Märkten fernblieben. Der eingetretene Marasmus des deutsch-französischen Handels indessen entsprach keineswegs dem Interesse Frankreichs. Einseitiger Verkehr zwischen Nachbarländern ist immer ein unnatürlicher und schädlicher Zustand. Import auf der einen Seite bedingt allemal auch Export auf der anderen Seite. Es ist der französischen Regierung daher nur willkommen, daß Deutschland zu großen Sachlieferungen auch über die erwähnte 1 Milliarde Goldmark hinaus jetzt bereit ist, weil hiervon ein Wachstum der Zolleinnahmen und eine Verringerung des Defizits zu erwarten ist. Aus diesem Grunde ist auch wohl vereinbart worden, daß die 1 Milliarde überschießenden Beträge nicht sogleich bezahlt werden. Um aber künftig eine Abgeltung der Frankreich von Deutschland vorgeschossenen Beträge durchzuführen, wird Frankreich bestrebt sein, sich größere Guthaben in Deutschland durch Export schon jetzt zu schaffen. Uns kann wiederum an einer verstärkten ausländischen Einfuhr nichts gelegen sein. Die von Deutschland vorgeschossenen Beträge drängen aber um ihrer Rückzahlung willen dazu, größere französische Warenmengen als bisher aufzunehmen. Darin liegt ein Vorteil für Frankreich, der nicht gering eingeschätzt werden darf.

Frankreich wird daher die Gelegenheit, sich große Guthaben in Deutschland schon in den nächsten Jahren bis 1926 (dem Zeitpunkt, von dem ab

Digitized by Google

die deutschen Guthaben mit 5% verzinst werden) zu verschaffen, um so eher nutzen, als es infolge des Wiesbadener Abkommens im Laufe der Jahre auf eine Besserung seiner Valuta hoffen darf, also gezwungen wäre, seine Schuld einstmals in höherwertiger Münze zurückzuzahlen. —

Deutschland nimmt mit dem Wiesbadener Abkommen, dessen dürfte sich auch Rathenau vollkommen bewußt sein, eine neue starke Belastung auf seine Schultern; ihr stehen auf der anderen Seite freilich auch mancherlei Vorteile gegenüber. Dieser Nutzen aber läßt sich rechnerisch einstweilen noch nicht klar ermessen.

Ob das Wiesbadener Abkommen, dessen Sinn und Ziel es war, Barleistungen in Sachleistungen zu wandeln, für die Wiederherstellung unseres Geldwertes wirklich, wie vielfach erhofft wurde, von Bedeutung sein wird, muß füglich bezweifelt werden. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Wert unserer Lieferungen auf Reparationskonto nur in Höhe von höchstens 35—45% gutgebracht werden soll, während die deutsche Regierung den hiesigen Lieferanten den vollen Wert in Papiermark zahlen muß. Die Finanzierung der deutschen Lieferungen wird also durch die Notenpresse erfolgen. Vielleicht gelingt es auch, einem Teil der Reichsverpflichtungen durch Inanspruchnahme in- oder ausländischen Kredits zu genügen. Die Regierung hofft auf diese Möglichkeit. Ob sie erfüllt wird, hängt jedoch sehr wesentlich von der allgemeinen politischen Lage ab. Man sollte sich in Frankreich daher wenigstens der Tatsache bewußt sein, daß sowohl die Entscheidung über Oberschlesien als auch die Tendenz der französischen Politik für die Erfüllung des Wiesbadener Abkommens eine gewichtige Rolle spielt. Nur wenn Frankreich einsichtig ist, wird die Durchführung des Vertrages möglich sein. Daß es an ihm ernstes Interesse hat, ist ohne weiteres anzunehmen. Vom deutschen Standpunkt aber muß nach den bisherigen Erfahrungen als ein Nachteil bezeichnet werden, daß die Ausführung des Wiesbadener Abkommens, auf das so viel Mühe verwandt worden ist, stärker vom Willen des Auslandes als vom unseren abhängt.

Auf Besserung der deutschen Valuta durch das Wiesbadener Abkommen zu hoffen, dürfte auch aus einem anderen Grunde verfehlt sein. Die Erfüllung des Vertrages Loucheur-Rathenau wird schon an sich unsere ganze wirtschaftliche Energie in Anspruch nehmen. Einem großen Teil der deutschen Erzeugung ist künftig die Richtung nach Frankreich fest vorgeschrieben. An der freien Verwertung unserer Güter im Auslande, möglichst an den Stellen, wo wir die günstigsten Bedingungen zu erhalten hoffen, werden wir also gehindert, wenn es nicht gelingt, die deutsche Produktion zu einer Vermehrung ihrer Leistungen aufzupeitschen. Es ist nicht wahrscheinlich, daß dies in wenigen Jahren gelingt. Das Anreizen der Exportprämie [illegible]

werden wir somit künftig in viel stärkerem Maße als bisher bedürfen. Damit soll gewiß nicht gesagt sein, daß der jetzige Stand der Mark und seine Folgen für die Zerrüttung unserer Staatsfinanzen nicht außerordentlich beklagenswert, ja geradezu katastrophal sind. Die Entwicklung unseres Exportes ist aber durch das Wiesbadener Abkommen, falls die Valuta wider Erwarten eine sehr wesentliche Besserung erfährt, eher gefährdet als begünstigt. In Zeiten niedergehender Konjunktur bedeutet der Vertrag für unsere Industrie zwar einen Vorteil, da er der deutschen Industrie gleichmäßige Beschäftigung sichert. Anders indessen in Zeiten starken Warenhungers. Dann wird ein erheblicher Teil unserer Erzeugung durch die Kanäle des Wiesbadener Abkommens nach Frankreich gepreßt, und nur noch ein Rest, dessen Höhe wir nicht festzustellen vermögen, stände zur freien Verwertung auf den Weltmärkten zur Verfügung.

Auch der Nutzen, der unserer Industrie aus der eigenartigen im Vertrage ausbedungenen Preisfestsetzung entstehen kann, läßt sich nicht klar ermessen. Als Höchstgrenze für die deutsche Preisgestaltung werden die französischen Inlandspreise gelten. Diese werden freilich normalerweise über den deutschen Preisen liegen, da anzunehmen ist, daß der französische Zoll in einem mehr oder weniger großen Umfange auch im französischen Warenpreis enthalten ist. In Schutzzollländern pflegen die Gestehungskosten gewöhnlich recht hoch zu sein. Sie sind aber auch bei uns andauernd im Steigen begriffen. Kommt es daher zu einem völligen Ausgleich der deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise, so wäre kaum wahrscheinlich, daß wir gegenüber der französischen Wirtschaft auf die Dauer wirklich noch wettbewerbsfähig bleiben könnten.

Den Mut, eine Vereinbarung dieser Art über die Preise zu treffen, konnten unsere Unterhändler nur im Vertrauen auf die wesentlich größere technische Leistungsfähigkeit und den Vorteil, der sich aus unserer niedrigen Valuta ergibt, aufbringen. Auch an dieser Stelle unserer Ueberlegungen zeigt sich, daß die Durchführung des Vertrages vom Schicksal unserer Währung abhängt.

Die wirtschaftlichen Vorteile, die aus dem Vertrag abgeleitet werden können, sind somit für uns nicht allzu groß. Der Nutzen liegt mehr auf politischem Gebiet. Bedeutsam vor allen Dingen sind die Nebenabkommen, in denen Vereinbarungen über die Ablösung der Frankreich geschuldeten Restitutionen sowie über die Anrechnung des zurückgelieferten Materials getroffen worden sind. Diese Nebenabkommen werden zur Reinigung der politischen Atmosphäre wesentlich beitragen. Der ewige Notenwechsel und die Verstimmungen, die gerade aus dieser Quelle stammten, werden in Zukunft hoffentlich nicht mehr möglich sein.

Voraussetzung für die Durchführung des Vertrages ist einmal, daß die Geschädigten in den Wiederaufbaugebieten von der Möglichkeit, deutsche

Digitized by Google

Waren zu beziehen, auch wirklich Gebrauch machen. Dann aber ist noch keineswegs sichergestellt, daß die deutsche Wirtschaft auch wirklich in der Lage ist, in einem Umfange und zu Preisen zu liefern, wie dies von Frankreich beansprucht werden kann. Unser Vertrauen zu der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft ist allerdings außerordentlich groß. Sie wird sicherlich bestrebt sein, durch Verfeinerung ihrer Produktionstechnik die Gestehungskosten und die Exportpreise soweit herabzudrücken, daß für Frankreich ein Anreiz besteht, deutsche Arbeit in Anspruch zu nehmen. Wir hoffen mit Rathenau, daß die französischen Verbraucher sich an deutsche Waren gewöhnen und ihnen auch künftig nach Beendigung der Wiederaufbauarbeiten den Vorzug geben werden. Damit wäre freilich viel erreicht. Im Sinne Frankreichs läge diese Wirkung allerdings nicht. Frankreich hofft durch Uebertragung der Wiederaufbauarbeiten an Deutschland Kräfte für die Neuorganisation und Stärkung seiner eigenen Exportindustrie freizumachen. Gelingt es, so ist auch die Annahme Rathenaus falsch, daß die deutschen Wiedergutmachungsleistungen keine Belastung des Weltmarktes darstellen. Was wir durch Uebernahme der Wiederaufbauarbeiten in den verwüsteten Gebieten dem Weltmarkt an Ware entziehen, würde ihm aus Frankreich zugeführt werden.

Es wäre erfreulich und wünschenswert, wenn dem ersten Abkommen, das sich die Umwandlung von Barleistungen in Sachleistungen zum Ziel gesetzt hat, weitere folgen würden. Bedeutsam für die Besserung unserer allgemeinen politischen Lage aber wäre vor allem, wenn die Möglichkeit bestände, nicht nur unsere Verpflichtungen gegenüber Frankreich, Italien und einigen kleineren Staaten, sondern auch den britischen Anteil durch Sachleistungen abzugelten. Die Umwandlung von Barleistungen in Sachleistungen ist sicherlich ein erstrebenswertes Ziel. Gesunden aber kann die Weltwirtschaft nur, wenn auch die absolute Höhe unserer Verpflichtungen auf ein erträgliches, allen Parteien zuträgliches Maß durchgeführt wird.

Die Not des Memellandes

Von Claus von der Decken

„Kommt Zeit — kommt Rat", dachten die Weisen von Versailles, als sie kurz entschlossen, ohne zu wissen, was sie damit anfangen sollten, mit der Diplomatenschere den nordöstlichen Zipfel des verhaßten Deutschlands abschnitten und sich die Entscheidung über das Schicksal dieses Gebietes vorbehielten. Mit der gleichen Ahnungslosigkeit wurde der Abtrennungsstrich längs dem Memelstrome und über das Kurische Haff gezogen, wodurch die südmemelländischen Kreise, die scherzhafterweise den eigentlichen Sitz der sogenannten „litauischen Kriegs- und Domänenkammer" bilden, bei

Digitized by Google

Ostpreußen verblieben, obwohl sie die gleichen Bewohner und den gleichen Charakter aufweisen, wie die losgelösten Kreise. So entstand in der Nordostecke Deutschlands ein Niemandsländchen, um das sich die hohe Politik, die andere Sorgen in Hülle und Fülle hatte, nur wenig kümmerte und über dessen zukünftiges Schicksal noch heute niemand Auskunft zu geben vermag. Nur das eine steht fest; zu Deutschland darf es nicht zurück, selbst wenn bei einer Volksabstimmung hundert Prozent aller Stimmen eine Wiedervereinigung mit dem Mutterlande fordern sollten. So verlangt es das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" — „wie es die Entente auffaßt".

Mit dieser Tatsache müssen die Memelländer rechnen und auf diese müssen sie — wenn auch schweren Herzens — ihre Politik einstellen, wenn sie nicht unerfüllbaren Wünschen und gefährlichen Illusionen nachjagen wollen. Die gewaltsame Abtrennung vom Mutterlande wird im Memellande allgemein als schweres Unrecht empfunden, aber man sieht keine praktische Möglichkeit, sich von diesem Zwange zu befreien, und ist daher bereit, die Schlußfolgerungen, die sich aus dieser Lage für die Politik des Memellandes ergeben, zu ziehen und dem Wunsche des Herzens, das treu für Deutschland schlägt, zu entsagen. Für die Memelländer gibt es jetzt nur eine Politik und zwar: den Kampf für ihre Selbständigkeit in scharfer Abwehr aller Pläne, die auf eine Verschacherung an Litauen oder Polen hinauslaufen. In der ersten Zeit hat die französische Besatzungsbehörde den Hoffnungen der Memelländer auf Errichtung eines kleinen Freistaates nicht nur durch ihr Verhalten, sondern sogar durch positive Versprechungen Nahrung gegeben. Doch eine Pariser Reise des Gouverneurs rief in dieser Beziehung eine sehr fühlbare Wandlung hervor. Die früher von der französischen Besatzungsbehörde recht unverhohlen gezeigte Abneigung gegen alles Litauische verschwand. Groß-Litauen wurde nunmehr bei allen Gelegenheiten herangeholt und der deutsch-litauische Heimatbund an die Wand gedrückt, und es häufen sich in letzter Zeit die unangenehmen Vorfälle, die recht fühlbar einen Umschwung der Stimmung erkennen lassen. Am deutlichsten zeigt sich diese in der Besetzung des Postens des Präsidenten des Landesdirektoriums mit dem ehemaligen preußischen Regierungsrat Dr. Steputat — einem Manne, den die Groß-Litauische Presse mit Begeisterung als ihren Bundesgenossen begrüßte und auf den sie die weitestgehenden Erwartungen in bezug auf die Förderung der großlitauischen Bestrebungen setzte. Es bleibe dahingestellt, wie weit diese Hoffnungen der Groß-Litauer und die Befürchtungen der deutschgesinnten Bevölkerung des Memellandes in Wirklichkeit berechtigt sind. Es soll nicht verschwiegen werden, daß man in letzter Zeit in deutschen Kreisen, die die Möglichkeit haben, sich ein richtiges Urteil zu bilden, geneigt ist, die Absichten des neuen Präsidenten wohlwollender und weniger mißtrauisch zu

Digitized by Google

betrachten. Immerhin bleibt bestehen, daß Dr. Steputat die ihm von der deutschen Presse, unter Hinweis auf die groß-litauischen Lobpreisungen vorgelegte Gretchenfrage, wie er es mit dem Deutschtum halte, trotz mehrfacher Aufforderungen völlig unbeantwortet gelassen und auch noch vor einigen Tagen bei der Eröffnung des Memeler Staatsrats jede bindende Erklärung sorgfältig vermieden hat, indem er sich zu einem „Programm der Programmlosigkeit" bekannte. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß die Lage Dr. Steputats eine sehr schwierige und seine Bewegungsfreiheit eine stark beschränkte ist, so erscheint es doch unter diesen Umständen nur zu verständlich, daß die Sorge um die Zukunft immer schwerer auf den Herzen der Memelländer lastet.

Das Memellandproblem muß im Zusammenhange mit der ganzen Ostfrage betrachtet werden. Die Zertrümmerung Rußlands durch den Weltkrieg und den Bolschewismus hat die deutsche rechte Flanke von dem „russischen Sporn" befreit. Das Ziel der französischen Politik ist es nun, diesen durch den polnischen „Sporn" zu ersetzen und diesem eine möglichst große Stoßkraft zu verleihen. Die darauf hinzielenden Bemühungen der französischen Diplomatie sind bisher nicht von Erfolg begleitet gewesen. Der Versuch, mit Hilfe des Rebellen-Generals Zeligowski durch einen Vorstoß auf Wilna Polen einen zweiten Korridor zur See zu gewinnen, mißlang. Der Vorschlag einer polnisch-litauischen Alliance, zu dem man dann seine Zuflucht nahm, scheiterte an dem traditionellen, nur zu begründeten Mißtrauen Litauens gegen alles Polnische. Nun versuchte man sein Heil mit der Gründung eines Randstaatenbundes unter polnischer Führung. Die Koalition kam allerdings zustande, aber — ohne Polen. Dieser erneute Fehlschlag führte zu dem schlauen Gedanken, das Memelland Litauen als Köder hinzuwerfen, um es für eine Union mit Polen zu gewinnen. Das ist der Sinn des Wilnaprojektes des Belgiers Huymans, mit dem sich der Völkerbundrat und die Völkerbundversammlung ebenso eifrig, wie erfolglos beschäftigt haben. Die Litauer haben sehr richtig erkannt, daß der Besitz Memels für sie z. Zt. polnische Hörigkeit bedeutet, für deren Wohltaten auch der beschränkte Besitz Wilnas auf Grund des kantonalen Systems nur eine sehr dürftige Entschädigung bieten dürfte. Sie haben daher dankend abgelehnt, und der so schön ausgedachte Plan kann wohl vorläufig als gescheitert gelten.

Doch die Bedrohung der Memelländischen Selbständigkeit durch Litauen oder Polen ist damit keineswegs beseitigt, und die Memelländer haben allen Grund, diesen Vergewaltigungsbestrebungen immer wieder ihr Recht auf Selbstbestimmung gegenüberzustellen und ihre Ansprüche auf Selbstständigkeit zu betonen. Daß das Memelgebiet als selbständiges Staatengebilde bestehen kann, hat es in den zwei Jahren, die seit der Abtrennung vergangen sind, durch die Tat bewiesen. Dafür legt beredtes Zeugnis

Digitized by Google

der erste Haushaltsplan ab, den der Staatsrat des Memelgebietes Anfang Juni d. J. genehmigt hat, und der die jetzt geradezu zu einer Museumsrarität gewordene Eigenschaft aufweist, daß sich in ihm Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht halten. Auch der Charakter des Memelgebietes als deutschen Kulturgebiets steht außer Zweifel. Die 150 000 Memelländer, die zu 60 v. H. Deutsche und zu 40 v. H. Deutschlitauer sind, beherrschen fast alle die deutsche Sprache in Wort und Schrift. Bei der auf groß-litauisches Betreiben vom französischen Gouverneur kürzlich angeordneten Abstimmung haben sich in allen drei Landkreisen die Eltern mit überwältigender Mehrheit für die deutsche Unterrichtssprache ausgesprochen. Selbst in dem angeblich überwiegend litauischen Kreise Heydekrug wünschten nur 5 % der Eltern den litauischen Religionsunterricht und nur 2,4 v. H. litauischen Lese- und Schreibunterricht. In den anderen Landkreisen tritt in den Ergebnissen der Abstimmung der Mißerfolg der großlitauischen Propaganda noch schärfer zutage, und im ganzen Memelgebiet wird nur für 400 von 22 000 Schülern (d. h. nur für 1,8 v. H.) von den Eltern litauischer Lese- und Schreibunterricht gewünscht. Mit dem „unstreitig ethnographisch litauischen Boden" des Memelgebietes ist es also nichts. Auch in konfessioneller Beziehung weist das Memelland mit seiner zu 94 v. H. evangelischen Bevölkerung eine ganz andere Struktur als das katholische Litauen und Polen auf. Neben diesen kulturellen Gründen sind es außerdem die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich einer Zuteilung des Memelgebietes an Litauen oder Polen gebieterisch widersetzen. Es ist nur zu verständlich, daß der Memeler Groß- wie Kleinhandel nur den einzigen Wunsch hat, — wie er in einer dem Oberkommissar überreichten Denkschrift klarlegt — „nicht in den Strudel der politischen und wirtschaftlichen Wirrnisse des einen oder anderen Randstaates hineingezogen zu werden" und von einer Einverleibung in Litauen oder Polen die schwersten Schädigungen für das gesamte Wirtschaftsleben befürchtet. Auch für die Memelländische Landwirtschaft bedeutet die Zuteilung zu Litauen oder Polen die Vernichtung des Realkredits, den Tod des gesamten genossenschaftlichen Kassenwesens und damit den unausbleiblichen Ruin, ganz abgesehen davon, daß die sehr gesunde Mischung von Groß- und Kleingrundbesitz, wie sie im Memelgebiet besteht, keine gewaltsamen Eingriffe und Umstellungen ohne schwere Schädigung der Produktion ertragen könnte. Mit nicht geringeren Besorgnissen als Handel, Industrie und Landwirtschaft sieht, die etwa 15—20 000 Köpfe zählende Arbeiterschaft einer Angliederung an Litauen oder Polen entgegen. Der unvermeidliche Verfall des Schulwesens würde die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung aufs schärfste treffen, ebenso wie sie auch am schwersten durch die Zerrüttung von Handel, Industrie und Landwirtschaft, den Grundlagen ihrer Existenz, betroffen werden würden.

Digitized by Google

Dazu kommt, daß ein Anschluß an Litauen oder Polen die Aufrechterhaltung und den Ausbau des sozialen Versicherungswesens unmöglich machen und die wohlerworbenen Rechte der Arbeiterschaft auf diesem Gebiet vernichten würde. Die wirtschaftliche Zukunft des Memelgebietes kann nur dann als gesichert gelten, wenn es seine völlige politische Selbständigkeit erhält, die ihm gestattet, eine Wirtschaftspolitik zu treiben, wie es seine geographische Lage und die Bedeutung seines Hafens erfordern. Diese verlangen selbstverständlich gute wirtschaftliche Verbindungen mit allen Nachbarn, sowohl mit Deutschland, wie mit Litauen und Polen, denen sowohl als Rohstoffquellen für die Industrie, wie als Hinterland des Memeler Hafens eine große Bedeutung zukommt. In dem Kampf, den das Memelgebiet jetzt um seine Selbständigkeit führen muß, steht nicht mehr und nicht weniger, als seine kulturelle und wirtschaftliche Existenz auf dem Spiele. Es ist schmerzlich für das Mutterland, daß es diesem Kampf nur mit verschränkten Armen zuschauen darf. Aber Verständnis und Teilnahme des Herzens sollte man im Reiche den schwer ringenden Stammesbrüdern nicht versagen. Allein schon die ernsten Rückwirkungen, die eine französisch-polnische Lösung der Memelfrage für Ostpreußen — die „einzige und letzte Kolonie" des Deutschen Reiches — unmittelbar im Gefolge haben würde, müßten auch denjenigen, der die Stimme des Bluts überhören zu dürfen glaubt, zwingen, mit sorgenvollem und aufmerksamem Auge gen Nordosten zu blicken, woher der Ruf erschallt: Memel in Not.

Sowjetrußlands Erfolge im Orient

Von Dr. Elias Hurwicz

Das Jahr 1921 erscheint recht eigentlich als das Erntejahr der Orientpolitik der Sowjetregierung und der III. Internationale: was in zäher, systematischer Arbeit gleich seit dem Herrschaftsantritt der Bolschewisten aufgebaut wurde, trägt jetzt seine Früchte. Allein im Februar und März dieses Jahres schloß die Sowjetregierung Freundschafts-, Bündnis- und Handelsverträge mit der Türkei, Afghanistan und Persien ab. Zweifellos ein Ergebnis der bolschewistischen Orientpolitik ist auch das Handelsabkommen mit England: das zeigt schon sein erster Paragraph, der als Bedingung zur Aufnahme der Handelsbeziehungen das Einstellen der Propaganda in Indien und Afghanistan verlangt, und — last not least — die Frucht dieser Orientpolitik ist jetzt auch der trotz aller Rückschläge hartnäckige Kampf der Türken in Kleinasien. So wird es wohl angezeigt sein, einige grundlegende Züge dieser Politik sich vor Augen zu führen. Denn — daran kann wohl

Digitized by Google

kaum ein Zweifel sein — in dem neuen Kräftespiel der Weltpolitik nach dem Kriege ist die „Selbstbestimmung" des Orients eines der anziehendsten Kapitel.[1]) Um so mehr aber muß es unser Bestreben sein, all diese Dinge sine ira et studio zu betrachten.

Beginnen wir zuerst mit der Frage, die sich dem Beobachter auch zunächst aufdrängt: woher die Annäherung Sowjetrußlands an den Orient? Und suchen wir diese Annäherung aus der neuen Weltkonstellation heraus (aus der neuen geopolitischen Lage, würde Kjellèn sagen) zu begreifen, so ergibt sich uns eine paradoxe, aber doch tatsächlich bestehende Verwandtschaft zwischen Lenin und Wilhelm dem Zweiten als Orientpolitiker. Wie Deutschland in dem Weltbilde vor dem Kriege der neue Staat war, der nach Aufnahme in die europäische Staatenfamilie als gleichberechtigtes Glied strebte, aber isoliert, eingekreist blieb, so ist es heute Sowjetrußland. Während die kolonialen Großmächte England und Frankreich an der Teilung des Ostens interessiert waren, war das kontinentale Deutschland an der Integrität des Ostens interessiert (Damaskus-Rede Wilhelms II.), und das gleiche ist heute bei Sowjetrußland der Fall (Rede Lenins auf dem III. Kongreß der III. Internationale). Und so ergab sich bei beiden Staaten aus der Zurückstoßung von Europa die Annäherung an Asien.

Dadurch aber mußte in der sowjetrussischen Orientpolitik notwendigerweise ein Zwiespalt entstehen. Neben, oft sogar an Stelle der orientalischen Propaganda des Kommunismus als Selbstzweck ergab sich seine Propaganda als Mittel zum Zweck, nämlich als Druck auf die europäischen Großmächte, besonders England, um die Aufhebung der Blockade, Aufnahme der Handelsbeziehungen und Anerkennung des bolschewistischen Rußland als ebenbürtiger Partner im zwischenstaatlichen Leben durchzusetzen. Als im Herbst 1920 bolschewistische Truppen in Persien einbrachen, schrieb die „Bjednota" („Armut"):

„Es wäre ein Irrtum zu glauben, die persischen Revolutionäre seien Kommunisten oder Bolschewisten. In Persien gibt es fast gar kein Industrieproletariat. Es ist ein rückständiges Land. Aber hinter Persien liegen die asiatischen Besitzungen Englands. Auf diese Weise rollen die Wellen der russischen Revolution durch Persien dicht bis an die englischen Kolonien heran und die Revolution in Persien muß England zum Friedensschluß mit uns zwingen".

Dieselbe Zwiespältigkeit besteht aber auch auf der Gegenseite. Am 9. Juli d. J. trat auf dem III. Kongreß der III. Internationale in Moskau, wie die „Prawda" selbst (Nr. 152) berichtet, der

[1]) Im Rahmen eines Artikels kann natürlich nur eine skizzenhafte Schilderung der Verhältnisse und Probleme gegeben werden. Ihre vollständige und eingehende Darstellung gibt der Verfasser in einem demnächst von der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte herausgegebenen Schrift: „Die Orientpolitik der III. Internationale".

Digitized by Google

Delegierte der türkischen kommunistischen Partei mit der folgenden Erklärung hervor:

„Türkische Arbeiter und Bauern, die während des Weltkriegs als Kämpfer oder Kriegsgefangene an verschiedenen Fronten waren, wissen, was ein imperialistischer Krieg ist. Die werktätigen Massen Anatoliens erhoben sich jetzt gegen die Unterdrückung durch die Entente. Aber an die Spitze dieser Bewegung stellten sich wieder die Paschas. Kemal Pascha leitet wohl eine nationale Freiheitsbewegung, verwaltet aber im übrigen das Land wie früher ein Sultan-Hamid. Gleichzeitig mit dem Krieg gegen die Entente führt er einen Kampf gegen die eigenen Kommunisten, aus Besorgnis, diese könnten im Falle des Erfolges die politische Macht an sich reißen. Zu diesem Zweck haben die Paschas sogar eine offizielle Kommunistenpartei ins Leben gerufen, die unter dem Schein kommunistischer Losungen tatsächlich gegen den Kommunismus im Lande arbeitet."

Sinowjew aber fand für den Beschwerdeführer keinen anderen Trost als den, daß „die Revolutionäre von Kemal nicht anders als im sozialdemokratischen Deutschland verfolgt werden".

Diese Enthüllungen wurden neuerdings auch von Arthur Ransome im „Manchester Guardian" vollauf bestätigt. Er führt unter anderem eine ungemein charakteristische Aeußerung von Kar-Ali-Bek, dem Führer der türkischen Scheinkommunisten, an, der im eigenen Lande als „zweiter Karl Marx" gilt:

„Der türkische Kommunismus muß ein Mittel zum Glück und zur Macht der turanischen Rasse sein. Der Kommunismus ist heute eine Notwendigkeit, morgen kann sein Programm beschnitten werden. Der Nationalismus aber bleibt unwandelbar. Der Kommunismus ist nicht Ideal, sondern ein Mittel für den Panturanismus."

Die beste Bestätigung jener Beschwerde bildet aber die Ermordung des Führers, des aufrichtigen türkischen Kommunisten Subhi-Pascha, der als Vermittler zwischen Moskau und der Angora-Regierung dieser letzteren wertvolle Dienste geleistet hatte, sobald er in Trapezunt im Dienste der kommunistischen Propaganda ankam. Der treueste Anhänger des Bundesgenossen wird also wegen Bolschewismus aus der Welt geschafft! Diese Tatsache allein wirft ein grelles Schlaglicht auf das Wesen des türkischen „Bolschewismus".

Und nicht anders — wenn auch ohne solche dramatischen Zwischenfälle steht es um den Kommunismus in Persien, Afghanistan, Indien. Den Bolschewisten selbst — das zeigte vorher unser Zitat aus der „Pravda" — ist dies hinreichend bekannt. Allein sie weisen darauf hin, daß beispielsweise Indien ein sehr entwickeltes Eisenbahnnetz hat und es infolgedessen dort viele Proletarier „geben müsse". Vor allem betonen sie aber, als eine für alle diese Orientländer durchgehende Tatsache, die Proletarisierung des Bauerntums infolge der Konzentration des Bodens in den Händen weniger Familien; auf dem zweiten Kongreß der III. Internationale (im Juli vorigen Jahres) traten die Delegierten der genannten Länder (aber auch z. B. Niederländisch-Indiens) mit Zahlen, die diesen

Digitized by Google

Prozeß beweisen sollten, hervor. Schließlich wird von sowjetrussischer Seite auf die Proletarisierung des orientalischen Mittelstandes, namentlich der kleinen und mittleren Händler, infolge des Niedergangs des Orienthandels nach dem Weltkriege hingewiesen.

Doch diese ganze Beweisführung erscheint — vorderhand wenigstens — als zu aprioriſch, um die Erwartung kommunistischer Staatsumwälzungen im Osten zu rechtfertigen. Und die Bolschewisten vergessen die Macht der Tradition und der Religion, die sie im eigenen Lande „abgeschafft" haben mögen, die aber gerade im Orient noch fest und in unlöslicher Verbindung mit politischem Denken in den Gemütern sitzt.

Nur dort, wo der Kommunismus sich mit dem Nationalismus verquicken läßt, bürgert er sich ein. Daher geben die vom Hasse gegen Japan beseelten Koreaner für die Bolschewisten tüchtige und wegen ihrer lokalen Sprachkenntnisse besonders geschätzte Agitatoren im fernen Osten ab. Daher ist auch Shanghai eines der wichtigsten Nester der fernasiatischen Propaganda des Bolschewismus. Aber auch hier verbindet dieser sich unlöslich mit dem Revanchegefühl der Chinesen (Schantung!) und mit dem Boykott der japanischen Waren.

Und dennoch! Bei all ihrer äußeren Zwiespältigkeit und inneren Widerspruchsfülle kann doch nicht bezweifelt werden, daß die Orientpolitik der Sowjetregierung und der III. Internationale feste Wurzeln gefaßt und ihre Früchte tragen wird, auch dann, wenn ihre Urheber längst die Weltbühne verlassen haben sollten. Ja, sie trägt diese Früchte schon jetzt. Die Art und Weise, wie die Sowjetregierung in allen ihren Orientverträgen (mit Chiwa am 13. September 1920, mit Afghanistan und Persien am 26. Februar 1921, mit der Türkei am 16. März 1921) alle alle Privilegien verzichtet — während materielle Vorteile die treibende Kraft und das einzige Ziel aller bisherigen Orientpolitik waren — muß auf die Orientvölker einen unauslöschlichen Eindruck machen. Daß die Sowjetregierung dabei — dies ist der zweite durchgehende Zug all ihrer Orientverträge — zur Bedingung macht, daß auch die Privilegien der alten Kolonialmächte fortfallen, tut dem Eindruck keinen Abbruch, eher im Gegenteil. Dadurch aber wird die wirtschaftliche Verdrängung dieser Kolonialmächte begründet. Schon am 16. Mai d. J. klagte der Teheraner Korrespondent der „Times" über die Aufhebung der Konzessionen des großen britischen Transportkonzerns (die das Bachtiarenland und die Straße von Teheran nach Isfahan umfaßten), sowie über die Tätigkeit britischer Beamten im persischen Finanzwesen, die die persische Presse als „Herausforderung gegenüber Rußland" bezeichnete. Die Zeichen einer Boykottbewegung gegen englische Waren — und englische Schulen — mehren sich auch in Indien. Dieser Boykott soll zugleich als „Probe für den

Digitized by Google

politischen Boykott" gelten. Denn die zweite Frucht der bolschewistischen Orientpolitik ist die Stärkung des unaufhaltsamen Strebens nach voller staatlicher Unabhängigkeit. Ein sinnfälliges Symbol dieses Strebens ist die afghanische Mission, die, nachdem Afghanistan sich von der bisherigen diplomatischen Vertretung durch England im Frieden von Rawalpindi (8. August 1919) freigemacht hatte, sich überall in Europas Hauptstädten, nur nicht in London, vorstellte.

Und auch die dritte Frucht der bolschewistischen Orientpolitik — eine sinnfällige Einheit des Orients — ist, in greifbaren Ansätzen, schon da. Afghanistan schließt in Moskau am 1. März d. J. ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Türkei ab. Türkische Instruktoren sind im afghanischen Heer bereits seit geraumer Zeit tätig. Ende Juni schließt Persien ein Bündnis mit Afghanistan ab. Bereits vor der Räumung Angoras wurde auf dem Gebäude der dortigen afghanischen Mission die erste offizielle afghanische Flagge aufgezogen, und bei ihrem Wehen hat Kemal eine Rede von der Einheit der Islamwelt gehalten und seine Truppen zum weiteren Widerstand gestärkt. Heute wissen wir, wie stark dieser Widerstand ist. Nach anfänglichen Mißerfolgen beginnen jetzt die Türken sich zusehends zu erholen, und jetzt sind die Griechen daran (nach schweren Verlusten), den Rückzug anzutreten.

Heute wissen wir auch, daß die einmal eingeleitete Orientpropaganda sich durch keinerlei Verträge aufhalten läßt: der jüngste Notenwechsel zwischen Curzon und Tschitscherin ist der beste Beweis dafür.

Notiz

Der Arbeiter als Bürger. Unter dem künstlich genährten Gegensatz zwischen „Arbeiter" und „Bürger" leidet die innerpolitische Atmosphäre. Die äußersten Rechts- und Linksparteien leben von der suggestiven Kraft dieser Schlagworte. Ich möchte hier für die Vertreter einer starken Mittellinie ein neues Schlagwort befürworten, natürlich unter der Voraussetzung, daß es nicht bloß beim Schlagwort bleibt, sondern daß an der Verwirklichung seines inneren Sinnes ernstlich gearbeitet wird, nämlich: „Der Arbeiter als Bürger!"

Wenn man rückwärts in die Geschichte blickt, wird man erkennen, daß immer schon der Kampf der unteren Klassen ihre Einbürgerung unter die herrschenden und besitzenden Klassen, die Bürger im heutigen Sinne, zum letzten Ziel gehabt hat. So war es bei den Plebejern im alten Rom, bei den Zunftkämpfen und Bauernkriegen im Mittelalter. So ist es im Grund auch heute bei den Arbeitern. Unter den Führern, die fast durchweg Bürger sind (im Sinne von friedlich Besitzenden), mag auch das Streben nach persönlicher Führermacht und politischem Einfluß eine Rolle spielen. Bei den Geführten aber überwiegt zweifellos das Streben nach ruhigem Besitz und Gleichstellung mit den anderen Besitzenden, den Bürgern. Ich habe als Richter die Erfahrung gemacht, daß der Arbeiter, wenn er Besitz erworben hat, im Rechtskampf um seinen Besitz päpstlicher ist als der Papst.

Digitized by Google

Wäre es nicht klüger, anstatt dieses Streben als Raubversuch zu bekämpfen, ihm in großzügiger und verständiger Weise entgegenzukommen? Man lasse den Arbeiter als Bürger gelten und helfe ihm überall freiwillig zur Einbürgerung! Dann wird der wilde Kampfruf: „hie Arbeiter, hie Bürger!“ bald verstummen, und es wird nur noch Arbeitslose und Arbeitsscheue auf der einen, ein paar Maschinengewehrgeschworene auf der anderen Seite geben, die in ihrer Vereinsamung machtlos bleiben müssen.

Als wichtigstes Beispiel will ich nur die Beteiligung des Arbeiters am Unternehmerkapital und -gewinn herausgreifen. Diese Frage war kürzlich auf dem Bamberger Juristentag Gegenstand der Beratung. Der Juristentag sprach sich zwar einmütig gegen jeden auf den Unternehmer gerichteten Zwang aus, hielt aber freiwillige Einräumung einer gewissen Beteiligung für ein Gebot der Stunde, und beschloß, daß Musterverträge für diesen Zweck entworfen und den Unternehmern zur Verfügung gestellt werden sollten.

Auf die Schwierigkeiten dieses Problems (Arbeiteraktien, Verhältnis der Arbeitergruppen zueinander usw.) soll hier nicht näher eingegangen werden. Es wird sich vor allem darum handeln, einen Weg zu finden, der den Arbeiter nicht nur äußerlich beteiligt, sondern auch innerlich am Gedeihen des Werks interessiert und an letzteres bindet. Erst dann ist er in obigem Sinne seßhaft, ist Bürger geworden.

Für die Leitung des Unternehmens wäre es doch gewiß ein unschätzbarer Gewinn, sich auf einen Stab solcher seßhafter Arbeiterbürger stützen zu können. Andererseits darf sie natürlich den Anspruch erheben, daß die Einheitlichkeit der Führung in ihrer Hand gewahrt bleibt und die Beteiligung von den Arbeitern nicht lediglich als erster Schritt zur Vollsozialisierung betrachtet und behandelt wird. Aus diesem Grunde müßte meiner Ansicht nach auch eine gewisse Verantwortlichkeit des Arbeiters in den durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse bedingten Grenzen durch die angeregten Vertragsentwürfe vorgesehen werden. Die persönliche Haftbarkeit dämpft den Uebereifer, den (wie die Erfahrung der Revolutionszeit gezeigt hat) Unverantwortliche so leidenschaftlich äußern. Sie wird auch den Arbeiter lehren, welche Gefahren die Vollsozialisierung für ihn und das Werk in sich birgt, und so die ruhige, sachliche Entscheidung dieser heute noch nicht spruchreifen Frage fördern.

Der Versuch der Arbeiter- (und Angestellten-) beteiligung ist ja schon mit Erfolg von einzelnen Industriellen durchgeführt worden. Es wäre zu wünschen, daß die Arbeitgeber allgemein aus ihrer reinen Kampfstellung zu den Arbeitern heraustreten und diese (an Hand der hoffentlich bald in Erscheinung tretenden Entwürfe des Juristentags) zu Teilhabern und Bürgern machen. Damit würde der gegenseitigen Verhetzung der Boden zum größten Teil entzogen sein und das Damoklesschwert des Bürgerkriegs nicht mehr ganz so locker über uns hängen wie bisher.

Dr. E.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Litbag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang • 29. Oktober 1921 • Heft [illegible]

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Lloyd George hat dem Parlament mitgeteilt, daß er hoffe, England in Washington selber vertreten zu können, und das hat offenbar günstig gewirkt, aber in dem, was der Premier später zur englischen Arbeitslosenfrage zu sagen hatte, und was das Echo seiner Rede wurde, traten die lähmenden Sorgen zutage, für die eine kühne diplomatische Formel keine Abhilfe schafft. Natürlich kennt Lloyd George genau genug die Ursachen der wirtschaftlichen Not, die in England bald zwei Millionen feiern läßt, und er findet auch für den Zwang zu „normaleren" Verhältnissen die entsprechenden Worte — aber die politische Frage unterdrückt jene politischen Mittel, mit denen die Wirtschaft [illegible] England kommt jetzt noch einmal [illegible] neren Beschwernissen [illegible] erzwungen sind, [illegible] wiederhergestellt ist. [illegible] schaftliche Zerrüttung [illegible] mit dem [illegible]

•

Die französische [illegible] zwischen [illegible] nahm, ist vom [illegible] sucht euch einen [illegible] offenbar vor Washington [illegible] gebung von [illegible] so traut man [illegible] die Konsolidierung [illegible] schwerung [illegible] grundsätzlichen [illegible] sehr [illegible]

Digitized by Google

ohne Chorbegleitung. Deshalb mußte es Briand möglich sein, indem er das Parlament immer mit der Uebertragung der Verantwortung einschüchterte, es hinter sich zu zwingen.

*

„König Karl von Ungarn" ist von seinem „getreuen" Untertan Horthy besiegt und gefangen gesetzt worden. Er wird jetzt zusammen mit seiner Gemahlin Zita auf einem Schloß in Italien oder auf einer afrikanischen Insel über die Undankbarkeit seines ungarischen Volkes nachdenken können. Ein Trost blieb ihm aber. Auch im schweizer Exil ist er seinen Herrschergepflogenheiten treu geblieben. Auch dort war er jeder Zoll ein wortbrüchiger König. Wichtiger jedoch als Karls Glück und Ende ist die sachliche Seite der Frage. Die kleine Entente scheint sich verständlicherweise nicht mit der Entfernung König Karls zufrieden geben zu wollen, sondern will den gefährlichen ungarischen Putschherd vernichten, den ein bis an die Zähne bewaffnetes Ungarn, nicht nur einem völligentwaffneten Oesterreich gegenüber, darstellt.

*

Wie es heißt, werden die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Großkapital fortgesetzt, über die Frage, daß ausländische Devisen für die Reparationsverpflichtungen zur Verfügung gestellt werden. Die sozialistische Presse scheint sich zu dem Plan jetzt günstiger zu stellen als ursprünglich; sie scheint begriffen zu haben, daß es nicht geht, gleichzeitig Wirth halten zu wollen und ein Werkzeug seines politischen Plans auszuschalten. Die Steuerfrage, ob unmittelbar, ob mittelbar mit dem Problem verkoppelt, ist darüber etwas in die Versenkung geraten. Uns will es scheinen, daß die ganze gesetzgeberische Erfindung neuer Steuern, so notwendig sie sein wird, eine etwas luftige Politik bleiben wird, wenn nicht gleichzeitig dafür gesorgt werden kann, daß der ganze Apparat der Steuerverwaltung zu einem raschen, einfachen, reibungslosen Funktionieren gebracht wird. Noch sind die alten Steuern nicht erhoben. Woher hat man die Gewähr, daß es mit den neuen besser wird?

*

Die Kapp-Putschisten Bauer, Pabst, Erhard und Schnitzler haben sich wieder eines besseren besonnen und scheinen sich dem Reichsgericht doch nicht stellen zu wollen. An sich haben diese Revoluzzer von rechts keine Bedeutung mehr. Nannte doch kürzlich selbst die „Deutsche Zeitung" Oberst Bauer „einen politischen Narren und Fantasten, den kein Mensch in Deutschland ernst nähme". Aber ihr geschäftliches Getue an den Grenzen Deutschlands gibt der Linken immer wieder die Möglichkeit von einseitiger Klassenjustiz zu sprechen. Nur General Lüttwitz, der seinerzeit sein Ehrenwort verpfändet hatte, sich dem Gerichte jederzeit zur Verfügung zu stellen, hat keinen Augenblick solch einen Anfall von Schwäche gegenüber der „roten" Republik gehabt.

Digitized by Google

Die oberschlesische Regierungskrise

Von Conrad Haußmann M. d. R.

23. Oktober 1921.

Gestern hat Wirth dem Reichspräsidenten die vom Kabinett beschlossene Demission unterbreitet. Diese notwendige Stufe der Entwicklung hätte schneller erreicht werden sollen und können, wenn das Ministerium Wirth auf die ersten drohenden Nachrichten aus Genf mit aller Bestimmtheit diese Folge der Verleugnung des englischen Oberschlesiengrogramms angekündigt und spontan herbeigeführt hätte.

Diese Verleugnung des englischen Programms bedeutete für die deutsche Regierung eine Täuschung. Lloyd George hat vor dem Ultimatum nicht nur von „neuen Freundschaften" geflötet, sondern die Zusage von „fair play" gegeben. Lord d'Abernoon in Berlin hat die Suggestion fortgesetzt: Wenn Deutschland die Geldschuld unterzeichne, werde England sein Programm der Nichtdurchschneidung des Industriegebiets aufrechterhalten. Die Ultimatumannahme werde Oberschlesien im Kern retten und die deutsche Valuta stabilisieren und erhöhen — das waren die Gedankengänge, die sich breitmachten. Ich selbst habe damals aufgefordert, zu mißtrauen, und habe deshalb gegen das Ultimatum gestimmt. Aber ich bin Zeuge, wie viele Deutsche insbesondere in der politischen und in der Geschäftswelt in diesen Glauben hineingeschmeichelt wurden, und die öffentliche Meinung Deutschlands wurde von England sanguinisch gemacht. England hat sein proklamiertes Programm verleugnet und Deutschland dem Programm der polnischen Franzosen geopfert. Der Wandschirm, dessen es sich dazu bediente, war der Völkerbundsrat und sein japanisch-chinesisch-brasilianisch verbrämter Ausschuß, dessen Spruch die Großmächte sich „im voraus" unterwarfen, weil sie die Rücksichten kannten, die von den Ländern jener Exoten auf sie genommen werden mußten, sobald England und Frankreich in einheitlicher Richtung drückten. Genf konnte eine Rückzuglinie für Frankreich sein, wenn England fair play durchführen wollte, oder eine Rückzuglinie für England, wenn England des ehrlichen Spiels müde wurde. England, unter Balfours träger Assistenz, hat das ehrliche Spiel eingestellt, und dem deutschen Volke wurden viermalhunderttausend Deutsche aus dem lebendigen Leib herausgeschnitten, um den Polen die Schätze zuzuführen, die unter dem Boden der Deutschen auszugraben sind.

Deutschlands Ohnmacht und Wehrlosigkeit hindert nicht den Ingrimm des Geistes, aber die Auflehnung der Arme, auf welche Frankreich und Polen warten, um das wehrlose Deutschland noch weiter zu enteignen. Frankreich lauert auf jeden Vorwand, um am Rhein noch fester zuzugreifen. Frankreich hat „Staatsmänner", die sich unter vier Augen schmähen, weil sie das linke Rheinufer sich nicht ganz einverleibt hätten. Die Weigerung der Erfüllung übernommener Verpflichtungen ist Frankreich willkommen.

Digitized by Google

Im Mai stand die große Frage zu entscheiden, ob Verpflichtungen wechselmäßig unterschrieben werden sollen, die in sinnloser Höhe auferlegt wurden, nicht zuletzt deshalb, weil Frankreich sie selbst für unerfüllbar hielt. Deutschland in seiner Not hoffte auf eine „Atempause" und auf Oberschlesien und unterzeichnete.

Durch diese Unterschrift und den seitherigen Erfüllungsbeginn ist die Lage anders geworden, und muß auch von denen, die, wie ich, die an die Unterzeichnung sich klammernde Hoffnung für trügerisch erkannt haben, anders gewertet werden. Denn jene Unterschrift schuf eine Verpflichtung und hat den Sturz der Mark eingeleitet, der nach dem Ultimatum einsetzte und nach Genf katastrophal wurde. Das ist nicht ungeschehen zu machen, und die Weltwirtschaftskrisis, die ein Bundesgenosse Deutschlands werden will, ist auf dem Marsch. Deutsche Abenteuer würden ermöglichen, die Schuld für diese Krisis auf Deutschland zu wälzen, während sie andernfalls vor den Augen der Welt auf den Alliierten lastet. Deutschland kann die Stimme, aber nicht den Arm erheben.

Die Zwangslage Deutschlands zwingt und rät, seinen Protest durch einen Staatsakt auszusprechen, der Deutschland freisteht. Das Ministerium, dem England diesen neuen Streich versetzt hat, tritt mit offener Angabe dieses politischen und nationalen Beweggrunds zurück. Es weigert sich, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, wie Lord Curzon dem deutschen Botschafter zu raten gewagt hat, indem er ihm sagte: „England sehe keinen Grund für einen Rücktritt Wirths."

Wirth ist zurückgetreten. Er hat den Schein der Unempfindlichkeit und Gleichgültigkeit gegen das nationale Unglück der Zerreißung Oberschlesiens abgelehnt. Aber weil dieser Schein sich im Inland und Ausland verbreiten müßte, wenn Wirth weiter führt, ist es ein großer politischer Fehler, wenn sozialdemokratische und journalistische Politiker Wirth zurückrufen wollen. Sie verführen zu der falschen Meinung deutscher Gleichgültigkeit gegen höchste Unbill.

Ich anerkenne, daß dies parteipolitisch bequemer wäre, und daß innerpolitisch die Leitung durch Wirth Vorteile hat. Die Einsicht von Görlitz war eine Folge des wertvollen Vertrauens, das Wirth auf der Linken besitzt. Wirth hat sich in mutiger Weise zur Republik bekannt. Diese Einsicht darf nicht verleiten, die oben herausgehobenen Erwägungen den momentanen Bequemlichkeiten der inneren Politik zu unterordnen. Wenn Wirth zurückkehren sollte, dann muß die Demokratie seinem Ministerium fernbleiben, damit der Entente wenigstens durch diese Kundgebung notifiziert wird, wie ihr Spiel mit Deutschland die Lage der deutschen Regierung schwächt. Natürlich wäre die Wirkung ganz anders, wenn Wirth selbst durch seinen Rücktritt diese Tatsache beleuchten würde. Aber falls er nicht die eindrucksvolleren Mittel einer richtigen Politik benützt, so kann diese für die Demokratie kein

Digitized by Google

Grund sein, gerade in diesem Augenblick hinter Wirth herzulaufen, eben weil es die Meinung der Entente von der Unempfindlichkeit der Deutschen noch verstärken muß. Wenn dann Wirth vielleicht von der Entente in der Antwort auf Deutschlands Note besser behandelt wird, so wird das Abrücken der Demokraten dabei mitwirken.

Eine neue deutsche Regierung wird die Alliierten einladen müssen, das Maß der finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands nach dem durch die oberschlesische Entscheidung herbeigeführten deutschen Währungssturz und dessen Rückwirkung auf Weltverkehr und Weltkrisis durch eigene Sachkundige festzustellen. Dies ist ein konkludenter Akt.

Der Wahnsinn der alliierten Politik wird nicht mit dem Kopf durch die Mauern können, welche die Tatsachen der Wirtschaft errichten. Diesen Tatsachen muß Deutschland das Wort abtreten.

Die Reparation und die deutsche Steuergesetzgebung ist ohne Boden, wenn die Währung bodenlos bleibt.

Parteipolitisch muß Deutschland bis Martini oder Neujahr beweisen, ob es der politischen Befähigung bar ist oder nicht, und ob seine innere Sprödigkeit nicht durch die Not geschmolzen werden kann.

Die neue Erschütterung des Reichs in seinen Fugen fordert eine Willenszusammenfassung aller derer, die überhaupt die Fähigkeit des Zusammenarbeitens besitzen oder sich aneignen wollen. Wir müssen jetzt eine Stufe unserer politischen Entwicklung zurücklegen oder wenigstens den Versuch dazu machen. Zentrum und Demokratie haben hierzu den Willen und Fortschritte auf dieser Bahn gemacht. Sie erkennen gerade deshalb, daß die Vertreter der Arbeiterschaft und der liberal gerichteten Industrie zusammenarbeiten müssen, wenn der Tiefpunkt überwunden werden soll.

Wenn dieser Geist sich einstellt, dann wird er auch Persönlichkeiten finden und heben. Einzelne können es ohne jenen Geist nicht schaffen. Eine kollektive Führung ist nötig, wenn wir nicht auf der Bahn Oesterreichs und Ungarns abrutschen wollen.

Schwarzrotgold oder Schwarzweißrot

Von Hans Delbrück

Zu dieser Frage wird demnächst noch eine andere Betrachtung erscheinen. Die Schriftl.

Als die Nationalversammlung Deutschland eine neue Verfassung zu geben beschloß, bestimmte sie, um recht weit von dem alten Reich abzurücken, für die Republik auch eine andere Flaggenfarbe. Sie nahm sie aber nicht willkürlich, sondern wählte, an älteren nationalen Ideen anknüpfend, Schwarzrotgold. Daß diese Farben einst das Symbol des heiligen römischen Reiches deutscher Nation gewesen seien, ist allerdings Legende, aber es sind die Farben, unter denen der nationale Gedanke in Deutschland im 19. Jahrhundert emporkam. Was der Ursprung der Farben-

Digitized by Google

zusammenstellung ist, ist nicht sicher. Die einen meinen, sie stammten von dem schwarzen Rock, dem roten Kragen und den goldenen Knöpfen der Uniformen der Lützower im Jahre 1813. Die anderen meinen, es seien die Farben einer Landsmannschaft in Jena gewesen, die das Hauptkontingent bei der Gründung der Burschenschaft 1815 stellte. Noch andere sehen in ihnen die freie Phantasie eines jungen Mädchens, die der studentischen Verbindung ihre erste Fahne stickte und schenkte. Als Farbe der Burschenschaft hat die Fahne jedenfalls ihre Bedeutung gewonnen. Die studentische Burschenschaft, die ihren Hauptsitz in Jena hatte, sich aber über 14 Universitäten erstreckte, war die erste größere Vereinigung, die die politische Einheit Deutschlands als Programm aufstellte und verkündete. Mit diesem Programm trat sie in Opposition gegen die 39 Regierungen, die die Herrschaft über das deutsche Volk damals unter sich verteilt hatten. Das Streben nach der nationalen Vereinigung war naturgemäß verbunden mit dem Streben nach konstitutionaler oder republikanischer Freiheit. Um so mehr sahen sich die Regierungen veranlaßt, die Bewegung einzudämmen, sie womöglich zu unterdrücken. Zwar schuf man auf dem Wiener Kongreß einen nationalen Einigungspunkt in dem Bundestag, einen ständigen Gesandtenkongreß mit fester Geschäftsordnung und Stimmenverteilung, der in Frankfurt seinen Sitz hatte. Aber dieser Bundestag hatte keine Kompetenz und keine Macht und konnte das nationale Bedürfnis des deutschen Volkes nicht befriedigen. „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund", spotteten die Patrioten. Die Regierungen verwandten ihn dazu, die nationale Bewegung gemeinsam zu unterdrücken. Auch die Burschenschaft wurde aufgelöst, Teilnahme mit schwerer Strafe bedroht und die schwarzrotgoldene Fahne verboten (1819).

Aber der Geist ließ sich nicht bannen, und als im Jahre 1848 die Bewegung anschwoll zur Revolution, da wehte über ihr die schwarzrotgoldene Fahne. Der Bundestag in Frankfurt selber schaffte sich eine an und hißte sie. König Friedrich Wilhelm IV ließ sie sich vorantragen, als er am 21. März 1848 seinen Umritt durch Berlin hielt. Auch die Fahnen der preußischen Armeen erhielten eine schwarzrotgoldene Schleife. Eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung in Frankfurt arbeitete unter der schwarzrotgoldenen Fahne eine Reichsverfassung aus.

Aber die Bewegung war noch zu schwach, die Partikulargewalten, insbesondere Preußen, zu stark, die allgemeine politische Konstellation in Europa zu ungünstig. Alle vier Großmächte, Oesterreich, Rußland, Frankreich, England stellten sich feindlich. Der König von Preußen lehnte die ihm angebotene Kaiserkrone ab, der Bundestag kehrte zurück, Schwarzrotgold wurde von neuem, statt Farbe eines mächtigen Staatswesens wieder Farbe einer politischen Sehnsucht.

Als nun 1866 und 1870 Bismarck die Form für die Erfüllung dieser Sehnsucht fand, wünschte und erwartete man vielfach, daß er dem neuen

Digitized by Google

Reich auch die Fahne geben werde, die bisher dieses Streben symbolisiert hatte. Alle deutschen Turner-, Schützen- und Bürgervereine hatten mit dieser Fahne geflaggt. Zahllose Enthusiasten waren für sie zu Märtyrern geworden. Ich erinnere mich noch sehr gut, mit welcher Empörung ich es als deutscher Jüngling aufnahm, daß dieser Bismarck uns ein Deutsches Reich schaffen wollte mit anderen als den deutschen Farben; wie mein Vater aber, der ein sehr nationaler, aber auch ein sehr besonnener Mann war, auf meine Entrüstung erwiderte, Schwarzrotgold könne man unseren Soldaten nicht zumuten, weil sie gegen diese Farben, die nämlich von den Süddeutschen im Kriege 1866 aufgenommen worden waren, gefochten hätten. Die norddeutsche Bundesverfassung brachte also eine neue Fahne, Schwarzweißrot.

Bismarck hat einmal erzählt, er habe König Wilhelm diese Farben damit erklärt, es sei die Zusammenfassung des preußischen Schwarzweiß mit dem brandenburgischen Weißrot. Man merkt, daß diese Begründung auf die partikularistische Gesinnung des Königs berechnet war; geschichtlich kann sie nicht angenommen werden. — Denn was hatte gerade Brandenburg mit dem Uebergang von Preußen zum Norddeutschen Bunde zu tun? — Und sie ist auch amtlich nicht so gegeben worden. Die richtige Erklärung findet man, wenn man beachtet, daß in der Verfassung des Norddeutschen Bundes die neue Fahne nicht als Fahne des Bundes, sondern als Flagge der Marine eingeführt wird (Art. 55)). In der Debatte (2. April 1867) begrüßt deshalb der Vertreter von Altona, der Abgeordnete Dr. Schleiden, die Fahne als die Zusammenstellung des preußischen Schwarzweiß mit dem auf allen Meeren anerkannten hanseatischen Rotweiß, und der Kriegsminister, der zugleich Marineminister war und dem deshalb die Vertretung der Regierung bei diesem Artikel zufiel, General v. Roon, sagte: „Der Entwurf gibt der Handelsmarine die Farben Schwarz und Weiß, die alten preußischen Farben, mit dem Zusatz von Rot, und es kann sein — ich glaube sogar, daß es sich wirklich so verhält — daß man dabei an die hanseatische Flagge gedacht hat". Dann stimmte er dem Antrag zu, auch der Kriegsmarine diese Flagge zu geben. Die vorsichtige Art der Zustimmung zu der Schleidenschen Erklärung wird verständlich durch jene Bismarcksche Erzählung, wie man dem König die neuen Farben plausibel gemacht hatte. Von der Marine aus ist dann Schwarzweißrot auch aufs Land gewandert und vermöge des übereinstimmenden Willens des ganzen Volkes die Reichsfahne geworden. Sie konnte diesen Rang um so leichter gewinnen, als sie ja eine, wenn auch nicht beabsichtigte, doch sehr treffende Symbolisierung der Reichsverfassung darstellt, nämlich die Vereinigung des legitimen preußischen Königtums von Gottes Gnaden, Schwarzweiß, mit dem allgemeinen gleichen Stimmrecht des Reichstages, dem demokratischen Rot.

Digitized by Google

Unter dieser Fahne ist das Deutsche Reich groß geworden, und nachdem es unter ihr wieder zugrunde gegangen, ist man zu dem ehedem heiliggehaltenen Schwarzrotgold zurückgekehrt. Diese Fahne hat, wie wir gesehen haben, eine höchst ehrenvolle Vergangenheit; dennoch war der Farbenwechsel ein schwerer Fehler unter jedem Gesichtspunkt.

Die Symbolik etwa in der Richtung fortzusetzen, daß, nachdem die Monarchie abgeschafft ist, auch Schwarzweiß zu fallen hat und das bloße Rot übrigbleibt, wäre nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch falsch gewesen. Denn trotz der Abschaffung der Monarchie bleibt doch die historische Tatsache, daß unter ihr der Freiheitskampf von 1813 durchgeführt und die nationale Einheit geschaffen worden ist, die wir keineswegs wieder aufgeben, sondern sie als heiliges Vermächtnis festhalten und auch weiterentwickeln wollen. Auch Schwarzrotgold aber trotz seiner nationalen Bedeutung war falsch.

Die Zahl derjenigen Deutschen, die noch von diesen Farben wußten und an ihnen hingen, war nicht groß. Von akademischen Kreisen sind sie erfunden worden; der national gesinnte Mittelstand hatte sie angenommen, in die eigentlichen Massen waren sie nur hier und da eingedrungen. In Norddeutschland war selbst die Erinnerung daran nahezu abgestorben, in Süddeutschland war sie wohl noch lebendig. Eine praktische Bedeutung aber hatte sie nur noch in Oesterreich, und die Rücksicht auf die Oesterreicher, deren Eintritt in das Deutsche Reich man erhoffte, hat gewiß nicht wenige Abgeordnete in ihrer Entscheidung bestimmt. Aber für eine Fahne, die das Wahrzeichen des Vaterlandes werden soll, ist das viel zu wenig. Das Prinzip der Demokratie verlangt, daß das Verehrungswürdige eingepflanzt sei in das Herz der Gesamtheit. Schwarzrotgold lebt nur in den Herzen einer kleinen Minderheit. Eine wirkliche Masse hängt auf der einen Seite der roten, auf der anderen der schwarzweißroten Fahne an. Das Wilhelminische Zeitalter hat viel zu Großes für Deutschland geleistet; der Weltkrieg hat viel zuviel unvergeßliches Heldentum hervorgebracht, als daß, obgleich er schließlich verlorengegangen ist, die Fahne, unter der das Volk so gearbeitet, gekämpft und seine Siege gefeiert hat, abgetan sein könnte. Die schwarzrotgoldene Fahne aber ist von der Mehrheit des Reichstages nicht aus Herzensbedürfnis angenommen worden, sondern bloß aus dem negativen Grunde, weil man weder die schwarzweißrote noch die rote wollte, oder, so weit man sie wollte, sie nicht durchbringen konnte. Sie ist also ein bloßer Notbehelf. Ein Notbehelf als Heiligtum! Kann es etwas Sinnloseres geben? Man macht der Diplomatie und Kriegführung unter Wilhelm II. so viel Vorwürfe wegen der Fehler, die sie begangen haben. Mit Recht. Aber eine größere Torheit als dieser Fahnenwechsel der Republik ist schwerlich darunter. Die Folge ist, daß

Digitized by Google

heute das Deutsche Reich zwar eine Handelsflagge, das Deutsche Volk aber keine Flagge hat. Niemand will sich die Farben anschaffen. Von einem deutschen Konsul hörte ich, er könne nicht flaggen, denn wenn er Schwarzweißrot flagge, so mache er sich strafbar, und wenn er Schwarzrotgold flagge, würfen ihm die Landsleute die Fenster ein.

So gehts, wenn man Politik und Verfassungen macht nach rein staatsrechtlichen Begriffen und Erwägungen, ohne Fühlung mit der Volksseele zu haben. Weshalb überhaupt die Aenderung? Hätte man in der Verfassung gar nichts darüber gesagt, so wäre stillschweigend Schwarzweißrot geblieben und auch die große Masse der Sozialdemokratie hätte sich daran gewöhnt, in dieser Fahne das Wahrzeichen des Deutschen Reiches zu sehen. Das deutsche Volk hätte ein einheitliches nationales Symbol gehabt, und Symbole sind eine große Macht in der Geschichte. Der Reichskanzler Wirth hat in einer seiner letzten Reden (30. September) sehr schön gesagt: „Wer die Geschichte seines Volkes nicht ehrt, und seine Großtaten nicht von Geschlecht zu Geschlecht trägt, ist nicht wert, einer Nation anzugehören". Wer die Großtaten der Vergangenheit ehrt, muß auch die Fahne ehren, unter der die Großtaten geschehen sind. Man ehrt aber die Fahne der Nation nicht, indem man sie zur Parteifahne werden läßt. Auch Schwarzrotgold war ein Symbol, daß das ganze Volk hochhalten und ehren konnte und mußte. Jetzt sind beide Fahnen zu Parteifahnen geworden, und infolgedessen bei dem einen oder dem anderen Teil der Quelle der Anfeindung, der Verspottung und der Verachtung ausgesetzt, und es ist [illegible] abzusehen, daß dieser [illegible] heilenden Einfluß der Zeit [illegible] werden immer [illegible] Schaden hat die [illegible] die Fahne der [illegible] füllung [illegible] Symbol. [illegible] Sozialdemokratie [illegible] flug ist, [illegible] in [illegible] Politik [illegible] Berechnung [illegible] leichten zu [illegible] Feldherrnstab

Digitized by Google

Brantings zweites Kabinett in Schweden

Von Richard Neuenhofer

Der Ausgang der schwedischen Wahlen, der ersten nach Einführung des allgemeinen Wahlrechts, bedeutet einen starken Ruck nach links. Es ist zwar noch kein vollständiger Sieg der Sozialisten über die bürgerlichen Fraktionen zu verzeichnen, doch haben die Konservativen, der Bauernbund und die Liberalen gegenüber der Linken (Sozialdemokraten, Linkssozialisten und Kommunisten) stark verloren, und muß das Wahlresultat als Zeichen der Zeit angesehen werden.

Die Reichstagswahlen vor einem Jahr zeigten bereits deutlich, daß ein Wetterumschlag eingetreten sei, und daß der Wind von links in immer heftigeren Böen zu blasen begonnen habe. Die wachsende Arbeitslosigkeit in Schweden hat nicht zum geringsten Teil zu den bedeutenden sozialdemokratischen Wahlerfolgen beigetragen, auch das neueingeführte Frauenwahlrecht hatte eine gewisse Rolle dabei gespielt.

Ein Verbleiben des bisherigen von Sydowschen Fachministeriums war unter den gegebenen Umständen ausgeschlossen. Die Verhandlungen des Königs mit den einzelnen Parteileitern haben zu dem Resultat geführt, daß die Sozialdemokraten die Bildung des Kabinetts übernehmen. Der Gedanke an eine bürgerliche Koalitionsregierung mußte fallen gelassen werden, da schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Rechten und dem Zentrum diese natürliche Lösung der Krisis ausschlossen. Auch die Haltung der Liberalen hat mit dazu beigetragen, da diese Partei im Wahlkampf, trotz ihrer Zugehörigkeit zum Bürgertum, ziemlich an der äußersten linken Flanke und eher gegen als für das eigene Lager stritt.

Der neue Kabinettschef Branting war bekanntlich schon einmal, vom März bis zum Oktober vorigen Jahres, erster Ratgeber des Königs. Es ist in Schweden keine ungewöhnliche Erscheinung, daß die Bildung einer Regierung zum zweitenmal ein und derselben Persönlichkeit anvertraut wird; dieses ist früher mit den Premiers De Geer, Boström und Staff der Fall gewesen, die auch zweimal den Auftrag erhielten, als erste Vertrauensmänner des Königs die Geschicke des Landes zu leiten. Die Tatsache, daß der Staatsminister auch selbst die Außengeschäfte Schwedens führen wird, ist allerdings eine Neuerung, und Branting ist die erste „Doppel-Exzellenz" in Schweden. Seit der Einführung des Zweikammerreichstages in Schweden im Jahre 1867 ist Branting der vierundzwanzigste Premier.

Brantings neugebildetes Kabinett umfaßt sieben Mitglieder seines früheren Ministeriums, von denen fünf eigene Portefeuilles erhielten, und zwar Thorssen — die Finanzen, Akerman — die Justiz und das Innere,

Digitized by Google

Hanſſon — das Verteidigungsweſen, Olſſon — das Kirchenweſen, Svenſſon — den Handel und Sandler und Nothin konſultative Miniſter wurden. Zu ihnen haben ſich vier neue Sozialdemokraten geſellt: der Kommunikationsminiſter Oerne, der Sozialminiſter Lindqviſt, der Landwirtſchaftsminiſter Linders und Schlyter als konſultativer Miniſter.

Die bürgerliche ſchwediſche Preſſe erkennt es an, daß das zweite Brantingſche Kabinett qualitativ bedeutend höher zu bewerten ſei, als ſein erſtes Miniſterium. Branting habe die beſten Kräfte ſeiner Partei in Bewegung geſetzt. Ob es aber den neuen Mitgliedern des Kabinetts gelingen wird, ihre Verſprechungen zu erfüllen, wird die Zukunft lehren. Beſonders ſchwer dürfte das Amt des neuen Sozialminiſters Lindqviſt ſein, zu deſſen Aufgaben in erſter Linie die Löſung der Arbeitsloſenfrage gehört, die ſeine Partei als Hauptpunkt auf dem Wahlbanner führte. Er hat zwar als ehemaliger Führer der Generalſtreiks gute alte Verbindungen zu den großen Arbeiterorganiſationen, doch iſt ſeine Stellung zu den Arbeitern ja jetzt eine andere geworden.

Die neue Regierung beabſichtigt nicht ſo bald die Flinte ins Korn zu werfen, ſondern, wie ſie ſelbſt erklärt, mindeſtens drei Jahre zu regieren. Das neue Kabinett verſucht jedenfalls, das Volk bei guter Laune zu erhalten und läßt das Regierungsorgan verkünden: „Unſere Leute werden die Entwicklung im Intereſſe der großen Volksmaſſen fördern!“

Die Regierung iſt ſich deſſen bewußt, heißt es in der Programmerklärung des neuen Kabinetts, daß ſie ihre Aufgabe unter ſchwierigen Verhältniſſen übernimmt. Sie will die Arbeitsloſigkeit mildern, durch eine diesbezügliche Zollpolitik die abnormen ausländiſchen Konkurrenzverhältniſſe nach Möglichkeit beſeitigen und der ſchwediſchen Produktion erhöhte Abſatzmöglichkeiten auf den ausländiſchen Märkten verſchaffen, wobei dem natürlichen Abſatzgebiet im Oſten beſondere Aufmerkſamkeit zugewandt werden ſoll. Das durch den Weltkrieg entſtandene Verteidigungsproviſorium wird vorläufig noch weiter fortbeſtehen. Ferner ſoll im Glauben an die hohen Ziele des Völkerbundes Schwedens Außenpolitik, die gemäß dem Willen des Volkes ſich ſeit Generationen immer beſtimmter auf eine Verſtändigung der Völker richtet, in dieſer Richtung fortgeſetzt und aktive Friedenspolitik betrieben werden. Ueber das von der erſten ſozialdemokratiſchen Regierung aufgenommene Sozialiſierungsproblem und die Kontrolle über die Truſts werden in der allernächſten Zeit Komiteegutachten vorliegen. Die Regierung wird eine Politik treiben, die durch die allgemeinen Richtlinien des Wahlvorganges vorgezeichnet iſt, und ſollen die gewonnenen ſozialen Fortſchritte, unter denen die für die Volkskultur und die Volksgeſundheit ſo bedeutungsvolle achtſtündige Arbeitszeit weitaus an erſter Stelle ſteht, weiter gefördert und gefeſtigt werden.

Digitized by Google

Das vorsichtig gehaltene Programm läßt seinen Verkündern einen ziemlich weiten Spielraum. In den beteiligten schwedischen Kreisen herrscht berechtigte Aufregung darüber, wie die in „orakelhafter Form" vorgezeichnete Politik des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit, die das einzig Greifbare und Positive im Programm darstellt, in der Praxis aussehen wird, und wie und in welchem Maße die staatlichen Mittel dafür in Anspruch genommen werden sollen.

Die Zukunft Aegyptens

Von Max Grühl, Kirchheim-Teck

Die durch den Versailler Vertrag verursachte starke Gebundenheit der deutschen Außenpolitik, die noch durch scharfe innere Spannungen vermehrt wird, läßt es begreiflich erscheinen, daß die Fragen, welche mit den Vorgängen im Orient zusammenhängen, zur Zeit bei uns nur wenig Interesse auszulösen vermögen. Das gilt insbesondere auch von der ägyptischen Frage, deren Abwicklung durchaus symptomatisch ist für die derzeitige Politik Englands im allgemeinen und für den Orient im besonderen. Aus eben diesem Grunde aber ist es sehr notwendig, daß wir uns trotz aller Hemmnisse doch mit diesen Fragen befassen; insofern auch, als die politische Situation Englands für uns von großer Bedeutung ist.

Die Betrachtung der ägyptischen Frage zeigt uns zunächst, daß sie in ihrem Wesen und in ihren Zielen durchaus identisch ist mit der irischen Frage. Dort wie hier besteht für die Engländer das Problem darin, eine Formel zu finden, die es ermöglicht, den Willen der beteiligten Völker zur souveränen Freiheit ihrer Länder in Uebereinstimmung zu bringen mit der Idee des britischen Imperialismus. Bezüglich der beiden Völker besteht das Gemeinsame der beiden Fragen darin, daß sowohl die Iren als auch die Aegypter Verhandlungen ablehnen, die nicht von vornherein die Souveränität ihrer Länder anerkennen. Verschieden in beiden Fragen ist lediglich das Verhalten der offiziellen Führer der Aegypter und der Iren bei den Verhandlungen, die England mit beiden Völkern eingeleitet hat. de Valera lehnt in Uebereinstimmung mit seiner Nation Verhandlungen, die nicht unbedingt die Souveränität anerkennen, grundsätzlich ab, während Adly-Pascha, der Führer der ägyptischen Delegation in London, zu Kompromissen geneigt ist, sich damit aber in schärfsten Gegensatz zur ägyptischen Nationalpartei setzt. Diese aber hat heute die weitaus größte Mehrheit des ägyptischen Volkes hinter sich.

So kommt es, daß die ägyptisch-englischen Verhandlungen in London, die seit mehreren Wochen hinter verschlossenen Türen geführt werden, von vornherein zum Mißerfolg verdammt sind, d. h. keine

Digitized by Google

Befriedigung des Nillandes im Gefolge haben werden. Im Gegenteil, der größte Teil des ägyptischen Volkes stellt sich auf den Standpunkt, daß der Delegation Adly-Paschas überhaupt nicht das Recht zuständе, mit England zu verhandeln. Es verlangt vielmehr, daß eine in völlig freier Volksabstimmung gewählte Delegation mit den Verhandlungen betraut wird. Die ägyptische Nationalpartei erhebt in dieser Beziehung schwere Anklagen gegen Adly-Pascha, indem sie ihm nachweist, daß er das Vertrauensvotum des Mandats zu den Verhandlungen in London nur erschlichen habe. So wird berichtet, daß er durch Vermittlung der Polizeiverwaltung (Adly ist Ministerpräsident) die Fellachen mit der Entziehung des für ihre Felder notwendigen Wassers für den Fall bedrohte, daß sie ihm ihre Stimme verweigerten. Da, wo die Landbürgermeister mit dem Vorgehen der Polizeiorgane einverstanden waren, wurde die Zustimmung der Bayern ohne große Schwierigkeiten erlangt. Zahlreiche Bürgermeister aber, welche dasselbe mißbilligten, zogen es vor, ihre Entlassung zu nehmen. Verschiedene Polizeivorsteher gingen auf höheren Befehl soweit, den Bürgermeistern die Weisung zu geben, diejenigen Personen, welche sich zu unterschreiben weigerten, in Ketten zu legen und abführen zu lassen. Ein anderes Verfahren bestand darin, daß den kleineren Beamten bei der Gehaltszahlung die Stempel abgenommen wurden, mit denen sie ihre Quittungen zu unterstempeln pflegen. Mit den Stempeln untersiegelte man dann die Formulare für das Vertrauensvotum, ohne dasselbe den Beamten vorzulegen. Endlich ließ Adly eine große Anzahl von Formularen für die Abstimmung durch Schulkinder unterzeichnen, die natürlich für diesen Akt keinerlei Verständnis hatten. Nur dort, wo die Lehrer sich weigerten, mißlang dieses Manöver .

Daß unter diesen Umständen von einem freundlichen Empfang der Delegation Adly-Pascha von seiten der ägyptischen Kolonien in Europa keine Rede sein könnte, ist begreiflich. Noch viel weniger ist mit einer Anerkennung der Verhandlungsergebnisse der Delegation durch die Nationalpartei, die, wie gesagt, die größte Masse des ägyptischen Volkes hinter sich hat, zu rechnen. Tief blicken läßt in dieser Beziehung eine Publikation der Aegyptischen Vereinigung von Paris, welche besagt: „Die Aegyptische Vereinigung von Paris wird, aus Anlaß der Ankunft der Regierungsdelegation unter der Führung von Adly-Pascha in Europa, mit der Veröffentlichung von amtlichen Schriftstücken beginnen, welche erweisen, daß die letzten Ereignisse von Alexandrien durch die Regierung begünstigt wurden, welche ihrerseits durch die englischen Behörden inspiriert worden war. Die Aegyptische Vereinigung und mit ihr das ganze ägyptische Volk denunzieren diese ungesetzlichen Handlungen und lenken die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der ganzen Welt auf den darin zutage tretenden Mangel Englands an Loyalität, welches, nach-

Digitized by Google

dem es die Unruhen in Alexandrien genährt hatte, sich nicht entblödete, dieselben uns zur Last zu legen, um, unter den Schlagwörtern „Fremdenhaß" und Fanatismus, unseren Kampf für die völlige Unabhängigkeit Aegyptens und des Sudans möglichst zu entstellen und zu diskreditieren."

Ueber die Verhandlungen, die Adly in London führt, sind bisher folgende Ergebnisse bekannt geworden:

1. England anerkennt die Unabhängigkeit Aegyptens als einer konstitutionellen Monarchie und mit einer dem Parlament verantwortlichen Regierung.
2. Zwischen Aegypten und England wird ein Bündnisvertrag geschlossen, der die besondere (!) Stellung des letzteren in Aegypten anerkennt.
3. England darf an gewissen Punkten des Nillandes eine militärische Macht unterhalten, die den Schutz der Verbindungslinien des britischen Reiches schützt.
4. Die Kapitulationen werden abgeschafft und die Rechte der Ausländer durch die Engländer geschützt.

Ueber die Auslegung des dritten Grundsatzes und über die Frage der eigenen Vertretung Aegyptens im Ausland ist bisher eine Einigung nicht erzielt worden. Die ägyptische Delegation will unter „Imperial communications" nur einzelne Punkte am Suezkanal verstanden haben, während die Engländer an eine viel weitergehende Besetzung festhalten und vor allen Dingen auch den Sudan nicht aufgeben wollen. Auch soll Aegypten keine eigenen Vertretungen im Ausland zugebilligt erhalten.

Aber auch das positiv Erreichte wird von den Aegyptern nicht anerkannt, Das ergibt sich aus einer offiziellen Verlautbarung der Aegyptischen Vereinigung von Lausanne, welche besagt:

1. Wir werden jede ägyptische Abordnung unterstützen, deren Verhandlungsprogramm darin besteht, das englische Protektorat über Aegypten effektiv abschaffen und auf die ganze und volle Anerkennung der völligen und effektiven Unabhängigkeit Aegyptens und des Sudans nach innen und außen seitens Englands und der Signaturmächte der verschiedensten Friedensverträge hinzuwirken;
2. hingegen jede Abordnung desselben Namens desavouieren, deren Zweck sich nicht in voller Uebereinstimmung mit dem erwähnten Programm befindet.

Das von diesen Gesichtspunkten aus die bisherigen Verhandlungsergebnisse von London in keiner Weise befriedigen, ist selbstverständlich, und so ist denn heute die Zukunft Aegyptens dunkler wie je zuvor. Daran wird auch die Appellation der Aegypter an den Völkerbund, die unter dem 14. September eingereicht wurde, nichts ändern. Sie lautet: „Die Aegyptische Vereinigung von Lausanne, die sich aus Anlaß des 14. Sep-

Digitized by Google

tembers, des 39. Jahrestages der Besetzung Kairos durch britische Truppen, versammelt hat, protestiert gegen die Ungesetzlichkeit der Besetzung und die englische Oberaufsicht über Aegypten. Sie hofft, daß sich eine Stimme der Gerechtigkeit auf der zweiten Versammlung des Völkerbundes erhebt für die gerechte und unglückliche Sache Aegyptens, welches nach Freiheit und vollständiger Unabhängigkeit ruft."

Und nun noch eine kurze Antwort auf die Frage: „Welche Rolle können wir in der Entwicklung der ägyptischen Frage spielen?" Viele Möglichkeiten sind uns in dieser Beziehung durch den Friedensvertrag nicht geblieben; aber etwas können wir doch tun. Wir können den im Kampf um die Freiheit ihrer Heimat stehenden Aegyptern die geistigen Waffen stählen durch unsere Wissenschaft, nach der sie glühend verlangen. Oeffnen wir den zu uns kommenden ägyptischen Studenten recht weit die Tore unserer Schulen und Hochschulen. Damit helfen wir nicht nur ihnen, sondern haben auch gleichzeitig die Möglichkeit einer neuen aktiven deutschn Orintpolitik, die in Zukunft uns als Kulturpolitik die Tore öffnen wird zum neuen Orient.

Das natürliche Rechtssystem der Arbeit

Von Dr. Heinz Potthoff, München

Die kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft setzte sich in vollen Widerspruch zu den Grundlagen, aus denen die beiden Ströme deutschen Gewerberechtes flossen: zum römischen Rechte, dem der in fremdem Dienste arbeitende Mensch nicht Bürger, sondern Sklave, nicht Mensch, sondern Haustier, Sache war, und zum Gewerberechte des deutschen Mittelalters, dem das Gewerbe öffentliches Amt war, und dem der Verdienst des Handwerkers nur Arbeitslohn sein sollte. Die Wirtschaft zerbrach die rechtlichen Abhängigkeiten: des Menschen vom Menschen durch Aufhebung von Sklaverei, Leibeigenschaft und anderen Formen der Hörigkeit; des Menschen von der Gemeinschaft durch Anerkennung des Gewinnstrebens statt der Versorgung als Arbeitsziel. Nicht nur durch eigene Arbeit, sondern vor allem durch Ausnutzung der Arbeit anderer konnte man sich bereichern. Und diese anderen waren nicht mehr rechtlose Objekte, sondern Rechtssubjekte, freie Menschen, Bürger. Das neue Erwerbsleben wurde gestellt auf wirtschaftliche Zusammenfassung rechtlich Unabhängiger, auf Unterordnung vieler Arbeitender unter die Herrschaft eines Vermögenden, auf Ueberführung alles Gutes, auch der notwendigsten Existenzbedingungen aller (Boden, Naturschätze) in das Privateigentum einzelner, die damit in die Lage gesetzt wurden, den anderen, den Besitzlosen, die Daseinsberechtigung zu verkaufen. Nur gegen Arbeit im Dienste der Produktionsmittelbesitzer erhielten die Nichtbesitzer

Digitized by Google

Anteil an dem, was früher Eigentum der Gesamtheit gewesen; erhielten sie einen Anteil, der dem Werte ihrer Arbeitsleistung nicht voll entsprach.

Es ist klar, daß derartige soziale Umwälzungen auch weitgehende Aenderungen des Rechtes nach sich ziehen mußten. Aber der Umstand, daß die Juristen jener Zeit sehr wenig soziologisch geschult, die Entfacher und Führer der naturnotwendig entstehenden sozialen Bewegung keine Juristen waren (das gilt besonders von Karl Marx), hat dazu geführt, daß bis in unsere Tage hinein das große, unsere Rechtsentwicklung beherrschende Problem kaum erkannt, geschweige denn verwirklicht wurde. Auch das neue, von der Reichsverfassung verheißene einige Arbeitsrecht wird noch nicht diese Verwirklichung, sondern nur ein tüchtiger Schritt dazu sein.

Bisher hat die deutsche Gesetzgebung die allgemeinen Rechtsgrundlagen noch nicht verändert, hat an privatem Eigentume, an Verkehrsfreiheit und Vertragsfreiheit festgehalten, hat sich krampfhaft bemüht, das Güterverkehrs- und Vermögensschutzrecht, das wir von Rom übernommen, auch auf das neue Arbeitsverhältnis anzuwenden, auf das es nicht passen kann, weil der arbeitende Mensch nicht mehr eine Sache, ein Haustier, sondern vollberechtigter Staatsbürger in freiem, leichtlöslichem Arbeitsvertrage ist. Nur wo wirtschaftliche oder politische Not drängte, wo Mitleid stark wurde oder wo ein günstiger Zufall siegte, wurden Stückchen modernen Arbeitsrechtes gemacht. Wahllos, systemlos. Für einzelne Gruppen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern, namentlich für Handel und Gewerbe, wurden Sondergesetze geschaffen, die einzelne Beziehungen zu regeln, einzelne grelle Mißstände zu beseitigen trachteten. So entstand ein undurchdringliches Dickicht. Das Wort „Arbeitsrecht" ist wie „Arbeitsvertrag" unseren Gesetzen fremd geblieben. Beide hatten wie die Worte „Arbeit", „Lohn" usw. in der Sprache der Juristen, wie der Volkswirte, wie des täglichen Lebens die verschiedensten Bedeutungen (vgl. das von mir herausgegebene „Wörterbuch des Arbeitsrechtes", Stuttgart 1921).

Ein Führer in diesem Labyrinthe erstand der Rechtswissenschaft in Professor Lotmar, dessen Buch über den Arbeitsvertrag nach dem Privatrechte des Deutschen Reiches (2 Bände, Leipzig 1902 und 1908) grundlegend geworden ist. Er schuf den Begriff des Arbeitsvertrages, faßte darunter alle zweiseitigen obligatorischen Verträge zusammen, in denen Arbeit gegen Entgelt versprochen wird, und wies die juristische Einheit der zahllosen Verträge nach, die unter den verschiedensten Namen in der Reichs- und Landesgesetzgebung geordnet sind. Da die gesetzlichen Typen sich nicht zum Ausgangspunkte einer zusammenfassenden systematischen Darstellung eignen, entnimmt Lotmar das Einteilungsprinzip dem allgemeinen Tatbestande, nämlich dem Verhältnis, in dem die beiden Leistungen: Entgelt und Arbeit, zueinander stehen. Er unterscheidet als zwei Grundformen den Akkordvertrag, in dem die Vergütung zur Gegenleistung

Digitized by Google

für die Arbeit samt dem mitverbundenen Erfolge, und den Zeitlohnvertrag, in dem die Vergütung zur Gegenleistung für die Arbeit unter Abzug des ihr begrifflich und real anhaftenden Erfolges bestimmt ist (Band I Seite 330). Diese Unterscheidung, die mit der römisch-rechtlichen zwischen loc. cond. operis und operarum übereinstimmen soll, hat sich juristisch logisch ganz sicher bewährt und außerordentlich viel zur klaren Erkenntnis der Rechtsnatur des Austauschverhältnisses von Arbeit gegen Entgelt beigetragen. Aber der sozialen Entwicklung wird sie durchaus nicht gerecht. Sie schließt alle diejenigen Verträge aus, in denen das Arbeitsergebnis als solches und ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung gegen Vergütung getauscht wird (Kauf, Tausch, Miete), und schließt auf der anderen Seite zwei völlig verschiedene Gruppen von Vertragsverhältnissen zusammen, die vom Rechte nicht einheitlich bewertet werden können. Nämlich solche, in denen die Vertragsparteien sich als tatsächlich gleichberechtigte, unter grundsätzlich gleichen Bedingungen gegenüberstehen und beiderseits über Vermögenswerte verfügen: wie der Spediteur, der Kommissionär, die Lohnindustrie im Verhältnis zu ihrem Kunden; oder in denen wenigstens die Gleichheit wirtschaftlicher Unabhängigkeit besteht: wie der Arzt gegenüber dem Patienten, der Anwalt gegenüber dem Klienten usw. Und solche, bei denen weder die wirtschaftliche Stellung noch die Vertragsbedingungen annähernd gleich sind, bei denen der Arbeit versprechende Teil sich selbst leistet, seine Person, seine Arbeitskraft, damit seine Lebenszeit in den Dienst des anderen stellt; in der großen Mehrzahl der Fälle ist der Arbeitende auf das Arbeitsverhältnis angewiesen, bildet das Entgelt für seine Arbeitsleistung die unentbehrliche Grundlage für sein und seiner Familie Dasein; aus beidem zusammen ergibt sich eine Abhängigkeit, die den aus Zeiten der Unfreiheit überkommenen, im Bürgerlichen Gesetzbuche noch beibehaltenen Namen des Dienstverhältnisses rechtfertigt.

Zwischen diesen zwei Gruppen von Arbeitsverträgen, solchen, in denen der Arbeitnehmer sich in den Dienst des Arbeitgebers (im engeren Sinne) stellt, sich in seine Botmäßigkeit begibt, und solchen, in denen das nicht der Fall ist, besteht ein viel tiefergehender gesellschaftlicher Unterschied als zwischen solchen, in denen die gleichen Parteien über Arbeit schlechthin, oder Arbeit samt Erfolg oder Arbeitsergebnis Verfügung treffen. Ob der Schuhmacher dem Privatkunden ein paar fertige Stiefel verkauft oder sie nach Maß anfertigt, macht zwar juristisch einen erheblichen Unterschied (zwischen Kauf und Werkvertrag), sozial und wirtschaftlich aber so gut wie keinen. Sozial viel bedeutsamer ist der Unterschied, ob der Schuster für den Privatkunden oder ob er als Heimgewerbetreibender für eine Fabrik arbeitet; nach Lotmar liegt beidemal Arbeitsvertrag in der Form des Akkords vor, nach seiner (richtigen) Auslegung des BGB. allerdings das eine Mal Werkvertrag, das andere Mal Dienstvertrag.

Digitized by Google

Zu welchem Widerspruch mit der sozialen Lage das Lotmarsche System führt, mögen zwei Beispiele zeigen: 1. Der Journalist ist Arbeitgeber des Zeitungsverlages. Denn im Verlagsvertrage ist der Verleger Arbeitnehmer, der gegen die Gewährung einer Verdienstgelegenheit als Entgelt die Arbeit der Vervielfältigung und Verbreitung eines Schriftwerkes zusagt. Und daß auch er im Honorare ein Entgelt für die Arbeit des Schriftstellers leistet, kompliziert den Tatbestand, ändert aber nicht den rechtlichen Charakter des Vertragsverhältnisses. 2. Im „echten" Lehrvertrage, in dem der Lehrling die Arbeit des Unterrichtes durch das Lehrgeld vergütet, ist der Lehrling Arbeitgeber seines Meisters. Daß die Praxis in diesem Falle das Verhältnis meist umgekehrt hat, und die Bildungsarbeit des Meisters als Entgelt für die Arbeitstätigkeit des Lehrlings erscheint, ändert nichts an der Tatsache, daß auf Grund der Lotmarschen Bestimmung des Arbeitsvertrages der Lehrherr als Arbeitnehmer erscheinen kann. Die Gegenüberstellung der beiden Worte Lehrherr und Arbeitnehmer besagt genug. Aehnliche Beispiele lassen sich häufen: Der Streckenarbeiter der Eisenbahn wird zu ihrem Arbeitgeber, sobald er eine Fahrkarte löst. In beiden Fällen ist er abhängig von den Machtgeboten der Eisenbahnverwaltung, die ihren Fahrgästen genau so diktatorisch Vorschriften macht wie ihren Angestellten. Es wäre sinnlos, wenn das Recht das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich behandeln wollte, nur weil in beiden Verträgen Arbeit gegen Entgelt versprochen ist.

Ich möchte das Lotmarsche Buch vergleichen mit dem Linnéschen System der Pflanzen, das in die unübersehbare Fülle von Erscheinungen Ordnung und Uebersicht, damit die Erkenntnis wesentlichen Fortschritts brachte. Aber wie auf Grund der durch die Linnésche Ordnung erreichten Uebersicht sich das Bedürfnis nach einem natürlichen Systeme geltend machte, das die Pflanzen nicht nach äußeren Merkmalen, sondern nach ihrer inneren Verwandtschaft zusammenbrachte und gliederte, so muß auch die durch Lotmars höchst wertvolles Buch geförderte Erkenntnis des Arbeitsrechtes dazu führen, eine natürliche Ordnung der Arbeitsverhältnisse anzustreben.

Auf dem Wege dazu war der Frankfurter Stadtrat Karl Flesch, der ein System des Arbeitsrechtes plante auf Grund einer Teilung in Selbstleister und Angestellte. Unter den Selbstleistern verstand er nicht nur Arbeitnehmer im Sinne Lotmars, Dienstverpflichtete oder Werksunternehmer im Sinne des BGB., sondern alle diejenigen, die vom Ertrage ihrer Arbeit leben und die Arbeit oder ihr Ergebnis unmittelbar dem Verbraucher leisten. Also neben dem Lohnwerker in der volkswirtschaftlichen Ausdrucksweise auch den Preiswerker (vgl. Bücher: Artikel: „Gewerbe" im Handwörterbuche der Staatswissenschaften, 3. Auflage, IV., S. 856,

Digitized by Google

861). Drei Rechtsformen: Kauf, Werkvertrag, Dienstvertrag, bieten sich dem deutschen Bürger zur Verwertung seiner Arbeitskraft, ohne daß er diese Arbeitskraft im ganzen einem andern zur Verfügung stellt, sich in seine Botmäßigkeit begibt, sich von ihm anstellen läßt. Unter der zweiten Kategorie der Angestellten wollte Flesch unterscheiden nach der Größe des Betriebes, vor allem nach der Zahl der von einem Arbeitgeber beschäftigten Arbeitnehmer, wollte den großen Betrieben in Wirtschaft und Verwaltung besondere Pflichten gegenüber den von ihnen abhängigen Arbeitnehmern auferlegen, diesen besonderen Schutz gegen Mißbrauch der Macht von Betriebsleitern gewähren.

Leider hat der Tod den ausgezeichneten Sozialpolitiker und Vorkämpfer modernen Arbeitsrechtes an der Ausführung seines Planes gehindert. Aber der Grundgedanke muß aufgenommen werden. Zum Teil ist das geschehen durch die Reichsverfassung, deren Artikel 157 nicht nur ein einheitliches Arbeitsrecht verspricht, sondern zugleich auch seinen Zweck richtig angibt, daß es dem *Schutze der Arbeitskraft* dienen soll. Darin liegt schon klar ausgesprochen, daß mit dem Arbeitsrechte der Verfassung nicht das Recht des Arbeitsvertrages im Lotmarschen Sinne gemeint ist. Es wäre sinnlos, die Arbeitskraft der Schiffahrtsunternehmungen gegen ihre Passagiere, der Verleger gegen die Schriftsteller besonders schützen zu wollen. Eines Schutzes bedarf die Arbeitskraft nur da, wo ein anderer die Verfügung darüber hat und durch die Struktur unserer Wirtschaftsordnung in Versuchung geführt wird, durch übermäßige Ausnutzung auf Kosten dauernder Leistungsfähigkeit, durch Raubbau an der Gesundheit der Mitbürger auf Kosten der Gesamtheit sich Vorteil zu verschaffen. Das künftige Arbeitsrecht wird das Recht der abhängigen Arbeit sein, das Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrlinge. Es wird in seinen sozialen Regeln, in dem öffentlich-rechtlichen Schutze der Arbeitskraft keinen Unterschied machen, ob Arbeitsleistung mit oder ohne Rücksicht auf das Arbeitsergebnis durch Entgelt vergütet wird, d. h. ob nach Lotmar Akkord- oder Zeitlohnvertrag, ob nach BGB. Werk- oder Dienstvertrag vorliegt. Der *Arbeitsvertrag* wird als neuer Begriff eingeführt für die Gesamtheit der Verträge, auf Grund deren *Arbeiter, Angestellte, Beamte* oder *Lehrlinge in fremdem Dienste gegen Entgelt* beschäftigt werden. Sein Recht wird einheitlich geregelt, völlig unabhängig vom Rechte des Dienst- und Werkvertrages, die bestehen bleiben mögen für „Selbstleister" im Sinne Fleschs.

Natürlich hat die Einheit des künftigen Arbeitsrechtes ihre Grenzen in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen. Da wo sich zwischen den großen Gruppen der Arbeiter, Angestellten und Beamten Unterschiede der Rechtsstellung herausgebildet haben, die in der Art ihrer Tätigkeit

Digitized by Google

oder ihres Arbeitgebers innere Berechtigung haben, wird dem auch künftig Rücksicht zu tragen sein. Dem einheitlichen Unterbau werden sich Bestimmungen für die sozialen Gruppen anfügen. Auch wo die Natur der Beschäftigung oder die geschichtliche Entwicklung eines Wirtschaftszweiges Verschiedenheiten gebracht hat, die innerlich bedingt sind, wie etwa zwischen Hausgesinde, landwirtschaftlichen Arbeitern, Schauspielern, Geschäftsreisenden usw., wird das Recht den Bedürfnissen der einzelnen Zweige Rechnung tragen und sie nicht etwa dem Dogma von der Rechtseinheit opfern.

Dagegen ist einheitliche Erstreckung des Rechtes über den Kreis der angestellten Arbeitnehmer hinaus unabweislich. Nicht die juristische Form des Vertragsverhältnisses darf maßgebend sein für den Schutz der Arbeitskraft, sondern die wirtschaftliche Lage, das tatsächliche Verhältnis, die Schutzbedürftigkeit derer, die vertragsmäßig Arbeit gegen Entgelt zusagen. Das ist bisher geschehen auf dem Einzelgebiete des Gewerberechtes. Selbständige Gewerbetreibende (Handwerker), die im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender gewerbliche Erzeugnisse herstellen oder bearbeiten, sind trotz ihrer formellen Selbständigkeit wichtigen Teilen des gewerblichen Arbeiterschutzrechtes unterworfen worden. Das muß und wird künftig verallgemeinert werden. Neben die Hausgewerbetreibenden (künftig Heimgewerbetreibende genannt) treten die Personen in gleicher sozialer Lage, die nicht Gewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung sind, oder nicht für Gewerbetreibende (sondern etwa für gemeinnützige Unternehmungen, für öffentliche Verwaltungen, für landwirtschaftliche, Eisenbahn- oder Schiffahrtsunternehmungen) liefern oder deren Erzeugnisse nicht gewerbliche, sondern etwa landwirtschaftliche oder geistige sind, oder die Dienste leisten. Vor allem die großen Gruppen der kaufmännischen Vertreter und die Angehörigen freier Berufe, deren Arbeit von anderen zu geschäftlichen oder gemeinnützigen Zwecken verwertet wird, ohne daß sie in einem Anstellungsverhältnis stehen, gehören hierher. Die Gesamtheit der „verlagsmäßigen Heimwerker", wie ich diese Schicht getauft habe, untersteht dem Arbeitsrechte.

Für diese Unterstellung darf es künftig so wenig wie bisher bei den Heimgewerbetreibenden einen grundsätzlichen Unterschied machen, ob sie nur Arbeit leisten oder ob sie Rohstoffe und Zutaten selbst beschaffen, und ob sie die Arbeitsmittel selbst stellen. Der Grad der Abhängigkeit mag verschieden sein, je nachdem der Arbeitgeber Werkzeuge und Stoffe liefert. Die Abhängigkeit selbst und damit das Schutzbedürfnis besteht in jedem Falle, und das neue Arbeitsrecht wird sich bis an zwei Grenzen dehnen:

1. Nicht erfaßt werden diejenigen für andere Unternehmungen liefernden oder leistenden Personen, die ihnen als völlig gleiche, unabhängige Ver-

Digitized by Google

tragsparteien gegenüberstehen. Wie bisher der Schutz des Heimgewerbetreibenden die Lohnindustrie nicht berührte, so werden auch künftig Agenten, Kommissionäre und andere Vertreter nur soweit den Heimwerkern zuzuzählen sein, als sie in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihren Auftraggebern sich befinden. Und eine ähnliche Scheidung wird man im Verhältnis der Schriftsteller zu den Verlegern, der Aerzte zu Krankenkassen, der vortragenden Künstler zu Bühnen- und Konzertagenturen usw. machen. Hier die Grenze zu finden, ist Aufgabe der Rechtswissenschaft und der Rechtsprechung (vgl. darüber Heft 5 der Zeitschrift Arbeitsrecht, Jahrgang VIII, Stuttgart 1921).

2. Nicht erfaßt werden alle Beziehungen der von ihrer Arbeit lebenden Personen zu *Verbrauchern*, zu sogenannter „Privatkundschaft". Hier besteht weder ein dauerndes Verhältnis noch eine Abhängigkeit, die den Schutz der Arbeitskraft nötig machte. Nur wo ein Unternehmer andere für sich arbeiten läßt, um das Arbeitsergebnis nutzbringend für sich zu verwerten, wo einer an der Arbeit des andern verdienen will, liegt ein Arbeitsverhältnis im Sinne des Art. 157 der Verfassung vor. Nur Heimwerk im Verlagssysteme ist arbeitsrechtlich zu regeln. Auch hier wird erst die Praxis genau die Grenze ziehen.

Wo sie aber auch gezogen werden mag, ganz wird sie auch die unabhängigen Gewerbetreibenden usw. nicht von der Ausstrahlung des sozialen Arbeitsrechtes ausschließen. Schon bisher sind einzelne Sozialgesetze, wie namentlich die Versicherung, auf kleine Unternehmer erstreckt worden. Das wird künftig in stärkerem Maße der Fall sein. Wir nähern uns dem richtigen Plane Fleschs, die unvermögenden, auf ihre Arbeitskraft allein angewiesenen Bürger durch öffentliche Einrichtungen in den Stand zu setzen, den Aufgaben als Familienvater gerecht zu werden, trotzdem der Lohn ihrer Tätigkeit sich ausschließlich nach der Leistung, nicht nach dem Bedürfnisse richtet. Das Arbeitsrecht wird zunächst Namen und Satzung auf diejenigen beschränken, die im Dienste anderer tätig sind. Aber von seiner Neuregelung wird der Anstoß ausgehen, der aus dem bisherigen Sachenrechte ein Personenrecht, aus dem Vermögensschutzrechte ein Menschenschutzrecht, aus der Güterverkehrsordnung eine Gesellschaftsordnung macht, die ihren *Ausgang vom arbeitenden Menschen* nimmt und ihn in den Mittelpunkt aller Sicherung und aller Bevorzugung durch staatliche Rechtsmacht stellt.

Digitized by Google

Notizen

Tschechisierungspolitik. Das Organ des Außenministers Dr. Benisch wird nicht müde, zu beweisen, daß es im ureigensten Interesse der Deutschen liege, den tschechoslowakischen Staat zu kräftigen. Die Ausführungen wirken grotesk, wenn man ihnen die Wirklichkeit der bisherigen tschechischen Politik entgegenhält.

Am Ende des Schuljahres 1913/14 gab es in Böhmen 5896 Volksschulen, davon 2424 mit deutscher und 3472 mit tschechischer Unterrichtssprache. Zu Beginn des Schuljahres 1920/21 zählte man 2353 deutsche und 3828 tschechische Volksschulen. Die Deutschen Böhmens hatten also 71 Volksschulen eingebüßt. Außerdem wurden 450 deutsche Schulen gedrosselt, so daß fast jede fünfte deutsche Volksschule Böhmens an Klassenanzahl verringert wurde. Dafür wurden aber bis 1. Januar 1921 in Böhmen allein 406 sogenannte Landesminoritätsschulen, die auf Grund des berüchtigten Schulerrichtungsgesetzes vom 3. April 1919 errichtet werden, vom Schulministerium übernommen, und von diesen 406 Minoritätsschulen sind 398 tschechische, die fast ausschließlich in reindeutschen Bezirken errichtet wurden, indem man tschechische Offiziere, Soldaten, Beamte und Arbeiter in diese deutschen Bezirke versetzte. Die Zahl der Bürgerschulen nahm um 193 zu, die Tschechen erhielten innerhalb zweier Jahre 197 neue Bürgerschulen, die Deutschen hingegen büßten 4 ein; an tschechischen Minoritätsschulen wurden bis 1. Januar 1921 in Böhmen 41 eröffnet. In Mähren vermehrte sich die Zahl der Volksschulen um 95, und zwar erhielten die Tschechen 188 neue Schulen, die Deutschen verloren 91 ganz, bei den Bürgerschulen betrug der Zuwachs 95, und zwar gab es 98 tschechische mehr, eine deutsche weniger als im Sommer 1914. Hiermit verfielen bis Mai 1921 insgesamt 19 Bürgerschulen, 96 öffentliche, 21 private Volksschulen mit zusammen 563 Schulklassen, aufgeteilt auf 118 Ortsgemeinden, der Schuldrosselung zum Opfer, so daß bisher rund ein Fünftel aller deutschen Schulklassen in Mähren bereits ein Raub der tschechischen Kulturpolitik geworden ist. Die Auflösung von weiteren 300 Klassen ist geplant, während 93 neue tschechische Minoritätsvolksschulen mit 129 Klassen errichtet wurden. — In dem der Tschecho-Slowakei zugefallenen Teile Schlesiens wurden bis Mai 1921 von deutschen öffentlichen Schulen aufgelöst: eine Bürgerschule mit 5 Klassen, 14 Volksschulen mit 62 Klassen, außerdem eine Reihe von Privatschulen und Kindergärten. Hingegen beträgt der Zuwachs an tschechischen Schulklassen 410. Die Drosselungen werden in der Regel dadurch erzielt, daß aus deutschen Schulen massenhaft Schulkinder ohne Befragen der Eltern, ja sogar gegen deren ausdrücklichen Wunsch, ausgeschult wurden. Weigerten sich die Kinder dagegen, so wurden sie von Gendarmerie gewaltsam aus den deutschen Schulen entfernt, und behördlich wurde verboten, ihnen ein Jahres- oder Abgangszeugnis auszustellen.

Der Sachaufwand für die drei tschechischen Universitäten (Prag, Brünn, Preßburg), die zwei Technischen Hochschulen, die Tierärztliche Hochschule, die Handelsschule, die Bergakademie, die evangelische und katholische Fakultät beträgt 45 153 619 Kronen, für die eine deutsche Universität und die zwei deutschen Techniken sind dagegen nur 6 853 299 Kronen eingestellt. Die Deutschen haben keine Tierärztliche Hochschule, keine Bergakademie, keine evangelische Fakultät, ja nicht einmal eine Handelshochschule, welche die mehr Landwirtschaft betreibenden Tschechen bereits seit 1919 besitzen. Und dabei wurde ein Gesetz beschlossen, daß jede Gemeinde von mehr als 10 000 Einwohnern einen Absol-

Digitized by Google

venten einer Handelsschule anstellen müsse. Die Sachaufwände für die deutschen verhalten sich zu den für die tschechischen Hochschulen wie 1 : 6,5, die Zahl der Deutschen zu jener der Nichtdeutschen 1 : 2,7. Es sind also die Deutschen bei Berücksichtigung der Sachaufwände für alle Hochschulen um mehr als das Doppelte zurückgesetzt. Da die Behauptung, es wäre nicht möglich, alle deutschen Schulen zu belassen und so viele tschechische zu errichten, als notwendig seien, weil durch eine solche Lösung „ein überaus bedeutschender finanzieller Aufwand" erwachsen würde, so muß entgegengehalten werden, daß der tschechisch-slowakische Staat von seinen 17 Milliarden Jahresbudget für 1921 für das gesamte Schulwesen nur etwas mehr als 608 Millionen Kronen, hingegen für die rein tschechische Auslandspropaganda mehr als 33 Millionen, für die Polizei fast 58 Millionen, für die Gendarmerie weit mehr als 235 Millionen und für das Heer mehr als 4½ Milliarden Kronen ausgibt.

Zu dem Artikel „Das Deutschtum in Kongreß-Polen" (Nr. 36 der „Deutschen Politik") teilt uns der Verfasser mit, daß ihm ein kleiner Irrtum insofern unterlaufen sei, als er den Verfasser einen in Polen geborenen Reichsdeutschen nannte. Adolf Eichler ist aber in Lodz geboren und ist Sohn einer Familie, die seit über Jahren in Kongreß-Polen wohnte, und war, wie alle seine Landsleute, russischer Staatsbürger. Während des Krieges wurde er von der Paßstelle der deutschen Okkupations-Verwaltung ungefragt zum polnischen Staatsbürger umgestempelt. Deutscher Reichsangehöriger wurde Eichler erst zu Beginn seiner Tätigkeit in Deutschland im Sommer 1919, als ihm sein „Vaterland" Polen übel mitgespielt hatte und er nach Deutschland mußte, um dort sich einen neuen Beruf zu suchen.

Mitteilung der Schriftleitung. Im Inseratenteil der letzten Nummer ist der Bericht über den Talaat-Prozeß angezeigt. Der zeitgeschichtliche Wert dieser Veröffentlichung wird nicht in Frage gestellt; aber die Schriftleitung spricht, um Mißverständnissen vorzubeugen aus, daß die in der Anzeige enthaltene politische Beurteilung nicht die ihrige ist. Der Kundige weiß sowieso, daß Schriftleitung und Inseratenverwaltung getrennt sind.

Neuerscheinungen

W. Schüßler, „Bismarcks Sturz" Quelle und Meyer, Leipzig.

Julius von Eckardt: Bismarcks Kampf gegen Caprivi, S. Hirzel, Leipzig, 86 S.

In dem Augenblick, da durch die Veröffentlichung des 3. Bismarckbandes das Drama wieder lebendig wird, das vor einem Menschenalter spielte, darf die sonstige neuere Bismarckliteratur eine besondere Beachtung erwarten, wenn sie auch durch dieses ungestüme Buch überschattet wird. Der Aufzeichnungen von Lucius und von Boetticher ist hier schon neulich gedacht worden; als Epilog der Katastrophe mögen die aus dem Nachlaß herausgegebenen, sehr reizvoll geschriebenen Eckardtschen Erinnerungen gelten. Sie führen in die politische Luft der Aera Caprivi ein, bringen Dinge, die mehr an der Peripherie liegen, mit solchen von höchster Bedeutung zusammen. Das politisch wichtigste des Bändchens ist die Wiedergabe einer Kritik des Grafen von Berchem am russischen Rückversicherungsvertrag, die über das Uebliche hinaus in der Konzentration der gesamtpolitischen Schau musterhaft ist. Schüßlers Buch ist gedacht als eine Darstellung des ganzen Ringens zwischen Kaiser und Kanzler. Bismarcks Niederschrift ist selber neben den anderen neuen Quellen benutzt (Kaiserbrief an Franz Josef). Dazu treten noch die Berichte des Wiener

Digitized by Google

Botschafters, die dem Verfasser zur Verfügung gestellt wurden und in dem Anhang abgedruckt sind. Schüßlers Buch ist eine historische Kompilation, in der die verschiedenen Motivenreihen anklingen; literarisch sehr lebendig gehalten, so daß das Atmosphärische der Jahre, Monate, Tage und Stunden stark herauskommt. Wäre nicht Bismarck jetzt selber zu Worte gekommen, hätte dies Werk zweifellos starke Beachtung gefunden durch seine eindrucksvolle Art, das Material zu gestalten. Th. H.

M. J. Bonn „Die Auflösung des modernen Staates." Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 44, S. 7,50 Mark.

Dieses kleine Buch gibt in einer durchsichtigen Klarheit der Sprache und Gedanken einen historischen Abriß des Verhaltens zwischen Staat und Wirtschaft in der neuen Geschichtsepoche, die Pragmatik und die Theorie — mehr Thesenstellung für neue umfassende Darstellung als diese selbst, aber doch auch im knappen Umfang, durch Hinweis lehrreich. Das führt zu einer Charakteristik der Krisis der Staatstatsachen und des Staatsdenkens, in der wir leben; mit der unausgesprochenen Pointe, daß hier ein „liberaler" Politiker zum Bejaher und Verteidiger des Staates wird gegenüber sozialistischen oder ständischen Tendenzen, die ihn mit wechselndem Grade der Bewußtheit aufheben wollen. Wir sind mit Bonn um so mehr einverstanden, als er; mit kluger Führung der geschichtlichen Linien, Gedanken sachlich stärker unterbaut, die auch von uns wiederholt ausgesprochen wurden. Leider bleibt einiges, was notwendig wäre, nicht ausgesprochen, nämlich wie sich die „auflösenden" Tendenzen im Staatsleben mit dem Zwang zur Rechtseinheit, mit den Vorfragen der auswärtigen Politik, mit den Grundtrieben der nationalen Ideologie vertragen. Wollte Bonn nicht nur Tendenzen konstatieren, sondern ihnen apologetisch gegenübertreten, so müßte er diese Probleme, die bei ihm kaum anklingen, stärker herausarbeiten. Das Büchlein, geistreich genug, bricht vorzeitig ab. Th. H.

Eberhard Buchner: Revolutionsdokumente. 1. Band „Im Zeichen der Roten Fahne". Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1921 400 S. 10 Mark.

Ist es erst drei Jahre her? Wie schnell versinkt doch diese Gegenwart? Eberhard Buchner hat seinen Kriegsdokumenten nun den ersten Band der „Revolutionsdokumente" folgen lassen, der bis zum 30. November 1918 reicht — Zeitungnachrichten aus allen politischen Himmelsgegenden, die wichtigsten historischen Kundgebungen, der charakteristische Kleinkram der Anekdoten, der oft ausschlußreicher ist als das großartige Dokument. Diese ganze Fülle des Materials stürzt unkommentiert und ungegliedert auf uns ein. Am Anfang meint man wohl, es wäre vielleicht besser gewesen, übersichtlicher, wenn Gruppen von Problemen und Ereignissen aneinandergehalten worden wären — das Ostproblem, Rhein, Wilson, Waffenstillstand, Parteikämpfe, Demobilmachung. Aber bald spürt man, daß gerade hier die eigentümliche Wirkung des Buches liegt, daß es in der Gleichzeitigkeit der vielfältigen Ereignisse, die auf uns wieder einstürzt, die wirre Stimmung weckt, in der wir damals lebten und taumelten. Und das wird deutlich genug: wie viel stärker damals die innerpolitische Sensation des Umsturzes auf die Gemüter (und die Presse) wirkt als die furchtbare Tragödie, die einen neuen Abschnitt der weltpolitischen Lagerung einleitete. Freilich, manchmal muß man lächeln. Vor den Zeugnissen, mit denen die Literaten sich ernst nahmen, vor den Welterlösungen, die in Programmen 1, 2, 3, 4 ausgeboten wurden. Alle Gehirne wurden einfach, weil sich mit dem kühnen und sicheren Wort alles beschwören ließ. Das Buch ist auch wichtig, wenn man es, neben dem historischen schlechthin, als Beitrag zu einer Geschichte und Charakteristik der deutschen Journalistik wertet. Die Ausstattung ist gut, der Preis ungewöhnlich niedrig. Th. H.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Ernst Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang * 5. November 1921 * Heft 45

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die schlimme Verwirrung welche die Parteiengruppierung in der letzten Kabinettskrise kennzeichnet, hat sich auch darin ausgeprägt, daß man das einemal das Reichsministerium gemeinsam mit dem preußischen umgestalten wollte, das anderemal diese Aufgabe in getrenntem Verfahren zu meistern gedachte. Beides mußte mißlingen, denn um mit beiden Aufgaben fertig zu werden, hätte es der einheitlichen Führung bedurft, die verfassungsmäßig fehlt; eine Parallelaktion, die aussichtsreich schien, mußte durch den Verlauf der Reichskrise auseinandergewirbelt werden. Aber das Problem selber hat durch den Gang der Dinge selber einen drängenderen Charakter erhalten als es im Sommer besessen. Denn nun muß das preußische Kabinett verwaltungstechnisch die Ausführung einer Politik tragen, die von einer andersgearteten Reichskoalition getragen wird. Das kann gehen, wenn Preußen sich eben nur als Exekutivorgan betrachtet, führt aber zu Friktionen, wenn es Politik eigener Tönung machen will. Die Abwandlung der oberschlesischen Frage erzwingt, daß die innere Anpassung der beiden Regierungen als Ziel scharf verfolgt werde.

*

Ein kluger Beobachter hat, zu den Schwankungen der Krisis gewendet, gemeint, daß die deutschen Ministerwechsel einen glatteren Verlauf nehmen müßten, wenn eine Siedlung mit Wohnungen für verabschiedete Staatsmänner erbaut würde. Ob die Wirkung die gewünschte sein würde, wissen wir nicht. Immerhin ist die Lehre gut: die Dynamik der Dinge ist nicht in Verfassungsparagraphen eingefangen.

*

Der König Karl will nicht abdanken; bis jetzt hat das Zureden nichts gefruchtet. Nun kommt die Frage vor das Budapester Parlament. Dort muß ein furchtbares Durcheinander entstehen, denn die magyarische Politik

Digitized by Google

wird sich zwischen der Diplomatie der beiden Ententen durchzuwinden suchen, und dabei drängt die kriegerische Umklammerung als Drohung. Hoffentlich merken die deutschen Monarchisten, wie würdelos es ist, die Frage der Staatsform keck und unklug zu einer Kraftprobe der äußeren Politik zu machen. Karls legitimistische Romantik könnte manchen besinnlich stimmen.

*

Briand kann als Sieger nach Washington reisen. Er hat nicht nur eine große Majorität in der Kammer um sich gesammelt, sondern er hat auch die neue Situation — das Erstarken der Linken unter Painlevé und Herriot — geschickt für sich ausgenutzt. Selbst das demokratische Blatt L'Oeuvre ist mit seinen Ausführungen zufrieden: „Das Neue ist, daß er es gewagt hat, ausdrücklich die Republik in den Mund zu nehmen. Republikaner sollen sie regieren. Das ist für heutige Verhältnisse ein Wagnis." Aus diesem Satz geht aber auch hervor, wie stark sich der nationale Block, der bisher in der Kammer ausschlaggebend war, nach rechts entwickelt hat. War es doch ganz üblich, die Republik mit dem Schmeichelnamen „Die Pest" zu bezeichnen. Die neugegründete „republikanische Liga von Painlevé und Herriot dagegen will wieder die radikale Politik von Waldeck-Rousseau und Combes neu beleben, die seit der Wahl Poincarés zum Präsidenten stark ins Hintertreffen geraten war.

*

„Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß ohne vorbereitende Periode der Registration und Kontrolle auch die unterste Stufe des Kommunismus nicht zu erreichen ist .... Solange wir nicht völlig besiegt sind, lasset uns den Rückzug antreten und alles von neuem, aber solider wieder aufbauen."

Diese Worte stammen aus der letzten Rede Lenins, in der er das völlige Fiasko des Kommunismus öffentlich eingestanden hat.

Die Zukunft der Rätemacht hängt nach Lenins Ansicht von dem Ausgange des nun entbrennenden Kampfes zwischen Proletariat und dem entstehenden Kapitalismus um die russische Bauernschaft ab. Zwischen beiden wird ein Wettkampf entstehen, der die Frage entscheiden wird: Geht die Bauernschaft mit dem Proletariat oder mit dem Kapitalismus? Geschieht das letztere, so wird der Kapitalismus die Kommunisten hinwegfegen, gelingt es dem Bolschewismus aber, den Bauern auf seine Seite zu ziehen, so behält er den maßgebenden Einfluß auf den neuentstehenden Kapitalismus, was gleichbedeutend ist mit der Erhaltung der Rätemacht. Die Aufgabe besteht also darin, das persönliche wirtschaftliche Interesse des Bauern zu wecken, ja alle Produktionszweige der Volkswirtschaft auf privatkapitalistischem Interesse aufzubauen. Mißglücke dieses, so ist auch die Räterepublik verloren.

Digitized by Google

Der Genfer Völkerbund und Deutschland

Von Graf Max Montgelas

Als die Dauer des im August 1914 begonnenen Völkerringens unabsehbar zu werden drohte, da gewann auch bei solchen, die früher anderer Ansicht gewesen waren, die Ueberzeugung sich Bahn zu brechen, daß dieser Krieg der letzte sein müsse, der letzte wenigstens unter zivilisierten Völkern. Das Mittel dazu sollte eine internationale Organisation bilden, die es ermöglichen würde, auftauchende Streitigkeiten, auch solche über lebenswichtige nationale Fragen, schiedlich-friedlich ohne Anwendung von Waffengewalt beizulegen. Es war gegen das Ende des Jahres 1916, daß Sir Edward, jetzt Lord Grey und Reichskanzler von Bethmann Hollweg in öffentlichen, auf den gleichen Ton gestimmten Reden der Hoffnung Ausdruck gaben, daß es gelingen möge, nach Einstellung der Feindseligkeiten eine solche Organisation zu schaffen. Dieselbe Botschaft erklang Anfang 1918 von jenseits des Ozeans. An diesem Kriegsziele, dem einzigen, das der ungeheuren Opfer an Gut und Blut wirklich wert war, hielten in Deutschland manche Freunde einer aufrichtigen Völkerverständigung auch zur Zeit der größten deutschen Siege unbeirrbar fest. Sie lehnten jede Vergewaltigung anderer ab und forderten für das deutsche Volk, den deutschen Staat nur dasselbe Recht wie für alle übrigen. Da kam der jähe Wechsel der militärischen Lage: die türkische Katastrophe in Palästina, der Zusammenbruch der bulgarischen Front und damit die unheilbare Wunde in der Südostflanke der Donaumonarchie, endlich das immer bedrohlicher werdende Schwinden der Kräfte an der auf die Defensive beschränkten deutschen Westfront. Noch schien der Weg zu einem aufrichtigen und dauerhaften, von einem wahren Völkerbund gekrönten Frieden offen zu stehen. Denn diese Zusage war enthalten in der vom Präsidenten der Vereinigten Staaten im Namen des Feindbundes erteilten Antwort auf das Waffenstillstandsangebot, das auf Drängen der Obersten Heeresleitung die Regierung des Prinzen Max von Baden nach mehr als zweitägigem Sträuben abgesandt hatte.

Grausam war die Enttäuschung. Im geheimen Konventikel von Versailles wurde ein Werk geschaffen, das eine wirkliche Beruhigung und einen Wiederaufbau Europas unmöglich machte. Im besonderen war an die Stelle des verheißenen Völkerbundes, der allen gleiche Rechte und gleiche Pflichten geben sollte, ein „Waffenbund der siegreichen Regierungen“ getreten, die sich unbeschränkte Machtfülle gegenüber den außenstehenden, völlig rechtlosen unterlegenen Völkern anmaßten. Nicht nur in Deutschland und bei dessen früheren Verbündeten, sondern auch bei den Neutralen, in Italien und in den angelsächsischen Ländern wurde die Versailler „Gesell-

Digitized by Google

schaft der Nationen" abfällig kritisiert. Mit scharfen Worten geißelte namentlich E. D. Morel den von den leitenden Politikern der Entente an den eigenen Völkern verübten Betrug. Englische Offiziere urteilten ganz in dem Sinne des Gründers der „Union of Democratic Control"; so schrieb General Thomson, vom Mai 1918 bis Juni 1919 Mitglied des alliierten Kriegsrats, daß der Rat der Vier das „Gesetz des Dschungels" sich zur Richtschnur gemacht habe, und General Sir Ian Hamilton, der Führer des Dardanellenunternehmens, gab noch kürzlich in tiefer sittlicher Entrüstung der Enttäuschung darüber Ausdruck, daß man die englische Jugend für solchen Betrug habe sterben lassen. In New York aber sprach etwa am zweiten Jahrestage des Waffenstillstandes auf der Kanzel der Geistliche J. M. Holmes:

„Damals hatte man gehofft, die Morgenröte einer neuen Weltorganisation anbrechen zu sehen. Aber als Präsident Wilson nach Paris ging, da ließ er in Amerika den Kriegsgeist zurück, den sein Krieg wachgerufen hatte, und in Europa fand er einen anderen Kriegsgeist, der nicht nur von Deutschland, sondern von den Alliirten verbreitet worden war. Ein ausgedehnterer Militarismus (als der deutsche) war erstanden, um der Welt größere Bedrückungen aufzuerlegen als sie früher gekannt hatte".

Was der Genfer Rumpfbund, dem infolge des einstweiligen Fernbleibens der Vereinigten Staaten sowie des Ausschlusses von Rußland und Deutschland nur etwa ein Drittel der weißen Menschheit angehört, seit seinem Bestehen geleistet hat, bestätigt vollauf die über ihn gefällten Verdammungsurteile. Die dilatorische Behandlung der Abrüstungsfrage beweist, daß man nicht den Frieden will, sondern die Fortdauer eines Zustandes, bei dem stark bewaffnete Heere mit leichter Mühe und ohne jede Gefahr über entwaffnete wehrlose Völker herfallen können, ein Zustand, der weit schlimmer und unmoralischer ist als ein ehrlicher Krieg zwischen gleichgerüsteten Gegnern. Die Verweigerung der von Nansen so warm befürworteten Hilfe an Rußland bekundet einen abschreckend hartherzigen, kapitalistischen Geist, der nicht das geringste Opfer bringen will, um die Rettung von Millionen unschuldiger Menschen von grausamem Hungertode zu versuchen. Die Billigung des Zerrbildes einer Volksabstimmung in Eupen und Malmedy und die vorbehaltlose Anerkennung der Verordnungen der Regierung des Saargebiets zeigen, wie aussichtslos jede Reklamation von Menschen deutschen Stammes vor diesem Tribunal ist. Die eisige Kälte, mit der das Bundessekretariat mitteilt, daß der Einspruch von 70 deutschen und ausländischen Frauenvereinen gegen die farbige Schmach im besetzten Gebiet „in der Bibliothek zur Verfügung der Delegierten der Versammlung deponiert" werden wird, verrät, daß für die Genfer Bevollmächtigten auch die Beschützung von Frauenehre, wenn es sich um deutsche Frauen handelt, ein leerer Wahn ist.

Nach alledem gehörte großer Optimismus dazu, in der oberschlesischen Frage irgendwelche Hoffnungen auf Genf zu setzen. Die Entscheidung

Digitized by Google

hat auch die schlimmsten Erwartungen übertroffen. Zum Schaden fügt sie noch den Spott, da Deutschland in dem ihm geraubten Gebiet den Lehrmeister der Polen abgeben muß, damit diese des Raubes sicher froh werden können. Dabei handelte es sich nicht einmal nur um deutsches Recht, sondern auch um gemeinsame Interessen der gesamten europäischen Wirtschaft. Klarer konnte nicht erwiesen werden, daß in Genf nicht der Wahrspruch „Gleiches Recht für alle" maßgebend ist, auch nicht das Interesse Europas, sondern einzig und allein der Wille Frankreichs. Frankreich aber, das heißt die französische Regierung, die erdrückende Mehrheit des französischen Parlaments und die Mehrheit des französischen Volkes wollen weder Versöhnung noch Frieden, sondern kennen nur ein Ziel, die völlige Niederwerfung und Knechtung Deutschlands. Diesem beharrlich verfolgten Ziele wird alles andere geopfert, selbst die eigene wirtschaftliche Wohlfahrt. Der Vertreter Großbritanniens hat sich nicht dazu aufraffen können, diesem Vernichtungswillen entgegenzutreten und das Wort des Ministerpräsidenten, „fair play für Deutschland in Oberschlesien", einzulösen. Die jahrhundertalte Tradition der englischen Politik, auf dem Kontinent keine übergroße Militärmacht aufkommen, vor allem die flandrische Küste nicht in deren Einflußsphäre gelangen zu lassen, ist aufgegeben; das Wort Napoleons I., „Antwerpen in französischer Hand ist eine gegen England gerichtete Pistole", ist trotz der französisch-belgischen Allianz und Militärkonvention völlig vergessen. Das verdankt Europa der Zusammenarbeit in Genf.

Ein von solchem Geist beseelter Völkerbund ist das Gegenteil dessen, was die Anhänger internationaler Verständigung in Deutschland angestrebt hatten. Solange dieser Geist im „Palais des Nations" herrscht, ist es für uns nicht verlockend, dort Sitz und Stimme zu haben. Manche neutrale Staaten waren beigetreten in der Hoffnung, sie könnten vielleicht mäßigend auf die imperialistischen Tendenzen und die rachsüchtige Unversöhnlichkeit einwirken. Das war bis heute eine Täuschung. Dieselbe Täuschung wäre es, wenn Deutschland von seinem Beitritt zum Pseudobunde eine Erleichterung seines harten Loses, eine Lockerung seiner Sklavenketten erwarten wollte.

Es ist durchaus begreiflich, wenn jetzt die Gegner des Völkerbundgedankens in Deutschland die Anhänger dieser Idee mit Spott und Hohn des Irrtums zeihen. Begreiflich, aber in den meisten Fällen nicht berechtigt. *Diesen* Völkerbund hat niemand verteidigt, ihn lehnen mit besonderer Entschiedenheit gerade diejenigen ab, die schon im Kriege für den wahren Völkerbund eingetreten sind. Aber wenn ein richtiger Gedanke bei der Ausführung in sein Gegenteil verkehrt wird, darf man nicht den Gedanken selbst verwerfen. Die Absage an Genf schließt die Fortsetzung des Strebens nach einem wahren Völkerbund nicht aus.

Digitized by Google

Völlig verfehlt ist es freilich, dieses Streben in der Weise zu betätigen, daß man vor den Genfer Verfehlungen die Augen verschließt, sie beschönigt und entschuldigt. Kompromisse mit dem Revanchegedanken von Paris kann es nicht geben. Der Völkerbund, der für Deutschland erstrebenswert war und ist und bleibt, sieht gänzlich anders aus: Es ist ein Bund, der alle Staaten umfaßt, der allen Völkern, ob groß oder klein, die gleichen Rechte in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung zubilligt: Schutz der Grenzen aller Länder vor räuberischem Einfall, gleichmäßige Beschränkung aller Landheere, Flotten und Fluggeschwader, gleiche Bewegungsfreiheit für alle friedlichen Schiffe und Flugzeuge.

Schiefe Lösungen

Von Dr. Theodor Heuß

Wirth ging, Wirth kam. Man konnte die Zweckmäßigkeit des Rücktritts bestreiten, solange man in der Tat geneigt war, des Kanzlers angeblich gute Zensuren in London und Paris als ein dauerhaft werbendes Kapital anzusehen, das nicht gefährdet werden dürfe. Wir halten diese Lesart nicht für ganz zureichend, aber sie läßt sich hören. Hatte man aber jenen ersten Schritt getan, Paris und London mitzuteilen, daß durch Genf die Position des Kabinetts unhaltbar sein würde, dann mußte die Folgerung gezogen werden, wenn anders deutsche diplomatische Erklärungen nicht zur bloßen ungeschickten Rederei werden sollten. So wurde sie gezogen — und dann war das Nichts da.

Der Mangel der deutschen Parteitradition tat sich auf: die vorzugsweise innenpolitische Orientierung. Sollte der Eindruck, den man von der Wirthschen Demission erwartete, nun auch in der Welt ausklingen, so mußte darauf Bedacht genommen sein, dem Weggehenden rasch ein neues Kabinett, eine neue Firma folgen zu lassen. Dessen Programm war einfach gegeben: die Rechtsverwahrung, die das bisherige Reparationsprogramm in Frage stellen mußte, bei gleichzeitiger Bereitwilligkeit zum sachlichen Verhandeln. Eine bloß trotzige Gebärde, wie Hergt sie wünschte, wäre genau so töricht wie der tapsige Eifer einiger Unabhängiger, die krampfhaft die formale Rechtmäßigkeit der Genfer Entscheidung nachweisen wollten:: worauf es ankam, war, mit einer freilich nur sehr relativen, aber doch immerhin gewahrten Freiheit in die Besprechungen zu kommen und nun das Schwergewicht der Sachensprache auf seiner Seite zu wissen. Ein solches Verfahren hätte auch der Stellungnahme entsprochen, die in der vorangegangenen Zeit von den verschiedenen Parteien der Mitte eingenommen war.

Digitized by Google

Nun aber begann die Epoche der parteipolitischen Fehler sich zu rächen. Wäre der September nicht ein Monat der Partei-Liebesbriefe gewesen, sondern der klaren Entscheidungen über das Notwendige, dann wären wir an diese außenpolitische Kraftprobe bereits mit der „großen Koalition" herangekommen, und der Zwang, sie zu erhalten, wäre für die Verhandlungen über die Sachentscheidung zum Motor geworden. Das war versäumt und sollte nun eingerenkt werden. Lagen in der letzten Vergangenheit die falschen Tritte bei der Sozialdemokratie, so wurde jetzt bei dem Gegenspieler der Rechten das Marschtempo unsicher: die Koalitionsbereitschaft der Volkspartei schien mehr auf die innere Problematik, Verfassung, Steuer und dergleichen eingestellt, hatte aber Angst, die Regierungstätigkeit mit einer außenpolitisch höchst undankbaren Aufgabe einzuleiten.

Trotzdem: an einem Abend schien die Konkordienformel gefunden. Die Sozialdemokratie, deren Presse im Nebenher die preußische Frage, die Erfassung der „Goldwerte" u. s. f. grundsätzlich erledigt wissen wollte, schien bereit, den Drang der außenpolitischen Situation anzuerkennen, und stellte diese Dinge zurück; nur sprach sie in den Verhandlungen aus, daß sie verlangen würde, gegenüber Zwangsmaßnahmen die einfache Unterwerfung zu fordern. Diese Haltung bestimmte die Volkspartei, ihre Vertreter im interfraktionellen Ausschuß zu desavouieren und sich von der Koalitionsmöglichkeit zurückzuziehen; dies geschah aber in einer publizistisch so taktlosen Weise, daß damit die mögliche Außenpolitik eines neuen Kabinetts von vornherein aufs ärgste geschwächt, ja gelähmt war. Wie kann man eine solche Aktion einleiten, indem man mitteilt: Die stärkste Partei ist aber zur Unterwerfung bereit! Das gibt wohl eine parteipolitische Rückzugslinie, verdirbt aber die taktische Situation in so hohem Grade, daß jedes folgende Kabinett unter ihrer Entwertung leiden müßte. Das veranlaßte die Demokraten ihrerseits, von der Koalition mit den Sozialisten zurückzutreten.

Die Situation war der vom Sommer 1919 ähnlich. Die Zeit drängte, während die Parteischranken niedergingen. In diesem Augenblick übernahm Wirth wieder die Kabinettsbildung — ein innenpolitisches Auskunftsmittel, das auf die ursprünglich gedachte außenpolitische Wirkung völlig verzichtete. Was er zur auswärtigen Situation sagte, war gut und würdig, aber es kann nicht auf einen gleichen Eindruck rechnen, wie wenn ein anderer so gesprochen hätte. Zweifellos ist für das Kabinett Rathenaus Rücktritt sachlich der größte Verlust, aber zugleich auch die einzige Handlung, die unter dem Gesichtspunkt politischer Fernwirkung zu werten ist.

Man muß sich fragen, ob dieser Vorgang der Umbildung des Kabinetts geeignet ist, nun endlich lehrhaft zu wirken. Das zweite Ministerium Wirth gibt sich nicht als ein Koalitionskabinett, sondern als ein „Kabinett der Persönlichkeiten" — das ist ein bißchen renommistische Verbrämung einer

Digitized by Google

Verlegenheit, daß es nicht gelang, von Fraktion zu Fraktion die gemeinsame Unterlage, das politische Esperanto einer Durchschnittssprache zu finden. Aber daß man eben um die Beseitigung dieser Verlegenheit so mühevoll und erfolglos rang, ist zugleich der Hinweis, daß man auf diesem Wege immer nur zu krummen Behelfslösungen kommen wird. Es wird dann die richtige Linie verfolgt werden, wenn auf den „Persönlichkeiten" — wir wollen nicht einzelne davon zitieren — nicht der diskrete Schimmer der Ironie liegt.

Das heißt: Deutschland ist, seitdem das Verhältniswahlrecht den Parteiencharakter versteinert hat und jegliche Beweglichkeit zwischen den Parteien erschwert, zwangsläufig auf die Bildung von Koalitionsregierungen hingewiesen. Eine an sich wohltätige Folge dieser Not oder Tugend ist die mähliche Abschleifung von Feindseligkeiten — zwar nicht in der Presse der Parteimelodik, aber doch in dem politisch-parlamentarischen Kampf. Nur bei den Regierungsbildungen fühlen sich alle Beteiligten verpflichtet, dem sacro egoismo zu dienen, um ihr Lebensrecht scharf abzugrenzen. Daraus erfolgt der Zustand, den wir auch schon bei den ersten Regierungsbildungen erlebten: die Ressorts werden, womöglich prozentual, kontingentiert (und wenn es anders erfolgt, ist Neid oder Vorwurf eine Begleitfolge), die Fraktionen entsenden ihre Vertreter. Nur scheinbar sind sie vom Reichskanzler berufen, tatsächlich sind sie die Delegierten ihrer Fraktionen. Das ist deshalb unsinnig, weil sie in diesem oder jenem Ressort mit spezifischen Parteiauffassungen gar nichts zu tun haben; ihre Parteianschauung ist dazu da, in der Bestimmung des allgemeinen politischen Ganges mitzuschwingen.

Und die Folge: soll der Parlamentarismus, der unter den furchtbarsten auswärtigen Störungen seine ersten Gehversuche in Deutschland macht, nicht bald sich lahmlaufen, so muß er befreit werden von der Fraktionsenge. Die Verfassung bedarf dazu keiner Aenderung. Die Fraktionen sind dazu da, ihn Vertrauen auszusprechen oder aufzukündigen — mit Ausnahme der preußischen Sozialisten, die ihre dumme Taktik vom Frühjahr bedauern, hat man bei uns noch keine Partei gefunden, die aufs Ministerstürzen sehr gierig ist. Alle deutschen Kabinette, mit der Ausnahme der Neubildung nach den Wahlen, sind nicht an parlamentarischen Machtverhältnissen zerbrochen, sondern an äußerer Gewalt, und ihre Notlage offenbarte sich jeweils bei den Versuchen, Mehrheiten zusammenzubringen.

Handelt es sich darum, in Deutschland die Regierungsfähigkeit des demokratischen Systems zu stabilisieren, so ist das erste Gebot, es beweglicher zu machen.

Digitized by Google

Der Streit um Habsburg

Von Dr. Gustav Crényi

Ungarns Schicksal gestaltet sich immer mehr zu einer weltpolitischen Angelegenheit. Hierbei ist freilich nicht das widerspruchsvolle und widerspenstige Verhalten des kleinen Rumpfstaates entscheidend, sondern die streitbare Art, auf die die Eitelkeit magyarischer Durchschnittspolitiker durch gewisse Siegerkreise als Machtfaktor in das kontinentale Geschehen eingeschoben wird. Die ungarische Politik tappt mit unverwüstlichen Selbstbestimmungsillusionen in der von diversen Weltströmungen vorgezeichneten Marschrichtung. Wenn hinter den Kulissen der ungarischen Nationalversammlung fünferlei „Königsgruppen" einander im Namen des Vaterlandes mit heroischen Gebärden bitterböse befehden, und wenn der „Karlismus" nun schon das dritte Jahr, von Militärdetachements und Verfassungssophismen geschützt, einen nationalen Hochgesang anstimmt, so vermißt der schärfer Blickende in angemessenem Abstande nicht die geheimen Drahtzieher, die das abwechslungsreiche Puppenspiel der großen Gesten vergnüglich in Szene setzen.

Seitdem der „neue Geist" mit den Truppen Horthys im Herbst 1919 seinen Einzug hielt, haben die ungarischen Staatsleiter nichts Besseres zu tun, als sich im Kampf um die Person des zu erwählenden Königs gegenseitig die Köpfe einzuhauen. Die Königsfrage beherrscht das öffentliche Leben Ungarns in souveräner Weise auch dort, wo scheinbar die Lösung der Bodenreform, die stets akute Regierungskrise oder das Judenproblem die Gemüter erregten. Der ständige Hader zwischen den bewaffneten Banden Dizienburgs und Bronays, zwischen Kleinen Landwirten und Christlich-Nationalen, zwischen Katholiken und Kalvinisten, zwischen Anhängern dieser und jener Auslandsorientierung ist im wesentlichen durch die extremen Lösungen „Legitimismus" und „freie Königswahl" bedingt. Aber abseits von diesen Leitmotiven der nationalen Entzweiung schwirren und streiten die Fürsprecher verschiedener Zwischenlösungen. Noch wie vor hat der ungarische Vertreter des Hauses Habsburg, Erzherzog Joseph, seinen Anhang, ein Zahn des Erzherzogs Friedrich, namens Albrecht ist der Kandidat einer besonderen Gruppe, ausländische Fürstennamen tauchen immerfort auf. Aber alle diese Fraktionen, die zum großen Teil besondere habsburgische Restaurationsabsichten gegen den Wiedereinsetzungsplan der Karlisten verfolgen, scharen sich um die Person des Reichsverwesers der scheinbar über den Gegensätzen erhaben — letzten Endes ja doch eigenen dynastischen Träumen nachhängt.

Digitized by Google

Das Schlagwort von der „Unantastbarkeit der Herrscherrechte des gekrönten Königs“ wurde zuerst in jenen Kreisen des hohen Adels und Klerus laut, die durch eine lückenlose Restauration der 1918 gestürzten Staatsgewalt vor allem ihre eigene Macht restaurieren wollten. Diese Kreise verstanden es vorerst, sich in die höchsten Regierungsstellen einzunisten, so daß eine Zeitlang der „Legitimismus“ als der prinzipielle, aber einstweilen undurchführbare Standpunkt des amtlichen Ungarns in Ministerien und Aemtern frei verkündet wurde. Später aber vollzog sich behutsam eine Säuberung des Regierungsapparates von der karlistischen Einwirkung. Der Osterputsch bedeutete in dieser Hinsicht einen Wendepunkt. Sämtliche Exponenten der legitimistischen Strömung, so der damalige Ministerpräsident Graf Teleki und der gewiegte, aber ganz im karlistischen Fahrwasser steckende Außenminister Gratz, mußten auf einen Druck von oben aus der aktiven Politik scheiden. Von diesem Zeitpunkt an begann der Reichsverweser engeren Anschluß an die Partei der Kleinen Landwirte zu suchen, während der Verwandlungskünstler Friedrich, der nun einmal bloß in schärfster Opposition gegen die neu Aufwärtsstrebenden die Befriedigung seines Ehrgeizes finden kann, unversehens zu den Karlisten hinüberschwenkte.

In dieser Umschaltungsperiode war Graf Bethlen, der neue Ministerpräsident, ein unvergleichlicher Schachspieler. Er bekannte niemals offen Farbe gegen die Anwälte der Königstreuen, aber in Wirklichkeit verleugnete er nicht seine Abstammung von jenem siebenbürgischen Fürsten, der seinerzeit im Bunde mit Gustav Adolf gegen die Habsburger gekämpft hatte. Meisterhaft verstand er jene Schichten, die unter verschiedenen Devisen der karlistischen Lösung entgegentraten, auf den Regierungsbänken zu einen. Während im Parteilager wirtschaftliche Rivalitäten tausend Gegensätze schufen, entstand somit dennoch eine große Regierungskoalition der „antilegitimischen“ Elemente.

Aber diese Fusion hatte nun den entschiedenen Nachteil, die offenen und geheimen Karl-Anhänger einem Gemütsbund von großem Stil zuzutreiben. Zu einem Trupp demagogischer Judenhetzer, die aus Gründen der gefährdeten öffentlichen Ordnung aus dem Regierungsmilieu entfernt werden mußten, wie Haller, Beniczky, Szmrecsányi und der minder laute, aber von jeher radikal-klerikale Rakovszky, gesellte sich nun, der früher als liberal geltende Graf Julius Andrássy jun., dessen ganze politische Laufbahn durch einen krankhaften Ehrgeiz für Macht gekennzeichnet war, und der als letzter Außenminister der zerfallenden Doppelmonarchie nun wieder im Schatten des habsburgischen Glanzes emporkommen möchte. Diese Clique, der es an Einfluß in breiten Schichten der Bevölkerung nicht gebricht, vermochte den Regierungskurs durch Enthüllungen und moralische Entrüstungsmanöver aller Art zu hemmen und das Kabinett Bethlen

Digitized by Google

aus der einen Krise in die andere zu zerren. Indem führende Mitglieder der Kleinagrarierpartei allerhand verwegener Schiebungen überführt werden, gilt es, den Ackerbauminister Szabó, einen Hauptrepräsentanten des Bekenntnisses zur „freien Königswahl", unmöglich zu machen und die Partei selbst zu sprengen. Auch der Feldzug gegen den kürzlich demissionierten Finanzminister Hegedus wurzelte im legitimistischen Treiben.

Es ist nicht wenig bezeichnend, welch unzusammenhängende Elemente sich schließlich im karlistischen Lager trafen. Außer dem Altliberalen Andrássy, dem Antisemiten Rakovsky und dem terroristisch veranlagten Abenteurer Friedrich bekennt sich auch der jüdische Demokratenführer Vázsonyi, übrigens ein Justizminister aus der Aera des König Karl, als ein kuragierter Karl-Anhänger, und Paul Sándor, der Vertreter Budapester Börsenkreise, nimmt an einer Messe teil, die im August zu Ehren von Karls Geburtstag in einer Kirche der ungarischen Hauptstadt gelesen wurde. Verwunderlich wirkt das Verweilen des trotz allem Konservatismus stets vornehm gemäßigten Grafen Apponyi in dieser Gilde. Ihn kettet eine zu nationalen Brusttönen erstarkende verfassungstechnische Dialektik an die Person des legal gekrönten Königs. In einem Leitartikel des nationalliberalen Organs „Budapesti Hirlap" vom 11. Oktober bezeichnet er jenen Monarchen, der anstelle des rechtmäßig noch immer herrschenden Karl neu gewählt werden sollte, als eine „klägliche Figur" und eine „wertlose Papiermachéenachahmung". Er wittert hinter den „freien Königswählern" im Gegensatze zur Karlistengruppe merkwürdigerweise den Einfluß des Auslandes und weiß keine andere ehrliche Wahl, als zwischen Karl und der Republik, die eben Ungarns Verderben wäre. Und im „Pester Lloyd" vom 21. Oktober meint er, daß „die Synthese von Tradition und jener kühnen Evolution, die allein vor Revolutionen sichert, nur unter der unbestrittenen moralischen Autorität des legitimen Königstums zu verwirklichen ist". Man fragt unwillkürlich, wie ein Politiker vom Schlage Apponyi dermaßen in inhaltslos gewordene Verfassungsformeln verstrickt sein könne. Und staunend sieht man in diesem größten Redner des alten Ungarns zugleich den Vertreter jener weltfremden Repräsentationspolitik magyarischer Prägung, die an zwangsläufigen Entwicklungsvorgängen scheitern muß.

Soweit die karlistische Bewegung im Spiegelbilde des ungarischen Parteilebens. Aber alles, was hier hochmütig zu lenken wähnt, wird in Wirklichkeit mit fortgerissen von einem Wirbelwind, den Ventilatoren der westeuropäischen Technik anfachen, so sehr auch Graf Apponyi im Ausharren an der Seite des gekrönten Königs den höchsten Ausdruck einer besonderen Nationalethik erblickt. Seitdem die linksradikalen Gewaltexperimente des geschwächten Landes endgültig Fiasko erlitten, ist Ungarn Mittelpunkt einer systematischen Bevormundungs- und Aufwiegelungsaktion von seiten der französischen Machtsphäre geworden, die durch Ungarns

Digitized by Google

Dazwischentreten eine dauernde Hintanhaltung des wirtschaftspolitischen Verständigungsdranges in Südosteuropa anstrebt. Man sage nicht, daß die Festigung der Reaktion in Ungarn eine natürliche innerpolitische Angelegenheit sei. Nach dem Zusammenbruch des Bolschewismus hielt die Entente Ungarns Geschick fest in ihren Händen. Wenn damals England auf ein gewisses Zusammenwirken aller Parteien drang, so bekundete es zumindest eine vorübergehende Geneigtheit, in dieses zerstörte Gebilde Ordnung bringen zu wollen. Doch just, wenn es sich um essentielle Friedensinteressen des Südostens handelte, las man in der französischen Presse stets die schöne Phrase über „Ungarns innere Angelegenheit", in die es der gute Takt verböte, sich einzumischen. Man beachte, wie ganz anders diese These über die „inneren Angelegenheiten" Deutschland gegenüber stets angewandt wurde. Nachdem der ganze Krieg im Namen der „Demokratie" gegen den „Imperialismus" der Zentralmächte geführt worden war, mußte nun der organisierte Feldzug der Budapester Machthaber gegen jede demokratische Regung als eine „interne Angelegenheit" dieses Landes gelten. Aus dem Trianoner Friedensvertrage, der punkto Ungerechtigkeit hinter den Friedenswerken von Versailles und Sain-Germain nicht zurücksteht, gab es so manche Entschlüpfungsmöglichkeiten. Oder wäre es nicht mehr als ein bloßer Zufall, daß von allen Unterlegenen Ungarn allein — trotz des offiziellen Abrüstungsdiktats — in der Armierungsfrage sozusagen freie Hand behielt? Und wäre es wirklich nur das private Unterfangen einiger magyarischen Grafen und Bischöfe, den Kaiser Karl nun schon das zweite Mal auf die abenteuerlichste Weise nach Ungarn zu locken?

Man braucht nicht so weit zu gehen, um alle phantastischen Zeitungsmeldungen über den fertigen französischen Plan einer neuen Habsburgermonarchie oder einer Personalunion zwischen Bayern, Oesterreich und Ungarn als unbedingt glaubhaft hinzunehmen. Möge aber auch kein genauer Kriegsplan ausgeheckt worden sein, immerhin scheute man nicht, mit dem Feuer zu spielen und dasjenige als zeitliches Schreckgespenst gegen die nervösen Nachbarstaaten nennen zu lassen, vor dessen Verwirklichung es den leichtfertigen Geisterbeschwörern ja doch ein wenig graut. Wir sehen, daß nach dem Zetermordiogeschrei in Prag und Belgrad — diesmal ebenso wie im Frühjahr — vom Westen her alsbald mit Wucht abgeblasen wurde. Aber das aufgeriebene Detachement Osztenburg füllt nun die Lücken der Willkürabteilungen Prónay und Héjjas aus, das im Herbst 1919 begründete System und Heer bestehen weiter, und wenn auch stellenweise gebremst wird, von einer beherzten Löschung des Feuerherdes ist nicht die Rede.

Der Osterstreich unterschied sich insofern vorteilhaft von der gegenwärtigen Verquickung, als man damals die Kleine Entente als eine

Digitized by Google

keimende Garantie der südosteuropäischen Ordnung aus dem Konflikt sieghaft emporragen sah. Seitdem ist die Pariser Ränkezentrale, was die Aufstöberung der drohenden Idylle im Südosten betrifft, nicht untätig geblieben. Während Karl trotz mancher Internierungspläne sich nach wie vor häuslich in der Schweiz niederlassen und mit seinen Getreuen unbehindert verkehren durfte, ließ man den ungarischen Militarismus in den burgenländischen Gauen gewähren und bestimmte anstelle des vermittlungsbereiten Herrn Benesch den gewitzten Marchese della Torretta, der die jugoslawische Gefahr höher als die habsburgische einschätzt, zum Schiedsrichter. Laut dem Abkommen von Venedig sollen die Truppen Osztenburgs bis zur Abstimmung unter italienischer Oberaufsicht in Oedenburg bleiben. Was müssen nun die karlistischen Hitzköpfe denken? Ist nicht alles geschehen, die wachgehaltenen Ambitionen zu einem abenteuerlichen Generalvormarsch anzuspornen?

Das Waffengeklirr in der tschechischen und südslawischen Hauptstadt dürfte diesmal noch zu besänftigen sein. So sehr man auch hier wie dort auf seine Marschbereitschaft pocht, verspürt man de facto wenig Lust, die Kriegsmüdigkeit breiter, dem neuen Staatsverbande noch nicht restlos vertrauter Massen einer neuen Belastungsprobe auszusetzen. Was aber beängstigt, trotzdem das Hindernis Karl nun anscheinend durch einmütigen Beschluß endgültig beseitigt werden soll, das ist der Vorschauer eines neuaufziehenden Gewitters in den südöstlichen Gefilden. Der ungarische Zündstoff besteht auch ohne die karlistische Gefahr fort, aber die Explosionsmöglichkeiten sind infolge der italienischen Kursänderung erheblich näher gerückt.

Lloyd George und de Valera

Von Wilhelm Libelius

Die Verhandlungen zwischen dem englischen Ministerpräsidenten und dem irischen Parteiführer stehen schlecht. Es wird offen von dem bevorstehenden Abbruch gesprochen. Ueber den bisherigen Gang der Verhandlungen hat kaum etwas verlautet, nicht einmal von den Verhandlungspunkten ist etwas Wesentliches bekanntgeworden. Daraus dürfte zu schließen sein, daß über seinen wichtigen Punkt bisher eine Einigung erzielt worden ist. Liegt dies an den sachlichen Schwierigkeiten der Frage, oder fehlt auf beiden Seiten der gute Wille? Bis zu einem gewissen Grade ist beides der Fall.

England möchte die irische Frage aus der Welt schaffen, bevor es zu der großen Vereinigung aller Weltprobleme in Washington kommt. Dort werden die Vereinigten Staaten gegen Japan stehen, aber ebenso

sehr Amerika gegen England. Oder Amerika wird mit England gegen Japan zusammengehen oder vielleicht Amerika mit Frankreich gegen England und die übrige Welt. Es ist ein Spiel zu vieren, das eine Fülle von Kombinationen zuläßt und bei dem jeder Spieler seine Macht durch Bundesgenossen und durch Beseitigung von Hemmungen möglichst zu verstärken sucht. In dem Spiel Amerika gegen England und umgekehrt sind nun von sehr erheblicher Bedeutung die Kolonien und Irland, und Irland hinwieder ist wichtig wegen seiner selbst und wegen des gewaltigen Echos, das alle irischen Stimmungen in den Vereinigten Staaten und in den Kolonien finden. Die berühmte und mit solch ungeheurem Geschrei gepriesene Kolonialkonferenz vom Juni 1921 ist — das ist heute kein Geheimnis mehr — ergebnislos verlaufen. Die beiden wichtigsten Fragen, die Schaffung einer einheitlichen Reichsflotte und die Regelung der Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien, sind kaum in Angriff genommen worden, denn bei der völlig ablehnenden Haltung der beiden wichtigsten Dominions, Kanadas und Australiens, gegen alle Wünsche des Mutterlandes war ein Ergebnis nicht zu erwarten. Andererseits werden die Kolonien aufs eifrigste von den Vereinigten Staaten umworben. Bei dem aufregenden Spiel Amerika-England, das neben dem Spiel Amerika-Japan ständig einhergeht und für die Geschicke der Welt mindestens ebenso wichtig ist, sind die englischen Kolonien der von beiden Seiten aufs lebhafteste umworbene Bundesgenosse. Und da in Australien sowohl wie in Kanada das irische Element ein bedeutendes Gewicht besitzt und auch in den Vereinigten Staaten erheblichen Einfluß hat, möchte die englische Politik, wenn irgend möglich noch vor der Washingtoner Konferenz das jetzt überall in der Welt gegen England in die Wagschale fallende irische Gewicht zum mindesten neutralisieren, wenn irgend möglich für England gewinnen. Sollte es nicht gelingen, dann ist England im Spiele gegen Amerika mit einer recht erheblichen Last beschwert. Und weiter: scheitern die Verhandlungen, so bleibt gegen Irland nichts weiter übrig als ein Verwüstungs- und Niedermetzelungsfeldzug, wie ihn die Weltgeschichte eigentlich nur aus den blutigen Annalen der Geschichte Irlands von 1798 her kennt. Das ist natürlich der englischen Politik, die stets auf die Imponderabilien der öffentlichen Meinung der ganzen Welt erhebliche Rücksicht nimmt, denkbar unangenehm. Sollte ferner die Washingtoner Friedenskonferenz in einem neuen Weltbrande enden — und mit dieser Möglichkeit muß immer gerechnet werden — so bedeutet ein brennendes Haus im eigenen Lande eine höchst unerwünschte Belastung und ungeheure Kosten. Und in einer Zeit, wo England das Gefühl hat, in unproduktiven Ausgaben zu ersticken, wo die Arbeitslosigkeit ein gewaltiges Problem zu werden beginnt und die Regelung der Kriegsschulden bisher an der amerikanischen Hartnäckigkeit scheitert — Amerika denkt nicht daran, diesen

Digitized by Google

Haupttrumpf, den es gegen alle europäischen Mächte in der Hand hat, vor der Washingtoner Konferenz aus der Hand zu geben — ist die Aussicht auf einen kostspieligen Bürgerkrieg mit neuen Milliardenforderungen natürlich denkbar unerwünscht. England ist daher bereit, für den Frieden mit Irland einen sehr erheblichen Preis zu zahlen. Daß das Land, das soeben einen Weltkrieg gewonnen hat, mit rebellischen Untertanen, die zum großen Teil hierfür erst aus den irischen Gefängnissen herausgeholt werden müssen, zu paktieren bereit ist, daß das größte Weltreich mit dem selbständig sich gebärdenden Parlament von 3 Millionen Menschen auf dem Fuße der Gleichberechtigung unterhandelt, ist ein gewaltiges Entgegenkommen, das der englischen Politik ungeheuer schwer geworden ist, und Lloyd George weiß, daß jede Regelung weitere Opfer von größter Bedeutung fordert.

Aber auch bei gutem Willen Englands ist die Beilegung des jahrhundertealten Streites ungeheuer schwer. Lloyd George und der afrikanische Staatsmann Smuts, der als Vermittler mit Irland gedient hat, haben den Iren die Stellung eines Dominions versprochen, also die Freiheiten, wie sie Südafrika, Australien und Kanada bereits besitzen. Das bedeutet völlige Selbständigkeit in allen Angelegenheiten der inneren Verwaltung, diese zu bewilligen ist England bereit. Bedeutet es aber auch andererseits völlige Unterordnung über die auswärtige Politik Londons? Für England ist das selbstverständlich, für die Dominions mit ihren gesteigerten Selbständigkeitsgelüsten dagegen keineswegs. Die Frage des kanadischen Geschäftsträgers in Washington, den London hat bewilligen müssen, dessen Ernennung es aber bisher erfolgreich hintertrieben hat, ist noch völlig ungeklärt. Diese ganze Seite der Beziehungen zwischen Mutterland und Kolonien sollte auf der Junikonferenz geregelt werden, aber die Frage ist vertagt worden, weil sie vorläufig unlösbar ist. Das muß die irisch-englischen Verhandlungen ungünstig beeinflussen. Was man den Kolonien auf der anderen Seite des Erdballs zur Not — und sicher höchst ungern — im Laufe der Zeit eingeräumt hat, kann man unmöglich dem kleinen Lande zugestehen, das die englischen Häfen vom Weltverkehr absperren würde, falls es etwa in einem Kriege einmal in die Hände eines Feindes geraten sollte. Irland andrerseits, dessen wirtschaftliche Interessen bisher rücksichtslos den englischen aufgeopfert worden sind, legt größten Wert darauf, seine der englischen gegenüber nur zwerghafte Industrie durch Schutzzölle gegenüber fremden Staaten, vielleicht auch Englands selbst, schützen zu können. Die Dominions haben dies Recht, warum soll es nicht Irland auch haben? England aber betont natürlich mit dem gleichen Recht, daß eine Zollmauer zwischen den britischen Inseln und alles getrennte Vorgehen gegenüber fremden Mächten in Fragen des Handels ein einheitliches Wirtschaftsgebiet in zwei Teile zerreißen müsse — ganz wie es der böse Wille der Entente mit Oberschlesien zustande gebracht hat.

Digitized by Google

Vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen gab es ein lebhaftes Telegrammgefecht zwischen Lloyd George und de Valera über die Frage der vollständigen Souveränität Irlands. Daß diese Frage, an der kurz vor Beginn der Verhandlungen alles zu scheitern drohte, überhaupt aufgeworfen wurde, war zum Teil törichter Doktrinarismus unerfahrener irischer Heißsporne; zum nicht geringen Teil verbarg sich dahinter auch das verständliche Bestreben Irlands, gegen das Weiterbestehen der wirtschaftlichen Oberherrschaft Englands von vornherein eine mächtige Waffe sich zu sichern.

Der eigentliche Kern des Streites ist aber das Problem von Ulster. Irland braucht Ulster, denn ohne das reiche Belfast wird es auch bei weitestgehender Unabhängigkeit ein unbedeutender Agrarstaat sein. Die Industrie von Ulster will aber mit der drohenden Kleinbürger- und Bauernherrschaft von Dublin nichts zu tun haben, sie glaubt weit besser dazustehen, wenn sie direkt mit London verbunden bleibt. Und die in Ulster bisher allein tonangebenden Mächte, der Agrarfeudalismus und Kapitalismus, fürchten sich vor den radikalen Sinn Feiners, die in Dublin das Heft in der Hand haben. Und alles, was in England konservativ war, die Torypartei, das Heer, alle rechtsstehenden Zeitungen, vor allem die „Times", standen begeistert auf seiten von Ulster, und entfachten den beispiellosen Sturm religiöser Begeisterung, der in der Covenantbewegung Sir Edward Carsons endete. Es wurde damit ein Riß zwischen Norden und Süden Irlands gezogen, der jede Einigung der Grünen Insel zu gemeinsamer Abwehr gegen England unmöglich zu machen schien. Während des Weltkrieges sind alle Versuche der Verständigung immer wieder an dem durch Carson entfachten wilden Fanatismus der Orangemen des Nordens gescheitert. Nun aber haben sich die Dinge gewaltig geändert. Die mächtigste Figur im öffentlichen Leben Englands, Lord Northcliffe, der bis zum Ende des Weltkrieges den Orangemen den Rücken steifte, tritt jetzt für Lösung der irischen Frage durch Verhandlungen ein und somit für die Versöhnung von Belfast und Dublin, und auch Sir Edward Carson ist längst nicht mehr der völlig unbelehrbare Fanatiker des Widerstandes, seitdem die großen Streiks in Belfast in den letzten Jahres gezeigt haben, daß auch in Ulster die alte Alleinherrschaft der konservativen Mächte erschüttert ist. Aber im Besitz der Macht sind vorläufig noch die wüst fanatischen Geister des religiösen Hasses, die Carson und Northcliffe vor neun Jahren gegen die südirischen Katholiken mobilisiert haben. Daß diese gebändigt werden, müssen de Valera und seine Anhänger verlangen, damit Irland als lebensfähiger Staat seine neue Existenz beginnen kann. Das wird unendlich schwer möglich sein. Schwerlich ist auf mehr zu hoffen als auf ein Provisorium, das Ulster an Südirland bindet, aber ihm für lange Zeit doch das Gefühl der Selbständigkeit läßt, und auch das ist nur zu erreichen, wenn guter Wille auf beiden Seiten vorhanden ist.

Digitized by Google

Irland hat aber das Gefühl, daß England eigentlich nicht will. Zu Lloyd George hat auf der ganzen Welt niemand das Vertrauen, daß er ein schöpferischer Staatsmann ist, sondern er ist im wesentlichen doch der Mann mit der ungeheuer feinen Witterung für die Macht anderer, der sich überall in der Welt zum Führer der jeweils Mächtigsten aufschwingt und mit genialem Blick das jeweils Wichtigste erkennt. In der auswärtigen Politik opfert er alles der kommenden Auseinandersetzung mit Amerika, auch den Rhein, auch Oberschlesien — in der inneren Politik der kommenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, wobei der einst so wilde Radikale jetzt im kapitalistischen Lager steht. Und dieser listenreiche Odysseus kann immer auch anderes: wenn Irland nicht dazu zu brauchen ist, durch Versöhnung mit England zu annehmbarem Preise in Amerika und den Kolonien für England gut Wetter zu machen, so kann man vielleicht erreichen, daß Irland sich selbst ins Unrecht setzt und daß dann das irische Problem im Sinne der englischen Tories und der „Morning Post" mit Blut und Eisen gelöst wird. Wenn Irland die Frage seiner absoluten Selbständigkeit von England in die Diskussion wirft — und wir haben gesehen, daß nicht nur theoretisierender Unverstand, sondern auch sehr verständige wirtschaftliche Erwägungen die Dinge immer wieder in dies Geleise lenken können, — dann ist der Bruch da. Dann ist aber auch der Punkt erreicht, wo nicht nur die Konservativen, sondern alle Engländer ohne Unterschied der Partei auf seiten von Lloyd George stehen, wo auch allen Iren der Kolonien und Amerikas bewiesen sein würde, daß Englands unendliche Langmut an dem Unverstand der Iren gescheitert ist und dann die Welt ruhig zusehen würde, daß eine neue Periode unerhörtester Brutalität über das unglückliche Land hereinbricht, das unmittelbar vor einer neuen großen Zukunft gestanden hat.

Irland hat noch niemals in seiner Geschichte so viele Trümpfe in der Hand gehabt. Was es geleistet hat, ist ohne Beispiel in der Weltgeschichte. Eine Handvoll unerfahrener junger Leute, ohne politische Erfahrung, ohne Verwaltnugsorganisation, ohne andere Waffen als die vom Feinde erbeuteten, hat es fertig gebracht, den mächtigsten Staat der Welt aus Irland nahezu hinauszumanövrieren. Es hat Unendliches gelitten, Unendliches geopfert, und es nunmehr erreicht, ein Weltreich zu Unterhandlungen mit einigen tausend Rebellen zu zwingen. Es braucht wahrhaftig nicht mehr zu beweisen, daß es Mut und Vaterlandsliebe besitzt. Nur eins muß de Valera noch zeigen: daß er die Kraft hat, der Ultras in den eigenen Reihen Herr zu werden, die im Rausch des schon Erreichten dem unendlich überlegenen Gegner Forderungen aufzwingen möchten, die dieser unmöglich bewilligen kann und die geeignet sind, für Irland alles bereits Erreichte noch einmal in Frage zu stellen. Was Irland erlangen kann, ist Autonomie im englischen Weltreich unter militärischer und wirtschaftlicher Führung Englands; völlige Selbständigkeit versagt ihm seine geographische Lage, die keine auch noch so opfermutige Tapferkeit ändern kann.

Digitized by Google

Die Preisbewegungen seit 1789

Von Kuno Waltemath

Nach der Zulassung des freien Handels im Kornverkehr waren eine Zeitlang die Kornpreise in Deutschland abnorm hoch, bei Weizen erheblich über den Weltmarktstand hinaus. Auch Roggen wuchs im Werte, wenn er auch die Höhe des Weltmarktpreises nicht erreichte. Später sanken die Preise in nicht geringem Maße, so daß selbst Weizen sich unter dem Weltmarktstand bewertet. Dieser selbst ist seit Monaten sehr stark gefallen, tief unter den Betrag, den England und die Vereinigten Staaten im Kriege gesetzlich festlegten. Weizen ist in Amerika verhältnismäßig billig zu kaufen und steht nicht allzu hoch über dem Friedenspreis der beiden letzten Jahre vor dem Kriege. Kostete Weizen in New York 1913 und 1914 durchschnittlich 1 Dollar für den Bushel, so kostet er jetzt $1^1/_3$ Dollar ungefähr. Diese Wertminderung hat große Verwunderung bei den deutschen Landwirten hervorgerufen. Man fragt sich beunruhigt, ob das Korn noch billiger auf dem Weltmarkt werden kann und also auch billiger bei uns. Es wird der Argwohn laut, daß Börsenspekulationen ihre Hand dabei im Spiele haben. Es zeigt sich wieder einmal das alte Uebel der Deutschen, nämlich die naive Auffassung wirtschaftlicher Vorgänge. Man hat sich ganz in den Gedanken verbohrt, dauernd auf hohe Preise rechnen zu können, war mit der Idee umgegangen, sich wirtschaftlich darauf einzurichten. Man dachte, sozusagen ein Anrecht darauf zu haben. Das gilt nicht nur für die ländlichen Schichten, auch für die anderen Schichten unseres Volkes. Der jetzt entbrannte Kampf um die Erfassung der sogenannten Goldwerte ist in einer derartigen Meinung begründet. Einer erzählt es dem anderen, daß nicht nur der Krieg, auch die Nachkriegszeiten hohe Preise bedingen, und alle glauben es. Es fehlt die Kenntnis der Preisbewegungen der Vergangenheit, um daraus Lehren für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen. Selbst bei den volkswirtschaftlich Gebildeten hapert es in dieser Beziehung. Wir müßten ein solches Werk haben, wie es die Engländer seit 100 Jahren in ihrer „History of Prices" von Tooke, die, immer wieder aufgelegt, bis auf die neuere Zeit fortgeführt, ein Lehrmeister gewesen ist. Vielleicht findet sich einmal ein Gelehrter voll praktischer Erfahrung und mit dem Blick für das hier Bedeutungsvolle, der für Deutsche eine Geschichte der „Preise" schreibt, und ein Verleger, der es in die Hand nimmt. Bis dahin wollen wir versuchen, hier in kurzen Zügen einen kurzen Abriß der Geschichte seit der französischen Revolution zu geben, hauptsächlich der landwirtschaftlichen Preise, weil dies uns augenblicklich am nächsten liegt und weil die Einbeziehung der anderen Werte zuviel Raum beanspruchen würde.

Digitized by Google

Die große französische Revolution leitete eine Periode langandauernder Teuerung ein, die natürliche Folge der Revolution und der aus ihr sich ergebenden Kriege. Daneben wirkte auch auf dem Kontinente die englische Hochschutzzollpolitik mit ihren ungeheuerlichen Zöllen, in allen Ländern viele schlechte Ernten, dazu Störung des Ackerbaues durch die Wegholung der kräftigsten und jungen Leute vom Pfluge zum Kriegsdienste durch die fast unaufhörlichen Requisitionen von Zugvieh und Saatkorn für die Heere. Mangel an Arbeitskräften und Pferden, wegen der selten abreißenden Kriege, ließen die Erträge sinken. Nachdem dem Zeitalter der Teuerung von 1770 bis 1773 normale Jahre mit mittleren Preisen gefolgt waren, erlebte man 1777 bis 1780 eine Zeit unglaublicher Billigkeit des Korns und guter Ernten, die von mittleren Ernten abgelöst wurden, worauf von 1788 ab Westeuropa in eine Periode durchschnittlicher Teuerung eintrat, die am schlimmsten in Frankreich zu spüren war.

Diese Epoche der Teuerung währte bis 1815, um einem allmählichen Abbau der Preise Platz zu machen, der in den zwanziger Jahren in ein rasendes Tempo überging. Die Preise der meisten Artikel fielen auf unerhörte Weise. Die englischen industriellen Fabrikate traten wegen ihrer Billigkeit den Siegeszug auf dem Kontinent an und erschwerten den deutschen Manufakturen außerordentlich das Leben. Infolge einer Reihe vorzüglichster Ernten wurde Getreide außerordentlich wohlfeil, selbst in England, trotz der dort bestehenden hohen Kornzölle. Bis in die vierziger Jahre dauerte diese Periode, worin Wandel erfolgte, wenigstens für die Kornpreise. Ungünstige Ernten, Wachstum der Bevölkerung ließen diese steigen, in England dermaßen, daß die Kornzölle fallen mußten. Das Charakteristikum der Zeit war ein fast überall bemerkbares Wachstum der Produktion, die Aufschließung neuer Gebiete voll jungfräulicher Natur für den Ackerbau und Plantagenkultur. Das Angebot überragte gewöhnlich die Nachfrage, wenn nicht mit Zwangsmaßnahmen dazwischengegriffen wurde. In Rußland regte sich gewaltig die Getreideproduktion, die südrussische Steppe wurde besiedelt, die Baumwoll-, Kaffeekultur vermehrte sich in Amerika in hohem Grade, Baumwolle und Kaffee und alle tropischen und semitropischen Erzeugnisse wurden so billig wie nie zuvor. Den Gradmesser aller Werte bildete der Kornpreis, er gestaltete sich im preußischen Staate und Frankreich für 1000 kg im jährlichen Durchschnitt der Perioden in Mark:

	Weizen		Roggen
Perioden	Frankreich	Preußen	Preußen
1801—1815	—	266	165
1816—1820	265	206	152
1821—1830	192	121	127
1831—1840	199	138	101
1841—1850	207	168	123

Digitized by Google

Vom Ende der vierziger Jahre an hoben sich allmählich die Preise, die Kornpreise sehr rasch. 1846 und 1847 waren die Ernten sehr schlecht, die Getreidepreise hoch, das Brot teuer, die Unzufriedenheit groß. Die Revolution von 1848 hatte darin teilweise die Ursache. Von den fünfziger Jahren wuchsen fast alle Werte, Rohstoffe, Lebensmittel, Fabrikate, Kohlen, Löhne, alles wurde teurer. In den sechziger Jahren griff die Verteuerung weiter um sich, unterstützt besonders durch den Bürgerkrieg in Nordamerika, durch ungünstige Erträge der europäischen Aecker, durch die allgemeine gemehrte Wohlhabenheit, die die Nachfrage nach Waren jeder Art vergrößerte. Der Bürgerkrieg in Amerika unterband auf Jahre die Baumwollkultur und verteuerte die Textilfabrikate. Der Höhepunkt der Konjunktur wurde 1872 und 1873 erreicht, die Preise erzielten den obersten Stand seit 1816, soweit eine freie Bildung stattfand.

Von da an ging die Bewegung rückwärts, erst langsam, dann schneller. In den achtziger Jahren war bei den Produzenten ein allgemeines Klagegeschrei über die niedrigen Preise, eine ungeheure Menge von Vorschlägen wurde dagegen gemacht. Schutzzölle, Abschaffung der Goldwährung, geeignete Steuermaßnahmen wurden als Heilmittel empfohlen. Eine ungeheure Literatur über die Einflüsse des Sieges der Goldwährung auf die Preislage wurde zusammengeschrieben. Für viele war das Problem nur ein Geldproblem. Heftig wurde es bestritten, wenn die gewaltigen Fortschritte der Technik und der Verkehrsmittel die dadurch zuwege gebrachte Aufschließung neuer Produktionsgebiete als die Urheber der niedrigen Preise bezeichnet wurden, womit man doch nur die Wahrheit sagte. Die Gestehung fast aller Waren mehrte sich über das gewohnte Maß hinaus, sie verbilligte sich in der Industrie durch Reformen in der Technik, das Transportwesen erfuhr eine gewaltige Ausdehnung, wurde wohlfeiler, besonders die Seefrachten minderten sich. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts verlangsamten sich mit Naturnotwendigkeit die auf niedrige Preise hinzielenden Tendenzen, um bald ganz stille zu stehen. Entgegengesetzte Momente traten auf, die der Niedrigkeit der Preise ein Ende bereiteten und eine Aufwährtsbewegung anbahnten und später mit Energie bewerkstelligten. Es trat ein Rückgang im Wachstum der Welternten ein, während zugleich die Bevölkerung der Hauptproduktionsgebiete sich stark gemehrt hatte. Waren in den achtziger und neunziger Jahren große neue Produktionsgebiete von Getreide, Fleisch, von Textilstoffen ausgebaut worden und ausgebildet, so geschah solches nicht mehr. Was im nördlichen Amerika, Argentinien, Rußland unter den Pflug gebracht werden konnte, war großenteils bewirkt worden. Was an neuen Aeckern hinzutrat, war verhältnismäßig weniger als in den beiden vorhergegangenen Jahrzehnten. In den Vereinigten Staaten bemerkte man sogar die Neigung, die

Digitized by Google

Aecker der Weide zurückzugeben, und zwar dort, wo man die Felder zu weit in wasserlose Distrikte vorgeschoben hatte. In den achtziger und neunziger Jahren herrschte Ueberfluß an Korn, wenn die Welternten ergiebig waren. Dann gab es Zeiten, in denen die Tonne Roggen auf dem Weltmarkte für 60—70 M. zu kaufen war.. Gewöhnlich war der Preis nicht so niedrig, aber immer noch sehr wohlfeil. Nur wenn Rußland seine Mißernten hatte, wie sie in gewissen Perioden das Land plagen, stand Korn nicht so spottbillig. Das geschah 1891, 1893, 1897 usw. Während 1882—86 im jährlichen Durchschnitt 75 Mill. hl, 1887—90 108 Mill. hl Korn aus Rußland exportiert wurden, sank die Exportmenge 1891 auf 23 Mill;, 1893 auf 26 und 1897 auf 39¼ Mill. hl. Jahre des Ueberflusses, in denen man nicht wußte, wohin mit dem Segen, in denen man am La Plata Korn als Ballast auf die nach Europa fahrenden Schiffe lud, um es loszuwerden — allerdings war es hier ganz besonders billig geworden, weil der Peso tief im Werte gesunken war, infolgedessen ein Anreiz zur Ausfuhr entstanden war —, waren nun von ungefähr 1900 an nicht mehr zu finden. Die Nachfrage nach Korn war enorm gewachsen wegen des Aufblühens der Viehzucht in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten und in Amerika, wodurch viel Korn in die Ställe geriet. Die allgemein zunehmende Wohlhabenheit erhöhte überall die Nachfrage nach Fabrikaten und Fleisch, ließ deren Preise emporklimmen, wobei die Lohnsteigerungen, wie sie in den 15 Jahren vor dem Kriege in der ganzen Kulturwelt üblich waren, gleichfalls mitwirkten. „Das Leben wird teuer", so klagte man allenthalben.

Im Weltkriege änderte sich im Laufe der Geschehnisse vor allen Dingen die Höhe der Seefrachten und Versicherungen. Diese vergrößerten sich bald. Bereits 1916 stieg der Frachtpreis von 2½ sh für den Quarter Weizen für die Fahrt von New York nach Liverpool auf 16 sh, für die Fahrt vom La Plata von 12¼ sh auf 130—170 sh. Diese ungeheure Hebung mußte die Preise emporschnellen lassen, selbst solcher Waren, die, wie Reis, in ihrer Produktion nicht nachgelassen, sondern zugenommen hatten. Die Reisernte der Welt belief sich 1915 auf 167% der Ernte von 1914 und 114% der mittleren Erträge der Ernten von 1909—1914. Wegen der enorm gestiegenen Frachten wurden bald Korn und Fleisch viel teurer, obwohl die Zufuhren von Korn sich nur wenig verringerten, die von Fleisch gar nicht. Es betrug die Einfuhr von (in Millionen Zentnern):

	1913	1914	1915	1916
Weizen	105,9	103,9	88,7	100,0
Mais	49,2	39,0	48,6	34,2
Gerste	22,4	16,1	12,3	15,8
Reis	4,4	5,4	10,0	8,7
Schmalz	2,0	1,8	2,2	1,9
Butter	4,1	4,0	3,9	2,2
Margarine	1,5	1,5	2,0	2,7

Digitized by Google

Käse	2,3	2,4	2,7	2,6
Fleisch, (einschl. Schinken, Speck)	23,2	23,6	25,3 ohne d. Monat Dezemb.	21,5

Dabei heimste man gute Ernten ein, so 1914, die für das Jahr 1915 mitreichen sollte, 15 161 000 Zentner Weizen, 14 565 000 Zentner Gerste. Ueberhaupt lag in den Ernteverhältnissen der ersten zwei Kriegsjahre nichts, was eine starke Steigerung des Weltmarktpreises gerechtfertigt hätte. Nach den Zusammenstellungen des Internationalen Landwirtschaftsinstitutes erntete man 1915/16 auf der Erde, außer Deutschland, Oesterreich, Belgien und Serbien 1 090 955 755 Doppelzentner Weizen gegen 869 219 355 im voraufgegangenen Jahre.

1916 wandelten sich die Ernteverhältnisse. Um die Uebel des Krieges zu vervollständigen, litt die Welt häufig unter schlechten Ernten, die mit dazu beitrugen, die Erträge herabzudrücken, auch bei uns, mehr als es die Verarmung des Bodens, die geringere Benutzung des Kunstdüngers und die weniger sorgfältige Bebauung tun konnten. Besonders das Jahr 1916 war ein Unglücksjahr, für uns wie für unsere Feinde. Es betrugen von Weizen (in Millionen Tonnen)

in		Produktion	Eigenbedarf	Ueberschuß
Vereinigten Staaten	1915	27,5	16,5	11,0
	1916	17,4	16,5	0,9
Kanada	1915	10,2	2,5	7,7
	1916	4,3	2,5	1,8
Indien	1915	10,2	2,0	2,7
	1916	8,7	2,0	0,1
Argentinien . . .	1915	4,7	2,0	2,2
	1916	2,1	2,0	0,7
Australien . . .	1915	3,9	1,0	2,9
	1916	4,0	1,0	3,0

Deshalb gerieten die Preise auch 1917 in eine heftige Vorwärtsbewegung, als die Ernten in ihrer Geringfügigkeit klar vor Augen lagen. Dies zeigt klar die folgende Tabelle, die auch die anderen wichtigeren Lebensmittel umfaßt, die natürlich in ihrem Werte vom Ausfalle der Kornernten abhingen. Es kosteten im Großhandel (ein englisches Pfund = 454 g) am 31. Dezember:

Weizen	1916	1915	1913
Engl. für 480 engl. Pfund . .	75 sh 10 d	54 sh 9 d	31 sh 1 d
Manitoba (für 496 engl. Pfund	81 sh	65½ sh	34 sh
Mais La Plata für 480 engl. Pfund	66 sh 6 d	46 sh	24 sh
Hafer für 312 engl. Pfund Engl.	47 sh 4 d	30 sh 10 d	18 sh 2 d
Butter			
Dänische pro Zentner	219 sh	153 sh	131 sh
Australische pro Zentner . . .	208 sh	143 sh	114 sh
Rindfleisch			
Eng. pro 8 engl. Pfund . . .	8 sh 4 d	5 sh 7 d	4 sh 9 d
Argentinisches (gekühlt) pro 8 engl. Pfund	7 sh 2 d	6 sh 2 d	3 sh 4 d

Digitized by Google

Speck			
Irischer pro Zentner	118 sh	100 sh	74 sh
Dänischer pro Zentner . . .	118 sh	101 sh	72 sh

Nun kam zum ersten Male scharf zum Ausdruck, was der Ausfall Rußlands für den Weltmarkt bedeutete. Solange die Ernten in Amerika, Argentinien, Indien und Australien gut waren und man genug Frachtraum eignete, konnte der Ausfall wohl ertragen werden. Es gab nur ein Mittel: Vergrößerung der Produktion und Festlegung eines hohen Preises für längere Jahre, um dazu anzureizen. Man hatte Erfolg damit. Die Produktion in den Vereinigten Staaten erfuhr eine gewichtige Stärkung, so daß 1917 ein Ueberschuß von 15—16 Millionen Tonnen vorhanden war und 1918 ein solcher von 18—19 Millionen Tonnen, gegen 11 Millionen Tonnen im Jahre 1915 und 0,9 Millionen Tonnen im Jahre 1916. Der Preis in Amerika war so hoch gestellt, wie er bei Mißernten gewesen. 1917 betrug er 351 M., 1918 334, 1919 321, in den guten Erntejahren von 1915 und 1916 236 bezw. 220 M.

Diese letzteren Preise mußten sich mit Naturnotwendigkeiten Geltung verschaffen, sobald der Zwangspreis wegfiel und der freie Handel siegte, und zugleich, wie es in den letzten Jahren geschehen, die Ernten gut waren. Und da Amerika die Welt wirtschaftlich bestimmt, mußte der amerikanische Preis der Weltmarktpreis werden. In Westeuropa konnte nur dieser Preis die Kornpreise regulieren und sie auf einen Stand herabdrücken, der weit unter dem Kriegspreis lag, weil die Frachten ihre gewaltige Höhe eingebüßt haben, fast friedensmäßig sind und weil die Kriegsversicherung weggefallen.

Die Frage erhebt sich: Wie gestalten sich in nächster Zukunft die Preise? Werden sie weiter fallen? Das ist kaum zu erwarten. Denn die Vereinigten Staaten bestimmen die Preise. Die Agrikultur nahm während des Krieges nur wegen der gesetzlich geschützten Preise zu. Nun diese verschwunden sind und die Preise von ihrer Höhe heruntergeglitten, ist auch die Gewinnchance für den Weizenbau gewichen. Daher ist die Neigung herrschend, den Körnerbau zu beschränken. Im letzten Jahre ging die mit Weizen bestellte Fläche um drei Prozent zurück, die mit Mais um nicht weniger als 1,4 Millionen Acres. Und alle Berichte machen Mitteilungen von weiteren Einschränkungen. Weder von Amerika noch von Afrika noch von Asien und Australien sind billigere und reichlichere Lebensmittel zu erhoffen, als wir jetzt haben. Was dort kultivierbar ist, ohne große Produktionskosten, ist der Kultur gewonnen, jungfräuliche Territorien, die schnell und leicht zu besiedeln wären, sind kaum noch zu finden. Nur Rußland allein kann das amerikanische Monopol brechen, kann uns billigere und reichlicher Lebensmittel bringen, kann den wirtschaftlichen Status der Vorkriegszeit wiederherstellen. Ob Rußland hierzu in baldiger Frist imstande ist, darüber Spekulationen anzustellen, ist nicht angängig, nach

Digitized by Google

einem Worte Ballins, der einmal gemeint, daß auch die klügsten Leute die wirtschaftliche Zukunft nicht deuten können. Dieses Wort trifft heutzutage ganz besonders zu, da in die wirtschaftliche Zukunft sehen heißt, in die politische Zukunft sehen. Niemals ist die Volkswirtschaft so abhängig von der Politik gewesen, wie jetzt.

Die deutsche Hochschule für Politik

beginnt ihren dritten Studiengang (W.-S. 1921/22). Sie ist eine freie Bildungsanstalt; sie will auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnis und Methode die Probleme des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens darstellen, klären und an ihrem Teil mithelfen, Menschen für den Dienst an der Gemeinschaft geschickt und tüchtig zu machen

* * *

Studienpläne können vom Sekretariat Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Litbag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

6. Jahrgang * 12. November 1921 * Heft 46

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Neubildung der preußischen Regierung hat einen überraschenden Verlauf genommen. An ihrem Beginn stand der Versuch der Sozialisten, die „alte Koalition" wieder zu erzwingen. Die brutale Taktik, die sie dabei anwandten, veranlaßte die Demokraten, durch Abruf ihrer Minister die Kabinettsfrage funditus aufzurollen. Man hat sie deshalb stark angegriffen, aber das Ergebnis der Krise hat ihre Taktik gerechtfertigt. Denn nun wurden die Sozialdemokraten und die Volkspartei nochmals vor die Frage gestellt, ob die „große Koalition" eine theoretische Deklamation bleiben oder ob sie gewagt werden solle. Daß sie jetzt gewagt wurde, hat offenbar darin seinen Grund, daß Stresemann in der preußischen Fraktion nicht die Gegenspieler fand wie im Reichstag (man glaubt, über die inneren Fragen leichter zur Verständigung zu kommen) und daß bei den Sozialisten das parlamentarische Machtbedürfnis über das agitatorische siegte. Die neue Regierung wird sicher nicht ohne Reibungen arbeiten, denn die Deutschnationalen und die Unabhängigen stehen in der gleichen Enttäuschung da und werden die notwendigen Schwierigkeiten machen; aber auch die Personalzusammensetzung des Kabinetts hat, vor allem im Ministerpräsidenten Otto Braun, nicht unerhebliche Belastungen. Doch im ganzen darf man froh sein, daß das Ergebnis zustande kam — es wird sicher in geraumer Zeit auf das Reichskabinett zurückwirken müssen. Zwar ist die „Homogenität" der beiden Berliner Regierungen, wie wir seit dem Sommer 1920 wissen, kein Dogma, aber sie bleibt das den heutigen Verhältnissen gemäße Ziel.

•

Die sozialistische Regierung Thüringens hat das Reformationsfest abgeschafft und dafür den 9. November zum staatlichen Feiertag erklärt. Ihr scheint die Militärrevolte am Ende eines verlorenen Krieges ein größerer geschichtlicher Akt als jenes heldische Dokument, mit dem die Gewissens-

Digitized by Google

freiheit in die Weltgeschichte tritt, Seelen umgestaltend. Daß dieser Schritt, Luther aus dem jährlich sich erneuernden Bewußtsein der Nation auszustreichen, gerade in dem Staate getan wurde, in dem die Wartburg steht, ist grotesk genug; dieses Ministerium aber, das nur ein Versehen der Geschichte ist, hat mit dem Beschluß sich an das Tor angenagelt, wo die subalternen Köpfe und Schriften dem traurigen Hohn der Nachwelt ausgeliefert sind.

*

Herr Hermes ist gegenwärtig Reichsfinanzminister — das ist im Augenblick die politisch und sachlich wichtigste Position im parlamentarischen Betrieb. Nebenher verwaltet er das Ernährungsministerium, das durch die Kartoffelsorgen vor sehr ernsten Ueberlegungen steht. Außerdem heißt es immer wieder, ohne bisheriges Dementi, er werde als Botschafter nach Washington gehen. Wenn das stimmt, verwaltet er seine Ministerien mit Befristung. Das ist kein guter Zustand. Beim Reichsfinanzminister muß jetzt, soll die Steuergesetzgebung nicht bloß dem wechselnden Kompromißwillen der Fraktionen übergeben sein, Führung, Initiative, Ueberlegenheit der Zielrichtung vorhanden sein, sonst wird die Finanzreform eine Wurstelei. Ob Wirth hofft, doch noch im Reich bald zur großen Koalition zu kommen? Das allein würde rechtfertigen, daß im Augenblick wichtigste Stellen nur nebenher versorgt werden.

*

Die Hungersnot zwingt Lenin, Pflock um Pflock sei kommunistisches Programm zurückzustecken. Jetzt will er sogar die Schulden des Zarismus wieder anerkennen, wenn ihm dafür die Aufnahme in den internationalen Staatenverkehr winken soll. Hinter diesem scheinbaren Verzicht auf die Weltrevolution steckt natürlich nur eine plumpe Spekulation auf den Kredit Europas, ohne den das durch den Weltkrieg, Revolution und Bolschewismus völlig verarmte Rußland nicht mehr existieren kann. Der Vorschlag läuft also auf nichts anderes hinaus, als daß der europäischen Finanzwelt zugemutet wird, bolschewistische Zukunftswechsel höher einzuschätzen als ihr jetziges Papiergeld.

Digitized by Google

Die Abrüstungskonferenz in Washington

Von Dr. F. Schönemann

Wer das Heil dieser Welt von Konferenzen erwartet, wird der sogenannten Abrüstungskonferenz, die demnächst in Washington tagen wird, mit froher Hoffnung entgegensehen. Besonders große Hoffnungen werden die deutschen Friedensbündler darauf setzen, die ihre Weltpsychologie ohne gründliche Kenntnis der englischen und amerikanischen Seele betreiben, und nach ihnen alle die deutschen Illusionisten und Prinzipienreiter, die lange schon von einem Umschwung in der öffentlichen Meinung, z. B. der Vereinigten Staaten, reden. Wer jedoch mit Tatsachen rechnet, muß jener Konferenz nicht nur ohne Hoffnung, sondern sogar mit Mißtrauen entgegensehen.

Der Krieg hat den Vereinigten Staaten, außer einer größeren nationalen Einheit und einer allgemeinpolitischen Reaktion, beträchtliche Schulden und verschiedene böse Erfahrungen gebracht, die verdient und heilsam sind und zum Fortschritt dienen könnten, wenn die öffentliche Meinung bezüglich Weltkrieg und Schmachfrieden tatsächlich allgemein ernüchtert wäre. Die überhitzte Kriegsstimmung ist natürlich wie überall verflogen, aber die unerhört umfassende und wirksame Kriegspropaganda hat die amerikanische Seele noch auf lange Zeit zugerichtet. Man meint in Deutschland nur zu leicht, das hastige amerikanische Kriegstreiben werde rasch ausrasen, und dann werde das „faire" amerikanische Volk selbstverständlich wieder alles Lobenswerte im Deutschen erkennen. Das ist schon deshalb falsch, weil sich die antideutsche Propaganda in den Vereinigten Staaten schon lange vor dem Krieg zeigte; der Krieg verschärfte nur alles zu einem einzigen brutalen Ansturm. Das Ziel der Propaganda ist geblieben: unbedingte Durchsetzung des angelsächsischen Einflusses in der Welt. Und damit haben selbstredend die Freunde der Abrüstung zu rechnen; die meisten von ihnen denken in Amerika auch gar nicht daran, irgendwie an die Weltmacht der Englischsprecher zu rühren. Im Hintergrund ihrer aufrichtigsten Wünsche lebt das Bewußtsein von Deutschlands Fall. Nun, wo der gefährlichste Vertreter des gemeinen „Militarismus" vernichtet ist, sollte es doch möglich sein, daß sich die Alliierten, besonders England und Amerika, über Abrüstung verständigen, zumal Rüstungen Geld kosten. Man könnte mindestens billiger rüsten. Andere Amerikaner träumen von der dauernden Solidarität der Völker englischer Rasse als der besten Gewähr des Weltfriedens; ihnen bedeutete immer und bedeutet noch international nichts als englisch und amerikanisch. Eigene Neigung und Sentimentalität und britische Zauberei erklären diese Fata Morgana.

Digitized by Google

Von den Amerikanern, die als „Kreuzfahrer" für Wilsons Weltdemokratie in den Krieg zogen, sind viele bitter enttäuscht zurückgekehrt. Sie wissen oder ahnen wenigstens, daß sie genarrt und betrogen wurden, und wären — völlig aufgeklärt — sicherlich bereit für jede Art Abrüstung, wenn, ja wenn die Macher der öffentlichen Meinung das so bestimmten. Aber die denken nicht daran, aus ihren bequemen Opfern unbequem denkende Menschenwesen zu machen. Sie können doch nicht widerrufen, was sie ihren Volksgenossen als heilige Wahrheit vorlogen, und also sich selber entlarven. Auch verbietet es der Selbstschutz den großen Interessen, die allein durch den Sieg profitierten, gegen den falschen Frieden zu protestieren, weil jede Revision des Versailler Vertrages eine Aufgabe von Werten oder Einflüssen zu unseren Gunsten bedeutete. So ist es noch heute, viele Monate nach dem Waffenstillstand, in den Vereinigten Staaten einfach unmöglich, die Wahrheit über Ursachen und Schäden des Weltkrieges sowie über Amerikas Mitschuld und Wortbruch öffentlich zu vertreten. Ein paar aufklärende Aufsätze und die wenigen liberalen Wochenschriften und sozialistischen Organe entkräften nicht, sondern beweisen das Gesagte. Das amerikanische Volk ist in großen Massen ebenso friedliebend wie jedes andere, wenn man es in Ruhe läßt, aber es entscheidet — eigenen Illusionen zum Trotz! — über Krieg und Frieden, überhaupt in großen Fragen der Politik wenig oder gar nicht, daher denn auch seine Ernüchterung vom Krieg vorderhand geringen praktischen Nutzen hat.

Schon gleich im und nach dem Krieg mit Spanien und dem mächtigen Einsetzen eines rücksichtslosen Imperialismus begann man in Nordamerika in kleinen Gruppen und Vereinen teilweise aus anti-imperialistischer Abwehr gegen Krieg und Rüstungen zu wirken. Die Haager Konferenzen hatten das leidenschaftliche Interesse vieler wohlmeinenden Amerikaner, und selbst die ablehnendsten Parteirepublikaner, die unbedingten Machtpolitiker, ließen sich von Elihu Root eines Besseren belehren. Ausgerechnet dieser Imperialist vertrat ja als Jurist (nicht als Staatssekretär!) den Gedanken eines internationalen Schiedsgerichts, und ihm folgten darin die besten amerikanischen Intelligenzen. Nach solcher Vorbereitung konnte dann William J. Bryan als Staatssekretär seine verschiedenen Schiedsverträge abschließen, von denen wir uns leider recht unklug ausschlossen. Daß dieser Mann und Demokrat, den wir Deutschen in törichter Verblendung verspotteten, an seinem friedlichen und schiedlichen politischen Programm selbst an Wilsons Seite festgehalten hat, sollte überall Anerkennung finden.

Und noch eine Tatsache gehört zur amerikanischen Vorgeschichte der Abrüstungskonferenz: die allgemeine amerikanische Abneigung gegen Heer und Heeresdienst. So romantische Vorliebe die Flotte seit den Tagen des Befreiungskrieges stets fand, so große Ablehnung erfuhr das Landheer. Die Miliz ließ man sich gefallen, sie war unschuldig, zwanglos und halb gesell-

Digitized by Google

schaftlich und brachte bestenfalls den schönen Titel „Col.“. Das kleine Berufsheer galt im öffentlichen Leben wenig, seine tüchtigen Offiziere, die meist bewundernd zu Preußen-Deutschland aufblickten, bildeten sich, ganz ähnlich wie bei uns, eine Standesehre heraus, die für mangelhafte Bezahlung entschädigte. Der leichte Sieg über Spanien machte keine großen Landtruppen nötig. Und nachher hatte man für die mehr oder weniger friedliche Durchdringung Mittel- und Südamerikas die „U. S. Navy“ und die draufgängerischen Marinesoldaten, die volkstümlichen „marines“. Mit dem Weltkrieg wurde jedoch alles anders, aber welche starken und zähen inneren Widerstände die verschiedenen Rüstungskampagnen mit „preparedness parades“, „Aufklärung“, Propaganda und die „Sicherheitsbünde“ und „Verteidigungsligen“ zu überwinden hatten, davon weiß nur, wer die tagtägliche Bearbeitung des ganzen widerstrebenden amerikanischen Volkes monatelang mit ansah. Alle Ueberredungskünste spielten, Humbug, Hetze und — Brutalität wirkten, aber am eindringlichsten wurde die Kriegs- und Militärunwilligkeit mit dem Schlachtruf besiegt: Krieg dem Kriege! Welcher ehrliche Amerikaner konnte da widerstehen! Der Erfolg war durchschlagend, und es war verbrecherischer Leichtsinn vom amtlichen und gelehrten Deutschland, den „master mind“, den Meisterdemagogen Wilson, einen Idealisten zu nennen. Nach dem überraschend glatt beendigten Weltkrieg möchten selbstverständlich zahllose Amerikaner, deren persönliches Unabhängigkeitsgefühl im Laufe der Zeit wieder erwacht ist, von dem Gedanken eines allzeit kampfbereiten Volksheeres los. Und es spielt sich nun ein merkwürdiger Kampf ab zwischen den zumeist einfachen Volksschichten, die vom Soldatentum genug haben, samt einsichtsvollen Liberalen und den führenden Volksklassen mit Schwerindustrie und Hochfinanz im Hintergrund, den kriegerischen Leitern, die ihren Einfluß auf das militarisierte Volk kennen und den Reserveoffizier als eine höhere und amerikanischere Menschenform beibehalten möchten. Sie trauen auch der Zukunft nicht und möchten daher ihre Volksmassen in ständiger Kriegsbereitschaft erhalten. Da sie die Macher der öffentlichen Meinung sind, verherrlichen sie das „Erwachen Amerikas“, den wahren „Amerikanismus“ weiter. Und ihre Hauptvertretung, der allgemeine Kriegerverein der Vereinigten Staaten, die „American Legion“, kann sich immer ungehinderter als Hort der amerikanischen Zukunft aufspielen.

Diese „amerikanische Legion“ hat zum 1. November in Kansas City eine große Versammlung vorbereitet, wo man an 50 000 Gäste erwartet, unter anderen die größten Militaristen unserer Tage, Marschall Foch, Admiral Beatty, General Diaz, Baron Jacques, General Pershing, den unvermeidlichen Admiral Sims, den Canadier Sir Currie, und eine Reihe Politiker außer 20 Gouverneuren, Vizepräsident Coolidge und vielleicht Präsident Harding und natürlich auch den Arbeiterführer Sam Gompers, der sich das Zu-Hofe-gehen unter Wilson angewöhnte. Es werden die entsprechen-

Digitized by Google

den zündenden Reden versprochen, andauernde Paraden mit Militärmusik, gebührenfreie Trauungen für ehemalige Krieger, Fliegertage u. a. m., und die würdelose Madame Schumann-Heink wird all die amerikanischen und alliierten Soldatenlieder wieder singen, wie sie es im Kriege ständig tat. Kurz, es wird ein Leben, als wäre nie ein Frieden geschlossen und ein schöner Völkerbund vereinbart. Man unterschätze diese riesige Veranstaltung nicht, sie ist mehr als „show" oder Zirkusvorstellung, sie ist ein Bekenntnis vieler und zwar der entschiedensten Amerikaner und eine bessere Einführung in den Geist der Abrüstungskonferenz als etwa eine kürzliche bedeutungslose Rede Hardings, worin er für Schlachtkreuzer eintrat und dabei die erschütternde Feststellung machte, daß sich große Rüstungen nicht mit dem Frieden vertrügen. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, daß ausgerechnet diesen 11. November auf dem Arlington Nationalkirchhof der „unbekannte amerikanische Soldat" begraben wird und dabei vielleicht auch Ex-Präsident Wilson erscheint, dessen Volkstümlichkeit schon wieder im Wachsen ist.

Den politischen Anstoß zu amerikanischen Betrachtungen über Abrüstung hat das Verhältnis der Siegerstaaten zueinander gegeben. Man schätzt bei uns Frankreichs wirkliche politische Macht meist zu hoch ein, ohne die ganze Gefährlichkeit seiner fortwährenden Propaganda zu erkennen. So viel kann man wohl behaupten, daß es sich vor Großbritannien gewichtiger macht, indem es sich Amerika immer inniger anschließt und zugleich gegen Japan hetzt. In irgendeinem Konflikt hofft es auf eine einträgliche Neutralität. Dr. Singer vertritt in seiner bekannten Chikagoer Wochenschrift „Die Neue Zeit" einen einseitigeren Standpunkt. Nach ihm gestaltet sich Hardings Politik immer franzosenfreundlicher, während sich das Verhältnis zwischen den Briten und Amerikanern zuspitzt. Unterm 15. Oktober schreibt er etwa: „Was ich vor Monaten an dieser Stelle behauptete, daß die Beratung nicht die Abrüstung, sondern den Ausbruch des Krieges beschleunigen werde, gewinnt an Wahrscheinlichkeit, und in den ernsten Kreisen des amerikanischen politischen Lebens rechnet man bereits mit dieser Wahrscheinlichkeit. Und man schürt in denselben Blättern Haß gegen England, die früher vor Britenfreundlichkeit trieften. Dies beweist, daß man sich nimmer vorlügt, die britisch-japanische Allianz verhindern zu können, und das Volk mit der Tatsache zu befreunden sucht, daß das Bündnis mit Japan eine Herausforderung der Vereinigten Staaten ist, und daß das Volk gegen Briten und Japaner zu kämpfen haben wird." Mir will dagegen eher einleuchten, daß Japan auf ein totes Geleis geschoben werden soll, und zwar durch England und die Vereinigten Staaten; England steckt sich dabei hinter einige seiner Länder, wie Kanada, Australien, Neuseeland, die alle antijapanisch sind, und gebraucht auch Frankreich sehr gern in Amerika. Japan ist schwächer, als der deutsche Durchschnittspolitiker an-

Digitized by Google

nimmt, und hat allein von allen den Alliierten durch eine Abrüstung zu verlieren. England und Frankreich haben es in der Hand, wie uns einstmals, und vielleicht bedarf es zu seiner Beschränkung nicht einmal eines Krieges. Es ist keinesfalls sicher, daß sich England in einem möglichen, wenn auch noch nicht sehr wahrscheinlichen amerikanisch-japanischen Konflikt gegen die Vereinigten Staaten wendet. Und von Hardings Französelei bis zu einem Krieg mit Großbritannien ist ein weiter Weg, während sich andererseits ein Kriegsgrund gegen Japan in Washington leicht finden ließe.

Die Vereinigten Staaten haben England und Frankreich gegenüber einen großen Vorteil: die hängenden Kriegsanleihen, deren Zinsen nicht einmal bezahlt werden können. Diese Schulden der Alliierten werden nachgerade eine schwere amerikanische Frage, und es müßte recht seltsam zugehen, wenn diese peinliche Angelegenheit nicht einen bestimmten Teil der Verhandlungen ausmachte. Es gibt kluge Amerikaner, die gerade diesen Beratungen bange entgegensehen, weil sie befürchten, daß Harding ähnlich übertölpelt werde wie Wilson in Versailles, nur diesmal nicht auf deutsche, sondern auf eigene Kosten.

Schließlich ist es auch ein böses Zeichen, daß auf der Konferenz ausgerechnet der Mann nicht vertreten ist, der als Vater des ganzen Gedankens zu gelten hat, nämlich Senator Borah. Er hat im Dezember vorigen Jahres zuerst vom Abrüsten gesprochen, und, gestützt auf einen gewissen Teil der öffentlichen Meinung, die Verringerung des amerikanischen Heeres auf 150 000 Mann durchgesetzt. Er hat nach manchem Kampf zuletzt im Juni d. J. die einstimmige Annahme seines Vorschlages einer Abrüstungskonferenz in beiden Häusern erreicht. Aber zu amerikanischen Vertretern auf der Konferenz wurden einige der Männer ernannt, deren Politik er bekämpfte: Staatssekretär Hughes, Lodge, Root und Senator Underwood, eben die Vertreter der großen Interessen (big business), des unbeirrten Imperialismus, des vorsichtigen Weltjuristentums, das noch allemal in Kriegsgefahr versagte, und der alten Parteimaschine, die im Nu auf Munition umzustellen ist. Wilson hätte Sam. Gompers und vielleicht noch eine Frau mit ernannt, doch Harding braucht solche Rücksicht nicht mehr zu nehmen.

So erklärt sich's, daß die Amerikaner, die von der Abrüstung am liebsten zeugen möchten, bereits ihre Erwartungen niedrig geschraubt haben, wie's etwa die New Yorker „Nation" vom 21. September bezeugt. Staatssekretär Hughes' Belehrung, daß es sich nicht um Abrüstung, sondern nur um Beschränkungen von Abrüstungen handele, war beinahe unnötig. Verständige Schriftsteller kümmern sich wenig um die Konferenz, solange das neue Gerede von der „chemischen Kriegführung" wirkt. Natürlich ist das Oppauer Unglück in grauenhafter Weise von Frankreich und England als Hetze gegen unsere chemische Industrie ausgenutzt worden und alle Zeitungen

Digitized by Google

von der Notwendigkeit völliger Abrüstung — Deutschlands. Und die Amerikaner handelten vorher schon ähnlich unanständig, als sie unsere chemischen Patente für ganze 250 000 Dollar stahlen. Es ist System in solcher Nachkriegsführung, und die Washingtoner Konferenz gehört mit dazu, wie wir bald herausfinden werden. Um mit einem kürzlichen Scherzwort der New Yorker „Nation" zu sprechen: „Rüsten oder nicht abrüsten, das ist hier die Frage!"

Tschechische Außenpolitik

Von Dr. Alexander Schilling

Mährisch-Ostrau, 1. November

Dieser Aufsatz unseres deutsch-böhmischen Mitarbeiters stellt Thesen auf, denen wir uns nicht im vollen Ausmaße anschließen können; aber er erscheint uns interessant und bedeutsam wegen der großen außenpolitischen Perspektive, in der hier das mitteleuropäische Problem betrachtet und dargestellt wird. Nicht minder wichtig ist die Formulierung vom gemeinsamen Interesse der Besiegten des Krieges.

Die Schriftleitung.

Ein neues Ministerium hat sich gebildet. Das Ministerium der Revolutionstages, des sogenannten Revolutionskonventes, wurde von dem Träger des brutalen Entnationalisierungsgedankens Karl Kramarsch gebildet. Auf diesen Nationaldemokraten folgte der Sozialdemokrat Tusar. Unter ihm trat das Völkerparlament, in dem die Deutschen 72 Sitze einnehmen, zusammen. Am System aber hatte sich nichts geändert. Die Deutschen wurden gerade so bedrückt wie ehedem, nur in der Form war Tusar konzilianter. Wenn in reichsdeutschen Blättern zu lesen stand, daß Tusar sich um einen Ausgleich bemüht habe, aber über den Widerstand der nationalistischen Gruppen gestolpert sei, so sind sie einer aus der Berliner tschechischen Gesandtschaft geschickt hinauslanzierten Irreführung glatt aufgesessen. Es muß hier überhaupt bemerkt werden, daß die tschechischen Sozialdemokraten nicht weniger nationalistisch sind als etwa Nationaldemokraten oder Nationalsozialisten. Von internationalem Hauch findet man bei ihnen keine Spur. Kennen sie doch augenblicklich nur eine Sorge, die — übrigens gar nicht bestehende — deutsche Irredenta mit Stumpf und Stiel auszurotten. Auf dem Görlitzer Parteitag verlangten die Abgesandten der tschechischen Sozialdemokraten von ihren deutschen „Brüdern" von der Internationale 2, daß diese keinerlei Bestrebungen gegen die Integrität des tschechischen Staates unterstützen, wobei sie die deutschen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei, die bekanntlich der Internationale 2½ angehören, als Irredentisten „ankreideten". Was aber auch für die reichsdeutsche Oeffentlichkeit von Wichtigkeit ist, weil es einer

Digitized by Google

Preisgabe des Auslandsdeutschtums gleichkommt, ist die Antwort der reichsdeutschen Mehrheitssozialisten, die „ihr Desinteressement absolu an den nationalen Kämpfen und Bestrebungen in der Tschechoslowakei erklärt haben". Nachdem die deutsche Mehrheitssozialdemokratie auch hinsichtlich des Kabinetts Wirth II als Regierungspartei anzusehen ist, ist wohl vom Standpunkt des Sudetendeutschtums die Frage an die reichsdeutsche Regierung erlaubt, ob sich dieses „Desinteressement absolu" an unserer Unterdrückung, unseren Leiden, unseren Bestrebungen auch auf die Gesamtregierung bezieht. Man denke nur zum Vergleich an die liebevolle Sorge, die Reichsitalien den „unerlösten Brüdern" in Triest und im Trentino entgegenbrachte, an die Fäden, die sich von Paris nach dem Elsaß und Lothringen spannen, an den Schutz, den Rußland den Slawen im alten Oesterreich gewährte. Viel allerdings erwarten wir Sudetendeutschen nach den Erfahrungen im Falle der Abberufung des Legationsrates Limmer von der deutschen Regierung ohnedies nicht, wobei wir ihre prekäre außenpolitische Lage sowieso als mildernd in Betracht ziehen. Ein „Desinteressement absolu" wäre aber eine doch etwas zu harte Belastungsprobe für die immer wieder und mit Recht betonte Schicksalsgemeinschaft zwischen Reichs- und Auslandsdeutschtum. Um nun wieder nach dieser kleinen Exkursion auf reichsdeutsches Gebiet zum Ministerium Tusar zurückzukehren, so sei für dessen Beurteilung eine Stelle aus dem kürzlich erschienenen Leiter „Sie bleiben die Alten" des deutschen sozialdemokratischen Zentralorganes „Der Sozialdemokrat" in Prag wiedergegeben, in der es heißt: „In nichts wesentlichem unterschied sich Tusar von Kramarsch". Er galt hier zulande als der „schlaue Fuchs". Diese Charakterisierung dürfte auch für Deutschland von Bedeutung sein, da Tusar ja die tschechische Republik dort vertritt. Nun schieden aus rein agitatorischen Gründen die tschechischen Sozialdemokraten aus, um dadurch den Kommunisten gegenüber leichteres Spiel zu haben. An Stelle des parlamentarischen Ministeriums trat ein Beamtenkabinett unter Lang. Es war das Kabinett der Strohpuppen; denn tatsächlich regierte der Fünferausschuß der nationalistischen Parteien, die Petka, in der die tschechischen Sozialdemokraten, Nationalsozialisten, Agrarier, Nationaldemokraten und Klerikalen vertreten waren. Mit dieser Halbheit wollte man nun aufräumen, zumal der Portefeuillehunger der einzelnen Parteien immer größer wurde. Es sollte eine allnationale Regierung gebildet werden, so genannt, weil nur die neue „tschechoslowakische Staatsnation" in ihr vertreten ist. Als kommender Mann galt der geriebene Unterhändler Svehla. Im Ministerium sollten unter anderem auch Kramarsch und der zungenblechende Raschin vertreten sein. Es sollte ein Kabinett vom nationalistischen Berge werden und es wurde ein Kabinett der — Gironde. An Stelle Svehlas trat der erfolgreiche, erst 37jährige tschechische Außenminister Benesch, der als ein besonderer

Digitized by Google

Vertrauter des Präsidenten Masaryk gilt. Vom nationalistischen Jakobinertum wurde nur der Würger unserer deutschen Schulen, der Sozialdemokrat Habrmann, übernommen, doch auf den Posten der sozialen Fürsorge gestellt, wo er weniger Unheil anrichten kann. Die Kandidatenliste, die dem Präsidenten vorgelegt wurde, zeigte ein ganz anderes Bild, da gab es für uns Deutsche noch tiefere Schatten. Man merkt deutlich die retouchierende Hand des Präsidenten.

Doch legen wir uns die Frage vor, warum gerade ein Kabinett Benesch, wobei der Ministerpräsident zugleich Außenminister ist, warum diese Mäßigung bei der Auswahl der übrigen Portefeuilleträger? Die Tschechoslowakei will in der nächsten Zeit noch weit mehr als bisher außenpolitisch in Erscheinung treten, die führende Macht in Mitteleuropa werden. Die Außenpolitik wird sowohl die Innen- wie die Wirtschaftspolitik dieses Staates beeinflussen. Deshalb auch ein Kabinett der Mitte, das den Widerstand der Deutschen nicht zum äußersten reizen, sondern ihn dämpfen soll. Man braucht im Innern Ruhe — und sei es auch die Ruhe eines Freithofs — um außenpolitische Spaziergänge machen zu können.

Die Tschechoslowakei war in letzter Zeit außenpolitisch stark engagiert, und zwar sowohl in der Frage Oberschlesien, als auch in der Frage des Burgenlandes und der inneren Organisation des Völkerbundes. In der Frage Oberschlesien trat die Tschechoslowakei ganz auf die Seite Polens, trotz der noch immer strittigen Teile Ostschlesiens, der Ansprüche Polens auf Karpathorußland und der polnischen Machenschaften in der Slowakei. Dabei war keineswegs nur der Haß gegen das deutsche Reich — wenn auch in der tschechischen Presse argumentiert wurde, Polen sei immerhin noch der weniger gefährliche Feind als Deutschland —, sondern auch der Wunsch des tschechischen Außenministers maßgebend, Polen, das sich bisher sträubte, der kleinen Entente einzugliedern. Die burgenländische Frage kam der Tschechoslowakei wie gewünscht. War es Dr. Benesch auf der Friedenskonferenz gelungen, 3½ Millionen Deutsche seinem Staate einzugliedern, so war es ihm trotz aller Bemühungen nicht mehr gelungen, einen Korridor zu den Südslawen zu erhalten. Was ihm im Jahre 1919 versagt blieb, das hoffte er nun auf dem Wege des Burgenlandes zu erreichen. Dr. Benesch läßt sich auch durch augenblickliche Mißerfolge nicht von seinem Ziele abdrängen. Zunächst dachte er zusammen mit Pasitsch an eine bewaffnete Intervention im Burgenlande. Ungarn mobilisierte. So streifte die Tschechoslowakei schon damals hart an einen Krieg. Doch Frankreich erhob schützend seine Hand über Ungarn, und Italien widerstrebte der Intervention. Dafür aber gelang es Dr. Benesch, Deutschösterreich in seine Netze zu locken, das, wie er stolz im Außenausschuß verkündete, um die Vermittlerrolle der Tschechoslowakei gebeten hatte. Aber selbst Ungarn wandte sich an die Tschechoslowakei um Vermittlung und Banffy konferierte mit Benesch zu

Digitized by Google

Brünn. Die stolzesten Träume waren erfüllt. Der Tschechoslowakei wäre beinahe die Vermittlerrolle in Mittel- und Osteuropa zugefallen. Fügt sich Ungarn und ist Deutschösterreich für die kleine Entente zu gewinnen, dann ist das Werk des Dr. Benesch gekrönt. Die kleine Entente umfaßt dann ein Gebiet von der Ostsee bis zur Adria und dem Schwarzen Meere, ist die beherrschende Macht im Osten. Die große Entente im Westen, die kleine Entente im Osten. Und zwischen diesen beiden Mühlsteinen Deutschland, zur Ohnmacht verurteilt. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs ist für ein Bündnis mit der Tschechoslowakei. Große Zeitungen nennen bereits Deutschösterreich und die Tschechoslowakei „natürliche Bundesgenossen". Deutschösterreich wäre das letzte Glied einer Kette, die von Danzig bis Triest reichen und das Deutsche Reich von dem Osten völlig abriegeln würde. Das ist die Aufgabe des Kabinettes Dr. Benesch, des Kabinettes der Außenpolitik. Wird man im Reiche diese Gefahr erkennen?

In der burgenländischen Frage blieb zunächst der Tschechoslowakei der Erfolg versagt. Torretta hatte Dr. Benesch zur Seite geschoben und das Schiedsrichteramt zu Venedig ausgeübt. Seit dieser Zeit sinnt Dr. Benesch auf eine Möglichkeit, die Abmachungen von Venedig zu durchkreuzen. Das Abenteuer des Exkönigs Karl und seiner Gattin gaben hierzu die beste Möglichkeit. Obwohl es noch nicht feststand, ob die Ungarn ihrem König auch die Herrscherrechte einräumen werden, ob Karl dem Krönungseid zufolge Ansprüche auf die Slowakei erheben werde, und obwohl noch kein Ungar den Boden der Tschechoslowakei betreten hatte, hat die Tschechoslowakei mobilisiert, und sie hat die Mobilisierung aufrechterhalten, obwohl Karl bereits gefangengesetzt war. Ausdrücklich erklärte Dr. Benesch, es handle sich ihm nicht um eine bestimmte Person, noch um eine bestimmte Dynastie, sondern um ein System, das Europa bedrohe. Welches System kann nun Dr. Benesch im Auge haben? Das monarchistische System wohl schwerlich, da doch auch Jugoslawien mobilisiert hat und dieser Staat bekanntlich eine Monarchie ist. Auch das Horthysystem, das System des „weißen Terrors", kann schwerlich darunter verstanden werden, zumal ja die tschechische Regierung in der Slowakei den „weißen Terror Horthys" nicht nur getreulich kopiert, sondern noch übertrumpft. Auch der antisemitische Kurs kann nicht damit gemeint sein, denn die Tschechen selbst sind bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein stark antisemitisch gesinnt. Aus anderen Stellen der Rede des Ministerpräsidenten geht hervor, daß er unter diesem System die Methode der Auflehnung gegen das Friedenswerk versteht. Ungarn hat gegen den Vertrag von Trianon gelöst, und, was für Dr. Benesch das schlimmste ist, mit Erfolg sich dagegen aufgelehnt. Für ihren Trotz erhielten aber die Ungarn, statt der gebührenden Strafe noch Zuckerln, erhielten die Volksabstimmung in Oedenburg und sieben Gemeinden zugestanden. Ein gefährliches Präjudiz. Was den Ungarn recht ist, könnte auch

Digitized by Google

den Sudetendeutschen billig sein. Es knistert ohnedies schon bedenklich im Gebälk des ganzen Friedenswerkes. Bricht ein Pfeiler, stürzt der ganze Bau zusammen; denn er ist nicht auf dem Granite der Gerechtigkeit und Selbstbestimmung der Völker, sondern auf dem Flugsande einer augenblicklichen Machtkonstellation aufgebaut. Und diese Machtkonstellation hat ohnedies schon eine bedeutsame Verschiebung erfahren. Der Gegensatz zwischen der kleinen und großen Entente tritt immer schärfer zutage. Auch jetzt in der Frage Karls, wobei sich die große Entente mit einem Thronverzicht begnügt, während die kleine weitergehendere Forderungen stellt. Das Geschöpf empört sich gegen seinen Schöpfer. Die kleine Entente will ihre eigenen Wege gehen, die große glaubt, die kleine sei nur ihr Puppentheater. Dr. Benesch und Pasitsch bestehen auf der strikten Einhaltung des Friedensvertrages von Trianon. Nicht weil nach ihm Deutschösterreich das Burgenland erhalten soll, sondern weil sie selbst Nutznießer dieses und anderer Verträge sind. Schon ist der Friedensvertrag von Sèvres hinfällig geworden, soll nun auch noch der von Trianon durchlöchert werden? Und welcher Vertrag wird dann an die Reihe kommen? Es bleiben nur noch Versailles und St. Germain. Von der Unverletzlichkeit der Friedensverträge hängt die Unversehrtheit der tschechischen Republik ab. Das Abkommen von Venedig muß fallen. Die tschechischen Bajonette richten sich unmittelbar gegen Ungarn, mittelbar aber gegen Italien. Sicherlich bezweckt Dr. Benesch mit der so forcierten Mobilisierung noch mehr. Vielleicht .... man kann ja nicht wissen .... gelingt es im Verlaufe der kriegerischen Ereignisse, den Korridor mit Waffengewalt zu erzwingen. Man will wohl auch mit der Mobilisierung einen Entlastungsstoß für die Slowakei vorbereiten. Dort und in Karpathoruthenien nimmt die Irredenta unheimlich zu, die Verhaftungen in Kaschau und Preßburg sprechen eine nur zu deutliche Sprache, man kann dort nur mehr mit dem Ausnahmezustand und dem Standrecht regieren. Es ist ferner ein offenes Geheimnis, daß Polen und Ungarn eine gemeinsame Grenze haben wollen, und zwar soll Polen Karpathoruthenien, Ungarn die Slowakei erhalten. Man muß schon sagen, daß die Polen den Tschechen gegenüber sehr undankbar sind. Während die polnische Presse des Lobes für Dr. Benesch voll ist, der durch den von ihm vorgeschobenen Sachverständigen Hodac die Genfer Entscheidung zugunsten Polens beeinflußte, duldete die polnische Regierung die Ausrufung der slowakischen souveränen Republik auf polnischem Territorium, und streckt selbst ihre Hände lüstern nach Gebieten der Tschechoslowakei aus. Eine tschechische Armee in der Slowakei, im Norden von Polen, im Süden von Ungarn bedroht, dabei selbst auf heißem irredentistischen Boden, befände sich in einer reinen Mausefalle. Schließlich kann das verstärkte tschechische Heer nicht nur in der Richtung nach Südost, sondern auch in der nach Nordwest einen Druck ausüben. Bekanntlich beansprucht die

Digitized by Google

Tschechoslowakei auch eine Gebietserweiterung im Norden, beansprucht den Kreis Leobschütz.

Die Leitgedanken der tschechischen Außenpolitik sind für die nächste Zeit, gleichgültig ob es zu kriegerischen Verwicklungen kommt oder nicht, wohl folgende:

1. Andauernde Niederhaltung und Schwächung des Deutschen Reiches.
2. Verbindung in irgendwelcher Art mit Jugoslawien, bis zur Begründung eines großen Slawenreiches auf dualistischer (nur mit Jugoslawien) oder trialistischer Grundlage (mit Polen).
3. Bis dorthin möglichste Stärkung der kleinen Entente.
4. Vollständige Abriegelung Deutschlands vom Osten.
5. Unantastbarkeit der Friedensverträge.

Danach muß sich auch die deutsche Politik richten. Der tschechische Imperialismus bedeutet eine schwere Bedrohung des Deutschen Reiches, er hat die Rolle des russischen Panslawismus übernommen. Die Tschechoslowakei ist heute die führende slawische Macht. Die im parlamentarischen Verbande vereinigten deutschen Parteien hatten, ohne daß sie sich vorher verständigten, die richtige politische Witterung, als sie die Gefahr des tschechischen Imperialismus für größer ansahen als die Habsburgergefahr, der eben nur Eintagsfliegenherrlichkeit zugebilligt werden kann. Für falsch dagegen erachte ich die Politik der Großdeutschen in Deutschösterreich. Das ist eine Politik, ganz auf den Augenblick eingestellt, statt auf die Zukunft zu sehen. Nicht die Tschechoslowakei, sondern Ungarn ist der natürliche Bundesgenosse Deutschösterreichs, trotz der Vorfälle im Burgenland. Nicht weil ich die Ungarn als Freunde unseres Volkstums ansehe, wohl aber weil Ungarn gleichermaßen wie Deutschösterreich daran interessiert ist, daß die ganzen Friedensverträge fallen. Die Scheidung der Geister muß vor sich gehen. Sie kann nur in der Richtung erfolgen, daß sich die Geschädigten durch die Friedensverträge (und Italien zählt sich charakteristischerweise auch dazu) gegen die Nutznießer derselben aufbäumen. Wir Deutsche können uns die Bundesgenossen nicht aussuchen. Jeder ist uns willkommen, der, aus welchen Motiven immer, eine Revision der Friedensverträge anstrebt. Und darauf kommt es an. Ob es zum Krieg mit Ungarn kommen wird, läßt sich noch nicht voraussagen, es kann auch, wie der Minister für Landesverteidigung Udrzal sagte, bei einer „kriegerischen Geste" bleiben. Aber mag die Entwicklung diesen oder jenen Lauf nehmen, mag es heute schon zur bewaffneten Austragung kommen, oder werden sich die unterdrückten Völker noch länger die Peitsche gefallen lassen, das eine ist sicher, die Unmöglichkeit der Friedensverträge tritt Tag für Tag klarer zu Tage, statt Frieden zu stiften, verbreiten sie andauernd Unruhe. Karl war nur Werk-

Digitized by Google

zeug eines Entwicklungsprozesses. In einem anderen Sinne als Benesch es gemeint hat, sprach er monumentale Weisheit: Nicht um Personen, nicht um Herrschergeschlechter handelt es sich, sondern um ein System, das Europa bedroht, und dieses System heißt — das Friedenswerk von Sèvres.

Das Deutschtum in Großrumänien

Von Staatsanwalt Dr. Walter Strohal-Leipzig

Wenn man in der Zeit vor dem Weltkriege in Rumänien trotz der zum Teil sehr engen Verbindungen mit der reichsdeutschen Großindustrie und Finanzwelt äußerlich doch nur geringe Spuren deutschen Einflusses wahrzunehmen vermochte, so war dies in erster Linie in der Tatsache begründet, daß Altrumänien den Typus eines „Nationalstaates" darstellte: Durften doch von den annähernd 7¾ Millionen Staatsbürgern, die im Jahre 1914 in der „Moldau, Walachei und Dobrudscha" gezählt wurden, reichlich fünf Sechstel der Bevölkerung als Rumänen (Dakoromanen) angesprochen werden, während die Reste — darunter z. B. die Tataren, Bulgaren und die etwa 7—8000 Seelen zählenden deutschen Landwirte der Dobrudscha — kulturell ziemlich ausgeschaltet waren. Wesentlich höhere Bedeutung als den deutschen Kolonisten in der Dobrudscha kam unseren Volksgenossen in den größeren Städten des Landes, wie in Braïla, Constantza, Galatz, Jassy, Ploëšti, Campina und Bukarest zu, die im kaufmännischen und Erwerbsleben des Landes, dann aber auch in den engeren Intelligenzschichten als Aerzte, Künstler, Schriftsteller, Lehrer usw. vielfach überragende Stellungen einnahmen und die — nicht zuletzt in der Hauptstadt — durch stetige Nachschübe aus Siebenbürgen, den deutschen Teilen Oesterreichs, aus dem Reiche und der deutschen Schweiz derartig gestärkt wurden, daß z. B. die sogenannte „Deutsche Kolonie" in Bukarest nach und nach auf etwa 20 000 Seelen anwuchs. Was diese Pioniere unseres Volkstums, ungeachtet der oft strengen Regierungsmaßnahmen gegen Fremde, für die Gesamtentwickelung des Landes geleistet haben, hat bereits vor Jahren der Bukarester Arzt Dr. Emil Fischer in seiner Monographie: „Die Kulturarbeit des Deutschtums in Rumänien", und teilweise ergänzend der Pfarrer R. Honigberger in einem 1917 veröffentlichten Aufsatz in der Zeitschrift für „Das Deutschtum im Ausland" aufzuzeigen versucht. Der mit Land und Leuten nur oberflächlich Vertraute ersieht hieraus, welch starken Anteil das deutsche Kapital an fast allen rumänischen Großunternehmungen vor Kriegsbeginn hatte.

Die Jahreswende 1918 auf 1919 wie die Folgezeit, die das Großrumänien unserer Tage erstehen sah, hat für unsere Volksangehörigen im fernen Osten eine völlig neue Lage geschaffen. Die Angliederung

Digitized by Google

der Bukowina und Bessarabiens an das „Altreich", die Erstreckung der rumänischen Landesgrenzen weit über Siebenbürgen hinaus, endlich die Einfügung des größten Teils des Banates in den neuen Staat, bewirkte, daß eine ganze Anzahl deutscher Siedelungsgebiete im Königreich Rumänien zusammengeschlossen wurden. Sieht man von dem von schwäbischen Kolonisten nur mehr dürftig besetzten, früher ungarischen Komitat Szatmar ab, so sind es noch immer vier neue Landesteile, die hauptsächlich in Betracht kommen:

1. Die deutschen Kolonien im „Buchenlande", d. i. dem einstmals österreichischem Kronlande Bukowina,
2. Das von Donau, Theiß, Marosch und Siebenbürgen umschlossene Ländervierеck, „Das Banat", mit seinen etwa 320 000 „schwäbischen" Kolonisten (ein Teil des Gebietes fiel bekanntlich an den Südslawenstaat),
3. Die reichen, mustergültig angelegten Bauerngemeinden der bessarabischen Deutschen — zwischen Pruth und Sereth — vor allem aber:
4. „Siebenbürgen" in allen seinen Teilen und mit seinen 234 000 deutschen Volksangehörigen.

Erwägt man, daß — unter Hinzurechnung der Deutschen im sog. „Altreich" — die Gesamtziffer der im neuen rumänischen Reiche zusammengeschlossenen Volksgenossen deutscher Zunge auf reichlich 750 000 Seelen zu veranschlagen ist, so wird begreiflich, daß die Gegenwart diesen Volkssplittern im Osten eine Fülle lebenswichtiger Aufgaben zugewiesen hat, die zum großen Teil noch einer befriedigenden Lösung harren. — Die Einschätzung des Wertes der rumänischen Deutschen und ihrer Bedeutung auch für den Gesamtstaat würde freilich an der Oberfläche haften bleiben, wollte man von dieser deutschen Minderheit nur die Ziffern sprechen lassen. Ausschlaggebend ist vielmehr die Tatsache, daß mindestens drei der erwähnten angeschlossenen Gebiete in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht durch die Arbeit vieler Generationen auch in der fremdsprachigen Umgebung so tiefe Spuren der deutschen Eigenart hinterlassen haben, daß fast das ganze rumänische Neuland hiervon befruchtet erscheint.

Weit voran steht hier das Land „Siebenbürgen", dessen deutsche Bewohner den Stürmen von acht Jahrhunderten trotzten und die in ihrer Wehrhaftigkeit und kraftvollen, nationalen Betätigung allen Ausland- und Binnendeutschen als leuchtendes Beispiel vor Augen gestellt zu werden verdienen. Seit dem 12. Jahrhundert, in dem sie — meist Moselfranken aus dem Luxemburgischen — vom König Geisa „zum Schutze der Krone" in die auch heute noch von ihnen innegehabten transsylvanischen Landstriche gerufen wurden, haben sie und ihre Nachkommen die Fackel der

Digitized by Google

deutschen Kultur hochgehalten und auch, abgesehen von ihren jetzigen Kulturmittelpunkten Hermannstadt und Kronstadt, einen Kranz blühender Dörfer und Städte geschaffen, der Zeugnis für ihre arbeitsreiche und ruhmreiche Vergangenheit ablegt. Den deutschen Abgeordneten und Senatoren Siebenbürgens, die in den gesetzgebenden Körperschaften zu Bukarest mit sechs Deputierten und drei Senatoren vertreten sind, gleicherweise wie den führenden Persönlichkeiten dieses neuen Landesteiles von Großrumänien, gebührt auch das bleibende Verdienst, dem Zusammenschluß der verschiedenen deutschen Parlamentsparteien im rumänischen Staate die Wege geebnet und die Richtlinien für ein gemeinsames Kulturprogramm aller Volksangehörigen im Rahmen des Reiches aufgestellt zu haben. Daß die Verfolgung so hochgesteckter Ziele nur von einer Seite in Angriff genommen werden konnte, die über eine so einzigartige Kulturrüstung verfügte, wie gerade der Siebenbürger-Sachsen-Stamm, kann nicht wundernehmen. Wohl fehlt unseren Brüdern im fernen Osten eine deutsche Universität. Die seit zwei Jahren in Hermannstadt veranstalteten Ferienhochschulkurse bieten aber immerhin einen gewissen Ersatz für das von vielen erstrebte höchste Bildungsinstitut. Im übrigen wird der geistige Zusammenhang mit der deutschen Wissenschaft und Kunst in reichem Maße durch den Besuch reichsdeutscher und deutschösterreichischer Universitäten und Akademien von seiten der siebenbürgischen Studentenschaft gewahrt. —

Ueber 200 Volksschulen, die Vollgymnasien in Kronstadt, Hermannstadt, Bistritz, Schäßburg und Mediasch, ferner die Hermannstädter Oberrealschule und zwei Lehrerbildungsanstalten sorgen dafür, daß dem Nachwuchs die deutsche Eigenart nicht verloren geht, ebenso stehen zahlreiche wirtschaftliche Organisationen, Banken, Raiffeisenkassen, Geldinstitute und Bodenschutzvereine ganz im Dienste des Siebenbürger deutschen Volkes und seiner Erhaltung. — In publizistischer Beziehung verfügt Siebenbürgen über eine große Anzahl von Tageszeitungen, von denen an dieser Stelle — als für das Deutschtum besonders wertvoll — nur die „Kronstädter Zeitung" und das mustergültig geleitete „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt" (Hermannstadt) Erwähnung finden mögen. Die auf dem Gebiete der Kunst und Literatur führende Zeitschrift „Ostland", die in gewissem Sinne die früher in Kronstadt erscheinende Zeitschrift: „Die Karpathen" zu ersetzen berufen ist, darf keinesfalls mit dem Maßstabe provinzieller Literaturerzeugnisse gemessen werden; vielmehr ist sie als ein Zeitspiegel für die gesamte südostdeutsche Entwickelung auch für die reichsdeutsche Leserwelt und den Literarhistoriker von nicht zu unterschätzendem Werte.

Auf rein wissenschaftlichem Gebiete sind u. a. als hochbedeutsame Leistungen die große „Sachsengeschichte" der Hermannstädter Bischöfe Georg Daniel Teutsch (Vater) und Friedrich Teutsch (Sohn), die klassisch geschriebene Darstellung des Bischofs Friedrich Teutsch: „Die Siebenbürger

Digitized by Google

Sachsen in Vergangenheit und Gegenwart", und in gewissem Sinne auch der jüngst erschienene „Vorbericht zu einer Geschichte der deutschen Literatur in Siebenbürgen" von Prof. Dr. Csaki (Hermannstadt 1920 bei W. Krafft) anzusprechen. Aber auch darüber hinaus darf verallgemeinernd gesagt werden, daß die Siebenbürger Sachsen, deren Hauptvertreter auf dem Gebiete der Poesie, wie Traugott Teutsch, Albert (1893†), Friedr. Wilhelm Schuster (1914†) in Deutschland leider so gut wie unbekannt geblieben sind — in sich gefestigt durch die Selbständigkeit ihrer evangelischen Volkskirche und gestützt auf einen trefflich ausgebildeten Stamm von Lehrern und Geistlichen — kraft ihrer Leistungen für das Deutschtum und als Lehrmeister der Völkerschaften, mit denen sie im Laufe der Jahrhunderte in Berührung kamen, sich zu einer besonderen Volksindividualität entwickelt haben, die man im Rahmen unserer Gesamtkultur nicht mehr missen kann. —

Ein völlig anderes Bild als die „Siebenbürger-Sachsen" bieten die an Zahl überlegenen Deutschen des früher südungarischen, jetzt rumänischen Banates dar. Sie werden gemeinhin auch heute noch „Banater-Schwaben" genannt, obwohl ihre Ahnen nicht ausschließlich aus schwäbischen Landstrichen des alten deutschen Reiches, sondern aus den verschiedensten Teilen Südwestdeutschlands eingewandert sind. Immerhin ist die im Banat bei unseren Volksangehörigen vorherrschende Mundart die „schwäbisch-bajuvarische", und ist das Zusammenwachsen der verschiedenen deutschen Stämme in jenen Landstrichen um Temesvár im Laufe der letzten 50—70 Jahre ein derart inniges geworden, daß unsere Volksangehörigen in diesem Teil Großrumäniens sich mit Recht auch im engeren Sinne als Einheit betrachtet wissen wollen.

Das Erwachen der Banater-Schwaben zu einem bewußt-nationalen Leben greift zeitlich allerdings nicht allzu weit zurück. Verstand es doch die madjarische Regierungspolitik, die bis zum Ende der Kriegsjahre (1918) über diese unsere Volksgenossen zu bestimmen hatte, meisterhaft, den südungarischen Deutschen jede völkische Bewegungsfreiheit in Beziehung auf die Betätigung ihrer kulturellen Eigenart zu nehmen. Durch die straffe Durchführung des sogenannten Apponyischen Schulgesetzes war es den Söhnen der deutschen Landwirte und Weinbauern unmöglich gemacht, sich eine höhere Bildung in der Muttersprache zu erwerben — und, da es schließlich auch gelang, die katholische Geistlichkeit des Banats für die madjarische Idee zu gewinnen, stellte sich in der Folge sehr bald der Mangel an wirklicher Führung durch Gebildete deutscher Gesinnung heraus. Wenn dessenungeachtet alle Bestrebungen der Budapester Regierungskreise, die Masse der südungarischen Schwaben zu madjarisieren, gescheitert sind, so ist dies in erster Linie dem konservativen Sinne der wesentlich ländlichen Bevölkerung zu danken, die im Hause und im Verkehr mit den Volksgenossen streng an deutscher Art und deutschem Wesen festhielt. In unermüdlichem

Digitized by Google

Schaffensdrange hatten diese Schwaben seit den Zeiten Maria-Theresias und Josef II. das damals vielfach noch von Sümpfen und Gestrüpp bedeckte Land der Kultur erschlossen und — wie ihr Heimatdichter Adam Müller-Guttenbrunn es poetisch ausdrückte — „aus einer Wüste ein blühend Eden" geschaffen. Ihr gesundes Familienleben, der große Kinderreichtum und die Tatsache, daß es der deutsche Bauerssohn jener Gegenden verschmähte, mit einer Nichtdeutschen eine Heirat einzugehen, sicherten diesem Ansiedlervolke einen Zuwachs an Bevölkerung, der z. B. den der Rumänen und Serben um ein beträchtliches überstieg. Ihre wirtschaftliche Ueberlegenheit führte dazu, daß eingesprengte nichtdeutsche Dörfer vielfach germanisiert wurden und dort auf diese Weise immer neue deutsche Gemeinden entstanden. So wurden die schwäbischen Bauern und Gutsbesitzer des Banats, während das deutsche Leben in den damals noch zu Ungarn gehörigen Städten und größeren Orten in unaufhaltsamem Rückgang begriffen war, die Retter ihres Volkstums in höchster Not. Aus ihren Reihen erscholl vor Jahrzehnten auch zum ersten Male laut und eindringlich der Ruf nach völkischer Sammlung; unbewußt erfaßte das kernige Bauerntum in den damals noch ungarischen Komitaten Temes, Krasso, Torontal und Arad, welche große Gefahr für ihren künftigen Bestand darin liege, daß ihre Intelligenzschichten, daß das Bürgertum in Städten wie Temesvar, Lugosch, Werschetz, Weißkirchen usw. gewaltsam madjarisiert werde.. Das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit machte sich stärker fühlbar und führte schließlich noch vor dem Weltkrieg zur Schaffung der „Deutschen Volkspartei" und zeitlich vorher noch zur Gründung des nationalen (früher südungarischen) landwirtschaftlichen Bauernvereins. So waren die Verhältnisse gelagert, ehe die reichgesegneten Gefilde des Banats — zum größten Teile wenigstens — dem neuen Großrumänien eingefügt wurden. Seither hat der Zusammenschluß aller rumänischen Banater Schwaben derartige Fortschritte gemacht, daß der nationale und kulturelle Fortbestand dieser kernigen Kolonisten für die Zukunft mehr denn je gesichert erscheint. Rein äußerlich ist dieser Zusammenschluß dadurch zum Ausdruck gelangt, daß der am 13. März d. J. in Temesvar veranstaltete Schwabentag die Aufrichtung der sogenannten „Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft" beschlossen hat, welche — wie ihre Satzung besagt — „die Gesamtheit aller jener begreift, die sich im rumänischen Banate sowie Arader und Szatmarer Komitate ohne Rücksicht auf ihre etwaige Parteizugehörikeit als Deutsche bekennen." Wenn diese großgedachte Volksorganisation, der es u. a. obliegt, „die völkische Kultur zu pflegen, dieselbe vor Verlusten zu bewahren und ihr die volle Entwicklungsfreiheit zu sichern", heute auch noch nicht bis ins kleinste durchgeführt ist, so bürgen doch ihre geistigen Urheber, vor allem der für sein Volk unermüdlich tätige Deutsch-Banater Senator Karl v. Möller dafür, daß der mächtige Prozeß der Einigung der schwäbischen Kolonisten im fernen

Digitized by Google

Osten, in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Beziehung nicht mehr zum Stillstand kommen wird. In welch hohem Maße unsere Volksangehörigen im Banate, im übrigen von ihrer Zusammengehörigkeit, durchdrungen sind, bezeugt unwiderleglich ihr Kampf um die Wiedergewinnung desjenigen Teiles des Banats für den rumänischen Staat, der — mit den deutschen Städten Werschetz, Weißkirchen und Hatzfeld — Jugoslawien zugewiesen wurde. Die innere Berechtigung der Banater Schwaben zur Wahrung ihrer nationalen Eigenart gründet sich nicht allein auf ihr Bewußtsein, daß sie ein festgefügtes Glied in der Kette der Auslandsdeutschen sind, sondern mit darauf, daß sie — neben ihren unbestrittenen wirtschaftlichen Leistungen — auch in geistiger Beziehung Bedeutsames im Rahmen der Gesamtkultur für ihr Volk vollbracht haben. Mit Stolz dürfen sie darauf hinweisen, daß der — vielleicht — größte, deutsche Lyriker, der Dichter des Weltschmerzes — Nikolaus Lenau — einem schwäbischen Dorfe im Temescher Banate (Csatád) entstammte, und daß ihr Land uns in Adam Müller-Guttenbrunn einen „Heimatdichter" bescherte, der der Jugend eines ganzen Stammes wiederum neue Ideale aufwies. Neben diesen beiden Dichtern ersten Ranges: welche Fülle von Talenten, die dem Banat entsprossen oder doch wenigstens als Adoptivkinder dieses Fleckens deutscher Erde anzusehen sind.

Für das Leben unserer schwäbischen Brüder im Banat war es eine Quelle stolzer Freude, daß es ihnen nach schweren Kämpfen gelang, im Spätfrühling dieses Jahres wieder in Temesburg das alte deutsche Theater zu neuem Leben erwachen zu lassen. War doch seit über 20 Jahren — dem 20. November 1898 — als Folge der Budapester Regierungspolitik die deutsche Schauspielkunst aus dieser größten Stadt des Banates verbannt, und mußte die Sehnsucht Tausender von Kolonisten und Bürgern des Landes, deutscher Dichter Worte von deutschen Künstlern von der Bühne herab zu hören, bisher ungestillt bleiben. —

Von den im rumänischen Banat erscheinenden Tageszeitungen fällt die führende Rolle der von Professor Josef Striegl geleiteten „Schwäbischen Volkspresse" zu. Ihr ist es in erster Linie zu danken, daß in allen wichtigen Lebensfragen der schwäbischen Kolonisten der große, verbindende Einheitsgedanke in immer weitere Kreise hineingetragen wurde.

Das dritte in diesem Zusammenhang zu erwähnende, nun an Rumänien angegliederte Gebiet ist der nördlichste Teil des alten Fürstentums Moldau, den Oesterreich 1774 von Galizien aus besetzte und der späterhin zu einem selbständigen Kronland, zum Herzogtum Bukowina, erhoben wurde. Die Kulturzustände, die dortselbst zur Zeit der österreichischen Okkupation herrschten, spotteten jeder Beschreibung. Mit unsäglichen Mühen gelang es der Wiener Regierung, ihre kulturtragende Mission in diesem entlegensten Teile der alten Monarchie zu erfüllen, was um so schwieriger war,

Digitized by Google

als in dem genannten Lande auf einem Flächenraum von 181 österreichischen Quadratmeilen nicht weniger als 10 Nationalitäten, und zwar Rumänen, Ruthenen, Israeliten, Deutsche, Madjaren, Polen, Großrussen, Slowaken, Armenier und Zigeuner vereinigt waren. Der wirtschaftliche und geistige Aufschwung des früher österreichischen Kronlandes beruhte nicht zuletzt darauf, daß in dasselbe eine große Anzahl deutschsprachiger Beamten hineingezogen wurden, die in allen Zweigen der Verwaltung und des politischen Dienstes, in der Justiz, der Post, der Eisenbahn, der Polizei als Forstleute und Lehrer ein reiches Feld der Betätigung vorfanden, und deren Nachkommen ebenso wie die der Militärverwaltung in den größeren Städten des Landes, in Czernowitz, Radautz, Suczawa, Sereth, Kimpolung u. a. mehr, verblieben. Gleichzeitig setzte schon in den Regierungsjahren der Kaiserin Maria Theresia und in verstärktem Maße unter Josef II. eine ländliche Ansiedlung ein, die im Gegensatz zur Kolonisation des Banates zwar nicht große zusammenhängende Bodenflächen mit deutschen Landwirten versehen konnte, aber doch im ganzen Gebiete eine Menge sogenannter „Deutschdörfer" erstehen ließ. Die Herkunft dieser Landwirte war eine sehr verschiedene. Man findet unter ihnen Schwaben im östlichen Teile, deutschböhmische Bauern in dem von Wäldern durchzogenen Mittelgebiet und überdies Deutsche aus der oberungarischen Zips im Südwesten der Bukowina. Die letzten Nachschübe von Kolonisten wurden in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts und kurz nach 1870 nach dem Südosten des Landes und nach dem Norden geleitet. Das Ergebnis der etwa 140 Jahre währenden österreichischen Herrschaft läßt sich kolonisatorisch dahin zusammenfassen, daß in dem östlichsten Kronlande der früheren Monarchie alle größeren Orte einen ausgeprägt deutschen Charakter erhielten, — wie denn die Landeshauptstadt Czernowitz selbst im Jahre 1910 eine deutsche Stadtbevölkerung von über 41 000 Seelen aufwies, d. h. über 50 v. H. der Gesamteinwohnerschaft — und daß das ganze Gebiet von zahlreichen wirtschaftlich kräftigen deutschen Siedelungsstellen durchsetzt war. In ihrer Gesamtziffer wurden die „buchenländischen Deutschen" noch kurz vor ihrer Eingliederung in das Gefüge des neuen rumänischen Staatswesens auf etwa 80 000 und unter Hinzurechnung der Deutschen jüdischen Glaubens sogar auf 168 000 Seelen geschätzt (unter insgesamt 800 000 Landeseinwohnern). Der Erkenntnis, daß diesen Resten des Deutschtums im fernen Osten ein starker, geistiger Rückhalt gegeben werden müßte und damit auch die Möglichkeit, den Nichtdeutschen, Rumänen und Ruthenen die Kulturschätze einer großen Nation zu übermitteln, verdankte auch die im Herbst 1875 ins Leben gerufene Universität mit ihrer deutschen Unterrichtssprache ihre Entstehung.

Indem die rumänische Regierung alsbald nach der Uebernahme des Imperiums diese deutsche Hochschule in eine solche mit rumänischer Ge-

Digitized by Google

schäfts- und Unterrichtssprache umwandelte, hat sie naturgemäß das Deutschtum des Buchenlandes des wertvollsten Mittels beraubt, mit Hilfe dessen es in der Lage gewesen wäre, den geistigen Aufgaben des Gesamtdeutschtums im Osten gerecht zu werden. Der Verlust dieser hohen Bildungsstätte wird aber, wenn wir den Nachrichten aus Großrumänien glauben dürfen, den Deutschen der Bukowina nicht Anlaß geben, die Waffen zu strecken, — das um so weniger, als unverkennbar ist, daß bei der neuen staatlichen Gruppierung sich das Schwergewicht des deutschen Einflusses mehr und mehr nach Siebenbürgen verschoben hat, und die Hoffnung auf Ersetzung der Czernowitzer deutschen Hochschule durch eine solche in Hermannstadt keineswegs außer dem Bereiche der Möglichkeiten liegt. — Daß in dieser Richtung die in der Hauptstadt der Bukowina zwischen deutschen und rumänischen Gelehrten seit über vier Jahrzehnten angebahnten Beziehungen nur von Vorteil sein können, liegt auf der Hand. — In politischer Hinsicht steht im übrigen das deutsche Czernowitz im Mittelpunkt des politischen Interesses, da gerade jetzt aus Anlaß der Tagung der Deutschen Großrumäniens in der Hauptstadt des Buchenlandes von etwa 100 Vertretern aller Siedelungsgebiete die Schaffung einer einheitlich-deutschen Volksorganisation beschlossen und auf Grund eines Referates des Banater Abgeordneten Dr. Muth die unverzügliche gesetzliche Festlegung der Minderheitsrechte für alle Bürger nichtrumänischer Zunge gefordert wurde. —

Die Schicksale unserer Auslanddeutschen sind dunkel und ungewiß. Sie werden, welchem fremden Staatswesen sie auch immer angehören mögen, lange und schwer um die Behauptung ihrer völkischen und kulturellen Eigenart zu ringen haben; so sicher auch in Großrumänien. Gerade im Dakoromanischen Staate liegen aber die Verhältnisse — abgesehen von den im Vorstehenden geschilderten Momenten — um deswillen nicht allzu ungünstig, weil die Bukarester Regierung früher oder später doch an die Einlösung ihres bereits im Jahre 1918 in Karlsburg gegebenen Versprechens wird schreiten müssen, demzufolge sie den Angehörigen jedes in Rumänien seßhaften Volkes das Recht in Aussicht stellte, sich von Angehörigen ihres Stammes unterrichten, richten und verwalten zu lassen. Zweifellos ist die politische Lage in Großrumänien — auch soweit die staatliche Stellung der Minoritäten in Frage kommt —, noch ungeklärt, sie entbehrt der festen Rechtsgrundlagen. Die Stimmen derjenigen maßgebenden Politiker, die Deutsche und Madjaren nicht mehr als „străini", d. h. als Fremde betrachtet wissen wollen, sondern als gleichwertige Bürger, wie die Angehörigen ihres eigentlichen rumänischen „Staatsvolkes", mehren sich jedoch von Tag zu Tag. Schließlich wird man den Gedankengängen von Männern, wie denen des Senators Bogdan-Duica, des Historikers Nicolaus Jorga und des siebenbürgischen Ministers Dr. Peter Groza, die alle der Auffassung huldigen, daß

Digitized by Google

die Minoritätenfrage gerecht gelöst werden müsse, wenigstens insoweit folgen müssen, als man mit dem bisherigen System der reinen Versprechungen endgültig bricht. Das Entscheidende im Kampf um ihr nationales Dasein wird freilich auch hier von den völkischen Minderheiten und nicht zuletzt von seiten der Deutschen in Großrumänien geleistet werden müssen.

Schwarz-Rot-Gold

Von Axel Schmidt

Eine Antwort an Herrn Geheimrat Prof. H. Delbrück

Sehr geehrter Herr Professor!

Gestatten Sie mir, auf Ihren Artikel „Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-Weiß-Rot" mit einigen Worten zurückzukommen, weil, wie mir scheint, die Frage auch ein wenig anders beleuchtet werden kann.

Um es gleich vorwegzunehmen: ich war kein Freund des Flaggenwechsels von Weimar, weil wir meiner Ansicht nach wichtigere Dinge zu tun hatten und haben, als einen Streitfall um Symbole zu schaffen, der bis weit in die unpolitischen Kreise unseres Volkes tiefe Erregung hineinbringen mußte. Freilich, daß es soweit kommen würde, daß die Burschenschaften für Schwarz-Weiß-Rot eintreten würden, obgleich sie bis auf den heutigen Tag in ihrem Bundeslied singen:

Das Band ist zerschnitten
War schwarz, rot und gold
Und Gott hat es gelitten,
Wer weiß was er gewollt.

— das war auch für mich eine Ueberraschung, obgleich ich wußte, daß Jugend und Gefühlspolitik zusammengehören.

Der Protest der großen deutschen Reedereien gegen den Flaggenwechsel ist natürlich viel bedeutsamer. Aber auch hier darf nicht übersehen werden, daß 1871 von Bremen und Hamburg dieselben beweglichen Klagen erhoben wurden. Damals erklärten sie es als einen schweren Fehler, das große Kapital an Vertrauen, das sich die alten Hansafarben „Rot-Weiß" erworben hätten, achtlos beiseite zu schieben und die von niemand gekannte schwarz-weiß-rote Flagge einzuführen. Damals hat sich dieser Protest der Hansastädte als falsch erwiesen.

Für mich fallen zwei politische Gründe schwer ins Gewicht, um den Vorschlag, Rückkehr zur schwarz-weiß-roten Fahne, abzulehnen. Seit dem Kapp-Putsch ist nämlich die schwarz-weiß-rote Fahne, darüber soll man sich nicht täuschen, einfach zur Farbe der monarchischen Reaktion geworden. Wer, wie ich, in den Kapptagen beruflich gezwungen war, täglich den Mißbrauch dieser ruhmbedeckten Farben auf den Straßen mitanzusehen, der hat erkannt, daß eine Rückkehr zu ihnen ausgeschlossen ist. Wer damals

Digitized by Google

ansehen mußte, wie eine toll gewordene Soldateska nebst Studenten und Schülern (!) auf Automobilen durch die Straßen raste und unter Schwenken von schwarz-weiß-roten Fahnen auf die Kanaille Volk zu schießen drohte, wenn es nicht den Befehlen dieser Herren sich bedingungslos fügen wollte; wer damals gesehen hat, wie diese Retter des Vaterlandes nach den kleinsten schwarz-rot-goldenen Stückchen Papier Jagd machten, dem wurde es sofort klar, daß Kapp und Konsorten jede Möglichkeit, den Weg zur alten Flagge zurückzufinden, versperrt haben. Durch dieses wahnsinnige Treiben der Kappisten würde heutzutage das gesamte Ausland der Meinung sein, daß eine Rückkehr zu Schwarz-Weiß-Rot zum mindesten eine Absage an Republik und Demokratie bedeute. Diese außenpolitische Seite der Flaggenfrage scheint mir aber viel wichtiger zu sein, als die Proteste der Auslanddeutschen, trotz ihrer Drohungen, gegen die eigenen Gesandtschaften Krieg führen zu wollen, wenn sie Schwarz-Rot-Gold flaggen sollten. Im übrigen dürfte auch in den ersten Jahren des Krieges vom Flaggenhissen und -schwenken vom deutschen Volke so reichlich Gebrauch gemacht worden sein, daß es nicht allzu tragisch wäre, wenn jetzt einige Jahre, bis die Gemüter sich beruhigt haben, keine Flaggen zum Fenster hinauswehen werden. Allzuviel Anlaß zur Freude werden wir ja nach Versailles, London und Genf sowieso nicht haben.

Nun gilt es aber noch einem Einwand zu begegnen. Schwarz-rot-gold sei, so heißt es, bei niemand recht populär. Die Linke stehe zu Rot, die Rechte zu Schwarz-Weiß-Rot. Ich will hier nun im Vorübergehen darauf hinweisen, daß in Württemberg und Baden z. B. die Farben Schwarz-Rot-Gold während der ganzen Kaiserzeit im Volksbewußtsein lebendig geblieben waren. Ich lege mehr Gewicht auf ein Ereignis auf dem Görlitzer Parteitage der Mehrheitssozialisten. Dort hat niemand geringeres als der Reichstagspräsident Löbe die Partei aufgefordert, unter dem schwarz-rot-goldenen Banner der Republik und der Demokratie sich zu sammeln und zu kämpfen. Mit diesem seinen Vorschlag fand Löbe allseitige Zustimmung. Dieses Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold ist mir nicht ganz unerwartet gekommen, denn seitdem die Kommunisten in Deutschland und die Bolschewisten in Rußland nicht nur ihre Parteiblätter „Rote Fahne" nennen, sondern auch überall die roten Fahnen mit dem Sowjetstern verschönen, hat die rote Farbe etwas von ihrer Beliebtheit bei der Mehrheitssozialdemokratie verloren. Sie ist eben nicht mehr Parteifabre der Sozialdemokratie allein, sondern sie muß mit den nur zu oft bekämpften Kommunisten und Bolschewisten geteilt werden. Es war denn auch wohl kein Zufall, daß bei der Enthüllung der Gedächtnistafel für die gefallenen Beamten und Arbeiter im Rathaus von Berlin-Friedenau die Arbeiterdeputation einen Kranz mit schwarz-rot-goldener Schleife niederlegte, während die Beamtenschaft Blau-Weiß, die Farben Friedenaus, gewählt hatte. Sie taten es, weil die Beamtenschaft in der Frage Schwarz-Rot-Gold oder Schwarz-

Digitized by Google

Weiß-Rot sich nicht hatte einigen können. Als ich neulich diese beiden Kränze dort liegen sah, kam mir der Gedanke, daß die monarchisch gesinnten Kreise, die wie Sie es, Herr Geheimrat, erkannt haben, daß es nötig sei, um Deutschland vor neuen Erschütterungen zu bewahren, die republikanische Staatsform anzunehmen, jetzt den Kreisen der Mehrheitssozialdemokratie, die für Schwarz-Rot-Gold eintreten, entgegenkommen sollten. Mir scheint dagegen der von Ihnen gemachte Vorschlag, Rückkehr zu den alten Farben, nicht ausführbar zu sein. Er würde nämlich nicht den begangenen Fehler von Weimar gutmachen, sondern den Fehler wiederholen. Denn inzwischen ist Schwarz-Weiß-Rot zur Parteifahne mißbraucht worden. Männer wie Erhardt, Bauer und Genossen betreiben ihre Verschwörerpolitik, die sich bekanntlich nicht nur gegen die deutsche Republik, sondern, wie in der Burgenlandfrage offenbar geworden, auch gegen das deutsche Volkstum richtet unter der Parole Schwarz-Weiß-Rot. Es dürfte daher auch hier dabei bleiben, daß Mantel und Herzog zusammen gefallen sind.

Die Unmöglichkeit der Rückkehr zu Schwarz-Weiß-Rot hat selbst der deutsch-nationale Abgeordnete Wulle anerkannt, indem er nach der Revolution der Regierung in der Deutschen Zeitung zurief, daß sie eine großzügige schwarz-rot-goldene auswärtige Politik betreiben müsse. Die Farben verpflichten, darin hat Wulle recht, zu großdeutscher Volkspolitik. In ihr könnten und müßten sich alle Patrioten von rechts und links zusammenfinden, statt sich um Farben zu streiten.

Nachwort von Prof. Delbrück:

Um die Flaggenfrage völlig klarzustellen, geben Sie vielleicht noch folgenden Sätzen Raum. Ich kann nicht zugeben, daß seit den Kapptagen schwarz-weiß-rot einfach die Fahne der monarchischen Reaktion geworden sei. Wer das Problem richtig sehen will, muß davon ausgehen, daß Millionen und Abermillionen Deutsche, die durchaus einsehen, daß die Republik die einzige Form ist, in der Deutschland jetzt leben kann, sich doch von dem ruhmreichen schwarz-weiß-rot nicht trennen wollen. Auch Ihnen wird nicht unbekannt sein, daß das bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten hinein reicht. Man konnte der Reaktion keinen größeren Dienst erweisen, als daß man ihr dieses Symbol überließ, und kann sie mit nichts schwerer treffen, als wenn man es ihr wieder entreißt. Auch das Ausland würde es sehr bald begreifen, daß diese Wendung nicht zur Reaktion hin, sondern von der Reaktion wegführt, indem man ihr eine ihrer wirksamsten Waffen entwindet. Der Beschluß des Görlitzer Parteitages kann niemals herausführen aus der Sackgasse, in die die Verfassung sich verlaufen hat, da durch ihn ja nun schwarz-rot-gold zwar eine verbreiterte Anhängerschaft gewonnen hat, aber erst recht zur Parteifahne geworden, man kann sagen, degradiert worden ist. Richtig ist, daß zurzeit eine praktische Aussicht auf Lösung des Problems nicht besteht. Das darf uns aber nicht abhalten, der Zukunft vorzuarbeiten und immer von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, daß zur Gesundung unseres Volkes auch das Wiedergewinnen eines einheitlichen, allgemein anerkannten Symbols gehört, und daß das nur schwarz-weiß-rot sein kann. Der Beschluß des Görlitzer Parteitages war auch vom sozialdemokratischen Parteistandpunkt aus zwar erklärlich, aber sicherlich ein Fehler.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 19. November 1921 * Heft 47

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

„Der nächste Weltkrieg", unter diesem Titel hat der englische Publizist Lovat Fraser, der als Autorität in Pazificfragen gilt, kürzlich einen Aufsatz veröffentlicht. Er zitiert dabei den Ausspruch eines Amerikaners, der an ein englisches Blatt: „.. „Wir (Amerika) steuern geradewegs auf einen Krieg mit Japan los. Es besteht offenbar die sehr klare Möglichkeit, daß die Washingtoner Konferenz zu einem Kriege mit Japan führen wird."

L. Fraser stimmt diesen Ausführungen zu, wobei er seine Ansicht in den Satz zusammenfaßt: „Wenn die Konferenz scheitert, scheint ein Krieg unvermeidlich." Ueberraschenderweise gibt er Japan bei einer kriegerischen Auseinandersetzung viel mehr Chancen: „Japan ist heute in der Lage, die amerikanische Flagge aus den ostasiatischen Meeren wegzufegen und sich wirtschaftlich zum Herrn Chinas zu machen. Das ist die wahre Situation, die aber die meisten Amerikaner immer noch nicht begreifen. Die öffentliche Meinung Amerikas schlägt statt dessen seelenruhig vor, Japan aufzufordern, abzurüsten. Lehnt Japan dies aber ab, so muß sich ihm unfehlbar die Alternative eines Krieges aufdrängen, weil es nie eine bessere Aussicht haben wird als heute."

Englands Position wäre bei solch einem Konflikt sehr schwierig, weil Amerika sich nicht mit der Neutralität Englands begnügen würde. Es wird erklären: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Es versteht nicht, daß wir für einen neuen Krieg keinen Pfennig übrighaben und daß der bloße Gedanke eines Krieges um den Pazific den britischen Steuerzahler mit Schrecken erfüllen werde."

*

Hardings Rede zur Eröffnung der Washingtoner Konferenz ist, soweit sie im Telegramm vorliegt, herzlich farblos. Nur ein Gedanke hebt sich vom matten Redehintergrund ab. Amerika soll allein das Recht

Digitized by Google

erhalten, die geplanten sechs Panzerkreuzer zu bauen, während alle andern Staaten auf dem status quo ante stehenbleiben sollen. Es ist schwer anzunehmen, daß Japan, gegen das natürlich diese Angriffswaffe geschmiedet wird, sich die Hände binden lassen wird, während sich der Gegner freien Spielraum ausbedingt.

*

Wenn auch Tschitscherins Angebot der Anerkennung der russischen Vorkriegsschulden von Frankreichs Oeffentlichkeit recht skeptisch aufgenommen wird, so dürfte doch die Meldung der „Action française" richtig sein, daß die Korrespondentin des „Petit Parisien" Lucie Weiß den Auftrag erhalten hätte, mit Lenin in Verhandlungen zu treten. Die Vermittlung zwischen ihr und Lenin soll der tschechische Gesandte in Moskau übernommen haben.

*

Das Verlangen der Industrie, die Eisenbahnen zu entstaatlichen und Privatgesellschaften zu übergeben, wird nicht nur von den Eisenbahnern und allen Gewerkschaften abgelehnt, sondern auch von den Regierungsparteien. Am bedeutsamsten ist es aber, daß selbst die bayerische Volkspartei, die bekanntlich zu Wirth in scharfer Opposition steht, in ihrer Partei-Korrespondenz erklärt, „dieser Schritt der Industriellen sei nachdrücklichst abzulehnen". Unter solchen Umständen kann man diesen Plan als gescheitert ansehen und die Frage der Erfassung der Sach- oder Goldwerte rückt wieder mehr in den Vordergrund der Diskussion.

*

Die Reparationskommission ist in Berlin eingetroffen um hier an Ort und Stelle die deutsche Zahlungsfähigkeit festzustellen. Wie gewöhnlich sind anfänglich England und Frankreich verschiedener Ansicht. Die französische Presse erhebt gegen Deutschland die Anklage, daß es böswillig Bankrott machen wolle, während die englische Oeffentlichkeit für ein Moratorium eintritt; bisher sind derartige Meinungsverschiedenheiten stets zugunsten Frankreichs beendet worden oder, richtiger gesagt, auf Kosten Deutschlands; auch heute ist daher kein Grund zum Optimismus vorhanden.

Eitel Heuchelei ist es natürlich, wenn die französische Presse überaus erstaunt über das rapide Fallen der Mark tut, weil der schwedische Nationalökonom Cassel auf der Brüsseler Finanzkommission schon den bevorstehenden Zusammenbruch der deutschen Valuta vorher gesagt hat. Es dürfte daher auch Frankreichs diplomatische Kunst es nicht fertig bringen, zu gleicher Zeit von der deutschen Kuh Butter und Fleisch zu gewinnen.

Digitized by Google

Angora

Von Dr. Edgar Stern-Rubarth

Seit über zwei Jahren ist der Name einer Stadt europäisches Gemeingut geworden, von der man vordem nicht mehr wußte, als daß dort besonders langhaarige Ziegen, Katzen und Kaninchen gezüchtet wurden. Der geographisch gründlicher Gebildete wußte vielleicht auch noch, daß diese Stadt im Anatolischen Hochland liegt, Endpunkt einer Seitenlinie der anatolischen und Bagdad-Bahnstrecke ist, die von Eskischehir ausgeht — daß sie 30—40 000 Einwohner hat und im Altertum eine gewisse Rolle spielte. Und die ganz Sachkundigen wußten, daß hier der Sitz einer alten keltischen Siedlung, die Hauptstadt eines in grauer Vorzeit von Mitteldeutschland her dorthin gewanderten Stammes der Tektosagen war — die ihren späteren griechischen Namen Ankyre, gleich Anker, bewahrt hat —, daß die Grenze des alten Mederreiches an ihr vorüberführte und daß sie zwischen den beiden großen Zuflüssen des Schwarzen Meeres, dem Sakaria und dem Kisil Irmak belegen ist. Zur Weltbedeutung ist dieses alte Städtchen aber erst in Verbindung mit dem Namen eines jugendlichen türkischen Heerführers gelangt, der es gewagt hat, im Gegensatz zu den unterlegenen Großmächten den Machthabern von Versailles Trotz zu bieten: Mustapha Kemal Pascha.

Trotzdem schon unendlich viel über ihn und seine Bestrebungen, seine Bündnisse und seine Kriegstaten seit zwei Jahren geschrieben worden ist, scheint er immer noch bis zu einem gewissen Grade mysteriöse Person sein zu wollen. Deutschenfreund oder Franzosenfreund? Politiker oder Condottiere? Ehrgeiziger Napoleonide oder treuer Diener seines Herrn, des Kalifen, des Sultans? Bolschewist, Autokrat oder Demokrat? Und, letzten Endes, Willen oder Werkzeug? So viel Fragen, so viel Antworten gehen durch die Presse der ganzen westlichen Welt. Und sie sind wahrscheinlich alle ebenso richtig, wie verkehrt. Marschall Liman von Sanders, unter dessen Befehl Mustapha Kemal in Palästina gefochten, der ihn zum General mit noch nicht ganz vierzig Jahren gemacht hat, der es also wissen sollte, erklärt ihn für eine durchaus sympathische Persönlichkeit, groß, schlank, blond, liebenswürdig und bescheiden in seinem Auftreten, klar und fest in seinem Wollen, bezeichnet ihn als einen unabhängigen Mann von glühendem türkischen Patriotismus, der keineswegs Deutschenfeind sei, der von Enver schlecht behandelt war und vielleicht gegen diesen, sicher aber nicht gegen den Sultan vorgehen wolle, als einen aus der Not der Stunde geborenen Nationalhelden von entsprechendem Format. Ein Berichterstatter des Amsterdamer Allgemeen Handelsblad will hingegen von einem der Vertrauensmänner Kemals Andeutungen empfangen haben, wonach der Be-

Digitized by Google

freier Anatoliens selbst auf die Sultanswürde spekuliere. Er sei kein Deutschenfreund, sondern Bewunderer der französischen Militärschule und noch mit anderen, „wenn auch nicht gesetzlichen Banden" an Frankreich geknüpft. (Hier wird wohl auf ein Liebesabenteuer angespielt.) Er habe im Kriege eine scharfe Kritik an deutschen Feldzugsplänen geübt, eine Kritik, die Enver bis zum Waffenstillstand in später bekanntgewordenen Geheimakten habe verschwinden lassen. Türkische Gewährsleute erzählen von ihm, daß er eine ungeheure Arbeitskraft besitze, oft von fünf Uhr früh bis in die Nacht arbeite und von einem Erfindungsgeist sei, der allen Schwierigkeiten die Spitze zu bieten wisse. Die Tatsache, daß er in einem von zwanzigjährigen Kriegen ausgesogenen Lande noch gesetzgeberische Reformen, einen richtigen Parlamentarismus und soziale, wie technische Verbesserungen durchzuführen wußte (Angora soll jetzt Telephon, elektrische Straßenbahn, Straßenbeleuchtung und allerhand andere hauptstädtische Errungenschaften, wenn auch vielleicht ein bißchen âlla turka besitzen) zeugen zweifellos dafür. Ueber den wichtigsten Punkt seines Charakterbildes, über sein Verhältnis zu den Bolschewisten, ist freilich wenig Schlüssiges bekannt geworden. Wohl wird behauptet, daß die Sowjetkommissare in ganz „Kemalistan" — so nennt man mancherseits bereits den Machtbereich Kemals — einen gewissen Einfluß in allen Angelegenheiten ausüben. Aber wer die Grundlagen des türkischen Nationalismus, der türkischen Psyche überhaupt kennt, der setzt berechtigte Zweifel in die Bedeutung dieses Einflusses. Der National-Türke, und mit solchen hat Kemal nach Abtrennung der arabischen Gebietsteile fast ausschließlich zu rechnen, bevorzugt im Grunde nicht ein einziges Fremdvolk. Weder die Teilnahme am Kriege auf deutscher Seite noch die traditionelle Freundschaft mit den Franzosen, die man von Paris aus immer wieder ins Gefecht führt, noch auch das Bündnis mit Moskau bedeuten etwas anderes als die jeweilige Benutzung einer Konjunktur, die den türkischen Nationalinteressen förderlich erscheint. Der theokratische Gedanke, auf dem das alte und erst recht das von Fremdvölkern gereinigte neue Türkenreich beruht, die von Allah eingesetzte, durch das Schwert des Propheten in der Grabmoschee von Eyub und die grüne Fahne symbolisierte Autorität des Kalifen ist und bleibt höchste Instanz — wenn auch die Kalifenwürde selbst nach dem Koran auf jeden beliebigen übergehen kann, also z. B. auch auf Kemal Pascha. Und das Gesetz wird schließlich und endlich ebensowenig von einem Parlament in Angora gemacht, das Kemal in weiser Selbstbeschränkung neben seine militärische Autorität gesetzt hat, wie von den Richtern zu Stambul; es kann sich höchstens in Auslegungen der Koranweisheit ergehen, sie aber nicht bestreiten. Der Koran aber ist trotz mancher Züge, die uns vom westlichen Standpunkt aus sozialistisch anmuten (so gibt es in islamischen Ländern keinen Geburts- sondern nur einen Amtsadel) ein von den Gedanken-

Digitized by Google

gängen des Sowjets so weltweit verschiedener Kodex, daß ein ernstliches Eindringen bolschewistischer Theorien in das türkische Volk ganz ausgeschlossen erscheint. Daß seine erfolgreichen und geschickten Politiker die rein materielle Hilfe Moskaus in Gestalt von Armeekorps, Kanonen, Munition und Geld benutzen, ist angesichts des bewunderungswürdigen Daseinskampfes, den hier ein kleines Volk gegen die vereinigten Großmächte und ihr von keinem Krieg erschöpftes Vorspannpferd, die Griechen, führt, nackte Selbstverständlichkeit. Es ergibt sich also, daß Kemal weder Deutschen- noch Franzosen- noch Russenfreund ist, daß er zwar in scheinbarer Auflehnung gegen die Autorität der Pforte seinen Krieg gegen die Westmächte auf eigene Faust führt (daß der Großwesir Ferid Pascha seinen Kampf einen Bandenkrieg genannt hat, hat ihm, bezeichnend genug, sein Ministerium gekostet!), daß er aber praktisch die ganze Türkei und heute wahrscheinlich auch breite Teile der zu neuer Selbständigkeit gelangten übrigen Islamvölker hinter sich hat. Und daß sein Ehrgeiz mit dem Gedanken an eine äußere Rangerhöhung nach glücklicher Beendigung seines Heldenkampfes, etwa gar der Würde des Kalifen spielt, ist zum mindesten eine gewagte Kombination.

Seine militärischen Erfolge dankt er, neben dem geschlossenen Willen zur Selbstbehauptung, den er dem sonst so fatalistischen Türkenvolke einzuflößen, neben der Organisationsabgabe, die aus dem scheinbaren Nichts immer neue Armeen zu stampfen wußte, dem großpolitischen Intrigenspiel der Westmächte. Kompetenzstreitigkeiten innerhalb der französischen, englischen und italienischen Kommissionen und Besatzungen in Konstantinopel, Schachzüge auf dem syrisch-palästinensisch-mesopotamischen politischen Schauplatz, Aufstände in Indien und Aegypten, Bedrohungen der berüchtigten Nordwestgrenze Indiens durch Bolschewisten oder Eingeborene, Petroleumhändel zwischen Frankreich, England und sogar Amerika, Regierungswechsel in den Kaukasusstaaten und Umwälzung in Griechenland — alles hat er gleichermaßen zu benutzen gewußt. Und immer, wenn seine Erschöpfung nahe schien, kam irgendein neuer Glückszufall zu Hilfe, der ihm Frist gewann, seine Kräfte zu sammeln. Rein strategisch haben ihm die Griechen oft genug Gelegenheit zur Betätigung seines Könnens gegeben. Nicht weniger als fünfmal hintereinander sind sie auf dieselbe einfache strategische Idee hereingefallen, die Napoleon sein Moskau und seine Beresina bereitete: sie künden eine große Offensive an, Kemal zieht seine Vorposten zurück und läßt die Griechen so weit vordringen, bis der Zusammenhang mit ihrer Basis genügend gelockert erscheint — bei dem unwegsamen, von hohen Bergen, tiefen Wasserläufen durchzogenen, kaum von Fahrstraßen oder Bahnen erschlossenen Lande gar bald erreicht! — schneidet ihnen dann die Zufuhren ab und liefert ihnen an der ihm besonders günstig erscheinenden Stelle eine Schlacht. Darauf erfolgt hastiger Rückzug, der Kemal

Digitized by Google

Gelegenheit zur Verbesserung seiner Verpflegungs-, Munitions-, Geschütz- und Materialbestände gibt, ein paar für die Zurückflutenden gewöhnlich katastrophale Nachhutsgefechte, und die Türken sind von neuem Herren im eigenen Lande, mit Ausnahme der schmalen Operationsbasis um Smyrna, von der aus das gleiche Manöver ein paar Monate später abermals beginnt — mit gleichem Erfolg! Der fünfte und jüngste Versuch hat die Analogie mit Napoleons Zug nach Moskau auch rein äußerlich am deutlichsten gezeigt. Diesmal hat Kemal den Feind tatsächlich bis an die Tore (die griechischen Siegesmeldungen behaupteten: bis ins Innere) seiner Hauptstadt kommen lassen, ihnen dann die Verbindungslinien zerstört und, als sie eilends zurückwichen, in den Fluten des Sakaria, die von den Perserkriegen bis zu den Zügen des Asieneroberers Tamerlan schon so viel Blut getrunken haben, ihre Beresina bereitet. Heute steht er stärker da als je — nicht nur als Befreier der anatolischen Türkei, moralisch als Beschützer des Sultans und des Kalifats, sondern auch als das Zentrum einer panislamitischen Bewegung, gegen deren Bekämpfung die englische Politik bereits eine Art von Anerkennung eingetauscht hat. Auflösung des englisch-persischen Vertrages, durch den Sir Percy Cox 1919 das Reich des Schahs praktisch zu einem englischen Vasallenstaat zu machen gedachte, Homerulepläne für Indien, völlige Selbständigkeit Afghanistans, das zum erstenmal seine eigenen diplomatischen Vertretungen nach Moskau und Westeuropa senden konnte und in offenem Bündnis mit Moskau und Angora steht, hochbedeutsame Konzessionen an Zaghluls ägyptische Autonomiebewegung und eine Art von Desinteressement gegenüber der Verwirklichung des Vertrages von Sèvres sind die Hauptphasen dieser Wandlung in Downing Street. Frankreich ist schon vorher dem Beispiele Italiens gefolgt und hat seine Truppen bis auf bedeutungslose Demonstrationsposten an der ziliziſchen Grenze zurückgezogen, in den jüngsten Tagen überdies durch den Abschluß eines Sondervertrages mit Angora, der fast auf eine türkisch-französische Entente hinausläuft, Mustapha Kemal als Vertragsgegner anerkannt und das Schriftstück von Sèvres in einen „Fetzen Papier" verwandelt. Somit läuft letzten Endes die Politik der Weltmachthaber von Versailles in der türkischen Frage auf nichts anderes hinaus, als auf ein „Kopf- oder Adler"-Spiel, bei dem die Münze, die in die Luft geworfen wird, das königliche Griechenland ist.

Ob sich Kemal Pascha, wenn er seine sehr klar formulierten und von seinem tüchtigen Gesandten Bekir Sami Bey in Paris und London vertretenen Forderungen durchgesetzt haben wird, von den Bolschewisten im Sinne ihrer eigenen Pläne zu dauernder Bedrohung Englands in Indien gebrauchen lassen wird, scheint uns mehr als zweifelhaft; der dahingehende Eindruck ist ein post hoc dum propter hoc = Trugschluß, der sich mit der keineswegs auf Gewinnung neuer, nationalfremder Gebiete gerichteten

Digitized by Google

Politik Kemals und der Männer um ihn nicht verträgt. Seine Anfang Oktober (übrigens durch ein sehr modernes, eigenes Pressebüro) bekanntgegebenen Friedensbedingungen lauten:

1. Vollkommene Unabhängigkeit der Türkei,
2. Rückgabe alles türkischen Gebietes,
3. Aufhebung des türkischen Friedensvertrages mit den Alliierten.

Das heißt also, er fordert Freigabe Thraziens, Konstantinopels und der Meerengen (bezüglich einer Internationalisierung der letzteren würde er mit sich reden lassen) Räumung des anatolischen Gebiets einschließlich der Griechenland zuerkannten Vilajets Smyrna und Aidin, vielleicht unter Gewährung eines Freihafens und ähnlicher Konzessionen für Griechenland, und Verzicht der Entente auf die Schaffung eines armenischen und eines kurdischen Freistaats. Schien er auch praktisch, durch die Gewalt der Waffen, die noch immer allein die Rechtsbeziehungen der Völker wirklich entscheidet, das Maß dieser Forderungen wiederholt schon beinahe erreicht zu haben, so ist bis zu ihrer Anerkennung durch die Großmächte doch noch ein weiter Schritt. Und es wird nicht zuletzt von dem Verhältnis Moskaus zu den Westmächten abhängen, ob der große Führer eines kleinen Volkes sie endgültig durchzusetzen vermag. Einstweilen ist ihm durch den Vertrag mit den Sowjets vom 16. März 1921 jede nur denkbare Unterstützung ohne erhebliche Gegenleistungen zugesichert, und wenn die Verhandlungen, die offenbar inoffiziell nach der zwischenzeitlichen Ratifikation des französisch-türkischen Abkommens durch Briands Vermittelung zur Zeit angebahnt werden — es sind sowohl die Vertreter Angoras, wie die beiden griechischen Minister Gunaris und Baltazzi in diesen Tagen von ihm empfangen worden — nicht zu einer Lösung führen, so wird Angora und der Schöpfer seiner modernen geschichtlichen Bedeutung noch lange von sich reden machen. Heute eine Prognose zu stellen, ob wirklich die Türkei nach dem Bilde, das Kemals Forderungn von ihr umreißen, dereinst aus den Kämpfen hervorgeht, die um ihr Schicksal auf blutgetränkten Feldern Anatoliens, mehr aber noch auf dem schlüpfrigen Feld der politischen Intrigue ausgefochten wurden und werden, scheint trotz des jüngsten gewaltigen diplomatischen Erfolges, der auch in Italien Billigung und nur in London heftige Gegner findet, mehr als gewagt. Unsere Wünsche sind bei den Türken — sei es auch nur, weil sie ein Beispiel für die Macht gegeben haben, die der Selbstbesinnung und den Lebenswillen auch des kleinsten Volkes gegenüber Mächtigen innewohnt!

Digitized by Google

Die polnisch-russische Spannung

Von Ernst Riemann

In der Presse wird neuerdings von der polnisch-russischen Spannung geschrieben und hierdurch der Anschein erweckt, als ob es sich um eine akute und nicht um eine dauernde Angelegenheit handeln würde. Tatsächlich ist der Gegensatz zwischen Polen und Rußland trotz des formalen Friedenszustandes ununterbrochen wirksam, und das Verhältnis zwischen diesen beiden Staaten kann nicht anders denn als ein dauernder Kriegszustand bezeichnet werden. Gerade der Abschluß des Rigaschen Friedensvertrages hat die Feindschaft zwischen Rußland und Polen noch vertieft. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, „zwischen Rußland und Polen" und nicht etwa zwischen der Sowjetrepublik Rußland und der bürgerlichen Republik Polen, denn im polnisch-russischen Streite überwiegt der nationale Gegensatz bei weitem die soziale Feindschaft. Der russisch-polnische Haß ist Jahrhunderte alt, und die geradezu leichtfertige Art, wie Polen im Frieden von Riga von den Russen den Verzicht auf weite, unbedingt nicht polnische Gebiete erpreßte, hat diesen Haß bis in die weitesten Schichten des russischen Volkes getragen und ihn zu einem Bestandteil der russischen Psyche verewigt, so daß er ohne Rücksicht auf die in Rußland herrschende Staatsordnung noch viele Jahre hindurch das Verhältnis zwischen Russen und Polen bestimmen wird.

Als Joffe den Friedensvertrag in Riga unterzeichnete, hat er nach Berichten von Augenzeugen höhnisch gelächelt. In diesem zur Schau getragenen Hohn war ausgedrückt, daß der Abschluß des formalen Friedens mit Polen nur ein Schritt der politischen Taktik Sowjetrußlands sei, da man annehmen könne, Polen werde in kürzester Zeit durch die innere Zersetzung derart geschwächt sein, daß es leicht wieder Gegenstand des bolschewistischen Einmarsches werden kann. Diese Annahme Joffes hat sich bis heute nicht bewahrheitet, und Sowjetrußland sieht sich in die Lage versetzt, Verpflichtungen, die es im Rigaer Vertrage eingegangen ist, und von denen es annahm, daß sie niemals erfüllt werden sollen, zu realisieren. Abgesehen von den territorialen Konzessionen, die Rußland Polen gemacht hat, und die von der russischen öffentlichen Meinung nur als Provisorien betrachtet werden, hat Rußland auch die Leistung von Entschädigungen in Gold zugestanden. Nichts braucht aber Polen dringender als gerade Gold, und es beharrt darum unerbittlich auf seinem Schein. Gold besitzt jedoch die in furchtbarer Finanznot befindliche Sowjetregierung nicht, und darum schafft sie dauernd Zwischenfälle und Schwierigkeiten, um den Zahlungstermin der ersten Rate immer weiter hinauszuschieben, in der Hoffnung, daß sie infolge einer eintretenden Konflagration überhaupt nichts zahlen werde.

Digitized by Google

Sofort nach Abschluß des Rigaschen Friedensvertrages unternahmen Polen sowie Sowjetrußland alle möglichen Schritte, nicht etwa um den abgeschlossenen Frieden zu befestigen, sondern um den Bestand der gegnerischen Regierung zu untergraben. In Sowjetrußland organisierte man trotz der beschworenen Nichteinmengung in die inneren Verhältnisse des Vertragspartners von Riga eine polnisch-sowjettistische Regierung, gründete man polnische Abteilungen der roten Armee und bereitete man eine großzügige kommunistische Organisation in Polen vor. Auf polnischem Boden aber ließ man die verschiedenen antibolschewistischen Organisationen gewähren, und lieh ihnen, trotz offiziellster Dementis, weitestgehende Unterstützung. Außerdem befleißigte man sich, einander Liebenswürdigkeiten von der Art zu erweisen, daß die Polen z. B. der sowjettistischen Vertretung in Warschau kein Unterkommen verschaffte, und daß die Bolschewisten anläßlich einer Militärparade vor dem polnischen Vertreter in Moskau polnische Sowjetregimenter mit Fahnen „Hoch die polnische Sowjetrepublik" vorbeidefilieren ließen.

Außer den tatsächlichen Verstößen auf beiden Seiten gegen den Buchstaben des Rigaschen Friedensvertrages erfinden oder glauben beide Regierungen an verschiedene heimtückische Pläne der gegnerischen Staatsgewalt und machen einander hierüber in bald sanfteren, bald schärferen Noten Vorwürfe. So wirft Polen den Bolschewisten vor, daß sie die nationalukrainische Bewegung in Ostgalizien fördere, und Sowjetrußland wirft den Polen vor, daß es in Weißrußland Volkserhebungen unterstütze. Außer in Noten werden einander in Artikeln der offiziellen Presse die heimtückischsten Absichten und Pläne vorgeworfen. Radek schreibt in der „Prawda", daß die polnische Militärpartei eine selbständige antirussische Politik treibe und die Aufstände der antibolschewistischen Banden vorbereiten. Er macht hauptsächlich Pilsudski verantwortlich, dessen Bändigung er vom polnischen Außenminister verlangt. Die polnische Presse hinwiederum meldet täglich von neu ausgehobenen bolschewistischen Zentralen in Polen, die von Rußland mit Geld und Agitationsmaterial versehen werden. Sowjetrußland behauptet, daß Polen gemeinsam mit Rumänien auf Weisung Frankreichs zu einer neuen Intervention rüste, und der polnische Generalstab erklärt, daß die Bolschewisten ungeheure Streitkräfte an der polnisch-ukrainischen Grenze versammeln zum Zwecke eines plötzlichen Ueberfalls auf den polnischen Staat. Beiderseits ist die Nervosität auf das Höchste gestiegen und die Stimmung an der polnisch-russischen Grenze ist tatsächlich eine Vorkriegsstimmung.

Im Grunde genommen hat man jedoch auf beiden Seiten vor einem Kriege ausgesprochene Angst, weil die inneren Verhältnisse in beiden Staaten so zerfahren sind, daß von wirklich vorhandener Kriegslust nicht gesprochen werden kann. Das polnische Volk ist durch die wirtschaftliche Not

Digitized by Google

derart zermürbt, daß es für neue militärische Abenteuer nicht das geringste übrig hat. Und in Rußland hat die Regierung mit der inneren Not so viel zu schaffen, daß sie vorläufig auf alle offensiven Absichten verzichten muß. Sowohl Polen wie auch Rußland sind äußerst ruhebedürftig und werden sich nach menschlicher Voraussicht wenigstens in den nächsten Monaten entschieden hüten, es zu einem vollständigen Bruche und zum Kriege kommen zu lassen.

Hierbei ist zu bemerken, daß im Grunde genommen die polnische Außenpolitik in Moskau viel lieber die Sowjetherrschaft als irgend eine andere Regierungsform sieht. Auch Polens Protektor, Frankreich, würde im gegenwärtigen Augenblicke einen Krieg Polens gegen Sowjetrußland, der womöglich zu einem Sturze der Sowjetregierung führen könnte, in keiner Weise gutheißen, denn insolange Frankreich nicht die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die künftige russische Regierung sich unbedingt in seinem Schlepptau mit der Front gegen Deutschland befinden wird, ist auch für Paris der gegenwärtige Zustand der angenehmste. Sicher ist, daß weder Frankreich noch England momentan in der Lage sind, Polen in einem Kriege gegen Rußland ihre Unterstützung zu leihen. Mit eigenen Kräften können aber weder Polen noch Rußland ohne das schlimmste Risiko einen Krieg provozieren.

Die Verhältnisse können sich allerdings stärker erweisen als die Absichten und Pläne der Regierenden. Gesetzt den Fall, daß sich in Polen die inneren Schwierigkeiten in furchtbarem Maße vergrößern, oder daß die Sowjetregierung in eine noch verzweifeltere Lage gerät als die, in der sie sich schon befindet, dann ist es möglich, daß einer von diesen beiden Staaten in einer Kriegsunternehmung einen Ausweg suchen wird. Dazu kann es jedoch erst frühestens im nächsten Frühjahr kommen. Das Ende einer derartigen Verwicklung läßt sich kaum überblicken. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß es bei einem neuerlichen polnisch-russischen Zusammenstoße nicht einen Sieger und Besiegten, sondern zwei Besiegte geben wird.

Die neue Staatenbildung in Mittelamerika

Von Albert Bencke, München

Der Weltkrieg, die aus ihm hervorgehende Machtentfaltung der Vereinigten Staaten, insbesondere aber der Kriegsausgang, der diesen eine politische Weltstellung gebracht hat, die sie vorher nicht besaßen, hat eigentümliche Rückwirkungen auf Südamerika, mehr noch, durch ein unmittelbares Ergebnis in die Augen springend, auf Mittelamerika ausgeübt.

Digitized by Google

Den mittelamerikanischen Staaten sitzt der riesige nordische Nachbar — nur durch Mexiko getrennt und durch den Panamakanal an die Schwelle gerückt — unmittelbar am Leibe; sie sehen, wie sich dessen Kräfte in Mexiko, in Nicaragua und Panama imperialistisch auswirken. Die Gefahr, von diesem Imperialismus langsam verschlungen zu werden, droht ihnen am unmittelbarsten, und sie haben deshalb nun durch den Zusammenschluß von zuerst vier mittelamerikanischen Staaten dieser Gefahr vorgebeugt. Sie schlossen am 19. Januar dieses Jahres ein Bündnis, ähnlich wie einst die Schweizer Eidgenossen ein Bündnis gegen Habsburg schlossen und so den Grund der heutigen Schweiz legten. Es sind Honduras, San Salvador, Guatemala und Costa Rica, die jetzt die Union der Vereinigten Staaten von Mittelamerika bilden, und die den Anschluß Nicaraguas, eines notwendigen Gliedes in ihrer Kette, erwarten, ja fordern; denn die Notwendigkeit treibt zu diesem Anschluß, so daß man Zwang zu diesem Zwecke weder anwenden will noch anzuwenden braucht; man darf auf die Wirkung des natürlichen Schwergewichtes der Dinge rechnen.

Was da heute in Mittelamerika durch diesen Zusammenschluß der vier genannten Staaten zur Tat geworden ist, ist allerdings durch den Krieg, durch die Stellung, die er den Vereinigten Staaten gegeben hat, erst herbeigeführt worden, wäre ohne diese Umstände noch nicht zu Stande gekommen, aber die Vorbereitungen hierzu liegen doch schon Jahrzehnte zurück. Der Wille des Zusammenschlusses war hier schon seit langem lebendig, aber die Hindernisse, die ihm in Gestalt der inneren Streitigkeiten dieser kleinen Republiken bereitet wurden, bei denen der große nordische Nachbar fast stets seine Hand im Spiele hatte, waren mächtiger als der Wille und Wunsch der Verständigen. Das eitle Machtstreben der politischen Führer hielt die Staaten von einander gesondert, und stürzte sie in weniger blutige als jede gedeihliche Arbeit lähmende Kriege untereinander. Die ewigen Unruhen, die, wie gesagt, meist von außen geschürt wurden, hielten die Entwicklung dieser gesegnetsten Landstriche der Erde zurück, die sonst der Einwanderung einen vorzüglichen Boden bereitet hätten. Durch den Zusammenschluß ändert sich das, die inneren Reibungen werden aufhören, und Mittelamerika kann nun für die Welt werden, wozu es der Gunst seiner Natur nach berufen ist.

Mittelamerika, ein Ländergebiet, das fast fünf Siebentel des Flächeninhaltes des englischen Inselreiches umfaßt, ist ein von Natur aus zusammengehöriges Gebiet, und wurde auch, solange es noch spanische Kolonie war, unter dem Namen eines Generalkapitänates von Guatemala als einheitliche Provinz verwaltet. Als die Loslösung von Spanien stattfand, behielt die alte Einheit noch 15 Jahre lang ihre Gültigkeit, dann aber ließ sich die Herrschsucht einzelner Gruppen und Führer nicht mehr länger eindämmen, und die Auflösung in die heutigen Sonderrepubliken, die ein

Digitized by Google

Spielball in der Hand ehrgeiziger Streber wurden, ließ sich nicht länger aufhalten; im Jahre 1839 ging so die „Union der Vereinigten Staaten Mittelamerikas“ zu Ende. Aber der Gedanke der einstigen Zusammengehörigkeit blieb doch in den kommenden Jahrzehnten, trotz aller Streitigkeiten untereinander, die fast an Hahnenkämpfe erinnerten, immer lebendig; ja, wurde gerade dadurch eigentlich recht gefördert. Doch erst mit jener imperialistischen Politik der Vereinigten Staaten, die mit der Präsidentschaft Theodor Roosevelts einsetzte, begann den mittelamerikanischen Staaten die Gefahr des „imperialismo yanqui“, des Yankee-Imperialismus, klar zu werden. Damals hatten sich die Vereinigten Staaten mit England verständigt, hatten sich von den Schranken, die ihnen der sogenannte Clayton—Bulwer-Vertrag auferlegte, durch den neuen Hay—Pauncefote-Vertrag mit England befreit, sie hatten ihre Hand auf Cuba gelegt und suchten offenkundig nun auch in Mittelamerika die Dinge nach ihrem Sinne zu gestalten, d. h. die Länder unter ihr Protektorat zu stellen.. Seit 1907 wurde der Bau eines interozeanischen Kanales von den Vereinigten Staaten als eine Notwendigkeit empfunden, man schuf zu diesem Zwecke eine neue Republik, Panama, die völlig unter der Vormundschaft der Vereinigten Staaten stand, und schloß gleichzeitig mit Nicaragua Verträge ab, die auch dort den Bau eines Kanales vorsahen und das mit Schulden überlastete Land durch Geldgeben zu einem Vasallen Nordamerikas machte. Um diesen Mittelpunkt des mittelamerikanischen Gebietes noch fester in die Hand zu bekommen, nahm man die beständigen Unruhen dieses Landes, bei denen auch einige nordamerikanische Abenteurer getötet wurden, zum Anlaß, um das Land militärisch zu besetzen, und obwohl über diese Dinge längst Gras gewachsen ist, sitzen die nordamerikanischen Garnisonen heute noch fest in Nicaragua und lassen es sich wohl gehen. Der Plan des Nicaragua-Kanales ist nämlich durchaus nicht aufgegeben, denn wenn auch der Panamakanal heute in guter Ordnung ist, so weiß man doch nicht, was dort morgen kommen kann, und die politische Lage ist heute so, daß jede länger dauernde Verlegung der Durchfahrt katastrophale Folgen haben könnte. Der Bau des Nicaraguakanales wird also im Auge behalten; baut man aber den Kanal, so muß man hier denselben politischen Einfluß haben, wie man ihn in Panama ausübt, dieser Einfluß kann aber, infolge der eigentümlichen Gestaltung der Golfe, welche die Enden des Kanales bilden würden, nicht ohne Beeinträchtigung der Hoheitsrechte der benachbarten Republiken ausgeübt werden, und so war hier ein neuer und gewichtiger Grund gegeben, sich vor dem nordamerikanischen „imperialismo“ zu schützen. Hatte doch noch Wilson Nicaragua zum Abschluß eines Vertrages — allerdings gegen reiche Geldgaben — gezwungen, der dieses Land in die Stellung Cubas, also eines Protektorates der Vereinigten Staaten brachte. Costa Rica, San Salvador, Honduras protestierten hiergegen, und dieser Vertrag wurde infolgedessen vom nord-

Digitized by Google

amerikanischen Senat in einigen Punkten abgeändert, die den mittelamerikanischen Republiken eine gewisse Garantie für ihre Unabhängigkeit geben sollten. Natürlich stand das nur auf dem Papier, solange Nicaragua im Schlepptau der Vereinigten Staaten blieb, und hier war man zu geldbedürftig, um sich dieser Führung zu entziehen. Zwischen dem damaligen Staatssekretär Bryan und Chamorro, dem Delegierten Nicaraguas, wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, der den Vereinigten Staaten in den Kanalbaurechten auch sonstige wichtige Zugeständnisse machte, und so eine Umgehung des letzten Senatsbeschlusses und der Ergebnisse des erwähnten Protestes bedeutete. Heute steht der damalige Partner Bryans, Chamorro, als Präsident an der Spitze Nicaraguas; der Vertrag, den er schloß, ist noch in Kraft, aber die Dinge haben sich infolge der alle Kreise Mittelamerikas durchdringenden Schutz- und Zusammenschlußbewegung gegen Nordamerika doch bereits so weit geändert, daß die Ausführung einiger Punkte dieses Vertrages — gesetzt der Kanal wird gebaut — Schwierigkeiten bereiten würde. Es zeigt sich, daß Chamorro wohl gerne das Yankeegeld nimmt und sich der Yankeehilfe bediente, um bei der letzten Präsidentenwahl zur Macht zu gelangen, daß er aber in seinem Wesen doch zu sehr Patriot ist, um auch heute noch, wo sich der Weg zu einem starken Mittelamerika zeigt, auf die Dauer den Yankeewünschen gefügig bleiben zu wollen. Sein Geldbedarf schreibt ihm gewisse Rücksichten vor, aber die Trauben hängen für die Vereinigten Staaten auch in Nicaragua heute höher, als es noch vor dem Kriege der Fall war.

Und dennoch ist Nicaragua heute noch außerhalb der Union, obwohl man bereits am 15. September d. J., anläßlich der Hundertjahrfeier der Unabhängigkeit Mittelamerikas, seinen Beitritt erwartete. Die Ursache liegt z. T. in der drückenden finanziellen Abhängigkeit des Landes von Nordamerika, z. T. an dem Einfluß gewisser, von Washington aus unterstützter Parteiklüngel, die noch die Macht in Händen haben. Bereits aber haben sich die entscheidenden Schritte zum Beitritt Nicaraguas vollzogen, und es handelt sich heute im wesentlichen nur noch darum, den Bau eines mit nordamerikanischem Gelde gebauten Kanals mit den Forderungen der Unabhängigkeit Mittelamerikas in Einklang zu bringen, wozu man auf dem besten Wege ist. Der Anschluß Nicaraguas wird also nicht auf sich warten lassen.

Vorläufig sind es indessen nur vier Staaten, Costa Rica, San Salvador, Guatemala und Honduras, die sich zu einer fest gefügten Union mit gemeinsamer Gesetzgebung, gemeinsamer Rechtsprechung und gemeinsamer Exekutive zusammengefunden haben. Der Sitz der Regierung ist heute noch in Tegucicalpa in Honduras, es soll aber, um Eifersüchteleien zu vermeiden, ein besonderer Regierungsdistrikt geschaffen werden. Das Vorbild dieser neuen Staatenverfassung lieferte offenbar die Schweiz, denn auch hier

Digitized by Google

wird die Exekutive von fünf auf fünf Jahre gewählten Delegierten ausgeübt, welche aus ihrer Mitte den Präsidenten wählen, dessen Befugnisse nur einjährig, und der nicht wiederwählbar ist. In weiser Erkenntnis der Psyche der mittelamerikanischen Bevölkerung hat man so das höchste Amt mit Kautelen umgeben, die seinen Mißbrauch durch ehrgeizige Machtgier ausschließen und den Exekutivrat durch den Präsidenten, diesen durch den Rat kontrollieren lassen. Die einzelnen Staaten behalten in allen nicht gemeinsamen Angelegenheiten ihre Autonomie. Die Einwanderungsgesetzgebung ist der Union vorbehalten, und gerade auf diesem Gebiete wird sie eine, auch für uns äußerst wichtige Aufgabe zu lösen haben, denn diese Gebiete verlangen nach tüchtigen Menschen, und werden ihnen in den neuen geordneten Zuständen ein erfreuliches Dasein bieten.

Für die Vereinigten Staaten ist hier eine Auswirkung des feierlich proklamierten „Rechtes der kleinen Nationen" entstanden, an die sie sicherlich nicht dachten, als sie in den Krieg zum angeblichen Schutze dieses Rechtes eintraten. Man ist mächtiger geworden, die imperialistische Gier ist gewachsen. Gleichzeitig sind aber auch Widerstände dadurch hervorgerufen worden, die auch von der stärksten Macht nicht mehr besiegt werden können, und die daher an einer allmählichen neuen Gestaltung der Welt arbeiten, die eine andere ist, als jener Machtwille sie wünscht.

Vom Geist der Zeit

Von Dr. S. Mette

Wenn irgendeine Zeit, so offenbart die unsrige, welch' überragende Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte zukommt: An welch' anderem Mangel sonst als dem bedeutender politischer Persönlichkeiten drohen wir heute zugrunde zu gehen? Und nicht bloß wir, das Deutsche Reich, sondern alle Weltmächte! Oder fehlt es nicht den Regierungen aller Länder fast völlig an Männern, die die grundlegenden staatsmännischen Eigenschaften in sich in wenigstens normalem Maße vereinigen? Wo ist z. B. bei uns an entscheidender Stelle ein Mann zu finden, der soviel an zielklarer Willensenergie, soviel an sicherem Blick für die großen Zusammenhänge der materiellen und geistigen Wirklichkeiten in dieser Welt, des politischen, wirtschaftlichen, sozialen, allgemeinen geistig-sittlichen Lebens und deren Wertabstufungen, soviel an zwingender Kraft der sittlichen Persönlichkeit besäße, wie für einen Staatsmann, der die verwickelten Probleme unserer Zeit auch nur angreifen will, unbedingt erforderlich ist?

Auch der Reichskanzler Wirth läßt, wie hoch man auch bei ihm eine nicht geringe politische Energie und ein oft wirksames ethisches Pathos einschätzen mag, nur zu sehr jene schöpferische Phantasie vermissen, die mit intuitiver

Digitized by Google

Kraft die schier verwirrende Mannigfaltigkeit und Kompliziertheit der politischen Welt in sich zu einem klaren, geschlossenen Bilde zusammenzuschauen, die mit psychologischem Spürsinn bis in die feinsten Falten der Völkerseele hineinzuleuchten versteht. Als der Mann der „Erfüllung", als der er kam, sah er in dieser Politik der Erfüllung nicht etwa ein nur zu notwendiges Uebel, sondern sie blieb geradezu sein einziges politisches Programm; er dachte nicht daran, dieses notgedrungene, formelle Ja, dessen Erfüllung letzten Endes auch ihm unmöglich schien, mit einem anderen positiven Gehalt zu erfüllen als dem mehr denn zweifelhaften Glauben: das französische Volk werde sich, wenn erst mal guter Wille gezeigt sei, umstimmen lassen und die Unmöglichkeit der Forderungen einsehen. Eine Illusionspolitik, die schließlich jede Selbständigkeit einbüßen und ganz französisch orientiert erscheinen mußte, völlig im Stil Georg Bernhards in der „Vossischen Zeitung"*); denn sie konnte nie begreifen, daß die Weltwirtschaftskrise, daß Oberschlesien, daß das Verhältnis zu Frankreich keine wirtschaftlichen, sondern im letzten Grunde politische Probleme sind, die sich nicht nach den Gesichtspunkten wirtschaftlicher Opportunität und Verständigung lösen lassen, sondern Machtfragen sind, Machtfragen im umfassendsten Sinne der materiellen und geistig-sittlichen Realitäten.

Aber es gibt heute nach der Zerstückelung Oberschlesiens noch immer Männer die glauben, durch diese Art der Erfüllung die bessere Einsicht drüben zu erzeugen — als ob es auf Einsicht, die schon längst da ist, dabei überhaupt ankäme! — und die so in ihr das einzig mögliche Ziel sehen. O sancta simplicitas! — Hat man denn durch diesen Erfüllungswillen Oberschlesien gerettet? Nein! — Aber das Ruhrgebiet hat man von der Besetzung bewahrt und damit Deutschland vor seiner völligen Auflösung. Zugegeben! — aber was nun, wenn wir infolge der Zerstückelung Oberschlesiens schnellstens am Ende unseres Erfüllungswillens sind? Glaubt man ernstlich daran, daß die, die eben mit dem Raub Oberschlesiens wieder mal ihre Achtung vor dem Recht anderer so wunderbar dokumentiert haben, vor „Sanktionen" und Besetzung des Ruhrgebiets zurückschrecken werden?

Wohin ein Volk kommt, wenn es nichts anderes mehr kennt, als die Erfüllung der unersättlichen Begierden eines rücksichtslosen Feindes, wenn es glaubt, durch guten Willen solchen Gläubiger versöhnen, von der Unmöglichkeit seiner Forderungen überzeugen zu können, wenn es so auf jede selbständige Politik verzichtet, dafür ist doch wohl das in völlige Agonie verfallene Oesterreich ein nur zu beredtes Zeugnis. Eine Regierung, die kaum etwas anderes als passives Dulden, allenfalls papierne

*) Es braucht wohl kaum besonders betont zu werden, daß hiermit die nationale Gesinnung dieser Männer in keiner Weise auch nur angezweifelt werden soll; sie scheint mir ebenso selbstverständlich, wie mir Fr. W. Foersters Kampf für Deutschlands Schuld am Kriege durchaus hoher nationaler Gesinnung entspringt.

Digitized by Google

oder die völlig nutzlosen „flammenden" Proteste von Massenversammlungen und -Umzügen kennt, kann unmöglich bei den besseren, rechtsempfindlicheren Elementen unserer Gegner irgendwelche Sympathie erwecken: bedauerndes Achselzucken, schließlich allgemeine Verachtung ist die notwendige Folge.

Nicht, daß das Kabinett Wirth die Politik der Erfüllung inaugurierte, war sein Fehler — es war damals kaum eine andere Politik bei der geistigen Verfassung des deutschen Volkes möglich — wohl aber, daß es nichts getan hat, im deutschen Volke einen kraftvollen, selbstbewußten Willen zu erzeugen, es frei zu machen von dem lähmenden Gefühl, ein vor aller Welt gebrandmarktes und ausgestoßenes Helotenvolk zu sein; nichts getan hat, das neutrale und feindliche Ausland davon zu überzeugen, daß wir weder die Kriegsschuldigen noch -Verbrecher sind, als welche uns das Versailler Dokument hinstellt, um auf diese Weise eine Politik der geistigen Erfüllung treiben, dadurch die von ihm selbst als unmöglich anerkannte materielle wirksam aufheben und damit überhaupt erst die Voraussetzung für die Rettung Schlesiens schaffen zu können. Auch der Kanzler selbst hat in dem Zentralproblem aller deutschen Politik, der Schuldfrage, nicht nur nichts getan, sondern durch sein Schweigen und durch einzelne Reden, in denen er mit stereotyper Monotonie das Pariser Ultimatum in Parallele setzte mit dem Ultimatum an Serbien, das „das größte Unglück für die Welt" geworden sei, obendrein noch bewirkt, daß die Kreise des deutschen Volkes, welche schon durch die Passivität der früheren Kabinette in der Schuldfrage unsicher geworden waren,*) immer mehr von der Furcht beherrscht wurden, daß, wenn selbst des Reiches Kanzler so spräche und die Regierung die Schulddiskussion weiter ängstlich meide, sie ihre Gründe dafür haben und tatsächlich schwere Schuld auf unsere Seite liegen müsse.

Genau so passiv hat sich die Regierung in der Sache der „Schwarzen Schmach" verhalten: Ob die Pressenachrichten darüber aufgebauscht, erlogen oder nur zu wahr sind, gleichviel — gerade ein Kabinett der Erfüllung hätte nicht dazu schweigen dürfen: wenn es sich nur um menschlich unvermeidbare Einzelfälle handelt, hätte die Regierung doppelten Grund, die Pressenachrichten auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Sind sie aber wahr, darf sie auch nicht schweigen, vor dem eigenen Volke nicht, vor der Welt nicht, aus Selbstachtung, aus Politik nicht!

Doch sie schwieg, schweigt heute noch: schweigt, wo sie reden sollte, und redet, wo sie handeln sollte!

Welch schweren Schaden hat uns die unglückselige Ermordung Erzbergers getan! Aber wurde dieser nicht erst außenpolitisch voll wirksam durch die unselige Art, wie der Reichskanzler den Mord ausmünzte; durch

*) vgl. Deutsche Politik Nr. 21. Jhrg. 21, den Artikel von Paul Rohrbach, Nach der Entscheidung, S. 485 f.

Digitized by Google

die Art, wie der damit aufs engste zusammenhängende Konflikt mit Bayern durch des Kanzlers geringen politischen Takt (Weismann-Bericht!) gefährlich verschärft ward? Konnten wir den Franzosen eine köstlichere Augenweide bieten, als durch dies jämmerliche Schauspiel gegenseitiger Verhetzung, Zerfleischung, Bedrohung? War ein solches Zuschaustellen von Konflikten zwischen dem Reich und Bayern, unter der Aegide des höchsten Reichsbeamten, dazu angetan, die feste Geschlossenheit des ganzen deutschen Volkes zu zeigen, ohne die an eine Erhaltung Oberschlesiens überhaupt nicht zu denken war?

Diese Unterlassungssünden der Wirthischen Regierung sind nicht so sehr auf das Konto von Persönlichkeiten zu setzen; sie sind vielmehr zu erklären aus den Schwächen des politischen Zeitgeistes überhaupt, wie er in der ganzen Welt, insbesondere aber in Deutschland herrscht.*) Die Worte zweier bekannter Staatsmänner scheinen mir diesen Geist wie in kurzer Formel besonders glücklich aufgefangen zu haben: Am 13. Mai 1921 sprach Lloyd George im Unterhause mit bezug auf Oberschlesien die bekannten, viel zitierten Worte: „Ich hoffe, daß, *obwohl es sich um Deutsche handelt*, wir immer zeigen werden, daß wir für „fair play" eintreten"; und am 28. September 1921 auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie schloß der Wiederaufbauminister Rathenau, an das bekannte Gespräch erinnernd, das Napoleon mit Goethe in Jena hatte, das sich um das Schicksalsdrama drehte und in den Worten des Imperators: „Was wollen die Menschen nur mit dem Schicksal? Die Politik ist das Schicksal!" gipfelte, — seine Rede mit der Verheißung, daß dies Wort Napoleons sich wandeln werde, wie alle Wahrheit im Laufe der Zeiten, und daß man in kurzem erkennen werde: „*Die Wirtschaft ist das Schicksal.*"

Daß das erste Wort überhaupt gesprochen werden konnte, zeugt einerseits von einem kaum noch zu überbietenden frechen, pharisäischen Hochmut bei den Ententevölkern, andererseits aber beweist es, wie sehr das deutsche Volk tatsächlich schon zu einem Helotenvolk geworden ist, ohne Selbstachtung und Ehrgefühl, da es diese schmähliche Beschimpfung hinnahm, ohne ein Wort des Protestes, wohl weil es über dem „fair play" den Schimpf gar nicht sah. Die Quittung für solche Gesinnung ist jetzt Oberschlesien.**)

*) All die tagespolitische Fragen, die sich um die Persönlichkeit Wirths drehen, wie Einreichung seiner Demission, abermalige Uebernahme der Regierung usw. gehören in diese Betrachtung vom „Geist der Zeit" nicht hinein; die Persönlichkeit Wirths ist in diesem Sinne etwas durchaus sekundäres, keineswegs aber Persönlichkeit an sich.

**) Graf *Bernstorff* hat in einer Rede zu Karlsruhe als Grund für die ungünstige Entscheidung über Oberschlesien die unfreundliche Haltung Deutschlands zum Völkerbund angeführt; *Fr. W. Foerster* führt in einem Artikel in der Welt am Montag (24. Okt. 21) den deutschen Mißerfolg darauf zurück, daß Volk und Regierung nicht

Digitized by Google

Das Rathenausche Wort*) vollends kann wirklich unser aller verhängnisvollstes Schicksal werden, wenn es nämlich die Devise der „Weltpolitiker" bleibt. Auch der englische Kolonialminister Churchill in seiner letzten großangelegten Rede, selbst Keynes in seinen Schriften und Mahnungen vor der allgemeinen wirtschaftlichen Katastrophe, kommen doch letzten Endes über die enge Art, die verfahrene weltpolitische Lage irgendwie entscheidend durch wirtschaftliche Mittel wiederherstellen zu wollen, nicht hinaus.

Ist denn aber bei aller scharfsinnigen Diagnose über die Störungen der peripheren Nerven des Weltstaatensystems, wie sie Churchill gestellt, der Welt wirklich damit geholfen, wenn er allein mit symptomatischen Heilmitteln, wie Währungskonferenz, internationalem Wirtschaftsausgleich, Herabsetzung aller internationaler Kriegsschulden u. a. m. diese Störungen zu beseitigen sucht, während er dem Grunde solcher funktioneller Störungen im politischen Zentralsystem nicht weiter nachforscht? All solche wirtschaftliche Symptomkurierererei kann doch höchstens vorübergehende Erleichterung schaffen, aber die schließliche Katastrophe des politisch kranken Weltkörpers nicht aufhalten. Dieses politische Nervenzentrum des weltpolitischen Systems, das krank ist und alle anderen Glieder des gewaltigen Körpers allmählich mit krank macht, ist Mitteleuropa, und vor allem das Detusche Reich.**) Und zwar ist das deutsche Volk infolge der Amputationen und angesetzten Blutegel, infolge des moralischen Verrufs durch den Ver-

verstanden hätten, die Rechte der Polen eindeutig sicherzustellen, eine „neue Synthese des deutschen und polnischen Oberschlesiens zu schaffen, die den westlichen Auffassungen greifbar entgegenkam und den Osten entwaffnete". Solche Aeußerungen übersehen ganz, daß die große Politik nicht im Völkerbund, sondern in Paris und London gemacht wird; daß von solchen notorischen Gewaltpolitikern, die dort die Geschicke der Völker entscheiden, Recht und Freiheit dieser Völker nur solange im Munde geführt und geachtet werden, als es zu ihren gewaltpolitischen Zielen paßt; daß solche „moralische Offensiven" in so ausgesprochen gewaltpolitischer Atmosphäre von vornherein zum Ersticken verdammt sind, solange ihnen, selber ohne materielle Machtmittel, das feste geistige Machtfundament fehlt: die klare, Luft reinigende Kraft eines geistig geschlossenenen, selbstbewußten Volkes. Aber gerade Foerster hat — das Gegenteil wollend — alles getan, um diese jeder Grundlage notwendige auswärtigen Politik noch schwächer zu machen, als sie schon war, indem er immer wieder Schuldbekenntnisse vom deutschen Volk forderte, die es auch bei aller Gewissensforschung seiner besten Männer nicht abgeben konnte, und so nach innen Unsicherheit und Zwiespalt säte, nach außen aber die Achtung vor der geistigen Widerstandskraft eines fest in sich ruhenden Volkes untergrub.

*) Vielleicht wird doch der Minister Rathenau gegen seine „umgewandelte Wahrheit" etwas skeptisch, wenn er sich der unseren wirtschaftlichen Verhältnissen sehr verwandten Assignatenwirtschaft während der französischen Revolution erinnert, und daß deren Schicksal durch das politische Genie Napoleons entschieden wurde, nicht durch all die vielen bloß „wirtschaftlichen" Versuche. Vgl. hierzu Dtsche. Politik Heft 39, Jhrg. 21., S 927 ff; ferner Dr. Aug. Müller, Revolution und Assignatenwesen D. A. Z. Nr. 450, 486.

**) Eine eingehende, prinzipielle Darlegung von mir über das Verhältnis von Politik und Wirtschaft ist in dieser Zeitschrift Nr. 21, Jhrg. 21. erschienen.

Digitized by Google

sailler Vertrag krank im Gemüt geworden. Das deutsche Volk hat seine Selbstachtung und sein Selbstvertrauen verloren: durch Hungerblockade und vierjährigen Krieg zermürbt, durch das Treiben von Chauvinisten und Annexionisten an der Gerechtigkeit seiner Sache irre geworden, beging es die schlimmste Torheit und das größte Verbrechen gegen sich und die Welt: es machte, im leichtgläubigen Vertrauen auf tönende Worte von Demokratie und Freiheit aus Feindes Mund, Revolution, schlug sich selbst die Waffen aus der Hand, lieferte sich damit auf Gnade und Ungnade seinem bis zum Sadismus rachsüchtigen westlichen Nachbar aus und mußte sich schließlich in dem Versailler Vertrag als das größte Verbrechervolk der Weltgeschichte offen bekennen. Dieses Volk, das vier Jahre lang siegreich vier Weltteilen standgehalten hatte, gab, in einem Anfall von totaler Erschöpfungsneurose, sich und seine Ehre preis. Seine Ehre! — dies Wort ist so oft mißbraucht worden, man hat soviel Schindluder damit getrieben — genau wie mit dem Worte „Vaterland" —, daß man es kaum noch brauchen kann, ohne mißverstanden zu werden. Nicht jene Ehre, die sofort zum Raufdegen greift, wenn sie angerempelt wird, und die man besser mit „Prestige" bezeichnete, sondern innere Ehre, die Gewissen, die Bewußtsein vom *geistigen* Ursprung seiner selbst ist; wer die antastet, raubt uns unser Menschtum, oder, wie Schiller es ausdrückt, wer uns Gewalt antut, „macht uns nichts Geringeres als die Menschheit streitig; wer sie feigerweise erleidet, wirft seine Menschheit hinweg." Das ists! — indem wir uns selbst politisch und moralisch wehrlos machten, warfen wir unsere Menschheit hinweg, und nun folgte mit unerbittlicher Konsequenz ein Rechtsbruch dem anderen, eine Demütigung der anderen; die Zerstückelung Oberschlesiens ist nur das *vorläufig* letzte Glied dieser Kette.

Jede deutsche Regierung — sie mag einen Namen tragen, welchen sie will — wird, wofern sie überhaupt noch willens ist, produktive Politik zu treiben, jetzt, nach dem Verlust Oberschlesiens, ihre Politik mehr denn je gründen müssen auf letzte geistige Kräfte und höchste geistige Aktivität, auf geistige Offensive, die mit unwiderstehlicher Macht nach *außen und innen* reinigend wirkt; sie wird sich klar darüber werden müssen in unerbittlichem Wahrheitssinn, daß das deutsche Volk völlig allein steht in seiner grausigen Not, daß es nur sich selber helfen kann, weil unsere Gegner, selbst da, wo sie einsichtig und willig sind, gebunden sind an die alte Marschroute ins Chaos, durch die seit Jahrhunderten feststehende Expansionspolitik und die Mentalität des französischen Volkes, dessen Machthysterie sich immer mehr zu einem, die ganze Welt bedrohenden Machtwahnsinn auswächst.*)

*) Es ist überaus interessant, was ein bekannter französischer Historiker, Camille Rousset, um die Mitte des 19. Jhrds. über den Eroberungstrieb seines Volkes schreibt (Histoire de Louvois Bd. III. S. 224/25): „Kein Volk hat seit den Römern eine solche Leidenschaft für Eroberungen an den Tag gelegt, wie das unsere. Mögen sie gerecht sein oder ungerecht, vernünftig oder toll, folgenreich oder unfruchtbar, es

Digitized by Google

Sie wird sich ständig bewußt bleiben müssen, daß sie sich bei solcher Selbsthilfe gleich fernzuhalten hat von „flammenden" Protesten und pathetischen Gesten wie von papiernen Drohungen, hohlem Waffengeklirr und „schlauer" Diplomatie, denn das macht uns nur lächerlich, weil dafür der „Hintergrund" fehlt; daß es vielmehr nur eine Politik der geistigen Waffen für uns gibt, die ruhen muß auf dem sicheren Gefühl von Würde und Selbstachtung, ohne das weder ein Mensch leben kann noch ein Volk; daß zu solcher Politik u. a. gehört, Regierung und Volk fest zusammenzuschließen zum Kampf um Schuld- und Kriegsverbrecherfrage, gegen das schwere Aergernis der „schwarzen Schmach", deutsche und nicht französische Politik zu treiben; daß nur so die geistige Atmosphäre geschaffen werden kann, in der die Revision des Versailler Vertrags erst möglich wird.

Endlich und vor allem darf eine solche Regierung nicht vergessen, daß zu all dem eine klare, zielsichere politische Persönlichkeit nötig ist; dies um so mehr, als nur sie noch imstande sein wird, das politisch zerklüftete deutsche Volk von seinem fluchwürdigen, in blindem Eigensinn und doktrinärer Rechthaberei gleichermaßen von links und rechts geschürten gegenseitigen Haß loszureißen, indem sie ihm unerbittlich vor seiner Seele aufsteigen läßt die grausige Not, die furchtbare Gefahr, die all dem droht, was als unser Innigstes, Heiligstes in uns emporglüht, wenn das Heimatgefühl uns überwältigt.

Nur wenn es so unseren führenden Männern gelingt, unser Volk im heißen Gefühl für die Heimaterde zusammenzuschweißen, nur dann wird es die „hinweggeworfene Menschheit" wiedergewinnen, denn in diesem Gefühl wurzelt alle letzte Kraft eines gesundes Volkes; nur so werden deutsche Staatsmänner wahrhaft deutsche Politik treiben können, nur so wird das deutsche Volk noch einmal am eigensten, innersten Wesen genesen können — und mit ihm die Welt!

---

kümmert sich nur wenig darum; solche Spitzfindigkeiten mißfallen ihm, man braucht sie nur anzudeuten, um in seinen Augen als mürrischer Kauz ohne Feuer, ohne Großzügigkeit, ohne Patriotismus dazustehen. Was die Bevölkerung der zur Eroberung ins Auge gefaßten Gebiete über den Eroberer und seinen Plan denkt, beunruhigt es nicht einen Augenblick, weil es nicht daran zweifelt, daß man stolz sein muß ihm anzugehören ... es erobert die umliegenden Länder, weil es ihnen wohl will. Was das feindliche Ausland darüber denkt, ist ihm aus Verachtung und Stolz gleichgültig; es ist gern gefürchtet und Drohungen gleiten von ihm ab ... Brechen seine Eroberungen einen Krieg vom Zaune, so sieht es am Ende eines Krieges nur neue Triumphe und Eroberungen aufleuchten ... In der Geschichte beschäftigt es sich am liebsten mit denjenigen Herrschern, Ministern und Feldherren, die seine Grenzen vorgeschoben und seine Macht erweitert haben; ..., für Friedensfreunde, die dem Lande seinen Besitzstand nur gewahrt haben, hat es nur Gleichgültigkeit übrig. Und dabei ... erschauern auch die Männer, die ihm deshalb widersprachen, die seine Eroberungslust verzeichnen und tadeln ... unter dem gleichem Fieber, fühlen wie die Kriegerischsten die Freude an den Ergebnissen und Sensationen des Eroberungsgedankens mit".

Digitized by Google

Vom Geiste der neuen Jugend

Von Dr. Max Fischer

In jenen Bestrebungen, die man sich als Jugendbewegung zu bezeichnen gewöhnt hat, gibt sich trotz aller Zerspaltenheit in verschiedene Richtungen, trotz gegensätzlicher Einstellung zu politischen Idealen und Weltanschauungen, ein starkes gemeinsames Lebensgefühl kund. Dieses Lebensgefühl unterscheidet die junge Generation wesentlich von dem ihr vorausgehenden Geschlechte; ein neues ursprüngliches Empfinden und das Gefühl einer neuen Sendung bricht sich Bahn. Noch steht ihre Bewegung in ihren ersten Anfängen, und nur mit äußerster Scheu und Zurückhaltung darf man heute schon bestimmen wollen, wo die wesentlichen Elemente liegen, durch die sich Wege und Ziele der neuen Jugend von denen ihrer Väter unterscheiden.

Siegfried Kawerau, einer der geistigen Führer des „Bundes entschiedener Schulreformer", hat in seiner jüngst erschienenen Schrift „Soziologische Pädagogik" (Leipzig 1921, Quelle & Meyer) die Struktur der heutigen Jugend aus den Voraussetzungen der materialistischen Geschichtsauffassung zu deuten versucht. Wenn, wie er nachdrücklich behauptet, die Ideologien der jungen Generation sich von der heute herrschenden unterscheiden, so soll das seine Begründung darin finden, daß beide Geschlechter Exponenten einer verschiedenartigen ökonomischen und sozialen Voraussetzung seien. In den heute herrschenden Ideologien äußern sich — so führt er aus — die notwendigen Anschauungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung mit ihrem Klassendünkel, ihrer hohen Wertung der Familie, ihrer Bevorzugung des Mannes vor der Frau. In der neuen Jugend hingegen kämen, so behauptet Kawerau, die Forderungen einer neuen höheren Gesellschaftsordnung zu Wort, die Zersetzung der Familie, die Voraussetzungen einer vertieften Gemeinschaft. Daher wehre sich die junge Generation gegen die Ideologien, die heute noch die herrschenden seien, gegen die religiösen Bindungen, gegen den Begriff der Autorität, gegen die knechtenden Normen der bisherigen Sittlichkeitsbegriffe und fordern die Freiheit einer neuen höheren Gesellschaftsordnung: den Verzicht des religiösen Lebens auf seine „unhaltbaren Ansprüche der Transzendenz", die Ersetzung der Autorität durch die eigene Selbstverantwortlichkeit, die Ueberwindung sittlicher Vorurteile durch eine Pflege der Natürlichkeit und Nacktheit. Damit wird, so versucht der Autor zu argumentieren, die Erlösung von Frau und Jugend, die Anerkennung ihrer Gleichberechtigung mit dem in der heutigen Gesellschaftsordnung herrschenden erwachsenen Manne zu einem Bestandteil der Emanzipationsbewegung des Proletariats, zu

Digitized by Google

einer notwendigen Etappe auf dem Wege zum sozialistischen Zukunftsstaat.

Kawerau irrt jedenfalls schon darin, daß er einen entscheidenden Gegensatz zwischen neuen und alten Ideologien statuiert. Das Wesentliche der Jugendbewegung sind durchaus nicht Ideologien. Vielmehr sind zum größten Teil in den einzelnen Richtungen der Jugendbewegungen dieselben völkischen, demokratischen, sozialistischen, katholischen, freidenkerischen Ideologien lebendig wie in der älteren Generation. Das schöpferisch Neue der Jugendbewegung hat sich noch gar nicht zu Ideologien verdichtet, sondern ist vorläufig erst zu fassen als eine geistige Stimmung, als der Wille nach einer innerlicheren Geistigkeit, nach einer größeren Echtheit des Lebens. Dieser gemeinsame Grundzug offenbart sich ungefähr gleichmäßig in allen Ideologien der Jugendbewegung und führt in den einzelnen Gruppen zu einer lebendigeren und pneumatischeren Auffassung ihrer Ideale. Gemeinsam ist ferner in dieser geistigen Stimmung eine neue Sehnsucht nach Unbedingtheit, eine nachdrückliche Verankerung aller zeitlichen Forderungen im Absoluten. Die Fetische des modernen Materialismus brechen zusammen; man erwartet nicht mehr von den Institutionen her alles Heil der Zukunft, und man scheint sich trotz der verschiedenen materiellen Ideale wenigstens darin einig zu sein, daß die wesentlichen Elemente ersehnter Erneuerung von der Seele her ihren Ausgang nehmen müssen. Wenn irgendwo, so hat man gerade in der Jugendbewegung die Irrtümer der materialistischen Geschichtsauffassung überwunden, in denen Kawerau gänzlich befangen ist.

Es ist nicht richtig, wenn Kawerau behauptet, daß sich das Streben der Jugend auf eine Ueberwindung der Transzendenzansprüche der Religion richtet. Vielmehr ist gerade in den Kreisen der heutigen Jugend ein starkes religiöses Streben und Sehnen unverkennbar. Das äußert sich etwa bei den Jungdeutschen in dem Wunsch nach einer religiösen Fundierung des völkischen Gedankens, in der katholischen Jugendbewegung in einer besonderen Pflege des liturgischen Lebens, bei den Jungsozialisten in dem Bedürfnis einer ethischen Durchdringung des von der älteren Generation meist rein materialistisch aufgefaßten Zukunftsstaatsideals. Insoweit sich die Jugend gegen religiöse Erscheinungen auflehnt und dabei nicht einfach Ideologien der älteren Generation übernimmt, handelt es sich gerade um einen Kampf gegen den Mißbrauch religiöser Begründung für materielle Interessen. Es ist vielmehr der Jugend bewußt geworden, wie begrenzt menschliche Leistung und menschliche Wissenschaft ist, sie lehnt sich auf gegen die Selbstüberschätzung des Menschen und fühlt wieder, daß die Schöpfung Dimensionen hat, vor denen dem Geschöpfe Demut und Ehrfurcht geziemen.

Digitized by Google

Ebensowenig scheint es mir richtig zu sein, daß die neue Jugend sich gegen die Autorität überhaupt auflehne. Diese These trifft höchstens für einen engen, besonders extremen Kreis der freideutschen Jugend zu. Im wesentlichen aber ist die Stellung des neuen Geschlechtes zur Autorität nur der Kampf gegen die verlogenen Machtansprüche einer äußeren Autorität, der die Voraussetzungen innerer Autoritätsberechtigung nicht eigen sind. Vielmehr zeigt sich gerade in der Jugend ein mächtiges Verlangen nach edelen und vorbildlichen Führerpersönlichkeiten, nach ewigen und allgemeingültigen Maßstäben der Zielsetzung und des Handelns.

Und aus demselben Empfinden heraus ist auch der Kampf des neuen Geschlechtes auf dem Gebiete des Sittlichen nicht eine Umwertung der geltenden Werte, sondern ein Kampf gegen Unwahrhaftigkeit und Pharisäismus in sittlichen Dingen. Der beste Teil der heutigen Jugend kämpft nicht gegen die Ehe, sondern gegen die veräußerlichte Auffassung der Ehe, die in unserem Zeitalter der Heiratsinserate die herrschende zu werden droht. Man kämpft nicht gegen die Familie, sondern gegen den materialistischen Familienegoismus. Es ist ein Symptom, das zur Beurteilung dieser Frage nicht außer acht gelassen werden darf, daß in den Kreisen der Jugendbewegung gerade die frühen Ehen sich ständig mehren und hier gerade sittliche Motive die Bindung zwischen Mann und Frau veranlassen, die bei der älteren Generation vielmehr durch materielle Erwägungen gehemmt war. Es verrät gänzliche Unkenntnis der heutigen Jugendbewegung, zumal ihrer jüngsten Schichten, wenn man den Libertinismus einiger Freideutscher zu einem allgemeinen Symptom der ganzen Bewegung stempelt. Die Auflehnung gegen die ältere Generation, der Kampf wider muckerische und unwahrhaftige Bindungen, der Aufschrei der neuen Generation nach ihrem Eigenrecht mußte zunächst auflockernd und zersetzend wirken. Aber mit der Selbstbewußtwerdung der Jugendbewegung, deren negativer Kampf gegen starren und muffigen Zwang zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, mußte sich allmählich wieder die Sehnsucht nach neuen höheren Formen, nach inneren Bindungen erheben, die im Ewigen verankert sind.

Es ist richtig, daß die Jugend sich in Gegensatz stellt zu Wertungen von Lebensgütern, die der heutige Durchschnittsbürger besonders hoch schätzt: Reichtum und soziale Vorzugsstellung. Aber diese Gesinnung der Jugendbewegung hat ihren Ursprung in keinem Klassenkampfbewußtsein. Vielmehr gewinnt die Jugend aus ihrer verinnerlichten Schau des Lebens die Erkenntnis, daß diese vermeintlichen Güter den Menschen nicht erheben, sondern unter den Bann des Materiellen versklaven. Man hat es erlebt, daß der Mensch gerade durch Anspruchslosigkeit, durch Unabhängigkeit von den materiellen Gütern wirklich innerlich frei wird. Die freiwillige Einfachheit in der Jugendbewegung trägt nicht den Charakter des materiellen

Digitized by Google

Machtkampfes, sondern den der Selbsterziehung und der Askese. Von diesem Gesichtspunkte her ist auch der Verzicht auf Alkohol- und Nikotingenuß zu werten, der vielen Richtungen in der Jugendbewegung gemeinsam ist. Der antimaterialistische Geist der Jugendbewegung mag — auch wir würden das für wahrscheinlich halten — im geschichtlichen Effekt dazu führen, daß der Klassenegoismus überwunden und das Gemeinschaftsgefühl vertieft und gesteigert wird. Das werden dann Objektivationen des neuen Geistes im Bereiche des Soziologischen sein. Nicht aber ist es zulässig, die seelische Revolution abendländischen Lebens, die mit der Jugendbewegung anhebt, aus ökonomischen Ursachen erklären und deuten zu wollen.

Notiz

Anfrage an die „Deutsche Politik". Immer ist mir absonderlich erschienen, wenn bei uns die Leute von dem „Friedensvertrag" reden, da doch der Versailler Vertrag nach Inhalt ausgesprochenem Zweck und tatsächlichem Erfolg gar nichts mit einem wirklichen Frieden zu tun hat, sondern nur einen Krieg mit veränderten Mitteln bedeutet. Aber, sagte ich mir, so genau nimmt es der Volksmund nicht. Nun aber kommt mir das Reichsgesetzblatt vom 21. Oktober in die Hand, worin eine Entscheidung des Völkerbundrats über die sozialen Versicherungen in Elsaß-Lothringen veröffentlicht wird. Natürlich im französischen Urtext, und da heißt es in der Einleitung „l'article 77 du Traité de Versailles". Das ist vollständig korrekt. Der Reichsarbeitsminister aber gibt neben dem Urtext eine deutsche Uebersetzung und in dieser wird der „Traité de Versailles" bezeichnet als „der Friedensvertrag" ohne Ortsbestimmung. Ist das nicht ein starkes Stück? Der Grundsatz, daß amtliche Schriftstücke wortgetreu zu übersetzen sind, wird preisgegeben, nur, um in dem schönen Wort „Frieden" schwelgen zu können, wenigstens auf dem Papier, Aeußerlichkeiten, wird man einwenden. Zugegeben. Aber mir scheint, in unserer tiefen Not sollten wir auch in Aeußerlichkeiten unsere Würde wahren. M. B.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang • 26. November 1921 • Heft 48

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die politische Instinktlosigkeit der deutschen Großindustrie ist nie so deutlich geworden als in dem Augenblick, da sie ein außen- und wirtschaftspolitisches Problem mit scheltenden Worten als innenpolitische Machtfrage aufzäumte. Sie haben notwendig zweierlei erreichen müssen: das Mißtrauen der Regierung, deren Aufgabe, in aller Schwäche, es bleibt, den Begriff der Staatshoheit nicht vollends verderben zu lassen, die Gegenbewegung der Gewerkschaften, die nun auch ihren Spruch mit seinen kategorischen Einfachheiten buchstabierten. Nach dem Kapp-Putsch waren wir bereits einmal so weit. Psychologisch hat sich die Lage verschoben: damals stand man unter dem Druck innerer Erregung, heute vollzieht sich das Kräftemessen vor den Augen des interessierten Auslandes. Die Großindustrie hat den ruhig und leidenschaftslos zu diskutierenden Gedanken, wie weit die Eisenbahn gewinnen könne, wenn man ihre Material- und Menschenpolitik entbürokratisieren und in engen Zusammenhang mit dem Gewebe des industriellen Lebens bringen würde, hat diese Fragestellung verunklart. Gerade die Leute, die am meisten von der „Entpolitisierung der Wirtschaft" reden, haben einen Schritt dahin nach der Technik der politischen Kraftprobe unternommen, statt die Fragen getrennt zu lassen und ihre Wirtschaftspläne zunächst durch das Gewicht der logischen Beweisführung wirken zu lassen. Das Problem, das sich ankündigte, wird als solches nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden.

*

Was wollen die Franzosen eigentlich? Dem zweiten Kabinett Wirth zeigen, daß ihnen Wirth Hekuba ist? Oder Material erschnüffeln für Washington, um dort klar zu machen, daß Frankreich nicht friedlich schlafen kann, wenn in Mannheim Dieselmotore, in Erfurt Jagdflinten fabriziert werden? Diese Plackereien haben doch keine andere Wirkung, als die

Digitized by Google

seelischen Voraussetzungen für die Erfüllung von Wiesbaden zu zertreten. Das einzig Gute dieser dummen Brutalitäten ist, daß sie Lehrstunden für die deutschen Arbeiter werden.

*

Das tschechische offiziöse Blatt „Pr. Pr." stellt gelegentlich der Washingtoner Verhandlungen fest, daß Deutschland 1914 nur 6,2 % des Budgets für seine Flotte verausgabte, während Japan 1921 32 % und Nordamerika 10,5 % für ihre Flotten ausgeworfen haben. Aehnlich dürfte es auch mit den übrigen Ententegenossen stehen. Und die Washingtoner Konferenz wird die Ausgaben der Flottengroßmächte kaum auf 6,2 % herabdrücken. Diese Offenherzigkeit des tschechischen Blattes wird aber die Ententepresse natürlich nicht abhalten, bei nächster Gelegenheit wieder das Schlagwort vom deutschen Militarismus auszuspielen, um Deutschlands Kriegsschuld zu beweisen, wie es während des Weltkrieges stets geschah.

*

„Ihr Dr. Beneš hat in der für uns sehr ernsten oberschlesischen Frage, wo er konnte, seinen Einfluß für uns ausgenützt." — Mit diesen Worten charakterisierte der polnische Minister des Aeußern Skirmunt tschechischen Journalisten Beneschs Tätigkeit. Diese Feststellung verdient gerade jetzt bekanntgemacht zu werden, weil die tschechische Oeffentlichkeit infolge von Wirtschaftssorgen friedlichere Töne gegen Deutschland anzuschlagen beginnt.

*

Herr Beneš beteuert der großen Entente, daß man in Belgrad bestrebt sei, die loyalste Politik zu betreiben, und bietet sich sozusagen als Mittelsmann an. Der Vorgang ist nicht ohne symptomatische Bedeutung. Prag will sich innerhalb des Westslawentums immer stärker als Vormacht herausarbeiten — in Genf ließ es den Polen assistieren, und jetzt hält es sich dem Genossen von der kleinen Entente zur Verfügung. Ehedem hat eine Londoner Konferenz den albanischen Staat geschaffen, dann haben Versailles und Genf sich um ihn bemüht — die Südslawen aber besaßen nie sehr große Lust, den Spruch der Diplomatie anzuerkennen. Und so ist neuer Konfliktsstoff im Glimmen.

*

Digitized by Google

Washington und die Seemächte

Von R. Gadow, Korvettenkapitän

Die radikalen Vorschläge des Staatssekretärs Hughes für die Verminderung der Flottenrüstungen haben ohne Zweifel auf die Delegierten der Konferenz überraschend, fast betäubend gewirkt. Noch zweifelt die Welt an der Aufrichtigkeit des Gesagten und möchte Parallelen ziehen zu den wenig ergiebigen Versuchen gleicher Art im Haag, seligen Angedenkens, da führt Hughes den zweiten wuchtigen Stoß, proklamiert die Freiheit Chinas und zwingt Zweifler wie Gläubige in den Bann seines Ernstes.

Es ist kein Zufall, daß die ersten Vorschläge und Erörterungen auf der Konferenz sich mit den Problemen der Seemacht befassen. Abgesehen von Europa und einigen Sondergebieten überschneiden sich die Machtsphären der Großmächte heute in erster Linie auf der See. Die Seemacht ist der sinnfälligste Ausdruck ihres Angriffs- und Ausdehnungsvermögens; über See führen alle ihre in die Zukunft weisenden Belange und Wünsche; die Seerüstung ist zugleich der kostspieligste Ausgabeposten aller Großmächte geworden. Nichts liegt daher näher, als an diesem Punkte die Versuche zu einer Rüstungseinschränkung oder -verständigung einsetzen zu lassen.

Die Elemente möglicher Konflikte zwischen den Weltmächten im eigentlichen Sinne, zu deren Zahl man notgedrungen nur noch die Vereinigten Staaten, England und Japan rechnen kann, liegen einmal in der Bedrohung der britischen Sonderstellung zur See infolge der amerikanischen Flottenentwicklung und zum zweiten in dem Ausdehnungsbedürfnis des japanischen Reiches, welches nach China und den Inseln des Stillen Ozeans weist und sich quer vor die erheblichen Handelsinteressen Amerikas in China legt. Die von Amerika zum chinesischen Festland hinüber geschaffene Etappenstraße — Hawai, Guam, Philippinen — schneidet sich senkrecht mit den südwärts strebenden Wünschen Japans. Aus diesen beiden Konfliktfeldern erwuchsen die gegenwärtigen Seerüstungen der genannten Mächte, Rüstungen, deren Umfang und Kosten ins Unermeßliche zu wachsen und jedes Verhältnis zur finanziellen Leistungsfähigkeit der Länder zu verlieren drohten. Einige Zahlen: ein Großkampfschiff ist heute etwa 42 000 Tonnen groß und kostet über 120 Millionen Goldmark. (Die Multiplizierung mit dem Valutakoeffizienten soll nicht erst versucht werden.) Japan hatte in diesem Jahre in seinem Staatshaushalt 49 v. H. aller Ausgaben für Rüstungszwecke, darunter 32 v. H. für Seerüstungen, angesetzt. Alle drei Großmächte haben zur Zeit starke Flottenprogramme im Bau, welche bei völliger

Digitized by Google

Auswirkung ungefähr zu dem folgenden Kräfteverhältnis führen würden:

England	578	Schiffe zu	1825332 t
Ver. Staaten (1925)	438	„ „	1609410 t
Japan (1927)	152	„ „	1048426 t

Die Zahlen entstammen einer Denkschrift der amerikanischen Regierung.

Naturgemäß hat sich die öffentliche Meinung in den beteiligten Ländern seit Ankündigung der jetzt stattfindenden Konferenz lebhaft mit ihren Aussichten beschäftigt und damit ihre Stellung zu den zu erwartenden Abrüstungsvorschlägen zu erkennen gegeben. In England hat man die Notwendigkeit voll erkannt, für volkstümliche und zwingende Reformen dieser Art in Wort und Tat Zustimmung zu bezeigen. Die englische Presse war daher durchweg in diesem Sinne bemüht, und die englische Regierung griff zu drastischen Verminderungen der durch den Weltkrieg ungeheuer angewachsenen Schiffsbestände und der Indienststhaltungen und brachte im Sommer dieses Jahres unter vielen Beteuerungen der unumgänglichen Notwendigkeit ein verhältnismäßig „kleines" Programm von vier Schlachtkreuzern ein, die zur Zeit an Werften vergeben sind. In Amerika war das große Flottenprogramm von 1916 in vollem Schwung. Das Wachstum der Flotte war volkstümlich, der Wunsch, den „britishers" den Rang abzulaufen allgemein, und die Illusion, wie weit dies möglich und schon geschehen wäre, sehr groß. Gleichwohl ist eine nicht geringe pazifistische Partei vorhanden, die sich im wesentlichen um Wilsons Demokraten sammelt und den stärksten Resonanzboden für Hughes' Vorschläge abgeben dürfte. In Japan setzte in den letzten Monaten eine fieberhafte Flottenagitation ein. Man empfand die herannahende Isolierung, sah die Erneuerung des englischen Bündnisses scheitern — trotz der nominellen Verlängerung auf ein Jahr — und schickte sich an, so stark gerüstet wie immer möglich an den Konferenztisch zu treten. Ministerpräsident Hara wurde ermordet, weil er im Verdacht stand, zu Konzessionen bereit zu sein.

In diese Situation hinein also platzen die Vorschläge des Herrn Hughes. Sie belaufen sich anscheinend im wesentlichen auf folgendes: Der Bau aller Großkampfschiffe wird eingestellt und auf zehn Jahre unterbrochen. (Es ist nicht ganz klar, ob Hughes für sechs amerikanische Schlachtkreuzer, die zur Zeit im Bau sind, eine Ausnahme verlangte. Dieser Punkt ist sehr wichtig, da die amerikanische Flotte ohne diese Schiffe ein Torso bliebe.) Alle übrigen Schiffsbestände werden nach einer ausgearbeiteten Liste soweit vermindert, daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis erhalten bleibt und die Höchstzahlen werden wie folgt festgesetzt:

England	22	Großkampfschiffe	mit	600000 t
Ver. Staaten	18	„ „	„	500000 t
Japan	10	„ „	„	300000 t

Digitized by Google

Daneben wird die Zahl aller sonstigen zur Flotte gehörigen Fahrzeuge listenmäßig festgesetzt.

Die Wirkung dieser drastischen Einschränkungen würde, nach der amerikanischen These, eine Beibehaltung des gegenwärtigen Standes sein. Mit den Augen des Außenstehenden gesehen, bedeutet diese Regelung: Die Vereinigten Staaten erhalten ihren in und nach dem Kriege verbesserten Rang in der Reihe der Seemächte verbrieft und versiegelt und entgehen der Verpflichtung, ihn im Wettkampfe aufrecht zu erhalten. Sie schneiden in diesem Sinne ausgezeichnet ab, ihre Schiffe sind neu (die Unklarheit mit den sechs Schlachtkreuzern spielt hier eine entscheidende Rolle), und die schweren Sorgen wegen der ausreichenden Bemannung können zur Ruhe gelegt werden.

England erhält seinen Vorrang gleichfalls bestätigt, allerdings lange nicht in dem Maße, wie es sein grenzenloser Anspruch auf Suprematie zur See bisher forderte. Es findet jedoch Steine des Anstoßes in der Festsetzung der U-Bootszahlen für die einzelnen Mächte und versucht, diese ihm verhaßte Schiffsgattung, von der sein Handel stets am wirksamsten bedroht wedren kann, weiter herabzudrücken oder ganz mit Bann zu belegen.

Japan wird festgenagelt, wo es steht. Seine Träume von einem japanischen Asien werden rauh zerstört, das Bündnisrecht mit England ihm genommen. Die numerische Festsetzung seiner Flottenstärke erscheint im übrigen befriedigend in Anbetracht der großen, kräfteverzehrenden Entfernungen, welche etwaige Gegner zum Angriff zurückzulegen haben würden. Gerade deshalb aber richtet sich sein Einwand gegen die Beibehaltung militärischer Stützpunkte der konkurrierenden Mächte im Stillen Ozean, welche geeignet sind, dieses Kräfteverhältnis zu verschieben.

Geringere Bedenken der beiden eingeladenen Mächte richten sich gegen die drohende Vernichtung der Kriegsindustrie und der Waffentechnik infolge der zehnjährigen Pause. Im übrigen fällt auf, daß Faktoren, wie die Luftkriegsmittel in der Abwägung der Kräftegrenzen fast völlig vernachlässigt sind und dem Ermessen der Mächte mehr oder weniger überlassen scheinen.

Die Aussichten der Hughes'schen Vorschläge zu beurteilen, ist nicht leicht. Die militärische Fachpresse der beteiligten Länder ist äußerst skeptisch, und wir glauben es, daß der Admiral Beatty beim Anhören der Vorschläge die Augen lächelnd gen Himmel hob. Die allgemeine Stimmung weiter Volksschichten in England und Amerika jedoch ist entschieden für einen solchen radikalen Versuch, und wir möchten daher erwarten, daß alle Mächte über die diplomatische erste Zustimmung hinaus unter dem Druck der heimatlichen offenen Meinung alles tun werden, um zu einem Ziel zu gelangen, das mindestens in der Nähe jener Forderungen gelegen ist.

Digitized by Google

Für Deutschland tritt der entscheidende Moment in den Verhandlungen erst ein, wenn die Beschränkung der Seerüstungen gesichert erscheint und die Erörterung sich den europäischen militärischen Rüstungen zuwendet, in deren Bekämpfung England einen Teil seiner gegen Frankreich erlittenen Mißerfolge — Oberschlesien, Kleinasien — wieder gutzumachen versuchen wird.

China und die Abrüstungskonferenz

Von Dr. Paul Ostwald, Berlin

Wenn der römische „Avanti" vor kurzem schrieb, daß die Kernfrage der Washingtoner Konferenz die Aufteilung der gewaltigsten, noch freigebliebenen Rohstoff- und Absatzmärkte der Welt, nämlich Chinas sein werde, so wird er damit ungefähr das Richtige getroffen haben. Denn es bleibt bezeichnend, daß die Tokioer Regierung ihre Delegation nach Washington mit einer vor aller Welt laut abgelegten Erklärung auf die Reise geschickt hat, daß Japan wohl dazu bereit sei, in bezug auf Abrüstung in Verhandlungen einzutreten, daß dafür aber die Erhaltung seiner in China erworbenen Rechte und Landgebiete die conditio sine qua non darstelle. Auch die über Frankreich aus Amerika gemeldeten voraussichtlichen Programmpunkte der Washingtoner Konferenz lassen erkennen, wie in der Tat durch die Vereinigten Staaten das chinesische Problem in den Mittelpunkt der Verhandlungen gerückt werden soll. Amerika hält eben jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in Ostasien endlich die schon so lange für sich gewünschte und erstrebte freie Bahn zu schaffen.

Die Washingtoner Konferenz bildet in dieser Beziehung nur ein neues Glied einer Kette gleichmäßiger und sich unveränderter amerikanischer Bestrebungen in bezug auf Ostasien, die immer nichts anderes als Ziel gehabt haben, als eine uneingeschränkte Beherrschung „des Reiches der Mitte" durch den amerikanischen Dollar. Ihre ungeheure wirtschaftliche Ueberlegenheit kann die amerikanische Union in China nur dann voll zur Geltung bringen, wenn die Integrität dieses Reiches unangetastet bleibt, wenn andere Nationen keine Interessensphären oder sonstige Vorrechte aufweisen können. Schon unter dem Präsidenten Roosevelt machte die Washingtoner Regierung im Jahre 1899 den ersten Vorstoß, indem der damalige Staatssekretär John Hay ein Rundschreiben an die Mächte richtete und den Grundsatz der Offenen Tür als den einzig richtigen für China aufstellte. Die anderen Mächte sahen sich gezwungen, dem sogenannten Hay-Agrement beizupflichten, wenn sie den äußeren Schein wahren wollten, aber es fiel ihnen selbstverständlich nicht ein, auf ihre Interessensphären, ihre Vorrechte und besetzten Landgebiete zu verzichten. Immerhin hatten die Ver-

Digitized by Google

einigten Staaten dadurch für sich in China moralische Eroberungen gemacht und sich den Chinesen als die wahren Freunde empfohlen. Den zweiten Vorstoß wagte Amerika im Jahre 1910, indem der amerikanische Staatssekretär Philander Knox die Neutralisierung und Internationalisierung der mandschurischen Eisenbahnen erstrebte, um so die Vormachtstellung der beiden Mächte in der Mandschurei zu brechen, die sie dort durch die Eisenbahnkonzessionen sich hatten schaffen können. Knox hatte seinen Plan auf die sich damals gerade wieder zuspitzende Feindschaft der beiden Gegner von Mukden und Tschuschima gebaut, aber es sollte sich zeigen, daß er falsch gerechnet hatte, denn Rußland und Japan schlossen sich zu gemeinsamer Abwehr ihrer bedrohten Rechte zusammen, und wieder, abgesehen von der moralischen Wirkung auf die Chinesen, war auch der diesmalige Vorstoß ein Schlag ins Wasser.

Die Washingtoner Konferenz ist nun als der dritte Versuch der Vereinigten Staaten zu werten, der mit ganz besonderen Hoffnungen unternommen wird. Denn einmal ist die weltpolitische Konstellation für die amerikanische Union durchaus günstig, da ihm Frankreich durch seine von England bedrohte Machtstellung auf dem europäischen Kontinent und die englischen Dominien infolge ihrer Japanfeindlichkeit Schrittmacherdienste leisten werden. Japan und England sind also in eine üble Verteidigungsstellung gerückt. Dann aber kann Amerika seine durch den Krieg ins Ungeheure gewachsene wirtschaftliche und finanzielle Ueberlegenheit geltend machen. Es hat in bezug auf China auch in dieser Richtung schon insofern gut vorgearbeitet, als es in dem im Jahre 1920 neugebildeten internationalen Bankkonsortium die Führung an sich gerissen hat. War vor dem Weltkrieg England hierin der ausschlaggebende Faktor, so liegt jetzt der Schwerpunkt in New York. Zu alledem kommt die für Amerika in China werbende Kraft des Schlagwortes von der Integrität „des Reiches der Mitte", als dessen steten und unentwegten Verteidiger der neue amerikanische Gesandte in Peking, Dr. Schurman, gelegentlich eines ihm gegebenen Festessens erst kürzlich wieder seinen Staat den Chinesen in einer Rede eindringlich vor Augen geführt hat. Er ließ es sich angelegen sein, deutliche Parallelen zwischen Hay und Harding zu ziehen, und mit einem Hinweis auf Washington zu schließen, daß die Konferenz für keine Macht solche Vorteile bringen werde, wie für China.

Ob dennoch die Konferenz die amerikanischen Hoffnungen in dem Maße erfüllen wird, wie sie gehegt werden, muß allerdings zum mindesten abgewartet werden. Denn auf keinen Fall wird sich Japan gefallen lassen, daß ihm Korea, die Mandschurei, seine Eisenbahn- und Bergwerksrechte auf Schantung genommen werden. Und zwar weniger aus den Gründen, weil diese Gebiete mit dem Blute des japanischen Volkes erkämpft worden sind, als weil es ohne diese einfach nicht mehr existieren kann. Die japanische

Digitized by Google

Industrie ist ohne die Bodenschätze Koreas und Schantungs nicht lebensfähig, da Japan ein eisenarmes Land ist und auch seine Kohle, über die es zwar in reichem Maße verfügt, zu Industrie- und Schiffahrtszwecken sich als wenig brauchbar erwiesen hat. Ein Verlust Koreas und der Mandschurei würde weiter der japanischen Baumwollindustrie einen schweren Schlag bereiten, da Japan neuerdings hier Baumwollplantagen angelegt hat, um die Einfuhr von Rohbaumwolle aus fremden Ländern zu beschränken. Vor allen Dingen aber braucht Japan aus diesen Gebieten die Reiszufuhr. Der Lebensnerv des ostasiatischen Inselstaates wird also durchgeschnitten, wenn es die genannten drei Gebiete aufgeben müßte, und es würde ihm wenig helfen, wenn ihm Kiautschou und die Halbinsel Liautung für die Zukunft weiter zugesichert würden, wie es die Programmpunkte vorsehen sollen. Das muß man sich klar machen, wenn man den Warnruf der Tokioer Regierung bei der Abreise ihrer Delegation wirklich verstehen will. Japan würde aller Wahrscheinlichkeit nach die Konferenz sofort verlassen und damit ihr Scheitern herbeiführen, wenn tatsächlich von amerikanischer Seite ernstlich versucht werden sollte, an diesen Fragen zu rühren, die für Japan eben erledigt sind. Es ist nicht anzunehmen, daß die amerikanische Union es dahin würde kommen lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir überhaupt in diesen, Japan so sehr betreffenden, Programmpunkten nur ein diplomatisches Druckmittel zu sehen haben, um auf die japanische Seerüstung abschwächend einwirken zu können, und sich im übrigen China von Japan freie Hand zu verschaffen.

Hier hätte Amerika dann eben nur noch mit dem englischen Konkurrenten zu rechnen, der allerdings keineswegs gewillt ist, die durch den Weltkrieg veränderte Lage des schon vorhandenen amerikanischen Uebergewichts anzuerkennen. Vielmehr ist England durchaus bemüht, seine alte Vormachtstellung sich wieder zu verschaffen, und sucht für seine Zwecke den Bürgerkrieg in der Weise auszunützen, daß es die Anhänger der Monarchie eifrig unterstützt, im Gegensatz zu Amerika, das seine Hilfe den Republikanern leiht. Auch England wird nicht gewillt sein, seine Interessensphären am Yangtse aufzugeben, auch wenn ihm dafür Tibet zugesichert werden soll. Denn Tibet hat es ja bereits, so daß es für seine Opfer nichts Neues erhalten würde. Also auch von englischer Seite wird den amerikanischen Plänen ein energischer Widerstand entgegengesetzt werden.

Wie weit es daher den Amerikanern gelingen wird, sich durchzusetzen, wird davon abhängen, ob England und Japan sich zu gemeinsamer Abwehr, ähnlich dem russisch-japanischen Zusammenstehen im Jahre 1910, zusammentun werden, oder ob Amerika zunächst England für einen gemeinsamen Kampf gegen die gelbe Großmacht wird zu gewinnen wissen. Im letzteren Falle würde Japan isoliert dastehen, aber das Angelsachsentum hätte dann nicht nur mit einem Gegner zu rechnen, der mit dem Mute der Verzweiflung

Digitized by Google

alles wagen würde, sondern auch damit, daß es Japan vielleicht gelingen kann, die schon bereits von ihm in diesem Sinne beeinflußte und bearbeitete öffentliche Meinung in China aufzurufen, daß nur eine gemeinsame Front der gelben Rasse unter Japans Führung vor einer Versklavung durch das angelsächsische Kapital retten kann. Wenn auch der Bürgerkrieg China jetzt in viele Lager teilt, so gibt doch die Erklärung der Cantoner Regierung in dieser Richtung zu denken, indem sie betonte, daß sie mit der Pekinger Regierung sich sofort konform erklären würde, wenn die politische und territoriale Unabhängigkeit Chinas in Frage käme. Man könnte sich also amerikanischerseits auch hier verrechnen, wenn man den jetzt in China tobenden Bürgerkrieg als einen besonders günstigen Faktor ansehen sollte. Auch die Chinesen haben allmählich gelernt und sind etwas mißtrauisch gegen solche Freundschaften geworden, wie sie ihnen jetzt wieder von Amerika mit besonders eindringlichen Worten ans Herz gelegt werden.

Von der Stellung Englands zu Japan wie nicht weniger von der inneren Geschlossenheit Chinas wird es also abhängen, ob die Washingtoner Konferenz eine Lösung des chinesischen Problems im amerikanischen Sinne bringen wird oder nicht, ob in Washington zum letzten Male oder nur zum dritten Male die Integrität Chinas von Amerika „verteidigt" worden ist.

Die Aufstände in der Ukraine

Von * * *

Die europäische und außer-europäische Oeffentlichkeit haben sich in den letzten Jahren dermaßen an die Nachrichten von Aufständen in Südrußland, wie unbegreiflicherweise die Ukraine noch immer und nicht nur von imperialistischen Russen genannt wird, gewöhnt, daß man über gelegentlich wieder erscheinende Berichte von neuen Aufständen achtlos hinübergleitet. Als vor ungefähr zwei Wochen wiederum Depeschen den Ausbruch von Aufständen im Gouvernement Podolien gegen die Bolschewisten meldeten, hielt man diese Mitteilungen zum Teile für erfunden oder zum Teile für eine Aufbauschung belangloser lokaler Geschehnisse. Die Sowjetregierung trug redlich das Ihrige dazu bei, um diesen jüngsten Aufstand zu einer ganz bedeutungslosen Angelegenheit zu stempeln, indem sie wohl von vorgekommenen, durch räuberische ukrainische Banden verübten Judenprogromen meldete, sonst aber mit keinem Wort erwähnte, daß diese Aufständischen im ersten Ansturm die gerade in jener Grenzgegend, im Winkel zwischen Polen und Rumänien, massierten bolschewistischen Streitkräfte um viele Kilometer zurückgedrängt, zahlreiche Ortschaften erobert und die Unterstützung weiter Schichten der Landbevölkerung gefunden haben. Es

Digitized by Google

läßt sich natürlich heute nicht voraussehen, wie lange sich die Aufständischen halten und welche Erfolge sie erringen werden; es ist sogar wahrscheinlich, daß die Bolschewisten durch Heranführung verläßlicher, aus Großrussen bestehender Divisionen diesen jüngsten Aufstand zu liquidieren imstande sein werden, aber schon die Tatsache, daß es wenigen tausend schlecht organisierten und noch schlechter bewaffneten Aufständischen überhaupt gelingen konnte, reguläre bolschewistische Truppenteile zurückzudrängen und sich nahezu zwei Wochen auf einem Gebiete von vielen tausend Quadratkilometern zu halten, gibt viel zu denken. Man kann nicht einmal das Moment der Ueberrumpelung zugunsten der Bolschewisten geltend machen; verläßlichen Nachrichten zufolge verfügten die Bolschewisten am Grenzstreifen gegen den Zbrutsch und den Dnjestr über ausgezeichnete kriegsmäßig ausgerüstete Sicherungstruppen; urbi et orbi hatten sie außerdem verkündet, daß trotz Hunger und wirtschaftlicher Notlage die Bevölkerung Rußlands und der Ukraine sich mit der Herrschaft der Kommunisten nicht nur abgefunden, sondern auch befreundet habe; aus den letzten an Polen und Rumänien gerichteten Noten Tschitscherins geht überdies unzweideutig hervor, daß die Sowjetregierung von der Wahrscheinlichkeit eines Einfalls aufständischer Ukrainer gewußt und dementsprechende Vorbereitungen getroffen hatte. Trotzdem aber gelang es einem verhältnismäßig kleinen Häuflein von entschlossenen Aufständischen, namhafte Anfangserfolge zu erringen und sich wenigstens bisher — über zwei Wochen — zu behaupten. Das ist ein schlimmes Memento für die tatsächlichen Machtverhältnisse der herrschenden Sowjetgewalt. Es ist im ganzen Auslande klar gewesen, daß die Sowjetleute sich nur dank ihrer Roten Armee behaupten können. Es gehörte ferner zum politischen ABC, daß die Hauptwaffe der Bolschewistenregierung der Terror sei, der nur durch den Bestand der wohlorganisierten Roten Armee durchgeführt werden kann. Wenn nun dieser Schreckpopanz der Roten Armee sich von einigen wenigen Abteilungen der Aufständischen im ersten Ansturm in die Flucht schlagen läßt, so ist das ein Symptom dafür, wie brüchig eigentlich die Organisation und der Glaube an die eigene Kraft bei großen Teilen der Roten Armee sind.

Daß sich die Rote Armee und die Sowjetbehörden in der Ukraine so wenig sicher fühlen, ist in den Verhältnissen, die in der Ukraine herrschen und von den Bolschewisten geschaffen wurden, nur allzusehr begründet. Alle Sowjetinstitutionen und -Behörden haben das Empfinden, daß sie rings von Feinden umgeben sind und bei 99 Prozent der Bevölkerung gar keinen Rückhalt haben. Der Grund dieser Unsicherheit ist darin zu suchen, daß trotz verschiedenster Versprechungen und trotz der angeblichen Selbständigkeit der Sowjetukraine Moskau das ganze Land als ausgesprochenes Kolonialland behandelt, die nationalen Empfindungen der Ukrainer täglich aufs neue mit Füßen tritt und so den Gegensatz zwischen sich und den

Digitized by Google

Ukrainern zu einem sozialökonomischen und nationalen gemacht hat. Alle Gesellschaftsschichten der Ukraine sind durch die bolschewistischen Ueberfälle und durch die schließliche bolschewistische Okkupation schwer betroffen worden. Handel und Industrie sind völlig zerstört, die Intelligenz des Landes dezimiert, das Proletariat der Städte in die Dörfer gedrängt und die Bauern durch die ewigen Brandschatzungen hart betroffen worden. Es gibt in der Ukraine keinen irgendwie in Betracht kommenden bodenständigen Bevölkerungsteil, der sich gegenüber den Bolschewisten zumindest neutral verhalten würde. Bourgeoisie, Kleinbürgertum, Proletariat, Bauern, Intelligenz und Halbintelligenz sind von tiefstem Haß gegen die bolschewistischen Eindringlinge und Räuber, Heuchler und Tschekisten erfüllt. Leider ist der größte Teil der Bevölkerung durch den Terror, durch die Denunziationen und durch die schreckliche Not derart zermürbt, daß er nicht imstande ist, nach so vielen vergeblichen gegen die Bolschewisten gerichteten Aufstandsversuchen noch einmal genügend Energie aufzubringen, um sich aufs neue gegen die landfremde unmoralische Macht der Moskauer Despoten roter Färbung zu empören. Wenn sich jedoch irgendwo ein Energiezentrum findet, das aufs neue den aktiven Kampf gegen die Bolschewisten aufzunehmen wagt, so übt es eine ungeheure Anziehungskraft auf alle Teile der Bevölkerung, und zwar abgestuft nach dem Grade der noch vorhandenen Widerstandskraft der einzelnen Schichten. Darum finden die Aufstände, die in fast allen Fällen vom flachen Lande ausgehen, zunächst bei der Dorfbevölkerung Unterstützung; schreitet der Aufstand fort und und weist er irgendwelche Erfolge auf, so zieht er zunächst die Intelligenz, die Dorfintelligenz und Teile des Kleinbürgertums in seinen Bann, um jedoch, sofern er mißlingt, diese letztgenannten Elemente zuerst zu verlieren. Als unzerstörbares Residuum verbleibt jedoch immer die noch ungebrochene Lebensenergie des flachen Landes, dessen Zermürbung den Bolschewisten noch lange nicht gelungen ist und auch nie gelingen wird, denn nach dem Sprichwort des ukrainischen Bauern kann man ihm nichts antun, weil es unmöglich ist, ihn zu degradieren und aus ihm weniger als einen Bauern zu machen.

Die Bolschewisten wissen ganz genau, daß nur die Angst vor ihren brutalen rücksichtslosen Maßnahmen ihnen die sogenannte Beherrschung der Ukraine — in Wirklichkeit üben sie nur in den Städten eine gewisse Macht aus — ermöglicht. Werden sie dessen gewahr, daß trotz der Angst vor ihren Strafexpeditionen, Hinrichtungen, Erpressungen und Enteignungen sich dennoch beherzte Menschen zu einem aktiven Widerstand finden, dann fühlen sie die Grundlage ihrer Herrschaft überhaupt erschüttert und erliegen der Panik. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Herrschaft der Bolschewisten in Sowjetrußland und auch in der Ukraine nur darum andauern kann, weil es niemanden gibt, der genügend Energie und Mut haben würde, die Bolsche-

Digitized by Google

wisten abzulösen. Selbst ganz rechtsgerichtete Elemente in Rußland pflegen zu sagen, daß der Regierungsstuhl unbesetzt bleiben müßte, sollten die Bolschewisten verschwinden. Aeußert sich aber irgendwo ein entschlossener Wille zur Vertreibung der Bolschewisten und der Uebernahme der Gewalt, so übt dieser Wille eine ungeheure Anziehungskraft auf das gesamte Land aus.

Es ist nun auffallend, daß seit vier Jahren gerade in der Ukraine immer wieder neue Aufstandszentren entstehen, um den Kampf gegen die Bolschewisten aufzunehmen. Der Grund hierfür ist nicht nur ein sozialökonomischer, denn sonst müßte es ja auch in Großrußland wenigstens sporadische Aufstände geben, sondern ein national-separatistischer. Es ist eben die Kraft der national-ukrainischen Idee, die immer wieder neue Aufstandsgruppen entstehen und bewaffneten Widerstand gegen die Bolschewisten entgegenstellen läßt. Dieses nationale Bewußtsein der Ukrainer ist im Jahre 1917 zunächst nur Gemeingut der ukrainischen Intelligenz gewesen. Vier Jahre Revolution und Bolschewistenherrschaft haben es in die weitesten Schichten des ukrainischen Volkes getragen und namentlich bei der Dorfbevölkerung verankert. Der Prozeß wurde dadurch gefördert, daß die in den Städten wohnhaft gewesene ukrainische Intelligenz, die Vertreter der freien Berufe, die Halbgebildeten, die gelernten Arbeiter, die Advokaten, Aerzte, Lehrer, Schriftsteller und Studenten, wegen Nahrungssorgen und wegen des bolschewistischen Terrors die Flucht aufs Land angetreten hat. Dort wurde sie der natürliche Führer und Aufklärer der Dorfbevölkerung. Was selbst die umfassendste national-ukrainische Propaganda nicht vermocht hätte, nämlich tausende und aber tausende Agitatoren aufs flache Land zu schicken, das brachte die bolschewistische Regierungsmethode zustande. Und der Effekt ist, daß gegenwärtig von einem nationalbewußten ukrainischen Gesamtvolke gesprochen werden kann. Darum finden selbst mit geringen Kräften unternommene Aufstände gegen die Bolschewisten in der Ukraine stillschweigende Förderung und auch aktive Teilnahme, breiten sich rasch aus und verursachen den Bolschewisten schwere Sorge.

Ob der gegenwärtige Aufstand in der Ukraine schon jetzt und sofort Erfolge zeitigen und zur Vertreibung der Bolschewisten führen wird, ist fraglich. Denn die Aufständischen verfügen wohl noch nicht über genügende aufbauende und administrative Kräfte, die imstande wären, das von den Bolschewisten gesäuberte Gebiet zu organisieren und zu verwalten. Außerdem findet wegen des nationalen Charakters der Aufstände in der Ukraine die Aufstandsbewegung den entschiedenen Widerstand nicht nur der Bolschewisten, sondern des gesamten russischen Volkes, das nicht auf die milchgebende ukrainische Kuh verzichten will. Was jedoch jetzt noch nicht zu einem vollen Erfolge zu führen imstande ist, kann leicht nach wenigen Monaten so übermächtig geworden sein, daß keine Gewalt vermögen wird,

Digitized by Google

es niederzuringen. Man kann angesichts der immer wieder aufflammenden Aufstände der Ukrainer sagen: Die Befreiung dieses Volkes vom fremdnationalen und bolschewistischen Joch ist unterwegs, und nichts wird sie aufhalten.

Das ägyptische Märchen

Von G. Buetz

Aus Kairo wird gemeldet, daß die Grundzüge des Vertrages zwischen Aegypten und England festgelegt sind. Sie lauten dahin, daß britische Truppen weiterhin Port Said und die östliche Zone des Suezkanales besetzen. Für die öffentliche ägyptische Schuldenlast wird ein britischer Kontrolleur ernannt. Alexandrien wird ein englischer Flottenstützpunkt mit internationaler Polizeimacht. Aegypten wird eine eigene ausländische Vertretung haben, England aber behält das Recht, beim Abschluß aller Verträge — mit der Ausnahme von Handelsverträgen — Ratschläge zu erteilen. Die Rechtsbeziehungen des Sudans und sein jetziger politischer Status bleiben die gleichen wie bisher.

Diese Bestimmungen zeigen, daß die von England garantierte Freiheit Aegyptens ein Märchen ist. England hält Aegypten heute genau so fest in der Hand wie zuvor. Man gebe sich die Mühe, die Vertragsbestimmungen näher zu betrachten. Was heißt es, daß „nur noch" die östliche Zone des Suezkanals und Port Said mit britischen Truppen besetzt bleiben? England weiß genau, daß einer der gefährlichsten Punkte seines Weltreiches der Suezkanal ist. Der Suezkanal ist nicht nur der Wasserweg nach Indien, sondern zugleich der militärische Stützpunkt für England im Mittelmeer und für die Aufrechterhaltung der Linie Kap—Kairo, und letztlich für die Aufrechterhaltung der Beherrschung Aegyptens. Vom Sudan bis Port Said mit englischen Truppen umstellt, ist Aegypten militärisch bis zur Tripolislinie umfaßt. Port Said selbst ist bester Kriegshafen. Ein neuer Kohlenhafen und Kohlenlagerplätze entstanden 1894. Ein Dock für Petroleumdampfer wurde schon 1891 errichtet und fand seine namhafte Erweiterung. Verladevorrichtungen für Militärtransporte, Werftanlagen neuester Art fehlen nicht. Der zunächst auf eine Tiefe von 10 Metern ausgebaggerte Hafen wurde neu vertieft, durch Wellenbrecheranlagen geschützt und erweitert. — Eine feste Militärmacht zwischen dem Ostwinkel des Mittelmeeres, zwischen Aegypten, Sinai und Arabien, beraubt Aegypten eines politisch unendlich wichtigen Faktors, einer Möglichkeit des Zusammenschlusses mit dem Mohammedanismus Arabiens und Vorderasiens. Der Suezkanal und Sinai bilden die Brücke nach Arabien, und der Mittelmeerwinkel bei Port Said stößt an die syrischen Gebiete. Ueber Syrien aber ist vorzugsweise ein Eindringen der großen mohammedanischen Bewegung

Digitized by Google

möglich, die Vorderasien bis nach Indien hin heute erfüllt, und die letztlich nichts als ein Auflehnen Asiens gegen Europa bedeutet. Denn sowohl der Bolschewismus in den türkischen Zentren, in Persien und Indien kennzeichnet sich stets durch seinen Willen, eine dem asiatischen Empfindungsleben kulturfremde Einmischung abzustreifen. So sind die vorderasiatischen Kampfhandlungen, so ist das neue persisch-afghanische Bündnis aufzufassen. Dort, wo der Hebel jeder ägyptischen Freiheitsbewegung angelegt werden müßte, hat England also vertraglich seine Truppenmacht stehen.

Für die öffentliche Schuld Aegyptens ist ein britischer Kontrolleur zu benennen. Aegypten ist bei seinem Reichtum an Ausfuhrgütern gegenüber einer bedürfnislosen Bevölkerung ein Land, das in seinem Staatshaushalt mit Ueberschüssen rechnen kann. Trotz der dauernden Militärlasten, die Aegypten zu tragen hatte — im Jahre 1893 mußte Aegypten für die englische Besatzung Aufwendungen von 137 000 ägypt. Pfund, im Jahre 1913 in der Höhe von 150 000 ägypt. Pfund tragen — war im Staatshaushalt kaum ein nennenswerter Fehlbetrag zu verzeichnen. Bis zum Ende des Jahres 1914 hat Aegypten nicht weniger als $4^1/_2$ Millionen ägypt. Pfund Geld an England abgeben müssen. Man hatte demzufolge einen Fehltrag von 1 700 000 Pfund bei 15 100 000 Pfund Einnahmen und 16 800 000 Pfund Ausgaben. Dieser Fehlbetrag sollte durch Steuern ausgeglichen werden. Dies war nicht möglich, denn die englische Besatzung der Kriegszeit, die zunächst eintretende vollkommene Absatzstockung auf dem Rohbaumwollmarkte brachte eine Verelendung über die Bevölkerung, die ihren Ausdruck in schweren Hungersnöten fand. Wenn in Aegypten später ein Kriegsreichtum wie überall entstand, so hatte der Staat hiervon keinen Vorteil. Auf das radikalste nahm das kriegführende England die Staatsfinanzen Aegyptens in Anspruch, so daß die Periode der Verschuldung einsetzte. Wie der ganze Vertrag eine Ironie ist, so insonderheit der Passus von der britischen Kontrolle derjenigen Schulden, die durch eine radikale Erpressungspolitik des jetzt als Kontrollorgan auftretenden Reiches hin entstanden. Abgesehen hiervon sichert sich England durch diesen Passus die Kontrolle über das ganze Finanzwesen, beziehungsweise Steuerwesen, denn es diktiert natürlich zur Sicherung der ägyptischen Schulden diejenigen Mittel, welche anzuwenden sind, um eine Schuldentilgung herbeizuführen. Hat doch Aegypten, um für die englische Textilindustrie seine Baumwollkulturen entwickeln zu können, Anleihen aufzunehmen gehabt, die England nun kontrolliert. Im wesentlichen aber kommt es England darauf an, gesunde ägyptische Finanzen aufrechtzuerhalten, da es von dem entwicklungsfähigen Wirtschaftsleben Aegyptens seine Vorteile entnehmen will. Diese Entwicklung muß natürlich englisch sein, das heißt — als Beispiel —, man muß auf Kosten der eigenen Ernährung Baumwolle an Stelle von Weizen bauen.

Digitized by Google

Aegypten wird die eigene diplomatische Vertretung haben, aber alle Verträge wird man, mit dem Ratschlage Englands versehen, abschließen. Das heißt in die Zeit der Cromer und Gorst zurückkehren, die zunächst unter dem Deckmantel der mithelfenden Einmischung die Khedivenregierung und den damals noch bestehenden internationalen Einfluß mattsetzten. Wer würde im übrigen annehmen, daß es sich hier um etwas anderes als eine Form handelt? Aegypten ist wirtschaftlich und politisch gleichermaßen infolge seiner geographischen Lage gezwungen, Bündnisse mit jenen Staaten zu suchen, die englandfeindlich sind, zum wenigsten England als eine Gefahr ansehen müssen. Wie sollte England demnach eine freie Verfügung einem Lande gegenüber zulassen, das an der gefahrvollsten Stelle des englischen Imperiums liegt?! Und was soll jener Scheinsatz von der Ausnahme der britischen Einmischung den Handelsverträgen gegenüber. Alle grundlegenden Handelsabkommen sind von der eminentesten politischen Bedeutung, allein ihren ausgestaltenden Maßnahmen kommt eine untergeordnete Stellung zu; dies aber auch allein aus dem Grunde, weil die politische Richtlinie festliegt und nur die Art der Sonderausführung noch zu finden oder zu vervollkommnen ist.

All den Märchen von der Schaffung eines selbständigen Aegyptens gegenüber erinnere man sich doch immer wieder dieser grundlegenden Tatsachen. Aegypten ist der wirtschaftliche Stützpunkt für den englischen Mittelmeerhandel, ohne Aegypten ist das Projekt des afrikanischen Landweges undurchführbar; ohne Aegypten ist der Sudan nicht zu halten, und die Bedeutung des Sudans sinkt auf ein Minimum herab; ohne ein englisches Aegypten besteht die Gefahr einer wirtschaftlichen und politischen Vereinigung zwischen östlich Nordafrika, Westpersien und Südsyrien; hiermit ist der Suezkanal bedroht, was gleichbedeutend mit der Bedrohung des indischen Seeweges ist. Irland kann man hergeben, nicht aber Aegypten —!

Die französischen Absichten im Saargebiet

Von Richard Posselt

Der Versailler Vertrag hat für das Saargebiet Bestimmungen vorgesehen, wie sie ähnlich auf kein anderes Gebiet in Anwendung gekommen sind. Bei Festsetzung dieser Regelung ging man von der Erwägung aus, daß Frankreich für die zerstörten Gruben in Nordfrankreich einen Ersatz erhalten sollte, der es unabhängig machte von den Reparationskohlenlieferungen Deutschlands. Aus diesem Grunde mußte Deutschland „das volle und unbeschränkte, völlig schulden- und lastenfreie Eigentum

Digitized by Google

an den Kohlengruben im Saarbecken mit dem ausschließlichen Ausbeutungsrecht an Frankreich abtreten". Um Frankreich die volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen, wurde ein Gebiet im Saarkohlenbecken abgegrenzt, das zur Verwaltung einer vom Völkerbund bestellten Kommission unterstellt ist. Nach § 46 des Versailler Vertrags und nach der Einleitung zur Anlage I des Saarbecken-Abkommens ist diese Regelung getroffen „zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung und um Frankreich volle Freiheit bei der Ausbeutung der Gruben zu verbürgen".

Dem französischen Staat ist nach diesen Bestimmungen lediglich das volle Recht an den Gruben und allen Nebenanlagen der Gruben und an den Einrichtungen und das Gerät zur Gewinnung über und unter Tage, auch das Förderungsgerät und die Werke zur Umwandlung von Kohle in elektrische Kraft, Koks und Nebenprodukte, Werkstätten, Verkehrswege, elektrische Leitungen, Wassergewinnungs- und Verteilungsanlagen, kurz an allen Anlagen übertragen, die in Zusammenhang mit den Saargruben stehen.

Da die Verfasser dieser Bestimmungen sich zweifellos darüber im klaren waren, daß bei völliger Uebertragung des Eigentums der Gruben und ihrer Nebenanlagen an Frankreich sich Schwierigkeiten bei der Verwaltung dieses Gebiets und bei der Sicherstellung der Rechte als deutsche Staatsbürger sich für die Bevölkerung ergeben würden, sieht der Versailler Vertrag für die Verwaltung dieses Gebiets und zur Sicherstellung der Rechte und der Wohlfahrt der Bevölkerung eine vom Völkerbund ernannte Kommission vor, der ein Franzose und ein Saargebietsbewohner, der nicht Franzose sein darf, und drei Vertreter aus anderen Staaten angehören müssen.

Während der Sinn der Bestimmungen über die Regierung des Saarbeckens (Kapitel 2 der Anlage des Saarbecken-Abkommens) der ist, daß die Bevölkerung des Saargebiets in ihren Rechten, Freiheiten und Gewohnheiten nicht beschränkt werden soll, daß ihre Staatsangehörigkeit nicht berührt wird, daß sie in jeder Beziehung Anspruch auf eine neutrale und unparteiische Verwaltung des Gebiets erheben darf, daß die wirtschaftlichen Grundlagen des Landes bestehen bleiben, hat sich aus der anderthalbjährigen Verwaltung des Gebietes durch die erwähnte Völkerbundskommission ergeben, daß dieser Geist bei der Regierung des Landes in keiner Weise vorherrscht. Schon in der Proklamation zum Regierungsantritt wies die Regierungskommission in ihrem Aufruf an die Bevölkerung lediglich auf die Pflichten der Bevölkerung zum Gehorsam usw. hin, ließ aber die Rechte der Bevölkerung völlig unberücksichtigt. Es zeigte sich sogar sehr bald, daß die Regierungskommission des Saargebiets in ihren Entschlüssen zur Verwaltung des ihr anvertrauten Gebiets nicht unabhängig, sondern

Digitized by Google

Einflüssen der französischen Regierung in weitgehendstem Maße unterworfen ist.

Es ergab sich, daß bereits die Zusammensetzung der Regierungskommission nicht von dem Geist und der Unparteilichkeit eines Treuhänders, sondern vom Geist schärfster Parteilichkeit diktiert war, indem neben dem Franzosen ein Däne und ein Belgier mit ausgesprochen französischer Tendenz ernannt wurden. Der Däne, Graf Moltke-Huitfeld, kann überhaupt nicht als Däne im eigentlichen Sinne angesprochen werden, da er seit über 30 Jahren in Paris als bekannter Rennstallbesitzer ansässig ist. Zum Präsidenten der Regierungskommission wurde das französische Mitglied, Staatsrat Rault, ernannt. Wie bekannt geworden ist, hat sich wegen dieses Präsidenten seinerzeit ein sehr scharfer Kampf zwischen Frankreich und England ergeben, da beide Anspruch auf diesen Posten erhoben. Frankreich ist mit seiner Forderung durchgedrungen, nachdem es in sehr heftiger Form den englischen Standpunkt bekämpft hat. Wie sich aus der Entwicklung der Dinge ergeben hat, ist die französische Forderung in ganz bestimmter Absicht erhoben worden.

Die Bestimmungen über das Saarbecken-Abkommen verbieten im Saargebiet jeglichen Militärdienst und verlangen zur Aufrechterhaltung der Ordnung die Einrichtung einer örtlichen Gendarmerie. Schon die Tatsache allein, daß beide Bestimmungen in einem Paragraphen in engster Verbindung enthalten sind, läßt erkennen, daß das Saargebiet nicht zum besetzten Gebiet gerechnet werden sollte, und daher keine Besatzungstruppen erhalten durfte. Obwohl die Bevölkerung in zahlreichen Eingaben und energischen Forderungen, obwohl die deutsche Regierung auf diese Bestimmungen des Saarbecken-Abkommens hingewiesen hat, hat die Regierungskommissionen bis auf den heutigen Tag die Anwesenheit französischer Besatzungstruppen im Saargebiet verteidigt. Obwohl dem Präsidenten Rault wegen seines bestimmungswidrigen Verhaltens in der Besatzungsfrage vom Völkerbund einen Rüge erteilt wurde und er angewiesen wurde, umgehend die Einrichtung der örtlichen Gendarmerie durchzuführen und die französischen Besatzungstruppen abzubauen, hatte Herr Rault bisher noch keine Veranlassung genommen, sich an diese Anweisung des Völkerbundes zu halten. Noch heute zählt die französische Besatzung im Saargebiet rund 8000 Mann. Es dürfte nicht schwer sein, zu erraten, daß Herr Rault sich diese Weigerung erlauben durfte, weil Frankreich sein Verteidiger ist.

Die Besatzungstruppen haben im Saargebiet die bestehende Wohnungsnot bis ins Unerträgliche gesteigert. Von den berufenen Vertretern auf die Unhaltbarkeit dieser Mißstände aufmerksam gemacht, erwiderte Präsident Rault seinerzeit u. a. folgendes: „Ich betrachte mich als den Vertreter der französischen Offiziere, Beamten und An-

Digitized by Google

gestellten und kann nicht zugeben, daß die Bevölkerung des Saargebiets in der Wohnungsfrage bevorzugt wird." Nach den bereits angeführten Bestimmungen wurde die Regierungskommission eingesetzt nicht zur Vertretung der Interessen französischer Offiziere usw., sondern zur Sicherung der Rechte und Wohlfahrt der Bevölkerung. Das Wohnrecht wird der Bevölkerung, wie bereits angegeben, durch die Ansprüche der französischen Besatzungstruppen, der französischen Beamten usw., aufs ernsteste streitig gemacht, ohne daß Herr Rault Abhilfe geschaffen hat.

Die Gesetze und Verordnungen, die im Saarbecken am 11. November 1918 in Kraft waren, sollen in Kraft bleiben. Abänderungen, die notwendig werden, um die Gesetze usw. mit den Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags in Einklang zu bringen, dürfen nur vorgenommen werden nach Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung. Unter Mißachtung dieser in § 23 des Kapitels 2 des Saarbecken-Abkommens festgelegten Bestimmungen hat die Regierungskommission das deutsche Recht durch eine sogenannte Justizreform beseitigt, die deutschen Gesetze in den Fällen, wo es ihren bestimmten Absichten notwendig erschien, abgeändert bzw. aufgehoben. Auch die deutschen Berggesetze, die nach § 12 auch weiterhin als Rechtsordnung maßgebend sein sollten, sind von der Regierungskommission abgeändert, das Knappschaftswesen, Pensions- und Versicherungswesen ist neu geregelt worden, wodurch die Arbeiterschaft an der Saar wesentliche Nachteile erleidet, da nunmehr alle diese Sozialgesetze von der deutschen Sozialversicherung abgetrennt wurden.

Die Anhörung der gewählten Vertreter der Bevölkerung ist ausdrücklich und wiederholt in den Bestimmungen festgelegt worden. Die Regierungskommission kommt diesen Forderungen dadurch nach, daß sie den örtlichen Vertretungen der Bevölkerung zwar ihre Entwürfe usw. unterbreitet, ihre Einwände aber in jedem Falle unberücksichtigt läßt. Sie geht dabei sogar so weit, daß sie die Selbstverwaltung der Gemeinden antastet und ihnen auf dem Verordnungswege Verfügungen übermittelt, die das Selbstverwaltungsrecht und die Entschlußfreiheit der Gemeinden vollkommen ausschließt.

In dem Saarbecken-Abkommen wird die deutsche Staatsangehörigkeit der Einwohner des Saarbeckens ausdrücklich garantiert. Dennoch hat die Regierungskommission diese Bestimmungen dadurch umgangen, daß sie eine Art saarländische Staatsangehörigkeit, nämlich die Eigenschaft „Saareinwohner" schuf, die jedem Ausländer innerhalb eines halben bis einem Jahre dieselben staatsbürgerlichen Rechte einräumt, wie der eingesessenen Bevölkerung.

Ein besonderes Kapitel in der Verwaltungstätigkeit der Saarregierung bildet die Ausweisungspolitik, in welcher sie dem Beispiel der

Digitized by Google

französischen Besatzungsbehörde geeilt ist. Unter ihrer Regierung haben Hunderte eingesessener Bewohner deutscher Staatsangehörigkeit ihre Heimat verlassen müssen, nachdem sie vorher großenteils eine unwürdige Behandlung in Gefängnissen der französischen Besatzungsbehörde bzw. der französischen Gendarmerie haben erdulden müssen. Neben den großen seelischen Qualen, die man diesen Leuten auferlegt hat, haben sie außerordentlich bedeutende materielle Schäden erlitten, für die die Regierungskommission in keiner Weise aufgekommen ist. Diese Ausweisungspolitik ist um so ungesetzlicher, als den betroffenen Personen keinerlei Beweise irgendeiner Schuld oder eines Vergehens nachgewiesen werden können, die eine solche Maßnahme berechtigen würden. Lediglich die Tatsache, daß diese Leute als aufrichtige Vertreter des Deutschtums angesehen wurden, hat man zum Anlaß genommen, um in dieser scharfen Form gegen sie vorzugehen, während man die französischen Propagandazellen mit ihren zahlreichen bekannten Agenten im Saargebiete ungehindert ihre Tätigkeit ausüben läßt, obwohl der Regierungskommission bekannt ist, daß diese Propaganda aus französischen Staatsmitteln bezahlt wird.

Besonders gravierend sind die Verletzungen des Saarbecken-Abkommens durch die Regierungskommission in der Währungsfrage. Indem im § 32 ausgesprochen wird, daß der Umlauf französischen Geldes im Saarbecken keinem Verbot unterworfen werden darf, wird zum Ausdruck gebracht, daß die allein gültige Währungsmünze im Saargebiet die deutsche Reichsmark ist. Die Regierungskommission hat aber vom Beginn ihrer Tätigkeit an darauf hingearbeitet, die deutsche Mark durch den französischen Franken zu ersetzen. Unter Anwendung verwerflichster Druckmittel hat sie die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Verkehrsanstalten, der Kommunalverwaltungen usw. gezwungen, die Frankenzahlung anzuerkennen. Sie hat noch jüngst durch eine Verfügung vom 31. August d. J. und durch Schreiben vom 3. November d. J. den Gemeindeverwaltungen verboten, ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern irgendwelche Erhöhung ihrer Bezüge in Mark zu gewähren, sondern Aufbesserungen nur in Franken gestattet. Gegen einige Bürgermeister, die trotz dieser Verfügung eine Markaufbesserung für die Bezüge ihrer Angestellten angeordnet hatten, hat die Regierungskommission ein Disziplinarverfahren beantragt.

Als trotz allen Druckes dennoch die Stadtverordneten von Saarbrücken beschlossen, eine Aufbesserung der Bezüge der städtischen Bediensteten nur in Mark vorzunehmen, verlangte die Regierungskommission mit Schreiben vom 8. November d. J., „innerhalb einer Frist von 48 Stunden der Verordnung der Regierungskommission vom 31. August d. J. (Einführung der Frankenzahlung in den Gemeindeverwaltungen) Geltung zu verschaffen, andernfalls sich der

Digitized by Google

Präsident der Regierungskommission gezwungen sehe, die erforderlichen Anordnungen zu treffen." Ungeachtet dieses kurzfristigen Ultimatums beschloß die Stadtverordnetenversammlung Saarbrückens mit allen gegen fünf Stimmen, „bei dem zu bleiben, was wir vorher erklärt haben, und es der Gewalt zu überlassen, die Angelegenheit zu regeln".

Zum Protest gegen die Verweigerung der Genehmigung des Stadtverordnetenbeschlusses auf Erhöhung der Bezüge der kommunalen Bediensteten traten die städtischen Arbeiter und ein Teil der Angestellten in den Streik. Bei Abschluß dieser Mitteilung war noch nicht ersichtlich, welchen weiteren Gang die Dinge im Saargebiet nehmen werden, doch ist zu erwarten, daß die Regierungskommission gewaltsam die Frankenzahlung in den Gemeindeverwaltungen einführen wird trotz des Protestes der Gemeindevertretungen an den Völkerbund.

Die einseitige Politik der Saarregierung hat dazu geführt, daß das Wirtschaftsleben dieses Landes auf das Tiefste erschüttert wurde. Der Versuch der gewaltsamen Umstellung nach Westen, die gewaltsame Einführung der Frankenzahlung auf den Saargruben, in der Hüttenindustrie, in den Verkehrsanstalten und Gemeindeverwaltungen, hat die saarländische Industrie konkurrenzunfähig werden lassen, da ihre gesteigerten Produktionskosten ihre Produkte dermaßen verteuerten, daß sie auf dem deutschen Markt nicht mehr abgesetzt werden können. Der französische Markt steht der saarländischen Industrie jedoch wegen der in Frankreich herrschenden industriellen Ueberproduktion und des rein deutschen Aufbaus und der rein deutschen technischen Einrichtungen der Saarindustrie nicht zur Verfügung.

Diese wirtschaftliche Krise hat die Saarbevölkerung veranlaßt, nachdem die Regierungskommission es abgelehnt hat, eine Aenderung herbeizuführen, eine Abordnung zum Völkerbund nach Genf zu entsenden, um Abhilfe zu erbitten. In einem umfangreichen Memorandum hat die Abordnung die wirtschaftliche Notlage des Landes und ihre Ursachen geschildert. Die Saarabordnung hat auf Grund der mit der Mehrzahl der Mitglieder des Völkerbundes gehabten Unterredungen den Eindruck, daß der Völkerbund über die Verhältnisse im Saargebiet völlig falsch unterrichtet war, was aus der Aeußerung eines Völkerbundsmitglieds einwandsfrei hervorging. Wie es heißt, wird der Völkerbund sich bereits in seiner Dezembertagung mit der Saargebietsfrage auf Grund der Darstellungen der erwählten Vertreter der Bevölkerung befassen.

Der Hilferuf der Bevölkerung an den Völkerbund hat die Saarregierung sowohl wie die französische Propaganda im Saargebiet veranlaßt, eine wilde Agitation gegen die Saardelegation zu entfachen. Aus den verschiedenen Veranstaltungen zu dem erwähnten Zwecke hat sich klar ergeben,

Digitized by Google

daß die Treibereien gegen die Interessen der Saarbevölkerung, wie sie in Genf durch die Abordnung vertreten wurden, von französischer Seite ausgingen. Zur Abwehr dieser französischen Bestrebungen hat die Saarbevölkerung sich zu gewaltigen Protestkundgebungen zusammengefunden, worin sie zum Ausdruck brachte, daß sie einmütig hinter der Genfer Abordnung steht und ihren Schritt billigt, daß sie auf der anderen Seite der Saarregierung ihr entschiedenes Mißtrauen ausspricht.

Drei Vorgänge der letzten Zeit haben in der Saarbevölkerung die Ueberzeugung hervorgerufen, daß die Saarregierung nicht eine vom Völkerbund eingesetzte Kommission zum Zwecke einer unparteiischen und gerechten Verwaltung im Sinne der Bestimmungen des Versailler Vertrages ist, sondern ein Ausschuß, den Frankreich zur Französierung und Annexion des Saargebiets unterhält. Den ersten Anlaß hierzu gab die Reise des französischen Ministers Loucheur durch das Saargebiet und seine mehr als einstündige vertrauliche Unterredung mit dem Präsidenten der Regierungskommission, französischen Staatsrat Rault. Nach einem Bericht des den Minister Loucheur begleitenden Berichterstatters des „Intransigeant" konnte der Minister sich davon überzeugen, „was die französische Regierung im Saargebiet tun müsse, und dies scheine auch der wichtigste Zweck seiner Reise gewesen zu sein, daß er den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebiets daran erinnern konnte, was Frankreich von ihm erwarte". Aus diesen Ausführungen des genannten Berichterstatters, deren Wiedergabe bei der Regierungskommission angesichts der Delikatesse, mit der man dort derartige Angelegenheiten behandelt wissen will, große Verstimmung hervorgerufen, um so mehr, da die Mitteilung Loucheurs rein vertraulichen Charakter trug. Die Mitteilungen als solche sind jedoch weder von der Saarregierung noch von der französischen Regierung widerrufen worden, im Gegenteil, der französische Ministerpräsident Briand kam in einer der letzten Kammersitzungen auf das Saargebiet zu sprechen und führte aus: „Im Saargebiet ist man sehr zufrieden mit unserer freiheitlichen Regierungsweise". Das heißt also, daß die französische Regierung die Saarregierung als „unsere", will heißen französische Regierungskommission betrachtet. Daraus erklärt sich auch, daß Frankreich geheime Anweisungen an den Präsidenten der Saarregierung gab.

Hinzu kommt als Drittes, daß die Regierungskommission, mit Ausnahme des saarländischen Mitgliedes, nach amtlicher Mitteilung sich Ausgang Oktober in Paris aufgehalten hat. In der Saarbevölkerung ist man der Ueberzeugung, daß diese Reise der Regierungskommission nach Paris mit dem Besuch Loucheurs bzw. mit der Frankenpolitik im Saargebiet zusammenhängt. Man ist davon überzeugt, daß die Regierungs-

Digitized by Google

kommission vor der Abreise Briands nach Washington von diesem und seinen zuständigen Ressortministern genaue Anweisungen über die künftige französische Politik im Saargebiet erhalten hat.

Die Saargebietsbevölkerung vertritt den Standpunkt, daß die Saarregierung ihre Aufgaben entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages in keiner Weise erfüllt und ihre Pflichten als Treuhänder auf das gröblichste verletzt hat. Sie verlangt, daß umgehend vom Völkerbund eine Prüfung der Tätigkeit der Regierungskommission vorgenommen wird und eine Abberufung der bisherigen Mitglieder der Regierungskommission erfolgt, da sie nicht neutral und unparteiisch, sondern im französischen Interesse ihre Tätigkeit ausgeübt hat.

Das Saargebiet ist unbestritten deutsches Gebiet; die Bevölkerung unverfälscht deutsch; der wirtschaftliche Aufbau und die wirtschaftlichen Zusammenhänge weisen auf die engste Verbindung mit Deutschland hin. Auch die Bestimmungen des Friedensvertrages erkennen diese wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhänge mit Deutschland vorbehaltlos an, wollen es jedoch der Bevölkerung überlassen, nach 15 Jahren sich zu entscheiden, ob sie auch weiterhin diese Zusammenhänge aufrechterhalten wolle. Frankreich versucht jedoch, durch Verschiebung des Wortlautes und des Geistes der Bestimmungen im Saargebiet ein Regime aufzurichten, das bereits vor dieser Zeit eine gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführte Annexion des Saargebiets zum Ziele hat. Es versucht, wie das von verschiedenen Politikern, u. a. von Tardieu, Tirard, Barrés usw. ausgesprochen worden ist, durch einseitige Auslegung der Bestimmungen des Saarbecken-Abkommens nachträglich noch das zu erreichen, was mit Hilfe einer gefälschten „Saarländeradresse" bereits durch den Friedensvertrag erreicht werden sollte, nämlich die Angliederung des Saargebiets an Frankreich.

Gelegentlich der Vorfriedensverhandlungen wurden Clemenceau und Tardieu zum Rat der Vier berufen, um am 28. März 1919 die Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet zu begründen. Lloyd George und Wilson erkannten jedoch die französischen Ansprüche nicht an und lehnten die Forderungen Frankreichs ab. In dieser für Frankreich kritischer Situation versuchte Clemenceau das Spiel für Frankreich zu retten, indem er nach einer langen Rede, die von der Freundschaft zwischen Frankreich und Amerika sprach, behauptete, „im Saargebiet gebe es 150 000 Bewohner, die Franzosen seien und die 1918 eine Adresse an den Präsidenten Poincaré gesandt hätten. Wenn die Rechte der Deutschen respektiert werden sollten, so müßte auch den Rechten dieser Saarfranzosen Rechnung getragen werden".

Die Kontroverse zwischen dem Präsidenten Wilson und dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau gibt Tardieu in seinem Buche über den Friedensschluß ebenfalls wörtlich wieder. Danach protestiert Wilson

Digitized by Google

gegen die französische Presse, daß das Saargebiet ähnlich wie Elsaß-Lothringen zu behandeln sei. Wilson habe sich gegen die Uebereignung der Minen an Frankreich gewandt. Ihm antwortete Herr Clemenceau, wie Herr Tardieu betont, „in tiefer Bewegung". Er erinnert an die traditionellen Beziehungen zwischen Frankreich und Amerika und fügt hinzu: „Es gibt im Saargebiet mindestens 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen, die schon im Jahre 1918 an den Präsidenten Poincaré Adressen gesandt haben, haben auch Anspruch auf Gerechtigkeit. Sie wollen die Rechte der Deutschen respektieren: Ich auch. Aber beachten Sie auch das Recht dieser Franzosen so wie Sie das historische Recht Böhmens und Polens werden beachten müssen. Wir werden die Diskussion bald wieder aufnehmen. Für den Augenblick fordere ich von Ihnen nur, daß Sie, wenn Sie allein sind, über das nachdenken, was ich Ihnen gesagt habe, und gewissenhaft prüfen, ob es nicht einen großen Teil Wahrheit enthält."

Diese Ausführungen Clemenceaus haben das Schicksal des Saargebiets, das es jetzt schwer zu tragen hat, besiegelt. Wilson und Lloyd George haben als wahr unterstellt, was Clemenceau „in tiefer Erregung" vortrug, daß nämlich im Saargebiet 150 000 Franzosen wohnten, die den Anschluß des Saargebiets in einer Adresse an den Präsidenten Poincaré verlangt hätten. Diese Behauptung Clemenceaus ist eine Unwahrheit, die von Clemenceau erwähnte Adresse eine Fälschung. Ein guter Kenner und unverdächtiger Wisser hat im intimen Kreise vor nicht zu langer Zeit ausgesprochen, daß die sogenannte Saarländer-Adresse gefälscht wurde, um die französischen Ansprüche auf das Saargebiet zu stützen. Es handelt sich um den Leiter der französischen Propagandastelle in Saarbrücken, Major Richert, der während des Regimes des Obersten Militärverwalters erster Generalstabschef im Stabe dieser französischen Okkupationsbehörde in Saarbrücken war. Die Fälschung ist also festgestellt, denn niemand im Saargebiet hat jemals von einer derartigen Adresse etwas gehört und dennoch konnte ein solches Unternehmen nicht verborgen bleiben, da bei einer Bevölkerungszahl von über 700 000 eigentlich jeder Erwachsene diese Adresse hätte unterschreiben müssen, wenn tatsächlich diese Adresse 150 000 Unterschriften getragen haben soll.

Weder in der französischen Presse, noch weniger von der französischen Regierung ist diese Fälschung bestritten worden; man hat in diesem Falle das klügste getan, was man tun konnte, nämlich, man hat geschwiegen, damit aber bestätigt, daß tatsächlich die von 150 000 Saarfranzosen unterschriebene Adresse eine Fälschung und ein Manöver zur Erreichung der französischen Ziele hinsichtlich des Saargebiets darstellt. Wie bereits erwähnt, wurde das Schicksal des Saargebiets durch die Behauptung Clemenceaus und durch den Hinweis auf die angeblichen 150 000 Saarfranzosen bestimmt. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Angaben Clemenceaus

Digitized by Google

in jeder Beziehung unrichtig waren, mußte zur Bestimmung des Schicksals des Saargebiets wieder der Zustand berücksichtigt werden, der bestand, ehe Clemenceau mit seiner Fälschung das Urteil von Lloyd George und Wilson beeinflußte. Beide Staatsmänner haben ganz energisch die Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet abgelehnt, bevor man sie durch falsche Darstellungen über die wirklichen Verhältnisse täuschte. Es muß unter allen Umständen eine Revision der Bestimmungen über das Saarbecken erfolgen und das Saargebiet der unbeschränkten Staatsoberhoheit Deutschlands zurückgegeben werden.

Wenn es wahr ist, daß der Völkerbund sich als Vertreter des Rechts bezeichnet und bekennt, dann muß er dafür sorgen, daß auf Grund der wirklichen Verhältnisse das Schicksal des Saargebiets bestimmt wird, d. h. die Ansprüche Frankreichs hinsichtlich der Wiedergutmachung müssen eine andere Regelung finden, die nicht wie jetzt entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein Volk unter die Gewalt eines fremden Staates zwingen, dem sie nicht angehören wollen. Das Saarvolk will deutsch sein und bleiben, wie es deutsch seit Jahrhunderten gewesen ist. Die Ansprüche Frankreichs auf das Saargebiet sind unberechtigt, der Völkerbund hat die Pflicht, Frankreich in die Schranken zu verweisen.

Das verlangen Recht und Gerechtigkeit.

Diesem Heft ist ein Prospekt des Verlages A. Marcus & E. Weber Bonn a/Rhn. beigefügt.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt, Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 3. Dezember 1921 * Heft 49

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die Londoner City hat ihre Tresors auch voll von deutscher Mark und erleidet mit deren Sturz riesige Verluste. Die britische Industrie seufzt unter teilweisem Beschäftigungsmangel und empfindet die deutsche Konkurrenz auf den noch nicht übersättigten Stellen des Weltmarkts als peinlich genug — hat man schon die politische Weltherrschaft erkämpft, so will man sich in der wirtschaftlichen nicht belästigen lassen. Denn sonst war das Ganze doch eine „falsche Rechnung", wie Norman Angell seit Jahren verkündet. Dies eben, daß die Rechnung nicht aufgeht, nährt den Zweifel an dem bis jetzt geübten Verfahren, in den Reparationsfragen der politischen Staatsleitung die Führung und Verantwortung zu geben. Lloyd George, das sieht man ein, bleibt aus hundert Gründen trotz hundert Gegensätzen an Frankreich gefesselt. Wie aber, wenn es gelingen sollte, das Problem dem politischen Macht- und Prestigekampf zu entwinden, und die bisher nur „Sachverständigen" (um das Deckwort für die Interessenten beizubehalten) zu den entscheidenden Willensträgern zu machen. Das ist der Kern der Kundgebung der britischen Industriellen, die sich um ihre Kriegsziele geprellt fühlen, wenn die politische Rücksichtnahme auf Paris ihre wirtschaftlichen Pläne und Erwartungen stört. Das ist eine ähnliche Stimmung, wie sie bei unseren Industrieführern vorhanden ist, und die Rätselrater über die Stinnes-Reise mögen sich darüber Gedanken machen, wie es kommt, daß jetzt eben diese Stimmen laut werden. Ueber diese Dinge lassen sich die schönsten Gedanken wirtschaftstheoretischer Natur weiter spinnen — leider pflegen sie eines außer acht zu lassen, daß in der Rechnung ein sehr irrationaler Nenner vorkommt, und der heißt die Machtpolitik von Paris.

*

Zu den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen schreibt das polnische Blatt „Glas Narodu", Polen habe festen Fuß an der oberen Oder gefaßt und denke an Hindenburg, Gleiwitz, Ratibor, Beuthen,

Digitized by Google

Oppeln, welche das direkte Ziel weiterer polnischer Kämpfe seien. — Das ist also die Gesinnung, mit der Polen in die Verhandlungen in Genf eingetreten ist.

*

Die Kommunisten stehen mitten in dem Versuch, wieder eine „Aktion" auf die Beine zu bringen. Neben Plünderungen in Berlin diente ihnen als Mittel der Hungerstreik politischer Gefangener, den sie zu einer entscheidenden Angelegenheit ausnutzen wollten; an dieser Stelle haben sie aber nach kurzer Zeit eine Niederlage erlitten. Ihr Schrei nach Amnestie erfährt nun unerwartet eine sehr seltsame Beleuchtung durch Veröffentlichungen im „Vorwärts": das sind Berichte „levitischer" Kommunisten an die Moskauer Zentrale, die der Frau Zetkin abgenommen wurden und die kommunistische Führerschaft aufs ärgste belasten. Das politische Verbrechertum als System der Provokation ist selten nüchterner enthüllt worden als in dieser Darstellung, da der Beschluß erscheint, das Haus der Produktivgenossenschaft in Halle zu sprengen und dies als einen Angriff von Orgesch oder Sipo zu maskieren. Stoff genug für Herrn Severing! Nun mag man abwarten, ob diese Räubergeschichten deutsche Arbeiter noch einmal begeistern werden oder ob sie begreifen, welch gewissenlosen Mißbrauch Burschen vom Schlag des Eberlein mit ihrem phantastischen Glauben an die weiterzutreibende Revolution aufführen.

*

Die Aera der Lohnbewegungen hat begonnen. Sie ist die ganz notwendige Folge des Marksturzes und es wäre vollkommen verfehlt, sie als eine künstliche oder agitatorische Mache anzusehen. Gewiß sind manche Waren im Preise wucherisch in die Höhe getrieben worden und es muß verbitternd wirken, wenn da und dort landwirtschaftliche Organisationen die Preisfestsetzungen für Kartoffeln nach dem politischen Glaubensbekenntnis der Bezieher bemessen — aber es ist kurzsichtig, die Einkaufs- oder Produktionsverhältnisse des Sommers als Unterlage der heutigen Preise annehmen zu wollen, wenn der Verkäufer von heute an Löhnen und Gehältern soviel mehr zu bezahlen hat. Der Minister Severing hat die Bemühungen des Ministers Dominicus aufgenommen, auf dem Verordnungsweg unbilligen Preissteigerungen entgegenzuwirken, und da er sie verschärfte, gönnt man dem „Vorwärts" das Vergnügen, in diesem Erlaß eine Tat, einen entscheidenden Schritt zu begrüßen. Leider wird vermutlich praktisch Severing so wenig erreichen als sein Vorgänger. Denn die Wirtschaft zerreißt Polizeivorschriften, und der Zwang wirkt hier nur, wo ihn ein Glaube stützt. Es ist wünschenswert, daß verständige Haltung das Abgleiten der Wirtschaftsbewegung in politischen Machtkampf verhindere.

Digitized by Google

Washington

Von Axel Schmidt

Trotz der spaltenlangen Telegramme aus Washington schwebt doch noch über der Tagung der Konferenz der Schleier des Geheimnisses. Wohl weiß man, daß die Frage des Wettrüstens zur See, das Chinaproblem und die Abrüstung zu Lande die drei großen Themen der Verhandlung sind. Welche Früchte aber aus den geheimen Sitzungen erwachsen werden, steht noch nicht fest. So sehr es anfänglich schien, als ob die Abrüstung zur See durch Hughes feste Hand in den Hafen fester Entschlüsse gesteuert werden würde, so ist es jetzt, je länger je mehr, doch fraglich geworden, ob das Konferenzschiff an den U-Boot- und Ersatzbauklippen glücklich vorbeisegeln wird.

Trotzdem dürfte die Washingtoner Tagung nicht ergebnislos verlaufen, denn politisch bereitet sich unter den Mächten eine neue Gruppierung vor. Erstens wird man das englisch-japanische Bündnis, das schon seit der letzten britischen Reichskonferenz nur ein Scheindasein führte, endgültig zu den Toten legen können, und zweitens hat Frankreich es zu seinem Schmerze erleben müssen, daß es auf der Konferenz trotz der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Briand keine führende Rolle spielte. Die großen Entscheidungen fielen zwischen den drei Weltseemächten — England, Amerika und Japan —. Daran änderte auch die Rachearie Briands gegen Deutschland anläßlich der Debatte über die Abrüstung zu Lande nichts. Der eigentliche Sieger in Washington blieb doch Lloyd George, der nicht einmal persönlich auf der Konferenz erschienen ist. Durch das sang- und klanglose Aufgeben des Bündnisses mit Japan hat nämlich England nicht nur die Harmonie mit den Dominions, Kanada und Australien, wiederhergestellt, denen das Abkommen mit den Gelben von Anfang an höchst zuwider war, sondern es hat auch die Vorbedingung für ein Zusammengehen Englands mit Amerika geschaffen.

Der augenblicklich in Amerika weilende Herausgeber der Times, Lord Northcliffe, hat bereits dem japanischen Bündnis eine Grabrede gehalten. In einer Aussprache im englisch-amerikanischen Verein in New-York erklärte Lord Northcliffe, zu keiner Zeit sei die englisch-amerikanische Freundschaft nötiger gewesen, als augenblicklich. Amerika, Kanada und Tausende von Australiern seien mit der Fortsetzung des englisch-japanischen Bündnisses durchaus nicht einverstanden:

„Die Japaner seien augenblicklich in einer ähnlichen Lage wie Deutschland vor dem Kriege. Dem Namen nach von Demokratie werde Japan absolut regiert von vier Männern, deren Absichten man verurteilen müsse, wenn man auf die dauernden Veränderungen der Karte des fernen Ostens und auf die riesenhaften Ausdehnungen der japanischen Rüstungen blicke. Daß die japanische Militärpartei den Vereinigten Staaten

Digitized by Google

feindlich gesinnt sei, könne man aus zahlreichen Veröffentlichungen vor ihr schließen. Diese zeigen eine klägliche Erkenntnis der Vereinigten Staaten, seiner wirtschaftlichen Macht, Flotte und und Fähigkeit, Heere zu organisieren, ferner die völlige Unkenntnis der Stimmung in Australien. Als Echo des Geistes der Militärpartei Japans erklären diese Bücher höhnisch, die Vereinigten Staaten brauchten keinen Stützpunkt im fernen Osten, auch wenn sie im fernen Osten bedroht werden sollten".

Lord Northcliffe betonte zum Schluß seiner Ausführungen, Großbritannien und Amerika müßten im fernen Osten zusammengehen, da sie sonst früher oder später getrennt und besiegt würden. Nach der Regelung der irischen Frage werde seiner Ansicht nach ein festes Zusammenarbeiten zwischen den Vereinigten Staaten und England zustande kommen.

Durch die Abmachungen in Washington ist zwar die englische Herrschaft zur See mit seinem Grundsatz: soviel Kiele als die beiden nächst starken Flotten zusammengenommen, — endgültig zu Grabe getragen, aber die Teilung der Vormachtstellung zur See wird mit dem angelsächsischen Vetter vorgenommen, so daß die Vorherrschaft der englischen Sprache und Kultur bewahrt bleibt. Dazu kommt, daß England ohne Zweifel in diesem Verhältnis das bessere Ende in der Hand hält, weil es einem übermütigen Amerika stets trotz Aufgabe des japanischen Bündnisses mit einer japanischen Extratour drohen kann. Die Welt wird für die nächste Zeit von der angelsächsischen Firma beherrscht werden, und die zarte Pflanze des „deutschen Gedankens in der Welt" wird lange Zeit nur kümmerlich im Schatten dieses Riesenbaumes vegetieren können, aber man kann wenigstens hoffen, daß sie dadurch vor der Vernichtung durch den gallischen Sturm verschont wird.

Für Deutschland ist es natürlich von größter Bedeutung, daß Frankreich endlich einmal erfahren hat, daß es auch andere Probleme gibt, als die französischen, die bisher alle Beratungen beherrschten. Es wird der französischen Eitelkeit bitter angekommen sein, vom klugen Skeptiker Balfour so nebenbei zu hören, daß die europäische Kinderstube es nicht wagen solle, sich neues Schiffsspielzeug anzulegen, wenn sich die Großen Einschränkungen auferlegen. Aber trotz Admiral Le Bon und Briands Reden über die Notwendigkeit des Ausbaues der französischen Flotte ist für Frankreich nur die Frage des Landheeres von wirklicher Bedeutung. Nun scheint es zwar Briand durch seinen Verleumdungsfeldzug gegen Deutschland gelungen zu sein, die Frage der Reduktion der Landheere zu sabotieren; jedoch selbst die französische Presse muß eingestehen, daß sich Briand in Amerika nicht populär durch diese Ausführungen gemacht hat. Das Echo, das seine Worte aus dem amerikanischen, englischen und italienischen Blätterwalde entgegenschallt, ist zu wenig schmeichelhaft für die „große Nation". Diese Zensur ist Frankreich natürlich doppelt schmerzlich, weil es ihm in Zukunft schwer fallen dürfte, wie bisher den amerikanischen Trumpf gegen England auszuspielen. Wohl dürfte es richtig sein, daß

Digitized by Google

sich durch die Washingtoner Konferenz das Schwergewicht der Weltpolitik stark zum Stillen Ozean hin verschoben hat, weil zwei der Weltseemächte nur mäßiges Interesse für die europäischen Händel besitzen und auch England sich ohne Schaden für längere Zeit von den Konflikten des europäischen Festlandes fernhalten kann. Auf die Dauer freilich würde es aber nicht ruhig zusehen können, daß Frankreich aus Mittel- und Osteuropa einen wirtschaftlichen Trümmerhaufen zu machen vorhat, schon weil Englands Handel dadurch schwer leiden müßte.

Die von uns skizzierte politische Neuorientierung innerhalb der Weltmächte dürfte das wichtigste Ergebnis der Washingtoner Tagung sein und in der Zukunft eine viel bedeutsamere Rolle spielen, als die etwaigen Abmachungen über die Stärken der Flotten und eine zehnjährige Baupause. Täuscht nicht alles, so hat England die Partie gewonnen, trotzdem Amerika von Hause aus die besseren Karten in der Hand hat, wenn auch die eigentlichen Verlierer Japan und Frankreich sind.

Die Franzosen selbst haben trotz Briands Reise das Gefühl, daß sie nicht als Sieger aus Washington heimkehren. Das spricht sich besonders in der scharfen Sprache gegen Lloyd George aus, den der „Matin" sogar den „gerissensten Rossetäuscher" nannte, dessen Ankunft in Washington sofort die Verhandlungen zum Scheitern bringen würde.

Unsere Annahme, daß England der eigentliche Gewinner auf der Washingtoner Konferenz ist, hat durch Lord Curzons Rede eine Bestätigung erfahren. Solch eine energische Sprache hat bisher das englische Kabinett noch niemals gegen Frankreich geführt. Der englische Minister des Aeußern konnte es wagen, diesen scharfen Ton anzuschlagen, weil sich Frankreich auf der Konferenz höchst unpopulär gemacht hat und alle Mächte durch Briands nervöse Ausfälle gegen Frankreich aufgebracht sind. Gerade weil es immer mehr den Anschein hat, als ob die positiven Errungenschaften der Konferenz überaus bescheidene sein werden, ist die kühle Atmosphäre, in die Frankreich geraten ist, vielleicht das bedeutsamste Resultat der Washingtoner Tagung.

Nach der Briandrede

Von Justus Keller.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist Herr Briand schon wieder auf dem Heimweg nach Frankreich. Während der größere Teil der französischen Delegation ihre Arbeit in Washington fortsetzt, schreitet er auf dem Promenadendeck der „Paris" auf und nieder, und wenn er dabei den außenpolitischen Erfolg seiner Fahrt überschlagen sollte, so kann er dabei nicht gerade in rosiger Stimmung sein. Denn darüber wollen wir uns nicht täuschen: sein Aufenthalt in Amerika war, im allgemeinen Zusammenhang

Digitized by Google

gesehen, ein Mißerfolg. Nicht in der Form. Da hat es im Gegenteil den Anschein gehabt, als flattere ein ganzer Plafond von Rosenblättern auf den redegewandten Ministerpräsidenten herab. Filmoperateure und Reporter haben ihn von seiner Landung an umschwärmt; was das offizielle Amerika an Ehrungen zu bieten hatte, ist ihm zuteil geworden. Eine wirkliche Befriedigung ist ihm jedoch versagt geblieben. Mit leeren Händen kehrt er nach Frankreich zurück. Den Garantievertrag mit England und Amerika hat er nicht erhalten, die Erlassung der französischen Schulden an Amerika hat er nicht erreicht, die Gelegenheit, bei der Regelung des ostasiatischen Konflikts mitzureden, hat er ungenutzt verstreichen lassen. Ein paar Menukarten und ein Doktorhut — das ist alles, was er von seiner Amerikafahrt nach Hause bringt.

Oder doch nicht? Am 21. November hat Herr Briand in Washington eine Rede gehalten, und diese Rede ist von der in Washington vertretenen französischen Bourgeoispresse mit allen Mitteln der Nachrichtentechnik als ein Meisterwerk moderner Rhetorik in alle Richtungen der Windrose hinausgefunkt worden. Ihre Aufnahme im Sitzungssaal scheint dieses Urteil zu bestätigen. Händeklatschen begrüßte Herrn Briand, als er sich erhob; als er zu sprechen begann, wurde es auf den Tribünen still. Und als er dann, von seinen eigenen Worten erwärmt und hingerissen, alle Register seiner Beredsamkeit spielen ließ, da ging durch den Saal eine Welle der Bewegung. Hunderte von Operngläsern blieben an Briand hängen. Der Dolmetscher war selbst derartig gerührt, daß er zweimal ins Stocken geriet. Die Konferenz zollte Briand Beifall. „Der Erfolg Frankreichs ist ein Triumpf", drahtete der „Matin"-Korrespondent am Abend nach Paris, „neun Völker waren in der Sitzung vertreten, und alle haben erklärt, daß Frankreich heute wie gestern ihr volles und tiefes Vertrauen besitze". So hat es tatsächlich den Anschein gehabt, als habe Briand auf der ganzen Linie gesiegt.

Das Echo jedoch, das seine Rede in den folgenden Tagen jenseits und diesseits des Ozeans gefunden hat, widerspricht diesem Urteil. Man kann sogar sagen, daß die Aufnahme der Rede in England, in Holland, in Italien, in der Schweiz reserviert, wenn nicht unfreundlich gewesen ist. Der Grund dazu liegt darin, daß Herr Briand wie ein Advokat gesprochen hat, — ein Advokat, der für eine faule Sache plaidiert und seinen Klienten dadurch entlastet, daß er den Ankläger angreift.

In der Tat ist seine Rede alles andere als ein ruhiges, in sich selbst geschlossenes Manifest. Wenn auch die glänzende Form nicht abgeleugnet werden soll, in der sie gehalten wurde, so kann diese Form doch nicht einen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß der Inhalt sich selbst widerspricht. Allerdings war Herr Briand von vornherein in einer schwierigen Situation. Von Frankreichs Stellung zu China *wollte* er nicht sprechen; von Frank-

Digitized by Google

reichs Finanznöten konnte er nicht sprechen; von Frankreichs Flottenrüstungen durfte er nicht sprechen; so blieb nur die Abrüstung zu Lande übrig, und in dieser Richtung hatte er seine Stellung am 23. Oktober d. J. erheblich präjudiziert. An diesem Tage hatte er nämlich in der Pariser Kammer betont, daß die Entwaffnung Deutschlands fast vollkommen durchgeführt sei:

„Wir haben in der Kontrollkommission Männer", hatte er damals erklärt, „die ihrer peinlichen Pflicht mit hoher Gewissenhaftigkeit obliegen". Wenn sie uns Ergebnisse mitteilen, die sie für genügend erachten, können wir dann anderer Meinung sein? Folgendes haben wir getan: die 4000 Geschütze, die die Deutsche Regierung 1920 als unentbehrlich bezeichnete, sind ausgeliefert und zerstört. Die 600 Geschütze, die sie im März 1921 für die Festung zu behalten verlangte, sind ausgeliefert und zerstört. Ausgeliefert und zerstört sind auch die 600 Geschütze, die sich über das Kontingent hinaus an der Nordsee (Herr Briand meinte Ostsee) befanden. Am 10. Dezember waren 32800 Kanonen zerstört, von denen 16000 kleiner waren als 77mm; 11000 Minenwerfer, 4250000 Handwaffen Zur selben Zeit waren 35000000 geladene Granaten, 2000000 nicht geladene Granaten, 55000 Wagen, 11000 Feldküchen und 1800 Pontons ausgeliefert. Von diesem Material ist alles, was zum ausschließlichen Kriegsgebrauch gehörte, zerstört. Der Rest ist verkauft. Die Orgesch, wegen der Bayern mit dem Reiche fast in Konflikt geriet, ist aufgelöst Die frühere Polizei, Einwohnerwehr und Sicherheitswehr ist aufgelöst. Als die deutsche Regierung eine zentralisierte Polizei wiederherstellte, ist sie zu ihrer Auflösung aufgefordert worden, und General Nollet hat mir gesagt, er zweifle nicht, daß Deutschland in diesem Punkt wie in den anderen nachgeben werde Man hat nach alledem nicht das Recht, die öffentliche Meinung glauben zu lassen, daß nichts geschehen ist. Die prachtvollen Forts, die den Nordostseekanal beherrschten, sind geschleift. Das ist ein Resultat."

Diese Stellungnahme lag vor, als Herr Briand amerikanischen Boden betrat. Während aber in Frankreich die Briandblätter vom „Petit Parisien" bis zur „Europe Nouvelle" den Gedanken ausspannen, daß die deutsche Abrüstung eine vollendete Tatsache sei, schlug ihm persönlich in New York und später auch in Washington teils verschleiert und teils, rund herausgesagt, die Anklage entgegen, daß Frankreich imperialistische und militaristische Ziele verfolge, daß es seit Abschluß des Versailler Vertrages die Stelle eingenommen habe, die vor dem Kriege das kaiserliche Deutschland besaß. Ein peinlicher Vorwurf, der Herrn Briand in seiner ganzen Bedrohlichkeit sofort vor Augen trat, obwohl er selbst durch die Entsendung der „Reisemarschälle" Foch, Fayolle, Pétain, Joffre und Mangin nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die unfreundliche Auffassung jenseits des Ozeans zu verwurzeln. Seit diesem Augenblick wußte Herr Briand: der Welt muß bewiesen werden, daß Frankreich weder imperialistisch noch militaristisch ist. Da er aber selbst vor kurzem erklärt hatte, daß Deutschland abgerüstet sei, und da er damit selbst zugegeben hatte, daß eine Aufrechterhaltung der bisherigen französischen Heeresstärke ein Anachronismus ist, so entschloß er sich, den Vorwurf dadurch zu entkräften, daß er trotz seiner Erklärung vom 23. Oktober die alte Legende von der deutschen Gefährlichkeit wieder aufwärmte. Um das zu ermöglichen, hat er in Washington erklärt, daß es nicht genüge, die Effektivbestände herabzusetzen und das Kriegsmaterial zu vermindern; es gäbe darüber hinaus ein anderes Problem, das nicht ver-

Digitized by Google

nachlässigt werden dürfe, und das sei das Problem, in einem Lande eine Atmosphäre des Friedens herzustellen. „Die Entwaffnung muß zur selben Zeit wie materiell auch moralisch sein, und ich hoffe, nachweisen zu können, daß es in Europa, wie es heute ist, noch immer schwerwiegende Elemente der Instabilität gibt, Bedingungen, die Frankreich nötigen, sie ins Auge zu fassen und sie unter dem Gesichtswinkel seiner Sicherheit zu betrachten."

Diesen Nachweis hat nun Herr Briand dadurch zu führen gesucht, daß er Auszüge aus dem letzten Buche des Generals Ludendorff anführte. Weiterhin hat er darauf hingewiesen, daß Deutschland noch immer sieben Millionen kriegsgeübte Leute besitze; daß sein Hunderttausendmann-Heer im Verein mit der Sicherheitspolizei die Kaders eines Riesenheeres bilde; daß die Aufstellung der Höfer-Armee in Oberschlesien bewiesen habe, daß Deutschland in Schnelligkeit große, wohlausgerüstete Truppenverbände bilden könne. Gewiß habe die Kontrollkommission viel getan, die deutsche Entwaffnung sei aber fiktiv (ich fasse hier die Worte Briands ihrem Sinne nach zusammen), weil Deutschland erstens eine große, leicht umstellbare Industrie besitze, und weil es zweitens zu gegebener Zeit sofort Kriegsmaterial aus dem Auslande heranziehen könne. Dazu komme die russische Gefahr, durch die sich die deutsche Gefahr noch verdoppele. Gewiß wolle Frankreich dem Zuge der Zeit folgen und mit der Abrüstung wenigstens einen Anfang machen. Er selber würde aber ein erbärmlicher Verräter sein, wenn er morgen sein Vaterland angegriffen und zerstückelt sehe, weil er zu optimistisch gewesen sei und weil er es selbst geschwächt habe. Da Frankreich den Garantievertrag nicht erhalten habe, dürfe man seine Sicherheit nicht beschneiden wollen; man müsse ihm gestatten, sie in einem Maße herzustellen, die mit seinen gegenwärtigen Bedürfnissen übereinstimme. Das beste Mittel zur Erhaltung des Friedens sei ein Vertrauensvotum an Frankreich, denn eine andere Haltung würde in den reaktionären Kreisen Deutschlands Hoffnungen entzünden und neue Kriege hervorrufen. Es müsse moralisch entwaffnet werden, und um das zu erreichen, müsse es wissen, daß Frankreich nicht alleinstehe, daß seine Freunde von gestern auch noch heute hinter ihm ständen. „Wenn man das in Deutschland weiß, so werden die vernünftigen Leute die Oberhand gewinnen; der Geist der Revanche wird unmöglich werden; die Demokratie wird den Frieden herstellen. Dann wird man ernstlich auf Frieden hoffen können. Was Frankreich tun kann, um diese Stunde zu beschleunigen, wird es tun. Es hat bereits durch wirtschaftliche Abmachungen Anstrengungen gemacht, und für beide Länder nähert sich die Rückkehr zu normalen Beziehungen. Die Stunde wird kommen; sie hat aber noch nicht geschlagen. Wenn man in anderen Ländern die Hoffnung haben könnte, daß Frankreich mit einem indirekten Tadel aus der Konferenz hervorgehe, wenn man annehmen

Digitized by Google

könnte, daß es allein die Entwaffnung zurückweist, so würde das für uns ein schrecklicher Schlag sein; ich bin aber sicher, daß Sie nach Anhörung Gründe und unter Berücksichtigung der vorhandenen Schwierigkeiten in der Ansicht übereinstimmen werden, daß Frankreich unter den gegenwärtigen Umständen eine andere Haltung nicht einnehmen kann."

Ein Seiltänzer kann nicht geschickter operieren. Denn was Herr Briand mit diesen Worten fertiggebracht hat, ist die Zurücknahme seiner Erklärung vom 23. Oktober, ohne daß er diese direkt desavouiert hätte. Das Mittel, das ihm dazu verholfen hat, ist der Begriff der moralischen Abrüstung, der die materielle Abrüstung illusorisch macht, solange die moralische Abrüstung nicht eingetreten ist. Wie diese moralische Abrüstung hergestellt werden soll, hat Herr Briand selber angedeutet: Deutschland soll weiter unter dem Eindruck stehen, daß die Alliierten einig sind; es soll auch weiterhin mit Gewalt unter Kontrolle gehalten werden, die Kontrollkommission soll die Reaktion niederhalten, damit erweist man Deutschland den besten Dienst, denn damit erhalten die demokratischen Elemente ihre Aktionsfreiheit; und wenn diese Politik genügend lange durchgehalten wird, so wird ja wohl schließlich auch der Moment gekommen sein, wo die deutsche Reaktion am Boden liegt und Frankreich seinerseits mit einer wirklichen Abrüstung beginnen kann.

Wie kurzsichtig und unaufrichtig das gedacht ist, liegt für den Unbefangenen auf der Hand. Denn in Wirklichkeit hängt die moralische Abrüstung Deutschlands davon ab, daß Frankreich seine bisherigen Methoden grundsätzlich ändert. Daß im Block der Alliierten Deutschland gegenüber tiefgehende Differenzen auf Jahre hinaus nicht zur Auswirkung kommen werden, daß die Entente einig ist, sobald es gilt, Deutschland niederzuhalten, das weiß heute in Deutschland mit Ausnahme einiger unheilbarer Phantasten jedes Schulkind. Daß aber andererseits Frankreich nur Wasser auf die Mühle der deutschen Reaktion leitet, wenn es diese Einigkeit dazu ausnutzt, Deutschland gegenüber eine systematische Vernichtungspolitik zu treiben, liegt genau so gut auf der Hand. Um so mehr, als diese Vernichtungspolitik schlechterdings nicht mehr wegzuleugnen ist: dazu hat sie sich denn doch viel zu oft und viel zu scharf geäußert, von der Förderung der Loslösungsbestrebungen in der Pfalz, im Rheinland und in Süddeutschland angefangen bis zum Einmarsch in die drei Ruhrstädte, vom Geschrei nach Vernichtung der deutschen Einheit angefangen bis zu der hartnäckigen Forderung nach der Beibehaltung der militärischen Zwangsmaßnahmen im Rheinland, die noch heute andauert. Oder ist etwa das Wort von der „Hand am Kragen", der stumme Kampf gegen die Mitwirkung deutscher Kräfte am Wiederaufbau Nordfrankreichs, die Durchdringung des Saargebietes, die Verschacherung Oberschlesiens, der Ruf nach einer Internationalisierung des rheinischen Eisenbahnnetzes von Münster bis Basel,

Digitized by Google

der dieser Tage auf Betreiben des Senators Japy von der französischen Rechtspresse aufgenommen wurde, ist das alles etwas anderes als Gewaltpolitik, Militarismus und Imperialismus? Und schafft man etwa mit solchen Mitteln die „moralische Abrüstung", die Briand anstrebt? Im Gegenteil. Für jeden Vernünftigen ist es klar, daß man mit solchen Mitteln gerade das erzeugt, was man vermeiden will: die Mästung des Revanchegeistes, der dem deutschen Volk im Grunde seiner Seele fernliegt, die Stärkung der Rechtsparteien, die Zerspaltung der Mitte, die das deutsche Volk bisher noch zusammengehalten hat, die Verbreitung der Ueberzeugnug, daß dieser Frieden tiefere Wunden schlägt als selbst der Krieg, die Verbreitung jenes Geistes erbitterter Resistenz, der Frankreich noch kürzlich aus den Deutschen Werken entgegengeschlagen ist, als die Arbeiterschaft ihre Delegierten zu Nollet sandte, um ihm zu erklären, daß sie eine Zurücknahme der gegen die Werke ergangenen Noten der Kontrollkommission verlangte.

Dort, wo man in französische Gedankengänge nicht eingeschworen ist, in England, in Holland, in der Schweiz, in Italien, dort hat man denn auch bereits erklärt, daß Briands Rede, so rauschend auch ihr äußerer Erfolg gewesen sein mag, dem Gewissen der Welt gegenüber wirkungslos verhallt. Es berühre befremdend, hat die „Neue Zürcher Zeitung" geschrieben, wenn Briand behaupte, Frankreich tue alles, um der demokratischen deutschen Regierung ihre schwere Aufgabe zu erleichtern. Wäre dies der Fall, so gäbe es am Rhein längst keine militärischen Sanktionen mehr, die dem französischen Prestige im Urteil der Welt unendlich mehr schadeten, als sie der militärischen Sicherheit nützten. Mit klugen, den Chauviniſten des eigenen Landes abgerungenen Verzichten auf überflüssig gewordene Schikanen könne Briand die Stellung Wirths und des deutschen Volkes jedenfalls wirksamer stärken als durch bloße Anerkennung seiner bloßen Absicht. Hier müsse Frankreich zu einer freiwilligen Tat übergehen; dann erst werde es den kriegerischen Geist des deutschen Volkes entwaffnen. Aehnlich urteilt das Organ der niederländischen Sozialisten „Het Volk". Die Rede Briands in Washington sei die Sprache von Frankreichs schlechtem Gewissen gewesen, heißt es da, und was es unzweifelhaft fürchten müsse, sei, daß es den Lohn nach seinen Werken empfangen werde. Eine Revision des Versailler Vertrags sei das einzige, was auf seiten Frankreichs als Beweis seiner Liebe für den Frieden angesehen werden könne, die mehr sei als Angst vor dem Kriege. Aber Briand reise ab, ohne etwas anderes getan zu haben, als nach dem alten Rezept, das die Welt vergiftet habe, die Schuld auf andere zu schieben. In Frankreich haben sich gleichfalls Stimmen zum Worte gemeldet, die Briands Washingtoner Rede als Schaumschlägerei bezeichnet haben; so Charles Maurras in der „Action Française", so sein Antipode Léon Blum im „Populaire". Selbst in der bürgerlichen Presse melden sich Stimmen

Digitized by Google

der Ermächtigung [illegible] da. Aber was [illegible] daß Frankreich [illegible] und daß es [illegible]

Auf der [illegible] Briandreise [illegible] allein in der [illegible] erkannt [illegible] majorität [illegible] Linksblocks [illegible] gekommen [illegible] auf den Boden [illegible] ein [illegible] außerpolitischen [illegible] lange er [illegible] ruhen [illegible] friedliche [illegible] dazu [illegible] liegt, zu [illegible].

Die Ukraine und Sowjet-Rußland

[illegible]

Nach einem [illegible] Truppen der [illegible] größten Teil der Ukraine [illegible]. Die [illegible] Regierung der Ukrainischen Volksrepublik und deren Armee sind, mit Ausnahme der Freikorps, aus den Grenzen des Staates [illegible] worden. Demselben Schicksal verfielen auch die benachbarten [illegible] Georgien und Armenien.

Diese Tatsachen haben die europäischen Staaten gleichmütig entgegengenommen. Und zwar infolge ihrer Unkenntnis der wahren politischen und nationalen Verhältnisse in Osteuropa und der Grundlagen seiner wirtschaftlichen Entwicklung.

Denn die Folgen dieser Besetzung, welche auf ganz Europa [illegible], sind in dem gesamten Süden des einstigen russischen Reiches [illegible] Und zwar:

1. die Vernichtung der Industrie, des Handels und des Transportes,
2. der Verfall des Ackerbaues, des Hauptgewerbezweiges der Bevölkerung,
3. die Vernichtung des organisierten politischen Lebens durch den blutigen Terror,
4. die Knebelung und Drangsalierung jeder nationalen Kultur.

Das gesamte Leben der blühenden Länder ist um Jahrzehnte in der Entwicklung zurückgeworfen, die Organisation der Produktion und Konsumtion ist ganzlich zerstört worden. Dabei ist die Ukraine ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen worden. Unter dem Deckmantel der sogenennten „ukrainischen Sowjetregierung", die nur eine Exploitierungsagentur Moskaus ist, wird von den Bolschewiki derselbe systematische Raubbau und eine ähnliche planmäßige Ausplünderung vorgenommen, wie es in den vergangenen Jahren im jetzigen Wolga-Hungergebiete der Fall war. Die Maschinen der Fabriken, Lokomotiven, Waggons, landwirtschaftliche Geräte, ja alle Werte werden aus der Ukraine nach dem Norden ausgeführt. Der größte Teil des Getreides und der landwirtschaftlichen Produkte wurde von den Bauern erpreßt, wobei nicht einmal Saatgut für den Frühling übrigblieb. Zur Durchführung dieser Maßnahmen halten die Moskauer Bolschewiki in der Ukraine eine Okkupationsarmee von einer halben Million Mann, welche mit Waffengewalt die Requisitionen erzwingen und deren Ernährung die Wirtschaftslage noch schwerer macht.

Das von allen Verkündern des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in Stich gelassene ukrainische Volk verteidigt nach Kräften seine nationalen staatlichen Errungenschaften, seine wirtschaftlichen und kulturellen Werte. Das Volk griff wiederholt zu den Waffen, und Dutzende durch Artillerie dem Boden gleichgemachte Dörfer, wobei auch die gesamte Bevölkerung niedergemetzelt wurde, sind deutliche Zeugen des Widerstandes gegen die bolschewistische Raubokkupation.

Um die Widerstandskraft des gesunden Bauerntumes zu lähmen, nehmen die Bolschewiki seit Monaten Kopf für Kopf unter dem Vorwande der Bekämpfung der Gegenrevolution und Sabotage eine systematische Abschlachtung der ukrainischen Intelligenz vor. Ihr größter Teil sitzt bereits seit Jahresfrist in den Konzentrationslagern und den Gefängnissen der Tscheka. In Kiew, Odessa, Charkow usw. fanden in den letzten Monaten behördlich angeordnete Massenermordungen statt, unter deren Opfern sich Dutzende von vollkommen apolitischen ukrainischen Kulturarbeitern befinden.

Das barbarische Regime der Moskauer Sowjetregierung ruft trotz dieses Terrors ganz naturgemäß Reaktionen hervor, und der elementare Selbsterhaltungstrieb läßt an verschiedenen Orten bewaffnete Aktionen der Bauern emporlodern. Die Erpressungen der Okkupanten, die Invasion hungriger Massen aus Großrußland hat die Lage des Bauern menschenunwürdig ge-

Digitized by Google

macht, und sie greifen zu den Waffen, um ihre Habe zu verteidigen. Die bolschewistische Auslandspropaganda in der Form von verschiedenen Gesandtschaften und Handelskommissionen sucht diese Tatsachen der Volksnotwehr durch die bekannten Methoden zu verschleiern; sie macht für die Aufstände die benachbarten Staaten verantwortlich und sucht nach bewährter Art die Aufmerksamkeit Westeuropas vom Innern auf die Möglichkeit außenpolitischer Konflikte zu lenken.

Wir stehen vor dem Endakte der Tragödie des Ostens. Nachdem alle Kornkammern des einstigen russischen Reiches: Sibirien, Wolga, Don, Kuban von den Moskauer Bolschewiki vernichtet wurden, ist nun die letzte Kornkammer, die Ukraine, Europas reichstes Land, zusammen mit Georgien und Armenien, dem vollkommenen materiellen und kulturellen Ruin preisgegeben. Die Folgen für die Zukunft sind klar: Hunger! — Und das alles geschieht, während die ganze Kulturwelt vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas spricht.

Angesichts dessen kann die Regierung der ukrainischen Volksrepublik jene fürchterlichen Tatsachen der Hinmordung der Intelligenz, der wirtschaftlichen Vernichtung des Landes, die einen systematischen Charakter angenommen haben, nicht mit Schweigen übergehen, weil sie das Land mit völliger geistiger und wirtschaftlicher Vernichtung und einer Hungerkatastrophe für die nächsten Jahre bedrohen.

Die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, voll legitimiert, namens der Nation zu sprechen, wendet sich daher an alle Staaten mit einem feierlichen Protest gegen die Invasion der großrussischen Bolschewiki-Armee in der Ukraine, gegen die unerhörten Grausamkeiten der russischen Sowjetregierung am ukrainischen Volke und dessen Intelligenz, wie auch gegen die materielle Ausbeutung des Landes.

In der Erkenntnis dessen, daß die europäische, ja überhaupt die Weltwirtschaft nur gesunden kann, wenn das gesamte Gebiet des einstigen Rußland wieder zu produzieren und zu konsumieren beginnt, vertritt die ukrainische Regierung die Ansicht, daß alle europäischen Staaten die Pflicht haben, die Lösung des osteuropäischen Problems auf eine reale Grundlage zu stellen und sofort an ihre Entscheidung zu gehen. Die zwei Hauptfragen sind:

1. die Ermöglichung des Wirtschaftsaufbaues,
2. die Linderung und Eindämmung des Hungers.

Da die Sowjetregierung selbst erklärte, daß sie nicht imstande ist, diese Aufgaben zu lösen und um die Hilfe des Auslandes bittet, so erübrigt sich, ihre Unfähigkeit hierzu noch zu beweisen. Denn es ist klar, daß die Methoden einer Regierung, deren einzige Erfolge in vierjähriger Tätigkeit Vernichtung der Wirtschaft und der Hunger sind, — daß dieselben Methoden keine Fabrik in Gang und kein Brot bringen können. Aber mit aller

Digitized by Google

Deutlichkeit muß darauf hingewiesen werden, daß die weitere Ausbreitung des Hungers nicht durch Kinderspeisungen und durch Lebensmittelzüge aufgehalten werden kann. Vielmehr darf man den klaren Blick auf die Wurzel beider Uebel: des Hungers und der Wirtschaftsvernichtung, nicht verlieren — denn diese ist das bolschewistische System. Es ist naiv, zu glauben, daß die bolschewistische Moskauer Regierung das eingesehen hat und durch die sogenannten Reformen und Konzessionen die kommunistischen Prinzipien aufgegeben hat, um im Bauern und Arbeiter wieder die Arbeitslust zu erwecken, die Triebkraft jeder gesunden Wirtschaft. Alle diese Schritte sind nur taktische Maßnahmen zur Verschleierung der bolschewistischen, weltrevolutionären Pläne, zur Erreichung von Krediten und zur Irreführung Europas. Infolgedessen bleibt allen Staaten, die am Osten interessiert sind, nur eine Möglichkeit übrig: die Herausziehung und Rettung der von den Moskauer Bolschewiki okkupierten Gebiete: der Ukraine, Georgiens und Armeniens aus der bolschewistischen Anarchie und die Dienstbarmachung dieser Gebiete für die Wiederherstellung der Wirtschaft, der Industrie, des Ackerbaues, wodurch der Hunger beseitigt werden wird.

Als legitimierte Repräsentantin des ukrainischen Volkes will die ukrainische Regierung daran mitarbeiten und bittet alle Staaten, im Interesse des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt und der Rettung der Völker des Ostens, gestützt auf ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel, an den militärischen Imperialismus der Moskauer Sowjetregierung folgende kategorische Verlangen zu stellen:

1. Räumung der Ukraine, Georgiens und Armeniens durch die Okkupationstruppen der Moskauer Sowjetregierung,

2. Rückerstattung aller evakuierten Fabrikanlagen, Maschinen, Transport- und Wirtschaftsmaterialien,

3. die Unterstellung der Ukraine, Georgiens und Armeniens dem Protektorate des Völkerbundes als Sicherheit und Pfand für die Anerkennung der russischen Staatsschulden von seiten der Moskauer Sowjetregierung.

Dem Völkerbunde würde dann die Aufgabe anheimfallen, die inneren Kräfte der Länder zu einem staatlichen Leben zusammenzufassen und durch Gewährung von Krediten von seiten internationaler Syndikate die Industrie und Landwirtschaft wieder produktions- und exportfähig zu machen.

Falls die europäischen Staaten, Amerika, Japan und China, diese Maßnahmen von der Moskauer Sowjetregierung nicht erzwingen, dann müssen sie damit rechnen:

1. daß die fortschreitende bolschewistische Güterzertrümmerung die Weltwirtschaftskrise einerseits ins Unermeßliche steigern, andererseits jede Wiederaufrichtung der Wirtschaft des Ostens in die fernste Zukunft rücken wird,

2. daß das Hungergebiet sich im nächsten Jahre um mindestens eine halbe Million Quadratkilometer mit 50 Millionen Seelen vergrößern wird, die der Fürsorge der andern Staaten, wie jetzt im Wolgagebiet, zufallen werden.

Digitized by Google

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Folgen werden derartig sein, daß kein Staat von ihnen verschont bleiben wird. Deshalb ist es die Pflicht des Völkerbundes und eines jeden Staates, im Namen des Weltgewissens die Ukraine, Georgien und Armenien vor der Vernichtung zu bewahren und ihnen zu einem normalen, staatlichen und wirtschaftlichen Leben zu verhelfen.

Die Entscheidung in der Bodenfrage

Von Dr. Heinz Potthoff, München

Das in Artikel 155 der Reichsverfassung übernommene Programm der deutschen Bodenreformer will Mißbrauch mit deutschem Boden verhüten, jedem Deutschen „gesunde Wohnung" und die Möglichkeit einer „Wohn- und Wirtschaftsheimstätte" sichern und die „Wertsteigerung, die ohne Arbeits- und Kapitalaufwendung auf das Grundstück entsteht, für die Gesamtheit nutzbar machen."

Die Angel, um die sich alles dreht, ist die Grundrente, das heißt das arbeitslose Einkommen, das jemand auf Grund seines Privateigentumes am Boden bezieht. Der wichtigste Inhalt des Eigentums ist das Verbietungsrecht, das ihm ermöglicht, jeden anderen vom Betreten seines Grundstückes auszuschließen und von denen, die es zum Wohnen oder zum Arbeiten benutzen möchten, eine Abgabe zu fordern. Die Rente beruht auf dem monopolartigen Charakter des Bodens; ihre Möglichkeit steigt mit der Dichte der Besiedelung, mit der Höhe der Technik und Wirtschaftsorganisation, mit dem Ertrage menschlicher Arbeit. Das Privateigentum am Boden, der wichtigsten Voraussetzung alles Lebens und Arbeitens, ist zusammen mit der Verkehrsfreiheit der tiefste Grund zum Zwange der Lohnarbeit für die Massen der Besitzlosen; auf dem Bodenmonopole beruht die kapitalistische Produktionsweise, wie Karl Marx sehr scharf im 3. Bande seines „Kapitales" ausgesprochen hat. Der Anlaß zur Behauptung und Erweiterung des Bodenmonopoles aber ist die Möglichkeit seiner gewinnbringenden Ausnutzung durch Grundrente.

Deswegen liegt in dem Bezuge der Grundrente der bedenklichste Mißbrauch des Bodens. Die gefährlichste Art des Bezuges ist die Kapitalisierung im Veräußerungspreise. Denn damit wird der private Nutzen der Rente dem Bodeneigentümer weggenommen, einem Geldkapitalisten zugewandt. Die Grundrente liegt nunmehr als dauernde Last (meist Verzinsung einer Hypothek) auf dem Grundstücke. Der mit und auf dem Boden arbeitende Mensch hat nicht mehr den Vorteil, sondern den Nachteil der Grundrente und macht Bankerott, wenn das Erträgnis des Grundstücks nicht mehr die Verzinsung des überhohen Erwerbspreises gestattet.

Digitized by Google

Damit wird die Rente verewigt. Und da sie in den Kosten aller Produktion und alles Verbrauches steckt, ist sie maßgebend für den Preisstand. Um ein krasses, aber nur sehr nahe liegendes Beispiel zu nennen: Vor dem Kriege haben die Landwirte bei einem Kornpreise von 100 bis 150 M. für die Tonne bestehen können. Heute beträgt der Preis gegen 3000 M., also mindestens das Zwanzigfache. Nach dem Preise richtet sich der Ertrag, nach diesem der Wert des Grundstückes. Wenn alle Kornböden zu einem den heutigen Kornpreisen entsprechenden Preise den Eigentümer gewechselt haben (also verkauft, vererbt oder auf lange Jahre verpachtet) oder auch nur mit Hypotheken belastet sind, so gehen die neuen Landwirte zugrunde, wenn der Kornpreis wesentlich sinkt, weil sie dann die Hypotheken nicht mehr verzinsen können. Wenn also die deutsche Währung sich höbe, unsere Mark im Auslande nur wieder auf 30 Pfennige käme, so würden die Landwirte einen Schutzzoll von mindestens 1000 M. auf die Tonne verlangen, um sich durch künstliche Verdoppelung des Kornpreises vor dem Ruine zu retten. Die allgemeine Teuerung, die Entwertung des Geldes wäre verewigt.

Deswegen geht der Kampf der Bodenreformer vor allem gegen die Grundrente und gegen ihre schlimmste Verankerung in hohen Grundstückspreisen. Aber wie schon aus dem Programme und aus dem Art. 155 der Verfassung hervorgeht, rechnen die Bodenreformer nicht mit völliger Beseitigung der Grundrente. Denn es heißt ausdrücklich, daß sie der Gesamtheit nutzbar gemacht werden soll.

Man muß einen Unterschied machen. Daß der Boden jemals kostenlos den einzelnen zur Verfügung gestellt werden könnte, oder aller Boden gleichen Preis hätte, ist in Deutschland ausgeschlossen. Boden ist Produktionsmittel wie jedes andere Kapital, und wer es für sich nutzt, soll der Gesamtheit dafür eine Abgabe entrichten. Bodenbeschaffenheit, Klima, Verkehrslage, Verwertungsmöglichkeit usw. werden stets einen Unterschied zwischen den Renten und damit Preisen der Grundstücke bewirken. Ein Baugrundstück in Berlin und ein Moorland in unbesiedelter Gegend kann nicht gleich bewertet werden. Diesen Unterschied bezeichnen die Bodenreformer als „natürliche" Grundrente; sie zu bekämpfen, ist utopisch; sie soll aber den einzelnen weggenommen und der Gesamtheit zugeführt werden, um die Steuern auf Lebenshaltung und Arbeit herabsetzen zu können.

Aber neben dieser „natürlichen" Grundrente gibt es noch eine andere, „spekulative" genannt, die aus Fehlern der Gesetzgebung und Verwaltung erwächst. Man denke daran, wie sehr die Bauordnungen den Preis städtischer Grundstücke beeinflussen; wie vor dem Kriege Zollpolitik und Ostmarkensiedelung den Preis ländlichen Bodens getrieben haben; wie

Digitized by Google

unser Hypothekenrecht die dauernde hohe Verschuldung und damit Preiserhöhungen von Grundstücken begünstigt, wie die Bevorzugung bei den großen Kriegs- und Notsteuern die Bewertung von Grundbesitz steigert. Diese von Geschäftsleuten (namentlich von Terraingesellschaften) klug ausgenutzten Möglichkeiten zu Preiserhöhungen werden gesteigert durch fehlerhafte Organisation der Boden- und Bauwirtschaft.

Die Grenze der unberechtigten gegenüber der natürlichen Rente läßt sich ebensowenig zahlenmäßig bestimmen wie das vorteilhafteste Verhältnis zwischen Hinderung und Ausnutzung der Grundrente durch die Allgemeinheit. Der Steuerfiskus, der möglichst hohe Einnahmen braucht, steht im Widerspruche mit der allgemeinen Volkswirtschaft, die möglichst niedrige Grundrente verlangt. Denn je tiefer die Bodenpreise (und damit die Bodenverschuldung), je geringer die Abgaben für Bodenbenutzung, desto mehr Kapital ist für die Produktion zur Verfügung, desto ertragreicher ist die menschliche Arbeit, desto billiger kann die Lebenshaltung sein. Das Problem ist also: die Grundrente auf einen verhältnismäßig niedrigen Betrag herunterzudrücken und diesen dann möglichst vollständig der Gesamtheitt zuzuführen. Es ist in Deutschland besonders dringlich, weil hier die Grundrente stärker gewachsen ist als in einem anderen Industrielande, und weil das Deutsche Reich besonders große Mittel zur Deckung der Verpflichtungen aus Krieg und Frieden braucht.

Und nun bietet das Schicksal günstige Gelegenheit zur Lösung. Wenn es überhaupt gelingen kann, allgemein in Deutschland den Anteil der Grundrente am Ertrage der Gesamtarbeit zu mindern, dann muß es jetzt sein. Denn die wirtschaftliche Entwicklung hat zum ersten Male dem Steigen der Grundrente Einhalt geboten, hat sie auf einen Bruchteil herabgedrückt. Damit erleichtert sich die Aufgabe einer Senkung der Grundrente in die einfachere einer Verhinderung des Wiedersteigens. Diese Stunde entscheidet über Wert und Möglichkeit der Bodenreform.

Fast der einzige Lichtblick in unserer traurigen Wirtschaftslage ist das Herabgehen der Grundstückspreise und teilweise auch der Grundrente — im Verhältnis zu den übrigen Vermögenswerten. Infolge der allgemeinen Entwertung unseres Papiergeldes sind die Löhne durchschnittlich auf das Zehnfache, die Preise teilweise weit darüber hinaus gestiegen. Die deutsche Mark ist im Verhältnis zum alten Goldgelde noch 3 Pfennige wert (die Reichsbank zahlt 600 M. für das Zwanzigmarkstück), im Verhältnis zum Dollar sogar nur noch knapp 2 Pfennig. Diese gewaltige Umwertung von Gold auf Papier hat der Boden noch nicht mitgemacht. Die landwirtschaftliche Rente ist zwar den Produktenpreisen entsprechend stark gestiegen. Aber erst ein kleiner Teil des Besitzes hat zu einem den jetzigen

Digitized by Google

Erträgnissen entsprechenden Preise den Eigentümer gewechselt (durch Kauf oder Erbschaft). Den weitaus meisten Landwirten steht ihr Boden noch mit dem Goldwerte zu Buche. In der Stadt hat die Mieten-Zwangswirtschaft die Rentabilität von Zinshäusern unter den Friedensertrag, teilweise unter Null gedrückt. Deswegen sind die Häuserpreise nicht annähernd im Verhältnisse der Geldentwertung gestiegen. Aber dieses Steigen hat vor einiger Zeit eingesetzt und geht rapide weiter. In der Erwartung einer Aufhebung des Mietenzwanges schnellen städtische Grundstücke auf das Fünffache des Goldpreises und werden bald beim Zehnfachen sein. Erbübernahmen auf dem Lande reichen auch schon an das Zehnfache der Vorkriegszeit heran. Der Handel mit Grundstücken blüht.

Wenn nicht sehr rasch und sehr energisch zugegriffen wird, ist die Umwertung des Bodens von Gold auf Papier vollzogen, eine große Gelegenheit zu sozialer Reform unwiederbringlich dahin. Denn was bedeutet die Umwertung? — Den gegenwärtigen Eigentümern werden hunderte von Milliarden in den Schoß geworfen. Die künftigen Eigentümer müssen deren Verzinsung aus dem Boden herauswirtschaften. Alle Arbeit und aller Verbrauch sind dauernd mit dieser Last beschwert. Unser Geld kann sich nicht wieder erholen, die Teuerung muß bleiben. Alle Steuerbegünstigung des Bodens durch die großen Notgesetze dient nur dazu, den Bodenpreis weiter zu steigern, begünstigt also nicht den Bodenbearbeiter, sondern den Vorbesitzer. Das Reich kann nicht mehr die riesige Differenz zwischen Gold- und Papierwert zu allgemeinem besten, zur Tilgung von Schulden oder Wiedergutmachungen, zur Bestreitung von Kulturausgaben verwenden. Die deutsche Volkswirtschaft ist dauernd mit der riesigen Milliardensumme belastet, die allen nur Nachteil bringt zum Vorteile von wenigen, die durch rechtzeitige Veräußerung ihr Schäfchen ins Trockene gebracht haben.

Die erste Aufgabe muß also sein, diese Umwertung des Bodens zu hindern, die Grundstückspreise möglichst auf dem Goldbetrage festzuhalten. Darin liegt nicht nur eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch keine Unbill und Härte gegen die Grundbesitzer. Denn sie brauchen ihre Grundstücke nur nach dem Goldbetrage zu den großen Steuern einzuschätzen, sie versteuern Goldwerte in Papiermark. Die Schulden, die sie in Gold aufgenommen, verzinsen sie in Papier und können sie in Papier tilgen. Wer mit 10 000 M. Anzahlung 1914 ein Grundstück für 100 000 M. gekauft hat und es jetzt für eine Million veräußert, kann mit 90 000 Papiermark die Hypothekengläubiger befriedigen und behält selbst 910 000 M. Das ist das 91 fache seines Anlagekapitals von 10 000 M. Gold. Ist das gerecht? Kann es geduldet werden, daß der deutsche Boden, den wir mit Blut verteidigt, so zu gewinnreichen Ge-

Digitized by Google

schäften genutzt wird? Was mit Papiermark versteuert und entschuldet wird, soll auch bei der Veräußerung nur Papiermark bringen. Das ist einfach und richtig.

Das volkswirtschaftliche Ziel: die Grundrente und Bodenpreise niedrig zu halten, läuft in gleicher Richtung wie das sittliche: den Bezug arbeitslosen, sozialschädlichen Einkommens zu hindern; es widerspricht aber dem fiskalischen: möglichst große Mittel in die Steuerkasse zu gewinnen, und ebenso dem sozialpolitischen: die wachsende Grundrente zur Bestreitung von Wohlfahrtseinrichtungen zu verwerten. Je nach der Vorherrschaft des einen oder anderen Zieles sind die vorgeschlagenen Maßnahmen der Bodenreformer verschieden. In erster Linie stehen Bodensteuern. Bekanntlich wollte der Begründer der Bodenreformbewegung, Henry George, mit einer Rentensteuer die ganze Frage lösen.

1. Grundrentensteuer. Zum wichtigsten Unterbau der Bodenreformlehre gehört der Satz, daß Steuern auf Grundrente nicht abgewälzt werden können. Da der Preis des Bodens sich ausschließlich nach dem Ertrage richtet, so muß die Minderung des Ertrages durch die Rentensteuern zur Herabdrückung des Preises (der kapitalisierten Rente) führen. Das trifft nur unter der Voraussetzung zu, daß der Bodenpreis und die Bodenrente auf dem höchstmöglichen Stande sind. Wie es damit unter normalen Verhältnissen steht, mag hier unerörtert bleiben; heute sind die Rente und der Bodenpreis nicht auf dem Stande, den sie nach der Geldentwertung haben könnten. Die Anpassung an diesen Betrag ist ja gerade der Prozeß, der gehindert werden soll. Dabei handelt es sich um Verzehnfachung des Preises. Ihr gegenüber spielt eine Grundsteuer von einhalb bis zwei oder auch sechs bis zehn vom Tausend gar keine Rolle, wenn sie nach dem Goldpreise, und nur eine geringe, wenn sie nach dem Papierpreise berechnet wird, der eben nicht maßgebend werden soll. Darum: eine gut und gerecht veranlagte, kräftige Grundsteuer vermag viel Geld in die Staatskasse zu bringen; aber die Umwertung der Grundstücke von Gold auf Papier vermag sie nicht zu hindern.

2. Wertzuwachssteuer. Von ihr gilt ähnliches. Theoretisch kann das Gesetz jede Preissteigerung hindern, wenn es den unverdienten Wertzuwachs restlos wegsteuert. Aber wer glaubt, daß ein solches Gesetz heute in Deutschland zu machen und vor allem praktisch durchzuführen sei? Die inzwischen wieder aufgehobene Reichswertzuwachssteuer von 1911 zeigt, wie schwierig es ist, den Zuwachs wirklich energisch anzufassen.

Damaschke, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, befürwortet in seiner Schrift „Ein Weg aus der Finanznot“ (Heft 71 der „Sozialen Zeitfragen“, Jena 1920) eine Steuer von 10—80%. Da der Höchstsatz schon bei einer Wertsteigerung von 71 000 M. eintreten soll, würde er

Digitized by Google

die Regel bilden. Die Wegnahme von $^4/_5$ des aus Geldentwertung entstehenden sogenannten Wertzuwachses würde allerdings den größten Teil der Differenz zwischen Gold und Papier dem Staate zuführen. Aber nur, wenn das Gesetz keine „Anrechnungen" zuläßt, die den Steuersatz erheblich mildern, und wenn es überall energisch durchgeführt wird. Außerdem muß man darüber klar sein, daß damit die Umwertung der Grundstücke nur rascher und vollständiger gemacht wird. Der neue Erwerber ist dauernd belastet mit dem hohen Preise. Die Staatseinnahmen sind erzielt auf Kosten einer dauernden Belastung der Volkswirtschaft.

3. In noch stärkerem Maße tritt die Hochtreibung der Bodenpreise, damit die Verewigung der Teuerung, Geldentwertung, Belastung der künftigen Wirtschaftsarbeit ein, wenn man nach dem Vorschlage des Reichswirtschaftsministeriums eine sogenannte Goldhypothek auf allen Grundbesitz legt, oder nach dem Vorschlag des Ingenieurs Max Grande („Geldentwertung, Grund- und Hausrente", Karlsruhe 1921) die Mieten, Renten und Bodenpreise der Geldentwertung anpassen, die ganze Differenz der Allgemeinheit zuführen und dann die „sozialisierte Grundrente" allgemeinen Staatsbedürfnissen, die „Hausrente" (Miete) der Beseitigung der Wohnungsnot dienstbar machen will.

4. Den umgekehrten Weg geht das ebenfalls von Damaschke dringend befürwortete Bodenreformgesetz, das vom „Ständigen Beirate für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium" einstimmig beschlossen ist. Dieser Entwurf hat besondere Bedeutung dadurch, daß der „Aktionsausschuß der Deutschen Gewerkschaften für das Reichsheimstättenamt" sich einmütig dahinter gestellt hat und mit den 15 Millionen ihm angeschlossener Arbeiter, Angestellter und Beamter aller großen Gewerkschaftsrichtungen ein starkes Gewicht zu seiner Verwirklichung einzusetzen vermag (vgl. „Land und Geld für Heimstätten", Berlin-Grünau). Dieser Entwurf enthält drei sehr wichtige Grundgedanken:

a) Jede Gemeinde wird verpflichtet, Bodenvorratswirtschaft zu Siedelungszwecken zu treiben.

b) Zu diesem Zwecke erhält sie nicht nur ein weitgehendes Recht zur Enteignung, sondern auch das Recht des „Ankaufes" für jedes Grundstück, das im Bezirke veräußert werden soll.

c) Als Preis zahlt sie nicht den Verkaufspreis, den der Eigentümer fordert, nicht den Erwerbspreis, den der private Käufer bietet, sondern einen „gerechten" Preis.

In dieser Preisbemessung liegt das wesentlichste, das „revolutionäre" des Entwurfes. Abgesehen von der Vorschrift, daß der Preis sich nach der geplanten Verwendung richtet (also Siedlungsland nie nach dem Preise für

Digitized by Google

Mietskasernenboden bewertet wird), soll der gerechte Preis nach einer allgemeinen neuen Schätzung des Bodens (ohne Bauwerke) ermittelt werden. Da die neue Selbsteinschätzung nicht nur für die Steuer, sondern auch für Verschuldung und Enteignung maßgebend sein soll, so wird sie die bisher allgemein übliche Unterwertung des Bodens beenden, die Erträge aller Grundsteuern wesentlich erhöhen — aber die Umwertung von Gold auf Papier nur beschleunigen.

Ganz anders wirkt die Vorschrift, daß zunächst, in der Uebergangszeit, der „gerechte" Preis von der Einschätzung zum *Wehrbeitrage* ausgehen soll. Denn das war ein Goldwert, der in den meisten Fällen erheblich *unter* dem Verkaufspreise von 1913 blieb. Wenn zu diesem Preise alle Gemeinden zahlreiche Grundstücke ankauften oder enteigneten, dann müßte das Ziel einer Niedrighaltung der Bodenpreise erreicht werden.

Wenn! .... Da steckt m. E. der wunde Punkt. Von den 62 000 Gemeinden Deutschlands werden 58 000 gar nichts tun und einem etwaigen Drängen der vorgesetzten Behörde den triftigen Grund entgegenhalten, daß sie kein Geld haben, um Bodenvorratswirtschaft zu treiben. Ich glaube auch nicht, daß die ländlichen Gemeinden genug Kraft besitzen, um den Großgrundbesitzern Land zu einem Zehntel des gegenwärtigen Verkaufswertes abzunehmen. Solange nicht eine so tiefe, aufrüttelnde Bewegung durchs Land geht, daß der Landhunger von Siedlern oder die Not von Städtern Leben und Eigentum bedroht, geben die Großbesitzer nichts her. Und ehe dann im Instanzenwege ihnen etwas abgenommen ist, hat es gute Weile. Ich fürchte, auch im günstigsten Falle müßten Jahre vergehen, ehe das Bodenreformgesetz allgemeine Wirkung auf den Grundstücksmarkt übte. Und inzwischen ist die Anpassung an die Geldentwertung vollzogen, die günstige Stunde unwiederbringlich dahin.

5. Deswegen scheint mir eine Ergänzung notwendig, vielleicht nur für kurze Uebergangszeit, die *allgemein* und *sofort* den *Goldpreis* von 1913/14 nicht zum gerechten, sondern zum *allein zulässigen* Bodenpreise macht. Ich sehe dazu kein anderes Mittel, als die *Beschränkung* der freien *Veräußerung*. Außerhalb der Familie kann Grundbesitz nur an das Reich oder an die von ihm beauftragten Länder und Gemeinden veräußert werden. Diese zahlen den Wehrbeitragspreis — in Papiermark. Man kann einen Zuschlag dazu gewähren, um die Unterschätzung von 1913 auszugleichen, kann denen entgegenkommen, die inzwischen teurer erworben haben; 50—100 v. H. spielen keine entscheidende Rolle, wenn es sich darum handelt, Sprünge um 1000 v. H. zu vermeiden. Man kann auch die *Häuser* freigeben, denn sie sind nicht ewig, sie können vermehrt werden, wenn der Boden frei und billig ist.

Digitized by Google

In meinem Vorschlage liegt keine Enteignung; denn niemandem wird weggenommen, was er behalten möchte. Keine Verstaatung des Bodens; denn das Reich soll das erworbene sofort wieder bester Verwertung durch Private zuführen. Erst recht keine Aufhebung des Bodeneigentums, sondern nur eine Beschränkung in der Möglichkeit, dieses Eigentum aufzugeben. Der gewinnreiche Handel mit dem Heimatboden hört auf.

Es ist nicht anzunehmen, daß dem Reiche auch nur ein einziges Grundstück angeboten wird. Die wenigen, die es aus Konkursen und Zwangsversteigerungen erwirbt, kann es sofort mit Aufschlag wieder anbringen. Es bedarf also keiner Mittel dafür und überschwemmt nicht den Markt mit neuem Geldpapiere. Es ist anzunehmen, daß die raffiniertesten Wege zur Umgehung des Gesetzes gesucht werden. Trotzdem verspreche ich mir eine starke Wirkung. Denn die Mündelsicherheit einer Hypothek richtet sich dann nach dem Goldwerte; keine Bank wird ein Grundstück über den Goldwert hinaus beleihen. Kein Erbe wird sich den Besitz zum Zehnfachen des Goldwertes anrechnen lassen, wenn er mit der Möglichkeit rechnet, daß Reich oder Gemeinde ihn zum Einfachen dieses Wertes enteignen können.

Zweck und Erfolg dieser Maßnahme ist nur der eine: Die Kapitalisierung erhöhter Grundrente wird verhindert. Weder wird das Steigen der Rente selbst gehindert, noch kommt Geld in die Reichskasse. Das muß durch Steuermaßnahmen erreicht werden. Aber zu diesen scheint mir der radikale Vorschlag der Veräußerungsbeschränkung die Voraussetzung. Seit drei Jahren habe ich alle zuständigen Behörden und Vereine auf diesen Kernpunkt hingewiesen. Da keiner einen Vorschlag zur Festhaltung der Grundrente auf dem Goldniveau gemacht hat, schlage ich selbst das nachstehende Gesetz vor, dessen Einzelheiten verbesserungsfähig sein mögen, dessen Grundgedanke aber klar und einfach ist.

Die soziale Bewegung steht vor einer ungeheuer wichtigen Entscheidung: Ist es möglich, in einem Lande wie Deutschland dem Wachsen der Grundrente Einhalt zu gebieten? Wenn es jetzt nicht gelingt, die Bodenpreise unten zuhalten, wird es später noch viel weniger möglich sein, sie wieder herabzudrücken. Und wenn das deutsche Volk heute nicht die Bedeutung der Bodenfrage begreift, heute nicht den Willen zur Reform aufbringt, dann müssen wir die Zukunftshoffnungen beträchtlich herabschrauben, und dürfen auch von der Bodenreform nur noch kleine „Reformen", nicht mehr die Grundlage neuer, sozialer Ordnung erwarten.

Entwurf eines Gesetzes über Veräußerung von Grundstücken.

Zur Durchführung des Art. 155 der Reichsverfassung wird das Recht zur Uebertragung von Eigentum an inländischen Grundstücken beschränkt:

§ 1. Unbeschränkt bleibt die Uebertragung von Grundstücken 1. an Kinder, einschließlich der unehelichen und der an Kindesstatt angenommenen, an Enkel und

Digitized by Google

Ehegatten; 2. bei Auseinandersetzung auf Grund von Erbschaft oder ehelicher Gütergemeinschaft, wenn daran nur Kinder, Enkel und Ehegatte des Erblassers oder Eigentümers beteiligt sind.

§ 2. Im übrigen kann das Eigentum an inländischen Grundstücken nur an das Reich übertragen werden. Rechtsgeschäfte, die den Vorschriften dieses Gesetzes widersprechen, sind nichtig.

§ 3. Der Uebertragung des Eigentums an inländischen Grundstücken stehen gleich 1. die Uebertragung von Rechten am Vermögen einer Gemeinschaft des Privatrechts, wenn das Gemeinschaftsvermögen vorwiegend aus Grundstücken besteht oder die Verwaltung oder Verwertung von Grundstücken zu den Zwecken der Gemeinschaft gehört; 2. Rechtsvorgänge, die es ohne Uebertragung des Eigentums ermöglichen, wie ein Eigentümer über das Grundstück zu verfügen.

§ 4. Als Erwerbspreis zahlt das Reich denjenigen Betrag, in gesetzlicher Währung, mit dem das Grundstück gemäß dem Reichsgesetze vom 3. Juli 1913 zum Wehrbeitrage veranlagt worden ist. Hat keine Veranlagung zum Wehrbeitrage stattgefunden, so ist das Grundstück nach den Vorschriften des Wehrbeitragsgesetzes zu schätzen.

§ 5. Falls es der Billigkeit entspricht, kann das Reich zu dem nach § 4 festgestellten Preise einen Zuschlag bis zu 30 v. H. gewähren. Hat der Eigentümer das Grundstück nach dem 31. Dezember 1913 erworben, so kann das Reich den nach § 4 festgestellten Preis bis zum Betrage des Erwerbspreises, aber nicht über das Doppelte hinaus, erhöhen, wenn es der Billigkeit entspricht. Aufwendungen für dauernde besondere Verbesserungen, die der Eigentümer nach dem 31. Dezember 1913 gemacht hat, werden dem Preise insoweit hinzugerechnet, als die Verbesserungen noch vorhanden sind.

§ 6. Der Veräußerer kann verlangen, daß die zum Grundstücke gehörigen Bauwerke nicht mit in das Eigentum des Reiches übergehen, sondern ihm ein Erbbaurecht daran kostenlos bestellt wird. In diesem Falle ist der Wert eines Grundstückes ohne die Bauwerke nach den Vorschriften des Wehrbeitragsgesetzes zu schätzen.

§ 7. Alle auf dem Grundstücke ruhenden Lasten erlöschen mit dem Uebergange des Eigentumes auf das Reich. Die Berechtigten haben Anspruch auf Befriedigung aus dem Erwerbspreise nach sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gesetzes vom 24. März 1897 über die Zwangsversteigerung.

§ 8. Wenn zum Zwecke der Flurbereinigung, der Grenzregelung, der besseren Gestaltung von Bauflächen, der Ablösung von Rechten an Forsten oder anderer Förderung der Bodenwirtschaft oder der Bebauungsfähigkeit inländische Grundstücke ausgetauscht werden sollen, kann das Reich auf das Erwerbsrecht verzichten und die Veräußerung zulassen.

§ 9. Das Reich hat erworbene Grundstücke bester Verwertung nach Art. 155 der Reichsverfassung zuzuführen. Uebertragung des Eigentumes an Private ohne Vorbehalt ist unzulässig.

§ 10. Das Reich kann die ihm aus diesem Gesetze zustehenden Rechte und Pflichten ganz oder teilweise, dauernd oder für den einzelnen Fall, an Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände übertragen.

§ 11. Das Gesetz tritt am . . . . . in Kraft. Es findet rückwirkende Anwendung auf alle Veräußerungen, die nach dem 30. September 1921 stattgefunden haben.

Erforderliche Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsarbeitsminister.

Digitized by Google

Berichtigung. Graf Max Montgelas sendet uns die folgenden Zeilen: In Heft 42 (Seite 1002) hatte ich unter den französischen Kriegsvorbereitungen am 31. Juli 1914 den Erlaß des Befehls zur Verhaftung der in der Liste B enthaltenen politisch verdächtigen Persönlichkeiten erwähnt. Der vollständige Bericht über die Senatssitzung vom 22. Juli 1917 (Journal Officiel — Senat — Seite 764) ergibt jedoch, daß der Minister des Innern Malvy den ihm am Morgen des 31. vorgelegten Befehl nicht unterzeichnet hat, weil er Bedenken trug, eine so große Zahl von Franzosen — die Liste enthielt nicht weniger als viertausend Namen — festnehmen zu lassen. Er ließ „keinen Franzosen" verhaften. Die Festnahme blieb also offenbar auf die politisch verdächtigen Ausländer beschränkt. Die Festnahme der Franzosen unterblieb, aber nicht etwa deshalb, weil man aus außenpolitischen Gründen die der Mobilmachung vorangehende Maßnahme verschieben, sondern lediglich deshalb, weil man sie aus innenpolitischen Gründen überhaupt nicht ausführen wollte, wie sie denn auch später nicht ausgeführt worden ist.

*

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Nachdruck aus dem Inhalt nur unter genauer Quellenangabe gestattet

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigenges. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 10. Dezember 1921 * Heft 50

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Nach Stinnes ist nun Rathenau zum Besuch der Hochfinanz und Regierung nach London gefahren. Während über der ersten Fahrt der Schleier des Geheimnisses lag, der immer wieder in künstliche Falten geschlagen wurde, ist er jetzt ein wenig zerfetzt — die Welt ist ungeduldig, und die zum Kombinieren angeregte Phantasie will Ergebnisse sehen. Da diese aber nicht zu greifen sind, werden Phantome zu Mächten. Die Zeitungen der großen Zentren und ihre Hintermänner beginnen das Spiel um internationalen Kredit und Moratorium von neuem, das schon ein paarmal kreiert wurde; jetzt aber wirkt sich dies aus in plötzlichen Devisenschwankungen von unerhörtem Umfang. Kursstürze am Effektenmarkt sind die Folge, und zwar insoweit eine wohltätige Folge, als sie ein Warnungsruf für die bedenkenlosen Kleinspekulanten sind, deren Eifer die Erkenntnis der wahren Wirtschaftswerte unmöglich macht. Aber für die ernsthafte Wirtschaft wird nur die Unhaltbarkeit der ganzen Situation unheimlich demonstriert. Niemand kann mehr kalkulieren. Bessert sich die Mark plötzlich, so verschiebt sich das Verhältnis von Lohn zum Warenpreis, und die Ware ist überlastet. Ihre Absatzfähigkeit stockt. Sinkt die Mark weiter wieder ins Abgründige, so ist mit Rohstoffnot noch schärfer zu rechnen, die überall droht, wo die Vorräte, zu Ende gehend, nicht mehr ohne unmögliche Finanzanspannung ergänzt werden können. Es ist kein Ende dieses verwüstenden Zustandes zu sehen, bevor nicht eine wirkliche Aktion internationaler Gemeinhaftung die Währungsrelationen stabilisiert. Ein Moratorium ist ganz schön, aber nur das Instrument, durch das die Spekulation auf längere Fristen umgearbeitet wird.

*

Wien hat einen Tag der Plünderung erlebt. Die Massen der Vorstädte zogen zum Ring und zum Graben und zertrümmerten die Zeugnisse des Luxus und des Wohllebens, die dort hinter den Glasscheiben aufgespeichert

Digitized by Google

sind. Sinnlos, gewiß, verbrecherisch, wenn man will, eine volkswirtschaftliche Torheit — aber ein drastisches Bild der Lage dieser Stadt, da das Massenelend einer unterernährten Einwohnerschaft von Arbeitern und Kleinbürgern zu dem Glanz kontrastiert, den fremde Geldstücke, und selbst fremde Papierscheine, an den geschäftlichen Brennpunkten der Stadt verbreiten. In Wien gehen die Geschäfte, es ist Betrieb da, Ost- und Westeuropa begegnen sich, es wird gehandelt und verdient, genossen und gespielt — ja, das ist aber nicht Wien. Das alte Wien darbt und verelendet, und wenn es sich wehrt, macht es Dummheiten. Werden die Herren der Entente die Stirne haben, für die zerrissenen Mäntel und zerschlagenen Koffer ihrer Missionen „Genugtuung" zu fordern? Oder werden sie das Menetekel zu lesen vermögen?

*

Der Gesandte Dr. Riezler setzt sich in der „Deutschen Nation" mit dem neuen Buch des Generals Ludendorff auseinander und zeigt an ein paar Beispielen, was übrigens ja nicht neu ist, deutlich genug auseinander, wie eng und primitiv die Gedankenwelt des Generals ist, wenn sie das militärische Gebiet verläßt und ins Geistige, ins Historisch-Politische abschweift. Riezler geht aber einen Schritt weiter, und das ist die politische Pointe seiner eindrucksvollen Darlegungen: er ruft Helfferich auf, den Kampf um die Wahrheit, dem er diene, auch gegen den General aufzunehmen:

„Bethmann ist tot. Helfferich war stellvertretender Reichskanzler. Ein großer Teil der Anklagen Ludendorffs trifft Bethmann nur als den formellen Träger der Verantwortlichkeit, de facto aber Helfferich und sein Tätigkeitsgebiet. Ein anderer Teil trifft Entscheidungen der Gesamtpolitik, an denen Herr Helfferich einen hervorragenden Anteil hatte. Viele Stellen des Ludendorffschen Buches würden, wenn sie wahr sein sollten, die Helfferichsche Darstellung Lügen strafen. Wir kennen und achten Herrn Helfferich als einen streitbaren und unerbittlichen Sucher der Wahrheit. Wir sind sicher, daß er die geschichtliche Wahrheit gegen Ludendorff mit derselben Energie wie gegen Erzberger verteidigen wird. Wie steht es z. B. mit der Behauptung des Generals, daß die Heeresleitung vom Reichskanzler mehr Menschen und Munition gefordert habe, aber auf Unverständnis und Energielosigkeit gestoßen sei?

Wie steht es mit der Behauptung, der Reichskanzler habe „zugelassen", daß so viele Fahnenflüchtige der Verhetzung der Sozialdemokratie anheimfielen und sich der Rückkehr zur Truppe und der Bestrafung entzogen?

Wie steht es weiter mit der Behauptung, an der Verkündung des Königreichs Polen wäre die dritte Heeresleitung „unbeteiligt" gewesen., sie wäre vom Reichskanzler „aus innerpolitischen Gründen" und „aus Rücksicht auf Oesterreich" betrieben worden?

Ist es deutsch, dem Gegner die Verantwortung für die Behandlung von Angelegenheiten zuzuschieben, auf die er keinen Einfluß hatte, und sich als unbeteiligt an Aktionen hinzustellen, die fehlgeschlagen sind?

Ueber die Wahrheit dieser Anklagen wird Herr Dr. Helfferich sich gewiß äußern.

Helfferich war Bethmanns nächster Mitarbeiter. Der Appell an seine Ritterlichkeit muß stärker wirken als sein Bedürfnis, in der Nähe des Generals die Früchte einer billigen Popularität zu genießen.

Digitized by Google

England in Washington

Von Leopold Buchholz

Die deutsche Oeffentlichkeit kommt aus der Verwunderung über die Haltung Englands nicht heraus. Kaum hat man sich von der Enttäuschung aller Hoffnungen auf englischen Beistand in der oberschlesischen Frage erholt, so überrascht die Aufrollung des Reparationsproblems durch Lloyd George und die freundliche Sprache, die dabei für Deutschland abfällt. Es ist nur zu hoffen, daß diese neuen Eindrücke nicht einen abermaligen Anfall von Optimismus einleiten, der dann zu seiner Zeit wieder von Verzweiflung abgelöst werden könnte. Die politische Frage hat zu lauten: Wie war die Eigenbewegung der englischen Staatskunst von dem uns fernsten Punkte ihrer jüngsten Bahn bis zur heutigen Wiederannäherung an unseren Standort?

Das bis in diplomatische Kreise verbreitete Märchen von der mangelnden Zeit des englischen Ministerpräsidenten, sich im Drange der inneren und irischen Geschäfte der oberschlesischen Entscheidung zu widmen, ist typisch für das, was England uns glauben machen kann. Gewiß verschärften die genannten inneren Schwierigkeiten seine Unlust, sich bei der letzten der unmittelbaren territorialen Folgen des Versailler Friedens für uns einzusetzen, und gewiß spielte bei dem allgemeinen Einschwenken seiner öffentlichen Meinung auf die Seite des Genfer Spruchs die Rücksicht auf das Prestige des von ihm geführten Völkerbundes eine bedeutende Rolle. Aber auch ohne das alles war die englische Passivität das Ergebnis eines einfachen Rechenexempels: Von den beiden Regierungen, deren Bestand in entgegengesetztem Sinn mit Oberschlesien verknüpft schien, war nach allen bisherigen Erfahrungen das Kabinett Briand, nicht das Kabinett Wirth, diejenige, deren Erhaltung England damals für sein Ziel einer langsamen Friedensrevision und Wirtschaftsneuordnung als unentbehrlicher betrachtete.

Briands Triumph in Oberschlesien aber wurde nunmehr zur Voraussetzung der Situation in Washington: Das geeinte und gestärkte Frankreich zeigte der Abrüstungskonferenz seine militaristische Entschlossenheit so unzweideutig, wie Lloyd George es für die immer wieder aufgeschobene Auseinandersetzung mit dem Alliierten brauchte. Die französische Delegation hatte den amerikanischen Boden im Vertrauen auf die amerikanische Sentimentalität und die jahrelange französische Kriegspropaganda mit der Hoffnung betreten, außerhalb Europas Revanche für die immer zunehmenden Reibereien mit England zu finden. Aber wie gewöhnlich hatte die große Geste des Amerikaners in Europa getäuscht. Nicht bloß Frankreich, das sich noch vor der entscheidenden Debatte über die Land-

Digitized by Google

abrüstung in Washington wie nie zuvor (auch schon sprachlich und gesellschaftlich) isoliert sah, sondern so mancher andere Prophet kommender englisch-amerikanischer Gegensätze mußte von der Schnelligkeit und Vollständigkeit betroffen sein, mit der sich die beherrschende weltpolitische Konstellation des Kriegsendes, die angelsächsische Einheitsfront, wiederherstellte. Die überlegene englische Diplomatie hat, bald die Eitelkeit der Amerikaner, bald ihre Scheu vor europäischen Verwicklungen geschickt benützend, im Grunde Englands beide Hauptwünsche, die Erhaltung der englischen Seeherrschaft und die Vertagung des ostasiatisch-pazifischen Konflikts, bereits gesichert, und ganz nebenbei auch den einzigen akuten Interessengegensatz mit den Vereinigten Staaten, den Kampf um die asiatischen Oelquellen, durch Verständigungen der Standard Oil und der Anglo-Persian Company in Persien und Mesopotamien der Beilegung entgegengeführt. Man versteht, weshalb aller Wahrscheinlichkeit nach Lloyd George (auch hierin populären Auffassungen entgegen) trotz der bisherigen Erfolglosigkeit der (maßlos überschätzten) irischen Verhandlungen doch noch persönlich das Siegel auf die Ergebnisse von Washington zu drücken wünscht: Aus der drohenden Niederlage Englands und Japans vor Amerika und Frankreich ist ohne erheblichere Opfer der Beginn der angelsächsischen Weltherrschaft von morgen geworden. Gewiß sind die phantastischen Gerüchte einer Ueberlassung Westindiens, Hongkongs, eines Teiles der englischen Kriegsflotte an die Vereinigten Staaten vorläufig nur Requisiten einer unbedenklichen Werbekunst, deren Weihrauch den Amerikanern ihre geistige Abhängigkeit von dem früheren Mutterlande verhüllen soll. Diese Gedanken stehen auf einer Stufe mit einer Reichspropaganda, die den Dominions mit dem Zukunftsbild Montreals, Kapstadts oder Melbournes als Reichshauptstadt schmeichelt. Aber wer wollte verkennen, daß hinter dem allen das sieg- und erfolggewohnte Selbstbewußtsein der einen großen und im tieferen Sinne einheitlichen Herrenrasse steht, die die abendländische Welt hervorgebracht hat?

Bloß zwei dunkle Punkte schrecken am Gesichtskreis dieses angelsächsischen Traumes, in dem sich alter Imperialismus und neue Völkerbunds- oder Völkervereinspläne wie die eines Smuts oder Harding zuletzt begegnen. Der eine ist der Komplex der sozialen und innerpolitischen Verfassungsfragen, die mit der zunehmenden äußeren Macht der angelsächsischen Riesenstaatsbildungen immer dringender eine Lösung verlangen. Selbst wenn das irische Problem den Weg des kanadischen und südafrikanischen gehen und unter der starken Lockung finanzieller Selbständigkeit eine gemeinsame Lebensform für die beiden Republiken der Sinnfeiner und der Ulsterleute zeitigen sollte, wäre damit an der großen organisatorischen Aufgabe künftiger Jahrzehnte nichts geändert: Die Staatsform der parlamentarischen Demokratie, die nach unten und nach oben, sozial-

Digitized by Google

politisch und bundespolitisch, zur bloßen traditionellen Ideologie zu verblassen droht, nach diesen beiden Richtungen wieder mit realpolitischem Leben zu erfüllen. Zwar scheint der russische Bolschewismus und seine Strategie der Aufrollung von Demokratie und Kapitalismus seit kurzem unverhüllt rückläufig geworden zu sein und neben dem chinesischen Nachbarreich der angelsächsischen Hegemonie von Westen und Osten nur ein gewaltiges Betätigungsfeld mehr darzubieten. Aber ist nicht der nach Größe und Beschaffenheit unerhörte Staatskapitalismus, der dort (und ähnlich vielleicht in einem stinnesierten Mitteleuropa) entsteht, selbst wieder ein weltpolitisches und weltwirtschaftliches Prinzip, das mit den hergebrachten Methoden der kapitalistischen Demokratie kaum noch etwas gemein hat? Zwar kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß England auch subjektiv in dem vielgeschmähten Lloyd George die gigantische Potenzierung aller nationalen staatsmännischen Begabung von den Zeiten der Elisabeth bis zu Disraeli besitzt, die jede werdende Opposition durch die bloße Weite ihrer Mittel sogleich für sich fruchtbar zu machen weiß. Aber muß nicht auch diese auf einen bestimmten nationalen Rahmen und eine bestimmte, sei es auch nur kulissenhafte parlamentarische Technik abgestellte Diktatur versagen, wo es sich darüber hinaus um eine Organisation der Welt handelt?

Die größten Bedenken stellen sich hier ein, wenn man den zweiten dunklen Punkt der englischen Zukunft, das Verhältnis der Angelsachsen zu ihren farbigen Untertanen und Schutzuntertanen, ins Auge faßt. Er muß die eigentliche lastende Sorge namentlich des Britentums bilden, eine Sorge, in der sogar durch eine eigentümliche Ironie des Geschicks die neue (ebensogut könnte man sagen Jahrhunderte alte) Nebenbuhlerschaft mit Frankreich außerhalb Europas noch einen besonders drohenden Hintergrund findet: Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die wankende Schlachtordnung der Angelsachsen gegen die farbigen Rassen auch von hinten, von der Seite der romanischen Brudervölker Frankreichs und Italiens, unter Feuer liegt und daß die romanische Geistesart mit den Halbkultur- und Naturvölkern vor allem Afrikas ungleich besser fertig wird als das angelsächsische Herrenmenschentum. Erst von da aus begreift man die Kette der bemerkenswerten Mißerfolge, die die englische Kolonialpolitik in den Auseinandersetzungen mit den „niederen“ Rassen so scharf von den Triumphen der englischen Weltpolitik, d. h. Kulturweltpolitik, scheiden. Das Abenteuer der Unterstützung Griechenlands im Kampfe gegen die nationalistische Türkei war ein schlimmer Mißgriff der Angst vor den gehäuften Wirkungen von Panislamismus, Bolschewismus und Romanismus. Das theoretische Eingeständnis der Unabhängigkeit an Aegypten hat auf dem Wege von Verhandlungen mit dem gemäßigtsten ägyptischen Kabinett, das aufzutreiben war, in eine Sackgasse geführt. In Indien mutet der Besuch des englischen

Digitized by Google

Thronfolgers bei einer politisch-religiösen Unruhe, die jeden Tag wie in Irland zu offener Unabhängigkeitserklärung übergehen kann, an, wie das laute Sprechen oder Singen eines, der im Dunkeln sich selbst Mut machen möchte. In Afghanistan hat soeben nach fast einjährigen Unterhandlungen ein neuer Staatsvertrag das tatsächliche Protektorat Englands auf diesem Glacis Indiens erheblich eingeschränkt. Nimmt man dazu, daß die indische Frage als Problem farbiger Arbeit und Konkurrenz ungelöst und unlösbar nach Ostafrika und Südafrika hinüberreicht und sich auf der anderen Seite mit den ähnlichen Problemen des Malaien- und Mongolentums in der pazifischen Gesellschaft verbindet, daß endlich zwischen Amerika und Westafrika eine nicht mehr verächtliche rassen- und sozialrevolutionäre Propaganda der Schwarzen die Rache für den (wiederum vornehmlich angelsächsischen) Menschenhandel und Menschenraubbau der Sklavenwirtschaft predigt, so steigt auch dem Festlandseuropäer, der im „planetarischen" Denken dem Engländer ja weit unterlegen ist, eine Ahnung von den Kräften auf, die wie in jenen uralten germanischen und orientalischen Gleichnissen die Wurzeln des angelsächsischen Weltbaums benagen.

Auf einen kurzen Ausdruck gebracht, lautet die Summe der augenblicklichen Weltlage Englands, die als ein ziemlich nebensächliches Teilchen auch die „deutsche Frage" mit umfaßt: Festigung der angelsächsischen Hegemonie über einen Kulturkreis, der auf der Höhe seiner Macht bereits von äußeren und inneren Gefahren umgeben ist. Zwischen Ergebung in jene Hegemonie und dem Sprung ins Dunkel dieser Gefahren liegt heute die bange Wahl eines jeden, den kein inneres Band mit angelsächsischen Ueberlieferungen verknüpft, um so bänger, je schwächer er selber ist.

Ost-Karelien

Von Johannes Öhquist

Während im fernsten Westen jenseits des Ozeans über Abrüstung und Friedensgarantien geredet wird, rührt sich im Süden und äußersten Norden Europas wieder die Kriegsfurie. Zum Glück sind die Brandherde diesmal nicht so gefährlicher Art, daß man ein Weitergreifen des Feuers zu befürchten brauchte. Albanien und Ost-Karelien heißen die beiden Gefahrzonen, und in beiden kämpft eine in ihrem Weiterleben bedrohte Minorität gegen die imperialistischen Gelüste eines mächtigeren Nachbars. Aber während das im Mittelpunkt Europas liegende Albanien schon durch die großen Friedensabschlüsse des Weltkrieges unter die Obhut des Völkerbundes gestellt und dadurch in den Blickpunkt der Weltpolitik gerückt ward, ist das entlegene Ost-Karelien, das nur in dem wenig beachteten Dorpater Frieden eine flüchtige Rolle

Digitized by Google

spielen durfte, der Aufmerksamkeit und dem Gedächtnis der Welt vollkommen entschwunden. Nicht geringes Staunen ruft deshalb jetzt die Nachricht von einem dort aufflammenden Aufruhr hervor. Gegen wen richtet sich dieser Aufruhr, und welches sind die Ursachen der Empörung?

Die Fragen sind nicht schwer zu beantworten, denn die Ost-Karelische Frage hat den Vorzug großer Einfachheit und Klarheit. Unter Ost-Karelien verstehen wir denjenigen Teil des nordwestlichen Rußlands, der von der finnischen Ostgrenze, dem Weißen Meer und den Seen Onega und Ladoga umschloßen wird und geographisch zwischen dem 60° und dem 67° nördlicher Breite und 31° bis 35° östlich von Greenwich liegt. Der Umfang des Gebiets beträgt 148 725 Kilometer und es wird von rund 217 000 Menschen bewohnt. Von diesen gehört die Mehrheit finnischen Stämmen, vor allem den Karelern, deren Muttersprache finnische Dialekte sind. Der Religion nach gehören sie fast ausschließlich der griechisch-orthodoxen Kirche an. Der Hauptreichtum des Landes sind seine Wälder (über 14 Millionen Hektar) und seine Stromschnellen (über 1½ Millionen Pferdekräfte). Geologisch gehört dieses ganze Gebiet, gleich der nördlich davon liegenden Halbinsel Kola, zu der großen zusammenhängenden Einheit, die wissenschaftlich den Namen Fennoscandia trägt. Landschaftlich und klimatisch trägt es denselben Charakter wie Finnland. Politisch ist es jedoch seit Jahrhunderten durch eine willkürlich gezogene Grenze von dem Landes- und Volkskörper, zu dem es seiner Natur und der Mehrheit der Bevölkerung nach gehört, getrennt.

Diese Losgerissenheit von dem Stammvolk und die generationenalte politische Zugehörigkeit zu einer fremden und despotischen Herrschaft ist natürlich nicht ohne nachteilige Einwirkung auf die allgemein kulturelle Entwicklung der ostkarelischen Bevölkerung geblieben. Daß diese trotzdem politisch nicht in Gleichgültigkeit versunken ist und ihren Freiheitssinn nicht eingebüßt hat, läßt annehmen, daß ihr geistiges Durchschnittsmaß nicht gering sein kann. Daß sie auch an Charakter, an Willenkraft und Handlungsfähigkeit keineswegs geschwächt war, bewies sie, als der Freiheitskrieg das Mutterland aus der hundertjährigen Vereinigung mit Rußland losriß und sein Weckruf über die Ostgrenze in die karelischen Urwälder drang. Auch Ost-Karelien erhob sich damals gegen den russischen Bolschewismus und verlangte, mit dem Brudervolk der Finnen vereinigt zu werden.

Das dies nicht geschah, lag nicht an mangelndem Willen seitens Finnlands, sondern an dem Widerstand der Sowjetregierung gegen eine solche Vereinigung. Aber trotz aller politischen und anderen Schwierigkeiten gelang es Finnland, bei den Friedensverhandlungen in Dorpat auch die Interessen der

Digitized by Google

Ostkarelier wahrzunehmen und unter die Nachtragsbestimmungen zum Vertrag vom 20. Oktober 1920 auch eine Bestimmung aufgenommen zu sehen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die russische sozialistische föderative Räterepublik garantiert der karelischen Bevölkerung in den Gouvernements Archangelsk und Olonets folgende Gerechtsame:

1. Die karelische Bevölkerung in den Gouvernements Arschangelsk und Olonets genießt nationales Selbstbestimmungsrecht.

2. Das von dieser Bevölkerung bewohnte Ostkarelien bildet ein in seinen inneren Angelegenheiten autonomes Gebiet, welches auf föderativen Grundlagen dem russischen Reich angehört.

3. Die Angelegenheiten, welche dieses Gebiet betreffen, werden von einer Volksvertretung entschieden, welche von der örtlichen Bevölkerung gewählt werden soll und für die Bedürfnisse des Gebietes das Selbstbesteuerungsrecht sowie das Recht besitzt, Verordnungen, welche sich auf die örtlichen Bedürfnisse beziehen, zu erlassen, sowie die inneren Verwaltungsangelegenheiten zu regeln.

4. Die örtliche Volkssprache ist auch die Sprache der Regierung, der Gesetzgebung und der Volksbildung.

5. Das autonome Gebiet Ostkarelien hat das Recht, sein wirtschaftliches Leben in Uebereinstimmung mit seinen örtlichen Bedürfnissen und mit der allgemeinen wirtschaftlichen Organisation der Republik zu regeln.

6. Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der militärischen Verteidigungsmaßregeln der russischen Republik wird auf dem autonomen Gebiet Ostkarelien eine Militärorganisation errichtet werden, deren Zweck sein soll, das stehende Heer aufzulösen und statt desselben eine Volksmiliz für örtliche Verteidigungszwecke zu errichten."

Man sollte meinen, daß diese Garantien an Klarheit und Bestimmtheit nichts zu wünschen übriglassen. Erfüllt ist davon aber nichts. Vergebens warten die Ostkarelier auf die verheißene, nein — auf die garantierte Autonomie. Vergebens haben sie versucht, durch Wahlen und Versammlungen, durch einzelne Vertreter und Deputationen der Stimme und den Wünschen der Bevölkerung Gehör zu verschaffen. Sie wandten sich an die Regierung Finnlands um Hilfe und Unterstützung. Aber dieser waren durch Friedensvertrag und Neutralitätszwang die Hände gebunden. So gern sie den rechtlosen Stammesbrüdern die erbetene Hilfe gereicht hätte, mußte sie innerhalb der übernommenen Loyalität und Korrektheit sich darauf beschränken, die schlimmste Hungersnot durch Lebensmittelsendungen zu lindern.

Den Ostkareliern ward aber statt aller goldenen Versprechungen ein wüster Bolschewistenterror beschert, der ihre Dörfer verheerte, ihre Felder und Speicher des Korns und der Aussaat beraubte und ihre waffenfähigen Männer zum roten Heeresdienst zwangsweise aushob. Mehr als zwei Jahre sind seit jenem Friedensvertrag und jenen feierlichen Garantien verstrichen. In diesen zwei Jahren hat die eiserne Faust Moskaus das möglichste getan, um durch Feuer und Schwert die widerstrebenden Ostkarelier zum Evangelium des Bolschewismus zu bekehren. Zwei Jahre

Digitized by Google

lang hat die an Leiden und Unterdrückung gewohnte ostkarelische Bevölkerung zähneknirschend die Moskauer Knute ertragen; zwei Jahre lang schwelte ununterbrochen die Glut des Hasses und der Erbitterung unter der dünnen Asche. Nur hin und wieder, hier und dort, züngelte ein Flämmchen empor, um rasch von einer groben und rächenden Hand niedergeschlagen zu werden. Von all dem hat die übrige Welt nichts gehört und nichts gewußt.

Jetzt ist die Geduld der Ostkarelier zu Ende. Die Flamme des Aufruhrs hat die Asche durchbrochen und lodert über das ganze Wald- und Stromgebiet zwischen Ladoga und Weißem Meer. Fragt noch jemand, außer Herrn Tschitscherin in Moskau, ob die Karelier recht haben oder nicht?

Herr Tschitscherin freilich ist nicht nur über die Ostkarelier empört, sondern beschuldigt auch noch in amtlichen Noten die Regierung Finnlands, daß sie nicht nur die Errichtung und Bewaffnung der karelischen Freischaren auf finnischem Gebiet gestattet hat, sondern auch finnische Offiziere als Führer jener Freischaren nach Ostkarelien hat gehen lassen. Und er klagt die finnische Regierung des Bruches des Dorpater Friedensvertrages an und macht sie für den Schaden haftbar, der durch die gegenwärtigen Ereignisse Ostkarelien zugefügt wird. Mit größerer Unverfrorenheit ist wohl noch nie von einem Dieb der Alarmruf „Haltet den Dieb" erhoben worden. Trotz dieses, allen internationalen und diplomatischen Gepflogenheiten hohnsprechenden Auftretens der Räteregierung, hat die finnische Regierung sich darauf beschränkt, auf die völlige Unhaltbarkeit jener Behauptungen hinzuweisen.

Nein, die finnische Regierung hat mit dem Aufstand der Ostkarelier nichts zu tun. Er ist ein unaufhaltsamer Ausbruch des empörten Volkswillens über den Verrat am gegebenem Wort, an Treu und Glauben. Die Ostkarelier wollen nichts anderes, als ihr klares, garantiertes Recht. Sie haben nun der Regierung in Moskau Verhandlungen angeboten. Moskau ist damit Gelegenheit gegeben, um einen billigen Preis begangenes Unrecht gutzumachen, und ein gebrochenes Versprechen vielleicht sogar ohne die Sühne, die es verdient hätte, einzulösen. Wird das geschehen? Wird die übrige Welt, wird der Areopag des Völkerbundes untätig zusehen, wie Gewissenlosigkeit wieder einmal und noch immer durch Gewalt den Rechtsbruch sanktioniert!

Nachschrift. Soeben trifft die Nachricht ein, daß die finnische Regierung sich an den Völkerbund mit einer Note gewandt hat, in welcher sie die Ernennung einer Kommission vorschlägt, welche sich durch eigenen Augenschein an Ort und Stelle von den Verhältnissen in Ost-Karelien überzeugen und ein Gutachten darüber abgeben soll. Einen solchen Vorschlag wird die Sowjetregierung, wenn sie ein reines Gewissen hat, nicht ablehnen können. Wenn sie es aber tut — welche Mittel stehen dann dem Völkerbund zu Gebote? Leider keine.

Digitized by Google

Deutschland und die Tschechoslowakei

Zur Rede des Ministerpräsidenten Dr. Benesch am 16. November.

Von unserem Mitarbeiter in der Tschechei: Dr. Alexander Schilling.

In ihrem Heft 46 vom 12. November war mir Gelegenheit geboten, über die tschechische Außenpolitik zu schreiben. Zur Zeit der Abfassung des Artikels waren noch einige wichtige Ereignisse in Schwebe. Unterdessen ist der Vertrag mit Polen perfekt geworden. Rückschauend hielt Dr. Benesch eine groß angelegte Rede. Die Ereignisse haben die von mir vertretenen Thesen in manchem unterstrichen. Mein heutiger Aufsatz ist als eine Fortsetzung des letzten zu denken, mit dem er auch innerlich zusammenhängt.

M.-Ostrau, den 20. November 1921.

Dr. Benesch nahm den Wiederzusammentritt des Parlaments zum Anlaß, um über die bedeutsamen Ereignisse der letzten Wochen zu sprechen: über die Habsburgergefahr, das Einschreiten in Ungarn, die Lehren der Mobilisierung, den Vertrag mit Polen und das Verhalten der Tschechoslowakei in der oberschlesischen Frage. Dabei fühlte Dr. Benesch wohl den Vorwurf auf den Lippen der deutschen Abgeordneten, daß die Tschechoslowakei eine dem Deutschen Reiche gegenüber unfreundliche Haltung eingenommen habe. So verweilte Dr. Benesch bei diesem Punkte länger, als es sonst der Fall war, und widmete in seiner Rede dem Verhältnis zu Deutschland einen breiten Raum. Klarheit hat er aber damit nicht geschaffen. Seine Worte klingen oft wie ein pythisches Orakel — geheimnisvoll und doppelsinnig. Dr. Benesch versteht die Kunst, in Worten zu schweigen, oder wie Abg. Patzel gesagt hat, „die Sprache als Mittel zu benützen, um die Wahrheit zu verbergen". Hört man aber genauer hin, hebt man den Rasenteppich voll blumiger Redensarten ein wenig in die Höhe, so kann man deutlich das ekle Gewürm von Haß und Neid gegen Deutschland beobachten. Im übrigen ist Dr. Benesch ja nicht immer so aalglatt als im Hause, wo 72 deutsche Abgeordnete stets auf der Lauer liegen, um ihn zu fassen. Ausfratschelnden (man nennt es auch interviewenden) Journalisten gegenüber ist Dr. Benesch redseliger und macht dabei, besonders wenn sie die französische Punze aufweisen, aus seinem Herzen keine Mördergrube. Solche Aeußerungen muß man als Ergänzung heranziehen, und die Konturen des Bildes: Das Verhältnis der Tschechei zum Deutschen Reiche, werden sofort schärfer.

Ueber den Vertrag mit Polen sagte u. a. Dr. Benesch:

„Im Kampf um die Konsolidation Mitteleuropas wurde dadurch neuerdings ein großer Schritt nach vorwärts gemacht. Der Vertrag ist weder gegen Deutschland, noch Rußland, oder Ungarn gerichtet. . . . Der Vertrag berührt die Interessen keines Nachbarn".

Digitized by Google

Diese Worte schmiedete Dr. Benesch, um seine hochfliegenden, kühnen Pläne zu maskieren. Sie liegen aber doch schon zu sehr nackt auf der politischen Oberfläche. Nicht nur in der Kriminalistik, auch in der Politik gibt es einen Indizienbeweis. Dr. Benesch fügt Steinchen an Steinchen zu dem Bau, über dessen Pforte die Worte stehen werden: Slawische Konföderation Mitteleuropas. Und in diesem Gebäude soll die Bundeslade des Panslawismus geborgen werden, nachdem das russische Haus, wo sie bisher untergebracht war, baufällig geworden ist. Was diese „slawische Konföderation" in der Ostflanke Deutschlands bedeutet, ist klar; klar auch, daß Frankreich — so sehr sich Benesch dagegen wehren mag — für diesen Bau die Pläne geliefert hat. Dabei soll die Tschechoslowakei der Kristallisationspunkt sein. Der Vertrag mit Polen ist die erste lose Angliederung Polens an die „kleine Entente". Und über eine kleine Weile wird Polen aus diesem Vorhofe in das Innere dieser Entente, dieser gegenseitigen Rückversicherung gegen den Verlust an geraubtem Gute, eintreten. Der Vertrag mit Polen soll den „magyarophilen Tendenzen" in Polen entgegenarbeiten, soll der Tschechei die Slowakei und Karpathoruthenien sichern, soll die Teilung in Ostschlesien als endgültig hinnehmen und soll beiden Staaten wirtschaftliche Vorteile bringen. Wie sehr dieser Vertrag seine Spitze gegen Deutschland kehrt, geht aber aus Aeußerungen der polnischen Presse ja aus Aeußerungen des Dr. Benesch selbst, hervor. So schreibt das in Warschau erscheinende „Journal de Pologne":

„Der Abschluß des tschechisch-polnischen Vertrages ist ein politisches Ereignis von größter Bedeutung, dessen Tragweite sich auf ganz Europa erstreckt. Der Vertrag sichert Polen und die Tschechoslowakei gegen die politische und wirtschaftliche Hegemonie Deutschlands".

Und fast mit den nämlichen Worten preist Dr. Benesch selbst den Vertrag und straft sich damit Lügen. Er erklärte dem Ausfrager des „Eclair" gegenüber:

„Wir leugnen nicht, daß uns Polen in wirtschaftlicher Beziehung große Dienste leisten wird. Es wird uns helfen, der wirtschaftlichen Hegemonie, die Deutschland uns gegenüber ausübt, zu entgehen Mehr als 2 Fünftel des tschechoslowakischen Handels vollziehen sich mit Deutschland. Das ist zuviel, das ist sogar gefährlich, besonders mit einem Deutschland, das den Staatsbankerott als eine Lösung seiner gegenwärtigen Schwierigkeiten in Erwägung zu ziehen scheint".

Was hier Dr. Benesch von dem Außenhandel mit Deutschland sagt, stimmt allerdings. Nach der Handelsbilanz des Jahres 1920 ergibt sich folgendes Bild:

Gesamtausfuhr: 6,883,514,91 Meterzentner davon entfielen auf:

Deutschland:	2,733,017 02	zusammen 90%, so daß für die Länder des Westens nur 10% bleiben.
Deutschösterr.:	2,010.409,18	
Ungarn:	675,520,20	
Polen:	513,403,51	

Digitized by Google

Gesamteinfuhr: 8,388,330,96 Zentner davon entfielen auf:

Deutschland:	1,912,333,15	zusammen 75%, so daß auf die Länder des Westens 25% entfallen.
Deutschösster:	235,758,17	
Ungarn:	150,092,82	
Polen:	243,435,53	

Nach einem Monatsausweis des Jahres 1921.

Gesamteinfuhr: 3,776,307 Zentner davon entfielen auf:

Deutschland:	2,054,348	Zentner
Deutschösster:	292,838	„
Ungarn:	207,794	„

Gesamtausfuhr: 6,719,563 Zentner davon entfielen auf:

Deutschland:	2,927,478	Zentner
Deutschösster.:	1,934,564	„
Ungarn:	799,222	„
Polen:	405,536	„

Wenn Benesch glaubt, es genüge ein politischer Vertrag, um sogleich dem Wirtschaftsstrome eine andere Richtung zu geben, so täuscht er sich. Was aber möglich ist, und was auch tatsächlich geschieht, das ist, den Handel mit Deutschland und Deutschösterreich zu erdrosseln und die deutsche Industrie und den deutschen Handel in diesem Staate zu ruinieren. Und an beiden wird, daß muß man den Tschechen und ihrer Regierung lassen, fleißig gearbeitet.

Bei Besprechung des Verhältnisses zu Deutschland berührte Dr. Benesch auch die Haltung der Tschechoslowakei in der oberschlesischen Frage. Er sagte:

„Es wurde über unsern Standpunkt in der Frage Oberschlesiens gesprochen und man fing an, in den reichsdeutschen Blättern eine Kampagne gegen uns zu führen. Wie in anderen Fragen, so auch in der oberschlesischen Frage sind und wollen wir gegen Deutschland gerecht und loyal sein; wir haben keine Ursache, in dieser oder jener Frage gegen dasselbe a priori Stellung zu nehmen. . . . Wir wollen niemandem schaden, auch Deutschland nicht und in nichts. . . . Der Welt zu erzählen, daß wir dies oder jenes dabei erreichen wollen, vielleicht sogar territorial, ist lächerlich und äußerst unloyal".

Das Deutsche Reich könnte also vollauf beruhigt sein, wenn man auf die Worte eines Dr. Benesch bauen könnte. Aber so ist das derselbe Mann, der die Welt glauben machen wollte, die Völker dieses Staates hätten sich aus freien Stücken zu diesem Staatsgebilde zusammengeschlossen. Wir wollen daher auch hinter diese „spanische Wand" von Worten ein wenig lugen. Benesch sprach am 16. November. Am 7. gewährte der zu Prag weilende polnische Außenminister Skirmunt einem Vertreter der „Narodni Politika" eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

„Ich bin glücklich feststellen zu können, daß sich unter jenen, die uns zu unserem Rechte (?) in der oberschlesischen Frage verholfen haben, auch ein tschechoslowakischer Minister (Benesch) befindet und gleichzeitig muß ich mich für die hervorragende Arbeit des Dr. Hoelac bedanken".

Und der „Kurjer Poranny" schrieb:

„Es bereitete uns Vergnügen, zu beobachten, daß Dr. Benesch seinen Einfluß zu gunsten Polens geltend machte".

Digitized by Google

Die „Gazetta Poranna" aber:

„Einen sehr großen Dienst haben die Tschechen mit Herrn Beneš an der Spitze uns erwiesen, als sie sich dafür einsetzten daß ein möglichst großer Teil Oberschlesiens den Polen zukomme.... Diese Verdienste der Tschechen und Beneš insbesondere betonen mit Befriedigung die polnischen politischen Kreise in Warschau".

Ohne die Schützenhilfe eines Beneš in Genf wären die Polen wohl nie für einen Vertrag mit der Tschechei zu haben gewesen. Man sieht aber daraus, daß die Worte eines Beneš mit Vorsicht zu genießen sind. Stammt doch das Fundamentalwerk der Lüge, das „Memoire III", von ihm, ein Werk, das selbst die kühnsten Künste der Reuterdepeschen in Schatten stellte.

Haben wir so, in zwei Fragen bereits, das Verhalten der Tschechei Deutschland gegenüber festgestellt, festgestellt auch, wie viele Gran Wahrheit den Aeußerungen eines Dr. Beneš beizumessen sind, so können wir nun seine übrigen Worte über das Verhältnis zu Deutschland unter die Lupe nehmen:

„Deutschland ist unser größter Nachbar. (Daher noch immer die Furcht) Wirtschaftlich sind wir auf eine Mitarbeit direkt angewiesen, unsere historischen Beziehungen waren zahlreich, stetig und natürlich. So wie mit anderen Nachbarn wollten und wollen wir auch mit Deutschland ein anständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis".

Soweit wäre alles gut und schön. Man kann sogar ein wenig Wärme über das formell-konventionelle „Korrekt" hinaus empfinden. Soll es nur Täuschung sein? Soll sich in der Außenpolitik eine Wandlung vorbereiten? Doch auch hier sind diese Worte cum grano salis aufzunehmen. Die entscheidenden Worte sind folgende:

„Es ist natürlich, daß unser Verhältnis zu Deutschland stets auch durch unsere engen Beziehungen zum Westen und Osten (soll wohl Frankreich und Polen heißen) zu Deutschland selbst bestimmt werden".

Was besagt dies? Fällt Deutschland bei Frankreich und Polen in Ungnade, dann darf es auch bei der Tschechei dasselbe Schicksal erwarten; lächelt ihm aber die Sonne von Paris und Warschau, dann will auch Prag hiezu lächeln und wäre es auch nur eine Grimasse. Die Einkreisung Deutschlands ist vollkommen, Beneš ist ein zweiter King Eduard VII. Und die Eckpfeiler dieser Umwallung heißen: Frankreich, Tschechoslowakei und Polen. Nach diesem Rippenstoß folgt ein wohlmeinender Rat:

„Die heutige Situation Deutschlands speziell die wirtschaftliche, welche riesig schwer ist und welche lange Jahre nicht besser werden wird, bezeugt, daß Deutschland ohne eine schnelle Einigung speziell mit Westeuropa und vor allem mit seinem hauptsächlichsten Nachbar mit Frankreich nicht leben kann. Die tschechoslowakische Regierung unterließ keine Gelegenheit, um darauf hinzuweisen und darauf hinzuarbeiten".

Digitized by Google

Jetzt ist die der Tschechoslowakei von Frankreich zugedachte Rolle auch vom Ministerpräsidenten dieses Staates klar umschrieben worden. Man verzeihe das etwas brutale, aber dafür um so zutreffendere Bild:

Die Tschechei soll Deutschland beim Genick fassen, bis Deutschland vor Frankreich in die Knie bricht und dieses ihm die Füße auf den Nacken setzen kann.

Was man dann freundnachbarliche Beziehungen nennt! Benesch war eigentlich aufrichtiger, als es auf den ersten Augenblick aussah, man muß eben nur -- lesen können.

Ein König und sein Minister

— Eine mitternächtliche Unterhaltung —

(Nach der Aprilnummer der „Contemporary Review" 1890 übersetzt von Adolf E. Schwarz)

„. . . Auf welche Weise der Kaiser sich über den Willen Gottes vergewissert, in dessen Dienst er seine Tätigkeit stellt, darüber wird kaum ein klassisches Zeugnis beizubringen sein. Die Andeutungen in dem Phatasiestück King and Minister: A midnight Conversation (Contemporasy Review, April 1890 pag. 457) von einem „Buch der Gelübde" und den Miniaturbildern der drei großen Vorfahren geben keine Klarheit". (S 126/126 Bismarck, III. Bd.)

Es war an einem Februarabend dieses Jahres. In der Hauptstadt eines bestimmten Königreiches kann man in je einem Raum zweier großer Häuser jener Residenz ein Kopfkissen sehen, das zur Ruhe einladet. Doch es ist vergeblich, denn diejenigen, die ihr Haupt darauflegen sollen, sind völlig von einem Widerstreit von Plänen, Zweifeln und Einfällen in Anspruch genommen, der in der Folge die volle Bedeutung einer Schlacht, von der das Schicksal einer ganzen Nation abhängen wird, haben kann. Es ist fast Mitternacht, aber das Hin und Her in den Köpfen beider, sowohl dem des Königs als auch dem des Kanzlers, ist noch nicht zu Ende. Es gibt noch keine Ruhe für die zwei hochstehenden Männer, selbst während der Nacht nicht, und wenn irgend ein Gedanke daran das Durcheinander, das beide beschäftigt, unterbricht, tritt die Phantasie in ihr Blickfeld (bei dem einen dunkel, bei dem anderen mit einer angenehmeren Klarheit) als eine andere Art von Ruhekissen, als wie das, welches sie im Augenblick erwartet. Es ist ja auch nicht das Schlimmste in dieser Erregtheit, daß der König und sein Minister im Kampfe miteinander sind, obschon es das ist, was jeden von beiden nachdenklich und rastlos, entschlossen, unentschlossen sein und wieder von neuem nach einer Lösung suchen läßt. So spät am Abend, wie sie einen Entschluß gefaßt haben, werden sie abbrechen oder in mehr oder weniger Uebereinstimmung zusammen weiterdiskutieren.

Digitized by Google

Die Erscheinung des jüngeren Mannes — trotzdem er König und Herr eines großen Reiches ist, ist sehr viel an ihr, was diese Bezeichnung rechtfertigt — ist sehr bemerkenswert. Als Säugling, als Kind auf der Mutter Schoß, als Junge mit kurzen Höschen, als erwachsener Mann, als Kronprinz und als wirklicher König hat er — alles in allem — erst dreißig Jahre hinter sich. Er ist also ein junger Mann, und es wird eine der schwersten Fragen der Zeit sein, ob er jemals älter werden wird. Wäre Seine Majestät 80 oder 100 Jahre früher geboren, würde sich keine Besorgnis über diesen Punkt zu ergeben brauchen. Bis zu dieser Zeit — das zu glauben ist berechtigt — war es ein seltenes Ereignis für junge Leute, jugendlich zu bleiben, bis sie alt genug waren, um von dem Alterwerden Nutzen zu ziehen. Heute ist nichts alltäglicher in den herrschenden Klassen; möglicherweise aus demselben Grunde wie im unfruchtbaren Bengalen, wo der wohlerzogene junge Mann oft mit 21 Jahren vielverheißend beginnt, doch mit 33 Jahren als ergebnislos erschöpft wiederzusehen ist. Doch wie man sich dies auch immer erklären mag, mancher auf eine große Zukunft hindeutende junge Zeitgenosse unserer Rasse ist vernichtet und seine ganze Laufbahn von Unheil verfolgt worden, wegen der Belastung mit ewiger Jugend. Nicht nur sein eigenes Land, auch alle Nationen ringsherum werden den Unterschied erkennen, wenn dieser impulsive und selbstherrliche junge Herrscher sich eines Tages als einer von denen erweisen sollte, die niemals älter werden. Darüber herrscht schon bei vielen große Besorgnis, aber niemand quält es mehr als den schärfsten Beobachter seines Hofes, der auch zugleich einer von denen ist, die ihm am nächsten stehen, nämlich Seiner Majestät ersten Minister.

Es ist etwas in des Königs ganzer Erscheinung, daß diesen fürchterlichen Argwohn, daß er zu den ewig Jugendlichen, niemals Gereiften gehöre, begünstigt, wenn auch vielleicht nicht so sehr in diesem Augenblick, wo wir ihn abwägen sehen, welcher Weg an einem wichtigen Wendepunkte eingeschlagen werden soll. Aber trotz der Schicksalsschläge, die bei den meisten Menschen die Spuren ernster Tage hinterlassen haben würden, gibt es keinen festen Ausdruck in dem Blick des Königs, obwohl sein Aussehen ein Uebermaß von Empfindlichkeit verrät. Ob man ihn beobachtet, wie er sich ruhelos in seinem Sessel bewegt oder wie er sein sorgfältig geordnetes Zimmer mit militärischem Schritt durchmißt, er wird jeden britischen Romanleser auf den Gedanken bringen, daß die Grundzüge seines Charakters denen des Sergeant Troy ähneln, wenn auch des Sergeanten oberflächliche Artigkeiten bei dem jungen Monarchen durch ernsthaftes Hervorkehren preußischer Offiziersmanieren ersetzt sind. Wenn seine Gesichtszüge beschrieben werden sollen, was der Leser dieser Skizze zweifellos erwartet, können wir wieder den Roman mit Gewinn heranziehen. Der König zeigt eine große allgemeine Aehnlichkeit mit Rider Haggard, wie dieser von den Kupferstechern

Digitized by Google

geschildert wird, und mit Kendal, nach dessen Selbstdarstellung. Es ist keine Boshaftigkeit, daß keine größeren Männer für diesen Vergleich gewählt worden sind. Es konnten keine in genügender Weise Aehnlichen gefunden werden. Da diese beiden obendrein den Vorteil bieten, allgemein bekannt zu sein, bieten sie dazu, mit den damit verbundenen Gedankengängen die Aehnlichkeit, über Gestalt und Gesicht hinaus, zu zeigen.

Doch ob er sich unstet in seinem Sessel hin- und her bewegt oder auf und ab geht, es ist etwas weniger Militärisches als gewöhnlich an ihm; der junge König ist augenscheinlich in einem Zustand nervöser Erwartung. Die Türen sind von einem Höfling geschlossen worden; der Herrscher fühlt plötzlich, daß er nur ein Mensch ist. Wie groß seine Regententugenden auch sein mögen — ob er ein Napoleon, ein Nikolaus oder ein Wilhelm II. von Deutschland —, sobald er sich in der Sorglosigkeit seines eigenen Zimmers niedersetzt, überkommt ihm etwas, das mit der Sinnesänderung des „Großen Monarchen" in Thackeray's berühmten Skizzen übereinstimmt. Die Perücke geht los, die Steifheit verliert sich, die stattlichen Füße versinken in Pantoffeln, der König ist plötzlich nur Mensch und wird sich dessen bewußt. Die Größe des Stimmungsumschlages hängt natürlich davon ab, wie weit der Herrscher in seinem Innersten Mensch, und wie stark das Gefühl für die menschlichen Unvollkommenheiten entwickelt ist. In dem jungen Herrscher ist jedoch das Bewußtsein vom eignen Ich sehr unausgeglichen. Sein Selbstvertrauen schwankt viel mehr, als er irgend jemand in der Welt merken lassen möchte. Die selbstherrliche Ueberheblichkeit, die in Gegenwart anderer niemals abnimmt, die er in jedem Wort und in jeder Tat aufrechterhält, mit einer mehr weibischen Entschlossenheit, als er selbst gewahr wird, wird viel bescheidener, wenn Seine Majestät, befreit von jeglichem Zeremoniell, mit sich allein ist. So könnte ein versteckter Beobachter, der ihn durch einen schier unmöglichen Zufall von einer dunklen Ecke aus während der Nacht sehen würde, kaum verfehlen, eine raffinierte Straffheit in dem ganzen Benehmen des Königs zu entdecken, sobald dieser das Herannahen eines Schrittes von außen wahrnimmt. Die Müdigkeit der Glieder, die Erschlaffung der Gesichtsmuskeln, die von einer geistigen Unsicherheit begleitet ist, sind sogleich verscheucht, zwar nicht durch einen Aufwand bewußten Willens, sondern eher wie durch eine Vorsichtsmaßnahme, die ebenso instinktiv getroffen wird, wie von einer Blume, die ihre Blütenblätter bei den ersten Anzeichen eines drohenden Regens zu schließen pflegt. Für diese offensichtliche nächtliche Empfindsamkeit ist zweifellos ein besonderer Grund vorhanden. Es ist nämlich befohlen worden, sobald eine bestimmte hervorragende Persönlichkeit ankommt, diese sofort, ohne vorherige Anmeldung, in des Königs Gemach zu geleiten. Seine Majestät befindet sich in einer niedergedrückten Stimmung. Sein Geist ist ungestiefelt und unbehelmt, er schaut weder so drein, noch ist er noch so gelaunt wie

Digitized by Google

ein paar Stunden zuvor inmitten einer kleinen Gesellschaft von Generalen und Ministern, noch wie er in einigen Minuten aussehen und sein wird, wenn der weibische Stolz, die Energie und die Hartnäckigkeit sich von neuem in ihm erhoben haben, um sich wieder als des Königs wahrer Charakter geltend zu machen.

In diesem Augenblick ist er sich seiner Schwäche bewußt — er empfindet es wenigstens so, obwohl es ganz etwas anderes ist — die ihn dazu antreibt, zwei allerdings sehr schwächliche Dinge zu tun. Er hat in einem verschlossenen Behälter mehrere Miniaturbilder und ein kleines handschriftliches Buch aufbewahrt, an einem Ort, wo niemand als er selbst dies alles finden kann. Diese Dinge nimmt er aus einem Schränkchen mit jenem Gefühl heimlicher Freude, wie wir sie alle bei ähnlichen Gelegenheiten empfinden, und stellt sie vor sich hin. Seiner Majestät Gemütsregungen sind schlicht, wie es der Tradition seines Hauses entspricht, und jene Ueberlieferung befolgt er sorgfältig in mancherlei häuslichen Besonderheiten, aber von all den verschiedenen Herrschern, die den Beinamen „der Prächtige" erhielten, liebte keiner den Glanz mehr im innersten Herzen als er. Das Miniaturenkästchen ist ziemlich schmucklos, aber, was den schmalen Band anbelangt, so gab es wohl nie etwas Kostbareres und Schöneres aus Marokkoleder und an heraldischem Schmuck. Und warum? Weil es ein Buch voll königlicher Gedanken, königlicher Entschlüsse und königlicher Gelübde ist, und obendrein alles von ihm selbst stammt.

Schon in frühester Jugend richtete der König sein Auge auf den Thron, der sein eigener werden sollte — der Himmel allein wußte, wie bald. Mit einer für einen so jungen Menschen seltenen Voraussicht verbrachte er manche Stunde mit Erwägungen über das, was er tun müsse, wenn er einmal König geworden sei. Sein Großvater war damals noch in jener erhabenen Stellung, doch, wo auch immer der junge Prinz ging, wo auch immer er in die Zeitungen seines eigenen oder anderer Länder sah, er hörte oder sah selten etwas von dem König. So selten, in der Tat, daß es kaum so schien, daß er der Herr der Geschicke seines Landes überhaupt sei. Es war eine prächtige, eine hehre Gestalt, zweifellos, aber auch kaum mehr als eine Puppe. Alle Welt sah und wußte, daß der Geist, der Wille, die Macht des Staates auf einer untergeordneten Person, die vor kurzem noch Landedelmann war, ruhte. Mit dem Titel Minister gebot dieser große, unkontrollierbare Mann in dem Palaste ebenso wie in den Amtsräumen, von denen aus er die Angelegenheiten des Königreiches nach seinem Wissen und Willen leitete.

Der junge Herrscher lauschte dem unaufhörlichen Widerhall des Namens jenes großen Mannes. Er überblickte die Reihe seiner Ahnen und empfand dies als einen Zustand, den kein regierendes Mitglied eines solchen Hauses, wie des seinigen, ertragen sollte. Er hatte die feste Absicht, hier Wandel

Digitized by Google

zu schaffen, sobald die Reihe an ihm sei, und versah sich deshalb mit jenem kleinen Buch, in das er nicht nur seine Gedanken über Regierung und seine Auffassung von der Würde und den Pflichten eines Königs, sondern auch eine Reihe von Gelübden eingetragen hatte, von denen jedes mit „Ich schwöre" begann. Sein unverrückbares Ziel war, jenem Entschluß gemäß zu handeln und wenn überhaupt jemals, dann völlig absolut zu regieren. Er tat dies nicht ohne ein starkes Gefühl für die ungeheuere Bedeutung eines fürstlichen Eides. Als die Fügung eines geheimnisvollen Schicksals plötzlich vorwärtstrieb, seinen Weg zum Throne freimachte, war es ihm, als ob die Allmacht, die göttliches Recht verleiht, von Seite 117—132 seines „Buches des 25. Blitzenberg" — so lautet nämlich der Titel jenes kleinen, köstlichen Büchleins, das zweifellos eines der kostbarsten Erbstücke der alten Dynastie werden wird — Kenntnis genommen habe.

Um seinen Mut von neuem zu stärken, öffnete der König ungestüm den Miniaturenbehälter und breitete gleichzeitig vor seinen Augen jene stolz verzeichneten Gelübde aus. Die Porträts waren nicht auf das Geratewohl oder wegen ihrer Schönheit zusammengestellt worden. Sie boten eine unanfechtbare Auswahl der hervorragendsten der Blitzenbergs dar, sie waren wie für ein Heiligtum, wo sie befragt werden könnten, zusammengebracht worden. Durch den Anblick ihrer barbarischen und energischen Gesichter mußte er Festigkeit und die Gewißheit erlangen, daß auch er einer von den Halbgöttern der Familie, vielleicht der größte von allen war. Jetzt nahm der König wieder seine Zuflucht zu ihnen und rief sich durch gleichzeitiges Oeffnen seines Gelübdebuches die erhabenen und selbstherrlichen Entschließungen ins Gedächtnis zurück, durch die er feierlich gelobte, die ruhmvolle Unumschränktheit eines Geschlechtes zu erneuern. Die Hand auf das aufgeschlagene Buch gelegt, blickte er unverwandt auf die Porträts der unbezähmbaren Drei — die alle zu ihm zugleich zu reden schienen. So verbreitete sich ein Gefühl unbändiger Herrschsucht über des Königs ganzes Wesen.

In diesem Augenblicke näherte sich die männliche Gestalt des großen Ministers dem Palaste; er zwang seine mächtigen Glieder zu einem mechanischen, langsamen Schritte und war voll Besorgnis über die Ueberschwenglichkeit, die ihm einen Mangel an Verantwortungsbewußtsein bedeutete.

Der Kanzler hatte den Abend in mißmutiger Stimmung verbracht, hatte schweigend mehrere umfängliche Pfeifen Tabak geraucht und dabei eine lange Reihe vergangener, schnell dunkelgewordener Erlebnisse durchträumt. Er war kein weichveranlagter Mensch, von allen menschlichen Wesen auf der Erdoberfläche der letzte, von dem man hätte behaupten können, daß er zu Gefühlsregungen fähig sei; er beherrschte sein Herz ebenso wie seine Muskeln. Während seiner Laufbahn hatte er sich manchmal wunderliche

Digitized by Google

Dinge eingebildet, die er glaubte bezwingen zu müssen, aber nichts so Seltsames wie das, daß er sich einmal selbst bemitleiden sollte. Doch das war er im Begriff zu tun, doch nicht mit einem weichen Herzen, keineswegs, sondern mit einem, das wie ein Torffeuer, mit erstickter Flamme, feuerrot glühte, dessen gewiß, daß es bald in weiße Asche zerfallen mußte. Jetzt waren seine Nachdenklichkeiten vorbei, er warf einen flüchtigen Blick nach der Uhr und schritt, nachdem er sich in einen weiten Mantel gehüllt hatte, dessen Kragen ihm bis an die Augen reichte, hinaus zur Unterredung mit dem König.

Da er zur befohlenen Zeit erwartet worden war, wurde er schweigend und ohne irgendwelche Verzögerung nach dem Raum gewiesen, in dem der jugendliche Souverän noch mit seinen ermunternden Miniaturen und dem noch mehr aufreizenden kleinen Buch beschäftigt war. Sobald der untrügliche Schritt hörbar wurde, schaffte jener mit einer Eile, die kaum der Würde der Gegenstände angemessen war, seine Schätze beiseite und erhob sich, um seinen sehr entschlossen dreinblickenden Besucher zu empfangen. Es war ein großer Kontrast zwischen den Männern, dessen sich beide bewußt wurden, als der Minister dem König bei seinem Eintritt durch seine Haltung ausdrückte, daß sie sich lediglich als Menschen träfen. Doch dieser Gegensatz machte weder den einen übermütig, noch den anderen kleinlaut.

„Guten Abend, Fürst", sagte der König, der ihm von der Stelle aus, wo er stand, die Hand entgegenstreckte. „Es ist gewiß eine recht kalte Nacht?"

„Eine zwar kalte Nacht, doch immerhin warm genug, Majestät", erwiderte der andere, indem er sich über der entgegengestreckten Hand mit einer eindrucksvollen Förmlichkeit verbeugte, die das Weibische in dem König sogleich bestärkte. „Lassen Sie uns Platz nehmen", sagte er.

Nachdem sich Seine Majestät gesetzt hatte, tat der Fürst (es war ein zum Fürsten erhobener Landedelmann) das gleiche, doch war er erst recht beruhigt, als er den König mit einer Art lauernder Bereitschaft angesehen hatte. Der Blick schien erkennen zu lassen, daß er Seine Majestät in einem gewissen Abstand sah.

„Nun, Sie haben sich über jene Angelegenheiten Gedanken gemacht?", sagte der König.

„Ich habe über tausenderlei nachgedacht, Majestät."

„Aber am meisten über —." Pause.

„Ich muß bescheidenerweise bekennen, über nichts. Wenn ich mich, ohne zu verletzen, so äußern darf, würde ich sagen, ich wüßte nicht, wie ich eine zweite Stunde darauf verwenden sollte!"

„Dann kommen Sie mit derselben Meinung wieder, mit der Sie mich heute morgen verließen, wenn ich Sie recht verstehe?"

Digitized by Google

„So ist es nicht ganz. Doch, um mich kurz zu fassen — Majestät werden dann sogleich verstehen, was ich meine — ich komme mit dem Gefühl, mehr mein eigener Herr zu sein."

„Dieses mehr Ihr eigner Herr zu sein, scheint mir eine nähere Auslegung zu erfordern", sagte der König trocken.

„Wie Majestät befehlen", war die Antwort. „Ich schlage vor, mich von dem Wettbewerb mit dem Professor Struwelpeter zu befreien und den König von einem Diener, der ..... — wie soll ich sagen?"

„Zu selbstbewußt", sagte der König.

„Zu kühn", sagte der Minister und erhob sich wie durch das Wort bezaubert zu seiner ganzen Größe von reichlich sechs Fuß.

Beide fühlten, daß die Unterhaltung für derartige Hitzköpfe, die sie beide nun einmal waren und es auch wohl wußten, zu schnell ging. Trotzdem bedauerte keiner von beiden einen Augenblick danach diesen Ausruf, der mit einem Schlage viel aufklärte. Von dem einen geäußert und dem anderen angenommen, stellte jenes „zu kühn" eine Verständigung über den hauptsächlichsten Streitpunkt zwischen ihnen her, was beide aufatmen ließ, als der erste Schreck vorüber war.

„Nehmen Sie Platz, Fürst", sagte der König, nachdem sie sich gegenseitig wilde Blicke zugeworfen hatten, die sich dann allmählich bei beiden besänftigten. „Ihre Schroffheit ist entsetzlich, und ich vermute, daß meine ganze Selbstbeherrschung durch das, was Sie mir zu sagen beabsichtigen, aufgebraucht wird."

Der Fürst nahm behäbig wieder seinen Platz ein.

„Ob zu kühn oder nicht, ich verstehe, mein Ministerpräsident ist entschlossen, mich zu verlassen, wenn ich nicht den Kurs, den ich mir fest vorgenommen habe, aufgebe."

„Unglücklicherweise gibt es keinen anderen Ausweg mehr. Damit meine ich", beeilte er sich hinzuzufügen, denn er sah sich mißverstanden, „daß Majestät sich jede andere Möglichkeit abgeschnitten haben. Seitdem Sie Ihren Entschluß dem halben Hof verkündet haben, wollen Sie ihn nicht aufgeben, obwohl Sie danach brennen."

Jetzt aber sprang der König auf, steckte zufälligerweise seine Hand dabei in seine Rocktasche und ballte sie über dem kleinen Buch.

„Fürst", sagte er, „Ihre Redeweise ist wirklich anmaßend. Doch ich will Ihnen ebenso offen sagen, daß — (dies jedoch wollte er nicht hinzufügen) — daß Sie in einer Hinsicht recht haben. Sie sind gewiß nicht allzu sehr im Unrecht. Auch ich habe über tausenderlei Dinge nachgedacht; es fällt mir gar nicht ein, meine Absichten aufzugeben. Ich bin der König, ich kenne meine eignen Fähigkeiten und bin fest entschlossen, nicht stummer Zuschauer zu sein, sondern König, Vater, Bruder und Herr!" (Siehe im kleinen Buch Seite 124.)

Digitized by Google

„Ich finde nichts Tadelnswertes an diesem Entschluß. Er ist einfach prächtig. Aber mit Rücksicht auf die Würde meines Alters, meine Leistungen und Verdienste, meine Treue gegen Ihr Haus — die vielleicht sich am offenbarsten zeigte, als Sie noch gar nicht geboren waren — und im Hinblick auf dieses Land endlich, dessen Gedeihen ebenso sehr mein Verdienst als das Ew. Majestät ist . . . . ."

„Nun ist's genug!"

„Jawohl, Majestät!" erwiderte der andere mit einer feinen Mischung von Stolz und Wildheit in seinem Gesicht. „Würde alles so sein, wenn ich bei Weißenstadt nur ein einfacher Soldat gewesen wäre und dort und auf einigen anderen Schlachtfeldern, von denen Sie gehört haben, bloß mein blutiges Tagewerk wie viele tausende Namenloser verrichtet hätte, wie?" (Der König sah während dieser Worte zu Boden.) „Ist es unbekannt, daß ich auch ein wenig Demokrat bin, so sehr auf jeden Fall, daß ich aufrechterhalten kann, was ich soeben gesagt habe?"

„Gut, und im übrigen?"

„Ich wiederhole also, daß der Entschluß Ew. Majestät, König, Berater, Vater, Bruder, Herr zu sein, bewundernswert ist. Aber wenn ich auf dem Boden der Vermessenheit, den ich nun einmal betreten habe, ein Wort zu meinem, aus dem Herzen kommenden Lob hinzufügen darf, würde es dies sein: womit wollen Sie dies sein?"

„Fürst, das ist aber wirklicher Hohn", sagte der König, und er sagte es recht stolz.

„Majestät, ich bin Euer Freund bis zum Aeußersten. Nun lassen Sie mich einmal ganz offen zu Ihnen sprechen. Diese Nacht sind wir hier zusammen — ich will mir nicht mehr Freiheiten herausnehmen, als die Pflicht erfordert — in einer wechselseitigen Beziehung, wie sie sich wahrscheinlich nicht wiederholen wird. In diesem Augenblick sind Sie nicht der König und ich nicht Ihr Minister. Wir sind Bürger eines Landes, mit dem gleichen Bemühen um sein Wohl. Zwischen uns soll nach dieser Nacht soviel Abstand und Förmlichkeit sein — das ist natürlich stillschweigend vorausgesetzt — daß wir jetzt zusammen ohne dergleichen verhandeln können, bis ich wieder durch jene Tür hinausgehe."

Der König sagte nichts, sondern sah sich nur verdrießlich und beunruhigt um. Das war eine Gelegenheit zu einem heroischen Entschlusse (wie er jeden Tag in jeder Minute ungefähr 55 faßte), nämlich, seinen großen Minister gehen zu heißen, wie es ihm beliebte, aber ebenso reizte es ihn, ihn reden zu lassen, gleichsam, als ob er schon gegangen wäre.

(Schluß folgt.)

Digitized by Google

Brief an die „Deutsche Politik"

Zur Flaggenfrage

Gestatten Sie einem alten Leser der Deutschen Politik einige Worte zur Flaggenfrage. Herr Prof. Delbrück steht zu der Behauptung, daß die Anhängerschaft der schwarz-weiß-roten Flagge selbst in der Sozialdemokratie bedeutend sei. Als Mitglied der SPD kann ich mit dem besten Willen die Richtigkeit dieser Behauptung nicht anerkennen. Nach der Umwälzung 1918 kamen große Massen zur sozialdemokratischen Partei, ein gewisser Prozentsatz kannte die Ziele und Bestrebungen dieser Partei überhaupt nicht, sie blieben indifferent, aus reiner Verärgerung und Kriegsüberdrüssigkeit hatten sie gehandelt. Selbstverständlich sind diese Leute im Laufe der Zeit wieder ins andere Lager gewandert was auch niemand bedauert. Wären nun diese Elemente noch während ihrer Zugehörigkeit zur SPD betreffs ihrer Stellung zur Flaggenfrage befragt worden, hätten sie sich möglicherweise für schwarz-weiß-rot entschieden. Wenn von Prof Delbrück gesagt wird, die schwarz-rot-goldene Flagge ist zur Parteifahne geworden, so muß ich das entschieden verneinen; denn die größte republikanische Partei hat doch wohl das Recht, sich wirkungsvoll in jeder Form für die verfassungsmäßige Form einzusetzen. Sie ist, wie schon angeführt nicht ihre Parteifahne, sondern das gemeinsame Reichssymbol.

Ich erkläre mich mit Herrn Schmidt identisch wenn er sagt, die schwarz-weiß-rote Fahne ist zur Fahne der monarchischen Restauration geworden, und nicht nur das, — wer das tägliche Leben beobachtet, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß Sie bei den Sozialdemokraten geradezu verhaßt ist. Eine Rückkehr zum Alten in dieser Form ist glatte Unmöglichkeit, da helfen alle Konzessionen und in Aussicht gestellten sogenannten praktischen Lösungen nichts. Mit dem System muß auch das Symbol wechseln.

Aus meiner eigenen Erfahrung kann ich mit bestem Gewissen behaupten, daß ich noch nie einen Sozialdemokraten angetroffen habe, ob Führer oder Geführter, der für schwarz-weiß-rot schwärmte, — Paul Müller hat die Konsequenz ziehen müssen. Die Parteifahne ist rot und wird rot bleiben, Tatsache ist, daß man bedauert hat, daß das alte Symbol von Kommunisten usw. des öfteren in den Staub gezogen wurde, — der Unwissenheit gegenüber muß eben etwas Toleranz bewahrt werden.

Wenn auf dem Görlitzer Parteitage schwarz-rot-gold als Parteiabzeichen gewählt wurde, hat das seine besondere Bewandnis. Die sozialdemokratische Partei hat die deutsche Reichsverfassung mit schaffen helfen, von dieser Tatsache ausgehend; hat sie auch die Pflicht dieselbe mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen, gegen die Provokationen, im Stile des Hakenkreuzlerunwesens usw. A. Bode

Neuerscheinungen

Othmar Spann: Der wahre Staat. Verlag Quelle & Meyer in Leipzig, 800 S., 26.—M

Dieses Buch ist eine völlig uneinheitliche Mischung von Wissenschaft und Publizistik, Historie und Utopie, Nüchternheit und etwas gefährlicher Poesie. Schlimm an ihm ist der Titel, die Prätension: hier wird gezeigt, was der „wahre" Staat sei — notwendig sind alle andern Typen unwahre oder „falsche" Staaten. Das klingt etwas zu sehr nach den Traktätchen, die das Reich Gottes beschreiben; es wäre vielleicht verdienstvoller gewesen, zu sagen, was der Staat eigentlich sei und bedeute, und wie sich Form, Ideengehalt und Zweckhaftigkeit in den Bindungen der historischen Epochen abwandelten. Von dem aber, was das vorzüglichste Element des Staates ist, nämlich

Digitized by Google

der Macht, nach innen wie nach außen, ist fast an keiner Stelle die Rede und wenn überhaupt, dann nur in Nebensätzen. Ob die Staaten des zweiten Friedrich, des Napoleon, des Disraeli im Sinne Spanns „falsche" Staaten gewesen sind, ist demgegenüber nicht so wichtig als daß eine Soziologie, die vom Staat handelt, das jedem Staat eingeborene Machtproblem nicht zentral nimmt. Denn erst von hier aus ordnen sich die andern Probleme, auch das der „Gerechtigkeit", das im wahren Staat gelöst wird, zu Funktionen der Wirklichkeit.

Der wahre Staat ist der der ständischen Gliederung. Von hier aus ergibt sich eine scharfe Kritik von Demokratie, Liberalismus, Sozialismus, die Spann alle schlechthin individualistisch bestimmt findet; gegen die individualistische Grundtendenz formuliert er die „universalistische", (für die sonst der neuerdings wieder stärker aufgenommene Begriff des Korporativismus als konkreter genommen werden kann). Der Beweisweg wäre zwingender, wenn an seinem Beginn nicht eine künstliche Ueberspitzung der individualistischen „Autarkie" stände, die eine völlig blutleere Konstruktion ist. Daß die Demokratie eine „atomistische" Gesellschaftsauffassung sei, ist ja nun freilich seit einiger Zeit literarisches Gemeingut, wenn selbst bei Rousseau schon in der „volonté générale" eine Korrektur dieser Auffassung angeboten wird; wenn aber festgestellt werden soll, daß dem Individualisten das metaphysische Verhalten und Verstehen abgehe, so ist es besser, lieber nicht Prometheus zu bemühen, dessen Problem doch durchaus metaphysisch ist, wie ja nun eben die bewußte Spannung: Ich und Gott, wie sie auch gelöst werde. Und zum dritten: Die Fibel des klassischen Individualismus von Ad. Smith heißt the wealth of nations, geht also in der Idee von etwas „Universalistischem", dem Volke, aus. Das Bedenken gegen die Grundanlage des Beweisgangs verschlägt nicht, anzuerkennen, daß richtige und eindrucksvolle Einzelbeobachtungen genug auch in diesen Partien vorhanden sind; die gedrängte Auseinandersetzung mit dem Marxismus gehört wohl zu dem publizistisch Besten, was auf knappem Raum an Kritik geleistet wurde.

Wenn Spann dann im „positiven" Teil die ständischen Kreise untersucht, so stehen neben dankenswerten Hinweisen arge Schiefheiten (wie die Parallelsetzung von Kartell und Gewerkschaft) und schuldig bleibt auch er, wie sich konstruktiv die Staatsleitung ergibt. Es fehlt auch gänzlich eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Nation. Zweifellos ist er „völkisch" orientiert; dann wäre eine Bemerkung vielleicht am Platze gewesen, daß der mittelalterliche Ständestaat übernational konstituiert war, und daß es gerade da die „atomistische" Demokratie gewesen ist, die den „nationalen" Willen aktiviert hat, konnte er gerade von Wien aus an dem Zerfall Habsburgs studieren. Das Buch ist frisch und anregend geschrieben; zwischendurch gibt es Entgleisungen wie die „Schöpfung eines ganzheittrunkenen Geistes" und ähnliche falsche Lyrik. Th. H.

Max Naumann, „Der nationaldeutsche Jude in der deutschen Umwelt". Beiträge zur Klärung der deutschen Judenfrage. 1. Heft. Vom mosaischen und nicht mosaischen Juden. 50 S. 2. Heft. Von Zionisten und Jüdischnationalen. 48 S. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin. Preis je 8 M.

Diese beiden Schriften, die sehr unbefangen die verschiedenen Strömungen im deutschen Judentum anfassen und analysieren, scheinen mir nicht lediglich zu der Literatur zu gehören, in der das Judentum „unter sich" seine mannigfachen Fragestellungen erörtert; sie wenden sich an alle, die vor einem der umstrittensten und „heikelsten" Probleme unserer inneren Auseinandersetzungen nach einer Orientierung suchen. Naumann unterscheidet scharf die drei Gruppen: den nationaldeutschen Juden, den Zwischenschichtler, den Jüdischnationalen, (der sich mit dem einst machenden Zionisten decken mag, aber nicht decken muß). Während die zweite Schrift in ihren Hauptteilen eine Auseinandersetzung mit der heutigen Lage der zionistischen Verwirklichungsmöglichkeit enthält, führt die erste zu einer auch literarisch ausgezeichneten Zergliederung der seelischen Struktur des Judentums von heute. Uns scheint, daß die Lage im ganzen richtig gesehen ist. Der „nationaldeutsche Jude", der auf die Taufe verzichten kann, sein Judentum nicht verleugnet, aber es auch nicht romantisch oder literaresierend „vertieft", der Deutschland restlos als geistige und kulturelle

Digitized by Google

Heimat bejaht, wird nicht gefordert oder bewiesen, sondern als Typus hingestellt der deutliche Entscheidungen auch bei den übrigen Juden verlangt. Die Arbeiten haben Flugschriftencharakter; manches in ihnen ist nur Andeutung und Entwurf geblieben und bedarf noch der Abrundung Aber weil die Fragen weder sentimental noch spitzfindig behandelt sind, ist mit ihrer Methode die richtige Einstellung zur Erörterung der Frage gegeben. Th. H.

Druckfehlerberichtigung.

Zu dem Aufsatze: „Tschechische Außenpolitik" Heft 46 vom 12. November:
Seite 1039, 15. Zeile von unten Beamtenkabinett unter Lang soll richtig unter Cerny heißen.
Seite 1094 4. Zeile von oben: und dieses System heißt das Friedenswerk von Sèvres soll richtig von Paris heißen.

Deutsche Hochschule für Politik

Vorstand: Staatsminister Dr. Drews – Prof. Dr. Ernst Jäckh – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. F. Meinecke Geh. Hofrat Prof. Dr. Boerle, München – Staatssekretär a. D. Dr Clemens von Delbrück Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hans Delbrück – Dr. Rudolf Hilferding – Dr. Siegfried von Kardorff Reichsminister Dr. Radbruch – Dr. Hans Roeseler – Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

Studienleiter: Dr. Theodor Heuß – Abteilungsleiter: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer – Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig – Wilhelm Heile – Direktor Hans Kraemer (Reichswirtschaftsrat) – Geh. Reg.-Rat Dr. Kühne – Prof. Dr. Rühlmann – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Sering

Die programmatischen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik sind als Broschüre

„Politische Bildung"

erschienen, enthaltend die Reden von Staatsminister Dr. Drews, Reichsminister Dr. Simons, Reichsminister Dr. Koch, Reichsminister Dr. Scholz, Ministerialrat Prof. Dr. Richter und Prof. Dr. Jäckh, sowie die Denkschrift über Organisation und Ziele der Hochschule für Politik. Dieses Buch (à 3 M) sowie Studienpläne (à 1 M) können vom Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt. Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 41. Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

C. Jahrgang • 17. Dezember 1921 • Heft 51

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh • Paul Rohrbach • Philipp Stein

Politische Glossen

Die englischen Blätter teilen mit, daß Lloyd George, nachdem er die irische Frage zur Lösung gebracht hat, mit einem großen Reformplan die Weltkrisis zu bereinigen beabsichtige, die pariser Blätter erzählen, daß Loucheur mit ausgezeichneten Eindrücken von London zurückgekehrt ist. Die deutschen Illusionisten mögen sich deshalb mit einem gelassenen Sinn wappnen. Denn eine Verständigung zwischen Paris und London auf diesem Gebiet geht nicht vor sich, ohne daß wir im letzten die Leidtragenden sind. Die „Opfer", die England zu bringen bereit ist, gelten Frankreich, und sind nur ein rechnungsmäßiger Vorgang in der Reihe, wie unsere Gegner sich an uns schadlos halten möchten. Die Engländer haben ja, infolge ihrer Arbeitslosigkeit mancherlei Gründe, den deutschen Markt etwas aufnahmefähiger zu machen und die Weltmarktkonkurrenz der deutschen Industrie etwas abzubremsen — aber es scheint, daß sie ihr Vorhaben, der deutschen Mark etwas auf die Beine zu helfen, mit einer Politik umgeben wollen, die in das System der französischen Technik gut paßt. Die deutsche Wirtschaft erhält einige Erleichterungen, die mit Souveranitätsrechten des deutschen Staates bezahlt werden müssen. So ungefähr stellt sich das Programm des Schatzkanzlers Horne dar. Deutschland aber weiß einstweilen noch nicht, wie es am 15. Januar „erfüllt".

*

„Narodni politika" eines jener tschechischen Blätter, das gute Beziehungen zu Ministerpräsident Benesch besitzt, warf kürzlich Clemenceau „allzu große Menschlichkeit in Versailles vor: „Die ganze oberschlesische Frage ist ein Beweis dafür, daß territoriale Fragen sofort nach einem Kriege gelöst werden müssen, so lange der Gegner wirklich noch besiegt ist." Damit schlägt das Blatt in die Kerbe des tschechischen Publizisten Hanusch Kuffner, der während der Versailler Verhandlungen vorschlug, Deutschland auf eine

Digitized by Google

„Reservation Thüringen" zu beschränken. Für die deutschen Leser, die in die Feinheiten der tschechischen Publizistik nicht eingeweiht sind, sei verraten, daß Hanusch Kuffner ein Pseudonym ist, das Benesch im Weltkriege benutzte, solange es noch mit Gefahr verbunden war, sich zu panslawistischen Plänen zu bekennen.

*

Jagows, Wangenheims und Schieles Verteidigungstaktik im Kapp-Prozeß, sich nur als ausführende Organe der „legalen" Regierung Kapp hinzustellen straft Kapp, freilich aus sicherem Versteck unbarmherzig Lügen. Er schreibt: „Ich muß es ablehnen, mich mit einer Lüge zu verteidigen und dieses historische Begebnis dadurch zu verfälschen, daß ich behaupte, ich habe mich bemühen wollen, die Verfassung zu sichern. In solchen Dingen muß man ehrlich sein. Auch Lüttwitz darf nicht leugnen, daß er ganz andere Ziele verfolgt hat. Ich würde mich vor der Welt und vor mir selbst lächerlich machen, wenn ich mich mit dem agitatorischen Kniff verteidigen wollte, es habe sich nicht um einen Bruch der Verfassung gehandelt."

*

Vom Kapp-Prozeß seien folgende Zeugenaussagen festgehalten:

Jagow: „Am 17. war Bauer von Ueberanstrengung krank, er zitterte und bebte, konnte kaum sprechen, Kapp zerrüttet und Pabst ohne Halt. Ich hatte den Eindruck, diese Menschen sind zusammengebrochen."

Ludendorff: „Etwas Unschöneres als die sogenannten Kabinettssitzungen habe ich nicht erlebt. Nie wurde ein Beschluß gefaßt."

Stresemann: „Lüttwitz selbst hat immer gesagt: Daß ich in die Amnestie hineinkomme, darauf muß ich bestehen."

So sahen nach dem Zeugnis der Mitbeteiligten „Deutschlands Retter" aus.

*

General Wriesberg, einer der führenden Männer im Kriegsministerium erhebt in seinem Buche „Erinnerungen II" schwere Anklagen gegen die „Oberste Heeresleitung":

„Ihre Autorität gegenüber dem K. M. wurde von den Unterorganen des Generalquartiermeisters in einer oft unerhörten Weise mißbraucht. Ich kann nicht verhehlen, daß manche Telegramme mit der Unterschrift „i. A. Ludendorff" zum mindesten Kopfschütteln hervorriefen. Unsere Ansicht, daß die Depeschen dem General Ludendorff nicht vorgelegt waren, fand vielfach ihre Bestätigung... Die O. H. L. griff ein auf allen Gebieten auf militärischen und nichtmilitärischen."

Dieser letzte Satz ist ein wichtiger Beleg für die Kontroverse Bethmann-Ludendorff.

Digitized by Google

Elsaß-Lothringen als Sinnbild

Von Paul Wentzcke

In meinem kürzlich erschienenen Buch „Der deutschen Einheit Schicksalsland" (München, Drei Masken-Verlag) hat die deutsche Presse bisher vor allem den Versuch beachtet, aus mündlichen Ueberlieferungen und aus den inzwischen ausgegebenen Erinnerungen ein Bild der Verhandlungen zu formen, die während des Weltkrieges über die staatsrechtliche Entwicklung des „Reichslandes" gepflogen wurden. Gern folgte ich daher einer Anregung der Schriftleitung der „Deutschen Politik", in großen Zügen diese Ausführungen zusammenzufassen und damit vielleicht auch weiter zur Lektüre des Büchleins selbst anzuregen.

In merkwürdiger Umkehr treten aus dem Kreis der Probleme zunächst die drei Möglichkeiten, die bereits in den Krisen von 1814/15 sowie von 1870/71 die deutschen Staatsmänner beschäftigten, aufs neue hervor: Erhebung des Reichslandes Elsaß-Lothringen zum selbständigen Bundesstaat, Einverleibung des Elsaß' und Lothringens in Preußen, endlich Aufteilung beider Länder unter die deutschen Uferstaaten des Oberrheins und der Mosel. Wie damals spiegeln zugleich alle drei Möglichkeiten in stetem Wechsel die großen Entwicklungsreihen des preußisch-deutschen Staatsgedankens, der in der Grenzmark des Westens zu all seiner sonstigen Belastung noch den harten Kampf gegen außenpolitische Einflüsse aufzunehmen hatte. Für Charakter und Geistesart des preußischen Königs ist es bezeichnend, daß ihm und damit den Berliner Regierungsstellen die Aufteilung zunächst in den Vordergrund rückte. Der Eigenwille des kaiserlichen Schloßherrn auf Urville und Hohkönigsburg fühlte sich von der „Undankbarkeit" der Bevölkerung verletzt, deren verhätschelte Wortführer in schmählicher Flucht Land und Volk an Frankreich verrieten. Bereitwillig gab Wilhelm II. bereits im August 1914 die Ansprüche des größten deutschen Bundesstaats am Mitbesitz des Elsaß dem Wittelsbacher preis, der schon als Prinz in den Jahren 1870/71 der eifrigste Verfechter der bayerischen „Entschädigungsforderungen" gewesen war. In Stunden schwerster Not versanken Reichsgedanken und deutsches Staatsgefühl aufs neue vor dem Eigennutz der bayerischen Reservatrechte. Auf zahlreichen Besuchsfahrten längs der Vogesenfront nahm König Ludwig III. bereits die Huldigung seiner künftigen Untertanen entgegen, bis energische Vorhalte der übrigen Südstaaten dem Treiben ein Ende machten. Drohend erhob sich ja für Baden wie für Württemberg wiederum die Gefahr, daß Bayern als Großmacht des deutschen Südens seine überlegenen Kräfte zur wirtschaftlichen und politischen Erdrosselung der eingekreisten Nachbar-

Digitized by Google

länder mißbrauchen werde. Vor allem Württemberg trat daher jedem Gedanken an eine Aufteilung des Reichslandes mit allen verfassungsmäßigen Mitteln entgegen. Wie in den Frühlingstagen der deutschen Einheitsbewegung erhob sich in seiner nationalen Presse der Ruf Paul Pfizers, daß nur der Adler Friedrichs des Großen die Verirrten, Heimatlosen vor solcher Vergewaltigung des Bundesstaatsrechts schützen könne, wenn auch jetzt so wenig wie damals Regierung und Königshaus diesen Wünschen Verständnis entgegenbrachten.

Ganz selbstverständlich trat damit als zweites die sogenannte preußische Lösung, die durch die Verfassungsreform des Jahres 1911 fast verschüttet schien, stärker in den Vordergrund. Zu ihrer Aufnahme aber forderte der Reichskanzler, daß alle Bundesglieder zusammen und freiwillig ein solches Anerbieten vorlegen müßten. 46 Jahre zuvor hatte der Bundesrat im Frühjahr 1871 unter Vortritt Württembergs durchaus zugegeben, daß, was Preußen erwerbe, zugleich Deutschland dem Reiche erworben sei. „Die Interessen des Reiches und Preußens", heißt es in dem Bericht des Justizministers Mittnach, „in Elsaß und Lothringen sind durchaus identisch. Die übrigen Glieder des Reiches würden den mit Deutschland wieder vereinigten Gebieten nicht fernerstehen, wenn Preußen, statt als Mandatar des Reiches, kraft eigenen Rechtes die Souveränität über Elsaß und Lothringen übernähme." Im Frühjahr 1915 war dieser Einheitsgedanke, der aus dem losen Band des Bundesstaats unter dem Druck einer kraftvollen öffentlichen Meinung bereits das „Reich" in untrennbarer Stärke emporwachsen sah, nicht mehr vorhanden. Das Reichsregiment und nicht zum wenigsten der preußische Partikularismus selbst hatten auch die lebenskräftigsten Keime dieser Entwicklung so stark belastet, ja zertreten, daß jetzt zeitweise immer wieder nur die erste Möglichkeit übrig zu bleiben schien, die das ganze Elend der deutschen Kleinstaaterei im Sinnbild des Reichslandes wiederholte.

Der einflußreiche bayrische Ministerpräsident Graf Hertling machte sich bis zum Entscheidungsjahr 1917, ja darüber hinaus, zum Worthalter eines Plans, der Lothringen an Preußen, Elsaß an Bayern überwies, Baden aber durch Zuweisung bestimmter Rechte und Anteile in Oberelsaß, Württemberg durch Ueberweisung der hohenzollernschen Fürstentümer entschädige. Wieder aber, wie 1815 und 1870, mußte Baden vor allem ablehnen, da es unmöglich die militärische und wirtschaftliche Belastung übernehmen konnte, die ihm aus diesem Zuwachs an Rechten und Pflichten auf dem Glacis des Reiches erwuchs. Württemberg erhob Widerspruch, da sein Ministerpräsident Weizsäcker selbst durch diesen Landzuwachs die Einkreisung durch Bayern nicht gelöst sah. „Der Knochen", schrieb der kürzlich verstorbene König Wilhelm II., „blieb liegen", ohne daß doch die Verhandlungen selbst abgebrochen wurden. In völliger Verständnis-

Digitized by Google

losigkeit für die Not der Zeit nahm erst mehrere Monate später die Oberste Heeresleitung den Gedanken wieder auf. Als damals, auf dem äußeren Höhepunkt der deutschen Siege, die staatsrechtliche Zukunft der befreiten „Fremdvölker" Rußlands geregelt werden sollte, wurde auch dieses Problem in unwürdigster Weise mit der Lösung der „elsaß-lothringischen Frage" verkettet. Litauen, Kurland und Polen, ja wohl auch Finnland wurden in die Aussprache zwischen Höfen, Regierungen und Heeresgruppen einbezogen. Wiederum rechnete es sich Württemberg zum Verdienst, wenn trotz der glänzenden Aussichten, die sich hier seinen Uracher Herzögen boten, auch jetzt die Teilung des Reichslandes auf ein totes Gleis geschoben wurde. Ende Mai 1918 noch kündigte ein persönlicher Brief König Wilhelms II. dem Deutschen Kaiser den unbedingten Widerspruch seiner Vertreter im Bundesrat an.

In schwerster Not versagten die Dynastien, die damit selbst mittelbar noch zugaben, daß sie der Fortentwicklung der deutschen Staatsrechte im Sinne der Reichsgründung kein Verständnis mehr entgegenzubringen vermochten. Die Aufgabe, die ihnen einst Bismarck im Haushalt des Reiches zugewiesen hatte, war gelöst, als sie das andere große Wort des Reichskanzlers vergaßen, daß „dynastische Interessen nur insoweit Berechtigung haben, als sie sich dem allgemeinen Reichsinteresse anpassen". *Mit den Dynastien aber*, das muß heute das Geschlecht der Novembertage von 1918 offen bekennen, *versagten auch die hinter ihnen stehenden Bevölkerungsgruppen*, deren nationales Empfinden gerade in den Mittel- und Kleinstaaten nach dem treffenden Wort Eduard Rosenthals, des demokratischen Führers im Kampf um die Vereinheitlichung Thüringens, in den vergangenen Jahrzehnten einer trägen Ruhe zur „Hoflieferantenpolitik" herabgesunken war. In dieser Verständnislosigkeit, die *Parteien nicht weniger als die Regierungen* dem elsaß-lothringischen Problem als dem großen Prüfstein des Reichsgedankens entgegenbrachten, liegt eben nach meiner Schrift Grund und Ursache auch des inneren Zusammenbruches des deutschen Volkes, dessen politisches Denken im Kampf um „Interessen" und „Weltanschauungen" seit den Tagen des Kulturkampfes bereits langsam zerrüttet war. Diese *doppelte* Schuld, die insbesondere auch die breiten Massen der Wähler unter Führung des neuen deutschen Parlamentarismus in der Behandlung der elsaß-lothringischen Frage auf sich luden, darf über dem Verdammungsurteil, das leichthin heute über die Dynastien gefällt werden kann, nicht vergessen werden. Es waren Zeiten eines unerhörten politischen Niederganges im deutschen Volke, als seine Vertreter das stolze, weltbefreiende Wort vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen" auf Volkssplitter anwendeten, die zufällig gerade damals kaum mehr als vier Jahrzehnte hindurch eine willkürlich geformte Verwaltungseinheit gebildet hatten. Das Ergebnis der

Digitized by Google

Arbeit und Not von Generationen sollte dem Urteil einzelner Parteiführer und Politiker, der Abstimmung wohl gar einer Gruppe verärgerter und mißmutiger Menschlein, unterworfen werden. Frohlockend durften die „Times“ schon im Oktober 1917 verkünden: die Anregung, Elsaß und Lothringen zu einem unabhängigen Herzogtum zu machen, zeige deutlich, wie sich die Deutschen des Landes nicht mehr sicher fühlten. Unbewußt, aber aus eigener Schuld bahnten auch die Führer reichsdeutscher Parteien einen breiten Weg zur internationalen Behandlung innerpolitischer deutscher Lebensinteressen, den fremde Unterhändler nur zu leicht finden und einschlagen konnten.

In solchem Selbstbekenntnis erst, das uns aus der Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen Elsaß-Lothringen und dem Reich im 19. Jahrhundert erwächst, kann für Gegenwart und Zukunft das volle Verständnis auch für die große rheinische Frage erwachen, in deren Kreis das Problem des Reichslandes nur einen kleinen Ausschnitt bildet. Der geschichtliche Rückblick, der das feste Fundament meines Buches bilden soll, kann nicht Selbstzweck sein und bleiben. Mit unheimlicher Schnelligkeit rollt ja die scheinbar endgültige französische Lösung der elsaß-lothringischen Frage, die dieses Versagen der deutschen Nation zu nutzen wußte, zugleich vielmehr das ganze große rheinische Problem in seiner alten schillernden Farbenfülle auf. Riesengroß erheben sich uns allen die Gefahren, die unserer Westmark aus dieser Zersplitterung und Schwäche des Reichsgedankens heute gerade drohen. Ihnen vor allem soll mein Büchlein auch drinnen im Reich Verständnis wecken und damit an seinem Teil zur Gesundung unseres politischen Denkens beitragen. Noch im Sterben kann uns das „Reichsland“ zum Sinnbild unseres Daseins werden.

Die indische Bewegung

Von Max Grühl, Kirchheim-Teck

Seit einiger Zeit laufen wieder Nachrichten durch die Presse, die erkennen lassen, daß die Lage in Indien wieder eine sehr gespannte ist. Zwar wurde das Land nach dem Kriege mehrfach durch Streiks und lokale Unruhen erschüttert, was sich aber jetzt dort entwickelt, scheint weit über den Rahmen alles Bisherigen hinauszugehen und durchaus revolutionären Charakter mit weitgesteckten Zielen zu haben. Es erscheint darum wohl zweckmäßig, sich kurz über die indische Bewegung und ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Grundlagen zu informieren.

Die Stabilität der englischen Regierung in Indien beruht im wesentlichen auf dem Gegensatz zwischen Moslim und Hindus, wozu noch bezüglich

Digitized by Google

der letzteren die im Lande scharf ausgeprägte Trennung in Kasten kommt, durch die eine völkische Einheit der Hindus geradezu unterbunden wird. In bewußter Absicht haben die Briten diese Gegensätze von jeher außerordentlich stark durch die verschiedensten Verwaltungs- und politischen Maßnahmen zu betonen gewußt. So vor allen Dingen dadurch, daß sie den Moslim allerhand Sonderrechte gegenüber den Hindus einräumten. So wurde es erreicht, daß die Mohammedaner sich von vornherein nicht an den Verhandlungen des Indischen Nationalkongresses beteiligten, der dem indischen Volke im Jahre 1885 von den Briten als eine Art Parlament zugebilligt worden war. Sie schlossen sich vielmehr in einer besonderen Korporation zusammen, dem „All India Moslem League", der bald in scharfe Opposition zum Nationalkongreß trat. So kam es, daß die indische Bewegung also schon von vornherein in zwei besondere Gruppen zerfiel, die hinduistische und die moslimische, die beide neben-, sogar vielfach auch gegeneinander arbeiteten.

Die eigentlichen Träger der indischen Freiheitsbewegung (Swaraj) waren die Hindu, völkisch erwachsen in grauer Vor- und Frühzeit aus dem Verschmelzungsprozeß arischer und drawidischer Elemente. Ihr Ziel ging, nachdem sie ihren Ausgangspunkt (eine religiöse Renaissance des Ram Mohan Roy) überwunden hatte, schon früh dahin, für Indien dasselbe Maß politischer Freiheiten zu erreichen, das in den Ländern des Abendlandes die Abwicklung staatlichen Lebens so sehr erleichterte. Die Hindu befriedigten sich aber, als ihnen in politischer Klugheit die Briten den an sich belanglosen Nationalkongreß bewilligten. Dieser stellte sich von vornherein auf den Standpunkt, für Indien auf konstitutionellem Wege eine Selbstverwaltung im Sinne der englischen Dominions zu erwirken; an eigentliche souveräne Freiheit ihres Landes dachten seine Mitglieder nicht. Diese Idee wurde seitdem nur von einer kleinen Gruppe von Männern getragen, die außerhalb des Kongresses standen, und die, infolge des herrschenden Verwaltungssystems (Spitzelwirtschaft usw.) zur Machtlosigkeit verurteilt waren. Ihr hervorragendster Führer war Bal Gangadhar Tilak, dem es unter großen Schwierigkeiten mit organisatorischem Geschick gelang, eine Reformpartei und 1892 eine politische „Provinzialkonferenz" zu gründen. Aus diesen Einrichtungen kristallisierte sich im Laufe der Zeit, besonders als die Engländer nach dem Weltkrieg mit den schärfsten Mitteln (Rawlatt-Bills) gegen die Freiheitsbewegung vorgingen und im Frühjahr 1919 in Amritzar eine Metzelei unter den zu einer harmlosen Feier vereinten Hindus veranstaltet hatten, die revolutionäre Partei der Non-Cooperations-Movment, deren Führer nach dem Tode Tilaks der Rechtsanwalt und Anhänger Tolstois, Gandhi, aus Bombay, wurde. Trotz der Reformen, welche die britische Regierung 1920 für Indien in den sogenannten „Montagu-Chelmsford Reform-Bills" vorsah, gewann diese Bewegung, die also ihre

Digitized by Google

hauptsächlichste Waffe im Boykott englischer Waren sah, bald bedeutenden Einfluß auch auf den Nationalkongreß, besonders auch deshalb, weil inzwischen eine prinzipielle Einigung mit den Moslim erreicht war.

Die mohammedanische Bewegung in Indien knüpfte an die glanzvollen Erinnerungen der Groß-Mogulenzeit, in der eine an Zahl geringere Kaste von Moslims die große Schar der Hindu beherrschte. Diese Tage waren allerdings längst dahin, und auch der fanatischste Anhänger des Propheten hoffte wohl kaum auf eine Wiedergeburt jener Zeiten. Aber eine andere Gefahr war gegeben, nämlich die, daß die Hindu eines Tages den Spieß umdrehten und sich zu Herren der Moslim machten. So kam es, daß die anfänglich rein-religiös-kultureller Natur geartete mohammedanische Bewegung nach und nach doch einen politischen Anstrich bekam, besonders dann, wenn es sich darum handelte, bestimmte Sonderrechte gegenüber den Hindus zu erreichen. Diese Bestrebungen wurden von der englischen Regierung durchaus gefördert. Im Jahre 1906 kam es zur Gründung der „All India Moslem League", welche als ihr Programm bezeichnete:

1. bei den indischen Mohammedanern Gefühle der Loyalität gegenüber der britischen Regierung zu pflegen und alle Mißverständnisse zu beseitigen, welche in bezug auf die Absichten entstehen könnten, welche die englische Regierung mit ihren Maßnahmen verfolgt.

2. die politischen und sonstigen Rechte und Interessen der indischen Moslim zu schützen und ihre Bedürfnisse und Wünsche der Regierung in maßvoller Sprache vorzulegen,

3. unbeschadet der unter 1 und 2 genannten Zwecke soweit wie möglich Eintracht und Harmonie zwischen den Mohammedanern und den anderen indischen Gemeinschaften zu fördern.

Mit diesem Programm konnte sich die britische Regierung durchaus einverstanden erklären; klangen die darin geäußerten Gedanken doch vollkommen in die Melodie, die sie seither selbst in Indien gespielt hatte. Erst als dann die Moslim in ihren Forderungen immer weiter gingen und ihnen die Engländer im Interesse des inneren Friedens entgegentreten mußten, kam es zu einer Annäherung an die Hindu, die zu einer völligen Einheit wurde, als die Briten nach dem Weltkrieg die Kalifatsfrage anschnitten und dieselbe im türkenfeindlichen Sinn lösen wollten. In dieser Beziehung standen aber die indischen Mohammedaner voll und ganz auf seiten der Türkei. In kluger Würdigung eines günstigen Augenblicks erklärten die Anhänger der Non-Cooperations-Bewegung unter Führung Gandhis ihre Solidarität in dieser Frage mit den Moslim, und so entstand die einheitliche Bewegung, die heute Indien mit dem Morgenrot der Revolution, d. h. dem Freiheitskampf mit den Briten, überstrahlt.

Digitized by Google

Ihre besondere Stärke aber erhält die Bewegung dadurch, daß sie nicht nur getragen wird von Ideen, sondern auch von Kräften, die für rein wirtschaftliche Ziele kämpfen. Die aus dem Weltkrieg heraus geborene Industrialisierung Indiens hat dort ein starkes und klassenbewußtes Proletariat geschaffen, wohl auch mit durch die Agitation des Bolschewismus. Diese indischen Arbeiter sind es, deren Mithilfe sich die Swaraj-(Freiheits-) Bewegung zu sichern gewußt hat. Und endlich ist es auch die Solidarität aller anderen Orientalen bis an den Nil und darüber hinaus, was der gegenwärtigen indischen Bewegung eine Stärke verleiht, die sie niemals vorher besessen hat.

Der Wettkampf zwischen englischer und amerikanischer Handelsschiffahrt

Von Prof. Dr. R. Hennig-Düsseldorf

Die augenblicklich tagende Abrüstungskonferenz in Washington muß einem jeden, der den Lauf der Dinge nicht nach dem Wortlaut schöner Reden und Phrasen, sondern mit weltpolitisch geschultem Blick betrachtet, anmuten wie ein bedenkliches, neues, erstes Knistern im geschwärzten Gebälk einer für erloschen gehaltenen Brandstätte. Die beiden Haager Friedenskonferenzen, die von harmlosen Gemütern als Auftakt zum Zeitalter des ewigen Friedens betrachtet wurden, waren, wie wir heut ahnen, nur ein Mittel, die nahende große Katastrophe des Weltkriegs noch für einige Jahre zu beschwichtigen, und mehr ein Warnungssignal als eine Prophylaxe. Genau ebenso wird man dereinst über die Konferenz von Washington urteilen. Dem kritischen Betrachter zeigt sie nur an, daß 2½ Jahre nach Versailles gewisse Reibungsflächen schon wieder so fühlbar geworden sind, daß das Oel schöner Friedensworte und Friedensgesinnungen so dick wie möglich auf sie ausgegossen werden muß, um noch für einige Zeit das störungslose Arbeiten der Maschine Weltpolitik zu gewährleisten — wobei es immer noch zweifelhaft ist, ob auch nur das Jongleurkunststück gelingt, die Abrüstungskonferenz selbst zum friedlichen Abschluß zu bringen.

Bekanntlich konzentriert sich heute alles weltpolitische Geschehen um die drei Großmächte England, Vereinigte Staaten und Japan. Alles andere ist Beiwerk und entweder vom Mitreden ganz ausgeschlossen oder muß so tanzen, wie es das Dreigestirn der großen Weltmächte begehrt. Die Frage, wie sich die drei Staaten bei der kommenden Auseinandersetzung, Zwei gegen Einen, gruppieren werden, ist zur Zeit noch völlig offen. Die besonders häufigen und eindringlichen Betonungen der engen und herzlichen Freundschaft zwischen England und Amerika berechtigen von vornherein zu dem

Digitized by Google

Schluß, daß die Spannungen zwischen den beiden englischsprechenden Großmächten zur Zeit bedenklicher sind als diejenigen zwischen Amerika und Japan. Diese Empfindung wird verstärkt durch die Wahrnehmung, daß gerade auf dem Gebiete der Handelsschiffahrt, die stets Englands empfindlichste Seite bildete und um die es dereinst seine Kämpfe gegen Spanien und Holland wie letzthin gegen Deutschland geführt hat, die Rivalität zwischen England und den Vereinigten Staaten bereits einen bedenklich hohen Grad erreicht hat.

Die Vereinigten Staaten haben die Jahre des Weltkrieges gründlichst ausgenutzt, um ihrer Handelsschiffahrt die einstige überragende Stellung auf den Ozeanen, die nach dem Sezessionskrieg von 1861—65 mehr und mehr verloren gegangen war, zu einem sehr bedeutenden Teil wiederzugewinnen. Bei Ausbruch des Krieges war ihre gesamte Kauffahrteiflotte kleiner als die deutsche, obendrein schwamm rund die Hälfte davon auf den Großen Seen, kam also für den Wettbewerb auf dem Weltmeer nicht in Betracht, und auch der Rest war zum größten Teil nur für die Küstenschiffahrt geeignet. Heut aber besitzt die amerikanische Union eine Handelsflotte, die zahlenmäßig nicht viel hinter der britischen zurücksteht, mehr als dreimal so groß ist als die deutsche vor dem Kriege, und von der die reichliche Hälfte für die Schiffahrt auf hoher See in Betracht kommt. Amerikanische Schiffe verkehren regelmäßig in allen größeren Häfen Europas, wo sie in den letzten Jahren vor 1914 kaum je zu finden waren, und bezeichnenderweise war die vereinsstaatliche Tonnage auch im Hamburger Hafen 1920 nicht unwesentlich (fast 100 000 t gleich 10 %) größer als die britische.

Allerdings gibt es unter den amerikanischen Handelsschiffen der Gegenwart viel minderwertiges Material; insbesondere die im Kriege massenhaft hergestellten Holzschiffe können eigentlich nicht mitgezählt werden und sind in den letzten zwei Jahren in Scharen stillgelegt oder abgebrochen worden. Die wirklich leistungsfähige amerikanische Kauffahrteiflotte kommt dem Tonnengehalt nach der englischen auch heut noch erst etwa zu zwei Dritteln gleich, übertrifft freilich die deutsche von 1914 noch immer etwa um das 2½—3fache. Allerdings kann sich die vereinsstaatliche Schiffahrt weder an Güte des Materials noch an Organisation noch an seemännischer Erfahrung des Personals noch an Wirtschaftlichkeit des Betriebs mit der britischen auch nur annähernd messen. Diese Tatsache empfindet der Yankee höchst unangenehm: er hat nun die langersehnte große Handelsflotte, sieht sie aber unzureichend beschäftigt und weiß genau, daß eine Gelegenheit, wie die jüngste, schwerlich jemals wiederkehren wird, und daß er, wenn es ihm jetzt nicht gelingt, die im Kriege neugewonnenen Handels- und Schiffahrtsbeziehungen zu behalten, kaum noch einmal glücken wird, gegen die Uebermacht der britischen Seebeherrschung anzukommen, zu der sich im

Digitized by Google

Stillen Ozean überdies noch der scharfe Wettbewerb der mit viel geringeren Betriebskosten arbeitenden japanischen Schiffahrt gesellt.

Derartigen Erwägungen entsprang im vorigen Jahre einmal das sensationelle Bündnis zwischen amerikanischen und deutschen Reedereien, andererseits der aufsehenerregende „Merchant Marine Act" vom 6. Juni 1920, den der Volksmund kurz „Jones Bill" nannte, eine Navigationsakte von so rücksichtslosem Protektionismus, wie sie seit Cromwells Tagen ohne Beispiel geblieben ist. Man erkannte in Amerika, in welches Wespennest man mit diesem Schiffahrtsgesetz stach, und sah daher zunächst von der Inkraftsetzung der allerradikalsten Verfügungen des „Merchant Marine Act" ab, insbesondere von der des Art. 28, wonach alle auf amerikanischen Schiffen beförderten Güter Vorzugstarife auf den amerikanischen Eisenbahnen genießen sollten, und des Art. 34, der die Kündigung aller der neuen Schiffahrtspolitik im Wege stehenden Handelsverträge forderte. Es war lediglich die Rücksicht auf die durch diese einschneidenden und radikalen Bestimmungen am schwersten in Mitleidenschaft gezogene Sonderstellung Englands, die die amerikanischen Staatsmänner veranlaßte, zunächst zu bremsen und die alleraufreizendsten Paragraphen bis auf weiteres außer Kraft zu setzen.

Seither ist aber die große Schiffahrtskrise, die die ganze Welt heimsucht, für die Vereinigten Staaten bedrohlicher als für jedes andere Land geworden. Eine Unmenge Schiffsraum hat aufgelegt werden müssen, und insbesondere die staatliche Handelsflotte des „Shipping Board" mußte, um die schlimmsten Gefahren von den privaten Reedereien abzuwenden, in größtem Umfang stillgelegt oder verkauft werden; ebenso mußten die meisten der im Kriege massenhaft neugegründeten Werften geschlossen und selbst abgebrochen werden, und der vereinsstaatliche Schiffbau weist heut nur etwa $^1/_{10}$ des Umfanges auf, den er noch vor 1½ Jahren hatte.

Diese höchst bedrohliche Lage hat nun in den Vereinigten Staaten eine machtvolle Strömung hervorgerufen, die letzten Schranken der protektionistischen Schiffahrtspolitik niederzureißen und, ohne Rücksicht auf die in England ausgelösten Empfindungen, in Hemdsärmeln allen anderen Schiffahrtsnationen gegenüberzutreten. Diese Bewegung findet nicht nur im Senat eine kräftige Stütze, sondern selbst der neue Vorsitzende des „Shipping Board", Lasker, also der oberste staatliche Beamte der Handelsschiffahrt, hat letzthin dem Präsidenten Harding ausdrücklich empfohlen, alle Rücksichten auf andere Nationen fahren zu lassen und die vorläufig außer Kraft gesetzten Artikel der Jones Bill rückhaltlos in voller Schärfe zur Anwendung zu bringen. Gegen welche Nation sich diese Strömung in erster Linie richtet, ist nicht wohl zu verkennen, und des Telegraphenbüros Reuter übliche verlogene Stimmungsmache, daß der Wettbewerb — ausgerechnet! — der seit Versailles völlig verkrüppelten deutschen Handelsflotte

Digitized by Google

durch die amerikanischen Maßnahmen hintangehalten werden soll, dürfte überall, selbst in England, als das bewertet werden, was sie ist: ein Verlegenheitsmanöver, das für eine angekündigte Ohrfeige einen anderen Adressaten ausfindig zu machen strebt, um nicht sogleich selbst in Konflikt mit dem robusten Hemdsärmelträger zu kommen.

Wieviel die Amerikaner mit ihrer Rücksichtslosigkeit schon jetzt erreicht haben, geht u. a. daraus hervor, daß der amerikanische Außenhandel zur See, der 1913/14 nur zu 8—9% auf eigenen Schiffen sich abspielte, im Fiskaljahr (1. Juli bis 30. Juni) 1920/21 in der Ausfuhr zu 39%, in der Einfuhr gar zu 72% und in der Gesamttonnage von 96 084 582 t zu 52% sich amerikanischer Fahrzeuge bediente. Das genügt aber den Wirtschaftsimperialisten unter den Yankees bei weitem noch nicht; sie ersinnen daher immer neue Vorschläge, wie man die fremde Schiffahrt zurückdrängen kann, unter der natürlich die englische die weitaus erste Rolle spielt.

So meldeten die „Times" vor einigen Wochen, der Vorsitzende des amerikanischen Shipping Board, Lasker, habe dem Präsidenten Harding empfohlen, fremde Schiffe, die nicht aus einem heimischen Hafen, sondern aus einem fremden im „indirekten Verkehr" Güter nach den Vereinigten Staaten brächten, mit einem Extrazoll von 10%, genannt discriminatory duty, zu belasten. Es wäre dies also, wenn auch in zeitgemäß gemilderter Form, eine einfache Kopie der Cromwellschen Navigationsakte. Die Maßregel würde, wenn sie zur Anwendung gelangt, weitaus am stärksten die englische Schiffahrt schädigen, freilich auch die japanische und skandinavische nicht wenig. Gesellt sich nun dazu noch die Vorzugsbehandlung der auf amerikanischen Fahrzeugen eingeführten Waren durch die Eisenbahnen des Landes gemäß Art. 28 der Jones Bill, so ist es klar, daß seitens der amerikanischen Politiker eine Begünstigung der nationalen Schiffahrt in einem Ausmaß angestrebt wird, wie es in unseren Tagen der weltwirtschaftlichen Beziehungen durchaus beispiellos ist. Senator Jones, der wichtigste Vater des nach ihm benannten Schiffahrtsgesetzes, ist zugleich der Hauptwortführer, der die rücksichtsloseste Anwendung und Durchführung des fraglichen Gesetzes empfiehlt. Erst kürzlich hat er, unterstützt von der „Merchant Marine Association", die sofortige Einführung der Eisenbahnvorzugstarife gemäß Art. 28 wieder nachdrücklich gefordert. Dieses Verlangen erscheint selbst dem sonst nicht eben zartfühlenden Herrn Lasker zur Zeit unzweckmäßig; da die Einführung der Eisenbahntarife ohne jeden Zweifel Gegenmaßregeln in anderen Staaten hervorrufen würde, die sich schon jetzt bemerkbar machen. Präsident Harding, der die Entscheidung in der Hand hat, zögert bisher noch, eine endgültige Verfügung zu treffen, und wünscht offensichtlich, zunächst einmal abzuwarten, welchen Verlauf die Washingtoner Abrüstungskonferenz nehmen und welches Ergebnis sie haben wird.

Digitized by Google

Die Reibungsflächen zwischen britischen und amerikanischen Schiffahrtsinteressen sind also ohnehin nicht klein. Nun gesellen sich aber noch zwei weitere Differenzpunkte hinzu, die zum Panamakanal in Beziehung stehen. Die Frage der Durchfahrt der vereinsstaatlichen Schiffahrt durch den Kanal hat schon vor seiner Eröffnung, im Sommer 1912, einmal Veranlassung zu einem nicht ganz einfachen Konflikt zwischen England und den Vereinigten Staaten gegeben. Die Amerikaner wünschten in dem mit ihrem Gelde gebauten staatlichen Kanal die eigene Schiffahrt nach ihrem Gutdünken zu behandeln und planten daher, ihr alle Kanalabgaben zu erlassen, die von fremden Schiffen gefordert wurden, insbesondere die Durchfahrtsgebühr von $1^1/_4$ $ je t. Gegen diese Absicht erhob aber die englische Regierung Einspruch, unter Hinweis darauf, daß in dem zwischen England und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Hay-Pauncefote-Vertrage vom 18. November 1901 ausdrücklich zugesichert worden war, alle Schiffe sollten im künftigen Kanal der Vereinigten Staaten unbedingt paritätisch behandelt werden. Die Vereinigten Staaten aber erklärten, daß sie zwar durchaus nicht die Absicht hätten, gegen den Vertrag zu verstoßen, daß jedoch ihre „Küstenschiffahrt" grundsätzlich von allen Abgaben befreit sei. Unter Küstenschiffahrt versteht man den Seeverkehr zwischen zwei Häfen des Heimatlandes, der sich naturgemäß in der Regel in der Nähe der territorialen Küstengewässer zu bewegen pflegt. Jetzt aber gaben die Vereinigten Staaten dem Begriff eine ganz neuartige Auslegung, indem sie auch die ausgesprochene Hochseeschiffahrt zwischen der Ost- und der Westküste ihres Landes, etwa zwischen New York und San Francisco, ja, selbst zwischen New York und Honolulu oder gar Manila als Küstenschiffahrt bezeichneten und demgemäß von allen Abgaben in territorialen Gewässern, d. h. aber auch von den Durchfahrtsgebühren im Panamakanal, befreien wollten. Diese Spitzfindigkeit wollten die Engländer nicht gelten lassen. Der 1912er Konflikt wurde damals vertagt, und infolge des Weltkrieges ist eine Einigung über die vor neun Jahren zutage getretenen Gegensätze bis heut nicht erzielt worden.

Eben dieser Gegensatz ist nun in letzter Zeit neuerdings zum Ausbruch gekommen, denn eine der vielen protektionistischen Maßregeln, die die Amerikaner zur Hebung und Begünstigung ihrer nationalen Hochseeschiffahrt jüngst wieder erdacht haben, ist auch die grundsätzliche Abgabenfreiheit ihrer nationalen „Küstenschiffahrt" im Kanal, die jetzt mit großem Nachdruck aufs neue gefordert wird. Auch hier hat Präsident Harding noch gezögert, eine endgültige Entscheidung zu treffen, solange die Konferenz in Washington tagt; daß er aber, wenn er seines Herzens Zug folgen darf, die Abgabenfreiheit je eher je lieber dekretieren wird, darf als erwiesen gelten.

Digitized by Google

Jedenfalls häufen sich in der Schiffahrtspolitik Amerikas die Unfreundlichkeiten gegen England, die zum Teil geradezu Herausforderungen sind, in einer solchen Weise, wie es das stolze Albion in den letzten hundert Jahren sonst nirgends erlebt hat. Die Sachen haben sich bereits so weit entwickelt, daß England zu gewissen Gegenmaßregeln greift, über die man wieder in den Vereinigten Staaten entrüstet ist. In Jamaika ist allen britischen und kanadischen Schiffen, die den Haupthafen Kingston anlaufen, Befreiung von den Tonnengeldern und sonstigen Hafengeldern zugestanden worden. Man will auf diese Art und Weise die nach dem Panamakanal gehenden und von dort kommenden Schiffe in größerer Zahl nach Jamaika ziehen. Die amerikanischen Reeder, die die betreffenden Vorteile nicht genießen, sehen in dem Vorgehen der Engländer ein „discriminatory duty" und bezeichnen sie sehr gereizt als „eine der zahlreichen Benachteiligungen, die die amerikanische Schiffahrt in allen Teilen der Welt erfährt". England aber beruft sich, wie immer, auf den Rechtszustand, und weist darauf hin, daß der mit den Vereinigten Staaten abgeschlossene, noch geltende Schiffahrtsvertrag von 1815 den amerikanischen Schiffen Gleichberechtigung mit den britischen zwar in allen Häfen des Vereinigten Königreichs, nicht aber in den britischen Besitzungen und Kolonien zugesichert habe. Die Folge dieser Auslegung wird möglichenfalls sein, daß die Amerikaner künftig auch nur die direkt von den Häfen des Vereinigten Königreichs kommenden britischen Schiffe von der Zahlung der oben erwähnten discriminatory duty befreien, daß sie aber den Verkehr englischer Fahrzeuge, die aus britischen Kolonien kommen, als einen „indirekten" bezeichnen und demgemäß mit jener empfindlichen Abgabe belasten werden.

Zu allen diesen Gegensätzen, die um so gefährlicher sind, als es sich dabei nicht um Meinungsverschiedenheiten über einen bestimmten Einzelfall, sondern um Differenzen grundsätzlicher Art handelt, die fortdauernd sich erneuern müssen, kommt nun als ein Faktor, der in den Vereinigten Staaten ganz besonders böses Blut gemacht hat, die Frage der ägyptischen Baumwollverschiffungen nach Amerika. Die in Aegypten erzeugte Baumwolle war bisher restlos von englischen Schiffen verfrachtet worden. Die Amerikaner wünschten nun einen beträchtlichen Teil ihrer seit langem beschäftigungslos liegenden Tonnage — allein von den 1400 Schiffen des Shipping Board waren vor kurzem rund 1000 aus der Fahrt gezogen — in diese ägyptischen Baumwollfahrten einzustellen und erboten sich, die Baumwolle von Alexandrien nach Nordamerika zu einem Satz zu verfrachten, der weit unter dem von den englischen Reedern geforderten Satz und überdies auch weit unter den Selbstkosten lag. Man wollte eben unter allen Umständen in das Geschäft hineinkommen, hatte aber die Rechnung ohne die englische Eifersucht gemacht. Alle Baumwollfrachten in Alexandrien werden von einer bestimmten Kommission vergeben, und in dieser Kommission

Digitized by Google

haben Engländer und Parteigänger der britischen Reeder die ausschlaggebende Stimme. Trotz der überaus verlockenden und vorteilhaften amerikanischen Offerte wurden daher die Baumwollfrachten der letzten Saison wieder ausschließlich englischen Schiffen überwiesen. Auch ein Angebot des staatlichen Shipping Board der Vereinigten Staaten wurde ignoriert. Das hat man in Amerika außerordentlich übelgenommen und sucht nun an anderen Stellen den Engländern wieder einen Streich zu spielen.

So gehen die Häkeleien hin und her und rufen wachsende Verstimmung hervor, die vorläufig ganz gewiß noch unbedenklich ist, die aber in Zukunft immer bedrohlicher werden kann, wenn man sich eben daran erinnert, wie empfindlich England gegen jeden Versuch ist, seine Seegeltung anzutasten. Eine rasche Gefahr ergibt sich daraus sicherlich nicht; aber wenn man bedenkt, daß nicht nur der letzte Weltkrieg und die ihm voraufgegangene zehnjährige „Einkreisung" durch die Eifersucht Englands auf den deutschen Mitbewerber entfesselt worden ist, sondern daß ebenso 100 Jahre zuvor der letzte englisch-amerikanische Krieg von 1812—1815 durch Streitigkeiten auf dem Gebiete der Handelsschiffahrt hervorgerufen wurde, so kann die Bedeutung und Bedrohlichkeit der sich rasch häufenden Eifersüchteleien der beiden heut führenden Seemächte aufeinander gewiß nicht unterschätzt werden, mag auch in den offiziellen Reden das herzliche Einvernehmen immer dicker unterstrichen werden und das kommende, neue Gewitter bislang nur erst hinter dem Horizont grollen. Und schließlich: Deutschlands Regierung war vor 1914 stets ein fast allzu liebenswürdiger Partner, ängstlich bemüht, dem Nachbarn aufs äußerste entgegenzukommen, seinen Wünschen gefällig zu sein und ihn bei guter Laune zu erhalten; die Yankee-Regierung dagegen ... — —

Ein König und sein Minister

— Eine mitternächtliche Unterhaltung —

(Nach der Aprilnummer der „Contemporary Review" 1890 übersetzt von Adolf E. Schwarz)

(Schluß.)

„Mein Herr", fuhr der Fürst, nachdem er es sich in seinem Stuhle bequem gemacht hatte, fort, „Seine Majestät hat einige nicht wieder gutzumachende Fehler begangen — Fehler, die so vom Mißgeschick verfolgt, einfach unverbesserlich sind. Gott möge uns beistehen! Dabei ist ihm obendrein ein schwerer Rechenfehler untergelaufen!"

„Von den Irrtümern hat er schon gehört, denke ich; aber welches ist der Rechenfehler?"

Digitized by Google

„Gut, möglicherweise irre ich mich hierin. Aber ich bilde mir ein — den Einwurf scheinbar gelten lassend — daß nichts den Kanzler veranlassen könnte, seine angesehene und mächtige Stellung im Staate aufzugeben. Ein skrupelloser Mensch möchte vielleicht so tun, aber, nachdem er eine so große Rolle gespielt, so hoch gestanden hat, beobachtend, beschließend, befehlend, als der stärkste Mann in Europa, wie man so sagt, würde er niemals ertragen können, dreinzuschauen, als ob er abgedankt und auf die Straße gejagt worden wäre, wie ein alter Hund, der öfter eine Fährte verliert als eine findet. Und, mein Herr", fuhr der Fürst fort und zeigte dem König ein versöhnliches Gesicht, „es wäre ein guter Kampf. Die Demütigung ist nicht so leicht durchzusetzen, und ich muß wohl sagen, daß der Kanzler fähig ist, sie zu fühlen, wenn auch nicht so sehr durch die Mittel, die der König sich ausgedacht hat. Die Berechnung ging damals dahin, der Minister werde gegebenenfalls sich für die paar Jahre, die ihm noch zu leben vergönnt seien, an den Schein von Autorität anklammern. Er werde lieber schmeichelnd seine Zustimmung zu Projekten und einer Politik geben, die nicht seinen Beifall finden konnte, als den Hinweis ertragen, daß er umgangen und entbehrlich geworden sei. Hier hat man sich verrechnet."

„In der Tat hat ja nach einer heutigen Unterredung der Kanzler beschlossen, auf seine Aemter zu verzichten."

„Endgültig, nach Berücksichtigung alles dessen, was sich ereignet hat, seitdem Seine Majestät die Regierung übernommen hat."

„Weil sein Herr, der jüngere und offenere Augen hat, in einem Ressort seinen eigenen Weg gehen zu müssen glaubt."

„In einem Ressort nur? Nein, weil sein Herr in jedem seine eigenen Ideen durchsetzen will. Doch kann nicht durch irgendeine Macht im Staate verhindert werden ....."

„Das niemals, solange ich lebe."

„— aber kann niemand überzeugt werden, ich will nicht behaupten, durch Männer, die die Geschäfte besser verstehen, aber durch das wiederholte Vorkommen handgreiflichen Irrtums?"

„Derart, wie er nach Ihrem Urteil jetzt im Begriff ist, einen zu begehen?"

„Wie er sich ereignete, als jene Rundreisen durch Europa unternommen wurden — lieber Gott, wenn ich nur daran denke! — und wieviel mal noch von da an bis zu diesem Schritt; es ist ebenso lächerlich wie gefährlich. Verzeihung, mein Herr — lächerlich! Man veröffentliche jene Erlasse, und es wird sich ein Lächeln auf dem Gesicht jedes europäischen Staatsmannes zeigen."

Digitized by Google

„Außer auf dem jenes Großen hier, der nichts damit zu tun hat."

„Es wäre gut, wenn dies die einzige Ausnahme wäre. Meinetwegen sage man auch, außer auf dem Gesicht jedes Staatsmannes der Allianz. Seine Majestät hat nun einmal recht kurzlebige Meinungen. Er denkt augenscheinlich über die Dinge nicht nach. Es herrscht da ein Mangel an Ueberlegungskraft, verbunden mit einem Uebermaß romantischer Ideen und was wirklich vorhanden ist, wird von seiner eigenen Persönlichkeit unterdrückt. Wenn er sie über jenes Bereich hinaus ausdehnen könnte, ausschicken nach Rußland in der einen, und nach Frankreich in der anderen Richtung, sowie nach Italien und Oesterreich, dann würde er sofort sehen, wie unsere Feinde und unsere Freunde dreinschauen werden, wenn sie diese wilden Erlasse, die der Kanzler sich weigerte, zu unterzeichnen, lesen."

„Die er aber doch wohl hoffentlich nicht hintertreiben will?"

Ohne von der Unterbrechung Notiz zu nehmen, fuhr der Minister fort:

„Vielleicht darf ich aber die Hilfe meiner Einbildungskraft anbieten. Der erste Eindruck wird auf jeden Fall der einer verblüffenden Bestürzung darüber sein, daß der Souverän dieses Landes sich plötzlich zum Freund und Beschützer der sozialen Revolution machen will. Nein, nein, nicht in Wirklichkeit natürlich; nur aus Klugheit, aus der Klugheit jenes Wirtes in einer der „Contes Drolatiques" heraus, der vom Wirt, dessen hübscher Frau und dem vom Raube lebenden Musketier, wo der Wirt, obwohl er mit dem Schwerte seiner Ahnen bewaffnet und deren Panzer versehen ist, nicht hinter dem Schenktisch im kritischen Augenblick hervorkommt. Sie wissen, was danach dem Wirte gegenüber dessen Frau äußert."

Der König war geradezu leidenschaftlich erregt, doch der Minister schien sich nicht darum zu kümmern.

„In Wirklichkeit sind zwar des Königs Beweggründe den Nachbarn von geringer Bedeutung; deren Scheuern brennen wahrscheinlich ebenso leicht, mit welcher tiefen Berechnung er auch immer sein eigenes Wohnhaus angesteckt haben mag. Sie mögen auch möglicherweise in Betracht ziehen, daß Seine Majestät entweder es weiß oder auch nicht, daß nichts als ein Strohhof ein Gehöft mit dem anderen verbindet, und daß, wenn er dies weiß, was nach seiner Stellung und seiner Erziehung angenommen werden muß, es etwas zu viel ist, daß er ohne vorherige Beratung mit den Nachbarn seine historisch-philosophischen Scheiterhaufen anzündet. Es wird erzählt, Majestät stünde sich mit keinem seiner Nachbarn gut, man halte sich abseits von ihm, in beunruhigter Neugier, seitdem er vor einiger Zeit seine Besuche gemacht habe. Majestät mag sich darauf verlassen, daß mindestens einer von ihnen im Nordosten hiernach auf sie wie auf einen allgemeinen Brandstifter — vielleicht sogar wie auf einen, der zu gefährlich,

Digitized by Google

ist, um allein gelassen werden zu können — herabsehen wird. Wie es nun auch sein mag, Alexander geht niemals ins Ausland, ohne Funken aus den feuergefährlichen Stoffen aufzuwirbeln, die über sein Besitztum verstreut sind. Wenn er aber eine Weiterverbreitung des Feuers fürchtet, wird er von den Argumenten des Professors Struwelpeter nicht gerade sehr befriedigt sein. Seine Majestät glaubt, dies sei nebensächlich, doch er mag sich versichern lassen, daß dies keine Kleinigkeit ist."

„Aber habe ich nicht gehört, daß nach des Kanzlers Meinung Alexander auf Jahre hinaus nichts veranlassen kann, seine beobachtende Haltung aufzugeben?"

„Darauf habe ich dreierlei zu erwidern. Der Kanzler sah nicht das Undenkbare voraus, er hätte sonst nicht annehmen können, daß sich Alexander beim Brand im eigenen Haus nicht bewegen würde, und natürlich meinte er nicht Enthaltung von diplomatischer Geschäftigkeit, die man ebenso beleben wie unwirksam machen kann. Doch lassen Sie uns zu dem, was der König zu tun im Begriff ist, einen allgemeinen Standpunkt einnehmen, wenn er sich auch durch keine Macht der Welt davon abbringen lassen wird. Er hat das Wort gesprochen, es zurückzunehmen, würde ihn der Beschämung und der Einschüchterung durch seine Minister aussetzen. Freund und Feind werden gleichbeunruhigt sein, wenn jene Erlasse veröffentlicht werden, aber während sich ein tiefer Ernst auf den Gesichtern der einen — der Freunde, der Verbündeten naturgemäß — zeigen wird, werden Sie bei den andern ein Lächeln folgen sehen, das die Romanschreiber als ‚zweideutig' bezeichnen würden."

Doch auf des Fürsten Zügen zeigte sich kein Lächeln, als er dies sagte, sondern ein Blick wirklicher Angst, doch eiligst verjagt von etwas anderem, von fürchterlicher Wildheit. Es ist bezeichnend, daß der König mit Vergnügen diese Zeichen innerer Bewegtheit sah.

„Denn natürlich werden unsere Feinde", fuhr der Fürst fort, „in diesen Randolphischen Einfällen des Königs (Ew. Majestät ist ein Kenner der englischen Politik, und wir haben auch neulich von jenem jungen Mann gesprochen) — unsere Feinde werden in diesen wirklich Randolphischen Launen viel finden, das sie vergnüglich, aber auch vieles, das sie sehr mißmutig machen wird. Sie sind ein Signal. Es ist nicht notwendig, daß die Aufregungen, die hier ausgeheckt werden, weit über die Grenzen hinausreichen oder sie sehr beträchtlich beschädigen werden, doch wie erfreulich ist der Anblick, dieses „prahlerische Königreich" [bully kingdom] (ein ausgezeichnetes amerikanisches Wort) in Verzweiflung gebracht zu sehen, durch seine eigenen Herrscher und noch dazu, bevor es in seinen Grundlagen wohl verankert ist. Ich sehe Alexanders Geschäftsführer bei der Vorausahnung dieses Scherzes grinsen. Doch ist das schon alles?"

Digitized by Google

„Erwarten Sie darauf von mir eine Antwort?“

„Beim Himmel, ich wünschte, Sie würden mir die Antwort geben: „Ich wünschte bei alledem doch ein größeres Vertrauen darauf, daß der König wenigstens einen Schimmer von der Tragweite dessen hat, was er zu unternehmen im Begriff steht, doch ich sollte von der unangenehmen Pflicht befreit sein, die Frage selbst zu beantworten.“

„Ihre zarte Rücksichtnahme wird immer gewürdigt werden, Fürst, doch an diesem Abend ist sie besonders eindrucksvoll.“

„Eindrucksvoll soll sie auch sein, wenn irgend möglich. Doch das ist nicht alles. Geben Sie mir ein Glas aus irgendeinem Faß, und ich will Ihnen sagen, was es bis auf den Grund enthält.“ „Da ist noch mehr, wo dieses herkommt,“ sagt Alexanders Oberkanzlist zu seinem Herrn. „Ich hatte vor einiger Zeit eine Unterredung mit dem Anstifter‘ sagt Alexander zu jenem.“

Der König schäumte vor Wut und Verdruß. „Wenn Sie sich so erkühnen“, sagte er, „muß ich Sie auffordern, hier Schluß zu machen.“

„Sie sollten mich anhören, Herr, und wenn Sie mir jetzt meine Bitterkeit nicht verzeihen, so werden Sie es, wenn Sie daran teilhaben. Doch, um ganz offen zu sein, die Erkenntnis, die aus diesen Vorgängen kommen muß, ist, daß sich dies Land nicht in geschickten Händen befindet, nicht mehr in glücklichen und sicheren Händen. Es ist in der Gewalt ungestümer, romantischer und selbstherrlicher Impulsivität, die nicht allein zu unberechenbaren Wendungen und Ueberraschungen, sondern selbst dazu fähig ist, in einem Augenblick ungeheuren Irrtums, sich bloßzustellen. Das läßt sich heute zwar erst ahnen, doch von morgen ab wird es unmöglich sein, daran zu zweifeln. Der König weiß es, oder sollte es zum mindesten wissen, daß seine Verbündeten heute weniger glücklich und weniger gefestigt ihren inneren Angelegenheiten gegenüberstehen als vor zwei Jahren. Wie werden sie dreinschauen, wenn sie sehen, wie eine feste Voraussicht und Stetigkeit zu einem Wirrwarr von Ungewißheiten verblaßt, das sich ergeben wird, sobald diese wunderlichen Sozialistenpläne herauskommen? Aber so oft wie unsere Verbündeten über ihre eigenen Füße stolpern, werden unsere Feinde die Köpfe erheben und lachen. Doch ist das nun alles? Wir haben so weit in die Ferne geschaut, was ergibt sich, wenn wir uns einmal daheim umsehen?“

„Richtig, sehen wir uns auch einmal im eigenen Lande um.“

„Auch hier sind wir in Abhängigkeiten.“

„Ich denke nicht.“

„Es ist für manche von uns natürlich, das zu vergessen, aber andere werden an diese Tatsache erinnert werden, sobald sich der Vorhang vor

Digitized by Google

dieser Bühne hebt. Zuerst unsere Freunde im Ausland, dann aber auch unsere dortigen Feinde. Wahrlich, die letzteren haben bisher dieser Abhängigkeit einen lächerlich wichtigen Platz in ihren Berechnungen eingeräumt, sahen Möglichkeiten eines Bruches des föderativen Königreiches, wo sie ganz undenkbar sind. Aber jetzt ist da ein drittes zu beachten, oder vielmehr, wird bald zu beachten sein. Der Partikularismus wird bald ziemlich scharf von seiten der Führer jedes der unabhängigen Staaten des Bundes gepflegt werden und ihr Volk ist nun einmal zunächst ihr Volk, ohne besondere Liebe zu den Blitzenbergs. Das jedoch wird nicht von Wichtigkeit sein, wenn, während der Fortgang der Ereignisse weiter beunruhigt, Verdrießlichkeit nicht zum Groll und Groll nicht zu Empörung wird."

„Ein Popanz", rief der König aus, indem er seine Hand nach dem Schwerte ausstreckte, das er immer bei sich oder in seiner Nähe zu haben pflegte, und es stolz berührte. „Das Schreckgespenst ist einem Manne von seiner Herkunft unwürdig, Fürst. Da zeigt sich wieder das, was ich beklagen muß: Sie wollen mich wie einen jugendlich Unerfahrenen behandeln."

„Das sind Sie nun einmal und werden Sie auch immer bleiben", sagte der Minister strahlenden Auges, doch mit einem außerordentlichen Aufwand von Höflichkeit zügelte er sich, seine Gedanken in Worten auszudrücken. „Doch das ist so etwas, was die Bande der Einheit, zu der soviel Blut als Kitt verspritzt werden mußte, lockern kann", sagte er.

„Jawohl, dessen Blut soll verspritzt werden, der auch nur einen Schritt wagt, nur ein Wort äußert, um jene Bande zu lösen."

Diese Worte waren mit einem Schwelgen in Stolz und Entschlossenheit gesprochen worden, doch es war eine ungeschickte Rede und in dem Augenblick, wo der König sie hielt, war ihm ganz heiß vor Verwirrung und Kummer. Aber der Fürst war edelmütig und murmelte: „absit omen" in seinen Bart. Nichtsdestoweniger verfiel er sogleich in ein vielsagendes, nur teilweise diplomatisches Schweigen. Vor seinem inneren Auge erhob sich wieder jene tragische Szene, die sich zwischen ihnen in den letzten Tagen mehr als einmal abgespielt hatte und wieder schlug sie die Aufmerksamkeit eines Geistes in ihren Bann, der wie der jedes großen Staatsmannes im höchsten Grade phantasiereich war, was etwas von phantastisch sehr zu unterscheidendes ist. Darum verstehen wir jetzt dieses Versunkensein, das unwiderstehlich die Neugier herausfordert; die letzten Worte, die zwischen diesen beiden Personen gesprochen wurden, gaben dem tödlichen Schweigen des alten Mannes Bedeutung. Es beunruhigte den jüngeren mehr als ihm lieb war, nach einer kurzen Weile, noch immer im Widerstreit mit sich selbst, sagte er: „Und nun sind Sie wohl fertig, Fürst, oder denken sie nur nach ...."

Digitized by Google

„Ich bin noch nicht ganz zu Ende, aber zunächst sollen Sie einmal wissen, was ich in diesem Augenblick dachte", erwiderte der Minister, als ob er sich langsam von einem schweren Traum befreite. „Mir kam bei dem Bilde, das mir meine Phantasie ausmalte, der Gedanke, daß eine Revolution nicht immer so wählerisch behandelt, so erfolgreich genährt, geschult, diszipliniert werden kann, daß sie nicht dem Wahnsinn verfällt und ihre besten Freunde ermordet. Es gibt historische Belege dafür, und ich hoffe, Seine Majestät hat nicht versäumt, sie sich anzusehen."

Jetzt begann der König den Raum mit schweren Schritten zu durchschreiten und rief: „Sie Unglücksrabe! Was ist das wieder für ein abgedroschenes Lied! Wort und Musik von Metternich! Und vor mir, dem Blitzenberg gesungen, einem Blitzenberg von Fleisch und Blut, Herz und Hirn!"

Bei diesem Ausruf seufzte der Minister in seinem Innern.

„Großer Himmel", sagte er zu sich selbst, „und für diesen starb sein Vater!" Dann murmelte er, dem König hörbar, in einem leisen, nachsinnenden Ton: „Metternich! Metternich!" Dann sagte er laut, während er seine Kopfbedeckung ergriff, um zu gehen: „Sie erinnern mich daran, mein Herr, daß ich mein letztes Wort zu sagen habe, und das soll folgendes sein: Ich hatte nicht geglaubt, daß Seine Majestät den Kanzler des Reiches davonjagen, verkleinern und absetzen könnte, ohne irgendwelche Folgen befürchten zu müssen. Das vollkommenste und festbegründetste Vertrauen auf eine höhere Weisheit und Macht sollte nicht ein solches Tun rechtfertigen, denn, wenn auch der Vorrang vorhanden sein mag, wie wir ja gegenwärtig sehen — kein Mensch in diesem und außerhalb dieses Landes glaubt mehr daran."

„Nein?" fragte der König, während er hochmütig seinen Kopf hob.

„Nein, und was noch mehr bedeutet, es hat niemand irgendeine Veranlassung dazu, daran zu glauben! Erlauben Sie mir, hinzuzufügen, daß die Freude am Staat in jeder Hinsicht leiden muß, wenn die höchsten, erprobtesten und treuesten Diener des ganzen Landes ein Nichts sind gegenüber einem Strich mit dem roten, obendrein von China geborgten, Stift. Doch nun will ich mit Erlaubnis Ew. Majestät Abschied nehmen."

„Sie waren sehr aufrichtig; wie immer", sagte der König und umklammerte dabei fest das Buch in seiner Tasche. „Doch nun hören Sie auch bitte ein paar offene Worte von mir an, Fürst", und hierbei erhob sich Seine Majestät und sah den Minister stolz an, „Sie sind ein großer Mann, und dem Manne, der so treu meinem Hause gedient hat, schulde ich die höchste Dankbarkeit. Ich sehe in Ihnen eine große historische Persönlichkeit, doch — sie sind schon Geschichte geworden."

„Ew. Majestät sollen dasselbe in der letzten Woche mit genau denselben Worten gesagt haben. Ich hörte damals davon!"

Digitized by Google

„Nun, ich hoffe, Sie damit nicht erzürnt zu haben, doch jetzt hören Sie: Ich bin der König, ich bin der Herr, ich bin die neue Zeit. Sie sehen nicht mit meinen Augen und ich nicht mit den Ihrigen, nein, auf keinen Fall, wenigstens in den Dingen nicht, die wir in letzter Zeit erörterten. Wenn Sie mir darin nicht zu folgen vermögen, dann erwarten Sie nicht etwa, mich bekehren zu können. Wo Sie Unbesonnenheit und Wahnsinn, ja sogar, wenn ich recht begreife, Vernichtung sehen, kann ich nichts als kecke, kühne Weisheit und das Werk einer noch glänzenderen Zukunft wahrnehmen nach der — zweifellos Ihnen zu verdankenden — großen Vergangenheit. Es ist ein neues Zeitalter angebrochen! Mein Reich steht in der Blüte seiner Jugend! Auch ich bin noch jung und will darum Führer sein! Früher waren Volk und König eins, nun sollen sie es wieder werden, ohne einen irgendwie gearteten Vermittler. Verstehen Sie mich wohl. Und was meine gegenwärtigen Pläne anbetrifft —"

„Darf ich nach dem Tage von deren Entstehung fragen?"

„Sie stammen aus meiner ersten Jugend."

„Verzeihung, Sire, ich meine das Alter Ew. Pläne, Wölfe in Schafskleider zu wickeln und Sie mit Ew. Majestät Hammel bei Pfeifen- und Trommelklang auf die grüne Weide zu treiben? Wie viele Tage sind diese Pläne alt? Geben Sie ihnen doch den rechten Namen: es sind impulsive Einfälle!"

„Wie Sie wollen, das ist ganz gleichgültig. Es gibt eine Stimme, die mir sagt, daß der Genius und die Tapferkeit meines Hauses in ihnen ist, und darum sollen sie befolgt werden. Wo Sie eben Gefahr sehen, sehe ich Sicherheit, — Macht! Das Haupt und die Hoffnung der Völker ist der Herr von Europa!"

Der Fürst war gewiß nicht furchtsam, doch jetzt fuhr er zusammen.

„Erlauben Sie mir, zu verstehen", sagte er, als der König sich stolz auf seinen Absätzen drehte, um in einer anderen Richtung durch das Zimmer zu schreiten. „Das Haupt und die Hoffnung der Völker wird der Herr von Europa sein! Der Völker!"

Der König lachte zwar laut, doch ziemlich nervös. „Ja, mein kluger, alter Ratgeber. Prüfen Sie die Zeichen der Zeit und verstehen Sie, daß dies eins ist. Wenn er sich so zur Gegenwart einstellt, wird er bei jeder Nation, ob freundlich oder feindlich, eine Anhängerschar für sich haben. Was sagen Sie nun?"

„Wieder der Einfluß Struwelpeters! Eine wohlgesinnte Schar in jeder fremden schmutzigen Gasse? Was ist das wieder für eine eigenartige

Digitized by Google

Einbildung. [illegible] Napoleon der [illegible] Rolle, doch — [illegible]

Der Minister [illegible] ihr näher war, [illegible] gleich. Endlich sagte er: „[illegible]"

„Meine Aufgabe [illegible] Dienst vorzubereiten. [illegible] lich sein, vielleicht [illegible] trauen, daß Sie mich [illegible]" sagte der König [illegible]

„Das müssen wir bedenken", sagte der [illegible] natürlich Verschwiegenheit. [illegible]"

„Gewiß, doch niemand [illegible] Vertrauen zu diesen [illegible]

Der König verneigte sich, der Minister ebenfalls — [illegible] Unterredung war zu Ende.

Als der Fürst [illegible] ging der König ebenso [illegible] zu den [illegible] der [illegible] Drei. Aber das Gefühl der [illegible], das [illegible] schien erschüttert. [illegible] war der König wieder Herr seiner selbst.

Buchbesprechung

Kurd von Schlözer. Petersburger Briefe 1857—1862. **Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart und Berlin.** 303 S. Geb. 40.— M.

1857 fand der junge Historiker seine erste diplomatische Verwendung an der preußischen Gesandtschaft in Petersburg. Sein Großvater, der schwäbische Pfarrersohn, war ein paar Jahrzehnte vorher dort der Begründer der russischen Geschichtsschreibung geworden, der Vater und der Bruder waren mit dem politischen Boden der Newastadt verwachsen — so standen ihm, der selber eine Reihe von Untersuchungen über russische Geschichte bereits publiziert hatte, die Petersburger politische Salons offen. Er schreibt seinem Bruder von seinen Eindrücken und Erfahrungen von Menschen, Gesellschaften, wirtschaftlichen und politischen Ereignissen, von seinen wissenschaftlichen Studien, schreibt ihm als einen Menschen, dem die Persönlichkeiten und Probleme vertraut sind. Das gibt diesen Briefen ihren selten unmittelbaren Reiz. Dies Buch, das mit höchster Anschaulichkeit mitten in die „große Welt" Petersburgs versetzt, liest sich locker und amüsant, da der Schreiber, wie man weiß, höchsten Sinn für geistreiche und prägnante Formulierung besitzt; aber daneben leuchtet immer die große Geschichte herein: Nachwehen des Krimkrieges, erste große Eisenbahnbauten, Vorbereitung der Bauernbefreiung, der Krieg von 1859, Louis Napoleon, die politischen Wirrnisse in Berlin, dann kommt, 1859, Bismarck, um kaltgestellt zu werden, nach Petersburg. Die beiden Männer stehen sich in „offener Feindschaft" gegenüber, denn Schlözer will sich nicht vergewaltigen lassen. Bismarck ist unwirsch über ihn, aber die Tüchtigkeit seines Gehilfen, der sich nicht unterkriegen läßt, zwingt

Digitized by Google

ihn, Urteil und Beschwerde in Berlin zurückzunehmen. Schließlich wird ihr Verhältnis loyal und freundschaftlich. Die Schilderung Bismarcks, der nervös nach Taten hungert und sich mit seinem eigenen Lebensstil in Petersburg durchsetzt, ist höchst lebensvoll, kämpferisch und erregt — wenn Schlözer von den alten russischen Granden erzählt, etwa Nesselrode, führt seine Feder die Liebe des historischen Novellisten. Dies Buch voll Geist und Temperament, das einen Menschen zeigt und nebenher von der Nähe gesehene Geschichte lehrt, wird sich wie die früheren Briefbände aus Schlözers Nachlaß dankbare Freunde schaffen."

Deutsche Hochschule für Politik

Vorstand: Staatsminister Dr. Drews – Prof. Dr. Ernst Jäckh – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. F. Meinecke Geh. Hofrat Prof. Dr. Boperle, München – Staatssekretär a. D. Dr. Clemens von Delbrück Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hans Delbrück – Dr. Rudolf Hilferding – Dr. Siegfried von Kardorff Reichsminister Dr. Radbruch – Dr. Hans Roeseler – Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

Studienleiter: Dr. Theodor Heuß – Abteilungsleiter: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer – Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig – Wilhelm Heile – Direktor Hans Kraemer (Reichswirtschaftsrat) – Geh. Reg.-Rat Dr. Kühne – Prof. Dr. Rühlmann – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Sering

Die programmatischen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik sind als Broschüre

„Politische Bildung"

erschienen, enthaltend die Reden von Staatsminister Dr. Drews, Reichsminister Dr. Simons, Reichsminister Dr. Koch, Reichsminister Dr. Scholz, Ministerialrat Prof. Dr. Richter und Prof. Dr. Jäckh, sowie die Denkschrift über Organisation und Ziele der Hochschule für Politik. Dieses Buch (à 3 M) sowie Studienpläne (à 1 M) können vom Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Schluß der Redaktion Freitag mittag

Allen Zusendungen ist Rückporto beizufügen.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36 a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengesellschaft m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 45, Fernsprecher: Nollendorf 3584. Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66.

Digitized by Google

6. Jahrgang * 24. Dezember 1921 * Heft 52

Deutsche Politik

Wochenschrift für deutsche Welt- und Kulturpolitik

Herausgeber:

Ernst Jäckh * Paul Rohrbach * Philipp Stein

Politische Glossen

Die revolutionierende Bedeutung des Weltkriegs für England liegt in der Schwächung des Unterhauses. Als im Jahre 1911 die Budgetrechte des Oberhauses durch die Veto-Bill von Asquith zurückgedrängt wurden, war das „Haus der Gemeinen" in einer Entwicklung, die durch Jahrhunderte reicht, auf die Höhe seiner staatsrechtlichen Macht geführt. Die Teilnahme der Dominions am Weltkrieg, durch die das Mutterland gerettet wurde, hat die Stellung der parlamentarischen Kabinettsregierung gewaltig verschoben; jene erschienen und erscheinen als Teilhaber der britischen Weltmacht. Zwar ruht die Exekutive noch bei dem dem Unterhaus verantwortlichen Kabinett, aber das Parlament in London ist vielfach nur noch formaler Mandaterteiler an die Regierung. Denn die weltpolitischen Wünsche der Dominions sind aktiv geworden, und mit ihnen müssen nun Regierung nud Parlament rechnen. Die Regierung selber ist dadurch aus ihrer unmittelbaren Parteiabhängigkeit hinausgewachsen und der Heimat gegenüber freier geworden, aber dafür in größere, wenn zunächst auch lockere Bindungen geraten. Daß dieser Prozeß sich ohne Verfassungskämpfe, ohne eigentliche Machtproben vollzieht, daß in ihn die Lösung der irischen Frage hineingewoben werden konnte, ist ein Zeichen der politischen Instinktsicherheit des britischen Volkes.

*

Kapp will vor der Geschichte als ernsthafter Mann dastehen, so unernsthaft er sich benommen hat, als er selber Geschichte gestalten wollte — er träumt wohl, daß einmal die Legende ihn mit dem Ruhm des Vorläufers bekränzen wird, wenn glücklichere Hände das Werk der „Restauration" vollzogen haben. Seine „stillen Teilhaber" sind nicht so — gutgläubige Männer, die die Verfassung nicht stürzen wollten, wie ihr Führer, sondern sie retten. Der Oberreichsanwalt hat kräftige und männliche Worte gegen dies Versteckspiel vor dem Reichsgericht gefunden. Und es gibt auch sonst

Digitized by Google

unter den Anhängern des Kapp-Putsches Männer, die sich tief schämen über das Leipziger Schauspiel, da die Verschwörung zum Sturz der Regierung, da der Mißbrauch militärischer Gewalt sich umstilisieren will in eine harmlose vaterländische Bekenneraktion. Die Verhandlungen vor dem Reichsgericht haben keine wesentlichen neuen Züge zu den März-Vorgängen hinzugefügt, aber den verblassenden Heroenschimmer jener „Idealisten" vollends in ein unschönes, trübes Grau verwischt.

*

Im Wiener Nationalrat hat Dr. Straffner mit erfreulicher Energie den auch von deutschen Monarchisten betriebenen Plan einer Vereinigung Oesterreichs mit Bayern unter Loslösung vom Deutschen Reich als französisches Komplott abgelehnt. Er erklärte:

Nach dem Scheitern des Planes der Donauförderation taucht ein neues Projekt auf, das seinen Ursprung dort habe, wo unser größter Feind auf dem Kontinent sitze, nämlich in Frankreich. Die Franzosen planen, Deutschösterreich an einen süddeutschen Staat einzugliedern. Dieser Plan ist für uns unannehmbar. Wir werden nie gewillt sein, wenn es uns auch noch so schlecht gehen sollte, uns an ein süddeutsches, vom übrigen Deutschland getrenntes Staatsgebilde anzuschließen.

*

5:5:3:1,7:1,6 — so lautet die Formel von Washington für das Kräfteverhältnis der Flotten Amerikas, Englands, Japans, Frankreichs und Italiens. Dieses Gleichgewichtt soll 10 Jahre erhalten bleiben durch Einführung eines Bauverbotes. Unwillkürlich erinnert man sich daran, daß vor dem Kriege englischerseits der Vorschlag eines Baufeierjahres gemacht wurde. Leider vergeblich. Jetzt hat Hughes diesen Gedanken mit großer Energie aufgenommen und trotz japanischer Bedenken durchgesetzt. Auch hierbei könnte man sagen, auf Kosten Deutschlands, weil es Briand gelang, die Frage der Landabrüstung von der Debatte absetzen zu lassen. Solange aber in Europa die Frage der Größe der Landheere nicht geregelt sein wird, wird es Frankreich nebst seinem polnischen Vasallen möglich sein, sein Schwert in die Wagschale der politischen Diskussionen zu werfen. Dieser Zustand ist natürlich alles andere als ein ehrlicher Frieden. Selbst ein französisches Blatt erwägt den Gedanken, ob nicht eine Heeresverminderung und eine Verminderung der fremden Besatzung in Deutschland durch englische Garantie gegen einen „deutschen Angriff" ermöglicht werden könnte. Deutscherseits müßte der Gedanke einer englischen Garantie gegen einen deutschen Angriff lebhaft unterstützt werden, da wir wirklich andere Sorgen haben, als augenblicklich Krieg zu führen.

Digitized by Google

Zahlungsunfähigkeit

Von Dr. Theodor Heuß

17. Dezember.

Früher war einmal die Börse der Seismograph, an dem die politischen und wirtschaftlichen Bewegungen, die Kraft der Erschütterungen, als an einem sehr empfindlichen Instrument abgelesen werden konnten. Der Zustand gehört der Vergangenheit, der fein konstruierte Apparat ist kaputt, und seine Zuckungen sind eben nur der Ausdruck dafür, daß Wirtschaft und Politik selber ihre konstitutiven Kräfte eingebüßt haben. Das Hin und Her des Dollarkurses von Woche zu Woche, von Tag zu Tag verdirbt jede klare Bewertung der weltwirtschaftlichen Lage, ist aber selber nur das Widerspiel der katastrophalen Situation, in die die Weltwirtschaft durch Versailles und Ultimatum gekommen ist.

Daß die Regierung Dr. Wirth die Stundung der nächstfälligen Zahlungsverpflichtungen verlangt hat, mag ähnlich wie der Genfer Entscheid, als das Zugeständnis genommen werden, daß die „Politik der Erfüllung" an den gegebenen Grenzen tot zusammenbricht. Im Sommer hatte Rathenau die Erfüllbarkeit der feindlichen Forderungen ausgesprochen, mit so schwerer Not sie verbunden sein würde — jetzt, zu einem früheren Termin selbst als Keynes angenommen hatte, scheint das Ende erreicht. Die Erfüllung ist dann möglich, wenn man höchste Arbeitskraft, größte Sparsamkeit und ein halbwegs loyales Verhalten der Entente in der Besatzungsfrage annimmt, wenn man alle politischen und psychologischen Störungen wegrechnet und in der Aufstellung der Rechnungsposten vernachlässigt. Sie zerbröselt und zerfließt, wenn man die Zwangsläufigkeit der Inflation (Beamtengehälter), den Egoismus der Wirtschaftskreise und die unsichere Haltung der Parteien zu den Finanzproblemen als gegeben hinnimmt.

An ihrem Ende scheint aber auch die Politik des Ultimatums angekommen. Die deutsche Note an die Reparationskommission ist letztlich von der Londoner City diktiert. Wohl weiß die Entente, daß Deutschland, um bezahlen zu können, eines internationalen Kredits bedürftig ist, aber ihre wichtigsten Finanzkreise halten einen mit politischen Quälereien und unmöglichen Forderungen belasteten Schuldner nicht als kreditwürdig. Und sie sprachen das auch aus — Havenstein ist das Aufnahmeorgan ihrer Auffassung, Wirth das Sprachrohr. Der hatte vor ein paar Wochen der Reparationskommission nahegelegt, Deutschland bei diesem Kreditsuchen zu unterstützen, aber es war eine vergebliche Bitte. Die englische Vertretung hatte sich bei dem Berliner Besuch zurückgehalten, so gut wie die belgische, und der Franzose Dubois beherrschte die Situation. Hat Sir John Bradbury jetzt auf dem Umweg über die Londoner Bank-

Digitized by Google

leute die Sprache wiedergefunden, die er in Berlin verloren: nämlich daß er das Weitertreiben der gegenwärtigen Politik für eine unfruchtbare Sache, für eine wirtschaftliche Unmöglichkeit hält? Die offiziösen Blätter Londons sind von der deutschen Note „nicht überrascht", die Regierung selber lehnt durch Reuter ab, eine Meinung von sich zu geben. Das ist verständlich. Aber man darf annehmen, daß die englischen Finanzmänner, die das Londoner Ultimatum in wohlverwahrten Worten kritisierten, dies nicht ganz ohne Verbindung mit ihrer Regierung getan haben. Sie stehen zwar, in Anbetracht der englischen Arbeitslosigkeit, schon längere Zeit skeptisch zur Politik des Kabinetts, haben sie aber immer in der sachlichen Entscheidung loyal unterstützt. Haben sie im Auftrage oder Einverständnis mit Lloyd George den Ball nach Deutschland fliegen lassen, den wir nun weitergeworfen haben? Fast kann man es annehmen. Lloyd George, der um Auskünfte nie verlegenen Mann, wird das wenig stören, wenn man ihm sagt: tua culpa, tua maxima culpa! Dein Name deckt den Akt, der das Elend in Europa heimisch gemacht hat. Er wird mit seiner blühenden Sprachkraft rasch die Formel finden, mit der er, für ein paar Wochen, der Welt als Retter erscheint. Diese Geste hat er seit Versailles geübt. Das, was nachher kommt, wird seine eigene Lösung finden.

Wir haben die verschiedenen Fahrten nach London mit Skepsis begleitet und bedauert, daß sich deutsche Hoffnungen auf ein „Moratorium" der Zahlung stützten. Englands Presse hat diesen Gedanken eine Zeitlang gepflegt, und das ist vorübergehend der Mark gut bekommen. Wenn sich die Mark erholt, machen die deutschen Spekulanten unglückliche Gesichter, aber die City steckt selber voll Mark und hat ein Interesse daran, wenn die nicht ins Uferlose rutscht. Doch wie dem sei – ob Unsicherheit des Zieles, ob bewußte Spekulation hinter dem wechselvollen Springbrunnenspiel der Geldwerte in den letzten Wochen steht, mit einem „Moratorium" ist Deuschlandd nicht viel gedient. Es könnte eine vorübergehende Stabilisierung der Währung herbeiführen, die für unsere inneren Spannungen, Preise, Löhne, Gehälter, wohltätig wirken sollte, aber es müßte diese Wirkung nicht haben, und würde schließlich nur die Devisenspekulation zur Technik längerer Fristen erziehen. Die erträglichere Lage für Deutschland wird nur durch einen grundsätzlichen Abbau der Londoner Frühjahrsbedingungen eingeleitet werden.

Darüber müssen die kommenden Wochen einige Klarheit bringen. Wenn die englischen Staatsmänner davon sprechen, daß ihr Reich bereit sei, zur endgültigen Befriedung der Welt selbst „Opfer" zu bringen, so tut man gut, dieses Wort aller moralischen Atmosphäre zu entkleiden. Wenn England, das zwar selber Schuldner, aber in noch höherem Maße Gläubiger ist, die Hirne der Menschen mit dem Gedanken beschäftigt,

Digitized by Google

daß es auf einige seiner Forderungen zu verzichten bereit sei, (wenn auch die anderen dabei irgendwie mittun), so ist das weder ein moralischer noch politischer Akt, sondern eine geschäftliche Transaktion, eine innere Abschreibung, wie sie jedes gescheite Kreditinstitut von Zeit zu Zeit faulen Gläubigern gegenüber tut. Das unternimmt man, um in der eigenen Liquidität sicherer zu sein. Für uns ist daran wertvoll, bevor wir die Ergebnisse sehen, nur das so oft schon wiederholte Eingeständnis, daß die politische Technik von Versailles und London in den eigenen Fesseln sich verstrickt. Bis das zur allgemeinen politischen Auswirkung kommt, kann es freilich lange genug dauern.

Offenbar kümmert sich die Entente auch jetzt angelegentlicher um den deutschen Etat. So ist die Mahnung des Reichskanzlers zu verstehen, daß die Erledigung der Steuervorlagen, des Post- und Eisenbahnetats die dringlichste außenpolitische Aufgabe des Reichstages sei. Damit, daß er die inneren Fragen den außenpolitischen Notwendigkeiten unterwirft, kann man ganz einverstanden sein — aber ist seine Mahnung nicht die Form, in der eigene Versäumnisse verschleiert werden? Die Erhöhung der Taxen im Verkehrswesen, die Verdoppelung oder Verdreifachung der Abgaben bei der Umsatzsteuer — das ist kein finanzpolitisches Kunststück. Aber die Finanzverwaltung für die direkten Steuern in Gang zu bringen. Hier liegt der Kern der staatsmännischen Aufgaben. Das Herumkorrigieren an den Positionen für die Einkommensteuer ist die Folge der Geldentwertung — sie müssen diese, jene Aenderung erfahren. Wichtiger aber ist, daß überhaupt das Geld eingezogen wird, denn der Staat, der Jahr und Tag zuwartet, bekommt selber immer schlechteres Geld. Manche halten das für ganz gut und glücklich, tatsächlich aber verdirbt dieser Zustand den Finanzapparat und ermuntert die Entente, mit der Finanzkontrolle zu spielen. Diese wird nicht kommen, denn sie ist in einem Staate wie dem deutschen eine sachliche Unmöglichkeit, aber ihre ewige Drohung wird zur ewigen Schwächung unseres Staatsgefühls.

Frankreich und England im nahen Orient

Von Dr. Pröbster

Am 15. Juni hatte Winston Churchill bei Einbringung von Nachtragskrediten für den mittleren Osten im Unterhaus auf die Notwendigkeit der Einschränkung der Ausgaben für Mesopotamien und Palästina hingewiesen und weitere beträchtliche Verminderungen der dort stehenden Truppenmacht in Aussicht gestellt, wenn eine Reihe von Vorbedingungen eintreten würden, als deren wichtigste er die Herstellung

Digitized by Google

eines völligen Einvernehmens zwischen Großbritannien und Frankreich im mittleren Osten bezeichnete. Die „Times" beanstandeten an den Ausführungen des Ministers namentlich, daß er auf die Beziehungen zu Frankreich erst am Ende und nicht schon am Anfang seiner Rede eingegangen sei. Sie vermißten den Hinweis auf das Vorliegen einer Verständigung mit Frankreich über die Kandidatur des Emir Faisal für den mesopotamischen Thron, dessen Begünstigung durch Großbritannien nach seiner Vertreibung aus Syrien durch Frankreich so für letzteres den Anschein einer Unfreundlichkeit haben müsse. Sie betonten die Schwierigkeiten, denen Faisals Herrschaft durch die Eifersucht angesehener Araberfamilien, die Feindschaft der Kurden, der kemalistischen Türken und der russischen Bolschewisten ausgesetzt sei.

„Wenn zu allen diesen Risikos noch die Reibung mit Frankreich weiter dauern soll, dann gibt es keine Hoffnung auf Frieden im Osten noch auf Ersparnisse. Für unsere Verpflichtungen im Mittleren Osten gibt es keine Grenze, bis wir uns mit Frankreich über eine umfassende Politik gegenüber Arabern und Türken geeinigt haben und entschlossen sind, sie durchzuführen".

Nach einem bekannten Schlagwort, das Lloyd George während des Weltkrieges geprägt hatte, sollen — Preußen und die Türkei weniger zwei Staaten als vielmehr zwei Heerlager darstellen, die mit Gewalt zwei ihnen stammesfremde Völker, das deutsche bzw. das arabische unterworfen und ihre Eigenart als slawisches bezw. turanisches Eroberervolk trotz aller Vermischung mit den Unterdrückten bewahrt hätten. Die wirklichen Gründe der Türkenfeindschaft Großbritanniens liegen selbstverständlich auf politischem Gebiet. Großbritannien will die augenblickliche Lage benutzen, um die orientalische Frage ein für allemal zu liquidieren. Diesem Zwecke scheint auch der vom anglo-amerikanischen Aufsichtsrat der protestantischen Missionen gefaßte Plan dienen zu sollen, demnächst in Konstantinopel unter Zuziehung griechisch-orthodoxer Patriarchen einen „Kongreß der christlichen Missionen für die Bekehrung des Islams" abzuhalten. Die Türkenfeindschaft Großbritanniens hat durch den Abschluß der Bündnisverträge zwischen Sowjetrußland und Angora, zwischen Sowjetrußland und Afghanistan neuen Anlaß erhalten. Dieser neue Dreibund, der gewissermaßen eine Vereinigung des revolutionären, religiösen und nationalistischen Fanatismus darstellt, richtet seine Spitze gegen England und Indien. Er ist das Werk Yusuf Kemals, des Führers der türkischen Abordnung auf dem asiatischen Kongreß in Baku im Herbst v. Js. und Nachfolgers Bekir Same Beys in der Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten von Angora. Yusuf Kemal vertritt die Auffassung, daß die Interessengemeinschaft der asiatischen Völker ihnen auf allen Gebieten eine enge Solidarität auferlege, und predigt seit geraumer Zeit den militärischen und wirtschaftlichen Kampf gegen den Westen.

Digitized by Google

Die Gründe der Türkenfreundschaft Frankreichs sind verschiedener Art. Bald wird angeführt, die Türkei werde eines Tages ihren Platz in den orientalischen Angelegenheiten wieder einnehmen, und Frankreich habe ein Interesse daran, dieser Tatsache zuerst Rechnung zu tragen. Bald bedarf Frankreich als mohammedanische Großmacht, um auf seine mohammedanischen Untertanen in Algerien, Tunesien, Marokko, Syrien usw. einwirken zu können, einer aufrechterhaltenen Türkei, einer wenn nicht starken, so doch lebensfähigen Türkei. Bald stellt die Türkei den einzigen widerstandsfähigen Damm gegen die allarabische Gefahr dar, mit der man neuerdings wieder zu operieren beginnt. Im übrigen nimmt man diese allarabische Gefahr unter französischen Auguren selbst nicht zu ernst. Man gesteht sogar zu, daß, nachdem die alltürkische Gefahr nicht mehr zugkräftig ist, gewisse Politiker und Militärs aus der allarabischen Gefahr Nutzen ziehen wollen. Jedenfalls müssen die wirklichen Gründe, die sich hinter diesen Vorwänden verbergen, ernsthaft genug sein, um den beträchtlichen Aufwand an Geld und Truppen zu rechtfertigen, den Frankreich auch im Budget für 1922 trotz des Abkommens mit Angora für die Levante macht. Außer den im Budget-Entwurf vorgesehenen 347 Mill. Fr. und 35 000 Mann wurde die Kammer um nachträgliche Bewilligung von 147 Mill. Fr. und 16 000 Mann für die Levante und von 30 Mill. Fr. für das Oberkommissariat Syrien und Cilicien angegangen. Die Nachforderung wurde mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten einer Verständigung mit Angora begründet, die — soweit die Wasserversorgung von Aleppo, die Euphratzone, der Schutz der Minderheiten in Frage kommt — noch nicht behoben seien.

Die französische Presse hat sich über die Unterstützung entrüstet, die den Griechen beim Vorgehen gegen Angora seitens der Engländer trotz aller Neutralitätsbeteuerungen gewährt wurde. (Benutzung der Dardanellen für Truppentransporte, Truppenlandungen im Marmarameer, Verwendung britischer Offiziere in der griechischen Armee.) In einer von der Opinion veröffentlichten und vielfach nachgedruckten Zuschrift einer Augenzeugin heißt es u. a.:

„Griechische Offiziere und mohammedanische Notabeln versichern, daß englische Verbindungsoffiziere die planmäßigen Zerstörungen leiten und sich überall in den Etappen befinden. Es giebt in Anatolien kein menschliches Wesen, das nicht überzeugt wäre, daß England die völlige Vernichtung der Türkei erstrebt. Das ist die wesentliche Tatsache, die den Rest beherrscht. Nur die zilizische Frage erscheint ebenso ernst. In den Augen ganz Anatoliens ist der griechische Gegner nur ein Strohmann, eine vorgeschobene Persönlichkeit. Die englische imperialistische Partie führt den Krieg und zieht uns im Schlepptau mit fort. Können wir unsere Handlungsfreiheit wieder erlangen? Für Angora heißt die Losung".

Griechische oder englische Meldungen über neue Zusammenstöße französischer Truppen mit den kemalistischen Türken werden, wenn nicht dementiert, so doch mit dem Zusatz wiedergegeben, sie möchten bald

Digitized by Google

widerlegt werden, oder sich als bedeutungslose lokale Zwischenfälle herausstellen. Gegen den geplanten „Kongreß christlicher Missionen zur Bekehrung des Islams", den man als eine unter dem Schutze eines britischen Geschwaders veranstaltete Feier des Zusammenbruchs des Kalifats hinstellt, wird bei den Katholiken Frankreichs und Italiens Stimmung gemacht. Mit Genugtuung stellt man fest, daß der unter britischem Einfluß stehende Islam für England verloren ist, während er für Frankreich noch Freundschaft hegt. „Jede Milderung des Loses der Türkei wird uns von der afrikanischen Dankbarkeit hundertfach vergolten werden." Nicht ohne Schadenfreude malt man die Gefahren aus, die Indien von den Bolschewisten, von der durch Bolschewisten und Kemalisten betriebenen afghanischen Heeresorganisation und der Bewaffnung der kriegerischen Grenzstämme, sowie der dortigen nationalistischen Bewegung bedrohen. Daß man deutschen Intrigen die Schuld daran zuschiebt, ist eigentlich zu selbstverständlich, als daß es hervorgehoben zu werden brauchte.

Als Frankreich in der Tangerfrage auf den Widerstand Großbritanniens stieß, schrieb das Bulletin du Comité del'Afrique Française:

„Die englische Politik scheint sich augenblicklich zu bemühen, uns den Weg zu versperren und uns in den Augen der Mohammedaner herabzusetzen; denn nach dem Ausschluß Deutschlands ist Frankreich allein in der Lage mit Großbritanien auf dem Kolonialgebiet zu wetteifern. Wir glauben, daß da von Seiten unserer Verbündeten ein gefährlicher Irrtum vorliegt. Die Stellung Englands macht zwar großen Eindruck durch die Ausstellung und Ausbreitung unseres gemeinsamen Siegs. Es herrscht vom Kap bis Kairo und breitet sich von da über Palestina, den Hedjaz, Mesopotanien, Persien und Indien aus. Aber das Gerüst ist gerade infolge seiner Höhe weniger fest, als es scheint. Aegypten fügt sich nicht; die arabische Welt regt sich, Persien wird seine Stunde haben und in Indien verbreiten die geheimen mohammedanischen Gesellschaften die Aufruhrlosung. In dieser außerordentlichen Lage der Dinge finden es die Engländer durch einen wehrhaften Mahnruf für gut, den Schwierigkeiten, die sich ankündigen, das Gewicht unserer Mißstimmung hinzuzufügen".

Bezüglich Tangers wurde u. a. bemerkt:

Wir haben in Tanger tatsächlich und rechtlich eine Stellung, die wir anerkannt sehen möchten, die aber für den Augenblick ohne Gefahr noch weiter bestehen kann. Hier wird es uns vonstatten sein, auf Aegypten, wo wir aufgefordert wurden, unsere Stellungen zu räumen, einen aufmerksameren Blick zu werfen".

Die Beziehungen des Comité de l'Afrique Française zu amtlichen Stellen sind zu intime, um nicht eine diplomatische Auslegung derartiger Bemerkungen zu gestatten. Wie weit die Unnachgibigkeit ägyptischer Nationalisten und sonstige orientalische Schwierigkeiten des britischen Imperieurs mit französischen Machenschaften im Zusammenhang stehen, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls scheint man sich in Frankreich der Gefahren bewußt zu werden, denen man sich auf diesem Wege aussetzt. Die Information schreibt zu den Levante-Krediten: „Die Zeit ist gekommen, wo wir uns nicht mehr ohne die größte Gefahr für das Land weigern können, unsere Betätigung unseren Mitteln in auswärtiger und finanzieller Hinsicht anzupassen."

Digitized by Google

Stambolijskis Bauerndiktatur

Von Max Lehmann-Steglitz

Bulgarien ist — von Rußland abgesehen — das einzige Land des Kontinents, in dem noch dieselbe Regierung am Ruder ist, die kurz nach dem Ende des Krieges das Steuer ergriff. Das kleine, zertretene, zerstückelte und ausgesogene Balkanland erhebt sich dadurch, was innerpolitische und außenpolitische Stetigkeit anlangt, weit über seine siegreichen Gegner, von seinem einstigen großen Verbündeten ganz zu schweigen. Während überall die wilden Wirbel der Nachkriegsjahre ein Kabinett nach dem anderen in ihre Strudel rissen, während Staatsmänner und Politiker von europäischem Ruf sich in wenigen Monaten verbrauchten, hat der bulgarische Ministerpräsident Stambolijski es vermocht, seine Stellung drei Jahre lang zu behaupten, und niemand kann sagen, wie lange er noch die Geschicke seines Landes leiten wird.

Wie war das möglich? Ist Stambolijski ein so überragender Staatsmann, daß ganz Bulgarien sich ihm willig beugt? Ist in jenem Winkel des Balkans ein neuer Bismarck erstanden, der so starke schöpferische Kräfte ausstrahlt, daß alles in seinen Bann gezogen wird? Gewiß nicht; dazu fehlt es Stambolijski an der nötigen Erfahrung und an den umfassenden Kenntnissen, wie auch an Format seiner politischen Persönlichkeit. Der Sohn des begüterten Bauern aus der Nähe von Tatar-Pasardschik hatte als Kind keine besonderen Anlagen gezeigt, es auch auf der heimischen Ackerbauschule nicht lange ausgehalten. Seine landwirtschaftlichen Studien in Halle mußte er bald abbrechen, da er wegen Verfehlungen relegiert wurde. Aber nachdem er, in die Heimat zurückgekehrt, sich der jungen Bauernbewegung angeschlossen hatte, trat bald seine stärkste Begabung zu Tage: ein feines Empfinden für die Eigenart des bäuerlichen Seelenlebens und ein sich darauf stützendes agitatorisches Talent. Seinem bedenkenlosen Draufgängertum und seiner rücksichtslosen Energie gelang es, nachdem er 1911 in die Sobranje eingezogen war, die Führung der Stürmer und Dränger in der Bauernpartei an sich zu reißen und den nüchternen, bedächtigen, der Grenzen seiner Fähigkeit und derer seines Anhangs bewußten Bauernführer Dragijew beiseite zu drängen. Der Weltkrieg fand ihn im Lager der Ententefreunde. Als König Ferdinand sich zum Anschluß an die Mittelmächte durchrang, gehörte auch er der Abordnung an, die unter Führung Malinows den König in letzter Stunde von jenem entscheidenden Schritt zurückzuhalten versuchte. Sein keckes Wort: „Majestät müssen achtgeben, weil viele Köpfe auf die Straße rollen können", trug ihm die Antwort ein: „Bewahren Sie den Ihrigen. Sie sind noch jung, ich bin alt".

Digitized by Google

Der Bauernführer behielt Recht. Ferdinand büßte zwar nicht den Kopf, wohl aber die Krone ein, sein Widerpart dagegen wurde der Mann der Stunde. Als die Reste des nicht zuletzt von seiner Propaganda unterwühlten Heeres aufgelöst nach Bulgarien zurückströmten, schickte ihn der König aus dem Gefängnis heraus, in das die Regierung Radoslawow ihn wegen Hochverrats geschickt hatte, den Truppen entgegen. Wortbrüchig stellte sich Stambolijski an die Spitze der Meuterer und ließ sich von ihnen zum „Präsidenten der Republik Bulgarien" ausrufen. Aber dicht vor den Toren der Hauptstadt, bei dem lieblichen Ausflugsort Knaschewo, zerschellte die Welle des Aufruhrs an der Treue der Offizierschüler von Sofia. Die Krone wurde für Ferdinands Sohn, den jungen, bei Volk und Heer beliebten König Boris gerettet. Aber trotzdem blieb Stambolijski Herr der Lage. Kurz darauf war er schon Minister im Kabinett Todorow, das bald darauf seinem eigenen, trotz einiger Veränderungen heute noch bestehenden Kabinett Platz machen mußte. Seitdem beherrscht Stambolijski das Land mit der Machtvollkommenheit eines Diktators. König Boris nimmt neben ihm nur die Stellung eines „lebenslänglichen Präsidenten", wie man es mit einem treffenden Wort genannt hat, ein.

Diese flüchtige Skizze zeigt schon, daß es nicht die überragenden staatsmännischen Fähigkeiten Stambolijskis waren, die es ihm ermöglichten, zu vollbringen, was bedeutenderen Männern in anderen Ländern versagt blieb. Die Quelle seiner Macht und seine historische Bedeutung ist darin zu suchen, daß er sich zum Exponenten des bulgarischen Bauerntums zu machen verstanden hat. Stambolijski ist recht eigentlich die Verkörperung dieses Standes, der 85% des bulgarischen Volkes ausmacht. Er hat das Bauerntum zum Bewußtsein seiner politischen Persönlichkeit und seiner Bedeutung im Staate erweckt. Durch ihn ist der Bauer zur Erkenntnis seiner Macht durchgedrungen, er hat ihn zum Träger einer politischen Ideologie gemacht. Diese Ideologie beruht darauf, daß die schwere körperliche Arbeit des Landmannes als der wesentlichste werteschaffende Faktor des Wirtschaftslebens hingestellt wird. Der Bauer wird so zum Ideal des Staatsbürgers gestempelt und der Städter zum Bürger minderen Grades herabgewürdigt. Die Arbeit des Beamten wird gering gewertet und die Tätigkeit des Kaufmanns als Ausbeutertum und Schmarotzertum hingestellt, das im Staatsinteresse zu bekämpfen und nach Möglichkeit auszuschalten ist. Indem er so den Bauern auf ein Piedestal erhob, hat Stambolijski es verstanden, die ländlichen Massen in einen Zustand schwärmerischer Selbstvergottung und fast religiöser Verzückung zu versetzen und sie in seinen Bann zu zwingen. Stambolijski hat dem Bauerntum eine politische Aufgabe gezeigt, die Aufgabe, den Staat zu retten und die Rechtsordnung, insbesondere aber den bäuerlichen Besitz, zu schützen, die durch

Digitized by Google

den Kommunismus bedroht waren, nachdem die alten bürgerlichen Parteien versagt hatten und zusammengebrochen waren. Diese Aufgabe hat das bulgarische Bauerntum unter seiner Führung richtig erkannt und auf seine Weise zu lösen gesucht.

Allerdings war es Stambolijski bei den Sobranje-Wahlen im Herbst 1920 nicht gelungen, die Mehrheit für die Bauernpartei zu erobern. Nach dem Wahlergebnis hätte diese nur 80 von 216 Sitzen erhalten dürfen. Angebliche Wahlbeeinflussung, Formfehler und dergleichen mußten als Vorwand dienen, um einige 20 Mandate für ungültig zu erklären und sie der Bauernpartei zuzusprechen, die nunmehr mit 110 Sitzen über eine schwache Mehrheit in der Volksvertretung verfügt. Diesem geschlossenen Block gegenüber sind die in sich gespaltenen bürgerlichen Parteien mit ihren 48 Mandaten machtlos. Um wenigstens die Zukunftshoffnungen retten zu können, haben sich die bürgerlichen Parteisplitter zu einigen größeren Gruppen zusammengeschlossen. Die beiden russophilen, jetzt ententistischen Parteien, die Nationalpartei unter Führung der früheren Ministerpräsidenten Iwan Geschow und Todor Todorow mit 14 Sitzen und die fortschrittliche Partei des früheren Ministerpräsidenten Dr. Danew, mit 7 Sitzen, haben sich zur Vereinigten National-Fortschrittlichen Partei zusammengefunden. Die früheren austrophilen Parteien, die die parlamentarische Grundlage des Kabinetts Radoslawow gebildet haben, haben sich zu der Vereinigten Liberalen Partei zusammengeschlossen. Von diesen sind die Liberale Partei Radoslawows und die Jungliberale Partei des früheren Finanzministers Tontschew vollständig zusammengebrochen, und nur die Stambulowistische Partei ist noch in der Sobranje vertreten. Jeder ihrer beiden, von Dobri Petkow und von Genadijew geführten Flügel verfügt über 3 Sitze. Die besten Aussichten für die nächste Zukunft hat die Demokratische Partei, die von Alexander Malinow, dem Ministerpräsidenten aus den Tagen des Zusammenbruchs, geführt wird, und 21 Sitze zählt. Den Uebergang zur Linken bildet die Radikal-demokratische Partei mit ihren 5 Sitzen, die unter Leitung von Zanow und Dr. Fadenhecht steht. Der Sozialismus wird vertreten durch die stark zusammengeschmolzene sozialistische Arbeiterpartei (früher gemäßigt-sozialistische Partei), die nur noch über 11 Sitze verfügt. Die stärkste Oppositionspartei ist mit ihren 42 Mandaten die bulgarische Kommunistenpartei, die sich der Dritten Moskauer Internationale angeschlossen hat.

Dieser Partei und ihren Anhängern galt zunächst der Kampf Stambolijskis. Sie hatte unter dem im Kriege grenzenlos verelendeten städtischen Proletariat, unter den Kleinbauern und besonders unter der zahlreichen, in jämmerlicher wirtschaftlicher Lage befindlichen kleinen Beamtenschaft eine starke Anhängerschaft gefunden, und hoffte, gestützt auf die Hilfe Moskaus, die Macht an sich reißen zu können. Ihre erste große Kraftprobe war der Eisen-

Digitized by Google

bahnerstreik im Jahre 1919, der von Stambolijski mit brutaler Gewalt niedergeworfen wurde. Seitdem unterdrückt Stambolijski mit Hilfe von Zensur und Belagerungszustand jede oppositionelle Regung, und zwar nicht nur der Kommunisten, sondern auch der bürgerlichen Parteien. Der Presse ist es unmöglich gemacht, offen an der Tätigkeit der Regierung Kritik zu üben, und sie ist deshalb teilweise dazu übergegangen, ihre Anklagen in die Form von Märchen und phantastischen Erzählungen einzukleiden. Alle Klagen über die Schärfe der Zensur wies Stambolijski mit der bezeichnenden Bemerkung zurück, daß sie den Bauern nicht am Pflügen hindere.

In seinem Kampfe gegen die Opposition von Rechts und Links begnügte sich Stambolijski jedoch nicht mit bloßen Gewaltmaßnahmen, sondern er ging auch in seiner unbekümmerten und durchgreifenden Art dazu über, das politische Ideal, das er den Bauern vorgezeichnet hatte, in die Wirklichkeit überzuführen. Hier allerdings zeigt sich seine politische Unfruchtbarkeit; denn was er an praktischer Arbeit auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung geleistet hat, ist im wesentlichen von sozialistischen oder kommunistischen Ideen durchtränkt. Er lehnt zwar den Kern des Sozialismus, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, ab und bekennt sich zur Unantastbarkeit des Privateigentums. Allerdings nur des bäuerlichen, und auch das nur mit der Einschränkung, daß größere Besitztümer über 30 Hektar zu Siedlungszwecken enteignet werden sollen. Stambolijskis politisches System ist ganz auf die Seelenverfassung des mit einem maßlosen Groll gegen die Städter und die bisher leitenden Persönlichkeiten aus dem Schützengraben zurückgekehrten Bauern eingestellt. Um diesen blinden Haß zu befriedigen, hat er sich nicht gescheut, die Bundesgenossenschaft der Kommunisten im Kampfe gegen das städtische Kapital anzunehmen.

Mit ihrer Unterstützung hat Stambolijski einen frisch-fröhlichen Bürgerkrieg gegen die Städter und ihre Gewerbe durchgeführt, zwar nicht mit Maschinengewehren und Handgranaten, aber mit den nicht weniger wirksamen Waffen des Gesetzes und der Verwaltungsmaßnahmen. Durch die Einführung der Arbeitsdienstpflicht sollte dem Staat billige Arbeitskraft für die großen Wiederherstellungsarbeiten, wie Straßen-, Brücken- und Eisenbahnbau geliefert werden. Ein Gesetz über die Enteignung größerer städtischer Bauten soll dem Staat die nötigen Verwaltungsgebäude beschaffen, da bisher selbst die größeren Zentralbehörden in Sofia fast ausschließlich in Mietswohnungen untergebracht waren. Der „Ausbeutung" durch den Handel ging man durch einen großzügigen Ausbau der ländlichen Genossenschaften zu Leibe, deren Spitze das sogenannte Konsortium bildete, in dem der gesamte Getreidehandel konzentriert war. Trotzdem man so dem mobilen Kapital einen wesentlichen Teil seiner Betätigungsmöglichkeiten geraubt hatte, belegte man es mit gewaltigen neuen Steuer-

Digitized by Google

belastungen, die der Finanznot des Staates abhelfen sollten. Die Steuereintreibung wurde durch Ausschreibung von Prämien für die Steuerbeamten, die übrigens sich politisch meist zum Kommunismus bekennen, außerordentlich rigoros gestaltet. Die Krönung dieses ganzen Systems von Vergeltungs- und Klassenkampfgesetzen bildete das sogenannte Katastrophengesetz. Auf Grund des Art. 4 dieses Gesetzes waren alle an dem bulgarischen Nationalunglück Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Jede „Kriegstreiberei" sollte verfolgt, jeder „Kriegsgewinn" eingezogen werden, und alle Schuldigbefundenen hafteten mit ihrem Vermögen für die gesamte Kriegs- und Wiedergutmachungsschuld des Staates.

Trotzdem diese Politik mit aller Schärfe durchgeführt wurde, hat sie bereits nach kurzer Zeit kläglichen Schiffbruch gelitten. Die bulgarische Verwaltung war gar nicht imstande, die ungeheure Aufgabe der Organisation des Arbeitsdienstes lückenlos durchzuführen. Das Konsortium war so schwerfällig und engherzig, und operierte so unglücklich, daß es auf dem größten Teil seiner Getreide- und Maisvorräte sitzen blieb. Das Getreide wurde bitter und mußte zu Spiritus verarbeitet werden, der wiederum nicht verwertet werden konnte, weil es an den entsprechenden Mengen Fässern mangelte. Das Katastrophengesetz blieb vollkommen unfruchtbar. Im Laufe von zwei Jahren wurden nicht weniger als 1500 Prozesse auf Grund des Artikels 4 eröffnet, von denen 1200 niedergeschlagen werden mußten, weil nicht die Spur eines Beweises vorlag. Von den übrigen 300 führten nur einige 30 zur Verurteilung; der große Prozeß gegen die Mitglieder des Kabinetts Radoslawow schwebt gegenwärtig noch. Es liegt auf der Hand, daß ein derartiges Gesetz der Angeberei und Verleumdung Tür und Tor öffnen, das politische Leben vergiften und die Wirtschaft untergraben mußte. Die Bautätigkeit wie die industrielle und geschäftliche Unternehmungslust wurden gelähmt, da sich jeder hüten mußte, den Besitz größerer Kapitalien öffentlich zu bekunden und sich der Denunziation als Kriegsgewinnler auszusetzen. Zusammen mit den überscharfen Steuergesetzen führte es zu einer Kapitalflucht großen Stils, so daß ganze Kolonien wohlhabender Bulgaren heute im Auslande, besonders in Oberitalien, anzutreffen sind.

Diese Mißerfolge seiner Politik hätten Stambolijski jedoch kaum zur Umkehr bewogen, wenn nicht die Entente eingegriffen hätte. Auf Veranlassung der Reparationskommission mußten die Steuergesetze gemildert werden. Ferner wurde das Konsortium aufgehoben und damit der freie Getreidehandel wiederhergestellt, das Gesetz über die Arbeitsdienstpflicht abgeändert und der berüchtigte § 4 aufgehoben. Ob dieses Fiasko in Kürze zum Rücktritt Stambolijskis führen wird, läßt sich von hier aus schwer beurteilen. Zwar zeigt sich bereits Uneinigkeit in den Reihen der Bauernpartei, und der alte Dragiew tritt wieder mehr in den Vordergrund,

Digitized by Google

aber es scheint doch, das Stambolijski immer noch den politisch aktivsten Teil der Bauernschaft hinter sich hat. Wenn früher unter der Regierung König Ferdinands ein Kabinett abgewirtschaftet hatte, so pflegte der König selbst die Regierung zum Rücktritt zu veranlassen und ein neues Ministerium zu berufen, das sich durch Neuwahlen eine Mehrheit in der Sobranje schuf. Ob König Boris sich heute stark genug fühlt, um den mächtigen Bauerndiktator zu stürzen, ist fraglich. Man muß also damit rechnen, daß Stambolijski vorläufig noch, gestützt auf die tatsächliche Macht, die Herrschaft in Bulgarien weiter behalten wird. Allerdings wird er sich wohl oder übel dazu bequemen müssen, andere Wege, als bisher, zu wandeln. Die stärksten Pfeiler seiner Bauerndiktatur hat er ja bereits unter dem Drucke der Entente abbrechen müssen. Nur, wenn er sich entschlossen von den Methoden des bäuerlichen Klassenkampfes abwendet, wird es ihm gelingen, Bulgarien aus seiner wirtschaftlichen und politischen Not zu erlösen und vor weiteren Eingriffen der Entente in seine inneren Angelegenheiten zu bewahren.

Die Psychologie des „Novemberdusels" in Elsaß-Lothringen

Von Guido Knoerzer

Die Straßburger Zeitung „République" vom 19. Oktober 1921 sprach von der Volksbegeisterung beim Einzug der Franzosen im November 1918 als vom „Novemberdusel". Wie die Stimmung der Bevölkerung, sowohl im Elsaß wie auch in Lothringen, in der kurzen Zeit nach dem Kriege sich tatsächlich entwickelt hat, kann kein Zweifel sein, daß dieser starke, aber bezeichnende Ausdruck des durchaus nicht deutsch gesinnten Blattes den Nagel auf den Kopf trifft. Wie ist ein solcher Umschwung in so kurzer Zeit, dazu zweimal hintereinander, möglich und erklärlich? Es lohnt sich heute, und in Anbetracht der kulturellen Bedeutung der elsaß-lothringischen Frage für das deutsche Geistesleben mehr denn je, diesen Dingen in ihre Tiefen hinein nachzuforschen. Zwar sind dem Eingeweihten die Tatsachen im ganzen und im einzelnen bekannt, aber es blieb bisher ein Rest von Unaufgeklärtem, Unbestimmbarem, der rein psychologischer Art schien, und daher auch einer volkspsychologischen Untersuchung am ehesten Erfolg verspricht.

Zum Beginn einer solchen Untersuchung müssen die Tatsachen nochmals kurz angeführt werden, und zwar in geordneter Weise nach den bestimmenden Vorgängen der Vergangenheit und nach den unmittelbar veranlassenden Ereignissen und Zuständen zur Zeit des doppelten Umschwungs selbst. Damit wird die psychologische Einfühlung zu verknüpfen

Digitized by Google

sein, die, vom allgemein Menschlichen ausgehend und das Eigenrümliche des besonderen Falles an ihm messend, zu einer besseren und gerechteren Erkenntnis des Rätsels führen kann, als bloße Tatsachen — Aneinanderreihungen sie zu geben vermögen.

Seit dem frühesten Mittelalter war Elsaß-Lothringen unbestritten deutsches Land, häufig sogar, wie zur Zeit der Hohenstaufen und der Reformation, Mittelpunkt des geistigen und politischen Lebens im Deutschen Reich. Die Uneinigkeit der deutschen Territorialfürsten und die Machtlosigkeit der habsburgischen Kaiser, sofern sie nicht nur Vertreter ihrer Hausmacht waren, hat dazu geführt, daß deutsche Fürsten sich mit Ausländern, zumeist den französischen Königen, ohne Rücksicht auf den Bestand des Reiches zur Wahrung persönlicher Vorteile oder politisch-konfessioneller Bestrebungen gegen den Kaiser verbanden. Frankreich pflegte für seine Hilfe Gegendienste zu verlangen; sie bestanden in der Berechtigung, jeweils ein Stück deutschen Bodens an sich zu bringen. Offener Verrat war es, der zuerst in Lothringen, dann auch im Elsaß Landstrich auf Landstrich, Stadt auf Stadt dem Reichsfeind in die Hände spielte. Durch den Westphälischen Frieden hat der römische Kaiser selbst teilweise und unter Klauseln recht namhaften Abtretungen an Frankreich zugestimmt. Metz war schon lange vor dem 30jährigen Krieg französisch geworden; mitten im Friedensjahr mußte die freie Reichsstadt Straßburg, von Ludwig XIV. angesichts der Ratlosigkeit von Kaiser und Reich mit offener Gewalt überfallen, unter dem vergeblichen, wenn auch lauten Proteste Deutschlands folgen. Kein Wunder, daß Elsaß-Lothringen sich verraten fühlte!

Trotzdem erhielt sich das zähe Volkstum seine deutsche Art, Sprache, Sitte und Ueberlieferung durch fast zwei Jahrhunderte französischer Herrschaft hindurch, in denen nicht der Glanz des Königstums, nicht die Begeisterung und nicht der Schrecken der Großen Revolution, und nur teilweise die Suggestivgewalt des napoleonischen Genius wirklichen Einfluß auf den Charakter des Volkes gewann. Wie Goethe um die Mitte der französischen Zeit zu Straßburg eine deutsche Bevölkerung in einer deutschen Stadt gefunden hatte, so trafen die Sieger von 1870/71 in Elsaß-Lothringen ein politisch eng an Frankreich angeschlossenes, aber kulturell noch immer stark in seiner deutschen Abstammung verwurzeltes Volk an.

Nach der Rückkehr des Landes zum Stammreich wurde von der deutschen Regierung auf vielfach ungeschickte Weise, aber doch im ganzen erfolgreich, die Anbahnung eines politisch gesunden und dauerhaften Zustandes erstrebt, dessen Krönung die Verleihung voller bundesstaatlicher Autonomie sein sollte. Trotz vielen starken Hemmungen durch eine fanatische, von Paris bezahlte und von deutscher Seite nur an allzu heftigen Symptomen beschnittene französische Propaganda war kurz vor dem Welt-

Digitized by Google

krieg der seelische Wiedergewinn der ganzen Masse der Bevölkerung außer der Aristokratie so gut wie abgeschlossen. Das Hinauszögern und tropfenweise im Gnadenwege Schenken der Selbstverfassung einerseits, die insgeheim einsetzende Kriegshetze Frankreichs andererseits haben nur noch einen teilweisen, nicht allzu schwachen Rückschlag erzeugen können. Trotz allen begangenen Fehlern, deren Opfer es war, gab Elsaß-Lothringen 1914 seiner Treue zum Deutschen Reich mit starkem Gefühl Ausdruck; daß von den verschwindenden Ausnahmen, die eine Gelegenheit zur offenen Stellungnahme für Frankreich ersehnten oder ergriffen, so viel Aufsehens gemacht wurde, war eine Belastung der deutschen Regierung, nicht der eingesessenen Bevölkerung.

Die Militärdiktatur im Operationsbezirk während der langen Kriegszeit, die unvermeidliche Härten großenteils in vermeidbar schroffe Formen kleidete, hat auf die Seele des Volkes verheerend eingewirkt. Unter dem Druck, der wie von Feindeshand auf ihm lastete, ward es zum Teil kopfscheu, zum Teil auch offen unzufrieden und geneigt, aus dem Ausbleiben entscheidender deutscher Sieg im Felde eine Hoffnung auf Erlösung durch die Franzosen zu ziehen, deren gleißnerische Versprechungen durch eine unheimlich geschickte Propaganda-Organisation ins Land getragen wurden. Als im Herbst 1918 der Waffenstillstand den Verlust des Krieges für Deutschland, damit aber auch den politischen Verlust Elsaß-Lothringens besiegelte, war die Bevölkerung zum größten Teil mürbe geworden, nicht viel anders, als im größeren Deutschland auch, in dem bereits die Revolution das Volk zerspaltete. Auch auf Elsaß-Lothringen griff der Umsturz über, doch ohne mehr als äußerliche Nichtigkeiten zu erreichen; so wurde auf dem Straßburger Münster die rote Fahne aufgezogen, wofür der Ingrimm des Bürgerstandes sich gegen das Deutsche Reich austobte. Bedrückung, Niederlage und Bolschewismusgefahr, am meisten und eindringlichsten jedoch die Hungersnot als Folge der furchtbaren Blockade, vermochten im ersten Augenblick die Herzen der Bevölkerung denen zu öffenen, die Freiheit und Wahrung der Stammeseigenheit, Sieg und Ruhm, innere Ruhe und wirtschaftliche Blüte, vor allem aber und sogleich Lebensmittel und Bedarfsartikel jeder Art in Hülle und Fülle versprachen.

Dennoch wäre es falsch, den beim Einzug der französischen Armee und des französischen Staatsoberhauptes allenthalben beobachteten Begeisterungstaumel als den einzigen Ausdruck der Volksgesinnung anzurechnen. Vieles war, wie sich später herausstellte, geschickte Inszenierung. Anderes war durch Zwang von oben und Angst von unten erreicht worden. Wie viele sich zurückgehalten haben, ist nicht festgestellt worden, und ebensowenig, wie viele sich zwar an dem großen Rummel beteiligt haben, aber ihm innerlich dennoch fernstanden. Die französischen Berichte über

Digitized by Google

die Einzugszeit enthalten eine Mischung von Wahrheit und Dichtung, bei der unzweifelhaft die Dichtung auf Kosten der Wahrheit Triumphe gefeiert hat.

Das Land erhoffte nun Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, dazu Ordnung, Aufschwung, Gedeihen, in erster Linie aber stets die Achtung seiner Eigenheit in kultureller und innerpolitischer Beziehung. Es ward in seinen Erwartungen schnell und gründlich enttäuscht. Von allen Versprechungen, die in der schweren Kriegszeit so verführerische Kraft besessen hatten, wurde nichts gehalten. Die Lebensverhältnisse besserten sich — im Gegensatz zu Frankreich — nicht in erhheblich stärkerem Maße, als in dem besiegten und gefesselten Deutschland, sondern es trat eine unvorhergesehene Teuerung ein, wirtschaftlicher Stillstand, ja Rückschritt machte sich breit, und die Not ging aufs neue in weiten Schichten der Bevölkerung um. Die elsäßischen und lothringischen Beamten, Richter und Lehrer wurden großenteils durch innerfranzösische ersetzt, die der Landessprache nicht mächtig, aber in der Bezahlung bevorzugt waren. Bei der Austreibung reichsdeutscher und auch mißliebiger Einheimischer wurde mit einer Härte und sogar Roheit vorgegangen, die den heftigsten Unwillen der Bevölkerung hervorriefen. Ein Spitzel- und Angebertum wurde im Anschluß an das lächerliche System der „Karten A, B, C, D" eingerichtet, das in einem Lande, das zwar den plumpen Küraſſierstiefel, aber nicht das schleichende Gift der Geheimüberwachung gewohnt war, Zwietracht in jede Familie säte, und Haß gegen die Pariser Urheber erntete. Die völlig unzulängliche und ewig rückständige Entschädigung für die Verluste bei der Einführung der französischen Währung und die Entdeckung, daß man auch im Staate der Sieger Steuern zahlen mußte, kamen hinzu. Die Unordnung in der Verwaltung, die Bestechlichkeit der Behörden, die Anmaßung der übermäßig zahlreichen Militärs, der Hochmut aller Innerfranzosen gegen die „demi-boches", der völlige Mangel an Verständnis für die wahren Wünsche und Bedürfnisse des Volkes bei der Pariser Regierung und in der Boulevard-Presse, die Beseitigung oder Bedrohung altbewährter Sondereinrichtungen wirkten nicht nur wie kalte Brausen auf die Köpfe, sondern verdarben allmählich jede herzliche Regung der Anfangszeit, sich den behördlichen Bestrebungen und Einflüsterungen zu fügen. Für den Ausbruch der Katastrophe in der Volksstimmung gab dann die kaum verhüllte Kampfansage der Regierung gegen die deutsche Sprache, gegen die landesübliche Verfassung von Schule und Kirche den Anstoß und Ausschlag. „Restloses Aufgehen in Frankreich" unter Trennung der Gemeinschaft von Elsaß und Lothringen, Verschmelzung mit anderen französischen Departements unter teilweiser Auflösung der Kreiseinteilung, Preisgabe der seit Jahrhunderten bewahrten und heilig gehaltenen Namenseigenart: dies war zu viel! Das Schauspiel, das heute in Elsaß-Lothringen sich darbietet, ist nichts anderes als erbitterter, ingrimmiger Kampf um

Digitized by Google

die deutsche Kultur — „Kulturkampf"! Wer den zähen Trotz, die Selbsttreue des Volkes aus eigener Anschauung kennt und durch seine wahrhaft tragische Geschichte zurückverfolgt, wird zu der Ueberzeugung kommen, daß Frankreich diesen Kampf nicht gewinnen wird. Regionale Autonomie ist heute das bewußte Ziel der großen Mehrheit Elsaß-Lothringer; Frankreich verwehrt sie ihm unbedingt. So wird der Gegensatz sich nur verschärfen. Einsichtige Menschen von drüben, die das schicksalhafte Leiden ihres Volkes mit heißen Augen verfolgen und im eigenen Herzen verspüren, haben bereits ihre einzige, letzte Hoffnung auf nicht nur kulturelle, sondern auch politische Trennung von Frankreich, auf die Gewinnung uneingeschränkter Autonomie und Souveränität unter Neutralisierung des Landes eingestellt, indem sie dessen weitere Entwicklung vom Fortgang der europäischen Staaengeschiche im ganzen abhängig machen.

Dieser reiche, in seiner Bedeutung vielfach erschreckende Tatsachenbestand läßt manches, was einem im Lande nicht des Näheren bewanderten Reichsdeutschen, der nur den Uebergang des Volkes in französische Herrschaft, den Rummel von 1918 und die frühere Opposition sieht und den stark aufgetragenen Geschichten von elsaß-lothringischen Ueberläufern zur Kriegszeit allzu sehr und allzu willig Gehör schenkt, unverständlich bleiben mußte, in einem für den Volkscharakter weit günstigeren Lichte erscheinen. Es darf nicht vergessen werden, daß die Elsaß-Lothringer sich 1918 abermals, wie ihre grausame Erinnerung von einst ihnen nahelegte, von Deutschland verraten und verkauft glaubten. Zu Unrecht zwar, denn der Schmerz um das verlorene Elsaß und Deutsch-Lothringen war und ist in den Herzen aller guten Deutschen nicht weniger echt und tief, wie der Schmerz um so viele andere verlorene deutsche Gebiete; zu Unrecht auch deshalb, weil Deutschland vergewaltigt ward und nur unter dem Schwert die formale Einwilligung in die Abtretung gegeben hat, die niemals seinem inneren Gefühl und seiner Rechtsüberzeugung entsprach und entsprechen wird. Andererseits muß der elsaß-lothringischen Bevölkerung zugute gehalten werden, daß sie zunächst keine Gelegenheit hatte, sich über die Vorgänge und Zustände in Deutschland anders als auf dem Umweg über Pariser Korrespondenzen zu unterrichten, die ihr mit Vorliebe eine Nachrichtenmischung aus der „Roten Fahne", der „Deutschen Zeitung" und der mit ihrer Frankophilie völlig vereinzelt dastehenden „Vossischen Zeitung" vorsetzten.

Damit dürfte der Stoff für die psychologische Untersuchung des „Novemberdusels" in genügendem Maße angehäuft, geordnet und aufgeschichtet sein. Rückwirkende und vorauswirkende Kräfte haben sich den in jedem Augenblick der Entwicklung aktuellen Mächten anheimgestellt. Bereits im Verlauf der Stoffsammlung und -Ausbreitung wurden die seelischen Imponderalien betont und beleuchtet. Nun gilt es noch, den

Digitized by Google

letzten Rest von Unaufgelöstem, scheinbar Unauflösbarem am psychologischen Rätsel des „Novemberdusels“, an seinem Entstehen und Vergehen, so weit aufzuklären, als es heute überhaupt menschenmöglich erscheint.

Im Menschenleben, wie in der ganzen Natur, ist jeder Augenblick sich selbst der nächste. In einem Augenblicke, der eine große Umwälzung mit sich bringt, und besonders, wenn diese in heftigen Formen, mit Plötzlichkeit vor sich geht, sinkt vieles, was das Gedächtnis des Menschen ausmacht und seine Persönlichkeit wesentlich mitbestimmt, unbeachtet ins Unterbewußtsein hinab, um allen geistigen Raum für die Aufnahme der Sensation, die als weltgeschichtliches Ereignis und zugleich als heimatgeschichtliches Schicksal auftritt, freizumachen. Das innere Auge muß so lange erblinden, bis das äußere sich gesättigt und übersättigt hat. Die Suggestion des einzelnen wird durch die Suggestion der Massen, unter die er sich in seiner Erregung mischt, verstärkt und vervielfacht. Die Sensation wirkt wie eine schwere Hypnose, in der aufpeitschendes Massenerleben alles Persönliche verkümmern läßt, um das Typische an seine Stelle zu setzen. Mit der Ueberwindung und Erledigung der Sensation, mit dem Erwachen aus dem Fiebertraum kehrt das Einzelbewußtsein in seine Rechte zurück; nun kann ein neuer Alltag auf Grund der neuen Verhältnisse beginnen und, wenn diese auf gesunden Füßen stehen, sich dauerhaft einbürgern. Wenn aber das Erwachen aus dem Traum der Papierrosen, Fahnen und Schokoladen eine Enttäuschung mit sich bringt, eine Enttäuschung für alle allzu sicheren Erwartungen auf Einlösung der im Uebermaß gegebenen Versprechungen, wenn diese Enttäuschung eine tiefe und vollkommene ist, wenn das Erwachen fast in der Form eines rauhen Aufschreckens erfolgt und der Erwachende, der sich in gerührten Freundesarmen wähnte, nur den Hohn kalt beobachtender Blicke auf sich gerichtet sieht, dann muß das Gesetz des Rückschlags auf das stärkste in Kraft treten. Aber bei aller inneren Gewalt wird es doch nicht ins Ungesunde und Blinde leiten, denn nunmehr ist der persönliche Mensch, wie auch die Volksmasse, die nun wieder aus selbstdenkenden, selbstentscheidenden Personen besteht, aller seiner geistigen Kräfte, jene in einem Teilgebiet des Unterbewußtseins auf kurze Frist Versunkenen und Vergessenen eingeschlossen, voll, mächtig und bewußt. Seine Persönlichkeit muß wieder zur Geltung kommen. Was er im Schlafwandel tat, braucht er nicht zu bereuen oder zu entschuldigen, denn es war in gutem Glauben unter unbewußter Ausschaltung der wichtigsten Urteilskomponenten geschehen. Aber indem er sein wahres Selbst wiedererkennt, sieht er sich geheilt und befähigt, im Verein mit seinen Gesinnungs- und Schicksalsgenossen zum Kampf gegen die Mächte des Betrugs und der Vergewaltigung zu schreiten.

Digitized by Google

Die Nutzanwendung auf den praktischen Fall der Psychologie des „Novemberdusels" ergibt sich von selbst. Dabei darf nicht übersehen werden, daß es sich hier nicht um Definitionen, sondern um Schicksale, auch nicht um Spiele, sondern um Blut und Zukunft eines schwer heimgesuchten Volksstammes handelt, dessen einzige und merkwürdige, oft schwer zugängliche Art hier an einem Kernpunkt in ihr wahres Licht gerückt werden sollte. Es ist kein Zweifel mehr möglich: der „Novemberdusel" war ein Delirium, aber die gesunde Stammeskraft erweist sich im Kulturkampf der Selbsterhaltung. Mag Elsaß-Lothringen politisch wieder einmal französisch heißen, kulturell ist und bleibt es deutsch, trotz „Novemberdusel"; gerade er hat sogar in seinem schnellen Ablauf das Vorher und Nachher in eine besonders scharfe Beleuchtung gesetzt, die deutlicher als irgend etwas anderes erkennen läßt, wie unnatürlich die Lage ist, in die Frankreich die „wiedergewonnenen", d. h. zum zweiten Male geraubten Provinzen gebracht hat.

Bismarck und die Juden

Von Max Hochdorf

Dem Junker Otto von Bismarck gefiel es nicht, die Juden als gleichberechtigte Staatsbürger anzuerkennen. Vor Landtagen und in den Kreisen seiner Standes- und Parteigenossen vertrat der junge Bismarck eine Politik, die sich bereitwillig den Ueberlieferungen eines strengen christlichen Glaubens unterwarf. Es schien ihm unzulässig, daß Männer jüdischen Bekenntnisses Aemter ausübten, die dem Inhaber Rechte der Obrigkeit verliehen. An die Obliegenheiten des preußischen Richters und Verwaltungsbeamten dachte er bei diesen Erwägungen vor allem. Als freisinnige Parlamentarier im preußischen Landtage Bismarck anklagten, daß er „den engen mittelalterlichen Geist — — leibhaftig" erscheinen lasse, kümmerte solcher Vorwurf den konservativen und orthodoxen Abgeordneten wenig. Alle Freiheit gönne man den Juden, nur der „Hafen der Bürokratie" bleibe ihnen verschlossen. Das sagte Bismarck im Jahre 1847.

Aber bald wurde aus dem beengten Parteigänger ein Staatsmann. Bismarck ging nach Frankfurt am Main, wo er diplomatische Politik zu treiben hatte. Sofort riß er sich aus der Starrheit seines Urteils. Er hütete sich vor Kraftworten, die von seinen durch Takt nicht verwöhnten jüdischen Zeitgenossen als Kränkungen und unvernünftige Rodomontaden empfunden werden mußten. Er bemühte sich behutsam um jüdische Persönlichkeiten, die der Politik Preußens nützlich sein konnten. Aus dem skeptischen und immerhin etwas ablehnenden Beobachter der jüdischen Mitbürger wurde bei vielen und entscheidenden Gelegenheiten ein Fürsprech. Er nannte die Juden dann als Reichskanzler und rückschauender Historiker seines Werkes

Digitized by Google

gern das „Mousseur" des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Eine quirlende, vorwärtstreibende, belebende Kraft traute er demnach den Juden zu, eine Kraft, die man gebrauchen müsse, die man nicht mit Beschränktheit und durch Beschränkungen binden dürfe.

Indem der Ministerialrat Dr. Otto Jöhlinger nach Akten der Behörden und Staatskanzleien über Bismarck und die Juden ein erschöpfendes, vorsichtig wägendes Buch schrieb, diente er der Kenntnis Bismarcks, diente er auch der Einrenkung zahlreicher geschichtlicher Entgleisungen, in die ein oberflächliches Nachdenken über dieses aufregende Thema leicht gerät. Jöhlinger war emsiger Dokumentensammler und Psychologe ohne Voreingenommenheit so weit, daß er Bismarcks Haltung in der Judenfrage sauber und ehrlich darstellte. Er schrieb ein Buch, das die Würde des Forschers bewahrt und gleichzeitig den nach Aufklärung verlangenden Kopf bewegen wird, die Bismarckschen Gedanken zur Beurteilung gegenwärtiger und künftiger Judenfragen mit Andacht und Ersprießlichkeit zu verwenden. (Jöhlingers Werk erschien bei Dietrich Reimer in Berlin.)

Was Bismarck sehr schnell von den scharfen Judengegnern trennte, war nur staatsmännische Klugheit. Von „verschimmelter Judengegnerschaft" redet er sehr früh. Als die Emanzipation der Juden auf Veranlassung des Norddeutschen Bundestages 1869 in einem liberalen Sinne und gegen die Unnachgiebigkeit der beiden mecklenburgischen Bundesstaaten beschlossen wurde, zeichneten das Gesetz verantwortlich mit zierlichem Buchstabengeschnörkel Wilhelm, König von Preußen, und mit steilen, gekantelten, sparsam hingehackten Strichen von Bismarck, des Königs Minister.

Der Reichskanzler hat sich alle Zeit seines reifen Lebens gehütet, die Judenfrage als eine Rassenfrage aufzufassen. Im gleichen Augenblick, wo ihn die politische Gegnerschaft des um Lasker und Bamberger versammelten Liberalismus mit Verbitterung und sogar mit Wut erfüllte, zügelte er sein Temperament. Er gestand, daß diese Politiker und deren Anhang ihm zum äußersten verhaßt wären. Er konnte sich im leidenschaftlichen Kampf gegen die liberale, von den Juden vielfältig bediente Presse nicht genug tun. Er widerstand aber sofort der Verlockung, die am eigenen Leib verspürten Erfahrungen ins Allgemeine zu vergröbern. Die einzelnen jüdischen Persönlichkeiten, die er bekämpfte, veranlaßten ihn kaum, sich nun der ganzen jüdischen Bevölkerung Deutschlands als ein Gegner entgegenzustellen. Mit imponierender Gerechtigkeit sucht er die feinen Unterschiede. Besonders gefährlich nennt er die „Strebsamen" unter diesen Juden, „die noch nichts haben, besonders die von der Presse", aber im gleichen Satze fügt er hinzu: „doch sind auch hier wohl die Christen die schlimmsten und nicht die Juden".

Das sind Wendungen, die Temperament und aus Erfahrung herstammende Klugheit ins Gleichgewicht bringen. Und wenn Bismarck hernach Umschau

Digitized by Google

hält nach der Wirklichkeit, die sein Urteil in diesen Dingen allein bestimmen soll, dann gibt er mit einer burschikosen, aber sehr deutlichen Formel seine Zustimmung zu Ehebündnissen, wo sich „ein christlicher Hengst von deutscher Zucht mit einer jüdischen Stute" verbündet. Drastisch, dem Stall und dem Sportplatz ist solche Sprache entlehnt, aber jeder Hang zur Verdrehung nützlicher Erkenntnisse wird überwunden. Die Zufallsstimmung, auch die durch Geburt und junkerliche Erziehung früh bestimmten Vorurteile werden durch Weltmannshumor und eine nicht zu unterschätzende Objektivität beseitigt.

Bismarcks Dankbarkeit für den Geldbaron Bleichröder, der ihm die Millionen zu dem Krieg von 1866 verschaffte, ist niemals erloschen. Solche jüdische Hilfe vergaß Bismarck nicht, und er wußte schon, worauf er anspielte, wenn er die opferbereiten und unternehmungslustigen Juden als das Mousseur der Politik bezeichnete. „Die Juden sind in ihrer Politik gegen mich nie so gemein gewesen als meine christlichen Gegner in der Fortschrittspartei und in der konservativen während der Zeit der Reichsglocke." Das hat der alte Bismarck geschrieben, und es ist nichts anderes als eine wiederholte Festlegung dessen, was er über sein Verhältnis zu jüdischen Freunden und Feinden seiner Politik vorzubringen hat.

Joachim Gehlsen, der „Reichsglöckner", Ahlwardt, der „politische Tertianer", der Hofprediger Stöcker, mit dem „Maul, das nicht tot zu machen ist", wurden von Bismarck mißachtet und gründlich bekämpft. Sie waren seine bissigsten Gegner. Es ist zweifelhaft, ob der Reichskanzler die Sozialisten galliger haßte als diese lärmenden Judenfeinde. Bismarck gehörte eben zu einem seltsamen Schlage konservativer Politiker. Die staatserhaltende, alle bürgerlichen Kräfte massig zusammenpackende Wirtschaftstheorie imponierte dem Nationalökonomen Bismarck schon sehr früh. Er witterte in dieser Theorie, die er sich als systematische Disziplinierung und Bevormundung des Volkes auslegte, eine mit seinen eigenen Gedanken sehr nachbarlich zusammentreffende Regierungslehre. Er glaubte, daß der seines Zieles scharf bewußte Sozialist ein ungeheurer Sammler politischer Machtmittel sei. Er sah wahrscheinlich im Sozialismus nur die Anhäufung derartiger Machtmittel, und er wollte sie *für den Augenblick* ausschließlich gebrauchen. Er dachte kaum an die künftige Entwickelung, die dem Sozialismus etwa beschieden sein könnte. Und so nahm er die Begegnung, die er mit Lassalle hatte, nicht nur als ein neugieriger Minister auf. Nein, er spürte so etwas wie Verwandtschaft bei dem Organisator des Proletariats, der sich der deutschen und patriotischen Phrase nicht enthielt. Unbekümmert um das Endziel, das vielleicht dem Lassalleschen Denken voraufleuchtete, wollte er die staatsmännischen Methoden dieses Kopfes als ein Opportunitätspolitiker benutzen. Und so sehr stieg seine Teilnahme für Lassalle, daß er sich mit den moralischen Schicksalen des vielumstrittenen

Digitized by Google

Mannes beschäftigte. Er wünschte ihm ein Landgut und eine häßliche Frau. Das Landgut sollte Lassalle die wirtschaftliche Unabhängigkeit liefern, die häßliche Frau aber — übersetzen wir aus dem Paradoxen ins Verständliche: die brave, klare, im rechten Augenblick Kandaren anlegende Frau, die Frau ohne Heimlichkeit oder Blendung, kurz, die Frau von der Artung der Johanna von Bismarck sollte dem Agitator die Sicherheit gewähren, daß er sich nicht in Herzensabenteuer verliere und durch derartige Verwirrungen die Arbeitskraft für seine Führeraufgabe beeinträchtige. Bei alledem schwebte Bismarck ein außerordentlich kühner Plan vor. Er wollte mit Hilfe des sehr zielbewußten Lassalle jenen Liberalismus bekämpfen, den der Konservative für höchst staatsgefährlich hielt. Der dem Volk wohlgesinnte Reaktionär fürchtete, daß ihm durch die Mittelschicht des Liberalismus der Weg zu der Unterschicht der proletarischen Masse verrammelt werde, und er hoffte, daß er im Bund mit dem patriotischen Revolutionär Lassalle dieser Massen Herr werden könnte. 1867 beschäftigten sich die preußischen Beamten sehr respektvoll mit den Theorien von Karl Marx. Sie lasen mit Befriedigung wirtschaftliche Organisationspläne, die nichts anderes schienen als Entwürfe zu einer wohlberechneten Vormundschaft, die über alle Lebensumstände des als unmündig erachteten Volkes hinausstrahlen sollte. Von Bismarck wurden Bemühungen gefördert, Karl Marx aus seiner englischen Verbannung zurückzurufen und ihn einem königlich preußischen Staatssozialismus nutzbar zu machen. Die Bemühungen scheiterten bald, es ist aber die Beobachtung ungemein reizvoll, wie Bismarck, der Sozialistentöter, eine Weile diesen von Juden formulierten Sozialismus bespähte, wie er in diesem Sozialismus Triebkräfte ahnte, die unter seiner Leitung entfaltet werden müßten. Der Sozialistentöter berserkerte gegen ein politisches System, dessen Brauchbarkeit er mit bedeutender Hellsichtigkeit erkannte. Der Historiker kann heute sagen, daß die erbitterten Gegner doch irgendwie durch sehr verzwickte Gedankenbrüderschaft verbunden gewesen sind.

Schon fünf Jahre nach der Gründung des Deutschen Reiches setzte der Kampf gegen Bismarck ein. Er wurde am lautesten und giftigsten von den Antisemiten geführt. Zunächst hielten die Judenfeinde Bismarck für einen Gesinnungsfreund. Sie erwarteten 1880 mit Bestimmtheit, daß Bismarck seinen Namen unter die Bittschrift setzte, durch die eine Viertelmillion Deutscher beschränkende Regierungsmaßregeln gegen die jüdischen Mitbürger verlangte. Bismarck verweigerte seine Unterschrift. Der Antisemitensturm gegen den Reichskanzler brach los. Der Sturm hörte nicht mehr auf. Adolf Stöcker, der Pfarrer des kaiserlichen Hauses, durchwanderte als Agitator Deutschland. Der jüdische Geldbaron Bleichröder wurde beschuldigt, in einem Jahre die deutschen Christen um 7 Millionen Taler bewuchert zu haben. Bismarck bremste den Antisemitismus, diesen

Digitized by Google

„Sozialismus der dummen Kerle", mit unermüdlichem Nachdruck. Das Gutachten, in dem der Reichskanzler die Gefahr vor Wilhelm I. darlegte, ist zugleich ein Dokument der Bismarckschen Energie und seiner staatsmännischen Geschicklichkeit. Er forderte „Allerhöchste Mißbilligung" gegen Stöcker und seine Partei. Er verlangte Freiheit, um die „Aufreizung zum Klassenhaß" einzudämmen. Er beschuldigte die Antisemiten, daß sie „die Achtung vor der Ordnung" untergraben.

Wilhelm I. starb. Kaiser Friedrich III. herrschte nur einen Sommer lang. Wilhelm II. folgte und schrieb: „Sechs Monate will ich den Alten verschnaufen lassen. Dann regiere ich selbst." Er regierte bald ohne Bismarck. Und der Alte, der im Sachsenwalde sein Lebenswerk beschrieb oder es in der Sommerfreundlichkeit des Kissinger Badeidylls mit eifrigen Zuhörern besprach, wiederholte noch einmal, was er schon 1885 durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hatte verkünden lassen: Er hätte eher auf die Niederlage des Liberalismus verzichtet, als den Sieg des Antisemitismus in Deutschland zu erleben.

Deutsche Hochschule für Politik

Vorstand: Staatsminister Dr. Drews – Prof. Dr. Ernst Jäckh – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. F. Meinecke Geh. Hofrat Prof. Dr. Beyerle, München – Staatssekretär a. D. Dr. Clemens von Delbrück Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hans Delbrück – Dr. Rudolf Hilferding – Dr. Siegfried von Kardorff Reichsminister Dr. Radbruch – Dr. Hans Roeseler – Reichsminister a. D. Dr. Schiffer

Studienleiter: Dr. Theodor Heuß – Abteilungsleiter: Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer – Geh. Hofrat Prof. Dr. Walter Goetz, Leipzig – Wilhelm Heile – Direktor Hans Kraemer (Reichswirtschaftsrat) – Geh. Reg.-Rat Dr. Kühne – Prof. Dr. Rühlmann – Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Sering

Die programmatischen Kundgebungen anläßlich der Eröffnung der Deutschen Hochschule für Politik sind als Broschüre

„Politische Bildung"

erschienen, enthaltend die Reden von Staatsminister Dr. Drews, Reichsminister Dr. Simons, Reichsminister Dr. Koch, Reichsminister Dr. Scholz, Ministerialrat Prof. Dr. Richter und Prof. Dr. Jäckh, sowie die Denkschrift über **Organisation und Ziele der Hochschule für Politik**. Dieses Buch (à 3 M) sowie Studienpläne (à 1 M) können vom Sekretariat, Berlin W 56, Schinkelplatz 6 (Alte Bauakademie) bezogen werden.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Dr. Theodor Heuß, für auswärtige Politik Axel Schmidt Redaktion: Schöneberger Ufer 36a I. Telephon: Nollendorf 928. Verlag: Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin W 8, Unter den Linden 17/18. Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich: Bei jeder Buchhandlung oder durch die Postanstalt 15 M. Einzelnummer 1,50 M. Alleinige Anzeigenannahme: Libag, Allgemeine Anzeigengef. m. b. H., Berlin W 35, Kurfürstenstr. 46, Fernsprecher: Nollendorf 3584, Lützow 9054. Druck von Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W 57 Bülowstr. 66

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Stanford University Libraries
3 6105 013 432 062

D
1
D42
V.6
Pt.2
July-De
1991

DATE DUE

STANFORD UNIVERSITY LIBRARIES
STANFORD, CALIFORNIA
94305

Digitized by Google

Digitized by Google